

Gad Arnsberg

...über die Notwendigkeit einer deutschen Republik.
Die württembergische Militär- und Zivilverschwörung
1831–1833



Kohlhammer

Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche
Landeskunde in Baden-Württemberg

Reihe B

Forschungen

211. Band

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REIHE B

Forschungen

211. Band

Redaktion:
Martin Furtwängler

Gad Arnsberg

*„... über die Notwendigkeit
einer deutschen Republik.“*

Die württembergische
Militär- und Zivilverschwörung
1831 – 1833

2017

W. KOHLHAMMER VERLAG STUTTGART

Einbandillustration:
Ausschnitt aus dem Gemälde „König Wilhelm I.“
von Joseph Karl Stieler, um 1820.
Figurengruppe „Victoria“, Zizenhauser Terracotta, um 1820–1830.

Vorlagen:
Landesmuseum Württemberg Stuttgart, Badisches Landesmuseum Karlsruhe

Alle Rechte vorbehalten.



Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten.
© 2017 Kommission für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg, Stuttgart
Kommissionsverlag: W. Kohlhammer, Stuttgart
Gesamtherstellung: Offizin Scheufele Druck und Medien, Stuttgart
Printed in Germany

ISBN 978-3-17-032444-2

Geleitwort

Man wird dieses Buch das Lebenswerk Gad Arnbergs nennen dürfen. Er hat mehrere Jahrzehnte daran gearbeitet, und er will auf den Spuren seines akademischen Lehrers Walter Grab die deutsche Demokratiegeschichte anders als meist üblich deuten. Im Mittelpunkt seines Werks steht die württembergische Verschwörung um Koseritz, die hier erstmals auf der Grundlage umfangreicher Archivstudien detailliert analysiert und mit dem damaligen Geschehen in anderen deutschen Staaten und in Europa verwoben wird. Es geht darum, an diesem gescheiterten Versuch, Württemberg zu republikanisieren, die Geschichte der Demokratie in Deutschland besser zu verstehen, indem auch an die nicht verwirklichten Wege zur Demokratie erinnert wird. Das führt zu einem anderen Blick auf die deutsche und die europäische Geschichte.

Die Entwicklungen im Deutschen Bund werden in der Fachliteratur in aller Regel mit „dem Westen“ kontrastiert – mit Frankreich und England vor allem, verfassungsgeschichtlich auch mit Belgien, mitunter auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Arnberg hingegen wählt als Vergleichsfolie jene Staaten im damaligen Europa, in denen die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger schwach ausgeprägt waren und ein politisch selbstbewusstes, wirtschaftlich starkes Bürgertum erst im Entstehen war. In Staaten wie Spanien, Portugal, auf der italienischen Halbinsel, in Griechenland oder im russischen Westen oder in Polen entstand eine Tradition eines von Militärs und Zivilisten planmäßig eingefädelten Aufstandes, der darauf zielte, die politische Ordnung zu liberalisieren. Arnberg spricht hier von einer eigenständigen Form ‚liberaler Revolution‘, die sich aus dem politisch-gesellschaftlichen Entwicklungsstand ergeben habe. Die Staaten des Deutschen Bundes ordnet er jenem Teil Europas zu, der wirtschaftlich, politisch und sozial noch nicht in der Lage gewesen sei, politische Partizipationswege wie im europäischen Westen zu beschreiten. In dieser Sicht erscheinen Verschwörungen, wie er sie für Württemberg untersucht, nicht als Irrwege von Aktivisten, welche die politischen Handlungsmöglichkeiten falsch eingeschätzt haben, sondern als Ergebnis eines politischen Handlungskonzeptes, dem nicht von vornherein Erfolgchancen abzusprechen seien. Vor allem entsteht in dieser Sicht ein europäischer Handlungsraum, in dem die Revolutionäre über staatliche und nationale Grenzen hinweg kooperierten. Dem Europa der Staaten und Monarchen wird ein Europa der Revolutionäre gegenübergestellt, die Koseritzsche Verschwörung in Württemberg wird in das historische Fundament der europäischen Demokratiegeschichte eingefügt.

Vorwort des Autors

Was als Fallstudie begann, nämlich die Erforschung der württembergischen Militär- und Zivilverschwörung 1831–33, weitete sich zu einer breiter gefächerten, vergleichenden Studie aus, in der die württembergische Verschwörung aus einer europäischen Perspektive neu gedeutet wurde.

Anstoß zur Erforschung der Verschwörung, vorerst noch in der begrenzten Fassung, bekam ich von Prof. Dr. Walter Grab, der wiederum von Dr. Thomas Michael Mayer auf das Thema aufmerksam gemacht worden war. Prof. Dr. Eberhard Jäckel stand mir immer während meines Forschungsaufenthalts in Stuttgart bei. Prof. Dr. Dieter Langewiesche schulde ich großen Dank für seinen Zuspruch und guten Rat, die mir halfen meine Ideen in Buchform zu gießen. Dank gebührt auch Prof. Dr. Eike Wolgast und Prof. Dr. Volker Rödel für ihre kritischen und wohlgemeinten Anmerkungen. Ich bin der Kommission für geschichtliche Landeskunde mit Prof. Dr. Anton Schindling an der Spitze und Dr. Uwe Sibeth dafür verbunden, dass sie meine Studie in die Schriftenreihe der Kommission aufgenommen haben. Dem Lektor Dr. Martin Furtwängler danke ich für seine akribische Durchsicht des Textes. Für die erste textliche Aufbereitung danke ich Mathias Schmidt und Nikolas Schröder. Ich danke den im Text einzeln erwähnten Personen, die mir aus ihrem privaten Nachlass Informationen über einzelne Akteure der Verschwörung geliefert haben.

Für die Mitfinanzierung der Forschung möchte ich mich beim DAAD, bei der Breuninger Stiftung, bei der Robert Bosch Stiftung sowie bei der Josef Buchmann Stiftung ganz besonders bedanken.

Gewidmet sei das Buch meinen Eltern und meiner lieben Frau, die dessen Vollendung nicht miterleben durften.

Gad Arnsberg

Tel Aviv, im Januar 2017

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort des Autors	VII
Verzeichnisse	XI
A. Ungedruckte Quellen	XI
B. Zeitgenössische Zeitungen	XV
C. Lexika	XVI
D. Gedruckte Quellen und Allgemeine Literatur	XVII
E. Abkürzungs- und Siglenverzeichnis	LXI
F. Abbildungsverzeichnis	LXII
Editorische Notiz	LXIII
Einführung	1
A. Thema und Kontext	1
B. Forschungsüberblick	5
C. Forschungsansatz	20
D. These	21
E. Argumente, Interpretation und Erkenntnis	22
I. Der geschichtliche Erfahrungsraum	37
A. Der europäisch-deutsche Erfahrungsraum	37
1. Die Idee der Revolution – Das Vermächtnis	37
2. Die gebändigte Revolution in Deutschland	49
3. Nationalismus und Reaktion	56
4. Repression und revolutionäre Gegenbewegung	65
5. Das neue Modell der Revolution	74
6. Die Julirevolution und die Erkenntnis eines revolutionären Zeitalters ..	80
7. Von der republikanischen Sammlungsbewegung zur revolutionären Aktion	88
B. Der württembergische Erfahrungsraum	100
1. Bürgerliche Freiheit und staatliche Intervention – Kontinuität und Wandel	100
2. Soziale Krise, Epochenwandel und der Radikalismus	117
a. Pauperismus, soziale Kluft und Aufbruch in die Moderne	117
b. Die radikale Entgegnung	125
II. Die Revolutionspartei	133
A. Die „demagogischen“ Vorläufer der 1820er Jahre	133
B. Von der öffentlichen Kampagne zur getarnten Agitation	140

C. Begriffliche Standortbestimmung	163
1. „Ultraliberalismus“	163
2. Die Formel der „gesetzmäßigen Revolution“	167
D. Die innere Debatte	174
1. Republikanische Zielvorstellungen	174
2. Konspiration und Revolution	185
E. Gemeinsame Linie	198
1. Allianz zwischen Volk und Armee	198
2. Die Allianz mit den unteren Schichten	206
3. Allianz der Nationen	212
III. Die konspirative Alternative	217
A. Die Vernetzung von Offizieren, Bürgern und Exilpolen	217
1. Die Häusler'sche Gesellschaft	217
2. Internationale Dimension	231
3. Die Ausweitung des Netzes	242
B. Die Werbung von Unteroffizieren und nicht-bürgerlichen Schichten	250
IV. Die republikanische „Umsturzpartei“	273
A. Genese und Formierung	273
B. Der Zusammenschluss mit Koseritz	295
C. Revolutionsverständnis	305
1. Die „französische Methode“	305
2. Rekrutierung der Bauern, Ausbau der Kontakte und Neubewertung der Methode	310
D. Ziele	334
V. Das Umfeld der Verschwörung. Ein Fall der „geistigen Revolution“	359
VI. Schlussphase	371
A. Vorbereitung und erste Verhaftungen	371
B. Im Zugzwang der Verhaftungen	382
C. Aufdeckung und Ahndung	398
VII. Resümee	407
VIII. Schicksale und Kontinuität	417
Anhang	429
Moritat über Koseritz und Lehr	429
Register	435

Verzeichnisse

A. Ungedruckte Quellen

Archive de la préfecture de police – Paris

421 Évènements divers de 1831 –33.

Archives Diplomatiques Paris

CP Wurtemberg vol.60–62, 64, 67

Allemagne vol.787

Bade vol.26

Mémoires et documents: Wurtemberg 9, Allemagne 124, 127, 128

Archives Nationales – Paris

F 7 Police Générale: 12125

Ministère des Affaires Étrangères Paris

Allemagne vol.124–127 Documents divers 1813–1851

Bade vol.134 Documents divers 1832–1840

Série Correspondance politique, Wurtemberg vol.58–76

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BHstaM)

Abt. IV (= Kriegsarchiv): B 727, B 730a

Ministerium des Innern (MIInn) Nr.:24366 187; 25097/III; 25098/II; 25106; 45524–45526/3; 45588; 45631

Ministerium des Äußern (MA) I: Nr.390; 24585/5; 3004–3006; 9313; II: (Geheimes Staatsarchiv) Nr.1625, 1630, 1702, 1705, 1914

The British Library

Newspaper Library: The Penny Satirist

Bundesarchiv Zweigstelle Frankfurt a. M.

DB 8/1–7; 126

Nachlässe: F Sg. 1/1, 2f., 7, 11f., 17, 37, 40, 43, 49, 66, 116, 133, 140f., 162, 181, 192

Deutsches Literatur Archiv (DLA), Schiller Nationalmuseum Marbach a. N.

Cotta-Archiv (Stiftung Stuttgarter Zeitung); Mörike Archiv: Sammlung Kauffmann Cc 16

Evangelisches Kirchenamt Ludwigsburg

Familienregister

Evangelisches Kirchenregisteramt Metterzimmern

Mikrofilmarchiv

Evangelisches Kirchenregisteramt Tübingen

Familienregister

XII

Familien-Register Lauffen

KB

Generallandesarchiv Karlsruhe (GlaK)

Abt. 48 I A 2, Nr. 2779–2782

Abt. 49 Nr. 2721

Abt. 220 Nr. 1175–1177

Abt. 233 Nr. 34905 (Enthält: Darstellung des Wesens und Treibens der Burschenschaft zu Tübingen und der Verhandlungen auf dem Bundestag zu Stuttgart vom 26. und 27. Dezember 1832, entworfen auf den der Bundes-Central-Behörde, bis gegen Mitte des Monats März 1834 zugekommenen Untersuchungs-Ergebnissen, Frankfurt den 11. April 1834), 39428

Abt. 236 Nr. 8760, 8792

Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HstaS)

Altwürttembergisches Kabinett: E 8 Bü 17f.; E 9 Bü 22, Bü 57, Bü 91–93, Bü 111, Bü 114, Bü 116; E 10 Bü 165, Bü 195; E 11 Bü 59; E 14 Bü 1044, Bü 1045, Bü 1184

Geheimer Rat: E 33 Bü 723, Bü 1141

Justizministerium: E 301 Bü 18–56, Bü 251, Bü 253–257, Bü 272; E 302 Bü 1263

Kriegsministerium: E 271k Bü 58–60, 87, 91–110, 218; E 271c Bü 1532, Bü 2440–2442, Bü 2444; E 280 Bü 76; E 284a Bü 928; E 284c Bü 12–15; E 285 Bü 63f., Bü 68–71, Bü 73f., Bü 76–101, Bü 103; E 286 Bü 40; E 297 Verzeichnis der Nationalbücher, Stammrollen, Offiziersstammlisten; E 297 Bü 141, Bü 188

Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten: E 50/01 Bü 249, Bü 287, Bü 415, Bü 418, Bü 428, Bü 434, Bü 581, Bü 583–587, Bü 589–592, Bü 611f., Bü 978–992, Bü 1010–1013, Bü 1172–1190, Bü 1197, Bü 1245–1248, Bü 1344, Bü 1351; E 50/05 Bü 54f., Bü 78, Bü 92, Bü 95, Bü 98; E 50/12 Bü 62, Bü 73; E 63/3 Bü 61, Bü 228–246, Bü 465–497; E 65 Bü 125b–128; E 65 Verz. 57 Bü 140; E 70a Bü 222–224; E 70b Bü 157–161; E 75 Bü 319

Ministerium des Innern: E 143 Bü 575, Bü 3591; E 146 Bü 3725/1, Bü 4147, Bü 4716–4718, Bü 4753, Bü 8420–8423, Bü 8428–8430, Bü 8434–8438, Bü 8484–8486

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStaW)

Staatskanzlei

Diplomatische Korrespondenz

Württemberg 1831–1839 = Kartons 33 = 36

Deutsche Akten, ältere Reihe

K 278–291

Informationsbüro = IB (Mainzer Zentral-Polizei)

Korrespondenz 1837-K. 1; 1838-K. 2; 1838-K. 3; 1839-K. 5; 1839–40 K. 6; 1840-K. 7

Central Informations-Protokoll Jahrgänge 1834–1839

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

Abt. o 30 Nachlass du Thil. B Nr. 106

Abt. G-2 A Bundestagsgesandtschaft Konv. 52, Fasc. 5 passim

Katholisches Kirchenregisteramt Ludwigsburg

Pfarrbücher

Katholisches Pfarramt Oberkessach

Pfarrbücher

Kirchenregisteramt HeilbronnKirchenregisteramt Ludwigsburg

Familienregister

Kirchenregisteramt Schöenberg

Taufbuch

Kirchenregisteramt Stuttgart

Taufbuch

Landesbibliothek Stuttgart, Handschriftenabteilung (LB Stgt. Handschr.)

Cod. hist. 2° 858

Cod. hist. 4° 341, 344, 371, 372, 633

Cod. hist. folio 815 Fasz. 3; 867, 1013

Cod. hist. 80 No. 157 II 4; III, 7i

Cod. Milit. Fol. 106 (= Schäffer, A., Geschichte des Königlich-württembergischen 6. Infanterieregiments 1803–1861. Handschriftliche Skizze Fundort: Handschriftenabteilung der Landesbibliothek Stuttgart)

Cod. Milit. Fol. 101 (= Stadlinger, L.S. von, Geschichte des königlichen württembergischen 5ten Infanterie-Regiments, Fundort: Handschriftenabteilung der Landesbibliothek Stuttgart)

Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKA)

HS 20, A 12, 20, 26, 29, D 3, R 3/ 11

Württembergische Ortskirchenregister (Familien-, Tauf-, Ehe- und Todesregister)

National Archives USA Washington D.C.

Veteran Records, Compiled Service Record: Ernst L. Koseritz Co. D. Smiths,

PA. Vols. Florida War

Old War Widow Pension File 13599

Anna Maria Koseritz

Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL)

Ober- und Mittelbehörden: E 162 II, Bü 2160; E 173 I, Bü 1426, 1430; E 177, Bü 570; E 179 I, Bü 38– 57, 158; E 310, Bü 12; E 319 Bü 5–40, 43, 45–48, 56, 113–120, 169–173, 201, 219, 237; E 356 C, Bü 3

Untere Verwaltungsbehörden: F 175 I Bü 429, 1828–1848; F 181 Bü 134; F 201 Bü 265, 654

Staatsarchiv München

RA (Regierungsbezirk Oberbayern) Fasz. 1496 Nr. 22482

Stadtarchiv Frankfurt a. M.

Acta Criminalia des peinlichen Verhörortes 1833

Stadtarchiv Lauffen/N

Gemeinderatsprotokolle SAL B91 B95

XIV

Stadtarchiv Ludwigsburg

E 1 B 10; K 845; L 2 Bd. 15 7 a; L 3 Bd. 45 13; L 5; L 20 Bd. 282, Bd. 332; L 34 Bde. 9 f., 13, 21

Stadtarchiv München

Polizeikartenregister Serie V

Stadtarchiv Schorndorf

Bürgerliste S1, Inventuren und Teilungen, Fasz. 5, Nr. 241

Stadtarchiv Vaihingen/Enz

Stadtschultheißen – Amtsprotokolle 1839–1843

Verzeichnis der aktiven Gemeindebürger

Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M.

Börne Archiv (BAF);

Nachlässe: Gutzkow, Jucho, Schnapper-Arndt Gottlieb

Standesamt Stuttgart

Familienregister

Universitätsarchiv Tübingen (UAT)

Matrikel vorläufig Bd. 4: Verzeichnis der Studierenden

Strafbuch der Studierenden vom November 1819 bis September 1843

B. Zeitgenössische Zeitungen

- Bayerischer Beobachter, hg. von F. G. FRANCKH, München 1829–31.
 Der Bayerische Landbote, geschrieben von Dr. Karl Friedrich August MÜLLER, München 1830.
 Der Bazar für München und Bayern, für Jedermann und jede Frau, hg. von F. G. FRANCKH, Jahrgang 1830.
 Beilage zum Niederrheinischen Kurier für das constitutionelle Deutschland, [Straßburg] Nr. 1 – (9. Dezember) 1830, Nr. 73 (29. November 1831).
 Der Beobachter. Ein Volks-Blatt aus Württemberg, Stuttgart 1833–1842/3, 1847–49.
 Der Beobachter, Reutlingen, Nr. 1 (3. Juni 1831)–Nr. 24 (31. März 1832).
 Damen-Zeitung. Ein Morgenblatt für die elegante Welt, hg. von C. SPINDLER, München 1830.
 Deutsche Tribüne München/Homburg, 1. Juli 1831–6. März 1832.
 Deutscher Merkur und Aurora (Beilage), 1. 10. 1829–30. 9. 1830, Hg. und Redakteur AUERWECK, München 1829–1830.
 Deutschland, Straßburg, Nr. 1 (2. Dezember 1831)–Nr. 35 (30. März 1832).
 Donau- und Neckar-Zeitung, Stuttgart Juni 1831 bis November 1832, Dezember 1832–Mai 1833.
 Frankfurter Hausblätter (Der 3. April 1833 in Frankfurt a. M.) 1879, S. 315 f., 319 f., 323 f., 327 f., 331 f., 335 f., 339 f., 343 f., 347 f.; N. F. 1. Teil, 1881, S. 124 f., 134 ff., 149 ff., 157 ff., 166 f., 174 f., 208 f.
 Der Freisinnige. Freiburger politische Blätter, 1. März 1832–20. Juni 1832.
 Der Hochwächter. Volksblatt für Stuttgart und Württemberg, Stuttgart 1. 12. 1830–15. 1. 1833.
 Intelligenz-Blatt des Neckar-Kreises und Ludwigsburger Wochenblatt, 1829–1842.
 Journal Universell Politique et Littéraire, Nr. 1, 1. 1. 1826–Nr. 176, 30. 6. 1826.
 Neckar-Zeitung, Stuttgart 1. Januar 1831–22. November 1833.
 Neues Mitternachtsblatt für den Sternenhimmel der Laune und des Humors nebst einer Beilage: Die Gespenster Zeitung, hg. und redigiert von M. G. SAPHIR, München 1830.
 The Penny Satirist, London 7. 4. 1838, 2. 6. 1838, 22. 6. 1839.
 Schwäbische Kronik. Beilage des Schwäbischen Merkurs.
 Staats- und Regierungs-Blatt, Stuttgart 1819.
 Süddeutsche Politische Blätter, Bd. 1, hg. von F. SEYBOLD, Stuttgart 1827.
 Stuttgarter allgemeine Zeitung, Stuttgart ab 27. 6. 1831 bis Nr. 147, dann unter dem Titel Deutsche allgemeine Zeitung ab 20. 11. 1831 bis September 1832.
 Der Wächter am Rhein, Mannheim 18. 4. 1832–25. 7. 1832.
 Der Zeitgeist. Ein Volksblatt, Carlsruhe 13. 7. 1832–24. 9. 1832.

C. Lexika

- Allgemeine deutsche Biografie, redigiert von R. v. LILIENCRON/F. X. v. WIEGELE, Bde. 1–56, Leipzig 1875–1912.
- Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände (Brockhaus), 15 Bde., Leipzig 1851–1855.
- Allgemeine Enzyklopädie der Wissenschaften und Künste, hgg. von J. S. ERSCH und J. G. GRUBER, 167 Bde., Leipzig T.1 1818–1888, T.2 1818–1889, T.3 1830–1850.
- Brockhaus Enzyklopädie, 24 Bde., Wiesbaden 1966–1981.
- BRUNNER, O./CONZE, W./KOSELLECK, R. (Hgg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 6 Bde., Stuttgart 1973–1984.
- Conversations-Lexikon der Gegenwart (Brockhaus), 4 Bde., Leipzig 1838–1841.
- Conversations-Lexikon der neusten Zeit und Literatur (Brockhaus), 4 Bde., Leipzig 1832–1834.
- Conversations-Saal und Geister-Revue. Ein Panorama interessanter Personen, Gedanken und Zeitmaterien, für Menschenkenntnis und Wissenschaft, Stuttgart 1837.
- KNESCHKE, E. H. (Hg.), Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexikon, unveränderter Nachdruck v. 1859–1870, Bd. 5, Leipzig 1930.
- KOSCH, W., Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik, Bern/München 1963.
- Lebensbilder aus Schwaben und Franken, hg. im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg von Max MILLER und Robert UHLAND, Bde. 4–15, Stuttgart 1948–1983.
- Meyers Konversations-Lexikon, Bde. 1–16; Bd. 17 Ergänzungsband; Bd. 18/19 Jahres Supplement, 41885–1892.
- Neue deutsche Biographie, Berlin 1953 ff.
- Neuer Nekrolog der Deutschen, hg. von F. A. SCHMIDT, 30 Bde., Weimar 1833–1854.
- Neues elegantes Conversations-Lexicon für Gebildete aus allen Ständen, hg. im Verein mit einer Gesellschaft von Gelehrten von O. L. B. WOLFF, 4 Bde., Leipzig 1834–1837.
- ROTTECK, C. v./WELCKER, C. Th. (Hgg.), Das Staats-Lexikon oder Encyklopädie der Staatswissenschaften, 15 Bde., Altona 1834–1845.
- SCHMIDT, R./PFAU, K. F., Biographisches Buchhändler-Lexikon, gründlich neu bearbeitet, mit Unterstützung von Rudolf SCHMIDT, hg. von K. F. PFAU, Leipzig 21901.
- Staats- und Gesellschafts-Lexikon. Neues Konversations-Lexikon, hg. von H. WAGNER, 23 Bde., Berlin 1859–1867.
- Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde, Jg. 1/H. 1, Stuttgart 1949.
- Universal-Lexikon der Gegenwart und Vergangenheit oder neuestes encyclopädisches Wörterbuch der Wissenschaften, Künste und Gewerbe, hg. von H. A. PIERER, Bde. 1–34, Altenburg 21840–1846.

D. Gedruckte Quellen und Allgemeine Literatur

- AARON, R., Modernisierung, in: ZAPP, W. (Hg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln 1969, S. 441–453.
- AASLESTAD, K./HAGEMANN, K. A., Collaboration, Resistance and Reform: Experiences and Historiographies of the Napoleonic Wars in Central Europe, 1806 and Its Aftermath: Revisiting the Period of the Napoleonic Wars in German Central European Historiography, in: *Central European History* 39 (2006), S. 547–579.
- ABEL, W., Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1978.
- ABEL, W. (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1978.
- ABEL, W., Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopis, Hamburg/Berlin 1974.
- ABEL, W., Der Pauperismus in Deutschland. Eine Nachlese zu Literaturberichten, in: DERS. (Hg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 1966, S. 284–298.
- ABEL, W., Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der industriellen Revolution. Vortrag, Dortmund: Gesellschaft für westfälische Wirtschaftsgeschichte, Dortmund 1966.
- ADAM, A. E., Ein Jahrhundert Württembergische Verfassung, Stuttgart 1919.
- ADLER, G., Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland, mit besonderer Rücksicht auf die einwirkenden Theorien, Breslau 1885.
- ADLER, G., Saint-Simon und der Saint-Simonismus, in: *Zeitschrift für Sozialwissenschaften* 6 (1903), S. 526–546.
- ADLER, H. (Hg.), *Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten* (2 Bde.), Bd. 1: Köln 1977, Bd. 2.: Köln 1981.
- Adress-Handbuch für die königliche Württembergische zweite Haupt- und Residenzstadt Ludwigsburg. Entworfen an Martini 1831, Ludwigsburg o. J.
- AHRENS, L., *Lamennais und Deutschland. Studien zur Geschichte der französischen Restauration*, München 1930.
- Aktenmäßige Darstellung der im Königreiche Württemberg in den Jahren 1831, 1832 und 1833 statt gehabten hochverrätherischen und sonstigen revolutionären Umtriebe, Stuttgart 1839.
- Aktenmäßige Darstellung des im Königreich Württemberg in den Jahren 1831, 1832 und 1833 von Militär und Civilpersonen unternommenen Hochverraths und sonstiger revolutionärer Umtriebe. Vortrag der Bundes-Central Behörde Frankfurt den 29. November 1834. (Lithographie).
- Amtliche Belehrung über den Geist und das Wesen der Burschenschaft aus den Untersuchungsakten gezogen und zunächst zur Verwarnung für alle Studierende auf den Königlichen Preussischen Universitäten bestimmt, Halle 1824.
- ANGERMANN, E., Der deutsche ‚Vormärz‘, in: *Neue politische Literatur* 13,2 (1968), S. 220–232.
- ANGERMANN, E., Eine Rede von Robert Mohl über den Saint-Simonismus aus dem Jahr 1832, in: *VSWG* 49 (1962), S. 195–214.
- ANGERMANN, E., Robert von Mohl 1799–1875. Leben und Werk eines alt-liberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962.
- ARENDT, H., *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1958.
- ARENDT, H., *On Revolution*, Harmondsworth (Middlesex) 1987.
- ARNOLD, M., Pressefreiheit und Zensur im Baden des Vormärz. Im Spannungsfeld zwischen Bundestreue und Liberalismus, Berlin 2003.
- ARNSBERG, G., Democratic Images and Traditions in Germany, in: DERS., *Democracy – Education – Society. Aspects of their Interrelationship in Israel and Germany*, Freiburg 2006, S. 22–34.
- ARNSBERG, G., Demokraten, „Ultraliberale“ und sonstige Staatsfeinde. Zur württembergischen Militär- und Zivilverschwörung von 1831 bis 1833, in: *Politische Gefangene in Südwestdeutschland*, hg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Landeshauptstadt Stuttgart, Tübingen 2001, S. 74–100.

- ARNSBERG, G., Der dornige Pfad zur Revolution. Der Büchner/Weidig-Kreis und die württembergischen Verschwörer, in: Büchner-Studien, Frankfurt/M 1990, S. 84–109.
- ARNSBERG, G., The Military Conception of Friedrich Engels in the Framework of his Political Thought and its Place amongst Certain Currents of the European Labour Movement. MA-These (Hebräisch), Tel Aviv 1977.
- ARNSBERG, G., Von der Revolution zur Erlösung: Die Irrwege des deutschen Freiheitskämpfers G.D.Hardegg von Württemberg in das Heilige Land, in: Zmanim (Hebräisch) 29 (1988), S.70–80.
- ARNSBERG, G., Zur Semantik der Französischen Revolution im Aktionsfeld des Deutschen Vormärz, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XVIII (1989), S. 87–108.
- ARNSBERG, G., „[...] dem Volke unter die Arme greifen.“ Deutsche und polnische Beispiele zur emanzipatorischen Rolle der Armee in den 1830er Jahren, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XVI (1987), S. 154–176.
- ARTZ, F. B., Reaction and Revolution, 1814–1832, New York 1963.
- AUBIN, H./ZORN, W. (Hgg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976.
- Von August von Becker, dem Communisten 1843–1844, in: Documente des Socialismus Bd. 1, Frankfurt a. M. 1968 (Nachdruck der Ausgabe von 1902), S. 203–217.
- BACHERER, G., Salon der Zeitgenossen. Politische, literarische und gesellschaftliche Charaktere aus der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1838.
- BARTLEY, R. H., Imperial Russia and the Struggle for Latin American Independence 1808–1828, Austin 1978.
- BARTMUSS, H.-J. (Hg.), Deutsche Geschichte in drei Bänden, Bd. 2. von 1789 bis 1917, Redaktion: STREISAND, J., Berlin 1967.
- BATTESTINI, M., Filippo Buonarroti nel Belgio e le sue relazioni con Luigi de Potter, Livorno 1931.
- BAUER, C., Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahre 1848, Freiburg 1929.
- BAUER, E., Geschichte der constitutionellen und revolutionären Bestrebungen im südlichen Deutschland in den Jahren 1831–1834, 3 Bde., Charlottenburg 1845.
- BAUMANN, K., Eduard Fries (1811–1879), Hermann Moré (1812–1880), in: DERS. (Hg.), Das Hambacher Fest, Speyer 1982, S. 257–285.
- BAUMANN, K., Friedrich Schüler, Joseph Savoye, Daniel Pistor, in: DERS. (Hg.), Das Hambacher Fest, Speyer 1982, S. 96–179.
- BAUMANN, K. (Hg.), Das Hambacher Fest. 27. Mai 1832. Männer und Ideen, Speyer 1957.
- BAUMGÄRTEL, G., Das Verwaltungsedikt vom 1. März 1822 und die Entwicklung konstitutionell-kommunaler Selbstverwaltung in Württemberg, Diss. (masch.), Würzburg 1962.
- BAUR, J., Ein Revolutionär mit zwei Anläufen. Georg David Hardegg aus Eglosheim (1812–1879), in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 54 (2000), S. 69–94.
- BAUSINGER, H., Zur politischen Kultur Baden-Württembergs, in: Baden-Württemberg – Eine politische Landeskunde. Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Redaktion WEHLING, H. G., Bd. 1, Stuttgart u. a. 1981, S. 13–38.
- BAYER, D., O gib mir Brot. Die Hungerjahre 1816 und 1817 in Württemberg und Baden, Ulm/Donau 1966.
- BECKER, A., Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus, hg. von E. BARNIKOL, Kiel 1932.
- BECKER, A., Hambach und Pirmasens. Ein Beitrag zur Geschichte des Hambacher Festes, Pirmasens 1928.
- BECKER, E. W., Zeit der Revolution! Revolution der Zeit? Zeiterfahrungen in Deutschland in der Ära der Revolutionen 1789–1848/49, Göttingen 1999.
- BECKER, G., Karl Schapper, in: Männer der Revolution von 1848, hg. vom Arbeitskreis Vorgeschichte und Geschichte der Revolution von 1848/49, Redaktion: OBERMANN, K., Berlin 1970, S. 123–147.

- Beiträge zur Tübinger Studentengeschichte, hg. von G. SCHMIDGALL, fortgeführt unter dem Titel: Beiträge zur deutschen Studentengeschichte, hg. von H. KESSLER, Bd. 8, Mannheim 1955.
- BELSCHNER, C., Geschichte von Württemberg in Wort und Bild, Stuttgart 1902.
- BELSCHNER, C., Schwäbischer Geist, Bd. 2, Ludwigsburg 1926.
- BELSCHNER, C./HUDELMAIER, W., Ludwigsburg im Wandel der Zeiten, Ludwigsburg 1969.
- BERDAHL, R. U., Der deutsche Nationalismus in neuer Sicht, in: WINKLER, H. A. (Hg.), Nationalismus, Königstein/Ts. 1978, S. 138–154.
- BERDING, H., Die Entstehung des Deutschen Zollvereins als Problem historischer Forschung, in: BERDING, H. u. a. (Hgg.), Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat, München/Wien 1978, S. 225–237.
- BERDING, H./FRANÇOIS, E./ULLMANN, H. P. (Hgg.), Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution, Frankfurt a. M. 1989.
- BERG, W., Saint-Simon und seine Schule. Ein Blatt aus der Kindheitsgeschichte des modernen Sozialismus, in: Die neue Zeit, Bd. 39/1 (1920/21), S. 211–218, 230–236, 259–264.
- BERGERON, L./FURET, F./KOSELLECK, R., Das Zeitalter der europäischen Revolution 1780–1848, Frankfurt a. M. 1969.
- BERGMANN, K. H., Babeuf. Gleich und Ungleich, Wiesbaden 1965.
- BERGSTRÄSSE, L. Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland, in: KLUXEN, K. (Hg.), Parlamentarismus, Königstein/Ts. 1980, S. 138–160.
- BERLIN, I., The Roots of Romanticism, (Hebräisch), Tel Aviv 1965.
- BERTSCH, A., Württembergs Anteil an den revolutionären Umtrieben des Jahres 1833, in: Besondere Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg 9/15.5.1910, S. 129–140 und 10/1.6.1910, S. 154–157.
- Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg: mit drei Tabellen und einer Karte des Oberamts, zwei Ansichten und einem Holzschnitt, hg. von dem Königlichen Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart 1859.
- Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt: mit drei Tabellen und einer Karte des Oberamts, nebst Titelbild und drei Holzschnitten, hg. von dem Königlichen Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart 1851.
- Beschreibung des Oberamts Tübingen: mit drei Tabellen, einer Karte des Oberamts und zwei Ansichten, hg. von dem Königlichen Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart 1867.
- BESSLICH, B., Der deutsche Napoleon-Mythos. Literatur und Erinnerung 1800 bis 1945, Darmstadt 2007.
- BETTELHEIM, A., Berthold Auerbach, der Mann, sein Werk, sein Nachlass, Stuttgart/Berlin 1907.
- BEYME, K. von, Empirische Revolutionsforschung, Opladen 1973.
- BIEBERSTEIN, R. J. v., Geheime Gesellschaften als Vorläufer politischer Parteien, in: LUDZ, P. C. (Hg.), Geheime Gesellschaften, Heidelberg 1979, S. 429–460.
- BIEBERSTEIN, R. J. v., Die These von der Verschwörung 1776–1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung, Frankfurt a. M./Bern/Las Vegas 1978.
- BIFFART, M., Geschichte der württembergischen Veste Hohenasperg und ihrer merkwürdigsten Gefangenen, Stuttgart 1858.
- BILLINGER, R. D., Good and True Germans: The Nationalism of the Rheinbund Princes 1806–1814, in: DUCHHARDT, H./KUNZ, A. (Hgg.), Reich oder Nation? Mitteleuropa 1780–1815, Mainz 1998, S. 139–105.
- BILLINGER, R. D., Metternich's Policy toward the South-German States, 1830–1834, Diss. phil., Ann Arbor 1973.
- BINDER, H. E., Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart, 1822–1952. Geschichte einer alten Stuttgarter Firma, Stuttgart 1952.

- BINDER, W. C., *Diplomatische Geschichte der Polnischen Emigration*, Stuttgart 1842.
- Biographische Umriss der Mitglieder der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. nach authentischen Quellen, 4 Bde., Frankfurt a. M. 1849.
- BIRK, B., *Ein Jahrhundert Schwäbischer politischer und patriotischer Dichtung*, Diss. phil., München 1927.
- BLANC, L., *Geschichte der zehn Jahre von 1830 bis 1840*, Teil 2, Zürich/Winterthur 1843.
- BLANNING, T. C. W., *Das alte Europa 1660–1789. Kultur der Macht und Macht der Kultur*, Darmstadt 2006.
- BLASIUS, D., *Der Kampf um die Geschworenengerichte im Vormärz*, in: WEHLER, H.-U. (Hg.), *Sozialgeschichte Heute*, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 148–161.
- BLEIBER, H., *Auswirkungen der Julirevolution auf die Entwicklung der antifeudalen Oppositionsbewegung in Preußen und Österreich*, in: KOSKOK, M./LOCH, W. (Hgg.), *Die französische Julirevolution von 1830 und Europa*, Berlin 1985, S. 177–182.
- BLEIBER, H., *Die Unruhen in Wien im August 1830*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 22 (1974), S. 722–729.
- Blicke auf die materiellen Zustände in Württemberg, in: *Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik*, Berlin 1. Jg. 1847: S. 1076–1091; 2. Jg. 1848: S. 47–61, 112–124, 447–459.
- BLICKLE, P. (Hg.), *Revolte und Revolution in Europa*, München 1975.
- BLOCH, E., *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt a. M. 1959.
- BOCK, H., *Bürgerlicher Liberalismus und revolutionäre Demokratie. Zur Dialektik der sozialen und nationalen Frage in den deutschen Klassenkämpfen von 1831 bis 1834*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 13 (1975), S. 109–151.
- BOCK, H., *Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der französischen Julirevolution 1830–1834. Antifeudale Klassenbewegung, Organisationsformen, Bewußtseinsveränderungen und Literaturprogramme bei beginnender Wirksamkeit des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit*, in: *Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte* 17 (1974), S. 40–106.
- BOCK, H., *Die Illusion der Freiheit. Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der französischen Julirevolution 1830 bis 1831*, Berlin 1980.
- BOCK, H., *Ludwig Börne. Vom Ghettojuden zum Nationalschriftsteller*, Berlin 1962.
- BOCK, H., *Vormärz oder Restauration? Bürgerliche Umwälzung – Industrielle Revolution – Demokratische Literatur*, in: DERS. u. a., *Streitpunkt Vormärz. Beiträge zur Kritik bürgerlicher und revisionistischer Erbauffassungen*, Berlin 1977, S. 9–63.
- BODEN, A., *Dritte Schrift zur Vertheidigung des Herrn Professors Jordan in Marburg wider seine Gegner*, Frankfurt a. M. 1844.
- BÖCKENFÖRDE, E.-W., *Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert*, in: DERS. (Hg.), *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918)*, Königstein/Ts. 1972, S. 146–170.
- BÖCKENFÖRDE, E.-W., *Die Einheit von nationaler und konstitutioneller politischer Bewegung*, in: DERS. (Hg.), *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918)*, Königstein/Ts. 1972, S. 27–39.
- BÖCKENFÖRDE, E.-W., *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1914)*, Königstein/Ts. 1981.
- BÖGEL, O., *Die Verschwörung des Oberleutnants Koseritz im Jahre 1833*, in: *Unterm Heuchelberg*, 6. Jg. Nr. 39., März 1981.
- BÖHME, H., *Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1968.
- BOELCKE, W. A., *Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg*, in: *ZWL G* 32 (1973), S. 436–520.
- BÖNING, H., *Französische Revolution und deutsche Öffentlichkeit*, München 1992.
- BÖRNE, L., *Sämtliche Schriften, neubearbeitet und hg. von Inge und Peter RIPPmann*, 5 Bde., Düsseldorf 1964–1969.

- BOLDT, H., Deutsche Staatslehre im Vormärz, Düsseldorf 1975.
- BOLDT, H., Zwischen Patrimonialismus und Parlamentarismus. Zur Entwicklung vorparlamentarischer Theorien in der deutschen Staatslehre des Vormärz, in: RITTER, G. A. (Hg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 77–100.
- BOLDT, W., Konstitutionelle Monarchie oder parlamentarische Demokratie. Die Auseinandersetzung um die deutsche Nationalversammlung in der Revolution von 1848, in: HZ 216 (1973), S. 553–622.
- BOLDT, W., Die württembergischen Volksvereine von 1848 bis 1852, Stuttgart 1970.
- BOOSS, R., Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach der Juli-Revolution 1830, Köln 1977.
- BORCHARDT, K., Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 173 (1961), S. 401–421.
- BORK, Ch., Der Deutsche Mai, o. O. o. J.
- BORST, A., Lebensformen im Mittelalter, Frankfurt a. M. u. a. 1973.
- BORST, O., Die Epoche und ihre schwäbisch-alemannische Variante, in: DERS. (Hg.), Aufruhr und Entsagung. Vormärz 1815–1848 in Baden und Württemberg, Stuttgart 1992, S. 10–43.
- BORST, O., Geschichte Baden-Württembergs, Stuttgart 2004.
- BORST, O., Geschichte der Stadt Esslingen am Neckar, Esslingen 1977.
- BORST, O., Schwäbische Frühsozialisten. Unbekannte Theoretiker und Arbeiterführer vor der Reichsgründung, in: DERS. (Hg.), Aufruhr und Entsagung. Vormärz 1815–1848 in Baden und Württemberg, Stuttgart 1992, S. 147–169.
- BORST, O., Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie, in: Tradition, Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 11, H. 3 (1966), S. 105–126.
- BORST, O., Stuttgart. Die Geschichte einer Stadt, Stuttgart/Aalen 1973.
- BORST, O. (Hg.), Südwestdeutschland. Die Wiege der deutschen Demokratie, Tübingen 1997.
- BOTZENHART, M., Reform, Restauration, Krise. Deutschland 1789–1847, Darmstadt 1997.
- BRANDENBURG, E., Zum älteren deutschen Parteiwesen. Eine Erwiderung, in: HZ 119 (1919), S. 63–84.
- BRANDENBURG, E., Die Reichsgründung, Bd. 1, Leipzig 1933.
- BRANDSTÄTTER, H., Asperg. Ein deutsches Gefängnis. Ein Geschichtenbuch anhand der bekannten und unbekanntenen Inhaftierten, Berlin 1978.
- BRANDT, H., Gesellschaft, Parlament, Regierung in Württemberg 1830–1840, in: RITTER, G. A. (Hg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 101–118.
- BRANDT, H., Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz. Politisches Denken im Einflußfeld des monarchischen Prinzips, Neuwied 1968.
- BRANDT, H., Der lange Weg in die demokratische Moderne. Deutsche Verfassungsgeschichte von 1800 bis 1945, Darmstadt 1998.
- BRANDT, H., (Hg.) Restauration und Frühliberalismus 1814–1840, Darmstadt 1979.
- BRAUN, R./FISCHER, W./GROSSKREUTZ, H./VOLKMANN, H. (Hgg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Königstein/Ts. 1973.
- BREIDENBACH, M. W. A., Mittheilungen über die gerichtlich abgewiesenen Klagen des J. C. Kuhl zu Butzbach gegen den Freiherrn du Thil und den großherzoglichen Centralfiscus, Darmstadt 1844.
- BRENDLER, E., Die Dreifelderwirtschaft in Württemberg. Ihre historische, natürliche und wirtschaftliche Begründung, Diss. Hohenheim 1929, Berlin 1930.
- BROCK, P., Polish Revolutionary Populism: A study in agrarian socialist thought from the 1830s to the 1850s, Toronto/Buffalo 1977.
- BRUGGER, H., Neujahrsblatt der Literarischen Gesellschaft Bern auf das Jahr 1909. Deutsche Siedlungen in Palästina. Ihre Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung, Bern 1908.

- BRUNNER, O., Land und Herrschaft, Wien 1965.
- BUCHNER, K., Rückschau auf die Opfer des geheimen Gerichts in Deutschland, in: Deutsches Bürgerbuch von 1845, neu hg. von R. SCHLOSSER, (Reprint) Köln 1975, S. 100–140.
- BUCK, H., Schwäbische Dichter und Schriftsteller als politische Publizisten von der Juli-Revolution bis zur Reaktions-Zeit 1830–1880, Diss. phil., München 1951.
- BÜCHNER, G., Werke und Briefe, München/Wien 1980.
- BÜHLER, J., Deutsche Geschichte, Bd. 5, Berlin 1954.
- BÜHLER, J., Das Hambacher Fest, Ludwigshafen 1932.
- BÜRCEL, P., Die Briefe des frühen Gutzkow 1830–1848. Pathographie einer Epoche, Bern/Frankfurt a. M. 1975.
- BÜSCH, O./GRAB, W. (Hgg.), Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1789–1848. Ein Tagungsbericht, Berlin 1979.
- BÜSCH, O./GRAB, W. (Hgg.), Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert. Ein Tagungsbericht, Berlin 1980.
- BÜSSEM, E., Die Karlsbader Beschlüsse von 1819, Hildesheim 1974.
- BÜTTNER, K., Die Auswanderung aus Württemberg. Ein Beitrag zur Bevölkerungsgeographie Württembergs, Marbach a. N. 1938.
- BULL, K. O., Wirtschaftsgeschichtlicher Überblick, in: Das Land Baden-Württemberg, Bd. 1: Allgemeiner Teil, hg. von der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Stuttgart 1974, S. 613–631.
- BUNARROTI, PH., Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit mit dem durch sie veranlaßten Prozeß und den Belegstücken von Ph. Buonarroti. Übersetzt und eingeleitet von Anna und Wilhelm BLOS, Stuttgart 1909.
- BURCKHARDT, E., Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit, 5 Bde., hier: Bd. 4, Leipzig 1844.
- BUSSMANN, W., Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, in: SCHIEDER, Th. (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 5, Stuttgart 1981, S. 1–186.
- BUSSMANN, W., Vom Hl. Römischen Reich deutscher Nation zur Gründung des Deutschen Reiches, in: SCHIEDER, Th. (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 5, Stuttgart 1981, S. 404–615.
- BUTLER, E. M., The Saint-Simonian Religion in Germany, Cambridge 1926.
- BUZENGEIGER, W., Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts, Diss. (masch.), München 1949.
- CAMERER, S. W., Geschichte der Burschenschaft Germania zu Tübingen, Urach 1909.
- CARMEL, A., Die Siedlungen der württembergischen Templer in Palästina 1868–1918, Stuttgart 1973.
- CAROVÉ, F. W., Der Saint-Simonismus und die neue französische Philosophie, Leipzig 1831.
- CARR, E. H., Studies in Revolution, London 1962.
- CARR, R., Spain 1808–1975, Oxford 1982.
- CARSTEN, F., C. Princes and Parliaments in Germany from the Fifteenth to the Eighteenth Century, Oxford 1959.
- CAZDEN, R., A History of the German Book Trade in America to the Civil War, Columbia, S. C. 1984.
- CHARLÉTY, S., Histoire du Saint-simonisme (1823–1864), Paris 1931.
- CHEZY, W. v., Erinnerungen aus meinem Leben, 4 Bde., Schaffhausen 1863–1864.
- CHORLEY, K., Armies and the Art of Revolution, London 1943.
- CHRISTIANSEN, E., The Origin of Military Power in Spain 1800–1854, Oxford 1967.
- CHROUST, A. (Bearbeiter), Gesandtschaftsberichte aus München 1814–1848, Abt. I: Die Berichte des französischen Gesandten, Bd. 3, München 1936.
- CHURCH, C. H., Europe in 1830: Revolution and Political Change, London 1983.

- CHURCH, C.H., Models of Revolution and the European Revolutions of 1830/1831, in: KOSSOK, M./LOCH, W., (Hgg.), Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin 1985, S.54–72.
- COLE, G. D.H., Socialist Thought. The Forerunners 1789–1850, London 1962.
- CONZE, W., Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: BESSON, W./HILLER v. GAERTRINGEN, F. Freiherr von (Hgg.), Geschichte und Gegenwartsbewußtsein in Historischen Betrachtungen und Untersuchungen. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, dargebracht von Kollegen, Freunden und Schülern, Göttingen 1963, S.323–338.
- CONZE, W., Vom ‚Pöbel‘ zum ‚Proletariat‘, in: WEHLER, H.-U. (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966, S.111–136.
- CONZE, W., Das Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft im Vormärz, in: DERS. (Hg.), Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815–1848, Stuttgart 1978, S.207–269.
- CONZE, W., Die Wirkung der liberalen Agrarreform auf die Volksordnung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 38 (1951), S.2–43.
- CONZE, W./GROH, D., Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung: die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966.
- DALIN, V.M., Babeuf Studien, eingeleitet und hg. von W. MARKOV, Berlin 1961.
- DALIN, V.M., Robespierre und Babeuf, in: HAHN, M. (Hg.), Vormarxistischer Sozialismus, Frankfurt a.M. 1974, S.58–74.
- DANN, O., Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland, in: ENGELHARDT, U. u. a. (Hgg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S.197–232.
- DANN, O., Geheime Organisation und politisches Engagement im deutschen Bürgertum des frühen 19. Jahrhunderts. Der Tugendbund-Streit in Preußen, in: LUDZ, P. Ch. (Hg.), Geheime Gesellschaften, Heidelberg 1979, S.399–428.
- DANN, O., Gleichheit und Gleichberechtigung. Das Gleichheitspostulat in der alteuropäischen Tradition und in Deutschland bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert, Berlin 1980.
- DANN, O., Nationalismus und sozialer Wandel in Deutschland 1806–1850, in: DERS. (Hg.), Nationalismus und sozialer Wandel, Hamburg 1978, S.77–128.
- Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Complotte der neueren Zeit in Deutschland geführten Untersuchungen: auf den Zeitabschnitt mit Ende Juli 1838, Frankfurt a.M. (1838).
- DAUTRY, J., Saint Simons Auffassung von der Notwendigkeit der Revolution, in: HAHN, M. (Hg.), Vormarxistischer Sozialismus, Frankfurt a. M. 1974, S.116–148.
- DAVID, E., Der hessische Landbote von Georg Büchner sowie des Verfassers Leben und politisches Wirken, München 1896.
- DECKER-HAUFF, H.-M., Die Entstehung der altwürttembergischen Ehrbarkeit 1250–1534, Diss. phil., Wien 1946.
- DEHLINGER, A., Adolf Goppelt. Kaufmann, Politiker, Chef des Finanzdepartements, 1800–1875, in: HAERING, H. (Hg.), Schwäbische Lebensbilder, Bd.5, Stuttgart 1950, S.256–268.
- DEHLINGER, G., Überblick über die Entwicklung der Landwirtschaft in Württemberg seit Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Württembergische Jahrbücher 1897, I, S.49–76.
- DEICH, W., Die Julirevolution von 1830 und das Herzogtum Braunschweig, in: KOSSOK, M./LOCH, W. (Hgg.), Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin 1985, S.235–246.
- DEMANDT, K.E., Geschichte des Landes Hessen, Kassel/Basel 1972.
- DENKLER, H., Zwischen Julirevolution (1830) und Märzrevolution (1848/49), in: HINDERER, W. (Hg.), Geschichte der politischen Lyrik in Deutschland, Stuttgart 1978, S.179–209.
- DEPPE, F., Verschwörung, Aufstand und Revolution. Blanqui und das Problem der sozialen Revolution, Frankfurt a.M. 1970.

- Deutschlands Wiedergeburt oder Mittel und Wege, ein freies Deutsches Reich wieder aufzurichten, Hamburg 1832. [Verfasser: F. GÄRTH]
- DIETZ, E., Das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833 und die Heidelberger Studentenschaft. Ein Stück deutscher Kultur und Rechtsgeschichte, Heidelberg 1906.
- DIPPEL, H., Die Amerikanische Revolution 1763–1787, Frankfurt a. M. 1985.
- DIPPEL, H., Germany and the American Revolution, 1770–1800, Chapel Hill 1977.
- DIPPER, C., Die Bauernbefreiung in Deutschland, Stuttgart 1980.
- DIPPER, C., Deutsche Geschichte 1648–1789, Darmstadt 1997.
- DOBERT, E. W., Deutsche Demokraten in Amerika – Die Achtundvierziger und ihre Schriften, Göttingen 1958.
- DOBLINGER, M./SCHMIDGALL, G., Geschichte und Mitgliederverzeichnisse burschenschaftlicher Verbindungen in Altösterreich und Tübingen 1816 bis 1936, Görlitz 1940.
- DOMMANGET, M., Die Aufteilung der Großpachten in der Theorie Babeufs und ihre Stellung in der kommunistischen Taktik, in: LABROUSSE, E./LEFEBVRE, G./SOBOUL, A. u. a., Geburt der bürgerlichen Gesellschaft 1789, Frankfurt a. M. 1979, S. 199–235.
- DOWE, D., Methodologische Überlegungen zum Problem des Hungers in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: CONZE, W./ENGELHARD, U. (Hgg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981.
- DRUCKENMÜLLER, A., Der Buchhandel in Stuttgart mit Erfindung der Buchdruckerkunst bis zur Gegenwart, Diss. phil., Stuttgart 1908.
- DÜRR, F., Heilbronner Chronik, 1. Teil, enthaltend den Zeitraum von den Anfängen der Stadt bis zum Jahr 1895, Heilbronn 21926.
- DUNK, H. von der, Der deutsche Vormärz und Belgien 1830–1848, Wiesbaden 1966.
- DUPLAY, S., Mémoire sur les sociétés secrètes et les conspirations sous la Restauration. Précédé d'une notice par M. L. Grasilier, in: Revue Internationale des sociétés secrètes No. 3, 1913, S. 510–554.
- ECHTERNKAMP, J., Der Aufstieg des deutschen Nationalismus (1770–1840), Frankfurt a. M. 1998.
- EHLEN, P. (Hg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.
- EHMKE, H., Karl von Rotteck der politische Professor, Karlsruhe 1964.
- EHRENTREICH, H., Heinrich Luden und sein Einfluß auf die Burschenschaft, in: QDGBE 4, Heidelberg 1913, S. 48–129.
- EHRLE, P. M., Volksvertretung im Vormärz. Studien zur Zusammensetzung, Wahl und Funktion der deutschen Landtage im Spannungsfeld zwischen monarchischem Prinzip und ständischer Repräsentation, Frankfurt a. M. 1979.
- EICHSTÄDT, V., Die deutsche Publizistik von 1830. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der konstitutionellen und nationalen Tendenzen, Berlin 1933.
- Über den Einfluß des Zollvereins auf die Industrie und den Handel Württembergs, in: Gewerbeblatt aus Württemberg, Stuttgart 1851, S. 213–302.
- Eins ist Noth. In Flugschriften, hg. von mehreren teutschen Patrioten, I, Straßburg 1833.
- EISENSTEIN, E. L., The First Professional Revolutionist: Filippo Michele Buonarroti (1761–1837), Cambridge (Mass.) 1959.
- ELIAS, N., Über den Prozess der Zivilisation, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1988.
- ELIAS, O. H., Die Bedeutung der Universitäten im politischen Leben der südwestdeutschen Universitätsstädte im 19. Jahrhundert, in: MASCHKE, E./SYDOW, J. (Hgg.), Staat und Hochschule im 19. und 20. Jahrhundert, Sigmaringen 1979.
- ELIAS, O. H., Friedrich Georg Ludwig Lindner. Arzt, Geheimagent, Publizist, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 15 (1983), S. 155–202.
- ELSNER, H., Abriß der Geschichte des aufgelösten württembergischen Landtags vom 15. 1. 1833–23. 3. 1833, Stuttgart 1834.

- ELSNER, H., Befreiungskampf der nordamerikanischen Staaten, mit den Lebensbeschreibungen der vier berühmtesten Männer desselben: Washington, Franklin, Lafayette und Kosciuszko, Stuttgart 1835.
- ELSNER, H., Maximilian Robespierre, Dictator von Frankreich. Vollständige Geschichte seines Lebens mit Sammlung seiner Reden, Stuttgart 1835.
- ELSNER, H., Umfassende Geschichte des Kaisers Napoleon, mit vollständiger Sammlung seiner Werke für gebildete Leser, 10 Bde., Stuttgart 1834–1837.
- ELSNER, H., Wichtige Tage aus dem Leben Napoleons und die Geschichte unserer Zeit, Stuttgart/Leipzig 1837.
- ENGELS, F., Ausgewählte Militärische Schriften, 2 Bde., Berlin 1958/1964.
- ENGELS, F., Deutsche Zustände, in: MEW, Bd. 2, Berlin 1962, S. 564–584.
- ENGELBERG, E., Zur Forschung über Entstehung, Struktur und Entwicklung des Proletariats, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 20. Jg. (1978) Heft 3, S. 362–368.
- ENGELHARDT, U. (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984.
- ENGELMANN, B., Trotz alledem. Deutsche Radikale 1777–1977, Hamburg 1979.
- ENGELSING, R., Zur politischen Bildung der deutschen Unterschichten 1789–1863, in: DERS., Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1973, S. 115–179.
- ENZENSBERGER, H. M. (Hg.) Freisprüche. Revolutionäre vor Gericht, Frankfurt a. M. 1970.
- ENZENSBERGER, H. M. (Hg.), Klassenbuch: Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland, Bd. 1 (1756–1850), Darmstadt 1972.
- EPSTEIN, K., Die Ursprünge des Konservativismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770 bis 1806, Berlin 1973.
- ERHORN, I., Die deutsche Einwanderung der Dreißiger und Achtundvierziger in die Vereinigten Staaten und ihre Stellung zur nordamerikanischen Politik, Hamburg 1937.
- ERZBERGER, M., Die Säkularisation in Württemberg 1802–1810. Ihr Verlauf und ihre Nachwirkungen, Stuttgart 1902.
- EVERKE, K. F., Zur Funktionsgeschichte der politischen Parteien, Baden-Baden 1974.
- EYCK, F. G., English and French Influences on German Liberalism before 1848, in: Journal of the History of Ideas 18 (1957), S. 313–341.
- EYCK, F. G., Mazzini's Young Europe, in: Journal of Central European Affairs 17 (1958) 4, S. 356–377.
- EYCK, F. G., The Political Theories and Activities of German Academic Youth between 1815 and 1819, in: Journal of Modern History 1955, S. 27–38.
- F. J. G. Über den Germanismus in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Deutsche Vierteljahreschrift, 1. Heft, Stuttgart/Tübingen 1839, S. 33–73.
- FABER, K. G., Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Revolution von 1815 bis 1851, (= Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3/Ib, neu hg. von L. JUST.), Wiesbaden 1979.
- FABER, K. G., Die rheinischen Institutionen, in: Hambacher Gespräche 1962, Wiesbaden 1964, S. 20–40.
- FABER, K. G., Strukturprobleme des deutschen Liberalismus, in: Der Staat 14 (1975), S. 201–227.
- FACIUS, F., Staat und Landwirtschaft in Württemberg 1780–1920. Zur Entstehung und Entwicklung der agrarischen Interessenvertretung, Berufsorganisation und Selbstverwaltung, in: HAUSHOFER, H. (Hg.), Wege und Forschungen in der Agrargeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Franz, Frankfurt a. M. 1967, S. 288–313.
- FAUL, E., Kreuzwege radikaler Zeit und Strategiediskussionen in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung, in: Politische Vierteljahresschrift 17 (1976), S. 297–316.
- FAUL, E./PAYNE, S. G., Politics and the Military in Modern Spain, Stanford 1967.
- Fehrenbach, E., Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß, München 1980.
- FEHRENBACH, E., Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, Göttingen 1974.

- FELDMANN, W., Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795–1914), München/Berlin 1917 (Neudruck Osnabrück 1964).
- FENSKÉ, H., Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933, Stuttgart u. a. 1981.
- FENSKÉ, H., Politischer und sozialer Protest in Süddeutschland nach 1830, in: REINALTER, H. (Hg.), Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49, Frankfurt/M 1986, S. 143–201.
- FENZ, E., J. Fröbel, seine politische Entwicklung bis 1849, Diss. (masch.), Bern 1943.
- FERNKORN, H., Wilhelm Schulz und sein politisches Wirken nach der Revolution von 1830 (1836–1860). Ein Beitrag zur Geschichte des vormärzlichen Liberalismus, Diss. phil. (masch.), Frankfurt a. M. 1924.
- FESSEMEYER, H., Akademische Jugend im patriotischen Kampf. Grünstadter Studenten beim Wachensturm in Frankfurt a. M. im Jahr 1833, Sonderdruck der Grünstadter Zeitung Nr. 212, 12. September 1950.
- FISCHER, H., Die Schwäbische Literatur im 18. und 19. Jahrhundert. Ein historischer Rückblick, Tübingen 1911.
- FISCHER, W., Armut in den geschichtlichen Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „sozialen Frage“ in Europa seit dem Mittelalter, Göttingen 1982.
- FISCHER, W., Handwerksrecht und Handwerkswirtschaft um 1800. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsverfassung vor der industriellen Revolution, Berlin 1955.
- FISCHER, W., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972.
- FLATHE, T., Das Zeitalter der Restauration und der Revolution 1815–1851, in: ONCKEN, W. (Hg.), Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen, Bd. 4, 2, Berlin 1883.
- FOCKE, H., F. List und die südwestdeutsche Amerika-Auswanderung 1817–1848, in: MOLT-MANN, G. (Hg.), Deutsche Amerika-Auswanderung, Stuttgart 1976, S. 63–100.
- FÖRDER, H. S., Forschungen zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, in: Zeitschrift für Geisteswissenschaft 8 (1960), S. 246–271.
- FÖRSTER, C., Der Press- und Vaterlandsverein von 1832–33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982.
- FÖRSTER, G., Volk und Armee in der deutschen Militärgeschichte, in: Militärgeschichte 13 (1974), S. 441–453.
- FOLLENBERG, C. (Hg.), Actenmäßige Darstellung der Versuche, Deutschland in Revolutionszustand zu bringen, Heft 4, in: NEIGEBEUR, J. D. F. (Hg.), Geschichte der geheimen Verbindungen der neuesten Zeit, Leipzig 1831.
- FOLLENBERG, C. (Hg.), Acten Stücke über die unter dem Namen des Männer-Bundes und des Jünglings-Bundes bekannten demagogischen Umtriebe, Heft 7, in: NEIGEBEUR, J. D. F. (Hg.), Geschichte der geheimen Verbindungen der neuesten Zeit, Leipzig 1833.
- FONTEIL, F., L'opposition politique à Strasbourg sous la monarchie de Juillet (1830–1848), Paris 1932.
- FRÄNKEL, E. (Hg.), Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens, Köln 1959.
- FRÄNKEL, H., Politische Gedanken und Strömungen in der Burschenschaft um 1821–1824 – Männerbund und Jünglingsbund, in: QDGBE, Bd. 3, Heidelberg 1912, S. 241–326.
- FRANCKENBERG-LUDWIGSDORF, F. von, Schilderungen denkwürdiger deutscher Zustände vom Jahr 1806 bis zur Gegenwart 1863, Göttingen 1863.
- FRANCKH, G. F., F. G. Schlosser, Geheimrath und Professor der Geschichte Heidelberg, als wortbrüchiger Autor vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung geladen, Stuttgart 21844.
- FRANZ, E., Wirtschaftliche Voraussetzungen und staatliche Maßnahmen zum Hambacher Fest, in: Das Bayernland 63 (1932), S. 228–237.
- FRARY, R., Handbuch des Demagogen, Hannover 1884.
- FRAUNHOLZ, E. V., Deutsche Kriegs- und Heeresgeschichte in den Umrissen dargestellt, München/Berlin 1927.

- FRAUNHOLZ, E. V., Die Entwicklung des Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht im 19. Jahrhundert, München 1925.
- FRAUNHOLZ, E. V., Das Heerwesen des 19. Jahrhunderts, München 1941.
- FREILINGER, H., Die Hambacher. Beteiligte und Sympathisanten der Beinahe-Revolution von 1832, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41 (1978), S. 701–735.
- FREY, K., Wilhelm Waiblinger. Sein Leben und seine Werke, Aarau 1904.
- FREYTAG, G., Karl Mathy, Leipzig o. J.
- FRICKER, C. V., Die Verfassungsurkunde für das Königreich Württemberg vom 25. September 1819 mit dem officiellen Auslegungsmaterial, Stuttgart 1865.
- FRICKER, C. V./GESSLER, T. V., Geschichte der Verfassung Württembergs, Stuttgart 1869.
- FRIDRICH, H. F., Das ‚schwarze Buch‘ der Bundes-Zentralbehörde über revolutionäre Umtriebe 1838–1842, in: Hessische Familienkunde I, Heft 2/3 (1948), S. 30–54.
- FRIED, P., Einführung, in: DERS. (Hg.), Probleme und Methoden der Landesgeschichte, Darmstadt 1978.
- FRIEDENTHAL, R., Goethe – Sein Leben und seine Zeit, München 1963.
- FRIEDRICH, J. K., Noch fünfzehn Jahre aus dem Leben eines Todten, o. O. 1854.
- FRIEDRICH, J. K., Vierzig Jahre aus dem Leben eines Todten. Hinterlassene Papiere eines französisch-preußischen Offiziers, 3 Bde., Berlin/Stuttgart 1915.
- FRÖBEL, J., Ein Lebenslauf, 2 Bde., Stuttgart 1890f.
- FROMM, F., Geschichte des Infanterie-Regimentes König Wilhelm I. (6. Württembergisches) Nr. 124, Weingarten 1901.
- FUCHS, K., Bürgerliches Raisonement und Staatsrason. Zensur als Instrument des Despotismus. Dargestellt am Beispiel des rheinbündischen Württemberg (1806–1813), Göppingen 1975.
- FURET, F./RICHEL, D., Die Französische Revolution, Frankfurt a. M. 1987.
- GAERTH, K., Mißgriffe bei dem deutschen Gesetze über Schwurgerichte, Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unabhängigkeit der Richter, Frankfurt a. M. 1849.
- GAESE, H., Die Affäre Koseritz, in: Hie gut Württemberg 9 (1958), Nr. 6–7, S. 9f.
- GAESE, H., Ludwigsburger Affären und Prozesse im deutschen Vormärz, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter Ludwigsburg 23 (1971), S. 68–83.
- GALL, L., Benjamin Constant. Seine politische Ideenwelt und der deutsche Vormärz, Wiesbaden 1963.
- GALL, L. (Hg.), Liberalismus, Königstein/Ts. 1979.
- GANS, E., Rückblicke auf Personen und Zustände, Berlin 1836.
- GARBER, J./SCHMITT, H. (Hgg.), Bürgerliche Gesellschaft zwischen Demokratie und Diktatur, Marburg an der Lahn 1985.
- GARRONE, A. G., Filippo Buonarroti e i rivoluzionari dell' Ottocento (1828–1837), Roma 1951.
- GARRONE, A. G., Philippe Buonarroti et les révolutionnaires du XIX^e siècle, Paris 1975.
- GAUER, H., Vom Bauerntum, Bürgertum und Arbeitertum in der Armee, Diss., Heidelberg 1935.
- GEBHARDT, B. (Begründer), Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3: Von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg, bearbeitet von BORN, K. u. a., Stuttgart 1970.
- GEERTZ, C., Ideology as a Cultural System, in: APTUR, D. E. (Hg.), Ideology and Discontent, New York 1967, S. 47–76.
- Die geheimen Beschlüsse der Wiener Conferenz vom 12. Juni 1834. Ein authentisches Actenstück aus den Papieren eines jüngst verstorbenen Diplomaten, „Deutschland“ 1843. [Verfasser: H. v. RAUSCHENPLAT]
- GEHRING, P., Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter Wilhelm I. (1816–1864), in: ZWLG 9 (1949/1950), S. 196–257.
- GELZER, H., Die geheimen deutschen Verbindungen in der Schweiz seit 1833. Ein Beitrag zur Geschichte des modernen Radikalismus und Communismus, Basel 1847.

- GERBER, H., Der Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833. Neue Beiträge zu seinem Verlauf und seiner behördlichen Untersuchung, in: QDGBE Bd. 14, Berlin 1934, S. 171–212.
- GERECKE, A., Das deutsche Echo auf die polnische Erhebung von 1830, Wiesbaden 1964.
- GERLACH, A. Deutsche Literatur im Schweizer Exil. Die politische Propaganda der Vereine deutscher Flüchtlinge und Handwerksgesellen in der Schweiz von 1833–1845, Frankfurt a. M. 1975.
- GERVINUS, G. G., Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, Bd. 8, Leipzig 1866.
- Zur Geschichte der Begründung und Entwicklung des constitutionellen Staatslebens in Württemberg, in: POELITZ, K. H. L. (Hg.), Jahrbücher der Geschichte der Staatskunst. Eine Monatsschrift, Leipzig 1832, S. 482–511.
- Gespräch eines Oberamtmanns und eines Wahlmanns über den Württembergischen Landtag: Motto: „Prüfet Alles und das Wahre behaltet!“ , o. O. 1833. [Verfasser: H. ELSNER?]
- GLOSSY, K. (Hg.), Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz, 2 Bde., Wien 1912–1913.
- GLÜCK, O., Beiträge zur Geschichte des württembergischen Liberalismus von 1833 bis 1848, Diss. phil., Tübingen 1931.
- GOEBEL, K., Heinrich Luden. Sein Staatsbegriff und sein Einfluß auf die deutsche Verfassungsbewegung“, in: QDGBE Bd. 8, Heidelberg 1970, S. 9–125.
- GÖHRING, M., Robespierre, in: MARKOV, W. (Hg.), Jakobiner und Sansculotten. Beiträge zur Geschichte der französischen Revolutionsregierung 1793–1794, Berlin 1956, S. 77–96.
- GÖRISCH, R./MAYER, T. M. (Hgg.), Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen 1831–1834, Frankfurt a. M. 1982.
- GÖRRES, J., Teutschland und die Revolution, Coblenz 1819.
- GÖTZE, K. H., Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz, Frankfurt a. M./Bern/Cirencester (U. K.) 1980.
- GOLDFRIEDRICH, J., Geschichte des deutschen Buchhandels von Beginn der Fremdherrschaft bis zur Reform des Börsenvereins im neuen Deutschen Reiche (1805–1889), Leipzig 1913.
- GOLLWITZER, H., Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918, Göttingen 1964.
- GOOCH, G. P., Studies in German History, London 1948.
- GOODSPEED, D. J., The Conspirators, New York 1962.
- Grab, W., Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten Französischen Republik, Hamburg 1966.
- GRAB, W., Georg Büchner und die Revolution von 1848, Königstein/Ts. 1985.
- GRAB, W., Harro Harring, Revolutionsdichter und Odysseus der Freiheit, in: MATTENKLOTT, G./SCHERPE, K. R. (Hgg.), Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Vormärz, Kronberg/Ts. 1974, S. 9–84.
- GRAB, W., Heinrich Heine als politischer Dichter, Heidelberg 1982.
- GRAB, W., Leben und Werke norddeutscher Jakobiner, Stuttgart 1973.
- GRAB, W., Von Mainz nach Hambach. Zur Kontinuität revolutionärer Bewegungen und ihrer Repression 1792–1832, in: GEISS, I./WENDT, B. J. (Hgg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973, S. 50–69.
- GRAB, W., Ein Mann, der Marx Ideen gab: Wilhelm Schulz, Weggefährte Georg Büchners, Demokrat der Paulskirche. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1979.
- GRAB, W., Norddeutsche Jakobiner. Demokratische Bestrebungen zur Zeit der Französischen Revolution, Frankfurt a. M. 1967.
- GRAB, W., Die Revolutionspropaganda der deutschen Jakobiner 1792/1793, in: Archiv für Sozialgeschichte 9 (1969), S. 113–156.
- GRAB, W./FRIESEL, U., Noch ist Deutschland nicht verloren. Eine historische politische Analyse unterdrückter Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung, München 1970.
- GRÄTER, H., Die Güterzertrümmerung in Württemberg, ihre Bekämpfung und die Frage der Einführung des Anerbenrechts, Diss., Jena/Weimar 1913.

- GRANDJONC, J., Die deutschen Emigranten in Paris. Ihr Verhältnis zu Heinrich Heine, in: WINDFUHR, M. (Hg.), Internationaler Heine-Kongress Düsseldorf 1972. Referate und Diskussionen, Hamburg 1973, S. 165–177.
- GRANDJONC, J., *Éléments statistiques pour une étude de l'immigration étrangère en France de 1830 à 1851*, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 211–229.
- GRANDJONC, J., *Les immigrés allemands sous la Monarchie de Juillet. Documents de surveillance policière 1833 – février 1848*, in: Etudes germaniques: travaux du Centre d'Etudes Germaniques, Aix-en-Provence 1972, S. 115–258.
- GRANDJONC, J., *La Presse de l'émigration allemande en France (1795–1848) et en Europe (1830–1848)*, in: Archiv für Sozialgeschichte 10 (1970), S. 95–152.
- GRASSL, H., *Tragende Idee der illuminaristisch-jakobinischen Propaganda und ihre Nachwirkungen in der deutschen Literatur*, in: LUDZ, P. Ch. (Hg.), Geheime Gesellschaften, Heidelberg 1979, S. 335–366.
- GRAUER, K. J., *König Wilhelm I. von Württemberg und die europäischen Dynastien*, in: ZWLG 15 (1956), S. 253–278.
- GRAUER, K. J., *Wilhelm I. König von Württemberg. Ein Bild seines Lebens und seiner Zeit*, Stuttgart 1960.
- GREBING, H. (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, München/Wien 1969.
- GRIESMEIER, J., *Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 1954, H. 1, S. 121–242.
- GRIESSINGER, A., *Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgelesen im 18. Jahrhundert*, Berlin 1981.
- GRIEWANK, K., *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff*, Weimar 1955.
- GROH, D., *Caesarismus, Napoleonismus, Bonapartismus, Führer, Chef, Imperialismus*, in: BRUNNER, O./CONZE, W./KOSELLECK, R. (Hgg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 726–771.
- GRUBE, W., *Dorfgemeinde und Amtsversammlung in Altwürttemberg*, in: ZWLG 13 (1954), S. 194–219.
- GRUBE, W., *Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament*, Stuttgart 1957.
- Die Grundlage der Konstitution des französischen Volkes vom Jahr 1793. Dem deutschen Volke zur Beherzigung und Belehrung. Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers (24. 6. 1793), o. O. 1832. (Fundort: StaL E 319 Bü 48)
- GRUNER, S., *The Revolution of July 1830 and the Expression ‚Bourgeoisie‘*, in: The Historical Journal, XI, 3 (1968), S. 462–471.
- GUILLON, E., *Les complots militaires sous la Restauration*, Paris 1895.
- GURR, T. R., *Why Men Rebel*, Princeton 1979. Deutsch: *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*, Düsseldorf/Wien 1972.
- GUTZKOW, K., *Briefe aus Paris*, 2 Teile, Leipzig 1842.
- GUTZKOW, K., *Die Divination auf den nächsten Württembergischen Landtag. Beleuchtet von Einem, der weder Deputierter noch Minister werden will*, Hanau 1832.
- GUTZKOW, K., *Karl Gutzkows Ausgewählte Werke in zwölf Bänden*, hg. von H. H. HOUBEN, Leipzig 1908.
- GUTZKOW, K., *Rückblicke auf mein Leben*, Berlin 1875.
- H. R., *Georg David Hardegg (Nachruf)*, in: Schwäbischer Merkur 1912, Nr. 157, S. 2.
- HABER, G., *Probleme der Strafprozeßgerichte im Vormärz. Ein Beitrag zum Rechtsdenken des aufsteigenden Bürgertums*, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 91, H. 3 (1979), S. 590–636.
- HABERMAS, J., *Heinrich Heine und die Rolle des Intellektuellen in Deutschland*, in: DERS., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt a.M. 1987, S. 25–54.

- HABERMAS, J., Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin 1969.
- HAECKEL, M., Skizze zu einer Geschichte der deutschen Polenliteratur unter besonderer Berücksichtigung der Lyrik in den Jahren 1830–1834: Ein Beitrag zur Widerspiegelung nationaler und sozialer Kämpfe des Auslandes in der deutschen Literatur, Diss. phil. (masch.), Jena 1954.
- HÄNDLER-LACHMANN, B., Oberhessische demokratische Gruppen und ihre Beziehungen zu Marburg, in: KRAMER, D./VANJA, Ch. (Hgg.), Universität und demokratische Bewegung: ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1977, S.35–51.
- HAERING, J., Württemberg unter dem Einfluß der Julirevolution (Ungedruckte Diss. 1914), Fundort: HstaS J 1–3 Nr.288.
- HAERING, J., Württemberg unter dem Einfluß der Julirevolution, in: ZWLG 1 (1937), S.446–454.
- HAGEN, K., Fragen der Zeit vom historischen Standpunkte betrachtet, 2 Bde., hier Bd.2, Stuttgart 1845.
- HAGEN, K., Geschichte der neuesten Zeit vom Sturze Napoleons bis auf unsere Tage, 2 Bde., Braunschweig 1851.
- HAHN, H., Die württembergische Heeresentwicklung in: Zeitschrift für Heereskunde 37 (1973), T. 2, S.165–173, 220–225; 38 (1974), T. 3, S.21–32.
- HAHN, H.-H., Die Organisation der polnischen ‚Großen Emigration‘ (1831–1847), in: SCHIEDER, Th./DANN, O. (Hgg.), Nationale Bewegung und soziale Organisation, I. Vergleichende Studien zur nationalen Vereinsbewegung des 19. Jahrhunderts in Europa, München/Wien 1978, S.131–273.
- HAHN, M., Der sogenannte Frühsozialismus als Forschungsproblem, in: Das Argument 74 (1972), S.638–655.
- HAHN, M., Präsozialismus: Claude-Henri de Saint-Simon. Ein Bericht, Stuttgart 1970.
- HAHN, M., (Hg.), Vormarxistischer Sozialismus, Frankfurt a. M. 1974.
- HAHN, O., Die Not unserer Bauern und ihre Ursachen, Reutlingen 1880.
- HALE, D., Ein Frankfurter Revolutionär im texanischen Unabhängigkeitskrieg, in: Archiv für Frankfurt am Mains Geschichte und Kunst 57 (1980), S.151–166.
- HALECKI, O., Geschichte Polens, Frankfurt a. M. 1963.
- HALES, E. E. Y., Mazzini and the Secret Societies. The Making of a Myth, London 1956.
- HALLGARTEN, W., Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution, München/Berlin 1928.
- Hambacher Gespräche 1962, Wiesbaden 1964.
- HAMEROW, T. S., Restoration, Revolution, Reaction, Economics and Politics in Germany 1815–1871, Princeton 1958.
- HAMMER, M., Die Volksbewegung am Beginn der bürgerlichen Umwälzung in Sachsen 1830, in: KOSSOK, M./LOCH, W., (Hgg.), Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin 1985, S.203–214.
- HANSCHMIDT, A., Republikanisch-demokratischer Internationalismus im 19. Jahrhundert. Ideen, Formen, Organisationsversuche, Husum 1977.
- HANSEN, C., Die deutsche Auswanderung im 19. Jahrhundert ein Mittel zur Lösung sozialer und sozialpolitischer Probleme?, in: MOLTSMANN, G. (Hg.), Deutsche Amerika-Auswanderung im 19. Jahrhundert. Sozialgeschichtliche Beiträge, Stuttgart 1976, S.8–61.
- HANSEN, J., Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, Bd.1: 1830–1845, Osnabrück 1919 (Neudruck Köln 1967).
- HARDEGG, G. D., Das ewige Evangelium, Mittel zur Lösung der sozialen Frage, Stuttgart 1866.
- HARDEGG, G. D., Reflections on the Temple at Jerusalem and the Colonization of Palestine. Haifa 1869 (translated into English), Albany (N. Y.) 1869.
- HARDEGG, G. D., Tagebuch einer Reise von Haifa am Karmel in Palästina bis nach Stockholm in Schweden und zurück in Angelegenheiten des Tempels in Jerusalem 1873, Marbach 1874.

- HARDEGG, G.D., Die türkische Frage oder die sechste Zornschale von einem Laien, Stuttgart 1877.
- HARDTWIG, W., Politische Gesellschaft und Verein zwischen aufgeklärtem Absolutismus und Grundrechtserklärung der Paulskirche, in: BIRTSCH, G. (Hg.), Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Grund- und Freiheitsrechte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Revolution von 1848, Göttingen 1981, S.336–358.
- HARDTWIG, W., Protestformen und Organisationsstrukturen der deutschen Burschenschaft 1815–1833, in: REINALTER, H. (Hg.), Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49, Frankfurt a. M. 1986, S.37–76.
- HARDTWIG, W., Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum, München 1985.
- HARRING, H., Blutstropfen. Deutsche Gedichte, Straßburg 1832.
- HARRING, H., An die Deutschen, Straßburg 1832.
- HARTMANN, J., Regierung und Stände im Königreich Württemberg 1806 bis 1894, in: Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie 1894/I, S.1–92.
- HARTMEYER, M., Die Press-Gesetzgebung des deutschen Bundes in ihrem Verhältnis zur Press-Gesetzgebung des Königreichs Württemberg, Diss. iur., Tübingen 1931.
- HARTUNG, F., Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776 bis zur Gegenwart, Göttingen 1963.
- HASE, K. v., Ideale und Irrtümer, Leipzig 1894.
- HASSDÖRFER, M., Schwäbische Dichter und Schriftsteller als Journalisten 1770–1830, Diss. phil. (masch.), München 1950.
- HAUBER, H., Gegen Wilhelm Binder und Heinrich Elsner, o.O. 1846.
- HAUFF, W., Mittheilungen aus den Memoiren des Satan, Stuttgart 1826/1827.
- HAUG-MORITZ, G., Die württembergische Ehrbarkeit (1648–1805). Annäherungen an eine bürgerliche Machtelite der Frühen Neuzeit, Sigmaringen 2009.
- HAUPT, H., Geschichte des Jugendbundes: Friedrich List und Albert Schott im Briefwechsel über Auswanderungspläne. Tübinger Jugendbündler 1825, in: QDGBE, Bd. 14, Berlin 1934, S.129–144.
- HAUPT, H., Karl Follen und die Gießener Schwarzen. Beiträge zur Geschichte der politischen Geheimbünde und der Verfassungsentwicklung der alten Burschenschaft in den Jahren 1815 bis 1819, Gießen 1907.
- HAUPT, H. G. (Hg.), Bourgeois und Volk zugleich? Zur Geschichte des Kleinbürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 1978.
- HAUSS, F., Erweckungspredigt und Erweckungsprediger. Die Erweckungspredigt des 19. Jahrhunderts in Baden und Württemberg. Eine Untersuchung über die Ursache ihres Erfolgs, Pforzheim 1924.
- HAWGOOD, J. A., The Tragedy of German-America. The Germans in the United States of America during the Nineteenth Century and After, New York 1940.
- HECKER, K., Lehrbuch des Militärstrafrechts, Stuttgart 1887.
- HEER, G., Geschichte der deutschen Burschenschaft, Bd.2: Die Demagogenzeit. Von den Karlsbader Beschlüssen bis zum Frankfurter Wachensturm 1820–1833, in: QDGBE, Bd. 10, Heidelberg 1927.
- HEGEL, G. W. F., Ueber die neuesten inneren Verhältnisse Württembergs, besonders die Gebrechen der Magistratsverfassung (1798), in: DERS., Sämtliche Werke, Teil: Bd.7. Schriften zur Politik und Rechtsphilosophie, hg. von G. LASSON, Leipzig 1913, S.150–154.
- HEGEL, G. W. F., Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, (= DERS., Sämtliche Werke, Bd. 11), Stuttgart ³1949.
- HEIDER, P., Militärgeschichte und lebendige Bewahrung der revolutionären Traditionen in der Klassenauseinandersetzung unserer Zeit, in: Militärgeschichte 14 (1975), S.4, 389–400.
- HEILBRUNN, R., Börne und das Hambacher Fest, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 18/19 (1980/81), S.481–506.

- HEINE, H., Sämtliche Schriften, hg. von K. BRIEGLEB, 6 Bde., München 1971.
- HEINE, H., Sämtliche Werke, hg. von E. ELSTER, Bd. 1–7, Leipzig, Wien 1896.
- HEINE, H., Sämtliche Werke. Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke, (Düsseldorfer Ausg.), hg. von M. WINDFUHR, 16 Bde., Hamburg 1979.
- HEINZEN, K., Dreißig Kriegsartikel der neuen Zeit für Officiere und Gemeine in despotischen Staaten, Neustadt 1846.
- HELFREICH, J. A., Studien über württembergische Agrarverhältnisse, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 9 (1853), S. 183–234, 415–460; 10 (1854), S. 123–167, 360–372.
- HELMERT, H., Gewaltsame Erhebungen und militärische Fragen der revolutionären Arbeiterbewegung von der Julirevolution 1830 bis zur Revolution von 1848/49, in: Militärgeschichte 14 (1975), S. 670–681.
- HELMICH, U., Arbeitskämpfe in Frankreich 1789–1939, Königstein/Ts. 1977.
- HENDERSON, W. O., The Zollverein, Chicago 1959.
- HENNING, F., Frühgeschichte des deutschen Liberalismus, in: DORN, W./HOFMANN, H. (Hgg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, Köln/Opladen 1966, S. 27–60.
- HENSSLER, P., Die Erhebung der direkten Steuern in Württemberg, Diss. iur. Tübingen, Göttingen 1904.
- HERDT, G., Der württembergische Hof im 19. Jahrhundert. Studien über das Verhältnis zwischen Königtum und Adel in der absoluten und konstitutionellen Monarchie, Diss. (masch.), Göttingen 1973.
- HERMAND, J. (Hg.), Der deutsche Vormärz. Texte und Dokumente, Stuttgart 1967.
- HERMAND, J. (Hg.), Von deutscher Republik. I. Aktuelle Provokationen, Frankfurt a. M. 1968.
- HERMAND, J. (Hg.), Das junge Deutschland. Texte und Dokumente, Stuttgart 1966.
- HERMAND, J., Von Mainz nach Weimar, 1793–1919. Studien zur deutschen Literatur, Stuttgart 1969.
- HERMAND, J./WINDFUHR, M. (Hgg.), Zur Literatur der Restaurationsepoche 1815–1848, Stuttgart 1970.
- HERMES, K. H., Geschichte der neuesten Zeit von 1815–1852 in fünf Bänden, Bd. 4, Braunschweig 1853.
- HERRNSTADT, R., Die Entdeckung der Klassen. Die Geschichte des Begriffes Klasse von den Anfängen bis zum Vorabend der Pariser Juli-Revolution 1830, Berlin 1965.
- HERZBERG, W., Das Hambacher Fest. Geschichte der revolutionären Bestrebungen in Rheinbayern um das Jahr 1832, Ludwigshafen am Rhein 1908 (Fotomechanischer Neudruck der Original-Ausgabe, Leipzig 1974).
- HERZFELD, H., Die moderne Welt 1789–1945, Teil I: Die Epoche 1789–1890, Braunschweig 1969.
- HETTLING, M., Reform ohne Revolution: Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990.
- HEYM, H., Sturm auf die Konstabler – für Republik und Menschenrechte 1834, in: FAZ, Nr. 120 von 26. Mai 1971, S. 39.
- HILDEBRANDT, G., Programm und Bewegung des süddeutschen Liberalismus, in: Jahrbuch für Geschichte 9 (1973), S. 7–45.
- HINZ, O., Die Anfänge der Franck'schen Buchhandlung in Stuttgart, Magisterarbeit (masch.), Göttingen 1978.
- HIPPEL, W. von, Auswanderung aus Südwestdeutschland. Studien zur württembergischen Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 1984.
- HIPPEL, W. von, Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde., Boppard am Rhein 1977.
- HIPPEL, W. von, Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg 1815/65. Überlegungen zum Pauperismusproblem in Südwestdeutschland, in: ENGELHARDT, U. u. a. (Hgg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Festschrift für W. Conze, Stuttgart 1976, S. 270–317.

- HOBBSAWM, E. J., Europäische Revolutionen von 1789 bis 1848, Zürich 1962.
- HOBBSAWM, E. J., Nations and Nationalism since 1780 (Hebräisch), Tel Aviv 2006.
- HOBBSAWM, E. J., Sozialrebelln. Anarchische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied/Rh., Berlin 1962.
- Der Hochwächter ohne Censur, Pforzheim 1832.
- HODDE, L. de la, Histoire des sociétés secrètes et du parti républicain de 1830 à 1848, Paris 1850. Deutsch: Geschichte der geheimen Gesellschaften und der republikanischen Partei in Frankreich. Von Louis Philippes Regierungsantritt bis zur Februar-Revolution 1848, Pest/Wien u. a. 1850.
- HÖLZLE, E., Das alte Recht und Revolution. Eine politische Geschichte Württembergs in der Revolutionszeit 1789–1805, München/Berlin 1931.
- HÖLZLE, E., Der deutsche Zollverein, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1932/1933, S. 131–145.
- HÖLZLE, E., Zur revolutionären Bewegung in Schwaben, in: WVl N. F. 36 (1930), S. 99–101.
- HÖLZLE, E., Württemberg im Zeitalter Napoleons und der deutschen Erhebung, Stuttgart/Berlin 1937.
- HÖPPNER, J./SEIDEL-HÖPPNER, W., Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Leipzig 1975.
- HOFFMANN, CHR., Die Warte des Tempels, Nr. 34, 21. August 1879. Ein Wort zum Gedächtnis des entschlafenen Herrn G. D. Hardegg, S. 1–6.
- HOFFMANN, H., Landwirtschaft und Industrie in Württemberg, insbesondere im Industriegebiet der schwäbischen Alb, Berlin 1935.
- HOFFMANN, L. (Hg.), Vollständige Verhandlungen vor dem königlich-bayerischen Appellationsgerichte des Rheinkreises und in den öffentlichen Sitzungen des außerordentlichen Assisengerichts zu Landau, vom 29. Juli 1833 und der folgenden Tage gegen Dr. Wirth, Dr. Siebenpfeiffer, Scharpff, Becker, Dr. Grosse, Dr. Pistor, Rost und Baumann, sämmtlich der directen, jedoch ohne Erfolg gebliebenen Aufforderung zum Umsturze der Staats-Regierung – ferner gegen Schüller, Savoye, Geib und Eifler, die drei Ersteren eines förmlichen Complots zum Umsturze der Staats-Regierung, und der Letztere der Mitschuld an diesem Verbrechen angeklagt, Zweibrücken 1833.
- HOFMANN, H., Wilhelm Hauff: eine nach neuen Quellen bearbeitete Darstellung seines Werdeganges; mit einer Sammlung seiner Briefe und einer Auswahl aus dem unveröffentlichten Nachlaß des Dichters, Frankfurt a. M. 1902.
- HOFMANN, W./ABENDROTH, W./FETSCHER, I., Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin/New York 1979.
- HOLBORN, H., Deutsche Geschichte in der Neuzeit, Bd. 2: Reform und Restauration, Liberalismus und Nationalismus (1790–1871), München 1970.
- HOLDER, A., Die Brackenhheimer Familie Seybold und deren zwei hervorragendste Vertreter (Prof. David Christoph Seybold und Hauptmann Friedrich Seybold), in: Vierteljahreshefte des Zabergäuvereins (13) 1912, S. 5–13, 17–21.
- HOLZAPFEL, K., Die französische Julirevolution von 1830 – Meinungen und Kontroversen, in: KOSSOK, M./LOCH, W. (Hgg.), Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin 1985, S. 21–52.
- HOLZAPFEL, K., Revolution und Ausgleich. Zu einigen Aspekten der Julirevolution von 1830 in Frankreich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 27/2 (1979), S. 111–124.
- HOLZAPFEL, K., Revolution und Krieg. Die Französische Julirevolution von 1830. Aspekte des internationalen Klassenkampfes, in: Militärgeschichte 19 Heft 3 (1980), S. 268–278.
- HORST, C., Der Mythos des Befreiungskrieges. Die ‚martialische Nation‘ im Zeitalter der Revolutions- und Befreiungskriege 1792–1815, in: LANGEWIESCHE, D./SCHMIDT, G. (Hgg.), Föderative Nation: Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 62–82.
- HOSELITZ, B. F. (Hg.), The Progress of Undeveloped Countries, Chicago 1952.

- HUBEN, H. H., Karl Gutzkow als württembergischer Politiker, in: WVL N.F. 20 (1911), S. 249–263.
- HROCH, M., Der soziale Charakter des Frankfurter Wachensturms 1833, in: OBERMANN, K. u. a. (Hgg.), Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte, Berlin 1958, S. 149–169.
- HUBER, E. R., Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1, Stuttgart 1957; Bd. 3, Stuttgart 1963.
- HUBER, E. R., Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1978.
- HUBER, E. R., Zur Geschichte der politischen Polizei im 19. Jahrhundert, in: DERS., Nationalstaat und Verfassungsstaat: Studien z. Geschichte der modernen Staatsidee, Stuttgart 1965, S. 144–167.
- HUBER, F. C., Auswanderung und Auswanderungspolitik im Königreich Württemberg, in: PHILIPPOVICH, E. von (Hg.), Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland: Berichte über die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand des Auswanderungswesens in den Einzelstaaten und im Reich, Leipzig 1892, S. 233–284.
- HUCH, R., Alte und Neue Götter. Die Revolution des 19. Jahrhunderts in Deutschland, Berlin/Zürich 1930.
- HUFNAGEL, G., Revolution und Systemkrise – Zur Reichweite der Konzepte, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 4 H. 1 (1975), S. 1–6.
- HUG, R., Die Centraluntersuchungs-Commission zu Mainz und die demagogischen Umtriebe in den Burschenschaften der deutschen Universitäten zur Zeit des Bundestags-Beschlusses vom 20. September 1819, in: NEIGEBEUR, J. D. F. (Hg.), Geschichte der geheimen Verbindungen der neuesten Zeit, Heft 3, Leipzig 1831.
- HUGO, V., Die Elenden, Wiesbaden o. J.
- HUMPHREYS, R. A./LYNCH, J. (Hgg.), The Origins of the Latin American Revolutions 1808–1826, New York 1965.
- HUNDT, M., Zur Frühgeschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Stuttgart, in: Jahrbuch für Geschichte 7 (1972), S. 277–330.
- HUNDT-RADOWSKY, H., Ueber die Gewaltstreich der Regierungen in konstitutionellen Staaten, besonders in Rücksicht der neuesten Maßregeln gegen die Pressfreiheit in Baiern, Württemberg und Baden, Straßburg 1832.
- HUSUNG, H. G., Kollektiver Gewaltprotest im norddeutschen Vormärz, in: MOMMSEN, W. J./HASSFELD, G. (Hgg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung der politischen und gesellschaftlichen Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 47–63.
- HUSUNG, H. G., Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1983.
- ILSE, L. F., Geschichte der politischen Untersuchungen, welche durch die neben der Bundesversammlung errichteten Kommission zu Mainz und der Bundeszentralbehörde zu Frankfurt in den Jahren 1819–1827 und 1833–1842 geführt sind, Frankfurt a. M. 1860.
- JÄGER, E., Das Militärwesen des Königreichs Württemberg, Stuttgart 1869.
- JAEGGI, U./PAPCKE, S. (Hgg.), Revolution und Theorie. I. Materialien zum bürgerlichen Revolutionsverständnis, Frankfurt a. M. 1974.
- JANSEN, H. E., Das Proletariat im Vormärz in den Anschauungen deutscher Denker, Essen 1928.
- JANTKE, C., Von der Bestimmung des Proletariats, in: Wort und Wahrheit 4 (1949), S. 261–177.
- JANTKE, C., Die Eigentumslosen. Armutsnot und Arbeiterschicksal in Deutschland in zeitgenössischen Schilderungen und kritischen Beobachtungen bis zum Ausgang der Emanzipationskrise des 19. Jahrhunderts, Freiburg 1961.
- JANTKE, C., Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, Hamburg 1955.
- JARAUSCH, K., Deutsche Studenten 1800–1950. Sozialstruktur – Organisation – Politik, Frankfurt a. M. 1984.

- JEGGLE, U., Altbacken gilt. Kulturelle Antworten der Tübinger Weingärtner auf politische Unterdrückung. Heimatkunde Konkret 2, in: Schwäbisches Tagblatt, 4. Mai 1974.
- JOHNSON, Ch., Revolution and the Social System, Stanford 1964.
- JOHNSON, Ch., Revolutionstheorie, Köln 1971.
- JOHNSON, J., Simon Bolivar and Spanish-American Independence: 1783–1830, New York 1968.
- JORDAN, S., Selbstvertheidigung Dr. Sylvester Jordan's in der wider ihn geführten Criminaluntersuchung, Theilnahme an Hochverrath betreffend, nebst der Appellationsschrift seines Vertheidigers C.F.Schantz zu Marburg und einer Denkschrift, die Rechtfertigung der Beschwerden zur Lehre vom Indicienbeweise enthaltend, Mannheim 1844.
- JUCH, K., Wahrheit, Tugend, Recht! Eine Predigt gehalten am Weihnachtsfeste des Jahres 1831, Zweibrücken 1832.
- KALLEE, R., Aus der politischen Biedermeierzeit. Erinnerungen und Erlebnisse des Generals Edward Kallee, hg. und vermehrt von R. KALLEE, Stuttgart 1921.
- KANN, R. A., Was heißt Restauration? Begriff und Wirklichkeit eines geschichtlichen Vorgangs, in: Wort und Wahrheit 17 (1962), S. 345–360.
- KAPFF, M. C., Der Saint-Simonismus in Frankreich, in: Tübinger Zeitschrift für Theologie 1832 Heft 2, S. 3–94.
- KAPFF, P., Schwaben in Amerika seit der Entdeckung des Weltteils, Stuttgart 1893.
- KAPP, F., Aus und über Amerika, 2 Bde., Berlin 1876.
- KASCHUBA, W., Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990.
- KASCHUBA, W./LIPP, C., 1848 – Provinz und Revolution. Kultureller Wandel und soziale Bewegung im Königreich Württemberg, Tübingen 1979.
- KAUFFMANN, F., Ernst Friedrich Kauffmann – Mathematiker und Liederkomponist 1803–1856, in: MILLER, M./UHLAND, R. (Hgg.), Schwäbische Lebensbilder, Bd. 6, Stuttgart 1957, S. 211–229.
- KAUFHOLD, K. H., Das deutsche Gewerbe am Ende des 18. Jahrhunderts. Handwerk, Verlag, Manufaktur, in: BERDING, H./ULLMANN, H-P. (Hgg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration, Düsseldorf 1981, S. 311–327.
- KELLEN, T., Aus der Geschichte der Franckschen Verlagshandlung, in: Bücher der Franckschen Verlagshandlung, Stuttgart 1936.
- KELLEN, T., Hundert Jahre eines Stuttgarter Verlages, in: Schwäbische Kronik, 7. Juni 1922.
- KELLER, H. G., Der Geist des deutschen Vormärz, Bern 1933.
- KELLER, H. G., Das „Junge Europa“ 1834–1836. Eine Studie zur Geschichte der Völkerbunds-idee und des nationalen Gedankens, Zürich/Leipzig 1938.
- KERMANN, J., Texte zur Landesgeschichte. Die deutsch-polnische Beziehung zur Zeit des Hambacher Festes, Speyer 1981.
- KESSLER, H. (Hg.), Eunomia, Bd. 1, Tübingen 1818.
- KEUL, W., Die Bundesmilitärkommission (1819–1866) als politisches Gremium. Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Bundes, Frankfurt a. M. 1977.
- KIRCHER, W. S., Adel, Kirche und Politik in Württemberg 1830–1851. Kirchliche Bewegung, katholische Standesherrn und Demokratie, Göppingen 1973.
- KISSLING, W., Württemberg und die Karlsbader Beschlüsse gegen die Presse. Ein Beitrag zur württembergischen Pressezensur – Pressegesetzgebung, Diss. München 1956.
- KLEIN, E., Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Raumordnung im 19. Jahrhundert, T. 2, Hannover 1967, S. 87–137.
- KLEIN, W., Der Napoleonkult in der Pfalz, München/Berlin 1934.
- Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus, bearbeitet und eingeleitet von Werner KOWALSKI, Bd. 2: Die Hauptberichte der Bundeszentralbehörde in Frankfurt a. M. von 1838 bis 1842 über die deutsche revolutionäre Bewegung, Vaduz/Liechtenstein 1978.
- KLEMM, F., Die württembergische Gemeindeverfassung von 1822 und ihre Vorläufer, Diss. iur., Tübingen 1976.

- KLÖTZER, W., Die Ausstrahlung des Hambacher Festes auf den mittelhheinischen Liberalismus mit besonderer Berücksichtigung Frankfurts, in: Geschichtliche Landeskunde. Veröffentlichung des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Universität Mainz 1 (1964), S. 56–72.
- KLÖTZER, W. (Hg.), Heinrich Gagern. Pariser Briefe (Februar bis April 1832). Sonderdruck aus: Hessische Historische Forschungen. Festschrift für Ludwig Clemm zu seinem 70. Geburtstag am 4. Mai 1963, Darmstadt 1963.
- KLÜPFEL, K., Geschichte und Beschreibung der Universität Tübingen, Tübingen 1849 (Neudruck Aalen 1977).
- KNAPP, H., Das Württembergische Criminalrecht, dargestellt in Zusätzen zu Feuerbachs Lehrbuch des gemeinen, in Deutschland gültigen, peinlichen Rechts, 3. Abt. 2. Heft, Stuttgart 1829.
- KNAPP, Th., Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes, Tübingen 1919 (Neudruck Aalen 1964).
- KOBYLINSKI, H., Die Französische Revolution als Problem in Deutschland 1840 bis 1848, Berlin 1933.
- KOCH, R., Demokratie und Staat bei Julius Fröbel 1805–1893. Liberales Denken zwischen Naturrecht und Sozialdarwinismus, Wiesbaden 1977.
- KOCKA, J. (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987.
- KOCKA, J., Sozialgeschichte – Strukturgeschichte – Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 1–41.
- KOCKA, J., Stand, Klasse, Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriss, in: WEHLER, H.-U. (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 137–165.
- KÖHLER, K., Friedrich Wilhelm Schulz 1797–1860. Ein Beitrag zur Geschichte des vormärzlichen Liberalismus in Deutschland, Diss. (masch.), Frankfurt a. M. 1919.
- KÖHLER, M., Die Lehre vom Widerstandsrecht in der deutschen konstitutionellen Staatsrechtstheorie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1973.
- KÖLLMANN, W., Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 43–50.
- KÖLLMANN, W., Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in Deutschland 1815–1865. Ein Beitrag zur Analyse der Problematik des Pauperismus, in: DERS., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974, S. 61–98.
- Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat, hg. vom Königlichen Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart 1863.
- Das Königreich Württemberg bis zum März 1848, in: Die Gegenwart. Eine enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände, Bd. 4, Leipzig 1850, S. 305–339.
- KÖPF, G., Bevölkerungsziffer der zwanzig größten Städte Württembergs von 1813–1880, nebst Einwohnerzahl der übrigen 122 Städte als Anhang, Stuttgart 1884.
- KÖRNER, A., Die Julirevolution von 1830: Frankreich und Europa, in: WENDE, P. (Hg.), Große Revolutionen in der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S. 138–157.
- KÖRNER, G., Das deutsche Element in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1818–1848, Cincinnati 1880.
- KÖRNER, G., Memoirs of Gustav Körner 1809–1896. Life sketches written at the suggestion of his children. 1909 edited by Thomas J. McCORMACK (2 volumes), Cedar Rapids (Iowa) 1909.
- KÖRSCHGEN, W., Eschatologische Sekte und revolutionäre Partei: Ein Beitrag zur Soziologie der Religion, des Wissens und der Politik, Diss. phil., Aachen 1971.
- KÖRSCHGEN, W., Revolution als Aufgabe und Hoffnung. Ein soziologischer Beitrag zur Anpassungsfähigkeit revolutionärer Gruppen, Köln 1972.

- KÖSTER, F., Die Rede von Johan Georg August Wirth auf dem Hambacher Fest, in: GWU Heft 5 (1982), S. 279–315.
- KÖSTER, J., Der rheinische Frühliberalismus und die soziale Frage, Berlin 1938.
- KÖSTLIN, Chr. R., Wilhelm der erste, König von Württemberg und die Entwicklung der württembergischen Verfassung vor und unter seiner Regierung, Stuttgart 1839.
- KOESTLIN, H. A., Ernst Friedrich Kauffmann, in: Hie gut Württemberg allewege. Ein literarisches Jahrbuch aus Schwaben 1 (1889), S. 173–197.
- KOFLER, L., Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin 1966.
- KOLB, E., Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zur Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: Saeculum 26 (1975), S. 111–127.
- KOLB, G. F., Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808–1884, hg. von L. MERCKLE, Freiburg 1976.
- KOMBST, G., Authentische Aktenstücke aus den Archiven des Deutschen Bundes, zur Aufklärung über die hochverräterischen Umtriebe der deutschen Fürsten, Straßburg 1835 (Negativ-Mikrofilm, Rosbach bei Frankfurt a. M. 1976).
- KOMBST, G., Der Deutsche Bundestag gegen Ende des Jahres 1832. Eine politische Skizze, Straßburg 1836.
- KOMBST, G., Erinnerungen aus meinem Leben, Leipzig 1848.
- KOOL, F./KRAUSE, W. (Hgg.), Die frühen Sozialisten, München 1972.
- KOPPEN, W., Jakob Venedey. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland, Diss., Frankfurt a. M. 1921.
- KOSELLECK, R., Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Freiburg 1959.
- KOSELLECK, R., Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1981.
- KOSELLECK, R., Revolution, Rebellion, Bürgerkrieg, in: BRUNNER, O./CONZE, W./KOSELLECK, R. (Hgg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 653–788.
- KOSELLECK, R., Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt a. M. 2000.
- KOSSOK, M. (Hg.), Rolle und Formen der Volksbewegung im bürgerlichen Revolutionszyklus, Berlin 1976.
- KOSSOK, M., Über Typ und Typologie bürgerlicher Revolutionen, in: REINALTER, H. (Hg.), Revolution und Gesellschaft. Zur Entwicklung des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs, Innsbruck 1980, S. 163–174.
- KOSSOK, M., Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit: Forschungsprobleme und Kontroversen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 26/1 (1978), S. 5–34.
- KOSSOK, M./LOCH, W. (Hgg.), Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin 1985.
- KOTULLA, M. (Hg.), Deutsches Verfassungsrecht 1806–1918: Ein Dokumentensammlung nebst Einführungen, Bd. 1, Berlin/Heidelberg 2006.
- KOWALSKI, W. (Hg.), Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus. Zeitschriften aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (1834–1847), Berlin 1967.
- KOWALSKI, W., Die Volksagitator in der Freien Stadt Frankfurt a. M. nach dem Wachensturm vom April 1933, in: BARTMUSS, H. J. u. a. (Hgg.), Die Volksmassen – Gestalter der Geschichte, Berlin 1962, S. 154–174.
- KOWALSKI, W., Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Berlin 1962.
- KRAMER, H., Fraktionsbindungen in den deutschen Volksvertretungen 1819–1849, Berlin 1968.
- KRAUSS, R., Schwäbische Literaturgeschichte in 2 Bänden, Freiburg 1897.
- KRIEDTE, P./MEDICK, H./SCHLUMBOHM, J., Industrialisierung vor der Industrialisierung: gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977.

- KRIEGER, L., *The German Idea of Freedom. History of a Political Tradition*, Boston 1957.
- KRÜGER, P., Hochverräterische Unternehmungen in Studentenschaft und Bürgertum des Vormärz in Oberhessen (bis 1938), in: *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N.F.* 49/50 (1965), S. 73–136.
- KRUG, W. T., Der falsche Liberalismus unserer Zeit, in: *DERS., Krugs Gesammelte Schriften*, Bd. 5, Braunschweig 1835, S. 331–384.
- KRUG, W. T., Geschichtliche Darstellung des Liberalismus alter und neuer Zeit. Ein historisch-politischer Versuch, in: BRANDT, H., (Hg.), *Restauration und Frühliberalismus: 1814–1840*, Darmstadt 1979, S. 171–174.
- KUCZYNSKI, J., *Bewegung der deutschen Wirtschaft*, Berlin 1947.
- KUCZYNSKI, J., *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849 (= Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Teil 1, Bd. 1)*, Berlin 1961.
- KUCZYNSKI, J., *Die Frühgeschichte des Proletariats. Vorlesungen und Schriften*, Berlin 1971.
- KUCZYNSKI, J., *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart*, Bd. I, 1. Teil, Berlin 1954.
- KÜTTLER W., Zum Begriff der bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Revolution bei Lenin, in: REINALTER, H. (Hg.), *Revolution und Gesellschaft. Zur Entwicklung des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs*, Innsbruck 1980, S. 149–162.
- KUHN, A., *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Debatten um die Französische Revolution in Deutschland*, Hannover 1989.
- KUHN, A., *Die Kirche im Ringen mit dem Sozialismus 1803–1848. Eine historische Studie*, München 1965.
- KUHN, A., Der schwierige Weg zu den deutschen demokratischen Traditionen, in: *Neue politische Literatur* 18 (1973), S. 4, 430–452.
- KUHN, A., *Württemberg und die französische Revolution (Vortrag, gedruckt in Manuskriptform)*, hg. vom Arbeitskreis für Landes- und Heimatgeschichte im Verband der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine. Protokoll der 53. Sitzung am 17. Februar 1979 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Thema: Revolutionäre Bewegungen im 18. und 19. Jahrhundert.
- KUKIEL, M., *Czartoryski and European Unity 1770–1861*, Princeton (N. J.) 1955.
- KUKIEL, M., Lelewel, Mickiewicz and the Underground Movements of European Revolution (1816–1833), in: *The Polish Review* 3 (1960), S. 59–76.
- KUNZE, A., Zur Geschichte der Deutschen in Paris, in: MALTEN, H. (Hg.), *Neueste Weltkunde*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1844.
- KUTSCHER, A., *Frank Wedekind. Sein Leben und seine Werke*, Bd. 1, München 1922.
- KUYPERS, J., *Les Égalitaires en Belgique, Buonarroti et ses sociétés secrètes d'après des documents inédits 1824–1836*, Bruxelles 1960.
- LABROUSSE, E./LEFEBVRE, G./SOBOUL, A. u. a., *Geburt der bürgerlichen Gesellschaft: 1789*, Frankfurt a. M. 1979.
- LAMENNAIS, F. de, *Worte des Glaubens*, ins Deutsche übertragen von L. BÖRNE, in: RIPPMANN, I. u. P., (Hgg.) *Sämtliche Schriften*, Düsseldorf 1964, Bd. 2, S. 1159–1240.
- LAMPRECHT, K., *Deutsche Geschichte*, Bd. 3, Berlin 1922.
- LANG, H., *Die Entwicklung der Bevölkerung in Württemberg und Württembergs Kreisen, Oberamtskreisen und Städten im Laufe des 19. Jahrhunderts*, Tübingen 1903.
- LANG, W., *Rudolf Lohbauer*, in: *WVL* 5 (1896), S. 149–188.
- LANG, W., *Die Tübinger Feuerreiter 1828–1833*, in: *QDGBE*, Bd. 3, Heidelberg 1912, S. 84–187.
- LANGE, F., *Geschichte des Tempels*, Stuttgart 1899.
- LANGE, M., *Die Anfänge des Radikalismus im Vormärz*, in: *Vergangenheit und Gegenwart* 28 (1938), S. 129–147.
- LANGER, W. L., *Political and Social Upheaval 1832–1852*, New York 1969.
- LANGEWIESCHE, D., (Hg.), *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Darmstadt 1983.

- LANGEWIESCHE, D., Deutschland im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen, in: Ploetz, Deutsche Geschichte, hg. von W. CONZE/V. HENTSCHEL, Darmstadt 1998, S. 180–193.
- LANGEWIESCHE, D., Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation. Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte, in: DERS., Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 55–81.
- LANGEWIESCHE, D., Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.
- LANGEWIESCHE, D., Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.
- LANGEWIESCHE, D., Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa, München 2008.
- LANGEWIESCHE, D., Restauration und Revolution 1815–1849, München 1985.
- LANGEWIESCHE, D./SCHMIDT, G. (Hgg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000.
- LANGEWIESCHE, D./STEINBACH, P. u. a. (Hgg.), Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten, Stuttgart 2008.
- LASSALLE, F., Ausgewählte Texte, hg. von Th. RAMM, Stuttgart 1962.
- LASSALLE, F., Gesamtwerk, 5 Bde., hg. von E. BLUM, Leipzig o. J.
- LAUBE, H., Das neue Jahrhundert, 2 Bde., Fürth/Leipzig 1832–1833.
- LEFEBVRE, G., Eine Erwähnung Babeufs, in: MARKOV, W. (Hg.), Jakobiner und Sansculotten: Beiträge zur Geschichte der französischen Revolutionsregierung 1793–1794, Berlin 1956, S. 183–190.
- LEFEBVRE, G., Die Französische Revolution und die Bauern, in: LABROUSSE, E./LEFEBVRE, G./SOBOUL, A. u. a., Geburt der bürgerlichen Gesellschaft 1789, Frankfurt a. M. 1979, S. 136–170.
- LEHMANN, H., Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1969.
- LEHNING, A., From Buonarroti to Bakunin. Studies in International Socialism, Leiden 1970.
- LEHNING, A., Buonarrotis Gedanken über Kommunismus und Diktatur, in: HAHN, M. (Hg.), Vormarxistischer Sozialismus, Frankfurt a. M. 1974, S. 75–98.
- LEHNING, A., Buonarroti and His International Secret Societies, in: IRSH 1 (1956), S. 112–140.
- LEIBBRAND, R., Das Revolutionsjahr 1848 in Württemberg, o. O. 1948.
- LEININGER, F./HAUPT, H., Zur Geschichte des Frankfurter Wachensturms, in: QDGBE, Bd. 5, Heidelberg 1920, S. 133–148.
- LELEWEL, J., Geschichte Polens (Deutsch), Leipzig 1846.
- LENNHOFF, E., Politische Geheimbünde, Zürich/Leipzig/Wien 1931.
- LENZ, F., Vom Pauperismus zum Proletariat. Friedrich List, die Arbeiterfrage und Karl Marx, in: LENZ, F., Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Bruno Gleitze zum 65. Geburtstag am 4. August 1968, Berlin 1968, S. 15–43.
- LEONHARD, St., Polenlieder deutscher Dichter, 2 Bde., Krakau 1911 und 1917.
- LEUBE, M., Die Geschichte des Tübinger Stifts 1770–1950, Stuttgart 1954.
- LESLIE, R. F., The Age of Transformation 1789–1871, New York 1966.
- LESLIE, R. F., Polish Politics and the Revolution of November 1830, London 1956.
- LICHTHEIM, G., Ursprünge des Sozialismus, Gütersloh 1969.
- LIEBIG, M., Unternehmen ‚Einladung zur Hochzeit‘. Vor 136 Jahren: Der Frankfurter Wachensturm sollte das Signal zum Volksaufstand werden, in: Wetterauer Zeitung, Ostern 1969.
- LIST, A., Der Kampf ums gute alte Recht (1815 bis 1819) nach seiner ideen- und partei-geschichtlichen Seite, Tübingen 1912.
- LIST, F., Der Kampf um die württembergische Verfassung (1822), in: DERS., Schriften, Reden, Briefe, Bd. 1, Teil 1, hg. von Erwin von Beckerath u. a., Berlin 1932. (Neudruck Aalen 1971), S. 462–485.
- LIST, F., Kritik des Verfassungsentwurfs (1817), in: DERS., Schriften, Reden, Briefe, Bd. 1, Teil 1, hg. von Erwin von Beckerath u. a., Berlin 1932 (Neudruck Aalen 1971), S. 220–221.

- LIST, F. Die Staatskunde und Staatspraxis Württembergs im Grundriß, Tübingen 1818.
- LÖW, A., Die Frankfurter Bundeszentralbehörde von 1833–1842, Diss., Frankfurt a. M. 1932.
- LOEWENSTEIN, B., Les débuts et les problèmes du mouvement démocratique naissant en Allemagne (Le radicalisme palatin de 1832), in: *Historica* IV (1962), S. 59–127.
- LOHBAUER, R. (Hg.), Nächtliche Briefe des Hochwächters aus den Jahren 1833, 1834 und 1835, Leipzig? 1836.
- LOREHT, H., Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918, in: *Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg*, 19 Heft 1 (1974), S. 3–116.
- LOVETT, G. H., Napoleon and the Birth of Modern Spain, New York 1965.
- LUDZ, P. Ch. (Hg.), Geheime Gesellschaften, Heidelberg 1979.
- LÜTGE, F., Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1960.
- LÜTTGE, F., Gemeinwohl, Polizei und Festungspraxis. Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preußen 1815–1850, Göttingen 1982.
- LÜTGE, F., Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967.
- LUTTENBERGER, K., Grundlinien zur württembergischen Wirtschaftsgeschichte 1600 bis 1906. Die württembergische Industrie, hg. im Auftr. d. Württembergischen Landesverbands d. Handelsvertragsvereins, Jg. 1, Heft 2, Stuttgart 1907, S. 43–62.
- LUTZ, R. R., The German Revolutionary Student Movement, in: *Central European History* 3 (1971), S. 215–241.
- LUTZ, R. R., The ‚new Left‘ of Restoration Germany, in: *Journal of the History of Ideas* 31 (1970), S. 235–252.
- LYNCH, J., *The Spanish-American Revolutions 1808–1826*, London 1973.
- MÄHRLEN, J., Die Geschichte unserer Tage oder getreue Erzählung aller merkwürdigen Ereignisse der neuesten Zeit. Das Jahr 1835, 2. Bd., Stuttgart 1837.
- MÄNNER, L., Karl Gutzkow und der demokratische Gedanke, München/Berlin 1921.
- MÄSTLE, Th., Württemberg und die Großmächte vom Wiener Kongreß bis zum Tode von König Wilhelm I. (1815–1864), Diss., Tübingen 1951.
- MAIER, A., Beiträge zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Württemberg. Reutlingen und die Revolution von 1848/49, Diss. phil. (masch.), Tübingen 1925.
- MALTITZ, G. A. Freiherr von, Rede an den deutschen Wehrstand jetziger Zeit, Hamburg/Itzehoe 1831.
- MANKE, I. R., Eine Volksversammlung im Jahre 1848. Schauplatz war der Hof im Ludwigsburger Schloß, in: *Hie gut Württemberg* 13 (1962), S. 50f.
- MANN, B., Freiheit und Einheit. Linke Liberale in der deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: *Jahrbuch für schwäbisch-fränkische Geschichte* 28 (1976), S. 257–270.
- MANN, B., Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1975.
- MANNHEIM, K., *Ideologie und Utopie*, Frankfurt a. M. ⁸1995.
- MANNHEIM, K., *Wissenssoziologie*. Auswahl aus dem Werk, eingeleitet und hg. von K. H. WOLFF, Berlin/Neuwied 1964.
- MANNSDORF, J. D. F., Aktenmäßiger Bericht über den geheimen deutschen Bund und das Turnwesen nebst einleitenden Bemerkungen über die früheren geheimen Verbindungen, in: NEIGEBAUER, J. D. F. (Hg.), *Geschichte der geheimen Verbindungen der neuesten Zeit*, Hefte 1–8, Leipzig 1831–1834.
- MANUEL, F. E., *The New World of Henri de Saint Simon*, Cambridge (Mass.) 1956.
- MARK, R., *Die Entwicklung nationaler Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M. 1987.
- MARKOV, W., Babeuf, le Babouvisme et les intellectuels allemands (1796–1797), in: DOMMANGET, M. (Hg.), *M. Babeuf et les problèmes du babouvisme: colloque international de Stockholm* (21. août 1960), Paris 1963, S. 175–203.
- MARKOV, W., Babeuf in Deutschland, in: SCHEEL, H. (Hg.), *Literaturgeschichte als geschichtlicher Auftrag: in memoriam Werner Krauss*, hg. im Auftrag des Präsidenten der Akademie

- der Wissenschaften der DDR, bearbeitet von R. GEISSLER und J.-J. SLOMKA, Berlin 1961, S. 61–77.
- MARKOV, W., Über das Ende der Pariser Sansculottenbewegung, in: HAHN, M. (Hgg.), Volksbewegungen der Französischen Revolution, Frankfurt a. M. 1976, S. 140–162.
- MARKOV, W., Grenzen des Jakobinerstaates, in: KRAUSS, W./MAYER, H. (Hgg.), Grundpositionen der französischen Aufklärung, Berlin 1955, S. 209–242.
- MARKOV, W., Die Jakobinerfrage heute, Oulu 1967.
- MARKOV, W. (Hgg.), Jakobiner und Sansculotten. Beiträge zur Geschichte der französischen Revolutionsregierung 1793–1794, Berlin 1956.
- MARKOV, W., Revolutionen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Eine vergleichende revolutionsgeschichtliche Betrachtung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 17 (1969), S. 5, 592–95.
- MARKOV, W., Robespieristen und Jacquesrorutins, in: HAHN, M. (Hgg.), Volksbewegungen der Französischen Revolution, Frankfurt a. M. 1976, S. 58–117.
- MARKOV, W./SOBOUL, A. (Hgg.), Die Sansculotten von Paris, Berlin 1957.
- MARQUART, E. D., Eine Geschichte Württembergs, Stuttgart 1961.
- MARQUART, E. D., A Working Class in Berlin in the 1840's?, in: WEHLER, H.-U., Sozialgeschichte heute, Göttingen 1974, S. 191–210.
- MARR, W., Das junge Deutschland in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage, Leipzig 1846.
- MARX, K., Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 201–336.
- MARX, K., Das revolutionäre Spanien, in: MEW, Bd. 10, S. 431–485.
- MATTENKLOTT, G./SCHERPE, K. R. (Hgg.), Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Jakobinismus, Kronberg/Ts. 1975.
- MATTENKLOTT, G./SCHERPE, K. R. (Hgg.), Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Vormärz, Kronberg/Ts. 1974.
- MAYER, H., Georg Büchner und seine Zeit, Frankfurt a. M. 1972.
- MAYER, T. M., Büchner und Weidig – Frühkommunismus und revolutionäre Demokratie. Zur Textverteilung des ‚Hessischen Landboten‘, in: Georg Büchner I/II (Text, Kritik, Sonderband), hg. von H. L. ARNOLD, München 1979, S. 16–298.
- MAYER, T. M., Georg Büchner und der ‚Hessische Landbote‘. Volksbewegung und revolutionäre Demokratie in Hessen 1830–1835. Ein Arbeitsbericht im Rahmen der internationalen Arbeitstagung über ‚Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert‘, 19.–21. Mai 1977, masch.
- MAYER, T. M., Ludwig Börnes Beziehungen zu hessischen Demokraten, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 5 (1976), S. 101–123.
- MCCLELLAND, Ch., State, Society and University in Germany 1700–1914, Cambridge 1980.
- MEGERLE, K., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands. Ein Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierung, Stuttgart 1982.
- MEHRING, F., Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters: ein Leitfaden für Lehrende und Lernende, 2 Teile, Berlin 1910–1911.
- MEHRING, F., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, in: DERS., Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1960, S. 484–652.
- MEIER, J., Volksliederstudien, Straßburg 1917.
- MEINECKE, F., Die deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund, Stuttgart 1891.
- MEINECKE, F., Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens, in: HZ 118 (1917), S. 46–62.
- MEMMINGER, J. D. G., Beschreibungen von Württemberg, Stuttgart/Tübingen 1841.
- MENZEL, W., Denkwürdigkeiten, hg. von dem Sohne Konrad MENZEL, Leipzig 1877.
- MENZEL, W., Geist der Geschichte, Stuttgart 1835.
- MENZEL, W., Nationalität und Kosmopolitismus, in: Deutsche Vierteljahresschrift 1839 H. 4, Nr. 8, S. 134–165.

- MENZINGER, R., Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß im Königreich Württemberg – Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, Stuttgart 1969.
- MESSERSCHMIDT, M. u. a. (Hgg.), Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 2, Abschnitt 4.1: Militärgeschichte im 19. Jahrhundert 1814–1890, München 1975.
- MEYER, W., Vormärz. Die Ära Metternich. 1815 bis 1848, Potsdam 1948.
- MIECK, I., Zielsetzungen und Ertrag der preußischen Reformen, in: SCHLENKE, M. (Hg.), Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur, Bd. 2, Hamburg 1981.
- MIHM, K. A./WEIDIG, A. F. L., Ein Beitrag zur Geschichte des vormärzlichen Liberalismus, Diss. (masch.), Frankfurt a. M. 1924.
- Militärische Strafgesetze für die Königlich Württembergischen Truppen, Stuttgart 1818.
- MITTERMAIER, C. J., Die Mündlichkeit, das Anklageprinzip der Öffentlichkeit und das Geschworenengericht in ihrer Durchführung in den verschiedenen Gesetzgebungen, dargestellt nach den Forderungen des Rechts und der Zweckmäßigkeit mit Rücksicht auf die Erfahrungen der verschiedenen Länder, Stuttgart/Tübingen 1845.
- MITTERMAIER, D. J. A., Das deutsche Strafverfahren, 1. Abt., Heidelberg 1832.
- Der Mittwoch der stillen Woche oder der Abend des 3. April 1833 zu Frankfurt a. M., o. O. o. J.
- MOCHNATZKI, M., Ueber die Revolution in Deutschland, Dresden/Leipzig 1833.
- MÖGLE-HOFACKER, F., Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Württemberg. Der „Parlamentarismus der Krone“ unter Wilhelm I., Stuttgart 1981.
- MÖGLING, Th., Briefe an seine Freunde, Solothurn 1858.
- MÖGLING, Th., Politischer Katechismus, Straßburg 1848.
- MÖNCKMEIER, W., Die deutsche überseeische Auswanderung. Ein Beitrag zur deutschen Wanderungsgeschichte, Jena 1912.
- MOHL, M., Über die württembergische Gewerbs-Industrie, Stuttgart/Tübingen 1828.
- MOHL, R. v., Eine Rede Robert Mohls über den Saint-Simonismus aus dem Jahre 1832, eingeleitet von E. ANGERMANN, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 49 (1962), S. 195–214.
- MOHRDIEK, H., Die Bauernunruhen in Württemberg. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolutionsjahre 1848/49, Diss. phil. (masch.), Tübingen 1949.
- MOISSONIER, M., Les Canuts. Volksmassen und bürgerlich-demokratische Revolution in Lyon, in: KOSSOK, M. (Hg.), Rolle und Form der Volksbewegung im bürgerlichen Revolutionszyklus, Glashütten/Ts. 1976, S. 122–133.
- MOLTMANN, G., Die Transportation von Sträflingen im Rahmen der deutschen Amerikauswanderung des 19. Jahrhunderts, in: DERS. (Hg.), Deutsche Amerikauswanderung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 147–196.
- MOMMSEN, W., Die liberale Idee in einer sich wandelnden Welt. Der deutsche Liberalismus von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, in: 150 Jahre Hambacher Fest. 150 Jahre politischer Liberalismus, hg. von der Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, S. 71–90.
- MONZ, H., Ludwig Gall – Leben und Werk, Trier 1979.
- MOORE, B. Jr., Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt a. M. 1969.
- MOSER, R., Die bäuerlichen Lasten der Württemberger, insbesondere die Grundgefälle, Stuttgart 1832.
- MOSSE, G. L., German Jews beyond Judaism, Bloomington 1985.
- MOSSE, G. L., The Nationalization of the Masses, Ithaca 1991.
- MUCKE, J. R., Die politischen Bewegungen in Deutschland von 1830 bis 1835 mit ihren politischen und staatsrechtlichen Folgen, 2 Bde., Leipzig 1875.
- MÜLLER, A., Die Deutschen: Ihre Klassenkämpfe, Aufstände, Staatsstrieche und Revolutionen. Eine Chronik, München 1972.
- MÜLLER, H. P., Carl Mayer (1819–1889) – ein württembergischer Gegner Bismarcks: 1848er, Exilant, demokratischer Parteiführer und Parlamentarier, Stuttgart 2014.

- MÜLLER, J.J., Germanistik – eine Form bürgerlicher Opposition, in: DERS. (Hg.), Literaturwissenschaften und Sozialwissenschaften, Bd.2: Germanistik und deutsche Nation 1806–1848. Zur Konstitution bürgerlichen Bewußtseins, Stuttgart 1974.
- MÜLLER, K., Die religiöse Überwachung in Württemberg am Anfang des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1925.
- MÜLLER, M.G., Deutsche und polnische Nation im Vormärz, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 30 (1981), S.69–95.
- MÜLLER, M.G., Polen-Mythos und deutsch-polnische Beziehungen. Zur Periodisierung der Geschichte der deutschen Polenliteratur im Vormärz, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1831–1848: Vormärz und Völkerfrühling, XI. Deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 16.–21. Mai 1978 in Deidesheim (Rheinland-Pfalz), Red.: R. RIEMENSCHNEIDER, Braunschweig 1979, S.101–115.
- MÜLLER, O.H., J.G.A. Wirth und die Entwicklung des radikalen Liberalismus 1830–1848, Diss. (masch.), Frankfurt a.M. 1925.
- MÜLLER-GMELIN, C.U., Das Zeitschriftenwesen in Württemberg. Typologie und Struktur im Wandel der Geschichte vom 18. zum 20. Jahrhundert (1717–1939), Diss. phil. (masch.), München 1954.
- MÜLLER-LÖBNITZ, W., Die württembergische Armee, in: LINNEBACH, K. (Hg.), Deutsche Heeresgeschichte, Hamburg 1935, S.261–277.
- MÜLLER-PABST, F., Staat und Universität im württembergischen Vormärz, Diss. phil. (masch.), Tübingen 1976.
- MÜLLER-PALM, A., Zum 50-jährigen Jubiläum des Neuen Tagblatts in Stuttgart, Stuttgart 1893.
- MÜNCH, E., Deutschlands Vergangenheit und Zukunft, in: SEYBOLD, F. (Hg.), Die neue Zeit von einem alten Constitutionellen, Bd.5, Stuttgart 1831.
- MÜNCH, E., Erinnerungen, Reisebilder, Phantasiegemälde und Fastenpredigten aus den Jahren 1828–1840, Teil 1 und 2, Stuttgart 1841 f.
- MÜNCH, E., Württemberg in der neuesten Zeit nach dem Conversations-Lexikon der neuesten Zeit und Literatur und nach der Wirklichkeit beleuchtet, Stuttgart 1835.
- MÜTH, R., Nur ein Konflikt mit der Polizei. Wissenschaftliche Motivforschung. Was führte zum Gogenaufstand von 1831, in: Schwäbisches Tagblatt, 10. Mai 1974.
- MÜTH, R., Studentische Emanzipation und städtliche Repression. Die politische Bewegung der Tübinger Studenten, insbesondere von 1824 bis 1837, Tübingen 1977.
- MUFF, C./WENCHER, A., Geschichte des Grenadier-Regiments König Karl (5. Württembergisches) Nro. 123, auf Veranlassung des Regiments-Kommandanten nach den vorhandenen Quellen zusammengestellt, Stuttgart 1889.
- MUNDT, Th., Die Einheit Deutschlands in politischer und ideeller Entwicklung, Leipzig 1832 (Nachdruck Frankfurt a.M. 1973).
- MURHARD, K., Über die Anwendbarkeit des Principis der progressiven Steigerung der Einkommensteuer, in: Jahrbücher der Geschichte und Staatskunst hg. von K.H.L.PÖLITZ, Leipzig 1834, Bd.1, S.240–252.
- NÄF, W., Das literarische Comptoir, Zürich/Winterthur/Bern 1929.
- NÄF, W., Die Schweiz in der deutschen Revolution. Ein Kapitel schweizerisch-deutscher Beziehungen in den Jahren 1847–1849, Fraunfeld/Leipzig 1929.
- NEITZKE, P., Die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz 1848–49, Diss. phil., Charlottenburg 1926.
- NEUBRONNER, K.H. von, Der Fall Koseritz, in: Heimatkundliche Blätter für den Kreis Balingen, 30.10.1954, Nr.10.
- NEUBRONNER, K.H. von, Der Fall Koseritz, in: Rottweiler Heimatblatt 23 Nr.8/9 (1956).
- NEUBRONNER, K.H. von, Der Fall Koseritz, Ulm 1960.
- NEUMÜLLER, W., Liberalismus und Revolution. Das Problem der deutschen Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973.

- NEWMAN, E., *Restoration Radical. Robert Blum and the Challenge of German Democracy 1807–48*, Boston 1974.
- NICHOLSON, I., *The Liberators*, London 1969.
- NIPPERDEY, Th., *Deutsche Geschichte 1800–1866*, München 1983.
- NIPPERDEY, Th., Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: BOOCKMANN, H. u.a., *Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland*, Göttingen 1972, S. 1–44.
- N. N., Vortrag vor der Bundes-Central-Behörde über das am 27. Mai 1832 stattgehabte Hambacher Fest, o. O. o. J.
- N. N., Vortrag vor der Bundes-Central-Behörde über den Vaterlands- oder Pressverein in Deutschland, Frankfurt a. M., den 7. März 1835, o. O. o. J.
- NÖLLNER, F., Aktenmäßige Darlegung des wegen Hochverraths eingeleiteten gerichtlichen Verfahrens gegen Pfarrer D. Friedrich Ludwig Weidig, Darmstadt 1844.
- NOLTE, P., Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, in: JORDAN S. (Hg.), *Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart 2002, S. 134–137.
- NOLTE, P., Republikanismus, Revolten und Reformen. Reaktionen auf die Französische Revolution in Deutschland 1789–1820, in: HETTLING, M. (Hg.), *Revolution in Deutschland? 1789–1989. Sieben Beiträge*, Göttingen 1991, S. 8–26.
- NORDLINGER, E. A., *Soldiers in Politics: Military Coups and Governments*, Englewood-Cliffs (N. J.) 1977.
- NOVER, L., *Die Verschwörungen und Revolutionen des 19. Jahrhunderts, Gießen 1861 (Faksimile der 1861 abgeschlossenen Handschrift)*.
- NÜBLING, *Geschichte des Grenadier-Regiments König Karl (5. Württembergisches) Nr. 123*, Berlin 1911.
- OBERACKER, K. H. Jr., Karl von Koseritz. Ein Deutscher als brasilianischer Politiker, in: SCHADEN, E., *Staden Jahrbuch. Beiträge zur Brasilienkunde 7/8 (1959/8)*, Sao Paolo 1959, S. 65–117.
- OBERMANN, K., *Deutschland von 1815 bis 1849. Von der Gründung des Deutschen Bundes bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution*, Berlin 1976.
- O'BOYLE, L., Die demokratische Linke in Deutschland 1848, in: LANGEWIESCHE, D. (Hg.), *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Darmstadt 1983, S. 261–277.
- O'BOYLE, L., The Problem of Excess of Educated Men in Western Europe 1800–1850, in: *Journal of Modern History* 42 (1970), S. 471–495.
- OBROVSKI, H., *Das Wiener Vereinswesen im Vormärz*, Diss. phil. (masch.), Wien 1970.
- OBSEK, K., Zwei Denkschriften eines französischen Agenten über Württemberg, aus dem Sommer 1794, in: *WVL N. F. 9 (1900)*, S. 117–128.
- Observations sur les affaires du Wurtemberg, in: *Le Portfolio de la Collection de Documents Politiques relatifs à l'histoire contemporaine. Tome Quatrième XXVII–XXXIII*, Hambourg 1837, S. 343–372.
- ÖCHSLE, F. F., *Ueber die Grundlasten in Württemberg und deren Abschaffung mit besonderer Berücksichtigung des mediatisierten Fürstentums Hohenlohe*, 1. Heft, Heilbronn 1832.
- OELSCHLÄGEL, T., Hochschulpolitik in Württemberg 1819–1825. Die Auswirkungen der Karlsbader Beschlüsse auf die Universität Tübingen, Sigmaringen 1995.
- Ott, M./ Ott, S., *Hölderlin und revolutionäre Bestrebungen in Württemberg unter dem Einfluß der Französischen Revolution*, Köln 1979.
- PAGENSTECHEK, A., *Revolutionäre Bewegungen im Rheinlande 1830 bis 1850. Aus den Lebenserinnerungen*, Leipzig 1913.
- PALMER, Chr., *Die Gemeinschaften und Sekten Württembergs*, aus dessen Nachlass hg. von Prof. Dr. JELTER, Tübingen 1877.
- PALMER, R. R., *The Age of Democratic Revolution*, 2 Bde., Princeton 1959–1964.
- PANKRAZ, F. (Hg.), *Probleme und Methoden der Landesgeschichte*, Darmstadt 1978.

- PERREUX, G., *Au temps des sociétés secrètes. La propagande républicaine au début de la Monarchie de Juillet (1830–1835)*, Paris 1931.
- PETERMANN, T., *Claude-Henri de Saint-Simon: Die Gesellschaft als Werkstatt*, Berlin 1979.
- PETERS, H., *Patriotische Offiziere in der anti-feudalen Vormärzbewegung in Deutschland*, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte* 9 (1970), S. 192–202.
- PFÄFF, K., *Geschichte des Militärwesens in Württemberg von der ältesten bis auf unsere Zeit und die Verhandlung darüber zwischen der Regierung und den Landständen*, Stuttgart 1842.
- PFIZER, P.A., *Briefwechsel zweier Deutschen*, Stuttgart 1831.
- PFIZER, P.A., *Gedanken über das Ziel und die Aufgabe des deutschen Liberalismus*, Tübingen 1932.
- PFIZER, P.A., *Politische Aufsätze und Briefe*, hg. und erläutert von G. KÜNTZEL, Frankfurt a.M. 1924.
- PFIZER, P.A., *Eine Stimme über deutsche Politik*, in: *Konstitutionelle Jahrbücher*, Bd.1, hg. von K. WEIL, Stuttgart 1846, S.78–126.
- PFIZER, P.A., *Ueber die staatsrechtlichen Verhandlungen Württembergs zum Deutschen Bunde. Ein Beitrag zur Würdigung der neuesten Bundesbeschlüsse*, Straßburg 1832.
- PICHT, C.S., *Das Auftauchen der Reinkarnationsidee bei dem Arzt und Philosophen Gustav Widenmann um 1850. Ein Beitrag zur schwäbischen Geistesgeschichte*, Stuttgart 1932.
- PINKNEY, D.H., *The French Revolution of 1830*, Princeton (N. J.) 1972.
- PLANERT, U., *From Collaboration to Resistance: Politics, Experience, and Memory of the Revolutionary and Napoleonic Wars in Southern Germany*, in: *Central European History* 39, 4, (2006), S.676–705.
- PLANERT, U., *Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden. Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792–1841*, Paderborn 2007.
- PLUM, W., *Diskussion über Massenarmut in der Frühindustrialisierung*, Bonn/Bad Godesberg 1977.
- POIDEVIN, R./BARIETY, J., *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975*, München 1982.
- POPKIN, J.D., *Press, Revolution, and Social Identities in France, 1830–1835*, University Park (PA) 2002.
- POPPINGA, O.H., *Politisches Verhalten und Bewußtsein deutscher Bauern und Arbeiter-Bauern, unter besonderer Berücksichtigung revolutionärer und gegenrevolutionärer Bewegungen und Ansätze*, Diss. (masch.), Hohenheim 1973.
- PORCH, D., *Army and Revolution. France 1815–1848*, London/Boston 1974.
- Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1831, Sitzung 1 bis 22*, Frankfurt a.M. o.J.
- PRECHNER, W., *Der Savoyerzug 1834. Die Geschichte eines mißlungenen Revolutionsversuchs*, in: *Zeitschrift für Schweizer Geschichte* 4 Nr.4 (1925), S.461–507.
- PREGIZER, R., *Die politischen Ideen des Karl Follen. Ein Beitrag zur Geschichte des Radikalismus in Deutschland*, Tübingen 1912.
- PRINZ, A., *Der Buchhandel vom Jahre 1815 bis zum Jahre 1943. Bausteine zu einer späteren Geschichte des Buchhandels*, Altona 1855 (Nachdruck Heidelberg 1981).
- Der prophetische Almanach auf das Jahr 1832 oder Nachrichten von allen merkwürdigen Begebenheiten und Ereignissen in der politisch-moralischen und physischen Welt in diesem Jahre. Aus einer alten in der Stiftsbibliothek gefundenen Handschrift*, Leipzig 1832.
- Protestation und dringende Bitte*, Pforzheim 1832.
- PÜTTMANN, H. (Hg.), *Deutsches Bürgerbuch für 1846*, 2. Jg., Mannheim 1846 (Reprint, Glashütten/Is. 1975).
- PYPIN, A. N., *Die geistigen Bewegungen in Rußland in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts*, Bd.1 (aus dem Russischen), Berlin 1894.
- QUARTHAL, F., (Hg.), *Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg*, Stuttgart 1982.

- RABERG, F. (Bearbeiter), Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001.
- RAISER, G. H., Die Zünfte in Württemberg. Entstehung und Definition, interne Organisation und deren Entwicklung, dargestellt anhand der Zunftartikel und der übrigen Normationsabstimmungen seit dem Jahre 1489, Diss. iur. (masch.), Tübingen 1979.
- RAMM, Th. (Hg.), Der Frühsozialismus. Ausgewählte Quellentexte von Babeuf, Blanc, Cabet, Fourier, Owen, Saint Simon, Weitling. Ausgewählt und eingeleitet, Stuttgart o. J.
- RAMM, Th., Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen, Bd. 1, Stuttgart 1955.
- RAMMELMEYER, E., Bewegungen der radikal gesinnten Deutschen in der Schweiz während der Jahre 1838 bis 1845, Diss. (masch.), Frankfurt a. M. 1922.
- RANG, F., Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands auf die Zeit vom 1. Januar 1848 bis zur Gegenwart. Ein Handbuch für jeden deutschen Polizeibeamten, Dresden 1855.
- RAPP, A., Der Kampf der Demokratie in Deutschland seit der großen Französischen Revolution, Berlin 1923.
- RATH, J., The Carbonari: Their Origins, Initiation Rites and Aims, in: *The American Historical Review*, Vol. LXIX, Nr. 2, 2, Januar 1964, S. 353–370.
- RAU, G., Der Zustand des Landes, Stuttgart 1847.
- RAUMER, F. von, Ueber die geschichtliche Entwicklung der Begriffe von Recht, Staat, und Politik, Leipzig 1861.
- RAUMER, K. von/BOTZENHART, M., Deutschland um 1800: Krise und Neugestaltung. Von 1789 bis 1815, Wiesbaden 1980.
- REINALTER, H., Einleitung. Schwerpunkte, Tendenzen und Perspektiven der Forschung, in: DERS. (Hg.), Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49, Frankfurt a. M. 1986, S. 9–33.
- REINALTER, H., Jakobiner in Mitteleuropa, Innsbruck 1977.
- REINALTER, H., Der Jakobinismus in Mitteleuropa. Eine Einführung, Stuttgart 1981.
- REINALTER, H. (Hg.), Revolution und Gesellschaft. Zur Entwicklung des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs, Innsbruck 1980.
- REINALTER, H., Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit. Theorien, empirische Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: *Innsbrucker Historische Studien* 3 (1980), S. 319–332.
- REINHARD, O., Die Grundentlastung in Württemberg, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Ergänzungsband*, Tübingen 1910.
- REINHARD, O., Die Zehntablösung in Württemberg, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 69 (1913), S. 141–238.
- REINÖHL, F., Die österreichischen Informationsbüros des Vormärz, ihre Akten und Protokolle, in: *Archivalische Zeitschrift* 38 (1929), S. 261–288.
- REISSIG, E., Heinrich Luden als Publizist und Politiker, Jena 1916.
- REYSCHER, A. L., Vollständige historische und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, Abt. XIX, Kriegsgesetze, 3 Bde., Tübingen 1849–1851.
- RHODE, G., Geschichte Polens. Ein Überblick, Darmstadt 1966.
- RICHTER, G., Der Staat und die Presse in Württemberg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: *ZWL G* 25 (1966), S. 394–425.
- RICHTER, L. (Hg.), Die schreckliche Pulver-Explosion zu Harburg und andere echte und wahrhaftige Moritaten, Berlin 1972.
- RIEG, G., Die württembergische Außenpolitik und Diplomatie in der vormärzlichen Zeit, Diss. phil. (masch.), München 1954.
- RIEGER, F., Früher deutscher Liberalismus und allgemeines Wahlrecht, Diss. phil. (masch.), Freiburg 1956.
- RIEGO, M. del, Denkwürdigkeiten zur Lebensgeschichte des Don Raffael Riego, Stuttgart 1824.
- RIEHL, W. H., Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart/Augsburg 1855.

- RIHS, C., La pénétration du Saint-simonisme en Allemagne, in: *Mélanges publiées par la faculté des sciences économiques et sociales de l'Université de Genève à l'occasion de son Cinquantenaire*, Genève 1965, S. 187–209.
- RILLA, P., *Lessing und sein Zeitalter*, Berlin 1959.
- RITZ, A., *Der Hochwächter. Eine Jahrhundert Erinnerung*, in: *Schwabenspiegel* Nr. 13, 27. Jg., 28. März 1933, S. 97f.
- ROBERTSON, W. S., *Hispanic-American Relations with the United States*, New York 1969.
- ROCHOLZ, Dr., (Hg.), *Die Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf den Bund der Unbedingten oder der Schwarzen und der anderen geheimen politischen Verbindungen in Deutschland bis zur Errichtung der Mainzer Commission*, in: NEIGEBAUR, J. D. F. (Hg.), *Geschichte der geheimen Verbindungen der neuesten Zeit. Heft 2*, Leipzig 1931.
- ROCHOW, R. von, *Briefe des Königlichen Preußischen Generals und Gesandten Theodor Heinrich Rochus von Rochow an Staatsbeamte. Ein Beitrag zur Geschichte der 19. Jahrhunderts*, hg. von E. HELCHNER/K. MENDELSSOHN-BARTHOLDY, Frankfurt a.M. 1873.
- RÖDINGER, F., *Ablösung und Entschädigung – Rede, gesprochen am 3. Dezember 1861 in der württembergischen Kammer der Abgeordneten*, Stuttgart o. J.
- RÖDINGER, F., *Allgemeine Justiz-, Kameral- und Polizei-Fama*, 1. und 4. Juli 1829 (Nr. 1–27), Dezember 1830 (Nr. 144), München/Stuttgart/Tübingen 1830.
- RÖDINGER, F., *Die Gesetze der Bewegung im Staatsleben und der Kreislauf der Idee*, in: *Schwäbische Kronik* 9. Juli 1865, S. 1703.
- ROGHÉ, D., *Die französische Deutschland-Politik während der ersten zehn Jahre der Julimonarchie (1830–1840)*, Diss. phil. (masch.), Würzburg 1971.
- ROOS, H., *Die Tübinger Romantik und die Polen. Ein Beitrag zur Geschichte der europäischen Konspiration von 1819–1833*, in: *Tübinger Blätter* 45 (1958), S. 33–54.
- ROSCHT, J. E., *Bericht an den Regierungsrath der Republik Bern betreffs der politischen Umtriebe, ab Seite politischer Flüchtlinge und anderer Freunde in der Schweiz, mit besonderer Rücksicht auf den Canton Bern*, Bern 1836.
- ROSENBERG, A., *Demokratie und Sozialismus: zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre*, Amsterdam 1938 (Nachdruck Frankfurt a.M. 1962).
- ROSENBERG, H., *Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz*, Göttingen 1972.
- ROTTECK, C. von, *Allgemeine Weltgeschichte für alle Stände, von den frühesten Zeiten bis zum Jahre 1831*, 4 Bde., Stuttgart 1841.
- ROTTECK, C. von, *Demokratisches Prinzip*, in: ROTTECK, C. von/WELCKER, C. Th. (Hgg.), *Das Staats-Lexikon oder Encyklopädie der Staatswissenschaften*, Bd. 4, Altona 1837.
- ROTTECK, C. von, *Freiheit: 1838*, München 1910.
- ROTTECK, C. von, *Sammlung kleiner Schriften, meist historischen oder politischen Inhalts*, 5 Bde., Stuttgart/Leipzig 1829–1837.
- ROTTECK, C. von, *Über stehende Heere und Nationalmiliz*, Freiburg 1816.
- ROUSSEAU, Jean-Jacques, *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. In Zusammenarbeit mit Eva PIETZCKER neu übersetzt und hg. von Hans BROCKARD*, Stuttgart 2011.
- ROWE, M., *From Reich to State: The Rhineland in the Revolutionary Age, 1780–1830*, Cambridge 2003.
- RUCKHÄBERLE, H. J., *Flugschriftenliteratur im historischen Umkreis von Georg Büchner*, Kronberg/Ts. 1975.
- RUCKHÄBERLE, H. J., (Hg.), *Frühproletarische Literatur. Die Flugschriften der deutschen Handwerksgehilfenvereine in Paris 1832–1839*, Kronberg/Ts. 1977.
- RÜRUP, R., *Deutschland im 19. Jahrhundert 1815–1871*, Göttingen 1984.
- RÜRUP, R., *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975.
- RÜTENIK, H., *Berühmte deutsche Vorkämpfer für Fortschritt, Freiheit und Frieden in Nordamerika, von 1626 bis 1901*, Cleveland 1904.

- RUGE, A., *Aus früherer Zeit*, 4 Bde., Berlin 1862 f.
- RUGE, A., *Die Politischen Lyriker unserer Zeit*, Leipzig 1848.
- RUGGIERO, G. de, *Geschichte des Liberalismus in Europa*, München 1930 (Deutsche Neuausgabe Aalen 1964).
- RUIZ, A., Universität Jena anno 1793/94. Ein jakobinischer Student und Geheimagent im Schatten Reinholds und Fichtes, in: SCHÖPS, J. H./GEISS, E. (Hgg.), *Revolution und Demokratie in Geschichte und Literatur*, Duisburg 1979, S. 95–132.
- SAALFELD, D., *Handwerkseinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Bewertung von Handwerkslöhnen in der Übergangsperiode zum industriellen Zeitalter*, in: ABEL, W. (Hg.), *Handwerksgeschichte in neuer Sicht*, Göttingen 1978, S. 65–120.
- SAGARRA, E., *Tradition und Revolution. Deutsche Literatur und Gesellschaft 1830–1890*, München 1972.
- SAHRMANN, A., *Beiträge zur Geschichte des Hambacher Festes 1832*, Landau 1930.
- SAINT-SIMON, C. H. de, *Ausgewählte Schriften. Übersetzt und mit einer Einleitung*, hg. von L. ZAHN, Berlin 1977.
- SAITTA, A., *Filippo Buonarroti, Contributi alla storia della sua vita e del suo pensiero*, 2 Bde., Roma 1950 f.
- SALOMON, L., *Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches*, Bd. 3. *Das Zeitungswesen seit 1814*, Oldenburg/Leipzig 1906 (Neudruck Aalen 1973).
- SANDEL, G. D., *Georg David Hardegg – Revolutionär, Mitbegründer und Vorsteher der Deutschen Templergesellschaft 1812–1879*, in: *Lebensbilder aus Schwaben und Franken* 9 (1963), S. 350–373.
- SAUER, P., *Revolution und Volksbewaffnung. Die württembergischen Bürgerwehren im 19. Jahrhundert, vor allem während der Revolution von 1848/49*, Ulm 1976.
- SAUER, P., *Der schwäbische Zar. Friedrich, Württembergs erster König*, Stuttgart 1984.
- SAUER, P., *Das württembergische Heer in der Zeit des Deutschen und des Norddeutschen Bundes*, Stuttgart 1958.
- SAUERWEIN, W., *Die Gefängnisse und die Gefangenen. Ein Wort zur Beförderung der Humanität*, Offenbach 1833.
- SAUERWEIN, W., *Schicksale des Mittwochcollegs in Frankfurt am Main*, Offenbach 1833.
- SAVIGEAR, P., *Carbonarism and the French Army*, in: *History* 54 (1969), S. 198–211.
- SCHACK, I. L., *Maximilian Reinganum (1798–1878). Ein Leben für Frankfurt, Deutschland, Europa*, Frankfurt a. M. 1980.
- SCHÄFFER, M., *Actenmäßige Darstellung der im Großherzogtum Hessen in den Jahren 1832–1835 stattgehabten hochverrätherischen und sonstigen damit in Verbindung stehenden verbrecherischen Unternehmungen*, Darmstadt 1839.
- SCHÄFFER, M., *Nachträgliche actenmäßige Mitteilungen über die politischen Untersuchungen im Großherzogthume Hessen, insbesondere diejenige gegen Pfarrer Dr. Weidig, Gießen 1844*.
- SCHÄFFER, M., *Vortrag in Untersuchungs-Sachen wider die Teilnehmer an revolutionären Umtrieben in der Provinz Oberhessen*, in: GÖRISCH, R./MAYER, T. M. (Hgg.), *Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen 1831–1834*, Frankfurt a. M. 1982, S. 257–346.
- SCHANZENBACH, O., *Jakob Friedrich Kammerer von Ludwigsburg und die Phosphorstreichhölzer*, Ludwigsburg 1896.
- SCHARFE, M./KASCHUBA, W./LIPP, C., *Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung*, in: *Bürger im Staat* 27 Heft 1 (1977), S. 45–53.
- SHEEL, H., *Deutsche Jakobiner*, in: REINALTER, H. (Hg.), *Jakobiner und Mitteleuropa*, Innsbruck 1977, S. 23–31.
- SHEEL, H., *Deutscher Jakobinismus und deutsche Nation*, in: REINALTER, H. (Hg.), *Jakobiner in Mitteleuropa*, Innsbruck 1977, S. 33–45.

- SCHEEL, H., Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts, Berlin 1962.
- SCHEEL, H., Das Verhältnis der Klassiker des Marxismus zu den Anfängen der Bürgerlichen Revolutionären Demokratie in Deutschland, Berlin 1975.
- SCHERR, J., Württemberg im Jahre 1844, Winterthur 1844.
- SCHIEBLER, K. W., Der Saint-Simonismus oder die Lehre Saint Simons und seiner Anhänger, Leipzig 1831.
- SCHIEDER, Th., Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteiwesens. Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958.
- SCHIEDER, Th. (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 5, Stuttgart 1981.
- SCHIEDER, W., Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963.
- SCHIEDER, W., Der rheinpfälzische Liberalismus von 1832 als politische Protestbewegung, in: BERDING, H. (Hg.), Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat, München/Wien 1978, S. 169–195.
- SCHIELINSKY, A., Zensur im Vormärz. Der Prozeß gegen den württembergischen Schriftsteller Friedrich Seybold im Jahre 1832, Frankfurt a. M. 1983.
- SCHILFERT, G., Revolutionen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Zeitschrift für Geschichtsforschung 17 (1969), S. 171–193.
- SCHILLER, F., Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen, mit den Augustenburger Briefen, hg. von K. BERGHAHN, Stuttgart 2000.
- SCHILLER, H. (Hg.), Briefe an Cotta, Bd. 2: Das Zeitalter der Restauration 1815–1832, Stuttgart/Berlin 1927.
- SCHLANGEN, W., Demokratie und bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 1973.
- SCHLANGEN, W. (Hg.), Politische Grundbegriffe, Stuttgart u. a. 1977.
- SCHLENKE, M. (Hg.), Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur, Bd. 2, Hamburg 1981.
- SCHLICHT, L., Der Frankfurter Wachensturm und die Neuhofts, Frankfurt a. M. 1975.
- SCHLUMBOHM, J., Freiheit – Die Anfänge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in Deutschland im Spiegel ihres Leitworts (ca. 1760–ca. 1800), Düsseldorf 1974.
- SCHLUMBOHM, J., Freiheitsbegriff und Emanzipationsprozeß. Zur Geschichte des politischen Wortes, Göttingen 1973.
- SCHMIDGALL, G., Die alte Tübinger Burschenschaft 1816–1828, in: QDGBE, Bd. 17, Heidelberg 1940, S. 1–186.
- SCHMIDT, E., Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz 1835–1836, Diss. phil., Zürich 1899.
- SCHMIDT, R., Deutsche Buchhändler, deutsche Buchdrucker. Beiträge zu einer Firmengeschichte des deutschen Buchgewerbes, 6 Bde., Berlin/Eberswalde 1902–1908.
- SCHMIDT, S., Zu den Bedingungen und Kriterien für den Kampf der demokratischen Kräfte im 19. Jahrhundert, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 26/27 (1970), S. 137–143.
- SCHMIDT, U., Württemberger – zeigt, daß Ihr für die Rechte und Freiheiten des Volkes einzu- stehen wisset! Die Schwäbische Legion in der badischen Revolution 1849, in: REHM, C. u. a. (Hgg.), Baden 1848/49: Bewältigung und Nachwirkung einer Revolution, Stuttgart 2002, S. 81–93.
- SCHMIDT, W., Zu einigen Fragen der sozialen Struktur und der politischen Ideologie in der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 7 Jg. (1965) Heft 4, S. 645–660.
- SCHMIDT, W., Zu einigen Problemen der bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte, in: BLEIBER, H. (Hg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin 1977, S. 1–33.
- SCHMIDT-FUNKE, J. A., Die 1830er Revolution als europäisches Medienereignis, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 201-02-23, URL: <http://www.ieg-ego.eu/schmidtfunkej-2011-de> (Zugriff 14. 11. 2015).

- SCHMIDT-FUNKE, J. A., Revolution als europäisches Ereignis. Revolutionsrezeption und Europakonzeption im Gefolge der Julirevolution von 1830, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 10 (2009), S. 149–194.
- SCHMIERER, W., Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878, Hannover 1969.
- SCHMITT, E., Elemente einer Theorie der politischen Konspiration im 18. Jahrhundert. Einige typologische Bemerkungen, in: LUDZ, P. Ch. (Hg.), *Geheime Gesellschaften*, Heidelberg 1979.
- SCHMITT, H. A., Germany without Prussia: A Closer Look at the Confederation of the Rhine, in: *German Studies Review* 6 (1983), S. 9–39.
- SCHMITTHENNER, D., Die politischen Parteien der Zeit und das Verhalten des wahren Staatsmannes zu denselben, in: F. BÜLAU (Hg.), *Neue Jahrbücher der Geschichte, der Staats- und Cameralwissenschaften*, begründet von K. H. L. Pölitz, Bd. 2, Leipzig 1838, S. 221–234.
- SCHMOLLER, G., *Zur Geschichte des deutschen Kleingewerbes im 19. Jahrhundert*, Halle 1870.
- SCHNABEL, F., *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, Bd. 2, Freiburg 1949.
- SCHNABEL-SCHÜLE, H., Herrschaftswechsel in Südwestdeutschland 1800–1815 als historische Tradition, in: LANGEWIESCHE, D./STEINBACH, P. u. a., (Hgg.), *Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten*, Stuttgart 2008, S. 45–54.
- SCHNEIDER, E., Johann Philipp Becker 1809–1886, in: BAUMANN, K. (Hg.), *Das Hambacher Fest 27. Mai 1832. Männer und Ideen*, Speyer 1957, S. 203–237.
- SCHNEIDER, E., König Wilhelm und die Entstehung der württembergischen Verfassung, in: *WVL N. F.* 25 (1916), S. 532–547.
- SCHNEIDER, E., *Württembergische Geschichte*, Stuttgart 1896.
- SCHNEIDER, E., *Aus der württembergischen Geschichte. Vorträge und Abhandlungen*, Stuttgart 1926.
- SCHNEIDER, E., Die Zensur der Presse in Württemberg, in: *Schwäbischer Merkur*, 1914, Nr. 98, Nr. 104, S. 9f.
- SCHNEIDER, F., *Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848*, Neuwied am Rhein/Berlin 1966.
- SCHNEIDER, G. H., *Der Press- und Vaterlandsverein 1832/33. Ein Beitrag zur Geschichte des Frankfurter Attentats*, Berlin 1897.
- SCHNITZLER, J. H., *Briefe aus Paris über Frankreich im ersten Jahre seiner Juliusrevolution*, Stuttgart/Tübingen 1832.
- SCHNURRE, Th., *Die württembergischen Abgeordneten in der konstitutionellen deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main*, Stuttgart 1912.
- SCHOCH, S., *Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770–1870*, Stuttgart 1975.
- SCHÖN, Th., Seybold, Friedrich, in: *ADB* 34 (1892), S. 80.
- SCHÖN, Th., Zur Koseriz'schen Verschwörung, in: *Diözesenarchiv von Schwaben. Organ für Geschichte, Altertumskunde, Kunst und Kultur der Diözese Rottenburg und der angrenzenden Gebiete* 25, Nr. 2 (1907), S. 17–24, 33–41.
- SCHÖN, Th., *Die Staatsgefangenen von Hohenasperg*, Stuttgart 1899.
- SCHÖNBERGER, K., Das Elend der ‚Schwäbischen Legion‘. Württembergische Freischärler im Badischen Freiheitskampf 1849, in: *Stuttgarter Nachrichten* 16. 05. 1981, S. 50.
- SCHÖNIG, R., *Die politische Dichtung Schwabens nach Uhland (1819–1849)*, Diss. phil., Tübingen 1922.
- SCHÖNIG, R., Radikale und Reaktionäre unter den schwäbischen Dichtern nach der Juli-Revolution, in: *Beilage zum Schwäbischen Merkur*, 14. April 1923, Nr. 86.
- SCHOEPS, H.-J., Metternichs Kampf gegen die Revolution. Weltanschauung in Briefen, in: *HZ* 205 (1967), S. 529–565.
- SCHOEPS, J. H./GEISS, I. (Hgg.), *Revolution und Demokratie in Geschichte und Literatur*, Duisburg 1979.

- SCHOTT, Th., Die Zeitungen und Zeitschriften Württembergs im Jahr 1876 mit einem Rückblick auf die frühere periodische Presse des Landes, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1877, H. 4, S. 94–142.
- SCHRÄPLER, E., Geheimbündelei und soziale Bewegung. Zur Geschichte des ‚Jungen Deutschland‘ in der Schweiz, in: IRSH 7 (1962), S. 61–92.
- SCHRÄPLER, E., Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830–1858. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, Berlin 1972.
- SCHRÄPLER, E., Quellen zur Geschichte der sozialen Bewegung in Deutschland, Bd. 1: 1800–1871, Göttingen 1960.
- SCHRÄPLER, P., Die öffentliche Meinung in Württemberg 1830–1848, Diss. phil., Leipzig 1923.
- SCHREMMER, E., Agrareinkommen und Kapitalbildung im 19. Jahrhundert in Südwestdeutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 176 (1964), S. 196–240.
- SCHREMMER, E., Die Bauernbefreiung in Hohenlohe, Stuttgart 1963.
- SCHREMMER, E., Zusammenhänge zwischen Katastersteuersystem, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 19. Jahrhundert – Das Beispiel Württemberg 1821–1877/1903, in: Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel, Bd. 3, Hannover 1974, S. 679–706.
- SCHUCK, G., Rheinbundpatriotismus und politische Öffentlichkeit zwischen Aufklärung und Frühliberalismus. Kontinuitätsdenken und Diskontinuitätserfahrung in den Staatsrechts- und Verfassungsdebatten der Rheinbundpublizistik, Stuttgart 1994.
- SCHÜLER, E., Die Regierung der Republik Bern und die Verfolgten der Könige. Als Vertheidigungsrede gegen eine Anklage auf „Hochverrath“ vor den Gerichten und der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte Berns im Jahre 1836, Biel 1837.
- SCHUETZ, W. Ch., Ueber den Einfluß der Vertheilung des Grundeigenthums auf das Volks- und Staatsleben, Stuttgart/Tübingen 1836.
- SCHUH, F. J., Analyse von Verhörprotokollen und Prozeßakten der Wiener Jakobiner Prozesse 1794–1798, in: BÜSCH, O./GRAB, W. (Hgg.), Die demokratische Bewegung im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert, Berlin 1980, S. 115–129.
- SCHULZ, W., Was darf das deutsche Volk von seinen Landständen erwarten?, Frankfurt a. M. 1833.
- SCHULZ, W., Deutschlands Einheit durch Nationalrepräsentation, Stuttgart 1832.
- SCHULZ, W., Geheime Gesellschaft, in: ROTTECK, C. von/WELCKER, C. Th. (Hgg.) Das Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, Supplement Band, Altona 1847.
- SCHULZ, W., Das Recht des deutschen Volkes und die Beschlüsse des Frankfurter Bundestages vom 28ten Juni, Frankfurt a. M. 1832.
- SCHULZ, W., Revolution, in: ROTTECK, C. von/WELCKER, C. Th. (Hgg.), Das Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, Bd. 13, Altona 1842.
- SCHULZ, W., Der Tod der Pfarrers Dr. Friedrich Ludwig Weidig. Ein actenmäßiger und urkundlich belegter Beitrag zur Verurtheilung des geheimen Strafprozesses und der politischen Zustände in Deutschland, Zürich/Winterthur 1843.
- SCHULZ, W./WELCKER, C. Th., Geheime Inquisition, Censur und Kabinettsjustiz im verderblichen Bunde. Schlußverhandlung mit vielen neuen Aktenstücken über den Prozeß Weidig, Carlsruhe 1845.
- SCHULZ-BODMER, W., Frankfurter Attentat, in: Conversations-Lexikon der Gegenwart, Bd. 2, Leipzig 1839, S. 71.
- SCHULZE, F., Der deutsche Buchhandel und die geistigen Strömungen der letzten hundert Jahre, Leipzig 1925.
- SCHULZE, H., Staat und Nation in der Europäischen Geschichte, München 1994.
- SCHUMACHER, M., Gesellschafts- und Ständebegriff um 1840. Ein Beitrag zur sozialen Bildung des süddeutschen Liberalismus nach dem Rotteck-Welckerschen Staatslexikon, Diss. phil. (masch.), Göttingen 1955.
- SCHUSTER, G., Die geheimen Gesellschaften, Verbindungen und Orden, Bd. 2, Leipzig 1906.

- SCHWEMER, R., Geschichte der freien Stadt Frankfurt a. M., Bd. 2, Frankfurt a. M. 1912.
- SCHWEMER, R., Restauration und Revolution, Leipzig 1902.
- SEDATIS, H., Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979.
- SEGER, K. A. F., Vaterländische Briefe, Stuttgart 1832.
- SEGER, K. A. F., Verfassungs-Catechismus für das württembergische Volk, Eßlingen 1831.
- SEEPER, H. J., Das Polenbild der Deutschen vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Revolution von 1848, Diss., Kiel 1968.
- SEIDLIN, O., Frank Wedekinds German-American Parents, in: *American German Review* 12, VI (1946), S. 24–26.
- SEYBOLD, F., Bruchstücke aus den Schriften eines Gefangenen, Stuttgart 1833.
- SEYBOLD, F., Erinnerungen aus Paris: im Jahr 1831, von einem Süddeutschen, Stuttgart 1832.
- SEYBOLD, F., Olla Potrida, Rottweil 1834.
- SEYBOLD, F., Der Patriot, Stuttgart 1830.
- SEYBOLD, F. (Hg.), Die neue Zeit von einem alten Constitutionellen, 12 Bde., Stuttgart 1830–1832, Bd. 5: 1831; Bd. 10: 1832; Bd. 11: 1832.
- SEYBOLD, G., Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum deutschen Zollverein, Stuttgart 1974.
- SHARLIN, A. N., Social Structure and Politics: A social history of Frankfurt on Main 1815–1864, Diss. phil., Madison University of Wisconsin 1976.
- SHEEHAN, J. J., Der Deutsche Liberalismus, München 1983.
- SHEEHAN, J. J., German History 1770–1866, New York 1990.
- SHEEHAN, J. J., Partei, Volk und Staat. Some Reflections on the Relationships between Liberal Thought and Action in Vormärz, in: WEHLER, H.-U. (Hg.), Sozialgeschichte Heute, Göttingen 1974, S. 162–174.
- SICKEN, B., Lohbauer, Rudolf, in: NDB 15 (1987), S. 121 f.
- SIEBENPFEIFFER, J. P., Zwei gerichtliche Vertheidigungsreden, Teil 1: Rede vor den Assisen in Landau, Auszug in: BRANDT, H. (Hg.), Restauration und Frühliberalismus, Darmstadt 1979, S. 423–428.
- SIEBER, E., Die Gogs auf dem Aschperg. Tübingen und die Festung Hohenasperg im 19. Jahrhundert, in: *Attempo* 37/38 (1970), S. 3–13.
- SIEBER, E., Stadt und Universität Tübingen in der Revolution von 1848/49, Tübingen 1975.
- SIEBURG, H. O., Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1954.
- SIEMANN, W., Propaganda um Napoleon in Württemberg. Die Rheinbundära unter König Friedrich I. (1806–1813), in: ZWLG 47 (1988), S. 359–380.
- SILBERNAGEL, I., Die geheimen politischen Verbindungen der Deutschen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Historisches Jahrbuch der Görres Gesellschaft* 14 (1893), S. 755–813.
- SIMMEL, G., Das Geheimnis und die Geheime Gesellschaft, in: DERS., *Gesammelte Werke*, Bd. 2: Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1958, S. 257–304.
- SKURNOWICZ, J. S., Romantic Nationalism and Liberalism: Joachim Lelewel and the Polish National Idea, New York 1981.
- SKWARCZYNSKA, S., Mickiewicz und die Revolution in Frankfurt a. M. 1833, in: *Mickiewicz-Blätter, für das Mickiewicz-Gremium der Bundesrepublik Deutschland* hg. von H. BUD-SENSIEG 10 (1965), S. 1–14.
- SNELL, J. L., *The Democratic Movement in Germany 1789–1914*, edited and completed by Hans A. SCHMITT, Chapel Hill 1976.
- SOBOUL, A., Klassen und Klassenkämpfe in der Französischen Revolution, in: MARKOV, W. (Hg.), *Jakobiner und Sansculotten. Beiträge zur Geschichte der Französischen Revolutionsregierung 1793–1794*, Berlin 1956, S. 47–76.

- SOLTYK, R., Polen und seine Helden im letzten Freiheitskampf. Nebst einem Abriß der polnischen Geschichte bis zum Jahre 1830, Stuttgart 1834.
- SOMBART, N., Die geistesgeschichtliche Bedeutung des Grafen Henri de Saint-Simon. Ein Beitrag zu einer Monographie des Krisenbegriffes, Diss. phil., Heidelberg 1951.
- SOMBART, W., Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts: eine Einführung in die Nationalökonomie, Nachdruck Darmstadt 1954.
- SPAZIER, R. O., Geschichte des Aufstandes des polnischen Volkes, Altenburg 1832.
- SPINDLER, C., Der Jude. Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts, Stuttgart 1827.
- SPITZER, A. B., Old Hatreds and Young Hopes. The French Carbonari against the Bourbon Restoration, Cambridge (Mass.) 1971.
- SPITZER, A. B., The Revolutionary Theories of Louis August Blanqui, New York 1957.
- SPÜHLER, W., Der Saint-Simonismus. Leben und Lehre von Saint-Armand Bazard, Zürich 1926.
- STADELMANN, R., Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948 (Nachdruck Darmstadt 1962).
- STADLER, M., Die Presse als Instrument der Revolution, Diss. phil. (masch.), München 1951.
- STAPEL, W. (Hg.), Deutsche Freiheitslieder, Hamburg 1922.
- STEARNS, P., The 1848 Revolutions, London 1974.
- STEIFF, K./MEHRING, G. (Hgg.), Geschichtliche Lieder und Sprüche Württembergs, Stuttgart 1912.
- STEIN, H., Pauperismus und Assoziation. Soziale Tatsachen und Ideen auf dem westeuropäischen Kontinent vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung des Rheingebiets, in: IRSH 1 (1936), S. 1–120.
- STEIN, L. von, Die Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, Bd. 2: Die industrielle Gesellschaft, der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1844, Leipzig 1850 (Neuausgabe Darmstadt 1959).
- STEIN, P., Epochenproblem Vormärz (1815–1848), Stuttgart 1974.
- STEIN, T., Beiträge zur südwestdeutschen Zeitungsgeschichte, Stuttgart 1982.
- STEINHILBER, W., Die Heilbronner Bürgerwehren 1848 und 1849 und ihre Beteiligung an der Badischen Mai-Revolution des Jahres 1849, Heilbronn 1959.
- STEINITZ, W., Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, 2 Bde., Berlin 1954–1962.
- STEITZ, W., Zur Etablierung der Realbesteuerung in den süddeutschen Staaten im Rahmen der sich auflösenden Feudalstrukturen 1806–1850. in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 63 (1976), S. 145–179.
- STEITZ, W., Feudalwesen und Staatssteuersystem, Bd. 1: Die Realbesteuerung der Landwirtschaft in den süddeutschen Staaten im 19. Jahrhundert, Göttingen 1976.
- STERLING, E., Judenhass. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1850), Frankfurt a. M. 1969.
- STERN, A., Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, II. Abt. Bd. 1, Stuttgart/Berlin 1905.
- STETTEN, W. von, Die Grundentlastung in den Ländern Württemberg, Baden, Hessen und Bayern, in: Württemberg Franken 61 (1977), S. 124–138.
- STREBINGER, G., Geschichte des Infanterie-Regiments König Wilhelm I. (6. Württembergisches) Nr. 124, 1673 bis 1895, Ulm 1896.
- STREICHER, A., Schillers Flucht, neu hg. von P. RAABE, Stuttgart 1959.
- STREITZ, W. (Hg.), Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung, Darmstadt 1980.
- STRICKER, W., Das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833, in: Monatsschrift für die Geschichte Westdeutschlands 5 (1879), S. 62–76.
- STROBEL, G. W., Die deutsche Polenfreundschaft 1830–1834: Vorläuferin des organisierten politischen Liberalismus und Wetterzeichen des Vormärz, in: Die deutsch-polnischen

- Beziehungen 1831–1848: Vormärz und Völkerfrühling, XI. Deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 16.–21. Mai 1978 in Deidesheim (Rheinland-Pfalz), Red.: R. RIEMENSCHNEIDER, Braunschweig 1979, S. 126–147.
- STROMEYER, F., Die Folgen der Aufhebung der englischen Korngesetze für Deutschland und die deutsche Industrie, Stuttgart 1846.
- STROMEYER, F., Ueber Handel und Mauthen in Süddeutschland. Ein Beitrag zur Würdigung der Handelsverhältnisse süddeutscher Staaten, in: SEYBOLD, F. (Hg.), Die neue Zeit von einem alten Consitutionellen, Bd. 10, Stuttgart 1832, S. 274–308.
- STROMEYER, F., Organisation der Arbeit, Belle-Vue bei Constanz 1844.
- STROZ, G., Schwäbische Romantik. Dichter und Dichterkreise im alten Württemberg, Stuttgart u. a. 1967.
- STRUCK, W. H., Das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit in der Sicht des Herzogtums Nassau, in: Nassausche Annalen 77 (1966), S. 142–216.
- STÜRMEYER, M., Die Suche nach dem Glück: Staatsvernunft und Utopie, in: JESERICH, K. u. a. (Hgg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 2: Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes, Stuttgart 1983, S. 1–19.
- STUKE, H., Bedeutung und Problematik des Klassenbegriffs. Begriffs- und sozialgeschichtliche Überlegungen im Umkreis einer historischen Klassentheorie, in: ENGELHARDT, U. u. a. (Hgg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 46–82.
- SÜSS, E., Friedrich Wilhelm Knöbel, 1802–1872, in: BAUMANN, K. (Hg.), Das Hambacher Fest, 27. Mai 1832, Männer und Ideen, Speyer 1957, S. 181–201.
- SÜSS, E., Die Pfälzer im „Schwarzen Buch“. Ein personengeschichtlicher Beitrag zur Geschichte des Hambacher Festes, des frühen pfälzischen und deutschen Liberalismus, Heidelberg 1956.
- SYDOW, J., Ein Mittelpunkt schwäbischer Polenbegeisterung – Tübingen 1831/32, in: Tübinger Blätter, 67 (1980), S. 2–8.
- Tabellarisches Verzeichnis der deutschen politischen Flüchtlinge und anderer im Ausland befindlicher Verdächtiger, gefertigt im Juli 1835. Weiteres Verzeichnis angeschuldigter Teilnehmer an den Umtrieben und Verbindungen in der Schweiz und Frankreich zur Revolutionierung Deutschlands, 1836, in: HstaS E 305/1 Bü 11.
- TAFEL, G., Die Soldansprüche des im Jahre 1787 in dem Dienst der holländisch-ostindischen Compagnie nach dem Cap der guten Hoffnung abgegangenen und von da nach den Inseln Ceylon und Java versendeten württembergischen Infanterie-Regiments an die königliche württembergische Staatskasse, beziehungsweise gegen Kriegs-Minister v. Hügel und Genossen in Stuttgart, und die gegen Hofrath und Hof-Camerall-Verwalter von Canzleiter geführte Criminal-Untersuchung nach den Acten dargestellt, Stuttgart 1840.
- TAFEL, G., Wiedereinsetzungs-Gesuch in der vor dem Civil-Senat des Königlichen Obertribunals in letzter Instanz verhandelten Streitsache der Relicten des Hofraths und Hof-Camerall-Verwalters von Canzleiter in Waiblingen, Imploranten gegen Kriegs-Minister Freiherr v. Hügel und Genossen Imploranten, Stuttgart 1842.
- TALMON, J. L., Die Geschichte der totalitären Demokratie, Bd. 1: Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Göttingen 2013.
- TALMON, J. L., Romanticism and Revolt, Europe 1815–1848, London 1967.
- TCHERNOFF, J., Le parti républicain sous la Monarchie de Juillet. Formation et évolution de la doctrine républicaine, Paris 1901.
- TESTE, Ch. A./BUONARROTI, Ph., Projet de Constitution Républicaine et Déclaration des principes fondamentaux de la société: précédés d'un exposé des motifs, Paris 1833.
- An die Teutschen in Württemberg, Pforzheim 1832. [Verfasser R. LOHBAUER/J. MÄHRLEN]
- THAMER, H.-U., Emanzipation und Tradition. Zur Ideen- und Sozialgeschichte von Liberalismus und Handwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: SCHIEDER, W. (Hg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 55–73.

- THEIS, H., Das Geschichtsbild des J. G. A. Wirth unter besonderer Berücksichtigung seiner „Geschichte der Deutschen“, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern 18/19 (1980/1981), S. 517–540.
- THIELBEER, H., Universität und Politik in der deutschen Revolution von 1848, Bonn 1983.
- THIL, K. W. H. du, Denkwürdigkeiten aus dem Dienstleben des Hessen Darmstädtischen Staatsministers Freiherrn du Thil 1830–1848, hg. von H. ULMANN, Leipzig/Stuttgart/Berlin 1921 (Neudruck Osnabrück 1967).
- THOMAS, R. H., Liberalism, Nationalism and the German Intellectuals 1822–1847. An analysis of the academic and scientific conferences of the period, Cambridge 1951.
- TILLY, C./TILLY, L./TILLY, R., The Rebellious Century 1830–1936, Cambridge (Mass.) 1975.
- TOCQUEVILLE, A. de, De la démocratie en Amérique (Hebräisch), Jerusalem 2008.
- TODT, E./RADANDT, H., Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1800–1849, Berlin 1950.
- TOURY, J., Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, in: LIEBESCHÜTZ, H./PAUCKER, A. (Hgg.), Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850. Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation, Tübingen 1977, S. 139–242.
- TRAUTZ, F., Das Hambacher Fest und der südwestdeutsche Frühliberalismus, in: Heidelberger Jahrbücher 2 (1958), S. 14–52.
- TREITSCHKE, H., Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Teil 4: Bis zum Tode König Friedrich Wilhelms III., Leipzig 1927.
- TROTZKI, L., Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2: Oktoberrevolution, Berlin 1933.
- UHLAND, L., Betrachtungen, Bitten und Wünsche über vaterländische Angelegenheiten, Heilbronn 1833.
- Uhlands Briefwechsel, hg. von J. HARTMANN, 2. Teil: 1816–1833, Stuttgart 1912.
- ULREICH, K., Aus dem Leben eines württembergischen Demokraten des 19. Jahrhunderts. Beiträge zu einer Biographie über Johann Friedrich Gottlob Tafel, Zulassungsarbeit Pädagogische Hochschule (masch.), Schwäbisch-Gmünd 1967.
- Unparteiische Bemerkungen über die Boller Erklärung vom 30. April dieses Jahres, Zusätze zu diesen unparteiischen Bemerkungen und Schreiben an den Verfasser der unparteiischen Bemerkungen über die Boller Erklärung und die Zusätze zu denselben, Stuttgart 1832.
- UZ, [= Utz, J.], Altbacken gilt. Kulturelle Antworten der Tübinger Weingärtner auf politische Unterdrückung. Heimatkunde konkret 2, in: Schwäbisches Tagblatt 4. Mai 1974.
- VALENTIN, V., Frankfurt am Main und die Revolution 1848/49, Stuttgart/Berlin 1908.
- VALENTIN, V., Geschichte der Deutschen, Köln 1979.
- VALENTIN, V., Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49, 2 Bde., Berlin 1930 (Neudruck Aalen 1968).
- VALENTIN, V., The German People, New York 1949.
- VALENTIN, V., Das Hambacher Nationalfest, Berlin 1932.
- VALJAVEC, F., Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815, Kronberg/Ts. 1951 (Neudruck Düsseldorf 1978).
- VEIT, M., Saint-Simon und der Saintsimonismus, Leipzig 1834.
- VENEDEY, J., Die deutschen Republikaner unter der französischen Republik, mit Benutzung der Aufzeichnungen seines Vaters Michel Venedey, Leipzig 1870.
- Der vergebliche Landtag Württembergs im Jahre 1833. Mit einem Blick auf das Vaterland vor und seit der Verfassung. Ein gut gemeinter Rath an die Wahlmänner von einem Vaterlandsfreunde, Stuttgart 1833. [Verfasser: H. ELSNER?]
- Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg, amtlich herausgegeben, Stuttgart 1833–1842.
- Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg über den königlichen Gesetzesvorschlag die öffentlichen Verhältnisse der Israeliten betreffend, in: Neue allgemeine politische Annalen 27 (1828), S. 99–218.

- Verzeichnis der Bürger der Residenz-Stadt-Stuttgart. Gefertigt zunächst für die Wahl eines Abgeordneten zur Stände-Versammlung November 1831, Stuttgart 1831.
- Verzeichnis der aus der Schweiz fortgeschafften politischen Flüchtlinge und solcher, die im Ausland arretiert worden sind, so wie der in mehreren polizeilichen Untersuchungen über die politischen Umtriebe in der Schweiz mehr oder weniger impliziert erscheinenden Fremden, Bern 1836.
- Verzeichnis der Studierenden auf der Königlichen Universität Tübingen, Tübingen 1828–1832.
- Veteranen-Chronik, Ein vollständiges Verzeichnis derjenigen Veteranen, welche in Württembergischen Diensten Feldzüge mitgemacht und die Kriegs-Denk Münze erhalten haben; aus amtlichen Quellen geschöpft; mit Angabe der Feldzüge von 1798 bis 1815, Cannstatt 1840.
- VIERHAUS, R., Der Aufstieg des Bürgertums vom späten 18. Jahrhundert bis 1848/49, in: KOCKA, J. (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 64–78.
- VIERHAUS, R., Liberalismus, Beamtenstand und konstitutionelles System, in: SCHIEDER, W. (Hg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 39–54.
- VOLKMANN, H., Kategorien des sozialen Protests im Vormärz, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 164–189.
- VOLKMANN, H.-E., Soziale Innovation und Systemstabilität am Beispiel der Krise von 1830–1832 in Deutschland, in: NEULOH, O. (Hg.), Soziale Innovation und sozialer Konflikt, Göttingen 1977, S. 41–68.
- VOLKMANN, H.-E., Der polnische Aufstand 1830/31 und die deutsche Öffentlichkeit. Mit besonderer Berücksichtigung der bayerischen Rheinpfalz, in: Zeitschrift für Ortsforschung 16 (1967), S. 439–452.
- Ein Volksmann, in: Der Wegweiser. Ein Volkskalender für das Jahr 1894, Stuttgart 1894, S. 45–50.
- VOSS, I. (Hg.), Deutschland und die Französische Revolution, München 1983.
- VOSSLER, O., Studien zur Erklärung der Menschenrechte, in: HZ 142 (1930), S. 516–545.
- VOVELLE, M., Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, Frankfurt a. M. 1985.
- WAAS, Chr., Theodor Trapp von Friedberg, der Freund Weidigs, in: Wetterauer Geschichtsblätter 12 (1963), S. 49–106.
- WACHENHEIM, H., Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Opladen 1971.
- WAGNER, Ch., Zusammenstellung des Resultats der in der großherzoglichen Provinz Oberhessen geführten Untersuchung betreffend den am 3. April 1833 zu Frankfurt a. M. ausgebrochenen Aufruhr, revolutionäre Umtriebe in der Provinz Oberhessen und Hochverrat, in: GÖRISCH, R./MAYER T. M. (Hgg.), Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen, Frankfurt a. M. 1982, S. 139–200.
- WAIBLINGER, W., Tagebücher 1821–1826, Stuttgart 1956.
- WALICKI, A., Philosophy and Romantic Nationalism: The Case of Poland, Oxford 1982.
- WALLNER, A., Hermann Wolfrum, in: Euphorion 5 (1898), S. 512–528.
- WALTER, K., Die Brüder Stöber. Zwei Vorkämpfer für das deutsche Volkstum im Elsaß im 19. Jahrhundert, Kolmar im Elsaß 1943.
- WALTER, K., Ernst Friedrich Kauffmann und seine schwäbischen Freunde, in: ZWLG 1 (1937), S. 406–445.
- WALTER, K., Die Flucht des Hochwächter Redakteurs nach der Schweiz, in: Südwest Merkur Nr. 35, 15. September 1961, Stuttgart.
- WALTER, K., Der Hochwächter. Das erste liberale Parteiblatt in Württemberg (1830/32), in: Südwest Merkur, Nr. 27, 14. Juli 1961, Stuttgart.
- WALTER, K., Rudolf Lohbauer, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 9 (1963), S. 188–217.
- WALTER, K., Rudolf Lohbauer in seinen Schweizer und Berliner Jahren, 1833–1873, in: ZWLG 20 (1961), S. 290–343.
- WALTER, K., Die Tübinger Studentenzeit Rudolf Lohbauers, in: Tübinger Forschungen Nr. 6, Beilage des Schwäbischen Tagblatt (Tübingen), 14. 3. 1962.

- WANDEL, U. J., Verdacht von Democratismus? Studien zur Geschichte von Stadt und Universität Tübingen im Zeitalter der Französischen Revolution, Tübingen 1981.
- WARNKÖNIG, L. A., Die Lehre der Anhänger von Saint-Simon, in: Kritische Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes 4 (1832), S. 78–102.
- WARNSCHAUER, O., Saint-Simon und der Saint-Simonismus, Leipzig 1892.
- WASSMUND, H., Revolutionsforschung, in: Neue politische Literatur 18 Nr. 4 (1973), S. 421–429; 20 Nr. 4 (1975), S. 425–432.
- WASSMUND, H., Revolutionstheorien, München 1978.
- WAUSCHKUHN, F. F., Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806–1848, Diss., Hamburg 1974.
- WAWRYKOWA, M., Revolutionäre Demokraten in Deutschland und Polen 1815–1848. Ein Beitrag zur Geschichte des Vormärz, Braunschweig 1974.
- WAWRYKOWA, M., Die studentische Bewegung in Deutschland im ersten Jahrzehnt nach dem Wiener Kongreß, in: BLEIBER, H. (Hg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin 1977, S. 49–63.
- WEBER, E., Die Mainzer Zentraluntersuchungskommission, Karlsruhe 1970.
- WEBER, H., Die Fürsten von Hohenlohe im Vormärz. Politische und soziale Verhaltensweisen württembergischer Standesherrn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. phil., Schwäbisch Hall 1977.
- WEBER, K. J., Reise durch das Königreich Württemberg, Stuttgart 1826 (Neudruck Stuttgart 1978).
- WEBER, O., Die Entwicklung der Judenemanzipation in Württemberg bis zum Judengesetz von 1828. Ein rechtsgeschichtlicher Beitrag zur Geschichte der Judenemanzipation in Deutschland, Stuttgart 1940.
- WEBER, R., Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866, Berlin 1962.
- WEBER, R., Das kleinbürgerliche demokratische Element in der deutschen Nationalbewegung vor 1866, in: BÖHME, H. (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879, Köln 1968, S. 72–84.
- WEBER, R. (Hg.) Feuerwerk im Juli. Begegnungen in Paris 1789–1871, Berlin 1978.
- WEBER, von, Über den politischen Liberalismus und Ultra-Liberalismus, in: Jahrbücher der Geschichte und Staatskunst hg. von K. H. L. PÖLITZ, Leipzig 1832, Bd. 1, S. 51–96.
- WEBER, von, Die zwei württembergischen Landtage vom Jahre 1833, in: Jahrbücher der Geschichte und Staatskunst, hg. von K. H. L. PÖLITZ, Leipzig 1834, Bd. 1, S. 385–422.
- WEDEKIND, F., Werke in drei Bänden, hg. und eingeleitet von M. RAHN, Berlin 1969.
- Wegweiser für die Königliche erste Haupt- und Residenzstadt Stuttgart und ihre nächsten ausgezeichneten Umgebungen, Stuttgart 1829.
- Der Wegweiser. Ein Volkskalender für das Jahr 1894, Stuttgart 1894, S. 45–50.
- WEHLER, H.-U., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 1989.
- WEHLER, H.-U., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49, München 1989.
- WEHLER, H.-U. (Hg.), Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974.
- WEIDEMANN, G. F., Einige Worte gegen die Schrift: Die Pietisten als Revolutionäre gegen Staat und Kirche. Von einem Freunde der Wahrheit in Württemberg, Göppingen 1831.
- WEIL, K. (Hg.), Konstitutionelle Jahrbücher, Stuttgart 1843–1847.
- WEILL, A., Der Staat und die Industrie, Stuttgart 1843.
- WEILL, G., D'Argenson et la question sociale, in: IRSH 4 (1939), S. 161–169.
- WEILL, G., Histoire du parti républicain en France de 1841 à 1870, Paris 1900.
- WEIS, E., Der Durchbruch des Bürgertums 1776–1847, Frankfurt a. M. 1978.
- WEIS, E., (Hg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland, München 1984.

- WEITBRECHT, H. G., Beiträge zur Religionspsychopathologie, insbesondere zur Psychopathologie der Bekehrung, Heidelberg 1948.
- WELL, A., Soziale Geschichte Süddeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und karitativen Arbeit vom späten Mittelalter bis zur Gegenwart, Stuttgart 1979.
- WELLER, A., Sozialgeschichte Südwestdeutschlands, Stuttgart 1979.
- WELLER, E., Beiträge zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Württemberg: Heilbronn und die Revolution von 1848/49, Diss. phil. (masch.), Tübingen 1925.
- WELLER, E., Die Freiheitsbestrebungen der Deutschen im 18. und 19. Jahrhundert, dargestellt in Zeugnissen ihrer Literatur, Leipzig 1847.
- WELLER, K., Württembergische Geschichte, Stuttgart 1963.
- WELLER, K./WELLER, A., Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum, Stuttgart/Aalen 1971.
- WENDE, P., Radikalismus im Vormärz. Untersuchungen zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie, Wiesbaden 1975.
- WENDEL, H., Frankfurt am Main vor der Großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789–1866), Frankfurt a.M. 1910.
- WENTZCKE, P., Der deutsche Mai 1832. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen des Hambacher Festes, in: Politik und Zeitgeschichte 19 (1957), S. 291–306.
- WENTZCKE, P., Straßburg als Zufluchtsort deutscher politischer Flüchtlinge in den Jahren 1819–1850, in: Elsaß-Lothringisches Jahrbuch 12 (1933), S. 229–248.
- WERMUTH, C. G. L./STIEBER, W., Die Kommunisten-Verschwörung des neunzehnten Jahrhunderts. Im amtlichen Auftrage zur Benutzung der Polizeibehörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten auf Grund der betreffenden gerichtlichen und polizeilichen Akten dargestellt, 2 Teile, Berlin 1853 f.
- WERNER, H. G., Die Bedeutung des polnischen Aufstandes 1830/32 für die Entwicklung der politischen Lyrik in Deutschland, in: Weimarer Beiträge 16 H. 7 (1970), S. 158–175.
- WERNER, H. G., Geschichte des politischen Gedichtes in Deutschland von 1815 bis 1840, Berlin 1969.
- WESTERMAYER, J., Politik als Beruf: Der Parlamentarier Moriz Mohl 1802–1888, Düsseldorf 1998.
- WETZEL, H., Der politische Kurialismus in Württemberg 1815–1833, Diss. (masch.), Tübingen 1920.
- WIDENMANN, G., Das Bekenntnis der Deutschkatholiken und Lichtfreunde, Pforzheim 1846.
- WIDENMANN, G., Zur Bundesreform. Ein Separat Votum aus dem National-Verein, Nördlingen 1861.
- WIDENMANN, G., Gedanken über die Unsterblichkeit als Wiederholung des Erdenlebens, Wien 1859 (Neudruck Stuttgart 1961).
- WIDENMANN, G., Über das Wesen der Natur nebst einem Blick auf die Homöopathie, Stuttgart 1839.
- WIDENMANN, G., Ein Wort über die Hoffnung auf eine neue politische Bewegung, Stuttgart 1852.
- Der Wiederhall deutscher Volksstimme in Grüßen an das deutsche Vaterland, Straßburg 1831. [Verfasser: G. HEROLD?]
- WIENHOFER, E., Das Militärwesen des deutschen Bundes und das Ringen zwischen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland 1815–1866, Osnabrück 1973.
- WIEST, A. A., Ueber Aufhebung der Zehnten, Leibeigenschaftsgefälle, Frohnen, Beeten und Fallehen, ferner über Gewerbswesen, Bürger-Aufnahmen und Volksschulen, Ulm 1833.
- WILLCOX, W. F., International Migrations, Vol. I: Statistics; Vol. II: Interpretations (Demographic Monographs vol. 7, 8), New York/London/Paris 1969.
- WILLMS, J., Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte von 1789 bis 1914, Düsseldorf 1986.
- WILTBERGER, O., Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830–1849, Berlin/Leipzig 1910.

- WINKEL, H., Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Südwestdeutschland, Stuttgart 1968.
- WINKLER, H. A., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979.
- WINKLER, H. A. (Hg.), Nationalismus, Königstein/Ts. 1978.
- WINTERLIN, F., Wehrverfassung und Landesverfassung im Herzogtum Württemberg, in: WVl N. F. 34 (1928), S. 239–256.
- WINTERLIN, F., Die württembergische Verfassung 1815–1819, in: WVl N. F. 21 (1912), S. 47–83.
- WIRTH, J. G. A., Aufruf an die Volksfreunde in Deutschland, Homburg 1832.
- WIRTH, J. G. A., Geschichte der deutschen Staaten von der Auflösung des Reiches bis auf unsere Tage, 3 Bde., Karlsruhe 1847.
- WIRTH, J. G. A., Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach. Unter Mitwirkung eines Redaktionsausschusses beschrieben, 2 Hefte, Neustadt a. d. H. 1832.
- WIRTH, J. G. A., Die politische Reform Deutschlands, Straßburg 1832.
- WIRTH, J. G. A., Die politisch-reformatorische Richtung der Deutschen im XVI. und XIX. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Belle-Vue bei Constanz 1841.
- WIRTH, J. G. A., Die Rechte des deutschen Volkes, Landau 1836.
- WIRTH, J. G. A./ZIMMERMANN, W., Die Geschichte der deutschen Staaten von der Auflösung des Reiches bis zum Jahre 1830, 2 Bde., Karlsruhe 1847–1848.
- WIRTZ, R., Sozialer Protest und ‚Collective Violence‘ in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Sozialwissenschaftliche Information für Unterricht und Studium 4 (1975), S. 6–12.
- WIRTZ, R., Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815–1848, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981.
- WOLGAST, E., Feste als Ausdruck nationaler und demokratischer Opposition – Wartburgfest 1817 und Hambacher Fest 1832, in: BERNHARDI, H./WREDEN, E. W. (Hgg.), Jahresgabe der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung 1980/81/82, o. O. o. J., S. 41–71 (online: http://www.jahn-museum.de/images/jahn/wissenschaft/wolgast_feste_als_ausdruck.pdf, Zugriff 13. 11. 2015).
- WOLKONSKIJ, M., Die Dekabristen – Die ersten russischen Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, Zürich 1946.
- WÜLFING, W., Junges Deutschland. Texte – Kontexte, Abbildungen, Kommentar, München 1978.
- WUNDER, B., Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a. M. 1986.
- WUNDER, B., Die Landtagswahlen von 1815 und 1819 in Württemberg – Landständische Repräsentation und Interessenvertretung, in: Württembergisch Franken 58 (1974), S. 264–293.
- WUNDER, B., Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825), München/Wien 1978.
- WUNDER, B., Der vormärzliche Beamtenliberalismus in Süddeutschland, in: OBERLÉ, R. (Hg.), Le concept de liberté de 1815 à 1914 dans l'espace rhénan supérieur: actes du colloque international organisé par le Centre de Recherches et d'Études Rhénanes de Mulhouse en octobre 1974, Mulhouse 1976, S. 221–228.
- ZAGORIN, P., Theories of Revolution in Contemporary Historiography, in: Political Science Quarterly 88 (1973), S. 23–52.
- ZAPF, W., Theorien des sozialen Wandels, Köln 1969.
- ZEHTNER, H., Das Staatslexikon von Rotteck und Welcker. Eine Studie zur Geschichte des deutschen Frühliberalismus, Jena 1929.
- ZELLER, U., Der Stuttgarter Beobachter als Hochwärter (1830–1833), in: Kultur- und Universalgeschichte: Walter Goetz zu seinem 60. Geburtstag, dargebracht von Fachgenossen, Freunden und Schülern, Leipzig/Berlin 1927, S. 328–346.
- ZELLWEKER, E., Demagogen-Verfolgungen: deutsche Dichterschicksale 1815–1840. Mit Schwarzweißzeichnungen von Hanns im LICHT, Köln 1913.

- ZETLIN, M., *The Decembrists*, New York 1958.
- ZIMMERMANN, W., *Deutsche Geschichte von 1830 bis 1848*, Bd. 3, Karlsruhe 1853.
- ZIMMERMANN, W., *Die Geschichte Württembergs nach seinen Sagen und Thaten*, 2 Bde., Stuttgart 1836–1837.
- Zusammenstellung der Ergebnisse aus den Aussagen der zu Darmstadt verhafteten Angeklagten. Dr. med. Buff, Akzessist Bogen und Studiosus Gottschalk über die Teilnahme Gießener Studenten und Einwohner an dem Complot des Frühjahrs 1833, auf Grund der der Zentralbehörde bis zum 14ten Februar 1836 zugekommenen Akten (Frankfurt, den 15. Februar 1836), in: GÖRISCH, R./MAYER T. M. (Hgg.), *Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen*, Frankfurt/M 1982, S. 201–220.
- Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate in Betreff der Meuterei zu Frankfurt a. M. vom 3. April 1833, nach den, der Bundes-Central-Behörde bis Ende März 1834 zugekommenen Akten, Frankfurt, den 23. April 1834, in: GÖRISCH, R./MAYER T. M. (Hgg.), *Untersuchungsberichte zur republikanischen Bewegung in Hessen*, Frankfurt a. M. 1982, S. 37–178.
- ZWAHR, H., *Bourgeoisie und Proletariat am Beginn der bürgerlichen Umwälzungen in Sachsen. Die Septemberereignisse von 1830 und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 25 (1977), S. 656–675.
- ZWAHR, H., *Zur Herausbildung der deutschen Arbeiterklasse. Ein stadial-regionaler Vergleich*, Berlin 1977.
- ZWAHR, H., *Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchen des Leipziger Proletariats während der industriellen Revolution*, Berlin 1978.
- ZWAHR, H., *Zur Strukturanalyse der sich konstituierenden Arbeiterklasse*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 18. Jg. (1976) Heft 4, S. 605–628.

E. Abkürzungs- und Siglenverzeichnis

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
Akt. Darst. alt	Aktenmäßige Darstellung des im Königreich Württemberg in den Jahren 1831, 1832 und 1833 von Militär und Civilpersonen unternommenen Hochverraths und sonstigen revolutionären Umtrieben. Vortrag der Bundes-Central-Behörde, Frankfurt a. M., den 29. November 1834
Akt. Darst. neu	Aktenmäßige Darstellung der im Königreiche Württemberg in den Jahren 1831, 1832 und 1833 statt gehabten hochverrätherischen und sonstigen revolutionären Umtriebe, Stuttgart 1839
BAF	Börne Archiv, Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M.
BHStaM	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
Bü	Büschel
DLAM	Deutsches Literatur Archiv Marbach/N.
DNZ	Donau- und Neckar-Zeitung
Fasz.	Faszikel
GlaK	Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Generallandesarchiv Karlsruhe
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HHStaW	Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien
HstaS	Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HZ	Historische Zeitschrift
IRSH	International Review of Social History
LB Stgt.	Landesbibliothek Stuttgart
Lev.	Levitikon (= 3. Buch Mose)
LKA	Landeskirchliches Archiv Stuttgart
MEW	Marx-Engels Werke
NDB	Neue Deutsche Biographie
NRZ	Neue Rheinische Zeitung
PVV	Press- und Vaterlandsverein
QDGBE	Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung
Qu.	Quadrangel
Reg.	Register
StaL	Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg
TDP	Polnisch-Demokratische-Gesellschaft
VBZB	Vortrag der Bundes-Central-Behörde
WJbb	Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie
WVL	Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte
ZUK	Zentralkommission zur Untersuchung hochverrätherischer Umtriebe in Mainz (Zentraluntersuchungskommission)
ZWLG	Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte

F. Abbildungsnachweis

Badisches Landmuseum
Landesmuseum Württemberg
Privatbesitz
Stadtarchiv Ludwigsburg (Simon Karzel)
Stadtarchiv Stuttgart
Universitätsbibliothek Bern
Württembergische Landesbibliothek
– Graphische Sammlungen –

Einband Figurengruppe (P 1326)
Einband König Wilhelm 1 (NN 75)
Abb. 1, 6
Abb. 10
Abb. 2 (B 1994), 4 (F 62961), 8 (B 5038)
Abb. 3
Abb. 5, 7, 9

Editorische Notiz

Die vorliegende Studie ist das Ergebnis einer langjährigen Beschäftigung mit der württembergischen Zivil- und Militärverschwörung in den 1830er Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Dauer der Bearbeitung hat es mit sich gebracht, dass ein Teil der archivischen Signaturen aus dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, wie sie zum Zeitpunkt der Einsichtnahme der Akten galten, aufgrund der Neubearbeitung einiger Bestände heute nicht mehr gültig ist. Für diese Akten wurden die nun geltenden Signaturen ermittelt und verwandt. Bei einigen dieser Akten ließ sich jedoch die nun gültige Signatur nicht exakt feststellen, da das frühere Konvolut jeweils in mehrere neue Akten aufgeteilt worden ist. In diesen Fällen sind in den Anmerkungen jeweils alle möglichen neuen Signaturen angegeben und in eckigen Klammern gesetzt wiedergegeben (z. B. [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]).

„Junger Soldat, wohin gehst du?

[...]

Ich gehe streiten für die Gerechtigkeit, für die heilige Sache der Völker,
für die heiligen Rechte des Menschengeschlechts.“

Félicité de Lamennais, „Worte des Glaubens“ (1834)

Einführung

A. Thema und Kontext

Im Oktober 1833 lief Heinrich Heine bei Le Havre, der französischen Hafenstadt, einem Tross schwäbischer Bauern über den Weg. Sie waren Emigranten. Nach dem Grund ihrer Auswanderung befragt, antworteten sie: „[W]ir konnten’s nicht länger aushalten’[...]; die Schlussrede ihrer Klage war immer“, so Heine: „Was sollten wir tun? Sollten wir eine Revolution anfangen?“¹ Vom Klagelied des schwäbischen Landvolks stark berührt, urteilt Heine: „Ich schwöre es bei allen Göttern des Himmels und der Erde, der zehnte Teil von dem, was jene Leute in Deutschland erduldet haben, hätte in Frankreich sechsunddreißig Revolutionen hervorgebracht und sechsunddreißig Königen die Krone mitsamt dem Kopf gekostet“².

Immerhin erfasste Deutschland im Gefolge der französischen Julirevolution 1830 die bisher größte Aufstandswelle, vom Bauernkrieg abgesehen. Im Unterschied zur Französischen Revolution von 1789 sprang diesmal der revolutionäre Funke auf verschiedene europäische Staaten und auch auf Deutschland über. Besonders gewalttätig entlud sich politischer und sozialer Unmut im Westen, im Norden und in der Mitte des Deutschen Bundes. Er richtete sich gegen rudimentäre, altständische Verfassungen beziehungsweise gegen uneingeschränkte Alleinherrschaften. Er spiegelte auch die Not breiter Unterschichten in dem historischen Schnittpunkt von ausklingender traditionaler Wirtschafts- und Gesellschaftsform und von vordringender Marktwirtschaft im Vorstadium der Industriellen Revolution wider, bei gleichzeitigem rapiden Bevölkerungswachstum und angesichts eines aufgeblähten, steuerverschlingenden Staatsapparats. Das gesellschaftlich breit gefächerte Spektrum der Erhebungen, welches Bürgerliche, städtische Unterschichten und Bauern umfasste, enthielt durchaus revolutionären Zündstoff, der sich allerdings in kurzfristigen Allianzen erschöpfte. Auch ein Präzedenzfall in der deutschen Geschichte hatte sich zugetragen, als ein Landesfürst – Herzog Karl II. von Braunschweig-Lüneburg (1804–1873) – vom Thron verjagt und dessen Schloss von aufgebrachten Volksmassen in Schutt und Asche gelegt worden ist. Um die bürgerlichen Schichten zu besänftigen, ließen sich die Herrscher herbei, „landständische Verfassungen“, wie schon in der Bundesakte von 1815 vorgegeben, zu gewähren. Die staatliche Bevormundung ließ zeitweilig nach. Den Kommunen wurde mehr Selbstverwaltung gewährt. Agrar- und Gewerbeformen wurden wieder aufgenommen, um die Wirtschaft zu modernisieren, was zunächst die soziale Not der unteren Schichten aber nur wenig zu lindern vermochte.

¹ HEINE, Vorrede zu Salon I., 17.10.1833, in: DERS., Sämtliche Werke (Windfuhr) 5, S.372. (Hervorhebung Gad Arnsberg).

² Ebd.

Außer einigen Klein- und Mittelstaaten blieben signifikanterweise die Kerngebiete der Großmächte Preußen und Österreich von diesen Erschütterungen fast unbehelligt.

Im Südwesten bot zunächst der zu Beginn der Restauration eingeführte Konstitutionalismus ein Auffangbecken und war Steuerelement für den sich entladenden Unmut. Dort trat eine bemerkenswerte, relativ selbstbewusst auftretende kritische Öffentlichkeit in Erscheinung. Sie gab sich nicht nur liberal, sondern auch mehr und mehr radikal, republikanisch und demokratisch. Sie agierte kurzzeitig in den zum Leben erwachten Landtagen, aber vor allem außerparlamentarisch in politischen Vereinen als Vorformen der Parteien, in Massenkundgebungen, Festen, Petitionen, Zeitungen, Zeitschriften und illegalen Flugblättern und nicht zuletzt in den Kommunen. Die Regierungen gaben kurzfristig dem Druck der Öffentlichkeit nach und lockerten ihre politische Kontrolle. Das Meinungsspektrum der neuen Opposition war breit gefächert. Die bisher einseitig im Sinne des „monarchischen Prinzips“ obrigkeitsstaatlich ausgelegten Verfassungen wurden von der liberalen Opposition zugunsten des „repräsentativen Prinzips“ neu eingeklagt. Sie sollten von nun an den Regierungen als Mittel der politischen Legitimierung und sozialen Disziplinierung entwendet und zumindest auf ihren immanenten Dualismus zurückgeführt werden. Die „Ultraliberalen“ jedoch wollten Reformen, die über die Landes- und Bundesverfassung hinausgingen, etwa in Richtung eines parlamentarischen Systems. Zu ihrem „linken“ Rand gehörten die Radikalen, die auf eine Revolution zur Errichtung einer Republik abzielten.

Im Zeitalter eines rapide wachsenden, aufgeklärten Lesepublikums, eines sich ständig ausweitenden Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftenmarktes, einer sich entwickelnden politischen Reiseliteratur und eines zunehmenden politischen Tourismus, also einer größer werdenden, engagierten Öffentlichkeit entstand ein größerer Resonanzboden für die Neuigkeiten aus dem Ausland. Dadurch und durch einen schnelleren Informationsfluss rückten die verschiedenen Handlungszentren in Europa näher aneinander. Besonders die gelungenen jüngsten Revolutionen in den geografisch nahegelegenen und geistig-politisch nah empfundenen Ländern wie Frankreich und Belgien bewirkten bei den Liberalen und Demokraten im deutschen Südwesten eine neue Erwartungshaltung. Diese bestritten nicht nur das Deutungsmonopol der Verfassungen durch die Fürsten, sondern hinterfragten grundsätzlich die Angemessenheit des bestehenden Konstitutionalismus. Als Alternativen boten sich die parlamentarische Monarchie wie in Großbritannien, in Frankreich und in Belgien oder der Republikanismus französischen und amerikanischen Stils an.

Die außerhalb der Parlamente agierenden, demokratisch gesinnten Republikaner vermochten erstmals in Deutschland eine sozial breit gefächerte, politische Massenbewegung zu erzeugen. Sie erhofften sich durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung Druck auf die Regierungen und Repräsentativorgane auszuüben. Viel stärker als die Liberalen suchten sie direkten Anschluss zu kleinbürgerlichen, proletaroiden und bäuerlichen Schichten, die sie aus demokratischer Grundüber-

zeugung in den politischen Willensbildungsprozess einbeziehen wollten. Ihre Sprecher kamen, wie bei den Liberalen, aus dem Mittelstand. Allerdings zählten zu diesen keine höheren Beamten und nur wenige Parlamentarier. Dafür überwog in ihren Reihen die freie Intelligenz und das nicht arrivierte Bürgertum.

Die hohe Erwartungshaltung im Gefolge der politischen Auflockerung schlug durch bald einsetzende Repressionen der Landesregierungen und des Deutschen Bundes in Frustration und Radikalismus um. Während sich in den neuen Verfassungsstaaten die Opposition auf die Landtage als Austragungsort ihres Kampfes verlagerte und bald eingedämmt wurde, betrieb die Opposition im Südwesten ihren Kampf auch außerhalb der Landtage. Besonders bezeichnend war die Formierung einer extraparlamentarischen republikanischen Sammlungsbewegung, die sich allmählich vom liberalen Lager trennte.

Obwohl der Republikanismus in seiner kurzen öffentlichen Auftrittsphase, die in der Bildung des „Press- und Vaterlandsvereins“ (PVV) und in dem Massenprotest von Hambach ihren Höhenpunkt fand, sich den Anschein einer Reformbewegung gab, war er revolutionär. Dessen Ziele verhießen ja die Beseitigung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Deutlicher kam dies zutage in den geheim gedruckten und weitverbreiteten Flugschriften im Umfeld der Bewegung, in vertraulichen Treffen in Hambach und schließlich in der Untergrundtätigkeit. Während die liberale Opposition zunehmend eingedämmt wurde, zermürbten Verfolgung und Unterdrückung die öffentliche republikanische Massenbewegung. Wer nicht verzagte oder ins Exil ging, dem blieb nur die geheime revolutionäre Aktion als einzig gangbare Alternative.

Außerhalb Deutschlands gerieten im Gefolge der Julirevolution weite Teile Europas in einen revolutionären Strudel, der auf die Haltung der deutschen Regierungen, wie die der Liberalen und Demokraten einwirkte. Die Ersten bemühten sich um die Eindämmung der äußeren Einflüsse, während die Letzteren von diesen beflügelt wurden. Unter ihnen befanden sich jene, die auf ein Übergreifen der Julirevolution und dann der europäischen Folgerevolutionen auf Deutschland setzten, zumindest aber auf den Südwesten. Je mehr diese Hoffnung schwand, desto stärker war die Bereitschaft unter einigen Radikalen vor Ort proaktiv zu handeln und gleichzeitig den Schulterschluss mit Gleichgesinnten im benachbarten Ausland zu suchen.

Die Drosselung der Freiheitsbestrebungen in Deutschland und die enttäuschten Hoffnungen auf ein Übergreifen der europäischen Revolution auf Deutschland, besonders nach dem Fall Warschaws im September 1831 am Ende des polnischen Novemberaufstandes von 1830, drängten Ultraliberale, Radikale, Republikaner und Demokraten in Württemberg schon gegen Ende 1831 zu verdeckten Aktionen, die sich allmählich zu einer Verschwörung von Militärs und Zivilpersonen verdichteten. Hiervon handelt folgende Studie. Sie geht auf die bis heute kaum bekannte württembergische Militär- und Zivilverschwörung von 1831–1833 ein. Diese stellte zusammen mit dem Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833 den Kulminationspunkt des Radikalisierungsprozesses in Südwestdeutschland nach 1830 dar.

Die Zukunftsvision der Verschwörer, wie sie sich aus den Quellen abzeichnet, richtete sich auf eine Republik, beruhend auf politischer Freiheit und Gleichheit sowie sozialer Gerechtigkeit. Wie Letztere zu gestalten sei, darüber schieden sich die Geister. Die Meinungen hierzu reichten bis hin zu agrarkommunistischen Vorstellungen. Die Grundannahme der Verschwörer war, dass ein demokratischer, sich auf der Souveränität des Volkes gründender Staat, auch die Gewähr für eine dem Volk dienende Gesellschaftsordnung sei. Eine vom Volk ausgehende und dem Gemeinwohl dienende Ordnung war die Quintessenz des republikanischen, der *Res publica* entlehnten Selbstverständnisses.

Die Verschwörer wandten sich gegen jede Bevormundung und Privilegierung, ob rudimentärer Stände, patrizischer oder adeliger Prägung, fürstlicher Autokratie, überbordender staatlicher Behörden oder aufkommender, neuer bürgerlicher „Geldaristokratie“. Die Angst vor einem ungezügelter Wirtschaftsliberalismus, wie er vor allem in Großbritannien zum Vorschein kam, und vor einer bourgeois Klassenherrschaft, wie sie sich in der Julimonarchie entfaltete, entsprang traditionellen Wertemustern einer „moralischen Ökonomie“ im Vorstadium der Industriellen Revolution.

Wie gedachten aber die Verschwörer, dieses Ziel zu erreichen? Durch gezielte Aktionen eingeweihter Gruppen von Militärs und Zivilisten sollte ein entsprechender Aufstand ausgelöst, gestärkt oder gelenkt werden. Ob der Impuls durch eine Initialzündung der Verschwörer, durch ein Übergleiten einer Revolution von außen – etwa nach einer neu erwarteten republikanischen Erhebung in Frankreich – oder infolge von inneren Unruhen erfolgen sollte, hing von sich verändernden europäischen, deutschen und regionalen Konstellationen ab. Wie einer der führenden Köpfe der Verschwörung, der Medizinstudent Georg David Hardegg aussagte: „Wir wollten die Revolution in republikanischer Richtung durch keine Verschwörung machen, sie aber auch nicht rein dem Zufall überlassen“³. Damit wollte er den Vorwurf eines reinen Aktionismus von sich weisen. Von daher ist dem Begriff „Verschwörung“ in der vorliegenden Studie eine tiefer gehende Bedeutung beizumessen, als der eines reinen Putschismus. Die Verschwörer gingen auch davon aus, dass ein revolutionärer Funke in Württemberg oder andernorts im deutschen Südwesten nur dann Feuer greifen könnte, wenn mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung, mit dem Beistand aus den Reihen der Armee und schließlich mit Unterstützung vom Ausland zu rechnen war. Die Verschwörer waren sich uneinig, ob eine agitatorische Aufbereitung unter der einfachen Bevölkerung vorausgehen müsste oder ein Schüren der Leidenschaften nach einer revolutionären Initialzündung ausreichte.

³ StaL E 319 Bü 6.

B. Forschungsüberblick

Die vorliegende Studie versucht die württembergische Militär- und Zivilverschwörung neu zu interpretieren und sie der Vergessenheit zu entreißen⁴. Die allgemeine Geschichtsschreibung nahm von ihr in den meisten Fällen bislang kaum Notiz. Wurde sie erwähnt, geschah dies in der Regel als Randbemerkung und in abwertender Form. Es war vornehmlich die ältere Landesgeschichtsschreibung, die sich, wenn auch unter negativen Vorzeichen, mit der Verschwörung auseinandersetzte. Nur durch diese fand die Verschwörung immerhin Eingang in einige ausführliche Aufsätze. Diese verzeichneten die Verschwörung allerdings als eine regional verengte und skurril anmutende Anekdote. Die Autoren kamen oft über den unterhaltsamen und erzählerischen Ansatz nicht hinaus. Ihre Arbeiten entbehrten der analytischen Betrachtung, übersahen den gesamteuropäischen Kontext der Verschwörung und vermieden deren Einordnung in epochenspezifische Strömungen. Die Grundposition dieser Forschungen war oft von einem monarchistischen, obrigkeitstreuen Landespatritismus geprägt und mit nationalistischen, antiwestlichen Ressentiments gepaart⁵. Revolutionäre Attitüden wurden positivistisch als gesetzeswidrig und landesverräterisch dargestellt. Die Beurteilung war auch stark moralisch geprägt und auf die persönliche Beleidigung des landesväterlichen Königs verkürzt und damit politisch sowie sozial unkritisch.

Die Darstellung der Verschwörung in der älteren Landesgeschichtsschreibung zeichnete sich auch durch einen partikularstaatlichen Eigendünkel aus. Die eigenen Tugenden wurden an den vermeintlich defizitären Charakterzügen der Anderen gemessen, was einer provinziellen Abschottung und zufriedenen Selbstgenügsamkeit gegenüber fremden Einflüssen – auch ideologischer Art – Vorschub leistete⁶. So wurden die Verschwörer unterschwellig als verirrt, von fremdem – westlichem – „Ungeist“ besessene und von außen gesteuerte Quasi-Agenten betrachtet. In dieser antiwestlichen und demokratiefeindlichen Haltung berührten sich diese landesgeschichtlichen Abhandlungen mit einer nationaldeutschen und preußenfreundlichen Ausrichtung der regionalen Historiografie, die im Schatten der späteren Reichsgründung stand.

Eine weitere Gattung der traditionellen Landesgeschichtsschreibung, in der allerdings die Verschwörung kaum auftauchte, zeichnete sich durch Stolz und Selbstlob auf die eigene, vermeintlich demokratische Vergangenheit aus. In ihr dienten die Ehrbarkeit und das „gute alte Recht“ als angebliche Eckpfeiler einer bürgerlichen, „demokratischen“ Tradition.

⁴ Zu diesem Thema liegt zusätzlich eine Reihe von Aufsätzen des Verfassers vor; vgl. hierzu das Quellen- und Literaturverzeichnis.

⁵ Über „die fast blinde Verehrung des regierenden Hauptes in breiten Schichten der Bevölkerung“ in Württemberg siehe BAUSINGER, Zur politischen Kultur, S. 31.

⁶ Die zeitgenössische Kritik Heines an der schwäbischen Dichterschule war ein frühzeitiger Hinweis auf diese Geisteshaltung; vgl. BAUSINGER, Zur politischen Kultur, S. 15.

Trotz Kritik an dieser retrospektiven Inanspruchnahme einer demokratischen Tradition gedieh in Württemberg eine politische Kultur des institutionalisierten politischen Dissenses und Konsenses. Sie entstammte dem Konflikt von „Herrschaft“ und „Landschaft“, der in den frühliberalen Dualismus von Staat und Gesellschaft überleitete. Dieser Dualismus fand Eingang in den deutschen Konstitutionalismus schlechthin, war jedoch kein notwendiger Wegbereiter einer parlamentarischen Demokratie. Denkbar ist jedoch, dass diese Struktur des politischen Dissenses auch einer radikalen Auflehnung in Form der hier vorliegenden Verschwörung Vorschub leistete.

Dieser Reklamierung demokratischer Vorformen im frühen Württemberg trat eine neuere sozialkritische Landesgeschichtsschreibung entgegen. Sie geht zum großen Teil auf Otto Borst zurück. Sie erblickt auch die Verschwörung in einem neuen und positiven Licht⁷. Borst widerspricht der „unausrottbaren Legende des ‚rein demokratischen Gepräges‘ des altwürttembergischen Landtags“⁸. Die aus einer altbürgerlich-ständischen Vergangenheit herrührenden Privilegien („Freiheiten“) der Ehrbarkeit, die im Tübinger Vertrag verankert waren, schränkten die Macht des Landesfürsten ein, entsprachen aber in keinsten Weise dem modernen Freiheitsbegriff, noch nahmen sie den modernen liberalen Parlamentarismus vorweg. Die Ehrbarkeit stellte sich bald als verstockt und konservativ heraus, jeder Modernisierung abhold, an ihre alten Machtsymbolen, die sie wie Monstranzen vor sich hertrug, festklammernd⁹. Von einer Urform einer Demokratie im Sinne einer staatsbürgerlichen, repräsentativen Demokratie kann ebenso wenig die Rede sein. Eine ähnliche Kritik äußert auch H. Bausinger. Er spricht von einer württembergischen „Tradition, in der sich Liberalität kaum einmal radikaler demokratisch verstand“¹⁰. Bausinger zählt zu einem neueren, kritischen, kulturanthropologischen Strang der Landesgeschichte, der von Tübingen ausging.

Die Unterschiede zwischen der traditionellen Regionalgeschichtsschreibung und der neueren erläutert folgendes Zitat: „Aufgabe der wissenschaftlichen Landesgeschichte ist es deswegen immer wieder, den regionalen Stoff unter allgemeiner Problemstellung vergleichend zu erforschen und darzustellen. Wo dies nicht geschieht, läuft Landesgeschichte tatsächlich Gefahr, eng und engstirnig betrieben zu werden“¹¹. Einer solchen Art Geschichtsschreibung wird zu Recht vorgehalten: „Landes- und Territorialgeschichte wurde so oft als provinziell, engstirnig, partikularistisch-dynastisch empfunden“¹². Nicht viel behutsamer lautet die Kritik des DDR-Historikers H. Scheel gegen die Historiker dieser Ausrichtung: „[I]n stockkonservativen Heimatblättern, landesgeschichtlichen Zeitschriften, auch selbstständigen Publikationen,

⁷ Siehe hierzu S. 11 f.

⁸ BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 137.

⁹ BRANDT, Der lange Weg, S. 76.

¹⁰ BAUSINGER, Zur politischen Kultur, S. 30.

¹¹ FRIED, Einführung, S. 8 (Hervorhebungen im Originaltext).

¹² Ebd., S. 4.

dann jedoch besonders tief in dynastische Servilität, bornierte Fremdenfeindlichkeit und heimatliche Idylle getaucht, breiteten sie massenhaft Details aus¹³.

Im Sinne dieser neueren Ausrichtung der Landesgeschichte versucht die vorliegende Arbeit die Verschwörung in einen breiten historischen Kontext einzubeziehen. Durch einen historischen Rückblick, den Blick auf diachrone historische Abläufe und das Aufzeigen synchroner Entwicklungen in Europa sollen Gedankengebäude und handlungsleitende Entwürfe der Verschwörer in größere Zusammenhänge eingefügt werden. Somit soll die Verschwörung nicht nur ihrer lokalhistorischen Isolierung entrissen werden; sie soll auch, statt als Faszinationsobjekt einer im erzählerischen Stil dargebotenen Kuriosität zu erscheinen, in ihrem historischen Bezug analysiert werden. Im Einklang mit der modernen Regionalgeschichtsschreibung ist hier der Ansatz frei von regionalpatriotischer oder phänomenorientierter Sichtweise, sondern problemorientiert¹⁴. Die in der folgenden Fallstudie aufgezeichneten Begebenheiten sind „miniaturhafte Widerspiegelungen bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse und Situationen, nicht deren Totalität und auch nicht – im umgekehrten Sinne – außerhalb dieser Totalität existent“¹⁵.

Zur Verschwörung gibt es einige ältere Aufsätze. Der erste Aufsatz stammt von Th. Schön, königlicher Bibliothekar in Stuttgart¹⁶. Der zweite Aufsatz stammt von A. Bertsch¹⁷. Beide erschienen zur Zeit des Kaiserreichs, als in Württemberg noch die Monarchie bestand. Schön veröffentlichte seinen Artikel in einem konservativen Blatt, dem *Diözesanarchiv für Schwaben*; Bertsch seinen Artikel in einem offiziellen Amtsblatt. Nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen zwei weitere Aufsätze von H. Gaese¹⁸. Alle Aufsätze beschränken sich auf eine enge, lokal begrenzte Sichtweise. Die Darstellungen sind rein narrativ-anekdotenhaft. In den zwei ersten Aufsätzen ist die württembergisch dynastiefreundliche Haltung vorherrschend. Der Ton ist polemisch antirevolutionär und moralistisch. Schön beruft sich auf Eindrücke und Gerüchte aus Hofkreisen und auf amtliche Veröffentlichungen. Den Artikel Schöns würdigt das *Diözesanarchiv* als Beitrag zum „Verständnis“ „der damaligen vielen wirren Köpfe“, die zwischen den „Freiheitskriegen“ und 1848/49 zum Vorschein gekommen seien¹⁹. Die Verschwörung war nach Schön „der Plan eines Wahnsinnigen, von a bis z auf Lügen eingestellt“²⁰. Wenn der Verfasser gründlicher in die Quellen hineingeschaut hätte, wäre er auf die ganz andere Einschätzung des Gerichts gestoßen, was das Gefahrenpotenzial der Verschwörung und deren Ausmaß anbelangt. Er und Bertsch heben den moralischen Zeigefinger gegen die Verfehlungen Koseritz’, einer der führenden Köpfe der Ver-

¹³ SCHEEL, Deutsche Jakobiner, S. 25.

¹⁴ KASCHUBA/LIPP, 1848, S. 11.

¹⁵ Ebd., S. 55.

¹⁶ SCHÖN, Zur Koseritzschen Verschwörung, S. 17–24, 33–41.

¹⁷ BERTSCH, Württembergs Anteil, S. 129–140, 154–157.

¹⁸ GAESE, Affäre Koseritz, S. 68–83.

¹⁹ SCHÖN, Zur Koseritzschen Verschwörung, S. 17.

²⁰ Ebd., S. 32.

schwörung. Die ganze Verschwörung wird auf den Egoismus und den grenzenlosen Ehrgeiz Koseritz' – als „Mephisto“ betitelt – reduziert²¹. Ihm wird vorgeworfen, Gelder, die er für die Rekrutierung der Unteroffiziere erhalten hatte, in die eigene Tasche gesteckt zu haben, was niemals nachgewiesen wurde²². Es wird ihm auch seine „Untreue“ gegenüber dem barmherzigen und fürsorglichen König angelastet²³. In diesem Punkt stimmt Schön mit Gaese überein²⁴.

Die Artikel Gaeses beruhen erstmals auf archivischen Untersuchungsprotokollen, aber nehmen nur Bezug auf einen begrenzten Teil dieser äußerst voluminösen Unterlagen. Außerdem richtet sich Gaeses Augenmerk nur auf Ludwigsburg. Von der objektiven Beschränkung, die der Umfang eines Aufsatzes gebietet, abgesehen, entbehrt auch diese Abhandlung eines analytischen und umfassenden Ansatzes. Im Unterschied zu Schön und Bertsch ist der Ton Gaeses frei von schriller antidemokratischer und antirevolutionärer Polemik, jedoch von positivistischer Faktenaufzählung gekennzeichnet, die einer unterhaltsamen Erzählung zusteht. Auch Gaese stochert am Charakter Koseritz' herum, dem viele negative Eigenschaften und Taten zugeschrieben werden. Die Verschwörung sei „[...] das Spiel einer krankhaften Phantasie“²⁵ gewesen. Gaese schaut zwar über den württembergischen Tellerrand hinaus. Er erblickt sogar – zu Recht – eine Ähnlichkeit zwischen den frühkommunistischen Ansichten Hardeggs und Büchners. Er räumt auch ein, dass Revolutionen oft glücken, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt und ernst genommen werden und wenn sie einmal über eine Anfangsschwelle hinaus sind – wie ein Feuer, das zu lodern beginnt und Wirbelwinde erzeugt, die es fortragen. Er schwankt zwischen ironischer Belustigung und ernster Mine bei der Einschätzung der Verschwörung. Ernst wird ihm die Sache erst mit der Verletzung des soldatischen Treuebruchs gegenüber dem König. Von den staatsstreichähnlichen Dekreten des Königs und des Deutschen Bundes gegen die Verfassung seit dem Sommer 1831 findet sich hingegen bei Gaese kein Wort. Mit der Verabsolutierung des Treueids gegenüber dem Herrscher wurde auch jeglicher rechtmäßiger Widerstand gegen die Obrigkeit im positivistischen Rechtsverständnis unzulässig.

Statt die in dieser Übergangsepoche entstehenden Konflikte im politischen, sozioökonomischen und kulturellen Bereich als konstitutives Element der sich quer durch Europa ziehenden Lagerbildung von Beharrungs- und Bewegungskräften zur Kenntnis zu nehmen, statt synchrone Entwicklungen in Westeuropa im Gegensatz zu Osteuropa, in deren Spannungsfeld auch Württemberg geriet, zu analysieren, statt diachrone Entwicklungen in Deutschland seit der Jahrhundertwende, die auf das historische und politische Bewusstsein der Protagonisten einwirkten, zu beleuchten, in deren Kontext der demokratische Republikanismus

²¹ Ebd., S. 37 f.; BERTSCH, Württembergs Anteil, S. 154, 157.

²² SCHÖN, Zur Koseritzschen Verschwörung, S. 23.

²³ Ebd., S. 34; BERTSCH, Württembergs Anteil, S. 154, 156 f.

²⁴ GAESE, Affäre Koseritz, S. 80.

²⁵ Ebd., S. 48.

in Süddeutschland entstand, wird die Verschwörung von allen drei Autoren als Idiosynkrasie einer Handvoll Bösewichte, Narren und fremdgesteuerter Landesverräter dargestellt.

Ein weiterer landesgeschichtlicher Aufsatz, der zur württembergischen Verschwörung Stellung nimmt, stammt von H. Roos. Er beschäftigt sich mit dem Anteil der Polen an den revolutionären und konspirativen Tätigkeiten in Europa generell und insbesondere in Württemberg. Sein Fokus auf den polnischen Untergrund verleitet ihn zu dem Schluss, die Drahtzieher hinter der württembergischen Verschwörung seien die radikale polnische Exilführung in Frankreich und die Pariser von Buonarroti geleitete *Charbonnerie Universelle* gewesen²⁶. Die engen Kontakte der Württemberger zu den radikalen Polen und Franzosen werden auch in der vorliegenden Studie eindeutig bestätigt, dennoch war die Verschwörung in Württemberg beheimatet und nicht von außen gesteuert. Roos, der den dynastiefreundlichen Landeshistorikern zuzurechnen ist, die nach dem Ersten Weltkrieg der Monarchie nachtrauerten, räumt immerhin den Verschwörern lautere Motive ein.²⁷ Er geht so weit, die zukünftige Entwicklung Württembergs als im Sinne der demokratischen Ziele der Verschwörer zu interpretieren und führt dabei aus: „Der Wert eines echten politischen ‚Juste- milieu‘, eines Königtums über republikanische Institutionen, wie es damals schon in Württemberg in glücklicher Weise praktiziert wurde, konnte [von den Verschwörern] noch nicht in gebührender Weise geschätzt werden“²⁸. Die Schilderung der politischen und verfassungsmäßigen Umstände in Württemberg in den 1830er Jahren durch Roos ist euphemistisch. Diese unterschieden sich wesentlich vom französischen „Juste Milieu“. Roos trägt auch der Eindämmung der konstitutionellen Entwicklung im deutschen Südwesten durch den Bundestag und dessen Mitgliedsstaaten seit 1831 kaum Rechnung. Was die Einschätzung der Erfolgchancen der Verschwörung anbelangt, teilt Roos die Kritik von links, die Verschwörer hätten der Reaktion Vorwand zu Repressionen geboten. Er bezichtigt die Verschwörer sogar, Russland eine Rechtfertigung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Württembergs geliefert zu haben²⁹. Angesichts der Bundesinterventionen seit den Karlsbader Beschlüssen, gefolgt von den Beschlüssen vom Juni und Juli 1832, bedurfte es jedoch nicht erst der Einmischung Russlands, um die verwundbare Unabhängigkeit Württembergs, wie aller konstitutionellen Staaten in Deutschland unter Beweis zu stellen.

Zu erwähnen sei auch, dass die Verschwörung als Stoff für eine Novelle diene, die jedoch keinen wissenschaftlichen Kriterien entspricht, noch diese zu erfüllen beansprucht³⁰.

²⁶ Roos, *Tübinger Romantik*, S.33–45. Die *Charbonnerie Universelle* ist erst Ende 1833 gegründet worden, was schon rein zeitlich einen solchen Konnex in Frage stellte. Es gab aber, wie zu zeigen sein wird, eine Verbindung zur *Charbonnerie Réformée* Buonarrotis.

²⁷ Ebd., S. 54.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ NEUBRONNER, *Der Fall Koseritz*.

Zu den ältesten Buchautoren monarchistischer und partikularistisch gesinnter Landesgeschichte, die die Verschwörung der Erwähnung wert finden, zählt M. Biffart. Er führt viele Fakten an und übernimmt die offizielle Darstellung der Verschwörung. „Der ganze Plan sieht aus, als ob er vom Gehirn eines Wahnsinnigen entstanden wäre“³¹. Jahrzehnte später verliert E. Schneider, ebenfalls zu dieser Gruppe von Historikern zuzurechnen, nur wenige Worte über die Verschwörung mit dem Argument, es handle sich um „Torheiten einiger Leute“³². In J. Haerings Dissertation über den Einfluss der Julirevolution auf Württemberg wird die Verschwörung nur beiläufig mit der Begründung, sie sei „höchst unbedeutend“ gewesen, erwähnt³³.

Ein Werk der landesgeschichtlichen Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg, das sich mit der Verschwörung auseinandersetzt, ist P. Sauer's Studie über die württembergische Armee³⁴. Nach einer kurzen und sachlichen Übersicht stellt er fest, dass die Verschwörung zum Gegenstand des größten Militärprozesses in Württemberg zwischen 1815 und 1848 wurde³⁵. Er beleuchtet einige wichtige Punkte. So merkt er zurecht an, dass der Warschauer Aufstand von 1830 den Württembergern als Modell gedient hatte und dass der Plan, polnische Offiziere an die Spitze der revolutionären Truppen im Schwarzwald zu stellen, 1848/49 praktiziert wurde³⁶. Mit seiner Bewertung der Verschwörung, die er auf ein „Hirngespinnst eines Phantasten“³⁷ verkürzt, schließt er sich allerdings älteren Urteilen der Landesgeschichtsschreibung an. Die republikanisch-demokratische Grundhaltung der Verschwörer, die voll im Einklang mit den Zeitströmungen im Westen war, findet keine Erwähnung. Dahingegen übernimmt Sauer die Argumente der damaligen Behörden zur Verurteilung der Verschwörung. Dabei bedient er sich eines anachronistisch anmutenden, obrigkeitstaatlichen Militärjargons: „Tatsächlich war die Manneszucht [sic!] im württembergischen Heer um diese Zeit so fest gefügt, dass die Soldaten nach Aufdeckung der Verschwörung die Belasteten selbst aus ihren Reihen stießen“³⁸. Manneszucht und Kadavergehorsam waren selbst für die Liberalen und Demokraten des Vormärz anstößig. Nach deren Vorstellungen sollte die Armee ein Volksheer sein, welches aus freien Bürgern in Uniform bestand. In den damaligen stehenden Heeren, diente, so schrieb es Rotteck schon 1816, „die Soldaten als die natürlichen Feinde der Volksfreiheit, als die schrecklichste Stütze des Despotismus“³⁹. Die Soldaten galten den Liberalen und Demokraten des Vormärz

³¹ BIFFART, Veste Hohenasperg, S. 133.

³² SCHNEIDER, Württembergische Geschichte, S. 504.

³³ HAERING, Württemberg, S. 288.

³⁴ SAUER, Das württembergische Heer, S. 68–71.

³⁵ Ebd., S. 70.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd., S. 71.

³⁸ Ebd.

³⁹ ROTTECK, Nationalmiliz, S. 100.

als „das Proletariat der stehenden Heere“⁴⁰, die zu Unterdrückung ihrer Brüder und Schwestern gezwungen wurden. Eine positivistische Rechtsauslegung des Treueids dürfte für einen heutigen Demokraten bei der Beurteilung des vormärzlichen Konstitutionalismus, dem vom Deutschen Bund noch etliche Ketten angelegt worden sind, bedenklich sein. Auch K. J. Grauer übernimmt in seiner Publikation Ende der 1950er Jahre die traditionelle Sichtweise. Er bezeichnet die der Verschwörung beschuldigten Republikaner als „irregeleitete Demagogen“ und „zivile Desperados“, deren übelstes Vergehen in dem Bruch des Treueschwurs gegenüber dem König bestand⁴¹.

Aus der Tradition einer zum Teil provinziell anmutenden Landesgeschichte, die den damaligen Demokraten und ihren Ideen nicht gerecht wurde, brach O. Borst aus. Er setzt sich für die Revision des historischen Eigenbildes Württembergs im Vormärz ein, weg vom Bild eines treulich-biedermeierlichen Bauernlandes, das in seinem Monarchen den „König der Landwirte“ sah und verehrte⁴². Er widersetzt sich der Legende von Württemberg als dem ruhigen, friedfertigen und königstreuen Land, als dem Eiland der prästabilierten Harmonie⁴³: „Wer hinter die Kulissen hätte sehen können, wäre auf packenweis gebündelte Polizeiberichte gestoßen, auf ‚aktenmäßige Darstellung‘ statt gehabter ‚hochverrätherischer und sonstiger revolutionärer Umtriebe‘ – das war die politische Wirklichkeit“⁴⁴. Gestützt auf einen anonym verfassten Artikel über Württemberg im „Staats-Lexikon“ aus dem Jahre 1843, der vernichtende Kritik über das Königreich äußert, meint auch Borst: „Württemberg ist keine Insel der Seligen“⁴⁵. Zu Recht konstatiert Borst, dass die Akten über den württembergischen Vormärz längst nicht geschlossen sind. „In Württemberg hat die Koseritzsche Verschwörung doch mehr als nur eine lokale, stationäre Offiziersfronde aufgedeckt. Ein braver Königsstaat, dessen Identität sich im Bild des Monarchen widerspiegelt – davon kann im Lande Lists nicht die Rede sein“⁴⁶. „Die Liberalisierung und Demokratisierung, das große und dennoch zensierte und kontrollierte Geschäft der Zeit, wird von Männern besorgt, die sich natürlicherweise in einem Raum von Illegalität bewegen mussten, wobei Baden und Württemberg [...] die Vorreiterrolle spielten“⁴⁷. Neben seinem demokratischen und sozialkritischen Ansatz gliedert Borst die Vormärzereignisse in Württemberg in europäische und deutsche Gesamtprozesse ein, anstatt sich gemäß der

⁴⁰ Der Begriff stammt von W. Schulz, dem radikalen Vormärz-Publizisten und großherzoglich-hessischen Reserveoffizier. GRAB, Georg Büchner und die Revolution, S. 75.

⁴¹ GRAUER, Wilhelm I., S. 193.

⁴² BORST, Epoche, S. 12.

⁴³ Ebd., S. 14.

⁴⁴ Ebd., S. 18.

⁴⁵ Ebd., S. 24.

⁴⁶ Ebd., S. 41.

⁴⁷ Ebd.

traditionellen Neigung der Landesgeschichte in Abkapselung zu üben. Dabei räumt er der Verschwörung ein entsprechendes Gewicht ein⁴⁸.

Wichtige Beiträge zu einer neueren kritischen Landesgeschichte, die die Verschwörung ins Zentrum der demokratischen Radikalisierung in Württemberg in den frühen 1830er Jahren stellen, leisteten auch W. Kaschuba und C. Lipp⁴⁹, die wie Bausinger der kulturalanthropologischen Tübinger Schule angehören. Sie konstatieren ebenfalls, dass genauere Untersuchungen über diese Bewegung gefehlt haben⁵⁰. Sie stellen heraus, dass 1848 die Möglichkeit eines Umschwenkens der Armee auf die Seite der Republikaner die Regierung in Angst versetzt hatte. Sie bemerken, dass der Präzedenzfall der württembergischen Verschwörung 1848 nachgewirkt hatte. Dabei wird zu Recht die zentrale Bedeutung der Armee für den Ausgang einer Revolution betont⁵¹. Aus einer kritisch-demokratischen Perspektive heraus beleuchtet auch H. Brandstätter die Verschwörung. Er versucht die „vor allem bis heute kolportierte Behauptung [zu widerlegen], dass es sich bei diesem Versuch einer Revolution lediglich um ein paar Phantasten gehandelt hätte“⁵².

Im Geist dieser neuen demokratischen Ausrichtung der Landesgeschichte zeichnete J. Baur ein unvoreingenommenes Profil Hardeggs. Die Verschwörung wird in einem sachlichen Ton gestreift und kontextgebunden gewürdigt⁵³. Um eine sachgerechte und demokratische Sichtweise bemühte sich auch die Darstellung der Verschwörung in der Wikipedia⁵⁴.

Eine neuere, äußerst gründliche Studie von M. Hettling zur politischen und gesellschaftlichen Geschichte Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat einen stark strukturalistischen Ansatz. Obwohl die Verschwörung in ihr keine Rolle spielt, ist ihr Grundgedanke hier erwähnenswert. Sie versucht nachzuweisen, dass Württemberg von dessen Struktur her auch ohne Revolution auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie war. Die „Revolution von oben“ wird positiv bewertet. Die bürokratisch-obrigkeitsstaatlichen Züge der Revolution von oben, die im Konstitutionalismus verankert waren, die Machtkonstellation im Deutschen Bund, die der beginnenden Liberalisierung der süddeutschen Staaten nach 1830 einen Riegel vorgeschoben hat, werden allerdings nicht berücksichtigt. Dafür wird die kommunale Selbstverwaltung als württembergisches Pendant zur amerikanischen Tradition gesellschaftlicher Selbstverwaltung vielleicht ein wenig überbewertet⁵⁵. Der Verfasser begibt sich so in die Nähe der Historiker, die

⁴⁸ Siehe hierzu in Borsts Sammelband: ARNSBERG, Der frühdemokratisch-revolutionäre Gegenzug, S. 65–86.

⁴⁹ Kaschuba/Lipp, 1848.

⁵⁰ Ebd., S. 143.

⁵¹ Ebd., S. 215 f.

⁵² BRANDSTÄTTER, Asperg, S. 76.

⁵³ BAUR, Ein Revolutionär, S. 69–94.

⁵⁴ „Franckh-Koseritz'sche Verschwörung“. <http://de.wikipedia.org/wiki/Franckh-Koseritz'scheVerschwörung>. Aufrufdatum: 14. 8. 2014.

⁵⁵ HETTLING, Reform, z. B. S. 15, 44 ff. Exemplarisch für die Grundhaltung des Verfassers ist vielleicht die Charakterisierung des Jubiläumfestes anlässlich der 25-jährigen Herrschaft

einer idealistischen Verzeichnung Württembergs – genauer gesagt der württembergischen Staatsstrukturen – als Hort der Demokratie das Wort redeten.

Fand die Verschwörung begrenzten Eingang in die traditionelle Landesgeschichtsschreibung, – wenn auch in verzerrter und abwertender Form – so überging die regionalgeschichtliche Variante der nationaldeutschen und „borussischen“ Historiografie diese fast ganz. Aus deren teleologischer, auf Preußen ausgerichteter Geschichtsperspektive ist Preußen die historische Aufgabe zuteil geworden, Deutschland zu einigen und von dessen Gebrechen zu erlösen. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten sollten des Segens des „preußischen Stils“ teilhaftig werden. Im Banne der Revolution von oben, die als preußisch-deutsche Eigenart glorifiziert wurde, schied die Option einer politischen, gesellschaftlichen und nationalen Revolution von unten aus. Obwohl ein Großteil der traditionellen Lokalhistorie partikularistisch und dynastiefreundlich war, entwickelte sich ein Genre einer preußenfreundlichen und national gesinnten Landesgeschichte. Nach der Reichsgründung erwies sich der regionale Patriotismus oft als komplementär und nicht dem deutsch-preußischen Nationalismus entgegengesetzt. Diese im „Bann der nationalen und kleindeutschen Geschichtsschreibung“⁵⁶ stehende Historiografie ging vollständig in der borussischen Geschichtsdarstellung auf. Sie übernahm deren Verurteilung revolutionärer, demokratischer und westlich orientierter Regungen in Deutschland als „wesensfremd“ und außengesteuert.

Zeitzeuge der württembergischen Verschwörung und nationalistischer Altburshenschaftler dürfte Wolfgang Menzel, „Wahlschwabe“, aus Schlesien eingewandter „Literaturpapst“ und berüchtigter „Franzosenfresser“, gewesen sein. Menzel bezieht sich nur auf den Frankfurter Wachensturm, dessen Teilnehmer er mit den „verräterischen“ Illuminaten vergleicht, die er bezichtigt, Mainz den Franzosen preisgegeben zu haben⁵⁷. Ungefähr hundert Jahre später stach E. Hölzle, der Schüler G. von Belows, als ausgesprochener Anhänger dieser historiografischen Schule hervor. Als Bewunderer des „preußischen Stils“, der ultimativen Form deutscher Tugend, wirkte dieser Historiker auch dem nationalsozialistischen Geist der Historikerkunft nach 1933 entsprechend. Den deutschen Mittel- und Kleinstaaten hält er ihre Erziehung zu „Zucht und Ordnung“ zugute, womit sie der deutschen Einigung „von oben“ vorgearbeitet hatten⁵⁸. O. Glück übergeht aus guten Gründen die Verschwörung in seiner Dissertation über den württember-

Wilhelms I. als Harmoniebeweis württembergischer Ordnung, ebd., S. 11–14. Zur Entblößung dieser Feierlichkeiten als staatliche Inszenierung, die innere Konflikte verdeckte siehe BORST, Epoche, S. 22–24.

⁵⁶ FRIED, Probleme, S. 3f.

⁵⁷ MENZEL, Nationalstaat und Kosmopolitismus 8, S. 150.

⁵⁸ „Es ist vom Standpunkt der deutschen Entwicklung aus eines der Hauptverdienste der Einzelstaaten, daß sie zu Zucht und Ordnung innerhalb des politischen Gemeinwesens erzogen.“ HÖLZLE, Württemberg im Zeitalter Napoleons, S. 150; vgl. auch folgende Publikationen HÖLZLES, Zur revolutionären Bewegung, S. 99–101; Das alte Recht; Der deutsche Zollverein, S. 131–145.

gischen Liberalismus, die noch vor Hitlers Machtantritt entstand, denn derartige Ideen wurden als „zersetzender französischer Liberalismus“ abgekanzelt. Diesem gegenüber lobt er den „germanischen Liberalismus“. Dieser würde sich durch Königstreue und untertäniger Mäßigung auszeichnen⁵⁹. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sich solcherart Gedanken fort. So konstatiert E. Schoch, dass Württemberg in den 1830er Jahren immun gegenüber dem „von Frankreich grassierenden Revolutionsbazillus“⁶⁰ war.

Der pfälzische Regionalhistoriker A. Becker erblickt in der deutschen Einigung von Preußens Gnaden im Jahre 1870/71 nicht mehr und nicht weniger als die Erfüllung der Bestrebungen des Hambacher Festes. Den Frankfurter Wachensturm hingegen bezeichnet er als lächerliche Abweichung von den Zielen der Hambacher⁶¹. Ein anderer pfälzischer Regionalhistoriker gleicher Richtung, A. Sahrman, erwähnt in einem Beitrag zum Hambacher Fest die württembergische Verschwörung mit nur einem Satz⁶². Den Frankfurter Wachensturm kanzelt er mit einem Satz als „kindisch“ ab⁶³.

Aus der Sicht dieser Geschichtsschreibung war die republikanisch-demokratische Regung der 1830er Jahre im Umfeld des Hambacher Festes generell eine süddeutsche Abweichung vom vorbestimmten, auf Preußen zugeschnittenen, Nationalkonzept. Sie wird als „undeutsch“, von Frankreich ferngesteuert, also als „welsch“ bezeichnet. Zur Verteufelung der Republikaner gesellt sich zusätzlich zu deren Verhöhnung die Verdrängung ins geschichtliche Abseits. Während das Hambacher Fest von der allgemeinen deutschen Geschichtsschreibung borussischer Provenienz thematisiert wird, findet der Frankfurter Wachensturm nur eine kurze Erwähnung. Die württembergische Verschwörung geht hier fast ganz unter.

Im Bereich der allgemeinen deutschen Geschichtsschreibung schenkt der zeitgenössische Brockhaus der Verschwörung eine beachtliche Aufmerksamkeit⁶⁴. Die Schilderung stützt sich auf die amtlichen Verlautbarungen und übernimmt größtenteils deren Beurteilung. Trotz der negativen Grundstimmung und der antirepublikanischen Haltung ist sie größtenteils sachlich und im Rahmen eines Aufsatzes detailliert. Dem Artikel ist ein bestimmter analytischer Ansatz und eine zuweilen differenzierte Wiedergabe der Verhaltensweisen und Ansichten der Akteure auch nicht abzusprechen. So erkennt der Verfasser die vorsichtige Haltung Koseritz' an, der vor einem übereilten Putschismus zurückschreckte.

Gerade in der allgemeinen deutschen Geschichtsschreibung der borussischen Schule, nämlich bei Treitschke, fand die Verschwörung eine große Beachtung⁶⁵. Die

⁵⁹ GLÜCK, Beiträge zur Geschichte, S. 14–16.

⁶⁰ SCHOCH, Soziale Bewegungen, S. 246.

⁶¹ BECKER, Hambach und Pirmasens, S. 65.

⁶² SAHRMANN, Beiträge zur Geschichte, S. 94.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ „Koseritz“, in: Conversations-Lexikon der Gegenwart 3, S. 120–129.

⁶⁵ Vgl. hierzu folgende Beschreibung in BOCK, Ludwig Börne, S. 315: „Jene großbürgerlichen Historiker, die unter Bismarck mit dem preußischen Obrigkeitsstaat ihren Frieden schlos-

demokratischen Kräfte in Deutschland, die von der Autoemanzipation des Volkes ausgingen und sich nicht vom Obrigkeitsstaat ihre Freiheit schenken lassen wollten, passten nicht ins Bild eines Deutschen, wie er von dieser Geschichtsschule vorgezeichnet worden ist. Treitschke meint, die revolutionäre Tätigkeit nach dem Hambacher Fest, darunter der Frankfurter Wachensturm und die württembergische Verschwörung, seien dem Deutschen fremd. Er führt sie auf ein internationales Komplott, das von außerhalb Deutschlands gelenkt worden ist, zurück⁶⁶. „Der rechtschaffene Gradsinn der Deutschen konnte sich mit diesem unterirdischen Treiben nicht befreunden [...] so beschränkte sich der Kreis der Verschworenen auf eine Handvoll Demagogen des gemeinen Schlags“⁶⁷. Er, der preußisch orientierte, deutschnationale Historiker übernimmt von seinem ideologischen Erzgegner Metternich die Auffassung eines internationalen, von Paris aus gesteuerten revolutionären Komplotts. Ein Auswuchs dessen soll auch die Verschwörung in Württemberg gewesen sein. Treitschkes abfällige Meinung über die Verschwörer erklingt im folgenden Satz: „Da war in Ludwigsburg ein radikaler Leutnant Koseritz, der durch Geld und glatte Worte einige Unteroffiziere gewonnen hatte; mithilfe dieser Leute dachte er die Garnison aufzuwiegeln und dann vielleicht den König Wilhelm selbst zum Freiheitskampf fortzureißen. Der Stuttgarter Buchhändler Franckh erzählte ihm Wunderdinge von einer Pariser geheimen Gesellschaft“⁶⁸. Treitschke deutet zu Recht an, dass Koseritz glaubte, im Falle eines Gelingens des Aufstandes den König umzustimmen. Er merkt immerhin an, dass Koseritz von einem frühzeitigen Losschlagen abriet, sich also als vorsichtig erwies und kein blindwütiger Draufgänger war⁶⁹.

Ähnliche Urteile über den Frankfurter Wachensturm, wobei die württembergische Verschwörung als dessen Bestandteil betrachtet wird, finden sich in älteren Abhandlungen der allgemeinen deutschen Geschichtsschreibung. Als Autoren und Quellen wären K. H. Hermes⁷⁰ und Th. Flathe⁷¹ zu nennen. Hermes meint erstaun-

sen, haben die ganze Geschichte der letzten Jahrhunderte wie ein Spalierbäumchen zurechtgestutzt, um den einzigen Satz zu belegen, dass Preußen in Deutschland und Deutschland in Preußen aufgegangen seien [...D]ie Aufgliederung der antifeudalen Front in Liberale und Demokraten [haben sie] um so bedachtsamer außerhalb ihrer näheren Betrachtung gelassen, als sie vor allem eine süddeutsche Erscheinung war.“ Zur Geringschätzung des südwestdeutschen Liberalismus und des demokratischen Republikanismus in der traditionellen hegemonialen staatshörigen Geschichtsschreibung in Deutschland; vgl. TRAUTZ, Das Hambacher Fest, S. 50 ff.

⁶⁶ TREITSCHKE, Deutsche Geschichte 4, S. 292.

⁶⁷ Ebd., S. 291 f. (Hervorhebung Gad Arnsberg).

⁶⁸ Ebd., S. 292.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ HERMES, Geschichte der neuesten Zeit 4, S. 56–64. Der Autor hat eine politische Kehrtwende von einem Liberalen zu einem konservativen Autokraten 1843 vollzogen; vgl.

KELCHNER, E., in: ADB 12 (1880), S. 199–201 sowie HAACKE, W., in: NDB 8 (1969), S. 672 f.

⁷¹ FLATHE, Zeitalter der Restauration, S. 295. Oncken der Herausgeber der Serie, in der Flatthes Schrift erschien, war auch ein nationalliberaler Politiker. Der Grundton war von nationalem Pathos geprägt.

licherweise – im Gegensatz zu seiner abwertenden Grundhaltung – der Aufstandsversuch in Frankfurt sei der „erste planmäßig vorbereitete Versuch zum gewaltsamen Umsturze der ganzen bestehenden Ordnung in Deutschland“ gewesen⁷².

Eine zeitgenössische Schilderung von Dr. Johannes Mährlen, der ursprünglich selbst zum weiteren Umkreis der Verschwörung gehörte, gibt die offiziellen Veröffentlichungen der Verschwörung wider, einschließlich der in der *Schwäbischen Kronik* bekannt gegebenen Urteilssprüche im Militärstrafverfahren⁷³. Eine detaillierte Schilderung des Frankfurter Wachensturms mit der württembergischen Verschwörung als Verzweigung findet sich bei J.R. Mucke. Auch dies ist eine reine Wiedergabe der amtlichen Veröffentlichungen⁷⁴.

Auf liberaler Seite bestand ebenfalls Kritik nicht nur am Konzept einer Revolution nach Plan bei den Frankfurtern und bei den Württembergern, die sich aus der unter den Liberalen vorherrschenden Abneigung gegen Revolutionen speiste⁷⁵. Im liberalen und demokratischen Lager war schon eine zeitgenössische Kritik hörbar, der Wachensturm, teils auch die württembergische Verschwörung, seien nicht nur undurchdacht, sondern sie hätten den Behörden den Vorwand für Repressionen geliefert⁷⁶. Zum besonderen Genre dieser Kritik in der landesgeschichtlichen Literatur Württembergs zählt die von Johannes Scherr, der 1848 als Demokrat in den Stuttgarter Landtag zog. Er nimmt 1840 Anstoß am Charakter Koseritz', wie auch die königsfreundlichen Landeshistoriker: „Ein lüderlicher Offizier, war das Werkzeug zur Verführung einiger Soldaten und Zivilisten, welche er hernach verriet“⁷⁷. Merkwürdigerweise verliert er kein Wort über die demokratische Grundhaltung seiner geistigen Vorväter, bemängelt aber ihren revolutionären Ansatz: „Ihr Aufstandsplan hatte auch nicht die geringste Chance des Gelingens“⁷⁸. Seine Kritik

⁷² HERMES, Geschichte, S. 64.

⁷³ MÄHRLÉN, Die Geschichte unserer Tage, S. 245 ff. Der Verfasser zitiert Reaktionen der ausländischen Presse auf den Frankfurter Wachensturm. Es scheint, als würde er sich hinter den öffentlichen Berichten verstecken, um keine kompromittierenden Informationen aus seiner eigenen Verwicklung preisgeben zu müssen.

⁷⁴ MUCKE, Die politischen Bewegungen 1, S. 180, 183–197.

⁷⁵ Vgl. hierzu auch SCHWEMER, Geschichte der Freien Stadt Frankfurt a.M., S. 559–569; DERS., Restauration und Revolution, S. 64. Der Schweizer Historiker STERN, Geschichte Europas, S. 325 macht den Frankfurtern und den Württembergern gemeinsam diesen Vorwurf. Ähnlich verhalten sich – allerdings nur unter Bezug auf Frankfurt – der nach Amerika emigrierte Schüler Meineckes HOLBORN, Deutsche Geschichte, S. 252; LAMPRECHT, Deutsche Geschichte, S. 396 f.; vgl. auch BÜHLER, Deutsche Geschichte, S. 230. Er erwähnt die württembergische Verschwörung mit einem Satz, und meint, sie sei aufgebauscht worden.

⁷⁶ SCHULZ/WELCKER, Geheime Inquisition, S. 106 ff.; Schulz beruft sich auf Ludwig Weidig, Schlüsselfigur des radikalen Lagers im Großherzogtum Hessen und späterer Mitsstreiter von Georg Büchner, der mit den Frankfurtern und Württembergern in engem Kontakt stand. Er interpretiert dessen zaudernde Haltung zum geplanten Aufstand in Frankfurt mit dessen grundsätzlicher Skepsis gegenüber geplanten Insurrektionen, deren Rückhalt in der Bevölkerung ungewiss sei. SCHULZ, Der Tod des Pfarrers, S. 60. Eine ähnliche Skepsis hatte auch Heine. HEINE, Über den Denunzianten, in: DERS., Sämtliche Werke (Windfuhr) 11, S. 157 f.

⁷⁷ SCHERR, Württemberg, S. 29.

⁷⁸ Ebd.

richtete sich gegen jedweden revolutionären Aktionismus, der den Behörden Anlass zu Repressionen hätte liefern können.

Weiter links, wie bei Büchner, richtete sich die Kritik, gestützt auf materialistischen Argumenten, gegen jeden revolutionären Voluntarismus⁷⁹. Später entfaltete sich die Kritik am Putschismus vonseiten der Junghegelianer⁸⁰ und der marxistischen Sozialisten⁸¹. Schließlich gab es welche, die meinten, der Frankfurter Wachensturm sei eine beabsichtigte Provokation der Geheimen Polizei gewesen⁸². Ein Beitrag aus marxistischer Sicht zum Hambacher Fest von W. Herzberg lehnt den Frankfurter Wachensturm als putschistische Abweichung vom revolutionären Weg ab, den Wirth und Siebenpfeiffer begehen wollten⁸³. Der Frankfurter Wachensturm wird nur kurz erwähnt und als „schmähliche[s] Fiasko“ verurteilt⁸⁴. Auf die württembergische Verschwörung geht er nicht ein, zumal sein Blick auf Hambach und die bayerische Pfalz gerichtet ist.

Auch in der bundesrepublikanischen Forschung hält die Tendenz an, den Frankfurter Wachensturm und mehr noch die württembergische Verschwörung – falls überhaupt – als Randnotiz der Geschichte zu behandeln. Es herrscht Kritik an dem operativen Ansatz vor, der pauschal als putschistisch abgetan wird. Eine Würdigung der Positionen dieser demokratischen Pioniere – auch wenn sie sich in operativer Hinsicht letztlich als amateurhaft erwiesen hatten – fehlt⁸⁵.

C. Förster behauptet in ihrer ausführlichen Studie über den PVV, der Frankfurter Wachensturm sei losgelöst von dem PVV zu betrachten. Sie vertritt die Ansicht, der Frankfurter Aufstand ginge auf eine unbedeutende Zahl von Studenten zurück,

⁷⁹ BÜCHNER, Werke, S.250. Solche Positionen gab es auch unter den württembergischen Revolutionären; vgl. auch ARNSBERG, Der dornige Pfad, S.84–109.

⁸⁰ BAUER, Geschichte der constitutionellen Bestrebungen, S.107–111. A. Ruge behauptet, vielleicht zu Recht, dass über das Schicksal Deutschlands in Wien und in Berlin entschieden werden würde und nicht in Hambach oder Hanau. Diese realpolitische Einsicht zeichnete den Geisteswandel in Deutschland nach 1848/49 aus. RUGE, Aus früherer Zeit, S.377.

⁸¹ DAVID, Der Hessische Landbote, S.11. Der Verfasser beruft sich auf Büchners materialistische Ablehnung des Putschismus. Marx und Engels argumentierten gegen die Geheimbünde, sie würden versuchen „dem revolutionären Entwicklungsprozeß vorzugreifen, ihn künstlich zur Krise zu treiben, eine Revolution aus dem Stegreif, ohne die Bedingungen einer Revolution, zu machen. Die einzige Bedingung einer Revolution ist für sie die hinreichende Organisation ihrer Verschwörung.“ MARX/ENGELS, Rezensionen aus der NRZ. Politisch ökonomische Revue, Heft 4 (1850), in: MEW 7, S.273; vgl. HELMERT, Gewaltsame Erhebungen, S.677.

⁸² ILSE, Geschichte der politischen Untersuchungen; vgl. SCHNEIDER, Press- und Vaterlandsverein, S.162f.

⁸³ HERZBERG, Das Hambacher Fest, S.137.

⁸⁴ Ebd., S.240. Aus dogmatischer, marxistischer Sicht war die Revolution „naturbedingt“ durch den dialektischen Materialismus.

⁸⁵ Unter anderem folgende Gesamtdarstellungen: NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S.372; GEBHARDT, Handbuch der Deutschen Geschichte, S.123; BUSSMANN, Vom Hl. Römischen Reich, S.476; WILLMS, Nationalismus ohne Nation, S.127; HERZFELD, Die Moderne Welt, S.117; BERGERON/FURET/KOSELLECK, Zeitalter, S.276f.; WINKLER, Der lange Weg nach Westen, S.83.

fern der Realität und ohne Massenbasis. Die Querverbindungen zwischen Frankfurt und Württemberg werden unterschätzt⁸⁶.

Dieser breiten Front aus Negierung, Kritik, Diffamierung und Verspottung der frühen, wenn auch unbeholfenen revolutionären Demokraten, stellten sich andersdenkende, meist demokratische und sozialistische Publizisten und Historiker entgegen. Karl Hagen, ebenfalls Mitglied der linken Fraktion „Donnersberg“ in der Nationalversammlung von 1848 und Erforscher der deutschen Geschichte, war der Erste, der sich mit neuen und wichtigen Aspekten der Loslösung der Radikalen vom liberalen Lager in den 1830er Jahren beschäftigt hatte⁸⁷. Hagen gehörte zwar auch zu den Demokraten von 1848, die dem Putschismus abgeneigt waren, jedoch nicht überheblich über ihre Vorgänger herfielen. Er bringt Verständnis für den eng bemessenen Handlungsspielraum der Revolutionäre der 1830er Jahre auf, in dem eine breite öffentliche kritische Meinungsbildung unterdrückt wurde, eine sozio-ökonomische Grundlage für eine Revolution noch nicht so ausgereift war wie 1848 und die polizeiliche Kontrolle jede oppositionelle Regung verfolgte, was das Untertauchen in geheime Verbindungen erforderlich machte. Hagen war auch der erste Forscher, der die Unterschiede zwischen den Ansätzen der württembergischen Revolutionäre und derjenigen in Frankfurt herausgestellt hat. Er lobt als erster ausdrücklich die Position Koseritz' stellvertretend für die meisten württembergischen Verschwörer. Koseritz, so Hagen, befürwortete zwar eine proaktive revolutionäre Initiative, vor allem durch militärische Truppen, wollte jedoch, soweit es geht, der Unterstützung des Volkes sicher sein. Er widersetzte sich einem unüberlegten Vorpreschen⁸⁸. Gustav Kombst, selbst frühdemokratischer Revolutionär, der in die Schweiz geflüchtet war, tritt der Behauptung entgegen, der Wachensturm sei aussichtslos gewesen. Hätten die eingeweihten und erwarteten Bauernkolonnen im Frankfurter Umland die Stadt erreicht, bevor die Revolte niedergemacht und die Stadttore geschlossen wurden, wäre der Schneeball ins Rollen gekommen. Zumindest kurzfristig hätten die süddeutschen Revolutionäre, zu denen die Württemberger gestoßen wären, einen Erfolg erringen können⁸⁹. Andere demokratische Historiker nehmen positiven Bezug auf den Frankfurter Wachensturm, übergehen aber die württembergische Verschwörung. So meint E. Burckhardt, die Chancen für den Erfolg des Frankfurter Wachensturms hingen am seidenen Faden⁹⁰. Wäre der Frankfurter Aufstandsversuch geglückt, wären die geschlagenen und geschmä-

⁸⁶ FÖRSTER, Press- und Vaterlandsverein, S. 55 f., 180. Die Verfasserin behauptet zu Unrecht, dass eine Verbindung zwischen den Frankfurtern und den Württembergern zuerst in dem Schreiben Gärths an Koseritz – „Lieber Koseritz! Wort gehalten!“ – zum Ausdruck käme; ebd., S. 53 f. Wie sich im Verlauf der Arbeit herausstellen wird, bestanden Indizien für Kontakte schon vorher. Eine ähnliche Einschätzung befindet sich bei STRICKER, Das Frankfurter Attentat, S. 62–76.

⁸⁷ HAGEN, Geschichte der neuesten Zeit 2, S. 437.

⁸⁸ Ebd., S. 446.

⁸⁹ KOMBST, Erinnerungen, S. 141.

⁹⁰ BURCKHARDT, Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit, S. 514.

ten Insurgenten als Helden eines anderen Deutschland gefeiert worden – *Vae victis!*⁹¹ W. Zimmermann zählt zu den frühen demokratischen deutschen Historikern von 1848, die ihre Vorgänger zu schätzen wussten. Er gehörte der radikalen Linken in der Paulskirche an. Er war ebenfalls der Ansicht, dass der Aufstandversuch mit mehr Glück durchaus zu einem Anfangserfolg hätte führen können. Letztlich sei jedoch ein Gelingen ausgeblieben, da die Massenbasis vor allem einer städtischen proletaroiden Schicht fehlte⁹². G. H. Schneider stützt sich in seiner wichtigen Monografie auf Kombst, der die Ziele der Revolutionäre hochhält und sie von operativen Unzulänglichkeiten zu trennen weiß. Er würdigt auch ihren persönlichen Mut und weist den Herrschern die Schuld für die Not zu, die die Akteure zu ihrer Tat bewogen hätte⁹³. Für ihn ist der Wachensturm Endstadium der Entwicklung des PVVs. Die württembergische Verschwörung gilt für ihn als Verzweigung des Frankfurter Unternehmens. Hierin unterscheidet sich seine Position von der C. Försters. Er übergeht allerdings die eigenen Wurzeln der württembergischen Verschwörung. Schneider, der seine Dissertation 1897 geschrieben hatte, ist bezeichnenderweise frei von der damaligen Polemik gegen die süddeutschen republikanisch-demokratischen Regungen der 1830er Jahre. Er war der Erste, der sich um die Geschichte des Frankfurter Wachensturms ausführlich kümmerte⁹⁴. An besonderer Stelle ist die Forschung des demokratischen Historikers Veit Valentin zu erwähnen. Valentin, der bezeichnenderweise von der Historikerzunft ausgeschlossen blieb, würdigt die Bedeutung der württembergischen Verschwörung, ob ihres mutmaßlichen Ausmaßes und ihrer pionierhaften Zielsetzungen. Valentin sieht Oberleutnant Koseritz als eingefleischten demokratischen Republikaner, der eine revolutionäre Einigung Deutschlands anstrebte⁹⁵. Die bisher geschmähte Verschwörung und der verleumdete Koseritz werden plötzlich in einem anderen Licht dargestellt⁹⁶. In der bundesrepublikanischen Forschung heben K. Baumann⁹⁷ und T. M. Mayer⁹⁸ die Chancen einer Schneeballwirkung durch den Frankfurter Wachensturm hervor. Der amerikanische Historiker W. Langer gehört unter den zeitgenössischen Historikern ebenfalls zu denen, die wie Burckhardt meinen, die Erfolgchancen in Frankfurt seien so schlecht nicht gewesen⁹⁹.

In der späteren marxistischen Historiografie vollzog sich eine Neueinschätzung des revolutionären Ansatzes der Demokraten der 1830er Jahre. Dies bezieht sich in

⁹¹ Ebd.

⁹² ZIMMERMANN, *Deutsche Geschichte*, S. 197 f.

⁹³ KOMBST, *Erinnerungen*, S. 139; SCHNEIDER, *Press- und Vaterlandsverein*, S. 164.

⁹⁴ Ebd., S. 161–164.

⁹⁵ VALENTIN, *Das Hambacher Nationalfest*, S. 72.

⁹⁶ Siehe auch VALENTIN, *The German People*, S. 392. Hier wird auch der Frankfurter Wachensturm gewürdigt, in dessen Zusammenhang auch die württembergische Verschwörung betrachtet wird.

⁹⁷ *Hambacher Gespräche*, S. 105–109.

⁹⁸ GOERISCH/ MAYER, *Untersuchungsberichte*, S. 21 f.

⁹⁹ LANGER, *Political and Social Upheaval*, S. 111.

erster Linie auf den Aufstandsversuch vom 3. April 1833. K. Obermann sieht hier den „ersten Schritt zur revolutionären Umgestaltung Deutschlands in eine föderative Republik“¹⁰⁰. Auch er hält an der marxistischen These fest, dass geheime Verbindungen keine Revolution auslösen können, aber er enthält sich einer ironischen Polemik¹⁰¹. H. Bock, der viel über frühe demokratische Bestrebungen in den 1830er Jahren geforscht hat, hält zwar an der marxistischen Abneigung zum „Revoluzzertum“ fest, zollt aber diesem doch große Anerkennung: „Dieses kleinbürgerlich-demokratische Revoluzzertum, das sich mit einer theoretischen Begeisterung für die republikanische Staatsformen paarte, war freilich verdienstvoller als die Kompromißhaltung des liberalen Bürgertums“¹⁰². Mehr noch! Er gesteht ihnen zu, dass sie trotz ihrer revolutionären Unreife, Pioniere und Visionäre gewesen zu sein: „Sie konnten die späteren Revolutionen nur andeuten, ohne selbst schon Revolution zu sein“¹⁰³. Der tschechische Historiker M. Hroch rückt in seinem aufschlussreichen Aufsatz über den Frankfurter Wachensturm von dem üblichen Fingerzeig auf die begrenzte Zahl der Aufständischen ab und lenkt die Aufmerksamkeit auf die einflussreichen und finanzkräftigen Hintermänner der Aktion, die ihr einen wesentlich ernsteren Anstrich zu geben vermochten als bis dahin dargestellt¹⁰⁴. Hroch skizziert den Schneeballeffekt, der den Aufständischen vorschwebte, und der durchaus denkbar war. Er hebt hervor, wie schwierig es unter den damaligen Umständen war, auf Massen einzuwirken, was Aktionen in kleinen Kreisen und im Untergrund erforderte.

C. Forschungsansatz

Es handelt sich bei der vorliegenden Arbeit um eine historische Fallstudie. Ein historischer Mikrokosmos, wie er sich in dieser auftut, verhilft auf dem Wege der Induktion, Licht auf allgemeine Vorgänge im politischen, sozialen und geistesgeschichtlichen Bereich in Württemberg, im deutschen Südwesten, im Deutschen Bunde und in Europa im Zeitfenster der 1830er Jahre zu werfen. Gleichzeitig aber tragen allgemeine Prozesse in Deutschland und in Europa, neben den württembergischen Verhältnissen, zum Verständnis und zur Deutung dieser Verschwörung bei.

Die Verschwörung nahm ihren Ausgang in Württemberg und erstreckte sich recht bald über die Landesgrenzen hinaus. Nicht nur die operative Bandbreite, sondern auch Denkfiguren und handlungsleitende Entwürfe zeugen von weiträumigeren Dimensionen der Verschwörung. Zu ihrer Bestimmung gehörte aber nicht nur die Einbeziehung in einen größeren räumlichen Rahmen, sondern auch in ver-

¹⁰⁰ BARTMUSS, Deutsche Geschichte, S. 180.

¹⁰¹ OBERMANN, Deutschland, S. 104.

¹⁰² BOCK, Ludwig Börne, S. 327.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ HROCH, Der soziale Charakter, S. 149–169.

schiedene „historische Sedimente“. Die geografische Bandbreite, wie sie aus dem Beziehungsgeflecht, den handlungsleitenden Impulsen und dem Vorstellungshorizont der Verschwörung hervorgeht, betraf das synchrone Zeitgeschehen in Europa im Anschluss an die Julirevolution. Aber sie betraf auch zurückliegende und nachwirkende „Erfahrungsräume“, die wiederum über Württemberg und Deutschland weit hinausgingen und die auf die Wertvorstellungen und Leitideen, das Aktionsmuster, die politische Semantik und die Zukunftsvisionen der Verschwörung deutlich einwirkten. Als geschichtliche Erfahrungsgrößen von besonderer Nachhaltigkeit für die Bewertung der Verschwörung erwiesen sich das neuzeitliche Phänomen der Revolution und in dessen Folge die neuen Erscheinungsformen von modernen Massendemokratien sowie die Erscheinung der Massenarmut.

Das revolutionäre und republikanisch-demokratische Selbstverständnis der Akteure baute auf den vorausgehenden und nachwirkenden Epochen und „Zeitschichtenerfahrungen“ der Aufklärung und der Französischen Revolution, der napoleonischen Ära, des Widerstandes gegen Napoleon, des romantischen Nationalismus, der Restauration, der Reaktion, der Repression, des internationalen Radikalismus der 1820er Jahre bis hin zur Julirevolution auf. Diese historischen Sedimente gehörten zum Geschichtsbild und zur Vorstellungswelt der Verschwörer.

Durch die Rückkoppelung der Julirevolution an die Französische Revolution, erwies sich schließlich die Idee der Revolution als siegreich und als permanent. Die Julirevolution, vielmehr als die Revolutionen in den europäischen Randstaaten in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts, machte klar, dass die Amerikanische und Französische Revolution keine Einzelercheinungen waren, sondern der Beginn einer revolutionären Ära. Darin lag unter anderem die Signifikanz der Julirevolution, die im Schatten ihrer dramatischen Vorgängerin stand. Hierin liegt die Begründung für den im Vorspann dieser Studie geschlagenen historischen Bogen. Die Revolution als möglicher periodischer historischer Entwicklungsschub setzte sich nach den Juliereignissen stärker als bis dato im kollektiven Bewusstsein der Zeitgenossen fest. Ihre Wirkungsmacht ist auch ein Schlüssel zur Deutung der württembergischen Verschwörung. Die Revolution diente in den Augen ihrer Befürworter als eine notwendige, gewalttätige und zeitlich gedrängte Korrektur fehlerhafter und „säumiger“ geschichtlicher Entwicklung. Die gesamte Periode seit Ende des 18. Jahrhunderts zeichnete sich ausdrücklich als eine Ära des Widerstreits zwei entgegengesetzter politischer Lager ab: der „Partei“, der „Bewegung“, des schnellen Wandels, des Fortschritts und der Revolution gegenüber den Kräften der geschichtlichen Beharrung und Eingrenzung der Revolution, der Restauration.

D. These

Die Grundannahme der Verschwörer war, dass die Rahmenbedingungen, wie sie sich für sie darstellten, keine friedliche Entwicklung zu einer freiheitlichen und auf Gleichberechtigung beruhenden Staats- und Gesellschaftsordnung in Württem-

berg, im deutschen Südwesten und im Deutschen Bund ermöglichten. Nur die radikale, sprich revolutionäre Gegenwehr und die Errichtung einer demokratischen Republik verblieb in ihren Augen als Antwort. In ihr erblickten sie die beste Gewähr gegen monarchisch-bürokratischen Autoritarismus sowie gegen aristokratische oder bourgeoise Vorherrschaft. Damit war die allgemeine Fragestellung gekoppelt, inwiefern ein friedliches Übergleiten von Zwangsherrschaften in Demokratien möglich sei, ohne radikalen Umbruch etwa in Form einer Revolution oder einer entscheidenden Kriegsniederlage. Die für spätere Historiker interessante Frage, ob die Grundstrukturen in Württemberg eine schrittweise Umwandlung in eine Demokratie in fernerer Zukunft ermöglicht hätten, tut nichts zur Sache. Die revolutionären Akteure, deren Vorstellungshorizont den zeitgemäßen Umbrüchen in Europa und Amerika entlehnt war, konnten nicht durch hypothetische und fernliegende demokratische Zukunftsvisionen vertröstet werden. Sie fühlten sich durch die Maßnahmen der eigenen Regierung und des Deutschen Bundes in eine anachronistisch anmutende Zwangslage zurückversetzt, die die Kluft zum Westen, dem sie sich nahe fühlten, maßlos vertiefte.

E. Argumente, Interpretation und Erkenntnis

Folgende Argumente und Leitgedanken stecken den Interpretationsrahmen, aber auch den Erkenntnisertrag der Studie ab:

1. Die Idee der modernen Revolution als einschneidender, bewusster und gewaltvoller Umsturz des herrschenden Macht systems durch „die Nation“ und als abrupte geschichtliche Zäsur wurde der deutschen gebildeten Öffentlichkeit zuerst am Beispiel Amerikas vorgeführt. Sie blieb vorerst ein Gegenstand der abstrakten Diskussion, der Sympathien erweckte ohne konkrete politische Folgen. Die Französische Revolution war zu Beginn ebenfalls nur Gegenstand der geistigen Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Intelligenz. Auch sie genoss dort vorerst Zuneigung, entfiel aber in der Regel als gangbare politische Option vor Ort. Für Deutschland wurde als Gegenstück zur Revolution die Tradition des reformerischen „aufgeklärten Absolutismus“ reklamiert. Durch die Ausuferung der Französischen Revolution schlug die Haltung dieser Intelligenz von einem distanzier ten Wohlwollen ins Negative um. Nicht nur die Revolution, sondern auch die mit ihr einhergehende Demokratie wurden dadurch diskreditiert. Eine Ausnahme bildeten die „deutschen Jakobiner“, die die Revolution auch in ihrer radikalisierten Phase guthießen und diese zum Teil auch für Deutschland herbeiwünschten.

Mit dem Vorrücken französischer Truppen auf deutsches Gebiet manifestierte sich die Revolution auch konkret. Auf dem linken Rheinufer entfaltete sich 1792–1793 und 1795–1797 dank französischer Militärpräsenz eine revolutionäre Bewegung. Auf dem rechten Rheinufer bewirkte erst Napoleons Siegeszug eine staatlich verordnete und staatlich gezügelte „Revolution von oben“.

Napoleon, der „General der Revolution“, war in Frankreich ihr Bändiger. Er vermochte die Ideen von 1789 obrigkeitstaatlich zu zähmen und in dieser eingeschränkten Form über die Grenzen Frankreichs zu exportieren. Dabei zerstörte er über Jahrhunderte festgewachsene Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen, aber auch alte Loyalitäten und „lebensweltliche Verhältnisse“¹⁰⁵. Mit Hilfe von verbündeten Landesfürsten, die ihre staatliche Souveränität ausbauen wollten, beseitigte er die Verfassung des Alten Reiches und dezimierte die territoriale, politische, rechtliche und wirtschaftliche Vielfaltigkeit des ehemaligen Reichsgebiets tiefgreifend. Aus den vielen, unterschiedlich strukturierten Reichsständen gingen wenige, meist zentralistische, großflächige, einheitliche und starke Verwaltungsstaaten hervor. Aus den Trümmern des „Alten“ entstanden auch die Grundlagen für eine moderne bürgerliche Gesellschaft. Der Umsturz der Verhältnisse war gewaltig. Der Bruch mit den alten Selbstverständlichkeiten offensichtlich. Gewohnheitsrecht und angestammte Privilegien wurden grundlegend erschüttert. Die alte Ordnung war nicht mehr sakrosankt und die radikale Veränderbarkeit von angestammten Strukturen wirkte auf das Bewusstsein der Zeitgenossen ein. Revolution als gangbare geschichtliche Alternative wurde wenn auch „von oben“ eingeführt und legitimiert.

Die spätere Wirkung der Französischen Revolution in napoleonischer Gestalt in Deutschland zeugte von einem fundamentalen inneren Widerspruch. Im Konflikt zwischen bürokratischem Etatismus und Emanzipation der Gesellschaft obsiegte der Erste. Die „Revolution von oben“, beziehungsweise die „konservative“¹⁰⁶ oder „defensive“¹⁰⁷ Modernisierung entbehrte der demokratischen Komponente. Die leidvolle Tradition der von oben gesteuerten Modernisierung, die ohne jede demokratische Antriebskraft durch mündige Bürger von unten erfolgte und daher nicht auf Volkssouveränität beruhte, hinterließ ihre tiefen Spuren in der deutschen Geschichte. Wie sich seit 1819 gezeigt hatte, konnte der Reformkurs des neuen zentralistischen Verwaltungsstaates auch in eine konservative, sodann reaktionäre Politik umschlagen. Auch die dem aufgeklärten Absolutismus entstammende und vom Liberalismus in Deutschland übernommene Grundhaltung der Trennung von Staat und Gesellschaft überließ dem Staat die machtpolitische Entscheidungssphäre.

Der Reformeifer von Landesfürsten und aufgeklärten Bürokraten verflog, wie erwähnt, allmählich mit dem Abgang Napoleons und kehrte sich seit 1819 in eine vom Deutschen Bund durch Österreich und Preußen betriebene politische Repression und gesellschaftliche Reaktion um. Die durch die „Revolution von oben“ ausgelösten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse hielten jedoch an, wodurch sich die Schere zwischen Staat und Gesellschaft, von Tocqueville als *Pays legal* (staatlich-rechtliche Verfassung) und *Pays réel* (reale gesellschaftliche Verfassung) bezeichnete Sphären, bedrohlich ausweitete.

¹⁰⁵ BRANDT, Der lange Weg, S. 17.

¹⁰⁶ MOORE, Soziale Ursprünge, S. 503 ff.

¹⁰⁷ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S. 345 ff.

1830 bot sich erstmals die historische Möglichkeit, durch eine „Revolution von unten“ diese Schere zu schließen. Es kam zu einem „Erwartungsstau“, der sich dann schlagartig entlud, oder wie es Metternich prägnant formulierte: zum „Dammbruch“¹⁰⁸. 1830 „antwortete eine politisch gewordene Gesellschaft auf die Staatsrevolution“¹⁰⁹ also auf die „Revolution von oben“. Die württembergischen Verschwörer fügten sich beispielhaft in dieses Paradigma ein.

2. Die Staaten übergreifende, gesamteuropäische Dimension der seit 1815 wieder erstarkten Reaktion belebte im Gegenzug, seit den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts internationale Kontakte und Völker verbindende Ideologeme unter europäischen Liberalen und Radikalen. Antithetisch zu der von „oben“ betriebenen traditionellen Kehrtwende der Restaurationsphase, die in den „historischen Rechten“ die maßgebende Legitimationsbasis für Staat und Gesellschaft erachtete, griff die oppositionelle Gegenbewegung auf die auf Vernunft beruhenden, immerwährenden und allgemein menschlichen „natürlichen Rechte“ zurück, die sie mit der romantischen nationalen Bewegung in Einklang zu bringen versuchte. Diese Bewegung deutete die „historischen Rechte“ im nationalen Sinne um. In Deutschland lösten diese Kräfte allmählich die nationalistische, fremdenfeindliche Oppositionsbewegung der ersten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts ab. Heine fasste die quer durch Europa verlaufenden ideologischen Lagerbildungen 1828 so zusammen: „[E]s gibt jetzt in Europa keine Nationen mehr, sondern nur Parteien“¹¹⁰. In den 1820er Jahren traten diese Kräfte in der vornehmlich den europäischen Mittelmeerraum und Lateinamerika mitreißenden Revolutionswelle in Erscheinung. In der Revolutionswelle der 1830er Jahre traten diese Kräfte zudem im europäischen Zentrum hervor. Wie der vorliegenden Studie zu entnehmen ist, stellten sich die Verschwörer im internationalen Ideenkrieg zwischen den liberal-demokratischen Bewegungskräften und den konservativen Beharrungskräften auf die Seite der Ersteren.

3. Im Jahre 1830 brach die einheitliche Front der fünf europäischen Großmächte seit dem Wiener Kongress, die „Pentarchie“, endgültig auseinander. Neben England, das sich schon 1820 von den bewaffneten Interventionen der Großmächte gegen die liberaldemokratischen Aufstände im Mittelmeerraum distanzierte, scherte nun auch Frankreich vom restaurativen Lager aus. Es entfaltete sich auf staatlicher Ebene ein liberales westeuropäisches Lager, das sich auf die Seite der belgischen Revolution und der Liberalen in den Bürgerkriegen auf der Iberischen Halbinsel stellte. In der westlichen Hemisphäre bildete sich mit der Monroe Doktrin von 1823 ein republikanisches Lager, das mit dem europäischen liberalen Block

¹⁰⁸ Vgl. HOLZAPFEL, Julirevolution, S. 32.

¹⁰⁹ BRANDT, Der lange Weg, S. 91.

¹¹⁰ HEINE, Reise von München nach Genua, in: DERS., Sämtliche Werke (Windfuhr) 7/I, S. 69.

eine bedingte Allianz einging. Der neue liberale *Cordon sanitaire* in Europa blockte die Einmischung der reaktionären östlichen Mächte in die volatilen Verhältnisse in Spanien und Portugal ab. Während die belgische Revolution mit der Rücken- deckung der westlichen Großmächte siegte, waren weiter östlich die aufständischen Italiener und Polen der reaktionären Macht Österreichs und Russlands – mit preußischer Rückendeckung ausgeliefert. Zwischen diesen beiden staatlichen Kraftfeldern befanden sich viele der Mittel- und Kleinstaaten des „Dritten Deutschlands“. Viele der neuen, Mut schöpfenden Liberalen und vor allem die Radikalen in diesen Staaten richteten ihre Blicke nach Westen. Die Erwartungshaltung württembergischer Radikaler, wie dieser Studie zu entnehmen ist, war zu Beginn von der Hoffnung erfüllt, die Julirevolution möge zur Neuauflage der Französischen Revolution werden, in deren Gefolge Frankreich Deutschland von der Vorherrschaft Preußens und Österreichs befreit. Die Radikalen waren dafür sogar gewillt, sich den französischen Truppen anzuschließen.

4. Das Jahr 1830 steht aber auch für die Trennung von demokratischen Republikanern und gemäßigten Liberalen, die bis dahin zur übernationalen oppositionellen „Bewegungspartei“ gehört haben. Die Enttäuschung über die halbherzige Haltung Frankreichs und Großbritanniens, die die belgische Revolution unterstützten, den Liberalen in den Bürgerkriegen Spaniens und Portugals den Rücken stärkten, aber die Polen und Italiener im Stich ließen sowie der immer deutlicher werdende plutokratische Klassencharakter der Julimonarchie, forcierte die Loslösung der Radikalen vom liberalen Lager in West- und Mitteleuropa. Die Liberalen, die bis 1830 mit den Radikalen gegen die restaurative Allianz eine gemeinsame Front bildeten, scherten jetzt von dieser aus und stellten in Frankreich und Belgien nun selbst die Regierung. Durch die sich anbahnende Industrielle Revolution erstarkte in diesen Ländern eine Bourgeoisie, die dem Liberalismus zunehmend einen großbürgerlichen Klassencharakter verlieh.

Jacob Burckhardt konstatiert demgemäß: „In Westeuropa fand in den 1830er Jahren die Ausbildung eines allgemeinen politischen Radikalismus, das heißt derjenigen Denkweise statt, welche alle Übel dem vorhandenen politischen Zustand und dessen Vertretern zuschrieb und durch Umreißen und Neubau vom Boden auf nach abstrakten Idealen das Heil schaffen wollte, jetzt schon unter Berufung auf Nordamerika“¹¹¹. In Deutschland erstrebten die radikalen Demokraten die liberale Trennung von Staat und Gesellschaft durch eine Volkssouveränität, in der Staat und Gesellschaft ineinander aufgehen, aufzuheben. Die Einhegung des Staates durch eine Verfassung reichte nicht aus angesichts des Machtmissbrauchs des fürstlichen Souveräns. Der liberalen, Reformen bejahenden Grundhaltung setzten die Demokraten die revolutionäre Alternative entgegen¹¹². Die württembergische Verschwörung ist Teil dieses neuen politischen Radikalismus.

¹¹¹ Vgl. BORST, Epoche, S. 10f.

¹¹² Zur Trennung von Demokraten und Liberalen siehe REINALTER, Einleitung, S. 18f.

5. Zum Interpretationsrahmen des Radikalismus der Periode sowie der württembergischen Verschwörung gehören die Grundzüge der „Generationseinheit“¹¹³. Sie war gekennzeichnet durch eine Akademikerschwemme. Diese Akademiker zählten zu einer neu heranwachsenden Generation, die die Französische Revolution und die napoleonische Ära nicht eigens erlebt hatte und von deren Schattenseiten nicht betroffen war. Hierzu zählten die Studenten, die an sich noch nicht beruflich eingebunden waren, sich aber um ihre berufliche Zukunft sorgten und Absolventen, die keine Arbeit als Beamte fanden und sich der Publizistik und vermehrt den freien Berufen zuwandten oder arbeitslos wurden. Die berufliche Problematik wurde durch die 1819 verhängten Berufsverbote für Studenten und Akademiker, die der „demagogischen Umtriebe“ bezichtigt wurden, verschärft. Unter ihnen befanden sich oft kritische Geister, die sich nicht politisch bevormunden lassen wollten und sozial gesehen einen Unruheherd bildeten. In der Publizistik versuchte diese Intelligenz der sich bildenden kritischen Öffentlichkeit als Wegweiser zu dienen. Eine literarisch gebildete und politisch interessierte Öffentlichkeit schuf ein ökonomisches Hinterland, das Teilen dieser Intelligenz den Absatz ihrer literarischen Produkte und dadurch eine halbwegs eigenständige Existenz ermöglichte. Diese Gruppe deutet auf das Entstehen einer neuen Gattung der Intelligenz hin, die des Intellektuellen. Sie zählte zur treibenden Kraft der Bewegungspartei, die von der unentwegten Eigengestaltung der Person und der Gesellschaft ausging und sich nicht an die Axiome einer hergebrachten Ordnung hielt. Ihre existenzielle Unsicherheit machte sie auch für die sozialen Belange verarmender Mittel- und armer Unterschichten empfänglich. Darin unterschieden sich die Radikalen der 1830er von der nationaldeutschen Bewegung von 1813. Letztere suchten die Obhut der alten Herrscher, während sich erstere gegen diese aufstemmt. Die Nationaldeutschen suchten die Vergangenheit zu verklären, die Radikalen aber sich von deren Ketten zu lösen, die Geschichte zu gestalten, statt von ihr eingebunden zu werden. Der Kern der Verschwörer zählte zu dieser neuen gärenden „überschüssigen“ Intelligenz.

Heine, bedeutendster deutscher Intellektueller des Vormärz, herausragender Repräsentant des kritischen Zeitgeistes einer neuen gebildeten Generation, „freischwebender Intellektueller“, der vom Ertrag seiner literarischen Arbeit zu leben versuchte, beantwortete die selbst gestellte Frage: „Was ist die große Aufgabe unserer Zeit?“ folgendermaßen: „Es ist die Emanzipation. Nicht bloß die der Irländer, Griechen, Frankfurter Juden, westindischen Schwarzen und dergleichen gedrückten Volkes, sondern es ist die Emanzipation der ganzen Welt, absonderlich Europas, das mündig geworden ist und sich jetzt losreißt von dem eisernen Gängelbande der Bevorrechteten, der Aristokratie“¹¹⁴. Emanzipation als Kampfbegriff bekam universalen Charakter, der im Gegensatz zum chauvinistischen Nationalis-

¹¹³ Zum Begriff „Generationseinheit“ als Interpretationsgröße in der Geschichte siehe MANNHEIM, Wissenssoziologie, S. 541–544.

¹¹⁴ HEINE, Reise von München nach Genua, in: DERS., Sämtliche Werke (Windfuhr) 7/I, S. 69.

mus vor allem der vorhergehenden Generation in Deutschland stand. Die Beschwörung der internationalen Solidarität und des gegenseitigen Beistandes der Völker entstand erst aus dieser Entwicklung.

Die württembergischen Verschwörer spiegelten diesen neuen Zeitgeist wider. Emanzipation, Revolution, Bewegung, Fortschritt, Demokratie, Republik und Radikalismus waren fast synonyme handlungsleitende Entwürfe des entschiedenen Gegenzugs zur Restauration, Repression, Ständeordnung, Beharrung, zum Autoritarismus, Legitimusismus und Konservatismus. Über den Transfer zeitgemäßer radikaler Ideen vermittelt vorliegende Studie Auskunft. Dazu gehörten auch persönliche Kontakte führender württembergischer Verschwörer während ihres Aufenthalts in Paris zu herausragenden Vertretern der deutschen Exilkolonie, darunter Heine und Börne¹¹⁵. Ebenfalls gehörten dazu aber vor allem die Kontakte zu den militanten und immer aktiver werdenden französischen Republikanern.

6. Im stickigen Dunst der Reaktion gewannen auf dem europäischen Kontinent die Französische Revolution und Napoleon erneut an Gunst. Sogar die jakobinische Hochphase der Revolution erlebte eine Rehabilitierung, die mit einer neuen Interpretation in der französischen Geschichtsschreibung seit Ende des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts einherging. Diese positive Resonanz findet sich auch bei den württembergischen Verschwörern wieder. Von enormer Bedeutung für die neue Wertschätzung, nicht nur der Französischen Revolution, sondern auch deren Republikanismus, war aber die Veröffentlichung von Filippo Buonarrotis *Conspiration pour l'Égalité dite de Babeuf* im Jahre 1828¹¹⁶. Buonarroti, Teilnehmer an der radikalen „Verschwörung der Gleichen“ gegen das Direktorium im Jahre 1796 symbolisierte persönlich die Anknüpfung an den revolutionären Republikanismus der Französischen Revolution. Er galt noch zu Lebzeiten als sagenumwobene Legende einer nun als heroisch empfundenen Vergangenheit. Diese Vergangenheit hob sich von der biedermeierlichen Zurückgezogenheit in die Privatsphäre ab, die in eine Phase bürgerlicher Entmündigung durch den Staat geführt hatte.

Modellcharakter für die Republikaner besaß vor allem die erste französische Republik, weniger die amerikanische, da Amerikas Entwicklung schwer auf den europäischen Kontinent übertragbar war. Die Amerikaner errichteten eine neue Gesellschaft in einem geografischen, politischen sowie sozialen Neuland. Sie brauchten von daher nicht gegen historisch festgefügte Strukturen anzukämpfen.

7. Buonarrotis Buch hatte aber eine zusätzliche Wirkung: Es führte zur Ausbreitung der kommunistischen Ideen Babeufs, die zum aufkommenden frühsozialistischen Diskurs der Restaurationsphase gehörten. Diese Zeit war in Deutschland

¹¹⁵ Die Tradition der vom Exil, vor allem vom Pariser Exil, agierenden deutschen Flüchtlinge pflanzte sich über das 19. Jahrhundert fort. Sie gehörte zur Geschichte der deutschen demokratischen und sozialistischen Bewegung.

¹¹⁶ BUONARROTI, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit.

gekennzeichnet vom Gegensatz zwischen „Arm und Reich“ als Übergangsphänomen von der traditionellen zur modernen industriekapitalistischen Ökonomie, während sich im Westen vor allem in Großbritannien bereits ein neuer Gegensatz von modernem Industrieproletariat und Kapital abzeichnete.

Wie der vorliegenden Studie auch zu entnehmen ist, übten verschiedene frühsozialistische Ideen Einfluss auf die Verschwörer aus. Zu diesem Ideentransfer gehörten nicht nur die einschlägige Literatur und der öffentliche Diskurs in Frankreich, der auf die Verschwörer einwirkte, die sich während dieser Zeit in Paris aufhielten, sondern auch der mutmaßliche persönliche Kontakt zu Buonarroti noch während seines Brüsseler Exils.

8. Buonarroti dürfte allem Anschein nach auch einen Einfluss auf die revolutionäre Haltung der Verschwörer ausgeübt haben. Er und die „Verschwörung der Gleichen“ standen nämlich auch für ein neues Revolutionsverständnis, das in der Restaurationsperiode aufkam. Wenn mit einem spontanen Aufstand des gedrückten Volkes nicht zu rechnen war, beziehungsweise die Gefahr bestand, dass ein volkstümlicher Aufstand versandete, so sollte eine revolutionäre Vorhut durch gezielte Aktionen die Revolution auslösen und lenken. Die Begründung für ein solches konspiratives Schema ergab sich aber auch aus den strengen Überwachungsmethoden und Verfolgungen der verschiedenen Geheimpolizeien in der Restaurationsära in Europa¹¹⁷. Dieses Konzept fand schon früh Eingang in die italienischen *Carbonari* und deren französische Schwesterorganisation der *Charbonnerie*, an denen Buonarroti, der gebürtige Italiener und Wahlfranzose, beteiligt war. Letztere Organisation versuchte mehrmals während der Restauration eine Revolution durch Initialzündungen auszulösen. Die Lehre von der durch einen Kern von Eingeweihten geplanten Revolution wurde in den dreißiger Jahren von Auguste Blanqui übernommen und in eine sozialistische Revolutionstheorie weiterentwickelt und mehrere Male im Laufe des 19. Jahrhunderts erprobt¹¹⁸. Zur Geltung kam das Konzept einer „geplanten Revolution“ mit dem geglückten spanischen *Pronunciamento* von 1820, das seine Nachahmung mit unterschiedlichem Erfolg dann in Portugal (1820), in Neapel und Piemont (1820/21), in Griechenland (1821), in Westrussland (1825) und in Polen (1830) fand.

In Ländern mit einem entwickelten, selbstbewussten bürgerlichen Mittelstand, wie in Frankreich und Belgien, glückten die spontanen Revolutionen, die ein starkes bürgerliches Rückgrat hatten und in denen der soziale Bogen der Revolution auch die subbürgerlichen Schichten umspannte, wohingegen die geplanten Revolutionen der *Charbonnerie* in Frankreich scheiterten. In den sozioökono-

¹¹⁷ „Es handelt sich also um jene Organisationsform, die zugleich eine Antwort auf die Institutionen und Methoden der Geheimpolizei darstellt“; BERGERON/FURET/KOSELLECK/Zeitalter, S.227.

¹¹⁸ Zu dieser Theorie gehörte auch die Bildung eines Kaderns von „Berufsrevolutionären“. Über Blanqui entwickelte sich dieses Revolutionskonzept weiter bis zur leninschen Revolutionslehre der Bolschewiken.

misch und politisch weniger entwickelten Ländern hatte die geplante Revolution mehr Chancen auf Erfolg. Zu einer spontanen, von den Massen getragenen und vom Mittelstand angeführten Revolution reichte es in Deutschland offensichtlich (noch) nicht. Konnte es dann zur planmäßigen Revolution, etwa nach spanischem Modell, reichen? Was der vorliegenden Studie zu entnehmen ist, ist die Konfliktlage der republikanischen Bewegung im deutschen Südwesten zwischen einer revolutionären Erwartungshaltung, die französischen und belgischen Verhältnissen entlehnt war und einer anderen, die dem spanischen *Pronunciamiento* oder dem polnischen Modell von 1830 entsprach. Da die Revolution in Deutschland nicht ausbrach, sollte ihr „nachgeholfen“ werden, so das alternative Revolutionsverständnis, das sich in den 1820er Jahren in Europa entfaltete und zur Deutung der württembergischen Verschwörung wichtig ist.

9. Zu diesem Revolutionsverständnis gehörte die Einbeziehung von Armeeeinheiten in die Umsturzpläne. Gelungene Revolutionen erforderten in der Regel starke, entschlossene und aufbegehrende Kräfte und sie setzten ein brüchiges Regime voraus. In dieser Kräftekonstellation kam der Haltung der Armee eine Schlüsselrolle zu. Schon in der besagten „Verschwörung der Gleichen“ wurde darauf besonderen Wert gelegt. Mehr noch: Im spanischen *Pronunciamiento* und den, diesem entlehnten Folgerevolutionen beziehungsweise Aufstandsversuchen in den 1820er und 1830er Jahren ging sogar die revolutionäre Initiative von Armeeeoffizieren aus. Gerade in weniger entwickelten Regionen Europas erwiesen sich die Armeen als Schrittmacher der Modernisierung und Liberalisierung aufgrund der Veränderung, die das Heerwesen durch die Französische Revolution und Napoleon erfahren hatte. In Spanien war die Armee Geburtshelferin der liberaldemokratischen Verfassung von 1812. Andererseits mangelte es gerade in solchen Regionen an einem entwickelten und selbstbewussten Bürgertum, das autoritären Monarchien und aristokratischen Reaktionsbewegungen die Stirn hätte bieten können und die breite Volksmasse hinter sich gehabt hätte. Gerade hier kam einer revolutionär gesinnten Armee oder genauer gesagt den revolutionär gesinnten Einheiten in der Armee, eine bedeutende Rolle zu. Auf dieser Grundlage fußt die Aussage des Anführers des militärischen Flügels der württembergischen Verschwörung, Oberleutnant Ernst Ludwig Koseritz, Absicht sei es „dem Volke unter die Arme zu greifen“¹¹⁹.

Wie stark das spanische Revolutionsmodell in Württemberg präsent war, zeigt sich in der politischen Sprachsymbolik. Nicht von ungefähr erhielt der militärische Kopf der württembergischen Verschwörung den Beinamen „würtembergischer Riego“¹²⁰. Brigademajor Rafael del Riego war der gefeierte spanische Offizier, der 1820 mit der Ausrufung der Revolution, gestützt auf die ihm treuen Militäreinheiten das Signal zum Aufstand gab, das zur Wiedereinführung der spanischen

¹¹⁹ HstaS E 301 Bü 24; ARNSBERG, dem Volke unter die Arme greifen, S. 154–176.

¹²⁰ StaL E 319 Bü 12.

Verfassung von 1812 führte¹²¹. Diese Verfassung, die auf dem demokratischen Prinzip der allgemeinen männlichen Wahl beruhte, war im Vergleich zu anderen damaligen Verfassungen die fortschrittlichste in Europa. Es gehörte zum liberalen und demokratischen Forderungskatalog, die „Fürstenheere“ in „Volksheere“ umzugestalten. Nur fanden sich in Deutschland wenige Offiziere, die sich dazu öffentlich bekannten und hierfür zu kämpfen bereit waren.

Doch besonders aufschlussreich für die erste Revolutionswelle der Restaurationsära war die Tatsache, dass auch durch Armeen errungene, erfolgreiche Revolutionen, nicht vor ausländischer Intervention gefeit waren. Es bedurfte einer internationalen revolutionären Gegenallianz, um den Restaurationskräften standzuhalten. Für die württembergischen Verschwörer ergab sich daher die Folgerung, dass eine Revolution in Deutschland den Schulterschluss mit Verbündeten von außen erforderte.

10. Der Ausbildung des republikanischen Erkenntnisprozesses in Europa dienten der Entwicklungsverlauf des französischen Restaurationsregimes und die Entstehung der Julimonarchie als Lehrstück. Wie der vorliegenden Studie zu entnehmen ist, diente auch den württembergischen Republikanern Frankreich als wichtige Vergleichsfolie und ideologische Messlatte. Der Grund hierfür lag unter anderem darin, dass die französische *Charte Constitutionnelle* von 1814 dem deutschen Frühkonstitutionalismus als Modell gedient hatte. Frankreich war somit zum Studienobjekt für die Unzulänglichkeiten dieses Konstitutionalismus geworden.

Die Julirevolution brach zum einen aus, weil die Bourbonenkönige seit 1820 die *Charte Constitutionnelle* absolutistisch umdeuteten, die Grundfreiheiten missachteten und die aristokratische Reaktion und den katholischen Klerikalismus förderten. Die ursprüngliche Forderung der liberalen Opposition, diese Verstöße rückgängig zu machen und die Verfassung wiederherzustellen, mündete in einer Revolution und letztlich einer parlamentarischen Monarchie. Die Republikaner lehnten jeden Kompromiss zwischen monarchischem und repräsentativem Prinzip ab, der eine wiederholte Usurpation der Macht durch das Königtum ermöglichte¹²².

Zum anderen nährten die sozialen Probleme, die sich im Pauperismus als Massenphänomen ausdrückten, die Julirevolution. Stärker als die Liberalen setzten sich die Republikaner mit dieser drückenden Not auseinander. Dieses Phänomen erfasste nicht nur die unteren Schichten, sondern auch die Mittelschichten, die in Armut versanken. Literarisches Wahrzeichen für diese Not wurde Victor Hugos Roman „Die Elenden“. Er schildert das sich ausweitende materielle Elend und die polizeistaatlichen Verhältnisse unter der französischen Restauration, die als Nährboden für Radikalismus, für Geheimbündelei und für Nostalgie in Bezug auf die erste französische Republik dienten. In der Republik glaubten die Radikalen auf

¹²¹ Zum *Pronunciamiento* von 1820 unter Riego siehe S. 67, 78.

¹²² Die Kompromissformel der Liberalen hieß, „den Thron mit republikanischen Institutionen zu umgeben.“

der Grundlage der politischen Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit die adäquate Antwort nicht nur auf die politische, sondern auch auf die soziale Krise zu besitzen.

Die Julirevolution wurde hauptsächlich auf den Barrikaden von republikanischen Studenten, Handwerkern und Arbeitern der Druckereien, der Werkstätten und der Fabriken erfochten. Die Errichtung der Julimonarchie brachte sie um die Früchte ihres Kampfes. Sie fühlten sich von der liberalen Bourgeoisie hintergangen und verraten. Die bisherige gemeinsame Front gegen die Restauration brach auseinander. Der sich abzeichnende plutokratische Klassencharakter und die schwache außenpolitische Haltung der Julimonarchie trieben die Republikaner in die Opposition, zu der sich nun auch Frühsozialisten gesellten. Der Schmähbegriff der Radikalen in Europa für die Julimonarchie, die sich an ihren Idealen der Revolution vergangen hatte, war „Juste Milieu“. Davon machten auch die württembergischen Verschwörer Gebrauch.

11. Trotz mancher Symmetrien der Herrschaftsverhältnisse und trotz der ideologischen Verwandtschaft unter manchen europäischen Staaten waren die staaten-spezifischen Handlungsräume der europäischen Republikaner verschieden. So erlebte Frankreich seine zweite Revolution, während Deutschland erst kurz vor seiner Ersten war. Der unterschiedliche Verlauf der Ereignisse von 1830 in Frankreich und Deutschland ist ein Indiz für die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“¹²³. Frankreich wurde eine liberale, bürgerliche, parlamentarische Monarchie, wie Belgien und Großbritannien, mit verfassungsmäßig verankerten Grundrechten und Gewaltentrennung, während der konstitutionelle Teil Deutschlands nicht einmal die der *Charte* von 1814 entlehnten Verfassungen ausschöpfte. Deutschland befand sich also entwicklungsgeschichtlich in einem früheren Stadium als Frankreich. Der deutsche Liberalismus war noch nicht an der Macht wie in England, Frankreich und Belgien, und auch die sozioökonomische Entwicklung begünstigte noch nicht die Entstehung eines bourgeoisen klassenspezifischen Liberalismus, wie im wirtschaftlich weiter entwickelten Westen. In dem für deutsche Verhältnisse politisch entwickelten Südwesten saßen die Liberalen und die Demokraten noch im gleichen oppositionellen Boot wie zuvor ihre französischen Gesinnungsgenossen. Die westlichen Einflüsse und Vergleichsfolien einerseits und der 1830 begonnene, aber abgeblockte politische Entwicklungsschub andererseits, trieben die republikanischen Demokraten jedoch zur politischen Selbstprofilierung und zum eigenständigen Handeln. Hierzu bietet folgende Studie einen Einblick.

12. Aus der internationalen Perspektive einerseits und der innerdeutschen andererseits ergab sich für die Republikaner, die Einsicht, dass der Konstitutionalismus der Restauration zwei entgegengesetzte Prinzipien in sich barg, die auf Dauer nicht überbrückbar waren: auf der einen Seite der monarchische Autoritarismus und der

¹²³ NOLTE, Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, S. 134–137.

bürokratische Überstaat und auf der anderen Seite liberale Ideen der Repräsentation und der Partizipation¹²⁴. Die Deutungshoheit über die Verfassung lag letztlich in den Händen von Landesfürsten und Bundestag, was zum Ableiten in Repression und polizeistaatliche Verhältnisse in Deutschland nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und in Frankreich seit 1820 und vermehrt nach dem Machtantritt von Karl X. führte. Die im Frühkonstitutionalismus und auch im vormärzlichen Liberalismus verhüllte Frage nach der Letztentscheidungsgewalt wurde von den Republikanern mit dem eindeutigen Bekenntnis zur Volkssouveränität beantwortet.

Im Gegensatz zum liberalen Überschwang in Deutschland nach der Julirevolution, hielten die Radikalen oder Republikaner den Spielraum für eine eigenständige politische Entwicklung der konstitutionellen Staaten durch die landespolitischen oder der bundesdeutschen Zwänge für sehr eng bemessen. Der Bund hatte sich seit 1819 als williges Vollstreckungselement der reaktionären Politik Österreichs und Preußens offenbart, mit dem berühmten Ruf, „allgemeine Polizei- und Versicherungsanstalt gegen die eigenen Völker“ zu sein¹²⁵. Die Ereignisse nach der Julirevolution gaben der republikanischen Skepsis gegenüber der konstitutionellen Entfaltungsmöglichkeit recht. Schon am 21. Oktober 1830 billigte der Bundestag „Maßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe“, im Sommer 1831 schritten die württembergischen Behörden und der Bundestag gegen neue Formen politischer Meinungsäußerung ein. Die „Juni/Juli-Ordonnanzen“ von 1832, in Anspielung auf die reaktionären verfassungswidrigen Verordnungen Karls X., die zur Julirevolution geführt hatten, verstießen in grober Weise gegen die Landesverfassungen, schränkten die Unabhängigkeit der frühkonstitutionellen Staaten gegenüber dem Bund ein, entmachteten die Landtage als repräsentative Organe des Volkes, bekräftigten im Gegenzug das autoritäre „monarchische Prinzip“ und würgten alle Ausdrucksformen der entstehenden kritischen politischen Öffentlichkeit ab.

13. Wie dieser Studie ebenfalls zu entnehmen ist, glichen Repressionen, Ausnahmegesetze oder absolutistische Umdeutungen der Verfassungen in den Augen von Ultraliberalen und Republikanern einem Staatsstreich, der eine „gesetzmäßige Revolution“ rechtfertigte, also eine Revolution zur Wiederherstellung der Verfassung. Damit wurde die Revolution legitimiert, das Vorgehen der Herrscher hingegen als Staatsstreich und Hochverrat gebrandmarkt. Die Deutung von Straftat und deren Ahndung verkehrte sich. Hierfür dienten die Revolutionen in Spanien, in Portugal und in Italien 1820 und in Frankreich 1830 als Modell. Im Falle der Julirevolution fügten sich die französischen Republikaner dem Ruf nach einer „gesetzmäßigen Revolution“, um ihre weiterreichenden Ziele vorerst zu vertuschen. Unter diesem Vorwand suchten die württembergischen Verschwörer die Unterstützung von Offizieren, denen das eigentliche republikanische Ziel der Konspiration aus

¹²⁴ BOLDT, Deutsche Staatslehre im Vormärz, S. 106 ff.

¹²⁵ So der Liberale H. V. von Unruh, zitiert nach: WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 367.

Vorsicht vorenthalten wurde. Koseritz versuchte in seiner außergerichtlichen Aussage den württembergischen König indirekt an die von jenem seinerzeit vorgebrachte Triasidee zu gemahnen, die die Eigenständigkeit der konstitutionellen süddeutschen Mittelmächte hätte sichern können, im Gegensatz zur blinden Unterwürfigkeit gegenüber der östlichen Reaktion. Hierin – in der Abwehr des reaktionären Ostens sah Koseritz den Beweis für den wahren Patriotismus. Dabei spielte er aus taktischen Gründen die von den Landesregierungen selbst vorgenommenen Verstöße gegen die Verfassungen herunter.

14. Der demokratische Republikanismus der 1830er Jahre, wie er sich auch unter den Verschwörern kundtat, entsprang außerdem der Auffassung, dass dessen anvisierte politische Ordnung auch die Lösung der zunehmenden materiellen Not in der Bevölkerung versprach. Die Not, die Heine angesichts der Klagen der schwäbischen Bauern so aufgebracht hatte, entsprach der größer werdenden Schere zwischen überkommenen Strukturen und modernen Entwicklungen, noch vor der Industriellen Revolution. Neuzeitliche Veränderungen haben zum dramatischen Anstieg der Bevölkerung beigetragen. Die herkömmliche Agrar- und Gewerbeordnung vermochte allerdings trotz Reformen diese nicht zu ernähren. Die sich abzeichnende, auf Massenkonsum, freien Markt, Wettbewerb und Kapitalvermehrung eingestellte Wirtschaft nagte langsam an der alten Struktur, erwies sich jedoch noch als zu schwach, um die freigesetzten arbeitslosen Massen beruflich einbinden zu können. Die durch den Zerfall der alten ständisch-korporativen Gesellschaft „zunft- und landlos“ gewordenen Menschen waren ein Phänomen dieser Übergangsperiode. So verschärfte sich die Lage in dieser Binnenperiode, bis sich der Industriekapitalismus durchsetzte und die vom Arbeitsmarkt Ausgeschiedenen absorbieren konnte. Hinzu kam die sich überschneidende finanzielle Last der restfeudalen Abgaben, deren Ablösungsbeträge und die hohe staatliche Steuerlast, die die chronischen Defizite des Haushalts zu decken hatte. Württemberg, auch „übervölkertes Kartoffelland“ genannt, litt besonders stark unter diesem Phänomen. Es wurde, im Vergleich zur Bevölkerungszahl, zum Auswanderungsland Nummer 1 in Deutschland.

Die Auswanderung, nicht die Revolution, war offensichtlich für viele unter der verarmenden Bevölkerung die bevorzugte Antwort auf die Not, soweit sie für die Ausreise aufkommen konnten. Die Polarisierung der Gesellschaft zwischen „Arm und Reich“ drohte die politisch-konstitutionellen Konflikte zwischen dem Bürgertum und dem „monarchisch-adlig-bürokratischen Kondominat“¹²⁶ in den Schatten zu stellen. Und kein Geringerer als Wangenheim, Württembergs Reformminister, sagte schon 1819: „Nicht um lebendige Freiheit, sondern um tote Gleichheit wird bald genug gekämpft werden, und der unsinnige Krieg des Bürgers gegen den Adel wird nur das Vorspiel des Kampfes der Armen gegen die Reichen [sein]“¹²⁷. Die

¹²⁶ Ebd., S. 299.

¹²⁷ LENZ, Vom Pauperismus zum Proletariat, S. 19.

Republikaner glaubten mittels politischer Gleichheit die Gewähr dafür zu bieten, dass der Staat sich dem Gemeinwohl verpflichtete. Ihnen fehlte natürlich die historische Perspektive, um die Auswirkungen der Industriellen Revolution auf die Behebung des Pauperismusproblems zu ermessen. Sie spiegelten den Erkenntnisstand einer Gesellschaft im Stadium der Protoindustrialisierung wider.

15. Zum Bild des damaligen Republikanismus, wie dieses *in nuce* aus der vorliegenden Studie hervorgeht, gehört die Liaison der besagten kritischen Intelligenz zum gewerbetreibenden und bäuerlichen Mittelstand, der sich politisch und wirtschaftlich vom Gängelbände des Staates befreien wollte, gegen die Hegemonie der bestehenden Eliten ankämpfte, sich Hoffnungen auf sozialen Aufstieg machte, aber auch in ständiger Angst vor dem Abstieg in den Pauperismus lebte. Diese Intelligenz, zu der auch ein Offizier wie Koseritz gehörte, suchte auch den Kontakt zu den armen Unterschichten unter der Land- und Stadtbevölkerung, die in ständiger Existenznot lebten und deren Belange mehr sozioökonomischer als politischer Natur waren. Zu ihnen versuchte sie ideologisch und gesellschaftlich eine Brücke zu schlagen.

Dieser Republikanismus, wie auch aus der Studie hervorgeht, schwankte zwischen wirtschaftlichem *Laissez Faire* und Formen gegenseitiger gesellschaftlicher Haftung. Die Verschwörer stritten für bürgerliche Grundfreiheiten, solange diese nicht in politische Ungleichheit umschlugen und die gesellschaftliche Solidarität untergruben. Dieser Republikanismus stand in der Tradition der Französischen Revolution, die in der Eroberung der politischen Macht den Schlüssel zur Behebung gesellschaftlicher Missstände sah.

16. Der Widerstreit zwischen den politischen Repressionen der Restaurationsära und der von der Staatsräson diktierten Notwendigkeit der Modernisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft drückten dem Vormärz den Stempel der Zerrissenheit, des Konträren und Provisorischen auf. Was zuerst den sensibilisierten Intellektuellen aufging, fand auch Eingang in das Bewusstsein des Bürgertums und der nicht-bürgerlichen Schichten. Es war das Empfinden der Erschütterung, der aus den Angeln gehobenen, gesellschaftlichen und politischen Verfassung, welches die Duldungsschwelle von Krisen durch die betroffene Bevölkerung erheblich heruntersetzte und die Wahrscheinlichkeit des Widerstands entsprechend vergrößerte. Hier manifestierte sich die Revolution nicht als zeitlich gedrängter historischer Einschnitt, sondern als stete Erkenntnis eines rasanten Wandels in vielen Lebensbereichen.

In der technischen Revolution, vor allem in Gestalt der Dampfmaschine und der ihr folgenden wirtschaftlichen und verkehrstechnologischen Revolution verdichtete sich ein Grundgefühl nicht nur der ständigen Veränderung, sondern auch einer beschleunigten Zeit. Statt eines statischen Zeitempfindens vom gemächlichen Trab der Geschichte trat das Gefühl schneller Veränderung zutage. Positiv betrachtet verhiess sie eine Aufwärtsentwicklung in eine bessere Zukunft. Das war ein Kenn-

zeichen der Moderne. Die Bewegungspartei in Deutschland spiegelte einerseits dieses Grundgefühl wider, sie war allerdings noch einem kleinbürgerlichen Milieu und einer vorindustriellen Mentalität verhaftet, die teilweise auch fortschrittsscheu war. Im linken Flügel der Bewegungspartei wiederum kam Kritik auf gegen die Schattenseite der Moderne¹²⁸.

Dieses Grundgefühl des beständigen Fortschritts war in gewissem Maße revolutionär. Der zeitgenössische radikale Publizist Wilhelm Schulz schreibt zur Gärung der Epoche: „Die Revolutionen haben nicht bloß einen materiellen, sondern auch ideellen Ausgangspunkt. Ist es doch stets die geistig sittliche Spannung gegen einen Zustand, wodurch dieser erst als drückend gefühlt wird“¹²⁹. Der ebenfalls zeitgenössische, württembergische Publizist Ernst Münch stellt fest: „Es besteht in Deutschland keine Verschwörung, aber die Revolution lebt in den Geistern; sie herrscht in den Massen wie in den gebildeten Ständen. Die verschiedenartigsten Interessen vereinigen sich in der Überzeugung, dass die Sachen, so wie sie jetzt stehen, nicht bleiben, und eine würdigere Lage der Dinge sich gestalten müsse; über das wie? wo? und wann? und mit welchen Mitteln? darüber schwanken noch die Ansichten, aber das ob? ist einstimmig entschieden“¹³⁰. Es war also der ideologisch besetzte Erwartungshorizont von Ultraliberalen und Republikanern, der sich mit den bestehenden Verhältnissen in Deutschland oder zumindest im Südwesten nicht abfinden wollte. Dieser entstammte dem neuen, dynamischen Zeitgefühl zu Hause. Aber dieser Erwartungshorizont entstammte auch externen, westlichen Leitbildern. Je größer die Erwartungshaltung, desto größer die Enttäuschung und Verbitterung in den Reihen des Lagers, das von einer Vorwärtsentwicklung der Geschichte ausging. Das Hauptorgan eines neuen kämpferischen Liberalismus in Württemberg *Der Hochwächter* bescheinigte am 13. Mai 1832 den Regierungen den Untergang, wenn sie sich nicht dem Zeitgeist fügten: „[...] dass Regierungen nicht gestürzt werden, sondern dass sie von selbst fallen, und zwar dann, wenn sie den Geist ihrer Zeit nicht begreifen, wenn sie sich Konzessionen abnötigen lassen, welche sie zur rechten Zeit machen sollten“¹³¹. Das war die Grundstimmung der Bewegungspartei, die die Geschichte auf ihrer Seite währte.

Materielle Not allein war kein Auslöser von Revolutionen. Sie gehörte über weite Strecken der bisherigen Geschichte zum Alltag des einfachen Volkes in Europa und anderen Erdteilen. Es kam auf ihre Auslegung an, auf „die geistig sittliche Spannung gegen einen Zustand, wodurch dieser erst als drückend gefühlt wird“, wie es Schulz formuliert. Die kritische mittelständige Intelligenz der republikanischen Bewegung versuchte den unteren Schichten davon etwas zu vermitteln. Diesem Problem des Ideentransfers von einer sozialen Schicht auf die andere und den Bemühungen der Republikaner um eine breite soziale Allianz, die die materiel-

¹²⁸ Ein Beispiel hierfür ist Georg Büchners Theaterstück „Woyzeck“.

¹²⁹ SCHULZ, *Revolution*, S. 723.

¹³⁰ MÜNCH, *Deutschlands Vergangenheit und Zukunft*, S. 50

¹³¹ *Hochwächter*, 13. 5. 1832.

len Interessen der unteren Schichten mit den politischen und wirtschaftlichen Belangen des Mittelstandes in Einklang brachte, gilt ein besonderes Augenmerk der vorliegenden Studie. Die Verschwörer versuchten die materielle Not der verarmten Bauern und städtischen Handwerker in eine revolutionäre Erwartungshaltung zu übertragen, statt sie als gegeben hinzunehmen oder ihr durch Flucht in die Emigration zu entkommen, zumal die Auswanderung für die ganz Armen unerschwinglich war. Die Republikaner versuchten ihnen die Not als Ausfluss des bestehenden politischen Systems zu erklären und ihnen beizubringen, dass ihre Erlösung nicht in religiöser Heilserwartung zu suchen sei, sondern in der weltlichen demokratischen Republik.

I. Der geschichtliche Erfahrungsraum

A. Der europäisch-deutsche Erfahrungsraum

1. Die Idee der Revolution – Das Vermächtnis¹

Die dicht aufeinanderfolgenden Revolutionen in Amerika und in Frankreich gegen Ende des 18. Jahrhunderts markieren einen deutlichen geschichtlichen Wendepunkt. Sie waren etwas grundsätzlich Neues. In beiden Fällen wurde die bestehende Machtstruktur abrupt nach einem gewaltsamen Aufstand der „Nation“ durch eine neue abgelöst. Eine neue Ideologie zeichnete die zu erstrebende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung vor. In Amerika wurde die regierende britische Schicht, in Frankreich die herrschende Elite ausgetauscht. Den Sympathisanten der Revolution erschien die Geschichte als plan-, lenk- und korrigierbar. Die Zukunft konnte als ein intellektuelles Konstrukt ausgedacht und proaktiv gestaltet werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit waren kein entscheidendes Richtmaß mehr zur Einschätzung der Zukunft. Der gemächliche Trab der Geschichte wich einer gedrängten Ereignisfolge. Die Wahrnehmung von Zeit veränderte sich von einer extensiven zu einer intensiven. Geschichte nahm die Gestalt einer beschleunigten Entwicklung an².

Als treibende Kraft der zwei Revolutionen erwies sich ein erstarkendes und sich selbstbewusst zeigendes neues Bürgertum, das sich in dem politischen Entscheidungsprozess Geltung verschaffen wollte. Mit der geistigen Umwälzung der Aufklärung gewann die bürgerliche Intelligenz zunehmend an Gewicht. Die Aufklärung ging einher mit der Verwissenschaftlichung und Rationalisierung der staatlichen Verwaltung und Wirtschaft, der Förderung von Erziehung und Wissen-

¹ Folgende Retrospektive beansprucht nicht eine vollständige oder ausführliche zu sein. Sie ist skizzenhaft und berührt nur Eckpfeiler, die zur Bewertung des Geschichtsbildes der Verschwörer von Belang sind. Aus diesem Grund ist auch auf eine ausgiebige Angabe der einschlägigen Literatur zu diesem Vorspann der Arbeit verzichtet worden.

² KOSELLECK, *Revolution*, S.653–788. Koselleck zeichnet fünf neue Zeiterfahrungen im Zusammenhang mit dem modernen Revolutionsbegriff auf: 1. Entschiedener Bruch mit der Vergangenheit. 2. Auseinanderfallen von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont, Beschleunigung des Fortschritts. 3. Schnellere Herbeiführung der geplanten Zukunft. 4. Ideologischer Kampfbegriff und Machbarkeit der Geschichte. 5. Dauererscheinung einer krisengeschüttelten, beschleunigten Entwicklung. Während Koselleck diese begriffliche Wende auf 1789 bezieht, betrachtet Wehler die Amerikanische Revolution als prägend für die Bildung eines neuen Revolutionsverständnisses: „Revolution wurde seit 1775/76 – und nicht erst seit 1789! – zu einem Perspektivbegriff für einschneidende Prozesse historischen Wandels“, in: WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 1, S.349. Zum neuen Revolutionsverständnis: ARENDT, *On Revolution*, (deutsche Fassung: ARENDT, *Über die Revolution*, München 1963) und GRIEWANK, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff*.

schaft. Die Erwartungshaltung einer ständigen Weiterentwicklung in Richtung einer besseren Zukunft, eines ständigen Fortschritts kündigte das moderne Zeitalter an. Die Erkenntnisse der Physiokratie förderten die wirtschaftsliberalen Ideen des *Laissez Faire* und bestärkten die kapitalistische Grundhaltung der Profitorientierung und Effizienzsteigerung, die wiederum den Aufstieg eines neuen Wirtschaftsbürgertums ermöglichten.

In Europa trugen die erwähnten Prozesse zum Fortschritt in vielen Bereichen, aber auch zur massiven Zunahme der Bevölkerung und zur Krise des Pauperismus bei. Die wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen und Neuerungen, aber auch die soziale Krise, stellten die Weichen für die zukünftige Industrielle Revolution, die in England schon ihren Anfang genommen hatte. In Frankreich war die Revolution nicht nur mit dem Aufstieg des Bürgertums, sondern auch mit dem Verfall der alten Ordnung und der sozialen Übergangskrise von traditioneller Wirtschafts- und Sozialstruktur zu einer bürgerlichen Gesellschaft im Vorstadium der Industriellen Revolution verbunden.

Von entscheidender Bedeutung für die Revolution war die ideologische Aufbereitung durch die Aufklärung, die die bestehende Ordnung infrage stellte. Der Schein, in Frankreich wäre ein bislang für unerschütterlich gehaltenes System aus den Fugen geraten, trog, denn im Gebälk des *Ancien Régime* krachte und knisterte es schon lange. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde laut Tocqueville die Monarchie in Frankreich noch genauso natürlich hingenommen wie der allmorgendliche Sonnenaufgang oder der immer wiederkehrende Zyklus der Jahreszeiten³. Im Zuge der Aufklärung und der mit ihr aufkommenden, gebildeten und selbstbewussten Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert entfaltete sich jedoch eine neue Ideologie, die in erster Linie den Vorstellungen eines erstarkenden Bürgertums entsprach und einen Wertewandel in Staat und Gesellschaft ankündigte⁴. So zeichnete sich schon vor der Revolution in Frankreich ein Bewusstseinswandel ab, der die Legitimität des Absolutismus, aber auch der Ständegesellschaft hinterfragte⁵. Noch vor der Aufklärung zeigte sich in England während der *Puritanischen Revolution*, wie verwundbar das alte monarchische System war. Die *Glorreiche Revolution* brachte

³ TOCQUEVILLE, De la démocratie en Amérique, S. 418.

⁴ Zudem tat sich eine Kluft zwischen dem sich abschottenden Hof und der neuen selbstständigen Öffentlichkeit auf, die sich nicht mehr durch den König repräsentiert fühlte und sich durch diesen nicht mehr entmündigen ließ. Auch die Skandale und das „Lotterleben“ in Versailles gerieten zusehends in die Kritik. Hierdurch kam nicht nur die königliche Familie ins Gerede, sondern auch die Legitimität des Absolutismus schlechthin. KUHN, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, S. 25. Ausführlich hierzu: BLANNING, Das alte Europa, S. 345–394.

⁵ Dieser Wandel artikulierte sich in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Lesegesellschaften, literarischen Salons und Cafés, Theater-, Konzert- und Opernaufführungen. Das Image des Monarchen änderte sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts vom absoluten Herrscher zum Diener des Staates und der Gesellschaft, was Joseph II., Friedrich II. und George III. sowie etliche Monarchen in den kleineren deutschen und italienischen Fürstentümern begriffen, jedoch nicht Ludwig XVI; vgl. BLANNING, Das alte Europa, S. 399.

schließlich eine Synthese zwischen Monarchie und Parlamentarismus. Doch die insulare Abkapselung und die politische Sonderentwicklung grenzten die Auswirkungen der englischen Entwicklung auf den Kontinent ein. In der Amerikanischen Revolution jedoch wirkten die englischen Impulse nachhaltig weiter.

Ironischerweise ging der Prozess, der zur Französischen Revolution führte, auf den Versuch der oberen Stände zurück, alte Privilegien, die als „Freiheiten“ bezeichnet wurden, gegenüber dem Absolutismus wieder einzufordern. Dieser Prozess mündete jedoch in dem Versuch des „Dritten Standes“ eine gänzlich neue Ordnung zu schaffen, die ein geistiges Konstrukt der Aufklärung war und den Interessen des aufstrebenden Bürgertums entsprach. Somit änderte sich auch der Sinngehalt des Begriffes „Revolution“.

Bis zur Amerikanischen und Französischen Revolution wurde Revolution als eine Wiederherstellung alter rechtmäßiger und wohlgeordneter Zustände begriffen⁶. Der ursprüngliche Begriff Revolution war der naturgesetzlich und kreisförmig verlaufenden Bewegung der Himmelskörper entlehnt. Analog dem astronomischen Schema wurde seit der klassischen Antike auch die Entwicklung von Staaten im Verlauf der Geschichte als ein zyklischer, wiederkehrender Prozess verstanden. So begriff es auch die französische Aristokratie, die den Stein der Revolution ins Rollen brachte⁷. So wollten es zum Teil auch die altbürgerlichen Eliten in den deutschen Partikularstaaten verstehen, die ihre alten „Freiheiten“ mit dem neuen Kollektivsingular „Freiheit“ vertauschten. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand wurde klar, was schon feinfühligem Zeitgenossen bewusst wurde, nämlich dass die modernen Revolutionen, vor allem die Französische Revolution, nicht nur einem geistigen Paradigmenwechsel entstammten, sondern durch die Verwirklichung der neuen Ideen selbst zu einer „Transformation der Wertvorstellungen“⁸ geführt hatten.

Mit der Französischen Revolution brach auch für Deutschland ein neues Zeitalter an. Sie gab rückwirkend auch der Amerikanischen Revolution die Bedeutung einer Zündwirkung. Die Nachrichten aus Frankreich breiteten sich schnell in Deutschland aus⁹. Sie beflügelten zunächst die deutsche Geisteswelt. Die Revolution in dem mächtigen Nachbarstaat, dessen Einfluss auf Deutschland, ob politisch

⁶ Die zunehmende Verwendung des Ausdrucks Ende des 17. Jahrhunderts hing mit den Ereignissen in England zusammen. Die *Glorreiche Revolution*, die den Begriff „Revolution“ im historischen und politischen Sprachgebrauch verankerte, war von den Zeitgenossen als Restauration der Königsgewalt und nicht als Revolution im modernen Sinne verstanden worden.

⁷ Zum Begriffswandel des Terminus Revolution: ARENDT, *On Revolution*, S.21–58; GRIEWANK, *Revolutionsbegriff*, passim; WASSMUND, *Revolutionstheorien*, S.24 ff.; KOSELLECK, *Revolution*, S.653–788.

⁸ VOVELLE, *Die Französische Revolution*, S.151.

⁹ Die Nachrichten über die neuen Ereignisse in Frankreich verbreiteten sich schnell in Deutschland. Neugierige Geister begaben sich nach Frankreich als „Polittouristen“, um die Ereignisse aus der Nähe zu betrachten und ihre Eindrücke schriftlich in deutschen Zeitungen und Zeitschriften weiter zu vermitteln.

oder kulturell, beträchtlich war, erweckte verständlicherweise größeres Interesse als zuvor die Amerikanische Revolution¹⁰. Die gebildete Öffentlichkeit brachte der Revolution zu Beginn große Sympathie entgegen, wie zuvor der amerikanischen Vorgängerin. Sie schien einen ähnlichen Verlauf zu nehmen, nämlich den einer politischen Umsetzung gemäßiger, staatstheoretischer Konzepte der Aufklärung. Die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ und die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie im Mutterland des Absolutismus erweckten Hoffnungen und Neid in bürgerlichen Kreisen in Deutschland. Die sich überstürzenden Vorgänge schienen zu Beginn vernünftig zu sein und die Gewaltausbrüche hielten sich in Grenzen. Noch herrschte der Eindruck vor, als würden die Aufgeklärten des Dritten Standes mit Unterstützung Gleichgesinnter unter der Geistlichkeit und des Adels das Heft in der Hand behalten. Mögen anfangs manche deutsche Gebildete aus ihrer Position als Staatsbeamte die französischen Ereignisse als nachgeholte Reformen im Sinne des aufgeklärten Absolutismus betrachtet haben, so erkannte doch die Intelligenz recht bald das grundsätzlich Neue der Französischen Revolution¹¹.

Es schien, als seien dem autonomen Willen des Menschen, seine Staats- und Gesellschaftsform zu gestalten, keine Grenzen gesetzt. War dies etwa der „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“, um mit Kant zu sprechen? Die Ideologie der Aufklärung bot der Revolution somit die Möglichkeit, mit einem durchdachten politischen Gegenprogramm aufzuwarten und die-

¹⁰ Zur Wirkung der Amerikanischen Revolution auf Deutschland: DIPPEL, *Germany and the American Revolution*; DERS., *Die Amerikanische Revolution. Zum Einfluss der Amerikanischen und Französischen Revolution auf Deutschland* siehe WEIS, *Der Durchbruch des Bürgertums. Zum Einfluss der Französischen Revolution auf Deutschland* siehe allgemein RAUMER/BOTZENHART, *Deutschland um 1800*; NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*; FEHRENBACH, *Vom Ancien Régime*; VOSS, *Deutschland und die Französische Revolution*; BERDING/FRANÇOIS/ULLMANN, *Deutschland und Frankreich*; NOLTE, *Republikanismus*, S. 8–26.

¹¹ DIPPER, *Deutsche Geschichte*, S. 317; BÖNING, *Französische Revolution*; Becker setzt sich mit der Ansicht auseinander, die deutsche Bildungswelt hätte schon von Anbeginn den Zäsurcharakter von 1789 erkannt. Er räumt ein, dass dies für die Geisteselite zuträfe, „doch sollten solche Stimmen nicht als zeittypisch verallgemeinert werden.“ Vgl. BECKER, *Zeit der Revolution*, S. 49. Erst mit der Radikalisierung der Revolution nach dem Ausbruch des ersten Koalitionskrieges (1792–1797) und der Einbeziehung Deutschlands in den Krieg stellt sich für Becker die Erkenntnis einer Revolution als Epochenbruch von universaler Bedeutung ein. Bis dahin wurden die Ereignisse auf die besonderen Bedingungen in Frankreich reduziert. Beckers interessante Studie setzt sich mit den Zeiterfahrungsthesen Kosellecks auseinander. Sie hinterfragt die These von der Revolution als zeitlich gedrängtem Epochenbruch in einer neuen Zeit. Stattdessen stellte sich, so der Verfasser, die Erkenntnis einer permanenten Revolution, einer permanenten Zäsur als wiederkehrender sprunghafter Einstieg in ein Fortschrittskontinuum im liberalen und demokratischen Zeitbewusstsein ein; ebd., S. 368. Revolution als Bruch mit der Vergangenheit trifft laut Becker nur für die Demokraten zu; ebd., S. 355. Die Erkenntnis einer beschleunigten Zeit lässt der Verfasser gleichsam für Liberale und Demokraten gelten. Dahingegen relativiert er die These von der gestaltbaren, „machbaren“ Geschichte und von dem Auseinanderrücken von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont in Folge der Französischen Revolution.

sem gemäß zu versuchen, die Wirklichkeit zu gestalten. „Sie ist der erste praktische Triumph der Philosophie, das erste Beispiel einer Regierungsform, die auf Prinzipien und auf ein zusammenhängendes, konsequentes System gegründet wird“¹². So drückte sich Friedrich Gentz 1790 aus, bevor er eine ideologische Kehrtwende vollzog und sich zum Fürsprecher der Restauration aufschwang. Während Gentz im weiteren Verlauf der Revolution seine Ansicht grundlegend änderte, hielt Hegel an ihr fest. Letzterer begrüßte als Tübinger Student mit seinem Freund Hölderlin enthusiastisch die Französische Revolution und trotz ihrer radikalen Ausuferung beurteilt er sie auch rückblickend in seinen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ folgendermaßen: „Solange die Sonne am Firmament steht, war nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken, stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut“¹³.

Das Phänomen der Revolution war jedoch für die deutsche Bildungsschicht, trotz der geografischen Nähe, nur Gegenstand eines regen, intellektuellen Diskurses, ohne nachwirkenden politischen Mobilisierungseffekt. Sie führte die Revolutionen trotz ihrer universalen Bedeutung auf die besonderen Umstände in Amerika und Frankreich zurück, die ihrer Ansicht nach nur von beschränkter Relevanz für Deutschland waren. Die deutschen Intellektuellen priesen die Tradition des „Aufgeklärten Absolutismus“ in Deutschland und verwiesen auf dessen vorgreifende Maßnahmen als beste Gewähr gegen ein Aufbegehren des Volkes und einen jähen Umsturz der bestehenden Ordnung. Das Reklamieren der aufklärerischen Traditionen im Alten Reich sollte aber auch als Ansporn für den nachlassenden Reformeifer etwa in Preußen und Österreich und als Ermahnung für kleinere selbstherrliche deutsche Fürsten gelten. Die von deutschen Gebildeten angelegten Maßstäbe an die Umwälzung in Frankreich entsprachen den anders gelagerten Zuständen in Deutschland und den Befindlichkeiten der deutschen Intelligenz. Diese war mehrheitlich durch ihre berufliche Stellung als Beamte Teil des Staatsapparats und in ihrer Haltung erwies sie sich als obrigkeitshörig. Nur unter der kleinen Gruppe radikaler Publizisten, häufig als „deutsche Jakobiner“ bezeichnet, gab es Personen, die die Französische Revolution auf Deutschland übertragen wollten¹⁴.

In den städtischen und ländlichen Unterschichten brodelte es schon lange vor der Revolution. Nun brachen spontan Unruhen aus, in denen sich altständische, traditionelle Motive mit neuen Losungen vermischten, die allerdings keine flächendeckende, revolutionäre Schlagkraft zu entfalten vermochten. Auch kam es hier nicht zu einer revolutionären Allianz mit den Bürgerlichen. Allein im deutschen Süden versuchten radikale Demokraten ohne Erfolg den Anschluss an die Unterschichten.

¹² WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S. 351.

¹³ HEGEL, Vorlesungen, S. 557 f.

¹⁴ Walter Grab und Heinrich Scheel nahmen sich zuerst des Themas des deutschen Jakobinismus an; siehe hierzu die ausführlichen Literaturangaben im Quellen- und Literaturverzeichnis. Eine kompakte Übersicht zum Thema in: REINALTER, Der Jakobinismus in Mitteleuropa.

Europäische Herrscher und Staatsmänner schenkten den Ereignissen in Frankreich anfangs nur begrenzte Aufmerksamkeit. Sie waren vorerst zu sehr in traditionellen dynastischen Kriegen untereinander verstrickt. Die Turbulenzen in Frankreich wurden zunächst sogar als vorteilhafte Schwächung einer gegnerischen Großmacht betrachtet. Doch das Neue und Bedrohliche an den Ereignissen war einigen recht bald klar. Kaiser Leopold II. vermutete, dass die „Regeneration Frankreichs [...] ein Vorbild sein“ werde, „welches alle Souveräne und Regierungen Europas freiwillig oder unfreiwillig nachzuahmen durch die Völker gezwungen sein werden“¹⁵. Die deutschen Fürsten gaben sich mehrheitlich unbeeindruckt von solchen Mahnrufen, die auch aus Kreisen der Intelligenz kamen. Aus Angst vor einem Übergreifen der Ereignisse in Frankreich auf das eigene Territorium griffen sie hart gegen jede freisinnige Regung durch. Spätestens mit der Gefangennahme Ludwigs XVI. nach dessen gescheiterter Flucht im Juni 1791 und der „Erklärung von Pillnitz“ vom August stellte sich die Erkenntnis einer universellen ideologischen Konfrontation ein.

Der Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Österreich im Frühjahr 1792, dem sich Preußen und später auch andere deutsche Staaten anschlossen, weitete sichtlich die Dimensionen der Revolutionen über die Grenzen Frankreichs aus. Die universalen Wesenselemente der Revolution wurden offensichtlich und berührten Deutschland nun auch konkret. Auf dem linken Rheinufer entfaltete sich dank französischer Militärpräsenz 1792–1793 und 1795–1797 eine kurzzeitige revolutionäre Bewegung, bis das Gebiet schließlich Frankreich zugeschlagen wurde. Auf dem rechten Rheinufer bewirkte Napoleons Siegeszug eine staatlich verordnete und staatlich gezügelte „Revolution von oben“, eine Form von Ersatzrevolution.

Die mit dem Krieg einhergehende Radikalisierung der Revolution, wie der Sturm der Tuilerien und der Sturz der Monarchie, die Septembermassaker, die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung der Republik, die Hinrichtung Ludwig XVI. und schließlich der Beginn der *Terreur* führten zur Abwendung der Mehrheit der gebildeten Öffentlichkeit in Deutschland von der Revolution. Das Eindringen der französischen Truppen in Deutschland stieß ebenfalls gemäßigte Sympathisanten ab. Demgegenüber fand sich unter der deutschen Intelligenz eine Minderheit, die gerade das Eindringen der Franzosen begrüßte. Sie wurde von der Demokratisierung der Revolution, wie etwa durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum Nationalkonvent, der Errichtung der Republik und der Zunahme des Einflusses der Jakobiner in Frankreich, inspiriert und versuchte auch in Deutschland über die Publizistik für demokratische Ideale zu werben¹⁶. Mit dem

¹⁵ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, 352.

¹⁶ „Die Revolution vom 10. August [1792] hat die Epoche der politischen Demokratie eingeleitet und auf den Gebieten des allgemeinen Wahlrechts, des öffentlichen Unterrichtswesens und der Fürsorge nimmt der Konvent tatsächlich manches von den Errungenschaften des 19. Jahrhunderts vorweg.“ FURET/RICHET, Die Französische Revolution, S. 269.

Vorstoß der französischen Truppen bis zum Rhein, im Oktober 1792 sogar bis nach Frankfurt am Main und der Errichtung der Mainzer Republik ergab sich für diese „deutschen Jakobiner“ die Gelegenheit, sich in politischer, demokratischer Praxis mit Unterstützung in der Bevölkerung zu üben. Die Erkenntnis, dass in Deutschland die maßgebenden Kräfte und die bestehenden Umstände für eine eigene Revolution fehlten, veranlasste diese Frühdemokraten, ihre Hoffnungen auf die militärische Hilfe Frankreichs zu stützen. Die Niederlagen der Franzosen im Frühjahr und Sommer 1793 machten vorerst diese Hoffnungen auf eine Demokratisierung Deutschlands zunichte. Die Hinwendung zur Diktatur in Frankreich wurde zwar von den deutschen Frühdemokraten bedauert, aber als Notwehr der von innen und außen bedrohten Revolution entschuldigt, wohingegen der Terror verurteilt wurde¹⁷. Der erneute französische Vorstoß ins Rheinland 1795–1797 entfaltete dort abermals eine revolutionäre Bewegung. Die wiedererwachten Hoffnungen deutscher Demokraten auf eine Revolutionierung Deutschlands mit französischer Hilfe wurden jedoch wieder enttäuscht. Die neue französische Regierung der Thermidorianer rückte von den demokratischen Zielen der Jakobiner ab. Die Idee der Entfaltung der Revolution in Europa war dieser Regierung, wie auch dem darauffolgenden Direktorium, das die Einverleibung des Rheinlandes 1797 vollzog, fremd.

Andererseits erfuhren die linksrheinischen Gebiete den radikalsten Bruch mit den politischen und gesellschaftlichen Formen der Vergangenheit. Denn mit der Annexion wurden die französischen Verhältnisse voll auf diese Territorien übertragen, die diesen im weiteren Verlauf einen Entwicklungsvorsprung vor anderen deutschen Gebieten verliehen. Es bildete sich dort eine eigenständige politische Kultur mit eigenständigen – später als „rheinisch“ bezeichneten – Institutionen, die diese Gebiete zu wichtigen Zentren der liberalen und auch demokratischen Bewegung in Deutschland machten¹⁸.

Im Unterschied zum Rheinland, in dem sich die Revolution politisch manifestierte, war Süddeutschland Schauplatz der kriegerischen Auseinandersetzung von 1792–1797 und 1799–1801. Die süddeutschen Demokraten hofften, wie im Rheinland, auf den Beistand der Franzosen¹⁹. Doch in der jakobinischen Phase konnten die Franzosen sich im Süden nicht militärisch etablieren. Während des Thermidors und unter dem Direktorium waren die Franzosen von Eroberungsgelüsten und nationalen Eigeninteressen getragen und nicht von demokratischen

¹⁷ GRAB, *Leben und Werke*, S. 16.

¹⁸ RÜRUP, *Deutschland*, S. 132f. Zum Umsturz der Verhältnisse gehörten: das konsequente Aufräumen mit den spätfudalen und ständischen Verhältnissen, die volle Anwendung des *Code Civil*, die Übernahme der bürgerlichen Grundrechte, die Sicherung der wirtschaftlichen Freiheiten, die Rechtsgleichheit, die unabhängige Justiz mit öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahren sowie das Geschworenensystem, die vollkommene Religionsfreiheit, auch für Juden, das straffe, zentralistische und von oben gesteuerte französische Verwaltungssystem.

¹⁹ SCHEEL, *Süddeutsche Jakobiner*, passim.

Missionsgedanken. Die Errichtung der Helvetischen Republik unter französischem Schutz erweckte jedoch trotzdem wieder Hoffnungen unter den süddeutschen Demokraten. Sie riefen zur Volkserhebung auf und veröffentlichten einen republikanischen Verfassungsentwurf im März 1799, der demokratischer war als die Direktorialverfassung. Der revolutionäre Schulterschluss zum aufbegehrenden Volk, aber auch die Hilfe der Franzosen, blieb aus. Mit dem Staatsstreich vom 18. Brumaire (9. November) 1799 und Napoleons Machtantritt verstummten die deutschen frühdemokratischen „Jakobiner“.

Die Verstrickung der Revolution in Anarchie, Gewalt und Terror, die Radikalisierung der Revolution bis hin zur Diktatur, der totalitäre Charakter der „Tugendrepublik“, das Bündnis mit den Plebejern und der wirtschaftliche Staatsdirigismus, all dies diskreditierte die Ideen der Revolution und der bürgerlichen Demokratie. Vor allem erschütterten diese Ausschweifungen die These, Geschichte sei nun „machbar“ und anhand von abstrakten und intellektuellen Konstruktionen modellierbar. Im Gegensatz zum Bild eines gewaltigen menschlichen und bürgerlichen Emanzipationsaktes nach Plan schien die Revolution von einer geschichtlichen Eigendynamik getrieben und gesteuert zu werden, die sich menschlicher Kontrolle entzog und den rationalen Vorsätzen der Revolutionäre widersprach. Der deutsche Frühdemokrat und Anhänger der Französischen Revolution Georg Forster meinte kurz vor seinem Tod 1793: „Die Revolution ist ein Orkan, wer kann ihn hemmen? Ein Mensch, durch sie in Tätigkeit gesetzt, kann Dinge tun, die man in der Nachwelt nicht vor Entsetzlichkeit begreift. Aber der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit ist hier für Sterbliche zu hoch. Was geschieht, muss geschehen. Ist der Sturm vorbei, so mögen sich die Überlebenden erholen und der Stille freuen, die darauf folgt“²⁰. Diese deterministische oder fatalistische Schlussfolgerung besagte, dass die Geschichte zwar nicht linear verlief und sich in Revolutionszeiten durch dichte Ereignisfolge, Eigendynamik und Exzesse der Deutung und Kontrolle entzog. Aber wie ein sich schlängelnder Fluss letztlich ins Meer mündet, so führte diese über Umwege in eine bessere Zukunft. Geschichte ist Bewegung, wenn auch nicht linear, und Bewegung bedeutet Fortschritt. Die Demokraten und die spätere Geschichtsschreibung führten die Ausschreitungen konkret auf die Bedrohung der Republik von innen und den Krieg von außen sowie die wirtschaftliche Not in der Anfangsphase der Revolution zurück²¹.

Die idealistischen Maßstäbe, mit der anfänglich die Französische Revolution gemessen wurde, ließen die Berücksichtigung der sozialen Triebkräfte der Revolution nicht zu. Im Gegensatz zur Amerikanischen Revolution, die auf die politische Umsetzung der Aufklärungsideale beschränkt war und sich deshalb im deutschen

²⁰ Vgl. BECKER, *Zeit der Revolution*, S. 83. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts äußerte sich Büchner sehr ähnlich.

²¹ „Die Diktatur des Jahres II ist alles andere als eindeutiges Vorbild für jede Revolution. Sie steht im Zeichen des Nicht-anders-Könnens und der Ausnahmesituation, im Zeichen der verzweifelten Not.“ FURET/RICHET, *Französische Revolution*, S. 269.

Bildungsbürgertum ungebrochen der positiven Resonanz erfreute, war die Französische Revolution mit der materiellen Not eines Gros der Bevölkerung konfrontiert²². Durch den Krieg verschlimmerte sich das Elend breiter Bevölkerungsschichten. Der Graben zwischen Wohlhabenden und Armen auf der einen und die militärischen Rückschläge auf der anderen Seite erforderten ein radikales Krisenmanagement, das natürlich mit aufklärerischen Vorsätzen von Freiheit und Gleichheit, milde ausgedrückt, nicht harmonierte. Als die Girondisten im Frühjahr 1793 vor der Gefahr einer Diktatur warnten, erwiderte Marat: „Die Freiheit muss mit Gewalt geschaffen werden, und jetzt ist der Augenblick gekommen, um auf eine gewisse Zeit den Despotismus der Freiheit zu organisieren, um den Despotismus der Könige zu zerschmettern“²³. Das war ein verzweifelter Versuch der radikalen Jakobiner, die Kontrolle über die geschichtlichen Vorgänge zurückzugewinnen, wenn auch temporär mit Mitteln, die den Zielen widersprachen. Nur so erklären sich Oxymora wie „Despotismus der Freiheit“.

Für die pauperisierten Massen waren die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen und der Ruf nach sozialer Gleichheit wichtiger als politische Freiheit. Die Französische Revolution, die zu Beginn eine scheinbar einheitliche Front des „Dritten Standes“ aufwies, offenbarte in ihrem weiteren Verlauf eine Kluft zwischen etabliertem und mittlerem Bürgertum sowie unteren städtischen und ländlichen Schichten, die in der Rezeptionsgeschichte der Revolution im Laufe des 19. Jahrhunderts nachwirkte. Für das wohlhabende Bürgertum nahm die Revolution eine unerwünschte Wende, nachdem es die Kontrolle über die Massen verlor. Das Gespenst einer Pöbelherrschaft, beziehungsweise einer egalitären und blutrünstigen Gewaltherrschaft sollte von nun an das Bürgertum in Europa verfolgen. Die radikalen Jakobiner der „Bergpartei“ glaubten allerdings einen Ausgleich zwischen dem Mittelstand und den unteren Schichten finden zu können. Sie gaben den bisherigen korrumpierenden gesellschaftlichen Verhältnissen die Schuld für das zügellose, rabiate Verhalten des einfachen Volkes, dem sie aus taktischen Gründen eine Zeit lang Tribut zollten. Die Erkenntnis von materiellen Bedürfnissen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen als geschichtliche Triebkräfte stellte die idealistischen Vorsätze der Aufklärer und der Revolutionäre infrage. Das Problem der Französischen Revolution lag darin, dass sie recht bald von der Befreiung aus der Tyrannei auf die Befreiung aus Not und Elend umschwenken musste. Im Gegensatz zur Amerikanischen Revolution, die den Eindruck erweckte, als sei Geschichte kontrollierbar, erweckte die Französische Revolution den Eindruck, als entwickle sie eine Eigendynamik. Seit der Französischen Revolution entstand sodann der Begriff der historischen Notwendigkeit, dem der Einzelne unterworfen sei. Diese Eigendynamik war aber nicht ziellos. Im Sinne der Aufklärung und der

²² Im Fehlen von Armut als Herausforderung sieht H. Arendt den Grund für den Erfolg der Amerikanischen Revolution im Vergleich zur Französischen und anderen Revolutionen. „The reason for success and failure was that the predicament of poverty was absent from the American scene but present everywhere else in the world.“ ARENDT, *On Revolution*, S.68.

²³ FURET/RICHET, *Französische Revolution*, S.258.

neuezeitlichen Revolutionen war Geschichte, auch wenn sie dialektisch verlief und sich oft der Deutung entzog, letztlich progressiv. Revolutionen konnten in Krisenzeiten ruckartig eine stockende Entwicklung durch selbsttätiges Eingreifen von menschlichen Akteuren wieder in Bewegung setzen.

Als die Bedrohung für die erste französische Republik von innen und außen überhandnahm²⁴ und die wirtschaftliche Situation sich rapide verschlechterte, ging die revolutionäre Führung nicht nur dazu über alle Kräfte gegen die feindlichen Armeen zu mobilisieren, nämlich durch ein Massenaufgebot (*Levée en masse*), sondern sie ließ sich auf die Forderungen der revolutionären Pariser Basis der Sansculotten ein, einen gnadenlosen Feldzug gegen echte und vermeintliche Gegner vor Ort zu führen. Durch Massenexekutionen gedachte man nicht nur Gegner zu treffen, sondern auch einzuschüchtern. Die Notstandsituation führte zur Diktatur. Die Wirtschaftskrise erforderte ebenfalls Notmaßnahmen, einen zentralistischen Staatsdirigismus, mit „kriegssozialistischen“ Zügen. Nun muss man eingestehen, dass die Not, die den Terror und den Ausnahmezustand herbeigeführt hatte, binnen kurzer Zeit behoben wurde. Die ausländischen Truppen wurden jenseits der Grenzen getrieben, ganz Frankreich erneut der Kontrolle der zentralen Regierung unterstellt und die Währung stabilisiert. Nachdem nun die Gefahr von außen und innen gebannt war, verlor der Ausnahmezustand seine Berechtigung. Die Politik des Terrors hielt jedoch weiter an unter dem Vorzeichen einer Tugendrepublik, die sich ihrer „unsittlichen“ Bürger zu entledigen versuchte. Hiermit begann die „Große Schreckenszeit“, die nicht nur das Bürgertum, sondern auch die Volksmassen schaudern ließ. Das Grauen, das sich verselbstständigt hatte, läutete das Ende der jakobinischen Phase der Revolution ein²⁵. Die Ausbildung einer Regierung mit frühtotalitären Mechanismen in den Jahren 1793/94 zeigte die Gefahren einer zügellosen Herrschaft der Mehrheit auf, beziehungsweise einer Herrschaft derer, die sich im Namen des Gemeinwohls zu einer obersten moralischen Instanz ernannten, unter Missachtung der anfangs beteuerten Grundrechte²⁶.

So hinterließ der Jakobinismus eine zwiespältige Erbschaft, die aus einer Diskrepanz zwischen demokratischen Vorsätzen und despotischer Praxis bestand. Den notbedingten oder vermeintlich notbedingten Exzessen und den Verirrungen der radikalen Jakobiner konnten die deutschen Demokraten das demokratische Ideal des Jakobinismus entgegenhalten, nämlich die Verfassung von 1793, deren Verwirklichung, auf einen zukünftigen Friedensschluss vertröstend, ausgesetzt wurde²⁷. Diese Verfassung ging über die Anerkennung der Souveränität des Volkes und über die Zusicherung der Grundfreiheiten und der Rechtsgleichheit, die schon in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 und in der konstitu-

²⁴ Mitte 1793 befanden sich 60 von 80 Departements im Aufstand gegen Paris, während die Armeen der antirevolutionären monarchischen Allianz von allen vier Seiten nach Frankreich eindrangten. Die Wirtschaft war in desolatem Zustand.

²⁵ FURET/RICHET, Französische Revolution, S. 326.

²⁶ Vgl. TALMON, Geschichte der totalitären Demokratie 1.

²⁷ GRAB, Leben und Werke, S. 16.

tionellen Verfassung von 1791 erschienen, hinaus. Sie fügte die politische Gleichheit und die gesellschaftliche Verpflichtung auf Unterhalt der Mitbürger, entweder durch Arbeit oder durch öffentliche Fürsorge, hinzu. Die gegenseitige gesellschaftliche Bürgerschaft wurde somit festgelegt und auch das Widerstandsrecht des Volkes gegen staatliche Willkür verankert. Die Legislative verfügte, im Vergleich zur vorhergehenden Verfassung, über weitgehende Befugnisse gegenüber der Exekutive. Staat und Gesellschaft waren komplementäre, nicht jedoch voneinander getrennte Sphären. Das republikanische Wohl der Allgemeinheit stand hier im Vordergrund, die Ideale Rousseaus vom „allgemeinen Willen“ im Hintergrund. Die dem demokratischen Lager entstammenden Frühsozialisten in Europa und Deutschland fanden in dem weitergehenden egalitären Entwurf der Menschenrechtserklärung Robespierres vom 24. April 1793, der vom Konvent verworfen wurde und in den auf Gemeineigentum beruhenden Idealen Babeufs und der „Verschwörung der Gleichen“ von 1796 einen Anknüpfungspunkt.

Die Umwandlung der Franzosen von Herolden der Freiheit zu Okkupanten und Annexionisten führten die deutschen Frühdemokraten darauf zurück, dass sich die französische Militärpräsenz in Deutschland erst dann etablierte, als die Revolution sich von ihren demokratischen und universalen Botschaften verabschiedet hatte und die jakobinische Herrschaft durch das Regime des Thermidors und des Direktoriums abgelöst wurde²⁸.

Die amerikanische Erhebung wiederum gewann nach der Ausuferung der Französischen Revolution und nach den französischen Eroberungszügen erneut an Fürsprechern. Sie demonstrierte, dass eine moderne, teils liberale, teils demokratische Republik funktionsfähig sei und dass Not und Elend breiter Volksschichten nicht unabdingbar seien. Das war auch die Erwartungshaltung zu Beginn der Französischen Revolution. Die Amerikanische Revolution stützte sich teilweise ebenfalls auf die Ideologie der Aufklärung, in ihrem universellen Anspruch war sie allerdings bescheidener als die Französische Revolution und sie entsprang einer anderen geschichtlichen Wirklichkeit als diejenige, die auf dem europäischen Festland herrschte. Die aufständischen Siedler nahmen anfänglich „alte Rechte“ englischer Untertanen für sich in Anspruch, bevor sie sich daranmachten, ein neues politisches und gesellschaftliches Gebilde aus dem Boden zu stampfen. Frankreich war Deutschland und anderen europäischen Ländern geografisch näher und historisch verwandter als Nordamerika. Auch war es noch zu Beginn des Jahrhunderts die bedeutendste europäische Macht, galt seinerzeit als Vorbild des Absolutismus und wirkte als kultureller Angelpunkt und Hauptquelle der Aufklärungsideologie. Paris galt nicht nur als Hauptstadt Frankreichs, sondern der ganzen zivilisierten Welt. Amerika war für die Europäer physisch und historisch ein Neuland, das

²⁸ GRAB, *Leben und Werke*, S.27f. Dabei entfalteten sich noch in der Zeit der Herrschaft der Montagnards nationalistische Eigeninteressen, darunter der Gedanke der wirtschaftlichen Ausbeutung „vereinnahmter“ Länder, um Frankreich für die materiellen Opfer zu entschädigen, die es für die internationale revolutionäre Sache geopfert hatte.

gesellschaftspolitische Experimente geradezu begünstigte. Die soziale Not, die in Europa eine solch große Rolle spielte, fehlte in Amerika. Frankreich war ein Symbol für historisch festgewachsene, veraltete politische und soziale Verhältnisse, die nur behutsam, wenn überhaupt, veränderbar schienen. Die Bedeutung der Französischen Revolution lag mitunter in dem Vorhaben, mit der geschichtlich legitimierten, alten Ordnung aufzuräumen, um eine auf Vernunft gestützte neue Ordnung wie vom Reißbrett zu entwerfen. Sie erweckte Hoffnungen auf die quasi promethische Schöpfungskraft der Menschen, ihre politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eigenmächtig zu gestalten und zu vervollständigen.

Die gemäßigten Aufklärer in Deutschland, die sich nach der Anfangsphase der Revolution mit Schrecken von dieser abwendeten, fühlten sich in ihrer grundsätzlichen Bevorzugung der Reformen im Sinne des Aufgeklärten Absolutismus als „deutschem Weg“ bestärkt. Nur dadurch ließe sich der notwendige Fortschritt der Geschichte halbwegs steuern. Die Ausuferung der Revolution erweckte bei diesen Aufklärern auch Bedenken gegenüber dem Glauben, dass sich eine politische Ordnung aufgrund reiner Vernunftprinzipien, losgelöst von der sinnlichen Natur des Menschen, wie es Schiller ausdrückte, errichten ließe. Für Schiller waren die Gewaltausbrüche der Revolution ein Indiz für die immer noch währende Befangenheit des Menschen in vormundschaftlicher Gewalt. Es bedürfe von daher der „ästhetischen Erziehung“²⁹, um den Menschen, der noch in Obskurantismus verharre, zur Selbstbestimmung zuführen. Dieser Schluss begünstigte die Abstinenz der deutschen Geisteselite von der Politik und die Einigelung in die innere Welt des Geistes, der Bildung und des Idealismus, was die deutschen Staaten zum „Pandämonium der europäischen Philosophie“ machte³⁰. Diese Ausrichtung der gemäßigten deutschen Aufklärer wirkte auch auf die Haltung nachfolgender Generationen des deutschen Bildungsbürgertums ein und beeinflusste das deutsche liberale Gedankengut. Die späteren Liberalen identifizierten sich mit der Anfangsphase der Revolution, als Frankreich noch eine konstitutionelle Monarchie war. Aber der Weg der Reform hatte den Vorzug. Revolution blieb als schwer kalkulierbare Größe der letzte Ausweg. Die Hinwendung zur Demokratie artete in ihren Augen notgedrungen in Pöbelherrschaft und Willkür aus. Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Gesellschaft, limitiertes, an direkten Steuern gemessenes Wahlrecht (Zensus), die Wahrung der verfassungsmäßig garantierten Grundfreiheiten und die Rechtsgleichheit sollten einer möglichen Tyrannei eines Einzelnen, einer Minderheit oder einer Mehrheit einen Riegel vorschieben. Die Sicherung der individuellen Freiheit und des bürgerlichen Besitzes standen hier im Vordergrund, Montesquieus Gewaltenteilungsprinzip und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit dagegen im Hintergrund. Die Verfassung von 1791 entsprach daher ihren Vorstellungen.

²⁹ SCHILLER, Über die ästhetische Erziehung.

³⁰ BERGERON/FURET/KOSSELLECK, Zeitalter, S. 105.

Die späteren Konservativen lehnten die Revolution grundsätzlich ab. Sie stützten sich auf die Thesen, die Edmund Burke schon 1790 gegen die Französische Revolution vorgebracht hatte³¹. Darin mahnte er vor jedem Versuch, sich von der historischen Bande staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung zu trennen. Veränderungen von Staat und Gesellschaft sollten in Einklang mit tradierten und bewährten Strukturen stehen. Die Konservativen setzten den Ideen der Aufklärung von der Gleichheit der Menschen und deren „natürlicher Rechte“, die „historischen Rechte“ der ständischen Privilegienordnung entgegen, die sich durch ihre historische Beständigkeit bewährt und legitimiert hätten. Der Staat sei kein Konstrukt, das den Vorstellungen seiner Bürger zu entsprechen habe, sondern ein organisches Bindeglied, das frühere mit zukünftigen Generationen verknüpfe. Da nun in Amerika und Frankreich Revolutionen ausgebrochen waren und ein historisches Zeichen gesetzt hatten, richteten sich die Bemühungen der Konservativen von nun an auf die Begrenzung der Revolution und die Unterbindung zukünftiger Revolutionen in Europa sowie auf die Bewahrung tradierter Grundwerte.

2. Die gebändigte Revolution in Deutschland

Der Einschnitt in der Geschichte, der sich anfangs im Bewusstsein einer geistigen Elite in Deutschland artikulierte, wurde erst mit den vorrückenden französischen Revolutionstruppen links des Rheins, mit der kurzlebigen cisrhenanischen Bewegung und schließlich mit der Eingliederung in die französische Republik und der Übernahme ihrer Institutionen manifest. Auf den größten Teil Deutschlands östlich des Rheins wirkten jedoch die umstürzenden Verhältnisse der Französischen Revolution erst während ihrer napoleonischen Endphase konkret ein³². Es erfolgte eine Vierteilung Deutschlands: An Frankreich abgetrennte Gebiete links des Rheins, 1811 vergrößert durch die französische Annexion der deutschen Küstengebiete sowie Teile von Berg und Westfalen, den Rheinbundstaaten sowie schließlich Preußen und Österreich. Den radikalsten Wandel erfuhren die annektierten Gebiete, gefolgt von den Rheinbundstaaten³³. Im Zuge der „äußeren Staatsbildung“ bemühte sich Napoleon das anachronistische „Dickicht der christlich-germanischen Gesellschaft“³⁴ in den Rheinbundstaaten zu entflechten. Um eine gleichmäßigere und modernere staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Infrastruktur in Deutschland zu errichten, musste er der Vielfalt der politischen

³¹ Zu den Anfängen der konservativen Bewegung in Deutschland siehe EPSTEIN, Ursprünge des Konservatismus.

³² „Gewiss, die Grundprinzipien der modernen Welt sind mit der Französischen Revolution ins Leben getreten, sie hat in der Weltgeschichte Epoche gemacht. Aber für die Deutschen ist der Umsturz der alten Ordnung reale Erfahrung erst unter Napoleon und in der Form des Militärimperiums geworden.“ NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S.11.

³³ Auch hier bestand ein Unterschiedsgefälle zwischen den napoleonischen Satellitenstaaten und den anderen Rheinbundstaaten.

³⁴ ENGELS, Deutsche Zustände, S.568.

Landkarte im Alten Reich ein Ende bereiten. Seit 1802/1803 vollzog sich unter seiner Ägide eine „territoriale Flurbereinigung“, die die Zahl der Reichsstände radikal verringerte, während die Fläche der übrig gebliebenen staatlichen Entitäten bedeutend zunahm. Deren Landesfürsten wurden für die Abtretung linksrheinischer Gebiete mehrfach entschädigt. Vor allem im deutschen Südwesten verloren viele reichsunmittelbare adlige Kleinherrschaften und freie Reichsstädte ihre Unabhängigkeit. Deren Territorien wurden von den vergrößerten Flächenstaaten Bayern, Württemberg und Baden einverleibt. Sie wurden „mediatisiert“. Auch verschwanden nach tausendjähriger Existenz fast alle geistlichen Territorien. Sie wurden „säkularisiert“, verloren also ihre Herrschaftsrechte an die weltlichen Fürsten, denen ebenso das reichhaltige Kirchengut zufiel. In der Folge wurden fast alle Klöster und Stifte aufgelöst, was auch die Entfeudalisierung des hohen Klerus einleitete. Die neue politische Landkarte und die Formation neuer Staaten waren demnach gekoppelt mit der Umwälzung jahrhundertalter politischer und gesellschaftlicher Strukturen in Deutschland. Ein gedrängter Reformschub von beträchtlichem Ausmaß setzte ein, der der „inneren Staatsbildung“ diente³⁵.

Obwohl Napoleon in Frankreich die Revolution 1799 für beendet erklärte, war er Verkünder und „Schwerträger der Revolution“³⁶ in Europa. In Deutschland gab er den Anstoß für den Umsturz fest verwurzelter Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen, gemäß seiner Vorstellung von den Zielen der Französischen Revolution³⁷. Er vermochte die Ideen von 1789 obrigkeitstaatlich zu zähmen und in einer modifizierten Form über die Grenzen Frankreichs zu exportieren³⁸. Den deutschen Verhältnissen entsprechend ging es ihm nicht um die Disziplinierung einer nicht stattgefundenen Revolution, sondern um die Disziplinierung überkommener Strukturen; nicht um die Einheit von Staat und Nation wie in Frankreich, sondern um die Geschlossenheit von Fürst und Verwaltung³⁹. Hier verhalf er dem starken und modernen Verwaltungsstaat gegenüber dem Patrimonialstaat zum Durchbruch, aber auch der Grundlegung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft auf Kosten der traditionellen Ständeordnung⁴⁰.

Der Umsturz jahrhundertalter Ordnungen und lebensweltlicher Verhältnisse, den Napoleon in Deutschland um 1800 betrieb, war fundamental wie kaum ein anderer in der deutschen Geschichte⁴¹. Die Zerstörung der traditionellen Einrich-

³⁵ Berding benutzt den Begriff „gedrängte Evolution“ in seiner Einleitung in: BERDING/FRANCOIS/ULLMANN, Deutschland und Frankreich, S. 17.

³⁶ BERGERON/FURET/KOSELLECK, Zeitalter, S. 161.

³⁷ „Ausgelöst wurde diese Umwälzung von außen durch den Export französischer Revolutionsideen im Gefolge der napoleonischen Hegemonie in Kontinentaleuropa“; LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, S. 17; DANN, Nationalismus, S. 84.

³⁸ NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 70.

³⁹ BRANDT, Der lange Weg, S. 25.

⁴⁰ NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 70.

⁴¹ Brandt geht sogar so weit, zu behaupten: „Niemals wieder sind politische Ordnungen und lebensweltliche Verhältnisse so grundstürzend verändert worden wie um 1800 – nicht 1871, nicht 1919, nicht 1945“, in: DERS., Der lange Weg, S. 17.

tungen weckte auch das Bewusstsein der Zeitgenossen für die historische Vergänglichkeit, für die Brüchigkeit ewig geglaubter Ordnungen, für die Gestaltbarkeit neuer Strukturen und für die beschleunigte Bewegung von Geschichte entlang eines Fortschrittsschemas. Neben den institutionellen Wandel trat damit ein normativer⁴². Dieses neue Geschichts- und Zeitempfinden war umso eklatanter, da die napoleonische Revolution und die Zerstörung der alten Ordnung von den übrig gebliebenen deutschen Landesfürsten tatkräftig unterstützt wurden. Aus partikularem Eigennutz untergruben sie die Legitimität der überlieferten Ordnungsfundamente in Deutschland.

Der Rheinbund sollte Frankreich nach Osten hin durch einen Puffer alliierter, strukturell verwandter Staaten absichern, die sich auch als funktionstüchtig erweisen sollten. Die Modernisierung von Staat und Gesellschaft war hierzu unerlässlich. Diese Pläne blieben wegen der Kurzlebigkeit des Rheinbundes in ihren Ansätzen stecken. Den französischen Staats- und Gesellschaftsstrukturen am nächsten kamen die napoleonischen Modellstaaten. Das zweite Glied der napoleonischen Allianz waren die süddeutschen Mittelstaaten, die die Modernisierung von Staat und Gesellschaft mit Vehemenz aufgriffen. Unberührt von den Reformen blieben vor allem die mittel- und norddeutschen Staaten, die sich später dem Rheinbund anschlossen.

Die chaotischen, restfeudalen Verhältnisse im Rechts- und Wirtschaftswesen, der „morbidie Verwaltungsschlendrian“⁴³, die gesellschaftlichen Standesunterschiede und die territoriale Herrschaftsvielfalt wichen einer Vereinfachung und Vereinheitlichung, der Eingliederung neu erworbener Gebiete und der Einebnung der Unterschiede zwischen diesen und den Stammgebieten. Diese Schritte dienten der Stärkung, Rationalisierung und Effizienzsteigerung der staatlichen Zentralverwaltung, aber auch der Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft. Statt der feudalen, kirchlichen, kommunalen, korporativen und territorialen Sonderverwaltungen und -kompetenzen, Privilegien und Immunitäten entstand eine staatliche Zentralverwaltung auf der einen und eine wesentlich ausgewogenere und wandlungsfähigere Gesellschaftsstruktur auf der anderen Seite. Der Abbau der Standesunterschiede sollte eine Gesellschaft von rechtlich gleichgestellten Bürgern herstellen⁴⁴. Politisch wurden in einigen Staaten die Einwohner freier und rechtlich ebenbürtiger als früher. In anderen wurden sie Opfer eines erdrückenden Staatsapparats. In dem

⁴² „Die Beseitigung des rechtlichen Herkommens schlug ihrerseits tiefe Krisen der Orientierung, Herrschaftswandel, Grenzverschiebungen, ja die Schaffung gänzlich neuer Staatsgebilde beendeten gewachsene Ordnungen und Loyalitäten“; ebd.

⁴³ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S. 536.

⁴⁴ Diese Zielsetzung war in dem *Code Civil* verkörpert, der die gesetzliche Grundlage für eine Gesellschaft von freien Bürgern und freiem Eigentum erzeugen sollte. Der *Code* wurde nur in einigen Rheinbundstaaten (Königreich Westfalen, Herzogtum Arenberg-Meppen, Großherzogtum Frankfurt, Großherzogtum Berg, Herzogtum Anhalt-Köthen) ohne große Änderungen eingeführt. Im Süden führte allein Baden den *Code* ein, wenn auch mit deutlichen Einschränkungen.

„richtigen Begriff der vollkommensten Gleichheit aller Untertanen“, so ein württembergisches Edikt von 1812, steckten die Absichten der Reformen in den deutschen Staaten⁴⁵. Zur Verwirklichung dieses Ideals kam es weder dort noch in vielen anderen deutschen Staaten⁴⁶. Die Residuen alter Freiheiten und Autonomien verschwanden oft zugunsten einer nivellierenden Staatsuntertänigkeit.

Rechtlich und politisch verlor der Adel nach der Mediatisierung seine Souveränität und den Anspruch auf bestimmte Ämter und Würden, die alten Steuerprivilegien und Teile seines besonderen Gerichtsstands. Im Rheinbund erhielt der ehemalige hohe Adel des untergegangenen Reiches jedoch den Sonderstatus als Standesherrn. Diesen wurde die Stellung als hoher Adel belassen. So behielten sie gemäß der Rheinbundakte die Ebenbürtigkeit in Kriminalfällen, Feudal- und Patrimonialrechte in ihren Domänen sowie einen Teil ihrer richterlichen und exekutiven Befugnisse. Für die gegängelte und geschröpfte Bauernschaft waren vor allem die weiter bestehenden Feudalabgaben und -pflichten ein Stein des Anstoßes⁴⁷. Die Koppelung von Feudalrechten und Feudalbesitz der Standesherrn und des Niederadels an das bürgerliche Besitzrecht, dessen Aufhebung nur durch Entschädigung zu bewerkstelligen sei, hat den Prozess des Übergangs von gerichts-, leib- und schutzherrlichen Bindungen zu einer autonomen bürgerlichen Eigentümergeinschaft in Deutschland auf Jahrzehnte hinausgezögert. Andererseits entsprach diese Koppelung der Kommerzialisierung und Monetarisierung, die die Feudalrechte im klassischen Sinne in Süddeutschland schon vorher zersetzt hatten⁴⁸.

In Preußen traten die Reformen erst infolge von militärischer Niederlage und Gebietsverlusten ein. Trotz Aufhebung der Erbuntertänigkeit und der gesetzlichen Verankerung der Freiheit der Berufswahl und des Grundstückserwerbs blieben dem preußischen Grundadel andere Privilegien erhalten. Er behielt weiterhin seine soziopolitischen Sonderrechte wie die gutsherrliche Polizeiaufsicht, die Patrimonialgerichtsbarkeit und das Recht der Landratswahl. Auch die höheren Dienststellen in Regierung, Verwaltung und Armee blieben den Angehörigen des Junkertums vorbehalten. Durch die Verwaltungsreform nahm zwar das Gewicht der bildungsbürgerlichen Bürokratie enorm zu, doch vermochte sie es nicht, ebenso wenig wie die anderen Reformen, die gesellschaftliche Hegemonialstellung des Junkertums zu beseitigen. Dessen vorindustrieller, vorbürgerlicher und vormoderner Habitus rettete sich über Preußen hinaus in die moderne Gesellschaft Deutschlands zuungunsten einer demokratischen Entwicklung⁴⁹.

⁴⁵ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S. 373.

⁴⁶ Zu Württemberg siehe S. 100–117.

⁴⁷ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 146 f.

⁴⁸ Ebd., 1, S. 379.

⁴⁹ Diese Entwicklung zählt laut Langewiesche zu den „Verwerfungen“ der deutschen Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. LANGEWIESCHE, Deutschland im Zeitalter, S. 181. Der französische Historiker George Lefebvre beschreibt das Resultat der preußischen Reformen treffend: „Der Bürger und der Bauer sollten am staatlichen Leben teilnehmen,

Ein radikaler Bruch mit dem Feudalismus, auch in seiner rudimentären Form, fand also nicht statt⁵⁰. Darin unterschied sich die Situation in den linksrheinisch, Frankreich zugeschlagenen deutschen Gebieten, in denen die revolutionäre, entschädigungslose Enteignung praktiziert wurde, vom restlichen Deutschland. Die Reformstaaten östlich des Rheins befanden sich somit in einer historischen Binnenphase widerstreitender Tendenzen von revolutionärer Bewegung und Beharrung, einem Zustand „normativer Polyvalenz“, einer sich auflösenden alten und einer sich anbahnenden neuen Ordnung.

Materiell brachten die Veränderungen nur wenig für die Masse der Bauern, die die Ablösungsforderungen selbst aufbringen mussten, ohne den hierfür nötigen Kredit aufnehmen zu können. Durch die günstigeren Nutzungsrechte der grundherrlichen Bauern im Süden und Westen blieben diesen die Härten erspart, die die „befreiten“ Bauern im Osten erduldeten. Das ostelbische, gutsherrliche System mit seinen erbuntertänigen Bauern war im Süden fremd. Auch Einzelfälle von Leibeigenschaft waren untypisch. Wo sie bestanden, wurden sie entschädigungslos aufgehoben, ganz im Unterschied zu den abzulösenden anderen Feudallasten. Doch blieben die Feudalabgaben, die in Renten umgesetzten Feudalleistungen, die Zehnten und sonstige Gebühren und Abhängigkeiten, neben den regulären Steuern und Ablösungszahlungen, als drückende Lasten bestehen. Andererseits vollzog sich im Süden und im Westen nicht der radikale Übergang zum großflächigen Agrarkapitalismus, der in Preußen die gesamte Wirtschaft ankurbelte. Im Süden zog sich also der Übergang zur modernen Ökonomie in die Länge; er war weniger krass als in Preußen, aber umso mehr schleppte sich die Transformationskrise hin. Auch der Abbau der Zunftprivilegien verlief zögerlich. Im Süden waren wirtschaftsliberale Überlegungen weniger ausgeprägt als in Preußen, wo in der Beamenschaft den Theorien Adam Smiths offenes Gehör geschenkt wurde.

Die militärischen Erfolge der Revolution, die unter Napoleon ihren Höhepunkt erreichten, führten zur Reform der auf Kadavergehorsam und Konskription auf der einen und aristokratischer Offizierslaufbahn auf der anderen Seite beruhenden alten Heere in den meisten Rheinbundstaaten und Preußen. Um der *Grande Armée* auch nützlich zu sein, wurden diese Heere auf eine allgemeine Wehrpflicht gestützt, die allerdings viele Schlupflöcher bot. Kampfmoral, Leistung und politische Indoktrination erzeugten einen neuen Geist und mehr soziale Mobilität in der Armee. Der Kriegsdienst in den Napoleonischen Kriegen zerrüttete dann die alten sozialen und regionalen Barrieren.

Nur so konnte Preußen sowohl dem Diktat Napoleons als Vollender des Programms der Revolution als auch den „gewaltsamen Zuckungen“ einer Revolution von unten entgehen⁵¹. Demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regie-

aber die Macht sollte dem König überlassen bleiben; die Stände sollten wegfallen, aber die gesellschaftliche Macht des Junkers erhalten bleiben; vgl. BERGERON/FURET/KOSELLECK, Zeitalter, S. 160.

⁵⁰ BRANDT, *Der lange Weg*, S. 23.

⁵¹ WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 1, S. 401.

rung schienen Hardenberg als Zeichen einer „Revolution im guten Sinn“ angemessen⁵². Krönung des Reformwerkes sollte, wie 1808, 1810 und nochmals 1815 versprochen, die Berufung einer Landesrepräsentation auf der Grundlage einer Verfassung darstellen⁵³. Die Reformen der Verwaltung, des Heeres und des Bildungssystems waren alle von praktischem Erfolg gekrönt, jedoch fern davon die angekündigten edlen, moralischen und politischen Ziele zu erfüllen. Die Elementarforderungen des politischen Liberalismus nach einer Verfassung mit Repräsentation des „eigentlichen Volkes“ und Verankerung der Grundrechte blieben unter Napoleon unerfüllt⁵⁴. Die Gewährung der Menschenrechte begrenzte sich auf den privatrechtlichen Bereich. Als neuer Stand gestärkt hervorgegangen war die hohe Bürokratie. Sie war letztlich für die politische Liberalisierung genauso verhängnisvoll, wie sie für die wirtschaftliche instrumentell war. Bürokratischer Absolutismus löste den autokratischen ab⁵⁵.

Im Unterschied zum wohl entscheidenden Schritt der Französischen Revolution, der Übertragung der Souveränität des Königs an das Volk, verankerte Napoleon in Deutschland die Souveränität des Staates. Allein der neue Beamtenstand, der zunehmend bildungsbürgerlich besetzt war, ging gestärkt hervor, vermochte aber die Zwitterstellung zwischen Staatsuntertänigkeit und freiheitlicher Bürgerlichkeit nicht zu überwinden. Dieser Zustand bewog Friedrich Engels dazu, von der „barbarischen Regierungsform des Bürgertums“ beziehungsweise von der „Bastardmonarchie“ zu sprechen⁵⁶.

Die selektive Übernahme von Errungenschaften der Französischen Revolution in Deutschland unter Napoleon, die eine staatlich gezähmte „Revolution von oben“ ermöglichte, kam den Wünschen der Landesfürsten und der bildungsbürgerlichen Bürokratie genauso entgegen wie den Wünschen der besitzbürgerlichen

⁵² MIECK, Zielsetzungen, S. 188.

⁵³ Ebd., S. 189.

⁵⁴ Napoleon führte im Königreich Westfalen 1807 eine Musterverfassung ein, die als Modell für andere Rheinbundstaaten und für eine Gesamtverfassung des Bundes gelten sollte. Aus eigener Initiative von deutscher Seite stach Bayern mit seiner Verfassung von 1808 hervor. Sie machte Halt vor der politischen Sphäre. In Württemberg wartete Friedrich I. mit einem fortschrittlichen Verfassungsentwurf erst nach dem Sturz seines Gönners Napoleon auf, im März 1815.

⁵⁵ RÜRUP, Deutschland, S. 136; WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 298 f.

⁵⁶ ENGELS, Deutsche Zustände, S. 581: „Die Aristokratie war gewillt zu regieren, aber zu schwach; das Bürgertum war weder gewillt zu regieren noch stark genug dazu, beide jedoch waren stark genug, um die Regierung zu einigen Konzessionen zu veranlassen. Die Regierungsform war daher eine Art Bastardmonarchie. In einigen Staaten schuf eine Verfassung einen Anschein von Garantie für die Aristokratie und das Bürgertum; für die übrigen gab es überall eine bürokratische Regierung“; H. BRANDT formuliert es so: „Weder gab es einen politischen ambitionierten Adel, [...] noch konkurrierte ein politisch selbstbewusstes Bürgertum mit den Fürsten um die Macht“; BRANDT, Landständische Repräsentation, S. 35. Die Bürokratie in Deutschland, in die immer mehr Bürgerliche Eingang fanden und die vom bürgerlichen Leistungs- und staatlichen Disziplinierungsprinzip geleitet wurde, entwickelte sich zu einer neuen Herrschaftselite. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S. 393.

und freiberuflichen Mittelschichten, die sich vor einer plebejischen Ausartung einer jakobinischen Revolution fürchteten.

Der Konflikt zwischen revolutionär-emanzipatorischen Tendenzen und bürokratisch-etatistischen Zielen und Mitteln macht für Nipperdey die „Dialektik der Reformen“ in Deutschland in der napoleonischen Ära aus⁵⁷. „Im Konfliktfall hatte die administrative Integration, die obrigkeitliche Zentralisierung, kurz der etatistisch-bürokratische Zug, Vorrang vor der liberalen Modernisierung der Gesellschaft, vor einer Mobilisierung der Nation und ihrer Teilhabe im Staat“⁵⁸. Für Wehler mündeten die durch die Französische Revolution, aber auch die durch die Industrielle Revolution, also der „Doppelrevolution“, auf Deutschland einwirkenden Zwänge, in eine „defensive Modernisierung“. Diese erkannte die Notwendigkeit von zeitgemäßen Reformen des Staates, der Gesellschaft, der Wirtschaft und der technischen Innovationen, solange diese nicht die Machtstrukturen des monarchisch-bürokratischen und bedingt adeligen Überstaates gefährdeten. Das war ja auch der Sinn der „Revolution von oben“: die Revolution von unten zu verhindern⁵⁹.

Sogar dieser von oben lancierte Veränderungsschub seit der Jahrhundertwende entstammte nicht der Initiative der deutschen Herrscher, sondern war von außen hereingetragen. Diesen Herrschern kam Napoleon entgegen, der in Frankreich die revolutionären Kräfte bändigte und bündelte, die Revolution staatlich monopolisierte und die individuelle sowie die gesellschaftliche Emanzipation der Staatsräson unterstellte. Die Emanzipation wurde dort begünstigt, wo sie diesen Zielen diente, aber dort gedrosselt, wo sie der Selbstherrschaft Napoleons und der in seinen Einflussbereich geratenen Landesfürsten zuwider war. Im Gewand des Fortschritts nahm die reglementierende Tendenz der autoritären Regierungssysteme neue Formen gesellschaftlicher Intervention an. „Wie nie zuvor griff jetzt der Staat unmittelbar und ohne Zwischengewalten in alle Lebensbereiche und alle Lebensläufe ein, und zwar eben als Verwaltung. Das war eine grundstürzend neue Erfahrung für jeden Untertan“⁶⁰. Der Versuch der deutschen Regierungen, der Revolution der Völker zuvorzukommen und die durch die Französische Revolution freigesetzten Energien zu bändigen und für ihre Zwecke durch eine „Revolution von oben“ zu nutzen, zeigte sich auch nachdem Napoleons Macht ihren Zenit überschritten hatte. So versuchten Österreich und Preußen die im revolutionären Nationalismus schlummernde Mobilisierungskraft in ihren wieder aufgenommenen Kampf gegen Napoleon einzuspannen, gleichzeitig aber die revolutionäre Sprengwirkung des Nationalismus einzuhegen.

Die in Deutschland von oben eingefädelt Revolution war ein Torso einer auf halbem Weg stecken gebliebenen Umwälzung. Sie setzte Urkräfte wie das Bestreben

⁵⁷ NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 70.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S. 345.

⁶⁰ NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 71.

nach Freiheit und Gleichheit frei, die sie zu drosseln und zu pervertieren suchte. Die im Ansatz abgeblockte Revolution harnte somit ihrer Vervollständigung.

3. Nationalismus und Reaktion

In verschiedenen Völkern Europas regte sich Widerstand gegen Frankreich. Die Franzosen, die unter dem Banner ausgezogen waren, die Revolution zu verteidigen und die Völker zu befreien, schlüpfen in die Rolle von Besatzern, und besonders unter Napoleon stellte Frankreich sich ihnen nicht nur revolutionär, sondern auch autoritär und imperial dar. Der Spieß der Freiheit drehte sich vorerst gegen deren Propheten um: so in Italien, Spanien und Portugal und in eingeschränkter Form in Tirol und Teilen Deutschlands. Ein teils neuer, politisch-kultureller und virulenter Nationalismus, teils von dynastischer Loyalität bestimmtes volkstümliches Begehren schlugen Frankreich entgegen. Der ausgelöste Freiheitsdrang der Völker sollte sich aber in Zukunft nicht nur gegen Fremdherrschaft, sondern auch gegen hausgemachte Unterdrücker wenden. Der griechische Freischärler Teodoros Kolokotronis sagte über die Wirkungsmacht der Französischen Revolution und Napoleons auf das Geschichtsbewusstsein der Völker: „Ich glaube, daß die Französische Revolution und die Taten Napoleons der Welt die Augen geöffnet haben. Vorher wußten die Nationen nichts, und die Völker meinten, Könige seien irdische Götter, und alles, was sie taten, sei gut getan. Jetzt ist es schwieriger geworden, die Völker zu regieren“⁶¹. Die Idee der Revolution setzte somit den alten eingewurzelten, vermeintlichen Selbstverständlichkeiten in den Gesellschaften der damaligen Zeit ein Ende. Hierfür entscheidend war der kollektive Bewusstseinswandel unter den europäischen Völkern, obgleich dieser sich unterschiedlich stark und schnell in diesen auswirkte.

In Deutschland mangelte es trotz der starken Wirkungsmacht der revolutionären Idee auf die gebildete Öffentlichkeit in Folge der Französischen Revolution an einer bedeutenden Trägerschicht und an einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung, nicht nur für eine Revolution, sondern auch für einen revolutionären Aufstand gegen eine Fremdherrschaft. So richteten die Verfechter eines aufkommenden politischen Nationalismus in Deutschland ihre Hoffnungen auf die alten deutschen Mächte als mögliche Verbündete im Kampf gegen Frankreich. In Spanien mangelte es ebenfalls an einer bürgerlichen Trägerschicht, dafür übernahm die revolutionäre Armee ersatzweise diese Funktion, gestützt durch eine volkstümliche Basis.

Der sich entfaltende deutsche Nationalismus schöpfte seine politische Kraft aus dem Widerstand gegen die französische Hegemonie, obwohl seine Anfänge auf das 18. Jahrhundert zurückgehen. Während die Französische Revolution als politischer Vollzug der Aufklärungsphilosophie betrachtet wurde, bezog der aufkommende politische Nationalismus in Deutschland seine Argumente zum großen Teil aus

⁶¹ Zitiert nach: HOBBSAWM, Revolutionen, S. 189.

dem Ideenarsenal des ideologischen Gegenlagers der Romantik und des Pietismus. In Amerika und Frankreich führte der Kampf eines aufsteigenden Mittelstandes um seine politische Partizipation und für Reformen zur vollen Übernahme der Macht. Die Erringung der Volkssouveränität, die sich erstmals seit der Antike anstelle der Souveränität des Königs etablierte, ging einher mit der Konstituierung der Nation. Dies war also ein grundlegend emanzipativer und demokratischer Akt. In Deutschland hingegen breitete sich während der napoleonischen Vorherrschaft die von einer intellektuellen Oberschicht schon im 18. Jahrhundert geförderte nationale Idee erst mit der Zunahme der antifranzösischen Stimmung aus. Der bis dahin kulturell und ethisch-universalistisch definierte Nationalgedanke eines Schillers wurde politisch und ethnisch überlagert. Der Antagonismus gegen eine fremde Nation verhalf der kollektiven Selbstfindung. Die Kristallisierung eines politischen Nationalbewusstseins in Deutschland ging nicht in erster Linie auf den Kampf gegen veraltete, feudaloide, ständische und absolutistische oder neue obrigkeitsstaatliche Machtstrukturen zurück. Im Zuge der frühen politischen Romantik erlebten das Mittelalter, der Katholizismus, die korporative Gesellschaft und die wirklichen oder vermeintlichen Prachtzeiten des Alten Reiches als Machtinstrumentarium der katholischen Glaubensgemeinschaft (noch vor der Reformation) mit seiner politischen Vorrangstellung in Europa sowie die Idee eines Volkskaiserturns eine Renaissance. Dabei erfuhr das alte, aus mehreren Nationen zusammengesetzte Reich mit seinen universalen Ideen und kosmopolitischen Ansprüchen, die ja gerade dem Katholizismus immanent waren, durch eine Geschichtsklitterung, die den Reichspatriotismus nationaldeutsch umdeutete, einen neuen Sinngehalt. Eine von Sehnsucht verklärte Vergangenheit sollte rehabilitiert und revitalisiert werden, nachdem sie von den Humanisten der Renaissance und später von der Aufklärung despektierlich als finsterstes Zeitalter in Verruf gebracht worden war und die Revolution sich ihrer entledigen wollte. Der französischen Nation als Produkt von Aufklärung und Revolution wurde die Konstituierung der deutschen Nation als romantische Wiedergeburt einer idealisierten historischen und organischen Lebensgemeinschaft entgegengesetzt⁶². Dieses nationale Argumentationsmuster widersprach dem modernen Revolutionsbegriff und erinnerte eher an das klassische und zyklische Deutungsmuster von Revolutionen.

Die Vordenker dieses Nationalismus waren Intellektuelle, vor allem Schriftsteller, die sich dem Katholizismus zuwandten, wenn sie nicht von Geburt an katholisch waren⁶³. Ihre Ideologie war auf Österreich und das Haus Habsburg als Kaiserdynastie und Symbolfigur des alten Reichspatriotismus zugeschnitten. Konkreter Anlass, sich hinter Österreich zu stellen, das sich für kurze Zeit, nach Preußens Niederlage in Jena, deutschpatriotisch und reformerisch zeigte, war dessen Aufruf zur deutschen Volkserhebung gegen Napoleon im Jahre 1809. Österreich

⁶² Siehe allgemein WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*.

⁶³ Zu den übergetretenen protestantischen Schriftstellern zählten F. Schlegel, Tieck, Novalis, Werner, Schütz, Carové und Adam Müller.

stand unter dem Eindruck des Guerillakrieges gegen die französische Herrschaft in Spanien, der Napoleon schwer zu schaffen machte. Österreichs Ruf verhallte jedoch, was die geringe Wirkungskraft dieses deutschen Nationalismus unterstreicht. Es kam einzig und allein zum Aufstand im bayerisch besetzten Tirol, dem es u. a. um die Rückkehr ins Reich der Habsburger ging, nicht aber um eine deutsche Einheit. Diese Erhebung wurde allerdings schnell unterdrückt. Statt des erhofften Guerillakrieges wie in Spanien, blieb es hauptsächlich bei regulären Kampfhandlungen, die mit der österreichischen Niederlage in Wagram endeten. Von diesem Zeitpunkt an schied Österreich bis auf weiteres aus der Koalition gegen Napoleon aus.

Die österreichische Niederlage und der konservative Umschwung Habsburgs, im Gegensatz zur preußischen Reformtätigkeit, machten Berlin zum Hoffnungsträger eines politischen deutschen Nationalismus, der sich in bildungsbürgerlichen Kreisen in den protestantischen Teilen Deutschlands entwickelte. Dieser politische Nationalismus teilte mit den politischen Romantikern die Verklärung vom deutschen Wesen, unterschied sich aber von diesen in seiner protestantischen Grundnote, in der Kritik gegenüber Adel, Standeswesen und mittelalterlichem, katholischem Universalismus⁶⁴.

Preußen, das sich ganz zurückhielt, als Österreich zur nationalen Erhebung rief, erkannte plötzlich die Wirkungskraft revolutionärer und nationaler Parolen. Diese sollten dazu dienen, den französischen Lehrmeister mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. In Anlehnung an die Französische Revolution sollte der Anschein einer Massenerhebung erweckt werden. Negative Integrationsklammer für das Bündnis Preußens und der aufkommenden deutschen Nationalbewegung war die Gegnerschaft zu Frankreich. Mobilisierungseffekt im positiven Sinne hatten die vagen Zusagen, freiheitliche Verfassungen und eine deutsche Einigung anzustreben, die zu den liberalen Grundforderungen der nationalen Bewegung gehörten. In seinem Aufruf „An mein Volk“ (17. März 1813) wandte sich König Friedrich Wilhelm III. an die preußischen Untertanen sowie an die Deutschen schlechthin. Dabei wurde nicht klar zwischen preußisch patriotischen und national deutschen Bestrebungen unterschieden. Der König bediente sich des revolutionären Exempels der nationalen Befreiung als Inspirationsquelle unter Bezugnahme auf andere Völker wie die Spanier und Portugiesen. Dieser Appell an die Unabhängigkeit von französischer Unterdrückung war nicht begleitet von Zusagen an bürgerliche Freiheit. Die kurz darauf von Russland und Preußen vereinbarte „Kalischer Proklamation“ (25. März 1813) kam auf Drängen des nun als Berater des Zaren fungierenden Freiherrn vom Stein zustande. Dieser vermochte den Zaren davon zu überzeugen, Napoleon nicht nur aus Russland zu vertreiben, sondern Deutschland, ja ganz Europa zu „befreien“. In dieser Proklamation „kündigen Seine Majestät der Kaiser von Rußland und Seine Majestät der König von Preußen den Fürsten und Völkern Deutschlands die Rückkehr der Freiheit und Unabhängigkeit an.“ Sie stünden „zum

⁶⁴ Zu diesen Unterschieden vgl. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, S. 68.

wiedergeborenen Deutschland und zu seiner Verfassung“ „aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes“⁶⁵. Während der Hundert Tage Napoleons stellte der preußische König die Gewährung einer Verfassung in Aussicht. Aus der Erkenntnis heraus, dass eine Befreiung nach außen durch eine Aussicht auf mehr Partizipation nach innen ergänzt werden muss, sahen sich Russland und Preußen genötigt zumindest in ihrer Semantik einzulenken.

Die deutsche Geschichtsschreibung ihrerseits hatte lange Zeit die Bedeutung der nationalen Bewegung im Kampf gegen Napoleon übertrieben. Spätere Forschungen haben ihre Verzeichnung als revolutionäre Erhebung gegen Frankreich relativiert⁶⁶. Sie ging von Preußen als Maßstab für alle deutschen Länder aus und sie übertrug die dortigen antifranzösischen und nationalen Stimmungen auf ganz Deutschland. Sie bejubelte die nationale Begeisterung, die Teile der gebildeten Gesellschaft erfasst hatte, als paradigmatisch für alle Bevölkerungsschichten⁶⁷. Bezeichnend war Goethes Entgegnung auf Heinrich Ludens Euphorie angesichts des vermeintlichen Erwachens und der Redewendung von der Erhebung des deutschen Volkes nach der Leipziger Schlacht von 1813: „Ist denn wirklich das Volk erwacht?“, fragte Goethe den jungen Luden. „Und ist denn jede Bewegung eine Erhebung? Erhebt sich, wer gewaltsam aufgestöbert wird? Wir sprechen nicht von den Tausenden gebildeter Jünglinge und Männer, wir sprechen von der Menge, den Millionen“⁶⁸. Für Goethe wechselte ein fremdes Joch – der Franzosen – ein anderes

⁶⁵ Ingeheim vereinbarten die zwei Partner in Kalisch, dass das Herzogtum Warschau überwiegend an Russland fallen, Preußen für die an Russland überlassenen polnischen Gebiete dagegen mit der Annexion Sachsens entschädigt werden sollte.

⁶⁶ Das Gewicht der „Freikorps“ und der „Freiwilligen Jäger“, die an der Schlacht von Leipzig teilnahmen, war nicht maßgeblich. Die Mobilisierung der preußischen Bevölkerung war zwar beachtlich, aber in ihrem Ausmaß und ihrer militärischen Bedeutung nicht gleichzusetzen mit der französischen Vergleichsfolie der *Levée en masse*. Es gab auch keine Massenerhebung und kein nationales Erwachen, sondern Dienstzwang, den viele umgehen wollten. AASLESTAD/HAGEMANN, *Collaboration*, S.547–579; PLANERT, *From Collaboration to Resistance*, S.676–705. Der wiederum dem französischen Revolutionsmuster entlehnte Begriff der „Völkerschlacht“ war den Gegebenheiten nicht gerecht. Nicht Nationen, weder die deutsche Nation noch andere, stießen hier aufeinander. Letztlich wurde die Schlacht durch stehende Heere entschieden, und zwar nicht der deutschen Armeen, sondern der russischen und preußischen Armee, zu denen später auch die österreichische gestoßen ist, abgesehen von einigen schwedischen Kontingenten. Genauso anfechtbar ist die Bezeichnung „Freiheitskrieg“; PLANERT, *Der Mythos*, passim; SCHULZE, *Staat und Nation in der Europäischen Geschichte*, S.189–208; HORST, *Mythos*, S.62–82; ECHTERNKAMP, *Aufstieg*, S.306–335.

⁶⁷ PLANERT, *Collaboration*, S.705.

⁶⁸ FRIEDENTHAL, *Goethe*, S.586. Auch die angeblich große Zahl von Studenten, die in und außerhalb Preußens freiwillig in den Krieg zogen, war viel kleiner als dargestellt, nämlich 4,9 % aller Freiwilligen. Auch in den sogenannten Freikorps spielten sie eine relativ bescheidene Rolle. Auch die militärische Rolle der Freiwilligen war nur von symbolischem Wert. Ausschlaggebend waren die regulären Truppen und die Kriegführung nahm die Züge eines konventionellen Fürsten- und Kabinettskrieges an. Auch die Darstellung Preußens, dessen König das Volk zu den Waffen rief, entstellte die Wirklichkeit. Friedrich Wilhelm III. zog

ab, nämlich das des russischen und österreichischen Reiches im Verbund mit Preußen⁶⁹. „Auf einen deutschen Nationalstaat hoffte in den Jahren vor 1815 nur eine gedanken- und wortmächtige Minderheit gebildeter Deutscher“⁷⁰.

Die national gesinnte Intelligenz, die auf Preußen setzte, vermochte schlicht nicht auf das Mittelalter als Vergleichsfolie zurückzugreifen, weil Preußen damals noch nicht existierte. Andererseits wurde Preußen von Volkstumsideologen wie Ludwig Jahn zum deutschesten und ethnisch reinsten aller Staaten umgedeutet. Nichts war absurder, als Preußen urwüchsig deutsche Eigenschaften zu attestieren. Es war eine bewusste politische Schöpfung der Fürsten, die auf einem eigenen Ethos beruhte. Preußens Grenzen variierten stark im Laufe der Geschichte. Die ethnische Zusammensetzung war bei Weitem nicht nur deutsch.

Die zentrale Stellung der Armee überschattete die bürgerlichen Tugenden und die militärischen Strukturmerkmale, wie klare Hierarchie, Autorität, Gehorsam und Treue, sickerten in die Zivilgesellschaft ein und wurden zu preußischen „Sekundärtugenden“. Hierzu zählten auch strenge Arbeitsethik und Dienstbeflissenheit sowie eine gewisse Askese, die im Junkertum und im Pietismus verankert war. Der zwar politisch geschwächte Adel genoss jedoch hohes Ansehen und gesellschaftliche Macht. Dessen Tugenden flossen ebenfalls in das preußische Ethos ein. Während die Armee der äußeren Macht diente, beruhte die innere Macht des Staates auf der zunehmend bildungsbürgerlich besetzten Verwaltung. Pietistische Ethik und aufgeklärter Absolutismus veranlassten Friedrich II. zum Ausspruch, „erster Diener seines Staates“ zu sein. Die patrimonialstaatliche Auffassung seines Vaters wich einer obrigkeitlichen Souveränität des monarchischen Staates, die den napoleonischen Reformen zuvorkam. Dieser Etatismus ging allerdings so weit, dass der preußische Staat immer in der Gefahr stand zum nicht mehr hinterfragten Selbstzweck zu werden⁷¹.

Die Aufklärung wurde gefördert, solange sie nicht die Herrschaftsfundamente zu untergraben drohte. Politisch blieb der Preuße entmündigt, nur im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich konnte er sich entfalten. Oder wie es Kant mit der Forderung nach mehr bürgerlichen Freiheiten in dem Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ ausdrückt: „Räsoniert, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht!“ Wie es um die Freiheit unter der preußischen Aufklärung unter Friedrich II. stand, lässt sich am Schreiben des wichtigsten Repräsentanten der deutschen Aufklärung Gotthold E. Lessing an Friedrich Nicolai vom 25. August 1769

widerwillig in den Krieg gegen Frankreich, unter massivem Druck der Generäle und vom Steins. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 1, S. 525 f.; BRANDT, *Der lange Weg*, S. 49.

⁶⁹ Goethe fährt fort, in der Kontroverse mit Luden: „Und was ist denn errungen worden? Sie sagen: die Freiheit, vielleicht aber würden wir es richtiger Befreiung nennen – nämlich Befreiung nicht vom Joche der Fremden, sondern von einem fremden Joche. Es ist wahr, Franzosen sehe ich nicht mehr, und nicht mehr Italiener, dafür aber sehe ich Kosaken, Baschkiren, Kroaten, Magyaren“; FRIEDENTHAL, *Goethe*, S. 586.

⁷⁰ WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, S. 70.

⁷¹ SCHLENKE, *Preußen*, S. 12.

ablesen: „Sagen Sie mir von Ihrer Berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben ja nichts [...]. Lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen, der gegen Aussaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte. Wie es itzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht: Und Sie werden bald die Erfahrung machen, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist“⁷². Trotz vieler Fortschritte blieben die Hoffnungen der Reformäre auf mehr politische Partizipation und verfassungsmäßig garantierte Grundfreiheiten auf der Strecke.

Eine undemokratische und antifranzösische Tiefendimension dieses preußenfreundlichen Nationalismus verbarg sich in seiner protestantisch-pietistischen Ausrichtung⁷³. Innere Einkehr, Quietismus und apolitische Haltung widersprachen liberaldemokratischer Grundhaltung. Die preußische Bildungsreform folgte weitgehend diesem kulturanthropologischen Ansatz. „Kultur“ wurde zur Chiffre des deutschen Charakters im Gegensatz zur „welschen“ beziehungsweise westlichen und „jüdischen Zivilisation“⁷⁴.

Zum bürgerlichen Kampf gegen die Aristokratie oder den Absolutismus wie in Frankreich reichte es in Deutschland nicht, sondern nur zum Schulterchluss von Bürgertum mit den alten gesellschaftlichen und politischen Eliten im postreformierten Preußen gegen die Franzosen. Letztere verkörperten nicht nur den politischen Gegner in ihrer Rolle als fremde Besatzer, sondern den ultimativen anthropologischen Widersacher. Diese Grundhaltung tradierte sich später unheilvoll fort.

Der Wunsch in den südlichen und westlichen Gebieten Deutschlands sich Napoleons zu entledigen, war vornehmlich bedingt durch die französische Ausbeutung sowie das Hausen französischer Truppen und schlug großenteils nicht in deutsch-nationale Emotionen um. In den linksrheinischen Gebieten hielten sogar profranzösische Gefühle, die verquickt waren mit den fortschrittlichen, in den linksrheinischen Gebieten eingeführten französischen Institutionen, weiter an. Die sich zuerst im Rheinbund und nach Napoleon im Konzept des „Trias“ abzeichnende Möglichkeit eines föderalen Zusammenschlusses südwestdeutscher Staaten, welche der Hegemonie Österreichs und Preußens standhalten könnten, bot eine andere kollektive Identitätsklammer als die deutsch-nationale. Sie stellte eine Variante

⁷² Vgl. RILLA, Lessing, S. 139.

⁷³ Der pietistische Strang im deutschen Nationalismus fand in der Innerlichkeit, der Charakterformung dienenden Bildung und der politischen Abstinenz sein Heil, die früher als mittelständische Tugenden gegen den äußerlichen Manierismus und den Ränkespielen der aristokratischen Machteliten in der deutschen Hofwelt vorgebracht wurden, die das affektierte Verhalten des französischen Adels nachzuäffen versuchten. Diese aus der Not eines kleinstädtischen und kleinbürgerlichen Mittelstandes im 18. Jahrhundert herrührende Selbstrechtfertigung wurde zu einer bürgerlichen Redlichkeit uminterpretiert, die dann vom deutschen Nationalismus zur deutschen Tugend schlechthin hochstilisiert wurde. Hier kamen ein apolitischer Quietismus zusammen mit antiwestlicher Haltung; vgl. ELIAS, Zivilisation 1, S. 1–64; BERLIN, The Roots of Romanticism, S. 57–147.

⁷⁴ ELIAS, Zivilisation 1, S. 9.

eines „föderativen Nationalismus“ dar⁷⁵. Die vom württembergischen König Wilhelm I. lancierte Triasidee lebte fort, auch nachdem sie offiziell auf Drängen Österreichs und Preußens aufgegeben werden musste. Diese Idee versuchte den neuen Landespatriotismus mit föderalem, deutschem Nationalismus entweder staatlich zu verankern oder ein politisches Bekenntnis zum partikularen Staat und kulturelles Bekenntnis zur deutschen Nation miteinander zu verknüpfen.

Napoleons Siegeszug durch Deutschland war, wie sich mehr und mehr herausstellte, auch der Ausgangspunkt für einen neuen Landespatriotismus, der einhergehend mit dem Zusammenschweißen neuer Länder, der Herausbildung von Einheit stiftender Identitäten auf Kosten früherer ständischer und korporativer Bezüge. Nach Napoleons Sturz sollte der neue Landespatriotismus in einer neuen Verfassung verankert werden. Allerdings, je mehr die Hoffnungen, die mit diesem Konstitutionalismus verknüpft waren, enttäuscht wurden, desto mehr Nährboden fand eine neue Opposition, die dann ab 1830 zutage trat. Landespatriotismus und Verwirklichung des Konstitutionalismus waren vor allem für die Liberalen im Süden eng miteinander gekoppelt. Diese Verquickung von Landes- und „Verfassungspatriotismus“ stand einem föderalen Nationalismus nicht konträr, sondern komplementär gegenüber. Karl von Rotteck, bedeutendster Vertreter des süddeutschen Liberalismus im Vormärz, vertrat einen Föderalismus, in dem die freiheitliche Ordnung der Einzelstaaten der Sockel war, auf dem die Einheit beruhen sollte. In diesem Sinne lautet sein bekannter späterer Spruch auf dem Badenweiler Fest 1832: „Ich will die Einheit nicht anders als mit Freiheit, und will lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit. Ich will keine Einheit unter den Flügeln des preußischen oder österreichischen Adlers [...]. Ein Staatenbund ist, laut Zeugnis der Geschichte, zu Bewahrung der Freiheit geeigneter als die ungeteilte Masse eines großen Reiches“⁷⁶. Aber Rotteck wollte auch nicht die einheitliche Republik, weil der Weg zu einer solchen schauerlich wäre und weil er jede äußere Form einer stark ausgeprägten Einheit ablehnte. Dieser föderale Patriotismus tat sich auch schwer mit den romantischen und „teutomanischen“ Charakterzügen des deutschen Nationalismus zu Beginn des Jahrhunderts, denn er war grundlegend rationalistisch begründet und von westlichen und liberalen Staatstheorien beeinflusst. In der Badenweiler Rede betont Rotteck zu allererst: „Ich will keine Einheit, die uns in Gefahr setzt, in einen Kriegszug gegen die uns natürlich Verbündeten geschleppt zu werden“⁷⁷.

Die Restauration in Deutschland vermochte weder die alte Ordnung wiederherzustellen, noch beabsichtigte sie es. In der politischen Landschaft zeichneten

⁷⁵ LANGEWIESCHE, *Föderativer Nationalismus*, S.55–81; BILLINGER, *Good and True Germans*, S.105–140; SCHUCK, *Rheinbundpatriotismus*; SCHMITT, *Germany without Prussia*, S.9–39.

⁷⁶ TREITSCHKE, *Deutsche Geschichte* 4, S.260. (Hervorhebung Gad Arnsberg); WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, S.83.

⁷⁷ TREITSCHKE, *Deutsche Geschichte* 4, S.260.

sich unumkehrbare Prozesse ab, obwohl die napoleonischen Satellitenstaaten aufgehoben wurden: Staaten entstanden neu, Grenzen wurden verschoben und neu gezeichnet. Die Vielfalt von Staaten und Entitäten des Alten Reiches war passé und so auch die feudale, altständische und patrimoniale Struktur, das Durcheinander an sich überschneidenden Loyalitäten. Die Säkularisierung und Mediatisierung wurden nicht rückgängig gemacht. In den linksrheinischen, ehemals annektierten Gebieten, blieben die französischen („rheinischen“) Institutionen erhalten. Hingegen verschob Preußen seine Präsenz nach Westen, während Österreich auf seine ehemaligen deutschen Territorien, zugunsten derer im Süden und Osten Europas verzichtete. Abgesehen von der Kleinstaaterei im thüringischen Raum blieb das Prinzip der Flurbereinigung erhalten. Das „monarchische Prinzip“ ging gestärkt auf Kosten des repräsentativen hervor, der bürokratische Verwaltungsstaat baute seine Macht aus und das politische Gewicht der Standesherrn nahm an Bedeutung zu. Die Rückkehr zur alten Gesellschaft war ausgeschlossen, aber der Übergang zur neuen bürgerlichen Gesellschaft und zu einem politischen Liberalismus wurde sehr verlangsamt. Die Restauration setzte alles daran, den Ausbruch von Revolutionen, wo auch immer, zu verhindern. Damit erkannte sie jedoch die Wirkungsmacht der revolutionären Idee an.

Der Umsturz der vermeintlich gottgewollten Ordnung und die Genesis des modernen Staates gingen einher mit der Ausweitung der politischen Öffentlichkeit und der Konstituierung der bis heute gültigen politischen Hauptströmungen⁷⁸. Damit verbunden war das ständige Vordringen des Bürgertums, das sich als Repräsentant der sich abzeichnenden neuen Ordnung im Zeitalter der Revolution verstand. Ein Teil des Bürgertums wurde in die politische und gesellschaftliche Elite integriert. Ein anderer Teil kämpfte als Opposition für die bürgerliche Emanzipation. War in der Restaurationsära die Revolution augenscheinlich besiegt, so konnte ihr Geist nicht zerstört werden. Auch die „von oben“ lancierten, manifesten Erschütterungen der alten Ordnung schufen einen neuen „Erwartungshorizont“, der die Regierungen in Zugzwang brachte. Fortschritt und Entwicklung gehörten nunmehr nicht nur zum neuen Vokabular, sondern schufen eine Eigendynamik. Je mehr die von oben gesteuerten Reformen ins Stocken gerieten, desto stärker wurde der Oppositionsgeist von unten. Gerade dort wo die alte Ordnung aus den Fugen geriet, wo es zur „Durchtrennung traditioneller Loyalitäten“⁷⁹ kam, wo in der napoleonischen Ära das politische Bewusstsein der Menschen geschärft und sich ihre Neigung zu politischer Opposition verstärkt hatte, bildeten sich später die Zentren des Liberalismus des 19. Jahrhunderts. So in Baden, in der bayerischen Pfalz, in Teilen Württembergs und Hannovers sowie in den westlichen Provinzen Preußens⁸⁰. Allgemein gesagt blieb im Süden und Westen viel von den freiheitlich-emanzipatorischen Impulsen der revolutionären und der napoleoni-

⁷⁸ VALJAVEC, Entstehung der politischen Strömungen, passim.

⁷⁹ SHEEHAN, Liberalismus, S. 14.

⁸⁰ Ebd.

schen Ära erhalten, die in den norddeutschen Staaten im Zuge der Restauration wieder verschüttet wurden⁸¹.

Die während der „Freiheitskriege“ entfachte und vor allem von Preußen genährte Hoffnung auf verfassungsmäßig verankerte innere Freiheit und auf eine deutsche Vereinigung nach einem Sieg über Frankreich wurde jedoch bald enttäuscht⁸². Der im Artikel 13 der Deutschen Bundesakte von 1815 ausgehandelte Kompromiss, wonach in „allen Bundesstaaten [...] eine landständische Verfassung“ eingeführt werden sollte, verwässerte das Verfassungsversprechen und bot durch das Beiwort „landständisch“ die Möglichkeit, von der Vorstellung eines modernen Verfassungsstaates abzurücken⁸³. Es bildete sich eine breite Palette von Deutungsmustern dieses Verfassungsparagraphen für die Staaten des Deutschen Bundes, von frühkonstitutionellen Verfassungen vorwiegend im Südwesten bis hin zu verschiedenen Formen von berufs- und altständischen Verfassungen, wohingegen vor allem in Österreich und Preußen gesamtstaatliche Verfassungen ganz ausblieben⁸⁴. Die Idee der nationalen Einheit wurde von allen Bundesstaaten abgelehnt, da sie ihre partikulare Existenz untergraben hätte. Doch gerade die Zusicherung eines konstitutionellen Systems und die Einheitsidee wurden in national-liberalen Kreisen beschworen. Mehr noch – auf der Suche nach einer eigenen Identität – verschärfte und betonte die deutsche Nationalbewegung den Gegensatz zu Frankreich, also dem Land, aus dem sie doch die moderne Nationalidee übernommen hatte. Mit zunehmender Enttäuschung der national-liberalen Kreise über die unerfüllten Erwartungen richteten diese ihren Unmut gegen die restaurativen deutschen Mächte mit dem Wartburgfest als ostentative Kundgebung. Diese reagierten mit Repressionen. Letztere wiederum verstärkten den Extremismus der nationalen Kreise, die sich eine eigentümliche Ideologie mit deutschtümelnden, teils liberalen, teils demokratischen und republikanischen Merkmalen aneigneten. Der harte Kern der Bewegung, der aus den „Deutschen Bünden“ und aus den Burschenschaften hervorgegangen ist, waren die sogenannten studentischen „Schwarzen“ in Gießen unter Karl Follen⁸⁵. Deren Entwurf für eine deutsche Reichsverfassung von 1819 enthielt auch republikanisch-demokratische Grundzüge. Überdies bekannte sich Follen zum radikalen Jakobinismus Robespierres, bejahte den Terror als legitimes politisches Mittel, um eine egalitäre, tugendhafte Republik zu erzielen. Nichtsdestotrotz bestimmte gemäß der Grundhaltung der „Schwarzen“ ein fieberhafter christgermanischer, teutoma-

⁸¹ BOTZENHART, Reform, S. 73.

⁸² Ein aufschlussreiches Beispiel für die Entfremdung zwischen Preußen und der Nationalbewegung bietet der Konflikt um den „Tugendbund“, der unter dem Einfluss Preußens gegründet worden war. Dieser ging 1816 in die Opposition, da man in seinen Reihen darüber enttäuscht war, dass der preußische König sein Versprechen, eine Verfassung zu gewähren, nicht einhielt; siehe DANN, Geheime Organisation, S. 418.

⁸³ RÜRUP, Deutschland, S. 128.

⁸⁴ In Österreich bestanden ständische Verfassungen in den einzelnen Landesteilen, in Preußen bestanden provinzialständische Verfassungen.

⁸⁵ Die Bezeichnung geht auf die schwarze altdeutsche Tracht zurück, die diese getragen haben.

nischer und jüdenfeindlicher Geist diesen Entwurf. Die erste Fassung vertrat auch altdeutsche ständische Vorstellungen, die bald gestrichen wurden. Die militärisch-turnerische Ertüchtigung im Geiste Jahns spielte eine wichtige Rolle. Der revolutionäre Ansatz der von Follen später in Jena gegründeten „Unbedingten“ beruhte einerseits auf dem Individualterror als Mittel zum Sturz der „Zwingherren und ihrer Knechte“, wobei den studentischen Verschwörern die revolutionäre Führungsrolle zukam, andererseits auf der Erwartung einer spontanen Erhebung des Volkes. Wie die beiden Elemente dieses revolutionären Ansatzes miteinander in Einklang zu bringen waren, blieb unklar⁸⁶. Die Ermordung des Lustspieldichters und russischen Agenten August von Kotzebue durch den radikalen Studenten Ludwig Sand gab schließlich den Anlass für einschneidende Schritte gegen die „Demagogen“, wie die Radikalen genannt wurden. Am 20. September 1819 kam es zum Erlass der Karlsbader Beschlüsse. In deren Folge wurden die Burschenschaften verboten, scharfe Kontrollen über die Universitäten verhängt, radikale Dozenten aus dem akademischen Betrieb entfernt, Berufsverbot gegen Radikale verfügt, eine Vorzensur über Schriften bis zu zwanzig Bänden (320 Seiten) erlassen und eine „Zentraluntersuchungskommission“ (ZUK) eingesetzt, die „revolutionäre Umtriebe“ in den Ländern des Deutschen Bundes unterbinden sollte⁸⁷. Jegliche politische Aktivität musste fortan getarnt unter der Maske volkstümlicher Feste, unter dem Gewand von Lesezirkeln und Kulturvereinen und anderem mehr betrieben werden.

Die von der nationalen Bewegung erhoffte Einheit und Konstitutionalisierung Deutschlands blieb aus. Sie verlor ihre österreichischen und preußischen Mentoren und radikalisierte sich. Nun kehrte sie ihre Spitze gegen Relikte des *Ancien Regime* und gegen die Knebelung der inneren Freiheit durch die Einzelstaaten. Die befristete Allianz mit den Obrigkeitsstaaten zerbrach. Diesen hatte der Freiheits- und Einheitsdrang als Antrieb gedient, um gegen die französischen Besatzer vorzugehen.

4. Repression und revolutionäre Gegenbewegung

Seit den 1820er Jahren flaute der chauvinistische Nationalismus zugunsten einer liberalen und republikanischen Opposition ab. Der Kampf gegen die fremden Besatzer war vorbei. Jetzt rückte der Kampf gegen die Repressionen der eigenen Regierungen in den Vordergrund. Die staatenübergreifenden, gesamteuropäischen Dimensionen der staatlichen Unterdrückung belebten im Gegenzug völkerverbindende Ideologeme und internationale Kontakte unter ihren konsequentesten

⁸⁶ BRANDT, *Restauration*, S. 16–19, 121–131; GRAB, *Von Mainz nach Hambach*, S. 59ff. Zu Follen und den „Schwarzen“ siehe auch HAUPT, Karl Follen; sowie BOCK, *Vormärz oder Restauration*, S. 27ff.

⁸⁷ WEBER, *Die Mainzer Zentraluntersuchungskommission*; BÜSSEM, *Die Karlsbader Beschlüsse*.

Widersachern: den nationalen Bewegungen, den entschiedenen Liberalen, den Republikanern und Demokraten oder gar den Frühsozialisten. Die gemeinsame Verfolgung erweckte den Sinn für den gegenseitigen Beistand und die Solidarität der Völker untereinander im Kampf um ihre Emanzipation. Statt vermeintliche oder wirkliche Unterschiede zwischen den Nationen hervorzuheben, richtete die grenzüberschreitende neue Oppositionsbewegung ihr Augenmerk auf die gemeinsamen, universalen Ideen des Kampfes der Nationen für Freiheit und Gleichheit. Diese Grundprinzipien der Revolutionsära galten nicht nur innerhalb der Nationen, sondern auch unter ihnen⁸⁸.

Im Jahre 1824 zählte die Mehrheit der Bevölkerung in Europa zu der Generation, die seit Ausbruch der Französischen Revolution geboren worden war. Die blutigen Ereignisse der Französischen Revolution und der Druck der napoleonischen Herrschaft spielten sich in ihrer Kindheit ab und entbehrten der Relevanz für ihre Sozialisation. Die Französische Revolution und Napoleon erfuhren eine neue Wertschätzung⁸⁹. Einen wichtigen Beitrag dazu leisteten die Schriften Madame de Staëls, Mignets, Thiers und Buonarrotis. Nicht nur die Revolution, sondern vor allem deren republikanische Ideale, erlebten hier eine Renaissance. Hierbei spielten auch das wiedererwachte Interesse an den Schriften Rousseaus und die Bewunderung für die Vereinigten Staaten von Amerika eine wichtige Rolle. Buonarroti und die Schriften französischer und englischer Frühsozialisten griffen das Problem der sozialen Not in der Vor- und Frühphase der Industriellen Revolution auf. Ein kämpferischer Liberalismus und Radikalismus machte sich in verschiedenen Teilen Europas, auch innerhalb der katholischen Kirche bemerkbar. Besonders bezeichnend war hierfür Lamennais' aufsehenerregende Schrift von 1828⁹⁰. In Deutschland setzte sich die Romantik von der „germanischen“, ethnisch definierten, xenophoben Nationalbewegung des ersten und zweiten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts ab. Sie suchte den Anschluss an die europäische Romantik westlichen Einschlags, die in der Liebe zum Vaterland keinen Grund sah andere Nationen zu hassen, die den nationalen Befreiungskampf als universales Gut betrachtete, das der Solidarität der Völker bedurfte⁹¹. Romantischer Nationalismus und internationale Solidarität gingen sogar ein Bündnis ein, wie dies der europaweite Philhellenismus bewies⁹².

⁸⁸ Für diesen Gesinnungswandel in den 1820er Jahren von einem deutschtümelnden Nationalismus zu einer radikalen, auf internationaler Zusammenarbeit beruhenden revolutionären Tätigkeit, ist K. Follen ein bezeichnendes Beispiel. Hierzu ausführlicher S. 70, 133.

⁸⁹ HOBBSAWM, *Revolutionen*, S. 205.

⁹⁰ *Les Progrès de la révolution et de la guerre contre l'église*. Lamennais, bis dahin ein bedeutender Verfechter ultramontaner und monarchistischer Ideologie vollzog mit dieser Schrift einen spektakulären Wandel zugunsten einer demokratischen Grundhaltung.

⁹¹ Hobsbawm spricht vom Geist des Internationalismus der Jahre 1830–1848, HOBBSAWM, *Revolutionen*, S. 265. Die Anfänge gehen auf die 1820er Jahre zurück.

⁹² ARTZ, *Reaction and Revolution*, S. 184. Den alten Gegensatz zwischen französischer und deutscher Romantik anhand des Patriotismus drückte Heine so aus: „Der Patriotismus der Franzosen besteht darin, daß sein Herz erwärmt wird, durch diese Wärme sich ausdehnt, sich erweitert, daß es nicht bloß die nächsten Angehörigen, sondern ganz Frankreich, das

Heine, der herausragende Vertreter dieser neuen Generation in Deutschland, zog einen klaren Trennungsstrich zur älteren Generation: „Ich habe bei dem Wort Patrioten die Jahreszahl 1813 hinzugefügt, um sie von den heutigen Vaterlandsfreunden zu unterscheiden, die nicht mehr von den Erinnerungen des sogenannten Freiheitskrieges zehren“⁹³.

Die neue oppositionelle Gegenbewegung in weiten Teilen Europas griff auf die Idee der Revolution zurück, als adäquate Antwort auf Eigenherrschaft, staatliche Repression, externe Unterdrückung, religiösen Obskurantismus, aristokratischen Eigendünkel und materielle Not. Die ersten gewaltsamen Ausbrüche dieser neuen internationalen Emanzipationsbewegung fanden 1820 in Spanien statt, gefolgt von Neapel, Portugal, Piemont und Griechenland. Diesmal war Frankreich nicht das Epizentrum, was sich im weiteren Verlauf der europäischen Revolutionen als Ausnahme erweisen sollte. In Frankreich wurden einige liberale und demokratisch-republikanische Verschwörungsversuche aufgedeckt und in Russland kam es 1825 zum fehlgeschlagenen Aufstandsversuch der Dekabristen. In allen Fällen waren es maßgeblich revolutionäre Militärs, die sich verschworen hatten und die durch einen gewaltsamen Staatsstreich ein Fanal für eine Revolution setzen wollten⁹⁴.

Eine Verschwörung von liberalen und radikalen Politikern, Diplomaten und Offizieren, an deren Spitze sich der Brigademajor Rafael del Riego stellte, führte 1820 in Spanien zu einer Militärrevolte, der eine volkstümliche Revolution, gestützt von weiten Teilen der Armee folgte. Gemäß dem gemeinsamen Plan erhob sich del Riegos Bataillon am 1. Januar und gab mit einem Aufruf an Volk und Armee – *Pronunciamiento* – das Zeichen für den allgemeinen Aufstand gegen König Ferdinand VII., der kurz nach seiner Rückkehr auf den Thron 1814 die liberale Verfassung von Cádiz (1812) per Staatsstreich aufgehoben hatte. Direkter Anlass der Erhebung von 1820 war die Weigerung der meuternden Truppen, die abgefallenen lateinamerikanischen Kolonien zurückzuerobern. Diese vom Militär eingeleitete „gesetzmäßige Revolution“ setzte die rechtmäßige Verfassung von 1812 wieder in Kraft. Diese Konstitution kam der französischen von 1791 nahe. Sie war die fortschrittlichste zu Beginn der Restaurationsphase in Europa und entsprach den Vorstellungen der spanischen *Liberales*. Die spanische Erhebung diente als Vorbote für andere Aufstände im Mittelmeerraum und die Verfassung von 1812 diente als Modell für die anderen in Aufruhr geratenen Länder. Mit Hilfe österreichischer und französischer Bajonette wurden die Aufstände in Italien und in Spanien niedergeschlagen. In Portugal hatte die absolutistische Hofpartei wieder das Ruder

ganze Land der Zivilisation mit seiner Liebe umfaßt. Der Patriotismus des Deutschen hingegen besteht darin, daß sein Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht, wie Leder in der Kälte, daß er das Fremdländische haßt, daß er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur ein enger Teutscher sein will“; HEINE, Die Romantische Schule, in: DERS., Sämtliche Werke (Windfuhr) 8/I, S. 141.

⁹³ HEINE, Die Romantische Schule, in: DERS., Sämtliche Werke (Windfuhr) 8/I, S. 235.

⁹⁴ Siehe Kapitel I.A.5.: Das neue Modell der Revolution.

übernommen. In Frankreich wurden die Verschwörungsversuche vorzeitig aufgedeckt und in Russland die Militärrevolte der Dekabristen durch linientreue Einheiten schnell unterdrückt.

Von allen Erhebungen und Erhebungsversuchen hatte allein der griechische Aufstand von 1821 anhaltenden Erfolg. Dieser erweckte in ganz Europa und sogar in der neuen Welt eine ungeheuere Sympathiewelle. Liberale, Demokraten und Romantiker neuen Schlages formierten sich unter dem Sammelbegriff Philhellenismus zu einer ideologisch definierten, grenzüberschreitenden Bewegung. Diese begnügte sich nicht nur mit Solidaritätskundgebungen und materieller Hilfe, sondern stellte auch Freiwillige, die sich an dem Kampf gegen die Osmanen beteiligten. Der Berühmteste unter ihnen war Lord Byron, der seinen Einsatz mit dem Leben bezahlte. Im Philhellenismus vermischten sich auch religiöse und kulturelle Momente, waren doch die Griechen Teil des christlichen Abendlandes und Hort der europäischen Zivilisation. Dem gegenüber stand das morsche Osmanische Reich, das den Freiheitskampf der Hellenen brutal zu unterdrücken versuchte. Die breite Plattform der Argumente für einen Beistand ermöglichte auch Staaten konträrer politischer Systeme, Solidarität mit den Griechen an den Tag zu legen. Für Russland, England und Frankreich bot sich hier eine Gelegenheit, die öffentliche Meinung in ihre machtpolitischen Interessen einzuspannen. Das ideologische Lager des Philhellenismus war jedoch deckungsgleich mit den Kräften, die für die Emanzipation der Völker kämpften. Die Sympathie für die Freiheit der Griechen verdeckte das eigene Freiheitsstreben etwa in Deutschland oder Frankreich. All die Hoffnungen auf die eigene Freiheit wurden auf den griechischen Aufstand projiziert.

In Europa zeichneten sich ideologische Lager anstelle von nationalen Idiosynkrasien ab. Heine verzeichnete diesen Geisteswandel, wie schon erwähnt, als er 1828 konstatierte, es gäbe jetzt in Europa keine Nationen mehr, sondern nur Parteien. Es schien, „als sei man auf dem Wege zu einer europäischen Gesellschaft, in der sich nur noch die zwei großen Lager des ‚Fortschritts‘ und der ‚Bewahrung‘ gegenüberstanden“⁹⁵. Diese Lagerbildung weitete sich auch auf Amerika aus. Dort fochten die lateinamerikanischen Kolonien um ihre Unabhängigkeit. Mit der Monroe Doktrin von 1823 bezogen die Vereinigten Staaten Position für die Bewegungspartei⁹⁶. Ideologien spielten wieder eine zunehmend wichtigere Rolle und zwar über staatliche und ethnische Grenzen hinweg. Karl von Rotteck meinte: „In den Bewegungen unserer Zeit ist – mächtiger waltend und weiter reichend als

⁹⁵ RÜRUP, Deutschland, S. 145.

⁹⁶ Die Doktrin war gegen den Reaktionskurs der Heiligen Allianz gerichtet, die sich anschickte, die spanischen Rückeroberungspläne in Lateinamerika zu unterstützen. Sie galt auch dem schleichenden Eindringen Russlands von Alaska aus entlang der amerikanischen Westküste bis Kalifornien. Die Vereinigten Staaten befürchteten einen reaktionären Zangengriff und legten mit einem republikanischen Bekenntnis den globalen Interventionsabsichten der europäischen Beharrungskräfte einen Riegel vor. BERGERON/FURET/KOSELLECK, Zeitalter, S. 228.

in irgendeiner der früheren – ein vorherrschend geistiger Charakter, ein Kampf um Ideen erkennbar“⁹⁷.

Waren Heine, Börne, Büchner und das „Junge Deutschland“ die literarischen Repräsentanten des radikalen Flügels der Bewegungspartei, so bildete sich unterhalb dieser „Spitze des Eisbergs“ seit den zwanziger Jahren eine kritische Intelligenz in West- und Zentraleuropa, die sich aus überschüssigen, um einen angemessenen Arbeitsplatz kämpfenden Akademikern rekrutierte und deren Zahl in den dreißiger und vierziger Jahren noch erheblich zunahm. Diese standen oft vor verschlossenen Türen auf der Suche nach einer Beamtenstelle im staatlichen Dienst, der damals noch die wichtigste Berufslaufbahn vor allem für die Juristen unter ihnen war. Der Ausschluss liberal und national gesinnter Professoren von der Hochschultätigkeit infolge der Karlsbader Beschlüsse von 1819 verschlimmerte die Lage. Die Studenten wiederum, deren Zahl ebenfalls stark zunahm und die sich oft materiell sehr beschränken mussten, standen vor immer düsteren Berufsperspektiven. Der sich stark entwickelnde Bücher- und Zeitungsmarkt bot manchen eine alternative Beschäftigung als politisch engagierte Publizisten. Diese Intelligenz war oft genötigt, sich vom Ausland aus zu betätigen, um sich frei von Zensur und Repressalien artikulieren zu können. Aus ihrer Ungebundenheit und existenziellen Unsicherheit erklärt sich auch ihre kritische Haltung gegenüber den bestehenden politischen und sozialen Verhältnissen in Deutschland und in Europa⁹⁸. Einige von ihnen scheuten auch nicht das direkte politisch-revolutionäre Engagement im geheimen „Männer- und Jünglingsbund“⁹⁹.

Die in der Folge der Karlsbader Beschlüsse eintretende Verfolgung der nationalen Elemente und Kräfte, die eine repräsentative Verfassung, ob liberal oder demokratisch, anstrebten, ließ allmählich eine neue, radikale Opposition entstehen. Nationalismus war fortan nicht mehr notwendigerweise mit Hass auf Frankreich gleichzusetzen. Gemeinsame Feinde waren in den Augen dieser neuen radikalen Opposition der Deutsche Bund, allen voran natürlich Österreich und Preußen. Nationalismus war nicht mehr mit Chauvinismus synonym. Nationale Befreiungskämpfe anderer Völker wie der Griechen stießen in Deutschland ebenso auf Sympathie, wie der Kampf revolutionärer Kräfte gegen die autokratischen Regime in Spanien, in Neapel und Piemont, in Russland (Dekabristen) oder in erster Linie in Frankreich¹⁰⁰. Seit Ende 1819 suchte die radikale deutsche Opposition den Anschluss an das Ausland. Die Wiederentdeckung der Sympathie für Frankreich

⁹⁷ SHEEHAN, Liberalismus, S. 24.

⁹⁸ Zu dieser Akademikerschwemme vgl. O'BOYLE, The Problem of Excess of Educated Men in Western Europe, S. 471–495; JARAUSCH, Deutsche Studenten, S. 24–35; VIERHAUS, Der Aufstieg des Bürgertums, S. 73 ff; MCCLELLAND, State, Society and University in Germany. Zur revolutionären Rolle der Studenten und der akademischen Jugend: HARDTWIG, Vormärz, S. 230; STEARNS, The 1848 Revolutions, passim; THIELBEER, Universität und Politik in der deutschen Revolution.

⁹⁹ Vgl. hierzu: FRÄNKEL, Politische Gedanken.

¹⁰⁰ Siehe z. B. ILSE, Geschichte der politischen Untersuchungen, S. 120f.

und die Väter der Ideen der Französischen Revolution – Montesquieu und Rousseau – symbolisierten diese Wende am deutlichsten.

Ein ausgezeichnetes Beispiel für die genannte Wende bot Karl Follen, Anführer der „Unbedingten“, dem radikalen Kern der Burschenschaften – der „Schwarzen“. Follen, der einem deutschen Nationalismus, verklärt durch teutonisch-mittelalterliche Mystik anhing und jeglichem französischen, verächtlich „welsch“ genannten Einfluss feindlich gegenüberstand und einem germanisch-christlichen Staat mit republikanischem Charakter anhing, fuhr 1819 selbst nach Frankreich. Dort kam es nach ersten Kontakten zur Errichtung eines Netzes von Geheimbünden in Europa. Auch die Burschenschaften pflegten auf ihrem ersten Geheimkongress in Dresden und später im Jahre 1820 Kontakte mit radikalen Studenten aus Polen¹⁰¹. Von Frankreich aus setzte Follen seine Reise in die Schweiz fort. Auch während seines dortigen Aufenthaltes pflegte er 1820 weiterhin den Kontakt mit französischen Oppositionellen (d'Argenson, Lafayette, Constant und Cousin). Anzeichen weisen darauf hin, dass es zu einem Treffen zwischen demokratisch und republikanisch gesinnten ehemaligen „Demagogen“ im Schweizer Exil, angeführt von Karl Follen¹⁰² und den jungen deutschen Freiwilligen kam. Letztere wollten nach Italien ziehen, um bei den Aufständen in Neapel und Piemont mitzuwirken, waren jedoch infolge der raschen Zerschlagung der Aufstände vonseiten Österreichs nur bis in die Schweiz gekommen. Dieses Treffen dürfte zur Gründung des Jünglingsbundes in Deutschland geführt haben. Es wird behauptet, dieser Bund sei der Erste gewesen, der in ganz Deutschland dezidiert revolutionäre Ziele verfolgt hätte¹⁰³. Der Bund setzte sich ausschließlich aus Studenten zusammen. Die Angehörigen der unteren sozialen Schichten, wie Gesellen und Bauern, wurden nicht für den Bund geworben¹⁰⁴.

Die ZUK in Mainz ging in ihren besonderen Untersuchungsberichten Nr. 67 und Nr. 73 von der Existenz einer weiteren Geheimorganisation aus, die dem Jünglingsbund mutmaßlich Anweisungen gab. Diese Organisation oder dieser obere Rang wurde als „Männerbund“ bezeichnet, bestehend aus Mitgliedern, die bereits im

¹⁰¹ WAWRYKOWA, Die studentische Bewegung in Deutschland, S. 62.

¹⁰² Zu den Intitiatoren gehörten neben Follen, der frühere Tübinger Turnlehrer Karl Völker, Professor Wilhelm Snell und der ehemalige preußische Hauptmann Wilhem v. Dittmar.

¹⁰³ Zur Literatur über den „Jünglingsbund“ siehe FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 246. Selbst wenn Fränkel im Hinblick auf die Struktur der Organisation sich der Auffassung, nach der der Bund karbonaristisch war und sich von früheren Geheimbünden in Deutschland unterschied, widersetzt, hält er den Bund doch für etwas Neues: „Trotzdem ist der geplante Bund als etwas Neues für Deutschland charakterisiert. Ihn zeichnet vor den deutschen Gesellschaften, der Burschenschaft und der so genannten engeren Vereine der im Mittelpunkt stehende revolutionäre Zweck aus“; ebd., S. 250.

¹⁰⁴ HEER, Geschichte der deutschen Burschenschaft 2, S. 153. Zur Bedeutung der Studenten als „neue Menschen“, die sich noch nicht in der Gesellschaft etabliert hatten und zur Schicht der Gebildeten gehörten, die in einem Interessenkonflikt mit der restfeudalen Gesellschaft oder der privilegierten Ständegesellschaft des vorindustriellen Zeitalters in Europa lagen siehe HOBBSBAWM, Revolutionen, S. 275.

bürgerlichen Leben standen.¹⁰⁵ Follenberg, der sich auf die Berichte der ZUK beruft, stützt Lehnings Vermutung, dass sich über dem Jünglingsbund und dem Männerbund sogar eine weitere Rangstufe befand¹⁰⁶.

Ziel der Organisation war der Umsturz der bestehenden Verhältnisse und die Wahl einer verfassungsgebenden Volksversammlung.¹⁰⁷ Angestrebt war die Vereinigung Deutschlands in föderativer Form. Angebliche Mitglieder des Männerbundes wie Karl Follen¹⁰⁸, Wilhelm Snell¹⁰⁹ und Samuel Liesching¹¹⁰ vertraten republikanische Positionen, während innerhalb des Jünglingsbundes ein breites Meinungsspektrum mit einer Affinität der Mehrheit zu liberalen, monarchisch-konstitutionellen Anschauungen anzutreffen war¹¹¹. Nach Aussagen eines Angeklagten in Preußen war das Ziel die „Herbeiführung einer möglichst engen Vereinigung sämtlicher deutscher Staaten, ohne dass speziell bestimmt wird, in welcher Form diese Vereinigung bewirkt werden sollte; doch wurde ein Bundesstaat im Gegensatz des Staatenbundes, den Deutschland jetzt bildet, beabsichtigt; gleicher Gestalt lag die Einführung einer repräsentativen Verfassung in ganz Deutschland an“¹¹².

Was verbarg sich hinter der Forderung nach einem repräsentativen System? Es handelte sich um einen im 19. Jahrhundert häufig verwendeten Begriff, der von gemäßigten Kreisen minimalistisch als „Staatsverfassungssystem, bei welchem dem

¹⁰⁵ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 248 f.

¹⁰⁶ FOLLENBERG, Acten-Stücke, S. 109. A. Lehning geht davon aus, dass die Geheimbünde Buonarrotis im Jahre 1821 sich aus drei Rängen zusammensetzten. Der unterste Rang war liberal. Im vorliegenden Fall handelte es sich dabei um den Jünglingsbund. Der mittlere Rang war republikanisch, im vorliegenden Fall der Männerbund, während der oberste Rang sozialistisch war. Diese Einteilung war aufgrund der Befürchtungen Buonarrotis und seiner Anhänger vorgenommen worden, ihre Pläne könnten vorzeitig aufgedeckt werden; LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S. 122 ff.; HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui 2, S. 110. FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 249, vertritt eine der Anschauung Lehnings entgegengesetzte Meinung. SCHUSTER, Die geheimen Gesellschaften 2, S. 325, lehnt die Existenz eines Männerbundes völlig ab, behauptet jedoch, der Jünglingsbund selbst sei nach dem Prinzip der italienischen Geheimbünde aufgebaut gewesen; siehe auch HEER, Geschichte der deutschen Burschenschaften, S. 149. Die Unklarheit im Hinblick auf den Männerbund wird bei ILSE, Geschichte der politischen Untersuchungen, S. 208 hervorgehoben. Er weist darauf hin, dass sich nur schwerlich Belege für die Existenz des Männerbundes finden.

¹⁰⁷ HEER, Geschichte der deutschen Burschenschaften, S. 110.

¹⁰⁸ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 126 f.

¹⁰⁹ Zur Position Snells siehe HstaS E 301 Bü 257.

¹¹⁰ Samuel Gottlob Liesching war Verleger, Buchhändler und Kunsthändler in Stuttgart. Sein *Deutscher Beobachter* war ein radikales Blatt zu Beginn der 1820er Jahre, das seine revolutionäre Haltung geschickt verdeckte, um so der Zensur zu entgehen; vgl. hierzu: HstaS E 63/3 Nr. 61.

¹¹¹ SILBERNAGEL, Die geheimen politischen Verbindungen, S. 794; FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 309; siehe auch die Spezial-Berichte der Untersuchungskommission zu Mainz Nr. 66 und 67, in: FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 248; MÜTH, Studentische Emanzipation, S. 41.

¹¹² FOLLENBERG, Acten-Stücke, S. 109.

Volke ein Mitwirkungsrecht bei den wichtigsten Regierungsverhandlungen und namentlich bei der Gesetzgebung eingeräumt ist, das durch die Abgeordneten desselben wahrgenommen und ausgeübt wird“¹¹³ ausgelegt wurde, was also auch dem süddeutschen begrenzten Konstitutionalismus entsprach. Es kursierte darüber hinaus eine weitergehende Auslegung, die im Wesentlichen von den radikalen Kreisen geteilt wurde: „Die repräsentative Regierung existiert in England und Nordamerika, sie existiert überall, wo die Verfassung die vollziehende Gewalt der Gegenaufsicht einer oder zwei Kammern unterwirft“¹¹⁴. Die Vermutung liegt nahe, dass es letztere Version war, die den Mitgliedern dieses Geheimbundes vorschwebte: eine auf allgemeiner – und nicht teil- oder ganzständischer – Vertretung beruhende Regierung, mit einer vollgültigen Gewaltenteilung und einem im Parlament verkörperten Souverän.

Bemerkenswerterweise wurden keine sozialpolitischen Zielsetzungen geäußert, ein Umstand, die der exklusiven sozialen Zusammensetzung des Jünglingsbundes entsprach, die für die 1820er Jahre typisch war und die im Gegensatz zu der gesellschaftlichen Struktur der radikalen Organisationen in den 1830er Jahren stand.

In der sich in den 1820er Jahren entwickelnden Gegenbewegung zur Repression in Deutschland überlagerten sich noch die Ansichten von Revolutionären und Reformern, von republikanisch gesinnten Demokraten und konstitutionellen Liberalen. Die Trennungslinie zwischen beiden war nicht scharf. Die Letzteren waren unter sich uneinig, ob der süddeutsche Konstitutionalismus ausbaufähig sei.

Die vermeintlich so ruhige Zeit der Restauration, die in Deutschland mit dem Etikett des Biedermeiers versehen wurde, war so bieder nicht¹¹⁵. Der Widerstreit zwischen den restaurativen politischen Repressionen und den von der Staatsräson diktierten Notwendigkeiten der Modernisierung und wirtschaftlichen Liberalisierung, die Bemühungen jeglichen politischen und gesellschaftlichen Protest zu unterbinden, ohne die diesen auslösende Prozesse vereiteln zu können, spricht gegen das herkömmliche idyllische Porträt des Biedermeiers. Bei dieser Periode, die mit der Metapher der „halkyonischen Tage“ versehen worden ist, drängt sich eher der Vergleich mit der Meeresstille vor dem heraufziehenden Sturm auf.

Die politischen Bremsmanöver der Regierungen in Europa nach 1815 konnten letztlich der Weiterentwicklung der Technologie, Wissenschaft und Wirtschaft keinen Halt bieten. Neuerungen führten zur Produktions- und Effizienzsteigerung, höherer Lebenserwartung und einem von Dynamik geprägten, gesellschaftlichen Selbstverständnis. Die Industrielle Revolution, die in England gerade begonnen

¹¹³ Meyers Konversationslexikon 13, S. 735.

¹¹⁴ *Donau- und Neckar-Zeitung* (künftig: *DNZ*) 19.4.1833. Dieses „ultraliberale“ Blatt entnimmt diese Interpretation dem französischen freisinnigen Blatt *National*.

¹¹⁵ Rürup setzt dem politisch belasteten Begriff, der mit Spießigkeit und Duckmäusertum der Restaurationsära gepaart ist, entgegen, dass der Biedermeier auch für eine bürgerliche Mentalität stand, die sich durch Nüchternheit und Sachlichkeit, durch Abkehr von höfischem Prunk und adliger Verschwendung, durch ihren Arbeitsethos und einer asketischen Grundhaltung auszeichnete. RÜRUP, Deutschland, S. 146.

hatte, veranschaulichte die tief greifenden Veränderungen, die auch das europäische Festland mitreißen sollten. Im Vorstadium der Industriellen Revolution erfassten Modernisierungen den Agrar-, Gewerbe- und Handelssektor, einhergehend mit der Ausbreitung kapitalistischer Strukturen. Diese Modernisierungen verdrängten die Subsistenzwirtschaft, die feudalen Agrarstrukturen und die zünftischen Produktions- und Distributionsmethoden. Dadurch wurden Arbeitskräfte freigesetzt, die nur begrenzt in Wirtschaftszweigen eines protoindustriellen Zeitalters Aufnahme fanden. Zudem begünstigten die neuen Errungenschaften die Bevölkerungszunahme. Ein Heer von Arbeitslosen und um ihre Existenz kämpfenden Kleinverdienern rief eine Massenarmut hervor.

Deutschland war zudem durch die materiellen Folgen des langen Krieges verschuldet. Der Aufbau war mit neuen Steuern gekoppelt, die zu den Feudalabgaben und den zu bestreitenden Ablösungskapitalien hinzukamen. Der Lebensstandard in Deutschland sank. Erst im Jahr 1835 wurde das Niveau von 1805 wieder erreicht¹¹⁶. Die unzähligen Zollschranken erschwerten ihrerseits die Entwicklung einer zukunftssträchtigen Wirtschaft, was Kritiker wie Friedrich List zur Verzweigung brachte.

Die Existenznot führte zu einer Auswanderungswelle derer, die der Pauperisierung entrinnen wollten. In den zwanziger Jahren waren es 21.500, in den dreißiger Jahren 145.000 und in den vierziger Jahren 418.000, die ausgewandert waren. „Der Menschenexport wirkte wie ein Ventil zur Minderung der sozialen Spannung“¹¹⁷. Dies trifft besonders auf die Hauptzentren der Auswanderung wie Südwestdeutschland zu.

Hunger und Elend plagten in den Dörfern landlose Arbeiter, aber auch Klein- und Kleinstbauern in den Realteilungsgebieten ging es nicht viel anders. Die im Verlagswesen Beschäftigten der Textilbranche verloren ihre Arbeit oder verdienten zu wenig, um der Not zu entrinnen. In den Städten kämpften Handarbeiter, Tagelöhner, Handwerksgesellen, Handwerksmeister und Kleinhändler ums Überleben. In dieser Zeit nahm die Kriminalität, vornehmlich Eigentumsdelikte, erheblich zu. Aber auch kleine Angestellte und subalterne Beamte waren der Misere ausgesetzt. Schließlich waren die Bildungsbürger betroffen. Brotlose Privatdozenten, Literaten, Journalisten, Künstler und beschäftigungslose Akademiker in einer Zeit der Akademikerschwemme sahen sich an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Aus diesen kamen die demokratischen und frühsozialistischen Wortführer, aber auch die „freischwebenden Intellektuellen“, die Vordenker radikaler Ideen. Es ist nicht verwunderlich, dass unter diesen Umständen die ohnehin vorhandene beständige Furcht vor einer Revolution durch die soziale Problematik erheblich genährt worden ist.

¹¹⁶ BÖHME, Prolegomena, S. 32.

¹¹⁷ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 286; siehe in der Einführung S. 1 Heines Zitat nach der Begegnung mit den auswandernden schwäbischen Bauern in Le Havre.

5. Das neue Modell der Revolution

Die Aufstände und Aufstandsversuche der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts waren durch ein neues Revolutionsmodell gekennzeichnet und traten vermehrt als Folge von Verschwörungen auf. Sie wurden von einem kleinen Kreis von Eingeweihten geplant und stützten sich auf wohlgesonnene Armeeeinheiten. Ihr Konzept beruhte auf der Idee eines gezielten Anstoßes durch einen Aufstand, der von einer revolutionären Kerntruppe ausging und dem ein revolutionärer Schneeballeffekt folgte. Im Falle von Unruhen konnten diese Kader als Katalysator wirken. Aufgekommen war die Idee einer „planmäßigen Revolution“ anstelle der spontanen Massenerhebung erstmals nach dem Abklingen der Französischen Revolution – mit der geplanten „Verschwörung der Gleichen“ von 1796¹¹⁸. Sie setzte sich in den 1820er Jahren mit dem Typus der aufständischen Geheimbünde fort¹¹⁹. Die innerhalb der Geheimbünde durch Militärs und Zivilisten geplanten Aufstände und Aufstandsversuche waren auch vom italienischen Karbonarismus, von Strukturen der Freimaurerlogen und von französischen Vereinen gegenseitiger Hilfe, den Mutualisten, beeinflusst. Die italienischen Geheimbünde richteten sich zuerst gegen Napoleons Herrschaft, nahmen aber nach dessen Sturz eine revolutionäre Haltung gegen die Restaurationsregime in Italien an. Der Karbonarismus breitete sich vom Süden in den Norden der italienischen Halbinsel aus und von dort nach Frankreich und in die übrigen europäischen Mittelmeerländer, nach Russland, Polen und schließlich gar nach Württemberg¹²⁰.

Die Häufung von geplanten und vom Militär ausgehenden oder unterstützten Aufständen beziehungsweise Aufstandsversuchen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war offensichtlich. Dabei spielte die Armee die emanzipatorische Doppelrolle einer Befreierin gegen Fremdherrschaft und der Geburtshelferin einer

¹¹⁸ „Im Unterschied zu den Revolutionen des 18. Jahrhunderts waren jene der nachnapoleonischen Epoche beabsichtigt, ja sogar geplant. Nicht umsonst hatte die Französische Revolution als eines ihrer bedrohlichsten Erbstücke den Revolutionären aller Länder eine ganze Reihe von Vorbildern und Modellen für den politischen Umsturz vererbt.“ HOBBSAWM, *Revolutionen*, S. 230; GOODSPEED, *Conspirators*, S. 210 ff., 220 ff.

¹¹⁹ HOBBSAWM, *Revolutionen*, S. 235. Johnson ordnet auf seiner sechsstufigen Revolutionskala die „jakobinisch-kommunistische“ Massenerhebung an vierter Stelle ein, gefolgt von der konspirativen Revolte. Die letzte Stufe ist die vom Militär angeführte Massenerhebung, wie sie in China stattfand: JOHNSON, *Revolution and the Social System*, S. 56 f. Die Revolutionsmodelle von Labrousse, Rule/Tilly und Gillis gehen nicht auf diese Faktoren ein; vgl. CHURCH, *Models of Revolution*, S. 53–72.

¹²⁰ Gemeinsam waren die Organisationsformen (wahrscheinlich von den irischen Freimaurern übernommen) und die hierarchische, sich in drei Zirkeln erstreckende Arbeitsweise, von denen nur ein eingeschränkter Kreis mit allen Zielen vertraut war; siehe LENNHOF, *Politische Geheimbünde*, S. 111 ff.; RATH, *The Carbonari*, S. 353–370; LEHNING, *Buonarroti and His International Secret Societies*, passim. Die Aktivität der Karbonaristen in der Armee als Modell für Geheimorganisationen in Europa wird in einer von der preußischen Polizei initiierten Schmähchrift behandelt: GELZER, *Die geheimen deutschen Verbindungen in der Schweiz*, S. 17.

liberalen Verfassung. So geschah es in Spanien 1808 und 1820, in Schweden 1809, in Frankreich mehrmals seit 1814, insbesondere zwischen 1821 und 1823, in Portugal 1820, in verschiedenen Teilen Italiens 1821, 1831 und den darauffolgenden Jahren, in Griechenland 1821, in Russland 1825 und in Polen 1830. Außerhalb Europas traf dies auf die lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriege zu. Auch in Deutschland, einschließlich Württemberg, entstanden revolutionäre Zellen, die mit der französischen *Charbonnerie* in Kontakt standen. Diese wiederum infiltrierte die französische Armee¹²¹. Ansätze zu revolutionären Verbindungen zwischen Zivilisten und Militärs gab es auch in Deutschland und Württemberg in den 1820er Jahren¹²².

Die einsetzende Reaktion in der Restaurationsära wachte argwöhnisch über jede oppositionelle Regung und erstickte sie im Keim. Ein spontaner Aufstand war deshalb so gut wie ausgeschlossen. Stattdessen, wie in den 1820er Jahren deutlich wurde, tauchten die Bewegungskräfte in den Untergrund ab, aus dem sie Verschwörungspläne schmiedeten¹²³. Hinzu kam, dass in sozioökonomisch rückständigen Staaten eine neue, große, starke und selbstbewusste bürgerliche Schicht fehlte, die sich an die Spitze des „Dritten Standes“ hätte stellen können. Mehr noch, nach dem Abgleiten der Französischen Revolution in den jakobinischen Terror schreckte die Bourgeoisie vor einer erneuten Revolution zurück. Der Druck von unten war zu schwach und die Repressionen von oben zu stark.

In dieser geschichtlichen Konstellation kam der Armee eine entscheidende Rolle zu. Sie diente als Hauptstütze der Staatsgewalt. Entfiel erst einmal diese Stütze, so war der Staatsgewalt die Spitze genommen¹²⁴. Wurde diese Spitze sogar gegen die Obrigkeit gekehrt, so war deren Schicksal mehr oder weniger besiegelt¹²⁵. Gelun-

¹²¹ Zum „Männer- und Jünglingsbund“ siehe S. 69–72, 133–139. Zu den Verbindungen mit Frankreich siehe LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S. 125 ff. Die Verbindungen mit Frankreich werden aus französischer Position bei SPITZER, Old Hatreds, passim, behandelt, während die deutsche Sicht bei FRÄNKEL, Politische Gedanken und Strömungen in der Burschenschaft, S. 253–273 im Vordergrund steht. Besonders wichtig in diesem Kontext sind die Memoiren Joachim de Pratis, in: *The Penny Satirist*, London, 7. 4. 1838, 2. 6. 1838, 22. 6. 1839. Generell zum französischen Karbonarismus, der *Charbonnerie*, und dessen Aktivitäten in der französischen Armee siehe SAVIGEAR, Carbonarism and the French Army, S. 198–211; SPITZER, Old Hatreds, passim. Letzterer bietet auf Seite 6 eine bibliografische Liste zum Thema der *Charbonnerie*; siehe weiter PORCH, Army and Revolution, passim.

¹²² PETERS, Patriotische Offiziere, S. 192–202. Zu Württemberg und zur Affäre um Eduard Widenmann siehe S. 140.

¹²³ GOODSPEED, Conspirators, S. 210 ff., 220 ff.

¹²⁴ Diese Lektion ergab sich schon in der Französischen Revolution, als sich Soldaten mit Aufständischen verbündeten. CHORLEY, Armies, S. 129, 158 f., 247.

¹²⁵ Zur entscheidenden Bedeutung der Armee für das Schicksal der Revolution siehe CHORLEY, Armies, S. 23. Chalmers Johnson meint in einer Paraphrase eines Satzes Trotzki: „Der schwerste Mangel, darauf hat Trotzki hingewiesen, besteht darin, dass ein Staatsstreich zwar ohne Armee siegen kann, aber nicht gegen sie.“ JOHNSON, Revolutionstheorie, S. 183. Zur Schlüsselposition der Armee in der Revolutionsstrategie nimmt insbesondere Friedrich Engels Stellung siehe ARNSBERG, The Military Conception of Friedrich Engels, S. 1–77. Ferdinand Lassalle betonte, die Revolution von 1848 sei in Deutschland geschei-

gene Revolutionen erfordern in der Regel starke und entschlossene, aufbegehrende Kräfte und setzen ein brüchiges Regime voraus. Je mehr eine Revolution jedoch der Massenbasis entbehrt, umso mehr bedarf sie des Rückhalts der Armee¹²⁶. Die revolutionären Verschwörer der Restaurationsära waren der Ansicht, für den Erfolg eines zur Revolution führenden Coups seien die Unterstützung der Armee, das Wohlwollen des Volkes und eine entsprechende internationale Situation notwendig¹²⁷.

In vielen Staaten traten fortschrittliche Offiziere auf, anstelle der vom aristokratischen Eigendünkel geprägten. Sie waren vom revolutionären Leitbild der *Levée en masse* beflügelt und von der emanzipatorischen Rolle der französischen und auch der amerikanischen Revolutionsarmee inspiriert. Ja, sie hatten zum Teil selbst in der napoleonischen Armee gedient – oder sahen in ihr ein Vorbild. Sie waren zumeist kleinadeliger oder bürgerlicher Herkunft. Sie betrachteten die Armeen in Europa, die sich hauptsächlich aus armen Bauernsöhnen zusammensetzten, nicht als Hauptstützen der königlichen Gewalt, sondern als Volksheere, als Garanten von bürgerlicher Freiheit gegen Unterdrückung von innen wie von außen.

Es gab einen zusätzlichen Grund dafür, dass sich vor allem während und nach den Napoleonischen Kriegen – und zwar nicht nur in Frankreich – eine fortschrittliche, liberal und demokratisch gesinnte Offizierskategorie gebildet hatte¹²⁸. In einer sich im Modernisierungsprozess und im Übergang vom restfeudalen zum leistungsorientierten Kapitalismus befindlichen Gesellschaft kam gerade der Armee eine sozial progressive Funktion zu. Sie war ein Gebilde, das nach technischem und wissenschaftlichem Fortschritt und nach Professionalisierung streben musste, wenn es sich in einem Krieg behaupten wollte. Als solches musste ein derartiges Gebilde an einer Hinwendung zur Industrialisierung interessiert sein. In Frankreich unterstützten zahlreiche Offiziere die Ideen der Saint-Simonisten¹²⁹. Besonders in weniger entwickelten Staaten wie Spanien und Russland wurden die Armeen oder Teile der Armeen Anfang des 19. Jahrhunderts zu Vorreitern des Fortschritts¹³⁰. Vor allem die technisch profilierten Bereiche wie Artillerie und Pionierwesen und später auch die Marine waren auf Modernisierung ausgerichtet. Sie öffneten ihre Offiziersränge den gebildeten bürgerlichen Anwärtern. Durch den Erfolg der napoleonischen Armee gerieten alle anderen Armeen in den Zugzwang von Reformen und Modernisierungen.

tert, da sie sich auf parlamentarische Diskussionen konzentriert hätte, anstatt „das Heer aus einem Fürstenheer zu einem Volksheer zu machen“; LASSALLE, Über Verfassungswesen, in: DERS., Gesamtwerke I, S. 65.

¹²⁶ Zu dieser Auffassung unter den französischen *Charbonniers* siehe SPITZER, Old Hatreds, S. 290.

¹²⁷ GOODSPEED, *Conspirators*, S. 220. Wie wichtig die internationale Situation war, erwies sich z. B. in Spanien und in Italien, wo ausländische Interventionen die Aufstände unterdrückt hatten.

¹²⁸ SPITZER, Old Hatreds, S. 294 ff.

¹²⁹ AARON, Modernisierung, S. 441–453.

¹³⁰ Ebd.

In der Regel waren es Offiziere vom Oberstenrang abwärts, die als politisch gärendes Element hervortraten. Die liberal und demokratisch Gesinnten unter ihnen schrieben sich und der Armee eine progressive „Vorhutfunktion“ zu¹³¹. Wenn es an der Fähigkeit oder der Bereitschaft des Bürgertums mangelte, die bestehende repressive Ordnung zu stürzen, sollten dies aufgeschlossene Offiziere mithilfe der Armee tun, was marxistische Historiker später als „Hegemoniesubstitution“ bezeichneten¹³². Dass sich die Führung der Militärverschwörungen aus den unteren Offiziersrängen rekrutierte, war für die *Charbonnerie* in Frankreich bis 1823 ebenso charakteristisch, wie für die Dekabristen in Russland und für die polnischen und die württembergischen Aufständischen in den 1830er Jahren¹³³. Ein weiteres Element in der Verschwörungskonzeption der französischen *Charbonnerie*, welches durch die Julirevolution in Frankreich und den Aufstand in Polen seinen Weg nach Württemberg gefunden hatte, war das Prinzip sich auf Unteroffiziere zu stützen. Gerechtfertigt schien in diesem Zusammenhang die Annahme, sie hätten einen größeren, unmittelbaren Einfluss auf die Soldaten¹³⁴. Die Bedeutung dieser Tatsache war z. B. auch für die Julirevolution in Frankreich entscheidend gewesen, denn hier hatten die Unteroffiziere eine radikalere, sich eindeutig von der Einstellung der Offiziere unterscheidende Position vertreten¹³⁵.

In Frankreich waren die konspirativen Kräfte um die *Charbonnerie* nach einer Reihe gescheiterter Versuche¹³⁶ eine Revolution durch Militärverschwörungen unter aktiver Beteiligung ehemaliger und dienender bonapartistischer Offiziere durchzuführen zu der Erkenntnis gelangt, dass sie ihre Hoffnung auf die Arbeiter der Großstädte setzen mussten¹³⁷. Wie sich zeigte, war gerade Frankreich mit seiner fortschrittlicheren sozioökonomischen Infrastruktur, mit seiner ausgebildeten bürgerlichen Schicht für geplante Aufstände von Geheimbünden weniger geeignet. Es waren die spontanen, vom Bürgertum geführten oder unterstützten Aufstände,

¹³¹ KOSSOK, Vergleichende Revolutionsgeschichte, S. 30.

¹³² Ebd. Die Literatur zum Thema ist umfangreich; siehe u. a. HELMERT, Gewaltsame Erhebungen, S. 670–681.

¹³³ Zu Frankreich siehe SAVIGEAR, Carbonarism, S. 206. Zu den Dekabristen siehe WOLKONSKIJ, Die Dekabristen. Der Name der Gruppe stand mit dem Versuch der Revolutionäre, im Dezember 1825 einen Umsturz herbeizuführen, in Zusammenhang. Zu Polen siehe z. B. SPAZIER, Geschichte des Aufstandes, S. 138. Aufgrund der Untersuchung moderner Militärverschwörungen ist bekannt, dass in unterentwickelten Gesellschaften die unteren Offiziersränge bei einem erfolgreichen Militärputsch ein entscheidendes Element darstellen, denn sie standen in enger Verbindung mit den Unteroffizieren und Soldaten, zählten zur Intelligenz ihres Landes, gehörten aber noch nicht zu dessen gesellschaftlicher Elite wie die oberen Offiziersränge; NORDLINGER, Soldiers in Politics, S. 102 f.

¹³⁴ [HstaS E 271k Bü 92, Bü 106–107; E 285 Bü 96]; siehe S. 250, 262.

¹³⁵ PORCH, Army and Revolution, S. 37–46.

¹³⁶ Alle Versuche waren schon gescheitert, noch bevor ein allgemeiner Aufstand ausgerufen werden konnte.

¹³⁷ SPITZER, Old Hatreds, S. 286; SAVIGEAR, Carbonarism, S. 211.

die sich als erfolgreich erwiesen haben¹³⁸. Dahingegen war in weniger entwickelten Gesellschaften die Alternative der bürgerlich-militärischen Konspirationen vielversprechend. Das spanische Modell, bei dem sich liberale und demokratische Zirkel um revolutionäre Offiziere scharten, die in der Armee ein Instrument der „revolutionären Initiative“ erblickten, erwies sich als erfolgreich¹³⁹.

In Spanien griffen die Aufständischen im Jahre 1808 die neuen revolutionären Ideen auf und scheuten sich nicht, diese auch gegen deren französisches Ursprungsland zu kehren, je mehr dieses sich vom kosmopolitischen Befreier zum nationalen Unterdrücker wandelte. Riego konnte 1820 auf den Erfahrungsschatz von 1808–1812 zurückgreifen, als die spanische Armee die emanzipatorische Doppelrolle einer Befreierin gegen Fremdherrschaft und als Beschützerin der Verfassung gespielt hatte¹⁴⁰. Es ist anzumerken, dass dem geglückten *Pronunciamiento* von 1820 ein halbes Dutzend fehlgeschlagener Aufstandsversuche vorausging¹⁴¹. Das Konzept war also kein Einzelfall. Die revolutionäre Tendenz der spanischen Armee führt Marx darauf zurück, dass sie „die Einzige unter allen Körperschaften der spanischen Monarchie war, die durch den Unabhängigkeitskrieg von Grund aus verändert und revolutioniert worden war“¹⁴². Die Generalität hatte Marx jedoch von dieser Regel ausgeschlossen. Sie entsprach in seinen Augen eher einer Prätorianergarde gegenüber den Linienoffizieren und ihren Untergebenen¹⁴³. Die Linienoffiziere waren für ihn „der revolutionärste Teil der spanischen Gesellschaft“, der „sich von den Fesseln des *Ancien Régime* befreit“ hatte¹⁴⁴.

Die revolutionäre Tendenz in der spanischen Armee speiste sich aber nicht nur aus der Tradition der Französischen Revolution. Sie griff auch auf die Unabhängigkeitskriege in Nord- und Südamerika zurück. Der Aufstand von 1820 in Spanien war wie erwähnt unmittelbar auf die Weigerung liberaler und demokratischer Offiziere zurückzuführen, die Freiheitsbestrebungen der spanischen Kolonien in Amerika zu unterdrücken. Diese folgten in ihrer Auflehnung dem Beispiel des nördlichen Kontinents. Die Symbolfigur der Erhebung in Lateinamerika, der revo-

¹³⁸ Die von August Blanqui im Laufe des 19. Jahrhunderts weiter gepflegte Strategie der von Geheimbünden geplanten Revolutionen blieb ohne Erfolg. Spitzer kommt zu der Schlussfolgerung: „Leftist politics born of conspiracy and violence have not triumphed in those nations with a large, highly organized industrial proletariat, but in the lands where a vast peasant majority clung to a marginal existence under semifeudal conditions of economic organization.“ Letztere Situation entsprach der Lage in Deutschland 1830. SPITZER, *Revolutionary Theories*, S. 161 f.

¹³⁹ MARX, *Das revolutionäre Spanien*, S. 463.

¹⁴⁰ Zum *Pronunciamiento* als Instrument der liberalen Revolution im 19. Jahrhundert, vgl. CARR, *Spain*, S. 124, 128 f., 133, 135, 141, 284, 296; PAYNE, *Politics and the Military*, S. 7–20; CHRISTIANSEN, *Origin of Military Power*, S. 1–27. Letzterer hebt besonders die eigenständigen Interessen des Militärs hervor.

¹⁴¹ CARR, *Spain*, S. 126 f.

¹⁴² Ebd., S. 483.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Ebd., insbesondere Kapitel 3 und 4. Zu den spanischen Freiheitskriegen siehe LOVETT, *Napoleon and the Birth of Modern Spain*; hierzu auch CHORLEY, *Armies*, S. 99.

lutionäre Offizier Simon Bolivar, verdiente sich seine ersten militärischen Spuren in der spanischen Armee. Er bekannte sich zur Amerikanischen und Französischen Revolution und galt als Verehrer Napoleons, der die revolutionären Errungenschaften über Frankreichs Grenzen ausgebreitet hatte. Er stand hierin für einen neuen Typ aufgeschlossener und fortschrittlicher Offiziere in europäischen und amerikanischen Armeen¹⁴⁵.

Der nordamerikanische Freiheitskampf bot ein überzeugendes Beispiel für die Schlüsselrolle einer aufständischen bürgerlichen Armee unter dem Befehl übergeleitener Offiziere vom Schlage Washingtons für den Ausgang einer Erhebung beziehungsweise Revolution. Zudem lag das nordamerikanische Exempel den spanischen Kolonien geografisch näher als das französische¹⁴⁶. Dieser koloniale Knotenpunkt dürfte somit die Rückwirkung des amerikanischen Befreiungskampfes auf Spanien verstärkt haben.

Das spanische Modell einer vom Militär ausgerufenen Erhebung – *Pronunciamiento* – machte in Europa Schule. Diese Form eines „militärischen Liberalismus“, der dem Restaurationswesen den ersten Schlag versetzte, beflügelte liberale Offiziere in verschiedenen Teilen Europas, vornehmlich aber im Süden. 1820 starteten sie in Portugal von Porto aus einen Aufstand unter Oberst Sepulveda, der zur Einführung einer Verfassung führte, die an das spanische Vorbild von 1812 angelehnt war. Diesem Muster entsprechend und mit dem gleichen Ziel handelte auch General Guglielmo Pepe, der sich 1820 an die Spitze einer von Militärs und *Carbonari* angezettelten Erhebung in Neapel stellte. Sie führte ebenfalls zur vorübergehenden Einführung einer konstitutionellen Monarchie nach spanischem Muster. Von Neapel breiteten sich die Unruhen nach Norden aus, in den Kirchenstaat und von dort nach Piemont und Modena. Auch in Piemont kam es zur Errichtung eines konstitutionellen Systems nach spanischem Muster. Überall waren es die radikalen Elemente in der Armee und der *Carbonari*, die die Initiative ergriffen. Im Jahr darauf gab in Griechenland der Offizier Alexander Ypsilanti das Zeichen für die griechische Erhebung gegen die Türken. Neben der nationalen Unabhängigkeit strebte er danach, eine konstitutionelle Monarchie nach spanischem Muster einzuführen. Von Spanien und den spanischen Kolonien waren auch die russischen Dekabristen 1825 inspiriert¹⁴⁷. Während fremde Truppen die Erhebungen in Italien und Spanien unterdrückten, blieben die Griechen dank günstiger internationaler Konstellation erfolgreich. In Russland wurde die von Gardeoffizieren ausgehende Verschwörung der Dekabristen frühzeitig aufgedeckt und zerschlagen; in Portugal obsiegte zum Schluss die Reaktion.

¹⁴⁵ Hierzu: JOHNSON, Simon Bolivar.

¹⁴⁶ Vgl. ROBERTSON, Hispanic-American Relations. Über die verschiedenen Auslöser der südamerikanischen Revolutionen vgl. HUMPHREYS/LYNCH, Origins of the Latin American Revolutions; LYNCH, Spanish-American Revolution; NICHOLSON, Liberators; JOHNSON, Simon Bolivar, S. 36 ff.

¹⁴⁷ Vgl. BARTLEY, Imperial Russia, S. 155.

Ein prägnantes Beispiel für den revolutionären Geist einer Armee lieferte der polnische Aufstand vom 29. November 1830 gegen die russische Besatzungsherrschaft. Der Aufstand ging wie in der europäischen Revolutionswelle von 1820 vom Militär aus. Dem spanischen Beispiel folgend, wo Militärs gegen ihre geplante Entsendung zur Unterdrückung der Aufstände in Südamerika rebellierten, gab die Weigerung polnischer Armeekontingente unter russischem Kommando gegen das revolutionäre Belgien und dessen französischen Verbündeten vorzugehen den Anlass zur Erhebung.

Die polnische Aufstandsstrategie war für die konspirative Vorgehensweise jener Zeit typisch. Nur eine Handvoll Männer war in die Verschwörung eingeweiht und verwickelt. Anführer der Verschwörung waren zwei subalterne Offiziere im Range von Oberleutnants. Erst kurze Zeit vor der Erstürmung des Belvedere-Palastes und der Kasernen der russischen Reiterei wurden rund 400 Offiziere, Kadetten und Soldaten in das Geheimnis einbezogen¹⁴⁸. Die Anzahl der an der Erstürmung beteiligten Personen ist nicht eindeutig zu bestimmen¹⁴⁹.

Wie in anderen geplanten Aufständen standen auch hier die Verschwörer vor dem Dilemma, einerseits ihr Geheimnis zu bewahren und somit den Kreis der Eingeweihten begrenzt zu halten, andererseits aber den Zuspruch der Massen zugunsten einer gezielt ausgelösten Revolution zu wecken und dadurch Gefahr zu laufen, entdeckt zu werden¹⁵⁰.

6. Die Julirevolution und die Erkenntnis eines revolutionären Zeitalters

Die politischen und sozioökonomischen Gärungsprozesse mündeten in Frankreich in die Julirevolution von 1830. Ein zweites Mal in der Geschichte wurde Paris das Epizentrum eines internationalen revolutionären Bebens. Der Versuch Karls X. seit 1824, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, endete damit, dass er und die Bourbonendynastie von der Geschichte hinweggefegt wurden. Karl X. ist ein beredtes Beispiel für Napoleons Spruch über die Bourbonen, die „nichts gelernt und nichts vergessen“ hätten. Talleyrand münzte diesen Spruch auf die reaktionären „Ultras“ in Frankreich während der Restaurationsphase um. Viel mehr als „1789“ existierte in Frankreich nun ein starkes, modernes Großbürgertum, das stetig an Gewicht zunahm. Dahingegen erstrebte Karl X., in vollkommener

¹⁴⁸ LELEWEL, Geschichte Polens, S.453. Nach SPAZIER, Geschichte des Aufstandes, S.178 wurde das Ziel einigen Hundert Beteiligten erst am Tag des Ausbruchs der Aktion bekannt gemacht. Auch in Württemberg beteiligte man hohe Offiziere bewusst nicht an dem Geheimnis. Die Zahl der Eingeweihten wurde auch hier mit Absicht gering gehalten.

¹⁴⁹ Schätzungen schwanken zwischen 18 und 160 Personen. SPAZIER, Geschichte des Aufstandes, S.180. Spazier setzt die Zahl auf 18 fest. Die modernere Untersuchung von RHODE, Geschichte Polens, S.27 spricht von 160 Offiziersanwärtern und Studenten.

¹⁵⁰ Zum Problem einer vorzeitigen Aufdeckung der Verschwörung siehe SIMMEL, Das Geheimnis, S.257–304.

Verkennung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten und deren politischer Folgen, ein absolutes, stark klerikal gefärbtes und mit umfassenden Privilegien ausgestattetes Königtum.

In der Öffentlichkeit verdichteten sich seit Ende 1828 die Gerüchte, ein von oben gelenkter Staatsstreich stünde bevor. Ein Großbürgertum, das durch eigene Presseorgane die öffentliche Meinung zu beeinflussen verstand und eine aus Geheimbünden hervorgegangene und sich nun offen bekennende republikanische Partei, die im Mittelstand und in der Studenten- und Arbeiterschaft großen Anhang fand, stellten sich der „Königspartei“ entgegen. Am 26. Juli 1830 veröffentlichte die Regierung fünf Erlasse – die berüchtigten Juliordonnanzen –, durch die die Verfassung außer Kraft gesetzt werden sollte: Die Presse wurde einer strikten Regierungskontrolle unterworfen, die Kammer mit ihrer aus den jüngsten Wahlen gestärkt hervorgegangenen liberal-oppositionellen Mehrheit wurde aufgelöst ohne getagt zu haben, das Wahlsystem sollte dahin gehend geändert werden, dass die „Ultras“ in Zukunft dominiert hätten, neue Wahlen wurden angeordnet und die parlamentarische Verantwortung der Minister, die zwar nicht in der Verfassung verankert war, sich aber in der Praxis durchgesetzt hatte, wurde abgeschafft. Die Juliordonnanzen waren der Höhepunkt der rückwärtsgewandten Gesetze und Handlungen des Königs und seiner Regierung. Vorgegangen waren ihnen z. B. die Kompensation für die Landenteignung des Adels in der Französischen Revolution, die Stärkung der Macht des Monarchen und die Einführung der Todesstrafe für Gotteslästerung in Kirchen.

Die wohlhabende Bourgeoisie geriet nun in Konflikt zwischen ihrer Angst vor einer Revolution und ihrer Treue zur verletzten Verfassung. Sie heizte in den ihr gehörenden Zeitungen die Stimmung an. Als diese der strengen Zensur unterstellt wurden, schloss sie die Druckereien und schickte die Arbeiter auf die Straßen. Nachdem die Gefahr von Unruhen zunahm, schlossen viele Fabriken und Läden ihre Tore und entließen die Beschäftigten. Hinzu kam, dass die wirtschaftliche Lage des Landes ohnehin angespannt war: Schlechte Ernten und ein harscher Winter hatten die Zahl der Arbeitslosen auf dem Land und in den Städten in die Höhe getrieben. Zur politischen Krise gesellte sich also eine wirtschaftliche und soziale. Es bedurfte nur eines kleinen Funkens, um das Pulverfass zu entzünden.

Das Großbürgertum glaubte vorerst durch Proteste die Regierung zum Einlenken zu bewegen und sie auf die Verfassung einschwören zu können. Thiers, Journalist und führender Liberaler, glaubte an ein „französisches 1688“. „Die Bourbonen sollten in die *Charte* eingeschlossen und die Türen dichtgemacht werden. Sie werden dann unweigerlich aus den Fenstern springen“, so meinte er. Dies sollte die friedliche Version einer „gesetzmäßigen Revolution“ sein, im Gegensatz zum spanischen Modell des gewaltsamen *Pronunciamiento*. In Paris stießen jedoch die entlassenen kampfbereiten Arbeiter zu den Republikanern, die den Schulterchluss von Klein- und Mittelbürgertum, Arbeitern und Studenten suchten. Die Proteste entglitten schnell der Kontrolle und verwandelten sich augenblicklich zur Insurrektion.

Im Unterschied zur Großen Revolution entstanden überall in Paris Barrikaden, hinter denen sich Studenten, Arbeiter und Kleinbürger verschanzten. Die lenkende Hand hinter ihnen war eine Gruppe von jungen Republikanern, angeführt von Auguste Fabre, Cavaignac, Trélat und Raspail. Innerhalb von drei Tagen zwischen dem 27. und 29. Juli war das Schicksal der Bourbonenmonarchie entschieden. Diese „trois glorieuses“ erweckten Assoziationen an die *Glorreiche Revolution* in England, denn dieses Mal kam es nicht zu Exzessen, wie in der Revolution von 1789. Die bürgerliche Abwehrhaltung zur Revolution und deren Dämonisierung, die schon in den zwanziger Jahren eine Revision erfahren hatte, wurde so weiter relativiert. Während die Fußtruppen der Revolution republikanisch gesinnt waren, vermochte eine Gruppe von Deputierten und Journalisten, die im Interesse der Bourgeoisie und der Liberalen handelte, das Ruder an sich zu reißen, indem sie die Heldengestalt der Amerikanischen und der Französischen Revolution – Lafayette – für sich gewann. Sie schlugen den „goldenen Mittelweg“ – „Juste Milieu“ – ein, indem sie einen Thron schufen, der von liberal-parlamentarischen Institutionen umhegt war. Der König kam aus dem Hause Orleans, einer Seitenlinie der Bourbonen. Dem legitimistischen Thronfolgerecht entsprechend hatte er keinen Anspruch auf die Krone. Er wurde zum parlamentarisch eingeschränkten Monarchen. Die oktroyierte Verfassung wurde zu einem verbindlichen Vertrag, wobei die alten umstrittenen Paragraphen aus ihr getilgt oder im liberalen Sinne geändert wurden. Die Souveränitätsfrage blieb offen¹⁵¹.

Die Julirevolution setzte dem politischen und gesellschaftlichen Führungsanspruch des französischen Adels ein Ende¹⁵². Sie gewährte erstmals der Großbourgeoisie die Macht in einem Land auf dem Kontinent und bot ein erstes Beispiel für eine bürgerliche Klassenherrschaft¹⁵³. Das alte Zensuswahlrecht wurde zwar abgemildert, ein hoher Steuerbetrag blieb aber für das passive (mindestens 1.000 Franken an Direktsteuern) und für das aktive (mindestens 300 und später 200 Franken an Direktsteuern) Wahlrecht maßgebend. Finanzskandale und Korruption brachten die Julimonarchie später immer mehr in Verruf.

Die Republikaner, die auf den Barrikaden ihr Blut für die Republik vergossen hatten, fühlten sich nun jedoch um die Früchte der Revolution gebracht. Sie gingen gegenüber der Julimonarchie auf Distanz, wie auch die mit ihnen verbündeten Bonapartisten und Frühsozialisten. Deren ideologische Wortführer arbeiteten nun – teils verdeckt – unermüdlich auf eine neue Revolution hin. Buonarrotis Buch über die „Verschwörung der Gleichen“ von 1796 wurde sehr bald zur Pflichtlektüre und zum Wegweiser einer „geplanten Revolution“ für Radikale verschiedener Couleurs, auch über Frankreich hinaus.

¹⁵¹ Zur Julirevolution und ihrer Ausstrahlung auf Europa siehe PINKNEY, French Revolution of 1830; CHURCH, Europe in 1830; POPKIN, Press; KOSELLECK, in: BERGERON/FURET/KOSELLECK, Zeitalter, S.262–295; KOSSOK/LOCH, Französische Julirevolution.

¹⁵² BOTZENHART, Reform, S.106.

¹⁵³ STEIN, Geschichte der sozialen Bewegung 2, S.1–11.

Wie schon in den 1820er Jahren kam es zu einer revolutionären Kettenreaktion in weiten Teilen Europas. Die Pariser Ereignisse machten schnell Schule¹⁵⁴. Diesmal ging der Impuls von Paris aus, das für Metternich während der Restauration als Schaltzentrale einer europäischen Revolution – die man „Propaganda“ nannte – galt. Nun erfasste die Revolution nicht nur die europäische Peripherie, sondern die Kerngebiete des Kontinents. Hierin lag der „Dammbruch“ für die Einheitsstrategie Metternichs gegenüber der Revolution. Es schien, als ob die Reaktion trotz all ihrer Macht den revolutionären „Urkräften“ nicht widerstehen könnte¹⁵⁵. Mehr noch als in den 1820er Jahren wurde offenbar, dass die Französische Revolution kein Einzelereignis war, sondern den Beginn eines revolutionären Zeitalters oder einer revolutionären Permanenz darstellte¹⁵⁶. Und dieses bedeutete nun steten Wandel, manchmal schubweise und manchmal in Form gedrängter Veränderungen wie der Industriellen Revolution. In dieser geschichtlichen Marksteinfunktion lag eine wesentliche Bedeutung der Julirevolution, die im Schatten ihrer großen Vorgängerin stand.

Die Julirevolution ging einher mit den sozialen und wirtschaftlichen Umbruchprozessen der dreißiger Jahre, die der Periode den Stempel des Provisorischen aufdrückten, wie Jacob Burckhardt konstatiert¹⁵⁷. Das Gefühl, mitten in permanenter Beschleunigung zu leben, kam hinzu. Denn von da an – mit Burckhardts Worten – hat die Welt politisch und sozial sehr rasch gelebt¹⁵⁸. Die Erfindung der Dampfmaschine und ihre Verwendung in der Schifffahrt und dem neuen Eisenbahnwesen sowie die zunehmend schnellere Nachrichtenübermittlung mit der Erfindung des elektrischen Telegrafen veränderten den Zeitbegriff ganz erheblich. Noch 1820 sei das Pferd das Zeitmaß gewesen wie Jahrhunderte zuvor, so der schwäbische Schriftsteller Hermann Kurz. Für 1830 konstatiert er, dürfte die zukünftige Geschichtsschreibung rückblickend das Mittelalter endigen lassen¹⁵⁹. Lorenz von Stein erblickt in der Julirevolution das Ereignis, wodurch die industrielle Gesellschaft zur Herrschaft gelangte¹⁶⁰. Die Empfindung zwischen politischer Beharrung und sozioökonomischer Bewegung, zwischen Repression und Emanzipation,

¹⁵⁴ SCHMIDT-FUNKE, Revolution als europäisches Ereignis, S. 159ff. „Die Geschwindigkeit und Intensität des europäischen Nachrichtentransfers lassen keinen Zweifel daran, dass die Julirevolution und ihre Folgen ein transnationales Medienereignis darstellte; ebd., S. 162; DIES., Die 1830er Revolution.

¹⁵⁵ Schleiermacher sprach vom „Einbruch tellurischer Kräfte“ einer „dämonischen Plage“; vgl. BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 216.

¹⁵⁶ „Damit wurde also der gesamte Zeitraum von 1789 über die Restauration bis hin zu den Revolutionen 1830 unter dem Gesichtspunkt eines permanenten Veränderungsdrucks gesehen, der sich dem Initialereignis der Französischen Revolution schuldete und 1830 eine Zuspitzung erfahren hatte“; BECKER, Zeit der Revolution, S. 165. Ähnlich auch S. 183.

¹⁵⁷ BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 214.

¹⁵⁸ Ebd. Ähnlich äußerte sich F. Th. Vischer; vgl. ebd.; siehe auch BECKER, Zeit der Revolution, passim.

¹⁵⁹ BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 243.

¹⁶⁰ STEIN, Geschichte der sozialen Bewegung 2, S. 1–11.

zwischen Restauration und Revolution zu leben, drückte der Periode auch den Stempel der Zerrissenheit, des Zweifels, der Hoffnung und Frustration auf¹⁶¹. Dieses Gefühl erfasste eine neue Generation, die nicht Zeitzeuge der Exzesse der Französischen Revolution war und die die Schattenseiten der französischen Vorherrschaft in Deutschland nicht erlebt hatte. Sie erlebte jedoch hautnah die Repressionen der Restaurationsära. Diese neue Generation betrat nun die politische Bühne – mit einem neuen Erwartungshorizont.

Im Gefolge dieser Revolution teilte sich Europa grob in zwei geopolitische Lager. Die alte Allianz der Großmächte seit dem Wiener Kongress löste sich in ein liberal gesinntes Westeuropa und ein autoritär regiertes Osteuropa auf. Es zeichnete sich grob so etwas wie eine „ideologische Blockbildung“ (Heinz Gollwitzer) ab. Das „Dritte Deutschland“, also die Gebiete des ehemaligen Rheinbundes, zu denen Württemberg gehörte, befand sich dazwischen. Für den Fall eines sich ausweitenden Krieges zwischen beiden Blöcken meinte das liberal-demokratische badische Blatt *Deutsche Tribüne*: „Der bevorstehende Krieg betrifft keine kollidierenden Interessen verschiedener Nationen, sondern vielmehr die im Kampfe begriffenen Interessen der Fürsten und Völker“¹⁶².

Die Belgier erhoben sich im August 1830 gegen die niederländische Herrschaft. Das starke Bürgertum und die unteren Schichten, die unter der holländischen Dominanz litten, verbündeten sich, was für ihre Revolution Erfolg versprach, wie zuvor für die Julirevolution. Frankreich, in dessen Einflussphäre Belgien während der Französischen Revolution geraten war und mit dem es auch die gemeinsame katholische Religion teilte, unterstützte die belgische Unabhängigkeit sogar militärisch, was unter den revolutionär Gesinnten in anderen Ländern die Hoffnung weckte, im Falle eines Aufstandes mit der Hilfe Frankreichs rechnen zu können. Die geschaffenen Tatsachen bewogen sogar Metternich und in seinem Gefolge auch Preußen, die belgische Unabhängigkeit anzuerkennen. Diese wurde mit der internationalen Zusicherung einer immerwährenden Neutralität Belgiens gekoppelt. Die nationale Freiheit ging einher mit der Verabschiedung einer Verfassung, die sich an die französische von 1791 anlehnte. Sie beruhte auf dem Prinzip der Volkssouveränität, auf der Unterordnung des Monarchen unter die Verfassung, der Kontrolle der Exekutive durch das Parlament, einer politischen Ministerverantwortlichkeit und auf weitgehenden bürgerlichen Grundrechten. Der König wurde in seiner Funktion auf ein Exekutivorgan reduziert. Die Zensushürde war viel nied-

¹⁶¹ „Moderne Zerrissenheit“ heißt es bei Vischer; vgl. BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 215. Bei Karl Gutzkow stand sein Roman „Wally die Zweiflerin“ von 1835 für den Zeitgeist der Ungewissheit. Borst, Kenner der Geschichte Württembergs und Badens, bezeichnet das Grundgefühl des Vormärz auch in dieser Region als „Erschütterung“ (BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 209) oder sieht in der „Entzweiung“ die Signatur des Vormärz (ebd., S. 218). Er weist nach, dass dieses Empfinden auch in Württemberg und Baden um sich gegriffen hatte; ebd., S. 215.

¹⁶² *Deutsche Tribüne*, 22. 9. 1831.

riger als in der Julimonarchie, jedoch höher als in England und Wales nach der „Reform Bill“ von 1832. Die Provinzen und Städte erhielten weitgehende Selbstverwaltung. Diese Verfassung galt zu ihrer Zeit als die liberalste in Europa. Belgien war ein beredtes Beispiel für die Verquickung von Nationalismus und Liberalismus der 1830er Jahre. Da es auch zu den industriell fortschrittlichsten Gebieten in Europa gehörte, erlebte es soziale Unruhen, nicht nur alten, sondern auch neuen klassenkämpferischen Musters.

Im Februar 1831 begannen Aufstände in Modena und Parma und im Kirchenstaat in Italien, die sich gegen die Reaktion, österreichische Fremdherrschaft, Klerikalismus und für eine nationale Einigung einsetzten. Mithilfe österreichischer Truppen wurden diese niedergeschlagen. Die fehlgeschlagenen Aufstände bewogen Giuseppe Mazzini in Genua dazu die Bewegung „Junges Italien“ zu gründen. Sie gab einem demokratisch und antichauvinistisch geprägten, romantischen Nationalismus in Europa Ansporn. 1832, 1833 und 1834 kam es zu neuen Aufstandsversuchen, die entweder vorzeitig aufgedeckt oder niedergeschlagen wurden. Diese hingen mit gleichzeitigen Plänen in anderen Ländern zusammen. In diesen Kontext gehört auch die württembergische Militär- und Zivilverschwörung.

Polen, welches unter Napoleon für kurze Zeit selbstständig geworden war, geriet während des Wiener Kongresses wieder unter die Räder seiner habgierigen Nachbarn. Nach dem nationalen Aufstand unter Kosciuszko im Jahre 1794 erhoben sich die Kongresspolen im November 1830 gegen Russland. Die Polen hielten der russischen Übermacht bis September 1831 stand. Danach verlor Kongresspolen seine Teilautonomie und wurde Russland vollkommen eingegliedert. Preußen folgte Russland und betrieb nun eine aktive Germanisierungspolitik in den annektierten polnischen Territorien. Diese nationale Erhebung gegen das reaktionärste Regime Europas erweckte, trotz ihrer kurzen Dauer, mehr als beim griechischen Aufstand eine europaweite Sympathiewelle. Als polnische Flüchtlinge in Scharen durch Deutschland zogen, kannte die Identifikation der Deutschen mit den geschlagenen Polen keine Grenzen. Heinrich Heine meinte in seiner ihm eigenen Ironie, dass die Sympathiewelle für die besiegten Polen in Deutschland so hoch sei, dass sie noch irrtümlich in eine eigene Revolution auszufern drohte¹⁶³. Sie war ein Gradmesser für den oppositionellen Geist, der breitere Schichten in Deutschland erfasst hatte. Nicht zufällig wurde die rheinische Pfalz, die sich in den dreißiger Jahren als radikale Hochburg entfaltet hatte, auch zum Zentrum der Polenfreundschaft. Wie schon in der philhellenischen Bewegung zeigte sich auch hier die länderübergreifende Solidarität der Völker im Kampf für ihre innere und äußere Freiheit, die den Liberalismus und Radikalismus der 1820er, 1830er und 1840er Jahre kennzeichnete.

In Spanien und Portugal wie in Süditalien brachen die alten Kämpfe der zwanziger Jahre zwischen konservativen, klerikalen und liberalen Kräften 1832/33 wieder

¹⁶³ HEINE, Sämtliche Schriften (Briegleb) 4, S. 81 f.

aus. 1834 kam es zu einer britisch-französischen Verständigung, Portugal und Spanien durch Einbindung in eine Quadrupelallianz zu befrieden, um ihren „westlichen“ Einflussbereich zu sichern.

Die Schweiz wurde ebenfalls vom revolutionären Geist erfasst. Der lose Staatenbund, der an die Stelle der Helvetischen Republik getreten war, stieß auf Kritik bei liberalen und demokratischen Kräften in den protestantischen Kantonen. Deren Bestrebungen liefen auf den Abbau der alten bürgerlichen Oligarchien, die wirtschaftliche Liberalisierung, die Verabschiedung von modernen Repräsentativverfassungen mit zum Teil radikaldemokratischem Einschlag und die Errichtung eines kohärenteren Staatenbundes hinaus.

In Großbritannien sah sich das Parlament gezwungen die Wahlrechtsreform von 1832 einzuführen, die größere Teile des Mittelstandes in den Wahlprozess mit einschloss.

Auch auf Deutschland sprang diesmal der revolutionäre Funke über. Es kam zu Beinahe-Revolutionen, Aufständen, Protesten und zum Aufflammen eines regen öffentlichen Lebens. Die Aufstandsbewegung erschütterte weite Teile Deutschlands. Die staatlich gesteuerte Reform in Deutschland, die „Revolution von oben“, die der wirklichen Revolution das Wasser abgraben sollte, war schon lange ins Stocken geraten. Sie wich der Restauration und der politischen Repression. Die durch die „Revolution von oben“ ausgelösten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse hielten jedoch an, wodurch die Schere zwischen Staat und Gesellschaft sich bedrohlich ausweitete. Wie in der Einführung erwähnt, sollte durch eine „Revolution von unten“ nun diese Schere geschlossen werden. Es kam zu einem „Erwartungsstau“, der sich dann schlagartig entlud, zum besagten „Dammbruch“. Das Jahr 1830 war so etwas wie „eine Zäsur inmitten des Vormärz“¹⁶⁴. Es war genauer gesagt eine periodische Wasserscheide, die die Restauration von dem eigentlich nun beginnenden Vormärz trennte¹⁶⁵. Vor allem ein wachsendes, sich mündig empfindendes Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum ließ sich nicht mehr durch den Staat gängeln und in die politische Unmündigkeit zurückversetzen. Eine politisierte Gesellschaft antwortete seit 1830 auf die Staatsrevolution¹⁶⁶. Die durch die „Fürstenrevolution“ gerufenen Geister konnten die Fürsten nun selbst nicht wieder loswerden. Der Vorrang des etatistisch-bürokratischen Zugs schien nun gegenüber der liberalen Modernisierung zurückzuweichen. Gewaltsame Proteste von klein- und nicht-bürgerlichen städtischen Schichten sowie von Bauern, brachen ebenfalls aus. Ein Schulterchluss dieser Schichten mit den Bürgerlichen hatte erstmals eine gesellschaftliche Bandbreite erreicht, die bis dahin in der deutschen Geschichte nicht bekannt war. Mit der zunehmenden Radikalisierung im Süden gegen Ende 1831 und zu Beginn des Jahres 1832 schien für eine kurze Zeit das

¹⁶⁴ BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S.213.

¹⁶⁵ Zu dieser in der Geschichtswissenschaft nunmehr etablierten Trennung siehe REINALTER, Einleitung, S.24.

¹⁶⁶ BRANDT, Der lange Weg, S.91.

starre Korsett, das bisher den bürokratischen Obrigkeitsstaat und die liberale Modernisierung künstlich zusammengeschnürt hatte, aus den Fugen zu geraten.

Von den Auswirkungen der Julirevolution in Deutschland waren zunächst Staaten, Regionen und Städte im Norden, in der Mitte und im Westen betroffen. Dort entlud sich der politische und soziale Unmut besonders gewalttätig. Dazu trug der Umstand bei, dass dort in napoleonischer Zeit keine Reformen durchgeführt bzw. die durchgeführten Reformen während der Restaurationsphase radikal zurückgeschraubt wurden. Hier war der Nachholbedarf an Veränderungen beziehungsweise der Reformstau besonders stark. Die autoritären Staatsstrukturen schufen ein größeres Protestpotenzial mit geringen institutionalisierten Auffangmöglichkeiten. Zu den von bürgerlichen Schichten vorgebrachten Ansprüchen nach Repräsentation, Partizipation und Grundrechten gesellte sich der soziale Unmut pauperisierter Unterschichten.

In Braunschweig wurde ein Landesfürst vom Thron vertrieben und dessen Schloss in Brand gesetzt; ein Präzedenzfall in Deutschland. In Kurhessen wurde auf Druck von unten der Landesfürst zur Abdankung gezwungen. Bildungs- und Besitzbürger kämpften für politische und wirtschaftsliberale Zielsetzungen wie neue Verfassungen, parlamentarische Einrichtungen, kommunale Selbstverwaltung, Bürgergarden und die Freiheit des Gewerbes, Handels und Güterverkehrs. Neue Verfassungen wurden u. a. in Hessen-Kassel und in Sachsen entsprechend des Modells der süddeutschen konstitutionellen Monarchien beziehungsweise der *Charte* eingeführt. Diese enthielten weitgehende Konzessionen an die Landtage und Wahlrechtsreformen, die altständischen Staatsstrukturen ein Ende bereiteten, und die Einräumung einer Reihe von Grundrechten¹⁶⁷.

Bei den unteren Schichten spielte hingegen die Aufhebung sozialer Missstände eine entscheidende Rolle. Diese Massen lehnten sich gegen die Teuerung der Lebensmittel, gegen die Last der Steuern, die drückenden Zoll- und Feudalabgaben beziehungsweise die hohen Ablösegeelder, Frondienste und Grundzinsen und gegen die Willkür der Polizei und der Bürokratie auf. Sie gingen auch gegen Arbeitsmangel und niedrige Löhne vor. Eine zusätzliche Belastung stellte die rasche Bevölkerungszunahme dar. Erst die massive Industrialisierung und die Durchsetzung des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erzeugten die benötigten Arbeitsstellen, um diese aufzufangen. Der Unmut richtete sich unterschiedslos gegen Kapital- und Feudalbesitz, gegen „Geldaristokratie“ und Feudalaristokratie¹⁶⁸.

¹⁶⁷ Forderungen nach Errichtung einer Bürgerwehr, nach Pressefreiheit und Geschworenen-gerichten, Selbstverwaltung der Gemeinden, Handels- und Bewegungsfreiheit wurden ebenfalls gestellt und teilweise verwirklicht, teilweise jedoch nach einiger Zeit wieder aufgehoben.

¹⁶⁸ HUSUNG, Protest und Repression; DERS., Gewaltprotest, S. 47–63; VOLKMANN, Kategorien, S. 164–189; BLEIBER, Auswirkungen, S. 177–182; BOCK, Klassenkämpfe, S. 40–106; DERS., Illusion der Freiheit; HAMMER, Volksbewegung, S. 203–214; ZWAHR, Bourgeoisie und Proletariat, S. 656–675; DERS., Konstituierung; DEICH, Julirevolution, S. 235–246; KÖRNER, Julirevolution, S. 138–157.

Diese Staaten holten den politischen Rückstand gegenüber dem Süden, der durch die nach 1814/15 nicht eingelösten konstitutionellen Versprechen entstanden war, zumindest formell auf. Damit legte sich die Unruhe im Norden vorerst. In Berlin und Wien kam es zu schnell unterdrückten Unruhen. Über die östlichen Provinzen Preußens und die verschiedenen Landesteile Österreichs gingen diese Erschütterungen allerdings ohne größere Wirkung hinweg¹⁶⁹. In den äußerst rückständigen mecklenburgischen Herzogtümern und in Oldenburg blieb es ruhig.

Das Gros des neuen Bürgertums lavierte zwischen den Volksschichten und den herrschenden Eliten. Einerseits versuchte es die Unterschichten als Hebel und Druckmittel gegen die Obrigkeit und die Privilegierten zu benutzen, andererseits teilte es mit den Privilegierten die Angst vor den sozialen Ansprüchen gerade dieser ärmeren Volksschichten. Die Radikalen, die vor allem im Südwesten in Erscheinung traten, suchten hingegen ein Bündnis mit den breiten Schichten, auf deren Bedürfnisse sie eher bereit waren einzugehen.

7. Von der republikanischen Sammlungsbewegung zur revolutionären Aktion

Der Südwesten Deutschlands vermochte dank seiner relativen politischen Fortschrittlichkeit im Vergleich zum Norden vorerst die ersten revolutionären Wogen, die von Frankreich und Belgien auf Deutschland einschlugen, abzufangen, beziehungsweise zu dämpfen. Außerdem zügelte die langsamere wirtschaftliche Entwicklung des Südens, im Vergleich zu industriell erschlossenen Gebieten etwa am Niederrhein oder in Sachsen, die sozialen Konflikte, die mit der beginnenden Industrialisierung einhergingen. Die Julirevolution weckte jedoch im Süden zunächst eine rege politische Öffentlichkeit, die auch dem parlamentarischen Leben einen bedeutenden Aufschwung verlieh. Die Vorzensur wurde aufgelockert oder in Baden gar in der ersten Hälfte des Jahres 1832 aufgehoben. Neue Zeitungen entstanden, die sich kritisch gegen die herrschenden politischen und gesellschaftlichen Zustände äußerten. Sie wurden zum wesentlichen Mobilisierungsmittel der Opposition. Das „Assoziationswesen“, ebenfalls wichtiger Bestandteil politischer Willensäußerung der Bevölkerung, bildete sich in Form von Wahlvereinen aus. „Am weitesten schritt die Organisation des politischen Wettbewerbs in Württemberg voran“¹⁷⁰. Hier entfaltete sich das dichteste und größte Netz von Wahlklubs, die als Plattform der Findung von Kandidaten galten und parteipolitische Vorformen annahmen. Als Zentrale, welche die örtlichen Vereine miteinander verband und quasi als Agentur der oppositionellen Bewegungspartei wirkte, galt die Redaktion der radikal-liberalen Stuttgarter Zeitung *Der Hochwächter*. Diese Bewegungspartei stand für einen neuen kämpferischen Liberalismus in Deutschland und weiten Teilen Europas. Der „linke“ Flügel dieser „Partei“, die eine Samm-

¹⁶⁹ BLEIBER, Auswirkungen, S. 177–181; DERS., Unruhen in Wien, S. 722–729.

¹⁷⁰ BRANDT, Der lange Weg, S. 95.

lungsbewegung war, umfasste auch Republikaner, Demokraten und Frühsozialisten, die sich noch nicht selbst organisierten. In Süddeutschland brach dieser Liberalismus mit der traditionellen Reserve gegen jegliche Parteibildung. Diese galt als eine Segmentierung der Gesellschaft, was wiederum dem Anspruch der Liberalen, den Gesamtwillen der Gesellschaft zu vertreten, widersprach. Da Vereinsbildung und Versammlungsfreiheit nicht als verfassungsmäßige Grundfreiheiten galten, wurden sie bald wieder verboten, sofern sie politisch genutzt wurden. So entstanden verdeckte Plattformen politischer Meinungsbildung unter dem Schutzmantel von Volksfesten, Honorationenbanketten, Festessen, Konstitutionsfeiern und unpolitischen Vereinen wie Gesangsvereinen beziehungsweise Polenvereinen oder Tischgesellschaften in Wirtshäusern. Erstmals trafen sich gleichgesinnte oppositionelle Landtagsabgeordnete über die Landesgrenzen hinaus. Die kritische Öffentlichkeit verselbstständigte sich, jenseits von periodischen Wahlkampagnen. Sie stützte die Kammeropposition außerparlamentarisch ab. An ihrem linken Rand erklangen allmählich radikale Stimmen, die über den Landtagsliberalismus hinausgingen.

Die Landtage, „die Hauptagenturen des öffentlichen Interesses“¹⁷¹, lebten auf, nachdem sie in den 1820er Jahren eine untergeordnete Rolle gespielt hatten¹⁷². Auch die Kommunen erwarnten wieder und schufen neue Plattformen autonomer Willensbildung, in denen Forderungen aufgestellt wurden, die weit über die lokalen Belange hinausgingen. Im Verlauf der Wahlkampagnen wurde der Forderungskatalog der neuen liberalen Opposition deutlich. Zu diesem gehörte die Hebung des politischen Ranges der Landtage gegenüber der Exekutive. Das Budgetrecht, das in Württemberg auf dem Papier bestand, sollte neu belebt werden und notfalls als politischer Hebel dienen. Das Petitionsrecht der Kammern sollte in ein Gesetzesinitiativrecht ausgebaut werden. Der Anteil der Kammern an der Gesetzgebung sollte auf Kosten der Regierung vergrößert, der Spielraum der Regierung für den Erlass von staatlichen Verordnungen hingegen eingeengt werden. Die Liberalen forderten außerdem die Zusammensetzung der Kammern zugunsten des repräsentativen – auf Kosten des ständischen – Prinzips auszubauen, die politische Verantwortung des Ministeriums auch den Kammern gegenüber zu gewährleisten und den Kammern das Selbstberufungsrecht zu gewähren. Sie verlangten die Ausweitung der bürgerlichen Grundrechte, die Vereidigung der Armee auf die Verfassung, die Bildung von Bürgermilizen und die Umwandlung der Fürstenheere in bürgerliche Heere. Im sozialwirtschaftlichen Bereich forderten sie Agrar- und Gewerbeformen, die Abschaffung beziehungsweise Ablösung restfeudaler Abgaben und den Abbau von Zoll- und Handelschranken. Im Justizbereich verlangten sie die Trennung der Justiz von der Exekutive, öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren sowie die Einrichtung von Geschworenengerichten. Nicht zuletzt forderten sie die Verwirklichung der kommunalen Selbstverwaltung, die Verbesserung

¹⁷¹ BRANDT, *Der lange Weg*, S. 93.

¹⁷² Ebd.

des Bildungswesens und die Umwandlung der Bundesversammlung des Deutschen Bundes durch Wahlen zum allgemeinen deutschen Repräsentativorgan. Zögernd kam auch die Diskussion um die rechtliche Gleichstellung der Juden wieder in Gang, deren juristische Stellung sich in der Restaurationszeit verschlechtert hatte.

Infolge der seit dem Sommer 1831 einsetzenden Repressionen und einer ausbleibenden Einberufung des Landtages in Württemberg nach einer kurzen liberalen Phase initiierte die Opposition außerparlamentarische Aktionen in Form von Protestkundgebungen, Massenversammlungen und Petitionen. Die Presse litt unter der zunehmenden Zensur. Um diese zu umgehen, gingen die radikalen Oppositionellen dazu über, illegale, im Untergrund gedruckte Flugblätter zu verbreiten¹⁷³.

In Baden schien vorerst der Liberalismus die größten Erfolge zu erreichen. Mit dem Druckmittel der Steuerverweigerung wurde die Zensur von Berichten über öffentliche Debatten im Landtag zu innenpolitischen Themen am 12. Januar 1832 aufgehoben. Dadurch wurde die Öffentlichkeit in Deutschland in einen anregenden politischen Diskurs verwickelt. Auf Druck der Bundesversammlung wurde allerdings die Zensur am 5. Juli 1832 wieder eingeführt, was zu Protesten und Unruhen führte. Badens Landtag wurde zum Vorbild eines neuen, mutigen vormärzlichen Kammerliberalismus. Neben dem Landtag wurde das von Rotteck und Welcker herausgegebene „Staats-Lexikon“ zum intellektuellen Wegweiser dieses Liberalismus. So anregend die Ereignisse in Baden für die liberale Bewegung waren, so ernüchternd wirkte die Ohnmacht des parlamentarischen Liberalismus angesichts der repressiven Gegenmaßnahmen, in deren Folge auch Rotteck und Welcker 1832 zwangsweise in den Ruhestand versetzt wurden.

In Bayern brachten die Neuwahlen im Dezember 1830 große Erfolge für die Liberalen im Landtag. Diese spalteten sich bald anhand der Frage, ob Steuerverweigerungen oder Budgetkürzungen legitime Mittel seien, um grundsätzliche politische Ziele zu erreichen, wie etwa die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Um den radikalen Tendenzen im Landtag zu begegnen, löste König Ludwig I. den „Stürmischen Landtag“ im Dezember 1831 auf und ernannte eine neue ultrakonservative Regierung unter dem Feldmarschall von Wrede. Damit war die liberale Kampfphase im bayerischen Kernland beendet. Nun wanderte der Schwerpunkt des oppositionellen Handelns in die Provinz Rheinbayern. Hier in der Pfalz bestanden die „rheinischen Institutionen“ weiter, was dem kämpferischen Flügel der bayerischen Liberalen eine restriktionsfreie Exklave bot. Hier taten sich die radikalen Landtagsabgeordneten aus der Pfalz – Friedrich Schüler, Joseph Savoye und Ferdinand Geib – mit demokratischen Publizisten wie dem ehemaligen gemäßregelten Beamten Siebenpfeiffer und dem Rechtsanwalt Wirth zusammen. Letzterer übersiedelte in die Pfalz. Von nun an übertrug die radikale Opposition ihren Kampf vom gelähmten Landtag in die breite Öffentlichkeit. Dies war eine Kampfansage an die gewählten Organe und der bisher ernsteste Versuch einer außerparlamentarischen Opposition, die von frustrierten Abgeordneten mitgetragen wurde.

¹⁷³ Siehe RUCKHÄBERLE, Flugschriftenliteratur.

Die bayerische Pfalz büßte den Erhalt der progressiven französischen Einrichtungen mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen der Zentralregierung, die zur sozialen Krise der Region beitrugen. Es entstand ein explosives Gemisch aus sozialem Unmut nicht-bürgerlicher Schichten und politischem Radikalismus Bürgerlicher, dem eine intellektuelle Elite gebührend Resonanz verschaffte.

Das Schema von Liberalisierung, Repression und Radikalisierung zeichnete die politische Entwicklung im Südwesten nach der Julirevolution aus. Die baldige Unterdrückung der geweckten Hoffnungen der liberalen Opposition im Südwesten förderte eine Radikalisierung. Daraufhin verabschiedete der Deutsche Bund schon am 21. Oktober 1830 Restriktionen. Die beschlossenen „Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe“, begünstigten das Bundesinterventionsrecht gegen die Einzelländer und drängten auf stärkere Zensur¹⁷⁴. Am 10. November 1831 wurden die Mitgliedsstaaten des Bundes aufgefordert, das Pressegesetz von 1819 schärfer zu handhaben.

Im Gegenzug verlagerte sich die radikale Opposition zunehmend in die außerparlamentarische Sphäre¹⁷⁵. In Zweibrücken kam es am 29. Januar 1832 während eines Banketts zur Gründung des PVVs¹⁷⁶. An die Spitze des Vereins stellten sich Schüler selbst sowie seine politischen Gefährten Savoye und Geib. Sie, wie auch Wirth und Siebenpfeiffer, waren schon über den Liberalismus hinaus und teilten die Ansichten eines demokratischen Republikanismus. Wirth fasste das Programm des Vereins in der Flugschrift „Deutschlands Pflichten“ zusammen. Sie enthielt die Idee einer europäischen Staatengemeinschaft, der Errichtung eines demokratischen Polen als Pufferzone gegen das reaktionäre Russland, der Vereinigung Deutschlands mit demokratischer Verfassung. Zu diesem Zweck musste dem Übergewicht Österreichs und Preußens entgegengewirkt werden. Die freie Presse sollte den geistigen Weg hierfür bereiten. Wirths Zeitung *Deutsche Tribüne*, die er von Altbayern der Zensur wegen in die Pfalz verlegt hatte und Siebenpfeiffers ebenfalls dort erschienene *Bote aus dem Westen* (später *Westbote*) griffen wie auch die drei Landtagsabgeordneten Schüler, Savoye und Geib die Missstände in der Pfalz an. Allerdings gingen sie darüber hinaus und forderten eine grundlegende Umgestaltung der deutschen Verhältnisse, nämlich zuerst den Übergang zur parlamentarischen Monarchie und schließlich zur demokratischen Republik. Diese Forderungen waren revolutionär, obwohl sie vorgaben, diese durch „Reformen“ erreichen zu wollen. Hierin lag ein innerer Widerspruch, der zum Scheitern der Organisation beigetragen hatte. Angesichts des bayerischen allgemeinen Vereinsverbots vom 1. März 1832, und nachdem der Bundestag am 2. März 1832 beide Zeitungen zwang, ihr Erscheinen einzustellen und deren Redakteure mit einem

¹⁷⁴ Bei revolutionären Unruhen konnten Bundestruppen in einzelnen Bundesstaaten zum Einsatz kommen, auch ohne deren Ersuchen.

¹⁷⁵ FENSKE, Politischer und sozialer Protest, S. 143–201.

¹⁷⁶ Derartige Banketts waren eine seit 1830 aus Frankreich übernommene Form von Oppositionsveranstaltungen, die als geschlossene Gesellschaft ausgehen wurde, um das Verbot von politischen Versammlungen von über 20 Personen zu umgehen.

fünfjährigen Berufsverbot belegt worden waren, verschärfte sich der Ton und das Handlungsmuster der radikalen Opposition.

Das Vorgehen der Regierung in Bayern und des Bundestages gegen den Pressverein steigerte den Zulauf zum Verein auch weit über die Pfalz hinaus. In mehr als 500 Ortschaften entstanden Filialen, die zusammen mehr als 5.000 Mitglieder zählten. Auch in Paris gründete die große deutsche Exilkolonie einen Ableger. Der Pressverein wurde de facto zur ersten vereinsmäßig gegründeten allgemeinen deutschen Partei. Wirth artikulierte sich nun noch radikaler in einer als Flugblatt verteilten Schrift „Aufruf an die Volksfreunde in Deutschland“. Dort verlangte er eine auf Volkssouveränität und Repräsentativverfassung der Bundesländer gegründete deutsche Föderation¹⁷⁷. Die in den Filialen und politischen Festessen immer gereizter werdende Stimmung erforderte in Siebenpfeiffers Augen einen Vorstoß. Das von den bayerischen Behörden geplante Konstitutionsfest in Hambach bot den direkten Anlass zur Gegendemonstration am 27. Mai 1832. Diese, das Hambacher Fest, erwies sich als (erste) demokratische Massenkundgebung in Deutschland. Ähnliche Kundgebungen wie in Hambach fanden auch in anderen süddeutschen Staaten statt, was den Eindruck erweckte, als stünde der Süden am Vorabend einer Revolution. Wirth und Siebenpfeiffer glaubten durch das Einwirken einer freien Presse in der Pfalz die öffentliche Meinung für die demokratischen und republikanischen Ideen zu gewinnen und so auf dem Wege der „Reform“ ihre Ziele zu erreichen. Die Zweibrückener Leitung des PVV – Schüler, Savoye, Geib – zog eine vorsichtiger Vorgehensweise vor, um sich nicht allzu sehr zu exponieren. Während die Zweibrückener auch auf die Belange der unteren Gesellschaftsschichten eingingen und diese als Adressaten betrachteten, wandten sich Wirth und Siebenpfeiffer an die bildungsbürgerlichen Schichten.

Der Ton der Reden in Hambach war überwiegend republikanisch und demokratisch, völkerverbunden und europäisch. Auch sozialrevolutionäre Töne klangen an¹⁷⁸. Sozial waren die Teilnehmer des Hambacher Festes breit gefächert: Bürger-

¹⁷⁷ Nach freiem Volksentscheid sollte die äußere Form, ob (parlamentarische) Monarchie oder Republik entschieden werden. Auch die Auflösung des Adels wurde gefordert.

¹⁷⁸ Eine Ausnahme bildete Wirth. Für ihn stand die deutsche Einigung an vorderster Stelle, auch sollte sie von den Deutschen allein errungen werden ohne ausländisches Zutun. Auch die Rückkehr Elsass-Lothringens war ihm ein wichtiges Anliegen, wie auch bei einigen anderen Rednern. Andere Redner, vor allem Pistor, ein Neffe Schülers, distanzieren sich von Wirths Warnungen vor Frankreich und lobten die Errungenschaften der Französischen Revolution, denen die Pfalz viel verdanke. Pistor's Rede war auch „die erste sozialrevolutionäre Rede in Deutschland“; vgl. VALENTIN, Das Hambacher Nationalfest, S. 47. Zum Unterschied zwischen dem Geist in Hambach und dem früheren teutomantischen Nationalismus siehe WINKLER, Der lange Weg nach Westen, S. 82f.: „Das Nationalgefühl der Hambacher war von ganz anderer Art als jenes, dem die Preußenfreunde Fichte, Jahn und Arndt in der napoleonischen Epoche gehuldigt hatten. Von Wirth abgesehen, [...] ließ kein Redner des Festes vom Mai 1832 etwas von Franzosenfeindschaft erkennen. Der erstrebte deutschen Nationalstaat sollte nicht gegen Europa entstehen, sondern als Teil eines europäischen Völkerbundes; Freiheit und Einheit wurden als unlösbar miteinander

tum, Handwerker und Bauern. Über die bayerische Pfalz hinaus kamen Delegationen aus anderen Regionen vor allem Süddeutschlands zusammen. Auch die nationalen Barrieren wurden demonstrativ überschritten. Eine französische und eine polnische Delegation erschienen und wurden enthusiastisch begrüßt, wie ebenso der jüdisch-republikanische Publizist Ludwig Börne, der aus Deutschland ins Exil nach Paris gegangen war. Die europäische Einheit der freien Völker wurde von den Rednern hochgelobt. „Hambach“ stand überwiegend für den republikanischen und internationalen Geist der radikalen Generation der 1830er Jahre und im krassen Gegensatz zum deutschtümelnden, xenophoben, antiwestlichen und anti-jüdischen Geist der vorigen Generation, für die das Wartburgfest stand. Heine drückte diesen Unterschied prägnant aus: „Der Geist, der sich auf Hambach aussprach, ist grundverschieden von dem Geist, oder vielmehr von dem Gespenst, das auf der Wartburg seinen Spuk trieb. Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufganglieder und mit der ganzen Menschheit ward Brüderschaft getrunken; hier aber auf der Wartburg, krächzte die Vergangenheit ihren obskuren Rabengesang[...]. Auf Hambach hielt der französische Liberalismus seine trunkensten Bergpredigten, [...] auf der Wartburg hingegen herrschte jener beschränkte Teutomanismus [...], der in seiner Unwissenheit nichts Besseres zu erfinden wusste, als Bücher zu verbrennen!“¹⁷⁹ Resignierend fügte Heine hinzu, dass der Geist von Hambach gegenüber dem der Wartburg wahrscheinlich den Kürzeren ziehen würde¹⁸⁰.

Nach der Euphorie der Massenversammlung stellte sich für die Organisatoren von Hambach die Frage, wie es weitergehen sollte. Am 28. Mai 1832 trafen etwa 500 bis 600 führende Teilnehmer im Neustädter Schießhaus zusammen. Siebenpfeiffer forderte die Anwesenden auf ein Komitee zu wählen, um über die erforderlich erscheinenden Schritte Beschlüsse zu fassen. Dieses Gremium sollte sich als eine Art provisorische Regierung dem Bundestag gegenüberstellen. Dieses Komitee traf sich am selben Vormittag in der Wohnung des Holzhändlers und bayerischen Landtagsabgeordneten Johann Jakob Schoppmann, von dem die Behörden berichten, er sei „in französischen Zeiten [...] der vertrauteste Freund der Revolution und das Nonplusultra des Jakobinismus“ gewesen¹⁸¹. Schüler leitete die Versammlung. Einige der Versammelten erwogen einen gewaltsamen Umsturz, andere sprachen sich dagegen aus. Gleichsam kam es hier zum Bruch zwischen Siebenpfeiffer, Wirth und dem Zentralkomitee über das Engagement des P.V.Vs. Wirth plädierte für den weiteren Aufbau von Oppositionsstrukturen durch die Umformung des Vereins in eine schlagkräftige politische Organisation. Alle weiterege-

verbundene Ziele verstanden, wobei sich der Freiheitsbegriff der Redner nicht wesentlich von dem radikaler Demokraten anderer Länder Europas unterschied.“

¹⁷⁹ HEINE, Ludwig Börne, in: DERS., Sämtliche Schriften (Windfuhr) 11, S.83. Zu diesem Unterschied auch WOLGAST, Feste als Ausdruck, S.41–71. <http://www.jahn-museum.de/texte/> (Abrufdatum 1.9.2012); ARNSBERG, Democratic Images and Traditions, S.22–34.

¹⁸⁰ HEINE, Ludwig Börne, in: DERS., Sämtliche Schriften (Windfuhr) II, S.85.

¹⁸¹ BHstaM MInn Nr.45589 Abt. I, II.

henden Anträge jedoch blockte Schüler ab, indem er die Kompetenz der Anwesenden infrage stellte. Die Schlussabstimmung zur Frage, ob die Versammlung die Kompetenz hätte im Namen von ganz Deutschland eine Revolution zu beginnen, ging negativ aus. Der Pressverein hörte auf, in seiner bisherigen Struktur zu bestehen. Die Gründung einer neuen Organisation, die wohl im Geheimen agierte oder agieren sollte – der „Reformverein“ – wurde beschlossen¹⁸².

Die bedächtige Position Schülers in dem geschlossenen Treffen, die von revolutionärer Aktion abriet und die ihm und dem Zweibrückener Komitee den Spott Heines eingebracht hatte, ist später als Tarnungsmanöver gegenüber den Behörden interpretiert worden, während er in heimlichen Kontakten mit den französischen Republikanern sich in der Pfalz auf ein gemeinsames Vorgehen vorbereitet habe. Schüler besaß in der Tat einen direkten Draht zu französischen Republikanern und deren „Société des Amis du Peuple“, so auch Savoye. Unter diesen verdichteten sich die Enttäuschungen über die Julimonarchie zur Absicht, eine neue Revolution zu planen. Schüler sah in einer immanenten republikanischen Erhebung in Frankreich eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution in Deutschland. Wirths Attacken gegen Frankreich auf dem Hambacher Fest richteten sich auch gegen diese Position. Kurz nach dem Scheitern des republikanischen Revolutionsversuchs vom 5./6. Juni 1832 in Paris setzte sich Schüler in der Tat nach Frankreich ab. Er vernichtete seine Unterlagen, die womöglich verbotene Kontakte zu französischen Republikanern hätten aufdecken können¹⁸³.

Zweifellos war „Hambach“ ein Novum. Es war das konstituierende Großereignis der liberal-demokratischen Bewegung in Deutschland. Erstmals kamen derart

¹⁸² Das Treffen im Schießhaus von Neustadt mit 500 bis 600 Teilnehmern löste sich in Tumult auf. Das darauffolgende Treffen bei Schoppmann mit nur 15 bis 20 führenden Oppositionellen löste sich in Uneinigkeit auf. Ob mit sorgfältigen Vorbereitungen für eine Revolution zu beginnen (Brüggemann, Becker) bzw. sofort mit einer Aktion zu starten sei (von Rauschenplat, Cornelius, von der Hude), ob die Konstituierung einer provisorischen Regierung oder die Gründung einer neuen straffen und handlungsfähigen Organisation mit klaren politischen, sprich republikanischen und demokratischen Zielsetzungen zu verfolgen sei, blieb strittig. Die Versammlung bei Schoppmann löste sich mit dem Beschluss auf: „Jeder solle auf eigene Faust handeln.“ So glaubte der PVV sich vor Repressalien der Behörden zu schützen und sich dennoch alle Optionen offen halten zu können. Und tatsächlich, kurz danach gegen Ende Mai, vielleicht noch bei Schoppmann oder im Juni kam es zum Einverständnis, den „Reformverein“ als neue, programmatisch und operativ klar positionierte Nachfolgeorganisation des PVVs zu gründen. Einige der Interpretationen seien hier genannt: BAUMANN, *Hambacher Fest*, S. 128 f.; BÜHLER, *Das Hambacher Fest*, S. 117–127; FÖRSTER, *Press- und Vaterlandsverein*, S. 30–34; HERZBERG, *Das Hambacher Fest*, S. 133–137; SAHRMANN, *Beiträge zur Geschichte des Hambacher Festes*, S. 134–137; SCHNEIDER, *Press- oder Vaterlandsverein*, S. 52 ff.; VALENTIN, *Das Hambacher Nationalfest*, S. 52–56.

¹⁸³ BAUMANN, *Friedrich Schüler, Joseph Savoye, Daniel Pistor*, S. 96–179, hier: S. 124 ff., 128. FÖRSTER, *Press- und Vaterlandsverein*, S. 37 f. streitet die These von der französischen Verbindung zugunsten der These ab, Schüler hätte der gründlichen und langfristigen Bewusstseinswandlung breiter Volksschichten als Grundlage für grundlegende Veränderung den Vorzug gegeben.

viele Menschen zu einer Protestversammlung gegen die bestehende Ordnung zusammen und zum ersten Mal kam es zu einer gesellschaftlich breit gefächerten Frontstellung gegen die Machthabenden, die bürgerliche und nicht-bürgerliche Schichten vereinte. Erstmals gab es eine intellektuelle bürgerliche Führungsschicht mit einer stringenten Gegenideologie und einem durchdachten Programm, das dem „Erwartungshorizont“ des „Dritten Standes“ entsprach. Und diesmal war die liberal-demokratische und nationale Protestbewegung eingebettet in die internationale Protestbewegung und die europäische Bewegungspartei. Sie konnte auf Solidarität und sogar auf Unterstützung aus dem Ausland rechnen, entbehrte der Xenophobie und des Antisemitismus, war zukunftsgerichtet und nicht akademisch elitär, wie die altdeutsche Bewegung des zweiten Jahrzehnts des Jahrhunderts.

Der Ausgang des Hambacher Festes war enttäuschend für die Verfechter einer liberal-demokratischen Ordnung. Heines erwähnter Spott über die Hambacher war die Kehrseite seiner großen Erwartung. Hambach war für ihn „der letzte Termin, den die Göttin der Freiheit uns gewährte“¹⁸⁴.

Dem Hambacher Fest folgte eine Unterdrückungswelle. Dem Reformverein blieb kein öffentlicher Handlungsspielraum, nachdem der Bundestag alle politischen Vereinigungen verboten hatte. Die Pfalz wurde unter Kontrolle der bayerischen Armee gestellt. Der Belagerungszustand wurde ausgerufen, eine Verhaftungswelle setzte ein und jeglicher politischer Protest wurde untersagt. Von den Mitgestaltern des Hambacher Festes flohen viele ins Ausland. Lange Untersuchungshaft und Gefängnisstrafen – in Preußen gar Todesurteile, die man jedoch in Haftstrafe umwandelte – wurden verhängt. Hinzu kamen Amtsenthebungen und verbaute Aussichten auf eine Karriere. Der Prozess vor dem Landauer Schwurgericht im Frühsommer 1833 gegen Wirth, Siebenpfeiffer und andere führende Teilnehmer in Hambach endete dank der liberalen rheinischen Rechtsprechung mit Freispruch. Dieser wurde von der liberal-demokratischen Opposition enthusiastisch begrüßt. Die Verteidigungsreden der Angeklagten wurden als Flugblätter weit verbreitet. Ein sogenanntes Zuchtpolizei- und Appellationsgericht verurteilte schließlich doch noch die Angeklagten. Wer nicht floh, verhaftet wurde oder resignierte, dem blieb nur noch die konspirative Alternative, für eine republikanische Demokratie in Deutschland zu streiten. Diesen Weg schlugen die württembergischen Verschwörer notgedrungen ein.

Am 28. Juni 1832 wurden die „6 Artikel“ zur „Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung“ vom Bundestag verabschiedet. Die Juni-Dekrete unterstrichen den Primat des „monarchischen Prinzips“, den Landtagen wurde entsprechend eine restriktive Ausübung der Verfassungen auferlegt. Das Petitionsrecht der Landtage wurde eingeschränkt. Ihnen wurde untersagt, das Steuerbewilligungs- und Budgetrecht als Druckmittel zur Durchsetzung politischer Forderungen zu benutzen. Auch durften die Kammern die benötigten Gelder, die der Landesherr zur Ausübung seiner Bundespflichten benötigte, nicht verweigern. Dabei bestimmte er, was zu diesen

¹⁸⁴ HEINE, Ludwig Börne, in: DERS., Sämtliche Schriften (Windfuhr) 11, S. 78.

Pflichten gehören sollte. De facto avancierte der Landesherr zum Herrn der Staatsfinanzierung. Das Budgetrecht der Landstände wie in Württemberg wurde dadurch zur Farce¹⁸⁵. Ein Verstoß gegen diese Bestimmung konnte eine Bundesintervention zur Folge haben. Den Ländern wurde untersagt, bundeswidrige Landesgesetze zu beschließen. Eine Bundeskommission wurde eingerichtet, um die Landtage zu überwachen. Die Rede- und Berichtsfreiheit der Landtage wurde erheblich eingeschränkt. In den konstitutionellen Bundesstaaten, vor allem in Bayern und Württemberg, lösten diese Bestimmungen auch in den Kammern sowie in der zunehmend eingeschränkten politischen Öffentlichkeit Empörung aus.

Als direkte „Antwort“ auf das Hambacher Fest kamen die „10 Artikel“ vom 5. Juli 1832. Diese verschärften die Zensurbestimmungen, verboten politische Vereine, Volksversammlungen und öffentliche Kundgebungen. Sie enthielten Anweisungen zur Überwachung von Reisenden und auffälligen Personen sowie zur wechselseitigen Auslieferung von politisch Verdächtigen.

Der laute Protest von Kammern und Öffentlichkeit und die Eingaben der Landstände an die Regierungen gegen die Restriktionen des Bundes bewirkten prompt den Bundesbeschluss vom 9. August, der den Regierungen auferlegte, „Protestationen, Petitionen und Adressen“ gegen die besagten Maßnahmen zu ahnden! Hiermit und durch Folgebeschlüsse gegen die Kammern gelang Metternich nachträglich die Einhegung des repräsentativen Prinzips, in dem er die Einfallschneise zur Volkssouveränität und Revolution sah.

Diese Maßnahmen setzten die Verfassungen praktisch außer Kraft, schränkten die Unabhängigkeit der frühkonstitutionellen Staaten erheblich ein und würgten die entstehende, kritische, politische Öffentlichkeit ab. Von nun an musste jede demokratische und republikanische Regung geheim gehalten werden. „Politischer Radikalismus gedieh fortan nur im Verborgenen, getarnt und konspirativ. Wie sich dabei die geografischen Schwerpunkte der Bewegung von der Pfalz nach Württemberg, Frankfurt und Oberhessen verlagerten, so änderte sich auch das soziale Profil. Erstmals fand die von ‚Abtrünnigen‘ des Bildungsbürgertums geschürte Agitation breitere Resonanz auch unter den sozial Deklassierten. Bürgerlich-demokratische Idealisten und Desperados verbanden sich mit proletarisierten Handwerkern, Gesellen vor allem, zum politischen Widerstand“¹⁸⁶.

Die Zuspitzung der innerdeutschen Verhältnisse war nicht loszulösen von den Entwicklungen in den Nachbarländern. Am Anfang stand die Julirevolution, gefolgt von revolutionären Erschütterungen in Belgien, Polen und Italien. Die Ausweitung eines ideologischen Krieges zwischen liberalen und konservativen, beziehungsweise reaktionären Kräften hing ständig in der Luft. Welche Auswirkungen würde ein solcher Krieg auf Süd- und Südwestdeutschland haben? Der polnische Aufstand diente als Inspirationsquelle für die liberale Oppositionsbewegung und dessen Unterdrückung hatte einen Radikalisierungseffekt, der zur

¹⁸⁵ KOTULLA, Verfassungsrecht, S. 81.

¹⁸⁶ BRANDT, Restauration und Frühliberalismus, S. 75.

Formierung eines republikanischen Lagers beitrug. Für die sich entwickelnde republikanische Bewegung in Deutschland war die internationale Solidarität der europäischen Völker von größter Bedeutung. Mit der Niederschlagung des polnischen Aufstandes endete auch die Möglichkeit eines revolutionären Zangengriffs von Westen und Osten auf Deutschland. Die Hoffnung auf eine äußere Einwirkung nahm ab und gab in Württemberg den Anstoß zur revolutionären Verschwörung. Der Anfangserfolg der Polen wirkte jedoch auch inspirierend, schien er doch die Wirkungskraft und Relevanz des „neuen Modells der Revolution“ unter Beweis zu stellen. Die Unterdrückung von außen durch Russland wiederum unterstrich die Bedeutung eines Beistandes.

Die Julirevolution, die große Hoffnungen auch in Deutschland geweckt hatte, mündete in das *Juste-Milieu*-Königtum. Dieses verwickelte sich in Skandale, Korruption und Wahlmanipulationen und artete zunehmend in eine Plutokratie oder, wie es Heine nannte, „Bankokratie“ aus. Sie gab den Radikalen erneut Auftrieb, allerdings unter neuen Vorzeichen. Seit dem Aufstand der Fabrikarbeiter in Lyon im November 1831 zeichnete sich ein neuer revolutionärer Konflikt ab, nämlich zwischen der neuen Bourgeoisie, vor allem der Finanzbourgeoisie und der Arbeiterschaft. Dieser überschchnitt sich mit einem zusätzlichen Konflikt zwischen dieser bourgeoisen „Geldaristokratie“ und dem Mittelstand, der vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen blieb und durch den aufkommenden Kapitalismus materiell zunehmend aufgerieben wurde. Die sich durch Verfolgungen in den Untergrund von Geheimgesellschaften flüchtenden französischen Radikalen vermischten sich zusehends mit Arbeitern. Zu diesem Zeitpunkt bildeten sie eine gemeinsame Front, die in der demokratischen Republik mit einer sozialen Komponente die geeignete Lösung für ihre Probleme sah. Im Juni 1832 entluden sich diese Gegensätze in dem republikanischen Aufstandsversuch in Paris. Der insgeheim von republikanischen Geheimgesellschaften vorbereitete Coup wurde durch massiven Truppeneinsatz brutal unterdrückt, bevor er um sich greifen konnte. Trotz dieses gescheiterten republikanischen Aufstandsversuchs brodelte es weiter in Frankreich. Die Fronten von Februar und Juni 1848 zeichneten sich schon dort ab. Deutschland hingegen war noch nicht so weit; dort hinkte man der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs hinterher.

Der sich aufstauende Unmut in den Kammern und der Öffentlichkeit, vor allem der älteren frühkonstitutionellen Staaten im Südwesten infolge der abgeblockten Reformen und der zunehmenden Repressionen des Bundestags und der eigenen Herrscher, als auch die Erwartung zusätzlicher Einschränkungen, bestärkten die Demokraten in ihrer revolutionären Haltung, beziehungsweise trieben Ultraliberale in das revolutionäre Lager. Die Hoffnung auf die Beihilfe von außen war anfänglich stark. Nach der Unterdrückung des polnischen Aufstandes und der Pariser Juni Insurrektion verringerte sich diese jedoch zusehends. Da eine passive Hinnahme von neuen Repressionen hingegen für viele nicht infrage kam, verblieb für manchen nur noch eine eventuelle Flucht nach vorn in Form einer geplanten Erhebung, die als Initialzündung für eine Revolution wirken sollte. Die sich als

richtig erwiesene Annahme war, dass Österreich und Preußen über den Deutschen Bund zum reaktionären Gegenschlag ausholen würden, der sich nicht nur auf die Unterdrückung und Verfolgung der außerparlamentarischen Opposition beschränken sollte, sondern auch dem Konstitutionalismus in Deutschland und der Autonomie der Mittelstaaten zu Leibe rücken würde. War es in Anbetracht dessen vermessen zu glauben, dass sich die Masse der Bevölkerung dem Wunsch widersetzen würde, die durch den kurzen politischen Frühling freigesetzten Hoffnungen wieder einzustampfen? Die Radikalen glaubten durch einen spektakulären Akt dem aufgestauten Unmut freien Lauf lassen zu können und so die „stecken gebliebene Revolution“ zum Abschluss zu bringen¹⁸⁷. Auch für die waghalsigsten Revolutionäre blieb eine Unterstützung von außen, etwa in Form der polnischen Exilarmee, wie auch der Zusammenschluss der revolutionären Kräfte quer durch die süddeutschen Staaten von elementarer Bedeutung. Auch schloss man trotz der Enttäuschung über das Julikönigtum die Möglichkeit nicht aus, dass im Falle einer österreichisch-preußischen Intervention zur Unterdrückung einer Erhebung im Süden Deutschlands, sich Frankreich einmischen würde, wie dies in Belgien geschehen war.

W. Schulz, scharfsinniger radikaler Publizist, schöpferischer politischer Denker und Offizier der Reserve aus dem Großherzogtum Hessen, der mit Büchner befreundet war, verfasste nach den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni eine anonym verbreitete Flugschrift. Dort beschrieb er ein mögliches, auf eine Revolution hinauslaufendes Szenario. Er stellte die Frage, was denn geschehen würde, falls in bestimmten Bundesstaaten die Landstände von ihrem Steuerbewilligungsrecht Gebrauch machten, Steuern verweigerten und das Volk die Steuern nicht bezahlte, die es zu bezahlen nicht schuldig sei¹⁸⁸. Die Juniverordnungen schränkten in Artikel II das Steuerbewilligungsrecht der Landstände ein. Heikel war die Feststellung in dieser Schrift, dass eine solche Steuerverweigerung als Widersetzlichkeit der Untertanen ausgelegt werden könnte, was die Intervention von Bundestruppen erlaubte. In einem solchen Fall, folgert Schulz, „soll das Volk als Rebell behandelt werden; während doch gerade diejenigen Rebellen sind, die unrechtmäßig Steuern und Abgaben eintreiben wollen“¹⁸⁹. Dies ist der klassische Fall der „gesetzmäßigen Revolution“. Gesetzt den Fall, der Staat würde Soldaten einsetzen, um von Bürgern und Bauern Steuern einzutreiben. In diesem Fall dürften die Soldaten nicht gehorchen, da die Befehle unrechtmäßig seien. „Auch wird man sich wohl hüten, Österreicher und Preußen herbeizurufen, denn wenn die kommen, bleiben auch die Franzosen nicht lange aus; und wenn wir Deutsche es mit den Franzosen halten müssen, so kann es wohl geschehen, dass wir den Österreichern und Preußen einen Besuch machen, statt dass sie uns in unserem Lande heimsuchen“¹⁹⁰. Klarer hätten

¹⁸⁷ Zum Begriff der „stecken gebliebenen Revolution“ von 1830 siehe HARDTWIG, Vormärz, S. 64.

¹⁸⁸ SCHULZ, Das Recht des deutschen Volkes, S. 420. Zu Schulz siehe GRAB, Ein Mann.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ SCHULZ, Das Recht des deutschen Volkes, S. 421.

die Dinge nicht ausgesprochen werden können. Diese Publikation kam Schulz teuer zu stehen, da er klar zum Widerstand aufrief. Dabei war Schulz Gegner jeglicher Konspiration¹⁹¹.

Ob eine Revolution einem Massenprotest folgen würde, ob sie durch revolutionäre Kader abgestützt werden sollte oder ob sie einer geplanten revolutionären Initialzündung bedürfe, darüber schieden sich die Geister im radikalen Lager. Im letzteren Fall war ein übereiltes Vorgehen zwar riskant, ein zu langes Abwarten allerdings hätte die Gefahr der vorzeitigen Aufdeckung heraufbeschworen. Letzteres geschah in der Tat als Frankfurter und hessische Radikale mit Unterstützung von Teilen der Burschenschaft, vorpreschten, nachdem deren revolutionäre Pläne verraten wurden. Dies war der am 3. April 1833 unternommene und gescheiterte Frankfurter Wachensturm. Die mit den Aufständischen in Kontakt stehenden Verschwörer in Württemberg hielten mehrheitlich die Aktion für verfrüht, waren aber angesichts des vermuteten Verrats aus den Reihen der Frankfurter und hessischen Republikaner der Gefahr der eigenen Aufdeckung ausgesetzt. Der Aktion in Frankfurt folgten weitere Gegenmaßnahmen des Bundes. Am 20. Juni 1833 wurde die „Bundes-Zentralbehörde“ zur Verfolgung von politischen Vergehen gegründet. Diese neue Inquisitionsbehörde hatte weitgehende Vollmachten, die die Unabhängigkeit der Landesjustizbehörden einschränkten. Sie führte in mehr als 2.140 Fällen Untersuchungen durch. Sodann kamen die „60 Artikel“ der Wiener Konferenzen vom Juni 1834, die geheim gehalten wurden und die die Unterdrückungsmaßnahmen präzisierten und zusammenfassten. Am 13. November 1834 fiel ein Beschluss gegen Universitäten und „andere Lehr- und Erziehungsanstalten“, der über die Verfügungen von 1819 hinaus die Überwachung der Hochschulen noch verschärfte. Am 15. Januar 1835 erfolgte ein Bundesbeschluss, der erstmals Handwerksgesellen, neben Studenten und radikal gesinnten Bürgern, zum Ziel polizeilicher Überwachung machte. Im Dezember 1835 dehnte der Bund die bisherigen Zensurvorschriften auf literarische und feuilletonistische Zeitkritik aus. Am 18. August 1836 erfolgte der letzte Beschluss, der den repressiven Maßnahmenkatalog vervollständigte. Er legte fest, dass jegliche Angriffe auf den Bund und dessen Verfassung als Hoch- oder Landesverrat im Sinne der Gesetze der Einzelländer zu beurteilen seien. Somit war der Damm gegen jegliche Form von politischer, sozialer oder geistig-kultureller Opposition und Kritik, den Metternich 1830 gebrochen wähnte, wieder aufgerichtet. Der Bund wurde wie schon erwähnt zur „allgemeinen Polizei- und Versicherungsanstalt gegen die eigenen Völker“¹⁹². Die behördlich ersehnte politische Ruhe kehrte bis zum nächsten revolutionären Ausbruch 1848 wieder ein.

¹⁹¹ Er wurde verhaftet und des Hochverrats bezichtigt und im Jahre 1833 zu fünf Jahren strenger Festungshaft verurteilt. Er entging der Strafe durch eine abenteuerliche Flucht aus der Festung Babenhausen und setzte sich zuerst nach Straßburg ab, fand dann 1836 in Zürich Asyl, von wo aus er seine rege publizistische Tätigkeit ungestört fortsetzte.

¹⁹² Siehe S. 32 Anm. 125.

B. Der württembergische Erfahrungsraum

1. Bürgerliche Freiheit und staatliche Intervention – Kontinuität und Wandel

In Württemberg, vielleicht mehr als in allen anderen deutschen Staaten, offenbarte sich der Gegensatz zwischen dem überbordenden, in die Gesellschaft intervenierenden Staat und der bürgerlichen Freiheit. Der alte fürstliche Absolutismus wandelte sich, wie in den anderen Rheinbundstaaten, während der Revolution und der napoleonischen Ära, aber nicht nur er. Eine mächtige und effizientere Zentralgewalt entstand auf der einen Seite, eine Grundlage für eine moderne bürgerliche Gesellschaft bildete sich auf der anderen Seite. Die hergebrachten ständischen Gegeninstanzen wurden zersprengt. Im Herzogtum Württemberg setzten sie sich aus Vertretern des altbürgerlichen Honoratiorentums, der Ehrbarkeit, zusammen. Diese, für ein deutsches Fürstentum einzigartige ständische, altbürgerliche Vorrangstellung war es, die Württemberg den Stempel „des klassischen Landes der Bürgerherrschaft“ aufdrückte¹⁹³. Diese bürgerliche Dominanz hatte sich nicht nur gegen den Adel durchgesetzt, sondern auch gegen die Bauernschaft¹⁹⁴. Zum Schluss spürte auch die breite städtische Mittel- und Unterschicht den Druck des städtischen Patriziats, das unter der Maske der lokalen Regierungsautonomie eine uneingeschränkte Herrschaft ausübte¹⁹⁵. Dem oft willkürlichen Verhalten der Magistrate standen auch die Oberamtsverwaltungen nicht nach. Auch diese waren fest im Griff der sich kastenförmig abschottenden Ehrbarkeit¹⁹⁶.

Diese Schicht hat es seit dem 16. Jahrhundert vermocht, den Fürsten ihren alleinigen Machtanspruch streitig zu machen und zu einem selbstbewussten Teilhaber

¹⁹³ HÖLZLE, *Das alte Recht*, S. 11. Vorausgegangen waren die Verdrängung des Adels aus dem Staatsverband und die Bildung von eigenständigen Territorien des schwäbischen Reichsadels zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Die Aristokratie, die in ihrer wirtschaftlichen Kraft dem Bürgertum nachstand, wurde nun endgültig von der politischen Bühne verdrängt und schied aus der Ständeversammlung aus; ebd., S. 4; CARSTEN, *Princes and Parliaments*, S. 11.

¹⁹⁴ Und zwar schon in den Tagen des Aufstandes des „Armen Konrad“. „Man kann ohne Übertreibung sagen, dass das Scheitern der Bauernbewegung die bürgerliche Herrschaft in Altwürttemberg begründet hat.“ HÖLZLE, *Das alte Recht*, S. 4; CARSTEN, *Princes and Parliaments*, S. 11. Die altbürgerliche Oberschicht nahm ganze Dörfer in ihren Besitz – entweder direkt oder indirekt über die Prälaturen – und trieb Steuern und andere Abgaben ein. Es schien, als sei wirklich „das Territorium fast nur ein Mittel für die Zwecke der Städte.“ HÖLZLE, *Das alte Recht*, S. 11.

¹⁹⁵ Die Gemeinderäte in Altwürttemberg etwa waren nur das erste Mal gewählt worden. Zum zweiten Male erhielten sie ihre Ämter auf Lebenszeit; vgl. Hettling, S. 80. Die Magistrate wiederum erneuerten sich durch Kooptation; ebd. S. 129. Selbstverständlich rekrutierten sie sich aus der Ehrbarkeit. LIST, *Kritik des Verfassungsentwurfs*, S. 220f.; HEGEL, *Über die neuesten inneren Verhältnisse Württembergs*, S. 150–154.

¹⁹⁶ Der Oberamtsdirektor glich oft einem Alleinherrscher, der mit Hilfe seines Beamtenheeres der Bevölkerung zusetzte. Altwürttemberg hatte sich einen Namen gemacht als Paradies für Schreiber, die damals auf der lokalen Ebene eine große Rolle spielten, und für (protestantische) Pfarrer. LIST, *Kritik des Verfassungsentwurfs*, S. 223.

an der Regierung des Landes zu werden¹⁹⁷. Das Land war von einem Dualismus geprägt zwischen der „Herrschaft“, der zentralen fürstlichen Macht und der „Landschaft“, der vom Patriziat beherrschten Ständeversammlung¹⁹⁸. Dieser Dualismus war gekennzeichnet durch eine politische Kultur des Dissenses, aber auch der gegenseitigen Vereinbarung. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nahm hierin Württemberg eine Sonderstellung ein, war aber weder von der Willkür der Fürsten noch von der der „Landschaft“ frei¹⁹⁹.

Obwohl vom ständischen Eigeninteresse getrieben, erkämpfte dieses Patriziat auch einige universelle Rechte. Sie waren jedoch von sehr beschränkter Gültigkeit²⁰⁰. Die finanzielle Kontrollbefugnis der „Landschaft“ war hingegen ohnegleichen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, was Hegel dazu gebracht hatte, vom „Landschaftsabsolutismus“ zu sprechen. Der Geist der altbürgerlichen Ehrbarkeit war letztlich einem korporativen Zugehörigkeitsethos der vormodernen Zeit verhaftet geblieben, im Unterschied zum Ethos des neuen, leistungsorientierten, protoindustriellen, unternehmerischen Bürgertums.

Das Altbürgertum, das sich einst als erneuernd und reformwillig erwiesen hatte, büßte bald diese Eigenschaft ein, verschanzte sich hinter erreichten Vorteilen und blockierte weitgehend weitere Veränderungen. Es trug maßgeblich dazu bei, dass Württemberg in den Jahrzehnten vor 1800 Rückständigkeit und ausufernde Verwaltung nachgesagt wurde²⁰¹. Im Zeitalter der Aufklärung, der Revolutionen und der sich abzeichnenden Industrialisierung war die Ehrbarkeit anachronistisch. Sie schlüpfte sogar hier und da in die Schuhe des abgewirtschafteten und entmachteten Adels²⁰². Zu Anfang des 19. Jahrhunderts erwiesen sich die historischen

¹⁹⁷ Diese Konstellation wurde durch den Tübinger Vertrag von 1514 besiegelt. Zur Entstehung der Ehrbarkeit: DECKER-HAUFF, Entstehung. Über spätere Phasen vgl. HÖLZLE, Das alte Recht, passim; CARSTEN, Princes and Parliaments, passim. Zur besonderen Stellung der Ehrbarkeit in Stuttgart vgl. BORST, Stuttgart, passim; GRUBE, Landtag, S. 5 f.

¹⁹⁸ GRUBE, Landtag, S. 505.

¹⁹⁹ Das württembergische Patriziertum deckte von nun an die Staatsausgaben, hauptsächlich die militärischen, und forderte dafür einen politischen Preis. Von ihm beherrschte und von der Ständeversammlung eingesetzte Kontroll- und Machtorgane klagten über Aufsichtsfunktionen hinaus auch exekutive Gewalt ein. Besonders kennzeichnend für ihre Macht war ihre ausschließliche Kontrolle über die staatliche, kommunale und geistliche Verwaltung in Altwürttemberg, die sie dank eines ausgeprägten Nepotismus auch weiter im Griff behielt. Sie wurde zum Teilhaber der öffentlichen Gewalt, oft auch zum Rivalen des Fürsten. Der Tübinger Vertrag diente auch als Grundlage des von der Ehrbarkeit eingeklagten „alten Rechts“.

²⁰⁰ BORST, Lebensformen im Mittelalter, S. 420 ff. Hierzu gehörten die allgemeine Bewegungsfreiheit schon im Jahre 1514 und mit dem Erbvergleich im Jahre 1770 ein auch von England, Dänemark und Preußen verbrieftes Widerstandsrecht gegen staatliche Willkür. Der berüchtigten Kabinettsjustiz waren jedoch kaum Schranken gesetzt. Hierzu mögen die Schicksale eines Landschaftsopponenten wie J. J. Moser und von Freigeistern wie Christian Friedrich Schubart und Friedrich Schiller ein Beispiel geben.

²⁰¹ BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 140.

²⁰² So hat sie sich feudälähnliche Privilegien und Adelstitel angeeignet – die Letzteren wurden in der Regel vergeben, wenn ein Vertreter dieser Schicht ins Ausland ging; vgl. LIST, Der

Errungenschaften dieses Altbürgertums, wie etwa das Vereinbarungsprinzip aus dem 16. Jahrhundert und die in diesem verbrieften Freiheiten, als ungenügend und überholt. Ihr Nimbus und ihre Symbolträchtigkeit als Kennzeichen bürgerlicher Libertät wirkten aber unbeschadet weiter und dies sogar über Württembergs Grenzen hinaus²⁰³. Das Vereinbarungsprinzip, die durch Dissens und Dualismus geprägte antiabsolutistische Grundhaltung und die Wahrung bürgerlicher Freiheiten, Elemente späterer liberaler Grundhaltung, wirkten nach und prägten die politische Kultur des Landes auch weiterhin.

Die unter Napoleons Ägide von quasi-absolutistischen Fürsten gewaltsam durchgeführten Umwälzungen betrafen an hervorragender Stelle Württemberg. Die äußere und innere Staatsbildung fiel dort besonders rigoros aus. Das Zusammenschweißen der politischen, rechtlichen, sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Strukturen so heterogener Gebiete, wie dem württembergische Kernland und den neu erworbenen Gebieten bedurfte radikaler Einebnung²⁰⁴. Für die an Frankreich verlorenen linksrheinischen Gebiete wurde Württemberg großzügig entschädigt. Es verdoppelte in etwa seine Fläche und seine Bevölkerung und bekräftigte diesen Machtzuwachs symbolträchtig durch den Aufstieg zum Königreich 1806. Damit einher ging die Aufhebung der alten Verfassung per Staatsstreich

Die althergebrachten Eliten, die dem König in seinen Absichten im Wege standen die politische Gemengelage zugunsten eines funktionsfähigen Einheitsstaates zu vereinheitlichen, wurden entmachtet. Ihre Machtstrukturen wurden abgebaut. Die Leidtragenden im württembergischen Kernstaat waren die Ehrbarkeit und die mit ihr verbundene protestantische Geistlichkeit; in den neu annektierten Gebieten waren es adlige Herren, darunter der schwäbische Reichsadel, in den einverleibten Freien Reichsstädten das Patriziertum und in den geistlichen Herrschaften und Besitztümern, wie in Oberschwaben, vornehmlich der katholische Klerus. Napoleons Rat „*Chassez les bougres!*“ („Verjagt die Kerle!“), womit die alte Landschaft gemeint war, gab König Friedrich von Württemberg den Rückenwind für den staatlichen Umsturz. Die ausgeprägten Machtinstrumente und Kontrollinstanzen

Kampf ums gute alte Recht, S. 24. Pfizer nennt diese Schicht: Bürgeraristokratie; vgl. PFIZER, Eine Stimme über deutsche Politik, S. 84. Borst spricht vom „feudaloiden Lebensstil“ der Ehrbarkeit, die der Landschaft angehörte. BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 138. Ein Beispiel hierfür bot der Verleger Johann Friedrich Cotta. Friedrich List meinte hierzu ironisch: „Cotta, welcher der erste Bürger in Deutschland wäre, wenn er nicht vorziehen würde, der letzte Edelmann zu sein“; LIST, Der Kampf um die württembergische Verfassung, S. 471.

²⁰³ Vgl. hierzu die wirkliche oder vermeintliche Lobeshymne des englischen Altliberalen James Fox, der Württemberg neben England als einzigen Verfassungsstaat in Europa hervorhob; vgl. CARSTEN, Princes and Parliaments, S. 5. Zur Skepsis über den Wahrheitsgehalt dieser Aussage siehe BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 139f.

²⁰⁴ Vorerst entstanden zwei Entitäten. Um dem Streit mit den Landständen auszuweichen, wurden die neu erworbenen Gebiete als eine separate und absolut regierte Einheit (Neuwürttemberg) geschaffen. Im Kernland (Altwürttemberg) bestand vorerst die ständische Verfassung fort.

der altbürgerlichen Ständeversammlung verschwanden²⁰⁵. Der Dualismus wich einer Monokratie.

In den neu erworbenen Gebieten Württembergs waren besonders viele mediatisierte Adelshäuser ansässig²⁰⁶. Die Patrimonialgerichtsbarkeit – „nach der Mediatisierung das stärkste Bollwerk des alten Herrschaftsverbandes“²⁰⁷ – wurde 1809 beispielgebend für Deutschland in Württemberg abgeschafft. Württemberg galt unter Friedrich gar als „Purgatorium der Standesherrn“²⁰⁸. Die Aufhebung von feudalen, kirchlichen, kommunalen, korporativen und territorialen Sonderverwaltungen und -kompetenzen, von Privilegien und Immunitäten, bahnte letztlich den Weg für die Errichtung eines modernen Staates, gestützt auf eine moderne Gesellschaft. „Die Staatsräson verlangte den Staatsstreich“²⁰⁹. Dies galt im besonderen Maß für Württemberg unter Friedrich.

Diese politische und soziale Einebnung der alten Ständehierarchie und die Nivellierung der rechtlichen Ungleichheiten empfanden die Untertanen, wie auch die alten Eliten jedoch „nur als Zustand gleicher Rechtlosigkeit“²¹⁰. Der politischen Entmachtung der alten Eliten folgten auch weitgehende Umstrukturierungen im Regierungssystem, im Verwaltungsbereich, im Aufbau des Heeres und im Rechtswesen, die einerseits der Entstehung des zentralisierten, intervenierenden und effizienten Staates, der Modernisierung der Wirtschaft und der Ausbildung einer neubürgerlichen Gesellschaft dienlich waren²¹¹. Andererseits blieb die politische Freiheit, die anstelle der alten „Freiheiten“ kommen sollte, auf der Strecke. Ein zentraler Polizeiapparat sorgte für die politische Überwachung und Unterdrückung, gepaart mit der Zensur jeglicher Kritik. Aus dieser Schwächung der alten Eliten in den verschiedenen Bestandteilen des neuen und vergrößerten württembergischen Königreiches, bei gleichzeitigem Ausbleiben eines bedeutenden modernen Bürgertums, welches dieses Vakuum hätte füllen können, ging der bürokratische „Überstaat“ gestärkt hervor. Ein ausufernder Staatsapparat entstand, der typisch für den Übergang von einer statisch, ständisch-korporativen zu einer dynamischen, wettbewerbsfähigen und klassenorientierten Gesellschaft war. In Württemberg übertraf dieser Apparat das für die Größe des Staates angemessene Maß bei Weitem²¹². Ein Beamtenheer, das sich absondernd zu einer Kaste sui generis mauserte und den Antagonismus zwischen Staat und Gesellschaft zuspitzte, zog

²⁰⁵ Darunter auch der mächtige „Ständische Ausschuss“ und die eigene Steuerkasse.

²⁰⁶ HÖLZLE, Württemberg im Zeitalter Napoleons, S. 182.

²⁰⁷ Ebd., S. 88.

²⁰⁸ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 147.

²⁰⁹ HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte 1, S. 330.

²¹⁰ GRUBE, Landtag, S. 490.

²¹¹ Eine neue Kreisverteilung nach dem Muster der französischen Departments wurde vorgenommen. Die kommunale Selbstverwaltung fiel dem zum Opfer und die Ehrbarkeit büßte damit zugleich eine zusätzliche Machtstütze ein. An ihrer Stelle übernahmen Beamte von Staats wegen die lokale Verwaltung. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte 1, S. 330.

²¹² Es waren witzig-satirische Bemerkungen über das „Unglück“ Württembergs im Umlauf, das zu einer Monarchie geworden sei, die einer ungerechtfertigten, aufgeblähten Büro-

den Unwillen der Bevölkerung auf sich und fing auch eine potenzielle Unzufriedenheit gegenüber dem König ab²¹³. Dieses Beamtenheer wirkte aber gleichzeitig als Hebel der staatlich getragenen Modernisierung. Es war bildungsbürgerlich besetzt und befand sich in einer sozialen Zwitterstellung, die sich einerseits in leistungsorientierten bürgerlichen Verhaltensregeln und andererseits in herrschaftständischen Zügen zeigte²¹⁴.

Im Vergleich zu süddeutschen Nachbarstaaten wie auch zu Preußen, wo aufgeschlossene und liberal gesinnte Politiker die Reformen durchführten und diesen einen liberaleren Anstrich gaben, und erst recht im Vergleich zu den napoleonischen Modellstaaten, drückte König Friedrich den Reformen in Württemberg seinen gebieterischen Stil auf²¹⁵. Freiherr vom Stein apostrophierte Friedrichs autoritären Herrschaftsstil als „Sultanismus“²¹⁶. Vom Inhalt her brach Württemberg am radikalsten mit der Vergangenheit, zumindest im süddeutschen Raum. „Vom Staatlichen her gesehen [erschütterte Württemberg] der größte Umsturz, den Süddeutschland je erlebt hat“²¹⁷. Dieser Umsturz zugunsten eines modernen Staates war ein Indiz, wie weit die Idee der Revolution auch die Regierenden erfasste. Umso bedrückender fühlten die Untertanen die ausbleibende politische Auflockerung und Emanzipation. Doch dieses Manko der „Revolution von oben“ gab der liberal-demokratischen Gegenbewegung später Auftrieb. Sie bemängelte die Kluft zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Entwicklung auf der einen und der politischen Rückständigkeit, die in der Verweigerung der politischen Partizipation

krate den offiziellen Genehmigungsstempel gegeben hätte; vgl. ADAM, Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung, S.31.

²¹³ „Eine vom Volk ausgeschiedene, über das ganze Land ausgegossene, in den Ministerien sich konzentrierende Beamtenwelt, unbekannt mit den Bedürfnissen des Volkes und den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens“, so beschrieb Friedrich List diese Bürokratie. ADAM, Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung, S.21. Vor allem das mittlere und untere Beamtentum rieb die Bevölkerung auf. Eine Druckschrift von 1850 schrieb rückblickend: „Die Gewalttätigkeit württembergischer Beamter, zumal in den Landesteilen, war sprichwörtlich geworden, und von Oberamtsleuten wußte man Dinge, wie kaum von türkischen Paschas“; ebd.

²¹⁴ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S.394.

²¹⁵ In anderen Ländern zeigte sich bereits zur Zeit Napoleons die positive Seite der zunehmenden, reglementierenden, obrigkeitsstaatlichen Intervention und der überbordenden Bürokratie in dieser Übergangszeit von traditionaler zur modernen Gesellschaft, nämlich das Aufkommen, vor allem im höheren Dienst, einer neuen Gattung eines reformbeflissenen und beruflich qualifizierten Beamtentums, mit dem sich dann auch der Begriff des Beamtenliberalismus verband. Personen wie vom Stein, Hardenberg oder Humboldt in Preußen, Montgelas in Bayern und Reitzenstein in Baden standen für diese Kategorie von höheren Beamten, die durch Korrekturen von oben Revolutionen von unten verhindern wollten. In Württemberg führte Friedrich selbst die der Staatsräson dienenden modernisierenden Reformen durch.

²¹⁶ WUNDER, Landtagswahlen, S.265. Friedrich war in gewissem Maße prototypischer Repräsentant eines Neoabsolutismus. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte 1, S.91. Zu König Friedrich vgl. SAUER, Der schwäbische Zar.

²¹⁷ GRUBE, Landtag, S.489.

der Staatsbürger ihren Ausdruck fand, auf der anderen Seite. Während der Konflikt zwischen Ständen und Krone der Vergangenheit angehörte, sollte im Vormärz der Gegensatz zwischen liberal-demokratischen Kräften und dem Herrschaftssystem die Szene beherrschen. Die politische Kultur von Konsens und institutionalisiertem Dissens wurde mit neuen Inhalten gefüllt.

Erst nach dem Sturz seines Gönners Napoleon zeigte sich Friedrich bereit auf die politischen Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. Er weichte seinen autoritären Stil auf. Württemberg zog nun nach, als es galt der staatlichen Verwaltung einen liberaleren Anstrich zu geben. Der aufgeschlossene Karl August von Wangenheim kam nun ins Kabinett und wurde einer der reformfreudigen „Prinzipalminister“²¹⁸ in Deutschland. Friedrich wartete mit einem Entwurf für eine neue Verfassung auf. Als er mit diesem im März 1815 auf starken Widerstand des Landtags gestoßen war, machte er etliche Konzessionen, die darauf abzielten, Prinzipien der alten Einrichtungen mit modernem Staatsdenken zu vereinbaren²¹⁹. „Friedrich bot eine Verfassung sozusagen nach dem neuesten Stand“²²⁰, wie Borst es formuliert. In ihren Merkmalen war sie ein Novum in Deutschland, jedoch nicht liberal²²¹. Wenn auch inhaltlich fortschrittlich, so stieß die Methode der Dekretierung auf Widerstand, besonders angesichts der politischen Kultur des Landes.

Die Altrechtler reklamierten zwar für sich das fortschrittliche Prinzip der Partizipation, doch damit beabsichtigten sie vornehmlich die Durchsetzung inhaltlich rückständiger Positionen. Ihnen ging es um die Wiederbelebung des altbürgerlichen Korporationsgeistes und um die Revitalisierung ihrer alten Machtinstrumente mit Exekutivcharakter²²². Diese Einrichtungen waren mit dem modernen Prinzip der Gewaltenteilung aber nur schwer zu vereinbaren. „Es war ein Kampf des modernen Staates gegen einen vormodernen Pluralismus“²²³.

²¹⁸ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 298.

²¹⁹ EHRLE, Volksvertretung, S. 88. Es sollte ein Einkammersystem entstehen. Die ständische Repräsentation sollte durch eine individualistische und repräsentative ersetzt werden. Das Wahlrecht, die Bürgerrechte, das Gewicht der geplanten Kammer waren in ihr ausgebaut, so die Gesetzeszustimmung und die Steuerbewilligung. GRUBE, Landtag, S. 491; BRANDT, Der lange Weg, S. 86.

²²⁰ BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 169.

²²¹ BRANDT, Der lange Weg, S. 75.

²²² Dazu gehörten Geheime Truhe, Steuerekasse und ständige Ausschüsse.

²²³ „Die Glaubensartikel, welche die Altrechtler wie Monstranzen vor sich hertrugen, hießen ständische Steuerekasse und permanenter Ausschuss. Die Verfassungsvorlage blieb dabei auf der Strecke.“ BRANDT, Der lange Weg, S. 76. Sogar die Mediatisierten des höheren und niederen Adels, die Vertreter der ehemaligen Freien Reichsstädte, höhere säkularisierte katholische Geistliche allesamt aus den neu annektierten Gebieten machten sich plötzlich die Forderung nach der Wiederherstellung des „alten Rechts“ zu eigen und gesellten sich zum altwürttembergischen Patriziatum und dem mit ihm liierten protestantischen Klerus zu einer sonderbaren Koalition. Dies war ein Zweckbündnis der entmachteten und entrechteten alten Eliten, die die Durchsetzung ihrer Sonderinteressen unter dem Schutzmantel des alten Rechts und der Vortäuschung freiheitlicher Ideale verbargen, und dabei sogar dem Volk zu suggerieren verstanden, dessen Emanzipation zu betreiben.

Der plötzliche Tod Friedrichs und die Thronfolge seines Sohnes Wilhelm I. im Jahre 1816 machte letztlich die Bahn frei für eine neue, eine vereinbarte Verfassung. Bemerkenswerterweise war gerade der Beginn der Restaurationsära in Württemberg, wie in anderen süddeutschen Staaten gekennzeichnet von einer lebhaften öffentlichen Debatte über die zukünftige Verfassung, wobei in Württemberg die Einhaltung des Vereinbarungsprinzips eine Sonderrolle spielte. Erst die vorangegangene Annahme der Verfassungen in Bayern und Baden im Jahre 1818 und die Furcht vor den anstehenden repressiven Karlsbader Beschlüssen, welche dem Deutschen Bund unter der Hegemonie Österreichs und Preußens die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Württembergs zu ermöglichen drohten, beschleunigten die Annahme der Verfassung am 25. September 1819. Die süddeutschen Fürsten vollführten dabei einen politischen Drahtseilakt zwischen „monarchischem Prinzip“ und der Rücksichtnahme auf die reaktionären Großmächte des Deutschen Bundes auf der einen und dem Prinzip staatsbürgerlicher Repräsentation und staatsbürgerlicher Rechte auf der anderen Seite.

Zur Etablierung ihrer Herrschaft benötigten die Könige von Württemberg, wie die Monarchen in den anderen süddeutschen Staaten, nach dem Wegfall der schützenden Hand Napoleons den Rückhalt ihrer Untertanen. Diese Staaten, die von Napoleons Vorherrschaft maßgeblich profitiert hatten, bangten um den Erhalt ihrer dank Frankreich gewonnenen Macht angesichts der Vormachtstellung Österreichs und Preußens und deren Absichten, die napoleonische Ordnung zu revidieren. Ein geeignetes Instrument zum Erreichen des gewünschten Einverständnisses der Bevölkerung und zur weiteren Integration der zahlreichen neuen Landesteile war die Zusicherung einer neuen Verfassung. Sie sollte den Reformen der napoleonischen Ära einen verbindlichen und symbolischen Rahmen verleihen²²⁴. Dabei kam ihrer verfassungsrechtlichen Ausrückung große Bedeutung zu. Eine zu starke Öffnung nach unten hätte das Ende des obrigkeitsstaatlichen „monarchischen Prinzips“ zugunsten des staatsbürgerlichen „repräsentativen“ bedeutet, welches auf eine liberal-demokratische, parlamentarische Regierungsform hinauslaufen konnte. Eine Gewähr dagegen bot der Deutsche Bund unter der Hegemonie Österreichs und Preußens. Eine zu restriktive Auslegung der Verfassung im Sinne des monarchischen Prinzips hätte ihren integrativen Nutzen beseitigt. Die Kompromissformel machte den monarchischen Konstitutionalismus aus²²⁵.

Erst 1819 setzte sich der Standpunkt unter den Oppositionellen des Landtages durch, dass vornehmlich das alte Prinzip der Vereinbarung, nicht die anachronistischen Interessen des „Herrenstandes“, in die neue Zeit hinübergerettet werden könne²²⁶. Der Mehrheit des neu gewählten und am 13. Juli zusammengetretenen

²²⁴ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 1, S. 374.

²²⁵ MEHRING, Deutsche Geschichte 1, S. 104.

²²⁶ Auch Ludwig Uhland, der sich zwar schwer tat, sich von den verkrusteten Institutionen zu trennen, brachte den Konflikt jedoch auf den Punkt, der für die Liberalen letztlich entscheidend war. In dem Lied „Das gute alte Recht“ heißt es: „Ob einer im Palast geboren ist, [...] als Herrscher wird ihm erst geschworen, wenn der Vertrag besiegelt liegt.“ Wie schwer

Landtages kam es darauf an, die tradierte politische Kultur des institutionalisierten Dissenses zu wahren und zeitgemäß zu gestalten. „Die altwürttembergische Tradition des ständischen Dualismus zwischen Herrschaft und Landschaft ging fast nahtlos über in das frühliberale Modell des Dualismus zwischen Regierung und Parlament als Ganzem. Und erst nach 1830 und dem Politisierungsschub im Gefolge der Julirevolution wandelte sich dann die Opposition des Parlaments zur Opposition im Parlament“²²⁷. Dieser Dualismus führte dazu, dass sich der Landtag bis 1830 der Theorie nach mit der Repräsentation der öffentlichen Meinung begnügte, die direkte Kontrolle der Macht aber vernachlässigte, im Gegensatz zu den Prinzipien des englischen Parlamentarismus.

Auch wenn sich Wilhelm I. gegenüber den Ansprüchen der Bevölkerung öffnete und einer Partizipation der Untertanen am Staate entgegen kam, so waren diesen Reformen von Beginn an Grenzen gesetzt, die eine Hinwendung zum Liberalismus und Parlamentarismus verhinderten.

Durch ihren prinzipiell systemwahrenden Charakter konnten die Reformen nur bedingt liberalen Zielen entgegenkommen. Der Liberalismus zielte schließlich auf die Autonomie der gesellschaftlichen Sphäre auf Kosten der Übermacht von Staat und Beamtentum. „Die Abwehr von politischer Omnipotenz ist [...] Hauptmerkmal aller Spielarten des Liberalismus“²²⁸. Die Verwaltung des „bürokratischen Anstaltsstaates“ war modernisierend und disziplinierend zugleich. Sie war auch bürgerlich und für bürgerliche Reformen der Gesellschaft, sie war aber auch ein neuer Stand und sie war obrigkeitlich gesinnt²²⁹. Die Emanzipation wurde dort gefördert, wo sie die Stellung des Individuums auf Kosten der Stände und Korporationen stärkte, fand aber dort ihre Grenze, wo sie die Machtsphäre des Staatsapparats tangierte²³⁰. Indem der Staat die traditionellen, erblichen und bis dahin

aber ihm die Anpassung an die neuen Verhältnisse fiel, drückte Karl Gutzkow, Kritiker und Dichter der neuen Schule des Jungen Deutschland aus, der sich über den romantischen Schlag von Liberalen wie Uhland sarkastisch äußerte: „Herr Uhland, längst in den Blumenpfäden des dreizehnten Jahrhunderts verlaufen, wird mit süßen Klängen aus seiner stillen Herrlichkeit wieder herausgelockt, in seine friedliche Hand, nur gewohnt, die Saiten der Leier zu schlagen, steckt man eine brennende Fackel, mit der er zum Kampfe gegen die neueste, ihm so fremd gewordene Zeit voranleuchten soll“; GUTZKOW, *Divination*, S. 19. Diese Kritik erinnert an Heines Urteil über die schwäbische Dichterschule.

²²⁷ HETTLING, *Reform*, S. 120.

²²⁸ WINKLER, *Liberalismus und Antiliberalismus*, S. 13.

²²⁹ Zur Problematik des mit inneren Widersprüchen behafteten Beamtenliberalismus siehe VIERHAUS, *Liberalismus*, S. 39–54; WUNDER, *Der vormärzliche Beamtenliberalismus*, S. 221–228; DERS., *Privilegierung*; NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, S. 76–79; LANGEWIESCHE, *Liberalismus in Deutschland*, S. 15–20. Über den sogenannten Geheimratsliberalismus als Vorreiter des bürgerlichen Liberalismus, vgl. FABER, *Deutsche Geschichte*, S. 334. Zu den begrenzten Leistungen der fortschrittlichen Bürokratie in Preußen siehe KOSELECK, *Preußen*; SHEEHAN, *Liberalismus*, S. 58.

²³⁰ Zu den Versuchen, mittels des staatlichen Apparats „das Wohlergehen des Einzelnen zu fördern“ siehe GALL, *Liberalismus*, passim; zum „staatlichen Liberalismus“ siehe darüber hinaus VALJAVEC, *Politische Strömungen*, passim; zur „kamaralistischen“ Tradition dieses

gesetzlich verankerten Ungleichheiten nivellierte, vermochte er die Rechts- und Chancengleichheit zu vergrößern, sich aber mehr und mehr die Staatsangehörigen untertan zu machen²³¹.

Der erzwungene Rücktritt Wangenheims und eines weiteren Reformministers namens Kerner im November 1817 offenbarte den inneren Zwiespalt, an dem der Beamtenliberalismus letztlich scheiterte²³². Im Konflikt zwischen Bürgerrechten auf der einen, intervenierendem Etatismus und dem Restbestand der alten Privilegienordnung auf der anderen Seite, neigte Wangenheim wohl zu ersterem, mehr als dem König, dem staatlichen Verwaltungsapparat und dem Adel Recht sein konnte²³³. Nach seinem Rücktritt war die Verwaltung nun zum willigen Instrument der Monarchie geworden. In den 1820er Jahren rückten Fürst und Adel wieder näher aneinander. Der Adel hatte seine alten Privilegien größtenteils nicht wieder erlangen können. Aber durch Schlüsselstellungen in der Staatsverwaltung, in der Armee, im diplomatischen Dienst und durch seine persönliche oder kuriatsmäßige Mitgliedschaft in den Ersten Kammern verschaffte er sich in den südwestdeutschen Staaten wieder Gewicht. Neben diesen innerstaatlichen Prozessen wirkte auch die reaktionäre Trendwende in Österreich und Preußen in den zwanziger Jahren über den Deutschen Bund auf die Partikularstaaten ein. So ging allmählich die von aufgeklärten Ministern betriebene Reformära zu Ende. Andererseits litt die „landständische“ Opposition zum großen Teil an der immanenten Schwäche des frühen Liberalismus. Diese Schwäche entsprang dem bildungsbürgerlichen Charakter der

Liberalismus siehe GOOCH, *Studies in German History*, S. 5, S. 206; zum Geheimratsliberalismus als Vorreiter des bürgerlichen Liberalismus siehe FABER, *Deutsche Geschichte*, S. 61 f.; zum aufgeklärten, bürokratischen Absolutismus in Württemberg siehe HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte* 1, S. 334; auch für die 1830er Jahre aufschlussreich ist: O'BOYLE, *Die demokratische Linke*, S. 261–277.

²³¹ „Es ist die ‚Dialektik der Reform‘, dass der Aufstieg des bürokratisch-obrigkeitlichen Reformstaates das Individuum freisetzt, so sehr er es seiner eigenen Herrschaft unterwirft.“ NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, S. 77.

²³² Als Minister war Wangenheim Symbol für die Reformbewegung „von oben“. Er war die treibende Kraft der Initiative zur Aufhebung der Leibeigenschaft, der Gewährung der Möglichkeit eines Einlösens der Feudalsteuern sowie der Trennung der Judikative von der exekutiven Gewalt (die praktisch nicht verwirklicht wurde), der erneuten Etablierung eines bestimmten Maßes an Autonomie der Gemeinden sowie des Versuchs, einen Kompromiss zwischen König und Landtag in der Frage der neuen Verfassung herbeizuführen. „Ohne Herrn von Wangenheim säße jetzt Württemberg mitten unter dem alten Gerümpel von 1806.“ LIST, *Kampf um die Württembergische Verfassung*, S. 465. Das Gemeindegesetz, das den Gemeinden im Vergleich zu anderen Staaten Deutschlands erneut weitreichende Autonomie verlieh, wurde 1822 erlassen. WELLER, *Württembergische Geschichte*, S. 193; KLEMM, *Die württembergische Gemeindeverfassung*. Trotz direkten Wahlrechts und der Gleichberechtigung der Gemeinden war faktisch die Kontrolle vonseiten der zentralen staatlichen Behörden auf mittlerer Ebene der Gemeindepolitik entscheidend. FABER, *Deutsche Geschichte*, S. 113.

²³³ LIST, *Staatskunde und Staatspraxis*, S. 464; *Das Königreich Württemberg bis zum März 1848*, S. 309.

Liberalen, der sie beruflich an den Staat kettete, da dessen Apparat den Arbeitsmarkt für Akademiker damals beherrschte²³⁴.

Strukturelle Probleme, wie die eben beschriebenen Schwächen des Kammer- und Beamtenliberalismus sowie politische Kräftevektoren innerhalb des Deutschen Bundes, spielten bei der Bewertung des monarchischen Konstitutionalismus eine nicht minder wichtige Rolle als die formalrechtliche Analyse der Verfassungsparagrafen. Kernpunkt ist die Verfassungswirklichkeit und nicht die Verfassungstheorie im Vormärz, um die Haltung der Opposition bemessen zu können. Ausschlaggebend bis 1848 – bei einer kurzfristigen Zäsur nach 1830 – blieb „das monarchisch-adlig-bürokratische Kondominat“²³⁵.

Es war die *Charte Constitutionelle* von 1814, die zu Beginn der Restaurationsära als Maßstab für den Konstitutionalismus auf dem Kontinent galt, so auch in den mittel- und süddeutschen Staaten. Dieser Konstitutionalismus diente als Kompromiss zwischen der puren Reaktion einerseits, also der Rückkehr zu Absolutismus und Ständegesellschaft, und den Errungenschaften von 1791 sowie den napoleonischen Veränderungen andererseits. Dieser Kompromiss sorgte für Spannungen, die sich in der Julirevolution entluden. Diese Zweideutigkeit zeichnete auch die deutsche Verfassungsdebatte vom Beginn der Restauration an aus. Die nebulöse Formel der „landständischen Verfassungen“, die laut Artikel 13 der Bundesakte einzuführen seien, wurde von den Befürwortern ständischer und den Anhängern repräsentativer Verfassungen gegensätzlich ausgelegt. Neben diesem Spannungsverhältnis bestand, wie in der *Charte*, der Konflikt zwischen „monarchischem“ und „repräsentativem Prinzip“. Das Erste koppelte dynastische Legitimität mit Herrschaft, das Zweite bezog seine Legitimität auf Wahlen und suchte die Belange und Grundrechte der Bürger zu vertreten und zu schützen und die Regierung an die Verfassung zu ketten. Dieser Konstitutionalismus unterschied sich wesentlich vom Modell der parlamentarischen Monarchie, das in England seit der *Glorreichen Revolution* und in Frankreich mit der Verfassung von 1791 Eingang in die politische Praxis gefunden hatte, 1812 in Spanien übernommen und in den Revolutionen der 1820er Jahre wiederbelebt wurde. Die parlamentarische Monarchie erkannte implizit oder explizit das Prinzip der Volkssouveränität an, im Gegensatz zum deutschen Konstitutionalismus. Für deutsche Verhältnisse mochte dieser als fortschrittlich gelten. Aus Sicht des Westens und umso mehr unter den Restriktionen des Deutschen Bundes galt er als rückständig.

In Württemberg war die Verfassung nicht repräsentativ, sondern sie enthielt, neben ständischen, klassenbezogenen und monarchisch-absolutistischen Elementen

²³⁴ Die Staats- und Gemeindebeamten stellten mit 55–80 % und sogar mehr in den Jahren 1820–1848 die absolute Mehrheit unter den Repräsentanten der zweiten Kammer in Württemberg. Das Bürgertum insgesamt zählte in jenen Jahren stets über 90 % der Repräsentanten. Die Repräsentanz des Wirtschaftsbürgertums fiel dabei jedoch minimal aus. BRANDT, Landständische Repräsentation, S. 114; LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 73–75.

²³⁵ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 299.

auch repräsentative²³⁶. In Württemberg wie in den anderen frühkonstitutionellen deutschen Staaten blieb die Krone alleinige Trägerin der Staatsgewalt. Obwohl die „Frage nach der Letztentscheidung“²³⁷ formal in der Landesverfassung wie in anderen süddeutschen Verfassungen mit Absicht unbeantwortet blieb, war angesichts der politischen Verhältnisse im Vormärz Folgendes klar: Im Wettstreit zwischen „monarchischem“ und „repräsentativem Prinzip“ siegte vorerst das Erstere. Formal fand dieser Sachbestand in Artikel 57 der Wiener Schlussakte auch seinen Niederschlag²³⁸. Paragraph 4 der württembergischen Verfassung bekräftigte das „monarchische Prinzip“²³⁹. Die Befugnisse und Rechte der Kammern blieben auf die Zustimmung zu Gesetzen beschränkt, denn sie besaßen keine Gesetzesinitiative. Sie konnten höchstens Bitten einreichen, neue Gesetze zu verabschieden. Es oblag jedoch dem König dem Folge zu leisten oder nicht. Allerdings besaß der württembergische Landtag neben dem Steuerbewilligungsrecht auch das für Deutschland damals sehr fortschrittliche Etatbewilligungsrecht²⁴⁰.

²³⁶ So waren auch in der Kammer der Abgeordneten (zweite Kammer), von der rein ständischen Kammer der Standesherrn (erste Kammer) ganz zu schweigen, Plätze für 23 privilegierte Repräsentanten, Vertreter der Kirchen, der Ritterschaft und der Universität Tübingen gesichert. Die restlichen Vertreter wurden auf repräsentativer, regionaler Basis der Oberämter gewählt. Das aktive Wahlrecht war auf die sozialen Schichten limitiert, die die höchsten Direktsteuern zahlten (Zensus) und den Status des Gemeindebürgers besaßen. Das indirekte Wahlverfahren durch Wahlmänner sorgte zudem für eine deutliche Verzerrung des repräsentativen Prinzips. Das Wahlmännerkollegium, das als Zwischenstufe eingesetzt worden war, war in seinen Entscheidungen „autonom“, was in den zwanziger Jahren der Regierung entgegen kam. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S.72; BRANDT, Landständische Repräsentation, S. 105; GRUBE, Landtag, S. 506. Nach Artikel 139 der Verfassung galt, dass zwei Drittel der Wahlmänner aus der höchsten Besteuerungsgruppe zu kommen hatten; vgl. HUBER, Dokumente I, S.204. MÖGLE-HOFACKER, Parlamentarismus in Württemberg, S. 22, schätzt, dass die Stimmen der Wahlmänner mit hohem Einkommen rund zwanzig Mal mehr wogen als die Stimmen der Wahlmänner mit geringem Einkommen; siehe ebenso LIST, Kampf ums gute alte Recht, S. 114; KRAMER, Fraktionsbildungen, S. 17.

²³⁷ STÜRMER, Die Suche nach dem Glück, S. 1–19.

²³⁸ Darin heißt es: „Da der Deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten besteht, so muss dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge die gesamte Staats-Gewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch die landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.“ (Hervorhebung Gad Arnsberg).

²³⁹ Laut diesem war der König das Haupt des Staates und vereinigte in sich alle Rechte der Staatsgewalt. In deren Ausübung war er zwar an die Verfassung gebunden, was den Konstitutionalismus im Gegensatz zum Absolutismus mit ausmachte, er konnte jedoch wegen Verfassungsverletzung nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Er unterstand keiner politischen Verantwortung im Gegensatz zur Exekutive im Parlamentarismus. Getreu dem Monarchismus war seine Person heilig, unverletzlich und seine Stellung erblich.

²⁴⁰ HARDTWIG, Vormärz, S. 16. Das Erstere war im deutschen Frühkonstitutionalismus das wichtigste Kontrollinstrument, aber das Zweite hatte schon etwas von modernem parlamentarischen Charakter, gab es doch dem Landtag die Möglichkeit in die Politikgestaltung einzuwirken und Verantwortung zu übernehmen, jenseits deklamatorischer und passiver

Zum Ausbau des „repräsentativen Prinzips“ gehörte die Formierung einer autonomen bürgerlichen Gesellschaft. Diese wiederum ging einher mit der Sicherung der bürgerlichen Grundfreiheiten. Diese waren selektiv und nahmen die Form von staatlich bedingten Konzessionen an. Den Landtagen als Foren der bürgerlichen Gesellschaft mangelte es an dem Fundament einer kritischen und politischen Öffentlichkeit. Es gab damals noch keine politischen Parteien im modernen Sinn. Der Liberalismus in Deutschland vor 1830 verwarf die Konstituierung von Parteien und Fraktionen, da diese als spaltend empfunden wurden. Wo aber der Landtag schwach war und es an parteilichen Infrastrukturen fehlte, dienten Vereine und freie Presse als Transformationsriemen einer politischen Willensbildung²⁴¹. Nun war aber die Vereins- und Versammlungsfreiheit in der Verfassung auch in Württemberg nicht verankert²⁴². Jederzeit konnten die Behörden das „Assoziationswesen“ unterbinden, erst recht nach 1819²⁴³. Das Recht auf freie Meinungsäußerung in Büchern, Zeitschriften, Zeitungen und Pamphleten, wie es im Gesetz vom 30. Januar 1817 garantiert und von der Verfassung mit Vorbehalt des „Missbrauchs“ bestätigt worden war, wurde von den Liberalen als wichtigstes Mittel bei der Werbung um politische Unterstützung und der Bildung einer politischen Öffentlichkeit empfunden²⁴⁴. Für die sich entwickelnde Marktwirtschaft, die für einen Maschengütermarkt und nicht für den Selbstversorgungskonsum produzierte, war dieses

Kritik. Die Minister waren „verantwortlich“, aber nicht im politisch-parlamentarischen Sinne dem Landtag gegenüber, sondern im strafrechtlichen Sinne.

²⁴¹ SEEGER, Vaterländische Briefe, S. 66; SCHIEDER, Die geschichtlichen Grundlagen, S. 133–171. Valjavec stellt zu Recht fest, dass 1815 eine Entwicklung einsetzte, die später zur modernen, parteilichen Institutionalisierung führte: VALJAVEC, Politische Strömungen, S. 5 ff.

²⁴² BRANDT, Landständische Repräsentation, S. 11. Es darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, krypto-politische, also nicht ausdrücklich politische Vereine seien in Württemberg nicht bekannt gewesen. Zu den Vereinen während der Französischen Revolution siehe SCHEEL, Süddeutsche Jakobiner, passim; sowie HÖLZLE, Das alte Recht, passim. Das Parteienverbot zwischen 1819 und 1848 führte zu einer unterschweligen Politisierung der Klubs. NIPPERDEY, Verein als soziale Struktur, S. 36; zu politischen und halb-politischen Aktivitäten in den bürgerlichen Vereinen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts siehe DANN, Anfänge politischer Vereinsbildung, S. 197–232; zu den Versuchen, in den 1820er Jahren, politische Klubs mit uranfänglichem Parteienkolorit zu bilden, siehe die Affäre List im weiteren Verlauf.

²⁴³ Ein gewisser Ausweg für die Artikulation und Eigenorganisation der Gesellschaft waren die geduldeten unpolitischen Vereine, die als Deckmantel für politische Tätigkeit von unten dienten.

²⁴⁴ „Die öffentliche Meinung war die magische Geheimwaffe des älteren Liberalismus gewesen.“ MOMMSEN, Die liberale Idee, S. 80. Zur Pressefreiheit und zur Zensur in Württemberg siehe Hochwächter ohne Censur, S. 141–158; SCHNEIDER, Zensur der Presse, S. 9 f.; RICHTER, Der Staat und die Presse, S. 394–425; FUCHS, Bürgerliches Raisonement, S. 394; zu Deutschland: Pressefreiheit, in: Staats-Lexikon, Bd. 13, Altona 1842, S. 331–388; SCHNEIDER, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Die Frage der öffentlichen Meinung in Württemberg (seit 1830) wird leider in unzureichender Form von SCHRÄPLER, Die öffentliche Meinung in Württemberg, erörtert.

Recht auch die notwendige Bedingung zum Austausch von Informationen²⁴⁵. Mit den Zensurvorschriften von 1819 entfiel jedoch auch dieses Mittel²⁴⁶. Die weitgehenden Interventionsrechte des Deutschen Bundes schränkten die bürgerlichen Freiheiten und die konstitutionellen Entwicklungsmöglichkeiten generell, über die in Paragraph 3 der Verfassung schon gebotenen, von außen bestimmten Restriktionsmöglichkeiten hinaus, ein²⁴⁷.

Wie es praktisch um die Gestaltung einer freiheitlichen Gesellschaft stand und wer die Deutungshoheit über die Verfassung besaß, zeigten die Entlassung Wangenheims und die „Affäre List“. Letztere verdeutlichten die Grenzen des Konstitutionalismus im Vormärz, auch unter einem Herrscher wie Wilhelm I., der im Vergleich zu anderen Regenten als aufgeklärt galt. Mit der Ausbootung von Friedrich List verschwand auch seine liberal-demokratische Züge tragende Oppositionsbewegung der „Bürgerfreunde“, die gegen den „Überstaat“ anrannte. Sie hatte in der relativ freien Phase der Verfassungsdebatte in Württemberg bis 1819 versucht die Unterstützung des Volkes für ihre Positionen nicht nur mithilfe ihres Presseorgans des „Volksfreundes“ zu organisieren. List setzte das Mittel der Petition ein, um die Rückendeckung aus der Bevölkerung für seine Reformforderungen in der Volksvertretung zu erhalten. Dabei richtete er sich gegen die repressive Bürokratie und forderte mehr lokale Selbstbestimmung. Mehr noch: 1821 unternahm er, vielleicht als Erster in Deutschland, den Versuch, vorteilige Zellen in verschiedenen Städten des Königreichs zu gründen. Unter Druck des Königs entzog ihm der Landtag am 24. Februar 1821 sein Abgeordnetenmandat²⁴⁸. Dadurch verlor er auch die Immunität, was seine Verurteilung zu zehn Monaten Festungshaft ermöglichte²⁴⁹. Die Affäre zeigte auch, wie es um die Vereins- und Meinungsfreiheit und um die gewaltenteilige Unabhängigkeit eines Landtages oder der Gerichtsbarkeit stand, etwa im Vergleich zu England, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich von 1791 oder gar zur spanischen Verfassung von 1812.

Wo die inneren Zwänge nachließen, setzte der Druck von außen durch den von Österreich und Preußen beherrschten Deutschen Bund ein, der den Ausbau des

²⁴⁵ HABERMAS, Strukturwandel, S. 8 ff., 24–37.

²⁴⁶ Vorzensur bei Druck-Erzeugnissen bis zum Umfang von 20 Druckbogen (320 Seiten) und der Nachzensur für alle übrigen Veröffentlichungen.

²⁴⁷ Laut Artikel 3 der württembergischen Verfassung erhielten alle „organischen“, also institutionellen, Entscheidungen des Deutschen Bundes ihre Gültigkeit als Gesetz, nachdem sie vom König als solche deklariert worden waren. Selbstverständlich war der wenig konkrete Begriff „organisch“ den verschiedensten Interpretationen ausgesetzt und öffnete der Willkür Tür und Tor.

²⁴⁸ Im Landtag spielte für dessen Entscheidung auch die Animosität der Altrechtler gegen die neubürgerlichen Ideen Lists auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet eine Rolle.

²⁴⁹ Ihm wurde vorgeworfen, die bestehende Regierung mit dem Ziel verleumdet zu haben, die Untertanen zur Einreichung ungerechtfertigter Beschwerden zu verleiten. Noch vor seiner Verurteilung verlor er seine Professur in Tübingen, nachdem er mit der Gründung des Handelsvereins und den Petitionen für eine Wirtschaftsfreiheit und eine deutsche Zolleinheit dem Staat und seiner Monopolstellung zu nahe trat. ADAM, Württembergische Verfassung, S. 10 f.

Konstitutionalismus und die Ausbildung einer politischen Willensbildung der Gesellschaft verhinderte²⁵⁰. Die Verfassung an sich, die den drohenden Karlsbader Beschlüssen vorweggenommen wurde, war für Österreich und Preußen ein rotes Tuch²⁵¹. Der Druck der reaktionären Mächte im Deutschen Bund lastete schwer auf den konstitutionellen Regierungen. Die provisorische Bundes-Exekutionsordnung, die 1820 durch eine permanente abgelöst worden war, ermöglichte es dem Bund sich in die inneren Angelegenheiten des Bundesstaates einzumischen, um die Ausführung der Beschlüsse zu garantieren²⁵². Wilhelms Bemühungen, die Karlsbader Beschlüsse abzumildern, mögen noch so sehr vom dynastischen Selbsterhaltungstrieb genährt worden sein, sie zeitigten dennoch in Württemberg vorübergehend manche Erfolge²⁵³. Schließlich musste sich Wilhelm dem Druck Österreichs und Preußens mit russischer Rückendeckung beugen und die Karlsbader Beschlüsse strikt einhalten²⁵⁴.

²⁵⁰ Selbst wenn Wilhelm I. die politischen Fesseln, an die seine Untertanen gebunden waren, hätten lockern wollen, was fraglich ist, so hätten dies Österreich und Preußen über den Bundestag unterbunden. Schneider sieht in Wilhelm einen aufgeklärten Herrscher. In indirekter Weise kritisiert diese Position damit jeden Faktor, der zum Sturz des Regimes führen sollte. SCHNEIDER, *Württembergische Geschichte*, S. 489–494; DERS., *König Wilhelm*, S. 546 ff. Veit Valentin dagegen meint, „gerne wäre er [Wilhelm I.] ein recht moderner Fürst gewesen und suchte den Geruch liberaler Denkweise; hart und dickköpfig sah aber sein Handeln despotischem Gehabe verzwiefelt ähnlich.“ VALENTIN, *Geschichte der deutschen Revolution 2*, S. 143. Die vereinzelt Befürworter einer Entwicklung in Württemberg in Richtung hin zu einer parlamentarischen Monarchie im Stile des Vereinigten Königreichs erfuhren eine deutliche Abfuhr. Die Ansicht mancher Historiker, allein der Druck der deutschen Mächte, dem sich Württemberg schließlich 1823 fügen musste, habe einer selbstständigen, friedlichen liberalen Entwicklung Württembergs ein Ende gesetzt, ist jedoch höchst fraglich. Einer solchen Entwicklung standen Hindernisse von innen ebenfalls entgegen. Wilhelm war zwar durchaus liberaler als die meisten deutschen Fürsten, jedoch kein Liberaler, kein Verfechter eines vollgültigen repräsentativen Systems, kein Verfechter einer konstitutionellen Monarchie, wie sie in Frankreich 1830 etabliert wurde oder gar einer parlamentarischen Monarchie britischen Stils. Man darf die Tatsache nicht verkennen, dass Wilhelm I. das Wohlwollen seiner Untertanen benötigte, um seine selbstständigen Tendenzen auf der Ebene gesamtdeutscher Politik verfolgen zu können. SEEGER, *Vaterländische Briefe*, S. 210. Der borussische Treitschke war überzeugt, dass „der Sonderstaat den Liberalismus als Staatsprinzip [hegte], das diesen schwachen Staat wenigstens gegen die Volksseite hin zu schützen schien“, zitiert nach HÖLZLE, *Württemberg im Zeitalter Napoleons*, S. 276.

²⁵¹ GRUBE, *Landtag*, S. 501; SCHNEIDER, *König Wilhelm*, S. 532–547. Die Einführung repräsentativer Elemente verärgerte Österreich und Preußen. Über die Karlsbader Beschlüsse: BÜSSEM, *Karlsbader Beschlüsse*. Dabei enthielt die Verfassung stark ständische und autoritäre, monarchische Elemente.

²⁵² So sollte sogar die Redefreiheit im Landtag eingeschränkt werden.

²⁵³ Zum Widerstand Württembergs gegen die Karlsbader Beschlüsse und die eventuell sogar erwünschte „Fügung“ in ihre Annahme siehe ILSE, *Geschichte der politischen Untersuchungen*, S. 6, 15.

²⁵⁴ Es ging entsprechend dem Bundes-Universitätsgesetz um die scharfe Kontrolle der studentischen Aktivität in Tübingen, um das Berufsverbot für Professoren und andere öffentliche Lehrer, die wegen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung und die Grundlagen der

Der württembergische Alleingang scheiterte auch im Außenpolitischen²⁵⁵. Wie sein Vorgänger auf dem Thron so betrieb auch Wilhelm I. eine Politik, die in erster Linie auf die Zunahme von Macht und Einfluss seines Landes ausgerichtet war²⁵⁶. Die von Wangenheim entwickelte und von Wilhelm I. unterstützte Idee des „Trias“, also des Bemühens um die Gründung einer „rein deutschen“ Körperschaft aus Mittelstaaten als Gegengewicht zu Österreich und Preußen, war ebenfalls allein auf dieses Ziel hin ausgerichtet²⁵⁷. Die Idee fiel mit der reaktionären Wende Zar Alexanders zusammen und führte zur Einstellung der russischen Unterstützung für Wilhelm. Österreich und Preußen konnten ihren Druck fortan ungestört auf Württemberg ausüben. Die Stellungnahme Württembergs gegen die Beschlüsse des Kongresses von Verona im Jahre 1822, die der Eindämmung der Revolutionen in Spanien, Italien und Griechenland²⁵⁸ galten und die Beschwerde über den Ausschluss des Deutschen Bundes und der Mittelstaaten, wie Württemberg von dem Kongress sowie die Parteinahme für England, das gegen die Veroneser Beschlüsse stimmte, boten den deutschen Großmächten den Anlass zur Isolationspolitik gegenüber Württemberg²⁵⁹.

Staatseinrichtungen für schuldig befunden wurden, sowie um den zukünftigen Ausschluss aus jedem öffentlichen Amt für Studenten, die in geheimen und nicht autorisierten Verbindungen nach Bekanntgabe des Gesetzes für schuldig befunden wurden. Im Falle des Bundes-Pressegesetzes ging es um die Vorzensur der Presse und der periodischen Schriften bis zu 20 Druckbogen und um die Nachzensur bei umfangreicheren Veröffentlichungen. Beim Bundes-Untersuchungsgesetz handelte es sich um die Arbeit mit dem Überwachungssystem der Zentraluntersuchungskommission in Mainz. Sollte Württemberg nicht einlenken, drohte die Gefahr der äußeren Einmischung des Bundes. Die repräsentativen Elemente der Verfassung und die liberalen Grundrechte sowie die Eigenständigkeit Württembergs erfuhren hierdurch eine deutliche Einschränkung.

²⁵⁵ Zur Frage der Außenpolitik siehe MÄSTLE, Württemberg und die Großmächte; RIEG, Die württembergische Außenpolitik.

²⁵⁶ Zur mangelnden Bereitschaft König Friedrichs dem Deutschen Bund aufgrund etlicher Befürchtungen für die Unabhängigkeit seines Landes beizutreten siehe VALENTIN, Geschichte der deutschen Revolution 2, S. 143.

²⁵⁷ Der deutsche Nationalismus, den er bisweilen zu repräsentieren vorgab, war nur ein Instrument zu dem Zweck, dem Machtgoismus Österreichs und Preußens einen Stoß zu versetzen. „So sprach er mancherlei vom Deutschtum und Fortschritt; nur eines aber meinte er stets ehrlich dabei: Württembergs Vergrößerung;“ ebd. Im zeitgenössischen Brockhaus liest man: „dass das deutsche Nationalgefühl in Württemberg nicht sehr gepflegt und genährt worden ist und dass man mehr auf einem württembergischen Patriotismus hielt und hält.“ Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie 4, S. 446; HÖLZLE, Württemberg im Zeitalter Napoleons, S. 272–276. Zur Entstehung der Schrift „Manuscript aus Süddeutschland“, die der Triasidee Vorschub geleistet hatte, siehe ELIAS, Friedrich Georg Ludwig Lindner, S. 155–202.

²⁵⁸ Über die zeitweilige Allianz mit dem russischen Zaren Alexander, einem Schwager Wilhelms I., die in der Unterstützung der Triasidee durch Russland und der württembergischen Sympathie für die Griechen ihren Ausdruck fand: SCHNEIDER, Württembergische Geschichte, S. 489; Ross, Tübinger Romantik, S. 33, 36, 45.

²⁵⁹ Sie riefen ihre Botschafter zurück, wie auch Russland. Frankreich, das seit 1820 eine einseitig reaktionäre Politik verfolgte, schickte seinen Gesandten auf unbegrenzten Urlaub.

Der Deutsche Bund wurde zu einer Art „konterrevolutionäre[r] Treuhandgesellschaft“, die es Metternich ermöglichte nicht nur die Landesregierungen gegen ihre politischen Gegner einzusetzen, sondern auch jegliche autonome Politik der Landesregierungen gegen den reaktionären Kurs Österreichs und Preußens zu unterbinden. Staatliche Disziplinierung und Repressionen des Bundestages degradierten die Landtage zur Posse konstitutioneller Legitimität, ein Zustand, der sich nach der Unterdrückung der liberalen Aufbruchphase zu Beginn der dreißiger Jahre wiederholen sollte. In den zwanziger Jahren fiel auch Württemberg in einen politischen Tiefschlaf²⁶⁰. Bis 1830 waren „die Kammern eher Filialen als Widerlager der Administrationen“²⁶¹. Der württembergische Landtag erweckte mehr den Eindruck einer untergeordneten und hörigen Behörde, als einer Legislative²⁶². Der Frühkonstitutionalismus, der in der liberalen Theorie eines Jeremy Bentham oder eines Benjamin Constant und auch in den Augen Liberaler und Radikaler in Deutschland eine Übergangsphase zwischen Absolutismus und Repräsentativsystem hätte darstellen sollen, erstarrte seit 1823 vollends zur leeren Formel. Die breite Bevölkerung blieb Staat und Politik entfremdet, eine kritische Öffentlichkeit fehlte. Der zeitgenössische Publizist August Schäfer fasst die Lage in den 1820er Jahren daher mit folgenden Worten zusammen: „[D]as Verfassungswesen in Deutschland [war] bis jetzt nur leeres Scheinwesen, kostspielige Taschenspielerlei

Der aufgeklärte Vertreter Württembergs in der deutschen Bundesversammlung, Wangenheim, wurde zum Rücktritt gezwungen. SCHNEIDER, Württembergische Geschichte, S. 494; BILLINGER, Metternich's Policy, S. 21–27. Württemberg musste der Triasidee abschwören, wie es sich den Karlsbader Beschlüssen beugen musste.

²⁶⁰ Huber definierte dies als „gouvernementale Eintönigkeit“; vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte 1, S. 384; Grube spricht von „politischer Ermattung ab 1819 bis 1830“; GRUBE, Landtag, S. 512; der radikale württembergische Journalist Friedrich Seybold definiert das politische System in seinem Land in den 1820er Jahren in seinem Artikel „Die constitutionelle Halbheit“ als ein „angeblich konstitutionelles System.“ *Süddeutsche Politische Blätter* 1, S. 295. Über die relative Unfruchtbarkeit des konstitutionellen Wesens in Württemberg während jener Zeit spricht der Brockhaus: Allgemeine deutsche Real-Encyklopaedie 4, S. 988. Vom absolutistischen Scheinkonstitutionalismus ist die Rede, in: Das Königreich Württemberg bis zum März 1848, S. 317. Faber meint in Bezug auf Württemberg: „Im Ganzen stagnierte aber das politische Leben bis 1830, weil die Opposition schwach und zersplittert war“; FABER, Deutsche Geschichte, S. 111. Arnold Rüge nannte den damaligen „Konstitutionalismus“ ein „hölzernes Eisen“; SCHLUMBOHM, Freiheitsbegriff und Emanzipationsprozess, S. 38. Hettling spricht von einem „politischen Dornröschenschlaf“; HETTLING, Reform, S. 115.

²⁶¹ Eine gewisse Ausnahme bildete Baden. BRANDT, Der lange Weg, S. 92.

²⁶² KRAMER, Fraktionsbildungen, S. 30. Regionalbeamte und Richter sorgten geschickt dafür, dass nur biegsame Kandidaten sich zu Landtagswahlen aufstellten. Erfolgreiche Kandidaten wurden zu Amtsbezirksbeamten ernannt, was ihre regierungstreue Haltung garantierte. Hierbei arrangierten sich Altrechtler und Regierung miteinander, also ehemalige Gegner, in der Abwehr von Liberalen und „Bürgerfreunden“. Während der Wahlen von 1826 waren 48 % der Abgeordneten Staatsbeamte. Die zweitgrößte Gruppe waren örtliche Notabeln und Gemeindevertreter, deren Interessen lokal begrenzt waren und von der Zuneigung der Zentralregierung abhängig waren; ebd.

[...] und die deutsche Konstitutionalität weit entfernt in den Gemütern der Deutschen Wurzeln geschlagen zu haben, [war] meist nur ein Ausfluss der Kanzleien“²⁶³. Der württembergische Anhänger des englischen und nach 1830 französischen Parlamentarismus, Albert Schott, betont 1825 in einem Brief an F. List: „In unserem faulen Europa wird’s täglich ärger, das Elend des Volks immer größer. Die Verschwendung und der Luxus der Vornehmen steigen mit jedem Tag. Der Obskurantismus, der Despotismus, die konstitutionelle Komödie sind Hand in Hand im Fortschreiten, Recht und Gerechtigkeit, nicht nur mit Füßen getreten, sondern sogar verlacht und verspottet“²⁶⁴. Und die radikale Zeitung *Der Hochwächter*, die zur Schaltstelle eines militanten oppositionellen Liberalismus in der Aufbruchphase nach 1830 wurde, stellt in dem im Untergrund erschienenen Zensurlückenband rückblickend fest: „Während in den Jahren 1815 bis 1819 die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten durchs ganze Land auf eine so erfreuliche Weise erwacht war, [...] herrschte in der langen Zwischenzeit bis zum Jahre 1830 ein Zustand der Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit für allgemeine Interessen, daß hierdurch auch die so dringend notwendige Entwicklung mancher in unserer Verfassung liegenden guten Keime ins Stocken geraten mußte“²⁶⁵. Diese geschilderte Teilnahmslosigkeit mag einen trügerischen Eindruck erzeugt haben. Zumindest die Solidarität mit dem Freiheitskampf der Griechen war ein Indiz für einen unter-schwelligeren Freiheitsdrang. In dieser Periode hatte sich politisch gesehen das biedermeierliche Ruhebedürfnis nach 1815 wohl voll ausgeschöpft. Der seit 1819 zunehmende gesellschaftliche Disziplinierungsprozess der deutschen Staaten hat einen Reformstau und ein Emanzipationsbedürfnis bewirkt, die sich nach Juli 1830 schubartig artikulierten.

Und genau dies, das unausgeschöpfte Entwicklungspotenzial der Verfassung, sorgte für Frustration und Unmut, die sich bei passender Gelegenheit, auch wenn sie sich von außen bot, wie im Falle der Julirevolution von 1830 in Frankreich, entlud. Hinzu kam die ebenfalls unterdrückte, von Dissens geprägte eigene politische Kultur des Landes. Diese „politische Kultur des Widerspruchs“²⁶⁶ begünstigte ein Stück weit das „Räsonieren“ – vor allem in bürgerlichen Kreisen –, durfte aber nicht ins „jakobinische“ Extrem „ausgleiten“, wie die „Fälle“ Schubart, Schiller und Hölderlin beweisen²⁶⁷. Es herrschte demnach „eine Tradition, in der sich Liberalität kaum einmal radikal demokratisch verstand“²⁶⁸. Radikal waren vorerst nur Wenige, die sich von Traditionen trennten, zugunsten eines neuen Geistes. Hierzu verhalf auch die besagte „Durchtrennung traditioneller Loyalitäten in der napo-

²⁶³ SEYBOLD, *Die neue Zeit von einem alten Constitutionellen*, S. 317 ff.

²⁶⁴ HAUPT, *Geschichte des Jugendbundes*, S. 129–144, hier: S. 144.

²⁶⁵ Hochwächter ohne Censur, S. 151.

²⁶⁶ HABERMAS, *Heinrich Heine*, S. 29.

²⁶⁷ Vgl. WANDEL, *Verdacht von Demotatismus*; sowie die weniger anspruchsvolle Magisterarbeit: OTT, *Hölderlin und die Bestrebungen in Württemberg*; BAUSINGER, *Zur politischen Kultur*, S. 13–38.

²⁶⁸ Siehe S. 6 Anm. 10.

leonischen Ära“, die neue oppositionelle Gesinnungen verschiedenster Couleur förderte²⁶⁹. Das neue politische Richtmaß richtete sich an die revolutionären Errungenschaften und Geschehnisse in Europa schlechthin und bereitete den Boden für eine auf Veränderung und Fortschritt gerichtete Bewegungspartei auch in Württemberg. Ein bislang von unterschwelligem Unmut gespeister „Erfahrungsraum“ kollidierte mit einem ganz unterschiedlichen „Erwartungshorizont“. Dieser Antagonismus war 1830 in den nördlichen und mittleren Gebieten des Deutschen Bundes zunächst stärker ausgeprägt. Erst in der zweiten Phase der revolutionären Entwicklung Ende 1831 spitzte sich dieser Gegensatz im Süden zu.

2. Soziale Krise, Epochenwandel und der Radikalismus

a. Pauperismus, soziale Kluft und Aufbruch in die Moderne

In der Regel attestiert man den südwestdeutschen frühkonstitutionellen Staaten des Vormärz eine fortschrittlichere verfassungspolitische, aber auch eine rückständigere sozioökonomische Struktur im Vergleich zu Preußen. Reinhart Koselleck verfolgt die These, wonach Preußen eine Modernisierung nicht trotz, sondern sogar wegen einer fehlenden politischen Liberalisierung durch von oben gesteuerte Reformen durchführen konnte. Eine allgemeine politische Repräsentation hätte, so die These, den wirtschaftlich und sozial modernisierungsscheuen Kräften in den Reihen des Adels und des Bürgertums die Möglichkeit gegeben, die Reformen zu hintertreiben.

In den meisten Rheinbundstaaten und in Preußen hat sich der Staat unter den Zwängen der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft als Agens einer staatlichen und sozioökonomischen Erneuerung erwiesen. Diese Modernisierung war aber eine „defensive“ (Hans-Ulrich Wehler), und sie entsprang keinem Druck von unten durch einen vornehmlich bürgerlich geführten „Dritten Stand“. Im Unterschied zum preußischen Modell sorgten die südwestdeutschen Staaten nach 1814/15 für eine partielle Teilnahme des Mittelstandes am politischen Willensbildungsprozess, um ihre dank Napoleon ermöglichte äußere Staatsbildung nach innen zu komplettieren. Diesem Zweck diente auch die politische Entmachtung des Adels, die im Südwesten viel ausgeprägter war als in Preußen.

Dabei war die Politik der auf ihre Staatssouveränität bedachten südwestdeutschen Herrscher mehr darauf ausgerichtet, den Adel zu egalisieren, als die Bauern zu emanzipieren²⁷⁰. Die politischen Schläge, die der Adel erhielt, waren viel stärker

²⁶⁹ Siehe das Zitat Sheehans einschließlich Quellennachweis S. 63 Anm. 79.

²⁷⁰ HETTLING, Reform, S. 55. Trotz der Politik des Staates, die Privilegien der adligen Mediatisierten weitestgehend zu beschneiden, war den Untertanen der Standesherrn und des Niederadels die Bauernbefreiung vorerst nicht beschert. Dazu kam es unter Friedrich nicht nur, weil er sich nicht voll gegen die adligen Besitzrechte durchsetzen konnte, sondern auch, weil der Staat selbst als größter Grundherr, der von den bäuerlichen Abgaben profi-

als die finanziellen. Zudem vermochten die Standesherrn und die ehemaligen Reichsritter einen Einspruch bei der Bundesversammlung zu erwirken, der die Durchführung der wirtschaftspolitischen Bestimmungen der Landesregierungen in ihren Gebieten aufschob. Die feudalen Bürden in den Standes- und Landesherrschaften blieben bestehen, darunter die besonders belastenden Gefälle, die Zehnten und die Jagdrechte. Es blieben unter anderem auch die Gerichtsabgaben und die Leistungen für die Realleibeigenschaft sowie steuerartige Abgaben. 1836, in später Folge der Julirevolution, wurden einige dieser Lasten zur Ablösung freigestellt²⁷¹.

Die Ablösungsgelder beliefen sich in der Regel nach den Regelungen von 1817 und 1836 auf das zwanzig bis zweiundzwanzigeinhalbfache der jährlichen feudalen Abgaben und Dienste an den Staat, den Standes- oder Grundherren²⁷². Die hohen Beträge wurden durch direkte Geldzahlungen mithilfe eines staatlichen Kredits von den Pflichtigen bezahlt, während der Staat selbst ein Drittel der Fronlasten ablöste. Nachdem die Befreiung der Bauern ihren Anfang genommen hatte und die feudalen Bürden ihre Rechtfertigung einbüßten, schmerzten die verbliebenden Lasten umso mehr. Die Bauern waren in dieser Übergangsphase von traditioneller Agrarstruktur zum modernen Agrarkapitalismus zwischen Hammer und Amboss geraten. Sie mussten die hohen verzinnten Ablösungsgelder zahlen und gleichzeitig die verbliebenen Feudalabgaben und Feudalleistungen aufbringen. Sie mussten auch manches Übel, wie Jagdverwüstungen über sich ergehen lassen²⁷³. Zu diesen Erschwernissen kamen noch staatliche Grundsteuern und Gemeindesteuern hinzu.

tierte, daran kein Interesse fand. Unter Wilhelm I. wurden 1817 dagegen erste Schritte getan. Folgende Maßnahmen wurden vorgesehen: die Ablösbarkeit unrentabler Gefälle, die Aufhebung der schon früher in Geld und Naturalabgaben umgewandelten persönlichen Leibeigenschaft gegen Ablösung, jedoch nicht bei standes- und landesherrlichen Untertanen, die kostenlose Aufhebung des Obereigentums an Erblehen und die Allodifikation aller Fallehen. DIPPER, Bauernbefreiung, S. 87. Andere Lasten bestanden weiter.

²⁷¹ Aber auch jetzt sträubten sich die Adligen in beiden Kammern und beim Deutschen Bund dagegen. Wiederum kam es nicht zu einer entscheidenden Wende, zumal die Regierung, die sich um die Rückwirkungen der Ablösungen auf den Haushalt sorgte, keinen Druck ausübte. 1848 und 1849 wurden die Reallasten und die Zehntpflicht und alle sonstigen auf Grund und Boden ruhenden Lasten zwar beseitigt sowie alle anderen in den standesherrlichen Gebieten bestehenden persönlichen Leistungen abgelöst, und zwar zu bauernfreundlichen Bedingungen, jedoch praktisch hörte die Zehntpflicht erst 1865 (sic!) auf. REINHARD, Die Zehntablösung in Württemberg, S. 232; HETTLING, Reform, S. 56 ff.; GREBING, Geschichte der sozialen Ideen, S. 32 f.; WINKEL, Ablösungskapitalien, S. 151–161; WEBER, Die Fürsten von Hohenlohe, S. 245–290; MÖNCKMEIER, Die deutsche überseeische Auswanderung, S. 39 f. Die Zehntabgabe fiel ganz besonders ins Gewicht, denn sie wurde nach den Bruttoerträgen berechnet, ohne zuvor die mit dem allgemeinen Preisanstieg wachsenden Produktionskosten abzuziehen. Gerade in unfruchtbaren Gegenden, in denen die Investitionen in den landwirtschaftlichen Anbau höher waren, traf die Zehntabgabe die Bauern ganz besonders. So betrug die Zehntabgabe nach dem Bruttoertrwert oft ein Viertel, ein Drittel, die Hälfte und bis zu neun Zehnteln des Wertes der Nettoerträge.

²⁷² WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 669.

²⁷³ Ebd.

Aber am schlimmsten wog die Massenverarmung, die mit dem Übergang von der Subsistenzwirtschaft, der feudalen Agrarstruktur und dem zünftigen Gewerbe über den Agrar- und Handelskapitalismus hin zur zukünftigen Industriellen Revolution gekoppelt war. Die Aufsplitterung der Böden in Altwürttemberg führte dazu, dass diese als Ernährungsgrundlage für den Bauern und dessen Familie oft nicht mehr ausreichten. Aber neben den um ihre Existenz kämpfenden Kleinbauern breitete sich im Zuge der seit Ende des vorigen Jahrhunderts sprunghaft wachsenden Bevölkerung eine ständig zunehmende, landlose Bevölkerung aus. Für beide Gruppen war die sich nun rasch ausweitende hausindustrielle Gewerbetätigkeit eine wichtige Neben- oder gar die Haupteinnahmequelle. Diese Hausbetriebe waren mit den sogenannten Verlagen vernetzt, in deren Auftrag sie produzierten und denen sie ihren Absatz verdankten. Diese Durchdringung von Landwirtschaft und Gewerbe war in Württemberg besonders ausgeprägt. Mit einem Anteil von stellenweise über 8 Prozent Landhandwerkern hatte Württemberg von allen deutschen Regionen nach 1800 den dichtesten ländlichen Gewerbebesatz²⁷⁴. Das Verlagsystem diente den Arbeitern in den Städten oft als einzige dürftige Einnahmequelle. Dieses System war nicht neu, erfuhr jetzt aber eine schnelle Ausbreitung, nicht zuletzt auch dadurch, dass der Ausbau der Straßen und der Binnenwasserwege größere Absatzmöglichkeiten eröffnete. Dank der Kontinentalsperre hatte das System kurzweilig eine künstliche Blüte erlebt. Die Vernetzung von Landwirtschaft und Gewerbe, die für viele eine Zeit lang eine existenzielle Grundlage bot, stürzte nun aber, durch die seit 1815 zunehmende Konkurrenz der industriellen Produktion aus England und anderen entwickelten Ländern und Regionen, die Wirtschaft und Gesellschaft in die Krise²⁷⁵. Zur Konkurrenz von außen kam eine von innen. Der Untergang des protoindustriellen Verlagswesens riss auch die Landwirtschaft und das zünftige Gewerbe in diesen Strudel. Viele landwirtschaftliche Betriebe erreichten trotz Rationalisierung den Grenznutzenwert, über den hinaus eine zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften unrentabel war²⁷⁶. In der Tat arbeiteten viele Betriebe unterhalb der Gewinnschwelle, was zur Häufung der Konkurse führte²⁷⁷. Nur größere Betriebe konnten in der Regel die Krise überwinden.

²⁷⁴ Ebd., S. 63.

²⁷⁵ Lasteten die wirtschaftlichen Folgen der langen napoleonischen Kriege ohnehin schwer auf Staat und Gesellschaft, so kam es 1816/1817 noch zusätzlich zu einer Hungersnot, die auch Württemberg erfasste und durch den Ausbruch des Vulkans Tambora 1815 in Indonesien verursacht worden war. Dessen Ascheauswurf ließ 1816 auch in Mitteleuropa zum Jahr ohne Sommer werden, was zu schweren Missernten führte. Die gestiegenen Lebensmittelpreise drückten auf die Lebenshaltung und machten der Mehrheit der städtischen Bevölkerung stark zu schaffen, deren begrenzte Konsumfähigkeit noch mehr zurückging. Dies wiederum wirkte sich auf den Absatz des Gewerbes negativ aus.

²⁷⁶ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 51, 285. Dabei drückte ein Überangebot an Arbeitskräften die Löhne ständig nach unten.

²⁷⁷ „Die Landwirtschaft produzierte unterhalb der Schwelle der Kostendeckung“; BOELCKE, Wege und Probleme, S. 440.

Während in den alten Landesteilen Württembergs das Erbrecht zur Zersplitterung des Landes geführt hatte, herrschte in den neuen Landesteilen des Königreiches in der Regel das Anerbenrecht vor, das die Geschlossenheit der Güter garantierte²⁷⁸. Dies ermöglichte im Falle Oberschwabens die Umstellung auf größere Agrarbetriebe, die sich in Verbindung mit passenden Verkehrsverbindungen an größeren Märkten orientieren, die Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Produkte ausnutzen und eine gewisse Kapitalgrundlage schaffen konnten. In den alten Adelherrschaften wurden zudem die für die „Befreiung“ der Bauern gezahlten Renten und Entschädigungen gewinnbringend angelegt und kamen diesen als Unternehmer zugute²⁷⁹.

Im Konkurrenzkampf mit agrarischen Großbetrieben konnten kleinere Betriebe nicht Schritt halten, was zu deren Konkurs oder „Gant“, im damaligen Sprachgebrauch, führte. Die Zahl der Betriebsauflösungen stieg jährlich, bis sie im Jahre 1828 ihren Höhepunkt erreichte²⁸⁰. Die massenhafte Aufgabe der landwirtschaftlichen Betriebe machte den Boden zu einem Spekulationsobjekt, ein Umstand, der dem Übergang von feudalistischer Landwirtschaft zu kapitalistischer entsprach²⁸¹. Die Zahl der Konkurse lag in altwürttembergischen, dichter besiedelten Regionen weit höher als im Osten des Landes²⁸². Viel Land wechselte den Besitzer, allerdings erreichte der Gütertransfer nicht die Größenordnung wie in Ostelbien.

Der Staat, der mit Abstand größte Landbesitzer in Württemberg, deckte in normalen Zeiten im Vormärz zwischen 41 und 48 Prozent seiner Ausgaben durch die Ernten aus dem Kammergut. Infolge der allgemeinen Verteuerung gegenüber dem Preisrückgang für landwirtschaftliche Produkte verringerten sich diese Einkünfte, und der Staat legte den ohnehin schon reichlich belasteten, armen Bauern zusätzliche Steuerlasten auf, um die neuen Finanzdefizite zu decken. Diese komplexen Zusammenhänge waren nicht leicht nachvollziehbar. Ins Auge der Opposition stach die autoritäre Regierung und die aufgeblähte und steuerverschlingende Bürokratie²⁸³.

²⁷⁸ Hier überwogen die Fall- und Schupflehen, wo das mit dem Tode des pflichtigen Inhabers erloschene Besitzrecht dem (Ober-)Eigentümer die Anpassung an die Konjunkturentwicklung erlaubte.

²⁷⁹ WINKEL, Ablösungskapitalien, S. 151–161; WEBER, Die Fürsten von Hohenlohe, S. 245–290.

²⁸⁰ DEHLINGER, Überblick über die Entwicklung der Landwirtschaft, S. 66.

²⁸¹ MÖNCKMEIER, Überseeische Auswanderung, S. 39.

²⁸² HETTLING, Reform, S. 70.

²⁸³ Siehe die Aussage von Eduard Widenmann, HstaS E 301 Bü 251 Nr. 66. Eduard Widenmann * Ludwigsburg 26. 8. 1801. Widenmann, Rechtsanwalt und kritischer Journalist, wurde wegen revolutionärer Tätigkeit 1827 zu vier Jahren Haft verurteilt. Er war Redaktionsmitglied der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* und eine Zeit lang Redakteur der *DNZ*. Er war einer der wenigen Zeitgenossen, die auf die rein wirtschaftlichen Gründe der zunehmenden Besteuerung einging. Die Angriffe der Liberalen und Radikalen im Vormärz auf den aufgeblähten Apparat waren jedoch durchaus berechtigt. Die Ausgaben des Königshauses in Württemberg zum Beispiel betragen 10 % der gesamten Staatsausgaben. BUZENGEIGER, Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 58. Dieser Umstand streute aber nur noch

Seit der zweiten Hälfte der 1820er Jahre breiteten sich protoindustrielle Fabriken schrittweise in Süddeutschland ganz allgemein und insbesondere in Württemberg aus²⁸⁴. Doch infolge des Mangels an Kohle- und Metallvorkommen und effektiver Transportmittel wie der Eisenbahn (Schiffe konnten auf den Flüssen nur begrenzte Mengen herbeischaffen) konnte sich bis zur Mitte des Jahrhunderts keine bedeutende Industrie in der Region entwickeln²⁸⁵. Die protoindustriellen Produktionsstätten konnten zwar einen Teil der alten Zünfte und der Hausindustrie zurückdrängen, waren jedoch nicht in der Lage, genug Arbeiter einzustellen²⁸⁶. Im Produktionssektor ging der Industrialisierung eine Phase der Frühindustrialisierung voraus – der Übergang von der Manufaktur zur „Maschinofaktur“²⁸⁷ – die durch mechanische oder halbmechanische, von Wasserenergie versorgte Handwerksbetriebe und Fabrikationsstätten charakterisiert war. Diese Wirtschaftsform kennzeichnete bereits die Massenproduktion für einen breiten Absatzmarkt²⁸⁸. Die

zusätzliches Salz in die Wunden, die durch die sozioökonomischen Krisen entstanden waren.

²⁸⁴ AUBIN/ZORN, Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 2, S.340; MEGERLE, Württemberg im Industrialisierungsprozess, S.84; KLEIN, Anfänge der Industrialisierung, S.123.

²⁸⁵ Die erste Dampfmaschine in Württemberg wurde 1838 in einem Werk in Heidenheim eingesetzt. WELLER, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands, S.140. 1841 wurde die erste Dampfmaschine in Württemberg hergestellt. Bis 1846 waren jedoch nur 23 Dampfmaschinen in Württemberg im Einsatz, während in Preußen zu dieser Zeit bereits 1.491 Dampfmaschinen arbeiteten; ebd., S.141.

²⁸⁶ Zwischen 1832 und 1856 lag die Zahl der Industriearbeiter, nach der damaligen Definition des Begriffs, nur bei 6,4 % der Beschäftigten im nicht-landwirtschaftlichen Produktionssektor; MEGERLE, Württemberg im Industrialisierungsprozess, S.95. Das Verhältnis von Handwerksmeister und Fabrikbesitzern im Jahre 1825 lag bei 99,82 % zu 0,18 %; vgl. Das Königreich Württemberg bis zum März 1848 4, S.656. Aufgrund der Gefahr einer sich deckenden Zählung von Besitzern von Handwerksbetrieben und Fabrikbesitzern während jener Epoche muss diese Schätzung mit Vorsicht aufgenommen werden, auch wenn sich prinzipiell bei der Darstellung der allgemeinen Situation nichts änderte. In den Jahren 1835/36 waren 147.997 Personen im traditionellen Handwerk beschäftigt gegenüber 10.000 Beschäftigten in den Manufakturen und Fabriken mit 830 Besitzern. Nimmt man noch die 10.043 Beschäftigten in den „Getränke-Fabriken“ hinzu, so steigt die Zahl zwar, doch letztere waren eigentlich mehrheitlich Handwerksbetriebe, die von ihren Besitzern betrieben wurden. Wie sich aus den Angaben für die Produktionszweige ergibt, war der Sektor mit den meisten Beschäftigten nach dem Handwerksbereich das Gaststättenwesen (13.739), an dritter Stelle lag der Kleinhandel (11.155); MEMMINGER, Beschreibung von Württemberg, S.456.

²⁸⁷ Vgl. DANN, Nationalismus und sozialer Wandel, S.77–128.

²⁸⁸ Siehe dazu im deutschen Kontext KRIEDTE/MEDICK/SCHLUMBOHM, Industrialisierung. Zur Rationalisierung und Produktivisierung am Vorabend der Industriellen Revolution siehe KAUFHOLD, Deutsches Gewerbe, S.311–327; Zu Württemberg siehe KASCHUBA/LIPP, 1848; GEHRING, Das Wirtschaftsleben in Württemberg, S.227. Die Leinenweberei war der wesentliche Gewerbebezweig in Württemberg. Die Konkurrenz der mechanischen Industrie und die fremden Zollgrenzen begruben diesen traditionellen Zweig der handwerklichen Hausindustrie. KUCZYNSKI, Bewegung der deutschen Wirtschaft, S.29.

zünftischen Berufe litten unter der Konkurrenz der großen Betriebe, insbesondere die Seifenkocher, Gerber, Schuhmacher, Putzmacher und Töpfer²⁸⁹. Die in den Zünften organisierten, traditionellen Handwerkszweige wiesen ein ständiges Ansteigen der Gesellenzahlen in Relation zur Zahl der Handwerker und der Handwerksbetriebe auf. Die Verdrängung des traditionellen Handwerks durch andere Produktionsmethoden wie Fabriken, Manufakturen, Heimarbeit und Verlage führten zu einem wachsenden Gegensatz zwischen den zahlreicher werdenden Gesellen und den immer weniger werdenden Handwerksbetrieben. Die Folge waren mangelnde Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Gesellen, kurz deren Verarmung²⁹⁰.

Die Gesellen, die ihre Chancen selbstständige Handwerker zu werden dahinschwenden sahen, wurden seit den 1830er Jahren zum gärenden Element. Zwischen 1831 und 1835 stieg die Kurve der Auswanderer aus Württemberg wie aus Deutschland allgemein nochmals an²⁹¹. Diesmal handelte es sich bei den meisten Emigranten um Handwerker²⁹². Gesellen, die während ihrer Ausbildungszeit von Stadt zu Stadt und von Land zu Land zu ziehen pflegten, hatten in dem Maße, in dem sie sich in den industrialisierten Staaten Westeuropas aufgehalten hatten, radikale Ideen aufgesogen, die das gesellschaftliche und politisch rückständige Deutschland noch nicht kannte²⁹³. Dieser Umstand veranlasste die deutschen Behörden, die Bewegungsfreiheit der Gesellen einzuschränken und ein Organisationsverbot über sie zu verhängen. Eine derartige Politik jedoch führte zu einer weiteren Radikalisierung der Positionen in den Reihen der Gesellen. Darunter waren die Schuhmacher und Schneider sowie die Drucker, vor allem aufgrund ihrer relativ hohen Bildung, die radikalsten Elemente.

Während ein Teil der untergehenden Schichten vor allem im Handwerk eine Rückkehr zum gesellschaftlichen *Status quo ante* anstrebte, griff ein anderer neue Ideen auf, die dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Fortschritt

²⁸⁹ MEHRING, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 88.

²⁹⁰ KUCZYNSKI, Bewegung der deutschen Wirtschaft, S. 52; SCHIEDER, Anfänge, S. 84 ff.; BUZENGEIGER, Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 29; CONZE, Pöbel, S. 440 ff. Zum Rückgang der Handwerksbetriebe gegenüber einer Zunahme der Manufakturen und Fabriken (Betriebe, deren Betriebskapital 1.000 Gulden überstieg, wurden von der Statistik als Fabrik definiert) siehe BUZENGEIGER, Wirtschaftliche Verhältnisse, S. 31; KLEIN, Anfänge der Industrialisierung, S. 121. In den Berufen, die relativ leicht erlernt und mit relativ geringem Kapitaleinsatz betrieben werden konnten, wie zum Beispiel die Schuhmacherei oder Schneiderei, fiel die Zunahme der Gesellen besonders auf. In Württemberg waren die Schuhmacher die größte Handwerker- und Gesellengruppe unter den zunftmäßig organisierten Berufen; vgl. Wjbb. 1832, 1. H., S. 148–156. Zur allmählichen Zunahme der Zahl der Gehilfen und Schuhmacher siehe SCHMOLLER, Geschichte des deutschen Kleingewerbes, S. 373.

²⁹¹ HUBER, Auswanderung, S. 236.

²⁹² Ebd., S. 235.

²⁹³ Auch Gesellen, die sich eine Zeit lang in Polen aufhielten, kamen mit radikalen Ideen zurück, allerdings aufgrund der revolutionären Grundstimmung in diesem Land.

Rechnung trugen²⁹⁴. Württemberg war nicht nur ein „überbevölkertes Kartoffelland“²⁹⁵, sondern auch das Land mit der größten Handwerkerdichte in Deutschland, jedenfalls in Relation zu seiner Einwohnerzahl²⁹⁶. Dies ergab sich auch aus dem Umstand, dass in Altwürttemberg die Unterscheidung von Landarbeitern und Handwerkern bisweilen unklar geblieben war²⁹⁷.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts galt Württemberg als ein für die damaligen, vorindustriellen Verhältnisse übervölkertes Land²⁹⁸. Das Hauptballungszentrum, die Region des Neckarkreises, zählte sogar zu den am dichtesten besiedelten Teilen Europas. Trotz hoher Einwohnerdichte war die Wachstumsrate der Bevölkerung zeitweise gering. Hierfür dürfte die hohe Auswanderungsquote für Württemberg eine Erklärung bieten. Die Massenauswanderung aus Württemberg, das in Relation zu seiner Bevölkerungszahl zum Emigrationsland Nummer eins in Deutschland wurde, spiegelte die schwere wirtschaftliche und soziale Krise wider, die das Land erschütterte²⁹⁹. Diese Auswanderung diente als Ventil, das dem sozialen Unmut

²⁹⁴ „Diese Gesellen gehörten einer Schicht an, die unschlüssig zwischen dem verlorenen Paradies der traditionellen Handwerkerzunft und der Realität des Fabriklebens hin- und herschwankten.“ SCHRÄPLER, Handwerkerbünde und Arbeitervereine, S. 19.

²⁹⁵ JANTKE, Die Eigentumslosen, S. 112 ff.

²⁹⁶ FISCHER, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 322.

²⁹⁷ Im Jahre 1840 waren noch 93 % aller Erwerbstätigen im Lande in der Landwirtschaft und im Handwerk beschäftigt. KLEIN, Anfänge der Industrialisierung, S. 96. Daher ist deutlich, dass die Krise in diesen zwei Sektoren die Wirtschaft Württembergs insgesamt traf. Doch in jener Epoche war gerade die Kongruenz von Landwirtschaft und Handwerk und auch der hartnäckige Charakter der einheimischen Bauern, die sich in ihrer Ernährung auf die relativ nahrhaften Kartoffeln stützten und ihre restlichen Produkte verkauften, sofern sich ein Markt entwickelt hatte, Faktoren, die die Industrialisierung in Württemberg aufhielten. Hinzu kam, wie gesagt, die Massenemigration; denn nicht nur der gesellschaftliche und politische Überdruck, sondern auch die wirtschaftliche Situation war es, die eine beschleunigte Industrialisierung erforderten. So war Württemberg relativ zur Einwohnerzahl im Jahre 1861 im Handwerk führend nicht in der Industrie. SCHMOLLER, Geschichte des deutschen Kleingewerbes, S. 360. Dieser Konflikt zwischen der notwendigen Industrialisierung und der Bewahrung alter Strukturen sollte seine Lösung in der Zunahme kleiner Fabriken finden. Aber deren Aufnahmekapazität blieb notwendigerweise begrenzt. Den großen Durchbruch des Industriezeitalters schufen erst die Großbetriebe, die durch die Einbindung des Neckarraums in das Eisenbahnnetz ermöglicht wurden. BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 279.

²⁹⁸ Doch auch wenn das Bevölkerungswachstum relativ gesehen bedeutend war, so war Württemberg in absoluter Hinsicht doch, wie die meisten vorindustriellen Staaten, ein Staat mit geringer Bevölkerung; vgl. HIPPEL, Auswanderung aus Südwestdeutschland, passim.

²⁹⁹ MÖNCKMEIER, Überseeische Auswanderung, S. 39; STEIN, Pauperismus und Assoziation, S. 44. Die Auswanderung, die mit der Krise von 1816/17 begann, nahm in den folgenden Jahrzehnten ständig zu und riss nicht ab, bis die volle Industrialisierung das Problem des Pauperismus behob. Nach dem Krisenjahr von 1816/17 waren die Bauern gezwungen, zur Sanierung ihrer Höfe Kredite aufzunehmen. Gleichzeitig hob der Staat die Steuerabgaben an, um das durch die Napoleonischen Kriege entstandene Finanzloch zu stopfen. Es folgten nun hohe Ernteerträge. Die Rekordernten gegen Ende des Jahrzehnts konnten aber die Lage der Bauern nicht deutlich verbessern, denn die Preise für Agrarprodukte sanken erheblich. Die verschuldeten Kleinbauern, die genötigt waren ihre Erträge um jeden Preis

Ausschluss bot, ohne den vielleicht die politische Entwicklung in Württemberg und in anderen deutschen Staaten anders verlaufen wäre³⁰⁰.

In diesem Zusammenhang sei erneut an die eingangs erwähnte Mahnung Wangenheim vor dem Kampf von Arm gegen Reich erinnert, die den Krieg des Bürgers gegen den Adel in den Schatten stellen würde. Nicht um Freiheit, sondern um Gleichheit würde in Zukunft gekämpft werden. Die aufgezwungene politische Ruhe und die Illusion gesellschaftlichen Friedens in der Biedermeierzeit übertrühten jedoch nur die wachsende soziale Not, wie der Ausbruch der Unruhen in den 1830er Jahren sehr gut zeigte. Der württembergische, kritische Publizist Eduard Widenmann sagte in einem Prozess, der 1827 gegen ihn wegen des Verdachts einer Verschwörung zum Sturz der Regierung eingeleitet worden war: „[D]aß jetzt in einer Menge Dörfer statt einer glücklichen Wohlhabenheit der Mehrzahl sich Reichtum bei wenigen und völlige Armut bei den meisten findet [...], sodaß es jetzt nichts Seltenes ist, in Dörfern, wo vor zehn Jahren noch kein Kind ohne Schuhe und Strümpfe war, jetzt selbst Erwachsene barfuß gehen zu sehen“³⁰¹. Unter den Bauern der Regionen Murrhardt und Ludwigsburg war er, nach seinen Aussagen, auf eine revolutionäre Atmosphäre gestoßen³⁰². Einige Jahre später sagte der Anführer der Militärverschwörung in Württemberg, Oberleutnant Koseritz, im gerichtlichen Verhör aus, Sergeanten hätten ihm gesagt, „daß es ehe- dem in ihren Orten wenige, jetzt viele Ortsarme gäbe“³⁰³.

Zur sozioökonomischen Krise gesellte sich ein kollektiver Bewusstseinswandel am Beginn eines neuen Zeitalters, des Zeitalters der Moderne. Die 1830er Jahre

zu verkaufen, trugen zu einem zusätzlichen Preisverfall bei. Man gab den Brauch einen Teil der Ernte als Wintervorrat einzubehalten, um die Erträge zu einem günstigeren Preis zu verkaufen, auf. Damit brachten sich die Kleinbetriebe um die Möglichkeit, die Preisfluktuation auszunutzen, was die größeren landwirtschaftlichen Betriebe mit größerem Reservevermögen eher konnten. Die Bauern begnügten sich mit billigen, relativ nahrhaften Lebensmitteln, wie Kartoffeln, um ihre restlichen Produkte zu verkaufen. MÖNCKMEIER, *Überseeische Auswanderung*, S. 42–44; WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 2, S. 286. Gerade in Altwürttemberg, wo der Kleinbauer eine Kuh oder Ziege hielt, war die gemeinsame Nutzung der Allmende als Weideland ein erleichternder Faktor gewesen. Infolge der Agrarreformen wurde dieser kollektive Bodenbesitz nun aufgehoben und das Land an selbstständige Besitzer verteilt. Zur Kartoffelwirtschaft in Württemberg siehe auch Hochwächter ohne Censur, S. 93; JANTKE, *Die Eigentumslosen*, S. 112 ff. Ende der 1820er Jahre erholten sich die Weizenpreise, wodurch die Errichtung großer landwirtschaftlicher Höfe begünstigt wurde. Diese waren ohnehin gewinnträchtiger und konnten den Schwierigkeiten der Preisrückgänge landwirtschaftlicher Produkte besser entgegentreten. Im selben Jahr traten die Zollvereinbarungen mit Bayern in Kraft, die den Export eines Teils der landwirtschaftlichen Produkte förderten. DEHLINGER, *Überblick*, S. 63.

³⁰⁰ MÖNCKMEIER, *Überseeische Auswanderung*, S. 42–44; WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 2, S. 286. Siehe in der Einführung Heines Kommentar zu den schwäbischen Auswanderern in Le Havre. Eine Studie über diesen Zusammenhang von Auswanderung und Revolution in Deutschland ist bisher ausgeblieben, könnte aber sehr aufschlussreich sein.

³⁰¹ HstaS E 301 Bü 251.

³⁰² Ebd.

³⁰³ HstaS E 285 Bü 85.

waren die Epochenschwelle, in der sich die Entwicklung einer modernen Industrie in Deutschland abzeichnete, die Subsistenzwirtschaft von feudaler Landwirtschaft und Zunftgewerbe verabschiedet und die Binnenperiode von Agrarkapitalismus und protoindustriellem Gewerbe an ihre Grenzen gebracht wurden. Es bürgerte sich aber auch das Gefühl einer beschleunigten Entwicklung ein, nicht nur aufgrund gedrängter politischer Veränderungen, sondern auch infolge dichter und umstürzender technischer Errungenschaften mit ihren gewaltigen sozioökonomischen und kulturellen Folgeerscheinungen. Exemplarisch hierfür war die Dampfmaschine, die die Produktion- und die Verkehrsformen revolutionierte. Diese ermöglichten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine gewaltige Urbanisierung, eine ungekannte Mobilität in allen Bereichen, die Marktwirtschaft, die Massengesellschaft und den Massenkonsum. Eine traditionelle Gesellschaft, durch Not und Mangel gekennzeichnet, war dabei sich in eine zukünftige Überflusgesellschaft zu transformieren. Das Zeitempfinden änderte sich genauso wie das Entfernungsgefühl. Angst vor der unbekannteren Zukunft einerseits, Hoffnung auf Fortschritt mit einem neuen Erwartungshorizont andererseits, kennzeichneten den neuen Zeitgeist. Jacob Burckhardt spricht wie oben erwähnt von dem Gefühl permanenter Beschleunigung, das die Zeitgenossen erfasst hätte³⁰⁴. Die Julirevolution hat erstmals in Europa das Großbürgertum zur herrschenden Klasse gemacht. Sie glich die politischen den neuen sozioökonomischen Machtverhältnissen an. Burckhardt hat den neuen Geist der Zeit so umschrieben: „Unser Leben ist ein Geschäft, das damalige war ein Dasein“³⁰⁵. Die Jahre 1834–1837 waren die „Gründerjahre“ des neuen industriellen Zeitalters, gekennzeichnet durch die Entstehung von Maschinenbauunternehmen, durch die rasche Entwicklung des Steinkohlenbergbaus und des Hüttenwesens³⁰⁶. Die Gründung des Zollvereins von 1834 und der Bau der ersten Lokomotive in Deutschland 1839 symbolisieren den Beginn eines neuen Geschichtsabschnitts.

b. Die radikale Entgegnung

Angesichts solcher Veränderungen war das zähe Rückzugsgefecht der feudalen Kräfte, wie dies im obstinaten Festhalten des Adels an seine dahinschwindenden Privilegien deutlich wurde, ein Anachronismus. Dieser Umstand gab der Opposition von Liberalen und Radikalen vollen Rückenwind. Aber auch die Unbeholfenheit der deutschen Staaten im Umgang mit der sozialen Not des Pauperismus gab hinreichenden Grund für Kritik und Missmut innerhalb des Bürgertums und nicht-bürgerlicher Schichten. Der württembergischen Regierung war klar, dass das Staatsinteresse eine ständige Modernisierung erforderte, doch die damit einher-

³⁰⁴ Siehe S. 83; siehe dort auch die Äußerung von Hermann Kurz, 1820 sei noch das Pferd das Zeitmaß gewesen, während 1830 erst das Mittelalter endete.

³⁰⁵ BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 243.

³⁰⁶ RÜRUP, Deutschland, S. 166.

gehende Zersetzung der alten Gesellschaft, der alten Eliten und des herkömmlichen Staatsgefüges waren ebenfalls ersichtlich. Hier trat die Janusköpfigkeit der „defensiven Modernisierung“ deutlich zutage.

Diese Ambivalenz führte dazu, dass nur unter großem Zögern die Produktion in moderne Bahnen geleitet wurde. Die Furcht vor einer Industrialisierung beruhte unter anderem auch auf ideologischen Gründen und wurde von den Ereignissen in England genährt. So brachte der württembergische Finanzminister gegen List vor: „[G]erade die Fabrik sei die schwerste Gefahr, denn sie erziehe den Menschen entweder zum Bettler oder zum Aufrührer“³⁰⁷. Lists Haltung war dem entsprechend: „Was unsere deutschen Regierungen und, sagen wir es dreist, die liberale Opposition in unseren Kammern anbelangt, so haben sie sich bis jetzt nur wenig mit der zukunfts-schwangeren Frage des Pauperismus, dieser Lebens- oder Todesfrage der modernen zivilisierten Gesellschaft, beschäftigt“³⁰⁸. List bemerkte zurecht, dass trotz aller Kritik an der Unbeholfenheit der Regierung im Umgang mit dem Pauperismus die Liberalen im Landtag ebenfalls Angst vor einer „ungezügelter“ Industrialisierung hatten³⁰⁹. Eine solche Reserviertheit war auch unter den Radikalen vorherrschend. Alle Akteure waren noch einer vorindustriellen Mentalität verhaftet³¹⁰. Aus der Erkenntnis heraus, dass der Übergang von der Feudalwirtschaft zum kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht verhindert werden konnte, forderten einige Vertreter der Liberalen eine Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses als Ausweg aus der wirtschaftlichen Not in Württemberg, wie auch in anderen deutschen Staaten. Die zwei Persönlichkeiten, die insbesondere diese Richtung einschlugen, waren Friedrich List und Moriz Mohl.

List vertrat den Geist eines modernen Unternehmertums, wie er in den ehemaligen Freien Reichsstädten zum Vorschein kam³¹¹. In seiner Analyse der sozio-ökonomischen Situation und ihrer politischen Auswirkungen stellte List fest: „Nicht trostreicher, wahrhaftig, ist der Anblick der politischen Zustände bei solchen landwirtschaftlichen Verhältnissen. Kleinhandwerker und Zwergbauern

³⁰⁷ BOELCKE, Wege und Probleme, S. 444.

³⁰⁸ Vgl. JANTKE, Die Eigentumslosen, S. 55.

³⁰⁹ Die Grundposition der Landtagsliberalen war die des Eindämmens. Bestenfalls nahm man hier zu dem Problem eine philanthropische Haltung ein. So schlug der liberale Oppositionsvertreter Elsässer 1833 im Landtag vor, jeder Abgeordnete sollte einen Gulden seines Gehalts für das Not leidende Volk zahlen. BAUER, Geschichte der constitutionellen Bestrebungen 3, S. 135.

³¹⁰ Zur liberalen Haltung siehe GALL, Liberalismus; SEDATIS, Liberalismus, S. 77 f.; zur ambivalenten Wirtschafts- und Sozialpolitik des frühen Liberalismus siehe auch SHEEHAN, Liberalismus, S. 11–60; THAMER, Emanzipation, S. 55–73; CONZE, Spannungsfeld, S. 207–269; ROSENBERG, Politische Denkströmungen, S. 9; LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 75; DERS., Liberalismus in Deutschland, S. 27–34.

³¹¹ BORST, Staat und Unternehmer, S. 122 f. Zur Diskussion über die traditionelle Überbetonung der Initiativrolle des Staates bei der Industrialisierung; vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 30 ff. Er übernimmt den Ansatz von W. Fischer, der den „indirekten“, breitflächigen Einfluss des Staates im Industrialisierungsprozess beleuchtet. BORST, Geschichte Baden-Württembergs, S. 273 f.

haben in der Regel weder die Bildung noch die Unabhängigkeit des Geistes und die ökonomische Stellung, die zu öffentlichen Dienstleistungen oder zur Behauptung der Staatsbürgerrechte erforderlich ist“³¹². Lists Schlussfolgerung war, dass eine repräsentative Regierung der entsprechenden sozioökonomischen Strukturen bedürfe. Bis dahin werde die Bürokratie anstelle des Volkes herrschen. Der Ausweg lag für ihn in einer Loslösung von der einseitigen Ausrichtung auf die Landwirtschaft und der Förderung einer pluralistischen Wirtschaft, in der Landwirtschaft, Industrie und Handel gleichwertige Rollen spielen sollten³¹³. List sprach sich am eindeutigsten für den neuen bürgerlichen Unternehmertyp aus den ehemaligen „Freien Reichsstädten“ aus.

Mohl war selbst leitender Beamter in der öffentlichen Verwaltung³¹⁴. Er repräsentierte die liberale Intelligenz, die mehrheitlich dem Staatsapparat diene, und war Abgeordneter in der Landesversammlung. Mohl war ein Mann des Bildungsbürgertums, der es wagte bis zu einer gewissen Grenze Systemkritik zu äußern. Nach Abschluss seiner Universitätsstudien und noch vor seinem Eintritt in den Staatsdienst hatte er unter dem Titel: „Über die württembergische Gewerbs-Industrie“ ein Buch veröffentlicht, in dem er zur Errichtung einer mechanischen (durch Wasserenergie betriebenen) und chemischen Industrie als einzigen Ausweg zur Erleichterung der Not von Bauern und Handwerkern aufrief³¹⁵.

³¹² JANTKE, Die Eigentumslosen, S. 112.

³¹³ Ebd.

³¹⁴ Assessor bei der „Königlich Württembergischen Oberzolladministration“.

³¹⁵ Diese Industrie sollte zu einer Verringerung der Bevölkerungsdichte in den Dörfern führen und einen neuen Kundenmarkt für die landwirtschaftlichen Produkte schaffen. Darüber hinaus sollte sie etliche Handwerker beschäftigen können, wodurch die Krise im Handwerksbereich gemindert werden könnte. Die von Mohl entworfene Großindustrie war nicht die Industrie, die sich nach 1850 entwickelte und die auf der Dampfmaschine basierte. Mohl unterschied auch nicht deutlich zwischen Manufakturen und Fabriken, denn zu seiner Zeit war diese Differenzierung allein eine Frage der Größe des Betriebes. Seine Kritik richtete sich gegen das organisierte Handwerk. Für ihn war der Übergang zur kapitalistischen Wirtschaft unvermeidlich und daher zu beschleunigen. Zu Mohl siehe TRÜDINGER, O., in: ADB 52 (1906), S. 430–434. Mohl vertrat die Ansicht, nicht der Mangel an Kapital, sondern die fehlende Bereitschaft, in die Industrie zu investieren, verzögere die Industrialisierung. Das Kapital werde in Boden und staatlichen Wertpapieren angelegt anstatt im Handel und in Industrieunternehmen. Diese Ansicht, an Kapital habe es nicht gefehlt, entspricht auch der vorherrschenden Anschauung der modernen Forschung. Zu Württemberg siehe WINKEL, Ablösungskapitalien, S. 11; KLEIN, Anfänge der Industrialisierung, S. 120, 137; BORST, Staat und Unternehmer, S. 158. Das Kapital für die Industrie kam zunächst nur in geringen Mengen vonseiten des Staates. Kein Zweifel, dass in einer Zeit, in der es noch kein ausgeprägtes Bankwesen gab und der Staat noch nicht bereit war, großzügig in die Entwicklung der Industrie zu investieren, der Industrialisierungsprozess langsam verlaufen musste. Zu Deutschland insgesamt siehe die wichtige Arbeit von BORCHARDT, Zur Frage des Kapitalmangels. Borchardt meint, nicht der Kapitalmangel habe die Entwicklung der Industrie verzögert, sondern das Fehlen eines industriellen Sinnes. Auf Borchardt stützen sich auch AUBIN/ZORN, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 343; vgl. auch WINKEL, Ablösungskapitalien, S. 11, 151. Im Jahre 1828 ergriff Württemberg erste zaghafte Schritte in der Gewerbepolitik. Die Regierung setzte einen Teil der durch die Zünfte geschützten

Die alte Gesellschaft schien aus den Fugen geraten zu sein. Eine Rückkehr in eine vermeintliche Idylle einer organischen Gesellschaft entsprach romantischer Sehnsucht, entbehrte aber der realen Grundlage³¹⁶. Dieser Umbruchs- und Übergangsphase, in der die alten Normen in vielen Bereichen zerbröckelten, entsprangen die radikal-bürgerliche, republikanische „Utopie“ und die sozietären „Utopien“ der Unterschichten³¹⁷. Ein Orientierungsverlust gab den neuen Ideologien Nahrung und Auftrieb. Ein Amalgam der beiden hätte eine revolutionäre Welle auslösen können. Die „Produktion“ und „Reproduktion“ dieser Ideologien erfolgte erst durch „freischwebende“ Intellektuelle, den „Proletariern der Geistesarbeit“ in Frankreich wie in Deutschland³¹⁸. Diese in ihrer Existenz oder in ihrem Status bedrohten Schichten lieferten die radikalen Exponenten, die „Ausschau“ nach den rezeptionswilligen Massen „hielten“. Am Beispiel Württembergs wird noch zu sehen sein, wie die revolutionäre Intelligenz ihre „strukturierte“ republikanische „Gegenideologie“ mit der im Volk verbreiteten religiösen quietistischen Haltung Bengels in Einklang bringen wollte, indem sie ihre immanente (auf 1835 angesetzte) Heilerwartung aktiv-revolutionär uminterpretierte und auf den religiösen Fanatismus und auf die unbefriedigten materiellen und geistig-religiösen Bedürfnisse setzte.

In der Transformationsphase von einer nach Ständen und Korporationen gestaffelten zu einer nach Klassen aufgeteilten Gesellschaft des Industriezeitalters vermischten sich Standes- und Klassenzugehörigkeit, also die beiden Kriterien der sozialen Schichtung³¹⁹. Es bürgerte sich auch die Zweiteilung der Gesellschaft in

Erwerbszweige der freien Konkurrenz aus. Auch ermöglichte sie es den Unternehmern in den Ortschaften, in denen sie nicht das Bürgerrecht besaßen, Fabriken zu errichten. 1829 gründete die Regierung die Gewerbeschule in Stuttgart, aus der später die Technische Hochschule hervorgehen sollte. Im selben Jahr wurde auch das Zollabkommen mit Bayern unterzeichnet, das den Weg für weitere Zollvereinbarungen bis zur Errichtung des Zollvereins ebnete. Die Beseitigung der Zollgrenzen förderte die Entwicklung zahlreicher Produktionszweige. Die offizielle Politik Württembergs gestaltete sich dabei wie folgt: Man hielt am gewerblichen Kleinbetrieb fest im Gegensatz zu Mohls Forderung nach einem maschinell betriebenen Großbetrieb. Hieraus ergab sich die Organisation von Privatunternehmern in der „Gesellschaft zur Förderung der Gewerbe“ von 1830. Die konservative oder restriktive Wirtschaftspolitik in Württemberg verzögerte später auch die Verlegung von Eisenbahnlinien und damit ebenfalls die Durchsetzung der vollen Industrialisierung.

³¹⁶ CONZE, Spannungsfeld, S. 243.

³¹⁷ Vgl. KOSELLECK, in: BERGERON/FURET/KOSELLECK, Zeitalter, S. 317; Zur Unterscheidung zwischen der „Utopie“ der systemtranszendenten und gedrückten Gruppen und der „Ideologie“ als systemerhaltendem Konstrukt siehe MANNHEIM, Ideologie und Utopie. Zur „strukturierten“ Ideologie und zur differenzierten Theorie von Krise und Ideologie vgl. GEERTZ, Ideology as a Cultural System, S. 47–76, insbesondere S. 64. Zur „vorpolitischen“ Willensäußerung der Unterschichten vgl. VOLKMAN, Kategorien, S. 164–189.

³¹⁸ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 288. Der Begriff der „Proletarier der Geistesarbeit“ geht auf Wilhelm Riehl zurück; vgl. RIEHL, Die bürgerliche Gesellschaft, 2. Buch Teil II, 3. Kapitel.

³¹⁹ Der Zerfall der alten sozioökonomischen Ordnung kam in der Auflösung der gesellschaftlichen Rahmeninstitutionen zum Ausdruck, also der Stände, Zünfte, Gilden und Feudal-

Reiche und Arme ein, die zur Pauperismusphase gehörte³²⁰. Die kritischen Zeitgenossen sprachen von einem Geburtsadel und einem „Geldadel“ in einem Atemzug³²¹. Die untere Stufe der sozialen Pyramide war breit gefächert³²².

Zwischen der Ober- und Unterschicht bewegten sich Klein- und Mittelbürgertum der traditionellen Gesellschaft³²³. In der Vergangenheit waren sie meist ein Bollwerk des Traditionalismus. Nun zerfiel diese gesellschaftliche Schicht. Ein Teil von ihnen konnte sich ohne Weiteres in die sich bildende, freie Wettbewerbswirtschaft einordnen, andere fühlten sich bedroht und der Gefahr des gesellschaftlichen

beziehungen. Damit wurde der Übergang von der rigiden Korporation zur freien Assoziation eingeleitet. Vereine zum Bildungserwerb, nicht nur in den exklusiven Salons, sondern auch unter den mittleren und unteren Schichten, wurden in erster Linie auf Initiative der bürgerlichen Intelligenz gegründet. Nicht nur Bildung als solche, sondern auch politisches Verständnis wurden dort vermittelt. Die Gesellen gründeten ab 1831 selbst Vereine, die im Gegensatz zur Vergangenheit auch Fremden offen standen; TODT/RADDANT, Frühgeschichte, S.80. Sogar innerhalb des Bauertums, die unterbäuerlichen Schichten eingeschlossen, regte sich Bedarf nach Bildung, die als Mittel zum gesellschaftlichen Aufstieg galt. ENGELING, Zur politischen Bildung, S.155f. Im Hinblick auf die Landbevölkerung einschließlich der Gruppen auf unterster sozialer Stufe meint Conze, seit 1830 habe ein Bedürfnis nach „vulgärer Aufklärung“ sowie ein deutlicher „Hang zur Gärung“ bestanden. CONZE, Spannungsfeld, S.243. Radikale Stimmen aus dem Lager des Kleinbürgertums kritisierten, Bildung sei kein Ersatz für die Befriedigung materieller Bedürfnisse. Sie lehnten die Auffassung der Liberalen ab, wonach die Verbreitung von Bildung Grundbedingung für soziale Reformen sei. Georg Büchner vertrat diese Ansicht (vgl. unten S.329f.). In dieser Zeit kamen die frühsozialistischen Ideen aus Frankreich und Großbritannien auch in Deutschland in Umlauf.

³²⁰ 1835 wurde ein Drittel der Bevölkerung Württembergs der „niedrigsten Bevölkerungsklasse“ zugeordnet; MÖNCKMEIER, Überseeische Auswanderung, S.44.

³²¹ SEYBOLD, Erinnerungen, S.84.

³²² Sie umfasste die Armen, die Arbeitslosen und Almosenempfänger und die Verarmten, diejenigen, die land- und zunftlos geworden waren. JANTKE, Der vierte Stand, S.41. Sie schloss aber auch die Zwergstellenbesitzer, die Kleinbauern in den Realteilungsgebieten und Mittelgebirgen und die im ländlichen und städtischen Heimgewerbe Beschäftigten ein. In den Städten bewegten sich die große Masse der Handarbeiter, Tagelöhner und Handwerksgehilfen, der Dienstboten, der Fuhr- und Gesindeleute, aber auch die kleinen Angestellten der städtischen und ständischen Institutionen und die Subalternbeamten der staatlichen Verwaltung unterhalb des statistischen Existenzminimums. Letztere, zusammen mit dem Schulmeister- und Oberlehrerproletariat, mit verhungerten akademischen Privatdozenten, Literaten, Journalisten und Künstlern u.a. zählten zu den „Proletariern der Geistesarbeit“ (Riehl); vgl. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S.288. Dabei dient hier der Begriff „Proletariat“ zur Umschreibung von Arbeitslosen und Verelendeten allgemein oder von verarmten städtischen Arbeitern und Gesellen. Andererseits wird er hier und dort auch auf die Schichten der ausgebeuteten Fabrikarbeiter, wie sie aus England und Frankreich bekannt waren, angewandt, also auf das Proletariat im modernen Sinne; vgl. z.B. *Hochwächter*, 17.5.1832.

³²³ Hierzu gehörten die herkömmlichen Gewerbetreibenden der Handwerkerzünfte und Handlungsgilden, Ladenbesitzer, Krämer, Lehrer und mittlere Beamte, Wirte, Apotheker und deren gelernte Gehilfen und Freiberufler.

und wirtschaftlichen Abstiegs ausgesetzt³²⁴. Politisch suchten sie Anschluss an den neuen Reformliberalismus, den demokratischen Republikanismus und den Frühsozialismus.

Zur städtischen Mittelschicht stießen aber auch die kleinen und mittleren Unternehmer neuen Stils, die sich emporarbeiten wollten und an die Glasdecke staatlicher Lizenzen und Konzessionen stießen, die Honoratioren und Privilegierten vorbehalten waren. Auch die sich rapide vermehrende nicht-staatlich eingebundene Intelligenz, die sich oft als Schriftsteller, Publizisten, Journalisten und Verleger verdingte, kam hinzu. Diese Schicht war nicht geschlossen. Sie enthielt aufstrebende Unternehmer, die den Anschluss an die Oberschicht suchten oder junge Akademiker, die sich Hoffnungen auf eine Karriere machten, aber sie schloss auch viele Berufsgruppen ein, die in die Unterschichten abzugleiten drohten. Hierzu gehörten auch die nicht-bürgerlichen Mittelstände, die landwirtschaftliche Betriebe unterhielten. Der Übergang von Mittel- zu Unterschichten wurde nun gleitend, was der in Bewegung geratenden Gesellschaft, im Gegensatz zur festen Ständeordnung, entsprach. Über die Unklarheit im Hinblick auf die Schichtung, den Status und die sozioökonomische Zugehörigkeit in jener Epoche berichtete der *Hochwächter*: „Man ist gewohnt, das Volk in drei Klassen oder Stände abzuteilen, den höheren, mittleren oder niederen Stand. Unter hohem Stand begreift man die bevorzugten Staatsbürger, ohne recht mit sich einig zu sein, ob man Geburt, Amtsrang, höhere Bildung oder Reichtum zum Maßstab nehmen soll; gewöhnlich taxiert sich jeder selbst und nimmt das zum Maßstab, was seine Eitelkeit am sichersten befriedigt. Unter Mittelstand ist man ebenso wenig einig, welche von der Klasse der Besoldeten und welche von der des Landsmanns zu dem gewerbtreibenden Bürger gezogen werden sollen, ob Einkommen, Geschicklichkeit oder Nützlichkeit für den Staat über die Klassifikation entscheiden solle. Zum niederen Stand wird gewöhnlich die ärmere, von den Reichen oder Beamten abhängende Bürgerklasse gerechnet“³²⁵.

Die politischen Auswirkungen dieser Situation ließen sich folgendermaßen beschreiben: „Der erste Stand fürchtend für Titel, Rang, Besoldung und Gewalt, droht den Regierenden mit dem Umsturz der Staatsgewalten, wenn dem Bärenvolk Maulkorb und Nasenring abgenommen würde; dem Mittelstand macht er weiß, der Pöbel lechze nach seinen Geldsäcken, trachte seine Fabriken und Werkstätten zu zertrümmern, um höhere Tagelöhne zu erpressen. So gelang es bisher, den dritten Stand durch ein unbegründetes Mißtrauen entfernt zu halten, aber auch

³²⁴ Daraus nun ergaben sich entgegengesetzte Konsequenzen. Vor allem im Handwerk gab es diejenigen, die die alte Zunftordnung verteidigten, andere wiederum suchten alte Werte in die sich verändernde Gesellschaft in neuer Gestalt hinüberzuretten. So formte sich eine neue Gruppenidentität und ein vorproletarisches Bewusstsein, die über die berufliche Besonderheit der Zünfte hinausragten. Die Gesellenvereine zur gegenseitigen Hilfe wurden immer mehr zum Archetyp der späteren Gewerkschaften. Die moderne Industrie erschien jedoch den meisten mehr eine Bedrohung als eine Chance zu sein.

³²⁵ *Hochwächter*, 22.7.1832.

zugleich unter ihm ein entgegengesetztes Mißtrauen, Neid und heimlichen Groll zu erhalten, der einen großen Teil dieses Standes teilnahmslos an öffentlichen Angelegenheiten machte, weil sie dachten, die Herren und Reichen behalten doch den Rahm für sich“³²⁶.

Die Position des *Hochwächters*, der außer den Blättern, die in der bayerischen Pfalz und während der kurzlebigen Zensurfreiheit auch in Baden erschienen, eines der radikalsten Organe nach 1830 war, ist klar. Es galt nun, die unteren Schichten für „öffentliche Angelegenheiten“ zu interessieren, sie in den politischen Meinungsbildungsprozess einzubinden. Diese Haltung entsprach bei Weitem nicht den Ansichten des Mehrheitsliberalismus, der sich vor den unteren Schichten, dem „Pöbel“, fürchtete. Sie gab vielmehr die Ansichten der Radikalen wieder, die sich als Fürsprecher dieser Unterschichten betrachteten und diese aus ihrer politischen Unmündigkeit emanzipieren wollten. Statt dem „ersten Stand“ auf den Leim zu gehen, so die Haltung des *Hochwächters*, sollte der „zweite Stand“ mit dem „dritten Stand“ eine Allianz gegen den „ersten Stand“ eingehen.

Im Unterschied zu den Liberalen hielten die Radikalen wenig von grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen innerhalb des bestehenden Systems. Sie verlangten die entschädigungslose Aufhebung aller Feudallasten und schließlich eine auf sozialer Gerechtigkeit basierende Politik des Staates, eine Vornahme des Wohlfahrtsstaates, wenn man so will. Nach Ansicht der Radikalen sollte die Republik das Zauberheilmittel gegen alle Beschwerden der Gesellschaft sein. Sie sollte eine politische Gemeinschaft von Staatsbürgern mit gleichen politischen Rechten und Kleinbesitzern ohne soziale Kluft darstellen. Das Ideal der römischen Republik mit ihrem Verantwortungsgefühl für die Gesamtheit (Virtus) sollte sozialpolitisch ergänzt und den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts angepasst werden. Der mündige Staatsbürger bedurfte einer wirtschaftlichen Grundlage, um unabhängig zu sein. Das Prinzip der republikanischen Gleichheit sollte, auch im sozioökonomischen Bereich angewandt, das Auseinanderdriften von „Arm“ und „Reich“ verhindern. Denn eine zu große Kluft in diesem Bereich würde auch zur politischen Ungleichheit führen. Das Erringen der politischen Macht sollte somit die gesellschaftliche Umgestaltung ermöglichen, die wiederum die Gewähr für den dauerhaften Bestand der modernen Republik sein sollte. Ohne ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit konnte auch keine politische Demokratie von Dauer sein. Die von den Liberalen vertretene Zukunftsvision „einer klassenlosen Bürgergesellschaft mittlerer Existenzen“ (Lothar Gall) wurden auch von den Radikalen geteilt³²⁷. Die Radikalen jedoch wollten, dass der Staat dazu aktiv beitragen sollte. Sie waren, stärker als die gemäßigten Liberalen, auch bereit die Besitzfreiheit einzuschränken, und zwischen ihnen entbrannte schon eine Diskussion über eine Güterteilung oder womöglich gar eine Gütergemeinschaft, die über die bürgerliche

³²⁶ Ebd.

³²⁷ SEDATIS, Liberalismus, S. 77f. Der Verfasser meint, dass die radikalen Republikaner dieses Ziel entschiedener verfochten als die Liberalen.

Position hinausging³²⁸. Der Republikanismus entsprach den Bedürfnissen der schwächsten bürgerlichen Schicht, die wohl besonders intensiv in dem Polarisierungsprozess von „Arm“ und „Reich“ aufgerieben wurde. Im Unterschied zu den Liberalen hielten die Radikalen an der Revolution als unumgänglichem Mittel fest, um diese Republik zu erreichen.

Dieser frühe Republikanismus war in seinen sozioökonomischen Vorstellungen in vielem zukunftsfruchtig, jedoch dem Geist der Übergangsperiode von traditionaler zu moderner Gesellschaft verhaftet. Hierin lagen seine Schwächen und Grenzen. Trotz zeitweiliger historischer Siege (Robespierre in Frankreich und Jackson in den Vereinigten Staaten) vermochte er den Industrialisierungsprozess in seine Zukunftsvisionen nicht voll einzubeziehen. Dieser Herausforderung stellten sich moderne Sozialisten, Demokraten und Liberale bis hin zu den Konservativen erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert.

³²⁸ Zur Republik als integratives Ideal gegenüber einer polarisierten Gesellschaft siehe BÖCKENFÖRDE, *Einheit*, S. 32.

II. Die Revolutionspartei

A. Die „demagogischen“ Vorläufer der 1820er Jahre

Ein Brennpunkt der neuen, radikalen, internationalen Aktivität in Deutschland war in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts Stuttgart. Nachdem die militärisch-zivile Verschwörung zum Sturz des Regimes in Frankreich in der Nacht vom 19. auf den 20. August 1820 gescheitert war, fand einer der zum Tode verurteilten Anführer der Verschwörer, der Advokat Lucien Rey, durch Vermittlung von Samuel Liesching Zuflucht bei Prokurator Schott. Liesching, republikanischer Publizist aus Stuttgart, stand mit Karl Follen und Buonarroti, dem Anführer der französischen *Charbonniers* in Kontakt¹. Württemberg wurde zu einer wichtigen Schaltstelle des Jünglings- und Männerbundes, der den Umsturz der bestehenden Verfassungen und die Wahl einer verfassunggebenden Volksversammlung anstrebte². Zwar neigten wohl die meisten Mitglieder des Jünglingsbundes zu einer föderalistischen Vereinigung Deutschlands auf konstitutioneller Grundlage, einige und vor allem dessen Drahtzieher, die angeblich zum Männerbund gehörten, vertraten allerdings durchaus republikanische Positionen³. An der Tübinger Universität existierte vermutlich die größte Zelle des Jünglingsbundes in Deutschland⁴. Die Gründung der Tübinger Filiale begann mit den ersten Werbungen durch Adolph v. Sprewitz, einem Jenaer Burschenschafter, auf Anordnungen von Karl Follen, Karl Völker und Wilhelm v. Dittmar aus dem Schweizer Exil in Chur im Mai 1821⁵. Sie löste sich schon am 12. Oktober 1823 wieder auf, noch bevor sie mit der Umsetzung ihrer Ideen in die Tat hatte beginnen können⁶. Die mehrheitlich konstitutionelle Ausrichtung des Jünglingsbundes und die schmeichelhafte Idee, eventuell den württembergischen König zum deutschen Kaiser zu krönen, erweckten in Stuttgart

¹ Zu Liesching siehe auch oben S. 71 Anm. 110. Zu Follen siehe HstaS E 301 Bü 257; FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 138, 168, 255. Zu Buonarroti und Rey siehe ROOS, Tübinger Romantik, S. 33–54, hier: S. 37.

² Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, S. 320.

³ Siehe oben S. 71 Anm. 106.

⁴ OELSCHLÄGEL, Hochschulpolitik, S. 124. Von 26 Studenten ist die Rede. Gleichzeitig aktiv waren sechs bis acht Mitglieder; ebd. Die Größe der Zellen an anderen Universitäten lag wohl zwischen fünf und sechs Mitgliedern; FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 250.

⁵ Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, S. 321. Die ersten Mitglieder waren Gustav Kolb, Eugen Bardili, August Scheurer und ein noch unbenannter Student. Auch ist von einem Feuerbach die Rede, der aber nicht weiter in den Akten auftaucht. Kolb und Bardili waren selbst schon kurz vorher in der Schweiz mit den dortigen Initiatoren des Bundes zusammengetroffen und waren wohl eingeweiht; ebd., S. 319. Auch Johannes Gräter traf sich mit den Initiatoren vorher in der Schweiz. Er kehrte erst im September 1821 nach Tübingen zurück und schloss sich vermutlich dann dem Bund an; ebd., S. 319, 324.

⁶ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 296 f.

natürlich weniger Befürchtungen als in anderen deutschen Hauptstädten⁷. Hieraus erklären sich auch die zurückhaltende Politik der Behörden in Württemberg gegenüber den Mitgliedern des Jünglingsbundes und vielleicht auch das relativ leichte Strafmaß wegen „revolutionärer Umtriebe“ im Vergleich zu anderen Staaten, insbesondere Preußen.

Vor den „Criminalsenat des Gerichtshofes für den Neckarkreis zu Esslingen“ kamen 22 Angeklagte, davon wurden 16 der Teilnahme an einer hochverräterischen Verbindung für schuldig befunden, einschließlich Liesching, der zu den Hintermännern gehörte. Die anderen wurden der Beihilfe, der Mitwisserschaft und des Verdachts der Teilnahme oder Mitwisserschaft verurteilt. Ein Teil der Verurteilten stand schon im Berufsleben. Die Schuldsprüche ergingen am 26. und 27. Mai 1825⁸. Die härtesten Urteile lauteten auf vier Jahre Haft in der Festung Hohenasperg. Diese Strafe ermöglichte es den Verurteilten, sich relativ frei auf dem Gelände der Festung zu bewegen. So konnte der Jurastudent Friedrich Rödinger heimlich seinen Mitverurteilten und einigen Offizieren, die in der Garnison auf der Festung ihren Dienst taten, aus den Vorlesungen des Geschichtsprofessors H. Luden vorlesen. Rödinger wurde später in der württembergischen Militär- und Zivilverschwörung der 1830er Jahre eine maßgebende Person⁹. Der Mitverurteilte Karl August von Hase, dessen Aussage: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“ zum geflügelten Wort wurde, beschrieb dies in seinen Memoiren mit den Worten: „Hier hat auch Rödinger, der in Jena studiert und ein gutes Heft von Ludens ‚Geschichte der französischen Revolution‘ mitgebracht hatte, von einem Mehlsacke aus diese Geschichte einem aufmerksamen Auditorium vorgetragen. Die jungen Offiziere der Garnison schlossen sich an“¹⁰.

Einer jener jungen Offiziere war Ernst Ludwig Koseritz, ein enger Freund des Gefangenen Gräter¹¹. Koseritz, später Anführer der Militärverschwörung in Württemberg, kam durch Gräter in näheren Kontakt mit den übrigen Gefangenen und knüpfte besonders zu Friedrich Rödinger und Gottlob Tafel¹² enge Beziehungen. Diese Freundschaft war schicksalhaft und hatte entscheidende Auswirkungen auf den zukünftigen Weg aller drei Männer¹³. Die Lektüre der Gefangenen wurde kostenlos von dem radikalen Herausgeber und Verleger Friedrich Gottlob

⁷ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 309.

⁸ Protokolle der Deutschen Bundesversammlung, S. 356–359.

⁹ Friedrich Rödinger * Lehensteinsfeld 11.2.1800, † Stuttgart 20.6.1868. Er stammte aus einer Küferfamilie.

¹⁰ HASE, Ideale und Irrtümer, S. 138, 159f. Dieser Umstand wird in der Aussage Rödingers bestätigt; StaL E 319 Bü 37.

¹¹ HstaS E 285 Bü 86.

¹² Gottlob Tafel * Stuttgart 10.1.1801, † Stuttgart 8.12.1874. Tafel kam aus einer alten Pfarrersfamilie.

¹³ Siehe u. a. [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Weitere Personen, mit denen Koseritz in Kontakt kam, waren Karl August Mebold und Wilhelm Friedrich Schäuuffelen, die ebenfalls zu Beginn der 1830er Jahre eine Rolle im radikal-konstitutionellen Lager spielten, auch wenn sie, wie es scheint, nicht in Koseritz' Aktionen verwickelt waren; vgl. Akt. Darst. alt, S. 3–5.

Franckh zur Verfügung gestellt, der im Laufe der Zeit zum Anführer des zivilen Flügels der württembergischen Verschwörung und zum engsten Mitstreiter von Koseritz werden sollte¹⁴. Darüber hinaus ließ er sich von den Gefangenen auch Übersetzungsarbeiten anfertigen¹⁵.

Koseritz selbst stammte aus einer sächsischen Adelsfamilie, die ihren Ursprung in Meißen hatte¹⁶. Er wurde am 5. Februar 1805 als uneheliches Kind – im Taufbuch mit der Anmerkung „Spur.“ versehen – in Gaisburg geboren, das heute zu den Stuttgarter Vorstädten gehört. Sein Geburtsname lautete Ernst Christian Ludwig. Koseritz' Mutter, Carolina Antonia Erbe, war die Tochter eines einfachen Weinschens aus Stuttgart gewesen¹⁷. In der Geburtsurkunde Koseritz' gab sie als Vater den Hauptmann „Ludwig von Koseritz“ an. In der württembergischen Armee dienten damals jedoch zwei Offiziere dieses Namens: Ludwig Wilhelm und Friedrich Ludwig August. Der Erste war im Jahre 1805 nicht mehr Hauptmann, sondern Oberstleutnant, während der Zweite 1805 zwar den Rang eines Hauptmanns einnahm, jedoch noch in der preußischen Armee diente und erst 1808 in die württembergische Armee eintrat¹⁸. Zum Zeitpunkt der Militärverschwörung war Koseritz' Vater nicht mehr am Leben, was auf Ludwig Wilhelm als Vater hinweist, der bereits 1817 verstorben war, während Friedrich Ludwig Augusts Tod nach den Angaben der Stammliste erst in das Jahr 1861 fiel. Die Stammliste verzeichnet auch, dass der Vater des Hauptmanns Ludwig von Koseritz Generalleutnant gewesen wäre¹⁹, ein weiterer Beleg dafür, dass es sich bei dem Vater um Ludwig Wilhelm gehandelt haben dürfte, denn dessen Vater erreichte den genannten Rang. Ludwig Wilhelm war in seiner Jugend mit Friedrich Schiller bekannt gewesen, den er auch in Mannheim besuchte, wohin sich Schiller der politischen Verfolgungen in Württemberg wegen begeben hatte. Diese Bekanntschaft weist wohl auch auf eine etwaige progressive und oppositionelle Gesinnung des Vaters Ludwig von Koseritz hin, zumindest in seiner Jugendzeit. Möglicherweise bekam „unser“ Ernst Ludwig Koseritz in seiner Jugend, etwas davon zu spüren.

Koseritz „verlor“ den Adelstitel, aufgrund seines unehelichen Herkommens. Obwohl ihn die mittellose Mutter großgezogen hatte, genoss er eine gute Erziehung. Er war allem Anschein nach ein begabter Schüler. Er zeichnete sich in den Fremdsprachen Französisch und Italienisch aus und war kundig in Geschichte, Geografie und Mathematik²⁰. Wie sich aus den Akten schließen lässt, war er auch literarisch sehr bewandert. Seine stigmatisierte Herkunft, wie auch sein notdürftiger materieller Hintergrund nährten vermutlich in ihm Hass gegen Standesdünkel und begüns-

¹⁴ HASE, Ideale und Irrtümer, S. 144; BELSCHNER, Schwäbischer Geist 2, S. 70.

¹⁵ SIEBER, Die Gogs, S. 9; BRANDSTÄTTER, Asperg, S. 67; SCHÖN, Die Staatsgefangenen, S. 57.

¹⁶ KNESCHKE, Adels-Lexikon, S. 242 f.

¹⁷ Kirchenregisteramt Stuttgart, Taufbuch Gaisburg II 1712–1805. Er starb am 19.6.1838 in New Orleans/USA. Zum letzten Lebensabschnitt und Tod Koseritz' siehe S. 418 f.

¹⁸ Siehe Offizier-Stammliste HstaS E 297 Bü 141 und HstaS E 297 Bü 188.

¹⁹ Offizier-Stammliste HstaS E 297 Bü 188.

²⁰ HstaS E 285 Bü 76.



Abb. 1: Zeitgenössische Zeichnung, unbekannter Künstler: Ernst Ludwig Koseritz (1805–1838) zweiter Kopf von links, dritter von rechts vermutlich Gottlob Tafel (1801–1874).

tigten die Einfühlungsgabe in die Nöte des einfachen Volkes. Seine intellektuellen Gaben kamen wieder zum Vorschein während seines Kontakts mit den auf dem Hohenasperg inhaftierten Jünglingsbündlern. Hier deutete sich auch sein oppositioneller Geist an. Zu diesen Eigenschaften kam ein aufsässiges, antiautoritäres Temperament hinzu. Seine Stammliste führt an, dass er noch am 9. November 1828 „grobe Unschicklichkeiten [beging], indem er im Offiziers-Unterrichtszimmer die Büsten des Königs und der Königin mit Tinte anmalte“²¹.

H. Luden repräsentierte die Übergangsperiode vom „teuto-manischen“ Nationalismus, der sich aus der feindlichen Haltung und dem Krieg gegen die französische Besatzung nährte, zur prowestlichen, liberalen Epoche, die sich innerhalb der radikalen deutschen Opposition während der 1820er Jahre herauszubilden

begann²². Eine Kombination nationalistischer Ideen in der Tradition von 1813 und eines westlichen Liberalismus kam bei den Gefangenen auf dem Hohenasperg ebenso zum Ausdruck, wie bei den jungen, mit ihnen sympathisierenden Offizieren – allen voran Koseritz – und bei Luden, der eine wesentliche Quelle der Inspiration für den Jünglingsbund darstellte²³.

Ludens Vorträge über die deutsche Geschichte standen ganz im Zeichen einer nebulösen Romantik, einer Verklärung urdeutscher Charakterzüge wie der ver-

²¹ Ebd.

²² Nach Meinung von Fränkel war auffallend, dass „alle Begriffe im Fluß waren“. Luden hatte Beziehungen zu den Logen der „Freimaurer“ in Wilna, die hinter den Verbindungen zwischen den radikalen Studentenorganisationen in Polen und Deutschland standen; FRÄNKEL, Politische Gedanken, S.303. WAWRYKOWA, Revolutionäre Demokraten, S.13. Zu Luden siehe auch GOEBEL, Heinrich Luden, S.9–125; MARK, Entwicklung nationaler Geschichtsschreibung, passim.

²³ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S.284.

meintlich germanischen Freiheitsliebe und des Volksmythos vom mittelalterlichen Volkskaisertum. In seiner politischen Lehre dagegen kam eine Affinität zur vollgültigen konstitutionellen Monarchie mit parlamentarischem Charakter zum Ausdruck²⁴. Für Luden lag letztlich der maßgebende Unterschied zwischen einer Monarchie und einer Republik darin, ob der König den Volksvertretern gegenüber verantwortlich sei oder nicht²⁵.

Er befürwortete die Volkssouveränität, schob ihr aber in Form des Gewaltenteilungsprinzips einen Riegel vor, das er von Locke und Montesquieu übernommen hatte. Dabei war es einerlei, ob eine Willkür von einem Einzelherrscher, einer Gruppe oder einer Mehrheit ausginge. Die ZUK meinte, dass Luden außer der spanischen Verfassung von 1812 auch die französische Verfassung von 1791 als mögliches Ideal vorgeschwebt hätte²⁶. Einer der Untersuchungsrichter war überzeugt, die Republik der Vereinigten Niederlande sei das Vorbild Ludens gewesen²⁷.

Überhaupt war es bezeichnend, dass gerade Montesquieus Schrift „Vom Geist der Gesetze“ von den Gefangenen des Jünglingsbundes²⁸ auf dem Hohenasperg ins Deutsche übertragen und diskutiert wurde. Montesquieu, der das britische System als gewaltenteilige und eingeschränkte Monarchie schätzte und, wenn auch leicht verzerrt, entsprechende Kenntnisse über dieses System auf dem europäischen Kontinent verbreitete, fand bei dem Führer des Jünglingsbundes in Tübingen, Hase, Verständnis. Dieser hatte sich in seinem Gerichtsverfahren zugunsten der britischen Monarchie ausgesprochen²⁹. Diese Position vertrug sich jedoch nicht mit der begrenzten Form der konstitutionellen Monarchie in Württemberg und Süddeutschland im Allgemeinen. In einem Programmentwurf, der bei einem der Mitglieder des Jünglingsbundes aufgefunden wurde, ist die Gesetzherrschaft Montesquieus als Herrschaft der Vernunft deklariert worden³⁰.

Andere wichtige deutsche Einflüsse auf die Mitglieder des Jünglingsbundes übten der „Hoffmannsche Bund“, die „Schwarzen“ aus Gießen und die Professoren Fries und Oken aus, wobei der Erste propreußisch, Letzterer aber eigentlich proösterreichisch war³¹. Koseritz gab an, er sei in seinen Anschauungen damals von

²⁴ Seine Position wurde als „volkshaft bestimmter Liberalismus“ bezeichnet, weil sie neben Elementen der Einschränkung des „Überstaates“ auch demokratische Partizipation anvisierte. Brockhaus Enzyklopädie 5, S. 635. Luden selbst benutzte den irritierenden Ausdruck „konstitutionell-republikanische Monarchie“. EHRENTREICH, Heinrich Luden, S. 48–129, hier: S. 56.

²⁵ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 305. Diese Unterscheidung hinsichtlich der Republik war typisch für Denker der Aufklärung, wie z. B. Kant.

²⁶ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 305.

²⁷ EHRENTREICH, Heinrich Luden, S. 99.

²⁸ Man darf annehmen, dass die Übersetzung des Buches von dem Verleger Franckh angeregt worden war, der die Gefangenen auch mit Büchern versorgte.

²⁹ MÜTH, Studentische Emanzipation, S. 43.

³⁰ FRÄNKEL, Politische Gedanken, S. 304.

³¹ Ebd., S. 284f. Zum Hoffmannschen Bund siehe MEINECKE, Die deutschen Gesellschaften, insbesondere S. 217; HEER, Geschichte der deutschen Burschenschaft; EYCK, Political Theories, S. 27–38; HARDTWIG, Protestformen, S. 37–76.

den Dichtern Friedrich Schiller und Theodor Körner, dem Dichter des Krieges von 1813 sowie von dem 1819 in Koblenz erschienen Büchlein „Teutschland und die Revolution“ von Johann Joseph von Görres beeinflusst worden. In dieser Abhandlung werden Forderungen an die deutschen Herrscher vorgebracht, ihre während der Zeit der Massenmobilmachung gegen Frankreich ab 1813 gegebenen Versprechungen einer Verfassung einzulösen. Die Schrift war von der Zensur verboten worden. Während Körner in Preußen noch immer die Macht sah, die die deutsche Einheit herbeirufen konnte, war Görres aus dem katholischen Rheinland von dieser Position bereits ernüchtert abgerückt.

Die Konzentration auf politische und verfassungsmäßige Probleme entsprach dem sozialen Bezug dieser Intelligenz, die als exponierter Teil des aufsteigenden, gebildeten und besitzenden Bürgertums in der Transformationsphase von der traditionellen zur modernen Gesellschaft und dessen Ansprüche auf verstärkte Partizipation im Staat artikulierte. Die Speerspitze war gegen Fürsten und Adel gerichtet unter Umgehung der sozialen Belange der unteren Schichten. Entsprechend wurden die „Grundsätze und Beschlüsse der Deutschen Burschenschaft“ mithilfe Ludens im Jahre 1818 formuliert³². Hierin unterschieden sich die „Demagogen“ der Restaurationsära von den Radikalen der 1830er Jahre, die ein ausgeprägtes Öffentlichkeits- und Sozialbewusstsein an den Tag legten. Die akademische Absonderung des Jünglingsbundes, die zum Teil auch den Umständen staatlicher Repression einerseits und einer biedermeierlichen politischen Entsagung³³ in der Bevölkerung andererseits anzulasten ist, drückte dessen Tätigkeit in gewisser Weise den Stempel der intellektuellen Verspieltheit auf. Der diesem Kreis angehörende Dichter Wilhelm Hauff verlieh den Diskussionen einen heiteren Anstrich in seinen „Memoiren des Satan“³⁴, nachdem er 1824 Tübingen verlassen hatte: „Man fiel hinter den Bierkrug in wenige transzendente Untersuchungen, von welchen ich anfangs wenig oder gar nichts verstand, mir aber die Hauptworte merkte, welche vorkamen, und wenn ich auch in die Kontroverse gezogen wurde, mit ernster Miene antwortete: ‚Freiheit, Vaterland, Deutschland, Volkstümllichkeit‘“³⁵.

Hauff selbst wich von der Position seiner Kameraden im Jünglingsbund ab und beteiligte sich am Kult um Napoleon in der geheimen Hoffnung, der württembergische König würde ein deutscher Napoleon werden³⁶.

Obwohl der Jünglingsbund ein unreifes Produkt des Konspirationsgeistes der damaligen Zeit war, gehörten ihm Menschen an, die später in Deutschland noch von sich Reden machen sollten. Einer von ihnen war Arnold Ruge, der viele Jahre danach sich in seinen Memoiren an die Stuttgarter Freunde, die Verbandskame-

³² HENNING, Frühgeschichte des deutschen Liberalismus, S. 27–60.

³³ BORST, Epoche, S. 32.

³⁴ HAUFF, Mittheilungen.

³⁵ SCHÖNIG, Die politische Dichtung Schwabens, S. 14f.

³⁶ In dem 1825 von Hauff publizierten Buch „Das Bild des Kaisers“ wird Napoleon als derjenige beschrieben, der die Französische Revolution erst zum Abschluss gebracht habe. Das Buch erschien ebenfalls bei F. Gottlob Franckh.

raden erinnerte, die inzwischen selbst einen entsprechenden Ruf erlangt hatten und an der Geheimschwörung der Jahre 1831–1833 beteiligt waren: G. Tafel und F. Rödinger, Rechtsanwälte und Herausgeber des *Hochwächters* sowie Abgeordnete im württembergischen Landtag und im Frankfurter Parlament in den Jahren 1848/49³⁷.

Nachdem im November 1825 die Regierungsbehörden in Württemberg den Aktivitäten der Studenten den entscheidenden Schlag versetzt hatten, war das Ende des liberalen Frühlings an der Tübinger Universität gekommen³⁸. Die Verdächtigen wurden vor Gericht gestellt und unter dem Druck der Großmächte im Deutschen Bund wurde die Kontrolle über die Universität verschärft. Zu diesem Zwecke setzte man gar einen Kommissar namens Hofacker ein.

Eine neue burschenschaftliche Organisation unter dem Namen „Feuerreiter“, die 1828 in Tübingen gegründet worden war und bis 1833 existierte, gab sich als apolitisch aus; es war ihr auch keine andere Wahl geblieben, denn anderenfalls wäre sie der Verfolgung ausgesetzt gewesen. Diese Gruppe vertrat einen deutschen Nationalismus, eingekleidet in einen ethischen Kodex und eine größere Offenheit anderen Völkern und Religionen gegenüber. In politischer Hinsicht hatte diese Gruppe nicht genügend Gewicht, um die aufkotroyierte politische Ruhe in Württemberg zwischen 1823/25 und 1830 zu stören³⁹.

Trotz ihrer Unzulänglichkeiten waren doch Gruppen wie der Jünglingsbund und seine vermuteten Hintermänner ein Indiz für die schwelende Unruhe in einer sich wandelnden Zeit, das weder durch die aufkotroyierte Ruhe von oben noch durch



Abb.2: Gottlob Tafel (1801–1874), vermutlich Lithographie von Valentin Schertle (1809–1885) aus dem Jahr 1849.

³⁷ RUGE, Aus früherer Zeit, S. 379 f.

³⁸ MÜLLER-PABST, Staat und Universität, S. 127.

³⁹ Zu den „Feuerreitern“ in Tübingen siehe LANG, Feuerreiter, S. 160; MÜTH, Studentische Emanzipation, S. 41–45, S. 81–83. Zur politischen Ruhe seit der Aufdeckung des Jünglingsbundes von 1823 bis 1830 siehe Bundesarchiv Frankfurt a. M. DB 8/5.

das Insichgekehrtsein breiter Bevölkerungsschichten verleugnet werden konnte. Diese von Zeitgenossen metaphorisch als „halkyonische Tage“ apostrophierte Zeit hielt nicht lange an. Es genügte ein äußerer Anlass wie die Julirevolution von 1830, um den Druck freizusetzen, der sich unter der Decke der vermeintlichen Ruhe in der Restaurationsphase angesammelt hatte.

Im Jahre 1827 kam es zur Affäre Widenmann⁴⁰. Eduard Widenmann schrieb politische Broschüren, darunter „Die nordamerikanische Revolution und ihre Folgen“⁴¹. Zu militärischen Fragen veröffentlichte er zwei Broschüren. Darüber hinaus beabsichtigte er die Errichtung eines Freistaates in Württemberg. Zu diesem Zweck begann er Pläne eines Aufstandes von Zivil- und Militärpersonen zu schmieden. Er nahm vorerst Kontakt mit ehemaligen Soldaten auf, die ein Waffenlager in Ludwigsburg unter ihre Kontrolle bringen sollten. Im Falle einer entsprechenden Resonanz in der Armee sollten revolutionäre Truppen auf Stuttgart marschieren. Unter den Bauern der Regionen Murrhardt und Ludwigsburg begann er zu agitieren, wobei er nach seinen Aussagen auf eine revolutionäre Atmosphäre gestoßen war⁴².

B. Von der öffentlichen Kampagne zur getarnten Agitation

Die von Schott in seinem Brief an List unterschwellig erhoffte Revolution, jener Funke, der das Feuer unter dem vertrockneten Reisig des öffentlichen Lebens im restaurativen Europa entzünden und der „konstitutionellen Komödie“ ein Ende bereiten sollte, war die Julirevolution von 1830 in Frankreich, in deren Folge eine Kettenreaktion von Revolutionen und politischen und sozialen Unruhen den europäischen Kontinent ergriff.

In Württemberg fanden sich bei Ausbruch der Julirevolution Radikale wie Koseritz und Gleichgesinnte in Schotts Umkreis, die sich die Wiedererrichtung der Republik in Frankreich erhofften, welche die revolutionäre Botschaft auch in Deutschland verkünden würde. In einem solchen Fall wollten sie sich auf die Seite der Revolution schlagen. Über ein Gespräch zwischen Koseritz und einem Gleichgesinnten und Freund, dem Goldarbeiter Albert Krauß aus Ludwigsburg, den er kurz nach der Julirevolution kennengelernt hatte, heißt es: „Die Tagesbegebenheiten führten das Gespräch auf die Revolution. Sie bewegten sich – denn A. Krauß hatte zwar schon eine revolutionäre Tendenz – über die Notwendigkeit einer deutschen Republik und über die Mittel, durch welche die Revolution in Deutschland zu machen sei. Überzeugt, daß die Revolution in republikanischer Richtung durch einen Impuls von Frankreich aus in Deutschland und insbesondere in Württemberg sich machen werde, erklärten sie sich einverstanden, sich der

⁴⁰ Zu E. Widenmann siehe u. a. S. 120 Anm. 283.

⁴¹ Erschienen Erlangen 1826.

⁴² HstaS E 301 Bü 251; HstaS E 285 Bü 85.

Revolution anzuschließen, und zwar in der Art, daß sie auch in Ludwigsburg loszuschlagen wollten, sobald eine Bewegung im Volke durch einen Impuls von außen sich zeigen werde, und [sie] hofften, daß ihr Beispiel in ganz Süddeutschland Nachahmung finden werde⁴³. Der Impuls wurde also von einem republikanischen Frankreich erwartet. Die Vorstellung danach in Ludwigsburg „loszuschlagen“ kam hier erstmals auf, ohne dass zu jenem Zeitpunkt irgendwelche konkreten operativen Schritte in diese Richtung unternommen wurden. Es war eine Art Absichtserklärung, sich in Bereitschaft für den Fall eines Impulses von außen zu halten, dem eine Bewegung in Württemberg und darüber hinaus in ganz Süddeutschland folgen würde. Sollte sich eine solche Situation einstellen, dann würden Koseritz und Gleichgesinnte sofort und entsprechend den Umständen handeln. Wie Koseritz aussagte, kam man zu jenem Zeitpunkt über allgemeine Gespräche nicht hinaus: „Jeden Augenblick erwartete man die Nachricht von der Proklamierung der französischen Republik, und schon sah man im Geist den Hohen Bundestag zernichtet und Frankreichs siegende Adler an den Ufern der Weichsel stehen“⁴⁴. Mit diesen Worten beschrieb Koseritz die Gefühle unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution in Paris am 28. Juli 1830. Er hoffte, die Julirevolution werde sich bis hin zu einer Neuaufgabe der jakobinischen Herrschaft steigern: „Die französische Revolution brach aus, [...] was man zuvor nur dachte, wagte man nun laut auszusprechen [...] man dachte nur noch an die glücklichen Zeiten Athens und Roms und erneuerte sich in der regen Fantasie jener Schreckenstage einer französischen Revolution, deren tyrannische Koryphäen zum Vorbild nehmend“⁴⁵. Von A. Krauß heißt es, er „zweifelte zuletzt nicht mehr, daß die Revolution wie eine Gewitterwolke über den Rhein zu uns herüberziehen und alles mit sich fortreißen werde, und daß Ein [sic!] Deutsches Reich mit republikanischer Verfassung das Ziel sein musste“⁴⁶.

Ein zusätzliches Indiz für eine verbreitete Hoffnung, die französische Revolution möge auch auf Deutschland übergreifen, lieferte die Aussage eines Studenten der verbotenen Burschenschaft in Tübingen: „Als die Juli-Sonne aufging, fielen auch einige Lichtstrahlen erwärmend und aufhellend in die Herzen und Köpfe der studierenden Jugend. Es war damals allgemeiner Glaube, daß nun das Wort: ‚Die Revolution werde die Runde um die Welt machen‘ in Erfüllung gehen werde“⁴⁷. So ähnlich drückte sich Gottfried Widmann in seiner Rede auf dem Hambacher Fest aus: „Es ist eine nur kurze Zeit, wo sich nicht bloß für Deutschland, sondern für Europa ein besseres Los zu bereiten schien, zu jener Zeit nämlich, als die Juli-Sonne aufging und ihre Strahlen nicht nur über Deutschland, sondern über ganz Europa verbreitete“⁴⁸.

⁴³ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. (Hervorhebung Gad Arnsberg); Albert Krauß² Ludwigsburg 4. 1. 1812, † USA.

⁴⁴ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁴⁷ GlaK Abt. 233 Nr. 34905, Darstellung des Wesens und Treibens der Burschenschaft, S. 11.

⁴⁸ WIRTH, Nationalfest 2, S. 91.

Die Hoffnung auf die Errichtung einer Republik in Frankreich schwand zwar schnell, dafür erweckten die revolutionären Nachbeben außerhalb Frankreichs und die Aussicht auf einen ideologischen Krieg in Europa neue Hoffnungen auf ein Übergleiten der Revolution auf den Süden Deutschlands. Sollten die repressiven Mächte Österreich, Preußen und Russland die Ausweitung der Revolution auf Deutschland mit Gewalt zu verhindern suchen und sollte es zu einem Krieg mit Frankreich und dessen Unterstützern, wie Belgien und Polen kommen, so würden sich Koseritz und gleichgesinnte Offiziere den französischen Revolutionstruppen anschließen⁴⁹.

Furcht vor einem Übergreifen der Revolution auf Württemberg ergriff die Behörden. Der Stuttgarter Stadtdirektor Schlitz versandte am 14. November 1830 Flugblätter an seine Amtskollegen in München, Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden mit der Bitte, man möge Informationen über die Tätigkeit von Geheimagenten und „Demagogen“ austauschen, darunter Friedrich Gottlob Franckh, der einer der führenden Köpfe der republikanischen Verschwörung in Württemberg werden sollte⁵⁰.

Die Revolution griff nicht auf Württemberg über und die Radikalen hielten sich wohlweislich verdeckt. Doch im Gefolge der Julirevolution keimte für kurze Zeit in Württemberg, wie auch in anderen südwestdeutschen Ländern ein reges politisches Leben auf, das, wenn es nicht erstickt worden wäre, in eine liberale Verfassung hätte münden können⁵¹. Eine politisierte Gesellschaft artikulierte sich nun über die engen Grenzen des Landtags hinaus, dessen Wirkungsmacht angesichts der repressiven zwanziger Jahre hinterfragt wurde. Friedrich Gentz empörte sich über den „jakobinischen Geist“ des Schwabenlandes, der „sich zu der Klage berechtigt glaubte: Nicht nur alle Zensoren, sondern auch alle Richter sind Mützkujons [Schufte]“⁵². Die Presse in Württemberg erhielt während jener Zeit ein Gewicht, das in Deutschland ohne Beispiel war⁵³. Sie wurde zum erstrangigen Transmissionsriemen zur Verbreitung der liberalen, oppositionellen Ideen. Vereine, Protestversammlungen, Petitionen, Volksfeste und Flugschriften traten als zusätzliche Artikulationsformen der politisierten Gesellschaft in Erscheinung.

Das Problem in Württemberg bestand darin, dass sich der Landtag im Frühjahr 1830 nach Ablauf der Legislaturperiode aufgelöst hatte und erst nach drei Jahren wieder hätte einberufen werden sollen. Der König sträubte sich aber dagegen, eine neue außerordentliche Versammlung früher einzuberufen, obwohl ihn die Verfassung dazu ermächtigt hätte. Zumindest willigte König Wilhelm I. aber ein, Wahlen für Dezember 1831 anzuberaumen. Die Wahlkampagne begünstigte die Ausformung der „öffentlichen Meinung“. Doch ohne Einberufung des Landtags – trotz

⁴⁹ StaL E 319 Bü 13, S. 20f.

⁵⁰ HstaS E 10 Bü 195.

⁵¹ ADAM, Ein Jahrhundert Württembergische Verfassung, S. 30; HAGEN, Geschichte, S. 439.

⁵² STERN, Geschichte Europas, S. 299.

⁵³ HAERING, Württemberg, passim; GRUBE, Landtag, S. 514.

neuer außerparlamentarischer Artikulationsebenen – entbehrte sie in dieser Aufbruchsstimmung ihrer wichtigsten politischen Bühne. Hoffnung und Frustration zeichneten die Haltung der Opposition aus. Die Auflockerung der Zensur nach der Julirevolution bot vorerst Anlass zu Optimismus. Es wurden fünfzehn neue Zeitungen in Württemberg gegründet, darunter sechs allein in Stuttgart⁵⁴. Unter dem Einfluss der Ereignisse in Frankreich sahen die entschiedenen Liberalen in der Tagespresse und in den periodisch erscheinenden Zeitschriften ein erstrangiges politisches Instrument zur Entwicklung eines politischen Bewusstseins der Öffentlichkeit, das, so die Annahme, die Obrigkeit unter Zugzwang setzen würde und einer freisinnigen Verfassung als nötige Grundlage dienen sollte⁵⁵. Das „öffentliche Raisonement“ stellte „die Kategorie der neuen bürgerlichen Gesellschaft“ dar⁵⁶.

Der neue sich formierende kämpferische Liberalismus in Württemberg versammelte sich in erster Linie um die Zeitung *Der Hochwächter*. Ein Netz von Wahlvereinen schuf eine Plattform zur Findung von Kandidaten und einen strukturellen Ansatz zur Bildung einer entschiedenen, liberalen Oppositionspartei. Als informelle, teils verdeckte Parteizentrale dienten Herausgeber und Redaktion des *Hochwächters*. Das Blatt war vermutlich das erste liberale Parteiorgan in Deutschland, das im Dienste einer sich zur Wahl stellenden „Partei“, der „Bewegungspartei“ stand⁵⁷. Die Zeitung setzte sich zunächst für die Verteidigung und Ausschöpfung der bestehenden Verfassung mit Ausblick auf Reformen in Richtung einer parlamentarischen Monarchie, wie in England, Frankreich und Belgien ein. Mit Zuspitzung des Konflikts zwischen Staat und liberaler Opposition schlug das Blatt einen zunehmend schärferen Ton an. Es rechtfertigte den Ausbruch einer „gesetzmäßigen Revolution“ gegen einen von oben gesteuerten Verfassungsbruch und warb schließlich für die republikanische Staatsform⁵⁸.

Der Ideentransfer verlief aber nicht nur über diese Zeitung sowie über andere oppositionelle Blätter, Bücher und Zeitschriften. Für siebzig Städte und Landbezirke sind 43 Wahlvereine belegt, die sich 1831 konstituiert hatten⁵⁹. In Württemberg schritt die Organisation des politischen Wettbewerbs am weitesten voran⁶⁰. Obwohl das Recht auf Versammlungs- und Vereinsfreiheit in der Verfassung nicht verankert war, schufen Zeitungen wie der *Hochwächter* eine erste organisatorische Infrastruktur, die, wie Friedrich Römer es formulierte, „ein Mittel [sein sollte], die Vorherrschaft der Staatsdiener in den Kammern zu überwinden und somit die bürgerliche Gesellschaft stärker durch sich selbst [...] repräsentieren zu lassen“⁶¹.

⁵⁴ SCHOTT, *Zeitungen Württembergs*, S. 101.

⁵⁵ *Hochwächter*, 7. 1. 1831.

⁵⁶ HABERMAS, *Strukturwandel*, S. 40.

⁵⁷ Es wurde „zur Zentrale des Wahlkampfes, [...] eine Agentur der ‚Bewegungspartei‘“; BRANDT, *Der lange Weg*, S. 95.

⁵⁸ Siehe S. 167–181.

⁵⁹ BRANDT, *Gesellschaft*, S. 108; DERS., *Der lange Weg*, S. 95.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ HARDTWIG, *Politische Gesellschaft*, S. 336–358, hier: S. 350. Neben dem *Hochwächter* tat sich auch *Die neue Zeit von einem alten Constitutionellen* des Radikalen Friedrich Seybold

Diese Klubs durchbrachen die alten ständischen Trennlinien. Die örtlichen Honoratioren mischten sich hier unter die einfachen Bürger⁶². Aus diesem Grunde waren derartige Vereine dem österreichischen Gesandten in Württemberg widerwärtig. Er berichtete nach Wien, diese Klubs in Stuttgart würden zu „wahren Jakobinerklubs“ ausarten und sich im ganzen Königreich ausbreiten⁶³. Das sich in Deutschland ausbreitende Klubwesen veranlasste Metternich zu der Äußerung: „Die Vereine sind die deutsche Pest“⁶⁴.

Trotz massiver Wahlbeeinflussung steckte die Regierung eine Niederlage bei den Wahlen im Dezember 1831 ein. Die Liberalen nahmen deutlich zu⁶⁵. Im Gegenzug betrieb die Regierung die Bildung einer loyalen Partei von „Gouvernementalen“. Es kam erstmals zu einer Aufspaltung der politischen Landschaft zwischen einer Bewegungspartei auf der einen und einer Regierungspartei auf der anderen Seite. Zwischen beiden lavierte die Mitte, die von der „Linken“ abschätzig „Juste Milieu“ genannt wurde⁶⁶. So entfaltete sich erstmals eine Lagerbildung von Regierungs- und Oppositionspartei im Landtag, statt des herkömmlichen Dualismus von „Herrschaft“ und „Landschaft“ beziehungsweise von Staat und Gesellschaft oder von Regierung und Kammern⁶⁷.

Der Wahlerfolg der Liberalen bewog den König, sich auf seine alte Position zurückzuziehen, den Landtag erst im Jahre 1833 einzuberufen, um so die oppositionelle Offensive verpuffen zu lassen. Doch das Gegenteil trat ein. Die Haltung des Königs brachte die Opposition noch mehr auf und diese verlagerte nun ihren Kampf auf die außerparlamentarische Ebene. Die Spirale von Repressionen und zunehmender Opposition begann schon vor den Wahlen zum Landtag. Die Restriktionen gegenüber einer freien Öffentlichkeit setzten schon früh ein. Am 11. August 1831 erging der Tagesbefehl an die Offiziersränge, sich jeglicher politischen Tätigkeit zu enthalten. Am 27. Oktober desselben Jahres beschloss der Bundestag, das Einreichen von Petitionen zu untersagen. Am 10. November rief eben diese Körperschaft die verschiedenen Staaten in Deutschland auf, die Zensur strengstens zu beachten. Seit Dezember 1831 wurde der *Hochwächter* zensiert und seit Januar 1832 erschienen dort zum ersten Mal leere Spalten. Die Zeitung hob die

in der Bildung politischer Klubs hervor. Die Klubs organisierten die Unterstützung zugunsten dieser Kandidaten in der Absicht, den Einfluss der Regierungsbehörden auf die Öffentlichkeit sowie auf die Erstwähler und Wahlmänner zu neutralisieren; siehe auch NIPPERDEY, Verein als soziale Struktur, S. 1–44, hier: S. 31.

⁶² BRANDT, Gesellschaft, S. 108; siehe auch DANN, Anfänge politischer Vereinsbildung, S. 197–232, besonders S. 220. Eine ähnliche Rolle erfüllten die Geheimgesellschaften bereits im 18. Jahrhundert; BIEBERSTEIN, Geheime Gesellschaften, S. 434.

⁶³ Schönburg an Metternich 11. 11. 1831, HHStAW St. k. Württ. Dipl. Korr. K. 33 Fasz. 42. Übrigens bildeten sich derartige Klubs auch in anderen Staaten Süddeutschlands.

⁶⁴ OBROVSKI, Wiener Vereinswesen, S. 26.

⁶⁵ Von den insgesamt 93 Abgeordneten zählten 39 zu den Reihen der Opposition. Die „Fraktion“ der Regierungstreuen zählte 32 Vertreter.

⁶⁶ BRANDT, Der lange Weg, S. 95 f.

⁶⁷ HETTLING, Reform, S. 120.

Zensurlücken absichtlich hervor. Die Behörden gingen nun gegen die Zeitung vor, damit sie die Lücken künstlich schließe. Im Verlauf des Frühlings wurde die Zensur zunehmend verschärft und am 5. Juli kam der berüchtigte Bundesbeschluss – die zehn Artikel –⁶⁸ hinzu. Württemberg wurde allmählich zu dem Lande, in dem „der Arm der Zensur schwerer als je auf der liberalen Journalistik [lag], und strenger als in jedem andern konstitutionellen Staate wird in Württemberg der freie Gedanke bewacht [...]. Mit einer Ängstlichkeit, die keine Grenzen kennt, werden selbst Artikel, welche ungehindert die Spalten benachbarter Blätter füllen, dem Württemberger vorenthalten, als ob der Bewohner dieses Landes, der durch seinen Sinn für gesetzliche Freiheit ebenso wie durch Besonnenheit stets vorteilhaft sich auszeichnete, die geistige Speise nicht verdauen könne, die dem Bewohner von Bayern, Baden oder Kurhessen täglich vorgelegt wird“⁶⁹. Die Verschärfung der Zensur in Württemberg und Süddeutschland insgesamt führte wie erwähnt zur Gründung des PVVs, der unter anderem eine Filiale im württembergischen Tübingen gründete⁷⁰. Der Versuch, auch in Stuttgart eine derartige Zelle aufzubauen, misslang⁷¹. Gelder für die freie Presse wurden wohl auf Initiative von Rödinger und Tafel in Ludwigsburg gespendet⁷².

Die Einschnürung der oppositionellen Öffentlichkeit betraf nicht nur die Presse. Nach dem Erlass vom 21. Februar 1832, das heißt nach den Wahlen und dem Erfolg der radikalen Liberalen, kam es am 24. Februar zum Verbot der „Konstituierung

⁶⁸ Vgl. hierzu HUBER, Dokumente I, S. 134 f.

⁶⁹ Hochwächter ohne Censur, S. 158.

⁷⁰ Akt. Darst. neu, S. 11; VBZB über den Vaterlands- oder Pressverein, S. 18, 40 f. Auch das Zeugnis des Studenten Mögling bestätigt die Existenz einer Zelle in Tübingen. HstaS E 301 Bü 31. In StaL E 319 Bü 11 wird eine derartige Zelle mit folgenden Mitgliedern auch für Stuttgart behauptet: Forstner, Schmidlin, Körner, Lohbauer und Malté. Koseritz gab an, Tafel und Rödinger hätten in Stuttgart für den PVV Gelder mobilisiert. HstaS E 285 Bü 86. Der *Hochwächter* schrieb am 24. 2. 1832, 120 Studenten aus Tübingen hätten einen monatlichen Beitrag von 12 Kreuzern an den PVV geleistet. Nach dem oben genannten VBZB über den Vaterlands- oder Pressverein, S. 40, gab es zwischen 200 und 300 Mitglieder in der Ortsgruppe, Bürger und Studenten. Nach Meinung von FÖRSTER, Press- und Vaterlandsverein, S. 153, 195, 199 zählte die Ortsgruppe in Tübingen 121 Mitglieder.

⁷¹ Ein Treffen, das in Mühlhausen bei Stuttgart unter Teilnahme Lohbauers und Tafels aus Stuttgart, der Oberleutnants Koseritz und Raht, des Lehrers Kauffmann, des Gürtlers Dorn, des Putzmachers Kammerer und des Bäckers Schwarz aus Ludwigsburg wohl um den 6. 3. 1832 stattfand, sollte zur Gründung einer Zelle in Stuttgart führen, doch wurde dieser Plan nicht verwirklicht. Die Quellen nehmen auf ein derartiges Treffen im August 1832 Bezug, dessen Ziel in der finanziellen Unterstützung der Familien politisch Verfolgter bestand; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Es ist gut möglich, dass die Untersuchungsbehörde zwei verschiedene Treffen infolge der nicht eindeutigen Zeugenaussagen der Untersuchten durcheinanderbrachte. Der radikale Rechtsanwalt Kleinmann aus Balingen bezog sich in einem Brief vom 26. Januar 1833 ebenfalls auf Klubs in Stuttgart, Tübingen und Ludwigsburg, die Verwandte der politisch Verfolgten unterstützten; siehe StaL E 319 Bü 18. Wahrscheinlich wollte Kleinmann die Gründung eines vergleichbaren Klubs in Balingen anregen. Es gelang ihm, einige Beiträge zu erhalten, wie man den Summen und Unterschriften am Ende von Kleinmanns Aufrufschreiben entnehmen kann.

⁷² Akt. Darst. alt, S. 40.

von Vereinen, welche die Beratung landständischer Angelegenheiten, so wie die Belehrung der Abgeordneten oder Rücksprache mit denselben zum Zweck haben“⁷³. Politische Vereine und besonders die überall sprießenden Wahlvereine wurden damit verboten. Im Gegenzug und als Reaktion gegen die Hinhaltetaktik bei der Einberufung des neuen Landtags, riefen die oppositionellen Abgeordneten zu einer beeindruckenden Massenkundgebung in Bad Boll im April 1832 auf. Sie war vielleicht das erste Parteitreffen dieser Art in Deutschland überhaupt. Ziel war es, auf den König Druck auszuüben, den Landtag unverzüglich einzuberufen – doch vergeblich⁷⁴. Am 15. Juni 1832, also noch bevor die Bundesversammlung die restriktiven Verordnungen der Monate Juni und Juli verabschiedete, erließ der württembergische König die Anordnung, offene Versammlungen zu öffentlichen Themen von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig zu machen⁷⁵. Dies war praktisch mit dem Verbot jeglicher außerparlamentarischer Oppositionstätigkeit gleichzusetzen.

In dieser Spirale von öffentlichem Protest einerseits und Repressionsmaßnahmen andererseits war die Massenkundgebung in Hambach Höhepunkt des öffentlichen Protests in Deutschland. Demgegenüber standen die reaktionären Verordnungen des Bundestages von Juni und Juli 1832 als vorläufiger Gipfel der Repression. Die Implementierung dieser Verordnungen durch die deutschen Staaten beendete die Phase öffentlicher Oppositionstätigkeit grundsätzlich. Die am 28. Juni 1832 verabschiedeten sechs Artikel hoben den Primat der königlichen Souveränität und der Bundesverfassung gegenüber den Landständen und den Landesverfassungen hervor. Sie schränkten die Steuerbewilligungsrechte der Landtage ein und verneinten das Budgetrecht, wo die Verfassungen – wie in Württemberg – dies zuließen. Sie setzten eine Kommission ein, die die Kammern überwachen sollte, schafften die Redefreiheit in den Kammern ab und stellten die Publikation der Debatten in den Abgeordnetenhäusern unter Zensur. Die am 5. Juli verabschiedeten zehn Artikel verankerten die Zensur über Zeitschriften und Druckschriften unter 20 Bogen, verboten politischen Zwecken dienende Vereine, schränkten Volksversammlungen und Volksfeste ein, die der Tarnung politischer Zwecke dienten, untersagten das öffentliche Tragen von Abzeichen und Fahnen, die nicht autorisiert waren, und das Errichten von Freiheitsbäumen und dergleichen „Aufuhrzeichen“. Die Aufsicht über die Universitäten gemäß den Karlsbader Beschlüssen wurde erneuert, die Bewegungsfreiheit zwischen den Ländern wurde eingeschränkt, die Auslieferung von politisch Verdächtigen angeordnet und die gegenseitige militärische Hilfe der Bundesländer zur Sicherung der Ruhe zugesagt. Die öffentliche Erregung über die zunehmenden Repressionen, ob von innen oder von außen gesteuert, und die Furcht vor weiteren,

⁷³ Regierungs Blatt Nr. 8, 24. Februar 1832, S. 39 ff.

⁷⁴ ADAM, Württembergische Verfassung, S. 39, schreibt zu diesem Treffen: „Sie [die Boller Versammlung] machte in Deutschland mehr Aufsehen als der Brand des Braunschweiger Schlosses“; GRUBE, Landtag, S. 515 stellt fest, diese Versammlung sei „so etwas wie ein erster Landesparteitag der Liberalen Württembergs“ gewesen.

⁷⁵ Regierungs Blatt Nr. 28, 15. Juni 1832, S. 223.

anstehenden Maßnahmen zur Unterdrückung jeglicher Kritik motivierte auch die Opposition in Württemberg, eine Delegation nach Hambach zu schicken. Sie zählte in etwa 40 Personen, darunter als prominenteste Persönlichkeit Rudolf Lohbauer⁷⁶. Lohbauer war Redakteur des *Hochwächters*, republikanisch gesinnt und Leitfigur im Umkreis der württembergischen Verschwörung⁷⁷. Schon als Student in Tübingen fiel er durch seine republikanischen Ansichten auf, was ihm 1826 eine Arreststrafe und die Androhung der Relegation eintrug. Er gehörte zum Freundeskreis um Eduard Mörike⁷⁸. Zu diesem Freundeskreis zählten auch Ernst Friedrich Kauffmann, ein späterer Mitstreiter in der württembergischen Verschwörung und Hermann Hardegg, der zukünftige Arzt und Cousin von Georg David Hardegg, einer der Anführer des republikanischen Flügels der württembergischen Verschwörung⁷⁹. Lohbauer war von Seiten der Organisatoren des Hambacher Festes zum Vertreter der württembergischen Gesandtschaft ernannt worden⁸⁰. Nach einem Bericht des Festungskommandanten aus dem benachbarten Landau vom 28. Mai 1832 waren aus Stuttgart acht Personen gekommen: Kober (gemeint ist Kower), Dr. Schäuflen (gemeint ist Schäuffelen), der Redakteur Stabauer (gemeint ist Lohbauer), der Tischler Cornelius, Bertrand, der Installateur Blumhard, der Uhrmacher Hildebrand und der Händler Maier⁸¹. Bekannt ist, dass auch Franckh, Anführer des sich später bildenden republikanischen Flügels der Verschwörung, aus Paris zurückgekehrt war und auf eigene Verant-



Abb.3: Rudolf Lohbauer (1802–1873), Kupferstich nach einer Zeichnung von Johann Friedrich Dietler (1804–1874) aus dem Jahr 1840.

⁷⁶ HAERING, Württemberg, S. 174; siehe auch BHstaM Abt. IV, Kriegsarchiv B. 730a.

⁷⁷ Rudolf Lohbauer * Stuttgart 14.4.1802, † Hermesbühl bei Solothurn 15.5.1873. Zur Biografie Lohbauers: SICKEN, Lohbauer, Rudolf, S. 121 f.; LANG, Rudolf Lohbauer, S. 149–188; WALTER, Rudolf Lohbauer, S. 188–217; DERS., Rudolf Lohbauer in seinen Schweizer und Berliner Jahren, S. 290–343.

⁷⁸ SICKEN, Lohbauer, S. 121.

⁷⁹ Lohbauer kannte Mörike und Kauffmann noch aus seiner Schulzeit in Ludwigsburg, wohin seine alleinstehende Mutter von Stuttgart aus zog.

⁸⁰ HstaS E 285 Bü 82.

⁸¹ BHstaM Abt. IV, Kriegsarchiv B 730a.



Abb. 4: Die Freunde Lohbauers in einer Tübinger Gartenlaube: vorne liegend Rudolf Lohbauer (1802–1873). Die anderen Personen von links nach rechts: (stehend) vermutlich Edmund Siegel, (sitzend) Eduard Mörike (1804–1875), Hermann Hardegg (1806–1853), Ernst Friedrich Kauffmann (1803–1856).

wortung am Hambacher Fest teilnahm. Auch weiß man aufgrund von Georg David Hardeggs Aussage, dass der Konditor Reichert aus Ludwigsburg unter den Anwesenden war. Nach anderen Quellen hätten aus Stuttgart 15 Personen am Hambacher Fest teilgenommen oder teilnehmen sollen⁸².

Ob Lohbauer von Rödinger und Tafel, den Herausgebern des *Hochwächters*, auf das Hambacher Fest als führender Vertreter der freien Presse in Württemberg „geschickt“ worden war oder ob er aus freien Stücken an der Veranstaltung teilnahm, ist unklar. Auf keinen Fall hätte er ohne ihr Wissen oder gegen ihren Willen am Hambacher Fest teilnehmen können. Während sich Rödinger und Tafel bedeckt hielten, setzte sich Lohbauer durch seine aktive Teilnahme an der Kundgebung der Öffentlichkeit, aber auch der Aufmerksamkeit der Behörden und der Geheimpolizei aus. Sein Verhalten ist Ausdruck der Unterschiede in Temperament und Stand zwischen Lohbauer und seinen Vorgesetzten im *Hochwächter*, aber zweifellos auch unterschiedlicher politischer Akzente. Lohbauer war der „Volkstribun“ in der Dreiergruppe. Als solcher trat er auch auf der Protestkundgebung in Echterdingen und auf dem Volkssängerfest in Esslingen auf⁸³.

Inhaltlich ist von der Rede Lohbauers bei dem offenen Teil der Hambacher Kundgebung kaum etwas bekannt. Es existieren nur kurze Überblicke aus der zeitgenössischen Presse. Da die Presse jedoch der Zensur unterlag, bestehen Zweifel, ob die Pressedarstellungen dem wirklichen Inhalt entsprechen. Erstaunlich ist die Tatsache, dass Lohbauers Rede in dem Buch J. G. A. Wirths „Das Nationalfest der Deutschen“ fehlt, in dem die Reden des Hambacher Festes gedruckt erschienen. Hier ist man auf Vermutungen angewiesen. Die oppositionelle, von Franckh aufgekaufte *Donau- und Neckar-Zeitung (DNZ)* berichtete, Lohbauers Rede sei gemäßigt gewesen⁸⁴. Auch Rödinger bemerkt in der Berufung gegen seine Verurteilung, dass Lohbauers Rede „in entschiedenem Gegensatz zu Gewalt oder zu geheimen Machinationen [stand], [er] habe sich für den Grundsatz der Reform ausgesprochen“⁸⁵.

Nach anderen Aussagen hatte Lohbauers gemäßigte Rede auf der Massenveranstaltung rund um die Hambacher Burgruine unter den Anwesenden Unzufriedenheit erzeugt⁸⁶. Die *DNZ* wusste auch zu berichten, dass die Vertreter Württembergs auf dem Hambacher Fest sich gegen die Wahl eines Komitees mit Kompetenzen ausgesprochen hätten, die über die Veranstaltung selbst hinausgereicht hätten⁸⁷. Dies entsprach der Position Schülers und des Zweibrückener Zentralkomitees, im Gegensatz zu Wirth und Siebenpfeiffer⁸⁸.

⁸² StaL E 319 Bü 6; siehe HAERING, Württemberg, S. 174. Haering bezeichnet als Teilnehmer aus Stuttgart auch Franckh, Elsner und Emminger; ebd., S. 419.

⁸³ Hierüber siehe S. 153, 155 f., 212.

⁸⁴ *DNZ*, 3. 6. 1832.

⁸⁵ StaL E 319 Bü 37.

⁸⁶ HILDEBRANDT, Programm und Bewegung, S. 42; ebenso TRAUTZ, Hambacher Fest, S. 33 ff.

⁸⁷ *DNZ*, 5. 6. 1832.

⁸⁸ Gemeint war hier die Wahl eines Komitees aus Vertretern verschiedener Regionen Deutschlands, die am Morgen des 28. Mai 1832, also einen Tag nach der großen öffentlichen Versammlung in Hambach im Schießhaus von Neustadt an der Hardt stattfand. Die Diskussion

Es liegen jedoch auch Hinweise vor, dass Lohbauer auf dem Hambacher Fest eine extreme Position bezogen habe. Zunächst war Lohbauer ja einer von zwei Männern, die nach Angabe der Quellen während der öffentlichen Reden am 27. Mai das Treffen im engeren Rahmen im Schießhaus gefordert hatten⁸⁹. Der Umstand, dass Lohbauers Rede nicht in Wirths Buch enthalten ist, wird von Löwenstein als Zeichen für ihre Radikalität ausgelegt⁹⁰. Die bayerischen Behörden unterrichteten den württembergischen Bevollmächtigten in München namens von Reinhard am 10. Juli 1833 von einer Rede Lohbauers in Hambach, wobei sie sich auf die öffentliche Rede auf der Kundgebung selbst bezogen: „Allein es verlautete allgemein, daß dieselbe [die Rede Lohbauers] sehr grell war und direkte Aufforderung zum Umsturze der bestehenden Staatsregierungen in Deutschland und zur Bewaffnung gegen dieselben enthielt“⁹¹. Im Personaltagebuch Ludwig Börnes wird Lohbauer unter den Radikalen Wirth, Siebenpfeiffer, Pistor, Cornelius und Brüggemann aufgeführt⁹².

Angesichts der dokumentarisch nachvollziehbaren Positionen Lohbauers ist es eher unwahrscheinlich, dass er in Hambach eine gemäßigte Position eingenommen hat, es sei denn, er sah sich gezwungen auf die Grundstimmung in der württembergischen Delegation Rücksicht zu nehmen oder aus taktischen Gründen seine Ansichten in der öffentlichen Kundgebung zu verbergen. Er war aber radikaler als viele der württembergischen Vertreter auf dem Fest, die nach dem Bericht des österreichischen Gesandten in Stuttgart Hambach aus heftigem Protest gegen die dort gefallenen Äußerungen verließen⁹³. Es mag auch sein, dass seine Haltung noch nicht dermaßen radikal war, wie nach den Juni/Juli Ordonnanzen.

Lohbauer brach nach Aussagen von Koseritz vor allen anderen Mitgliedern der Gesandtschaft nach Hambach auf, da er zum Vorbereitungs Komitee des Festes gehörte. Vor seiner Abreise informierte er sich bei Koseritz über die Stimmung in der Armee. Koseritz gab an, die Mitglieder des Organisationskomitees, darunter Lohbauer, wollten mit entsprechenden Informationen über eventuelle revolutionäre Vorbereitungsmaßnahmen in ihrer Region nach Hambach reisen. Koseritz habe mit folgenden Worten geantwortet: „Ich sagte ihm (Lohbauer), daß ich von dem Militär für revolutionäre Zwecke nur dann etwas erwarte, wenn das Volk weiter wäre, bei welchem ich nur dann, wenn es durch ein bedeutendes Ereignis im Ausland aufgeregt würde, etwas erwarte“⁹⁴.

um die Aufgabe des Komitees begann bereits im Schießhaus, wurde jedoch aufgrund der großen Zahl der Anwesenden und des Mangels an Entschlusskraft der Diskutierenden mit kleinerem Forum in das Haus des radikalen Pfälzer Landtagsabgeordneten Schoppmann verlegt.

⁸⁹ VBZB Hambacher Fest, S. 23.

⁹⁰ LOEWENSTEIN, *Les débutes*, S. 108.

⁹¹ HstaS E 301 Bü 252.

⁹² BOCK, Ludwig Börne, S. 304 f.

⁹³ Schönburg an Metternich, 31. Mai 1832, HHStaW St.K.K. 33 Fasz. 43, Württ. Dipl.-Korr. 1831–32.

⁹⁴ HstaS E 285 Bü 82.

Die Führung des PVVs wusste um die große Bedeutung des Militärs für den Fall einer revolutionären Entwicklung. Lohbauer hatte einen militärischen Hintergrund aufzuweisen. Schon sein Vater war Offizier gewesen. Er selbst widmete sich im Laufe seines Lebens der Militärgeschichte und war vielleicht mehr als andere in der Führung des PVVs in militärischen Fragen bewandert. Hiermit steht auch im Einklang, dass er, wenn man Koseritz' Worten Glauben schenkt, nach dem Ende der Veranstaltung in Hambach von der Führung des PVVs nach Landau geschickt wurde, um die Stimmung im bayerischen Heer der Pfalz zu prüfen. Einige der bayerischen Offiziere sagten Lohbauer, „wenn heute die Franzosen, für welche sie sehr eingenommen seien, kämen, so würden die Soldaten scharenweise zu diesen übergehen“⁹⁵. Koseritz' Äußerungen über einen revolutionären Impuls aus dem Ausland – gemeint war im Mai 1832 vermutlich ein zukünftiger republikanischer Aufstand in Frankreich, während er mit den polnischen Gesandten in Kontakt stand – und die Stimmung unter den Armeeangehörigen in Landau passten ebenso zur Haltung Schülers. Man darf davon ausgehen, dass Koseritz' Äußerungen von Lohbauer an Schüler und seine Vertrauten weitergeleitet wurden. Angesichts dessen, was über Schülers Position bekannt ist – er machte die Chancen einer Revolution in Deutschland vom Erfolg einer Revolution in Frankreich abhängig⁹⁶ – wird er die Äußerungen positiv aufgenommen haben.

Wie auch immer die Rede Lohbauers ausgefallen sein mag, seine bekundete Position, zumindest nach Hambach, war sehr radikal. Georg David Hardegg meinte zu Lohbauers Haltung nach Hambach, im Unterschied zu Rödinger und Tafel: „Dagegen glaube ich, daß Lohbauer sich nach dem Hambacher Fest für den Republikanismus erklärt hat“⁹⁷. Dabei gibt es Indizien dafür, dass Lohbauer schon vor Hambach radikal war. Im Dezember 1831 versuchte er, Winzer in Stuttgart für revolutionäre Ideen empfänglich zu machen⁹⁸. Er war auch wichtiges Bindeglied der Verbindungen Koseritz' zu polnischen revolutionären Offizieren Ende 1831, Anfang 1832⁹⁹. Es mag sein, dass er aus Vorsicht mit seinen Ansichten nicht in Hambach an die Öffentlichkeit dringen wollte. Dies ließe sich mit seiner öffentlichen Linie im *Hochwächter* vereinbaren, die nach Hambach und mehr noch nach den Juni/Juli Ordonnanzen deutlich an Schärfe zunahm und in revolutionäre Agitation überging. Koseritz gab an, Lohbauer bejahte nach seiner Rückkehr die Revolution, richtete sich aber gegen übereilte, unüberlegte Schritte. Koseritz wusste zu erzählen: „Wie Lohbauer [vom Hambacher Fest] wieder zurückkam, sagte er mir, daß die Rheinländer, gleich vom Fleck aus, für das Losschlagen gewesen wären“¹⁰⁰, „während andere namentlich Lohbauer und [hier ist der Name

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ BAUMANN, Hambacher Fest, S. 137.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ StaL E 319 Bü 21.

⁹⁹ Siehe S. 232 Anm. 86.

¹⁰⁰ HstaS E 285 Bü 82.

Schüler ausgestrichen]¹⁰¹ dagegen [waren] und [glaubten], daß die Völker vorerst durch Flugschriften und förmliche Faktionen, welche in Deutschland ganz fehlen [...], vorbereitet werden und zu dem Ende auch häufigere kleinere Feste in den einzelnen süddeutschen Staaten abgehalten werden müssen, und daß durch die Blätter das Volk für solche Feste empfänglich gemacht werde“¹⁰². Dem teilweise entgegengesetzt war das Urteil des Untersuchungsrichters, der festhielt: „Der derbere und haltlosere Lohbauer dagegen, [...] warf sich seit seiner Rückkunft vom Fest auf die niedersten Volksklassen und soll auf allen Punkten haben losschlagen wollen“¹⁰³. Der augenscheinliche Widerspruch ließe sich dennoch beheben. Koseritz sprach davon, dass Lohbauer nicht vom Fleck aus losschlagen wollte. Der Untersuchungsrichter sprach davon, dass sich Lohbauer als Erstes auf die niederen Klassen gestürzt hätte. Es sei notwendig diese zu gewinnen, bevor losgeschlagen werden sollte, auch wenn revolutionäre Ungeduld ihn drängte. Von Hambach nach Stuttgart zurückgekehrt, legte Lohbauer die Losung, zu der man bei Schoppmann gelangt war: „Jeder solle auf seine eigene Faust handeln“, im Sinne der Aussage Koseritz’ aus. Es sollte nicht, wie Lohbauer dies den Rheinländern nachsagte, „vom Fleck aus“ losgeschlagen werden. Vielmehr ging es hier um grundlegende Anweisungen zur Bildung einer „öffentlichen Meinung“ durch die Presse – hierin war Lohbauer mit Rödinger und Tafel einer Meinung – aber auch mittels Flugblättern, wogegen Tafel und Rödinger sich bis zu ihrem Ausschluss aus dem Landtag und zur Auflösung desselben gewandt hatten sowie durch Klubs und Vereine, wie zum Beispiel die Wahlvereine.

Die einzige operative Entscheidung infolge der Zusammenkunft bei Schoppmann war der Beschluss, zwei Gesandte auszuschicken – Jakob Venedey nach Norddeutschland und Hermann von Rauschenplat nach Süddeutschland – um die Stimmung in diesen Gegenden hinsichtlich des weiteren Weges zu testen. Rauschenplat, in Alfeld bei Hannover geboren, war relegierter Juradozent und einer der Anführer des kurzen Göttinger Aufstandes 1831. Er war als eifriger Revolutionsaktivist bekannt und verstand seine Sendung als ein eindeutiges Mandat, Kräfte für einen bevorstehenden Aufstand zu mobilisieren¹⁰⁴. Lohbauers Position dürfte davon nicht weit entfernt gewesen sein.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ StaL E 319 Bü 12 Frage 2838.

¹⁰⁴ Nach Aussagen eines Mitgliedes der „Burschenschaft“ in Heidelberg verkündete Rauschenplat nach seiner Ankunft aus der bayerischen Pfalz, „er sei von dem Vaterlandsvereine, nämlich von Schüler, Savoye und Geib sowie von Wirth und Siebenpfeiffer, die mit jenen wieder versöhnt seien, abgeschickt, um dem Pressvereine Ausbreitung zu verschaffen, zu Veranstaltungen ähnlicher Volksfeste, wie das Hambacher, aufzumuntern, und sich nach den Mitteln zu erkundigen, die für den Ausbruch einer Revolution vorhanden seien. Mit gleichen Aufträgen wie er sei Stud. Jacob Venedey aus Köln für den Norden, namentlich Hannover und Braunschweig, abgesendet.“ Darlegung der Hauptresultate, S.26. HERZBERG, Hambacher Fest, S.137, beschreibt Rauschenplat mit den Worten: „Er war ein konfuser Kopf, dem das Losschlagen 1832 Hauptsache war.“

Die Möglichkeit der Opposition auf die öffentliche Meinung einzuwirken wurde ständig eingeschnürt. Das Hambacher Fest, das weiteren Repressionen entgegenzutreten wollte, veranlasste im Gegenteil den Bund und dessen Mitgliedsstaaten härter durchzugreifen.

Am Pfingstmontag, dem 5. Juni 1832, jedoch konnte Lohbauer noch auf dem jährlichen Sängerefest in Esslingen auftreten. Er lobte dort die „Reform Bill“ in England, die dank des starken Volkswillens Erfolg gehabt hätte¹⁰⁵. Lohbauer wusste jedoch genau, dass sein Land nicht mit England gleichgesetzt werden konnte und dass die Chancen einer „Reform Bill“ in Deutschland oder in den konstitutionellen Südweststaaten äußerst gering waren. Auch die Bildung von „förmlichen Fraktionen“, also von parteiähnlichen Strukturen, war angesichts der Verordnungen von Staat und Bund Fiktion.

Eine wohl auf Initiative Lohbauers am Sonntag, dem 1. Juli 1832, zurückgehende Protestkundgebung in Echterdingen bei Stuttgart war ein verzweifelter Versuch, die öffentliche Bekanntmachung – „Promulgation“ – der Juni-Ordonnanzen in Württemberg durch das gerechtfertigte Argument zu verhindern, sie widersprächen der Verfassung. Die Annahme der Juni-Ordonnanzen sollte den Landtag zu einem inhaltsleeren Instrument degradieren, noch bevor er überhaupt zusammengetreten war. Als schließlich der Landtag am 15. Januar 1833 zusammentrat, nahm der König Anstoß an dessen entschiedenen liberaler Haltung und löste ihn, nachdem der oppositionelle Landtagsabgeordnete Pfizer gegen die verfassungswidrigen Bundesbeschlüsse einen Protestantrag erhob, kurzerhand am 22. März auf. Dies brachte dieser Volksvertretung den Namen „Vergeblicher Landtag“ ein. Die immanente Spannung zwischen „monarchischem“ und „repräsentativem Prinzip“ kam nun zum Vorschein. In Württemberg verfügten die Abgeordneten mit dem Steuerbewilligungs- und Budgetrecht über einen Hebel politische Forderungen durchzusetzen. Der Widerstand der Liberalen gegen die Promulgation der restriktiven Bundesbeschlüsse vom Juni und Juli 1832 versetzte die württembergische Regierung in eine heikle Position gegenüber dem Bund. Hier stießen frühparlamentarische und spätmonarchistische Prinzipien hart aufeinander. Letztlich konnte die Inkonsistenz der Verfassungsprinzipien entweder zur Parlamentarisierung oder zum monarchistisch-bürokratischen Staatsstreich führen. Letzteres geschah in Frankreich infolge der Ordonnanzen Karls X., die die „gesetzmäßige“ Julirevolution heraufbeschworen hatten. Einer, der dieses Problem erkannte und sich für die erste Option eingesetzt hatte, war der liberale Landtagsabgeordnete Robert von Mohl. Er betonte die politische Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament, gegenüber der in der Verfassung erwähnten, nebulösen ministeriellen „Verantwortung“, die nur juristisch einklagbar war. Die Promulgation der Juni/Juliordonnanzen und die Auflösung des Landtages durch den König, kaum dass der Landtag einberufen war, entsprachen allerdings der zweiten Option. Die Haltung der Regierung spiegelte ihr neu gewonnenes Selbstvertrauen nach 1830 wider. Das

¹⁰⁵ [HstaS E 146 Bü 8420–8423].

in parlamentarische Bahnen gelenkte liberale Aufbegehren, endete zwar mit dem erneuten Wahlerfolg der Opposition im Mai 1833, erwies sich jedoch angesichts der sich verschärfenden Repression als völlig wirkungslos. Im Tauziehen um das politische Profil des Landes gewann vorerst wieder das herrschende System die Oberhand. „Die Dauer des konstitutionellen Systems in Deutschland gründete sich nicht auf dessen innere Konsistenz. Sie war eine Folge parlamentarischer Rückzieher und Kapitulationen“¹⁰⁶.

Die Einschnürung der offenen oppositionellen Tätigkeit in und außerhalb des Landtags radikalisierte Teile der Opposition und trieb sie zur revolutionären Agitation, während Radikale wie Koseritz sich in ihrer republikanischen und revolutionären Haltung bestätigt fühlten. Diese innenpolitischen beziehungsweise innerdeutschen Zwänge verstärkten die außenpolitisch bedingten Einflüsse auf den Radikalisierungsprozess der Opposition. Zu letzteren zählte besonders der polnische Aufstand und dessen Unterdrückung. Die gemäßigten Liberalen rückten immer stärker nach links, was auch der Überschrift des Artikels im *Hochwächter* vom 4. August 1832 zu entnehmen war: „Die Mitte kommt zur Linken herüber“¹⁰⁷. Die Zeitung schwenkte schon ab Mai 1832 auf einen revolutionären Kurs um. Der Maler Friedrich Groß aus Ludwigsburg, wichtiges Mitglied der Militär- und Zivilverschwörung, sagte aus, der Inhalt der im *Hochwächter* erschienenen Artikel sei dazu geeignet, „die Revolution vorzubereiten“¹⁰⁸. Soweit es die Zensur zuließ, versuchte die Zeitung die Idee der Revolution und die Errichtung der Republik der Öffentlichkeit nahezubringen. Die gestrichenen Passagen erschienen dann in dem geheim gedruckten und verbreiteten Zensurlückenband – dem „Hochwächter ohne Censur“. Lohbauer gab sie bei K. F. Katz im badischen Pforzheim Anfang August 1832 heraus¹⁰⁹. Die von der Zensur gestrichenen Textpassagen erschienen mit entsprechenden Ausführungen. Die Broschüre hatte mehr als 20 Bogen – die Minimalquote für Druckerzeugnisse, die einer Vorzensur unterlagen. Ihr Inhalt jedoch veranlasste die Behörden gegen Lohbauer vorzugehen, woraufhin dieser im September die Flucht ins Exil nach Straßburg antrat.

Die massive Einschränkung der öffentlichen Meinung verschärfte nicht nur den Ton der Opposition, sondern begünstigte – wie im Falle des „Hochwächters ohne Censur“ – die Hinwendung zu illegalen Artikulationsformen wie etwa Flugschriften. Die der verschärften Zensur unterstehende Presse verlor an Gewicht, während das Flugblatt ein wichtiges Instrument politischer Mobilisierung wurde¹¹⁰. Ludwigsburg entwickelte sich – so die Behörden – zum „eigentlichen Stapelplatz“

¹⁰⁶ BRANDT, *Der lange Weg*, S. 88.

¹⁰⁷ *Hochwächter*, 4.8.1832.

¹⁰⁸ Akt. Darst. Alt, S. 8.

¹⁰⁹ „Der Hochwächter ohne Censur“ erschien in zwei Auflagen. Die zweite Auflage enthielt das radikale Gedicht „Lied der Teutschen“, das die Behörden besonders beunruhigte; siehe S. 173.

¹¹⁰ Auf diese notwendige Entwicklung wies J. G. A. Wirth hin: WIRTH, *Die politische Reform*, S. 61.

radikaler Flugschriften in Württemberg¹¹¹. Schaltzentrale der Flugschriftenaktionen in Württemberg waren allerdings die „Hochwächter“ in Stuttgart. Die Fäden liefen meistens bei Lohbauer zusammen. Um ihn herum formierte sich eine Gruppe, die als eine Art Exekutivarm der „Hochwächter“ bezeichnet werden kann. Sie gab sich als geistiger Wegbereiter der Revolution zur Herbeiführung der Republik aus und stand im Wesentlichen hinter der Flugschriftenaktion in Württemberg¹¹².

Die „Hochwächtergruppe“ nahm trotz verschiedener Schattierung immer mehr einen Kurs ein, der auf die Aufwiegelung der Bevölkerung ausgerichtet war, was die „Hochwächter“ als „geistige Revolution“ bezeichneten¹¹³. Im Gegensatz zur direkten revolutionären Tätigkeit der Verschwörer, diente diese Tätigkeit der Schaffung einer revolutionären Stimmung, die der Verschwörung den nötigen Impetus zu geben vermochte.

Auf das politische Sinnen und Trachten Lohbauers und dessen direkten Umkreis mag die Tatsache hinweisen, dass er in Echterdingen eine deutsche Fassung der französischen „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1793 verbreitete¹¹⁴. In weiten Teilen entsprach der Text der von Robespierre vorgeschlagenen Version, die sich gegenüber der letztlich vom Konvent am 24. Juni 1793 angenommenen Erklärung durch eine mehr egalitäre Ausrichtung, vor allem unter sozialem Aspekt auszeichnete¹¹⁵. Auf der Kundgebung in Echterdingen wurde auch eine

¹¹¹ [HstaS E 271k, Bü 103, Bü 105].

¹¹² Zu diesen Flugschriften zählten neben dem „Hochwächter ohne Censur“: „An die Teutschen in Württemberg“, „Protestation und dringende Bitte“, „Divination auf den nächsten Württembergischen Landtag“, „Die Grundlage der Konstitution des französischen Volkes vom Jahr 1793. Dem deutschen Volke zur Beherzigung und Belehrung. Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers vom 24. 6. 1793“, „Eins ist Noth“, „Gespräch eines Oberamtmanns und eines Wahlmanns über den Württembergischen Landtag von 1833“, „An die Deutschen“ und „Der vergebliche Landtag Württembergs im Jahre 1833“.

¹¹³ Siehe S. 179, 192, 359–370.

¹¹⁴ „Die Grundlage der Konstitution des französischen Volkes vom Jahr 1793. Dem deutschen Volke zur Beherzigung und Belehrung. Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers vom 24. 6. 1793“, o. O. 1832. StaL E 319 Bü 43, Bü 48; siehe auch Akt. Darst. alt, S. 75; StaL E 319 Bü 32. Eine Kopie der Erklärung wurde bei dem radikal-revolutionären Hutmacher Jakob Friedrich Kammerer sichergestellt; Akt. Darst. alt, S. 75; StaL E 319 Bü 12. Weitere Kopien wurden auch im Dorf Asperg auf dem Jacobi Jahrmarkt verteilt; Akt. Darst. alt, S. 75; eine oder mehrere Kopien wurden ebenfalls in Spaichingen verbreitet.

¹¹⁵ RUCKHÄBERLE, Frühproletarische Literatur, S. 57, bemerkt, dass die in Württemberg verteilte deutsche Fassung der „Erklärung“ der Formulierung der „Erklärung“ Robespierres entsprach. Somit ignoriert sie die Einfügung dreier Paragraphen in der „Erklärung“ des Konvents. Diese Einfügung schwächte die „Erklärung“ Robespierres im Hinblick auf die soziale Gleichberechtigung ab. Diese deutsche Fassung dokumentiert daher die ideelle Übergangsphase des deutschen Radikalismus bis zur Übernahme der Positionen Robespierres in der kommunitären „Erklärung“ der Rechte von Charles A. Teste und Filippo Buonarroti (wohl Februar 1833) durch den Bund der Geächteten, den Verband deutscher Radikaler im Pariser Exil; siehe die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ (Paris Anfang 1834) in RUCKHÄBERLE, Frühproletarische Literatur, S. 125–128. Groß ist die

beschleunigte Einberufung des Landtags gefordert. Man formulierte eine Protestschrift und beschloss, zwei Flugblätter zu verfassen, die in der breiten Öffentlichkeit verteilt werden sollten, um einen Massenprotest anzuregen¹¹⁶. Das von Lohbauer und Mährlen verfasste Flugblatt „An die Teutschen in Württemberg“¹¹⁷ rief die Bürger Württembergs auf, Protestpetitionen zu unterzeichnen und den Staat unter Druck zu setzen, denn solange die Verordnungen (Juni/Juli Ordonanzen) nicht im Regierungsblatt veröffentlicht – „promulgiert“ in der damaligen Sprache – worden seien, hätten sie keine Rechtsgültigkeit. Von daher hieß es: „Darum rufe noch niemand zu den Waffen“¹¹⁸. „Aber wenn niemand rufen soll zu den Waffen, so soll doch jeder deutsche Mann, jeder brave Württemberger an die Waffen denken und die Vorteile der Volksbewaffnung in Erwägung ziehen. Solange kein Gesetz über Volksbewaffnung gegeben ist, so lange ist es wenigstens jedem Einzelnen erlaubt, sich mit den Waffen bekannt zu machen“¹¹⁹. Die Sprache dieser Schrift lässt keinen Zweifel hinsichtlich der militanten Option eines bewaffneten Widerstands. Die Drohung mit einem Aufstand gegen die Regierung vorzugehen war eindeutig.

Da die Juni/Juli-Ordonnanzen konstitutionelle und grundrechtliche Fragen berührten, sah sich besonders der politisch bewusste Mittelstand herausgefordert. Lohbauer versuchte jedoch, auch die Unterstützung der Unterschichten zu gewinnen, indem er im Flugblatt hervorhob, dass das Vetorecht des Landtags bei der Verabschiedung des Haushaltplans – ein Recht, das durch die Juni-Ordonnanzen aufgehoben wurde – unbedingt notwendig sei: „[...] auf dass der Arme aufhöre zu verschmachten, der Mittlere zu verarmen“¹²⁰. Das Flugblatt wies darüber hinaus auf die zunehmende Verschärfung der repressiven Maßnahmen hin: „Man hat nacheinander die Vereine zur Besprechung mit den Abgeordneten, alle politischen Zusammenkünfte verboten; man hat selber das Recht zu Bitten verkümmert, damit der letzte Schlag, der die Verfassung selber trifft, uns ganz wehrlos finde. Das alles ist aber, wie der Bundesbeschluß sagt, zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung

Wahrscheinlichkeit, dass die Formulierung von Teste/Buonarroti auch von der „Gesellschaft der Menschenrechte“ Büchners in Hessen übernommen worden war, obwohl kein entsprechendes Zeugnis vorliegt; vgl. dazu MAYER, Büchner und Weidig, S. 46 ff. Eine ähnliche Erklärung auf der Basis der Formulierung Robespierres in deutscher Übersetzung wurde auch in der Pfalz in einem anderen Druck verteilt: Die Grundlage der Konstitution des französischen Volkes vom Jahre 1793. Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers (am 24. Juni 1793), Zweibrücken 1832; vgl. RUCKHÄBERLE, Frühproletarische Literatur, S. 57.

¹¹⁶ Rödinger bemerkte in seinem Berufungsschreiben, dass in einem Abstand von einer Woche zwei Treffen in Echterdingen stattfanden. Auf dem Ersten wurde die Abfassung der Flugblätter beschlossen. Daran hätte er nicht teilgenommen. Auf der zweiten Versammlung sei die Petition an den Bundestag formuliert worden, woran er beteiligt gewesen sei; StaL E 319 Bü 37.

¹¹⁷ An die Teutschen in Württemberg, StaL E 319 Bü 43; HstaS E 301 Bü 36.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Ebd.

geschehen!! – Ja der Ruhe und Ordnung dieses Gefängnisses, einer russischen Erziehungsanstalt“¹²¹.

Das zweite Flugblatt mit der Überschrift „Protestation und dringende Bitte“ verlangte die sofortige Einberufung des Landtags, um die Promulgation der Verordnungen vom 28. Juni zu verhindern¹²². Beide Flugblätter wurden noch vor dem „Hochwächter ohne Censur“ ebenfalls bei K. F. Katz in Pforzheim gedruckt und illegal nach Württemberg geschmuggelt.

Die Aktion war ein taktisch geschickter Zug Lohbauers und der radikalen Opposition; denn damit hatte man erfolgreich die Regierungsbehörden in Württemberg und den Bundestag in Frankfurt in die Position und Rolle der Gegner der bestehenden Ordnung gedrängt. Selbst eine gewaltsame Verteidigung der Verfassung gegen ihre Verletzung von oben – also gegen einen Staatsstreich – musste daher nun als legitimer Akt ausgelegt werden. Das Widerstandsrecht der „gesetzmäßigen Revolution“ wird hier reklamiert¹²³.

Die mit Lohbauer befreundeten Franz Malté und Eduard Schmidlin waren die Hauptakteure bei der Verteilung dieser und vermutlich auch anderer, noch zu erwähnender Flugschriften¹²⁴. Die Urheberschaft der Flugschriftaktionen ging auf die Führung der „Hochwächter“ Rödinger, Tafel und Lohbauer zurück. Malté war Lithograf und kannte sich im Druckgewerbe gut aus. Er war höchstwahrscheinlich derjenige, der die Kontakte zu den Druckereien herstellte¹²⁵. Malté, über den im

¹²¹ Ebd.

¹²² Protestation und dringende Bitte, StaL E 319 Bü 43; HstaS E 301 Bü 36. Von beiden Flugblättern wurden ca. 1.000 Exemplare gedruckt. Akt. Darst. alt, S.73.

¹²³ Siehe S. 167–174.

¹²⁴ Malté und Lohbauer waren schon seit ihrer Jugendzeit, genauer gesagt seit 1823, befreundet, als sie gemeinsam im lithografischen Institut in Stuttgart ihre Ausbildung absolvierten. StaL E 319 Bü 31. Die von Lohbauers Biografen Karl Walter vertretene Ansicht, die beiden hätten sich 1828 bei dem Stuttgarter Kupferdreher Ludwig von Autenrieth kennengelernt, Walters These (vgl. WALTER, Rudolf Lohbauer in seinen Schweizer Jahren, S.298) lässt sich nicht aufrechterhalten, denn in einem auch von Walter zitierten Brief Lohbauers wird Malté von Lohbauer als treuester Freund aus der Tübinger Zeit bezeichnet. WALTER, Rudolf Lohbauer, S.197. Diese Zeit war im Herbst 1827 abgeschlossen. Die Tübinger Zeit währte von 1825 bis 1827; ebd., S.193–199. Auf jeden Fall wurde der enge Kontakt zwischen Lohbauer und Malté seit den 1820er Jahren auch infolge des Exils von Lohbauer nach dem September 1832 nicht abgebrochen.

¹²⁵ Franz Malté * Stuttgart 13.6.1805, † Stuttgart 15.3.1868. Malté war Sohn eines katholischen Hofmusikus aus Straßburg. Er gründete ein wichtiges künstlerisch-kartographisches Institut in Stuttgart. Er stammte aus einer armen Familie und war als Handwerker auf einem Gebiet tätig, das zunftfrei war. Einer Aufzeichnung aus dem Jahre 1850 entnehmen wir, dass er Offizier im Ruhestand im Rang eines Leutnants des 2. Musketierbataillons der Bürgerwehr war. HstaS E 146 Bü 4147. Es ist nicht eindeutig zu klären, ob er während der Revolution von 1848/49 dort gedient hat. Auf jeden Fall blieb er bis zu seinem Lebensende mit Tafel und Rödinger in Kontakt, die als gemäßigte demokratische Vertreter der Fraktion des „Deutschen Hofes“ im Frankfurter Parlament von 1848/49 saßen. Dabei handelte es sich nicht nur um eine persönliche, sondern auch um eine politische Verbindung. Er geriet gegen Lebensende in große finanzielle Schwierigkeiten. Lohbauer und die anderen

weiteren Verlauf noch einiges zu berichten sein wird, war zweifellos eine der interessantesten Persönlichkeiten des kämpferischen Flügels der „Hochwächter“. Ein Mann, der keine Arbeit scheute, ein freier Unternehmer mit einem gewissen Grad an Bildung und hoher politischer Motivation. Wie noch zu sehen sein wird, war er ein Mann, dem es keine Schwierigkeiten bereitete, „zum Volke hinunterzusteigen“, sich aber als dessen politischer Aufklärer empfand. Malté war aufgrund seines Standes und seines Temperaments in eine revolutionäre Praxis involviert, die ihn stärker gefährdete als die vorsichtigen Rödinger und Tafel.

Der Botaniker Eduard Schmidlin wurde durch Malté mit Lohbauer bekannt gemacht¹²⁶. Er war zur Zeit der Verschwörung als Gärtner im königlichen Schloss in Stuttgart beschäftigt. Sein Vorgesetzter bemerkte, dass sich bei Schmidlin in den Jahren 1831 und 1832 Fahrlässigkeiten in seiner Arbeit bemerkbar machten, die im Gegensatz zu seinem früheren Eifer standen. Er erklärte sich dies insbesondere durch die gesellschaftlichen Kontakte Schmidlins mit dem Redakteur des *Hochwächters* Rudolf Lohbauer und gab in einem Gutachten über Schmidlin an, er hätte ihn vor dem Kontakt mit „einem derartigen Subjekt“ – gemeint ist Lohbauer – gewarnt, denn: „Seiner Majestät dem König [könnte] es nicht gleichgültig sein [...], daß ein Gartengehilfe, der alle Wochen in die Zimmer Seiner Majestät wegen des Aufstellens von Blumen freien Zutritt habe, mit einem Menschen wie Lohbauer auf einem freundschaftlichen Fuß lebe“¹²⁷. Er wurde des Versuches für schuldig befunden, den „Hochwächter ohne Censur“ und andere Flugschriften mit verbreitet zu haben.

Karl Kower (irrtümlich auch Kober), der mit Schmidlin eng befreundet war, der auch in der Namensliste der württembergischen Delegation nach Hambach auftaucht, war in auffallender Weise auf der Protestkundgebung in Echterdingen bei der Verteilung der Flugschriften „An die Teutschen in Württemberg“ und „Protestation und dringende Bitte“ beteiligt gewesen. Er wurde deswegen am 1. August 1832 festgenommen und später zu einer Haftstrafe verurteilt. Er hatte auch an einer

Freunde aus der Zeit des *Hochwächters* Rödinger und Tafel vergaßen ihn nicht und unterstützten ihn finanziell bis zu seinem Tod. Er starb unverheiratet am 15.3.1868 an einer Gehirnblutung. Standesamt Stuttgart, Familienregister Stuttgart.

¹²⁶ Eduard Schmidlin * Rottenburg 8.7.1808, † Dresden 1890. Schmidlin war Sohn eines Stuttgarter Kanzleiaktuars. Er lernte 1825 in Stuttgart die Höhere Gartenkunst. Von 1828 bis 1829 studierte er in Tübingen Naturwissenschaften, um seine Berufsausbildung zu vervollkommen. Schmidlin verließ den Gartenbau und wandte sich der Forschung und Lehre der Botanik zu. Auf diesem Gebiet publizierte er einige Bücher. Häufiger Ortswechsel kennzeichnete seine Existenz. 1854 zog er nach Teinach, 1856 kehrte er nach Stuttgart zurück. Darüber hinaus war er zweimal verheiratet. Seine zweite Frau, Anna Wallraff, war katholisch. Er heiratete sie am 22. November 1847. Gegen Lebensende leitete er ein Hotel im schweizerischen Thun. Schmidlin verstarb 1890 als Pensionär in Dresden. Die Vermutung, laut DOBLINGER/SCHMIDGALL, Schmidlin habe an dem revolutionären Frankfurter Wachensturm teilgenommen, ist nicht wahrscheinlich. DOBLINGER/SCHMIDGALL, Geschichte und Mitgliederverzeichnis, S.82.

¹²⁷ StaL E 319 Bü 18.

Bürgeraktion teilgenommen, die dem König am 31. Juli 1832 eine Protestnote überreicht hatte. Kower galt als stürmisch und temperamentvoll und war für die „Hochwächter“ von zweifelhaftem Wert. Kower sagte aus, er hätte sich einer eventuell ausbrechenden republikanischen Revolution in Deutschland – egal ob durch externe oder interne Faktoren verursacht – gewiss angeschlossen. Sein Ziel, ebenso wie das Ziel Lohbauers, sei es gewesen, den Boden für den Tag des großen Volksaufstandes vorzubereiten¹²⁸.

Der radikale Publizist Karl Gutzkow, der sich 1832 in Württemberg aufhielt, obwohl nicht zum „Hochwächerkreis“ gehörig, beteiligte sich an der Flugschriftenaktion. In dessen anonym geschriebenen Flugblatt „Divination auf den nächsten Württembergischen Landtag“, das er in Hanau drucken ließ, trat er der Illusion entgegen, dass man auf dem Wege innerer Reformen zu einem parlamentarischen System nach englischem Vorbild gelangen könnte, wo der König „eine willenlose Eroberung [ist], die jede Partei machen kann“¹²⁹. „Nicht die Fürsten mache man vom Bundestag frei, das wäre vergebliche Mühe [...] Oder denkt man gar, die Zukunft werde befreite Könige, und nicht entfesselte Völker brauchen?“¹³⁰

Auch Lohbauers Strategie lief darauf hinaus aufzuzeigen, dass eine schrittweise und friedliche Implementierung der bestehenden Verfassung gegen den Willen Österreichs, Preußens und Russlands keinerlei Chancen hätte. Aus taktischen Gründen schob er dem Bund die Hauptlast zu, obwohl er dem württembergischen König ebenso wenig Konzessionsbereitschaft zutraute. Die zunehmend eingeschränkte öffentliche Meinung, die mit der Auflösung des „Vergeblichen Landtags“ einen Höhepunkt erreichte, bestärkte Ultraliberale wie Lohbauer in ihrer Skepsis gegenüber den Entfaltungsmöglichkeiten des bestehenden deutschen Konstitutionalismus.

Der vorzeitigen Auflösung des „Vergeblichen Landtags“ folgten Neuwahlen im Mai 1833. Die Einschränkung der freien Meinungsäußerung begünstigte das Untertauchen der Kritik und die Verbreitung radikaler Druckschriften. Zwei Flugschriften „Eins ist Noth“ und „Gespräch eines Oberamtmanns und eines Wahlmanns über den Württembergischen Landtag von 1833“¹³¹ wurden bei der Witwe Silbermann in Straßburg gedruckt und illegal nach Württemberg eingeschleust, wo sie im April verbreitet wurden. Zu diesen Schriften wäre auch „Der vergebliche Landtag Württembergs im Jahre 1833“ hinzuzufügen¹³².

¹²⁸ Akt. Darst. alt, S. 74.

¹²⁹ GUTZKOW, *Divination*, S. 13.

¹³⁰ „O ihr lächerlichen mit republikanischen Institutionen umgebenen Throne! Ihr getäuschten Demokraten, die ihr am Arm eurer Fürsten in den Tempel der Freiheit treten wolltet! Ihr beweinenwerten Jakobiner, die ihr euren Großherzögen die rote Mütze aufsetztet!“; ebd. Damit distanzierte sich Gutzkow von der, wenn auch taktischen Haltung etwa der radikalen Oppositionellen in Württemberg, wie Rödinger und Tafel, die den Fürsten der konstitutionellen Staaten im Süden, eine grundsätzliche Bereitschaft zu weitgehenden Reformen zubilligten.

¹³¹ Eins ist Noth, HstaS E 146 Bü 4753.

¹³² Der vergebliche Landtag Württembergs im Jahre 1833.

Als Verfasser der ersten Flugschrift – „Eins ist Noth“ – werden „mehrere deutsche Patrioten“ angegeben. Die Auflage erreichte 500 Exemplare. Laut Gerichtsaussagen standen Rödinger und Tafel hinter dem Druck und der Austeilung der Flugschrift. Tafel wurde sogar als möglicher Autor des Texts vermutet, was sich jedoch nicht verifizieren ließ¹³³. „Eins ist Noth“ war die wohl extremste Schrift aus der Produktion der „Hochwächterfraktion“. Sie wurde nach der Auflösung des Vergeblichen Landtags am 22. März 1833 noch im Frühling 1833 abgefasst und verbreitet. Zu diesem Zeitpunkt schwenkten Rödinger und Tafel wieder auf eine sehr radikale Haltung um. Diese Broschüre trug die römische Ziffer Eins, ein Hinweis auf eine geplante Fortsetzung der Reihe, die jedoch niemals erfolgte. Malté wurde beschuldigt, 500 Exemplare dieser Broschüre von einem anonymen Absender aus Balingen mit der Bitte erhalten zu haben, sie zusammen mit E. Schmidlin zu verteilen. Exemplare dieser Schrift wurden in den Straßen, Wirtschaftshäusern und an anderen Orten aufgefunden. Von dem Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes, Friedrich Fieß¹³⁴ aus Hemmingen im Oberamtsbezirk Leonberg ist bekannt, dass er einige Ausgaben dieser Schrift im Wirtshaus „Zur Sonne“ aus dem Stiefel gezogen und mit den deftigen Worten: „[E]in Hundsfott, wer ihn verrate“ unter den Gästen verteilt hat¹³⁵. Die zweite Flugschrift „Gespräch eines Oberamtmanns und eines Wahlmanns über den Württembergischen Landtag von 1833“ erreichte eine Auflage von 1.000 Exemplaren. Ihr Verfasser war wohl der radikale württembergische Journalist Heinrich Elsner¹³⁶, der sich ebenfalls zu jener Zeit in Straßburg aufhielt. Elsner erwies sich als einer der hervorstechendsten radikalen Schriftsteller Württembergs. Es hieß: „Diese Feder (Elsners) war auf dem Gebiet des Journalismus die schneidigste, die Württemberg je gehabt hat“¹³⁷. Die Verbreitung auch dieser Schrift in Württemberg erfolgte im Wesentlichen durch Malté und E. Schmidlin, die mit Lohbauer auch nach seiner Flucht nach Straßburg weiter verkehrten. Letzterer dürfte aus dem Straßburger Exil für die Lieferung zuständig gewesen sein¹³⁸. Malté wurde ausdrücklich der wohl im April 1833 erfolgten Verteilung von 1.000 Exemplaren dieser aufwieglerischen Schrift für schuldig befunden. Diese Broschüre wurde im ganzen Königreich verbreitet und an wichtige, liberal gesonnene

¹³³ Akt. Darst. alt, S. 115 f.; Akt. Darst. neu, S. 47.

¹³⁴ Friedrich Fieß * Hemmingen 15. 6. 1796. Fieß war laut Akten wirtschaftlich „nicht schlecht prädicirt“, also gut situiert. Sein Vermögen wurde mit 30.000 fl. beziffert. StAL E 319 Bü 40.

¹³⁵ Zu den Einzelheiten siehe Akt. Darst. neu, S. 47 ff.

¹³⁶ Akt. Darst. alt, S. 115; Akt. Darst. neu, S. 47. Heinrich Elsner * Hedelfingen 31. 12. 1806, † Wangen/Oberamt Cannstatt 30. 6. 1858. Elsner war Sohn eines Pfarrers. Er selbst studierte Theologie in Tübingen und wollte wie sein Vater in den kirchlichen Dienst treten. Unter dem Einfluss von David Friedrich Strauß wechselte er zum Journalismus über.

¹³⁷ MÜLLER-PALM, 50-jähriges Jubiläum, S. 27. R. Krauss stellte fest: „Ohne Frage ist er den ersten journalistischen Talenten Württembergs zuzuzählen“; KRAUSS, Schwäbische Literaturgeschichte 2, S. 175.

¹³⁸ Akt. Darst. alt, S. 117. Wahrscheinlich haben auch Rödinger und Tafel bei der Verbreitung der Schriften geholfen; ebd.

Persönlichkeiten verschickt. Heinrich Elsner war wohl der Verfasser auch der dritten Flugschrift. Malté wurde auch des Versuchs der Verbreitung von 200 Exemplaren des Flugblattes „An die Deutschen“ aus der Feder Harro Harrings beschuldigt, die in Straßburg gedruckt und ihm, wie die anderen dort gedruckten Flugschriften von Lohbauer zugeschickt worden war¹³⁹.

Die Kundgebung in Echterdingen war, trotz zunehmender Einschnürung der öffentlichen Protestformen, keine Einzelercheinung. Ein geselliges Treffen der Stadthonoratioren der Bezirksstadt Spaichingen auf dem nahegelegenen Dreifaltigkeitsberg am 11. Juli 1832 wurde von dem radikalen Rechtsanwalt Karl Friedrich Rheinwald, der sich auch in Echterdingen hatte antreffen lassen, für seine politisch-radikalen Zwecke ausgenutzt. Er erschien auf dem Treffen an der Spitze einer Gruppe von 22 Männern, die aus dem benachbarten Rottweil gekommen waren, und versuchte dem Treffen eine politische Richtung zu geben, die den Honoratioren aus Spaichingen nicht genehm war. Es wurde das revolutionäre Hambacher Lied „Fürsten zum Lande Hinaus“ gesungen. Rheinwald griff die Landesfürsten an, die Verfassungen gewährten, als sie um ihren Thron bangten, um sie später zu hintergehen. Er verglich die Deutschen mit den afrikanischen Sklaven, die aus ihren Schiffskäfigen während des Sturmes entlassen werden, um bei Einkehren der Meeresstille wieder eingesperrt zu werden. Er forderte die Einberufung einer Nationalversammlung als ein Weg zur deutschen Einigung. Er rief zum zivilen Ungehorsam auf, zur Verweigerung von Steuern und Abgaben, zur Nichtachtung der Schranken und Mautlinien, die „ein Nachbarvolk vom anderen trennen.“ Er verwies auf die Engländer, die mit der Drohung der Steuerverweigerung und durch ihre kämpferische Haltung die „Reform Bill“ von 1832 durchgesetzt hatten. Schließlich erhob sich der Arzt Dr. Winker, der ebenfalls zu der Gruppe gehörte, und las den rund 60 Einheimischen aus einem gedruckten Exemplar der radikal-demokratischen französischen Verfassung von 1793 die am Anfang stehenden Artikel der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vor. Diese enthielt im Vergleich mit der früheren Erklärung von 1789 die Verpflichtung des Staates den Unterhalt der Bürger zu sichern, entweder durch Beschaffung von Arbeit oder durch materielle Fürsorge für die Nichtarbeitsfähigen. Die Idee der gegenseitigen gesellschaftlichen Bürgerschaft für das Wohl aller ist damit ausgesprochen. Die neue Erklärung strebte den allgemeinen Schulunterricht zur Förderung der öffentlichen Aufklärung an. Die Verfassung sah das allgemeine, zensusfreie und direkte Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger über 25 Jahre vor. Indirekt sollten die Präfekten, Schiedsrichter, Strafrichter und Richter der Kassationshöfe gewählt werden¹⁴⁰.

¹³⁹ Akt. Darst. neu, S. 47; Akt. Darst. alt, S. 117.

¹⁴⁰ So berichten die Quellen. Ein Text dieser „Erklärung“ liegt nicht vor. Ihr Inhalt bleibt daher unbekannt. Die Quellen sprechen davon, es hätte sich um die vom Konvent angenommene „Erklärung“ gehandelt. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass Rheinwald sich auf die Echterdinger Formulierung stützte. Über die Ereignisse in Spaichingen: Akt. Darst. alt, S. 76–80 und StaL E 319 Bü 40; HstaS E 10 Bü 165; HstaS E 301 Bü 252.

Am 31. Juli kam es zum Protest von Bürgern in Stuttgart. Die Zahl der Teilnehmer lag schätzungsweise zwischen 300 und 1.000¹⁴¹. Eine Reihe von Protesten anderer Körperschaften, wie zum Beispiel der Oberamtsversammlung in Ravensburg, des Stadtrats von Stuttgart, des Stadtrats von Backnang, die Petition Stuttgarter Bürger auf Initiative des Rechtsanwalts und Landtagsabgeordneten Walz, der Bürger der Städte Ulm und Leutkirch und einer Anzahl kleinerer Städte, darunter Sulzbach, Eberstadt und Ellhofen im Oberamt Weinsberg, brachten den in der Öffentlichkeit herrschenden Zeitgeist zum Ausdruck. Koseritz gab an, er habe von dem Gürtler Dorn¹⁴² gehört, einige der Bürger, die die Protestpetition in Stuttgart eingereicht hätten, darunter der Arzt und eingeschworene Polensympathisant Schäuffelen, ein ehemaliges Mitglied des Jünglingsbundes, seien mit Schwertern bewaffnet gewesen¹⁴³.

Neben den Flugblattaktionen agitierte diese Gruppe auch in angeblich nicht politischen Vereinen, um der Aufsicht der Behörden zu entgehen. Ein Beispiel hierfür war die vom *Hochwächter* gegründete „Mittwochsgesellschaft“, später „Montagsgesellschaft“, in denen politische Aufklärung unter Bürgern und Kleinbürgern, Handwerker eingeschlossen, geleistet wurde. Auch die zur gegenseitigen Hilfe gegründeten Vereine der Gesellen, Handwerker und des Frühproletariats dienten als Plattform politischer Agitation. Ein Beispiel hierfür war der „Pechkranz“ in Stuttgart¹⁴⁴. Diese Gruppe war militanter und eindeutiger als die politisch exponierten „Honoratioren“ an der Spitze der „Hochwächterpartei“ wie Rödinger und Tafel. Zu ihr zählten, neben Lohbauer selbst, Malté und E. Schmidlin aus Stuttgart, der Architekturstudent Ferdinand Weihenmaier aus Ludwigsburg und der schon erwähnte Karl Kower aus Reichenbach, der seine praktische Ausbildung im Bereich des Berg- und Minenbaus absolvierte.

Weihenmaiers Vater, ein Liberaler, der durch seine Ansichten den Militärgouverneur von Ludwigsburg, General von Hügel, in Rage brachte, war Stiftungsverwalter in Ludwigsburg und Vertreter des Oberamts Ludwigsburg im „Vergeblichen Landtag“. Wahrscheinlich hat Ferdinand Weihenmaier schon im Elternhaus die liberale Haltung angenommen¹⁴⁵. Nicht weniger wichtig war dann wohl seine, schon während der Schulzeit geknüpfte Bekanntschaft mit Lohbauer¹⁴⁶. Auch A. Krauß war einer seiner Jugendfreunde, der ihn beeinflusst hatte und dem er seine radikalen Positionen anvertrauen konnte¹⁴⁷. Krauß brachte Weihenmaier

¹⁴¹ HstaS E 319 Bü 57.

¹⁴² Dorn war ein enger Vertrauter Koseritz' und ein wichtiges Glied der Verschwörung.

¹⁴³ BHstaM Abt. II. MA 3004; HstaS E 9 Bü 57–58. Wilhelm Friedrich Schäuffelen * Stuttgart 25.3.1796, † Oehringen 1869. Schäuffelen diente 1813 im Feld als Unterarzt. Als ehemaliges Mitglied des Jünglingsbundes büßte er 3,25 Jahre in Festungshaft; vgl. Schmidgall, Tübinger Burschenschaft, S. 62.

¹⁴⁴ Zu diesem Verein gegenseitiger Hilfe der Schuhmachergesellen siehe S. 360–370.

¹⁴⁵ Ferdinand Friedrich Weihenmaier * Cannstatt 8.3.1812, † Heilbronn. Nach der Entlassung aus der Haft wurde er 1845 Stadtbaumeister in Heilbronn.

¹⁴⁶ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

¹⁴⁷ HstaS E 9 Bü 116.

schließlich mit Koseritz zusammen, welcher ihn zur Kontaktaufnahme mit Unteroffizieren in den Wirtshäusern Stuttgarts aufforderte und versprach, ihm bei dieser Werbungs- und Überzeugungsarbeit eine Hilfe zur Seite zu stellen¹⁴⁸. Weihenmaier erklärte Koseritz wohl bei späterer Gelegenheit, es sei ihm gelungen, einige Unteroffiziere und Schuhmacher zu gewinnen¹⁴⁹. Weihenmaier war von 1830 bis 1833 Architekturstudent auf der Kunst- und Gewerbeschule in Stuttgart¹⁵⁰. Während seiner Ausbildung kam er wahrscheinlich auch erstmals mit Handwerkern in Kontakt, mit denen er wie mit ihresgleichen verkehrte, so wie er in Jugendjahren mit einem Schuhmacherlehrling Umgang gepflegt hatte, der ihn später wiedertraf, Geld von ihm lieh und ihn zum Besuch in die Herberge der Schuhmacherlehrlinge aufforderte, wenn er das Geld zurückgezahlt haben wollte. Auf diesem Wege war Weihenmaier in den Hilfsverein der Schuhmacherlehrlinge geraten¹⁵¹.

C. Begriffliche Standortbestimmung

1. „Ultraliberalismus“

Der neue, sich in Württemberg nach der Julirevolution herausbildende Liberalismus unterschied sich von dem bis dahin vorherrschenden untertänigen Beamten- und Kammerliberalismus, also von jenem alten, eher „domestizierten“ Liberalismus, der in der Nachfolge der Ehrbarkeit gestanden hatte¹⁵². Er knüpfte an den radikalen Liberalismus, wie er in Europa und auch in Deutschland in der Restaurationszeit zum Vorschein kam, an. Er war nicht aus einem Guss und wies verschiedene Nuancen auf. Kennzeichnend für diesen Liberalismus war die wechselseitige Beziehung zwischen parlamentarischer und radikalerer, außerparlamentarischer bis hin zu revolutionärer Tätigkeit¹⁵³. Sammelpunkt und Steuerungszentrale dieses neuen Liberalismus war der *Hochwächter*. Nach außen gab er sich zu Beginn reformwillig. Dabei sollte der verletzte konstitutionelle Rahmen ausgeschöpft und der Weg für systemverändernde Reformen freigemacht werden. Die enttäuschten Hoffnungen führten zu einer Verschärfung des Tons und zu dem Versuch, den Boden für eine Revolution vorzubereiten. Zu einem bedeutenden Radikalisierungsschub in ganz Süddeutschland kam es aber schon vorher, nämlich nach

¹⁴⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ HstaS E 143 Bü 575.

¹⁵¹ StaL E 319 Bü 12.

¹⁵² Gutzkow bezeichnete die Vertreter dieses Liberalismus als „literarische Nobilitäten“. Deren prominentester Vertreter war der von ihm verspottete Uhland. HOUBEN, Karl Gutzkow, S. 258 ff. Zugunsten Uhlands muss gesagt werden, dass er sich trotz alledem der neuen liberalen Strömung anpasste, auch wenn er natürlich nicht zu deren radikalen Elementen gehörte.

¹⁵³ HILDEBRANDT, Programm und Bewegung, S. 7–45, hier: S. 33.

dem Fall Warschaus am 8. September 1831. K. Hagen konstatiert: »[S]elbst die Radikalsten wollten nichts weiter, als den Ausbau des konstitutionellen Systems: Aber ungefähr seit dem Falle Warschaus traten die Gegensätze immer schärfer heraus«¹⁵⁴. In Württemberg führte dies zur Aufnahme einer verdeckten revolutionären Tätigkeit, parallel zu einer öffentlichen und halböffentlichen Kampagne. An der Spitze der konspirativen Tätigkeit stand Koseritz mit teils stillschweigender, teils aktiver Rückdeckung der „Hochwächter“.

Der Einfluss des Falls der Stadt Warschau auf die Radikalen in Württemberg spiegelte sich auch in den Worten Koseritz' wider, der aussagte: „Durch den Fall Warschau [...] wurde ich von einem Liberalen [zu] ein[em] Ultraliberale[n]“¹⁵⁵. Für ihn und für Gleichgesinnte bedeutete der Fall Warschau eine Zäsur in der revolutionären Phase, die mit der Julirevolution begonnen hatte. Wenn bis dahin die Hoffnung, Deutschland gerate in eine Art europäische, revolutionäre Zangenbewegung von West und Ost, für ihn bestimmend war, so war die Zeit gekommen, auch selbstständig einer Revolution zuzuarbeiten. Was den Ultraliberalen laut Koseritz nun ausgemacht hätte, war die Hinwendung zur aktiven revolutionären Tätigkeit.

Der Fall Warschaus symbolisierte den Sieg der brutalen russischen Reaktion über das um seine Freiheit kämpfende Polen. Während Frankreich, das die Polen zum Aufstand ermuntert hatte, abseits stand und die konstitutionellen Staaten in Süddeutschland ebenfalls keinen Finger rührten, schlug die Sympathiewelle für Polen in Süddeutschland hoch, als die polnischen Flüchtlinge scharenweise auf ihrem Weg nach Frankreich durch das Land strömten.

In seiner Abhandlung „Über den politischen Liberalismus und Ultra Liberalismus“ schreibt der regierungsfreundliche Verfasser von Weber aus Tübingen, im politischen Sprachgebrauch hätten die Ausdrücke „liberal“, „servil“ und „ultraliberal“ Begriffe parteilicher Zugehörigkeit, wie „aristokratisch“, „demokratisch“, „monarchisch“ und „jakobinisch“ von 1789 abgelöst¹⁵⁶. Seiner Meinung nach hielten sowohl die Liberalen als auch die Ultraliberalen an der konstitutionellen Monarchie fest. Jedoch neigten die Liberalen zu einer aus monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen zusammengesetzten Legislative, während „die Ultraliberalen [...] das demokratische Prinzip bedeutend vorherrschen lassen“ wollten¹⁵⁷. Bei Wilhelm Krug, Philosophieprofessor aus Leipzig, umfasst der extreme Liberalismus auch die radikale Demokratie: „Er [der extreme Liberalismus] wird dann allerdings revolutionär und heißt mit Recht Ultraliberalismus, Jakobinismus, Sanskulottismus, Radikalismus, Karbonarismus“¹⁵⁸. „Ultraliberal“ war ein Sammelbegriff, der auch Demokraten und Revolutionären Deckung bot.

¹⁵⁴ HAGEN, Geschichte der neuesten Zeit 2, S. 439.

¹⁵⁵ HstaS E 285 Bü 81.

¹⁵⁶ WEBER, Über den politischen Liberalismus, S. 51.

¹⁵⁷ Ebd., S. 60.

¹⁵⁸ KRUG, Geschichtliche Darstellung, S. 173.

Das ultraliberale Etikett wurde vom „Anpassungsliberalismus“¹⁵⁹ denen angeheftet, die in den Verdacht gerieten, die Grundfesten der bestehenden politischen Ordnung unterminieren zu wollen. Lohbauer, der vorsichtiger als Koseritz war und vielleicht zunächst auch weniger radikal, polemisierte gegen Karl Seeger über dessen Definition des *Hochwächters* als ultraliberal. Lohbauer rechtfertigte sich und meinte, er bringe den wahren Liberalismus zum Ausdruck, während Seeger ihn in die ultraliberale Ecke drängte¹⁶⁰.

Hier entfaltete sich die Kluft zwischen dem „domestizierten“, autoritätshörigen und systemkonformen „Vermittlungsliberalismus“¹⁶¹ alten Stils eines Pölitz, Krug oder Seeger und dem „systemkritischen“, seit 1830 emporschießenden Liberalismus, der im Frühkonstitutionalismus ein auf lange Sicht unhaltbares Konnubium zwei entgegengesetzter Prinzipien sah. Die offenrepublikanische Variante des Ultraliberalismus entsprach auch über Württemberg hinaus den Positionen, die im PVV und in Hambach zum Ausdruck kamen.

Der *Hochwächter* ging in seiner Forderung, die Verfassung zu revidieren¹⁶² und die Minister dem Landtag gegenüber politisch verantwortlich zu machen für damalige Verhältnisse sehr weit¹⁶³. Hier forderte die Zeitung mehr als eine vollständige Implementierung der Verfassung. Vielmehr trat sie für einen Übergang zur parlamentarischen Regierungsform ein. Der, dem *Hochwächter* nahestehende Albert Schott hatte im Landtag häufig die Anschauungen der Zeitung vertreten und war in der Vergangenheit bereits durch seinen Einsatz für den griechischen Befreiungskampf aufgefallen. Auch hatte er während der Zeit der Restauration wiederholt seine Unterstützung für die radikalen, französischen Oppositionellen, die in Stuttgart Zuflucht gefunden hatten, zum Ausdruck gebracht. Schott setzte sich ausdrücklich für eine parlamentarische Monarchie ein. „Herr Schott ist in der französischen und englischen Schule des parlamentarischen Lebens gebildet. Man verfolge die Verhandlungen früher Landtage und wird ihn immer an deren Spitze sehen, wenn es sich um die radikalsten Ideen der neuen Zeit handelte“, so das Urteil Gutzkows¹⁶⁴.

Gottlob Tafel, Mitherausgeber des *Hochwächters* und seit Dezember 1831 ebenfalls gewählter Landtagsabgeordneter, sah anfangs im englischen Parlamentarismus ein nachahmenswertes Beispiel. W. Menzel, der deutschtümelnde „Literaturpapst“ erzählte von: „Tafel, der in England die Parlamentsreden studierte“¹⁶⁵. Tafel sah aber ein, dass zu einem starken Parlament auch eine starke, von dem Staat unabhängige öffentliche Meinung gehörte: eine „öffentliche Stimme“, die ein Gegengewicht zu der „Öffentlichkeit der öffentlichen Gewalt“ sein sollte¹⁶⁶.

¹⁵⁹ Ebd., S. 169.

¹⁶⁰ *Hochwächter*, 1.5.1832.

¹⁶¹ BRANDT, Restauration, S. 27.

¹⁶² *Hochwächter*, 26.5.1831.

¹⁶³ Ebd., 3.6.1831.

¹⁶⁴ GUTZKOW, Divination, S. 24.

¹⁶⁵ DERS., Rückblicke auf mein Leben, S. 78.

¹⁶⁶ *Hochwächter*, 11.11.1831; HABERMAS, Strukturwandel, S. 42.

Aber in Württemberg war es nicht weit her mit der freien Öffentlichkeit, nachdem die Zensur verschärft, die politischen Vereine verboten und die Landtagskandidaten, die mehrheitlich Staatsbeamte waren, unter Druck der Behörden gerieten. Die Regierung scheute sich auch nicht, Wahlmanipulation zu betreiben, um in der Abgeordnetenversammlung über eine eigene regierungstreue „Partei“ verfügen zu können¹⁶⁷. Wenn die Regierung nicht einsichtig genug sei, so entgegnete der *Hochwächter* dem Vertreter des gemäßigten Liberalismus Seeger, Reformen einzuleiten, die seiner [des *Hochwächters*] Anschauung nach einer wahrhaft konstitutionellen Monarchie entsprächen, so sei sie zum Untergang verdammt. Wörtlich hieß es: „[S]omit sollte der Verfasser der ‚Vaterländischen Briefe‘ [Seeger] wissen, dass Regierungen nicht gestürzt werden, sondern daß sie von selbst fallen, und zwar dann, wenn sie den Geist ihrer Zeit nicht begreifen, wenn sie sich Konzessionen abnötigen lassen, welche sie zu rechter Zeit machen sollten“¹⁶⁸. Die Drohung mit dem Ende der bestehenden politischen Ordnung ist offensichtlich, obwohl sie als eine Art Implosion statt als gewaltsamer Sturz verharmlost wird. Am 30. Mai 1832 nahm der *Hochwächter* wieder den „vaterländischen“ Seeger aufs Korn. Die folgenden Passagen wurden von der Zensur gestrichen und folglich dem Zensurlückenband entnommen: „Warum wandern denn aus einem Lande, das nach Herrn Prokurator Seegers vaterländischen Briefen so glücklich, gesegnet und reich ist, so viele aus? Darum, weil wir weder so glücklich, noch so reich sind, als Herr Seeger aus seiner Residenzbrille gesehen hat. Darum, weil der schlichte Verstand begreift, daß in diesem überfüllten Kartoffellande die übergroße Konkurrenz keinen Verdienst mehr zulässt, daß, gelingt es ihm auch, sich selbst ehrlich durch [zu] bringen, seine Kinder unter noch größeren Drangsalen beginnen müssen. Deswegen suchen sie ein Land, wo bei kleinerem Vermögen, Kraft und Fleiß sorgenfreies Fortkommen, hellere Zukunft den Kindern sichern, (wo die Früchte der Arbeit durch Abgaben aller Art nicht übermäßig belastet sind). Die Zensur läßt den Amerikanern nicht einmal den Ruhm ihrer leichtern Abgaben, gegenüber denen, die der Württemberger zu tragen die Ehre hat. Beste Zensur, es hilft nichts mehr; der Bauer weiß es schon, daß er ein bißchen hart angelegt und er ist so gutmütig, sich mehr über deine Unerfahrenheit zu verwundern, daß du das Allbekannte unbekannt bleiben lassen willst, als daß er über die ohne deine Erlaubnis gemachte Bemerkung zur Heugabel griffe, – um seine Lasten ein wenig abzuladen und leichter zu fahren“¹⁶⁹.

Unmissverständlich deutet der Autor darauf hin, dass neben der Auswanderung nach Amerika dem Bauern eines Tages der Kragen platzen und er dann zur Heugabel greifen könnte, was als Metapher für einen Aufstand zu verstehen war. Am 6. Juli 1832 teilte der *Hochwächter* dem Bund und den Fürsten eine Warnung mit, die natürlich gestrichen worden war: „Wer Wind säet, wird Sturm ernten! – Was ist

¹⁶⁷ *Hochwächter*, 11. 11. 1831.

¹⁶⁸ Ebd. 13. 5. 1832. (Hervorhebung Gad Arnsberg).

¹⁶⁹ *Hochwächter* ohne Censur, S. 93.

diese dumpfe Stille über Deutschland? dies geheimnisvolle Treiben? dieses regsame Schweigen? Ist es die Stille vor dem Sturm?“¹⁷⁰ Die Drohung mit einer nahenden Revolution war unverhohlen.

2. Die Formel der „gesetzmäßigen Revolution“

Was für eine Revolution schwebte den „Hochwächtern“ vor? Sollte es eine politische und soziale sein, die in eine Republik nordamerikanischen Musters einmündete, wofür obige Passage neben anderen, noch anzuführenden Stellen sprechen würde? Sollte es gar eine Republik französischen Musters oder eine „gesetzmäßige Revolution“ zum Schutz und zum Ausbau der durch Bund und Landesregierung verletzten Verfassung sein? Die letztere Position war älter als die erstere und blieb weiterhin bestehen, parallel zu immer deutlicher werdenden republikanischen Zielvorstellungen. Die „Hochwächter“ legten sich da nicht fest. Die Rechtfertigung einer „gesetzmäßigen Revolution“ entsprang dem, in der liberalen und demokratischen Theorie beanspruchten Widerstandsrecht des Volkes gegen staatliche Willkür oder Tyrannei, die dem „natürlichen Recht“ widerspräche. Je radikaler die Haltung der „Hochwächter“ allerdings wurde, umso mehr dürfte diese Formel taktischen Zwängen der Vertuschung republikanischer Ziele in der öffentlichen Kampagne entsprochen haben. Auch die Mischung beider Haltungen ist denkbar; hier diente die Julirevolution als Vorbild. Auslöser dieser Revolution war bekanntlich das Aufbegehren der Liberalen und Republikaner gegen die Verletzung der *Charte*. Für letztere war dies jedoch nur ein Anlass zur Revolution, die letztlich in eine Republik hätte führen sollen.

Die Begründung für eine „gesetzmäßige Revolution“ im *Hochwächter* kam im Hauptartikel vom 20. Juli 1832 zum Ausdruck, der größtenteils von der Zensur gestrichen worden war: „Seit dem Wiener Kongreß suchte Österreich seine Suprematie in Deutschland nach alter Reichsgewalt geltend zu machen, während Preußen seine teutschümliche Popularität nach Außen, den politischen Aufschwung nach Innen nutzend, als Rivale Österreichs auftrat, die geographische Zerrissenheit seiner Ländereien in Form eines Militärstaats zusammenhaltend. So ängstlich sich beide Staaten beobachteten, so gierig richteten beide ihre Blicke auf die kleineren Staaten“¹⁷¹. Den kleineren Staaten wurde somit eine Politik vorgegeben, die in der Wahrung ihrer Souveränität und ihrer Unabhängigkeit von den Diktaten der Großmächte bestand. Da die kleineren Staaten nicht über die physischen Mittel verfügten, um sich den Demütigungen der Mächtigen entgegenzustellen, verblieb ihnen nur die Möglichkeit, ihre moralischen Kräfte unentwegt zu stärken. Die Mittel hierzu seien, laut *Hochwächter*, „nach innen die Entwicklung freisinniger Institutionen zu Belebung des Bürgergeistes und des Gemeinsinns, nach außen die Erweiterung des Gedanken-Austauschs und merkantilischen Verkehrs oder natio-

¹⁷⁰ Ebd., S. 122.

¹⁷¹ Ebd., S. 126.

nalere Annäherung als Glieder der großen deutschen Familie¹⁷². In diesen Staaten entwickelte sich eine Geistesbildung, die in die Massen eindrang und es entwickelte sich rasch ein konstitutionelles Leben, welches „den ums Supremat ringenden Mächten bedenklich erschien“¹⁷³. Diese versuchten die Oberhäupter der kleinen Staaten davon zu überzeugen, ihre Souveränität bestehe in unbeschränkter Gewalt des Staatsoberhauptes dem Volke gegenüber¹⁷⁴.

Dadurch gerieten die Regierungen der kleineren konstitutionellen Staaten in einen Konflikt mit ihren Bürgern, was die Abhängigkeit dieser Regierungen von den Großmächten Österreich und Preußen als vermeintlichen Schutzpatronen vergrößerte. So bewirkten die Großmächte die Annahme von Bundesbeschlüssen, „durch welche freie Gedankenmitteilung zuerst in der Schrift, dann bald darauf in der Rede gehemmt werden sollten, indem man überall die Drohungen durchscheinen ließ, die Regierungen des Schutzes gegen ihre unzufriedenen Untergebenen zu berauben, oder zum Schutz des Ganzen sie selbst zu mediatisieren“¹⁷⁵. Nachdem die Franzosen den Belgiern zur Hilfe kamen, die Holländer zurückschlugen und die Gefahr der Ausbreitung der Revolution in Europa Richtung Norden und Osten mit dem polnischen Aufstand zunahm, schien „es fremde[m] Gold gelungen, die französischen Interessen zu spalten, um diesen Herd der Freiheitsideen zu neutralisieren, als es den Federhelden gelang, die Streitfrage der Niederlande krämerisch hinzuhalten, da schien der Zeitpunkt, die deutschen Kleinstaaten zu entwaffnen“¹⁷⁶ gekommen zu sein. Die Regierungen der kleineren Staaten, statt sich durch einen lebendigen Konstitutionalismus die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit zu sichern, trieben einen Keil zwischen die Gebildeten, die der Staat durch aufgebauschte Verwaltungen in den hörigen Beamtenstand versetzt hatte, und der Masse des Volkes sowie der kleinen Zahl der freien Intelligenz. Laut *Hochwächter* verfolgten sie dieses Ziel, „indem man die dem Absolutismus immer Befreundeten – die Besoldeten, den Bezahlenden, welche natürlich demokratischer gesinnt sind, schroffer gegenüberstellte. Diese Maßregel ist in kleineren Staaten auch leichter, weil sie zu Ausprägung großartig scheinender Formen unverhältnismäßig mehr Besoldete aufstellen, deren sie dann weit weniger Unabhängige der gebildeten Klasse gegenüberzustellen haben; hiezu kommt noch, dass die meisten dieser Staaten weniger oder keine große Städte haben, in welchen Intelligenz und Wohlstand kompaktere Massen bilden, den Ton anzugeben. So gelang es denn durch Zensurzwang, Verbot der Vereine, der Zusammenkünfte, der Volksfeste u. a. die Besoldeten zuerst zur Schweigsamkeit und Zurückgezogenheit aus Furcht zu nötigen, bezahlte Stimmen zum Aufruf der Servilen ertönen zu lassen, [...] und so des Volkes Tatkraft zu lähmen“¹⁷⁷. Da es der Ausbildung freisinniger Institutionen

¹⁷² Ebd., S. 127.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Ebd. (Hervorhebung Gad Arnsberg).

in diesen Staaten noch mangelte, sind die Kleinstaaten der Willkür ihrer Herrscher leichter ausgesetzt gewesen, „als ihre Regenten glauben gemacht worden sind, ihre Völker betrachten sie mit neidischen Augen, daß sie fremden Schutzes nicht entbehren können“¹⁷⁸. Der *Hochwächter* klagte, nicht zuletzt auch aus taktischen Gründen, die Fürsten der kleineren Staaten an, sich missbrauchen zu lassen durch Österreich und Preußen gegen ihre eigenen Völker, wodurch sie auch letztlich ihre Unabhängigkeit einbüßten und in das Schlepptau der autoritären Mächte geraten würden. Die Kollision zwischen Volk und Fürstenstaat, die mögliche Revolution, ließe sich nur dann vermeiden, „wenn [...] die Kleinstaaten durch Belebung freisinniger Institute, durch Eröffnung der Gedankenmitteilung in Schrift und Rede ihre moralische Kraft [entfalten würden], durch freien Verkehr mit ihren Nachbarn und Schicksalsgenossen eine nationale Annäherung [hervorbrächten], durch Ersparnisse in ihrem Haushalt ihre Bildungs- und Bewaffnungsmittel möglich [...] mach[t]en und zu vervielfältigen such[t]en. So mögen sie gerade die ihnen zu Gebote stehenden Mittel gebrauchen, die Souveränität der Staaten unter sich zu garantieren, wie die Selbstherrscher ihre Massen und Reichtümer aufbieten, die Souveränität der Selbstherrscher auf Kosten der Volkssouveränität durchzusetzen. Darum sind die sogenannten Haushaltsangelegenheiten der Kleinstaaten durchaus nicht unbedeutend in dem großen Interessenkrieg. Man sage nicht, eine Million vermöge nichts gegen 20–30 Millionen; schon die öffentliche Meinung ist ein Heer, Rechts-Bewußtsein und – Gefühl eine Schatzkammer! Versuchte es nur einer der Regenten zweiten oder dritten Ranges, (sein Ministerium im Sinn des Volks zu besetzen, seine Verfassung wahr zu machen und) an der Spitze seines Volks den großen Diplomaten zu opponieren. [J]ene Gewalten würden sich hüten, eigentliche Gewalt zu brauchen, da sie hierdurch das Rechtsgefühl ihrer eigenen Untertanen [...] verletzen, die gesittete Welt aber zum Kampf für die Menschenwürde unter Waffen rufen“¹⁷⁹.

Diese Auszüge aus dem Leitartikel des *Hochwächters* vermögen als Quintessenz der radikalliberalen Rechtfertigung einer „gesetzmäßigen Revolution“ zum Schutz des Konstitutionalismus vor einem Staatsstreich gelten.

Im Sinne der öffentlich ausgetragenen Kampagne zum Schutz des Konstitutionalismus vor dem Deutschen Bund und den Landesfürsten listete der *Hochwächter* am 12. August die Kollisionen der Bundesbeschlüsse mit der württembergischen Verfassung minutiös auf. Diese, von der Zensur weitgehend gestrichenen Passagen erschienen im Nachhinein im „Hochwächter ohne Censur“. Sie lauteten wie folgt: „Der König vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt. – Preußen und Österreich stellen ihre Militärmacht zur Disposition des Bundes, um ihre festbeschlossenen Anträge zu unterstützen.

Der Deutsche Bund ist ein Verein souveräner deutscher Fürsten und freier Städte. – Gesetze jedoch, welche der Regent kraft seiner Souveränität sanktioniert

¹⁷⁸ Ebd., S. 128.

¹⁷⁹ Ebd.

und verkündet, nachdem sie verfassungsgemäß beschlossen worden, muß er selbst aufheben, wenn der Bundestag erklärt, daß sie nicht bestehen dürfen.

Der König ist der oberste Chef der Militärmacht. – Der Bund behält sich jedoch vor, einen Generalissimus zu ernennen, welchem die Befehlshaber der verschiedenen Corps unbedingten Gehorsam zu leisten haben.

Der König ist das Oberhaupt des Staats. – Die durchlauchtigste Bundesversammlung kann aber, wenn sie es für geeignet erachtet, erklären, der König befinde sich in einer Lage, wo er ihre Hilfe zwangs- oder anstandshalber nicht ansprechen könne, und dann mit oder gegen seinen Willen (im letzteren Falle wird aber vorausgesetzt, er sei doch dabei, nur wisse er nichts davon) sein Land mit fremden Truppen besetzen zu lassen.

Ohne Beistimmung der Stände kann kein Gesetz aufgehoben, abgeändert oder authentisch erklärt werden. – Der Bundestag aber kann, ohne Beistimmung der Stände und auch ohne Beistimmung des Königs ein württembergisches Gesetz aufheben und abändern.

Die landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden. Ein organisches Bundesgesetz hat für den betreffenden Staat nur dann Wirksamkeit, wenn die Beistimmung seiner Regierung dabei war. – Der König als Bundesfürst aber kann in Frankfurt Gesetzen seine Beistimmung geben, welche die ihn als konstitutionellen Fürsten verpflichtenden Bestimmungen der Verfassung aufheben.

Der Staat sichert jedem Bürger Denkfreiheit. – Es versteht sich aber, daß die Freiheit der unsichtbaren Gedanken nicht bis zur Freiheit des sicht- oder hörbaren Wortes übergehen darf.

Die Freiheit der Presse findet in ihrem vollen Umfange statt¹⁸⁰. – Schriften unter 20 Bogen aber, so wie Zeitungen, Journale usw. müssen erst die Zensur passieren, ehe sie der Presse übergeben werden dürfen. Ebenso findet die Freiheit des Buchhandels mit der einzigen Beschränkung statt, – daß die Polizei, Werke, die ihr Mißfallen erregen, konfiszieren darf, und daß Journale, Zeitungen usw., die nicht in Deutschland gedruckt sind, die Genehmigung der Polizei vor dem Verkaufe erfordern.

Staatsdiener können wegen Verbrechen oder Vergehen nur durch Richterspruch ihrer Stellen entsetzt werden, wegen Unbrauchbarkeit und Dienstverfehlungen aber nur unter den vorgeschriebenen Formen, [...] – Staatsdiener auf Universitäten aber (Professoren) müssen [...] abgesetzt werden, wenn sie sich in die Politik mischen, ohne daß ein anderes Hindernis im Wege stehen dürfte.

¹⁸⁰ Hier interpretiert der *Hochwächter* salopp den Paragraphen 28 der württembergischen Verfassung als Garantie der Pressefreiheit. In diesem Paragraphen heißt es: „Die Freiheit der Presse und des Buchhandels findet in ihrem vollen Umfange statt, jedoch unter Beobachtung der gegen den Mißbrauch bestehenden oder künftig zu erlassenden Gesetze.“ Demnach ist die eventuelle Einschränkung der Pressefreiheit im Paragraphen eingebaut, was die Zensur durch die Karlsbader Beschlüsse zuließ.

Keine Steuer darf erhoben werden, ohne ständische Einwilligung. – Die Stände haben das Recht der Steuerverwilligung, nicht aber das der Steuerverweigerung.

Dem Ansinnen einer Steuerverwilligung muss jedes Mal eine genaue Nachweisung über die Notwendigkeit oder Nützlichkeit der zu machenden Ausgaben vorangehen¹⁸¹. – Bei den in die Bundeskasse zu zahlenden Geldern ist diese Nachweisung nicht zu führen.

Die Ständeversammlung übt selbst die Polizei ihres Hauses und ihrer Sitzungen, – in höherer Instanz aber eine von dem Bundestage zu Frankfurt ernannte Kommission. – Niemand kann wegen seiner, in der Ständeversammlung gehaltenen Vorträge zur Verantwortung gezogen werden; – die eben erwähnte Kommission wird aber genaue Aufsicht führen und dem Bundestag darüber berichten, der dann das Weitere beschließen wird.

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen und anders als in den durch das [Gesetz] bestimmten Fällen bestraft werden. – Der Bundestag aber kann einen württembergischen Bürger verurteilen, während einer Reihe von Jahren bei der Redaktion keines deutschen Blattes angestellt werden zu dürfen, was in Berücksichtigung der Qual und Pein der Zensur allerdings keine Strafe genannt werden kann¹⁸².

Im Anschluss an diesen Nachtrag, der an Deutlichkeit und Verbitterung über die Verletzung der Verfassung durch den Bund nichts zu wünschen übrig lässt, erscheint das bitter-böse satirische Gedicht mit dem Titel: „Neueste Hundes-Gesetze“, das sich auf die Juni/Juli Ordonnanzen des Bundes bezieht. Eine nicht vollständige Wiedergabe des Texts mag hier zur Veranschaulichung genügen:

„[...]
 Legt euch still zu meinen Füßen,
 Spitzt die Ohren, was man spricht!
 Horchen – das ist Hundespflicht.

 Wißt ihr, Bursche, was ihr seid?
 Hunde gestern, Hunde heut;
 Werd' euch also sagen gleich,
 Was sich bestens schickt für euch.
 Wer nicht folgt, der soll krepieren!
 Darum so vergesst nicht:
 Folgen – das ist Hundespflicht,

 Erstens nun: auf meinen Schrei
 Kommt ihr Alle flugs herbei,
 Merkt mit eu'rer Hundeseel'
 Auf den gnädigen Befehl;

¹⁸¹ Hier handelt es sich um das Budgetrecht.

¹⁸² Hochwächter ohne Censur, S. 160f.

Tummelt euch, mir aufzuwarten.
 Darum so vergesst nicht
 Dienen – das ist Hundespflcht.

Zweitens: durch die ganze Nacht
 Haltet eine gute Wacht!
 Laßt die Menschheit nicht herein!
 [...]

Bellet laut! vergesst nicht:
 Wachen – das ist Hundespflcht.

Drittens: wenn ich sag': fass an!
 Nehmet also gleich den Mann.
 Packt ihn fest mit Hundesmacht;
 Daß ihm Hirn und Rippe kracht.
 Dafür werd' ich euch mit Braten
 Speisen. D'rum vergesst nicht;
 Packen – das ist Hundespflcht.

Viertens: wenn ich auf die Pirsch
 Ziehe nach dem freien Hirsch,
 [...]

Mit den feinen Hundes-Nasen.
 Frisch darauf; vergesst nicht:
 Spüren – das ist Hundespflcht.

Fünftens: weil ich gnädig bin,
 Werf' ich täglich Futter hin;
 Doch mit Maß: denn jedem Hund
 Ist viel fressen ungesund.
 Kann ich eu're Rippen zählen,
 Dann wohl euch! vergesst nicht!
 Hungern – das ist Hundespflcht,

Sechs- und letztens sei's gesagt:
 Wer es, zu rebellen, wagt,
 Wer auch noch so leise murrst,
 Wider mich, den Herren knurrt,
 Dem peitsch ich die Hundes-Glieder
 Durch und durch. Vergesst nicht:
 Kuschen – das ist Hundespflcht¹⁸³.

¹⁸³ Ebd., S. 161 f.

Im Geiste dieses Gedichtes bezeichnete im August 1832 der *Hochwächter* die Regierungsform in Württemberg als „konstitutionelle Despotie“!¹⁸⁴ Lohbauer war sich der Aussichtslosigkeit seines Appells an den König von Württemberg und die anderen konstitutionellen Fürsten, sich auf die Seite ihrer Völker zu stellen, bewusst. In seinem Gedicht „Lied der Teutschen“, schlug er trotzdem einen noch schärferen Ton an. Das Lied erschien in der zweiten illegalen Auflage des „Hochwächters ohne Censur“. Es beginnt mit einer Paraphrase auf die polnische Hymne: „Noch ist Deutschland nicht verloren“; dann heißt es weiter:

„Ob auch Willkür drückt,
Und die Freiheit kaum geboren,
Man im Keim erstickt!
Hoffe nur, o deutsches Herz!
Einmal wird es furchtbar tagen:
Wenn der Sturm recht tobt,
Sich der Mut erprobt.“

In einer anderen Strophe steht geschrieben:

„Hat uns nicht Natur geboren
Gleich dem Fürstenstand?
Hat der Himmel es erkoren,
Daß wir Sklaven sind?
[...]
Nein! in Gottes Reich
Sind wir alle gleich!
Darum schmiede deine Ketten,
Wirf den Geist in Bann;
Nichts wird dich vom Sturz erretten,
Rache naht, Tyrann!“

Abschließend heißt es:
„Schlingt um Euch den starken Arm,
Schwingt das Schwert für Eure Rechte!
Deutsche, Hand in Hand!
Hoch das Vaterland!“¹⁸⁵

Dem Radikalisierungsprozess in den Reihen der Opposition gab der *Hochwächter*, die bezeichnende Überschrift: „Die Mitte kommt zur Linken herüber“¹⁸⁶. Unter den gestrichenen Passagen erschien die zynisch gemeinte Danksagung an den Bun-

¹⁸⁴ *Hochwächter*, 15. 8. 1832.

¹⁸⁵ Das Lied erschien am Ende der Broschüre und sollte nach der Melodie der polnischen Hymne „Noch ist Polen nicht verloren“ gesungen werden.

¹⁸⁶ *Hochwächter*, 4. 8. 1832; siehe auch S. 154 Anm. 107.

destag, der durch seine Beschlüsse das Zusammenrücken aller Schattierungen der liberalen Partei ermöglicht habe¹⁸⁷.

Auch um die „Mitte“ für sich zu gewinnen, musste Lohbauer als Verteidiger der Verfassung auftreten. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, in drohenden Worten von einem bewaffneten Aufstand zu ihrer Verteidigung zu sprechen. Von seinen Landsleuten hatte er eine hohe Meinung: „Wir erkennen unsere Pappenheimer [...], die jeden für einen Hochverräter, für einen Meineidigen erklären, der jetzt sich der Pflicht des Vaterlandes entzieht, mit Gut und Blut für seine gefährdete Sache einzustehen“¹⁸⁸.

D. Die innere Debatte

1. Republikanische Zielvorstellungen

Der vom *Hochwächter* registrierte Linksruck spiegelte die anhaltende und zunehmende Stärkung republikanischer Kräfte in Württemberg – wie auch generell im deutschen Südwesten – wider. Schon im Mai 1832 lobte das Blatt das Regierungssystem in den Vereinigten Staaten von Amerika als dem eigenen System weit überlegen. Hier drohte auch die Zeitung unverhohlen mit dem gewaltsamen Widerstand und der Einrichtung einer modernen Republik etwa nordamerikanischen Musters¹⁸⁹. In der oben erwähnten Replik an Seeger vom 30. Mai lobte Lohbauer Amerika im Vergleich zum „übervölkerten Kartoffelland“ mit der übermäßig großen Konkurrenz, die vielen keine Existenz und kein Fortkommen ermögliche, die zudem noch der schweren Steuerlast erliegen, während ihnen die Zensur die trübe Wirklichkeit zu vertuschen versucht. Die Massenabwanderung nach Amerika spräche für sich, welches Land von den notleidenden Württembergern bevorzugt werde. Diente die Auswanderung bisher als Ventil, den Druck von innen zu erleichtern, so drohe nun die Gefahr, dass der bedrängte Bauer „zur Heugabel greife“. Im Vorwort zum „Hochwächter ohne Censur“, vermutlich vom August 1832 heißt es in Bezug auf die Vereinigten Staaten: „Darum, weil Gerechtigkeit, Gleichheit vor dem Gesetz vom ersten Mann im Lande, vom Präsidenten an bis zum geringsten Schuhputzer herab – ist, weil es keine Vorrechte gibt, keinen Adel, keine Beamten- und Schreiberarmee, keine andere stehende Armee, weil ein amtliches Geschäft, an dem zehn bei uns herumbasteln und dafür zehn gute Besoldungen einnehmen, dort Einer, kurzweg, und oft umsonst tut, weil man vor allem von Zensur kein Wörtchen weiß [...E]s gibt keinen Menschen in Nordamerika, der, wenn er arbeiten will, nicht wie ein Mensch leben kann. Das ist die Gleichheit in den Nordamerikanischen Freistaaten. Diese Gleichheit liegt in der Vernunft, und

¹⁸⁷ *Hochwächter ohne Censur*, S. 139.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ *Hochwächter*, 22. 5. 1832.

weil der Europäer vernünftig ist, so ringt er auch nach dieser Gleichheit, die von Gott stammt, der alle Menschen gleich geschaffen hat. Aller Kampf, aller Streit bei uns, alle Tinte, die verschrieben wird, alle Druckerschwärze, die verbraucht, aber auch alle weißen Zensurlücken, die gemacht werden, drehen sich darum – und auch alles Blut, das in Europa fließt und noch fließen wird, fließt für oder gegen jene Gottesgabe“¹⁹⁰.

Die Amerikanische Revolution war „anziehender“, weil sie nicht mit der „Schreckenherrschaft“ von 1793 und 1794 in Frankreich identifiziert wurde. Sie entkräftete die Behauptung, Demokratie verheiße Terror und Blutvergießen, beziehungsweise sei nur in kleinen Staaten wie in der Antike als direkte Demokratie ausübbar gewesen, jedoch nicht auf moderne, großflächige und stark bevölkerte Staaten in Form einer repräsentativen Demokratie übertragbar. Letztere drohe, so deren Gegner, in direkte Demokratie, Anarchie und Despotie der Mehrheit oder derer, die in ihrem Namen zu sprechen behaupten, auszuarten. Mehr noch: Die amerikanische Demokratie erwies sich als weit erfolgreicher, attraktiver und zukunftsfrüchtiger als die Staaten des Deutschen Bundes, einschließlich der konstitutionellen süddeutschen Staaten wie Württemberg. E. Schmidlin aus dem aktivistischen Zirkel um Lohbauer, in den er durch seinen Freund Malté – seinerseits ein Jugendfreund Lohbauers – geraten war, sagte über die Intention des „Hochwächters ohne Censur“: „Der Verfasser ist bemüht dem Wort Republik den Jakobinermantel auszuziehen, mit dem dasselbe überall umhängt wird. Er stellte die Vorteile heraus, welche für den Einzelnen aus republikanischen Einrichtungen entspringen“¹⁹¹. Sich selbst entlastend, gab er vor, für Reformen zu plädieren, als er sagte: „[A]ber ich meine, daß unsere konstitutionelle Monarchie noch mancher Verbesserung bedarf“¹⁹². Zu bedenken ist hier, dass einige Jahre danach Tocquevilles Buch über die amerikanische Demokratie erschien, welches die damalige positive Grundstimmung gegenüber dieser Art moderner Massendemokratie reflektierte und verstärkte. Eben zu jener Zeit festigte Andrew Jackson die amerikanische Demokratie des „kleinen Mannes“ und breitete sie auf alle damaligen Bundesstaaten aus.

Im Flugblatt der „Hochwächterpartei“ „Eins ist Noth“ schreibt der Autor: „Ich bringe das Beispiel der nordamerikanischen Freistaaten für die Republik. Die blühen seit sechzig Jahren und immer schöner heran, und sind mit wenig Blut auferbaut worden [...] und als die Franzosen selber im Juli 1830 König Karl X. fortjagten und ihre zweite Revolution machten, da hat niemand aus dem Volk Gräueltaten begangen und nur des Königs Knechte haben Frauenzimmer und Wehrlose getötet“¹⁹³. Die Vereinigten Staaten wurden als Republik hochgehalten, die ohne „Schreckenherrschaft“ errichtet worden war, ohne Sansculotten, Sektionen, Plan-

¹⁹⁰ Hochwächter ohne Censur, S. 7.

¹⁹¹ StAL E 319 Bü 13.

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Eins ist Noth, in: HstaS E 146 Bü 4753.

wirtschaft und anderes mehr, als eine Republik, die nur mit „wenig Blutvergießen“ entstanden war¹⁹⁴. Auch die Julirevolution wurde hier als „friedliche“ Revolution angeführt. Der Terror der Französischen Revolution, der bis in die 1830er Jahre den Demokratiebegriff belastete, wurde allerdings aufgrund des Verhaltens der alten Monarchie gerechtfertigt, doch versuchte das Flugblatt mit den ersten Beispielen gleichzeitig beruhigend zu wirken und Befürchtungen zu zerstreuen, eine zukünftige Revolution, wenn sie denn ausbräche, würde wiederum in Terror ausarten¹⁹⁵. Malté berief sich auf das Flugblatt und gab vor Gericht an, er sähe in den Vereinigten Staaten von Amerika – nicht im Frankreich des Jahres 1793 – das Vorbild einer bestehenden, ja einer erstrebenswerten Staatsform¹⁹⁶. Bekanntlich betonte auch Siebenpfeiffer in seiner Verteidigungsrede vor den Assisen in Landau immer wieder, er träte für eine repräsentative Demokratie im Stile der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein, wohingegen der Fehler von 1793 der Versuch war, eine direkte Demokratie zu errichten. Zum Problem der „Pöbelherrschaft“ fügte er hinzu: „Die herrlichen Girondisten, welche das Übergewicht im Konvent hatten, ermangelten der Erfahrung und der Tatkraft; sie mußten auf die Massen des Mittelstandes sich stützend, den wilden Parteihäuptern, durch deren Wahnsinn sie fielen, zuvorkommen und das brotlose Volk beschäftigen“¹⁹⁷. Also nicht die untersten Schichten, sondern der Mittelstand mit Besitz und Bildung sollte die Trägerschicht einer Revolution sein. Die Metapher „Girondisten“ stand für die gezügelte Phase der Französischen Revolution, bevor sie plebejische Züge annahm und in gezielten Terror ausartete, der mit der Metapher „Jakobiner“ identifiziert wurde. Die politische Semantik, die der Französischen Revolution entlehnt war, spielte in dem radikalen Diskurs in den dreißiger Jahren in Deutschland und unter den württembergischen Verschwörern eine wichtige Rolle. Sie diente der eigenen politischen Zuordnung und der Abgrenzung beziehungsweise der Diffamierung der Gegner innerhalb des eigenen radikalen Lagers¹⁹⁸.

Der *Hochwächter* verhehlte allerdings auch nicht – wenn auch indirekt – seine Sympathien für die französischen Republikaner, die sich am 5. und 6. Juni 1832 in Paris gegen die Julimonarchie erhoben hatten und sich als geistige Erben des Jakobinismus betrachteten. Am 24. Juni versuchte der *Hochwächter* Heines in der *Augsburger Allgemeinen Zeitung* anonym veröffentlichten Bericht über diesen gescheiterten Aufstand wiederzugeben. Dabei versuchte er, der Beschuldigung direkter Unterstützung der französischen Republikaner durch Berufung auf andere zu entgehen. Das Blatt bezeichnete Heines Beschreibung als „ein Gedicht in Prosa“¹⁹⁹. So heißt es dort: „Einstimmig wird der Heldenmut dieser Tollkühnen gerühmt, sie sollen Wunder der Tapferkeit vollbracht haben. Sie riefen beständig:

¹⁹⁴ Ebd., S. 8.

¹⁹⁵ Ebd., S. 24.

¹⁹⁶ StAL E 319 Bü 14.

¹⁹⁷ SIEBENPFEIFFER, Zwei gerichtliche Verteidigungsreden, S. 425.

¹⁹⁸ Siehe ARNSBERG, Semantik der Französischen Revolution, S. 87–108.

¹⁹⁹ Hochwächter ohne Censur, S. 115.

Vive la République! und sie fanden kein Echo in der Brust des Volkes. Hätten sie, stattdessen: *Vive Napoleon!* gerufen, so würde, wie man heute in allen Volksgruppen behauptet, die Linie schwerlich auf sie geschossen haben, und die große Menge der *Ouvriers* wäre ihnen zu Hilfe gekommen. Aber sie verschmähten die Lüge. Es waren die reinsten, jedoch keineswegs die klügsten Freunde der Freiheit. [...] Ich bin bei Gott! kein Republikaner, ich weiß, wenn die Republikaner siegen, so schneiden sie mir die Kehle ab, [...]; – aber dennoch, die nackten Tränen traten mir heute in die Augen, als ich die Orte betrat, die noch von ihrem Blute gerötet sind. Es wäre mir lieber gewesen, ich und alle meine Mitgemäßigten wären, statt jener Republikaner, gestorben [...]; denn von beiden Seiten wurde mit Kanonen in die Straße hineingeschossen, bis die Republikaner sich in die Mitte derselben zusammengedrängt sahen. [...] Hier [im Café Leclerque, welches als Hauptquartier der Republikaner vermutet wurde] fielen die meisten Schüler der polytechnischen Schule. Hier floß das glühendste Blut Frankreichs. – Man irrt jedoch, wenn man glaubt, daß die Republikaner aus lauter jungen Brauseköpfen bestanden. Viele alte Leute kämpften mit ihnen. Eine junge Frau, die ich bei der Kirche St. Mery sprach, klagte über den Tod ihres Großvaters; dieser habe sonst so friedlich gelebt, aber als er die rote Fahne gesehen und *Vive la République* rufen gehört, sei er, mit einer alten Pike, zu den jungen Leuten gelaufen und mit ihnen gestorben. Armer Greis! Er hörte den Kuhreigen des Berges und die Erinnerung seiner ersten Freiheitsliebe erwachte, und er wollte miträumen den Traum der Jugend! Schlaf wohl! Der bezahlte *Figaro* wird die Freunde der Freiheit auch im Grabe schmähen, und Letztere heißen jetzt Feinde der öffentlichen Ruhe, Mörder²⁰⁰. Die Zuneigung Lohbauers auch zum französischen Jakobinismus mag aus der Tatsache hervorgehen, dass er in Echterdingen, wie bereits erwähnt, die Spätfassung der französischen „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1793 in deutscher Übersetzung verbreitete²⁰¹.

Lohbauer und sein direkter Anhang – Malté, die Gebrüder Eduard und Hermann Schmidlin und Weißenmaier – wagten sich in Wort und Tat mehr hervor als Rödinger und Tafel, die mit ihrer republikanischen Haltung hinter dem Berg zu halten versuchten. Lohbauer, das *Enfant terrible* der „Hochwächter“, brachte die Behörden auf, die ihm auf den Fersen waren. Er trat im September 1832 die Flucht ins französische Exil an. In einem Brief aus Straßburg vom März 1833 an Tafel bekannte Lohbauer offen, was im Zensurlückenband klar ersichtlich war und ihm schließlich teuer zu stehen kam: „Ich, der eingefleischte Republikaner unter Euch, [den Mitarbeitern des *Hochwächters*]“²⁰².

Malté, der nach der Flucht Lohbauers, zum eloquenten Sprecher der unverblühten Positionen der „Hochwächter“ wurde, bekannte vor Gericht: „Ich erkenne die Republik als die beste aller Staatsverfassungen an, in dem der traurige

²⁰⁰ Ebd., S. 116 f.

²⁰¹ Siehe S. 155 Anm. 114.

²⁰² StAL E 319 Bü 18.

Unterschied der Bürger in geborene Herren und geborene Knechte der Würde des Menschen entgegen ist, und nur da die Wohlfahrt aller gedeihen kann, wo das natürliche Recht und der lautere Gesamtwille über bürgerliche und politische Angelegenheiten zu entscheiden hat²⁰³. Sich wieder auf die Schrift „Eins ist Noth“ beziehend, die auch Rödingers und Tafels radikalisierte Position nach ihrem Ausschluss aus dem Landtag Anfang 1833 reflektierte, fügte er hinzu: „Es ist in dieser Schrift nicht gesagt, daß das historische Recht, die Staatsverfassungsverträge, keine Gültigkeit mehr haben, sondern es wird nur gesagt, daß das historische Recht dem natürlichen notwendig untergeordnet sein müsse; denn wer annehmen wollte, daß das Bestehende immer fortbestehen soll, der würde den lebendigen Geist dem Gesetze der Toten unterwerfen. Es ist der Beruf des Menschen nach Vollkommenheit zu streben und hier wird die Republik, was niemand in Abrede ziehen wird, als die beste Staatsverfassung dargestellt“²⁰⁴. Die Republik ist also logische Schlussfolgerung einer philosophischen Auffassung – des Naturrechtsdenkens. Sie entspricht auch einem Fortschrittsideal der Aufklärung, das in der Republik die optimale Form einer Staatsverfassung in Übereinstimmung mit den politischen, materiellen, moralischen und ästhetischen Bedürfnissen des Menschen erblickt.

Malté und E. Schmidlin gaben nicht nur ihre Position, sondern auch die Lohbauers und dessen Anhangs wider, als sie die konstitutionelle Monarchie, zumindest deutschen Musters, zur Übergangphase zur Republik herabdegradierten. Sie nahmen kein Blatt vor den Mund und bekannten freimütig, was letztlich auch „Honorationen“ der „Hochwächterpartei“ wie Rödinger und Tafel sowie ihr Umfeld dachten. Sie gaben zu Protokoll, die Entwicklung einer konstitutionellen Regierung in Süddeutschland könne nur ein Sprungbrett für eine künftige Republik sein²⁰⁵. Malté und E. Schmidlin waren zu ihrer politischen Aktivität angesichts der zunehmenden Repression vonseiten des Deutschen Bundes gelangt – Schritte, die im Wesentlichen die bescheidene Freiheit, welche man in den südwestdeutschen Staaten erlangt hatte, verletzten. Malté gab zu, er habe Lohbauer viele Jahre lang gekannt, doch erst nach der Promulgation der Juni/Juli-Ordonnanzen in Württemberg habe er seine politisch-revolutionäre Arbeit aufgenommen²⁰⁶. Ihr Argument, dem Volke stünde das Widerstandsrecht gegen die Verletzung der verfassungsrechtlich verankerten Rechte des Volkes zu²⁰⁷, rechtfertigte den Ausbruch einer „gesetzmäßigen Revolution“. Es sei zwar „die heilige Pflicht des Volkes, [...] die Konstitution, wenn sie ihm entrissen werden solle, im Notfalle selbst durch Gewalt und mit Opferung aller Güter zu verteidigen“²⁰⁸. Diese Möglichkeit war im

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ StaL E 319 Bü 14.

²⁰⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁰⁶ StaL E 319 Bü 40; StaL E 319 Bü 31.

²⁰⁷ StaL E 319 Bü 31.

²⁰⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Koseritz gab an, von einer Revolution zur Verteidigung der Verfassung war bei Malté auf einem Treffen in Zuffenhausen Ende September 1832 (siehe S. 303f., 359) nicht die Rede; ebd. Da Malté ohnehin davon ausging, dass eine republikana-

Sommer 1832 nur allzu akut. Einerseits glaubte Malté, dass eine Revolution infolge der repressiven Maßnahmen des Bundestags immanent war²⁰⁹. Brach erst einmal die Revolution aus, so sollte sie in eine Republik einmünden, die nach Malté die beste aller Staatsformen war, zumal eine konstitutionelle Monarchie ein politisches Zwitterwesen darstellte, das nicht bestehen konnte.

Die Position, die Malté, E. Schmidlin und Lohbauer bis zu seiner Flucht im September 1832 einnahmen, war, im Hinblick auf die Unabwendbarkeit einer Revolution zur Errichtung einer Republik und der nationalen Einheit, eine entschiedene: „Ich sah in der Revolution das einzige Mittel zur Einführung der Republik und einer politischen Einheit Deutschlands“, sagte Malté²¹⁰. Die Mehrheit des deutschen Volkes sei politisch indifferent. Davon auszunehmen seien nur eine liberale Minderheit einerseits und eine aristokratische andererseits²¹¹. Daher hielt er die Indoktrination und politisch-revolutionäre Unterweisung – er nannte es die „geistige Revolution“ – für das geeignete Mittel, eine bewaffnete Revolution herbeizuführen²¹². Hinsichtlich des Zeitpunktes gab er später im Prozess gegen die Verschwörer an: „Unter allen Umständen aber [habe ich] eine Republik nie baldler verlangt und gewünscht, als bis das Volk für diese Regierungsform reif [sei] und daß ich die Zeit dieser Reife in sehr weiter Ferne sah, [habe ich] mich öfters ausgesprochen“²¹³. An anderer Stelle sagte er: „Dieses Streben [nach der Revolution] ist jedoch nicht auf die Gegenwart und die nächste Zukunft berechnet, sondern es ist ebenso gut ein Streben zum besten späterer Revolutionen“²¹⁴. Er und Schmidlin versuchten dadurch der Anklage einer direkten verschwörerischen Tätigkeit zur Herbeiführung einer Revolution zu entgehen. So bezeichneten sie sich als „Republikaner der Gesinnung“, ein Begriff, der wie die „geistige Revolution“, sie von den „Revolutionären der Tat“ wie Koseritz, Franckh, Hardegg und deren Anhang, unterscheiden sollte²¹⁵.

Der Referent, der Richter, der dem Richterkollegium im damaligen geheimen und schriftlichen Prozessverfahren den Gegenstand der Untersuchung vortrug, meinte vor Gericht über Maltés Argumentationen, sie klingen wie aus einem Buch zitiert: „[D]ie Worte dieses jungen Mannes, den der Inquirent überhaupt wie ein Buch sprechen lässt“²¹⁶. Der Referent bemerkte weiter, auch die französischen Republikaner würden die Meinung vertreten, die konstitutionelle Monarchie sei nur ein Sprungbrett für die Republik, wie dies in der *Tribune* vom 18. Januar 1834

nische Revolution letztlich nicht zu vermeiden sei, ist es gut möglich, dass das Argument der Verfassungsverteidigung eigentlich ein taktisches war.

²⁰⁹ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

²¹⁰ StaL E 319 Bü 14.

²¹¹ StaL E 319 Bü12.

²¹² StaL E 319 Bü 11.

²¹³ StaL E 319 Bü 40.

²¹⁴ StaL E 319 Bü 12.

²¹⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²¹⁶ Ebd.

zum Ausdruck kam: „La monarchie actuelle est le pont, par lequel la république doit passer“²¹⁷. Dies war auch die gängige Position im radikalen Lager in Deutschland. Siebenpfeiffer sagte in seiner gerichtlichen Verteidigungsrede: „Die konstitutionelle Monarchie, welche Republik und Fürstlichkeit vereinen soll, ist mir praktisch ein Unding [...]: ist die Regierung stark, so wird sie absolut, die Mitwirkung des Volkes wird ein Gaukelspiel sein; ist der Volksrat stark, so geht die Monarchie in der Republik unter“²¹⁸. In der demokratisch-subversiven Flugschrift „Deutschlands Wiedergeburt“, die vermutlich von Dr. Franz Karl Gärth, dem Anführer des Frankfurter Wachensturms, verfasst worden ist, heißt es: „Das konstitutionelle System ist nur ein Übergang zur demokratischen Republik“²¹⁹. Diese Broschüre wurde in Württemberg von Hardegg verbreitet. Er war, ebenso wie Gärth oder die französischen Republikaner kein Gesinnungsrepublikaner, sondern Republikaner der Tat. Die Schlussfolgerung ist, dass die Betrachtung der konstitutionellen Monarchie als geschichtliche Episode auf dem Weg zur Republik eine revolutionäre Tätigkeit zur „Beschleunigung“ des Prozesses einschloss. Die spätere Zusammenarbeit von Malté und E. Schmidlin mit Hardegg und Franckh stellte dies unter Beweis. Malté rechtfertigte diese Zusammenarbeit, „weil durch Ideenaustausch, durch gemeinsames Wirken unendlich mehr erzielt wird, als wenn man isoliert steht“²²⁰. Malté und seine Leute wirkten nicht bei den operativen Planungen der Verschwörung mit, sie begnügten sich aber auch nicht mehr mit der publizistischen Arbeit, die ohnehin schon wieder durch die Vorzensur in Fesseln lag. Sie versuchten, direkt auf Mittel- und Unterschichten der Bevölkerung in revolutionärer Absicht einzuwirken²²¹. Ein Angehöriger der republikanischen Gruppe um Franckh und Hardegg meinte, sie seien „ein tüchtigerer Menschenschlag als alle anderen Hochwächter zusammen“²²².

Koseritz, dessen Verhältnis sich zu den Herausgebern des *Hochwächters* und deren Anhang nach dem Treffen in Mühlhausen bei Stuttgart, vermutlich um den 6. März 1832, abkühlte, – davon ausgenommen waren Lohbauer und dessen Gruppe – nahm Anstoß an deren Haltung²²³. Er äußerte sich rückblickend abfällig über diese und bezeichnete den Unterschied zwischen ihnen und ihm folgendermaßen: „[D]iese Partei ist die erbärmlichste, welche unter dem Schleier der republikanischen Tugenden das Königtum nur hätte stürzen wollen, um sich an die Spitze zu stellen, die wahren Girondisten, während wir als wirkliche Jakobiner nur eine wahre Volksregierung wollten“²²⁴. Koseritz gab sich hier als radikaler Demokrat aus, als „Jakobiner“, im Gegensatz zu den gemäßigeren „Hochwächtern“, die er

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ SIEBENPFEIFFER, Zwei gerichtliche Verteidigungsreden, S. 424.

²¹⁹ StaL E 319 Bü 43. Deutschlands Wiedergeburt, S. 71.

²²⁰ Akt. Darst. alt, S. 93 f.

²²¹ Siehe S. 359–370.

²²² [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²²³ Zum Treffen in Mühlhausen siehe S. 145 Anm. 71.

²²⁴ HstaS E 285 Bü 81.

verächtlich als „Girondisten“ bezeichnete. Seine republikanische Gesinnung ging einher mit einer demokratischen, die sich über die Gewährung der politischen Gleichheit hinaus auch um die materiellen Nöte des einfachen Volkes kümmerte. In dem Brückenschlag von Bürgertum zu den unteren Schichten sah er die „wahre Volksregierung“ der Jakobiner. Hardegg, einer der wichtigsten Vertreter der sich später bildenden republikanischen Fraktion in Württemberg, die sich mit Koseritz und seinem Anhang verbündete, meinte: „Mir waren die Hochwächter verächtlich, weil sie keinen festen Charakter haben. Rödinger spielte den pffiffigen und solche Leute erreichen ihr Ziel nicht oder selten. Die Hochwächter wollen auch die Republik, aber sie wollen den Leuten die Wahrheit nur nach und nach sagen, und zwar unter dem Deckmantel der Konstitution“²²⁵.

Koseritz und andere Verschwörer bedienten sich oft politischer Semantik, so auch der Rousseauschen Metapher, nach der der Mensch „zu sehr in Fesseln lag“²²⁶, um ihre Forderung nach einer demokratischen Republik zu unterstreichen. Ihr Ziel war: die Menschheit durch eine andere Gesetzgebung und ganz Deutschland durch eine republikanische Regierungsform in ein glücklicheres Verhältnis zu bringen²²⁷. Schon erwähnt wurde das Übereinkommen von Koseritz und A. Krauß über die Notwendigkeit einer deutschen Republik kurz nach der Julirevolution²²⁸. Für Koseritz und die meisten Mitverschworenen stand fest, dass mit der Republik ein demokratisches Staatswesen gemeint war. Bei einer gerichtlichen Konfrontation mit dem Lehrer – „Präzeptor“ – Ernst Friedrich Kauffmann aus Ludwigsburg, der im Gefolge seines Schwagers Lohbauer in die radikalen Kreise geraten war, sagte er: „Ich verstehe darunter [unter der Republik] einen Staat mit demokratischer Verfassung, und dies verstand auch Kauffmann darunter“²²⁹. Kauffmann antwortete bei eben jener gerichtlichen Gegenüberstellung auf die Frage, was er unter Republik verstünde: „Ich halte eine Republik für diejenige Staatsverfassung, wo der Gesamtwille des Volkes das Staatsoberhaupt bildet“²³⁰. Kauffmann meinte zwar einschränkend, er glaube nicht, dass sein Volk schon reif für dieses Regierungssystem sei, doch hierbei mag es sich um einen Entlastungsversuch gegenüber den Untersuchungsbehörden gehandelt haben²³¹. Koseritz' Haltung, laut Referentenbericht,

²²⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]

²²⁶ Im *Contrat Social* heisst es: „Der Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten“; vgl. ROUSSEAU, Vom Gesellschaftsvertrag, S. 5.

²²⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; HstaS E 285 Bü 86.

²²⁸ Siehe S. 140.

²²⁹ StaL E 319 Bü 15. Ernst Friedrich Kauffmann * Ludwigsburg 27.11.1803, † Stuttgart 11.2.1856.

²³⁰ Ebd.

²³¹ Durch Lohbauer kam es auch zum Kontakt zwischen seinem Schwager Kauffmann, dem Lehrer aus Ludwigsburg und Koseritz und den Leuten vom *Hochwächter*. Koseritz definierte ihn als „Schweif“ der Fraktion. Jener verteilte verbotene Schriften wie den *Hochwächter* ohne Censur und sammelte im Auftrag Rödingers und Tafels Gelder in Ludwigsburg zugunsten der freien Presse. Später wurde er zu einem eingeschworenen Sympathisanten der Polen und übernahm für sich persönlich die Idee der Verwirklichung einer



Abb.5: Ernst Friedrich Kauffmann (1803–1856),
Bildnis aus dem Jahr 1853.

war wie folgt: „Den Druck, den die Völker von oben zu leiden hätten, hielt er für unerträglich, Staatsumwälzungen auch ohne Vermehrung des bisherigen Drucks, für notwendig und gerechtfertigt, für nahe und unausbleiblich. [...] Die] Einheit Deutschlands mit republikanischer Regierungsform war sein Ideal und von der Verwirklichung desselben versprach er sich glücklichere Verhältnisse für das Volk, das seiner Meinung nach zu sehr in Fesseln gehalten wurde. Auf die Bundesverfassung Deutschlands hielt er ohnehin nicht viel, weil – wo der mächtigere Bundesgenosse befehle – an Gewährung gleicher Rechte nicht zu denken sei“²³².

„Im hohen Bundestag sahen wir nur den Feind der Nationen, der seine Macht mißbraucht, indem er sich Eingriffe in die Verfassungen und dadurch in die Souveränitätsrechte unserer hohen Monarchen erlaube, woraus auch die Unzufriedenheit gegen die hohen Regenten der kleinen Staaten hervorging. Man sah zwar ein, daß ein kleiner Staat gegen den großen hohen Bund allein nicht aufstehen könne, aber man sagte, wenn es den hohen Mächten der kleinen Staaten ernst wäre, ihre und ihrer Völker Rechte gegen die Macht des stärkeren zu vertreten, so würden sie das Mißverhältnis durch einen Bund der kleinen Mächte im deutschen großen Bunde bekämpft haben und so das

Republik auf revolutionärem Wege. Nach Aussagen von Koseritz, sei Kauffmann an allen Vorbereitungen bis in die letzten Phasen hinein beteiligt gewesen. So führte er noch Aufträge für Lohbauer aus, nachdem er ihn im Straßburger Exil besucht hatte, [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Rödinger sprach von Kauffmann als von jemandem, der durch Naivität und Hochschätzung für seinen Schwager Lohbauer in die Affäre hineingeraten war. Dies dürfte im Großen und Ganzen richtig sein; siehe StaL E 319 Bü 37. Kauffmann, Lehrer für Mathematik und Latein, hatte Mathematikbücher verfasst und eine Reihe von Melodien komponiert, darunter Gedichte seines engen Freundes Eduard Mörike. Seit ihrer gemeinsamen Schulzeit in der Lateinschule in Ludwigsburg war man in gutem Kontakt geblieben. Zu seinem Freundeskreis gehörten auch Friedrich Theodor Vischer und David Friedrich Strauss. Zur Biografie Kauffmanns siehe Kauffmann: Nekrolog, in: *Schwäbische Kronik*, den 11. Mai 1856, S. 771 f.; WALTER, Ernst Friedrich Kauffmann, S. 406–445; KAUFFMANN, Ernst Friedrich Kauffmann, S. 211–229; MANKE, Volksversammlung, S. 50 f.

²³² [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

Gleichgewicht der Staaten Deutschlands herstellen“²³³. Diese Idee erinnert an den Triasplan Wilhelms I., dessen Scheitern Koseritz auch der mangelnden Entschlossenheit der Mittelstaaten zuschrieb und die ihn laut seiner Aussage dazu bewog, all seine Hoffnungen auf eine Revolution zu richten. Dabei versuchte er seine Kritik auch am württembergischen König zu verbrämen, der auch ohne Druck des Bundestags, eigenhändig die politischen Regungen einer breiten Öffentlichkeit unterdrückte. Er warf dem König unterschwellig vor, seine eigene Triasidee verleugnet zu haben.

Koseritz hatte den außerordentlich engen Handlungsspielraum erkannt, der den süddeutschen Staaten zur Verfügung stand. Hier war kein Platz für schrittweise Reformen auf dem Weg zu einem konstitutionell-parlamentarischen System englischen, französischen oder belgischen Musters. Die äußeren Umstände in Verbindung mit den sozioökonomischen Zwängen bestärkten ihn in seiner republikanischen Grundüberzeugung. In der demokratischen Republik sah er die einzige Ordnung, die den Belangen der gesamten Bevölkerung gerecht werde und die dem neuen Zeitalter der Aufklärung, der Revolution und des Auftritts der Massen in allen Lebenssphären adäquat sei. Für ihn kam das Streben nach mehr Freiheit und mehr Gleichheit als dialektische Antwort auf die staatlichen Repressionen. So hatte es sich bei der Französischen Revolution verhalten, die inspirierend auch in Deutschland gewirkt hatte. Der mit ihr gekoppelte Freiheitssinn wurde dann in Frankreich durch Napoleon erneut unterdrückt. In Deutschland allerdings verbreitete Napoleon die Freiheitsideen der Französischen Revolution, wandelte sich aber dann zum Eroberer. Doch gerade durch die Repression freigesetzter Emanzipationserwartungen, bestärkte er den Freiheitswillen in Deutschland. Hatten nicht auch Kyros und die Perser in Griechenland Miltiades und Themistokles emporkommen lassen, die das gemeinsame Schicksal der Griechen auf ihr Banner geschrieben hatten und die Idee der Freiheit und des Vaterlandes verkündeten, fragte Koseritz? Für ihn war nun der Bundestag zum Feind der Nationen geworden, der wie Kyros und die Perser in Griechenland, nun das Freiheitsstreben in Deutschland förderte²³⁴.

Das Etikett „Girondist“ oder „Juste Milieu“ war für einen Mann wie Koseritz, der die „tyrannischen Koryphäen“ der Französischen Revolution lobte²³⁵ und sich als „Jakobiner“ ausgab, ein Schimpfwort. Er hielt sich selbst nicht nur für einen Jakobiner, sondern identifizierte sich auch mit dem urbanen Plebejertum, mit jenem einfachen Volke, das während der Französischen Revolution als Sansculotten bezeichnet wurde, was ihn in die Nähe der radikalen Jakobiner vom Schlage Héberts rückte. Später, im amerikanischen Exil, behauptete er rückblickend, er habe in Württemberg einer demokratischen Partei angehört, die einige Hundert Arbeiter zählte. Diese Behauptung stellte er in einem ziemlich polemischen Auf-

²³³ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

²³⁴ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94]; HstaS E 285 Bü 71.

²³⁵ Siehe S. 141 Anm. 45.

satz auf, der in der Beilage des deutsch-demokratischen Emigrantenblattes *Alte und Neue Welt* aus Philadelphia vom 18. Juni 1836 erschien. Er entgegnete darin der Beschuldigung, er hätte seine Mitverschworenen verraten, um seine eigene Haut zu retten²³⁶. Der Begriff „Arbeiter“ bezog sich nicht auf moderne Fabrikarbeiter, sondern bestenfalls auf Gesellen, Kleinbauern und Lohnarbeiter in Stadt und Land, die mit Plebejern oder „Sansculotten“ umschrieben worden sind: „Diese Partei aber war äußerst schwach [...]. Sie war ausschließlich aus der arbeitenden und der so sehr gedrückten niederen Klasse organisiert [...]. Und dennoch war es diese Menschenklasse, welche die glorreichen Tage der ersten französischen Revolution herbeiführte und die Sturmglocke zur Niederreißung der Bastille anzog. Ihre weit hinschallenden Töne waren das Grabgeläute der Aristokratie in jeder Form. Erst das kommende Geschlecht wird dieser tapferen Schar, wenn sie auch gleich die Geschichte Sansculotten nennt, den Dank bringen, auf den sie und ihre berühmten Anführer Anspruch machen können“²³⁷. In diesem Sinne forderte er eine demokratische Revolution von unten²³⁸.

Der ideologisch und revolutionsstrategisch bedingte Brückenschlag zu den unteren Schichten war Ausdruck eines urwüchsigen demokratischen Geistes unter den württembergischen Verschwörern, je „linker“ sie eingestellt waren. Die „rechts“ von ihnen stehenden Rödinger und Tafel und deren lavierender Anhang wurden dann von Radikalen als „Juste Milieu“ bezeichnet. Die soziale und politische Stellung, durch die sich Koseritz von Rödinger und Tafel unterschied, spiegelte sich in ihren divergierenden Positionen gegenüber Volk und Revolution wider. Koseritz identifizierte sich mit dem einfachen Volk und fürchtete sich nicht davor, mit ihm im äußersten Falle auf die Barrikaden zu gehen. Rödingers und Tafels Positionen waren laut Koseritz von einer Furcht vor den zur Revolution nötigen Massen durchsetzt.

Koseritz' Demokratieverständnis darf nicht mit wirtschaftlichem Egalitarismus verwechselt werden oder gar mit Sozialismus oder Frühkommunismus, obwohl in der sich später bildenden republikanischen Fraktion, der er zugehörte, sich auch hierfür Befürworter fanden. Im Vergleich etwa zu Tafel und Rödinger war Koseritz gewiss extremer, „linker“, sozial-radikaler²³⁹ und volkstümlicher. Darin sah er,

²³⁶ Über die *Alte und Neue Welt* siehe CAZDEN, A History of the German Book Trade.

²³⁷ Beilage zu Nr. 25 der *Alten und Neuen Welt*, Philadelphia den 18. Juni 1836, [HstaS E 146 Bü 8434–8438]. Der Herausgeber der Zeitung war Johann Georg Wesselhöft, ein Verwandter Wilhelm Wesselhöfts. Er war ein Anführer des Jünglingsbundes und wie dessen Bruder Robert ebenfalls Mitglied des Jünglingsbundes. Es war jener „junge Deutsche“, den Buonarroti an Teste weiterempfohlen hatte; siehe die Erinnerungen de Pratis in *Penny Satirist*, 22. 12. 1838; vgl. LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S. 131.

²³⁸ „Demokratische Revolution im engerem und unmittelbaren Sinne heißt Revolution ‚von unten‘ unter weitestgehender aktiver Beteiligung der Schichten und Klassen, die an der Realisierung eines konsequenten Demokratismus interessiert sind.“ KÜTTLER, Begriff, S. 154.

²³⁹ Diesen Begriff zur Bezeichnung der links-jakobinischen Richtung, zu der z. B. Chaumette zählte, gebraucht: MARKOV, Jakobinerfrage heute, S. 13.

wie auch die französischen Jakobiner keinen Widerspruch zur Wahrung der Rechte des Einzelnen, wozu er unter anderem die „Bewegungs-, Handels- und Pressefreiheit“ zählte²⁴⁰. Koseritz solidarisierte sich mit den pauperisierten Volksschichten, zählte sich aber zum nicht-arrivierten Mittelstand, der die Reste der feudalen und ständischen Schranken und die Beschränkungen für eine freie Wirtschaft sowie die Privilegierten und Herrschenden als Repräsentanten einer veralteten, auf dem Zugehörigkeitsprinzip ruhenden Gesellschaft ebenso bekämpfte, wie die neue bürgerliche „Geldaristokratie“ zugunsten des kleinen Privatbesitzes. Die Sicherung dieses Besitzes und die Garantie der minimalen Existenz waren Bedingungen für den Bestand freier Bürger und für eine sozialgerechte Gesellschaft. Letztere fand ihren Ausdruck in der Republik als jener Regierungsform, die dem allgemeinen Wohl diene. Die neue Gesellschaft sollte zwar auf dem Leistungsprinzip beruhen, jedoch in Grenzen, die die Entstehung einer Kluft zwischen Arm und Reich verhindern sollten. Als Indiz für Koseritz' gesellschaftspolitische Einstellung mag der Plan gelten, nach Ausbruch der Revolution den Bauern als „Preis“ für die erhoffte Unterstützung seiner von Ludwigsburg nach Stuttgart vorrückenden, revolutionären, militärischen Einheiten, die „Reichen“, insbesondere in Stuttgart, auszuliefern²⁴¹. Den etablierten Bürgern Ludwigsburgs drohte nach Koseritz' Plan ein ähnliches Schicksal: „Die Ludwigsburger Bürgerschaft selbst hätte anteilnehmen müssen, in dem ich ihnen sonst gedroht hätte, [zu] plündern und das Arbeitshaus öffnen zu lassen“²⁴².

2. Konspiration und Revolution

Obwohl man sich unter den „Hochwächtern“ über die Notwendigkeit einer Revolution zu Herbeiführung der Republik einig war, schieden sich die Geister, wie eine Revolution herbeigeführt werden könnte und inwieweit sie zu steuern sei. Manche Standpunkte dienten eher der Verschleierung oder waren taktischer Natur. „Es schien sogar als wären Tafel und Rödinger entgegengesetzter Ansicht mit mir, ich war für Konspiration, und diese [...] glaubten auf dem gesetzlichen Wege ihren Zweck erreichen zu können. [...] Erst die polnische Revolution gab der Sache eine andere Wendung. [...] Erst wie durch den Durchzug der Polen das Nähere über die Revolution bekannt geworden ist, schloß man sich enger an, vorher war eine Lauheit unter uns, welche ich namentlich dem Tafel und Rödinger oft heftig vorgeworfen habe“²⁴³. Mit diesen Worten beschreibt Koseritz die Einflüsse des polnischen Aufstandes und dessen Unterdrückung auf die Einstellung, die, wie schon erwähnt, ein Meilenstein bei der Bildung eines radikalen Lagers innerhalb der Bewe-

²⁴⁰ Siehe das „außergerichtliche Geständnis“ von Koseritz an den König vom 6. September 1834; [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

²⁴¹ Akt. Darst. alt, S. 11.

²⁴² Ebd.

²⁴³ HstaS E 285 Bü 81.

gungspartei war. Bekanntlich führte Koseritz seine Wandlung vom Liberalen zum Ultraliberalen auf den Fall Warschaws zurück. Was den Ultraliberalen zu diesem Zeitpunkt ausgemacht hätte, so Koseritz, sei folgendes: „War das ganze Treiben eines größeren Teils der Ultraliberalen bis jetzt nur Gespräche über eine gewünschte allgemeine Veränderung aller bestehenden Dinge, so neigte sich von nun an alles zu jener Leidenschaft hin, welche übereilte Handlungen zur Folge hat“²⁴⁴.

Wie stark der polnische Aufstand und dessen Unterdrückung auf Koseritz und andere eingewirkt haben, darüber berichtete er in dem so genannten „außergerichtlichen Geständnis“ an den König vom 6. September 1834: „Mehr jedoch als durch die französische Revolution [Julirevolution] wurden die Gemüter erhitzt, als der Osten seine Umwälzung hervorrief, die in unseren Augen nicht nur die gerechteste, sondern auch in Deutschlands Interesse die wichtigste war. Es sollte Polens Wiedergeburt sein. Dieser mutige Aufstand reizte die Gemüter umso mehr, als sie, eine kleine Nation, gegen die Mächtigste, eingedenk ihrer alten Größe und Selbstständigkeit, die Waffen ergriff, um ihr Joch trotzig abzuschütteln“²⁴⁵. Hier vermochte ein kleines Volk während einer nicht unbeträchtlichen Zeitspanne der stärksten Großmacht des Kontinents – Russland – allein gegenüberzutreten und fast ein Jahr lang gegen eine enorme Übermacht standzuhalten.

Erbittert äußerte sich Koseritz über die Passivität der, nach seinen Worten, zivilisierten Völker, die sich im Hintergrund hielten, während die Polen verbluteten. Dies traf insbesondere auf die französische Julimonarchie zu, die die Polen in den Aufstand getrieben und sie letztlich im Stich gelassen hatte, aber auch auf den Deutschen Bund: „Warschau hatte die erste Macht des Kontinents gegen sich, war von zivilisierten Nationen umgeben und wurde von Frankreich, das sie zu ihrer Emanzipation aufrief, verlassen; und fiel, während 800.000 deutsche Bajonette feierten, als Deutschlands letztes Bollwerk gegen die Einsprüche und Angriffe eines gebieterischen Ostens“²⁴⁶. Die Polen waren nicht nur eine kleine und mutige Nation mit einer stolzen Vergangenheit, sondern auch letztes Bollwerk gegen den „gebieterischen Osten“, also ein Schutzwall des zivilisierten Westen gegen den barbarischen Osten. Hier standen sich also zwei (politische) Kulturen gegenüber, dem Schema eines europäischen „Ideenkrieges“ entsprechend.

Es war somit nicht nur die Empathie für die polnischen Helden, die auf Leute wie Koseritz eingewirkt hatte. Der polnische Aufstand war ein Glied in der Kette von Revolutionen, die Europa seit der Julirevolution ergriffen hatten. Er gehörte in ein größeres Schema der europäischen Politik, in der sich eine Lagerbildung von liberalen und demokratischen Kräften gegenüber konservativ-reaktionären Staaten abzeichnete. Sein direkter Anlass hing mit den Ereignissen in Belgien zusammen.

²⁴⁴ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94]. Er bedient sich mit der Wortwendung „übereilte Handlung“ der Terminologie seiner Ankläger, um bei ihnen den Anschein der Reue zu erwecken.

²⁴⁵ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94]; HstaS E 285 Bü 71.

²⁴⁶ Ebd.

Die Niederschlagung der Polen bedeutete die Eindämmung der revolutionären Welle in Europa, die auch – so die Hoffnung von Koseritz und seinen Gesinnungsfreunden – die obrigkeitsstaatlichen Verhältnisse in Deutschland hätte hinwegschwemmen können. Solange die Polen kämpften, waren russische Truppen gebunden und nicht fähig sich gegen andere revolutionäre Bewegungen in Europa zu wenden. Zugleich waren die Österreicher mit der Unterdrückung der Aufstände in Italien beschäftigt. Wäre es zu einem europäischen Krieg zwischen liberalen und konservativen, beziehungsweise reaktionären Staaten gekommen, wie er sich in Belgien andeutete, so wäre auch der deutsche Südwesten zwischen die Fronten geraten, womöglich in einen revolutionären Zangengriff von Westen und Osten (Polen). Der polnische Aufstand hatte ein Ausbreitungspotenzial im österreichischen Galizien und im preußischen Posen. Litauen wurde von den aufständischen Polen als eigenes Territorium gefeiert und im Falle des Erfolges hätten die osteuropäischen Völker ihr Haupt erhoben.

Die Hoffnung unter den Radikalen, dass die revolutionäre Lawine auch Deutschland überrollen würde, beziehungsweise dass Deutschland in einen revolutionären Zangengriff gerate, flaute nach der Unterdrückung des polnischen Aufstandes ab, obwohl die Möglichkeit einer internationalen ideologischen Konfrontation noch nicht ganz vorbei war. Die ideologische Lagerbildung in Europa trat noch einmal zum Vorschein als sich England und Frankreich im November 1832 im Seekrieg gegen Holland zusammentaten, womit Belgiens Unabhängigkeit gesichert wurde.

Schon bei Ausbruch der Julirevolution tauschten sich Koseritz und A. Krauß wie erwähnt „über die Notwendigkeit einer deutschen Republik und über die Mittel, durch welche eine Revolution in Deutschland zu machen sei“ aus²⁴⁷. Eine ähnliche Haltung dürften auch andere im Umkreis von Koseritz, darunter wohl ebenfalls Offiziere, eingenommen haben. Sie hofften, die Revolution werde dank französischer Truppen auf Deutschland überspringen. In einem solchen Fall wollten sie in Ludwigsburg „losschlagen“ in der Hoffnung eine revolutionäre Kettenreaktion über Württemberg hinaus in Süddeutschland auszulösen oder zu beschleunigen²⁴⁸. Zu jenem frühen Zeitpunkt war dies wie ebenfalls erwähnt allerdings nicht mehr als eine Willensäußerung ohne operative Folgen.

Wie die Aufständischen in Paris, so erhofften auch ihre Sympathisanten außerhalb Frankreichs, die Revolution würde in eine Republik einmünden. Sie wurden aber schnell enttäuscht. Die Barrikadenkämpfer und ihre republikanischen Anführer fühlten sich um die Früchte ihres Kampfes gebracht. Sie erblickten im „Juste Milieu“ keinen „goldenen Mittelweg“, sondern einen faulen Kompromiss, der die Macht einem kapitalmächtigen Großbürgertum anvertraute, welches sich mit einem Königtum umgab und sich hinter einem hohen Zensus verschanzte. Die Hoffnung von Republikanern außerhalb Frankreichs, wie etwa Koseritz, die republikanische Idee nach Deutschland zu transportieren, erfüllte sich somit nicht.

²⁴⁷ Siehe S. 140.

²⁴⁸ Ebd.

Trotz des Widerwillens von demokratischen Republikanern und entschiedenen Liberalen in und außerhalb Frankreichs gegenüber dem System des „Juste Milieu“, erweckte Frankreich im außenpolitischen Bereich zunächst jedoch Hoffnungen, als es den aufständischen Belgiern gegen Holland im August 1831 militärisch zu Hilfe kam und die Polen zum Aufstand gegen Russland anspornte. Europa stand an der Schwelle eines ideologischen (Bürger-)Kriegs.

Die Polenbegeisterung weckte gar die Hoffnung, die Deutschen seien vielleicht selbst reif für eine Revolution. Der zunächst überraschende Erfolg der Polen, so die Hoffnung von Radikalen, wie Koseritz oder Lohbauer, würde auf die Deutschen anspornend wirken. Was Koseritz bis zum September 1831 – dem Fall Warschau – gehofft hatte, nämlich sich in Bereitschaft zu halten für eine von außen hereingetragene Revolution, trat nicht ein. Von nun an wollte er testen, ob irgendeine Form von revolutionärer Eigeninitiative Aussicht auf Erfolg hätte. Ihm schwebte ein proaktives Vorgehen von Volk und Armee für den Fall vor, dass sich eine weitere revolutionäre Situation ergeben sollte.

Von größter Bedeutung für Koseritz' Entschluss waren seine Gespräche mit polnischen Flüchtlingen aus dem inneren Kreis des Aufstandes, die ihn in die geheimen Pläne und Vorbereitungen der Erhebung eingeweiht hatten. Darauf spielte seine obige Aussage an: „Erst wie durch den Durchzug der Polen das Nähere über die Revolution bekannt geworden ist, schloss man sich enger an, vorher war eine Lauheit unter uns.“ Er mag aus den Informationen Mut geschöpft haben. Trotz ihres tragischen Endes entfachte diese Erhebung einen Funken Hoffnung, da allein schon ihr anfänglicher Erfolg eine beträchtliche Leistung gewesen war. Das polnische Muster entsprach dem „neuen Modell der Revolution“, also eines geplanten, von einer revolutionären Kerntruppe, bestehend aus Militärs und Zivilisten angezettelten Aufstands bzw. Aufstandsversuchs. Dieses Modell hielt Koseritz auch für die deutschen Verhältnisse angemessen. Immerhin hielten die Polen gegen die enorme Übermacht Russlands fast ein Jahr stand. Er meinte, das Ausbleiben französischer Hilfe war für die polnische Niederlage maßgebend. Dabei hätten die Franzosen die Polen zum Aufstand animiert, unter anderem um die russische Einmischung in Belgien zu vereiteln – was auch geglückt war –, die letzteren aber im Stich gelassen. Daraus zog Koseritz den Schluss, dass auch eine Revolution in Deutschland aus sich heraus des Beistandes von außen bedürfe. Er war überzeugt, dass die Chancen einer Revolution, wenigstens in Süddeutschland erheblich gesteigert werden könnten, wenn man die richtigen Lektionen aus dem Scheitern der Polen zöge.

Zum Scheitern des polnischen Aufstandes trug nicht nur die ausgebliebene Unterstützung von außen bei, sondern auch das Versäumnis, die Bauern zu gewinnen. Auch Joachim Lelewel, ziviler Anführer des demokratischen Flügels des Aufstandes, bemerkte rückblickend, dass die nicht erfolgte Befreiung der Bauern ein Unglück für den polnischen Aufstand war²⁴⁹. Eine Revolution ohne Unterstützung

²⁴⁹ LELEWEL, Geschichte Polens 6, S. 493.

und Beteiligung der Bauern, so Koseritz, war wenig effektiv. Was in Paris im Juli möglich war, nämlich ohne Bauern auszukommen, konnte in weniger entwickelten Gesellschaften wie in Polen oder etwa in Süddeutschland nicht gelingen. Ein zusätzlicher Grund für die Niederlage – worauf Koseritz während seiner Kontakte mit polnischen Flüchtlingen und Emissären aufmerksam wurde – war die innere Zerstrittenheit zwischen Demokraten und Aristokraten in der Führung des polnischen Aufstands.

Koseritz warf in der gerichtlichen Konfrontation mit Rödinger und Tafel letzteren Folgendes vor: „Euer ganzes Treiben war rein revolutionär. Ihr habt mich zu gleicher Tätigkeit animiert und dann stecken lassen“²⁵⁰. In seiner Entgegnung verhehlte Rödinger nicht seine revolutionäre Haltung, die auch im *Hochwächter* seit Mai 1832 deutlich zum Ausdruck gekommen war: „Ich leugne nicht, daß ich Dir gesagt habe, ich sei für eine Revolution und ich halte es für Pflicht eines jeden rechtschaffenen Mannes, im Falle [dass] eine Revolution ausbräche, Anteil an ihr zu nehmen. Allein ich sagte nie, in welcher Richtung dies geschehen sollte [...]; bestimmt sprach ich mich gegen alle Konspirationen aus“²⁵¹. Der Referent des Richterkollegiums gab in diesem Zusammenhang zu Protokoll: „Beide letzteren [Rödinger und Tafel] zumal Rödinger, der in den Akten als der pfiffigste unter den Hochwächtern gerühmt wird, wollten von dem Worte ‚Konspiration‘ nichts hören. Ihr offenes Streben war mehr auf Erhaltung und Belebung des konstitutionellen Prinzips im Wege der Opposition gerichtet. Die Klugheit gebot ihnen Vorsicht, zumal solange sie Hoffnungen haben konnten, in die Ständekammer einzutreten“²⁵². Der Referent unterschied zwischen dem offenen, taktischen Verhalten und dem eigentlichen, verborgenen Ziel der „Hochwächter“. Zu den letzteren zählten wohl die Herausgeber neben der sich auch um diese bildenden Gruppe von Gleichgesinnten: so etwa der Koredakteur des *Hochwächters* Mährlen²⁵³ und die der Redaktion nahestehenden Rechtsanwälte Murschel, Römer, Schott und Walz, die sich, wie Rödinger und Tafel, ebenfalls um Landtagsmandate beworben hatten und auch gewählt wurden sowie der Journalist Karl August Mebold. Rödinger und Tafel waren auch zur Vorsicht gezwungen wegen ihrer Beteiligung am Jünglingsbund. Die politische Haltung Lohbauers, Maltés, der Brüder Schmidlin und Weihenmaiers, dem „Exekutivarm“ der „Hochwächter“, war zwischen Koseritz und der Herausgebergruppe angesiedelt.

Auf dem besagten Treffen in Mühlhausen um den 6. März 1832 gab Koseritz noch aktuelle Informationen über seine Aktivitäten in der Armee zur Gewinnung von Offizieren und Unteroffizieren für die Revolution an Tafel weiter²⁵⁴. Tafel

²⁵⁰ Akt. Darst. alt, S. 6.

²⁵¹ Akt. Darst. alt, S. 6; siehe auch [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁵² [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105] (Hervorhebung Gad Arnsberg).

²⁵³ Johannes Mährlen * Ulm 14. 9. 1803, † Stuttgart 19. 3. 1871. Zur Person Mährlens vgl. Nachruf *Schwäbische Kronik* 30. 3. 1871. Mährlen war u. a. Publizist, Historiker und Ökonom.

²⁵⁴ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Hierzu ausführlich Abschnitt III. Zu diesem Treffen siehe S. 145 Anm. 71, 180, 230f., 260, 295.

erfuhr dabei, Koseritz hätte erfolgreich die Unterstützung des Trains, also der Logistikeinheiten in Ludwigsburg, gewinnen können, ohne die die Geschütze nicht bewegt werden konnten²⁵⁵. Die Reaktion Rödingers und Tafels war wohl zurückhaltend, denn Koseritz, so der Untersuchungsrichter, warf „ihnen ihre Lauheit in der Sache vor“²⁵⁶. Er interpretierte ihre Haltung nicht als klare Ablehnung. Sie haben ihn walten lassen, wollten aber nicht direkt damit kompromittiert werden. Er empfand sich nach diesem Treffen von seinen Mentoren verlassen und als jemand, der seinen Kopf für sie hinhält.

Wie dem auch sei, schon gegen Ende des Jahres 1831 setzte die verdeckte revolutionäre Aktivität von Koseritz ein, zumindest mit Wissen Rödingers und Tafels und mit aktiver Unterstützung von Lohbauer. Nach außen hin betrieb bzw. intensivierte der *Hochwächter* seine öffentliche Kampagne zur Reform von Staat und Gesellschaft in Württemberg zugunsten einer „gesetzmäßigen Revolution“, die zuerst der Verteidigung der Verfassung dienen, dann aber auch den Weg zur Republik freimachen sollte. Tafel versuchte dies dadurch zu verschleiern, dass er davon sprach, der *Hochwächter* ziele „auf Reform unserer Staatseinrichtungen durch gegenseitiges Aufklären verschiedener Ansichten, und hatte [...] den gesetzlichen konstitutionellen Weg gewählt“²⁵⁷. Rödinger und Tafel sowie die anderen „Hochwächter“ rückten immer weiter nach links, ohne sich offen als Revolutionäre, Republikaner oder gar Demokraten zu bekennen, obwohl dies aus der Haltung des *Hochwächters* seit Mai 1832 und aus den von den „Hochwächtern“ gesponserten Flugschriften zu schließen war. Lohbauer hingegen wagte sich jedoch viel mehr. Über ihn wusste der Referent zu berichten: „Der derbere und haltlosere Lohbauer dagegen, der sich voranstellte und die Karten ausspielte, die nicht selten andere gemischt haben mögen, warf sich seit seiner Rückkunft vom Hambacher Fest auf die niedersten Volksklassen und soll auf allen Punkten habe losschlagen wollen“²⁵⁸. Heuchlerisch beklagte Rödinger in der Gegenüberstellung mit Koseritz, dass Lohbauer wie ein ungehorsames Kind hinter seinem und Tafels Rücken manches getan habe, was sie missbilligt hätten²⁵⁹.

Auch nachdem sich Rödinger und Tafel für eine republikanische Revolution entschieden und in der Konfrontation mit Koseritz dazu bekannt hatten, gaben sie doch vor, die konspirative Methode abzulehnen, ohne jedoch Koseritz von seiner konspirativen Tätigkeit abzuhalten. Ob diese Differenzen Ausfluss einer unterschiedlichen Revolutionsstrategie oder eines taktischen Gebots waren, mag dahingestellt bleiben. Die Argumente zumindest stützen sich auf unterschiedliche Konzepte. Nach den Aufzeichnungen eines Gesprächs zwischen Koseritz und dem König in der außergerichtlichen Aussage hat Koseritz die von seiner Position

²⁵⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁵⁶ Koseritz hielt es für richtig; siehe [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁵⁷ Akt. Darst. alt, S.7.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Kauffmann behauptete, Rödinger distanzieren sich von jeder revolutionären Aktivität, nachdem er bereits einmal den Preis dafür bezahlt habe, StaL E 319 Bü 12 Frage 2838.

abweichende Haltung des *Hochwächters* wie folgt beschrieben: „[D]ie sogenannten Hochwächter dagegen suchen durch Verbreitung aufrührerischer Schriften das Volk zu erbittern, durch eine zügellose Opposition in der Kammer die Regierung gehässig zu machen und so ihr Ziel zu erreichen“²⁶⁰. Rödinger und Tafel, durch die Aussagen anderer in die Ecke gedrängt, umschrieben ihre und des *Hochwächters* Haltung als „geistige Erziehung für eine mögliche Revolution“²⁶¹.

Nach der Begegnung in Mühlhausen, so gab Koseritz an, hätte er sich nur noch einmal mit Rödinger und Lohbauer getroffen²⁶². Vor dem Untersuchungsausschuss sagte er auch aus, er hätte sich seither mit den „Hochwächtern in nichts Politisches mehr“ eingelassen²⁶³.

Ob dem so war, bleibt unklar. Denn Koseritz versorgte noch bis in den Sommer 1832 den *Hochwächter* mit Informationen und Beiträgen. Dies mag damit zu erklären sein, dass diese Mitarbeit in der Zeitung in das Konzept der Einwirkung auf die Öffentlichkeit im Sinne der „geistigen Erziehung für eine mögliche Revolution“ passte. Diese Mitarbeit beweist auch, dass für Koseritz die Einwirkung auf die Öffentlichkeit nicht im Widerspruch zur konspirativen Tätigkeit stand, sondern diese ergänzte. Die Entfremdung zwischen Koseritz und den Herausgebern des *Hochwächters* führte aber schließlich im Sommer 1832 zum neuen Bündnis von Koseritz mit den entschiedenen Republikanern Franckh und Hardegg und somit zur Bildung eines neuen revolutionären Kerns in Würtemberg.

Das doppeldeutige Verhalten Rödingers und Tafels verglich Koseritz mit dem Verhalten der Julimonarchie gegenüber den Polen, woraufhin er diese und deren Gleichgesinnten verächtlich als „Juste Milieu“ bezeichnete²⁶⁴.

Die Untergruppe Lohbauer, Malté und andere, die sich als „revolutionäre Exekutive“ der „Hochwächter“ erwies, stützte sich ebenfalls auf das Argument der „geistigen Erziehung für eine mögliche Revolution“. Sie bediente sich der Wortwendung der „geistigen Revolution“, um nicht der direkten revolutionären Tat bezichtigt zu werden. Malté hielt es prinzipiell für sinnvoller, das Volk mittels einer „geistigen Revolution“ längerfristig zu einer Revolution zu „erziehen“.²⁶⁵ Diese Revolution sollte nach seinen Worten zwar aus dem Volk erwachsen²⁶⁶ und nicht durch eine Geheimverschwörung ausgelöst werden. Allerdings sollte diese Revolution wiederum nicht so ungezügelt verlaufen, dass letztlich auch das Bür-

²⁶⁰ HstaS E 238 a Bü 31. Koseritz dürfte hier auf zusätzliche Handlungsebenen und Aktionswege der „Hochwächterpartei“ angespielt haben. Dazu gehörten anfänglich die Wahlvereine, sodann Protestversammlungen, Petitionen und die Verbreitung revolutionärer Flugschriften. Koseritz teilte dieses Verhalten. Er selbst versorgte ja den *Hochwächter* mit Informationen über Missstimmungen und Gärungen in der Armee und reichte Artikel revolutionären Inhalts bei der Zeitung ein.

²⁶¹ HstaS E 285 Bü 81.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

²⁶⁵ Siehe S. 359–370.

²⁶⁶ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

gertum selbst gefährdet sein würde. Malté unterschied zwischen akuten Zwängen, die zu einer verfrühten Revolution führen könnten, und seiner Priorität einer „gemäßigten Revolution“, wenn er sagte, „meine revolutionären Entscheidungen modifizierten sich nach den Zeitereignissen“²⁶⁷. Malté, E. Schmidlin, Weihenmaier und andere repräsentierten die Gruppe, die an eine „kontrollierte“ Revolution glaubte. Die Untertanen seien zu Staatsbürgern zu erziehen, wozu alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssten, die das konstitutionelle System in Süddeutschland gewährte. Als geläuterte Staatsbürger würden sie zwischen einer gerechtfertigten und einer ungerechtfertigten Revolution unterscheiden können: „[D]er Bürger, aber, der zum Nachdenken über die bürgerlichen Einrichtungen im Staate aufgemuntert wird, wird dadurch auch fähig gemacht, zu beurteilen, ob eine Revolution ein gerechter Kampf, oder ob es eine ungesetzliche Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit ist“²⁶⁸.

Aus Furcht, eine „wilde“ Revolution könnte wie 1793 in einer „Schreckensherrschaft“ enden, kam Malté zu der Einsicht: „Eine Revolution ist bald gemacht, aber ihr Zweck wird der größten Opfer ungeachtet, die sie fordert, nicht erreicht, solange das Volk nicht auf der Stufe der Bildung steht, welche es die großen Vorteile der Republik erkennen lässt. Ein Volk, das für diese Regierungsform nicht reif ist, erkaufte sich durch eine Revolution nur die Despotie“²⁶⁹. Ziel der ideologischen Vorbereitung der „geistigen Revolution“, die eine wirkliche Revolution herbeiführen sollte, war es, „den Sinn für das öffentliche Leben, für die bürgerliche Freiheit und für alle Institutionen zu wecken, welche diese Freiheit allein gedeihen lassen“²⁷⁰.

Malté brachte die inneren Konflikte jener Gruppe von Männern zum Ausdruck, deren Position sich im Übergang vom liberalen zum demokratischen Lager befand. Man hatte hier die Notwendigkeit einer Revolution mithilfe der Massen erkannt, fürchtete jedoch eine revolutionäre Erosion, die nicht nur die Herrschaft von Monarchie und Abstammung, sondern auch die kulturellen Werte und das Privateigentum des Bürgertums mit sich fortreißen würde. „Volkserziehung“ und repräsentatives System einhergehend mit Vorkehrungen gegenseitiger Kontrolle („checks and balances“), die einerseits die Diktatur des Einzelnen, andererseits aber auch die direkte Demokratie und die „Herrschaft der Massen“ verhindern sollten, waren die Mittel zur Lösung dieses Dilemmas. Auch aus diesem Grund sah man im amerikanischen System ein nachahmenswertes Vorbild. Daher lag ihm (Malté) so viel an der „geistigen Revolution“ als Vorbereitung für eine „gezügeltere Revolution“ oder in seinen Worten: „[D]aß [...] eine solche geistige Revolution herbeigeführt werde, daß sich die Republik ohne viel Blutvergießen machen [lassen] werde“²⁷¹.

²⁶⁷ StaL E 319 Bü 14.

²⁶⁸ StaL E 319 Bü 14 und auch in StaL E 319 Bü 21.

²⁶⁹ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

²⁷⁰ Ebd.; Akt. Darst. alt, S. 93.

²⁷¹ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

„Als Mittel zum Zweck wurde schließlich eine durch Anwerbung Gleichgesinnter sich über ganz Deutschland verbreitende ‚Verbindung‘ vorgeschlagen, welche sich über alle Stände immer mehr ausdehnen sollte, bis der Augenblick komme, wo das Gute (die Republik) errungen werden kann, wofür dann jeder freudig Gut und Blut einsetzen müsse“²⁷². Was mit der genannten „Verbindung“ gemeint war, wurde hingegen nicht ausgeführt. Es könnte eine Vorform der modernen Partei sein, wie die „Hochwächterpartei“ eine war oder eine geheime Verbindung.

Siebenpfeiffer drückte in seiner Verteidigungsrede vor den Assisen in Landau die Haltung der Gesinnungsrepublikaner oder der Anhänger der „geistigen Revolution“, wie sich Malté ausdrückte, gegenüber „1793“ folgendermaßen aus: „Was man jedoch den Republikanern bis zum Ekel vorgeworfen und den ängstlichen Gemütern der Unwissenden als Schreckbild vorzuhalten sich bemüht, sind die Greuel der französischen Revolution von 1793. Dieser Einwurf erfordert eine ernsthafte Widerlegung schon darum, weil er so häufig vorkommt; aber es würde mich zu weit führen. Nur wenige Worte hier. Das tragische Geschick der Gironde hindert mich nicht, Girondist zu sein, in bestem Sinne des Wortes. Wer verrichtete die Greuel, die ihr mit Recht tadelt? Ihr sagt der Pöbel der großen Städte. Ich frage zuerst, wer hat diesen Pöbel herangebildet? Die Monarchie. Wer reizte die Bergpartei? Der Hof, die Pfaffen, der Adel. Wer steigerte den Patriotismus bis zum Wahnsinn? Das feindlich herangezogene monarchische Europa, das höchst monarchische Manifest des Feldherrn der verbündeten Könige!“²⁷³

In Anspielung darauf drohten die „Hochwächter“ Lohbauer und Mährlen auch mit Blutopfern im Falle einer Revolution, die voll und ganz der bestehenden Unterdrückung zuzuschreiben sei. In dem ihnen zugeschriebenen Flugblatt „An die Teutschen in Württemberg“ hieß es wie schon erwähnt: „Darum rufe noch niemand zu den Waffen“²⁷⁴. „Aber wenn niemand rufen soll zu den Waffen, so soll doch jeder deutsche Mann, jeder brave Württemberger an die Waffen denken und die Vorteile der Volksbewaffnung in Erwägung ziehen“²⁷⁵.

Das Einwirken auf die öffentliche Meinung war wichtig bei der Schaffung einer revolutionären Situation. Dies zeigte sich in Frankreich im Vorfeld der Julirevolution. Darauf konzentrierte sich auch der PVV. Wie konnte diese Einwirkung geschehen, nachdem die Zensur und die Einschränkung der öffentlichen Meinung dies unmöglich machten? Das war ein schlagendes Argument der konspirativen Partei, der sich Maltés Gruppe später annähern sollte. Im Unterschied zu Frankreich, wo ein starkes und selbstbewusstes Bürgertum mit breiter Massenbasis einer Revolution die entsprechende Wirkungskraft verleihen konnte, fehlte es in Deutschland jedoch an solchen Ausgangsbedingungen. Wenn die Revolution nicht

²⁷² Akt. Darst. alt, S. 115 f.

²⁷³ SIEBENPFEIFFER, Zwei gerichtliche Vertheidigungsreden, S. 425.

²⁷⁴ Siehe S. 156 Anm. 118.

²⁷⁵ Ebd.

von außen hereinbricht, worauf Koseritz bis zum Fall Warschaws gehofft hatte, und wenn es an einem starken Bürgertum mit Massenbasis mangelte, bedurfte es einer „Hegemoniesubstitution“, einer anderen entscheidenden revolutionären Kraft wie der Armee, die das Kräfteverhältnis von Staat und aufbegehrendem Volk entscheiden könnte. In jedem Fall bliebe eine Unterstützung von außen notwendig, vor allem weil eine gegen-revolutionäre Einmischung von außen, etwa von Preußen, Österreich und Russland zu erwarten gewesen wäre. Spanien, Belgien und Polen waren beredete Beispiele für die Wirkungskraft ausländischer Intervention auf das Schicksal von Revolutionen.

Während Rödinger, Tafel und andere „Hochwächter“ die Entstehung einer revolutionären Situation herbeiwünschten, über eine Heranbildung einer kritischen Öffentlichkeit hinaus aber nicht bereit waren zu gehen, wollte Koseritz es nicht dabei belassen. Die Vorbereitung der Öffentlichkeit war auch in seinen Augen wichtig, allerdings sollte die Revolution nicht dem Zufall überlassen werden. Er bemängelte die Haltung der radikalen Opposition im Südwesten, die sich in Rhetorik und Kundgebungen erschöpfte oder, wie dies W. Schulz ironisch ausdrückte, in einen „Becherenthusiasmus“ ausartete²⁷⁶, ohne klare Konsequenzen zu ziehen oder praktische Schritte zu unternehmen, die den Worten folgen müssten. Sollte sich eine revolutionäre Situation einstellen, so wollte Koseritz durch gewonnene militärische Einheiten und einer zivilen Kerngruppe „dem Volk unter die Arme greifen“²⁷⁷. Offen blieb dabei, ob dies entsprechend der Situation in Form einer revolutionären Initiative oder einer revolutionären Rückendeckung und Lenkung erfolgen sollte. Ihm schwebte keine Militärrevolte vor, sondern eine von der Armee mitgetragene Erhebung breiter Schichten der Bevölkerung. In diesem Sinne konstatierte der Referent: „Koseritz erklärte, daß man sich auf ihn und das Militär verlassen dürfe, sobald man auf die Teilnahme des Volkes rechnen könne, und nicht etwa bloß auf die Beihilfe eines Haufens bewaffneter Bauern“²⁷⁸.

In diesem Zusammenhang hob der Referent die Ziele der Mobilisierung von Unteroffizieren für den revolutionären Notfall, wie sie Koseritz angestrebt hatte, hervor. Er schreibt: „[E]r [Koseritz] ging damals von der Voraussetzung eines Volksaufstandes aus, und die Unteroffiziere waren daher auch der Meinung, daß das Volk den Anfang machen werde. Für diesen Fall lag es aber keineswegs in der Absicht des Koseritz die Unteroffiziere nur für ein negatives Verhalten zu gewinnen oder, wie er sich ausdrückt, sie der Regierung zu entziehen, damit sie bei einem Aufstand nicht auf das Volk feuern sollen, sondern er forderte sie unter der angegebenen Voraussetzung zum Mithandeln, zum Losschlagen auf, und das haben ihm auch die Unteroffiziere versprochen. [...] Denn Koseritz sei, bemerkte Dorn²⁷⁹ bei dieser Gelegenheit, stets davon ausgegangen, daß sich ohne Teilnahme des Volks

²⁷⁶ GRAB, Ein Mann, S. 80.

²⁷⁷ ARNSBERG, dem Volke unter die Arme greifen, S. 157.

²⁷⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁷⁹ Gemeint ist der Gürtler Dorn, ein enger Vertrauter Koseritz'.

nichts machen lasse, daß aber sobald man hoffen könne, das Volk werde sich anschließen, er mit einer Militärrevolution den Anfang machen wolle. Dies sei, soll Koseritz gesagt haben, das Hauptmittel, um das Volk, wenn es einmal aufgereizt sei, zur Revolution hinzureißen²⁸⁰. Den Unteroffizieren als Angehörige der niederen Klassen, kam dabei eine besondere Mittlerfunktion zu.

Der Untersuchungsrichter im Militärprozess – der Auditor – Ernst Bleibel, war überzeugt, dass Koseritz „je nach seinen schwankenden Ansichten über [die] Aufregung des Volkes, dieses bald mehr, bald weniger für ein Losschlagen geeignet glaubte, und nicht immer auf Hervorrufung, zeitenweise auch nur auf Vorbereitung der Revolution [...] hinzielte“²⁸¹. Was sich für Bleibel als eine Art Unschlüssigkeit auf Seiten Koseritz' darstellte, war nicht unbedingt von Bedeutung, denn Koseritz betrachtete das Handeln der Armee, ob nun als revolutionärer Vortrupp oder als unterstützende Kraft als eine sekundäre Frage. Entscheidend war für ihn die Bewertung der revolutionären Situation. Er hätte die Armeeeinheiten ohnehin nicht in Bewegung gesetzt, wenn eine derartige Situation nicht gegeben gewesen wäre.

Als die pro-polnische Sympathiewelle langsam abebbte, klang Koseritz kurze Zeit verdrossen und meinte, „daß mit unseren Bürgern doch nichts zu machen sei“²⁸². Infolgedessen drosselte er seine konspirative Tätigkeit und Kontakte zu Offizieren, Bürgern, polnischen Gesandten und Unteroffizieren vom Frühjahr bis in den Sommer 1832, als infolge der Juni- und Julibeschlüsse des Bundestages und der ausbleibenden Einberufung der Abgeordnetenversammlung die Stimmung in der Öffentlichkeit immer gereizter wurde und er zur republikanischen Gruppe um Franckh und Hardegg gestoßen war. Die Untersuchungsbehörde verzeichnete: „Dabei gibt jedoch Koseritz zu, daß in den Ansichten über die revolutionäre Stimmung der Völker ein stetes Schwanken bei ihm stattgefunden habe“²⁸³.

Überlegungen zur richtigen revolutionären Strategie bewegten auch andere Radikale jener Zeit in Süddeutschland. Georg Büchner, demokratischer und frühkommunistischer Schriftsteller, der im benachbarten Großherzogtum Hessen ab 1834 unter der Landbevölkerung revolutionäre Agitation betrieben hatte, wusste um das Gewicht der Armee für den Verlauf einer Revolution. Er hielt aber die Armee an sich von vornherein für einen anti-revolutionären Faktor: „Soll jemals die Revolution auf eine durchgreifende Art ausgeführt werden, so kann und darf das bloß durch die große Masse des Volkes geschehen, durch dessen Überzahl und Gewicht die Soldaten gleichsam erdrückt werden müssen“²⁸⁴. Koseritz teilte diese Meinung nicht. Im Gegensatz zu Büchner sah er in der Armee einen entscheidenden Faktor, den es für die Revolution zu gewinnen galt, weshalb er betonte:

²⁸⁰ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; StaL E 319 Bü 11.

²⁸¹ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

²⁸² HstaS E 285 Bü 86.

²⁸³ Ebd.

²⁸⁴ So das Zeugnis August Beckers über Büchners Position vor dem Richter Nöllner; siehe GRAB, Ein Mann, S. 144.

„[D]ie Revolution [könne] nur dann gelingen [...], wenn sie vom Militär geschützt werde“²⁸⁵. Koseritz war auch überzeugt, dass im Falle eines Zusammenstoßes zwischen einem regierungstreuen Bataillon und der Anzahl aufständischer Bauern eines gesamten Oberamtes das Bataillon überlegen sei, andererseits seien 2.000 Bauern dann auch durchaus einem Bataillon überlegen²⁸⁶. Daher war die Armee bei der Frage nach dem Ausgang einer Revolution für ihn hoch einzuschätzen, solange keine erdrückende Massenbewegung gewiss war.

Eine der Schlüsselfiguren der frühen deutschen Freiheitsbewegung, der schon mehrmals erwähnte W. Schulz kritisierte die zitierte Aussage seines Freundes Büchner: „Wie klar Büchner die Not und die Leiden des armen und gedrückten Teils der Menschen erkannte, wie tief er sie fühlte, hat er doch einen wichtigen Teil des Proletariats übersehen: *das Proletariat der stehenden Heere*“²⁸⁷. Auf dieses „Proletariat“ in der Armee versuchte Koseritz über die Unteroffiziere einzuwirken.

Während die „Hochwächter“ (Lohbauer vielleicht ausgenommen) sich an dem herkömmlichen Modell der spontanen revolutionären Massenerhebung orientierten oder dies zumindest vorgaben, richtete sich Koseritz eher nach dem „neuen Modell der Revolution“, das sich an Staaten wie Spanien orientierte, in denen eine unzureichend entwickelte politische und sozioökonomische Infrastruktur keine selbstbewusste und starke bürgerliche Führungsschicht hervorbrachte und in denen sich demzufolge auch keine starke oppositionelle öffentliche Meinung zu entfalten vermochte, die eine genügende Massenbasis hätte erzeugen können. In einer solchen Konstellation kam der Stellung der Armee eine entscheidende Rolle zu. Das Verhältnis zu Lohbauer scheint, trotz dieser unterschiedlichen Meinungsauffassung in Takt geblieben zu sein. Zu diesem Zeitpunkt befürworteten die oben genannten „Hochwächter“ die Revolution, schreckten aber vor der Konspiration zurück. Erst nachdem Rödinger und Tafel mit anderen radikalen Abgeordneten wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zum Jünglingsbund am 9. Februar 1833 vom Landtag ausgeschlossen wurden, näherten sie sich wieder Koseritz an. Dieser kommentierte dies sarkastisch: „[J]etzt beißen diese wieder besser an“²⁸⁸. Über die lavierende Haltung Rödingers und Tafels äußerte sich der Maler Friedrich Groß aus Ludwigsburg, ein Vertreter der sich später bildenden, republikanischen Fraktion, abfällig: „[A]m meisten habe ich mich geärgert, dass die Hochwächter lauter Schritte taten, die auf die Revolution hinwirkten, und doch den Schein sich geben wollten, als seien sie keine Revolutionäre“²⁸⁹.

Eine freiheitliche Grundordnung, wie sie sich zunehmend im Westen entfaltete, konnte – so Koseritz – nur durch eine Revolution erzielt werden. Auch in diesen

²⁸⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁸⁶ HstaS E 285 Bü 82. Die Truppenstärke eines Bataillons in Friedenszeiten lag etwa bei 250 Soldaten, in Kriegszeiten oder bei Notstandsmobilmachung etwa bei 700.

²⁸⁷ GRAB, Georg Büchner und die Revolution, S.75 (Hervorhebung im Originaltext).

²⁸⁸ So nach Aussagen des Malers und späteren Koseritz-Freundes Friedrich Groß. StaL E 319 Bü 12.

²⁸⁹ Ebd.

westlichen Staaten hatte es dafür einer Revolution bedurft, angefangen mit England im 17. Jahrhundert bis zu Belgien in jüngster Zeit. Doch im Gegensatz zu diesen Staaten, in denen eine spontane Revolution ausgebrochen war, sprachen die Verhältnisse in Deutschland für das „neue Modell der Revolution“. Die Polen lieferten den jüngsten Beweis für die Erfolgchancen dieses Modells. Durch die vertraulichen Informationen, die Koseritz und ihm nahestehende Offiziere und Zivilpersonen über die polnische Erhebung erhielten, wurde er in seiner Annahme bestärkt. Wie sehr das polnische Muster für ihn wegweisend war, bewies seine Antwort auf die Frage des Referenten, ob ihm etwa der polnische Aufstand als Vorbild gedient hätte: „Ja, das ist ganz richtig. Ich habe Warschau zum Vorbild genommen“, lautete die Antwort Koseritz²⁹⁰.

Warschau als Vorbild bedeutete dem neuen Modell der Revolution entsprechend: revolutionäre Aktivität oder Unterstützung für die Revolution vonseiten der Armee, Einweihung eines sehr engen Personenkreises in das Geheimnis des Aufstandes bis zum letzten Augenblick infolge der Annahme, eine einzige revolutionäre Aktion werde eine revolutionäre Kettenreaktion auslösen, Ausrichtung hauptsächlich auf Unteroffiziere und einige Offiziere niederer Ränge aufgrund der Annahme, die oberen Offiziersränge seien, wie die höheren polnischen Offiziere gegenüber der russischen Schutzherrschaft, regierungstreu.

Bei einem ersten Treffen zwischen Koseritz und einer Gruppe von Unteroffizieren, die vom Feldwebel Samuel Lehr geworben worden waren, war man sich einig: „Wenn's losgehe, soll man Warschau zum Vorbild nehmen. Dort haben den Tag vor Ausbruch der Revolution nicht dreißig Personen um die Sache gewußt“²⁹¹. An anderer Stelle erscheint eine ähnliche Aussage Koseritz' mit dem Zusatz, die Mannschaft sei erst zwei Stunden vor dem Aufstand informiert worden²⁹².

Zur Frage der Verbindung zwischen militärischem Rang und revolutionärer Haltung sagte der Koseritz nahestehende Groß aus: „Er [Koseritz] sagte, man dürfe keinen Stabsoffizier in das Geheimnis ziehen, sondern sie nach Art der polnischen Revolution gefangen nehmen und ihnen die Wahl lassen zwischen Mitfechten oder Gefangenschaft“²⁹³. Koseritz selbst gab dann bei der Untersuchung an: „Man glaubte eben damals, nur die Stabsoffiziere würden sich nicht anschließen, bei den Subalternoffizieren würde es wie in Polen gehen“²⁹⁴. Auch der radikale Publizist und ehemalige württembergische Hauptmann sowie Vertraute von Koseritz und Franckh, Friedrich Seybold, konnte bestätigen: „Übrigens sagten mir hier durchreisende Polen, daß an der Verschwörung keine Stabsoffiziere teilgenommen haben, diese sei von Subalternoffizieren allein ausgegangen und erst nach dem

²⁹⁰ HstaS E 285 Bü 81.

²⁹¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Dem entsprochen auch die Aussagen des Unteroffiziers Jakob Friedrich Zucker. HstaS E 285 Bü 87.

²⁹² HstaS E 285 Bü 81.

²⁹³ StaL E 319 Bü 6 Frage 211.

²⁹⁴ HstaS E 285 Bü 81; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. „[S]o glaubte Koseritz, dass der Aufstand wie in Polen, nur bei den Subalternoffizieren Anklang finden werde.“

Ausbruch haben die anderen teilnehmen müssen. Die Teilnehmer an der Geschichte Belvedere, deren ich aber gegen 20 kennengelernt habe, sind früher alle Subalternoffiziere gewesen“²⁹⁵.

Inwieweit Koseritz die ihm nahestehenden Subalternoffiziere voll einweihte, ist nicht ganz klar. Minimalkonsens war, zu verhindern, dass die Armee im Falle von Unruhen gegen die aufständische Zivilbevölkerung eingesetzt werde. Sie verständigten sich auch darüber, die Armee für eine „gesetzmäßige Revolution“ zu gewinnen, ohne die republikanischen Endziele hervorzuheben. Zu dieser Form von „konstruktiver Unklarheit“ meinte der Mitverschworene Stuttgarter Architekturstudent Ferdinand Weihenmaier, ein Schulfreund Lohbauers²⁹⁶ und Jugendfreund des Goldschmieds A. Krauß, der auch den Kontakt zu Koseritz herstellte: „Koseritz sagte mir und Groß, er weihe keinen Offizier ein, ehe es zum wirklichen Handeln käme; dann reiße die Sache selbst viele mit fort“²⁹⁷. Den Aussagen einiger Offiziere entsprechend waren sie im Bilde über die Anwerbung der Unteroffiziere auch für eine aktive revolutionäre Rolle. Sie kannten und teilten auch das polnische Revolutionsmodell Koseritz‘, dass der Armee eine entscheidende aktive, revolutionäre Rolle zuwies. Zum Teil nahmen sie auch an den Treffen mit den Unteroffizieren teil, wo von der geplanten aktiven, revolutionären Rolle der Armee und von den republikanischen Zielen die Rede war²⁹⁸.

E. Gemeinsame Linie

1. Allianz zwischen Volk und Armee

Die revolutionären Ereignisse in Frankreich, Belgien und insbesondere in Polen sowie das Erwachen des politischen Lebens in Württemberg, wie in anderen süddeutschen Staaten seit Juli 1830 wirkten auch auf die Armee ein. Die Unterwanderung des Heeres durch liberal, wenn nicht gar demokratisch gesinnter Offiziere stellte für die württembergische Regierung eine ernste Gefahr dar. Der Kriegsminister von Hügel warnte demnach ausdrücklich vor der Gefahr eines Eindringens revolutionären Geistes in die Armee²⁹⁹. Der König hatte den Offizieren seines Heeres noch vor dem Fall Warschaws die Anordnung gegeben, öffentliche Äußerungen zur polnischen Frage zu vermeiden³⁰⁰. Im Tagesbefehl des Kriegsministers von Hügel vom 7. August 1831 schärfte dieser den Befehl des Königs an seine Offi-

²⁹⁵ HstaS E 285 Bü 81.

²⁹⁶ [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

²⁹⁷ StaL E 319 Bü 6.

²⁹⁸ Siehe ausführlich S. 269–271.

²⁹⁹ Siehe *Observations sur les affaires*, S. 359.

³⁰⁰ BAUER, *Geschichte der constitutionellen Bestrebungen*, S. 9.

ziere ein³⁰¹. Er sprach dasselbe aus, was Generalquartiermeister Generalleutnant von Varnbüler schon 1827 gefordert hatte: Die Offiziere sollten „ein dem Thron unbedingt ergebenes aristokratisches Prinzip darstellen“³⁰². Am 11. August erging dann ein zusätzlicher königlicher Befehl an die Offiziersränge, der die Beschäftigung mit politischen Themen und die Teilnahme von Uniformträgern an Veranstaltungen bürgerlicher Vereine verbot. Der Befehl sollte die Politisierung in der Armee unterbinden und einen Keil zwischen Armee und zivile Gesellschaft treiben³⁰³. Dieses Motiv lag auch dem Befehl Wilhelms I. von 1833 zum steten Kasernenwechsel der Einheiten zugrunde, nämlich einem engen Kontakt zwischen Soldaten und lokaler Bevölkerung entgegenzuwirken³⁰⁴.

Die reaktionäre Kehrtwende nach einer kurzen Auflockerung der staatlichen Kontrolle über die Gesellschaft, die erneute Einschränkung der jüngsten konstitutionellen Errungenschaften und die zunehmende Zuspitzung des Konflikts zwischen einer kämpferischen Opposition und den Landesregierungen beunruhigte liberal und demokratisch gesinnte Offiziere. Sie befürchteten, die im Wesentlichen aus Bauern zusammengesetzte und von Angehörigen des Mittelstandes geführte Armee könnte im Falle einer zunehmenden politischen und sozialen Gärung gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Auch die Gefahr einer Verwicklung Württembergs in einen ideologischen Krieg zwischen den liberalen und reaktionären Staaten alarmierte diese Offiziere. Die Versuche der Regierung, die Armee von der Zivilbevölkerung abzuschotten, erweckten Kritik in der Opposition. Der *Hochwächter*, wie auch andere Organe der radikalen Opposition kämpften darum, die Armee der Verfassung zu unterstellen. Das Blatt forderte, der Fahneid auf König und Vaterland sollte durch den Eid auf die Verfassung ersetzt werden. Die Armee als die geballte Faust des Staates, dürfe in einem konstitutionellen System nicht durch den König gegen die eigene Bevölkerung angestachelt werden. Es dürfe nicht der Fall eintreten, dass der König in Erwägung ziehe, im Falle eines Streits mit den Volksabgeordneten über zu fallende Steuern, die Waffengewalt gegen diese zu kehren. In dem zensierten Artikel unter dem Titel: „Der Bürger und der Soldat“ vom 21. März schrieb die Zeitung: „O schöner Tag des erhabensten Volksfestes, wenn [endlich] der Bürger dem, der ihn verteidigen soll, als seinen Mitbürger, als seinen Bruder und aller seiner Rechte und Pflichten Mitgenossen frei umschlingen darf, wenn die gewaffnete Faust des Kriegers herzlich gedrückt in den Händen des Bürgers ruht, und sich öffnet, um die Waffe an des Bürgers Herd zu lehnen, damit

³⁰¹ SAUER, Das württembergische Heer, S. 71.

³⁰² Ebd.

³⁰³ Siehe auch die Beilage zum *Niederrheinischen Kurier* für das konstitutionelle Deutschland, Straßburg, 25. 10. 1831, 27. 10. 1832.

³⁰⁴ Auch im konstitutionellen Frankreich und im ehemals konstitutionellen Spanien war es Uniformträgern verboten, mit der Zivilbevölkerung in Caféhäusern und Klubs in engen Kontakt zu treten; *DNZ* 25. 5. 1833; HAERING, Württemberg, S. 399; siehe auch die Beilage zum *Niederrheinischen Kurier* für das konstitutionelle Deutschland, Straßburg, 25. 10. 1831, 27. 10. 1832.

auch sie ihn ebenso brüderlich umarmen kann!“³⁰⁵ Wie kritisch Haltung und Verhalten der Armee im Falle einer möglichen Verfassungsverletzung waren, dafür bot die europäische Geschichte seit den 1820er Jahren viele Beispiele³⁰⁶.

Die Diskussion um die politischen Wesenszüge der Armee war in Württemberg, wie in anderen Teilen Deutschlands schon früher aufgekommen. Der damalige und inzwischen zum Generalmajor und zum Chef des Generalstabs in Ludwigsburg avancierte Oberst von Bangold initiierte die Unterzeichnung einer Petition von Offizieren am 26. Oktober 1819. Der König wurde hierin aufgerufen, die noch junge, durch die Karlsbader Beschlüsse bedrohte Verfassung zu schützen³⁰⁷. Bangold repräsentierte wohl nicht wenige Offiziere aus dem bürgerlichen und niederadligen Stand, die ihre Treue zur Verfassung der Treue dem König gegenüber gleichsetzten³⁰⁸.

Während sich die Soldaten mehrheitlich aus der armen Bauernschaft rekrutierten, stammten die Offiziere in erster Linie aus dem Bürgertum. Dies entsprach dem altbürgerlichen Charakter Württembergs. In dieser Hinsicht reflektierte die Heeresstruktur des neuen Königreiches den bürgerlichen Charakter Altwürttembergs. Die Adligen, die als Offiziere in der württembergischen Armee dienten, kamen von außerhalb³⁰⁹. Dennoch wurde die Armee von den Liberalen und Demokraten als eine fürstliche Heerestruppe betrachtet. Solange dem so war, war auch deren Einstellung dem Heer gegenüber feindlich. Der Liberalismus entwickelte in Deutschland ein eigenes Heereskonzept, das in der Bürgermiliz die adäquate Streitmacht sah, während die Demokraten das Konzept der Volksmiliz hochhielten. Eine derartige Miliz schwebte auch dem ehemaligen württembergischen Generalmajor Joseph von Theobald vor, der sich auch militärtheoretischen Fragen widmete³¹⁰. Von Theobalds Standpunkt entsprach der Stimmung innerhalb des Bürgertums nach den „Befreiungskriegen“. Zu jener Zeit, also 1816, verfasste auch Rotteck

³⁰⁵ Hochwächter ohne Censur, S. 63.

³⁰⁶ Siehe S. 65–80.

³⁰⁷ Hochwächter ohne Censur, S. 11 ff.

³⁰⁸ Der *Hochwächter* versuchte, diese Verlautbarung am 22. Mai 1831 zu veröffentlichen, wurde jedoch durch die Vorzensur daran gehindert. Der volle Wortlaut erschien auf Seite 11 des *Hochwächters* ohne Censur. Es ist nicht klar, ob Koseritz an der Veröffentlichung der Verlautbarung im *Hochwächter* beteiligt war oder nicht. Lohbauer, der in der Vergangenheit als technischer Zeichner in der Armee gedient hatte und Sohn eines in den Napoleonischen Kriegen gefallenen württembergischen Offiziers war, kannte sich in der Geschichte und hinsichtlich der liberalen Tendenzen in der württembergischen Armee genügend aus, um ohne Koseritz auskommen zu können. Der Artikel rief in regierungstreuen Zeitungen heftige Attacken gegen den *Hochwächter* hervor, auf die er entsprechend reagierte.

³⁰⁹ SAUER, Das Württembergische Heer, S. 55.

³¹⁰ In einer Reihe von Publikationen versuchte von Theobald, Unterstützung für die Idee einer Volksmiliz zu gewinnen, darunter: „Entwurf einer Kriegsordnung für das Königreich Württemberg“, Stuttgart 1817; „Über Militärsysteme“, Stuttgart 1821; „Entwurf einer Kriegsverfassung der Staaten des Deutschen Bundes, zunächst in Beziehung auf Württemberg dargestellt und den deutschen Ständeversammlungen gewidmet“, Stuttgart 1823. Zur Biografie von Theobalds siehe RABERG, Biographisches Handbuch, S. 924 f.

seine Abhandlung „Über stehende Heere und Nationalmiliz“³¹¹, in der er eine allgemeine Bewaffnung forderte. So, wie Rotteck sich zu jener Zeit für das allgemeine Wahlrecht einsetzte und sich später davon zugunsten einer Bindung des Wahlrechts an den Zensus distanzierte, wurde auch die Idee der Volksmiliz mit dem Abflauen der Begeisterungstürme des „Befreiungskrieges“ in den 30er Jahren für die Mehrheit des süddeutschen Bürgertums, des vorindustriellen Besitz- und Bildungsbürgertums immer weniger attraktiv.

Das Bestreben von Liberalen und Demokraten um eine Allianz von Volk und Armee erfasste auch Offiziere, in deren Mittelpunkt Koseritz stand. Koseritz war ein wichtiges Standbein des *Hochwächters* und der „Hochwächterpartei“ in der Armee. Zur Letzteren zählten wie schon mehrmals erwähnt die Herausgeber, die Redaktion und ein, sich um diese bildender Kreis von politischen Mitstreitern. Darunter war auch eine Anzahl liberaler Subalternoffiziere, mit denen Lohbauer und Koseritz nach der Julirevolution Kontakt herstellten. Als Treffpunkte, in denen Bekanntschaft geschlossen und gepflegt wurde, dienten Wirtshäuser in Stuttgart und Ludwigsburg, in denen sich „Raisonneurs“, sprich kritische Geister, dann Sympathisanten der Polen trafen.

Ging es diesen Offizieren um verfassungspolitische und ideologische Anliegen, so berührten Soldaten und Unteroffiziere, die einer niedrigen sozialen Schicht angehörten, ihre materielle Not und ihre untergeordnete Stellung in der Armee. Württemberg, das dank Napoleon von einem kleinen Fürstentum unter vielen in Deutschland zum zweitwichtigsten Staat in Süddeutschland geworden war, unternahm unter dem Einfluss der Erfolge des napoleonischen Heeres einige Reformen innerhalb seiner Armee. Am 6. August 1806 wurde das Gesetz über die Wehrpflicht erlassen, das jedoch vor allem auf die niedrigen Stände Anwendung fand. Die Angehörigen des Adels, die Vermögenden, Gebildeten und eine lange Reihe von Beamten und Handwerkern waren vom Kriegsdienst befreit. Diese Situation änderte sich auch durch das Wehrpflichtgesetz vom 20. August 1809 nur unwesentlich. Grund für den Erlass dieses Gesetzes waren in erster Linie die Bedürfnisse Napoleons in seinem geplanten Russland-Feldzug. In der Folge der Restauration nach 1815 wurde die Armee wieder zu einer limitierten Truppe der Bauern und Armen, obwohl sie schon größer als vor 1806 war³¹². Für Friedrich I. blieb der Soldat ein minderwertiges Wesen. Diese Situation änderte sich erst infolge der Thronbesteigung Wilhelms I. und durch die damit verbundenen Reformen von 1817 und 1818. So wurde zum Beispiel erst zu diesem Zeitpunkt das berüchtigte Speißrutenlaufen verboten. In Preußen war damals bereits seit Langem die alte Militärgerichtsordnung aufgehoben gewesen³¹³.

³¹¹ Die Schrift erschien erstmals 1816 in Freiburg.

³¹² SAUER, *Das württembergische Heer*, S.7f., 87, 90, 96. Die Liste der vom Wehrdienst Freigestellten war lang. Die Bevölkerungsgruppe, die letztlich für die Wehrpflicht übrig blieb, war das arme Bauerntum; siehe REYSCHER, *Sammlung der württembergischen Gesetze* 3, S.859ff.

³¹³ SAUER, *Das württembergische Heer*, S.24ff. Zur Militärgerichtsordnung in Württemberg

Das Bildungsniveau unter den Soldaten war so niedrig, dass die Möglichkeit einer Beförderung zum Offizier rein theoretisch blieb. Außerdem musste jeder Offiziersanwärter eine finanzielle Unterstützung seiner Familie von 150 Gulden nachweisen³¹⁴. Mit anderen Worten: Auch die finanzielle Hürde hinderte die Angehörigen der Unterschichten daran, in den Offiziersrang aufzusteigen. Bestenfalls konnten sie den Rang eines Unteroffiziers erlangen³¹⁵. Die wegen ihrer sozialen Herkunft geringen Chancen der Soldaten und Unteroffiziere in den Offiziersrang aufzusteigen, waren ein weiterer Grund für die chronische Unzufriedenheit in diesen Rängen. Hinzu kamen die unzureichenden materiellen Bedingungen, das Nachspionieren und die Denunziationen vonseiten einiger Offiziere gegen die unteren Ränge. Im Gefolge der Julirevolution kamen diese inneren Spannungen in der Armee zum Vorschein.

Koseritz, der seit Ende 1831 konspirativ tätig war, versorgte unterdessen zusammen mit anderen ähnlich gesinnten Offizieren radikal-liberale Zeitungen, vor allem den *Hochwächter* mit Informationen über Missstände in der Armee. Nachweislich lieferte Koseritz auch selbst Artikel, die auf die Allianz von Armee und Volk und auf die Verbrüderung der Völker zielten. Die Untersuchungsbehörden sollten später feststellen, Koseritz habe den *Hochwächter* mit „Beiträgen von revolutionärer Tendenz versorgt oder mit Material [...] zu diesen Artikeln, das Lohbauer sofort nach seiner Weise bearbeitete“³¹⁶. Die meisten Artikel haben sich mit Interna des Militärs befasst und waren unerschwerlich subversiv. Politische oder gar revolutionäre Ansichten konnten natürlich nicht publik gemacht werden. Dennoch sollten diese Artikel der Bildung einer kritischen Öffentlichkeit dienen, worin Koseritz eine Ergänzung seiner konspirativen Tätigkeit sah. Außer an den *Hochwächter* soll er Beiträge auch an die liberale Zeitung *Der Freisinnige* in Baden und *Das Constitutionelle Deutschland*, der deutschen Beilage des *Constitutionnel* oder des *Courier du Bas Rhin* in Straßburg geliefert haben³¹⁷. Die Untersuchungsbehörden hielten es

siehe JÄGER, Militärwesen, S.25, 83–88.

³¹⁴ SAUER, Das württembergische Heer, S.55.

³¹⁵ Die Möglichkeit vermögender Familien, im Falle einer Auslosung der Söhne zum Militärdienst gegen eine Zahlung von 500 fl. einen Ersatzmann für den Einberufenen zu stellen, ließ viele arme Bauernsöhne aus finanziellen Gründen als sogenannte Einsteher kontinuierlich in der Armee dienen. Sie konnten daher aufgrund ihres langjährigen Dienstes zu Unteroffizieren aufsteigen.

³¹⁶ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

³¹⁷ HstaS E 285 Bü 81. Die Untersuchungsbehörden nannten zehn Aufsätze, die Koseritz zugeschrieben wurden, doch es bestehen Zweifel, ob diese Zahl korrekt ist. Unter den ihm zugeschriebenen Artikeln findet sich ein Beitrag über Vidocq, einen französischen Kriminellen, der zum Spitzel und zum „Vater der modernen Kriminalistik“ wurde, dann Artikel wie: „Die Schnurrbärte des zweiten Reiterregiments in der Siebenhügelstadt“; „Abgenötigte Erwiderung“ (*Hochwächter* 8.6.1832); „Über den Schultheiß in Auenstein“; „Nachfrage nach Fribolin oder Fribolin in der Räuberhöhle“; „Über Hauptmann Passe-Partout“; „Eine Bekanntmachung des Inspektors der Infanterie“. Der Artikel „Der Bürger und der Soldat“ (*Hochwächter* 21.3.1832) dürfte von Koseritz stammen oder zumindest von ihm beeinflusst gewesen sein. Ein Artikel über den liberalen General von Bangold

nicht für wichtig genug, die Aufsätze als belastendes Material dem Gericht zu unterbreiten. Sie sind Lohbauer, wie es heißt, vorgelegt und von ihm verarbeitet worden. Als selbstständige Artikel sind sie meistens nicht veröffentlicht worden oder wohl der Zensur zum Opfer gefallen. Der vielleicht wichtigste Aufsatz von Koseritz, der am 20. Mai 1832, also einige Tage vor dem Hambacher Fest stark verstümmelt veröffentlicht wurde, erschien ohne Titel und anonym. Er begann mit: „Es gibt ein Land“. Trotz starker Streichung erzielte der Artikel große Wirkung³¹⁸. Die fehlenden Passagen wurden im „Hochwächter ohne Censur“ ergänzt. Koseritz griff hier, wie auch in anderen Aufsätzen, das Spionagesystem innerhalb der Armee gegen liberale Offiziere an. Besonders schlimm stünde es um die Garnison Ludwigsburg, wo ein internes Spionagenetz unter der Aufsicht des Militärgouverneurs der Stadt und Garnisonskommandanten Generalleutnant von Hügel aufgebaut worden war³¹⁹. Die angeschwärtzten Offiziere wären Repressalien ausgesetzt³²⁰. Koseritz warf von Hügel auch vor, die Absetzung des Oberamtmanns von Ludwigsburg, Christian Andreas Weihenmaier, betrieben zu haben, bei dem es sich um den Vater des Mitverschworenen und radikalen Architekturstudenten aus Ludwigsburg, Ferdinand Weihenmaier, handelte, „weil er nicht mit derselben Härte auf seine Bürger wirkt, wie jener [Hügel] auf seine Soldaten“³²¹.

Koseritz vermied wohlweislich die genaue Bezeichnung, in welchem Land sich diese Dinge zugetragen hatten. Er setzte sich ein für die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, für die Verbrüderung von „Soldaten- und Bürgerstand“, wobei er unter einem Bürger das verstand, was auch der *Hochwächter* darunter verstand, nämlich den souveränen, mit „natürlichen Rechten“ behafteten Citoyen statt des von königlichem Gottesgnadentum abhängigen Untertanen. Er forderte eine Aufhebung des militärischen Sektierertums, das heißt ein Ende der Unterscheidung von Armee und bürgerlicher Gesellschaft, die als obsoletes ständisches Merkmal

(*Hochwächter* 22. 5. 1831) war von Koseritz' Freund Leutnant Reitter verfasst worden, der ebenfalls mit der Redaktion des *Hochwächters* in Verbindung stand. Dieser Artikel wurde Koseritz irrtümlich zugeschrieben. Auch für den Beitrag: „Wie das Offiziers Corps Beschlüsse fasst?“, wurde Koseritz verantwortlich gemacht, was Koseritz jedoch abstritt.

³¹⁸ *Hochwächter ohne Censur*, S. 81.

³¹⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. In diesem Zusammenhang stehen auch die Angriffe Koseritz' auf Leutnant Fribolin, dem Koseritz ebenfalls vorwarf ein Spionage- und Denunziationssystem von Seiten der Untergebenen gegenüber liberal gesinnten Kommandanten errichtet zu haben; vgl. hierzu die obige Liste der Aufsätze von Koseritz. Darunter befindet sich auch ein Artikel über Fribolin. In anderen Artikeln kritisierte Koseritz Missstände, wie mangelnde Beheizung der Kasernen, geringe Versorgungsunterstützung altgedienter Soldaten nach ihrer Entlassung aus dem Dienst, Bevorzugung gewisser Offiziere bei der Verleihung von Auszeichnungen und personelle Überbelegung des Generalstabs. HstaS E 285 Bü 81; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

³²⁰ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Vater Weihenmaier war Abgeordneter in dem Landtag, der dem „Vergeblichen Landtag“ vorangegangen war und galt als derart stille Persönlichkeit, dass der *Hochwächter* empfahl, ihn zum zweiten Male nicht zum Kandidaten der Liberalen für den Kreis Ludwigsburg aufzustellen. *Hochwächter*, 9. 12. 1831.

³²¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

galt, sowie die Beseitigung der internen militärischen Hierarchie, die aus der gesellschaftlichen Schichtung resultierte. Ihm ging es also um die Umwandlung des „Fürstenheeres“ in ein „Volksheer“³²².

Koseritz wagte sich ungemein hervor. Er rief offen zum militärischen Ungehorsam, zum Aufruhr, praktisch zum Aufstand und zur Revolution auf, falls sich die Fürsten durch die Armee an den souveränen Rechten der Bürger und der Nation vergreifen sollten. „Mehr als je war das Militär aufgefordert, über seine dem Staat schuldigen Verbindlichkeiten nachzudenken, und sich nicht zum blinden Werkzeug des Absolutismus gebrauchen zu lassen“³²³. Er griff diesen „Militärdespotismus“ an und rief die Patrioten in der Armee auf, die Waffen nicht zu besudeln und dem Vaterland, nicht den Herrschern, die Treue zu bewahren³²⁴. Immer wieder unterstrich Koseritz die Gefahr, dass die Fürstenheere gegen die eigenen Völker sowie gegen andere Völker eingesetzt werden könnten. Mit einem gewagtem Vorstoß wandte sich Koseritz an diese Patrioten in der Armee: „Junge militärische Patrioten, nur beginnendes Geschlecht, aus dem die Wiedergeburt eures Standes hervorgehen muß [...] unterdrückt, wenn auch mit schwerem Herzen, den Ausbruch des Gefühls für das Vaterland, bis die große Stunde der Völker schlägt; dann leuchtet als Sterne denen voran, mit welchen ihr jetzt noch scheinbar dem Servilismus dient, vergießt dann euer Herzblut für eine edlere Sache als für die Knechtschaft, dann kämpft und sterbt für die Erhaltung des konstitutionellen Grundsatzes, für die Freiheit der Völker“³²⁵. Das Heer sei des Bürgers wegen da und müsse sich als Stütze der Verfassung erweisen und sich keinesfalls vom Fürsten gegen das eigene Volk oder gegen andere Völker vereinnahmen lassen. Die Allianz von Volk und Armee ging immer einher mit der Solidarität mit anderen, für ihre Freiheit kämpfenden Nationen³²⁶. So betonte Koseritz: „[D]a sehen wir den Soldaten ohne Verfassung, für den es noch nichts Höheres gibt, als Löhnung und Kommißbrot, der nichts ist als ein Schlossknecht – ohne Heimat“³²⁷. In dem Aufsatz heißt es weiter: „In diesem Staat nennt man den Militär einen Demagogen, wenn er schon den Wunsch äußert, nur um etwas Unabhängigkeit mit der grenzenlosen Willkür zu vertauschen, um das Recht zu bekommen, die Gesetze genießen zu dürfen, statt der Gesetze Verletzung zu unterstützen“³²⁸. Koseritz nahm hier auf den Tagesbefehl des Kommandanten der Infanterie Bezug, der von den neuen Rekruten „unverbrüchliche Treue gegen [den] König“³²⁹ gefordert hatte, ohne die

³²² In Württemberg hegte, wie schon erwähnt, Eduard Widenmann in den 1820er Jahren die Idee einer revolutionären Allianz von Zivilisten und Militärs und unternahm sogar erste Schritte in diese Richtung; siehe S. 140.

³²³ StaL E 319 Bü 12.

³²⁴ Hochwächter ohne Censur, S. 83.

³²⁵ Ebd., S. 82.

³²⁶ Siehe S. 212–216.

³²⁷ Hochwächter ohne Censur, S. 81.

³²⁸ Ebd., S. 11 f.

³²⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

Treue zum Vaterland zu erwähnen³³⁰. Er befürchtete immer wieder, neben einer von oben ausgehenden Entfremdung zwischen Armee und Bürgern, die Gefahr einer von den willkürlichen Herrschern aufgezwungenen Konfrontation zwischen Freiheitskämpfern in den verschiedenen Armeen Europas. Daher wandte er sich in seinem Artikel auch an die Patrioten in anderen europäischen Armeen und rief zur internationalen Verbrüderung der Kämpfer auf. Selbst in Russland sei der Geist der Freiheit unter den patriotischen Soldaten erwacht: „Krieger, wer ihr auch seid, welchem Stamm ihr auch angehört, – wenn ihr vernünftiges Recht, edle, gesetzliche Männereleichheit unter euch vermißt und sehulich begehrt, so werdet ihr nicht gegen Rechte der Vernunft, gegen Menschen- und Bürgerrecht eurer Mitbürger streiten, so werdet ihr nicht die erwachende heilige Gleichheit unter den Menschen, wie sie Gott gewollt hat, wieder unterdrücken wollen, zu Gunsten jener Ungleichheit, die nur Knechte zu Millionen und einige stolze Herren will! [...D]ie Herzen eurer Mitbürger werden keine Kugeln treffen aus den Läufen eurer Kanonen, die Schärfe eurer Säbel wird keines Mitbürgers Haupt berühren; die Hufe eurer Pferde werden die Körper eurer Väter und Brüder nicht zertreten!“³³¹

Im Artikel „Abgenötigte Erwiderung“ vom 8. Juni, der großenteils von der Zensur gestrichen wurde, nimmt der *Hochwächter* den anonymen Verfasser des Artikels „Es gibt ein Land“, nämlich Koseritz, in Schutz. Möglicherweise war Koseritz der Verfasser auch dieser Reaktion. Er verteidigt die Offiziere, die wegen Beteiligung an bürgerlichen politischen Vereinen zu Arrest verurteilt wurden. Von den härtesten Ausfällen gegen den ungenannten Verfasser jenes Artikels, gegen den *Hochwächter* und die sogenannten Ultraliberalen ist die Rede³³². Koseritz gab vor, die Verfassung zu schützen, deutete aber an, dass es um die menschlichen und bürgerlichen Grundrechte ging, weit über die württembergische Verfassung hinaus. Er war gezwungen, sich in den Mantel eines treuen Wächters des Konstitutionalismus zu hüllen und die bestehende konstitutionelle Ordnung als durch die herrschenden Mächte gestört darzustellen, obwohl er insgeheim eine Revolution zur Herbeiführung der Republik anstrebte. Angesichts dieser Haltung und der dieser folgenden Handlungen Koseritz', bezeichneten ihn Rödinger und Tafel als „würtembergischen Riego“³³³.

³³⁰ Ebd.

³³¹ Ebd. (Hervorhebung Gad Arnsberg). Koseritz' Haltung erinnert auch sehr an de Lamennais „Paroles d'un croyant“ von 1834. Diese Schrift verkörperte den revolutionären Geist der Zeit, der auch die Armee ergriffen hatte. LAMENNAIS, Worte des Glaubens, ins Deutsche übertragen von L. Börne, in: BÖRNE, Sämtliche Schriften 2, S. 1159–1240.

³³² Hochwächter ohne Censur, S. 100.

³³³ StAL E 319 Bü 12; siehe auch S. 29 Anm. 120.

2. Die Allianz mit den unteren Schichten

Die Strategie der Revolutionspartei zielte im öffentlichen und im geheim-konspirativen Bereich, außer auf die Herbeiführung einer Allianz zwischen Volk und Armee, auch auf eine Allianz des Mittelstandes mit den unteren Schichten sowie auf eine Allianz mit fremden Nationen im gemeinsamen Kampf gegen Restauration und Reaktion ab.

Der radikale Journalist Heinrich Elsner schreibt in seiner 1834 in Stuttgart publizierten Broschüre „Abriss der Geschichte des aufgelösten Württembergischen Landtags vom 15. Januar bis zum 25. März 1833“: „[D]aß dieses kleine Land mit anderthalb Millionen Einwohnern und 360 Quadratmeilen eine Staatsschuld von 27 Millionen Gulden und einen Staatsbedarf von beinahe 10 Millionen jährlich hat, [...] daß außer den Staatsbedürfnissen auch noch die bisweilen ungleich größeren Gemeindebedürfnisse dem aktiven, wirklich Steuer kontributierenden Bürger zur Last fallen, reduziert man die allgemeine Köpfezahl auf die Summe derjenigen, welche imstande sind, zum Staatsbedarf unmittelbar beizutragen (es sind schwerlich über 125.000, und zahlt somit jeder gegen 50 fl.), und fügt man noch die in mehreren Gegenden des Landes, zumal in Neuwürttemberg einheimischen Feudal-lasten bei: so wird man seine Freude über das finanzielle Glück der Württemberger zu mäßigen wissen“³³⁴.

Über die produzierenden, niedrigen Stände schreibt Elsner: „Man wird außer den aus den bestehenden Verhältnissen Vorteil Ziehenden unter den produzierenden Klassen keine Begeisterung für den jeweiligen Zustand der Dinge finden. Allein die niedrigen Stände beobachten [...] solche Gegenstände [mit] einer Art pfiffigen Zurückhaltung. Sie glauben zu einer solchen Kritik kein Recht zu haben. [...] So wünschen wohl viele den alten Zustand zurück, wo sie zum Mindesten weniger zu zahlen und leichter zu erwerben hatten. [...] Wenn er [der Verfasser] mit Schmerzen bemerkte, daß die Mehrzahl der Arbeitenden nicht sowohl Freiheit, als weniger Arbeit und mehr Genuß verlangt, und fast keine Berechnung kennt, als die des materiellen Vorteils [...] [dass] bis jetzt noch die Verteidiger rein geistiger Freiheit und Rechts fast allenthalben allein stehen“³³⁵.

Der Verfasser klagt darüber, dass die Forderungen der mittelständisch geprägten, radikalen Opposition keinen Widerhall in den niederen Volksschichten fänden. Bei diesen mangelte es an politischem Bewusstsein. Schwierig blieb es auch, innerhalb der Opposition bürgerliche Ideale und Machtinteressen mit den rein materiellen Bedürfnissen der verarmten unteren Stände oder des entstehenden Proletariats zu vereinbaren. Elsner sprach sich in privaten Aufzeichnungen aus dem Jahre 1832 für eine Rechtfertigung des jakobinischen Terrors aus, unter anderem auch, um die Loyalität der Massen für die Revolution zu sichern³³⁶. Die liberale, vor allem die

³³⁴ ELSNER, Abriss, S. 43.

³³⁵ Ebd., S. 18.

³³⁶ Siehe S. 326.

ultraliberale und republikanische Opposition zielte dennoch auf die Bildung einer gemeinsamen Front mit den unteren Schichten ab, im Gegensatz zu dem Skeptizismus eines Elsners – es sei an den schon erwähnten Ausspruch des württembergischen Publizisten E. Münch erinnert, der von einer revolutionären Geisteshaltung quer durch alle Klassen sprach³³⁷. Heinrich Heine beschreibt den Unterschied in der Situation in Deutschland von 1789 zur revolutionären Lage seit dem Jahre 1830 im Hinblick auf das Engagement breiterer Schichten mit folgenden Worten: „Die politischen Verhältnisse jener Zeit [1789] haben eine gar betrübende Ähnlichkeit mit den neuesten Zuständen in Deutschland; nur daß damals der Freiheitssinn mehr unter Gelehrten, Dichtern und sonstigen Literaten blühte, heutigen Tags aber unter diesen viel minder, sondern weit mehr in der großen aktiven Masse unter Handwerkern und Gewerbsleuten sich ausspricht“³³⁸. Handwerker waren nicht in der Lage, mit den modernen Produktionsmethoden zu konkurrieren³³⁹. In den Erwerbszweigen, die wenig Investitionen und geringe Qualifikation erforderten, war die Not besonders groß – Schuhmacher und Schneider galten als „schlechte Männer“ in Württemberg³⁴⁰. In Stuttgart kam es auch zu gewaltsamen Protesten gegen die Einführung der modernen Druckerpressen (Schnellpresse). Am 7. Oktober 1830 meldete der Vorsitzende der Stuttgarter Stadtverwaltung und Beauftragte für Ordnung und Polizei in der Stadt, man habe Flugblätter sichergestellt, in denen es heißt: „Die Schnellpresse weg, oder es wird Gewalt gebraucht“³⁴¹. Handwerker und Gesellen in Württemberg, die nicht bereit waren Lohnarbeiter zu werden, wanderten aus oder kehrten von ihrer Wanderschaft nicht mehr zurück³⁴². Auch Kleinbauern verließen ihr Land scharenweise und wanderten aus³⁴³.

³³⁷ Siehe S. 35 Anm. 130.

³³⁸ HEINE, *Sämtliche Schriften* (Briegleb) 4, S. 123. Die während des Übergangs zum kapitalistischen Wirtschaftssystem einsetzende Krise in Gewerbe und Landwirtschaft führte zur Bildung eines gewaltigen, unzufriedenen sozialen Reservoirs, das zu einem revolutionären Faktor werden konnte. In dieser Übergangsphase waren manche von der Krise Betroffenen hin- und hergerissen zwischen Innovationsbedürfnis und dem Wunsch die korporative und vorindustrielle Gesellschaft zu beleben. Der soziale Protest war dennoch dort stärker, wo der Abbau der Zünfte, die Reform der Landwirtschaft und die Zollabkommen nachhinkten. VOLKMANN, *Soziale Innovation und Systemstabilität*, S. 55 ff., 63 ff.

³³⁹ Siehe AUBIN/ZORN, *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 2*, S. 356.

³⁴⁰ *Blicke auf die materiellen Zustände*, S. 1085.

³⁴¹ [HstaS E 146 Bü 8420–8423].

³⁴² HUBER, *Auswanderung*, S. 253. Unter diesen befanden sich auch solche, die sich frühsozialistischen Assoziationen im Ausland angeschlossen hatten. Die Auswanderung stieg ab 1831 bis zur Mitte der 1830er Jahre; Ebd., S. 236 f.

³⁴³ In den 1830er und 1840er Jahren wurde der größte Teil des vorhandenen Kapitals noch in Grund und Boden investiert. Der Anstieg der Bodenpreise und die Konkurserkklärungen landwirtschaftlicher Betriebe führten zu einer Verpfändung des Bodens an Kapitalbesitzer. Die Großgrundbesitzer, vor allem in Oberschwaben, legten Geld darüber hinaus in staatlichen Wertpapieren an. Investitionen in Fabrikanlagen blieben selten. WINKEL, *Ablösungskapitalien*, S. 151; *Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung* 4, S. 437 f.

Die Auswanderung war ein soziales Ventil, das die Gefahr einer Revolution in Württemberg herabsetzte. Doch es gab auch in Württemberg Bauern und Handwerker, die den Ungehorsam der Auswanderung vorzogen. Der Ankläger im Prozess gegen die an der republikanischen Geheimverschwörung Beteiligten gestand zu, dass niemandem, „der jene Zeit nicht verschlafen hat, die sehr bedenkliche Gärung in den Ansichten der unteren Volksklassen entgangen sein“ dürfte³⁴⁴.

Am 21./22. Januar 1831 erhoben sich Weingärtner und Handwerksburschen in Tübingen gegen die repressive Polizeiherrschaft infolge eines kleinen Zwischenfalls, der als Amtsmissbrauch eines Polizisten gegenüber einem Bürger verstanden wurde. Dieser Zwischenfall bot den bedrückten Bauern der Region, den Gôgen, nur einen Anlass, dem Regime und der Kommissarherrschaft in der Stadt gegenüber ihren lauten Protest über ihr bitteres Schicksal vorzutragen. Der handgreifliche Widerstand, als Gôgenaufstand bezeichnet, richtete sich vor allem gegen die „Reichen“. Die Auflehnung wurde schnellstens mithilfe einer bewaffneten Garde unterdrückt, die sich aus Bürgerwehr und Studenten, vor allem des Tübinger Stifts, zusammensetzte. Diese Polarisierung zwischen dem etablierten Bürgertum und Teile der akademischen Elite auf der einen, den Volksmassen auf der anderen Seite brachte die Furcht vor einer „Schreckensherrschaft“ des Pöbels zum Ausdruck und war immer noch typisch für die traditionelle Position der Burschenschaften, auch wenn eine Minderheit unter den „Feuerreitern“ schon radikalere Meinungen äußerte und mit dem Gedanken eines Aufstandes liebäugelte³⁴⁵. Diese Polarisierung zwischen Arm und Reich, von der Wangenheim schon zwanzig Jahre zuvor gesagt hatte, sie sei für die Zukunft bestimmender als der Kampf um die Verfassung, nahm allmählich konkrete Gestalt an.

Die Angst vor dieser Auseinandersetzung befahl Regierung und Opposition gleichermaßen. Die Regierung griff zur stärkeren Kontrolle und zu bedächtigen Reformen. Die Liberalen nahmen mehrheitlich an, größere Machtbefugnisse des Landtags und wirtschaftliche Reformen, wie eine schnellere Aufhebung der Feudallasten sowie „freier Handel und Wandel“, Liberalisierung der Wirtschaft also, könnten eine Revolution verhindern. Die Radikalen hingegen waren überzeugt, eine Revolution sei kaum aufzuhalten. Ziel dieser Revolution sollte eine politische Gleichheit sein, die dem Volke genügend Einfluss auf die Legislative verleihen würde, um progressive Gesetze auch im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich durchzusetzen. Dies galt ihnen als der einzige Weg, auf dem der Privatbesitz unangetastet bleiben würde. Ludwig Börne, der demokratische Publizist im Pariser Exil, definierte diesen Standpunkt nach dem Aufstand der Seidenweber in Lyon im Jahre 1831 folgendermaßen: „Es ist wahr, der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen, und wehe jenen Staatsmännern, die zu dumm oder zu

³⁴⁴ StaL E 319 Bü 40.

³⁴⁵ Zur Debatte um den Gôgenaufstand siehe JEGGLE, Altbacken gilt. Eine Jeggle entsprechende Position findet sich bei ROOS, Tübinger Romantik, S.42, der zu Recht feststellt, dass die Gôgen Vorkämpfer der Demokratie waren. Demgegenüber Müths Position: MÜTH, Nur im Konflikt mit der Polizei.

schlecht sind zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen, sondern gegen die Armut zu Felde ziehen müsse. Nicht gegen den Besitz, nur gegen die Vorrechte der Reichen streitet das Volk; wenn aber diese Vorrechte sich hinter dem Besitz verschanzen, wie will das Volk die Gleichheit, die ihm gebührt, anders erobern, als indem es den Besitz erstürmt?“³⁴⁶ Ludwig Börne sah dies aus französischer Perspektive, die auch in Deutschland zur Realität hätte werden können. Ähnliche Äußerungen kamen von dem radikalen Publizisten Friedrich Seybold aus Württemberg³⁴⁷. Andere meinten, man dürfe sich nicht allein mit einer politischen Gleichberechtigung begnügen, sondern müsse auch die Besitzfreiheit um mehr Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit willen einschränken³⁴⁸.

Lohbauers Gedicht „Die Armen“ spricht von dem aus der Naturrechtslehre abgeleiteten prinzipiellen Ethos der Gleichheit, dessen Wurzeln in der Erkenntnis liegen, dass alle Menschen gleich geboren werden. Das Gedicht beschreibt ein erschütterndes virtuelles Zusammentreffen mit einem elendigen Armen in Stuttgart, einem der sich ständig vermehrenden urbanen Plebejer:

„Ein einz'ger Armer nahte,
Und heischte keck und frei
Er sah mir's an, er fragt nicht
Daß ich sein's Gleichen sei“³⁴⁹.

Das Gedicht spricht noch von einem Armen – nicht von einem Proletarier. Schon im Jahre 1834 richtete der *Beobachter*, der Nachfolger des *Hochwächters*, seinen Blick auf die Not einer neuen Generation, des Proletariats in den Fabriken. Es steht in Konfrontation zu der neuen Aristokratie, der „Geldaristokratie“, die den Arbeiter in einer noch übleren Form ausbeutete als ihre Vorgängerin, die Bodenaristokratie. In diesem Zusammenhang wurde der Blick auf England und Frankreich gerichtet³⁵⁰. „Ja eine Aristokratie des Eigentums, die ihre Wurzeln in Grund und Boden hat, kann man sich noch eher gefallen lassen, als diese Aristokratie des Geldes, wie sie durch das System der gerechten Mitte gehegt und gepflegt wird. Dies haben auch die Jünger des Absolutismus wohl eingesehen, wenn sie darauf aufmerksam machen, daß die Hörigen der Scholle, selbst die Negersklaven auf den Kolonien, besser daran seien als die Proletarier der großen Geldfabriken“³⁵¹.

³⁴⁶ BÖRNE, Briefe aus Paris, 1. Dezember [1831], in: DERS., Sämtliche Schriften 3, S. 371 f.

³⁴⁷ SEYBOLD, Erinnerungen, S. 273 f.

³⁴⁸ Darauf wies schon die in Württemberg verbreitete Fassung der „Erklärung der Menschenrechte“.

³⁴⁹ *Hochwächter*, 1. 12. 1830.

³⁵⁰ Das Bürgertum des „Juste Milieus“ wurde auch mit der spekulativen Kapitalakkumulation assoziiert, mit anrühigen Großinvestitionen, im Unterschied zu dem süddeutschen Bürgertum, das mehrheitlich noch in der Begriffswelt des Handwerks und der Kleinindustrie verfangen war, die als „anständige“ Gewerbe galten.

³⁵¹ *Beobachter*, 13. 11. 1834.

Die Zeitung bringt hier die Meinung der Mehrheit der süddeutschen Liberalen und Demokraten im Vormärz zum Ausdruck. Demnach forderte man die Aufhebung der feudalen und merkantilistischen Beschränkungen zugunsten eines freien Unternehmertums unter Vermeidung der sozialen Folgen des ungezügelter Industriekapitalismus nach englischem Vorbild oder einer zynischen Interessenherrschaft des Finanzkapitals nach französischem Muster. Man glaubte an den Unternehmer, den „moralischen“ Industriellen, der zusammen mit dem Arbeiter zur Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstandes beitrug. Die Bewahrung des kleinen und mittleren Besitzes, der die Existenz einer Gesellschaft selbstständiger Bürger unter Ausgleich der sozialen Gegensätze sichern sollte, war das Ziel. Entsprechend legte man auch die Politik Jacksons in den Vereinigten Staaten aus, die von dem *Beobachter* unterstützt wurde³⁵². Der *Hochwächter* gab sich als Organ des „aufgeklärten Mittelstandes“ aus, den er folgendermaßen beschreibt: „daß er [der Kaufmann, der Fabrikant, der Gewerbsmann] seinem schönen Beruf entspricht und einen Stand bildet, in dem sich alle materiellen Interessen des Vaterlands begegnen – der aufgeklärte Mittelstand“³⁵³.

Franckhs getarntes republikanisches Organ, die *DNZ*, hieß die Industrialisierung gut und sah in ihr keine Gefahr für eine Polarisierung der Gesellschaft. Auch diese Zeitung erblickte in einer materiell ausgewogenen Gesellschaft mit einem kräftigen Mittelstand ihr Ideal. Das Blatt verachtete das französische „Juste Milieu“, den hemmungslosen Finanzkapitalismus, aber auch das spätmerkantilistische, bevorzugende Wirtschaftssystem daheim, das Kapitalmagnaten unter dem Schutz der Regierung von der Art Cottas hervorgebracht hatte. Gefordert wurde eine „freie Bewegung der Industrie“, doch: „nur nicht diejenige, welche auf fremde Kosten lebt und Einen bereichert, damit Hunderte ihr Dasein bejammern“³⁵⁴.

Der *Hochwächter* glaubte an die Kraft einer staatsbürgerlichen Tugend, die dem Ethos des Mittelstandes entsprach. Idealistisch, wie die Zeitung war, glaubte sie durch politische Bildung ein neues staatsbürgerliches Bewusstsein zu schaffen, das anstelle der herkömmlichen ständischen Zuordnungen von Honoratioren, Bürgern, Bauern und Angehörigen der Armee treten sollte³⁵⁵. Das bürgerliche Ideal, welches der Zeitung vorschwebte, galt auch für den zu wählenden Landtagsabgeordneten. Die Zeitung meinte, ein gewählter Repräsentant müsse unbescholten sein, aktiv, verständnisvoll und vor allem selbstständig, das heißt selbstständig in wirtschaftlicher Hinsicht, jedoch nicht reich. Es müsse jemand sein „der so viel hat als er braucht, es sei wenig oder viel, und der [es] nicht nötig hat, ängstlich mehr zu suchen“³⁵⁶.

³⁵² *Beobachter*, 9. 11. 1834.

³⁵³ *Hochwächter*, 27. 4. 1832.

³⁵⁴ *DNZ*, 28. 12. 1832.

³⁵⁵ Ebd., 19. 3. 1832. Die Zeitung zählt auch den „Stand“ der Bürokraten hinzu, deren Zahl infolge der von der Opposition angestrebten Reformen selbstverständlich abnehmen werde und deren Notwendigkeit durch das Gebot der Vernunft von dem Regime anerkannt werden müsse.

³⁵⁶ Ebd., 1. 3. 1831.

Der *Hochwächter* erfreute sich großer Popularität unter der Bauernschaft. Wilhelm Zimmermann, Dichter, Historiker und radikaler Politiker, der 1848 und 1849 hervortreten sollte, schreibt: „Es ist gewiß bezeichnend, daß der württembergische Bauersmann, sonst jeder politischen Debatte wie nichts anderem fremd, um diese Zeit außer dem Wochenblättchen seines Bezirks eine Zeitung las, den *Hochwächter*, das Organ und den Vereinigungspunkt der Opposition“³⁵⁷.

Die Zeitung hielt es für ihre Pflicht, auch die Interessen der Bauernschaft zu vertreten, die die ökonomische Grundbasis Württembergs bildete. So heißt es im *Hochwächter*: „Diese weitverbreitete, schreckliche Armut unter einem großen Teil des Landvolkes scheint aber den höheren Ständen und Stellen gänzlich unbekannt“³⁵⁸. Und im weiteren Text kann man lesen: „[E]ben jetzt, wo das ganze Land und namentlich der dritte Stand einer neuen Ständeversammlung mit Sehnsucht entgegenharrt, und von ihr in Verbindung mit einer wohlwollenden Regierung Hilfe und Rettung erwartet,“³⁵⁹ müsse man dem Bauern zur Hilfe eilen, der die gesamte Wirtschaft trägt und nährt: „Dieser [der Hilfe] bedarf gerade das Landvolk am meisten, das als der Nährstand für die anderen schon sich selbst zu nähren nicht mehr imstande ist“³⁶⁰.

Die Zeitung wandte sich gegen den weitverbreiteten Mythos, nach dem der König einfach nicht wisse, wie groß die Not der Bauern sei, anderenfalls hätte er schon Hilfsmaßnahmen eingeleitet: „[E]s [das Landvolk] hat bisher den schönen Glauben bewahrt, daß seine Not dem König gar nicht bekannt sei, weil sonst längst Hilfe erfolgt wäre“³⁶¹. Zur Veranschaulichung der Not der Bauern berichtete die Zeitung unter anderem über das Zusammentreffen eines Bauern mit einem Steuereintreiber. Der verarmte Bauer fragte, ob der Steuereintreiber auch bereit sei, als Ersatz für die Zahlung die neun Söhne des Bauern entgegenzunehmen³⁶². Die Zeitung veröffentlichte darüber hinaus auch in der Redaktion eingegangene Leserbriefe von Weinbauern, so zum Beispiel ein Schreiben aus dem Remstal, das die schwierige Lage der Bauern beschreibt, die sich von „Grundbirnen“, sprich Kartoffeln, und saurer Milch ernähren müssten³⁶³.

³⁵⁷ ZIMMERMANN, Geschichte Württembergs 2, S.562. Auch Divination, S.24, sah in dem *Hochwächter* nicht nur eine Zeitung, sondern eine Fraktion, die sich um das Bauernproblem kümmerte. Die Abonnenten der Zeitung waren bis zum Juni 1832 auf die für damalige Zeit recht ansehnliche Zahl von 3.000 gestiegen. Andere Oppositionszeitungen mit gutem Ruf wie die *DNZ*, deren Redakteur Friedrich Seybold war, hatten zwischen 300 und 400 Abonnenten; siehe *Der Freisinnige*, 22.6.1832.

³⁵⁸ *Hochwächter*, 26.10.1831.

³⁵⁹ Ebd.

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Ebd.

³⁶² Ebd.

³⁶³ *Hochwächter* ohne Censur, 1.3.1832, S.51. Die Lage der Winzer war aufgrund der Konkurrenz mit Weinbauern aus der Pfalz besonders schwierig. Dort war einerseits die Zehntabgabe aufgehoben worden, andererseits waren auch die Zölle für die Einfuhr ausländischer Weine nach Württemberg gefallen.

Der *Hochwächter* forderte ursprünglich staatliche Feudalabgaben, wie zum Beispiel in Hohenlohe, ohne Entschädigungen aufzuheben. Damit vertrat er eine Gegenposition zur Regierung und auch zur Mehrheit der beiden Landtage 1833.

Unter Anspielung auf Hegels Absegnung alles Seienden als vernünftig, polemisiert der *Hochwächter*: „Sieh, lieber Leser, so kann Dir der Philosoph beweisen, daß es vernünftig und rechtmäßig sei, wenn man Dir den Bissen, den Du eben in Deinen hungrigen Mund führen willst, hinwegnimmt; er kann Dir beweisen, daß ein Staat vernünftig sei, [...] in welchem nur den Reichen und Vornehmen auf die Kosten der Armen Recht zuteil wird, und das alles immer nur damit, weil es einmal so sei“³⁶⁴.

3. Allianz der Nationen

Der neue Liberalismus in Deutschland unterschied sich in seinen verschiedenen Strömungen vom übersteigerten Nationalismus und Teutomanismus Ende des ersten und während des zweiten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts. Auffallend in Süddeutschland war ein bestimmter Partikularismus, für den die Erlangung der Freiheit im eigenen Land der Errichtung der nationalen Einheit voranging. Bekannt ist Rottecks Ausspruch, besser Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit³⁶⁵. Ähnliche Worte fand auch Lohbauer, der im Grunde radikaler als Rotteck war, in seiner Rede auf dem alljährlich in Esslingen stattfindenden Volkssängerfest am 11. Juni 1832 – also noch vor den Juni/Juli-Ordonnanzen, als er sagte, man müsse die Verwirklichung der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit in Württemberg der Herstellung der ersehnten Einheit vorziehen³⁶⁶. Für ihn waren die Begriffe „deutsch“ und „konstitutionell“ synonym. Staaten ohne Verfassungen galten ihm als fremd und undeutsch³⁶⁷.

Der württembergische Landtagsabgeordnete P.A. Pfizer hatte sich in seinem 1831 veröffentlichten Buch „Briefwechsel zweier Deutschen“ noch zugunsten einer Vereinigung Deutschlands unter der Führung Preußens ausgesprochen. Die reaktionäre Politik Preußens im Deutschen Bund ließ ihn jedoch im Verlauf des Jahres 1832 nach den Juni/Juli-Ordonnanzen und während der Versammlung des ersten Landtags von 1833 seine Meinung ändern. Dieser Liberalismus, der an dem Primat der Freiheit gegenüber der Einheit Deutschlands unter Hegemonie Preußens, das nach der Reformära zu einem der reaktionärsten Mächte Europas geworden war, festhielt, war in paradoxer Weise nicht nur partikularistisch, sondern auch universalistisch. Der Kampf um die Freiheit ließ ein, die nationalen Grenzen

³⁶⁴ Ebd., 16. 9. 1832.

³⁶⁵ Siehe S. 62 Anm. 76.

³⁶⁶ Hochwächter ohne Censur, S. 108.

³⁶⁷ „Die Begriffe ‚deutsch‘ und ‚konstitutionell‘ müssen für uns identisch sein; die nicht konstitutionellen Staaten betrachten wir als Ausland“, in: SCHRÄPLER, öffentliche Meinung, S. 127.

überschreitendes politisches Lager entstehen. Lohbauer, der sich zunehmend diesem Lager angenähert hatte, sprach sich in seiner Zeitung am 13. Juli 1832 nach den restriktiven Verordnungen des Deutschen Bundes für eine Allianz mit Frankreich gegen Preußen und Österreich aus: „[W]ir glauben allerdings, daß wahre Nationalität nur bei voller aber gesetzlicher Freiheit sich entfaltet, wir glauben sie durchaus nicht gefährdet durch ein freundliches Anschließen an Frankreich, das uns, trotz aller Deklamationen der Aristokraten, [...] weit näher steht als Österreich, durch seine Staatsform uns mehr anzieht als Preußen“³⁶⁸. Laut der Zeitung war der Nationalismus überlagert von der Solidarität der für ihre Freiheit kämpfenden Völker³⁶⁹. Wahrer Patriotismus für die Radikalen um den *Hochwächter* erforderte den Schulterschluss der Nationen gegen innere Unterdrückung. Ein ähnlicher Geist herrschte unter ultraliberalen Offizieren wie Koseritz vor. Koseritz hatte sich gegenüber den „Hochwächtern“ Tafel, Rödinger und Mebold ähnlich geäußert. So berichtete der Referent gemäß den Gerichtsprotokollen, „dass im Falle eines Krieges mit Frankreich, wenn bis dahin das Volk noch nicht zum Losschlagen reif sei, den liberalen Offizieren und insbesondere ihm nichts übrig bleibe als zu den Franzosen überzugehen“³⁷⁰. Diese Haltung teilten auch andere ultraliberale Offiziere³⁷¹.

Dagegen beklagte sich der Stuttgarter Altburschenschaftler und Deutschtümler W. Menzel (der „Franzosenfresser“) über den neuen Zeitgeist und sprach der neuen Bewegung – zu Unrecht – jegliche patriotische Position ab: „[D]ie Opposition der dreißiger Jahre [hatte] doch so gar nichts mehr von der Begeisterung der Freiheitskriege an sich [...], daß die Strömung der Zeit sogar gegen die eigentlich nationalen Interessen gerichtet war. An das große Vaterland dachten die wenigsten; nur die Freiheit verlangte man nach der französischen Doktrin und schwärmte für Polen, Italiener und Griechen mehr als für Deutschland“³⁷². Dieser Spruch unterstreicht erneut die unterschiedliche Einstellung der beiden Generationseinheiten.

Die österreichische Vertretung in Stuttgart berichtete über die Sympathie zu Beginn für die französische Julirevolution, die sich insbesondere unter der „Mittelklasse, unter Advokaten, Journalisten, Professoren, verdorbenen Gelehrten“ eingestrichelt habe³⁷³. Die „Hochwächterfraktion“, besonders Schott und Rödinger, schlug

³⁶⁸ *Hochwächter*, 13.7.1832.

³⁶⁹ Ebd. Heines erwähnter Spruch: „Es gibt jetzt in Europa keine Nationen mehr, sondern nur Parteien“ versuchte diesen neuen Zeitgeist überspitzt auszudrücken. Laut Lohbauer zumindest sind die Nationen keineswegs verschwunden, allerdings rückten sie näher aneinander im gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung von außen und von innen. Dies war auch die Haltung von Koseritz und seinen Gesinnungsfreunden.

³⁷⁰ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105] und auch StaL E 319 Bü 12. Trotz Abneigung gegen das Juli-Königtum genoss es unter den Ultraliberalen weit größere Sympathie als Österreich und Preußen. Umso mehr schlug das Herz für ein stets erhofftes republikanisches Frankreich.

³⁷¹ StaL E 319 Bü 31.

³⁷² MENZEL, Denkwürdigkeiten, S. 380.

³⁷³ Schönburg an Metternich, 29.4.1831, HHStaW St. K. Württ. Dipl. Korr. 33 Fasz. 42.

vor, den Julirevolutionären einen Helm aus Silber zu stiften und später in Ulm oder Heilbronn ein Denkmal für die Revolutionsgefallenen zu errichten und regten schließlich die Idee an, den französischen Revolutionären einen Silberkranz zu spenden³⁷⁴. Der radikale Schriftsteller Seybold rief in seiner Zeitschrift *Die neue Zeit von einem alten Constitutionellen* zu einer Spendenaktion für die übrigen gefallenen Revolutionäre auf³⁷⁵.

Der österreichische Diplomat Bentzel wusste weiterhin aus Stuttgart zu berichten, der Frankreich wohlgesonnene Mittelstand könne aufgrund der Not des Bauernstandes in Württemberg im Falle eines Krieges gegen Frankreich die Unterstützung der Bauern für Frankreich gewinnen, und zwar trotz deren Abneigung gegen die Franzosen, durch die Verteilung von Geldern³⁷⁶. Ob es richtig war, von einer Abneigung der Bauern gegen Frankreich zu sprechen, ist schwierig festzustellen. Es gibt in der Tat Berichte über die Hoffnung unter den Bauern, es werde zu einer französischen Invasion und infolge dessen zur Befreiung vom Joch der Abgaben und Steuern kommen³⁷⁷.

König Wilhelm dagegen fürchtete eine französische Invasion, falls es zum Krieg Frankreichs gegen Österreich kommen sollte. Er verzichtete angesichts der geringen Stärke seines Heeres auf eine Provokation der Franzosen³⁷⁸. Auf einem Treffen mit Louis-Philippe in Straßburg im Juni 1831 warnte er Frankreich vor falschen Illusionen über Spaltungen innerhalb des Deutschen Bundes im Falle eines Krieges mit Frankreich um Belgien³⁷⁹. Ideologisch distanzierte er sich von der Julimonarchie als dem „Herd allen Unheils“³⁸⁰ und von der fortschrittlichsten konstitutionellen Monarchie in Europa – Belgien: „Da wollte ich lieber mein Brot vor den Türen betteln, als meinen Untertanen mich in der Art unterwerfen“³⁸¹. Frankreich wollte im Januar 1831 seinerseits vorfühlen, wie groß die Chancen für eine Neutralität Württembergs sowie für eine Erneuerung des Rheinbundes seien³⁸². Jenen, die Wilhelm als aufgeschlossenen, liberalen, konstitutionellen Monarchen stilisierten, in ihm gar einen potenziellen Wegbereiter einer parlamentarischen Monarchie westlichen Musters sahen, mögen die erwähnten Aussagen Wilhelms zur Korrektur dienen.

³⁷⁴ [HStaS E 146 Bü 8420–8423].

³⁷⁵ HAERING, Württemberg, S. 22.

³⁷⁶ Bentzel an Metternich, 29. 4. 1831, HHStaW St. K. Württ. Dipl. Korr. 33 Fasz. 42.

³⁷⁷ HIPPEL, Bauernbefreiung 1, S. 438.

³⁷⁸ Kriegsminister von Hügel verwies den König wiederholt auf die schwierige Situation des Heeres und forderte eine Anhebung der finanziellen Mittel und des Personalstandes. SAUER, Das württembergische Heer, S. 74.

³⁷⁹ MÄSTLE, Württemberg und die Großmächte, S. 81.

³⁸⁰ Schönburg an Metternich, 9. 8. 1830, HHStaW St. K. Württ. Dipl. Korr. 33 Fasz. 42.

³⁸¹ Schönburg an Metternich, 28. 10. 1830; HHStaW St. K. Württ. Dipl. Korr. 33 Fasz. 42.

³⁸² HAERING, Württemberg, S. 50. Bentzel an Metternich, 7. 7. 1831; Schönburg an Metternich, 31. 8. 1831, HHStaW St. K. Württ. Dipl. Korr. K. 33 Fasz. 42.

Die ideologische Diskrepanz zwischen progressiven und konservativen Kräften teilte das innenpolitische System in Württemberg und in vielen anderen Staaten Europas. Sie spaltete das internationale Staatengeflecht in Regierungen, die sich für bürgerliche und nationale Freiheit einsetzten und Regierungen, die ihren Bürgern diese Rechte vorenthielten. Nationale und individuelle Befreiung bildeten demnach ein untrennbares Begriffspaar für das progressive Lager – die Bewegungspartei – ebenso wie autoritäre Herrschaft von innen und Besatzungsherrschaft es für das reaktionäre Lager waren.

Die in Süddeutschland herrschende Sympathie für den Kampf Polens war größer als alle bisher in Deutschland gekannte Zuneigung zu einer fremden Nation. Sie erfasste nahezu alle Schichten, darunter auch Regierungsbeamte. Allerdings liegen keine statistischen Angaben vor, die ein genaues Bild der sozialen, ständischen und professionellen Zusammensetzung der Gruppen aufzeigen, die sich ausdrücklich als Sympathisanten der Polen verstanden. Entsprechende Angaben liegen jedoch über die Mitglieder der Polenkomitees vor, also über wirklich in diesem Kontext aktiv engagierte Personen. Die Führung der Organisationen zur Unterstützung der Polen wiederum lag in den Händen von Angehörigen des Mittelstandes, aus dem auch die Protagonisten des liberalen und radikalen Lagers kamen³⁸³.

Der polnische Kampf konnte in Württemberg diese breite Unterstützung gewinnen, weil er sich nicht an dem Muster eines bestimmten Herrschaftssystems – republikanisch oder konstitutionell – orientierte. Er war sozialpolitisch durchaus für den Mittelstand und sogar die oberen Schichten in Württemberg akzeptabel, weil gerade der Adel, das Bildungsbürgertum, Gewerbetreibende und die Angehörigen der Armee, nicht aber die Bauern und die Unterschicht den Aufstand durchgeführt hatten³⁸⁴. Die Abneigung gegen den russischen Absolutismus konnte mit Leichtigkeit auch in württembergischen Regierungskreisen Anhänger finden, denn trotz aller Unterschiede zwischen dem Frühkonstitutionalismus südwestdeutscher Prägung und dem parlamentarischen Konstitutionalismus in England, Frankreich und Belgien konnte das System in Württemberg im Vergleich zu Russland als nahezu fortschrittlich gelten.

In Stuttgart kam es Ende Mai 1831 nach der Niederlage der Polen bei Ostrołęka zur Gründung der ersten, deutschen Hilfsorganisation für Polen³⁸⁵. Ein Netz derartiger Organisationen entstand unter Koordination der jeweiligen Aktivitäten in ganz Württemberg³⁸⁶.

Die Aktivitäten beschränkten sich in erster Linie auf die Mobilisierung finanzieller Mittel durch Lotterien und Spenden, die Versendung von Paketen sowie die Entsendung von Ärzten. So wurden auf Initiative Lohbauers und in Reaktion auf ein entsprechendes Gesuch der aufständischen polnischen Regierung vier Ärzte

³⁸³ STROBEL, Polenfreundschaft, S. 140; GERECKE, Echo, S. 70 ff.

³⁸⁴ Engels vertrat die Ansicht, die polnische Revolution sei eine „konservative Revolution“; siehe KOLB, Polenbild, S. 117.

³⁸⁵ STROBEL, Polenfreundschaft, S. 134.

³⁸⁶ Ebd., S. 142.

nach Polen geschickt, darunter der radikale Dr. Schöffelen, „Polenschäufele“ genannt, der dort als Stabsarzt diente³⁸⁷.

Der *Hochwächter* führte in Württemberg die propolnischen Aktionen an. Der dem *Hochwächter* nahestehende Landtagsabgeordnete Albert Schott war ja schon in den 1820er Jahren durch seine Sympathie für die Griechen aufgefallen und so auch der damalige Student und spätere Redakteur der Zeitung Lohbauer³⁸⁸. Der Fall Warschauer bildete einen politischen Wendepunkt im Lager der Polenfreunde³⁸⁹. Einige empfanden eine Art Schicksalsgemeinschaft mit den geschundenen Polen und trachteten danach eine Waffenbrüderschaft der Freiheitskämpfer in Europa zu errichten, in denen den Polen die Rolle eines revolutionären Expeditionskorps zugewiesen wurde. Die Sympathiebekundungen und die humanitäre Hilfe erwiesen sich angesichts des brutalen Gebarens Russlands mit preußischer Unterstützung als edel aber nutzlos. Die Welle der polnischen Flüchtlinge, die Württemberg überzog und zu einer bisher in diesem Staat unbekanntem, öffentlichen Sympathiekundgebung geführt hatte, veranlasste die Regierungsbehörden, sich so schnell wie möglich der Exilpolen zu entledigen und sie auf Umwegen bis an die badische Grenze in Richtung Frankreich abzuschieben³⁹⁰. Insbesondere der Durchzug hochrangiger Offiziere durch Württemberg, die sich an die Spitze des polnischen Aufstandes gestellt hatten, brachte die Schwaben aus ihrer Ruhe. Die Generäle Ramorino, Langermann und Schneider wurden in jeder Stadt, die sie durchquerten, mit euphorischer Begeisterung empfangen, darunter im Gasthaus Waldhorn in Stuttgart³⁹¹.

³⁸⁷ GERECKE, Echo, S.70; SCHMIDGALL, Tübinger Burschenschaft, S.62. Ähnliche ärztliche Gesandtschaften kamen auch aus anderen deutschen Ländern.

³⁸⁸ Lohbauer, zu jener Zeit noch Student in Tübingen, hatte den Dichter Mörike und einen anderen Freund eindringlich gebeten, nach Griechenland in den Kampf gegen die Türken zu ziehen, womöglich dem Beispiel Lord Byrons folgend.

³⁸⁹ Siehe S. 164.

³⁹⁰ *Hochwächter*, 4.2.1832.

³⁹¹ *Hochwächter*, 4.12.1831. Diese schlossen sich dem polnischen Aufstand an, der bekanntlich von Offizieren niederen Rangs ausging. Die drei Generäle standen beispielhaft für die Internationalität des polnischen Aufstandes: Girolamo Ramorino * Genua 1792, † 22. Mai 1849 war Italiener, Daniel Gottfried Georges Langermann * Güstrow/Mecklenburg 1791, † Paris, war gebürtiger Deutscher. Franz Schneider oder Sznayde * 1790, † 1850 war Pole deutscher Herkunft. Ramorino kämpfte in den napoleonischen Kriegen unter Napoleon in Russland und nahm 1821 am Aufstand in Piemont teil. 1830 bis 1831 unterstützte er den polnischen Aufstand gegen Russland. Im Februar 1834 leitete er den von Mazzini geplanten „Zug nach Savoyen“. 1848 übernahm er den Befehl über eine piemontesische Division. 1849 wurde er der Befehlsverweigerung im Rahmen der entscheidenden Schlacht von Novara beschuldigt, die Piemont gegen Österreich verlor. Er wurde dafür am 22. Mai 1849 kriegsrechtlich erschossen. Schneider, Kavalleriegeneral, hat später beim badischen Aufstand 1848/1849 in führender Position mitgewirkt und war Oberbefehlshaber der pfälzischen Revolutionstruppen.

III. Die konspirative Alternative

A. Die Vernetzung von Offizieren, Bürgern und Exilpolen

1. Die Häusler'sche Gesellschaft

Kurz nach dem Fall Warschau nahm Koseritz zuerst Kontakte mit durchziehenden polnischen Offizieren auf, die sich ins französische Exil begaben, dann mit polnischen Emissären aus Frankreich sowie mit württembergischen Offizieren und Unteroffizieren, Bürgern aus dem Mittelstand, nicht-bürgerlichen Schichten und Bauern. Er streckte seine Fühler aus, um zu prüfen, ob eine Bereitschaft unter diesen bestand an einer möglichen Revolution mitzuwirken, beziehungsweise dabei zu helfen, diese herbeizurufen.

Als erste Plattform für die Untergrundtätigkeit dienten die in Württemberg während des polnischen Aufstandes sprießenden „Polenkomitees“. Diese Komitees wirkten oft als Anlaufstelle für Oppositionelle und Revolutionäre, die sich hinter dem Schleier humanitärer Hilfsvereine verbergen konnten. Koseritz vertrat jedoch die Ansicht, es wäre gescheiter, 30.000 Freiwillige zur Unterstützung der Polen zu mobilisieren als Scharpien zu zupfen, wozu die Polenkomitees unter anderem aufgerufen hatten. Von dieser Art barmherziger Hilfe hielt er nicht viel. Doch diese Position teilte unter den „Hochwächtern“ nur Lohbauer¹. In Ludwigsburg, wo Koseritz stationiert war, befand sich ein derartiges Komitee bei dem Bierschenk Werner. Bierschenk Gottlieb Körner aus Ludwigsburg, der als begeisterter Polenfreund und als Ultraliberaler bekannt war, zog gleichgesinnte Bürger und Offiziere an². In seinem Wirtshaus veranstaltete er so manchen Empfang und Umtrunk für die durchziehenden Polen. Er nahm auch bald an der konspirativen Netzwerkbildung teil. Kleinere Zusammenkünfte von Polenenthusiasten fanden bei dem Seifensieder und Weinwirt Müller sowie bei dem als liberal geltenden Bierschenk Frank in Ludwigsburg statt. Auch politisch kritisch eingestellte Offiziere fanden sich bei Treffen der Polenfreunde in diesen Wirtshäusern ein³.

Koseritz erkannte die Nebenfunktion der Polenkomitees als Sammelstelle radikaler Elemente, wollte jedoch einen Schritt weitergehen. Er ging dazu über, einen neuen Verein in Ludwigsburg zu gründen, der die radikalen Elemente für die revolutionäre Tat gewinnen sollte. Der Verein sollte auch als Ausgangspunkt für ähnliche, über ganz Württemberg verstreute Gruppierungen dienen. Die Gründung des Klubs fiel bemerkenswerterweise mit den Besuchen von Schlüsselfiguren des polnischen Aufstandes in Württemberg zusammen.

¹ HstaS E 285 Bü 81.

² Ebd.

³ Ebd.

Auf einem Treffen in Zuffenhausen mit Lohbauer und Tafel kurz nach dem Fall Warschaws versprachen die beiden, Koseritz sofort zu informieren, wenn Polen, die an der Erhebung eine wichtige Rolle spielten, nach Stuttgart kämen. Dies geschah auch bald, als die drei sich dem polnischen Aufstand anschließenden Generäle Ramorino, Langermann und Schneider in Stuttgart Station machten und mit den „Hochwächtern“ in Kontakt traten. Koseritz brach zu nächtlicher Stunde von Ludwigsburg nach Stuttgart auf, versäumte es aber, die Polen zu treffen, die sich schon in ihre Schlafgemächer zurückgezogen hatten. Koseritz, der nicht des Nachts von der Garnison in Ludwigsburg abwesend sein durfte, kehrte unverrichteter Dinge zurück. Lohbauer informierte wohl den enttäuschten Koseritz über den Inhalt der Gespräche und tröstete ihn damit, dass laut Aussagen der Generäle bald polnische Emissäre aus Frankreich kommen werden, die in der polnischen Erhebung eine Schlüsselrolle gespielt hatten. Diese würden Botschaften des radikalen Flügels der polnischen Führung im Exil sowie der republikanischen Kräfte in Frankreich überbringen, die im amtlichen Sprachgebrauch als „französische Propaganda“ bezeichnet wurden. In der Tat kamen zehn Tage danach zwei polnische Emissäre nach Stuttgart. Da deren Ankunft um den 14. Dezember 1831 stattfand, kann der Besuch der polnischen Generäle etwa auf den 4. Dezember zurückdatiert werden. Lohbauer, welcher sich als Drehscheibe der Kontakte mit den Polen erwies, ließ Koseritz mit einem Eilboten herbeirufen. In einem separaten Raum des Gasthofs „Zum Waldhorn“ in Stuttgart traf Koseritz auf zwei der Initiatoren des polnischen Aufstandes, auf Kolonel (Oberst) Wissotzky und Graf Ledochowsky. Koseritz und Wissotzky gaben sich gegenseitig als Republikaner zu erkennen⁴. Beide haben sich laut amtlicher Sprache als Mitglieder der „französischen revolutionären Propaganda“ vorgestellt⁵. Oberst Wissotzky, der vor dem polnischen Aufstand, wie Koseritz, Oberleutnant gewesen war, berichtete über den Werdegang und Verlauf der polnischen Erhebung und ging auch auf die aktive Hilfeleistung der republikanischen französischen Opposition ein⁶. Als Albert Schott eintrat, zog sich Koseritz zurück und fuhr nach Ludwigsburg.

Sechs Tage nach dem Treffen Koseritz' mit Wissotzky, also am 20. Dezember 1831, erfolgte die Gründung des angeblich der Polenhilfe dienenden Vereins, der der Rekrutierung radikaler Kräfte unter Offizieren und Bürgern vorerst in Ludwigsburg und dann in anderen Orten Württembergs dienen sollte. Das eigentliche Ziel des Vereins laut Koseritz' Aussage war: „Den sogenannten Liberalen einen Vereinigungspunkt zu verschaffen, das Militär und die Bürger für den Zweck einer

⁴ „Denn Wysocki legte Koseritz sein politisches Glaubensbekenntnis ab, und er und Wysocki sprachen sich gegenseitig als Republikaner Koseritz noch als unzufriedener aus.“ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; Akt. Darst. alt, S. 42.

⁵ Ebd. Mit diesem Begriff meinten die Behörden in der Regel die republikanischen revolutionären Geheimbünde und Gesellschaften in Frankreich, mit denen der radikale Flügel der polnischen Exilführung verbunden war.

⁶ HstaS E 285 Bü 88; Akt. Darst. alt, S. 42. Zu Wissotzky und dessen Rolle im polnischen Aufstand: LESLIE, *Polish Politics*, S. 115, 118, 121, 131, 198.

Revolution einander näher zu bringen, die politische Ansicht und Gesinnung der Mitglieder zu erforschen und durch Vereinigung vieler Gleichgesinnter ein Übergewicht gegen die Regierung zu erlangen“⁷. Dass ein größeres Netz über Württemberg ausgespannt werden sollte, gab Koseritz ebenfalls zu. Im Untersuchungsprotokoll heißt es hierzu: „Hierbei beabsichtigte Koseritz, die Gesellschaft möglichst auszubreiten und falls sie zu groß würde, abzuteilen“⁸. Parallel zu dieser revolutionären Initiative ging Koseritz daran, Unteroffiziere und ländliche sowie städtische Unterschichten für eine Revolution zu gewinnen⁹. Diese dicht auf die Treffen mit den polnischen Flüchtlingen und Emissären erfolgten Schritte lassen aufhorchen. Die neuen revolutionären Initiativen Koseritz’ kamen noch vor diesen Treffen auf, ihre Umsetzung hatte aber vielleicht durch diese Begegnungen eine Beschleunigung erfahren¹⁰. Er muss neben seiner Wut über den Verrat an den Polen auch neuen Mut aus diesen Gesprächen geschöpft haben. Der gelungene Schneeball-effekt der polnischen Insurrektion auf der einen und die besprochene Einbettung eines Aufstandes in Deutschland in flankierenden neuen Revolutionen in Frankreich und Polen auf der anderen nährten seine Hoffnungen.

Die Entscheidung zur Gründung einer gesonderten organisatorischen Plattform fiel im Hause des Leutnants Friedrich Reitter vom 1. Kavallerieregiment in Ludwigsburg, nachdem man zu den geselligen Offizierstreffen im Wirtshaus von Körner nicht mehr erschienen war¹¹. Über Reitter sagte der Referent: Als „eifriger Polenfreund hatte er bei der herrschenden Aufregung in den süddeutschen Staaten nach den in Frankreich, Belgien und Polen ausgebrochenen Revolutionen, die Ansicht, daß auch bei uns baldens oder später etwas losgehen werde“¹². Zu den Offizieren, die sich von den Zusammenkünften bei Körner abgesetzt und einander als Vertreter ultraliberaler Anschauungen und als Sympathisanten der „Hochwächter“ kennengelernt hatten, gehörte neben Koseritz und Reitter auch Oberleutnant Wilhelm Raht, der am 29. August 1831 infolge seiner abweichenden politischen Äußerungen aus der Garnison in Stuttgart zum 5. Infanterieregiment in Ludwigsburg versetzt worden war¹³. Er hatte sich gegen das Verbot ausgesprochen, das Offizieren die freie Äußerung einer eigenen politischen Meinung untersagte – „weil man freiwillige [gemeint ist „freiheitliche“] Ideen in diesem Stande nicht aussprechen

⁷ Akt. Darst. alt, S. 35.

⁸ Ebd.

⁹ Siehe S. 250–271. Das erste konkrete Treffen von Koseritz mit Feldwebel Lehr mit konspirativ-revolutionären Vorsätzen fand am 14. Dezember statt, demselben Tag, an dem die polnischen Emissäre Wissotzky und Ledochowsky sich in Stuttgart mit den „Hochwächtern“ einschließlich Koseritz trafen.

¹⁰ Koseritz sagte aus, er hätte während seines Abstechers nach Stuttgart, um Wissotzky und Ledochowsky zu treffen, auch die „Hochwächter“ Lohbauer, Rödinger und Tafel in der Weinschenke des Seifensieders Müller von seinen Plänen berichtet, Akt. Darst. alt, S. 35.

¹¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹² Ebd.

¹³ Raht logierte bei Koseritz etwa 14 Tage. HstaS E 285 Bü 88.

durfte“¹⁴. Im Zorn über diese Versetzung hätte er, so die Quellen, seine Sympathie für die französische Revolution (unklar, ob die Französische oder die Julirevolution gemeint war) und den polnischen Aufstand zum Ausdruck gebracht¹⁵. Außerdem gehörten die Leutnants der Infanterie Carl Adolf Becher und Robert von Mülden-stein aus der Heilbronner Garnison dazu. Becher war ähnlich wie Reitter, so wird in den Akten vermerkt, ein großer Polensympathisant und interessierte sich außerordentlich für Politik. Müldenstein pflegte mit Becher während ihrer gemeinsamen Besuche in Stuttgart, Lohbauer und die anderen „Hochwächter“ aufzusuchen. In den Akten wird auch er als eingeschworener Polenfreund beschrieben, der während der Wahlen zum Landtag Rödinger als Vertreter des Kreises Öhringen und den Rechtsanwalt Klett aus Heilbronn als ausdrücklich oppositionelle Repräsentanten unterstützt hätte: „Auch er tat als Polenfreund oft Äußerungen über die Mächte, welche Polen im Stich gelassen haben und [sprach] den Wunsch aus, daß die Franzosen über den Rhein gehen und Polen [als selbstständigen Staat] wieder einsetzen möchten. Daß das Militär den Eid auf die Verfassung abgeben sollte, ward ebenfalls von ihm besprochen“¹⁶. Koseritz kannte diese Offiziere schon länger. Nach Ausbruch der Julirevolution fanden sie ideologisch zueinander. Geistige Verwandtschaft bestand auch mit dem Oberleutnant der Artillerie von Schnitzer aus Ludwigsburg, dem Hauptmann Stapf aus Heilbronn und mit den Oberleutnants Heinzmann und von Starkloff vom 1. Infanterieregiment in Stuttgart¹⁷. Vor allem die Stuttgarter unter diesen Offizieren standen eng mit Lohbauer in Kontakt und teilten weitgehend die Positionen des *Hochwächters*. Als Treffpunkt mit den „Hochwächtern“ in Ludwigsburg diente zunächst das Gasthaus des besagten Seifensieders und Weinschenks Müller. Hier stieß auf Anraten von Becher und Müldenstein auch der Oberleutnant Johann Rudolf Venninger hinzu, der ebenfalls in Heilbronn stationiert war. Sie beschrieben Venninger als „ultraliberal“¹⁸. Er hatte ihre Aufmerksamkeit durch seine militanten Äußerungen erweckt, wonach er die Verfassung notfalls mit Gewalt gegen einen Eingriff „von oben“ schützen würde. Venninger war älter und besaß einen höheren Dienstgrad als die beiden erstgenannten.

Diese Offiziere waren von niederadliger Abstammung, zum Teil uneheliche Kinder adliger Väter oder vorindustrieller bildungs- und besitzbürgerlicher Herkunft. Einige spielten auch später eine Rolle im Kampf für Freiheit und Gleichheit. Becher¹⁹ kam aus einer hoch angesehenen Familie. Sein Vater, Gottlob oder Gottlieb Benjamin Becher – in den kirchlichen und militärischen Dokumenten erscheinen abwechselnd beide Vornamen²⁰ – war Arzt am königlichen Hofe. Mülden-

¹⁴ HstaS E 285 Bü 88; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁵ Ebd.

¹⁶ StaL E 319 Bü 11.

¹⁷ Starkloff wurde später zum 8. Infanterieregiment in Ulm versetzt.

¹⁸ HstaS E 285 Bü 88.

¹⁹ Adolph Becher *Kirchheim/Teck 18. 9. 1807, † Stuttgart.

²⁰ Standesamt Stuttgart, Familienbücher. Auszug aus der Stammliste: Becher; HstaS E 285 Bü 76.

stein²¹ war der illegitime Sohn des ehemaligen königlichen Ministers Freiherr von Phull-Rippur. Trotzdem erbte er mit 20 Jahren den Adelstitel dank königlicher Sondergenehmigung. Raht²² war der Sohn des vormals oranien-nassauischen Geheimen Justizrats und späteren württembergischen Staatsrats Eduard Daniel Friedrich Raht. Reitter war der Sohn eines Forstrates²³, Venninger²⁴ kam aus dem württembergischen Allgäu. Er war Sohn eines Kaufmanns und betätigte sich ebenfalls als solcher kurz vor seinem freiwilligen Eintritt in die Armee.

Nachdem sich als Tagungsort des neuen Klubs das Gasthaus des Metzgers Häusler in Ludwigsburg etabliert hatte, wurde die Vereinigung schließlich als „Häusler'sche Gesellschaft“ bezeichnet²⁵. Die Verlegung der Zusammenkünfte in das Häusler'sche Gasthaus erfolgte, weil Häusler als „Räsonneur“ galt, also als Polemiker und kritischer Geist, eine Eigenschaft, die für die Behörden in politischer Hinsicht keineswegs eine neutrale war. Das Häusler'sche Gasthaus bot darüber hinaus den Vorteil eines getrennten Zimmers, in dem geheime Zusammenkünfte durchgeführt werden konnten.

Um auf die angeblichen Intentionen dieser neuen Gesellschaft hinzuweisen, wurde im Eingangszimmer des Gasthauses ein Sammelkasten aufgestellt, in den Spenden zugunsten der Polen einzulegen waren. Die Darstellung dieser Gesellschaft als ein weiterer Wohlfahrtsverband für die Polen war rein taktisch oder ein Aushängeschild, wie es die Untersuchungsbehörden ausdrückten²⁶. Die gesammelten Spenden dienten teils der Unterstützung und Beherbergung polnischer Flüchtlinge, die vom Stuttgarter Polenkomitee unter Albert Schott nach Ludwigsburg geschickt worden waren, teils dem Ankauf von Losen der in Stuttgart veranstalteten Polenlotterien.

Diese neu etablierte Gesellschaft gab sich auch als einer der oppositionellen Wahlvereine aus, die als Vorformen politischer Parteien auch nach den Landtagswahlen für kurze Zeit fortbestanden. Koseritz gedachte vielleicht auch im Aufwind dieser Gesellschaften seine Vereine über Württemberg auszubreiten, die sich gut in die bestehende Landschaft politischer Vereine hätten einfügen können. Dies war als Täuschungsmanöver gedacht. Denn so wenig Koseritz von den Polenkomitees hielt, so wenig schätzte er die Wahlvereine. Im Verhör sagte er unverblümt aus: „Auf Wahlangelegenheiten legte ich nie wert“²⁷.

²¹ Robert von Müldenstein * Stuttgart 3. 11. 1809, † Stuttgart 18. 4. 1877; Standesamt Stuttgart, Familienbücher Bd. 11, Blatt 447.

²² Wilhelm Raht * Ravensburg oder Weingarten (in den Dokumenten taucht teils Ravensburg teils Weingarten auf) 10. 1. 1806, † Stuttgart 27. 10. 1860. Zusätzliche Informationen verdankt der Verfasser Herrn P. Adalbert Nagel, Benediktiner Abtei Weingarten.

²³ Friedrich Reitter * Stuttgart 22. 4. 1800; Stammliste HstaS D 46 Bd. 6.

²⁴ Johann Rudolph Venninger * Isny 18. 3. 1800, † Stuttgart? 4. 7. 1836.

²⁵ HstaS E 285 Bü 81.

²⁶ Akt. Darst. alt, S. 35.

²⁷ HstaS E 285 Bü 82.

Durch Kontakte von Subalternoffizieren mit dem Mittel- und Kleinbürgertum, wie sie ansatzweise in den Polen- und Wahlvereinen vorkamen, unterschied sich diese Gesellschaft von den exklusiven Klubs der Aristokratie und des privilegierten Bürgertums in Ludwigsburg. Auf die Absicht der Offiziere, die Standesbarrieren zu überschreiten, weist die Anwesenheit von Bürgern aus „niederem“ Ständen bei dem Gründungstreffen hin: so der Handwerker Christian Wilhelm Dorn und der alte Freund von Koseritz, A. Krauß und dessen Bruder Friedrich Wilhelm, genannt „Fritz“, Krauß, beide Goldarbeiter von Beruf²⁸. Über einen der exilierten polnischen Soldaten, der an den Treffen der Gesellschaft bei Häusler teilnahm, heißt es in diesem Zusammenhang: „Einem der Polen [...] fiel es sehr auf, hier [in der Häusler'schen Gesellschaft] Offiziere in Gesellschaft mit Bürgern aus allen Klassen vereinigt zu finden. Er sprach sein Befremden darüber aus, weil ihm bekannt war, daß dies in Württemberg sonst nicht Sitte sei“²⁹. Nach den Worten des Oberleutnants Wilhelm Raht ging es um die Errichtung „eines gemeinschaftlichen Museums für Bürger und Militär[s]“³⁰. So wurden zur Teilnahme an den Treffen auch der Landwirt Wilhelm Heinrich Herrlinger³¹ und sein Verwandter der Händler Karl Friedrich Eberbach, die im Januar 1832 aus dem Dorf Großgartach im Norden Württembergs zur Pferdemesse nach Ulm fuhren, geladen³². Sie wurden der Häusler'schen Gesellschaft durch Dorn zugeführt. Wahrscheinlich hatte Dorn die beiden im Wirtshaus kennengelernt und im Gespräch bei Bier oder Wein von ihrer kritischen Gesinnung erfahren, die in der Teilnahme Herrlingers am Hambacher Fest im Mai desselben Jahres ihren Ausdruck finden sollte. Ein weiterer Hinweis auf die Verbindung Herrlingers zur Häusler'schen Gesellschaft war der Umstand, dass der Feldwebel Lehr, der Verbindungsmann Koseritz' zu den Unteroffizieren, mit einer Tochter der Familie Herrlinger verheiratet war³³.

²⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Friedrich Wilhelm Krauß * Ludwigsburg 27.11.1798, † USA.

²⁹ Ebd., Qu. 977.

³⁰ HstaS E 285 Bü 85. Das Museum war ein Klub von Adligen in Ludwigsburg; siehe BELSCHNER, Ludwigsburg, S.372; neben dem „Museum“ existierte in Ludwigsburg ein Zirkel von hohen Offizieren und privilegierten Bürgern im Gasthaus „Zum Bären“, der sich als „Bären-Gesellschaft“ bezeichnete. 1833 wurde in Entsprechung zum aristokratischen Museum ein Zirkel honorabler Bürger, die Bürgergesellschaft, gegründet; ebd.

³¹ Wilhelm Heinrich Herrlinger * Großgartach 25.3.1809, † Großgartach 17.7.1849. Er heiratete Carolina Mathilda Hardegg, eine Schwester des Anführers des später sich bildenden republikanischen Verschwörerkreises Georg David Hardegg, in Eglosheim am 28.5.1840; Kirchenregisteramt Heilbronn. Im Mai 1848 wurde Herrlinger als Kandidat der demokratischen Kräfte für Heilbronn-Land in den württembergischen Landtag gewählt. Die Informationen über Herrlinger verdankt der Verfasser auch Prof. Helmut Riegraf aus Heilbronn.

³² Akt. Darst. alt, S.35; StaL E 319 Bü 12. Karl Friedrich Eberbach * Großgartach 2.6.1811, † Niederhofen 9.2.1875.

³³ BÖGEL, Verschwörung.

Koseritz hatte Dorn im Gasthaus von Körner kennengelernt. Dorn³⁴ war in Ludwigsburg als unkonventionelle Persönlichkeit bekannt. Als junger Lehrling hatte er die Jahre 1813 bis 1815 in St. Petersburg, die Zeit zwischen 1816 und 1817 aber in Warschau verbracht, wo er bis zur Etablierung der russischen Repressionsherrschaft verblieben war. Seine feindliche Haltung Russland gegenüber und seine Sympathie für das um seine Unabhängigkeit kämpfende Polen fanden hier ihre Wurzeln. In den Untersuchungsprotokollen heißt es: „Diese Erinnerungen steigerten ihn zum Enthusiasten für die Polen und zuletzt in Verbindung mit seiner entschiedenen Abneigung gegen das Königtum, zum Sektionsmann. [Als] einer der eifrigsten Revolutionäre, der Gewerbe und Vermögen darüber zugrunde gehen ließ, spielt Dorn von nun an eine Hauptrolle in diesem Drama“³⁵. Der Kaufmann Friedrich Himmelreich³⁶, ein Anhänger Koseritz', war auch ein Onkel des radikalen Offiziers Friedrich Reitter³⁷. Die familiäre und ideologische Bindung führte beide in die Häusler'sche Gesellschaft. Letztlich wird hier die verwandtschaftliche, freundschaftliche und geistige Nähe in dem Kreis der Akteure deutlich.

Zu den Ludwigsburger Bürgern, die regelmäßig zur Häusler'schen Gesellschaft kamen und deren Identität ohne jeden Zweifel feststeht, gehörten der Gürtler Dorn, die Goldarbeiter A. und F. Krauß, der Gutsbesitzer Herrlinger, der Händler Eberbach und der Kaufmann Himmelreich, der Lehrer Kauffmann, der Sieb- und Hutmacher Jakob Friedrich Kammerer³⁸, die Bäcker Gottlieb Friedrich Schwarz³⁹ und Johann Christoph Frech, der Uhrmacher Johann Heinrich Büchle⁴⁰, der Konditor Danzer, der Zeugschmied Dieterich, der Goldarbeiter Banzhof, der Kaufmann Maier und der Bierwirt Körner. Insgesamt sind also sechzehn Bürger namentlich zu identifizieren. Sie gehörten den mittleren und unteren Schichten des Bürgertums an. Unter den Armeeingehörigen sind ebenfalls sechzehn Namen auszumachen. Darunter sind acht Infanterieoffiziere, sieben Artillerieoffiziere sowie ein Offizier der Kavallerie, alle im Range von Oberleutnants oder Leut-

³⁴ Christian Wilhelm Dorn * Ludwigsburg 18.7.1786, † Philadelphia 13.1.1852, StaL E 319 Bü 30; Kirchenregisteramt Ludwigsburg Familienregister.

³⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

³⁶ Friedrich Himmelreich * Ludwigsburg 2.4.1802, † Ludwigsburg 2.10.1849.

³⁷ StaL E 319 Bü 12.

³⁸ Jakob Friedrich Kammerer * Ehingen bei Böblingen 24.5.1796, † Ludwigsburg 4.12.1857 gehörte zu den Erfindern des Streichholzes. Nach der Gründung verschiedener, wenig erfolgreicher Unternehmen wurde er zum Besitzer zweier Streichholzfabriken in Ludwigsburg bzw. in Riesbach bei Zürich. Er war ein typischer Vertreter des Kleinunternehmertums, der von den Fesseln der Zünfte befreit sich durch Improvisationsgabe und Initiativegeist auszeichnete. In der Liste der angemeldeten Patente erscheint sein Name häufig. Er war wohl jemand, der unzählige Erfindungen machte und versuchte, daraus Kapital zu schlagen. Die Erfindung des Phosphorstreichholzes ließ ihn schließlich zu einem bedeutenden Unternehmer werden.

³⁹ Gottlieb Friedrich Schwarz * Ludwigsburg 10.6.1806, † Ludwigsburg 23.2.1844 stammte aus einer pietistischen Familie. Er war für die Revolution durch die Bibelauslegung des württembergischen Pietisten Bengel gewonnen worden.

⁴⁰ Johann Heinrich Büchle * Ludwigsburg 21.12.1797, † Ludwigsburg 21.4.1857.



Abb.6: Jakob Friedrich Kammerer (1796–1857).

nants⁴¹. Insgesamt bekannt sind also 32 Teilnehmer der Gesellschaft. Zu diesen hinzuzurechnen sind die unregelmäßig erscheinenden bürgerlichen Teilnehmer, die nicht namentlich erfasst sind.

Koseritz selbst stellte in den Vordergrund seiner Kontakte mit Offizieren die Frage nach der Loyalität der Armee. Er meinte, es gelte zu verhindern, dass die Armee zu einem, gegen die Verfassung gerichteten Repressionsinstrument werde, falls diese in Württemberg und anderen frühkonstitutionellen Staaten weiterhin ausgehöhlt werde. Den Offizieren gegenüber unterstrich er die Gefahr eines Staatsstreichs, ob vorseiten der württembergi-

schen Krone oder von der deutschen Bundesversammlung, die unter Österreichs und Preußens Kuratel stand. Über eine Republik als angestrebte Staatsform im Falle einer Revolution sprach er nicht ausdrücklich mit seinen Offizierskollegen. Er dachte an die „glorreichen“ Julitage von Paris, die mit einem Aufstand zur Rettung der von oben verletzten Verfassung begannen, aber sofort eine republikanische Wende nahmen, auch wenn diese im letzten Augenblick vereitelt wurde. Eine Revolution dieser Art würde sich als eine „gesetzmäßige Revolution“ gegen einen verfassungswidrigen Staatsstreich legitimieren. In einem solchen Fall galt die Obrigkeit als Usurpator und als unrechtmäßige Staatsgewalt, gegen die das Widerstandsrecht der Bürger notwendig sei. Er ließ seine Offizierskameraden über das angestrebte Ziel einer Revolution absichtlich im Dunkeln. Sie konnten glauben und sich damit rechtfertigen, eine Revolution würde der Rettung der Verfassung dienen, wie etwa in Spanien 1820. Sie hätten sich aber auch wohl durchaus vorstellen können, dass sich Ausgangspunkt und Ziel der Revolution voneinander unterschieden, wie es die französischen Republikaner 1830 taten. Die Verletzung der Verfassung mochte ein legitimer Auslöser der Revolution sein, die letztlich mit der Errichtung einer Republik enden würde⁴².

⁴¹ Akt. Darst. alt, S. 37f.; HstaS E 285 Bü 88.

⁴² Wenn A. Krauß später behauptete, Koseritz habe sich zunächst für eine „gesetzmäßige Revolution“, also einen Aufstand zum Schutz der verletzten Verfassung, eingesetzt und erst später auch eine republikanische Revolution beabsichtigt, so mag er sich selbst damit habe schützen wollen, als wäre er mit Koseritz in der angeblichen ersten Phase einverstanden gewesen. Dabei hatte er sich schon wie erwähnt kurz nach der Julirevolution mit Koseritz

Koseritz glaubte auch, die Zustimmung seiner Offizierskameraden eher zu gewinnen, wenn er damit argumentierte, die Armee sollte sich weigern, Gewalt gegen aufständische Zivilisten anzuwenden. Ein solcher Akt würde der Regierung ihr wichtigstes Machtinstrument entziehen und ein Umschwenken der Armee auf die Seite der Insurgenten ermöglichen. Schon während des Gögenaufstandes von 1831 hatte sich das Gerücht verbreitet, dass Koseritz zusammen mit dem jungen Leutnant Friedrich Reiter und möglicherweise auch mit Oberleutnant Wilhelm Raht erklärt hätten, sie würden im Falle eines Einsatzes der Armee zur Unterdrückung des Aufstandes nicht ihre Waffen gegen Zivilisten erheben. Dieses Schema war ebenfalls der Julirevolution entnommen. Das war ein Beispiel für ein passives, revolutionsfreundliches Verhalten einer Armee. Sein eigentliches Ziel war aber, die Armee aktiv in den Dienst der Revolution zu stellen. Angesichts der widrigen Bedingungen für eine erfolgreiche spontane Massenerhebung in Deutschland kam der Armee eine entscheidende initiative Rolle zu, wie in Spanien 1820 oder in Polen 1830. Dieser aktiv revolutionäre Ansatz, nach dem die Armee die Revolution vorantreibt oder sogar durch einen spektakulären Akt, etwa nach spanischem oder nach polnischem Vorbild, die Revolution einzuleiten vermag, wurde unter den Offizieren nicht offen diskutiert. Allerdings schwebte er gewissermaßen im Raum und war Gegenstand eines behutsamen Vorfühlens durch Koseritz. Becher gab ausdrücklich zu, gewusst zu haben, dass Koseritz auch die Möglichkeit erwog, ein Signal für die Revolution zu setzen⁴³. Das polnische Modell war allen gegenwärtig und vorbildlich. Somit mussten die Offiziere sich selbst eingestehen mit dieser Option gerechnet und diese unterschwellig gebilligt zu haben.

Die Vermutung, die Häusler'sche Gesellschaft habe ihr revolutionäres Ziel unter mancherlei Tarnung verfolgt, wird durch die Aussagen der Oberleutnants Lindauer, Schnitzer, von Wallbrunn, der Leutnants Vetter, Reichenbach und Wöllwarth aus dem Kavallerieregiment sowie des Oberleutnants Büнау und der Leutnants Fink und Bauer aus dem 5. Infanterieregiment bestärkt, wonach angeblich in ihrer Gegenwart, abgesehen vom polnischen Thema, keine politischen Äußerungen gemacht worden seien, wohingegen es gut möglich sei, dass sich der Ton gänzlich geändert habe, nachdem sie die Versammlungen jeweils gegen 22.00 Uhr verlassen hätten⁴⁴.

In die Zeit der Häusler'schen Gesellschaft im Januar 1832 fiel auch der Besuch des Gesandten der polnischen Führung im französischen Exil, des ehemaligen

über die Notwendigkeit einer deutschen Republik verständigt; siehe S. 140. Auch mag sein, dass Krauß Taktik und Strategie bewusst oder unbewusst durcheinanderbringt. Koseritz gab vor, die Verfassung auch mittels Revolution zu verteidigen, weil er dadurch die Offiziere und Mittelstände zu gewinnen glaubte, obwohl er von der Notwendigkeit der Republik von Anbeginn überzeugt war.

⁴³ Akt. Darst. alt, S. 30 f.

⁴⁴ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

Leutnants Michael Zalewsky⁴⁵. Dieser reiste unter dem Pseudonym „Kaufmann Schlittenberg“ und im Auftrage des Leiters des Komitees polnisch-demokratischer Flüchtlinge in Paris, Joachim Lelewel⁴⁶, in die Region. Er gab an, sein Auftrag wäre vor allem, die revolutionäre Bereitschaft in Deutschland und in den von Polen bewohnten Gebieten im Osten zu sondieren und nach Möglichkeit zu fördern⁴⁷.

Sein Erscheinen in der Häusler'schen Gesellschaft bestärkt die Vermutung, dass diese mehr als ein zusätzlicher karitativer Polenverein war. Zalewsky war allerdings verwundert und verärgert über die mangelnde Vorsicht, die ein Teil der Anwesenden der Häusler'schen Gesellschaft zu später Nachtstunde walten ließ. Nach

⁴⁵ In Akt. Darst. alt, Anm. S.45, erscheint er aufgrund eines zweifelhaften Zeugnisses aus Galizien unter dem Vornamen Alexander. In der Liste der polnischen Soldaten im Lager Besançon, die später in die Schweiz zum Zwecke der Vorbereitung einer Revolution in Deutschland gingen, erscheint ein entsprechender Leutnant unter dem Namen Michael, StaL E 319 Bü 28. Auch in der Liste des württembergischen Innenministeriums begegnen wir dem Namen Michael. HstaS E 285 Bü 88.

⁴⁶ Joachim Lelewel *Warschau 22.3.1786, †Paris 29.5.1861. Er entstammte einer deutschen Familie namens Lölhöfel aus Löwensprung. Er war polnischer Historiker, Geograf und Numismatiker. Während der Zeit, in der er in Wilna Geschichte lehrte, war er „Freimaurer“ und Karbonarist. Er zählte zu den geistigen und politischen Vätern des polnischen Aufstandes im Jahre 1830. Nach seiner Ankunft in Paris im Zuge der „Großen Emigration“ gründete Lelewel Ende 1831 dort ein temporäres Komitee polnischer Emigranten, das später in dem „Polnischen Nationalkomitee“ (KNP) aufgehen sollte. Die Organisation bewahrte sich zu Beginn gute Kontakte zu Lafayette. Mit ihrer Hilfe hatte Lelewel Zugriff auf Gelder, die von Lafayette gesammelt und als Unterstützung an die polnischen Emigranten verteilt wurden. Die Organisation diente als Sammellager, das Demokraten, Liberale und Frühsozialisten im französischen Exil umfasste. Mit dem KNP versuchte Lelewel den Vorrang des demokratischen Lagers unter den polnischen Emigranten gegen das Lager des konservativen Patrioten Prinz Adam Czartoryski zu sichern. Während Czartoryski seine Hoffnungen zur Befreiung Polens noch auf die diplomatischen Kontakte zu den europäischen Staatsoberhäuptern setzte, waren Lelewel und die polnischen Demokraten der Auffassung, Polen könne nur auf revolutionärem Wege durch einen europäischen Volksaufstand befreit werden. BROCK, Polish Revolutionary Populism, S.6. Er widersetzte sich aber auch der Splitterung des revolutionären Lagers durch die selbstständige Organisation der radikalen, neo-jakobinischen und demokratischen Kräfte im Rahmen der am 17. März 1832 gegründeten „Polnisch-Demokratischen Gesellschaft“ (TDP). 1833 war Lelewel gezwungen, von Frankreich nach Belgien zu emigrieren. Ab diesem Jahr löste er sich allmählich vom neuen französischen und internationalen Karbonarismus und unterstützte die Organisierung des „Jungen Polen“, das sich mit den Zielen der Bewegung des „Jungen Europas“ von Mazzini solidarisch erklärte. Nach dem Scheitern des republikanischen Aufstandes in Paris vom Juni 1832 und im Verlauf des Jahres 1833 entfernte sich die TDP in Folge der Abneigung der neuen *Charbonnerie Réformée* gegen eine deutsch-polnische revolutionäre Initiative im April 1833 vom Universalismus der neuen *Charbonnerie* und näherte sich den nationalen Ansichten Lelewels an. Ab 1840 trennte sich Lelewel von Mazzini und schloss sich schließlich 1846 der TDP an. Zur TDP siehe auch S.235. Anm.97, 238; SKURNOWICZ, Romantic Nationalism, S.89; HAHN, Große Emigration, S.181/185. In den Jahren 1847/1848 war er Lehrer von Marx und Engels in Osteuropafragen. Er starb während eines Besuches in Paris am 29. Mai 1861. Weitere Biografie siehe SKURNOWICZ, Romantic Nationalism, passim; WALICKI, Philosophy, passim.

⁴⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

übermäßigem Alkoholgenuss, so ließ er Koseritz wissen, sängen sie mit lautem Gebrüll Freiheitslieder und verhielten sich so zügellos, dass man das Eingreifen der Gendarmerie zu befürchten hätte.

Das unvorsichtige Verhalten, das Zalewsky beklagte, war das Absingen von Liedern wie „Freiheit, die ich meine“, „Noch ist Polen nicht verloren“, „Maylied“ und „Polen sind wackere Krieger“⁴⁸. Ein derartiger Vorfall ereignete sich wahrscheinlich während des Besuches des blinden polnischen Sängers Birowsky. Die Unmenge des getrunkenen Weines hatte die Anwesenden alle eingeschärften Vorsichtsmaßnahmen vergessen und in ihnen die Sangeslust ausbrechen lassen. Nach den vorliegenden Berichten hatte der enthusiastische Raht den armen polnischen Sänger dermaßen fest umarmt, bis dieser in Atemnot geriet. Raht fühlte sich von dem Sänger inspiriert und begann, mit lauter Stimme die „Blutstropfen“ von Harro Harring zu deklamieren⁴⁹. Dieses Lied troff, wie sein Titel schon besagt, von Blut und wetzte mental die Messer gegen die verhassten Fürsten. Der Text war in Straßburg gedruckt und heimlich in Deutschland verbreitet worden⁵⁰. Harring, ein militanter Radikaler aus Friesland, lebte zu jener Zeit im Straßburger Exil. Wahrscheinlich hatte der Ludwigsburger Kaufmann Friedrich Himmelreich von seinen Reisen nach Paris über Straßburg einige der revolutionären Lieder Harrings eingeschmuggelt und sie an seinen Neffen, den Leutnant Friedrich Reitter weitervermittelt⁵¹. Himmelreichs Frau stammte aus Straßburg und war wohl aus familiären Gründen mit der Stadt in Verbindung geblieben⁵². Himmelreich veröffentlichte am 11. Januar 1831 eine Anzeige im *Intelligenzblatt des Neckar-Kreises* und im *Ludwigsburger Wochenblatt* mit dem Wortlaut: „Ich suche noch einige Mitleser zum *Constitutionnel* oder *Courier du Bas Rhin*“. Im letzteren Blatt erschien die Beilage *Das Constitutionelle Deutschland*, die seit dem 11. November 1831 wiederum von Harring redigiert und in Straßburg herausgegeben wurde. Himmelreichs Ansichten und seine Affinität zu Frankreich dürften auf seine Zeit als kaufmännischer Angestellter – „Commis“ – in Paris 1827 zurückzuführen sein⁵³.

Da Koseritz vermutlich die in der Häusler'schen Gesellschaft Versammelten nach ihren Ansichten prüfen und unter ihnen potenzielle revolutionäre Bundesgenossen zunächst in Ludwigsburg und später in anderen Orten Württembergs heraussuchen wollte, musste er seine revolutionären Ziele verdecken und in einer Form andeuten, die nicht zuviel verriet und ihn kompromittierte, seine Pläne nicht auffliegen ließ und die die Behörden nicht zu Gegenmaßnahmen veranlassen würde. Der Besuch des Polen Zalewsky zeigte, dass es unter Alkoholeinfluss nicht nur Abweichungen vom guten Geschmack, sondern auch von den Vorsichtsmaßnahmen gab. Die Zeugnisse der Offiziere, die die Häusler'sche Gesellschaft in der

⁴⁸ Nach Aussagen von Raht wurden diese Lieder gesungen. HstaS E 301 Bü 26.

⁴⁹ Akt. Darst. alt, S. 36.

⁵⁰ HARRING, Blutstropfen; StaL E 319 Bü 43.

⁵¹ HstaS E 285 Bü 90.

⁵² Evangelisches Kirchenamt Ludwigsburg, Familienregister.

⁵³ Stadtarchiv Ludwigsburg L 20 Bd. 282.

Regel gegen 22.00 Uhr verließen, unterstützen die Vermutung, dass die radikalen Gespräche meist zu späterer Nachtstunde hinter verschlossenen Türen stattfanden. Auch die Aussage Kammerers belegt dies: „Es ist nicht zu leugnen, daß in dieser Gesellschaft nicht nur sehr liberal, sondern selbst revolutionär gesprochen worden ist. Es hieß, der jetzige Zustand taue nichts,[...]. Man ließ die Freiheit leben“⁵⁴. Inwieweit die revolutionären Töne, die hier gerade nächstens erklangen, nur radikale Emotionen offen zum Ausdruck brachten oder ob in der Häusler’schen Gesellschaft auch inhaltlich orientierte Gespräche von revolutionärem Geist geführt wurden, kann nur schwer beurteilt werden. Kauffmann, der in seinen Aussagen die revolutionäre Bedeutung der Verschwörung herunterzuspielen pflegte, merkte an: „Es wurde in der Gesellschaft nicht bloß liberal, sondern revolutionär gesprochen, und Koseritz hat mehr als einmal sich gerühmet, daß er durch revolutionäre Reden wieder einen oder den anderen für die Revolutionspartei geworben habe. Koseritz hat in dieser Gesellschaft Offiziere und Bürger für diese Partei geworben, das ist ohne Zweifel“⁵⁵. Die Beweggründe, die die einzelnen jeweils eine revolutionäre Gesinnung annehmen ließen, waren nicht einheitlich. Der Bäcker Schwarz war durch seinen Pietismus Bengelscher Prägung zum Revolutionär geworden. Schwarzens Vater, wie der Sohn ein Anhänger Bengels, hatte ihm gesagt, „die Revolution bleibt als Züchtigung der Menschen nicht aus“⁵⁶. Schwarz konnte ihm darin nur beipflichten: „Ich habe ein Buch gelesen, in welchem steht, daß die Revolution zur Strafe der Völker wegen ihres Abfalls von Gott kommen werde und so sah ich die Sache an“⁵⁷. An anderer Stelle bemerkte Schwarz: „[I]ch glaubte auch, daß es noch große Umwälzungen geben werde, dies könne man aus mehreren Stellen der Heiligen Schrift entnehmen“⁵⁸. Dorn konnte über Schwarz aussagen: „[E]r geht nach Bengels Lehre und glaubt, daß in den Jahren 1832–1836 sich noch vieles zeigen werde“⁵⁹. Dorn, ein Cousin von Schwarz, gehörte zu den säkularen Revolutionären, die diese Interpretation ablehnten: „Von dieser [der Heiligen Schrift] wollte Dorn nichts wissen; er glaubte nicht an die Bibel. Er sagte, die Revolution sei ein Werk der Menschen“⁶⁰. Doch trotz der unterschiedlichen Ausgangspunkte der pietistischen und säkularen Revolutionäre fanden beide Gruppen eine gemeinsame Sprache.

Die Häusler’sche Gesellschaft war janusköpfig. Die Untersuchungsbehörden definierten die Ziele der Gesellschaft dahin gehend, dass sie erstens die politische Gesinnung von Bürgern und Militärs erkunden, zweitens durch ihre Ausbreitung auf zukünftige ständische Wahlen einwirken wollte und letztlich dazu beitragen sollte, ein Gegengewicht gegen eine eventuelle Unterdrückung von oben in der

⁵⁴ Akt. Darst. alt, S. 36.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

Bevölkerung zu erzeugen⁶¹. Die Vermutung der Behörden war, Koseritz erstrebe unter legalem Vorwand revolutionäre Ziele⁶².

Die Häusler'sche Gesellschaft versammelte sich während eines Monats jeden Samstag⁶³. Sie wurde am 20. Februar 1832 auf Befehl des Militärgouverneurs von Ludwigsburg von Hügel aufgelöst⁶⁴, also vier Tage bevor in Württemberg das Verbot der während des Wahlkampfes gegründeten politischen Vereine publiziert wurde. Am Tag der Auflösung der Gesellschaft hielt von Hügel eine Rede vor der 3. Brigade und dem 4. Artillerieregiment, in der er das „negative“ Phänomen des Kontaktes von Offizieren mit den unteren Schichten und die Unterstützung der Polen durch Offiziere beklagte⁶⁵. Die württembergischen Behörden waren besorgt, es könnten geheime Kontakte zwischen „königlichen Offizieren“ in Zivil und Bürgern bestehen⁶⁶. Die Unterstützung der Polen vonseiten der Offiziere brachte den König, der mit einer Tochter des Zaren verheiratet war, in eine unangenehme Situation⁶⁷. Informationen über die Häusler'sche Gesellschaft gelangten an die Behörden, ohne dass jene über die geheimen Vorgänge und Ziele dieser Gesellschaft zu jenem Zeitpunkt Bescheid wussten. Wegen des Umgangs mit Bürgerlichen erhielten mehrere Offiziere namentlich Koseritz, Raht, Reitter, Becher und Müldenstein eine vierzehntägige Arreststrafe.

Die schleierhaften Verhältnisse um die Aktivitäten der Häusler'schen Gesellschaft beunruhigten nicht nur die Behörden in Württemberg; möglicherweise gereichten sie auch Metternich zu nicht geringer Sorge, der schon für ein Verbot der Wahlklubs eingetreten war⁶⁸ und natürlich getarnte und halb-konspirative Aktivitäten, wie sie in der Häusler'schen Gesellschaft üblich waren, ganz besonders fürchtete. Diese Befürchtungen spiegelten sich in den Berichten der diplomatischen Vertretung Österreichs in Stuttgart vom 7. Februar 1832 wider. So hieß es dort: „Überall macht sich das Treiben einer wortlosen Partei kenntlich“⁶⁹.

Auch wenn die Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft die ursprünglichen Pläne von Koseritz störte, so brachte diese Gesellschaft doch späte Früchte ein. Sie wurde zum Anziehungspunkt für Radikale und diente als Rahmen zur Werbung von Befürwortern einer Revolution, die den Kern der Verschwörung ausmachten. Auf den Treffen der Häusler'schen Gesellschaft konnte man die Anwesenden nach ihren Ansichten und Verhaltensweisen genau prüfen und unter ihnen diejenigen

⁶¹ HstaS E 285 Bü 85.

⁶² Ebd.

⁶³ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁶⁴ Akt. Darst. alt, S. 38.

⁶⁵ HstaS E 285 Bü 70; HstaS E 301 Bü 18. Eine ähnliche Rede hielt er auch am 13. April 1832; ebd.

⁶⁶ HstaS E 285 Bü 70.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Siehe S. 144 zum Vergleich der Klubs mit den „wahren Jakobinerklubs“.

⁶⁹ Schönburg an Metternich 7.2.1832; HHStaW St. K.K. 33, Fasz. 43 Württ. Dipl. Korr. 1831–33.

ausmachen, die die revolutionäre Idee unterstützten. Ein Teil der bürgerlichen und militärischen Vertrauensleute von Koseritz, die an den Versammlungen der Häusler'schen Gesellschaft teilgenommen hatten, erklärten sich dort gegenseitig ihre Gesinnung⁷⁰ und wurden im Rahmen der Gesellschaft dem revolutionären und ideologischen Geist ausgesetzt, der sie auf ihrem weiteren Weg verbinden sollte. A. Krauß behauptete später in seiner Aussage, nach der Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft habe er zwischen Liberalen, die auf dem Verfassungswege gingen, und Revolutionären zu unterscheiden gewusst. Letztere seien überzeugt gewesen, dass nur eine Revolution die Regierungs- und Gesellschaftsordnung verbessern könne. Dies bestärkt die Vermutung, dass sich in der Häusler'schen Gesellschaft die revolutionären Liberalen von den bloß kritischen Liberalen trennen ließen⁷¹.

Ein deutliches Indiz für die in der Häusler'schen Gesellschaft gehegten geheimen Pläne erbrachte die gerichtliche Konfrontation von Koseritz, Dorn und Kauffmann mit Rödinger und Tafel über den Verlauf der Zusammenkunft in Mühlhausen um den 6. März. Die „Hochwächter“ regten dieses Treffen kurz nach Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft an. Sie waren einerseits froh, dass die Gesellschaft, deren Handeln und Vorgehensweise sie angeblich missbilligten, aufgelöst wurde. Andererseits befürchteten sie, dass das Einschreiten der Behörden infolge des ihrer Ansicht nach unnötigen Aufsehens dieser Gesellschaft sie selbst kompromittieren könnte. An dieser Zusammenkunft nahmen Rödinger, Tafel und Lohbauer aus Stuttgart sowie Koseritz, Raht, Kauffmann, Dorn, Kammerer und Schwarz aus Ludwigsburg teil⁷². Mühlhausen, auf halbem Weg zwischen Stuttgart und Ludwigsburg gelegen, bot sich als passender Begegnungsort an.

Es kam hier zu offenen Differenzen zwischen Rödinger und Tafel auf der einen und Koseritz, Dorn, Kauffmann und Kammerer auf der anderen Seite. Tafel führte an, dass größere Versammlungen wie die Häusler'sche Gesellschaft „Aufsehen erregen und der Sache schaden“⁷³ würden. Er führte nicht weiter aus, was er mit „Sache“ meinte, wollte aber zu verstehen geben, dass im Grunde hierin Einigkeit unter Gesinnungsfreunden bestünde, die keiner weiteren Erläuterung bedürfe.

Er schlug stattdessen vor, einen Verein zu gründen, der Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter aufbringen sollte. Ein solcher Verein entspräche einer Filiale des PVVs. Es wurden schon beträchtliche Summen gesammelt, der Verein jedoch kam letztlich nicht zustande.

Die Aussagen der Teilnehmer an dem Treffen von Mühlhausen über ihre Verwicklung an der Verschwörung sind unterschiedlich. Während die „Hochwächter“

⁷⁰ So z.B. Koseritz über Dorn: „Übrigens lernte ich Dorn erst in der Häusler'schen Gesellschaft kennen; erst dort schlossen wir uns an und teilten uns gegenseitig mit. Doch habe ich ihn noch bei Bierwirt Körner vorher schon öfters getroffen“; HstaS E 285 Bü 82.

⁷¹ Aussage von A. Krauß: StaL E 319 Bü 11.

⁷² Akt. Darst. neu, S. 10f.

⁷³ Akt. Darst. alt, S. 39.

ihre Verstrickung herunterspielten, kompromittierten sie die Aussagen von Koseritz, Dorn und Kauffmann. Koseritz gab an, dass er „über die Verfassung weder mit Lohbauer noch mit Tafel gesprochen, sondern mit beiden von Unteroffizieren und von der Häusler’schen Gesellschaft nur in ganz echt revolutionärer Beziehung gesprochen habe“⁷⁴. Damit entgegnete er der Behauptung der „Hochwächter“, nur davon gewusst zu haben, dass er „Unteroffiziere für die Verfassung und dafür, daß sie ihre Waffen nicht gegen das Volk brauchen“ anwerben würde⁷⁵. Es war auch ein deutlicher Hinweis dafür, dass er nicht nur die Unteroffiziere, sondern auch Bürger und Offiziere – in dem kleineren Kreis womöglich, der sich nach 22.00 Uhr traf – auf eine aktive revolutionäre Position einzustimmen versuchte, deren Ziel nicht nur die Verteidigung der Verfassung, sondern die Errichtung der Republik war.

Man darf vermuten, dass die Offiziere um Koseritz sehr wohl wussten, dass der Ausbruch einer Revolution in Deutschland – und sei es auch nur zur Wiederherstellung der verletzten Verfassung – in der Errichtung einer Republik enden könnte. Vielleicht bevorzugten einige sogar ein republikanisches System gegenüber dem in ihrem Lande herrschenden. Allerdings fürchteten sie, in eine illegale Aktion im Falle des Misslingens verwickelt zu werden. Müldenstein und Starkloff, der Koseritz nahestand, obwohl er als Stuttgarter nicht Mitglied der Häusler’schen Gesellschaft war, offenbarten ihre Ansichten in dem Entwurf einer republikanischen Satzung für eine deutsche Kolonie, die sie in Texas oder Arkansas errichten wollten. Der Aufruf an gleichgesinnte Offiziere, sich der Initiative anzuschließen, wurde von Becher und Reitter verfasst⁷⁶. Die Offiziere der Häusler’schen Gesellschaft hörten sich Rahts Deklamation des ultra-radikalen Gedichts „Blutstropfen“ von Harro Harring an. Sie distanzierten sich nicht nur nicht von dem Wortlaut, sondern pflichteten diesem sogar bei⁷⁷.

2. Internationale Dimension

Ein wichtiger Faktor in Koseritz’ Plänen war die internationale Vernetzung. Ohne ausländische Hilfe war seines Erachtens jeder revolutionäre Schritt in Deutschland zum Scheitern verurteilt. Nach ersten Kontakten mit den Polen Wissotzky und Ledochowsky vertieften sich die Verbindungen zum Ausland über polnische Gesandte aus Frankreich. Wie erwähnt kam Zalewsky in der Zeit der Häusler’schen Gesellschaft im Januar 1832 zu Besuch nach Deutschland. Im April erschienen in Ludwigsburg die polnischen Offiziere Unterleutnant Joseph Zakrzewsky⁷⁸ und

⁷⁴ Ebd., S. 41.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁷⁷ Siehe S. 227.

⁷⁸ Sein Vorname ergibt sich aus den gleichen Quellen, aus denen sich auch Zalewskys Vorname hatte schließen lassen, im Gegensatz zu einer wenig zuverlässigen Quelle aus Galizien, nach der Zakrzewsky den Vornamen Alphons getragen haben soll. Zur letzteren Quelle siehe Akt. Darst. alt, Anm. S. 45.

Major Rosetzky. Auch die zwei Letzteren wiesen sich schriftlich als Emissäre des Präsidenten des „Polnischen Nationalkomitees“ in Paris Joachim Lelewel aus.

Zalewsky machte Koseritz mit dem Revolutionsprogramm der polnischen Demokraten im Exil vertraut, ein Programm, das mit den Revolutionären in Frankreich abgestimmt worden sei⁷⁹. Er sprach von der Absicht einer zukünftigen revolutionären konzertierten Aktion in Frankreich und Polen, die Deutschland in ihre Mitte nehmen sollte. Eine solche revolutionäre Zangenbewegung könnte in Deutschland einen Aufstand begünstigen. Eine erfolgreiche Ausführung dieses Programms hätte Frankreich im Osten gegen die reaktionären Mächte geschützt und Polen eine revolutionäre Rückendeckung im Westen verschafft⁸⁰. Ein republikanisches Polen bedurfte des Rückhalts Frankreichs. Dieses könnte den Polen nur dann zur Hilfe kommen, wenn ein zusammenhängendes Gebiet republikanischer Staaten im Westen entstünde. Ein republikanisches Deutschland könnte nur von Dauer sein, wenn es von zwei Revolutionen im Westen und Osten flankiert sei. Ein republikanisches Frankreich und ein republikanisches Deutschland bedingten sich gegenseitig. Eine französische Republik könnte nur bestehen, „wenn Deutschland auch eine Republik sei, weil Frankreich sonst jedem Eroberer offen stünde“⁸¹. Ziel der Revolution sei es, Frankreich, das vereinigte Deutschland und das vereinigte Polen zu Republiken zu machen⁸².

Im Hinblick auf Polen hatte man die Absicht, die organisierte Invasion von der Peripherie des unter russischer Herrschaft stehenden Königreichs Polen („Kongresspolen“), also von Litauen und aus den unter österreichischer Schutzherrschaft stehenden Gebieten Galizien, Transsilvanien und Ungarn⁸³ in das belagerte Polen vordringen zu lassen⁸⁴. Aus diesem Grunde, so erzählte Zalewsky, werde er von Deutschland aus in diese Gebiete im Osten reisen. Darüber hinaus wusste er zu melden, dass etwa 200 polnische und französische Boten in Europa unterwegs seien. Im Anschluss an den Besuch in Stuttgart und Ludwigsburg reiste er tatsächlich in den Osten. Er erreichte auch illegal Warschau und kehrte von dort unter Einsatz seines Lebens mit Frau und Kindern nach Paris zurück⁸⁵. Zalewsky war von Lohbauer, der immer wieder die Anlaufstelle der polnischen Gesandten war, an Koseritz verwiesen worden. Lohbauers Schwager Kauffmann brachte Zalewsky, der aus Stuttgart kam, mit Koseritz zusammen⁸⁶.

Die Untersuchungsbehörden stellten ihn als Emissär der französischen revolutionären Republikaner dar, die mit dem besagten Etikett „französische Propaganda“ versehen worden sind. Zalewsky trat nach Meinung von Koseritz als

⁷⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁸⁰ HstaS E 285 Bü 88.

⁸¹ Akt. Darst. alt, S. 43.

⁸² Ebd.

⁸³ Mit der Absicht die polnisch-litauische Einheit wieder aufleben zu lassen.

⁸⁴ Akt. Darst. alt, S. 43.

⁸⁵ Ebd., S. 44.

⁸⁶ Ebd., S. 43.

Repräsentant dieser angeblichen französischen „Propaganda“ auf⁸⁷. Das „Polnische Nationalkomitee“ im französischen Exil unter der Führung Lelewels pflegte Kontakt zu dieser Gesellschaft. Es mag sein, dass Koseritz indirekt über die Kontakte zu den Polen mit den französischen Republikanern in Verbindung trat.

Zalewsky soll Koseritz ein Dokument mit der Überschrift „Appel aux Peuple“ ausgehändigt haben, das die Grundsätze der französischen „Société des Amis du Peuple“ in Polnisch und Französisch enthielt⁸⁸. Dieses Papier sei von Lelewel unterschrieben worden und sollte dessen Inhaber als Emissär des polnischen Untergrunds ausweisen, gleichzeitig die Querverbindung dieses Untergrunds zum französischen Republikanismus unterstreichen⁸⁹. Ein gleiches Zeugnis trug auch ein anderer polnischer Agent – nämlich der Offizier Joseph Zakrzewsky – zwei Monate später, also im April, mit sich. Letzterer besaß ein zusätzliches Dokument, das den Titel – „Amis du Peuple“ trug. Dieses Dokument enthielt 24 bis 30 Seiten mit jeweils zwei Spalten – eine in polnischer, eine in französischer Sprache⁹⁰ – eine Aufteilung, die der ersten Schrift „Appel aux Peuple“ nachgesagt wurde. Auch dieses Papier soll die Grundsätze der „Société des Amis du Peuple“ enthalten haben und von Lelewel unterzeichnet worden sein⁹¹. Diese Papiere sollten den Emissär ausweisen, gleichzeitig dessen Auftrag erläutern, nämlich im Geiste der „Gesellschaft der Volksfreunde“ und des polnischen Untergrunds, die Revolution zur Befreiung der Völker zu fördern. In der offiziellen Publikation der Untersuchungsergebnisse gegen die Verschwörer heißt es, Zakrzewsky hätte laut Koseritz den Unterschied zwischen diesen zwei Papieren erklärt, er könnte sich jedoch nicht mehr an diesen erinnern⁹².

Es ist bekannt, dass sich das „Polnische Nationalkomitee“ im Frühjahr 1832 mit Aufrufen, Deklarationen und zahlreichen Erklärungen an Italiener, Ungarn, Juden und Deutsche sowie an alle anderen Völker, denen ihre Selbstbestimmung verweigert wurde, hervortrat. Diese Deklarationen waren von Lelewel in einem romantischen Geiste formuliert worden⁹³, der von der Völkerverbrüderung schwärmte und der sich in der Parole des Novemberaufstandes „Für unsere Freiheit und für eure Freiheit!“⁹⁴ niederschlug.

⁸⁷ Ebd. Der schwammige Begriff „Propaganda“ wurde ein von Metternich und vom Deutschen Bund verwendetes Schlagwort und stand für eine vermeintliche gesamteuropäische Verschwörung, deren Fäden in Paris zusammenliefen. Es bezog sich vor allem auf die von Buonarroti gelenkten Geheimgesellschaften. Die Behörden bezeichneten diese „Propaganda“ auch als „Gesellschaft“, was auch auf die 1831 von Blanqui gegründete „Société des Amis du Peuple“ hinweisen könnte.

⁸⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁸⁹ Akt. Darst. alt, S. 45.

⁹⁰ Akt. Darst. alt, S. 23; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁹¹ Akt. Darst. alt, S. 45.

⁹² Ebd.

⁹³ SKURNOWICZ, *Romantic Nationalism*, S. 77.

⁹⁴ Ebd.

Die Tatsache, dass die Dokumente von Lelewel unterzeichnet worden waren, weist eher auf einen polnischen Konnex hin, als auf eine direkte Botschaft der „Gesellschaft der Volksfreunde“. Auch die in den Schreiben angesprochene Fragestellung nach der Bereitschaft, sich der bevorstehenden Revolution anzuschließen, entsprach nicht der Vorgehensweise der „Gesellschaft der Volksfreunde“. Diese war mehr auf die Mobilisierung der öffentlichen Meinung ausgerichtet. Bis in den September 1830 hinein, also bis zu den vonseiten der Behörden initiierten Unruhen während der Zusammenkünfte der Gesellschaft, führte sie ihre Treffen öffentlich durch. Danach kam man in einem geschlossenen Saal zusammen und erlaubte den Zutritt nur denjenigen, deren Anschauungen den Positionen des Verbandes nahe standen. In ihren Reihen fanden sich die radikalen, dem „Juste Milieu“ Louis-Philippes feindlich und oppositionell gesonnenen Elemente zusammen. Ihren Namen hatte die Gesellschaft der Zeitschrift „L'Ami du Peuple“ Jean Paul Marats entlehnt, wodurch symbolisch ihre Affinität zur jakobinischen Tradition zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Ideologisch kamen in der Gesellschaft – bisweilen nebeneinander, bisweilen in Vermengung – traditionelle jakobinische Ideen und frühkommunistische Positionen, die sich auf die Anschauungen Gracchus Babeufs und dessen Nachfolger Buonarroti beriefen sowie Gedanken Saint-Simons und Fouriers zum Ausdruck, die oft dem sozialen Hintergrund der Gesellschaftsmitglieder angepasst waren. Während der Vorsitz der Gesellschaft in den Händen einer bürgerlichen Intelligenz lag, gehörten die Mitglieder überwiegend dem Mittel- und Kleinbürgertum an. Die Propagandisten der Gesellschaft wandten sich jedoch gezielt an die Unterschichten: Arbeiter, Bauern und Soldaten. Es wurden sogar Zellen von Schneidern und Bauarbeitern gegründet.

An das Ausland wandte sich die „Gesellschaft der Volksfreunde“ offenbar aber nur mit öffentlich-politischen Deklarationen, wie zum Beispiel dem Grußwort, das eine Gesandtschaft der Gesellschaft den Versammelten beim Hambacher Fest unterbreitet hatte⁹⁵. Diese Zurückhaltung rührte wohl nicht zuletzt daher, dass es der Gesellschaft neben ihrem Zentrum in Paris nur mit Mühe gelungen war, in drei weiteren Städten in Frankreich Zweigstellen einzurichten. Die Gründung von derartigen Filialen jenseits der Grenzen Frankreichs scheint demnach eher unwahrscheinlich. Durchaus denkbar ist jedoch, dass der Gebrauch des Namens der Gesellschaft vonseiten der Emissäre als Deckmantel diene. Denkbar ist, dass die von Buonarrotis Gruppen unterwanderte „Gesellschaft der Volksfreunde“ und das ihr nahestehende „Polnische Nationalkomitee“ auch als Fassaden dienten, hinter denen sich eine konspirative, grenzüberschreitende Tätigkeit verbarg, die dem polnischen Karbonarismus nicht fremd war und die dem Schema der Geheimbünde Buonarrotis entsprach. Möglich ist auch aufgrund dieser Affinitäten, dass eine Liaison von Polen und „Monde“, dem Verbund von Geheimorganisationen Buonarro-

⁹⁵ Das Manuskript hieß: „La Société des Amis du Peuple, Comité de Strasbourg, à l'Assemblée Patriotique Allemande, Réunie à Hambach“. FREILINGER, Die Hambacher, S. 723.

tis, zustande kam⁹⁶. Von der in Frankreich am 17. März 1832, also nach dem Besuch Zalewskys, aber vor dem Besuch Zakrzewskys, gegründeten „Polnisch-Demokratischen-Gesellschaft“, kurz TDP, ist bekannt, dass sie sich an den Aktivitäten der „Gesellschaft der Volksfreunde“ direkt beteiligte und sich dem internationalen Netz von Buonarrotis Geheimbünden angeschlossen hatte⁹⁷. Es hatte sich herausgestellt, dass die Gesellschaft und ihre Nachfolgeorganisation, die „Société des Droits de l’Homme et du Citoyen“, wie andere liberal-demokratische Vereine während der Julimonarchie, zum Beispiel die „Association pour la Liberté de la Presse“ und die „Association pour l’Instruction Gratuite du Peuple“, von Anhängern Buonarrotis unterwandert waren, die in kleinen und verdeckt agierenden Gruppen operierten⁹⁸. Buonarroti, der letzte noch lebende Teilnehmer von Babeufs „Verschwörung der Gleichen“ von 1795 und 1796 verkörperte in seiner Person und seinem Werk mehr als alle anderen die Kontinuität zwischen dem republikanischen Radikalismus der Französischen Revolution und dem republikanischen revolutionären Erwachen der 1830er Jahre. Buonarroti regte einerseits die Unterwanderung von Institutionen von legalem Anlitz mit Einfluss auf die öffentliche Meinung an⁹⁹, gleichzeitig aber auch, in der Tradition der *Charbonnerie* und der „Verschwörung der Gleichen“, das Einsickern in die Armee – als Stütze des bestehenden Systems¹⁰⁰. Auch die Infiltration von republikanischen Organisationen, wie der „Gesellschaft der Volksfreunde“ durch Buonarrotis Vertrauensleute d’Argenson, Teste und de Prati sollte die Kontrolle über eine progressiv-politische Körperschaft sichern, die Einfluss auf die Öffentlichkeit ausüben konnte¹⁰¹. Solche halböffent-

⁹⁶ WALICKI, *Philosophy*, S. 35; HAHN, *Große Emigration*, S. 181.

⁹⁷ So war einer der zwei Gründer der TDP, Tadeusz Krepowiecki, Leiter des polnischen „Zelts“ (Zelle). Die TDP war in ihrer demokratischen Haltung entschiedener als Lelewel. Sie sprach sich auch für mehr soziale Gleichheit aus. Es gab Stimmen, die die gleichmäßige Verteilung des Grund und Bodens befürworteten. Sie appellierte an die „Bürger in Uniform“, denen eigenes Land, Bildung und bürgerliche Rechte zukämen; WALICKI, *Philosophy*, S. 45. Sie befürwortete in ihrer Mehrheit aber den kleinen Privatbesitz im Gegensatz zum linken Flügel, der den gesellschaftlichen Gemeinbesitz predigte und der sich 1834 von der TDP abspaltete; ebd., S. 46 f. Während sich die TDP bald in tiefe ideologische Diskussionen verstrickte, was die Ziele einer Revolution in Polen anbelangten, wollte Lelewel diese hintanstellen und der Entscheidung einer zukünftigen verfassungsgebenden Versammlung in Polen überlassen. Die TDP nahm Ideen von Robespierre, Marat und St. Just auf; ebd., S. 35. Im Gegensatz zu Lelewels Primat der Befreiung Polens vertrat die TDP eine neo-jakobinische kosmopolitische Haltung mit der Parole: „To Poland through mankind“; ebd., S. 36.

⁹⁸ LEHNING, *Buonarroti and His International Secret Societies*, S. 134. Lehning stützt sich auf die Memoiren eines alten Anhängers Buonarrotis und Partizipanten der Geheimgesellschaft, Joachim de Prati. LEHNING, *Buonarroti et la révolution belge* in: DERS., *From Buonarroti to Bakunin*, S. 103; GARRONE, *Philippe Buonarroti*, S. 129–135, S. 172, S. 299; HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, *Von Babeuf bis Blanqui I*, S. 224 ff.; EISENSTEIN, *Professional Revolutionist*, S. 101.

⁹⁹ EISENSTEIN, *Professional Revolutionist*, S. 49.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ LEHNING, *Buonarroti and His International Secret Societies*, S. 134.

lich agierenden Gesellschaften sollten als Zugpferde einer Revolution dienen, der sich dann die revolutionäre Avantgarde Buonarrotis bemächtigen könnte. Diese Gesellschaften dienten auch als Stimmungsbarometer für die revolutionäre Bereitschaft in der Bevölkerung.

Die Buonarroti ergebenen Anhänger agierten auch in als Freimaurerlogen getarnten Geheimbünden. Die Treueschwüre der unteren und mittleren Ränge der Organisationen Buonarrotis gegenüber der Führung und ihre Verpflichtung, jenem Bund der „Hommes vertueux“ die Leitung der Revolution zu ermöglichen, sollten die Kontrolle einer kleinen Elite über die Prozesse vor und nach der Revolution gewährleisten.

Die im Dunkeln der Ungewissheit tappenden Behörden mögen auch Koseritz dazu bedrängt haben, ihre Theorie eines internationalen Komplotts einer geheimnisvollen, hierarchisch strukturierten, von Paris gesteuerten, über Europa verstreuten, geheimen „Propaganda“, die nach Art der Untergrundmethoden der *Charbonnerie* arbeitete, zu bestätigen. Ein derartiges Vorgehen war Teil des „Systems Metternich“. Anzeichen für eine konspirative internationale Aktivität bestanden zwar in der württembergischen Verschwörung, aber die Fäden dafür liefen nicht in einer Hand zusammen und schon gar nicht in Paris. In den dreißiger Jahren bildeten sich vielmehr selbstständige, regionale Kräfte, die eine gesellschaftliche und politische Veränderung anstrebten¹⁰². Es gab allerdings Kontakte und Versuche die Aktivitäten zwischen Gleichgesinnten zu koordinieren und die Kräfte zu bündeln.

Das Programm, das Zalesky vor Koseritz ausbreitete, sah einen revolutionären Aufstand in Frankreich als notwendige Bedingung vor. Es ist nicht deutlich, in welcher Phase sich die Planungen des republikanischen Untergrundes in Frankreich im Hinblick auf eine Revolution befanden. Auf jeden Fall sprach man zur Zeit, als ein weiterer polnischer Gesandter Lelewels – Zakrzewsky – im April 1832¹⁰³ nach Württemberg kam, bereits von wahrscheinlichen Terminen für eine revolutionäre Initialzündung in Paris. Typisch für das Revolutionsverständnis der *Charbonnerie* und charakteristisch für die „Geheimbünde“ im Geiste Babeufs war die genaue Festlegung des Termins für einen derartigen Aufstand. Schließlich führte das Begräbnis des heldenhaften napoleonischen Generals und oppositionellen Repräsentanten Jean Maximilien Lamarque zu Veränderungen des ursprünglichen Plans und zu der Entscheidung, die Gelegenheit zur Förderung einer möglichen Revolution zu nutzen. Die Mitglieder der „Gesellschaft der Volksfreunde“ trugen bei dem Begräbnis das Transparent „Es lebe die Republik!“, und es war nicht zu vermeiden, dass von höherer Stelle, also von Buonarroti, die Anweisung gegeben wurde, die revolutionäre Glut bis zur Revolution anzuheizen. Tatsächlich brachen blutige

¹⁰² Dies im Unterschied zur Epoche der Französischen Revolution und der Restauration vor 1830, als die Bedeutung der Stadt Paris als revolutionäres Zentrum außerordentlich groß war; vgl. RUIZ, Universität Jena, S. 95–132.

¹⁰³ Zakrzewsky hielt sich wohl vom 14. bis zum 28. April 1832 in Württemberg auf; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

Unruhen am 5. und 6. Juni 1832 in Paris aus. Barrikaden wurden errichtet und die Republikaner kämpften zum ersten Mal in der Geschichte unter einer roten Fahne. Heine schrieb über diesen erfolglosen Aufstand: „[N]ie gab es eine Empörung, die schlechter eingeleitet worden war“¹⁰⁴.

Es handelte sich nicht um einen spontanen Aufstand, sondern eher um eine gezielte, von oben gesteuerte Lenkung einer bestehenden Gärung. Die Fäden wurden von der neuen *Charbonnerie Réformée* gezogen, die sich nach dem Juli 1830 in Frankreich organisiert hatte. Während viele alte Geheimbündler nach dem Juli 1830 aus dem Untergrund aufgetaucht waren, führten andere unter der Führung Buonarrotis den geheimen Kampf weiter, diesmal gegen die Herrschaft der Finanzaristokratie. Ziel der neuen *Charbonnerie* (*Charbonnerie Réformée*) waren soziale Unruhen und gesteuerte Entwicklungen, die, wenn nicht selbst das Fanal für die Revolution, so doch wenigstens ein Schritt auf dem Wege zur Erschütterung des Juliregimes in Frankreich und zur Förderung der revolutionären Kräfte im Ausland sein sollten.

Einen weiteren Hinweis für gegenseitige Beziehungen zwischen der französischen *Charbonnerie* und anderen Geheimbünden Buonarrotis zu den polnischen Demokraten dürften die französischen Untersuchungsbehörden liefern. Diese behaupteten, der im französischen Exil lebende, schon erwähnte General Ramorino, hätte die Revolutionsarmee anführen sollen, wenn der Aufstand vom 5. und 6. Juni erfolgreich verlaufen wäre¹⁰⁵.

Zalewsky und Koseritz erörterten vermutlich auch das Programm der *Charbonnerie Réformée*, das dann im Juni 1832 zur erfolglosen Ausführung kam. Mit nahezu absoluter Sicherheit kam dieses Programm dann während des ersten Besuchs Zakrzewskys in Württemberg zur Sprache. Zalewsky, der sich als Gesandter Lelewels ausgab, führte einen polnischen Auftrag aus, wobei jedoch, wie erörtert, eine Abstimmung mit der *Charbonnerie Réformée* möglich war.

Die von Zalewsky vorgebrachte Idee, von Galizien aus ins russische Polen vorzudringen, wurde später von der Partisanenarmee Joseph Zalewskys¹⁰⁶ in einer mit dem Frankfurter Wachensturm abgestimmten Aktion und parallel zu einem erwarteten Aufstand in Württemberg im April 1833 übernommen. Diese Aktion war ursprünglich mit der *Charbonnerie* in Frankreich geplant worden¹⁰⁷. In einer späteren Phase, nach dem gescheiterten Aufstand in Frankreich vom Juni 1832, löste sich Buonarroti endgültig von den separaten polnischen und deutschen Entwicklungen¹⁰⁸.

¹⁰⁴ HEINE, Sämtliche Werke (Elster) 4, S. 163.

¹⁰⁵ Archives Nationales Paris, Carton F 7 3886.

¹⁰⁶ Joseph Zalewsky ist nicht mit dem Gesandten Michael Zalewsky identisch.

¹⁰⁷ SKURNOWICZ, Romantic Nationalism, S. 82.

¹⁰⁸ ROOS, Tübinger Romantik, S. 33–54, insbesondere S. 50; SKURNOWICZ, Romantic Nationalism, S. 89; HAHN, Große Emigration, S. 131–273, insbesondere S. 181, 185.

Lelewel gehörte seit der ersten Dekade des 19. Jahrhunderts zu den Freimaurern in Polen. Nachdem die Karbonaristen in den zwanziger Jahren in die Reihen der Freimaurer eingedrungen waren, erwies er sich als die Schlüsselfigur des polnischen Karbonarismus¹⁰⁹. Dieser Karbonarismus der Restaurationsära stand mit den Karbonaristen in anderen Ländern in Kontakt, darunter der französischen *Charbonnerie* unter der Führung Lafayettes. Möglicherweise war der polnische Aufstand vom November 1830 zwischen einem der Führer des Aufstands, wahrscheinlich dem damaligen Oberleutnant Joseph Zalewsky – allen Anzeichen nach ebenfalls ein Karbonarist – und ehemaligen französischen *Charbonniers*, die eine russische Intervention gegen die junge Julirevolution in Frankreich fürchteten, koordiniert worden. Derartige Kontakte kamen wohl durch den seit 1826 in Paris lebenden polnischen Republikaner Leonard Chodzko zustande, der präsozialistische Anschauungen vertrat¹¹⁰. Die Verbindung zwischen polnischen und ehemaligen französischen Karbonaristen, die nach der Julirevolution an die Oberfläche gelangte, wurde auch von der polnischen Emigration in Frankreich gepflegt. Lafayette war Vorsitzender des Polen-Komitees in Frankreich. Infolge der Julirevolution waren, wie gesagt, alte *Charbonniers* aus dem Untergrund aufgetaucht. Ein Teil von ihnen passte sich dem neuen System an, ein anderer Teil nahm den offenen politischen Kampf gegen das neue System auf und ein weiterer Teil bildete die neue *Charbonnerie Réformée*. Lafayette, der zur ersten Gruppe gehörte, versuchte jedoch – vergeblich – Frankreich zu einer Unterstützung der von Russland bedrängten Polen zu bewegen. Daraufhin dürften sich die Beziehungen zwischen den Anführern der „Großen Emigration“, Sammelbegriff für die polnische Emigration nach Frankreich im Anschluss an die Niederschlagung des Aufstandes, und Lafayette abgekühlt haben¹¹¹. Lelewel blieb zwar weiterhin mit Lafayette in engem Kontakt, knüpfte jedoch gleichzeitig Verbindungen mit der neuen französischen *Charbonnerie* unter der Führung Buonarrotis, da er von dem Juliregime keine weitere revolutionäre Aktivität erwartet hatte. Zudem knüpfte er, wie auch andere Führer des demokratischen Flügels der polnischen Emigration, vor allem in der TDP, Beziehungen mit der „Gesellschaft der Volksfreunde“. Ideologisch gab es Anknüpfungspunkte der württembergischen Verschwörer zur TDP. Letztere pflegte aber allem Anschein nach keine eigenständigen Beziehungen mit dem Ausland. Als Zalewsky Württemberg besuchte im Januar 1832, existierte die TDP, die erst im März 1832 entstand, noch nicht. Rein zeitlich gesehen fiel dabei der Besuch Zakrzewskys schon in die Zeit nach der Gründung der TDP, aber er wies sich in erster Linie als Gesandter Lelewels aus. So blieb das Nationalkomitee unter Lelewel wohl die Schiene, über die auch die Kontakte zu den französischen Republikanern liefen.

¹⁰⁹ KUKIEL, Lelewel, S. 64, 67, beschreibt Lelewel als den Anführer des polnischen Karbonarismus in jenen Jahren.

¹¹⁰ Siehe KUKIEL, Czartoryski, S. 165.

¹¹¹ Zur „Großen Emigration“ siehe HAHN, Organisation der polnischen ‚Großen Emigration‘.

Zakrzewsky war zunächst nach Tübingen gekommen und hatte dort den Jurastudenten und Referendar Karl Kleinmann getroffen, der als Mitglied einer Gruppe radikaler Aktivisten in Württemberg selbst an der Protestversammlung in Echterdingen im Sommer 1832 teilgenommen und an der Verteilung verbotener Flugblätter und Schriften mitgewirkt hatte¹¹². In Tübingen kam der Pole auch mit Radikalen und Liberalen aus der Burschenschaft dieser Stadt, den „Feuerreitern“, zusammen. Von Kleinmann erhielt der polnische Gesandte eine Empfehlung an Lohbauer in Stuttgart. Dort machte Lohbauer ihn mit einem der führenden Oppositionellen im Landtag bekannt, dem radikal-liberalen Rechtsanwalt „Obertribunal Prokurator“ Albert Schott, Vorsitzender des Polenkomitees in Stuttgart. Abgesehen von Schott traf er wohl auch die Rechtsanwälte und Oppositionsabgeordneten im Landtag vom linksliberalen Flügel, die zur „Hochwächterpartei“ zählten (Rödinger, Tafel, Römer, Walz und Murschel). Lohbauer wurde als Verbindungsnamen von den Versammelten zu anderen zukünftigen Emissären gewählt.

Von dort wurde er zu Kauffmann in Ludwigsburg geschickt, dem Schwager Lohbauers. Kauffmann war wie erwähnt Mitglied der Häusler'schen Gesellschaft und gehörte zu Koseritz' Freunden. Im Anschluss an die Reise Koseritz' nach Auenstein und Heilbronn vom 11. bis 13. April 1832 traf er Zakrzewsky in Ludwigsburg. Kauffmann machte zwischen ihnen die Bekanntschaft in der „Räuberhöhle“, der Weinschenke des Metzgers Orthwein. Sie umarmten sich herzlich und duzten sich von Beginn an. Als fast gleichrangige Offiziere – Zakrzewsky war Unterleutnant der polnischen Armee – fühlten sie sich nicht nur ideologisch nahe¹¹³.

Der Umstand, dass Zakrzewsky im Auftrag Lelewels mit führenden Parlamentariern der radikalen Opposition und Koseritz, einem Untergrundaktivisten, zusammentraf und dass Lohbauer es war, der beide Kontakte vermittelte, bestärkt den Eindruck, dass sich die Gruppe des *Hochwächters* in der parlamentarischen Opposition insgeheim die revolutionäre Option neben der offenen legitimen politischen Aktivität bewahrt hatte. Dieser revolutionär-politische Dualismus entsprach auch der Handlungslinie Lelewels, der Verbindungen zu Politikern und Untergrundaktivisten gleichermaßen aufnahm. Zakrzewsky äußerte sich Koseritz gegenüber, er sei verpflichtet, den Inhalt der Gespräche geheim zu halten, damit der Name des Oppositionsführers Schott nicht belastet werde, falls dieser eine politische Schlüsselposition nach der Revolution einnehmen würde. Der Pole gab zu verstehen, dass nicht nur Rödinger, Tafel und Lohbauer revolutionäre Meinungen geäußert hätten¹¹⁴ – mit anderen Worten, die revolutionäre Option wurde anscheinend von allen Versammelten für den Fall akzeptiert, dass der zukünftige

¹¹² Karl Kleinmann * Bönigheim 27.1.1801, † Bönigheim 1868. Er war als Rechtsanwalt in Besigheim tätig.

¹¹³ Vgl. Akt. Darst. alt, S.45.

¹¹⁴ Eine Darstellung der Kontaktaufnahme zwischen Zakrzewsky und den radikal-liberalen und demokratischen Kreisen in Württemberg in: Akt. Darst. alt, S.44–52; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; HstaS E 285 Bü 81.

Landtag in der Durchsetzung seiner Reformen scheiterte oder eine erwartete republikanische Revolution von Frankreich auf Deutschland übergreifen würde¹¹⁵. Man darf vermuten, dass Zakrzewsky, wie im Gespräch mit Koseritz, auch seinen anderen Gesprächspartnern von einer in Frankreich erwarteten republikanischen Revolution berichtete. Rödinger und Tafel reagierten auf diese Möglichkeit, den Eindrücken des Polen nach zu urteilen, positiv.

Bei dem Treffen zwischen Koseritz und Zakrzewsky waren auch Dorn, als Vertrauter von Koseritz und Kauffmann anwesend. Zakrzewsky sprach über die Möglichkeit eines gleichzeitigen Losschlagens in Deutschland und in Osteuropa nach einer in zwei Monaten zu erwartenden Revolution in Frankreich. Am 6. Juni brach bekanntlich in Paris der erwähnte republikanische Aufstand aus. Er teilte mit, er sei ebenso wie Zalewsky beauftragt worden, in die Randgebiete Kongresspolens, nach Ungarn, Galizien Siebenbürgen und Litauen weiterzureisen, von denen aus auch auf Warschau eingewirkt werden könnte. Deutschland sollte in die Mitte von zwei großen Revolutionen genommen werden, wodurch der revolutionäre Geist in diesem Lande angeschürt werden sollte¹¹⁶.

Zakrzewsky unterrichtete Koseritz auch darüber, dass es selbst in Bayern liberale Offiziere gäbe, die sich weigerten an der Seite Österreichs gegen Frankreich zu kämpfen¹¹⁷. Koseritz hatte sich gegenüber den „Hochwächtern“ Tafel, Rödinger und Mebold ähnlich geäußert, noch bevor dessen Mobilisierung der Unteroffiziere begonnen hatte: „[D]aß im Falle eines Krieges mit Frankreich, wenn bis dahin das Volk noch nicht zum Losschlagen reif sei, den liberalen Offizieren und insbesondere ihm nichts übrig bleibe als zu den Franzosen überzugehen“¹¹⁸.

Zakrzewsky hatte ebenso wie Zalewsky für eine Tarnung seiner Identität gesorgt. Er gab sich als „Kaufmann Rausch“ aus. Immer wieder wird vermutet, der Karbonarismus habe in der neuen französischen Form oder als revolutionäres Erbe, das Koseritz in seinem Denken und Handeln beeinflusste, eine wichtige Rolle bei den Kontakten zwischen Koseritz und Zakrzewsky gespielt. Diese Vermutung unterstreicht die Absprache, Koseritz solle sich in den weiteren Kontakten den Decknamen „Kohler“ zulegen, also Köhler, italienisch *Carbonaro* und französisch *Charbonnier*. Unter diesem Namen sollte er im Gasthaus „Waldhorn“ seine Post erhalten. Dorn, der sich an einem Teil des Treffens beteiligte, sollte der Kurier sein, der die Post für Koseritz in Empfang nahm. Tatsächlich trafen einige Monate, nachdem der Pole Württemberg verlassen hatte, zwei Briefe für „Kohler“ im „Waldhorn“ ein – einer aus Würzburg, der andere aus Straßburg. Beide Briefe wurden später niemals aufgefunden. Eine Liste mit Namen von Personen, die Zakrzewsky zu den Verbündeten außerhalb Württembergs rechnete, hatte Koseritz von Zakrzewsky während dessen Besuchs erhalten. Bei den genannten Personen

¹¹⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; Akt. Darst. alt, S. 46 f.

¹¹⁶ Akt. Darst. alt, S. 45 f.; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Ebd. und auch StaL E 319 Bü 12.

handelte es sich zunächst um den Juristen und Politologen Wilhelm Josef Behr, einen liberalen Aktivisten. Behr amtierte auch als Bürgermeister der Stadt Würzburg und als Abgeordneter im bayerischen Landtag und wurde nach einer heftigen Rede gegen das Regime in seinem Land auf einem Treffen in Gaibach um die Zeit des Hambacher Festes zu Gefängnishaft verurteilt¹¹⁹. Die anderen Personen waren der Rechtsanwalt Louis Lichtenberg aus Straßburg, der ein wichtiger Verbindungsmann zwischen radikalen deutschen Emigranten in Straßburg und der republikanischen Opposition im französischen Untergrund war, sowie ein anonymes „Burschenschaftsführer“ aus Freiburg¹²⁰ und ein Student namens Elbing aus Würzburg.

Zakrzewsky logierte bei Kauffmann in Ludwigsburg, der zu Ehren seines Gastes einige für ihre liberale und pro-polnische Gesinnung bekannte Offiziere in sein Haus bat. Bei diesen Offizieren handelte es sich um die Oberleutnants der Artillerie von Wallbrun, Lindauer und Zeller, den Artillerieleutnant Landauer, den Leutnant von Holtz von der 4. Reiterbrigade und Leutnant Müller von der 6. Infanteriebrigade. Ein weiterer Ehrengast im Hause Kauffmanns war Lohbauer¹²¹. Wallbrun gab ebenfalls ein Essen zu Ehren des polnischen Gastes, zu dem er die Artillerieleutnants Reichenbach, Vetter, Lindauer und Prangins¹²² und wohl auch Kauffmann einlud¹²³. Diese Zusammenkünfte hatten allen Anzeichen nach keinen politischen, sondern technisch-militärischen Charakter. Es wurden im Wesentlichen Informationen über die Artillerie ausgetauscht, denn auch Zakrzewsky war Artillerieoffizier in Polen.

Fast zeitgleich mit Zakrzewsky kam wie erwähnt ein anderer Pole, ebenfalls aus dem französischen Exil, der ehemalige Major Rosetzky. Welche Mission sich hinter Rosetzkys Besuch verbarg, ist nicht klar. Auch er soll eine Broschüre mit der Überschrift „Amis du Peuple“ Koseritz überreicht haben, mit einer persönlichen Widmung „au Citoyen militaire Koseritz“. Wie bei den anderen Emissären sollte diese Schrift als Ausweis der Zugehörigkeit zum polnischen Untergrund im französischen Exil unter Führung Lelewels gedient haben. Die Schrift soll auch, wie in den anderen Fällen die Grundsätze der französischen „Gesellschaft der Volksfreunde“ enthalten haben und sogar Anleitungen zur Durchführung einer Revolution¹²⁴. Von diesem Dokument, das merkwürdigerweise in den Akten nicht enthalten ist, wird auch weiterhin noch die Rede sein. Die schwäbischen Republikaner Franckh und Hardegg, die sich später mit Koseritz verbunden haben, sollen auch ein ähnliches Papier aus Paris mitgebracht haben, wo sie sich eine Zeit lang aufhielten und wahrscheinlich die „Gesellschaft der Volksfreunde“ besuchten. Es soll

¹¹⁹ Biografische Angaben zu Behr vgl. HEIGEL, K. TH. v. in: ADB 2 (1875), S. 286.

¹²⁰ Möglicherweise handelte es sich hierbei um den Studenten Wilhelm Obermüller, der als Verbindungsmann zwischen dem radikalen republikanischen inneren Zirkel der Burschenschaft und der revolutionären republikanischen Splittergruppe des PVVs diente.

¹²¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹²² Ebd.; Akt. Darst. alt, S. 50.

¹²³ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹²⁴ Ebd.

angeblich als Eintrittsformular für die „Société des Amis du Peuple“ gedient haben. Wer das Formular ausfüllen wollte, wurde gebeten, Namen und Beruf sowie seinen Beitrag zur Förderung der Revolution anzugeben. Nun gab es auch Indizien für Kontakte von Franckh und Hardegg zu Buonarroti und dessen Parteigänger d'Argenson¹²⁵. Diese parallelen Beziehungen zur „Gesellschaft der Volksfreunde“ und zu Buonarroti mögen auch auf Querverbindungen zwischen beiden hindeuten, beziehungsweise die Vermutung bestärken, Buonarroti und seine geheimen Zellen hätten die „Gesellschaft der Volksfreunde“ unterwandert und als Plattform und Deckmantel benutzt. Da diese Dokumente nicht erhalten geblieben sind, kann man aber zu einer Erklärung über den Zusammenhang dieser Schriften nur aufgrund von Vermutungen gelangen.

Major Rosetzky war der ranghöchste Offizier unter den polnischen Emissären. Offensichtlich hatten dessen Allüren aber den Subalternoffizier Zakrzewsky in Rage gebracht. Als Demokrat ereiferte er sich über dessen „aristokratisches Gebaren“. Er fragte, „was denn diesen Major [Rosetzky] für eine aristokratische Wut anwandle, daß er sich anmelden lasse, statt selbst zu kommen“¹²⁶. Er äußerte sich auch dahin gehend, dass das Verhalten Rosetzkys ihm peinlich sei¹²⁷. Beide trafen kurz nacheinander ein, aber eben doch getrennt, und es gibt keinerlei Anzeichen für eine Absprache oder Kooperation zwischen ihnen, sondern wahrscheinlich für das Gegenteil. Das auffällige Auftreten Rosetzkys, auf das noch Bezug genommen werden wird, gefährdete sogar die Mission Zakrzewskys, woraus sich dann dessen Zorn auf Rosetzky erklärt. Diente Rosetzky womöglich als Agent Provocateur im Dienste irgendeiner Geheimpolizei? Das Spitzelwesen war damals sehr ausgeprägt. Oder waren die verschiedenen Emissäre voneinander mit Absicht abgeschottet? Diese Fragen bleiben offen.

3. Die Ausweitung des Netzes

Kurz nach Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft am 20. Februar 1832 trafen sich die Offiziere Koseritz und Reitter und die Bürger Dorn, Büchle, Kammerer, Schwarz und F. Krauß weiterhin regelmäßig bei dem Bäcker und Wirt Frech in Ludwigsburg. Auch der Offizier Müldenstein tauchte bisweilen bei diesen Zusammenkünften auf¹²⁸, die praktisch eine Fortsetzung der Häusler'schen Gesellschaft in kleinerer Form waren. Unklar bleibt, wann die Zusammenkünfte bei Frech ein Ende fanden. Doch der Umstand der Teilnahme Reitters an den Treffen weist auf die Wahrscheinlichkeit hin, dass die Treffen spätestens Ende März eingestellt wurden, denn wenn Reitter am 2. April nach Esslingen versetzt wurde, konnte er nach dieser Versetzung nicht ungehindert nach Ludwigsburg gelangen. Die konspirative

¹²⁵ Siehe S. 287 ff.

¹²⁶ Akt. Darst. alt, S. 50.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

Tätigkeit ging also auch nach Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft weiter. Die Kontakte unter den Zivilisten und den Offizieren nahmen nun mehr und mehr die Form von geheimen, oft als gesellige Treffen getarnten Begegnungen an, die sich über Ludwigsburg hinaus auf andere Teile Württembergs erstreckten und später über die Landesgrenzen hinausgingen. Die jeweiligen Begegnungen erfassten in der Regel – auch aus Sicherheitsgründen – einen kleineren Personenkreis, als die Häusler'sche Gesellschaft, dessen Zusammensetzung sich zudem ständig änderte. Das Netz der Beteiligten jedoch dehnte sich aus, wie auch dessen geografische Spannbreite.

Die Militärbehörden, denen die genauen Ziele der Häusler'schen Gesellschaft unbekannt geblieben waren, verhängten vierzehntägigen Arrest zweiten Grades über die Offiziere wegen „unziemlichen Verhaltens“ beim Kontakt mit Zivilpersonen¹²⁹. Die Offiziere wurden darüber hinaus in neue Regimenter versetzt. Koseritz kam zum 6. Infanterieregiment in Ludwigsburg, Reitter am 2. April zum 3. Reiterregiment in Esslingen, Müldenstein am 23. April zur 8. Infanteriebrigade nach Ulm, Raht am selben Tag zur Garnisonskompanie in Hohenasperg¹³⁰ und Becher wurde vom 3. zum 4. Infanterieregiment in Heilbronn beordert¹³¹.

Durch diese Versetzungen leisteten die Behörden unwillentlich Beihilfe zur Ausdehnung des konspirativen Netzes über Ludwigsburg und Stuttgart hinaus in andere Teile Württembergs. Koseritz erwartete von seinen Offizierskameraden, die infolge ihrer Beteiligung an der Häusler'schen Gesellschaft verlegt worden waren, an ihren neuen Standposten die Fühler auszustrecken und nach Möglichkeit neue Mitstreiter zu gewinnen. Er meinte, es sei ein Fehler der zuständigen Autoritäten gewesen, politisch „infizierte“ Offiziere an einen neuen Standort zu versetzen. Diese Maßnahmen veranlassten ihn zum Vergleich mit den neutestamentarischen Aposteln und deren Gebot: „Gehet hin und predigt das Evangelium aller Welt“¹³².

Koseritz selbst bemühte sich nach Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft die Beziehungen zwischen seinen dortigen Vertrauten auf anderem Wege aufrechtzuerhalten und den Verschwörerkreis aus Offizieren und Zivilpersonen aus den mittel- und kleinbürgerlichen Schichten weiter auszudehnen. Gleichzeitig und parallel dazu fädelt er ein Netzwerk von getreuen Unteroffizieren ein und streckte Fühler zu nicht-bürgerlichen Schichten aus¹³³.

A. Krauß hatte Ludwigsburg „etwa acht Tage vor Mitte Januar“, wie es in den Untersuchungsunterlagen heißt¹³⁴ – also um den 7. Januar 1832 – verlassen, das hieß noch vor Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft. Er zog nach Heilbronn, um das Goldschmiedehandwerk zu erlernen und blieb dort bis Mitte Juni. Nach Auflösung der Häusler'schen Gesellschaft wurde er zur Kontaktperson mit der in

¹²⁹ Akt. Darst. alt, S. 38.

¹³⁰ Stammliste, HstaS E 297 Bü 188.

¹³¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹³² Ebd.

¹³³ Zur Rekrutierung der zweiten Gruppe siehe S. 250–271.

¹³⁴ StaL E 319 Bü 11.

Heilbronn entstehenden Zweigstelle der Verschwörung im Norden Württembergs. Er überbrachte in seinen häufigen Besuchen nach Ludwigsburg Botschaften von und zu Koseritz.

Eine andere Kontaktperson, die rechte Hand Koseritz' und dessen ziviler Vertrauter, Dorn, traf in Heilbronn auf einem Ball zu Ehren der Polen mit Becher und Müldenstein zusammen. Etwas später gesellte sich auch Venninger dazu¹³⁵. Dorn übermittelte ihnen im Sinne Koseritz' ermutigende Nachrichten über die Rekrutierung der Unteroffiziere und die Gewinnung von Gleichgesinnten in Ludwigsburg und Stuttgart. Deutlich wurde über eine Geheimverschwörung und über die Notwendigkeit das Netz weiter auszubreiten gesprochen. Dorn äußerte, er sei von der positiven Reaktion Bechers und Müldensteins – noch vor dem Eintreffen Venningers – von den von ihm vorgelegten Pläne Koseritz' beeindruckt gewesen¹³⁶.

Zu dem in Heilbronn entstehenden Kreis gesellten sich neben Müldenstein, Becher und Venninger der Rechtsanwalt Ernst Schreiber¹³⁷, der den Stabsfourier Philipp Jacob Ritter¹³⁸ hatte gewinnen können. Zu diesem Kreis trat auch der Landwirt Herrlinger aus Großgartach bei Heilbronn hinzu, mit dem Koseritz selbst sowie einige Mitglieder der ehemaligen Häusler'schen Gesellschaft in Kontakt standen.

Im März 1832 erhielt Müldenstein in Heilbronn gemeinsamen Besuch vom Bäcker Schwarz, einem Mitglied der ehemaligen Häusler'schen Gesellschaft, dem Leutnant Reitter und dem Bierschenk Körner aus Ludwigsburg¹³⁹.

Am 11. April erhielt Koseritz Urlaub und fuhr nach Auenstein in Nordwürttemberg. Von dort machte er am 13. April einen kurzen Abstecher in das nahe liegende Heilbronn. Er traf bei Müldenstein auch Reitter, Becher, Venninger und von Falkenstein. Venninger wurde hier infolge seiner nun vorsichtiger werdenden Haltung bzw. seiner zweideutigen Haltung zu einer Revolution von seinen Kameraden spöttisch als Anhänger des „Juste Milieu“ bezeichnet¹⁴⁰. Sie lehnten Venningers Position rundum ab. Die Kompromissformel, die Koseritz wohl aus taktischen Gründen zur Gewinnung der Offiziere vorlegte, war sein „Ehrenwort“, er werde es im Falle eines allgemeinen Volksaufstandes nicht hinnehmen, wenn das Feuer auf das Volk eröffnet werde¹⁴¹. Außer von Falkenstein, der aus dem Kreis ausschied, schienen die anderen Offiziere Koseritz zugestimmt zu haben.

¹³⁵ Ebd. Das nähere Datum des Besuchs konnte nicht ermittelt werden.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Ernst Schreiber * Heilbronn 17. 11. 1804, † Stuttgart 13. 11. 1868.

¹³⁸ Philipp Jacob Ritter * Oberkessach 19. 3. 1803, † Stuttgart 13. 1. 1890.

¹³⁹ StaL E 319 Bü 11.

¹⁴⁰ HstaS E 285 Bü 88; HstaS E 301 B 26. Am 23. April wurde Müldenstein bereits, wie erwähnt, nach Ulm versetzt. Da auch Reitter an der Zusammenkunft teilgenommen hat, er aber bereits am 2. April nach Esslingen versetzt worden war, ist nicht klar, ob es sich um einen Irrtum in den Daten oder bei der Teilnehmerliste handelt. Theoretisch jedoch hätte Reitter auch nach seiner Versetzung nach Esslingen an dem Treffen teilnehmen können, da ihm nur die Einreise nach Stuttgart und Ludwigsburg ohne Genehmigung untersagt war.

¹⁴¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

Dieser Besuch in Heilbronn bot auch Koseritz die Gelegenheit den jungen, republikanisch gesinnten Rechtsanwalt Ernst Schreiber kennenzulernen. Schreiber wurde vermutlich Koseritz von Lohbauer empfohlen¹⁴² und Becher, der Schreiber in Heilbronn begegnete und von seinen radikalen Anschauungen beeindruckt war, vermittelte das Treffen zwischen beiden¹⁴³. Mit dem radikalen Schreiber dürfte Koseritz eine gemeinsame Grundlage gefunden haben und die republikanischen Ziele sowie den aktiv-revolutionären Ansatz offen diskutiert haben, der aus taktischen Gründen bei seinen Gesprächen mit den Offizieren unausgesprochen blieb. Koseritz kehrte anschließend nach Auenstein zurück, um keinen Verdacht bei den Behörden zu erwecken¹⁴⁴.

Als Koseritz nach Ludwigsburg zurückkehrte, war wie erwähnt Zakrzewsky bereits eingetroffen, der allerdings nur drei Tage blieb¹⁴⁵.

Kurz nach der Begegnung mit Koseritz brach Zakrzewsky nach Heilbronn auf. Es hat den Anschein, dass dieser im Auftrag Koseritz' abreiste. Er nahm ein von Koseritz verfasstes Empfehlungsschreiben an seine Offiziersfreunde in Heilbronn mit. Nach Aussagen Venningers hielt sich Zakrzewsky in Heilbronn irgendwann zwischen dem 14. und 28. April 1832 auf¹⁴⁶. Da bekannt ist, dass Zakrzewsky in Ludwigsburg auf den anderen polnischen Gesandten Rosetzky, stieß, der sich im Gasthaus „Waldhorn“ in Ludwigsburg am 19. April aufgehalten hatte, die Stadt aber bereits am 20. April verlassen musste und Zakrzewsky mit Koseritz zwei Tage vor dessen Treffen mit Rosetzky zusammengekommen war, dürfte dieses Treffen am 17. April stattgefunden haben. Geht man davon aus, dass die Reise von Ludwigsburg nach Heilbronn in der Pferdeokutsche einen Tag gedauert hat und dass Zakrzewsky Ludwigsburg höchstwahrscheinlich kurz nach der Begegnung mit Koseritz verlassen hatte, dann konnte er frühestens am 18. April in Heilbronn eingetroffen sein. Auch weiß man, dass Müldenstein von Heilbronn am 23. April nach Ulm versetzt worden war. So dürfte Zakrzewsky die Offiziere in Heilbronn noch vor diesem Datum aufgesucht haben.

Das Empfehlungsschreiben an Becher, Müldenstein und Venninger, das Zakrzewsky von Koseritz erhalten hatte und der Umstand, dass zwischen beiden Männern keinerlei Geheimnisse bestanden haben dürften, lassen vermuten, Koseritz habe dem Polen zeigen wollen, dass außer ihm selbst noch weitere Offiziere revolutionäre Gesinnungen besäßen¹⁴⁷. Koseritz benutzte den polnischen Boten auch als Kurier, um seine Freunde in Heilbronn von den Chancen eines revolutionären Schulterchlusses von Franzosen, Polen und Deutschen nachdrücklich zu über-

¹⁴² [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

¹⁴³ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁴⁴ HstaS E 301 Bü 26.

¹⁴⁵ Akt. Darst. alt, S. 49.

¹⁴⁶ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁴⁷ In dem Empfehlungsschreiben an die drei Freunde in Heilbronn hieß es u. a., in Ludwigsburg hätten sich zwischen 50 und 60 Unteroffiziere und auch Zivilisten angeschlossen; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

zeugen und sie zu einer aktiveren Rolle zu animieren. In dem Schreiben bemerkte Koseritz, er hätte in Ludwigsburg Unteroffiziere und Zivilisten für die Verschwörung werben können und somit sei nicht zu befürchten, „daß die Stabsoffiziere die Oberhand gewinnen“¹⁴⁸. Die höheren Offiziere vor allem die Stabsoffiziere waren ihm, wie schon erwähnt, suspekt. Seitdem Koseritz Kontakte zu den polnischen Flüchtlingen aufgenommen hatte, hegte er die Absicht, eine eigene Revolutionsarmee der Führung polnischer Offiziere im französischen Exil anzuvertrauen. Franckh, sein zukünftiger republikanischer Verbündeter, gab in der gerichtlichen Untersuchung zu Protokoll: „Koseritz sagte, der Umgang mit den Polen und das Schicksal derselben knüpfe auch die württembergischen Unteroffiziere mehr an die Polen als an irgendeinen anderen Offizier, deswegen wäre es sehr zu wünschen, daß man, wenn es zum Losschlagen komme, polnische Offiziere hätte, worauf ich diese zu bestellen versprach“¹⁴⁹.

Als Zakrzewsky in Heilbronn eintraf, standen jedoch zu seinem Leidwesen Becher und Müldenstein unter Arrest. Der einzige Offizier, mit dem Zakrzewsky sich treffen konnte, war Venninger. Der Pole hatte den radikalen Offizieren in Heilbronn dieselbe Botschaft überbracht, die er auch an Koseritz gerichtet hatte: „In Kürze [im Juni] sei eine republikanische Revolution in Frankreich zu erwarten, in deren Folge die französischen Revolutionsarmeen den Rhein überschreiten und Deutschland bei der Befreiung helfen werden“¹⁵⁰. Zum großen Erstaunen des Polen reagierte Venninger mit antifranzösischem und reformistischem Ton¹⁵¹. Ob diese Haltung wirklich seiner Auffassung entsprach oder dies ein Täuschungsmanöver gegenüber dem Polen war, den er nicht kannte und dem gegenüber er sich aus Argwohn nicht entblößen wollte, ist unklar. Im Unterschied zu allen anderen Militärs und Zivilisten unter den Verschwörern hatte Venninger Ressentiments gegenüber den „anmaßenden Franzosen“¹⁵². Die Haltung Venningers, die der Pole als Brückierung und Provokation auslegen musste, könnte auch auf Venningers aufbrausendes Temperament und unwirsche Manieren zurückzuführen sein. Die antifranzösische Äußerung widersprach zudem seiner nüchternen Ansicht, eine französische Rückendeckung sei für den Erfolg einer deutschen Revolution entscheidend. Im Gespräch mit Koseritz bezweifelte er, ob dieser und seine Mitverschwörer das Volk zum Aufstand bewegen könnten. Er fragte, „ob sie denn allein auf dem Marktplatz stehen und Revolution rufen woll[t]en“¹⁵³. Er sprach einem Aufstand gegen die

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ StaL E 319 Bü 14.

¹⁵⁰ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Akt. Darst. alt, S. 51. Eine antifranzösische Haltung war unter den Republikanern der 1830er Jahre zwar vorhanden, blieb aber die Position einer Minderheit unter ihnen. So äußerte sich etwa J. G. A. Wirth in der *Deutschen Tribüne*: „Deutschland ist stark genug, um sich selbst zu helfen, wir brauchen keine Franzosen“; siehe MÜLLER, Wirth, S. 106. Auch in Hambach offenbarte er seine Ressentiments gegenüber Frankreich.

¹⁵³ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

Kräfte des „Heiligen Bundes“ ohne eine Rückendeckung aus Frankreich jegliche Erfolgschancen ab¹⁵⁴. Für ihn war das Widerstandsrecht eine zwar berechnete, jedoch theoretische Angelegenheit, solange es an revolutionärer Tatkraft mangelte. Koseritz maß Venninger trotz Meinungsverschiedenheiten eine hohe Bedeutung bei, war er doch ein Schützenoffizier. Die Schützen galten als besonders vortreffliche Soldaten und waren zu Unteroffizieren, also zu direkten Vorgesetzten der Soldaten bestimmt¹⁵⁵. Auch seine starke Persönlichkeit und unkonforme Art imponierten Koseritz¹⁵⁶. Venninger scheute sich nicht, gegen die Worte des Kriegsministers von Hügel zu protestieren, der im Frühling 1833 von den Offizieren verlangt hatte, sich von den übrigen Ständen der Gesellschaft zu isolieren¹⁵⁷.

Um die Reihen der radikalen Zivilisten und Offiziere in Heilbronn zu schließen, hatte Koseritz Zakrzewsky auch mit einem Schreiben an den dortigen radikalen Rechtsanwalt Schreiber ausgestattet. Hierin wurde auf eine mündliche Botschaft, die der polnische Gesandte überbringen sollte, hingewiesen. Zakrzewsky breitete Schreiber den Aktionsplan aus, nach dem man eine in Frankreich bevorstehende Revolution abwarten wolle, die als Hebel für eine Revolution in Deutschland und in Polen genutzt werden sollte¹⁵⁸.

Schreiber war im Unterschied zu den drei Offizieren in Heilbronn revolutionärer Aktivist, der proaktiv für eine Revolution handeln wollte. Er brachte selbst Koseritz mit dem Vorschlag in Verlegenheit, einige Unteroffiziere werben zu wollen, um mit ihrer Hilfe die Waffenarsenale in Heilbronn unter seine Kontrolle zu bringen, sobald Koseritz das Zeichen geben werde¹⁵⁹. Er erwies sich als erklärter Republikaner, der sich die französische Verfassung von 1793 zum Vorbild nahm¹⁶⁰. Schreiber war der Sohn des Hofrates Christoph Ludwig Schreiber, ebenfalls Rechtsanwalt und Heilbronner Stadtrat und Steuerherr bis zur Annexion der ehemals freien Reichsstadt durch Württemberg, gegen die er im November 1802 durch seinen Amtrücktritt protestiert hatte¹⁶¹. Ernst Schreibers Vater sowie sein Onkel August Schreiber standen in guten Kontakten mit den Franzosen¹⁶² und waren Vertreter der Stadt auf dem Rastatter Kongress (1797–1799) gewesen, wo sie versucht hatten, die Selbstständigkeit Heilbronn zu retten. Nach Beschreibungen der städtischen Ratsprotokolle war Ernst Schreiber durch Verletzungen seiner

¹⁵⁴ Nach Becher und Müldenstein habe Venninger gesagt: „Aus der Sache komme nichts heraus, indem auf Frankreich nicht zu rechnen sei.“ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁵⁵ „[...] aus den Schützen aber das Unteroffizierskorps herwurzelt und Venninger soweit geeignet schien auf diese Weise am besten einzuwirken.“ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁵⁶ Ebd. Zur Persönlichkeit Venningers siehe Auszug aus der Stammliste K IVtes Infanterie Regiment, HstaS E 285 Bü 76.

¹⁵⁷ HstaS E 285 Bü 80.

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Akt. Darst. Neu, S. 11.

¹⁶⁰ StaL E 319 Bü 12.

¹⁶¹ DÜRR, Chronik I, S. 336. Den Hinweis verdankt der Verfasser einer Information Prof. Helmut Riegrafs aus Heilbronn.

¹⁶² DÜRR, Chronik I, S. 329ff.

Familienehre leicht zu erzürnen¹⁶³. Sein familiärer Hintergrund und seine enge Bindung zur Familie dürften seine politischen Positionen stark beeinflusst haben. August Schreiber sollte später eine Petition einreichen, um die Freilassung auf Kautions für seinen Neffen zu erwirken, der wegen Beteiligung an der Verschwörung verhaftet worden war¹⁶⁴. Ernst Schreiber, ein Mensch mit temperamentvollem Charakter und extremen Positionen, hatte am Hambacher Fest teilgenommen. Wahrscheinlich wird er von allen Gesprächspartnern Zakrzewskys in Heilbronn der Einzige gewesen sein, der sich mit den Äußerungen des Polen voll einverstanden erklärt hatte, wahrscheinlich aufgrund seines eindeutigen revolutionären Republikanismus. Auch Ritter, der von Schreiber dem Verschwörerkreis zugeführt wurde, gab während des Gerichtsverfahrens ohne Furcht zu, ausdrücklicher Republikaner zu sein¹⁶⁵. Der gemeinsame Herkunftshintergrund Schreibers und Ritters erklärt vielleicht auch ihren einmütigen dezidierten Republikanismus¹⁶⁶.

Inwieweit die Heilbronner „Zweigstelle“ in der Werbung von Gleichgesinnten in der Armee und unter Bürgern und Bauern über die bekannten Namen hinaus tätig war, ist nicht klar. Becher meldete in einem Schreiben an Koseritz, das A. Krauß bei einer seiner Reisen von Heilbronn nach Ludwigsburg mitnahm: „Es stehe in revolutionärer Beziehung ganz gut in Heilbronn“¹⁶⁷. Der Geist der Bürger und Bauern in und um Heilbronn sei für eine Revolution günstig¹⁶⁸. In der Untersuchungshaft versuchte Becher sich damit herauszureden, er hätte übertrieben, um von Krauß, der jedes Mal, wenn er nach Ludwigsburg fuhr, sich um neue Botschaften für Koseritz bemühte¹⁶⁹, prinzipiell in Ruhe gelassen zu werden. Becher wollte den Eindruck erzeugen, als erstrebte er die Distanz zu Koseritz, meinte er doch, jener

¹⁶³ Ratsprotokoll Heilbronn 1833, 23. Mai, S.309. Diesen Hinweis verdankt der Verfasser einer Information Prof. Helmut Riegrafs aus Heilbronn.

¹⁶⁴ Ebd., 15. August 1833, S.494b, 495.

¹⁶⁵ Nach den Worten des Koreferenten: „Die Hauptsache ist, daß sich Ritter selbst vor Gericht für einen Republikaner erklärt hat.“, [HstaS E 271k Bü 92, Bü 106–107; E 285 Bü 96]. Ritter amtierte als Stabsfourier, also als Schreiber im Militärstab. Er hatte den Armeedienst verweigert und war gegen seinen Willen eingezogen worden. Seine Schulzeit hatte er im Hause Schreibers verbracht; daher verdankte er dem Vater Schreibers viel, [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Ritter war illegitimer Sohn des Maurers Jakob Ritter aus Eichstätt in Bayern. Jakob Ritter zog dann nach Oberkessach in Württemberg um. Ritters Mutter, Anna Maria Fakel, war keine Ehe eingegangen und verstarb ledig. Katholisches Pfarramt Oberkessach, Pfarrbücher.

¹⁶⁶ Der Umstand, ein illegitimes Kind zu sein, erklärt die Bedeutung der de-facto Adoption durch Christoph Ludwig Schreiber. Ritter war der einzige Katholik im Kreis der Verschwörer. Er war nach seiner Haftentlassung als Commis in der Firma Schill & Löbell in Ludwigsburg tätig, heiratete dort am 23. Juli 1837 Dorothea Caroline Wilhelmine Zimmermann. Die Ehe blieb kinderlos. Ritter hinterließ jedoch eine uneheliche Tochter, deren Mutter, Christiane Schedtler in Heilbronn lebte. 1840 siedelte Ritter nach Stuttgart über, wo er in hohem Alter am 13. Januar 1890 verstarb. Katholisches Kirchenregisteramt Ludwigsburg, Pfarrbücher; Standesamt Stuttgart, Familienregister.

¹⁶⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Ebd.

erfinde allerlei Dinge über Kontakte, die er [Becher] vorgeblich mit Bauern und Zivilisten im Raum Heilbronn geknüpft hatte¹⁷⁰. So einfach standen die Dinge nicht, wie sich herausstellen sollte¹⁷¹.

Nachdem Müldenstein am 23. April nach Ulm versetzt worden war, sollte er versuchen dort zu agitieren und Gleichgesinnte zu werben. Müldenstein war nicht besonders rührig, was Koseritz zur Aussage bewegte: „In Ulm sei nichts. Müldenstein sei ein Lamech, der nichts tue“¹⁷².

Die liberalen Subalternoffiziere pendelten zwischen Loyalität zum herrschenden System und Unterstützung der liberalen und demokratischen Ideen, die nicht mit der repressiven Politik des eigenen Staates und des Deutschen Bundes in Einklang zu bringen waren. Zum Ausdruck kam dieser Zwiespalt während des Treffens von Koseritz mit den ihm nahestehenden Offizieren in dem Canstätter Gasthaus „Zum Ochsen“ zwischen dem 25. September und dem 18. Oktober 1832. An dem Treffen, das von den damals beurlaubten Venninger und Becher aus Heilbronn ausging, die laut ihrer Aussage ihre alten Freunde aus der Häusler'schen Gesellschaft wiedersehen wollten, nahmen zusätzlich Koseritz, Raht, Lindauer, Schnitzer, Zeller und Landauer aus Ludwigsburg sowie der nach Esslingen versetzte Reitter teil¹⁷³.

Die Begegnung folgte einer längeren Unterbrechung der Kontakte mit den Offizieren, nachdem sich Koseritz von Rödinger und Tafel losgelöst hatte. Zu diesem Zeitpunkt taten sich Koseritz, Franckh und Hardegg als republikanische Fraktion zusammen¹⁷⁴. Um die Gunst der Offiziere zu sichern und seine republikanischen Absichten den Mitoffizieren zu verschleiern, blieb es bei der Losung der „gesetzmäßigen Revolution“. In einem Atemzug mit der ausdrücklichen Unterstützung des Widerstandsrechtes des Volkes im Falle einer Verfassungsverletzung diskutierte man die Möglichkeit, sich mit einer Petition an den König zu wenden, den Eid der Offiziere auf die Verfassung, statt auf den Herrscher, zu übertragen¹⁷⁵ und den Offizieren somit die gleichen konstitutionellen Rechte zu gewähren, die auch den Beamten zustanden¹⁷⁶. In diesem Punkte, wie auch in anderen, deckten sich die Positionen der progressiven Offiziere mit diesbezüglichen Anschauungen des *Hochwächters*, der sich für diese Rechte offen einsetzte. Hier wurde mit Zustimmung nahezu aller Anwesenden beschlossen, die Offiziere werden im Falle einer Verfassungsgefährdung durch die Regierung und einem anschließenden Gewalt-

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Siehe Kapitel III.B.: Die Werbung von Unteroffizieren und nicht-bürgerlichen Schichten.

¹⁷² [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Der Ausdruck „Lamech“ dürfte wohl dem Jüdisch-Deutschen „Lemech“ entstammen und etwa soviel wie „der Ungeschickte“ bedeuten. Dahinter wiederum dürfte das deutsche Wort „lahm“ stecken, also „der Lahme“.

¹⁷³ Akt. Darst.alt, S. 87.

¹⁷⁴ Siehe S. 295–304.

¹⁷⁵ HstaS E 301 Bü 26; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁷⁶ Kauffmanns Aussage gemäß soll er von Koseritz erfahren haben, „daß es wünschenswert wäre, wenn den Offizieren die verfassungsmäßigen Rechte der übrigen Staatsdiener zugestanden würden, daß eine Dienstpragmatik wie z. B. in Baden für das Militär erscheinen sollte.“ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

ausbruch nicht gegen die Bürger vorgehen. Die Formel hieß, so das Untersuchungsprotokoll: „Fast alle anwesenden Offiziere sollen der Meinung gewesen sein, daß sie sich in einem solchen Falle gegen die Bürger nicht gebrauchen lassen“¹⁷⁷. Im Anschluss an dieses Treffen soll Koseritz einen anonymen polnischen Emissär getroffen haben¹⁷⁸.

B. Die Werbung von Unteroffizieren und nicht-bürgerlichen Schichten

Eine Zielgruppe, um die sich Koseritz besonders bemühte, waren die Unteroffiziere. Ihnen räumte er eine Funktion ähnlich den polnischen Kadetten ein, die eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Rekruten spielten und die diese gleich zu Beginn des Warschauer Aufstandes einsetzten¹⁷⁹. Sie waren auch ein Verbindungsglied zu den einfachen Soldaten, die im Fall einer Revolution zum Einsatz kommen sollten. Ernst Schreiber brachte seine und Koseritz' Meinung zu der Frage der militärischen Bedeutung der Mobilisierung von Unteroffizieren mit den Worten zum Ausdruck: „Wir waren einig darüber, daß vor allem das Militär gewonnen werden müsse, und zwar durch Bearbeitung der Unteroffiziere, welche den größten Einfluß auf die Soldaten äußern können“¹⁸⁰. Der richterliche Referent legte dies so aus: „Was aber das Beispiel einer größeren Zahl von Unteroffizieren über junge Soldaten im Augenblick der Entscheidung vermag, ist wohl jedem aus der Geschichte militärischer Insurrektionen bekannt“¹⁸¹.

Die Werbung der Unteroffiziere begann, wie im Falle der Offiziere und Bürger kurz nach dem Fall Warschaws und dem darauffolgenden Durchzug der polnischen Flüchtlinge, in deren Folge „die Stimmung der revolutionär Gesinnten in Deutschland besonders gereizt war“, wie es in den Akten heißt¹⁸². Koseritz war am 18. April 1826 vom Dienst in der Garnisonskompanie auf dem Hohenasperg zum 5. Infanterieregiment in Ludwigsburg abkommandiert worden. Am 25. Juni 1832 erfolgte seine Versetzung zum 6. Infanterieregiment¹⁸³. Demnach war er während der Zeit, in der er revolutionäre Verbindungen mit den Unteroffizieren und einem Teil der ihm nahestehenden Offizieren aufnahm, beim 5. Infanterieregiment im Dienst.

¹⁷⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Über ein Drittel der Kadetten diente 1830 neun Jahre, einige sogar bis zu dreizehn Jahren. Sie wirkten als Ausbildner, vgl. LESLIE, *Polish Politics*, S. 115.

¹⁸⁰ StaL E 319 Bü 11.

¹⁸¹ StaL E 319 Bü 40.

¹⁸² Akt. Darst. alt, S. 13.

¹⁸³ Offizier-Stammliste, HstaS E 297 Bü 188.

Den ersten Kontakt mit den Unteroffizieren nahm Koseritz am 13. September 1831 während der Beisetzung des Generalmajors von Hüpeden auf¹⁸⁴ – fünf Tage nach dem Fall Warschau. Hier traf er auf Samuel Lehr¹⁸⁵, Feldwebel im 5. Infanterieregiment. Lehr war gebürtiger Tübinger, der wie die meisten Unteroffiziere einen langen Dienst als „Einsteher“, das heißt als Ersatzmann für gegen Entgelt freigestellte Bürger- und Adelssohnen absolvierte. Die Einsteher kamen aus armen Schichten. Der Militärdienst bescherte ihnen sichere, aber kaum ausreichende Einkünfte. Lehr diente seit dem 10. Februar 1814¹⁸⁶. Er war völlig mittellos, wie die Behörden selbst vermerkten¹⁸⁷. Ihn begleitete der Ruf eines „Räsoneurs“, eines rebellischen Polemikers gegen Konventionen und Autoritäten¹⁸⁸. Positiv ausgedrückt dürfte man Lehr ein ausgeprägtes, kritisches politisches Bewusstsein nachsagen. Sein gesamtes Leben war Drangsal und Mühe und blieb es auch später im amerikanischen Exil sowie nach seiner Rückkehr in die Heimat. Für seinen politischen Standpunkt war charakteristisch, dass er als ein begeisterter Leser des *Hochwächters* galt¹⁸⁹. Lehr war zum Zeitpunkt des Treffens wegen eines Disziplinarvergehens degradiert worden¹⁹⁰ und entsprechend voller Zorn. Nach längerer Pflege eines demonstrativ freundschaftlichen Kontaktes wandte sich Koseritz schließlich, vermutlich kurz nach dem Besuch Wissotzkys am 14. Dezember, an Lehr und lud ihn zu einem Gespräch ein¹⁹¹. Koseritz richtete an Lehr die Frage, ob er angesichts einer möglichen bevorstehenden Erhebung unter der Bauernschaft, einem Befehl „gegen Väter und Brüder [zu] ziehen“ folgen würde „oder sich mit ihm – Koseritz –, auf die Seite des Volkes schlagen wolle?“¹⁹² Lehrs Antwort, er würde in diesem Falle den Befehl verweigern, trieb Koseritz zur weiteren Frage, ob er – Lehr – Gesinnungsgenossen im 5. und 6. Regiment habe und ob er wohl auch die Namen von Unteroffizieren bei der Artillerie und bei der Kavallerie kenne, die entsprechende Überzeugungen teilten. Lehr konnte 16 Namen von Unteroffizieren mit ähnlichen Anschauungen aus dem 5. Infanterieregiment angeben. Darüber hinaus bemerkte er, er kenne weitere aus dem 6. Regiment, gab jedoch keine Namen an. Im Hinblick auf die Artillerie und Kavallerie müsse man in den Schenken und Kneipen die Ohren spitzen, doch dafür brauche man Geld. Koseritz gab ihm auf der Stelle als Geste guten Willens zwei Gulden¹⁹³. Er wollte sich bei einem anderen Unteroffizier des 5. Infanterieregiments, dem aus Vaihingen stammenden und als vertrauenswürdig geltenden Feldwebel Christoph Friedrich Jung vergewissern,

¹⁸⁴ HstaS E 285 Bü 87.

¹⁸⁵ Samuel Lehr * Tübingen 17.4.1797, † USA. Stadtarchiv Ludwigsburg L 34 Bd. 9.

¹⁸⁶ HstaS E 285 Bü 87.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ HstaS E 285 Bü 87.

¹⁹² Akt. Darst. alt, S. 13.

¹⁹³ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

ob die angegebenen Personen zuverlässig seien. Er trug Lehr auf, ihm Jung zuzuführen. Dies geschah schon am folgenden Tag¹⁹⁴. Auch Jung identifizierte sich für den Fall des Revolutionsausbruches mit dem, was Koseritz als „Volkspartei“ bezeichnete¹⁹⁵. Sodann forderte Koseritz Lehr und Jung auf, sich nach weiteren revolutionär gesinnten Unteroffizieren umzuschauen. Koseritz warnte die beiden über das Besprochene sich nur unter freiem Himmel auszutauschen. Er schlug vor, erste Kontakte in den Schenken aufzunehmen, das Gespräch recht vorsichtig auf politische Fragen, in erster Linie auf das Thema des polnischen Kampfes, zu lenken, der als Prüfstein für die politische Gesinnung der Gesprächspartner gelten mochte. Sollte sich eine politische Diskussion entfalten, so sollten sich die beiden nicht weiter daran beteiligen, um keinen Verdacht zu erwecken¹⁹⁶. Bei dieser Unterredung war auch Koseritz' alter Freund und Weggefährte, der Goldschmied A. Krauß, anwesend¹⁹⁷. Laut Krauß wurde auch von dem revolutionären Szenario gesprochen. Es war konkret vom revolutionären Losschlagen die Rede, nicht mehr von der Fangfrage, ob sie bereit wären auf Familienangehörige zu schießen. Es war klar, dass es sich um das proaktive Zutun der Armee im Falle einer revolutionären Situation handelte. In diesem Falle sollte zum Beispiel Koseritz das Kommando führen, während die Unteroffiziere die Züge und Bataillons anführen sollten. Koseritz, Lehr und Jung bestätigten diese Aussage¹⁹⁸.

Acht Tage später kam es zu einem zusätzlichen Treffen, diesmal mit Unteroffizieren des 6. Infanterieregiments, die Lehr gewonnen hatte. Sie baten um ein persönliches Treffen mit Koseritz. Dieser lud sie in seine Wohnung ein, was gefährlich und ungewöhnlich war. Bei den Unteroffizieren handelte es sich um die Feldwebel Johann Gottlieb Pallmer, Johann Andreas Kraft und die Obermänner (Korporale) Johann Stephan Bellon und Jakob Friedrich Zucker¹⁹⁹. Koseritz selbst bemühte sich um die Zuneigung der Unteroffiziere. Als diensthabender Offizier des 5. Regiments gab er den Befehl, einen mit Wein beladenen Karren herbeizuschaffen, um die Anwesenden bei guter Laune zu halten²⁰⁰. Diese Spendierfreude und wiederholte Geldgaben an Lehr zwecks Werbung weiterer Unteroffiziere sowie der großzügige Umgang mit Geld, der Koseritz nachgesagt wurde, dürften mit ein Grund

¹⁹⁴ Akt. Darst. alt, S. 14.

¹⁹⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Koseritz ging mit Jung die von Lehr angegebenen Namen durch. Jung soll die revolutionäre Bereitschaft vieler angezweifelt haben. In den Akten besteht Unklarheit über die militärische Zugehörigkeit der genannten Unteroffiziere. Zuerst soll es sich um Angehörige des 5. Infanterieregiments, dann um Angehörige des 6. Infanterieregiments gehandelt haben. Akt. Darst. alt, S. 14.

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Ebd. sowie Akt. Darst. alt, S. 15.

¹⁹⁸ Akt. Darst. alt, S. 15.

¹⁹⁹ Der ebenfalls geworbene Unteroffizier Christoph Jakob Kraft, der jüngere Bruder des Unteroffiziers Johann Andreas Kraft, gab an, Lehr habe Unteroffiziere der 6. Infanteriebrigade um das Weihnachtsfest 1831 herum geworben. Es dürfte sich um dieses Treffen gehandelt haben; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁰⁰ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

dafür gewesen sein, dass sich Koseritz in Schulden stürzte²⁰¹. Er ermahnte die Versammelten zur höchsten Geheimhaltung und begann seine Rede mit der Anmerkung, sie wüssten bereits, warum sie geladen worden seien, was darauf hindeutet, dass sie Lehr eingeweiht hatte. Koseritz führte Argumente an, die die sozialen Nöte der Bauernschaft betrafen, aus deren Schicht die meisten Unteroffiziere kamen. „Die Last des Volkes sei zu groß. Die Bäuerlein dürften nichts mehr essen, als Kartoffeln und Milch“, so Koseritz²⁰². Im Gegensatz zum politischen Themenbereich bei der Werbung der Offiziere, ging es hier um die existenziellen Probleme der unteren Bevölkerungsschichten. Koseritz verwies dabei auf den gleichen Druck in den deutschen Nachbarländern wie Baden und Hessen. Überall sei der Unmut groß und ein Aufbegehren des Volkes zu erwarten. In einem solchen Fall müssten die Soldaten darauf gefasst sein, als Werkzeug der Unterdrückung gegen die eigenen Völker missbraucht zu werden. Er drückte seine Hoffnung aus, sie würden solche „vatermörderischen“ Befehle verweigern und nicht gegen ihre Eltern und Brüder fechten. Der Bauer müsste sie erhalten, man müsste also zu diesem halten. So könne es nicht länger weiter gehen. Dem Bedrängnis des Landes müsste abgeholfen werden. Es werde bald eine Revolution geben, wodurch ganz Deutschland in einem Reich vereinigt werden sollte und er zählte dabei auf ihren Beistand²⁰³. Materielle Belange, die familiäre Bindung und die gesellschaftliche Solidarität der Unteroffiziere zu den Bauern wurden von Koseritz als Grundmotiv für die revolutionäre Bereitschaft der Unteroffiziere angeführt.

Um die revolutionäre Bereitschaft zu testen, führte Koseritz das Argument der Befehlsverweigerung an, sollten die Soldaten gegen die Zivilbevölkerung vornehmlich gegen die Bauern missbraucht werden. Dieses Argument, das der passiv revolutionären Haltung entsprach, war ein taktisch kluger Überredungszug. Es war die erste Etappe der Werbung von Mitstreitern. Die Unteroffiziere sagten ihre Teilnahme zu und gingen von sich aus zur nächsten Etappe weiter, als sie den Wunsch nach einer Führungsfigur äußerten. Die Unteroffiziere gelangten sozusagen selbst zur aktiv revolutionären Schlussfolgerung. Koseritz ging darauf ein und sprach von einer solchen Person – er glaubte, General Ramorino genannt zu haben – die das Kommando übernehmen würde. Koseritz, der in der Regel von der Errichtung der Republik als Ziel sprach, gab hier die Einigung Deutschlands als Ergebnis an, die als solche keine Lösung der materiellen Not versprach, es sei denn in Form einer Republik, die die Belange aller berücksichtigen würde.

Ein klarer Beweis für die aktiv revolutionären Absichten war die Bezugnahme auf den polnischen Aufstand. Koseritz äußerte, wie schon erwähnt, dem Untersuchungsrichter gegenüber: „Wenn losgeschlagen [werden] soll, man’s mache wie in

²⁰¹ StaL E 319 Bü 11. Die sich mit der Verschwörung beschäftigenden Arbeiten übersehen diesen Punkt und weisen Koseritz Schulden allein seinem „verschwenderischen Charakter“ zu.

²⁰² Akt. Darst. alt, S. 16.

²⁰³ Ebd.

Warschau²⁰⁴. Diesem Beispiel gemäß sei die Zahl der Eingeweihten bis kurz vor dem Aufstand auf ein notwendiges Minimum zu beschränken²⁰⁵. Auf diese Formel einigte man sich auf einem Treffen zwischen Koseritz und einer Gruppe von Unteroffizieren, die vom Feldwebel Samuel Lehr geworben worden war²⁰⁶. Warschau als Vorbild hieß auch ein Fanal setzen. Zum Zeichen für den Aufstand wurde in Warschau ein Haus in Brand gesetzt. Wenn es losgehe, sollten die Unteroffiziere ihre Züge organisieren und auf den vor der Stadt Ludwigsburg gelegenen „Gänsefuß“, auch „Belle Remise“ genannt, führen. Dies war ein von Sträuchern umhegtes Feld, das sich heute neben dem Wasserturm am „Römerhügel“ befindet. Die Unteroffiziere würden sodann zu Offizieren ernannt werden²⁰⁷.

Koseritz legte seinen Plan vor. Dieser war nach den späteren Erkenntnissen der Behörden folgendermaßen angelegt: Koseritz gedachte zur „Stunde Null“ die ihm nahestehenden Unteroffiziere zu sich zu bitten, ihnen Geld zu geben, – Geld, das er anfangs von Tafel, Rödinger, später von Polen und zum Schluss sogar aus Frankfurt erhalten hatte – um sogleich zusätzliche Unteroffiziere zu mobilisieren. Eine Liste der Unteroffiziere, die als Kandidaten für eine Beteiligung infrage kamen, stellte Lehr auf. Es sollen zwischen 200 und 250 Männer gewesen sein. Gleichzeitig sollten die ihm nahestehenden Unteroffiziere, die zum engeren Kreis gehörten, die zwei Garnisonskompanien auf der Festung Hohenasperg auf ihre Seite ziehen. Die dort gelagerten Geschütze einschließlich der 200 Kartätschen und der regulären Munition sollten übernommen werden. Danach hätten diese Einheiten sich sofort auf den Weg nach Ludwigsburg begeben und zwischen beiden Pulvertürmen Stellung einnehmen sollen. Damit wollte man im Falle, dass man nicht Herr des Arsenal der Kaserne in Ludwigsburg werde, wenigstens das Schießpulver unter Kontrolle bringen, um den Waffen im Arsenal die Wirkung zu nehmen. Im Ludwigsburger Arsenal war die Mehrzahl der Waffen, der Kriegsausrüstung und der Munition des Königreiches Württemberg untergebracht²⁰⁸. Dieses Arsenal konnte bis zu 40.000 Soldaten bewaffnet ins Feld schicken. Die beiden in Ludwigsburg stationierten Infanterieregimenter wollte Koseritz im Schutze der Nacht und unter Führung der ihm nahen Offiziere abkommandieren und diese zwischen dem Solitude- und dem Leonberger Tor aufstellen und die Tore selbst besetzen; denn es waren die Tore, die sich nach Süden öffneten und einen möglichen Zugang aus Richtung Stuttgart versperren konnten. Aus diesen beiden Regimentern wollte er allein einen Kampfverband aus tüchtigen Unteroffizieren und besonders guten

²⁰⁴ HstaS E 285 Bü 81 und Akt. Darst. alt, S. 17.

²⁰⁵ HstaS E 285 Bü 81; Akt. Darst. Alt, S. 17.

²⁰⁶ Der Wortlaut hier war: „Wenn’s losgehe, soll man Warschau zum Vorbild nehmen. Dort haben den Tag vor Ausbruch der Revolution nicht dreißig Personen um die Sache gewußt.“ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Dem entsprachen auch die Aussagen des Unteroffiziers Jakob Friedrich Zucker, HstaS E 285 Bü 87.

²⁰⁷ Akt. Darst. Alt, S. 17.

²⁰⁸ Siehe SAUER, Das württembergische Heer, S. 24. Sauer behauptet, alle Waffen seien dort untergebracht gewesen. Diese Annahme ist jedoch relativ unwahrscheinlich.

Scharfschützen zurücklassen, die die in der Kaserne wohnenden Offiziere festnehmen und den Ein- und Ausgang der Kaserne sperren sollten. Nur Truppen unter Führung der Unteroffiziere sollten Zugang erhalten. Darüber hinaus sollte dieser Truppenverband die restlichen Offiziere festnehmen, die nach Läuten der Sturmglöcke oder nach dem Alarmschuss wohl sogleich zur Kaserne eilen würden. Offiziere, die Widerstand leisteten, sollten niedergeschossen werden. Besonders soll Koseritz es auf seinen Regimentsobersten abgesehen haben. Eine besonders abkommandierte Truppenabteilung sollte die Stuttgarter Straße blockieren, um alle Verbindungen zur Hauptstadt abzuschneiden. Später wollte er das 2. Reiterregiment, das, wie man Koseritz zugetragen hatte, als aufständisch galt, dazu bringen, Pferde für die Aktion bereitzustellen. Nach dessen Abzug sollte ein Infanteriekommando die Kaserne bewachen. Auch sollten zwei Infanterieregimenter sich sicherheitshalber der Kaserne des als königstreu geltenden 1. Reiterregiments bemächtigen und sie in Brand stecken. Gleichzeitig wollte man die allgemeine Warnglöcke läuten lassen, die den Bauern als Zeichen diene. Diese Bauern sollten – zusammen mit den beiden Infanterieregimentern – zwischen den Toren, die man unter seine Kontrolle zu bringen gedachte, in die Stadt einfallen und sich des Arsenal und der Munition bemächtigen. Sodann sollten die Bauern mit Waffen versorgt werden. Zuvor wollte Koseritz dafür sorgen, dass die Schildwachen am Eingangstor des Ludwigsburger Schlosses durch ihm treue Unteroffiziere ausgewechselt würden, um nach dem Läuten der Alarmglöcke den Offizier der Schlosswache und später auch den Kommandanten des Lagers, Generalleutnant von Hölzel gefangen zu nehmen. Koseritz soll darüber hinaus geplant haben, die Reichen den Bauern auszuliefern, vor allem die Reichen in Stuttgart, die von den Bauern der Umgebung besonders gehasst wurden. Die Ludwigsburger Bürger wollte er, wie schon erwähnt, unter Androhung von Raubzügen und der Öffnung der Arbeitshaus-Strafanstalt zur Kooperation zwingen. Hätte er sich Ludwigsburg bemächtigt, so wollte er mit den treuen Reitern und einigen Kompanien der Artillerie und vor allem des Artillerie-Trains, auf die er vertraute, gen Stuttgart ziehen. Unter den Offizieren der Artillerie herrschte eine feindselige Haltung gegenüber den Unteroffizieren und den Soldaten. Diesen Umstand wollte Koseritz zu seinen Gunsten ausnutzen, um Soldaten und Unteroffiziere einiger Artilleriebatterien zu mobilisieren. Ebenso glaubte er aufgrund von Lehrs Berichten, es bestünden gute Chancen, die Unterstützung der Soldaten des Trains zu gewinnen, die unter der schweren Arbeitslast zu ersticken drohten. Diese Einheiten waren nötig, um Kanonen und sonstiges Kriegsggerät zu transportieren. In Stuttgart ging er von der Sympathie der Unteroffiziere der örtlichen Kaserne aus. Dort wollte er das Königsschloss in seine Gewalt bringen. Sollte er sich Stuttgart nicht bemächtigen können, wollte er es durch Brandandrohung bezwingen. Anschließend plante er den Rückzug in den Schwarzwald, „weil man mit einem solchen Haufen nur im Gebirge sich mit einigem Vorteil halten kann“²⁰⁹. In dem Maße, in dem diese ersten Schritte erfolg-

²⁰⁹ HstaS E 285 Bü 81.

reich verliefen, plante Koseritz die zur Mobilisierung des Ausnahmezustandes unterzeichneten Befehle, die sich im Besitz der Regimentskommandanten befanden, an sich zu bringen. Unter Ausnutzung des Überraschungseffektes und des allgemeinen Durcheinanders wollte er auf diese Weise die personelle Stärke der Regimenter auffüllen²¹⁰. Der Schwarzwald sollte dann 1849 unter polnischer Führung wirklich zu einem revolutionären Bollwerk werden²¹¹. Und Adolf Becher, einer der mit Koseritz sympathisierenden Offiziere, führte 1849 die „schwäbische Legion“ auf den Schwarzwald. Dort im Schwarzwald hätte Koseritz auf die französische Revolutionsarmee treffen sollen, wenn die französische Option verwirklicht worden wäre. In einer fortgeschrittenen Phase der Verschwörung, nach dem Bündnis mit Franckh und Hardegg, sollte der Schwarzwald der Treffpunkt mit den Polen sein. An die Spitze einer allgemeindeutschen Revolutionsarmee sollte der schon erwähnte Exilgeneral italienischer Herkunft, Girolamo Ramorino, treten²¹². Für den Fall, dass die gesamte Aktion scheiterte, plante Koseritz nach Nordwesten auszuweichen und in Belgien Asyl zu suchen²¹³.

Koseritz legte auseinander, warum die Unteroffiziere von ihrem militärischen Eid entbunden seien. In ihrem 16. Lebensjahr hätten sie den Verfassungseid als Bürger und im 20. Lebensjahr den militärischen Eid auf die Fahne ohne Rücksicht auf den früheren Eid geschworen. Nach sechsjähriger Dienstzeit würden sie wieder Bürger und der letzte Eid werde wieder ungültig. Demnach, so Koseritz, sei ein Eid umsonst gewesen, und zwar der zweite.

Koseritz wollte ihnen Mut machen, als er von einer Gesellschaft 40 eingeweihter Offiziere und von Kontakten zu gleichgesinnten Offizieren in den deutschen Nachbarländern sprach, in denen es sogar noch revolutionärer aussehe als in Württemberg. Er stellte Hilfe von Frankreich und von der polnischen Emigration in Frankreich in Aussicht. Sollte es bald zu einem Aufstand kommen, so würde Österreich durch einen parallelen Aufstand in Italien in Anspruch genommen und Preußen würde wohl allein nicht agieren, zumal es zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt sei (Anspielung auf die Gefahr eines erneuten polnischen Aufstandes?)²¹⁴.

Aus Vorsicht mahnte er die Unteroffiziere: „Jeder solle sich immer nur an einen machen und ihn bearbeiten, damit es nicht auffalle [...], wenn sich zwei an einen machen“²¹⁵. Sie mögen auch mehr als zuvor auf einen ordentlichen Dienst achten und wo möglich den Kontakt zu „Lieblingen“ ihrer Vorgesetzten meiden²¹⁶. Die

²¹⁰ Franckh behauptete, er habe von Koseritz gehört: „Jeder Regimentskommandant habe eine versiegelte Order an die einzelnen Oberämter zur Einberufung der Beurlaubten. Dieses Schreibens bemächtigte man sich sogleich nach der Ermordung des Regimentskommandanten und könne so die Regimenter in kurzer Zeit vollzählig machen.“ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²¹¹ Vgl. SCHMIDT, Württemberger, S. 81 ff.

²¹² HstaS E 285 Bü 88; HstaS E 301 Bü 26/27.

²¹³ Akt. Darst. alt, S. 12.

²¹⁴ Ebd., S. 18.

²¹⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²¹⁶ Ebd.

Zusammenkunft wurde von Koseritz mit dem Toast „Der Verein soll leben!“ geschlossen²¹⁷. Der Gebrauch des Wortes „Verein“ lässt darauf schließen, dass Koseritz beabsichtigte einen festen Rahmen, eine Art revolutionären Kader aufzubauen.

Lehr versuchte weitere Unteroffiziere zu gewinnen. Als revolutionär gesinnt und zum Mitmachen bereit erwiesen sich der Schütze Obermann Christoph Jakob Kraft, der Feldwebel Georg Friedrich Breckle und der Obermann Johann Jakob Vögele vom 6. Infanterieregiment sowie der Wachtmeister des 2. Reiterregiments Christian Friedrich Essich. Diese Unteroffiziere gestanden mit von der Partie gewesen zu sein. Zu diesen hinzu kamen folgende Unteroffiziere, die laut Lehr beziehungsweise Essich zugesagt hätten, an einer Verschwörung mitzuwirken, dies jedoch während der Untersuchung in Abrede stellten: Obermann Christian Friedrich Stuhlfeyer vom 2. Reiterregiment und Obermann Andreas Hofsäß vom 6. Infanterieregiment. In Bezug auf die Obermänner des 5. Infanterieregiments Jakob Friedrich Dippon, Johann Michael Feuchter und Andreas Knoos gab Lehr zu, von diesen keine Zusage bekommen zu haben.

Koseritz traf mit Lehr wohl insgesamt sechs Mal zusammen²¹⁸. In einem dieser Treffen soll Koseritz Lehr aufgefordert haben, ein gemeinsames Treffen aller eingeweihten Unteroffiziere zu organisieren. Dieser Aufforderung gemäß berief Lehr die Betroffenen zu einem Treffen in das Wirtshaus des Bierwirts Geissheimer in Ludwigsburg. Dass das Treffen im Gasthaus stattfand, war ein organisatorischer Fehler. Koseritz wollte mit den neuen „Geworbenen“ unter freiem Himmel im Stammheimer Wald auf dem Weg nach Stuttgart sprechen und von dort zu einem Gasthaus außerhalb Ludwigsburgs gelangen. Koseritz hatte für den Fall, dass es sich um eine große Anzahl von Unteroffizieren handelte, gebeten, mit ihnen in kleinen Gruppen zusammenzukommen. Doch Lehr hatte angeblich diese Anweisungen nicht verstanden und die Unteroffiziere in das Gasthaus bestellt. Koseritz hatte die Information über diese ad hoc Zusammenkunft im Gasthaus nicht rechtzeitig erhalten und verpasste sie letztlich²¹⁹. Vielleicht fürchtete er auch, sich an einem derartigen Ort unnötigen Gefahren auszusetzen.

Das Treffen der Unteroffiziere bei Geissheimer deutet vielleicht mehr als alles andere auf den beständig wachsenden Verschwörerkreis. Das Gasthaus war fester Treffpunkt für das „Garnisonskränzle“ der Unteroffiziere, doch das Treffen, von dem hier die Rede ist²²⁰, wurde eigens einberufen. Während sich die Unteroffiziere üblicherweise jeden Tag zwischen 15.00 und 16.00 Uhr trafen, wurde diese Zusammenkunft auf 17.00 Uhr angesetzt²²¹. Die Teilnehmer gehörten alle zu einer „geschlossenen Gesellschaft“. Vor dem Treffen übergab Lehr an Essich einen

²¹⁷ Akt. Darst. alt, S. 18.

²¹⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ HstaS E 301 Bü 26.

²²¹ Ebd.

Zettel, auf dem es hieß: „Wir wollen heute abends bei Geissheimer zusammenkommen, aber bloß wir Spezel“²²². Mit „Spezel“ waren die speziellen, in das Geheimnis der Angelegenheit eingeweihten Kameraden gemeint oder mit den Worten des Richters: „Spezel ist ein Ausdruck für vertraute spezielle Kameraden“²²³.

Koseritz ließ auf sich warten, woraufhin Lehr Breckle bat, die Sitzung zu eröffnen. Breckle begann mit den Worten: „Meine Herren, wir wollen jetzt [...] die Sache besprechen“²²⁴. Die Aufforderung an die Anwesenden, „die Sache“ zu besprechen, erweckt den berechtigten Verdacht, diese hätten bereits um das Geheimnis gewusst. So sah dies später auch und zu Recht der Referent des Gerichts²²⁵. Weiteres Zeichen für die Geheimverschwörung stellte das von allen Teilnehmern vereinbarte Zeichen dar, mit besonderen, langen Gläsern, den sogenannten „Polen gläser“, auf den Tisch zu klopfen. Zunächst war man übereingekommen, Zeichen der Verschwörung solle das Erheben der Gläser sein, doch Lehr hatte vorgeschlagen, dies durch ein Klopfen auf den Tisch zu ersetzen²²⁶. Derartige Gläser befanden sich in jedem Wirtshaus, und wer daraus trank, gab seine Sympathie mit den Polen kund²²⁷ und zog Lehrs Aufmerksamkeit während der Werbeaktion auf sich²²⁸. Verstärkten Verdacht erweckte der plötzliche Schluss der Versammlung. Sogleich nach den Eröffnungsworten Breckles erhob sich der Unteroffizier Christoph Keller aus Urach und flüsterte ihm zu: „Still, es ist ein Verräter da“²²⁹. Daraufhin löste Breckle das Treffen mit dem Ruf „Aus ist’s, auseinander!“ auf²³⁰, nachdem er vergeblich den Unteroffizier Pross zur Leitung der Sitzung hatte bewegen wollen²³¹. Keller hatte seine Warnung auf Essich bezogen, der ein Neffe des Rittmeisters von Ran war²³² und wegen dieser familiären Nähe angeblich Zweifel an seiner Zuverlässigkeit erregt hatte.

Die Namen von 19 Teilnehmern dieser Zusammenkunft im Februar 1832 sind bekannt²³³. Unter diesen waren 14 Neugeworbene, deren Namen Koseritz noch nicht kannte. Vermutlich war die Zahl der Teilnehmer viel größer, denn an den gewöhnlichen Treffen nahmen zwischen 150 und 200 Unteroffiziere teil²³⁴.

²²² HstaS E 301 Bü 26.

²²³ Ebd.

²²⁴ Akt. Darst. alt, S. 21.

²²⁵ StaL E 319 Bü 40.

²²⁶ HstaS E 301 Bü 40; HstaS E 285 Bü 87.

²²⁷ HstaS E 301 Bü 26; StaL E 319 Bü 40. Nikolaus Lenau hatte ein Gedicht über die „Polen gläser“ geschrieben; siehe HALLGARTEN, Studien, S. 19 ff.

²²⁸ HstaS E 283 a Bü 28.

²²⁹ Akt. Darst. alt, S. 21.

²³⁰ Ebd.

²³¹ Ebd.

²³² Ebd.; HstaS E 293a Bü 28.

²³³ Die Liste der Teilnehmer an der Zusammenkunft bei Geissheimer: [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; Akt. Darst. alt, S. 21. Liste Essich: ebd. sowie HstaS E 285 Bü 85.

²³⁴ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; [HstaS E 271k Bü 92, Bü 106–107; E 285 Bü 96].

Die Gruppe der Unteroffiziere, die Lehr und Essich als eingeweihte Personen namentlich nannten oder die an der durch strikte Geheimhaltung gekennzeichneten Zusammenkunft im Wirtshaus von Geissheimer teilnahmen, umfasste 33 Personen. Diese sympathisierten wohl stark mit umstürzlerischen Tendenzen in der Armee oder wussten zumindest von derartigen konspirativen Plänen, ohne sie anzuzeigen. Lehr vertrat gegenüber Koseritz die Meinung, in der „Stunde Null“ könne man sich auf etwa 200 Unteroffiziere verlassen²³⁵.

Der Medizinstudent Gustav Widenmann, der zum Kreis der Zivilverschwörer gehörte, sagte allerdings aus, Koseritz habe ihm von 200 alten und 64 neuen von ihm für die Verschwörung geworbenen Unteroffizieren erzählt²³⁶. Berücksichtigt man, dass die Gesamtzahl der Unteroffiziere in der Garnison Ludwigsburg bei etwa 500 lag²³⁷, so stellen selbst „nur“ 200 Eingeweihte und Beteiligte eine beträchtliche Zahl dar. Zieht man in Betracht, dass in Friedenszeiten die Sollstärke kleiner war und während jener Jahreszeit die Zahl der Soldaten in beiden Infanterieregimentern (5. und 6.), aus denen sich die Infanteriegarnison in Ludwigsburg zusammensetzte, bei 400 Mann lag, so kann man Koseritz' Aussage gegenüber den



Abb.7: Gustav Widenmann (1812–1876), Gemälde von Alexander Bruckmann (1806–1852) aus dem Jahr 1848.

²³⁵ Ebd. Lehr sprach außer von den 200 Unteroffizieren noch von 50 Unteroffizieren, deren Zusage er erhalten habe; ebd. Koseritz schrieb in einem aus dem Gefängnis geschmuggelten Brief an seinen späteren Bundesgenossen der Verschwörung, Franz Gärth aus Frankfurt, von 200 Unteroffizieren seien 10 verhaftet und gegen 90 seien im Verhör, „welche sich jedoch ritterlich durchhauerten“; HstaS E 65 Bü 211.

²³⁶ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1242, Frage 53. Gustav Widenmann * Ludwigsburg 13.12.1812, † Ulm 28.1.1876. Widenmann, der praktischer Arzt von Beruf wurde, tat sich in der liberalen Bewegung von 1848 hervor. Er war Redakteur der *Süddeutschen Politischen Zeitung* und später der *Ulmer Zeitung*. Er war enger Freund J. C. Bluntschlis und starb als praktizierender Arzt. Zu Widenmann siehe PICHT, Auftauchen der Reinkarnationsidee sowie LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S.77, 228 f., 305, 333, 365, 388, 392; MANN, Würtemberger, S.270 f., 390. G. Widenmann war Bruder des bereits erwähnten E. Widenmann. Ein weiterer Bruder namens Wilhelm war Privatdozent in Tübingen und ein Bruder namens Johann war Lehrer.

²³⁷ HstaS E 285 Bü 81 137.

Verschwörern und späteren Bundesgenossen in Frankfurt verstehen, wonach ihm die Unterstützung einer Infanteriebrigade garantiert sicher sei²³⁸.

Dem Auftrag Koseritz' gemäß sich auch der Unterstützung anderer Armeeeinheiten zu vergewissern, meldete ihm Lehr, er sei so weit vorgedrungen, dass man sich auch auf die Nachschubeinheiten – den Train –, die Artillerie und das 2. Kavallerieregiment in der Ludwigsburger Kaserne verlassen dürfte²³⁹.

Nach dem Treffen bei Geissheimer setzte die direkte Werbungsaktivität unter den Unteroffizieren zunächst aus. Koseritz begründete dies damit, dass allmählich die Erregung über den Fall Warschau und der Polenenthusiasmus nachließen. Der wahre Grund dürfte ein anderer gewesen sein, nämlich die Abkühlung der Beziehungen zu Rödinger und Tafel, seinen geistigen Mentoren, auf dem Treffen in Mühlhausen im März 1832 und die Furcht vorzeitig aufgedeckt zu werden. Er bezog sich hierbei auf das polnische Beispiel, wonach die Zahl der Eingeweihten bis kurz vor dem Losschlagen so klein wie nötig gehalten wurde²⁴⁰. Der Umfang der in das Geheimnis Eingeweihten oder der Kreis der Sympathisanten einer Revolution genügte Koseritz für den Augenblick. Sie sollten sozusagen schlummernde Zellen sein.

Ein indirekter Versuch, in Abstimmung mit Koseritz, Unteroffiziere zu werben, fand noch nach dem Geissheimer Treffen während des Besuches Rosetzky's in Ludwigsburg am 19. und 20. April 1832 statt. Rosetzky traf Koseritz und äußerte ihm gegenüber, aufgrund seiner eigenen militärischen Erfahrung könne er insbesondere die revolutionäre Zuverlässigkeit der Unteroffiziere genau prüfen. Koseritz nahm an den verschiedenen Treffen dieses polnischen Offiziers mit Angehörigen der Armee in Württemberg nicht teil, Treffen, die ihn nahezu durch alle Wirtshäuser von Ludwigsburg führten, darunter Häuslers, Körners und Orthweins Schenken, das „Waldhorn“ und den „Lutz'schen Waldgarten“²⁴¹. Die Begeisterung über Rosetzky war so groß, – nahezu 100 Unteroffiziere kamen zur Begegnung im „Waldhorn“²⁴² – und seine Reden waren derart aufrührerisch, dass die Behörden seine Ausweisung nach Baden beschlossen. Berichten zufolge wurden bei Häusler Freiheitslieder nach Art des „Märzliedes“ unter Flötenbegleitung des Regiments-tambours Herrmann gesungen²⁴³.

Der Charakter einer Geheimverschwörung zeichnet sich dadurch aus, dass deren Umfang sich nur schwer ermitteln lässt. Die Dunkelziffer der Beteiligten bleibt groß. Wird eine derartige Verschwörung aufgedeckt, so sieht man meistens nur die Spitze des Eisberges; führt sie zu einer erfolgreichen Revolution, tauchen die Trittbrettfahrer auf. Selbst wenn die Zahlenangaben über die beteiligten Unteroffiziere

²³⁸ HstaS E 301 Bü 40.

²³⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Koseritz stützte sich auf diese Aussage Lehrs, als er den „Hochwächtern“ in Mühlhausen von der Gewinnung des Trains erzählte.

²⁴⁰ Siehe S. 80, 253 f.

²⁴¹ Akt. Darst. alt, S. 22; HstaS E 285 Bü 85.

²⁴² HstaS E 285 Bü 85.

²⁴³ HstaS E 285 Bü 87.

von Lehr nach oben hin „korrigiert“ worden waren, um Koseritz zu beeindrucken, so zeigten sich doch selbst die Untersuchungsbehörden entsprechend erstaunt über die Zahl der Mitwirkenden. Zudem ergibt sich aus den diplomatischen und geheimpolizeilichen Berichten, dass die Verschwörung in ihrem Umfang aller Wahrscheinlichkeit nach bei Weitem die Zahl der namentlich erfassten Verdächtigen überschritt, sodass die sich aus einer Revolution – ob hausgemacht oder von außen hereingetragen – ergebende Gefahr nicht zu unterschätzen war. Die Behörden fürchteten, eine Art schlummernde „fünfte Kolonne“ würde ihnen im Falle von Unruhen in den Rücken fallen.

Der österreichische Vertreter bei der Bundeszentralbehörde, jener infolge des Frankfurter Wachensturms gegründeten, übergreifenden Instanz des Deutschen Bundes zur Aufnahme und Koordination der Untersuchungen gegen revolutionäre Elemente in den Mitgliedstaaten, schrieb am 1. Oktober 1834 an den württembergischen Justizminister, er habe geheime Informationen aus Straßburg erhalten: „In Straßburg wird versichert, [...] daß ein großer Teil des württembergischen Militärs der Revolutionspartei angehöre, besonders Lieutenants und Unteroffiziere korrumpiert seien“²⁴⁴. Der württembergische Botschafter in München Schmitz-Grollenburg meldete am 4. Mai 1835 an den Außenminister in Stuttgart anlässlich des Urteilspruchs gegen Koseritz und seine militärischen Verbündeten: „Im Übrigen muß ich meine frühere Bemerkung wiederholen, daß jedermann erstaunte über die in dem württembergischen Militär [...] sehr verbreitete Teilnahme an dem unsinnigen Plane des Koseritz“²⁴⁵. Aufgrund mehrerer Indizien, die auf einen weit größeren Umfang der Verschwörung hinwiesen, kamen die Untersuchungsbehörden in Bezug auf die aktive und passive Unterstützung eines Aufstandes in Ludwigsburg zu dem Schluss, „daß noch eine weitere nicht unbedeutende Zahl des Ludwigsburger Militärs einem verderblichen – zum wenigsten die Gesetze der Disziplin schwer verletzenden Geiste sich hingegeben hatte“²⁴⁶. Aus den Ereignissen bei Geissheimer folgerte der Referent: „[D]aß sich der Geist der Meuterei bereits weiter verbreitet hatte, wenn auch die Untersuchung über die Personen kein weitergehendes Ergebnis lieferte, darf unbedenklich als Tatsache angenommen werden“²⁴⁷. Und aus der richtigen Einschätzung der in einer Lahmlegung der Armee als Stütze des herrschenden Regimes liegenden Gefahr stellte der Referent fest: „Das Militär hat den Beruf erforderlichenfalls die Angriffe der Feinde der öffentlichen Ordnung abzuwehren. Konnten daher Letztere ein gefährlicheres Mittel für ihre Zwecke wählen, als wenn sie jene zu Bundesgenossen gewannen?“²⁴⁸

Der Koreferent war der zweite Richter, der vor dem Richterkollegium die Affäre aufrollte, wie der Referent Richter und Ankläger zugleich. Er erhob allerdings auch

²⁴⁴ [HstaS E 271c Bü 1532, Bü 2440–2442; E 271k Bü 101].

²⁴⁵ Schmitz-Grollenburg an Graf von Beroldingen, München 4. 5. 1835, HstaS E 50/05 Bü 92.

²⁴⁶ HstaS E 301 Bü 40.

²⁴⁷ StaL E 319 Bü 40.

²⁴⁸ Ebd.

den Anspruch, Verteidiger zu sein, wenn es „die Gerechtigkeit“ erfordere. Er spielte zudem die Rolle eines ausgleichenden oder ergänzenden Moments dem Referenten gegenüber. Dieser Koreferent stellte fest, dass, selbst wenn die Zahl der in das Geheimnis eingeweihten Unteroffiziere klein sei – ihre Bedeutung doch entscheidend sei und sie gewiss eine revolutionäre Lawine hätten auslösen können: „[B]esonders, wenn man erwägt, daß es lauter Unteroffiziere und Gediente, im Dienst größtenteils ausgezeichnete Männer waren, welche großen Einfluß auf ihre unterhabenden Leute ausüben, und im Augenblick des Aufruhrs den Umfang der Meuterei ungemein vergrößern können“²⁴⁹. Und er fuhr fort: „Aber ebenso gewiß ist, auch wenn schon die Personen selbst nicht ermittelt sind, daß noch weit mehrere Menschen an der Meuterei Anteil hatten [...] und wenn selbst die Zahl der Gewonnenen noch nicht so beträchtlich war, so war wenigstens die Absicht des Lehr und des Koseritz auf einen sehr großen Umfang gerichtet“²⁵⁰.

Der Referent gewann den Eindruck: „Es ist aber zureichender Grund zu der Vermutung vorhanden, daß die Untersuchung weit nicht alle Teilnehmer an der Verschwörung ermittelte, und daß Koseritz alle Ursache hatte, auf den Beistand einer sehr bedeutenden Zahl von Unteroffizieren zu rechnen“²⁵¹.

Als richterliches Ergebnis wurde festgehalten: „Daß der Umfang der Meuterei größer war als durch die Untersuchung erhoben worden, ist nicht zu bezweifeln“²⁵². Selbst wenn Koseritz und Lehr die Zahl der Unteroffiziere, auf die sie sich zu stützen glaubten, übertrieben, waren die Richter der Meinung: „[D]arüber kann und darf man sich nicht täuschen, daß das Gift der Verführung in einem größeren Maße in Unteroffiziere eingedrungen war als die Zahl derer beträgt, die förmlich in Anklagezustand versetzt werden konnte“²⁵³.

Der Referent stellte im Zusammenhang mit der Tatsache, dass Koseritz von den Unteroffizieren verlangt hatte, für eine mögliche Revolution zu werben, die rhetorische Frage, ob es sich wohl denken lasse, „daß sie [die Unteroffiziere] ihr Versprechen so schlecht erfüllt haben?“²⁵⁴

Während der untersuchungsrichterlichen Konfrontation zwischen Koseritz und Rödinger reagierte Koseritz auf die Behauptung Rödingers, er habe nur von sieben geworbenen Unteroffizieren Kenntnis gehabt, mit den Worten: „Es waren nicht bloß 7 Unteroffiziere. Du und die übrigen Hochwächter wußten wohl, wie viel es waren“²⁵⁵.

Der Kommandant des Kavallerieregiments, von Moltke, war über die Verbreitung der Verschwörung in seinem Regiment entsetzt und entschlossen, in Anwe-

²⁴⁹ [HstaS E 271k Bü 92, Bü 106–107; E 285 Bü 96].

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ StaL E 319 Bü 40.

²⁵² [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Ebd.

²⁵⁵ Ebd.

senheit Essichs eine öffentliche Untersuchung einzuleiten²⁵⁶. Essich wusste das Geheimnis zu bewahren und diese auffällige Untersuchung führte zu nichts.

In den Geheiminformationen, die von Württemberg nach München gelangten, hieß es, dass die Mehrheit der an der Verschwörung Beteiligten sich einer Verhaftung habe entziehen können, sodass der Umfang der Meuterei größer sei, als man habe annehmen müssen. Der württembergische Botschafter in München unterrichtete seinen Außenminister über derartige Gerüchte am 27. Februar 1835²⁵⁷. Der österreichische Botschafter in Stuttgart notierte nach Aufdeckung der Verschwörung: „Offenbar ist Württemberg das Hauptfoyer der propagandistischen Umtriebe“²⁵⁸.

Die Statistik über Deserteure aus der württembergischen Armee weist für das Jahr 1834 die Zahl von 80 derartigen Fällen auf²⁵⁹. Diese Zahl wurde nur von den Angaben für 1831 nach der Revolutionswelle in Europa übertroffen. Die Zahl für 1832 lag bei 50, für 1833 bei 66 Fällen. Auch diese Quoten sind überdurchschnittlich hoch und weisen auf einen Anstieg, der seinen Höhepunkt 1834 erreichte. Zum Vergleich muss gesagt werden, dass die durchschnittliche Jahresquote von Deserteuren bei 40 Fällen lag. Es ist möglich, – und dies sei mit Vorsicht gesagt – dass der Anstieg der Zahl der Deserteure im Jahre 1834 mit den oben erwähnten Münchener Gerüchten im Zusammenhang gesehen werden muss, nach denen die Militärverschwörer mehrheitlich entkamen.

Von einem Aspekt des polnischen Aufstandes distanzierte sich Koseritz bekanntlich jedoch: der mangelnden Beteiligung der Bauern. Diesen Fehler wollte er vermeiden, indem er sich an die Bauern wandte und die Bauernschaft als grundlegenden revolutionären Faktor neben der Armee in seine Überlegungen einbezog. Koseritz übersah aber den Zwist innerhalb der polnischen revolutionären Führung als weiteren Grund für das Scheitern des Aufstandes.

Die Unteroffiziere dienten nun nicht nur als wichtiges Verbindungsglied für die Rekrutierung einfacher Soldaten, sondern, zusammen mit den Soldaten, als wichtige Faktoren bei der Gewinnung der Bauern für eine etwaige Revolution. Sie waren mehrheitlich selbst Angehörige des Bauernstandes. Bei seiner Werbung um diese Gruppe betonte er immer wieder die materielle Not, die man mittels einer Revolution überwinden müsse. Konstitutionelle Fragen oder das Problem der formalen Bürgerrechte, die eher die bürgerlichen Gruppen interessierten, sprach er insofern an, als er ihnen bürgerliche Tugenden beizubringen versuchte²⁶⁰. Die Einigung Deutschlands, die er ebenfalls ansprach, sollte mit der Errichtung einer demokratischen und sozial gerechten Republik einhergehen. Die Armee musste nach Koseritz' Meinung zu einer Bürgerarmee werden und ihr Dasein als Klasse für sich

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Schmitz-Grollenburg an Graf von Beroldingen, 27.2.1835; HstaS E 50/05 Bü 92.

²⁵⁸ Schönburg an Metternich, Stuttgart, 8. September 1833, HHStaW St. K. Würt. Korr. 1831–32 K. 33 Fasz. 43–44.

²⁵⁹ Die Angaben sind den WJbb, Jahrgänge 1830–1840, entnommen.

²⁶⁰ Siehe S. 252 das Treffen der Unteroffiziere in der Wohnung Koseritz'.

aufgeben. Den Unteroffizieren sagte Koseritz, nach Bellons Aussage: „[S]ie bleiben doch nicht Soldaten, sondern gehen wieder hin, wo sie herkommen, dann sei es auch besser für sie. Der Soldat komme vom Bürger und werde wieder Bürger“²⁶¹. Koseritz’ enger Freund A. Krauß äußerte sich halb metaphorisch, halb im Ernst: „[Es] müßte soweit kommen, daß Militär- und Zivilbeamte ihre Schuhe selber flicken“²⁶². Koseritz’ ging mit gutem Beispiel bei seiner Beziehung zu seinen Untergebenen voran, um die Standesbarrieren in der Armee zu durchbrechen. Der Botaniker E. Schmidlin vom radikalen Flügel der „Hochwächterpartei“ wusste über Koseritz zu sagen: „[D]aß er für einen liberalen Offizier ausgegeben wurde, der namentlich seine Ehre darin setzte, seine Untergebenen mit großer Humanität zu behandeln“²⁶³. Schmidlin sah „darin nichts anderes als einen sehr erlaubten Ehrgeiz, denn auch ich habe eine Ehre darin gesetzt, in meinem früheren Verhältnis sagen zu können, daß die mir untergebenen Arbeiter für mich nötigenfalls durch ein Feuer gingen, weil ich sie mit der Humanität behandelt habe, welche jeder rechtschaffene Mann von dem anderen verlangen kann, er sei Bauer oder Herr, Rekrut oder Offizier“²⁶⁴.

Der Apothekegehilfe Gottlieb Heinrich Mayer, ein republikanischer Freund des Medizinstudenten Hardegg, dem späteren Verbündeten Koseritz’, der in der Region Tübingen für die Werbung der Bauern tätig war, berichtete: „Die Bauern hatten geäußert, die Soldaten fürchteten sie nicht, die seien ja ihre Söhne“²⁶⁵. Zu seinem Freund Dorn wiederum soll Koseritz nach dessen Zeugnis hier und da gesagt haben, „daß die Unteroffiziere meist vom Lande seien und dort auch Verwandte und Freunde haben, die sie, wenn es einmal Zeit sei, gewinnen werden“²⁶⁶.

Revolutionär-militärisches Kalkül und Verständnis für die Bedürfnisse des Kleinbauern gingen Hand in Hand. Auf die Frage des Untersuchungsrichters, ob er geäußert habe: „Der Druck in Württemberg sei so arg, und er werde immer ärger, man müßte zu viel zahlen“²⁶⁷, antwortete Koseritz, das Massenproblem des Pauperismus betreffend: „Ja, dies habe ich gesagt, da haben mir die Unteroffiziere, ich weiß aber nicht mehr wer, auch gesagt, daß es so arg sei, es habe früher in den Dörfern wenige arme Leute gegeben, sie nehmen aber immer mehr überhand“²⁶⁸. Wie schon vorher erwähnt sprach Koseritz während des Treffens mit den Unteroffizieren in seiner Wohnung von der kümmerlichen Nahrung – Kartoffeln und Milch – der Landbevölkerung. Gegenüber seinem Kollegen Oberleutnant Sonntag äußerte sich Koseritz folgendermaßen: „[D]ie Belohnung der Unteroffiziere nach so langer Dienstzeit [sei nichts], als daß sie, um einen Dienst zu bekommen, die

²⁶¹ HstaS E 285 Bü 87.

²⁶² [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁶³ StaL E 319 Bü 11.

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ StaL E 319 Bü 40.

²⁶⁶ StaL E 319 Bü 11.

²⁶⁷ HstaS E 285 Bü 81.

²⁶⁸ Ebd.

Huren der Minister heiraten müssen“²⁶⁹. Er deutete diesem gegenüber an, für den Fall politischer und sozialer Unruhen habe er einen Aufruf an die Unteroffiziere vorbereitet, der diesen Passus enthielte. Damit bezwecke er die Absicht, die Unteroffiziere davon abzuhalten, ein williges Unterdrückungsmittel der Regierung gegenüber einem Volksaufstand zu werden²⁷⁰.

Darüber hinaus war Koseritz überzeugt, er müsse nicht Verfassungsprobleme, sondern in seinen Gesprächen mit Unteroffizieren und Bauern in erster Linie die wirtschaftliche Not, die vielfältigen Abgaben betonen, zu deren Aufhebung eine umfassende Revolution notwendig sei. Dabei ging er von der Annahme aus, eine Agitation für eine soziale Revolution würde mehr als alles andere unter den Bauern und insgesamt auch bei den unteren Ständen auf offene Ohren stoßen. Die Massenproteste, die ihren Gipfel in Hambach erreichten, richteten sich in großem Maße gegen die soziale Not. Diese Annahme wurde durch den Richter im Strafprozess gegen die zivilen Verschwörer nur bestätigt: „Die in gedrückten Verhältnissen lebende Mehrzahl der unteren Volksklassen ist nur zu geneigt, die Ursache ihres Unbehagens, außer sich, vorzugsweise aber in den bestehenden Staatseinrichtungen zu suchen. Sie sind daher dem Lobe eines anderen sozialen Systems willig ihr Ohr zu leihen“²⁷¹.

Die Struktur der sozialen und beruflichen Herkunft der Unteroffiziere, deren Beteiligung an Koseritz' Verschwörung gesichert ist, sah dagegen folgendermaßen aus: Lehr stammte aus einer armen Tübinger Familie. Er hatte keinen Beruf erlernt und diente bis zu seiner Ausweisung in die Vereinigten Staaten als Berufssoldat. Bellon war Winzer und Sohn eines Bauernschultheiß²⁷². Er stammte aus einer Hugenottenfamilie²⁷². Breckle wurde im Dorf Rommelshausen als Sohn eines Berufssoldaten geboren²⁷³. Er selbst war ohne Beruf. Essich²⁷⁴ fiel aus dem Rahmen der sozialen Herkunft seiner Kameraden. Er stammte aus Tübingen und studierte bis zu seinem freiwilligen Eintritt in die Armee am 17. Dezember 1822 Theologie. Er war mit dem Rittmeister von Ran verwandt. Sein Vater war der Besitzer des Gasthauses „Zum Lamm“ in Tübingen, also Angehöriger des Kleinbürgertums²⁷⁵. Jung²⁷⁶ war Sohn eines Zehentknechts, der den Beruf eines Winzers ausübte. Jung

²⁶⁹ HstaS E 285 Bü 70.

²⁷⁰ Ebd.

²⁷¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁷² Johann Stephan Bellon * 14. 6. 1803 Schönenberg; Kirchenregisteramt Schönenberg, Taufbuch, laut Information Eugen Bellon, Kernen.

²⁷³ Georg Friedrich Breckle * Rommelshausen 23. 7. 1803, † Stuttgart 19. 7. 1878, LKA Fam. Reg. Rommelshausen Film KB 781.

²⁷⁴ Christian Friedrich Essich * Tübingen 12. 6. 1800, † Tübingen 18. 6. 1856.

²⁷⁵ Die biografischen Angaben für Essich stammen aus: [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; DOBLINGER/SCHMIDGALL, Geschichte und Mitgliederverzeichnisse, S. 66; Evangelisches Kirchenregisteramt Tübingen, Familienregister Bd. 2.

²⁷⁶ Christoph Friedrich Jung * Vaihingen/Enz 26. 11. 1798, † Vaihingen/Enz 24. 12. 1860. Stadtschultheissen-Amtsprotokolle 1839–1843; Verzeichnis der aktiven Gemeinde-Bürger, Städtisches Museum Vaihingen/Enz.

selbst war ebenfalls als kleiner Winzer tätig. Die Winzer zählten zur Gruppe der Bauern, die in jenen Tagen besonders große Not litten. Während seines Militärdienstes hatte Jung als Schwimmlehrer etliche Menschen vor dem Ertrinken gerettet und sich das „Silberne Zivil Verdienst“ erworben, was ihm jedoch im Leben nicht weiter nützlich war²⁷⁷. Keller war gelernter Schuhmacher. Christoph Jakob Kraft²⁷⁸ und sein Bruder Johann Andreas²⁷⁹ waren die Söhne des Berufssoldaten Johannes Kraft aus Lauffen a. N., der später als Tagelöhner im Winzergewerbe tätig war. Pallmer wurde als Winzersohn in dem Dorf Weiler an der Rems im Oberamt Schorndorf geboren²⁸⁰. Der verarmte Vater hinterließ dem Sohn kein Erbe²⁸¹. Der Unteroffizier Johann Jakob Vögele, der sich am 26. Juli 1833 in seiner Haftzelle erhängte, war in der ländlichen Siedlung Gerlingen im Oberamtsbezirk Leonberg geboren worden²⁸². Weitere biografische Angaben über ihn liegen nicht vor. Zucker wurde im Dorf Metterzimmern als Sohn eines armen Tagelohnwinzers geboren²⁸³.

In seinen Gesprächen ging Koseritz in erster Linie nicht auf die angestrebte Regierungsform – die Republik – ein, denn er fürchtete, es sei nicht einfach, ihnen die Bedeutung, das Wesen der Republik zu erklären oder, wie es in der Quelle heißt: „[W]eil sie dies [das Wesen der Republik] nicht verstanden hätten. Darum sei ihnen [den Unteroffizieren] der Druck von oben, der Druck auf das Volk, das Zahlen und eine beabsichtigte Erleichterung vorgesagt worden“²⁸⁴. Und er fügte hinzu: „Die Massen sind auf ihrer Bildungsstufe schlechterdings unfähig solche Mitteilungen zu fassen“²⁸⁵.

Auch wenn Koseritz überzeugt war, der Akzent bei der Werbearbeit unter Bauern und Unteroffizieren müsse auf den sozialen Fragen liegen, versuchte er, auch die politischen Probleme anzusprechen. So sagte der Unteroffizier Bellon aus, Koseritz habe auf einem Treffen geäußert, in Zukunft werde Deutschland eins sein²⁸⁶, und A. Krauß gestand, Koseritz habe während einer bestimmten Phase die Meinung vertreten: „Die Kerls [die Unteroffiziere] wissen endlich, was Konstitution sei, und daß sie des Volkes wegen und das Volk nicht ihrer wegen da sei“²⁸⁷.

Die Bauernschaft war trotz ihrer elenden Situation mehrheitlich davon überzeugt, der König würde ihre Lage verbessern, die Feudalherren, die Kommunen, die kirchlichen Institutionen und Hochschulen, wie Universität und Stift in Tübin-

²⁷⁷ HstaS E 301 Bü 26.

²⁷⁸ Christoph J. Kraft * Lauffen a.N. 7.11.1804, † Heilbronn 26.2.1850. Familien-Register Lauffen KB 33.

²⁷⁹ Johann A. Kraft * Lauffen a.N. 9.9.1800.

²⁸⁰ Johann Gottlieb Pallmer * Weiler 14.12.1799, † Stuttgart 10.5.1862

²⁸¹ Stadtarchiv Schorndorf, Bürgerliste 51; Inventuren und Teilungen Fasz. 5 Nr. 241.

²⁸² HstaS E 285 Bü 87.

²⁸³ Jakob Friedrich Zucker * Metterzimmern 5.3.1804, † 1840. LKA Familienregister; Evangelisches Kirchenregisteramt Metterzimmern, Mikrofilmarchiv.

²⁸⁴ Ebd.; siehe auch HstaS E 285 Bü 81.

²⁸⁵ StaL E 319 Bü 40.

²⁸⁶ HstaS E 285 Bü 87.

²⁸⁷ StaL E 319 Bü 11; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

gen, die neben König und Staat zu den Großgrundbesitzern gehörten, trügen an der Vermehrung der Abgabenlasten und der ausbleibenden wirtschaftlichen Rentabilität des Agrarsektors die Hauptschuld. Aus diesem Grunde – dem Wohlwollen gegenüber dem König – wäre auch ihre Haltung gegenüber einer Republik problematisch.

Koseritz begnügte sich nicht mit der Werbung von Unteroffizieren. Er sah in der Unterstützung einer kleinen Bauernschar keine ausreichende Hilfe. Er war überzeugt, sich unter der Landbevölkerung eine möglichst breite Anhängerschaft sichern zu müssen. So sagte er auf einem der sechs Begegnungen mit Lehr und nach dessen Aussage: „[V]on nun an gehe er [Koseritz] alle Tage in ein anderes Bauerndorf und zahle den Bauern Wein, um sie auf seine Seite zu bringen“²⁸⁸. Richtig ist, dass diese Einstellung auf ein simples Denken bei Koseritz im Hinblick auf die Werbung der Bauern insgesamt hinweist. Es sieht so aus, als ob er relativ schnell seine Position änderte. Statt die Bauern mit Wein zu versorgen, versuchte er, durch die Pfarrer und Gemeindegelbesitzer Informationen über die Atmosphäre unter der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen, doch, nach eigenen Aussagen, ohne nennenswerten Erfolg²⁸⁹. In einer späteren Phase, als er sich der republikanischen Fraktion um Hardegg und Franckh angeschlossen hatte, schlug er ersterem vor, mit doppelter Vorsicht vorzugehen. Zunächst, so war er überzeugt, müsse man Informationen über jedes Dorf, in dem man Anhänger werben wolle, einholen, insbesondere über die an einer Republik interessierten Personen, wie Lehrer und Bibliothekare; später solle man zu nächtllicher Stunde Propagandamaterial an auffallender Stelle vor deren Haustüren legen, um nach einiger Zeit an den Ort zurückzukehren und die Reaktionen zu prüfen. Persönlich bevorzugte Koseritz direktes Gespräch und unmittelbaren Kontakt, „weil ich auf Flugschriften wenig hielt“, die von den Bauern nicht gelesen beziehungsweise nicht verstanden worden wären²⁹⁰.

Koseritz' Versuche, bei den Unteroffizieren in Stuttgart Unterstützung zu gewinnen, waren im Vergleich zu Ludwigsburg wenig erfolgreich. Es kam zu ähnlichen Versuchen vonseiten Lohbauers. Koseritz hatte über von Starkloff, als dieser noch in Stuttgart stationiert war, gesagt, er sei der einzige Offizier, der in Stuttgart Unteroffiziere für die Verschwörung gewinnen könne²⁹¹. Andererseits begann man, mit einer neuen Bevölkerungsgruppe, den Handwerkslehrlingen, Verbindungen zu knüpfen – neben den Kleinbauern und dem Mittel- und Kleinbürgerum ein weiteres soziales Element in der breiten Koalition gegen den Landadel, den Geldadel und den bürokratischen Überstaat²⁹².

Kleinunternehmer, Ladenbesitzer und Gastwirte aller Art, Handwerker, Studenten und freiberufliche Akademiker – das radikale und revolutionäre Ferment

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁹⁰ Ebd.

²⁹¹ Ebd.

²⁹² Zu den Kontakten mit den Schuhmachergesellen im Verein für gegenseitige Hilfe „Pechkranz“ siehe S. 360–370.

der 1830er Jahre – fürchteten um ihren Status, wenn sie jenem Pauperismus zum Opfer fielen, der ihre sozioökonomische Existenz unmöglich machte, während unternehmerische aufwärtsstrebende Elemente unter ihnen auf eine Glaswand stießen²⁹³.

Während die alte soziale und wirtschaftliche Ordnung und mit ihr die alten sozioökonomischen Netze zerbröckelten, setzten sich die sich anbahnenden freiheitlichen und liberalen Strukturen im sozioökonomischen und politischen Bereich noch nicht durch. Eine Allianz von untergehendem Adel, bürokratischem Obrigkeitsstaat und eine, staatliche Gunst, Privilegien und Lizenzen genießende „Geldaristokratie“ waren die hegemonialen Kräfte in dieser Übergangsperiode. Typischer Repräsentant der letzteren war der Verleger Johann Friedrich Cotta. Der österreichische Gesandte in Stuttgart sprach in einem Schreiben an Metternich spöttisch von: „Herr von Cotta der Aristokrat, der Millionär, dem es vor dem Kriege, derer, die nichts haben, gegen die, welche besitzen, bangt“²⁹⁴. Aber auch hellsichtige Minister, wie von Wangenheim befürchteten bekanntlich die zukünftige Konfrontation zwischen Arm und Reich, die den Gegensatz zwischen Aristokratie und Bürgertum in den Schatten stellen werde²⁹⁵.

Die wichtigsten Ursachen für den weitreichenden Unmut in der Bevölkerung, welcher revolutionäre Gedanken nährte, waren nach Meinung des Richters im Prozess gegen die zivilen Verschwörer: „der Druck der öffentlichen Lasten, die Ungleichheit der Stände, die Beamtenwillkür unter dem monarchischen Regimente“²⁹⁶.

In den Augen der Behörden besaß die Mischung von mittelständischen und kleinbürgerlichen Schichten mit radikal oppositionellen Ansichten, zu denen fortschrittlichen Ideen zugängliche Offiziere, Unteroffiziere ländlicher Herkunft, Bauern und untere Schichten stießen, eine besondere Brisanz.

Insbesondere in Ludwigsburg als Garnisonsstadt und zweiter Residenz mit einem hohen Anteil an bürgerlicher Intelligenz, inmitten des dicht besiedelten Rhein-Neckar Gebiets, mit dessen in der Krise steckender vorindustrieller Wirtschaftsstruktur, entstand ein besorgniserregender Gärungsherd im Mittelstand, der die niederen Schichten in dessen Umland nach sich ziehen könnte. Ein Schulterchluss mit revolutionären Kräften, auch im außerdeutschen Ausland, empfanden die Behörden als besonders alarmierend: „Unter den Einwohnern vom Militär- und Zivilstande [sei] eine zu Besorgnissen berechtigte Stimmung zu bemerken“²⁹⁷.

²⁹³ Dabei klammerten sich Teile der mittelständischen Berufsgruppen an althergebrachte Korporationen und Strukturen, während andere sich in neuen Assoziationsformen zu organisieren vermochten, um ihre kollektiven Interessen den veränderten sozioökonomischen Verhältnissen anzupassen. Besonders aufschlussreich ist die neue Struktur der deutschen Handwerker- und Gesellenvereine, wie sie sich im französischen und schweizerischen Exil, aber auch in Württemberg zu formieren begannen.

²⁹⁴ Schönburg an Metternich, 12. Juni 1832, HHStaW St. K. K. 33, Fasz. 43, Württ. Dipl. Korr. 1831 – 1833.

²⁹⁵ Siehe S. 33 Anm. 127.

²⁹⁶ StaL E 319 Bü 40.

²⁹⁷ Ebd.

Die Behörden meinten: „Unter solchen Konstellationen war allerdings dringende Gefahr vorhanden, daß die revolutionäre Bewegung zunächst an ihrem Anfangspunkt [Ludwigsburg], dann aber auch anderwärts im Lande Anklang und Stützpunkte finden und, wenn auch nur vorübergehend, großes Unheil anrichten konnte. Daß damals auch in nichtdeutschen Ländern das Feuer glimmte, erhöhte noch die Gefahr für den gesellschaftlichen Zustand“²⁹⁸. Ein richterlicher Befund aus dem zivilen Kriminalgerichtsverfahren stellte fest: „[D]aß unter einem großen Teil der Ludwigsburger Bürger große politische Aufregung herrschte, ist nach den Akten außer Zweifel, woraus sich die betäubende Erscheinung erklärt, daß mehrere dort ansässige, der gewerbetreibenden Klasse angehörige, ein sicheres Auskommen genießende Bürger und Familienväter, so schnell für den Plan des Koseritz gewonnen waren, und daß, wie Kaufmann Himmelreich von Ludwigsburg glaubwürdig angegeben, die Leute an der offen Fürstenmord predigenden Flugschrift, ‚die Blutstropfen‘ ihre Freude hatten“²⁹⁹.

Die Offiziere wussten um Koseritz' Werbetätigkeit unter den Unteroffizieren, auch wenn sie nicht mit allen Einzelheiten vertraut waren. Mehr noch, diejenigen, die nicht in Ludwigsburg stationiert waren, wurden von Koseritz aufgefordert, selbst auch Unteroffiziere neben Offizieren und Bürgern zu werben. Koseritz sagte aus, fünf Offizieren, nämlich Raht, Reitter, Becher, Müldenstein und Venninger von seiner Werbung der Unteroffiziere erzählt zu haben. Er gab zu, zwei von ihnen, Becher und Müldenstein, aufgefordert zu haben, in ihrer Garnison in Heilbronn selbst Unteroffiziere zu gewinnen. Diese Offiziere haben dies auch eingeräumt³⁰⁰.

Müldenstein und Becher sagten aus, über die Werbung der Unteroffiziere durch Koseritz nicht nur gewusst, sondern auch der Aufforderung Koseritz', selbst in Heilbronn Unteroffiziere zu gewinnen, ihre Zusage gegeben zu haben. Allerdings behaupteten sie, sie hätten praktisch nichts in diese Richtung unternommen³⁰¹. Beide gestanden auch, mit Schreiber aus Heilbronn und mit Dorn und A. Krauß aus Ludwigsburg drüber gesprochen zu haben. Die zwei letzteren sollen laut Müldenstein gesagt haben, im Falle eines Aufstandes, plane man, die Generäle kaltzustellen³⁰². Becher sagte aus, er hätte von Koseritz am Anfang des Jahres 1832 erfahren, dass er Unteroffiziere bearbeite, um sie im Falle eines Aufstandes zu gebrauchen oder mit denselben eine Revolution hervorzurufen. Mit diesen wollte er, wenn losgeschlagen werde, das Arsenal in Ludwigsburg nehmen und dann nach Stuttgart marschieren. Koseritz soll ihm den hohen Wert, den er den Unteroffizieren beigemessen hatte, unterstrichen haben. Becher soll Schreiber, Dorn und A. Krauß versichert haben, er sei ebenfalls von der Partie³⁰³.

²⁹⁸ Ebd.

²⁹⁹ Diese äußerst radikale Flugschrift wurde von Harro Harring verfasst: HstaS E 301 Bü 40.

³⁰⁰ Akt. Darst. alt, S. 28.

³⁰¹ Ebd. S. 30 f.

³⁰² Ebd., S. 30.

³⁰³ Ebd.

Raht bekannte, schon im September 1831 nach seiner Versetzung von Stuttgart nach Ludwigsburg von Koseritz erfahren zu haben, „daß derselbe Unteroffiziere für eine Revolution bearbeite“³⁰⁴. Raht soll auch dieser Tätigkeit seinen Beifall gezollt haben³⁰⁵. In diesem Zusammenhang ist die Episode aufschlussreich, als Raht und Reitter in ein Treffen bei Koseritz mit Unteroffizieren hineingerieten. Auf dieser Zusammenkunft drückte Raht den Unteroffizieren gegenüber seine Unterstützung für die Revolution aus, falls diese als Reaktion auf eine Verfassungsverletzung ausbrechen sollte. Nur in diesem Falle könne von den Anwesenden als Soldaten gefordert werden, den Befehl zu verweigern und ihre Waffen nicht gegen die Aufständischen zu richten, also der Revolution ihren Lauf zu lassen³⁰⁶. Dies war die typische Haltung der Offiziere, zugunsten der „gesetzmäßigen Revolution“ und des passiv-revolutionären Ansatzes. Kurz nach diesem Treffen soll Raht den Feldwebel Lehr zu sich gerufen und ihn auch im Namen von Koseritz ermahnt haben, vorsichtiger zu verfahren³⁰⁷. Wenn dem so war, so tritt Raht als Eingeweihter auf. Koseritz sagte aus, er wäre der Meinung, Raht habe allerhöchstens persönliche Gespräche mit einigen Unteroffizieren geführt, jedoch niemanden hinzugewinnen können³⁰⁸. An anderer Stelle bestritt Koseritz, gewusst zu haben, dass Raht sich an Unteroffiziere gewandt habe, um sie zur Verweigerung der Unterdrückung eines Volksaufstandes im Falle einer Verletzung der Konstitution zu bewegen. Auch wenn dem so sei, führte Koseritz weiter aus, so käme eine derartige Richtung viel zu spät; denn er – Koseritz – hätte den Unteroffizieren zu jenem Zeitpunkt bereits eine völlig andere Perspektive aufgezeigt³⁰⁹. Demnach stand für Koseritz eine bloß passive Reaktion, nämlich der Enthaltung der Armee im Falle einer Verfassungsverletzung nicht (mehr) zur Debatte. Wenn Koseritz meinte, er hätte die Unteroffiziere bereits in eine andere Richtung bearbeitet, so mag dies heißen, er hätte sie von der Notwendigkeit einer aktiven Schützenhilfe für eine Revolution, sogar von einer revolutionären Initiative der Armee und von dem kompletten Umsturz der bestehenden Ordnung zu überzeugen versucht, sich also nicht mit der Verteidigung der Verfassung begnügt. Im Klartext hieß es, dass er die Unteroffiziere auf die Errichtung einer Republik hin bearbeitet hatte³¹⁰.

³⁰⁴ Ebd.

³⁰⁵ Ebd.

³⁰⁶ HstaS E 285 Bü 88; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; Akt. Darst. alt, S. 29.

³⁰⁷ Akt. Darst. alt, S. 29.

³⁰⁸ Ebd.

³⁰⁹ Im Abschlussprotokoll heißt es: „Von dem Streben Rahts aber, die Ansicht der Unteroffiziere, nur darauf zu lenken, daß sie bei einer Verfassungsverletzung nicht gegen das Volk seien sollen, wußte Koseritz nichts. Jedenfalls wäre, sagt er, ein solches Streben des Raht viel zu spät gewesen, denn er [Koseritz] habe die Unteroffiziere bereits in eine ganz andere Richtung bearbeitet gehabt“; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

³¹⁰ Hier zeichnete sich eine Differenz zwischen Koseritz und seinen zivilen Mitverschworenen sowie den Unteroffizieren auf der einen und den Offizieren oder zumindest einem Teil der Offiziere und den „Hochwächtern“ – Lohbauer vermutlich ausgenommen – auf. Während die Ersteren den aktiv-revolutionären Ansatz ansteuerten, waren die Letzteren bereit

Tage nach dem Treffen mit den Unteroffizieren soll Koseritz Reitter eröffnet haben, er hätte die Unteroffiziere für eine Revolution gewonnen. Dabei habe Reitter jedoch Koseritz gewarnt, er müsse dessen subversive Aktivitäten den Vorgesetzten melden, falls Koseritz diese nicht sofort einstelle³¹¹, und zwar nicht, weil er grundsätzlich gegen die Revolution sei, sondern weil er die Zeit noch nicht für gekommen halte, und zu diesem Zeitpunkt die Gefahr, entdeckt zu werden, im Verhältnis zu den Erfolgchancen, für zu groß erachte³¹². Koseritz bestätigte Reiters Aussage³¹³.

sich der Revolution, falls sie ausbräche, anzuschließen. Die erste Gruppe war überzeugt, man müsse eine Art Kader bilden, um die Revolution proaktiv voranzutreiben und zu lenken, sobald die Situation dafür reif war. Diese Auffassung wurde von Rödinger als Konspiration abgelehnt. Er und die letztere Gruppe akzeptierten jedoch eine spontane Revolution, der sie sich tätig angeschlossen hätten. Als legitim betrachteten beide Gruppen die Einwirkung auf die öffentliche Meinung in revolutionärer Richtung. Beide Gruppen waren der Idee einer von außen auf Württemberg einwirkenden revolutionären Bewegung nicht nur wohlgesonnen, sondern erachteten eine Hilfeleistung von außen für notwendig. Beiden war auch mehr oder weniger klar, dass eine Revolution, einmal ausgebrochen, sich nicht auf die Sicherung der Verfassung einschränken ließe, sondern eine republikanische Richtung nehmen würde. Wie schon erwähnt, konnte die Formel der „gesetzmäßigen Revolution“ als Rechtfertigung für den Ausbruch einer Revolution dienen, deren erstrebter Ausgang die Errichtung einer Republik war.

³¹¹ HstaS E 285 Bü 90.

³¹² „[E]s sei dies alles noch zu bald.“ Akt. Darst. alt, S.29.

³¹³ Ebd.

IV. Die republikanische „Umsturzpartei“

A. Genese und Formierung

Dieser Abschnitt handelt von der neuen Gruppierung revolutionärer Demokraten, die in Württemberg im Sommer 1832 entstand. Sie ging aus einem Zusammenschluss von Koseritz und dessen Anhang mit Franckh und Hardegg sowie deren Anhang hervor.

Friedrich Gottlob Franckh war der Hauptmotor dieser neuen Fraktion¹. Außer seiner Tätigkeit in republikanischen Kreisen, hatte er sich als innovativer Buchverleger und wagemutiger Unternehmer einen Namen gemacht. Sein Gehilfe und Freund beim Buchvertrieb, Wilhelm von Chezy, sah in ihm einen Unternehmer nach nordamerikanischem Vorbild: „Der Geist seiner Unternehmungen trug stets einen nordamerikanischen Zuschnitt“². Sein älterer Bruder Johann Friedrich³ und er galten als die „Begründer einer neuen buchhändlerischen Ära“⁴. Franckh führte revolutionäre Methoden im Buchhandel ein⁵ und war Mitbegründer der „spekulativen Stuttgarter Richtung“ in diesem ansonsten konservativen Gewerbe⁶. Im Jahre 1829 beschäftigten die Gebrüder Franckh in ihrem Verlagshaus 28 Gesellen und fünf Lehrlinge – damit war der Betrieb die größte Firma dieser Art in Stuttgart⁷. Und der Stadtrat bestätigte: „Franckh [stehe] in dem Rufe eines tätigen und unternehmenden Mannes“⁸. Franckhs Motto war: „Es wird der Mensch nur, was er soll durch eigene Kraft“⁹. Franckh war also ein dynamischer Unternehmer, gewissermaßen ein Abenteurer im Verlagswesen. Er schreckte nicht davor zurück, junge, unerfahrene Schriftsteller zu fördern und ihre Werke in seinem Haus zu publizieren. Einer von ihnen war beispielsweise der junge, noch unbekannte Wilhelm Hauff¹⁰. Franckh war ein ruheloser Mann, wie Hauff es sehr schön ihm gegenüber ausdrückte: „[D]aß Ihnen [Franckh] nichts mehr abgehe, als eine gewisse anständige und solide Ruhe, eine behagliche und von Hast und Eile ungetrübte Beschäfti-

¹ Friedrich Gottlob Franckh * Stuttgart 26.1.1802, † Winnental 23.9.1845. Zur Biografie: MATTHEY, W., in: NDB 5 (1961), S. 331 f.; HINZ, Anfänge; KELLEN, Hundert Jahre; DERS., Aus der Geschichte; BINDER, Franckh'sche Verlagshandlung.

² CHEZY, Erinnerungen 2, S. 48.

³ Johann F. Franckh * Stuttgart 11.11.1795, † Stuttgart 2.1.1865; MATTHEY, W., in: NDB 5 (1961), S. 331.

⁴ SCHULZE, Der deutsche Buchhandel, S. 124; PRINZ, Buchhandel, S. 13.

⁵ GUTZKOW, Ausgewählte Werke 10, S. 24.

⁶ BINDER, Franckh'sche Verlagshandlung, S. 8; HINZ, Anfänge, S. 163.

⁷ Ebd., S. 29.

⁸ HstaS E 146 Bü 4716.

⁹ Franckh an Waiblinger, 18. April 1823, Landesbibliothek Stuttgart Handschr. Abt., Cod. Hist. 40 341.

¹⁰ W. Hauff an Franckh, 25. September (1825), DLAM Cotta-Archiv.



Abb.8: Friedrich Gottlob Franckh (1802–1845).
Lithographie von B. Weiß nach einem
Gemälde von J. H. Winterhalter.

gung mit Ihrem nützlichen Beruf“¹¹. Als bürgerlicher Innovator und Pionier unterstützte Franckh die Befreiung des Marktes von den korporativen, restfeudalen und merkantilistischen Überresten sowie vom bürokratischen Dirigismus, und zwar nicht nur auf wirtschaftlicher sondern auch auf gesellschaftspolitischer Ebene.

Franckh war also in seiner unternehmerischen Tätigkeit nicht nur auf Gewinn aus, sondern auch von ideologischen Motiven durchdrungen. Das Buch sollte ein Mittel der politischen Aufklärung und der Schärfung des sozialen Empfindens sein. Demgemäß fiel ein Teil seines Sortiments aus. Interessant und aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang seine Herausgabe der „Denkwürdig-

keiten zur Lebensgeschichte des Don Raffael Riego“, der spanischen Modellfigur der von der Armee getragenen Revolution¹². Um diesen kritischen Ideen ein breites Echo zu verschaffen, sollten die Bücher für alle erschwinglich sein. Franckh war ein Pionier des modernen Taschenbuchs. Dank neuer Schnellpressen und anderer kostensparender Maßnahmen konnte er seine Bücher zu erschwinglichen Preisen anbieten. Er veröffentlichte klassische Romane der Weltliteratur, die nur 20 Kreuzer kosteten. Er unterbot damit sogar die Mitgliedsgebühren der Leihbibliotheken. Damit nahm er die Idee der späteren Universalbibliothek Reclams vorweg. Neben dem Buchverlag betätigten sich die Gebrüder Franckh aber auch als Zeitungsverleger, betrieben ein Sortiment und eine kostengünstige Leihbibliothek.

Schon 1822 wollte Franckh zusammen mit seinem älteren Bruder eine Zeitung herausgeben, die „ein mitteilendes Organ zwischen den höheren und den niederen Volksklassen“ darstellen sollte¹³. Dieser Schulterschluss mit den „niederen Volksklassen“ war auch bezeichnend für die Haltung der Jakobiner, und Franckh

¹¹ W. Hauff an Franckh, 7. August 1827, in: HOFMANN, Wilhelm Hauff, S. 161 f.

¹² Das Buch erschien in Stuttgart im Jahre 1824.

¹³ BINDER, Franckh'sche Verlagshandlung, S. 11; HstaS E 146 Bü 4716.

bekannte sich zu Beginn der 1830er Jahre durchaus zu diesen. Bereits 1825 war Franckh als jemand aufgefallen, der in seinem Verlagsgewerbe Bücher und Zeitungen mit Politik verbunden hatte. Von seiner Unterstützung für den Jünglingsbund ist bereits in einem vorherigen Kapitel die Rede gewesen¹⁴. Metternich beschwerte sich dann auch am 21. Mai 1826 bei dem württembergischen Gesandten in Wien über gewisse Veröffentlichungen in den Zeitungen Württembergs, insbesondere im *Journal Universel*, das ebenfalls Franckh gehörte¹⁵.

Hauff bezeichnete Franckh, nach einem Streit mit ihm, als „kleinsten Krämer“¹⁶. Franckh war vom Kampf gegen große Zeitungs- und Buchverleger wie Cotta besessen, die sich der Gunst des königlichen Hofes und etlicher Privilegien erfreuten sowie vom Kampf gegen die Repräsentanten des Patrizierbürgertums, das im Schutze des semiabsoluten monarchischen Systems stand und zusammen mit der Aristokratie und der gehobenen Bürokratie eine schwer durchdringbare Hegemonie repräsentierte. Der dem königlichen Hof in Württemberg nahestehende Schriftsteller und Journalist Ernst Münch bemerkte: „Franckh trug damals kühne Ideen in seinem Haupte. Die allerkühnste, Cotta zu ruinieren“¹⁷. Franckh forderte einen freien Wettbewerb in Handel und Gewerbe, denn „nur im Kampf der freien Konkurrenz [gedeihe] das Gewerbe und der Handel“¹⁸.

Franckh gehörte zu jenem jungen Unternehmertum aus dem mittleren Bürgertum, das seinen Anteil an dem nationalen, wirtschaftlichen und politischen Leben erlangen wollte. Er zählte sich auch zu jener aufwärtsstrebenden, geistig und wirtschaftlich regsamen und um Unabhängigkeit ringenden Intelligenz, die in den dreißiger Jahren in großer Zahl auftrat und die nicht die Beamtenlaufbahn einschlagen wollte oder aufgrund zu geringer Stellenzahl nicht einschlagen konnte. Sie wollte und musste sich auf dem freien Markt betätigen, zu dem eine freie Öffentlichkeit gehörte, ohne sich beim Hofe, beim Anstaltsstaat oder bei den staatsnahen Eliten des alten Adels, des neuen Dienstadels oder der „Geldaristokratie“ anbieten zu müssen. Zu letzteren zählte er – und nicht nur er – Cotta, den er sich zum Geschäftsrivalen ausgedacht hatte. Franckh griff die alten, etablierten Liberalen in Stuttgart an, die mit Überheblichkeit und Spott auf jene herabsahen, die völlig mittellos waren¹⁹. Um die Glasdecke der Eliten zu durchbrechen, machte er sich zum Sprecher der von den Eliten Ausgeschlossenen, dem „Volk“, wie andere Radikale aus den Reihen der ungebundenen Intelligenz zu Beginn der 1830er Jahre.

Als junger kaufmännischer Lehrling hatte Franckh in Mannheim Karl Sand kennengelernt und, auch wenn er sich von dessen Mut beeindruckt gezeigt hatte,

¹⁴ Siehe S. 134 f., 137 Anm. 28, 138 Anm. 36.

¹⁵ HstaS E 63/3 Bü 229.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ MÜNCH, *Erinnerungen* 2, S. 242; FRIEDRICH, *Vierzig Jahre* 3, S. 530. Gemeint ist Johann Friedrich Cotta.

¹⁸ Staatsarchiv München RA Fasz. 1496 Nr. 22482.

¹⁹ StaL E 319 Bü 6.

dessen Weg des persönlichen Terrors abgelehnt²⁰. Für Franckh war erst mit dem Auftritt breiter Bevölkerungsschichten auf der politischen Bühne in Deutschland in den 1830er Jahren der Zeitpunkt gekommen, zu revolutionärem Handeln aufzurufen²¹. Kurz nach dem Ausbruch der Julirevolution begann er sich öffentlich und begeistert für die Revolution auszusprechen: „[E]r [Franckh] [spricht] in allen öffentlichen Gesellschaften, im Gasthof und im Museum der Sache der französischen Revolution mit schreiender Deklamation das Wort“²². Die Stuttgarter Polizei meldete den Regierungsbehörden, Franckh habe einen der Initiatoren dieser Revolution einige Monate vor deren Ausbruch gewissermaßen in seinem Hause beherbergt. Diese anonyme Person sei in der Öffentlichkeit mit einem roten Band aufgetreten²³.

Nach der Julirevolution hatte Franckh in Bayern – er hielt sich damals in München auf – das Gerücht von Unruhen gegen die Regierung in Württemberg in Umlauf gesetzt. Infolgedessen forderte der württembergische König den Stuttgarter Stadtdirektor auf, Franckh zu verwarnen, sobald er zurückgekehrt war. Am 12. November 1830, wohl während Franckhs Besuch in Stuttgart, meldete der Stadtdirektor dem König, Franckh sei aus München gekommen und zur Klärung der Angelegenheit vorgeladen worden²⁴ – ohne dass dies größere Konsequenzen nach sich gezogen hätte.

Franckh hatte sich eigenen Aussagen zufolge von 1829²⁵ bis November 1830 in München aufgehalten, danach sei er nach Stuttgart zurückgekehrt. Nach den Aufzeichnungen der Münchener Polizei hatte sich Franckh jedoch vom 29. Januar bis zum 15. Februar 1828 sowie vom 3. oder 13. Dezember 1829 bis zum 29. April 1831 in Stuttgart aufgehalten²⁶. Seine Biografen vermerken, dass Franckh seinen Wohnsitz im März 1830 nach München verlegte²⁷. Die sich aus diesen Aussagen ergebenden scheinbaren Widersprüche lassen sich vielleicht dadurch erklären, dass Franckh zwischen Stuttgart und München pendelte. Auf jeden Fall gab er in München vier und in Stuttgart eine Tageszeitung – die *Stuttgarter Stadtpost* – heraus. Ab August 1830 zeichnete sich offenbar eine Verschlechterung der Firmensituation ab²⁸. Dies könnte wiederum die Rückkehr nach Stuttgart im November erklären, um seinen Verlag zu verkaufen. Dieser Verkauf konnte erst im März 1831 abge-

²⁰ Ebd.; WAIBLINGER, Tagebücher, S.271. In Franckhs Gästezimmer hing ein Porträt Sands. HstaS E 285 Bü 82.

²¹ Aussage von Hardegg: [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

²² HstaS E 10 Bü 165.

²³ Ebd.

²⁴ HstaS E 10 Bü 65; Schmitz-Grollenburg an Graf von Beroldingen, 31.10.1830, HstaS E 50/05 Bü 78. Franckh hatte sich aus geschäftlichen Gründen in der Zeitspanne von 1828 bis 1831 längere Zeit in München aufgehalten. Stadtarchiv München Polizeikartenregister Serie V.

²⁵ Der genaue Monat konnte nicht ermittelt werden.

²⁶ Stadtarchiv München Polizeikartenregister Serie V Nr. 9318.

²⁷ BINDER, Franckh'sche Verlagshandlung; MATTHEY, W., in: NDB 5 (1961), S.331 f.

²⁸ CHEZY, Erinnerungen, S. 92.

geschlossen werden²⁹. Kurz danach, um den Monat April, fuhr Franckh nach Paris³⁰ – ohne Reisepass³¹.

Politisch bekannte sich Franckh als (Neo-)Jakobiner. Seine Begeisterung, mit der er an seinen Ansichten festhielt und sein stürmisches Temperament bewirkten sogar bei politisch Nahestehenden manchmal ein sanftes Lächeln. Börne, Heine und andere Deutsche, die Franckh während seines Pariser Aufenthaltes trafen, bedienten sich einer sehr bildhaften Sprache. So schrieb Börne an Jeanette Wohl, einer langjährigen Freundin und Vertrauten: „Wenn *** [Franckh] zu ihnen kömmt, binden sie sich einen dicken Schal um den Hals, denn er haut einem den Kopf ab, ehe man sich's versieht. Das ist ein Jakobiner“³². Heinrich Heine, der Franckh in Paris kennengelernt hatte, scherzte über dessen Eifer und sprach seiner revolutionären Einstellung die politische Vernunft ab, zweifelte aber nicht an Franckhs Redlichkeit und musste dessen Loyalität zu den revolutionären Prinzipien anerkennen, die ihm schließlich ab dem 9. Februar 1833 eine neunjährige Inhaftierung in Tübingen und auf der Festung Hohenasperg einbringen sollte: „Denn auch F.[ranckh] meinte es gut mit dem deutschen Vaterlande, er war aufrichtig, heldenmütig, jeder Selbstopferung fähig, jedenfalls ein ehrlicher Mann, und zu solchem Zeugnis glaube ich mich umso mehr verpflichtet, da seit er in strenger Haft schweigen muß, die servile Verleumdung an seinem Leumund nagt. Man kann ihn mancher unklugen, aber keiner zweideutigen Handlung beschuldigen; er zeigte namentlich im Unglück sehr viel Charakter, er war durchglüht von reinsten Bürger-tugend, und um die Schellenkappe, die sein Haupt umklingelt, müssen wir einen Kranz von Eichenlaub flechten. Der edle Narr [...]“³³. Börne drückt sich ähnlich aus: „Er ist ein wütender Jakobiner, spielt in der revolutionären Welt eine Rolle, glaubt aber eine große Rolle zu spielen. Seine Gegner nennen ihn hier aus Spott: *Die provisorische Regierung von Deutschland*. Er ist ein leidenschaftlicher Mensch, [...]. Doch er meint es aufrichtig mit der guten Sache“³⁴.

Heine rechnete sich selbst nicht dem Kreise der republikanischen Deutschen zu, und zwar nicht nur, weil er sich nicht als Republikaner verstand. Heine verfasste von Paris aus eine Reihe von Artikeln für die *Allgemeine Zeitung* Johann Friedrich Cotta's, des politischen und geschäftlichen Rivalen Franckhs³⁵. Heine verdächtigte

²⁹ StaL E 319 Bü 6. CHEZY, Erinnerungen, S. 92.

³⁰ Seybold, Erinnerungen, S. 8; Akt. Darst. alt, S. 53.

³¹ HstaS E 10 Bü 165. Der Grund für die Reise ohne Pass ist nicht bekannt. Erklärlich wird dadurch jedoch, warum Franckhs Name nicht in den Registrierungen der Einreisen nach Frankreich in jener Zeit auftaucht. Dieses Einreiseregister befindet sich in den Archives Nationales in Paris.

³² BÖRNE, Briefe aus Paris, 9. Februar [1832], in: DERS., Sämtliche Schriften 3, S. 518. Ausführlichere Beschreibung bei BÖRNE, Briefe an Jeanette Wohl, Paris, Dienstag, den 7. Februar 1832, in: DERS., Sämtliche Schriften 5, S. 167.

³³ HEINE, Sämtliche Schriften (Briegleb) 4, S. 72.

³⁴ BÖRNE, Briefe an Jeanette Wohl, Paris, Dienstag, den 7. Februar 1832, in: DERS., Sämtliche Schriften 5, S. 167.

³⁵ HEINE, Sämtliche Schriften (K. Briegleb) 5, S. 579.

Franckh einer Propaganda- und Verleumdungsaktion gegen ihn und seine Artikel, eben weil sie in diesem Presseorgan publiziert wurden³⁶.

Erklärtes Ziel von Franckhs Reise nach Paris, wo er zwischen April und Juni 1831 schließlich ankam, war die Gründung einer Zeitung in Kooperation mit dem französischen Oppositionsvertreter Mauguin. Sie sollte den Namen *Le Siècle* tragen³⁷. Über Kontakte zu verschiedenen Oppositionellen in Frankreich, darunter Mauguin, berichtete auch der württembergische Gesandte in Paris³⁸.

Börne schrieb im Oktober 1831, die Gründung einer deutschen Zeitung in Paris werde geplant, da in bestimmten Kreisen in Frankreich durchaus Interesse an einer liberalen, deutschen Zeitung bestünde³⁹. Angeblich kam Franckh auch mit Marschall Soult zusammen⁴⁰, der an einer deutschen Zeitung in Frankreich als Sprachrohr der Kräfte interessiert war, die an einer Loslösung Südwestdeutschlands vom Deutschen Bund und an einem Bündnis zwischen diesem abtrünnigen Teil und Frankreich interessiert waren⁴¹.

Ob nun wirklich wirtschaftliche oder politische Erwägungen für Franckhs Entscheidung, nach Paris zu gehen, maßgebend waren, bleibt unklar. Das Projekt einer französischen Zeitung mutet jedoch sonderbar an. Franckh war des Französischen nicht mächtig. Dass Franckh von dem radikalen Schriftsteller und Journalisten Friedrich Seybold begleitet wurde, lag unter anderem wohl auch daran, dass Seybold als Dolmetscher dienen sollte⁴². Doch es ist auch nicht auszuschließen, dass Franckh Seybold mit nach Paris nahm, weil er dessen „Erinnerungen aus Paris“ publizieren oder ihn zum Redakteur einer deutsch-französischen Zeitung machen wollte⁴³.

³⁶ Ebd. Heine meinte, Franckh habe eine verfälschte Übersetzung des ersten Artikels der Reihe in der französischen *Tribune* zusammen mit einem Kommentar veröffentlicht, der den Verfasser als Sprachrohr der österreichischen Regierung verleugnete. Heine hielt dies für einen erpresserischen Angriff durch die deutschen revolutionären Republikaner in Paris, die er als „hiesige deutsche Jakobiner“ bezeichnete; siehe Heine an Cotta, Paris den 20. Januar 1832, in: SCHILLER, Briefe an Cotta 2, S.305ff. Es ist hier kein Raum, auf Franckhs Beziehungen zu verschiedenen Persönlichkeiten einzugehen, die ihm gegenüber aus den unterschiedlichsten persönlichen Gründen oder infolge von weltanschaulichen Gegensätzen feindlich gesonnen waren. Vereinzelt wird darauf noch im Verlauf dieser Darstellung eingegangen werden.

³⁷ Mauguin, ein parlamentarischer Republikaner, stand den Kreisen der deutschen Republikaner in Paris nahe. Akt. Darst. alt, S.53; siehe auch BOOSS, Ansichten der Revolution, S.77.

³⁸ HstaS E 50/12 Bü 62.

³⁹ BÖRNE, Briefe aus Paris, 19. Oktober 1831, in: DERS., Sämtliche Schriften 3, S.307.

⁴⁰ Der in der Armee Napoleons ausgezeichnete General Soult wurde Geschäftsmann, Unternehmer und Politiker unter Louis-Philippe. Eine Zeit lang diente er unter letzterem als dessen Kriegs- und Außenminister; siehe PINKNEY, French Revolution of 1830, S.282.

⁴¹ HstaS E 301 Bü 42.

⁴² HstaS E 10 Bü 165; Franckh nahm in Paris Französischunterricht bei Heinrich Joseph Garnier, einem Journalisten aus Baden, mit dem er allerdings später in einen Konflikt geriet.

⁴³ Entsprechende Artikel wurden nach Seybolds Rückkehr nach Stuttgart publiziert. Artikel deutscher Schriftsteller aus Paris waren überhaupt nach dem Ausbruch der Julirevolution sehr verbreitet. Es ist vorstellbar, dass die negative Haltung Franckhs gegenüber Heines

Franckhs engster politischer Gefährte war Georg David Hardegg. Die beiden trafen sich zum ersten Mal im Jahre 1831 als Franckh in Begleitung Seybolds nach Paris gereist war⁴⁴, Hardegg traf wohl im Juli in der Stadt ein⁴⁵. Aus dem Zusammentreffen der beiden entstand der Kern der zukünftigen revolutionär-republikanischen Fraktion in Württemberg. Trotz unterschiedlichen Charakters und Temperaments und divergierender Positionen gegenüber den unteren Volksklassen – insbesondere den Bauern – und später in Bezug auf die Revolutionsauffassung überhaupt, musste Hardegg bekennen, „daß er [Franckh] unter allen Deutschen, die ich über derlei Ideen reden hörte, den meisten Willen hat“⁴⁶.

Gegenüber der kleinwüchsigen, unteretzten Gestalt Franckhs, mit dessen sprühender Energie und Lebensfreude, der spontanen, hektischen, zuweilen ungeduldi gen Art, die sich im geschäftlichen und politischen Bereich als waghalsig erwies, stand die schlanke Gestalt des ruhig und überlegt wirkenden, intellektuell veranlagten und charakterfesten, gar halsstarrigen Hardegg⁴⁷. Hardegg war Sohn eines Gasthausbesitzers und Spross einer alten, angesehenen Familie, deren Angehörige in Württemberg Schlüsselpositionen eingenommen hatten⁴⁸. Hardegg war der jüngere von beiden, gleichzeitig aber auch der tiefgründigere und bedächtiger. Die Untersuchungsbehörden mussten feststellen, Hardegg sei „derjenige, welcher mit größter Planmäßigkeit gehandelt“ habe⁴⁹.

Beiträgen in der *Allgemeinen Zeitung* aus der Konkurrenz zwischen ihnen bei der Publikation von Beiträgen aus Paris und Franckhs Absicht, eine eigene Zeitung herauszugeben, resultierte. Zur wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen Franckh und Cotta während des Parisaufenthaltes siehe BOOSS, Ansichten, S. 77, 105.

⁴⁴ Siehe SEYBOLD, Erinnerungen, S. 28f. Dort heißt es, Franckh und Seybold seien am 1. Mai (1831) in Paris eingetroffen. Im Bericht des Stuttgarter Oberbürgermeisters ist vermerkt, dass die beiden im Mai oder Juni (1831) nach Paris gefahren seien. HstaS E 9 Bü 91. In Akt. Darst. alt, S. 53 ist sogar die Rede von April als Ankunfts termin. Friedrich Seybold * Buchsweiler im Elsass 5.5.1784, † Stuttgart 23.7.1843; siehe Neuer Nekrolog der Deutschen 21 (1843) 2, S. 674f.; Conversations-Lexikon der Gegenwart 4, S. 1089. Zur spannenden Persönlichkeit Seybolds vgl. SCHIELINSKY, Zensur im Vormärz.

⁴⁵ [HstaS E 146 Bü 8434–8438]; Akt Darst. alt, S. 53.

⁴⁶ HstaS E 319 Bü 6.

⁴⁷ Georg David Hardegg * Eglosheim bei Ludwigsburg 2.4.1812, † Haifa (im damaligen Palästina) 10.7.1879.

⁴⁸ Ein Onkel und ein Cousin Hardeggs waren Ärzte des königlichen Hauses, ein anderer Cousin wurde 1864 württembergischer Kriegsminister, ein dritter war General, Militärschriftsteller und Erzieher des Thronfolgers Karl. Gründer der „Dynastie“ war Georg Herdegen aus dem böhmischen Kulm; siehe Stammbuch LB Stgt. Handschriften Cod. hist. 40 633, Kaps, sowie den Entwurf zu einem Stammbuch der Familie von Carlo Nast Colb, auf den der Verfasser u. a. von Professor Wolfgang Hardegg aus Heidelberg dankenswerterweise aufmerksam gemacht wurde. Zu Hardegg siehe SANDEL, G. D., in: NDB 7 (1966), S. 646f.; SANDEL, Georg David Hardegg, S. 350–373; HOFFMANN, Warte des Tempels, S. 1–6; H. R., Georg David Hardegg, S. 2; BRUGGER, Neujahrs Blatt; CARMEL, Siedlungen, passim; ARNSBERG, Von der Revolution zur Erlösung, S. 70–80; BAUR, Ein Revolutionär, S. 69–94. Zu Hardeggs Schriften siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.

⁴⁹ StaL E 301 Bü 40.

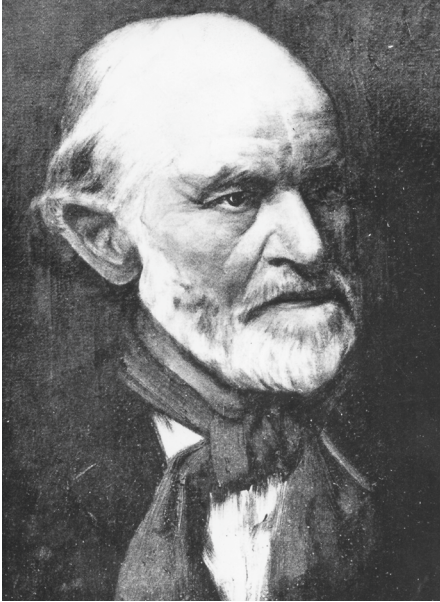


Abb. 9: Georg David Hardegg (1812–1879).

Der Medizinstudent Gustav Widenmann, Freund und Gefährte Hardeggs bei der Agitationsarbeit unter den Bauern der Region Tübingen, sagte über ihn: „Da er aber ein fester Charakter ist, so war es bei ihm nicht bloß ein vorübergehender Schwindel, sondern der Entschluß setzte sich in seinem Willen fest, seine Ideen, die von da an⁵⁰ rein republikanisch waren, gründlich durchzuführen“⁵¹. E. Schmidlin aber meinte mit Blick auf Hardegg: „[M]ir war dieser Mensch in jeder Beziehung merkwürdig und erschien mir höchst achtungswert. Achtung wird ihm auch sein Feind nicht versagen“⁵². Franckh hatte – nach Aussage Hardeggs – ihm gegenüber geäußert: „Er [Franckh] sagte mir, er habe mir manches zu sagen. Er setzte bei, ich habe die

Anlage zum Dialektiker, und wenn ich noch lange in Tübingen sei, werde ich ein solcher“⁵³. Hardegg war ein von zunächst säkularem, am Ende seines Lebens aber mystisch-religiösem Glauben durchdrungener Asket⁵⁴. Schon als Republikaner war er zu dem bekannten schwäbischen Arzt und Metaphysiker Justinus Kerner gepilgert, um von ihm inspiriert und in seine Geheimlehre eingeführt zu werden.

Nachdem Hardegg das Gymnasium verlassen hatte, begann er eine kaufmännische Ausbildung. Er verbrachte anderthalb Jahre im Handelshaus Klueters (oder Kluiters) in Amsterdam und ging im März 1830 nach Antwerpen, um sich in der Firma Stavenith ausbilden zu lassen. Hardegg blieb bis zur Erhebung der Belgier und der Erklärung ihrer Unabhängigkeit dort⁵⁵. Im November 1830 kehrte er nach Ludwigsburg zurück⁵⁶.

⁵⁰ Gemeint ist die Zeit nach der Rückkehr Hardeggs aus Belgien und Holland.

⁵¹ StaL E 319 Bü 6.

⁵² StaL E 319 Bü 11. Ähnlich sprach sich auch der Apothekergehilfe Mayer aus; siehe StaL E 319 Bü 31.

⁵³ StaL E 319 Bü 13.

⁵⁴ Im Verlauf seiner Haft infolge der württembergischen Verschwörung wurde er zu einem pietistischen Mystiker. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis war er einer der Gründer der Tempelgesellschaft, die sich in Palästina niederließ.

⁵⁵ [HstaS E 146 Bü 8434–8438]; StaL E 319 Bü 40; StaL E 319 Bü 6.

⁵⁶ StaL E 319 Bü 6; Akt. Darst. neu, S. 16.



Abb 10: Gasthof „Zum Hirsch“ in Eglosheim, ursprünglich im Besitz der Eltern von Georg David Hardegg (1812–1879).

Hardegg brachte aus dem Ausland eine große Begeisterung für die Revolution mit nach Hause, – insbesondere für die französische, die den Bourbonenkönig von seinem Thron vertrieben hatte – vor allem aber eine große Abneigung gegen seinen letzten Arbeitgeber, der ihn seiner Meinung nach schikaniert und unterbezahlt hätte⁵⁷. Hardegg war aus Belgien nach Ludwigsburg zurückgekehrt und soll in den Straßen laut gerufen haben: „Republik oder Tod“⁵⁸. Auch soll er in Wirtshäusern für Republik und Revolution geworben haben⁵⁹. Seine Freunde Groß und Widenmann gewannen den Eindruck, Hardegg sei als glühender Revolutionär zurückgekehrt.

Groß war ein Schützling Franckhs – letzterer hatte dessen Studien in München finanziert – und ein Jugendfreund Hardeggs sowie späterer Ehegatte der Schwester des mitverschworbenen Offiziers Adolph Becher.⁶⁰ Der Medizinstudent Widen-

⁵⁷ StaL E 319 Bü 40.

⁵⁸ StaL E 319 Bü 6.

⁵⁹ HstaS E 301 Bü 21.

⁶⁰ Friedrich Ludwig Groß * Stuttgart 15. 11. 1813, † Ludwigsburg? 29. 5. 1895. Einzelheiten in: Standesamt Stuttgart, Familienregister Bd. 12, 721. Bürgerliste der Anwesenden 1887–1909, Stadtarchiv Ludwigsburg L 34.

mann, der, wie erwähnt, zusammen mit Hardegg in Tübingen studiert hatte, kannte Hardegg ebenso wie Groß aus frühen Schulzeiten⁶¹. Er berichtete über seinen Eindruck von Hardegg nach dessen Rückkehr aus Belgien: „An Ostern 1831 sprach ich ihn zuerst seit seiner Rückkunft in Ludwigsburg. Er predigte mir da mit vielem Eifer seine republikanischen Grundsätze; sie rochen aber damals sehr nach Gallizismen“⁶². Seither hielt Hardegg ausdrücklich an seinen republikanischen Positionen fest⁶³.

Das Fundament seiner republikanischen Anschauungen war seiner Ansicht nach in Belgien gelegt worden⁶⁴. In diesem Zusammenhang ist die Freundschaft zwischen Hardegg und seinem Französischlehrer „Raimond“ zu erwähnen, der im belgischen Exil lebte und den er in Antwerpen kennengelernt hatte⁶⁵. Raimond kehrte nach der Julirevolution nach Frankreich zurück. Hardegg schrieb ihm, er plane ebenfalls nach Paris zu kommen⁶⁶. Hardegg begab sich dann in der Tat nach Paris und nahm dort mit Raimond Kontakt auf, der auch mittels einer Korrespondenz nach Hardeggs Rückkehr aus Paris nach Ludwigsburg aufrechterhalten werden konnte⁶⁷. Dieser Raimond, so ließ Hardegg durchblicken, war Republikaner und gab sich auch als solcher Hardegg gegenüber zu erkennen⁶⁸. „Jean Jacques Raimond“ war das Pseudonym, das Buonarroti sich im Exil zugelegt hatte⁶⁹. Wie wir auch im weiteren Verlauf der Darstellung sehen werden, gibt es zahlreiche Hinweise für mögliche Kontakte Hardeggs und auch Franckhs mit Buonarroti. Die Wahrscheinlichkeit, dass der „Raimond“, von dem Hardegg sprach, niemand anderes als Buonarroti selbst war, ist aufgrund etlicher Belege relativ hoch.

Nach einer kurzen Zwischenperiode in Ludwigsburg ging Hardegg also nach Paris, um dort zwischen Juli und November 1831 seine kaufmännische Ausbildung abzuschließen – nun im Hause des Kaufmanns Amphour⁷⁰. Mehr jedoch als der Eifer im Kaufmannsgewerbe, zog ihn die ideologische Nähe zur Hochburg des europäischen Republikanismus, nach Paris⁷¹. Er wollte seiner republikanischen Begeisterung einen ideologischen Inhalt verleihen. Er sprach von: „Paris, der Herd meiner Idee“⁷².

⁶¹ StAL E 319 Bü 40; [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁶² StAL E 319 Bü 6.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ StAL E 319 Bü 6; StAL E 319 Bü 40.

⁶⁵ Ebd. Buonarroti veröffentlichte bekanntlich 1828 in Belgien sein Hauptwerk: *Conspiration pour l'égalité, dite de Babeuf*.

⁶⁶ StAL E 319 Bü 6.

⁶⁷ Ebd.; HstaS E 301 Bü 21.

⁶⁸ StAL E 319 Bü 33.

⁶⁹ LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S.112–140, insbesondere S.129f.

⁷⁰ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁷¹ Siehe die Aussage Groß: StAL E 319 Bü 6; sowie die Aussage Gustav Widenmanns; ebd.

⁷² Ebd.

In Paris lernte er nach etwas mehr als zwei Monaten die politischen Flüchtlinge aus Göttingen Heinrich Ahrens, Dietz⁷³, Clemens Rust und Theodor Schuster kennen. Sie waren von den Schlachtfeldern Belgiens zurückgekehrt, wo sie als Freiwillige aufseiten der Belgier gegen Holland gekämpft hatten. Die Verbindung zu Belgien und die Sympathie für die Republik verband all diese Männer miteinander⁷⁴. Abgesehen von Rust, der die politische Arbeit aufgegeben hatte, konnte Hardegg von ihnen sagen: „Wir übrigen kamen zusammen und besprachen uns, wie diese Idee einer Republik in Deutschland zu realisieren sei“⁷⁵.

Im Rahmen dieser radikalen Gruppe in Paris dürften wohl Franckh und Hardegg Bekanntschaft geschlossen haben. Man traf sich bei Franckh daheim, da sich die anderen kein Holz leisten konnten, um ihre Zimmer zu heizen⁷⁶. Franckh war zu einer Zeit nach Paris gekommen, in der sich die deutschen politischen Flüchtlinge noch nicht in einem eigenen Verband organisiert hatten. Die Pariser Zweigstelle des PVV wurde erst am 5. März 1832 gegründet, die vorbereitende Versammlung fand am 23. oder 24. Februar 1832 statt. Es mag der Eindruck entstehen, dass Franckh bei derartig schwankenden Verhältnissen einen Verein der deutschen Republikaner im Pariser Exil als Mittelpunkt seiner Arbeit aufbauen wollte. Heine, den er, wie erwähnt, zu einer eindeutigen politischen Position drängte, konnte er für seinen Kreis nicht gewinnen. Franckh sprach sich daher später verächtlich – nicht frei von judenfeindlichen Vorurteilen – über ein Treffen mit dem „Juden Heine“ aus, den er kurz vorher eifrig umworben hatte. Insgesamt wollte er „für die Idee [der Republik] soviel als möglich Gleichgesinnte schaffen“⁷⁷. Diese Bemühungen wurden von Heine negativ und ablehnend beurteilt. Er griff Franckh heftig an – wohl als Reaktion auf die von Franckh verbreiteten Gerüchte, Heine sei ein österreichischer Agent, Heine sei korrupt⁷⁸ und wohl ein Spion der „Heiligen Allianz“⁷⁹. Heine heftete Franckh „Etiketten“ wie zum Beispiel „Die rote Wut“ an⁸⁰ und bezeichnete den Versuch, die deutschen Flüchtlinge zu einem republikanischen Verband zusammenzuschließen, als „jakobinische[n] Veitstanz“⁸¹.

Auch Börne⁸² und andere Flüchtlinge, wie der Kaufmann Hermann Wolfrum (auch Wolfram genannt) aus Hof⁸³ und der Schriftsteller und Journalist Heinrich Garnier, gerieten in diesen umtriebigen radikalen Kreis von Exildeutschen. Börne

⁷³ Vorname unbekannt.

⁷⁴ StAL E 319 Bü 6.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Akt. Darst. alt, S. 53.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Auch im weiteren Verlauf siehe vor allem HEINE, Sämtliche Schriften (Briegleb) 4, S. 71.

⁸¹ Ebd.

⁸² Börne hatte Franckh und Seybold zum ersten Mal in Karlsruhe im April 1831 getroffen, als die beiden nach Paris aufbrachen. 1832 trafen sich Börne und Franckh in Hambach und in Baden-Baden. Börne, Personen und Adressenverzeichnis, BAF.

⁸³ HEINE, Sämtliche Schriften (Briegleb) 4, S. 72.

belächelte Franckhs Begeisterung, die sogar seine eigene in den Schatten stellte, ein wenig⁸⁴ und beschrieb ihn mit den Worten: „Warmer Kopf – extravagante Politik – systematischem Terrorismus huldigend. Leidenschaftlich“⁸⁵. Über Börnes jüdische Herkunft sind von Franckh keine missfälligen Bemerkungen bekannt. Heine, der sich damals vom Republikanismus abgewandt und dem Bonapartismus zugewandt hatte, ließ sich ironisch über den Kreis, der sich da um Franckh versammelt hatte, aus: „Der Kreis jenes Wahnsinns, als dessen Mittelpunkt der berühmte Buchhändler F. [ranckh] zu betrachten war“⁸⁶.

Für Heine ergänzten sich Franckh und Börne, trotz der leichten Kritik, die in Franckhs Charakterisierung durch Börne durchklingt: „Dieser F[ranckh], man sollte es kaum glauben, war ganz der Mann nach dem Herzen Börnes. Die rote Wut, die in der Brust des Einen kochte, das dreitägige Juliusfieber, das die Glieder des Einen schüttelte, der jakobinische Veitstanz, worin sich der Eine drehte, fand den entsprechenden Ausdruck in den Pariser Briefen des Anderen“⁸⁷. Über Franckhs Verhältnis zu ihm im Vergleich zu Heine schrieb Börne ironisch: „Auf mich hält er viel als treuen Bruder Jakobiner. Den Heine schlägt er gewiß noch einmal tot“⁸⁸. Börne bezeichnet Franckh als guten Bekannten⁸⁹.

Nach Franckhs Abreise wurde Börne – so meinte Heine – zum Lebensgeist dieses Kreises, also: „Der Wahnsinn blieb derselbe, aber mit Polonius zu reden, es kam Methode hinein“⁹⁰. Auch Gustav Eduard Kolb, Redakteur der *Allgemeinen Zeitung* und als „Mann“ Cottas ohnehin Franckh gegenüber ablehnend eingestellt, spottete über die Franckh’schen Umtriebe in Paris und fragte, wie viele Menschen Franckh wohl Achtung entgegenbrächten⁹¹. Als Franckh nach Deutschland zurückreiste, konnte Heine lästern, „das provisorische Direktorium Deutschlands sei abgereist“⁹².

Wie erwähnt, bereute Heine seine ironische Haltung Franckh gegenüber und zollte ihm Respekt, als er erfuhr, dass Franckh auf der Festung Hohenasperg arretiert wurde, weil er an seinen Zielen festgehalten hatte. Börne wunderte sich über Franckhs Mut, aus dem sicheren Paris nach Deutschland zurückzukehren⁹³.

Franckhs Beziehungen zu den deutschen Republikanern in Paris waren grundsätzlich problematisch. Mit Garnier geriet er über finanzielle Fragen in Konflikt. Die Göttinger Flüchtlinge waren verärgert, weil er ihnen kein Material zur Über-

⁸⁴ Siehe S. 277 Anm. 32. Börnes Brief an J. Wohl vom 7. Februar 1832.

⁸⁵ Börne, Personen- und Adressenverzeichnis, BAF.

⁸⁶ HEINE, *Sämtliche Schriften* (Briegleb) 4, S. 71.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ BÖRNE, Briefe an Jeanette Wohl, Paris, Dienstag, den 7. Februar 1832, in: DERS., *Sämtliche Schriften* 5, S. 167.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ HEINE, *Sämtliche Schriften* (Briegleb) 4, S. 72.

⁹¹ Kolb an Cotta, Paris den 26. Januar 1832, in: SCHILLER, Briefe an Cotta, 2, S. 305.

⁹² StaL E 319 Bü 6.

⁹³ BÖRNE, Briefe an Jeanette Wohl, Paris, Dienstag, den 7. Februar 1832, in: DERS., *Sämtliche Schriften* 5, S. 167 f.

setzung ins Deutsche gab, das ihm als Verleger nach seiner Rückkehr nach Deutschland hätte nützlich sein und ihre finanzielle Not hätte etwas lindern können⁹⁴. Hardegg dagegen versorgte er mit der Arbeit einer Romanübersetzung – „Jakie. Ein politisches Gemälde aus der Revolution“⁹⁵.

Während Franckhs Aufenthalt in Paris gab es, wie erwähnt, zunächst keinen Verein der deutschen Flüchtlinge, wie er später durch die Gründung der Zweigstelle des PVVs entstehen sollte⁹⁶. Franckh und Hardegg meinten, alle Männer in Paris seien der gleichen Meinung, ein jeder könne nach seinem eigenen Gutdünken ohne Koordination zugunsten der Errichtung einer Republik in Deutschland arbeiten. Franckh fügte hinzu: „Wir hatten uns nur gegenseitig zugesagt und vorgenommen, daß jeder unabhängig von dem anderen und ganz innerhalb seiner eigenen Sphäre für die gemeinschaftliche Idee wirken sollte. Die Mittel waren jedem einzelnen überlassen“⁹⁷. Ganz ähnlich äußerte sich auch Hardegg⁹⁸. Und Groß, wohl unter Berufung auf Hardegg, behauptete, es ginge nicht um einen formalen Verein, denn man hätte keine offizielle Satzung, sondern um Kontakte und Zusammenkünfte. In diesem Sinne sei der Begriff „Verein“ zu verstehen⁹⁹.

Den Kontakt zu den deutschen Flüchtlingen hielten Hardegg und Franckh auch nach ihrer Rückkehr nach Württemberg aufrecht, wie aus der Korrespondenz mit Schuster deutlich wurde. Auch mögen die Reise von Friedrich Wilhelm Knöbel, dem relegierten Lehrer aus der Pfalz und Verbindungsmann des Reformvereins zu verschiedenen Kontaktpersonen im Untergrund, nach Paris oder die infolge einer Krankheit abgesagten Reisepläne Franckhs in die französische Hauptstadt darauf hindeuten, dass die Verbindungen zur deutschen Exilkolonie aufrechterhalten wurden, obwohl deren Hauptzweck den Kontakten mit französischen Republikanern und polnischen Revolutionären im französischen Exil galten. Auf jeden Fall dürfen wir davon ausgehen, dass Franckh dabei behilflich war, die Infrastruktur für die Gründung einer Zweigstelle des PVVs in Paris zu legen, aus der später der Deutsche Volksverein hervorgehen sollte, der erste Verein in einer Reihe selbstständiger Organisationen deutscher Flüchtlinge in Paris. Heine, der sich mit seinem Tadel für Franckh nicht zurückgehalten hatte, wurde selbst Mitglied des PVV-Komitees in Paris¹⁰⁰. Der Apothekergehilfe und Mitverschwörer Gottlieb Mayer gab an, die radikalen Deutschen hätten in Paris eine Art Geheimbund gegründet, zu dem auch Hardegg und Franckh gehörten und der auf eine Revolution in Deutschland hinwirke. Darüber hinaus habe dieser Bund oder Verein Kontakte zur

⁹⁴ StaL E 319 Bü 6.

⁹⁵ StaL E 319 Bü 40.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Akt. Darst. alt, S. 54. Mit ähnlicher Devise ging auch die Versammlung bei Schoppmann am Ende des Hambacher Festes auseinander.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ StaL E 319 Bü 6.

¹⁰⁰ RUCKHÄBERLE, Frühproletarische Literatur, S. 13.

„Société des Amis du Peuple“¹⁰¹. Im Gegensatz zu Mayer glaubte Groß, dieser „Verein“ arbeite unabhängig von der „Société des Amis du Peuple“¹⁰².

Franckh unterhielt Kontakte zu mehreren Männern in Frankreich, darunter auch zu Angehörigen der Armee und der parlamentarischen Opposition sowie zu wichtigen Persönlichkeiten wie Lafayette, die zusammen mit dem PVV an den Solidaritätsaktionen für Polen beteiligt waren. Franckh und Hardegg behaupteten, in Paris wäre die geläufige Ansicht, die Monarchien hätten ausgespielt und eine Revolution mit republikanischer Richtung stünde bevor. Franckh erwähnte, er sei in dieser Meinung besonders infolge seiner Kontakte mit Mauguin, Marschall Clauzel¹⁰³ und dem spanischen General Navarro¹⁰⁴ sowie der indirekten Verbindung mit dem liberalen britischen Lord Holland bestärkt worden¹⁰⁵. Eine einhergehende Untersuchung der Pariser Kontakte Franckhs und der damit verbundenen Fragen kann im Rahmen der vorliegenden Darstellung nicht erfolgen. Relevant für unsere Fragen sind die möglichen Verbindungen Franckhs und Hardeggs zu der Gruppe der Radikalen unter den französischen Republikanern – der „Société des Amis du Peuple“. Auch Börne wusste zu berichten, dass Franckh Kontakte zur Partei der jungen Republikaner in Paris gesucht hatte¹⁰⁶. Gemeint ist wohl der radikalste Flügel, aus dem neue junge Persönlichkeiten hervorgetreten waren, unter denen besonders einer auffiel: Blanqui¹⁰⁷. Über die Kontakte zwischen Hardegg und Franckh zu dem französischen Verein berichtete der Tübinger Untersuchungsrichter Habermas¹⁰⁸. Seybold wiederum schreibt in seinen „Erinnerungen aus

¹⁰¹ StaL E 319 Bü 6.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Akt. Darst. alt, S. 54. Bertrand Clauzel war ehemaliger napoleonischer General. Er wurde von Napoleon für seine Verdienste geadelt. 1816 floh er in die Vereinigten Staaten, um der Verurteilung vor Gericht zu Beginn der Restauration zu entgehen. Er kehrte 1820 nach Erhalt einer Amnestie nach Frankreich zurück. Zu Beginn der Regierung Louis-Philippes diente er kurze Zeit als Gouverneur von Algerien. Im Februar 1831 erhielt er den Titel eines Marschalls. Im Oktober 1831 wurde er zum Abgeordneten gewählt.

¹⁰⁴ Ebd., S. 53. Navarro wurde als Erzieher eines Sohnes von Don Carlos bezeichnet, dem reaktionären Bruder des spanischen Königs Ferdinand VII. Nach dem Tod seines Bruders Ferdinand VII. 1833, beanspruchte Don Carlos die Thronnachfolge. Als ihm diese verweigert wurde, zettelte er einen Bürgerkrieg – den Ersten Carlistenkrieg – an.

¹⁰⁵ Ebd. Lord Henry Richard Holland hatte sich durch seine Unterstützung der „Reform Bill“ und der Unterstützung des Planes den aufständischen Polen militärische Hilfe zu gewähren den Ruf eines progressiven Repräsentanten im britischen Oberhaus erworben. Er nahm eine franzosenfreundliche Politik nach 1789 ein und wehrte sich gegen die Verbannung Napoleons nach St. Helena. Franckh sagte aus, Lord Holland soll die Meinung geäußert haben, falls das englische Oberhaus die „Reform Bill“ ablehnen sollte, dürfte eine Revolution in England ausbrechen. Auch im Falle ihrer Annahme wäre eine Revolution nur aufgeschoben; ebd.

¹⁰⁶ Börne, Personen- und Adressenverzeichnis, BAF.

¹⁰⁷ Ruckhäberle merkt zu Recht an, dass die Frage der Verbindungen zwischen französischen und deutschen Republikanern noch nicht untersucht worden ist; siehe RUCKHÄBERLE, Frühproletarische Literatur, S. 15.

¹⁰⁸ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

Paris“ über ein Treffen der „Société des Amis du Peuple“, was besagt, dass er dort zugegen war und vermutlich dürfte Franckh, dem er als Begleiter diente, diesem Treffen ebenfalls beigewohnt haben¹⁰⁹.

Eine weitere Quelle, die auf Kontakte Franckhs – und wohl auch Hardeggs – nicht nur zur „Société des Amis du Peuple“ allgemein hinweist, sondern auch zu deren harten Kern, praktisch also zur geheimen Führungsriege dieser Gesellschaft, zu der Voyer d’Argenson und Filippo Buonarroti¹¹⁰ gehörten, sind die Erinnerungen Joachim de Pratis, eines alten Angehörigen der *Carbonari* und engen und langjährigen Friends Buonarrotis, in der englischen Zeitung *The Penny Satirist*. Diese Erinnerungen bezeichnete A. Lehning als „an important source for the history of this international underground world“¹¹¹. Über ein Treffen zwischen Franckh, einer anonymen Person, die sich ihm mit Voyer d’Argenson angeschlossen hatte und der Führung der „Société des Amis du Peuple“ schreibt de Prati: „One morning, on visiting one of my friends, M. V. d’A. [Voyer d’Argenson] he gave me the address of three German gentlemen, two of whom had come to combine with the leading members of the republican party some movement in the south of Germany. I was compelled to visit them, and to introduce them to the heads of the ‚Société des Amis du Peuple‘. One of the two gentlemen was a personal friend, the other Mr. F. [Franckh?] the same who now expiates his political faux pas in one of the fortresses of Wurtemberg. I went instantly upon my errand and was thus implicated in a new plot, which, as the events have shown, did not turn out better than that of the Italians“¹¹².

Interessant ist, dass nach Meinung de Pratis nicht nur Garnier indirekt in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt hatte, sondern auch Heine und Friedrich List, Franckhs Freund, der sich zu jener Zeit in Paris aufhielt¹¹³. Es stellt sich die Frage, wer der zweite, als „persönlicher Freund“ bezeichnete Deutsche wohl war. Han-

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Von der Infiltration öffentlicher Vereine durch Buonarroti und seine Geheimbünde war bereits ebenso die Rede, wie von der hierarchischen Struktur dieser Bünde, an deren Spitze u. a. Buonarroti und d’Argenson standen, die damit die höchste Ebene der Geheimbünde darstellten und allein um das wirkliche Ziel einer Revolution also einer egalitären Gesellschaft auf der Basis des Gemeinbesitzes wussten.

¹¹¹ LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S. 117. De Prati wurde am 26. 1. 1790 in Südtirol geboren. Durch seine Erinnerungen wurde er zu einer Art Chronist des internationalen Untergrunds des frühen 19. Jahrhunderts.

¹¹² *The Penny Satirist*, 22. 6. 1839. Ein Exemplar der Zeitung findet sich in der British Library. De Prati bezieht sich im weiteren Verlauf auf den aufgefliegenen Plan Mazzinis im Juni 1832 in Italien den Aufstand auszurufen und auf den gescheiterten Zug Mazzinis nach Savoyen im Februar 1834.

¹¹³ List vermittelte auch zwischen Franckh und dem Adjutanten des erwähnten Marschalls Soult. Dies stützt die seit Neuestem auch in der Sekundärliteratur verbreiteten Ansicht, nach der Heine, wenn auch widerwillig, zu jener Zeit in der deutschen Exilkolonie tätig war; siehe RUCKHÄBERLE, Frühproletarische Literatur, S. 15. Zur Mitgliedschaft Heines im Komitee des PVVs in Paris und seine Kontakte zum Deutschen Volksverein und dem Bund der Geächteten; ebd., S. 13 ff.

delte es sich um Börne oder vielleicht um Dr. Schuster, einen der Göttinger Flüchtlinge? Oder war es Hardegg, dessen alte Kontakte mit „Raimond“ vielleicht wirklich Kontakte zu Buonarroti waren? Koseritz war der Ansicht, Franckh sei Buonarroti von Hardegg vorgestellt worden¹¹⁴. Wenn dem so war, dann dürfte sich die letzte Vermutung bestätigen. Koseritz gab an: „Franckh sagte mir, er sei in Paris durch die Vermittlung eines alten Italieners namens Buonarroti aufgenommen worden“¹¹⁵. Und weiter führte er aus, er habe von Hardegg gehört, er, Hardegg, sei in Paris in den Geheimbund „Propaganda“ aufgenommen worden¹¹⁶. Auch über Franckh wollte er erfahren haben, dass dieser in Paris Mitglied eines Geheimbundes geworden sei, was jedoch zweifelhaft ist. Kontakt hatte Franckh aber anscheinend zu der republikanisch-revolutionären Untergrundführung in Paris. Doch Franckh, Hardegg und ihre Freunde bildeten keine Zweigstelle oder Zelle dieser Untergrundbewegung, wie dies die Behörden der deutschen Einzelstaaten und eben auch die Untersuchungsbehörden der Verschwörung in Württemberg gerne konstatierten, um im Sinne Metternichs Paris als Schaltzentrale einer internationalen Geheimorganisation darzustellen, an der auch deutsche Radikale Anteil hatten. Hardegg berichtete „Raimond“ nach seiner Rückkehr aus Paris nach Deutschland über die Entschlossenheit der Gruppe deutscher Republikaner (Göttinger Flüchtlinge, Franckh, Hardegg) für die Errichtung einer Republik in Deutschland zu agieren¹¹⁷. Aus Hardeggs Worten ergab sich, dass die deutschen Republikaner in Paris dem revolutionären Untergrund in Frankreich nahe standen, jedoch kein Bestandteil dieser Bewegung waren. Es gibt darüber hinaus einige Belege für Kontakte zwischen Franckh, Buonarroti und dem französischen Untergrund. Koseritz berief sich auf Dorn, der ihm gesagt hatte, Hardegg habe einen „vorzüglichen Umgang“ mit Buonarroti¹¹⁸. Auf die Kontakte zur Führung des republikanischen Untergrunds in Paris wies auch eine erneute für Ende 1832, Anfang 1833 geplante Reise Franckhs nach Paris hin, die er infolge einer Erkrankung aber absagen musste. Franckh wollte dort Cavaignac treffen, von dem er einen Einladungsbrief erhalten hatte. Als Franckh die Reise nicht antreten konnte, bat er Hardegg an seiner Stelle zu fahren. Hardegg weigerte sich jedoch wegen der zahlreichen Verpflichtungen an der Universität, an der er sein Medizinstudium aufgenommen hatte¹¹⁹. Hardegg bewahrte jedoch unter seinen Papieren die berühmte Verteidigungsrede Cavaignacs aus dem Prozess gegen die 15 Anführer der „Gesellschaft der Volksfreunde“ auf, ein Umstand, der wenigstens auf eine bestehende ideologische Tuchfühlung hinweist¹²⁰.

¹¹⁴ HstaS E 285 Bü 82.

¹¹⁵ HstaS E 285 Bü 81; Akt. Darst. alt, S. 56.

¹¹⁶ HstaS E 285 Bü 81.

¹¹⁷ StaL E 319 Bü 6.

¹¹⁸ StaL E 319 Bü 15. An anderer Stelle gibt Koseritz an, die Dinge von Dorn oder Groß gehört zu haben. HstaS E 285 Bü 82.

¹¹⁹ HstaS E 285 Bü 82. Hardegg hatte am 10. November 1832 sein Studium begonnen.

¹²⁰ HstaS E 301 Bü 39.

Seybold berichtete in den „Erinnerungen“ über seinen Eindruck von der „Gesellschaft der Volksfreunde“ und stellte fest, dass die wesentliche Aktivität dieser Gesellschaft auf die unteren Stände, die Arbeiter – *Ouvriers* – gerichtet war: „Die Gesellschaft der Volksfreunde sucht besonders auf die unteren Stände zu wirken. In jeder Sitzung wird eine möglichst große Zahl *Ouvriers* eingeführt, um den republikanischen Geist im Volke zu verbreiten“¹²¹. Für Seybold bedeutete die Republik das Ende der Auseinandersetzung zwischen den müßigen Reichen und den werktätigen Armen. Die dem einfachen Volk auferlegten Abgaben sollten um ein Viertel reduziert und aus dem Überschuss der Reichen erzielt werden¹²². Seybold gewann also den Eindruck, dem Kampf um größere gesellschaftliche Gleichberechtigung komme die oberste Priorität dieses französischen Verbandes zu. Und als ob er alle Zweifel an der Quelle dieser Ideen beseitigen wollte, wies er immer wieder auf die Rolle des Frühkommunisten Buonarroti hin, den er als „altes Konventsglied“¹²³ bezeichnete, „das wir öfters besuchten“¹²⁴. Die Kontakte zu Buonarroti waren also nicht frei erfunden. Hardeggs Position war ebenfalls stark von frühsozialistischen und frühkommunistischen Gesichtspunkten geprägt. Sein Schulfreund, späterer Studienkollege und politischer Agitator an seiner Seite, Gustav Widenmann, stellte Hardegg als einen praktischen Analytiker dar: „Er [Hardegg] wußte alles zu verbinden. Er sagte, zuerst müßte man für die physische Gesundheit der Menschen sorgen und dann erst für die geistige“¹²⁵. Auf den Zusammenkünften mit französischen Republikanern hielt sich Hardegg zurück, wodurch er anscheinend einen positiven Eindruck auf diese machte. Widenmann meinte: „Doch verschaffte ihm seine Kälte und seine Ruhe unter den französischen Republikanern das Prädikat eines *homme sage*“¹²⁶.

Hardegg kam auf seinem Rückweg von Paris nach Ludwigsburg wohl gegen Ende November 1831 durch Straßburg und traf dort eine Gruppe von deutschen Republikanern, vor allem aber Hermann Rauschenplat, einen der Initiatoren des Göttinger Aufstandes¹²⁷. Rauschenplat hatte wohl auf dem Abschlusstreffen in Hambach bei Schoppmann zu den Gesandten des PVVs in Süddeutschland gezählt. Während seiner Reise durch Süddeutschland hatte er anscheinend auch Hardegg in Ludwigsburg besucht¹²⁸, um die Möglichkeit eines bewaffneten Aufstandes im Süden abzuschätzen¹²⁹. Über Hardegg hatte Rauschenplat auch Groß und später

¹²¹ SEYBOLD, *Erinnerungen*, S.263. In kleinerem Rahmen versuchten dies auch Malté und Schmidlin mit den Gesellen, die sie der Montagsgesellschaft zuführten.

¹²² Ebd., S.267.

¹²³ Ebd., S.311.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ StaL E 319 Bü 6.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ StaL E 319 Bü 33; StaL E 319 Bü 6; Rauschenplat nahm auch am Frankfurter Wachensturm teil und vermochte nach Straßburg und später in die Schweiz zu entkommen.

¹²⁸ StaL E 319 Bü 33; StaL E 319 Bü 14; StaL E 319 Bü 6.

¹²⁹ Rauschenplat hatte sich auch in Heidelberg aufgehalten und war dort mit dem radikalen Führer der Burschenschaft, Brüggemann, zusammengetroffen. Dieses Treffen wird in

Dorn kennengelernt, der ihn mit Koseritz bekannt machte¹³⁰. Von Ludwigsburg aus setzte er seine Reise nach Stuttgart fort, wo er Lohbauer traf¹³¹. Mit einem Empfehlungsschreiben von Groß für Mayer ging es dann weiter nach Tübingen. Hier nahm er Kontakt zu Jäger auf, dem Führer der örtlichen Burschenschaft¹³².

Groß sagte später aus, dass sich Rauschenplat ihm gegenüber wie ein „revolutionäres Untier“ benahm¹³³. In einem ähnlichen Ton äußerten sich auch Koseritz und Dorn¹³⁴. Ob er auch Franckh getroffen hatte, bleibt unklar. Auf jeden Fall hinterließ Rauschenplat wohl keinen bleibenden Eindruck bei den Verschwörern in Württemberg.

In seinem schon erwähnten Brief vom 7. Februar 1832 schrieb Börne an Jeanette Wohl in Frankfurt, Franckh sei auf dem Wege, sie zu besuchen¹³⁵. In einem weiteren Brief vom 7. März 1832 brachte er sein Bedauern zum Ausdruck, dass Franckh zu einem Besuch während seines flüchtigen Aufenthaltes in der Stadt keine Zeit gehabt habe, denn „es war rätlich, sich nicht lange in Frankfurt aufzuhalten“¹³⁶. Diese Reise ist in dem gerichtlichen Belegmaterial nicht dokumentiert. Da Franckh erst im März 1832 aus Paris nach Ludwigsburg zurückgekehrt war, ist es erstaunlich, dass Börne schon am 7. März über diese Reise schreiben konnte. Wenn Franckh wirklich in Frankfurt gewesen war, dann wohl unmittelbar im Anschluss an seine Rückkehr nach Deutschland oder vielleicht sogar auf seinem Weg von Frankreich nach Stuttgart. Zweck und Ziel dieser Reise sind nicht bekannt. Franckh fuhr seit seiner Rückkehr ohnehin viel und häufig in Deutschland umher. Er besuchte das Fest in Hambach und war in Karlsruhe¹³⁷, vielleicht sogar in Mannheim anzutreffen¹³⁸. Einigen Quellen zufolge war er unmittelbar nach dem Hambacher Fest in Karlsruhe¹³⁹.

Nach Hardeggs Rückkehr in das Haus seiner Eltern in Eglosheim bei Ludwigsburg im Dezember 1831 arbeitete er auf zwei Ebenen¹⁴⁰. Einerseits bereitete er sich auf sein Medizinstudium in Tübingen vor, das er im November des nächsten Jahres aufnehmen sollte¹⁴¹. Andererseits unternahm er merkwürdige Versuche, geheim-

einem Brief Brüggemanns an die Vorsitzenden des PVVs in Zweibrücken erwähnt, der auf die Bereitschaft zum gewaltsamen, bewaffneten Handeln hinweist; siehe Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate S. 43, 124 ff.

¹³⁰ Akt. Darst. alt, S. 73 f.

¹³¹ Ebd., S. 74.

¹³² Ebd.

¹³³ Ebd., S. 73.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ BÖRNE, Brief an Jeanette Wohl, Paris, Dienstag, den 7. Februar 1832, in: DERS., Sämtliche Schriften 5, S. 167 f.

¹³⁶ Ebd., S. 194.

¹³⁷ Aussage Franckh: StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

¹³⁸ Aussage Franckh: StaL E 319 Bü 6 Qu. 1242.

¹³⁹ Ebd.; Akt. Darst. neu, S. 18.

¹⁴⁰ Akt. Darst. neu, S. 17.

¹⁴¹ In die Matrikel der Universität Tübingen schrieb sich Hardegg am 10. November 1832 ein. Verzeichnis der Studierenden auf der Königlichen Universität Tübingen Herbst 1828 bis

bündlerische Zellen zu gründen. Noch in der Zeit zwischen seiner Rückkehr aus Belgien und der Reise nach Paris konnte er seinen Freund Groß für den von ihm initiierten republikanischen „Verein“ gewinnen. Groß wurde gebeten, auf einen Fragenkatalog über die gesellschaftliche Situation Antwort zu geben. Ziel des Vereins, so sagte man ihm, sei die Errichtung einer Brücke zwischen den Republikanern verschiedener Länder¹⁴². Darüber hinaus wurde Groß gebeten, einen Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Im März 1832 gewann Hardegg einen anderen Freund, Gottlieb Mayer, den er ebenfalls bereits aus seiner Schulzeit kannte¹⁴³, für den „Verein“, in dem anscheinend auch Franckh und die Göttinger Flüchtlinge in Paris Mitglieder waren¹⁴⁴. Ihnen wurde gesagt, sie gehörten zum dritten und letzten Rang dieses Vereins¹⁴⁵, gemäß der organisatorischen Tradition der Freimaurer und der *Carbonari*. Offenbar war Franckh selbst Freimaurer¹⁴⁶. Hardegg versuchte im Dezember 1832 auch Dorn für diesen „Verein“ mittels jenes Fragebogens zu gewinnen, den er dann an Koseritz weiterreichte. Und so konnte Franckh vor den Untersuchungsrichtern behaupten: „Es ist dies keine eigentliche Propaganda, sondern eine republikanische europäische Maurerei“¹⁴⁷. Hardegg gab dagegen an, die Idee einer derartigen Vereinsgründung sei ihm bei der Lektüre von Material über die Freimaurer und den Orden der Illuminaten gekommen¹⁴⁸. Zu dem „Verein“, dem sich auch Dorn und Koseritz anschließen sollten, soll angeblich auch Cavainac gehört haben. Dies jedenfalls behauptete Koseritz, der diese Information von Franckh erfahren haben wollte¹⁴⁹. Entweder wollte Koseritz den Behörden nach dem Mund reden und sich entlasten, in dem er Hardegg und Franckh als Drahtzieher einer europäischen „Propaganda“ stilisierte oder ein im Ansatz stecken gebliebener Versuch der Gründung einer Geheimgesellschaft wurde stark aufgewertet.

Sechszwanzig Fragen wurden Dorn und Koseritz im Rahmen der gerichtlichen Untersuchung nach dem Auffliegen der Verschwörung vorgelegt. Auch dort war von einer „europäischen Maurerei“ die Rede, welche die Idee Rousseaus verbreiten sollte¹⁵⁰. Viele Einzelheiten im Zusammenhang mit diesem Verein blieben im Dunkeln oder sind einfach unvorstellbar, wie zum Beispiel die Mitgliedschaft der mehrheitlich mit Franckh zerstrittenen Göttinger Flüchtlinge in Paris oder die Ansicht, Gärth, Wirth, Siebenpfeiffer, Rauschenplat und schließlich auch Cavai-

Ostern 1832, Univ. Archiv. Tüb. Hardegg musste sich philosophische Vorkenntnisse aneignen, die als Bedingungen zum Medizinstudium galten.

¹⁴² Akt. Darst. alt, S. 56.

¹⁴³ StAL E 319 Bü 6. Gottlieb Heinrich Mayer * Ludwigsburg 29.11.1811, † USA?. Diese Information verdankt der Verfasser Dr. A. Wankmüller aus Tübingen.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Ebd., S. 54.

¹⁴⁶ Siehe den Brief an Waiblinger vom 17. Februar 1823; LB Stgt. Handschriften Cod. Hist. 40 341.

¹⁴⁷ StAL E 319 Bü 6, S. 61.

¹⁴⁸ Ebd., S. 57.

¹⁴⁹ Ebd., S. 61.

¹⁵⁰ StAL E 319 Bü 33.

gnac selbst seien Mitglieder dieses Vereins gewesen. Aber auch Franckhs angeblich an Koseritz gerichtete Worte, dieser Verein bestünde seit 1786 und habe alle vorangehenden Revolutionen initiiert, Robespierre und seine Gefährten seien Mitglieder in diesem Verein gewesen, dessen Mitglieder in drei Kategorien eingeteilt seien und sich als „Gesellschaft der Volksfreunde“ bezeichneten, sind schwer vorstellbar. Diese Anhäufung von Ungereimtheiten sind unglaublich und erwecken den Verdacht, die Untersuchungsbehörden hätten hier ihre Hände mit im Spiel gehabt, indem sie versuchten, die württembergische Verschwörung mit einem globalen „Komplott“ in Verbindung zu bringen und dabei vielleicht von einigen der Befragten unterstützt wurden, die den Untersuchungsbehörden nach dem Mund redeten¹⁵¹.

Im vorliegenden Zusammenhang ist die Anmerkung ausreichend, dass eine Gleichstellung der „Gesellschaft der Volksfreunde“ mit einem hierarchischen Geheimbund der *Carbonari* völlig aus der Luft gegriffen sein dürfte. Die französische „Gesellschaft der Volksfreunde“ war offen und hatte eine horizontale Struktur. Die Verbände der *Carbonari* oder die Vereine Buonarrotis waren geheim und hierarchisch organisiert. Der Brief, den Franckh seiner Aussage nach Ende 1832 oder Anfang 1833 erhalten und der ihn nach Paris eingeladen hatte, belegt, wie auch andere erwähnte Briefe der französischen Republikaner, eine Verbindung mit ihnen. Wenn Cavaignac tatsächlich einen derartigen Brief geschrieben hatte, dann besteht Grund für die Vermutung, es habe ein Kontakt zu dem französischen „Verein für Menschen- und Bürgerrechte“ bestanden, deren Präsident Cavaignac war. Dieser Verein war zunächst praktisch ein linker Flügel der „Gesellschaft der Volksfreunde“ und trat Ende 1832 deren Nachfolge an, nachdem sich die „Gesellschaft der Volksfreunde“ seit dem Juni Aufstand von 1832 in Paris allmählich aufgelöst hatte.

Somit bestehen Anzeichen für Kontakte mit Buonarroti und d’Argenson, das heißt mit den Anführern der republikanischen und frühkommunistischen Geheimorganisationen und, im Falle Cavaignacs, mit dem Führer der „Gesellschaft der Volksfreunde“ und des späteren „Vereins für Menschen- und Bürgerrechte“. Cavaignac selbst war kein Mitglied in einem Verein Buonarrotis¹⁵². Die Volksvereine aber waren für Buonarroti, d’Argenson und Teste ein Instrument im Falle einer Revolution die Volksmassen zu mobilisieren und mittelbar zu steuern. Daher kann man sagen, es habe indirekt eine Verbindung über die Volksvereine zu den Vereinen Buonarrotis bestanden. Kooperation jedoch oder Kontakt heißt noch lange nicht, dass in Württemberg eine Zweigstelle der „Propaganda“ oder der für 1832 und Anfang 1833 relevanten Bewegung Buonarrotis der *Charbonnerie Réfor-*

¹⁵¹ Zur Erklärung der Existenz des genannten Vereins, der durch eine Verschwörung zur Errichtung der Weltrepublik führen sollte siehe VALJAVEC, Politische Strömungen, S. 293 ff.; vgl. KOSELLECK, Kritik und Krise, S. 113f.; BIEBERSTEIN, These von der Verschwörung, passim.

¹⁵² LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S. 133.

mée gegründet worden war¹⁵³. Dieser Verein war auch noch nicht so international ausgerichtet wie der Bund der *Charbonnerie Universelle*, der jedoch erst Ende 1833 entstehen sollte¹⁵⁴.

Die Behauptung der württembergischen Angeklagten, es habe sich um einen Orden der Freimaurer mit republikanischen Anschauungen eines Rousseau gehandelt, erregte Verdacht; denn auch die karbonaristischen Gruppen in Europa pflegten sich den äußeren Anschein eines unschuldigen Ordens der Freimaurer zu geben¹⁵⁵, zumal Parallelen in der inneren Struktur und in den Ideen beider Organisation bestanden¹⁵⁶. In Württemberg fanden sich allerdings keine Anzeichen für eine karbonaristische Organisation mit Geheimsymbolen, pseudoreligiösen Ritualen, Treueschwüren und ähnlichen Merkmalen¹⁵⁷. Die erwähnten, in diese Richtung unternommenen Bemühungen blieben letztendlich nur Versuche, ohne dass wir über das Maß ihrer Ernsthaftigkeit irgendwelche Aussagen treffen könnten¹⁵⁸.

In der württembergischen Verschwörung bestand eine lockere Struktur einer zahlenmäßig eng begrenzten Führungsgruppe, innerhalb derer es nur in einem Falle – der Wahl Franckhs zum Verbindungsmann mit den Sympathisanten von außen auf dem Treffen in Löchgau nordöstlich von Ludwigsburg im Dezember 1832 – zu einer formalen Ernennung kam¹⁵⁹. Die Verschwörer in Württemberg standen in Verbindung mit Verbündeten von außen, die ebenfalls – wohl in Entsprechung zu dem in Württemberg üblichen Verfahren – Kontakte zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen pflegten¹⁶⁰.

¹⁵³ Ebd., S. 132.

¹⁵⁴ LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S. 134; GARRONE, Filippo Buonarroti, S. 173; im Gegensatz zur Position von ROOS, Tübinger Romantik, S. 33–54, hier S. 46–54, der die württembergische Verschwörung für ein Ergebnis einer internationalen Aktion der *Charbonnerie Démocratique Universelle* hält, die wie gesagt erst Ende 1833 entstand.

¹⁵⁵ So behaupteten z. B. die Dekabristen in Russland vor den Untersuchungsbehörden sie seien „Freimaurer“; siehe WOLKONSKIJ, Dekabristen, S. 93; GRAB, Demokratische Strömungen, S. 99.

¹⁵⁶ HANSCHMIDT, Republikanisch-demokratischer Internationalismus, S. 39. Lehning merkt an, dass die Geheimbünde Buonarrotis auf der „essence of a secret society defined by Adam Weishaupt“ beruhten, LEHNING, Buonarroti and His International Secret Societies, S. 116.

¹⁵⁷ Stal E 319 Bü 40, 50.

¹⁵⁸ Der Männerbund, der nach dem Wachensturm in Frankfurt gegründet wurde, war bereits durch eine strenge Organisation und Einteilung in Zellen von jeweils fünf Männern gekennzeichnet. Diese Idee war schon zuvor von Bentzel-Sternau in Gießen aufgebracht, später von dem Männerbund übernommen worden. Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 20f. Auch Rechtsanwalt Gärth aus Frankfurt, ein Verbündeter der Verschwörer in Württemberg, hatte auf einem gemeinsamen Treffen am 3. März 1833 vorgeschlagen, Geheimbünde an den Universitäten zu gründen, HstaS E 285 Bü 81.

¹⁵⁹ Zum Treffen in Löchgau siehe S. 320f., 349ff.

¹⁶⁰ Zu einer ähnlichen Struktur unter den revolutionären Gruppen in Hessen siehe MAYER, G. Büchner und der ‚Hessische Landbote‘, S. 360–390.

Mayer sagte aus: „Wenn einer einen Funken gefangen hatte, so ließ man ihn laufen und weiterwirken. Man wollte nur auf die öffentliche Stimmung für eine Revolution wirken, nichts Geschlossenes aber bilden, wodurch man das ganze der Gefahr entdeckt zu werden, sogleich bloßgestellt hätte. Deswegen war es genug, an einem Ort nur einen Mitwisser von Einfluß zu haben“¹⁶¹.

Diese Aussage fügt sich zu den Worten Franckhs über Organisation und Aktionsweise zusammen. Demnach lag ein organisatorisches Konzept eines eingegrenzten Führungskreises vor, der nach Absprache ohne starre Satzung und formale innere Hierarchie arbeitete, ein Kreis, der indirekt Kontakte zu Bevölkerungsgruppen aufnahm, die als potenzielle Mitträger der Revolution infrage kamen. Der militärische Untersuchungsrichter Bleibel musste daher feststellen: „Dieser Darstellung ist vorauszusenden, daß eine förmlich organisierte Verbindung, weder unter den württembergischen Revolutionärs unter sich noch unter denjenigen Ausländern, mit denen sie verkehrt haben, bestanden hat. Wenn auch der Einverständenen eine immer größere Zahl wurde, nur einzelne warben wieder einzelne und dies meist ohne direkten oder indirekten Auftrag oder Einfluß der anderen Einverständenen“¹⁶².

Koseritz beklagte sich darüber, dass „keine rechte Verbindung bestanden [...] und kein rechter Mann an der Spitze gestanden“ habe und meinte, „durch die Unschlüssigkeit [seien] oft wieder dreimal so viel verloren als gewonnen worden“¹⁶³.

Es wird sich wohl um eine lose Organisation ohne streng und hierarchisch strukturierte Züge gehandelt haben. Dabei waren die Verschwörer gewillt Vorgehensweise und Zielsetzungen in einer Reihe von Treffen klar zu formulieren. Hardegg meinte: „[E]s war ganz gegen unseren Plan einen eigentlichen größeren Bund zu bekommen, denn es wäre dies nicht nur der Gefahr wegen gewagt, sondern auch ganz zweckwidrig gewesen“¹⁶⁴. Der innere Kreis der Verschwörung sollte limitiert werden und in kleinen getrennten Gruppen agieren. Doch noch war man dabei, neue Sympathisanten zu gewinnen. Der Verschwörerkreis war in seiner sozialen Zusammensetzung heterogen. Er war ein Amalgam *en miniature* jener gesellschaftlichen Elemente, die sich zu einer revolutionären Front gegen das bestehende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System hätten zusammenschließen können. Die Untersuchungsbehörden sahen die Brisanz einer solchen Allianz klar: „[E]ine Unternehmung dieser Art, welche Teilnehmer in allen Klassen der Staatsbürger zählt, für welche sich Offiziere und Unteroffiziere, Studenten, ansässige Bürger vom Gewerbebestande, Lehrer, Leute vom Berufe der Künstler und Bauern erklärt haben, trägt schon nach dieser inneren Beschaffenheit, auch wenn die Zahl der Teilnehmer noch nicht sehr groß ist, den Charakter der Gefährlichkeit, zugleich aber auch der durchdachten Planmäßigkeit“¹⁶⁵.

¹⁶¹ StaL E 319 Bü 6.

¹⁶² HstaS E 285 Bü 85.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ StaL E 319 Bü 6.

¹⁶⁵ HstaS E 301 Bü 40.

Einen Aufschwung und eine neue Phase erlebte die republikanische Fraktion und somit die Verschwörung insgesamt erst nach dem Treffen im Gasthaus „Zum Bären“ in Ludwigsburg, das gegen Ende August bzw. wahrscheinlicher erst zwischen dem 1. und 5. September 1832 stattfand, als es zum Zusammenschluss mit Koseritz und seinem Anhang kam¹⁶⁶. Die Wahl dieses Gasthauses mag damit zusammenhängen, dass Hardeggs Großvater dessen Wirt gewesen war. Treibende Kraft hinter diesem Treffen und letztlich verantwortlich für die neue Initiative dürfte ohne Zweifel Franckh gewesen sein, der seit seiner Rückkehr nach Deutschland zahlreiche Kontakte zu Radikalen im Süden aufgenommen hatte, ohne eigentlich im Dienste irgendeiner Gruppe außerhalb Württembergs gestanden zu haben.

B. Der Zusammenschluss mit Koseritz

Franckh und Hardegg strengten sich an, Koseritz und seine Anhänger zu gewinnen. Franckh wollte Koseritz und Dorn kennenlernen, die Hardegg ihm als unterschiedene Republikaner beschrieben hatte¹⁶⁷. Koseritz hingegen fühlte sich in der „Hochwächterfraktion“ nicht zuhause. Der Zwischenfall auf dem erwähnten Treffen in Mühlhausen führte zum offenen Bruch¹⁶⁸. Die Kontakte von Koseritz zu Rödinger und Tafel, seinen früheren Mentoren, ob in der Zeitungsredaktion, oder in den Wirtshäusern von Kraus [oder Krauß] und Kiessler [oder Kiehsler] in Stuttgart und in Finks Wirtshaus in Ludwigsburg¹⁶⁹ wurden eingestellt. Dahingegen blieb er weiter mit Lohbauer und dessen Leuten in Kontakt und belieferte den *Hochwächter* mit Artikeln und Informationen über Missstände in der Armee.

Für die Abspaltung Koseritz' von den „Hochwächtern“ und dem Schulterchluss mit Franckh und Hardegg und deren Anhang, was zur Bildung einer neuen, entschieden revolutionären Gruppe von demokratischen Republikanern führte, war das Treffen im Gasthaus „Zum Bären“ in Ludwigsburg maßgeblich. Koseritz hatte sich zunächst geweigert, mit Franckh zusammenzutreffen, denn er war wohl von der Ansicht der „Hochwächter“ beeinflusst worden, „daß Franckh in München falliert, bei einem Duelle sich sehr schlecht benommen und überhaupt keinen guten Charakter habe“¹⁷⁰. Erst nach langem Bedrängen war Koseritz bereit, mit Franckh in Anwesenheit seines Vertrauten Dorn und Franckhs Vertrautem Hardegg

¹⁶⁶ Akt. Darst. alt, S. 64, setzt ein relativ frühes Datum, Juni 1832, für das Treffen an. Dagegen wird in der späteren Akt. Darst. neu, S. 18, Ende August als Zeitpunkt des Treffens genannt. Der Bericht des Untersuchungsrichters Bechter von 1835 nennt Anfang September als Termin.

¹⁶⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁶⁸ HstaS E 285 Bü 81. Über die Entzweiung in Mühlhausen siehe S. 180, 190.

¹⁶⁹ HstaS E 285 Bü 86.

¹⁷⁰ Akt. Darst. alt, S. 64, demnach bezieht sich „falliert“ auf die Insolvenz des Franckh'schen Unternehmens in München, wo sich Franckh wohl von März 1830 bis zum 29. April 1831 aufgehalten hatte.

zusammenzutreffen. Nach dem Treffen sagte Koseritz: „Von dieser Unterredung an, begann bei mir eine neue Epoche; ich trat von den Hochwächtern zurück und ging zu Franckh über, der nach seiner Aussage in die Sache mehr eingeweiht und energischer schien“¹⁷¹.

Dem Treffen in der Gastwirtschaft „Zum Bären“ war eine Reihe von Kontakten vorausgegangen. Hardegg nahm im November 1831 nach seiner Rückkehr aus Paris Lateinunterricht bei dem Privatlehrer Kauffmann in Ludwigsburg, als Teil seiner Vorbereitungen auf sein Medizinstudium in Tübingen. Hardegg hatte Kauffmann durch Dorn kennengelernt. Dorn selbst wiederum kannte Hardegg seit der Schießübung vor den Mauern von Ludwigsburg während des Konstitutionsfests im Jahre 1831¹⁷². Dorn hatte zu den Organisatoren dieser Veranstaltung gehört¹⁷³. Hier hatten sich anscheinend erklärte Oppositionelle und alle diejenigen getroffen, die ihr Empfinden als freie Bürger angesichts des Fehlens einer Volksmiliz durch das Tragen von Waffen zum Ausdruck brachten. Dorn hatte Hardegg dort auch mit Koseritz und Lohbauer bekannt gemacht¹⁷⁴. In der Folge konnte Hardegg Franckh davon überzeugen, nach Ludwigsburg zu fahren und dort Dorn kennenzulernen, der Hardegg mit seinen revolutionären Anschauungen beeindruckt hatte¹⁷⁵. Einige Tage nach der Zusammenkunft in Ludwigsburg fuhren Dorn, Hardegg und Kammerer nach Stuttgart, um Franckh aufzusuchen. Bei diesem Besuch las Franckh den Anwesenden aus einem Flugblatt vor, das die Armee zum Aufstand bewegen sollte¹⁷⁶. Man darf davon ausgehen, dass es sich um das gleiche Flugblatt gehandelt hat, das er dann auf dem Treffen im „Zum Bären“ vorlegte. Später besuchten Dorn und Kammerer Franckh ein zweites Mal.

Der Bauer Hipp aus Gemmrigheim, das zwischen Ludwigsburg und Heilbronn liegt, lernte Franckh wohl durch Hardegg kennen, dessen Großvater ebenfalls aus diesem Dorf kam, sodass Hardegg diesem Ort verbunden geblieben sein dürfte¹⁷⁷. Hipp fiel durch seine extrem oppositionellen Ansichten auf, die er auch ohne Rücksicht frei äußerte. Er wanderte schließlich im Februar 1833 in die Vereinigten Staaten aus, nachdem seine Hoffnungen auf eine Revolution in Deutschland enttäuscht worden waren. Der Bäcker Schwarz, der in der Häusler'schen Gesellschaft aktiv war und aus pietistischen Gründen auf die nahe Revolution wartete, war mit Dorn verschwägert¹⁷⁸, welcher ihn mit Franckh in Verbindung brachte¹⁷⁹. Nachdem diese Reihe neuer Bekanntschaften geschlossen worden war, war auch der Boden für ein Treffen zwischen Franckh und Koseritz in Gegenwart von Dorn und Hardegg reif.

¹⁷¹ HstaS E 319 Bü 6.

¹⁷² StaL E 319 Bü 22.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Akt. Darst. alt, S. 63.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ StaL E 319 Bü 26.

¹⁷⁸ HstaS E 9 Bü 116; HstaS E 285 Bü 86.

¹⁷⁹ [HstaS E 271 k Bü 103, Bü 105].

Bei dem Treffen im Gasthaus „Zum Bären“ berichtete Koseritz von seinen bisherigen militärischen Vorbereitungen im Hinblick auf eine Revolution. Franckh legte einen Entwurf zu einem druckfertigen Flugblatt vor, das im Augenblick eines Aufstands in der Armee verteilt werden sollte. In diesem Flugblatt hieß es, der Soldat sei von seinem Treueeid dem Herrscher gegenüber befreit, wenn die Fürsten ihren Eid gebrochen hätten – Franckh dachte hier in den Begriffen des „Gesellschaftsvertrags“, der von den Fürsten aufgehoben würde¹⁸⁰. Er behauptete, das Flugblatt formuliert zu haben, korrigierte sich jedoch später dahingehend, dass der Redakteur der radikalen Mannheimer Zeitung *Der Wächter am Rhein*, Franz Strohmaier, für das Flugblatt verantwortlich gewesen sei¹⁸¹. Strohmaier hatte wohl das Flugblatt in seiner Zeitung publizieren wollen, dann jedoch darauf verzichtet. Franckh äußerte, der Aufruf an die Armee zum Aufstand sei noch in Hambach formuliert und von Hochdörfer in das Flugblatt oder die Zeitung eingefügt worden¹⁸². Darüber hinaus rief das Flugblatt die Soldaten auf, ihre Waffen nicht gegen Eltern und Geschwister zu richten. Provokativ wandte sich das Flugblatt an die Unteroffiziere mit der Frage: „[W]as ist die Belohnung der Unteroffiziere nach so langer Dienstzeit als daß sie, um einen Dienst zu bekommen, die Huren der Minister heiraten“¹⁸³. Bei der Zusammenkunft sprachen Koseritz und Franckh über Möglichkeiten, wie das gemeinsame Ziel – die Republik – zu erreichen sei. Volles Einverständnis wurde darüber erzielt, dass man zu diesem Zwecke die Armee einsetzen müsse¹⁸⁴. Laut Koseritz habe Franckh gesagt, Karl Gärtch, der spätere Anführer der Verschwörer in Frankfurt, habe diese Fassung formuliert¹⁸⁵. Franckh behauptete zudem auf jenem Treffen, die Oppositionellen, mit denen er in Kontakt stünde, hätten in Frankfurt eine geheime Druckerei¹⁸⁶.

Die Bedeutung des Treffens lag in der Entscheidung fortan systematisch auf das eine Ziel zuzustreben: Republik und nationale Einheit auf dem Wege einer Revolu-

¹⁸⁰ Ebd.; Akt. Darst. alt, S. 65; Akt. Darst. neu, S. 19.

¹⁸¹ Ebd.; StaL E 319 Bü 40.

¹⁸² StaL E 319 Bü 6. Johann Heinrich Hochdörfer war Pfarrer in Sembach in der Pfalz und Mitveranstalter des Hambacher Festes.

¹⁸³ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Wie oben erwähnt äußerte sich Koseritz sehr ähnlich gegenüber Oberleutnant Sonntag.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]. Franckh hatte Strohmaier wahrscheinlich auf dem Hambacher Fest kennengelernt. Auf jeden Fall machte er bei seiner Rückkehr aus Hambach Station in Mannheim, um dort Strohmaier zu treffen. StaL E 319 Bü 6. Strohmaier stellte auch die Verbindung zwischen Gärtch und Franckh her: Akt. Darst. neu, S. 18. Franckh besuchte Gärtch im August 1832; ebd. Angesichts dieser Umstände darf man annehmen, dass das Treffen im „Bären“ später stattgefunden hat. Demnach ist die Datierung des Treffens auf August oder Anfang September wahrscheinlicher als die Vermutung, die beiden Männer hätten sich bereits im Juni getroffen. Andererseits leugnete Franckh während der Untersuchung, er sei mit Strohmaier vor dem Treffen im „Zum Bären“ zusammengekommen. Trifft dies zu, so müssen seine weiteren Aussagen hier mit größter Vorsicht bewertet werden.

¹⁸⁶ HstaS E 285 Bü 81.

tion. Diese Systematik forderte eine Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Konzentration der Aktivitäten in den Händen einiger Schlüsselfiguren – sprich Franckh, Hardegg und Koseritz – in Verbindung mit Partnern im Ausland. In diese Richtung zielte die abschließende Übereinkunft des Treffens, „daß ein gemeinsames und verschiedenes Auftreten erforderlich sei, und auf die Notwendigkeit der Vereinigung mit ausländischen Gleichgesinnten hingewiesen“ wurde¹⁸⁷.

Über Rödinger und Tafel äußerten sich Franckh und Koseritz auf ihrem Treffen im Gasthaus „Zum Bären“: „Es hieß, daß diese Namen etwas in der Politik scheinen wollen, daß sie aber durchaus nichts seien, daß sie keinen festen Charakter haben“¹⁸⁸. Die Gleichung lief darauf hinaus, denen, die über eine gewisse Position und einen gewissen Einfluss verfügten die entsprechende Gesinnungsstärke abzuspüren, schienen sie doch durch ihre Stellung zu sehr gefesselt zu sein, um sich eindeutig zur Republik zu bekennen. Von Franckh und seinen Anhängern hieß es: „Man traute ihnen [den „Hochwächtern“] nicht Charakterfestigkeit genug zu, einen entschiedenen Schritt zur Herbeiführung der Republik zu tun“¹⁸⁹. Für den Radikalismus der Epoche symptomatisch war ein moralisch geprägter Idealismus.

Franckh scheute jede Anbiederung an die Behörden, verabscheute jegliches legalistisches Handeln oder jede Protestaktion, die noch als systemkonform gelten konnte, wie etwa das Treffen in Echterdingen gegen die Juni-Ordonanzen. Derartige bezeichnete er spöttisch als „all dieses Proklamationswesen“¹⁹⁰. Er war der Meinung, es gäbe keinen Raum für langsame „geistige Revolutionen“, vielmehr sei das Volk schon reif für die Revolution und man müsse nur den optimalen Zeitpunkt finden, um das wankende Machtgebäude zum Einsturz zu bringen. Aus diesem Grunde lehnte er auch die flankierende Tätigkeit im Rahmen von politischen Bildungsvereinen, wie etwa der Mittwochsgesellschaft, ab: „Ich habe die Mittwochsgesellschaft ganz ignoriert“¹⁹¹. Seine prinzipielle Haltung zu dieser Gesellschaft wird im Wesentlichen der Position Börnes entsprochen haben, mit dessen revolutionär-republikanischen politischen Anschauungen er sich identifizierte.

Hardegg war anfangs auch der Ansicht, das Volk sei zur Revolution bereit. Von daher genügte es, dieses durch Aufwiegelung zu gewinnen. Später relativierte er seine Meinung und glaubte, es müsste vor allem unter der Bauernschaft eine gründlichere Aufklärungsarbeit getätigt werden¹⁹². Er polemisierte gegen die Aufhetzung des Volkes durch radikale Zeitungen wie den *Hochwächter*, ohne entsprechende operative Vorkehrungen und Begleitmaßnahmen, damit der aufgestaute Unmut nicht verpuffe¹⁹³. Diese Zeitungen und ihre Repräsentanten waren für ihn eine

¹⁸⁷ Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 52, auch HstaS E 285 Bü 86.

¹⁸⁸ StaL E 219 Bü 12.

¹⁸⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁹⁰ StaL E 319 Bü 21. Dies erinnert an Schulzes Kritik am „Becherenthusiasmus“.

¹⁹¹ StaL E 319 Bü 14; StaL E 319 Bü 12. Zur Mittwochsgesellschaft siehe S. 365–369.

¹⁹² StaL E 319 Bü 6.

¹⁹³ Ebd.

blinde, oberflächliche Kopie der republikanischen Opposition in Frankreich, eine Kopie, die seines Erachtens nicht wirklich, wie etwa die französischen Republikaner, eine Revolution planten, sondern nur die Pose der französischen Republikaner annahm. „Die Franzosen hatten ein durchdachtes System in ihrer revolutionären republikanischen Opposition, deshalb ihre fortwährende Anfeindung und keine Anerkenntnis irgendeiner Leistung. Unsere Spießbürger und unsere spießbürgerlichen Blätter haben sich nun die Franzosen zum Muster genommen. Ihre Opposition kommt mir vor, wie der Hanswurst der französischen. Sie kennen den Zweck ihres Musters gar nicht und werden erschrecken, wenn ihnen die Schuppen von den Augen fielen. Denn diese Leute wollen nichts weniger, als einen Umsturz, wobei sie das Geringste zu wagen hätten [...]. Ihr ganzes Treiben ist ein Kinderspiel und es ist possierlich anzusehen, wie es ihnen wohl tut, wenn die Regierung ihr Treiben wichtig nimmt“. Seybold beschreibt diese Menschen sehr treffend in seinem Roman ‚Der Patriot‘¹⁹⁴.

Gottlieb Mayer, Freund und Mitarbeiter Hardeggs bei seiner Werbearbeit unter den Bauern der Tübinger Region, machte eine Aussage zu Franckhs und Hardeggs Haltung dem *Hochwächter* gegenüber: „Von den Hochwächtern sagen Franckh und Hardegg, dies seien Lafayettisten, Bürgerkönigsfabrikanten, diese haben für den reinen Republikanismus keinen Mut. Hardegg sprach von dem Blatte selbst immer mit größter Verachtung; er sagte, anstatt Geist enthalte es nichts als Klatschereien und kleinliche Anfechtungen, es habe keine Ahnung von einer größeren Idee“¹⁹⁵. Franckh spottete ebenfalls über die vermeintlichen Klatschereien im *Hochwächter*, mit denen dieser eher aggressive Rundumschläge verteilen als die wirklichen Themen ernsthaft behandeln würde. Seine eigene Zeitung, nämlich die *DNZ*, sollte „sich in einer höheren Region bewegen“¹⁹⁶.

Koseritz hatte seiner Zeit den „Hochwächtern“ vorgeworfen Schaumschläger zu sein, die ihn glauben ließen, sie würden die Revolution unterstützen, sich jedoch abwandten, als er die revolutionären Ideen praktisch umzusetzen begann. Die „Hochwächter“ waren für Koseritz Männer, die einen Eiertanz vollführten beziehungsweise auf zwei Hochzeiten tanzen wollten: Einerseits wollten sie sich an die Spitze einer ausgebrochenen Revolution stellen, um sie in eine Richtung zu lenken, die die ursprüngliche Absicht der Revolutionäre selbst verzerrete, wie dies Lafayette und die Liberalen in der Julirevolution getan hatten, andererseits wollten sie die Behörden mit der fortwährenden Androhung einer Revolution zu Zugeständnissen zwingen.

Die Etikettierung der „Hochwächter“ als „Bürgerkönigsfabrikanten“ und „Lafayettisten“ ohne Verständnis für den „reinen Republikanismus“ war natürlich dem Geschehen in Frankreich entlehnt. Lafayette galt den französischen und europäischen Republikanern als Verräter an der Revolution. 1792 hatte er versucht, die

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Ebd.; Akt. Darst. alt, S. 101. Ähnlich äußerte sich auch Groß; siehe StaL E 319 Bü 6.

¹⁹⁶ StaL E 319 Bü 6.

Monarchie zu retten. Nach der Julirevolution von 1830 hatte er dann die französischen Barrikadenkämpfer hinters Licht geführt, als er den Kompromiss der Errichtung des „Bürgerkönigtum“ anstelle einer Republik schloss. Der Begriff „Lafayettisten“ wurde in den Kreisen der Republikaner in den 1830er Jahren zu einem politischen Schimpfwort. Als „Bürgerkönigsfabrikanten“ aber galten bürgerliche Unternehmer, die unter dem Schutzmantel Louis-Philippes finanzielle Gewinne anhäuferten und dabei die unteren Schichten und das einfache Volk, das sie an die Regierung gebracht hatte, getäuscht hätten.

Lafayette befürchtete eine Neuaufgabe des jakobinischen Republikanismus und wollte die Revolution von dem Stigma der Gewaltexzesse und des Terrors befreien, sie dem amerikanischen Muster angleichen. Er sah in der belgischen Verfassung, die jünger war als die revidierte französische Verfassung, sein Ideal. Die Belgier errichteten eine wirkliche parlamentarische Monarchie, die der Legislative weitreichende Befugnisse verlieh, abgesehen davon, dass der Monarch in Erbfolge herrschte. „Erbmonarchie mit republikanischen Einrichtungen“ nannte man dieses System¹⁹⁷.

Die eingeschworenen Republikaner, in Frankreich und Deutschland gleichermaßen, lehnten jeden Kompromiss zwischen Monarchie und Republik ab. Daher konnte man den „Hochwächtern“ und ähnlich Denkenden vorwerfen, sie hätten keinen Mut für die reine Republik einzutreten. Aus diesem Grund griff Koseritz nach seinem Zerwürfnis mit Tafel und Rödinger diese als „Girondisten“ an, die im Falle einer Revolution, diese in eine ihren Interessen entsprechende Richtung lenken wollten, die im Gegensatz zu den Interessen des Volkes stünde. Dagegen verstand er sich selbst als „Jakobiner“ oder gar als Anhänger der „Sansculotten“ und äußerte, er wolle eine wirkliche Volksrevolution¹⁹⁸. „Girondisten“ und „Lafayettisten“ waren identische politische Schlagwörter, die eine gesellschaftliche Schicht, politische Ziele und eine klar definierte Auffassung der Revolution in einen Zusammenhang stellten¹⁹⁹. Sie zielten auf jenes Bürgertum, das sich selbstsüchtig mit den wirtschaftlichen und politischen Vorteilen infolge der vom Volk geführten Revolution zufriedengab, wobei diese Revolution doch eigentlich eine Veränderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung hätte herbeiführen oder – wie Franckh von der Julirevolution sagte – reinen Tisch hätte machen sollen: „Wenn eine Handvoll Intriganten, Bankiers und Advokaten [den] Großmut und das Vertrauen des französischen Volkes betrogen und auf die Tabula rasa einen Giftbaum anstatt einen Ölbaum pflanzten“²⁰⁰. Auf Deutschland bezogen, umschrieb die von Franckh aufgekaufte *DNZ* rückblickend den Radikalismus der republikanischen „Umsturzpartei“ wie folgt: „[D]ie eigentlichen Liberalen haben

¹⁹⁷ GERVINUS, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts 8, S. 666, vgl: NEUMÜLLER, Liberalismus und Revolution, S. 114.

¹⁹⁸ So schrieb er in der seinem schon erwähnten Artikel in der *Alten und Neuen Welt*; siehe S. 184 Anm. 237.

¹⁹⁹ Zu verweisen in diesem Zusammenhang wäre auf Siebenpfeiffers Bekenntnis zum Girondismus vor den Landauer Assisen.

²⁰⁰ StaL E 319 Bü 37.

den Namen Patrioten und Radikale angenommen, besonders der letzte Name ist bedeutungsvoll, denn er zeigt an, daß man das Unkraut mit der Wurzel ausrotten muß²⁰¹.

Politische Begriffe und Vorbilder aus der zeitgenössischen französischen Geschichte wurden von verschiedenen politischen Strömungen in Deutschland instrumentalisiert und zur Selbstdarstellung oder Etikettierung der Kontrahenten innerhalb der Opposition genutzt. Nachdem die *DNZ* von Franckh aufgekauft worden war, warf sie den parlamentarischen Vertretern in Frankreich vor, sie würden nur für den „ruhigen Genuß ihrer Geldsäcke und Amtsstellen“ sorgen und fuhr fort: „So lang die Opposition selbst nur „Juste Milieu“ ist, werden die Revolutionen nie geschlossen sein, weil das Volk niemand findet, der mit ihm sympathisiert“²⁰².

In der Aussage von Groß vor den Untersuchungsbehörden findet sich der Hinweis, Koseritz habe behauptet, dass Tafel, Rödinger und sogar Lohbauer zum „Juste Milieu“ gehörten, bis die Wahl Tafels und Rödingers in den Landtag für ungültig erklärt worden war²⁰³. Franckh hatte den „Hochwächtern“ zudem vorgeworfen, sie seien eigentlich „konstitutionelle Oppositionsmänner“²⁰⁴. Dies, so sagte er, sei nicht allein seine private Meinung, sondern in der Hauptsache auch die Meinung seiner „Fraktion“ insgesamt²⁰⁵. Für ihn wiesen alle prahlerischen Aktionen auf einen Mangel an Konsequenz und auf eine unreife Kompromiss-haltung hin. Der Untersuchungsrichter Bechter bemerkte: „Franckh äußerte über die Hochwächter die Meinung, daß sie auf einer tieferen Stufe der politischen Stufenleiter stehen“²⁰⁶.

Ein maßgeblicher Grund für die Abneigung Franckhs gegen die „Hochwächterfraktion“ entsprang dem Umstand, dass diese von halbwegs etablierten Rechtsanwälten und Landtagsabgeordneten angeführt wurde, welche zwar Veränderungen anstrebten, ohne sich dabei allzu sehr zu exponieren und das Erreichte zu gefährden. Franckh hingegen war der Typ des Aufsteigers, der waghalsige Unternehmertyp, der gegen Konventionen verstieß, der *self-made man*, der seinen Betrieb aus dem nichts aufbaute und revolutionäre Methoden in das Verlagswesen einführte. Zudem hatte er sich wie erwähnt zum Ziel gesetzt, den Zeitungs- und Verlagsmagnaten Cotta, der königliche Privilegien genoss und mit dem ständischen Patrizierbürgertum identifiziert wurde, in den Konkurs zu treiben. Er fühlte sich als Vertreter des aufwärtsstrebenden „kleinen Mannes“, der auf genuine Chancengleichheit setzte. Auch die „Hochwächter“ hegten die Idee der Chancengleichheit,

²⁰¹ *DNZ*, 26.3.1833. Obwohl Franckh während dieser Zeit inhaftiert war, hielt er doch den Kontakt zu seiner Zeitung aufrecht, während die Zeitung weiterhin Franckhs Position vertrat. Bekanntlich schrieb Franckh in aller Strenge der Zeitung ihre politische Linie vor: „Er gibt alles an und die Redakteure arbeiten bloß aus.“ *Stal E 319 Bü 6*.

²⁰² *DNZ*, 7.12.1832.

²⁰³ Zu Lohbauer siehe Akt. Darst. alt, S. 8; zu Tafel und Rödinger siehe *HstaS E 285 Bü 86*.

²⁰⁴ *Stal E 319 Bü 33*.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Ebd.

der gesellschaftlichen Mobilität. Sie gehörten ganz gewiss nicht zu den obersten, etablierten Schichten des Bürgertums, auch wenn sie in der sozialen Leiter weiter aufgestiegen waren als Franckh, weniger entschieden auftraten als selbiger und seine Anhänger und sich der politischen Öffentlichkeit bedienen wollten, solange dies möglich war. Solange sie glaubten, grundlegende Veränderung dank ihres Gewichts und das ihrer „Bewegungspartei“ zu erreichen, brachen sie noch keine Brücken zum herrschenden System ab, hielten jedoch die Möglichkeit der Revolution offen. Der *Hochwächter* und die Fraktion um Franckh verlangten im wirtschaftlichen Sektor eine Unternehmensfreiheit, jedoch kein schrankenloses *Laissez Faire* nach englischem Vorbild. Die Unterstützung einer „freieren Bewegung der Industrie“ durch die DNZ wurde mit den begleitenden Worten eingeschränkt: „[N]ur nicht derjenigen [Industrie], welche auf fremde Kosten lebt und einen bereichert, damit Hunderte ihr Dasein bejammern“²⁰⁷. Auch Rödinger und Tafel hätten diesen Satz unterschrieben. Beide Lager gehörten in das Spektrum des Mittel- und Kleinbürgertums.

Zwischen Franckh einerseits und Tafel und Rödinger andererseits spielten nicht nur verschiedene Auffassungen, Sozialprestige und unterschiedliche Charaktere eine wichtige Rolle, sondern auch die Konkurrenz zwischen Zeitungsverlegern, die sich trotz Nuancen mehr oder weniger an die gleichen Zielgruppen wandten. Der Untersuchungsrichter Bechter bemerkte dann auch, „es dürfte wohl der Umstand, daß Franckh gleichfalls eine Zeitung herausgab, von nicht geringem Einfluß auf dies Verhältnis gewesen sein“²⁰⁸.

Auf die Differenzen etwa zwischen „Hochwächtern“ wie Tafel und Republikanern wie Franckh mag auch die unterschiedliche Formulierung hinweisen, mit der diese ihre Berufungsschreiben gegen ihren Urteilsspruch unterschrieben. Während sich Tafel mit „untertäniger Rechtskonsulent“²⁰⁹ devot gab, unterzeichnete Franckh stolz mit „Bürger von Stuttgart“²¹⁰, was nicht einfach „Einwohner von Stuttgart“ bedeutete, sondern „souveräner Bürger“ im Sinne eines Citoyens.

Wenn bisher nur von der Animosität der Republikaner um Koseritz und Franckh gegen die „Hochwächter“ die Rede war, so muss konstatiert werden, dass diese auf Gegenseitigkeit beruhte. Die Quellen berichten von den „Hochwächtern, die wenig auf Franckh hielten“²¹¹. Dieser verbale Schlagaustausch zwischen revolutionären Republikanern einerseits und den verkappten Republikanern und Verfechtern einer „geistigen Revolution“ andererseits verriet nicht nur Divergenzen im ideologischen und operativen Bereich, sondern auch persönliche Animositäten. Er entsprang aber auch der Nähe im Weltanschaulichen und im Privaten, die ja nicht nur Berührungspunkte, sondern auch Reibungsflächen zu erzeugen vermochte.

²⁰⁷ DNZ, 28.12.1832.

²⁰⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁰⁹ StaL E 319 Bü 33.

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ HstaS E 283 Bü 28.

Das Dilemma jener radikalen Gruppen war es, dass sie die Zuverlässigkeit jener Männer anzweifelten, die in bestimmtem Maße Prestige, Ansehen und Position genossen, als ob dies per se korrumpierend gewirkt hätte. Als Franckh den „Hochwächtern“ vorwarf, sie gehörten zur konstitutionellen Opposition, so war dies nicht nur eine wertneutrale Feststellung, sondern aus seiner Sicht ein großer Makel. Durch diese Etikettierung sonderten sich Koseritz, Franckh und Hardegg von den „Hochwächtern“ ab. Für die neue republikanische „Umsturzpartei“ waren die „Hochwächter“ eine Negativfolie.

Ungeachtet der Anfeindungen von Koseritz, Franckh und Hardegg gegenüber den „Hochwächtern“ streckten die ersten ihre Fühler zu den „Feldsoldaten“ der „Hochwächter“, wie Malté, E. Schmidlin und Weihenmaier aus. Sie waren keine „Advokaten“, gegen die Franckh eine Abneigung verspürte, sondern volksnah und betrieben revolutionäre Arbeit vor Ort. Sie setzten sich größeren Gefahren aus als ihre möglichen „Auftraggeber“, die geschützt hinter ihren Schreibtischen saßen und die Federn spitzten, jedoch nicht bereit waren, zu gegebener Zeit auch das Schwert zu zücken. Franckh meinte, man müsse so schnell wie möglich die Feder gegen das Schwert eintauschen²¹², und um mit Marx zu sprechen: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen“²¹³.

Mehr noch: Malté und E. Schmidlin bekannnten sich offen zugunsten von Revolution und Republik als unabwendbare Mittel und Ziele. Diese Mittelgruppe, die stärker als andere die Position Siebenpfeiffers und seines Reformvereins repräsentierte, kam potenziell für eine Zusammenarbeit mit der Gruppierung um Franckh und Hardegg infrage. Franckh hatte sich über Malté und E. Schmidlin voller Hochachtung geäußert und bekannt, er habe zu Koseritz und Hardegg gesagt, „daß ich [Franckh] Malté, sowohl wie Schmidlin, für kräftigere Menschen hielt, als die gesamten Hochwächter zusammen“²¹⁴. Malté kannte Franckh schon aus früheren Zeiten, hatte er doch bei Franckh gearbeitet, als dieser seine Leihbibliothek in Stuttgart aufbaute²¹⁵.

Ein zusätzliches Treffen in Zuffenhausen war nach der Flucht Lohbauers, von Malté und E. Schmidlin in der Absicht organisiert worden, sich sowohl der Gruppe um Franckh und Hardegg, als auch der von Koseritz und seinen Anhängern anzunähern²¹⁶. Dieses Treffen fand etwa 14 Tage nach dem Treffen in Neckarrems statt, also um den 25. September 1832. Zu den Stuttgartern Malté und E. Schmidlin gesellte sich der Bruder des letzteren Hermann Schmidlin hinzu. Koseritz kam zum Treffen mit seinen zivilen Anhängern Dorn, Kammerer und Schwarz – alle aus Ludwigsburg. Hardegg kam aus Tübingen, auch den erkrankten Franckh vertretend. Dabei versuchten Franckh und Hardegg im gleichen Maße Malté und

²¹² HstaS E 319 Bü 33.

²¹³ MARX, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, S. 385.

²¹⁴ StaL E 319 Bü 33.

²¹⁵ StaL E 319 Bü 31.

²¹⁶ Dieses Treffen ist nicht mit einem anderen schon erwähnten Treffen nach dem Fall Warschau zu verwechseln.

E. Schmidlin für sich zu gewinnen, wie ebenso umgekehrt. Ein Brief von Franckh an Malté, der von den Behörden beschlagnahmt wurde, weist auf die Kooperation beider Männer hin: „Freund Malté wird gebeten, womöglich morgen Vormittag zu mir zu kommen, in dem ich gestern H. [Hardegg?] gesehen, also der Sache nichts mehr im Wege steht“²¹⁷. Koseritz sagte während der Untersuchung aus, Franckh habe stets betont, wie schade es sei, dass Malté und E. Schmidlin in der „Hochwächterfraktion“ „versäuerten“²¹⁸. Auch sei er zornig darüber gewesen, dass beide dort gewissermaßen als „Handlanger“ eingesetzt wurden²¹⁹.

Es gibt jedoch keine schlagenden Beweise dafür, dass sich die Gruppe der „Aktivisten“ der „Hochwächterfraktion“ tatsächlich dem engeren Kreis der Verschwörer und den operativen Plänen zur Initiierung einer Revolution angeschlossen hatten. Sie gehörte zum Umfeld der Verschwörung²²⁰. Franckh bemühte sich dennoch alle revolutionären Anstrengungen zu bündeln: „Meine Ansicht, die ich auch nirgends verhehle, war einen festen Mittelpunkt zu bilden, von dem aus die republikanischen Gesinnungen verbreitet würden, und zwar, wenn durch Ereignisse, die ich beinahe unwiderruflich kommen sah, es notwendig würde, den Gesinnungen die Tat folgen zu lassen“²²¹.

Nach dem Zusammenschluss von Koseritz und seinem Anhang mit der Franckh-Hardegg-Gruppe im „Zum Bären“ kam es zu weiteren Kontakten der Offiziere miteinander. Man weiß auch von einem Treffen der Offiziere Raht, der inzwischen in die Garnisonskompanie zu Hohenasperg versetzt worden war, Starkloff und dem Stallmeister von Landsee aus Stuttgart mit zwei polnischen Offizieren in Stammheim etwa acht Tage nach dem erwähnten Treffen in Zuffenhausen, also um den 3. Oktober herum sowie von einem Treffen in Besigheim zwischen den Heilbronner Offizieren Becher, Müldenstein und Venninger mit ihren Ludwigsburger Kollegen Koseritz, Raht, Reitter, Lindauer und Landauer²²². Wahrscheinlich hat dieses Treffen auch im Herbst 1832 stattgefunden, nachdem Koseritz sich Franckh und Hardegg angeschlossen hatte. Damals häuften sich wieder die Offizierszusammenkünfte. So kam Venninger am 23. September zu einem vierwöchigen Urlaub nach Stuttgart, Ulm und Neckarsulm. In Ulm bat er um eine Verlängerung des Urlaubs um acht Tage. Interessanterweise war Koseritz zur gleichen Zeit in der Stadt. Venningers Eingabe wurde jedoch abgelehnt. Stabsfourier Ritter, der sich dem Verschwörerkreis aus den Offiziersrängen angeschlossen hatte, meinte, Venningers Reiseziel sei mit seiner „liberalen“ Arbeit verknüpft gewesen²²³.

²¹⁷ StaL E 319 Bü 33.

²¹⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Siehe S. 359–370.

²²¹ StaL E 319 Bü 33.

²²² Akt. Darst. alt, S. 87.

²²³ HstaS E 301 Bü 27; [HstaS E 271k Bü 92, Bü 106–107; E 285 Bü 96]; HstaS E 285 Bü 77.

C. Revolutionsverständnis

1. Die „französische Methode“

Franckh und Hardegg trafen sich im Frühjahr 1832 in Stuttgart nach ihrer Rückkehr aus Paris. Sie waren durchdrungen von revolutionärer Begeisterung und überzeugt von der Notwendigkeit und Unabwendbarkeit einer deutschen Republik²²⁴. Wie gedachten sie, ihre Gedanken in die Tat umzusetzen? Sie waren anfangs angehan von der Vorgehensweise der radikalen Opposition in Frankreich, die öffentliche Meinung systematisch gegen die Regierung bis hin zur Revolution anzuhetzen und dachten, diese Methode auf Württemberg und den deutschen Südwesten übertragen zu können.

Entsprechend sagte Hardegg: „Anfangs waren unsere [Hardeggs und Franckhs] beabsichtigten Mittel, das Volk beständig aufzureizen, der Regierung unausgesetzt den Krieg zu machen, sie möge auch tun, was sie wolle, und all ihr Tun und Treiben vornweg zu verwerfen. Das ist die Art der französischen Opposition. Wir wollten sie an dem Mark angreifen. Wir glaubten anfangs, daß man das Volk auf diese Art und Weise in eine Schwingung versetzen, und so mit einem Streich alles durchsetzen könne“²²⁵. Mayer sagte aus: „Den Plan brachten Franckh und Hardegg von Paris mit. Er besteht darin, das Volk immer zu reizen und in einer beständigen Schwingung zu erhalten, die Regierungen und ihre Autoritäten beständig anzugreifen [...] dies sollte mündlich geschehen, so oft sich Gelegenheit zeige, oder durch Zeitschriften“²²⁶. Und zum Abschluss sagte Mayer zusammenfassend: „Ich weiß auch gar nichts andres, als dass Franckh bloß in dieser Absicht die *Donau- und Neckar-Zeitung* angekauft hat“²²⁷.

Der Kauf der *DNZ* wurde vielleicht über Strohmänner abgewickelt. Ziel war es jedenfalls mit z.T. verdeckten Botschaften Intelligenz und Bürgertum anzusprechen und für die eigenen revolutionären Ziele zu gewinnen. Dieses Vorgehen erschien erfolgversprechend, dienten doch Zeitungen in der kurzen Liberalisierungsphase nach der Julirevolution als überragendes Instrument der neuen Opposition zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung neben den „mündlichen“ Transmissionsriemen wie Landtagsdebatten und Protestversammlungen. Als die Zensur wieder zunahm, versuchten die oppositionellen Blätter diese z.B. durch verhüllte Andeutungen und Bezug auf andere Schauplätze zu umgehen, so auch die *DNZ*.²²⁸

²²⁴ Akt. Darst. alt, S. 54.

²²⁵ StaL E 319 Bü 33; siehe auch Hardeggs Zeugnis in StaL E 319 Bü 6 sowie zu diesem „französischen“ Vorgehen StaL E 319 Bü 40.

²²⁶ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241; vgl. auch die Aussage von Groß; ebd.

²²⁷ Ebd., sowie zum Erwerb der Zeitung zu diesem Zweck.

²²⁸ Die Untersuchungsbehörden nahmen Bezug auf die Hindernisse der zunehmenden Zensur nach der kurzen liberalen Phase und konstatierten: „Als ein weiteres Mittel zu Verbreitung seiner republikanischen Ideen suchte Franckh geständigermaßen die zu diesem Behufe von ihm aufgekaufte *Donau- und Neckar-Zeitung*, soweit solches bei der bestehenden Zensur

Franckhs Plan sei es gewesen, „soviel als möglich unsere republikanischen Ideen zu verbreiten und unter der gebildeten Klasse soviel als möglich Proselyten zu schaffen“²²⁹. Er selbst bekannte freimütig: „Ich hatte allerdings die Überzeugung, daß die europäisch revolutionäre Richtung nur durch eine Republik beendet, daß das allgemeine Interesse der Völker in dem jetzigen Kulturstande nur durch eine Republik befriedigt werden könne, kurz, daß die Republik die beste Regierungsform für unsere Zeit sei. Ich suchte nun allerdings diese Idee zu verbreiten, ich suchte Männer aus dem gebildeten Stande zu gewinnen, die diese Idee weiter verbreiten“²³⁰. Franckh hatte gleichzeitig gemeint, die unteren Volksschichten seien ohnehin leicht aufzuwiegeln. Daher sei es zunächst wichtiger, eine revolutionäre Elite unter dem gebildeten Bürgertum zu finden, die die Revolution anführe, die jedoch auch der Garant dafür sei, „daß die Masse nicht die Intelligenz totschiene“²³¹. Der bald wieder verschärften Pressezensur begegnete Franckh mit einer zunehmenden Produktion von illegalen Flugschriften²³².

Hardeggs Rechtsanwalt Fetzner betonte, dass es sich im Kampf zwischen der politisierten öffentlichen Meinung und den Repressionen der Regierungen letztlich um eine gegenseitige Eskalation gehandelt habe, die in Hardeggs Augen zur Revolution hätte führen sollen. Infolge der Herausforderung der Regierung durch Aufwiegelung in den Zeitungen und anderen Schriften erwartete man Unruhen und Aufstände in den Straßen und Gassen und infolgedessen auch Gegenmaßnahmen der Regierung, die wiederum die Emotionen noch stärker aufgeheizt hätten²³³. Börne begriff in diesem Sinne auch die Rolle des PVVs, wenn er in einem seiner „Briefe aus Paris“ am 20. Februar 1832 schrieb, die liberalen Schriftsteller müssten die Regierungen reizen und „Österreich und Preußen müssen [dann] die Revolution machen“²³⁴. Die *DNZ* griff dementsprechend zu einer zunehmend extremen Sprache, die die österreichischen Behörden auf den Plan rief. Sie sagten der Zeitung eine „sträflich entschiedene revolutionäre Tendenz“ nach und forderten deren Verbot²³⁵.

sein konnte, zu benützen“; Akt. Darst. alt, S.56. Die Zeitung ging allerdings kurz nach Franckhs Verhaftung ein; ebd.

²²⁹ StaL E 319 Bü 6.

²³⁰ Akt. Darst. alt, S. 55.

²³¹ StaL E 319 Bü 6.

²³² Siehe den Bericht des Untersuchungsrichters Bechter: StaL E 319 Bü 33. Ferner heißt es dort: „In Beziehung auf die Teilnahme an der Verbreitung gesetzwidriger Flugschriften ist gegen Franckh im allgemeinen die Bezücht erhoben worden, daß er hierauf ein großes Gewicht gelegt hat“; ebd. Bis zu seiner Flucht im September 1832 war Lohbauer, wie schon erwähnt, wichtigster Verteiler von Flugschriften.

²³³ StaL E 319 Bü 36.

²³⁴ BÖRNE, Sämtliche Schriften 3, S. 571.

²³⁵ GLOSSY, Literarische Geheimberichte, S. 44. Der Geheimbericht Noës aus Mainz von 1836 bemerkt: „Leiter der *Donau- und Neckar-Zeitung* war der Buchhändler Franckh in Stuttgart“; ebd.

Der Weg der liberalen Opposition in Frankreich, in erster Linie durch die Presse die Regierung Karls X. zu diskreditieren und die Öffentlichkeit aufzuwiegeln, die in die Julirevolution einmündete, machte auf alle liberalen Kräfte in Europa enormen Eindruck. Auch Franckh und Hardegg gehörten vorerst zu diesen. Die zunehmende Enttäuschung über das „Juste Milieu“ bestärkte diese jedoch in ihren radikalen-republikanischen Ansichten. Sie zeigten sich jetzt von der erneuten republikanischen Opposition in Paris beeindruckt, die die neue Regierung ohne Erbarmen in Zeitungen, Flugblättern und „Aufrufen“, in gerichtlichen Verteidigungsreden (Cavaignac, Blanqui und anderen) angriff und keine Gelegenheit ausließ, die Arbeiter aufzuwiegeln, wie es die an den *Canuts*-Aufständen in Lyon Ende 1831 involvierte „Gesellschaft der Volksfreunde“ auch in und um Paris 1831 und 1832 getan hatte²³⁶.

Die *DNZ* sollte nach Franckhs eigenen Worten auch dazu dienen, ein positives Echo im Ausland, vor allem in Frankreich zu erlangen²³⁷. Denn Franckh und Hardegg hegten zu Beginn die Erwartung, in Frankreich werde demnächst eine republikanische Revolution ausbrechen, in deren Folge die republikanischen Armeen aus Frankreich nach Deutschland kommen und dort der Revolution zum Siege verhelfen würden²³⁸.

Einer der Teilnehmer an dem Frankfurter Wachensturm, Bernhard Lizius, der sich im Laufe der Jahre im Schweizer Exil zu einem Informanten der österreichischen Behörden gewandelt hatte, verfasste einen umfangreichen Bericht über den Verlauf der Ereignisse, die zu dem Frankfurter Aufstandsversuch geführt hatten. Die Glaubwürdigkeit dieses Berichtes darf angezweifelt werden. Es erhebt sich der Verdacht, der Verfasser habe im Nachhinein die Geschichte einer radikalen Fraktion in Hambach konstruiert, die, von langer Hand geplant, eine Revolution in Deutschland bewirken wollte. Sie hielt angeblich alle Fäden in der Hand. Diese Darstellung passte sich der Komplottheorie Metternichs an. Der „Bericht“ spricht von drei „Fraktionen“ in Hambach: den „Timiden“, die mit den Rechten identifiziert werden; dem „Zentrum“, das dem „Juste Milieu“ entsprach, und den „Aktivisten“, die mit den Linken gleichzusetzen seien. Zu der letzten Gruppe wurden auch Franckh, Gärth und Weidig²³⁹ gezählt, obwohl letzterer überhaupt nicht am Hambacher Fest teilgenommen hatte. Franckh habe – diesem Bericht zufolge – zusammen mit den anderen genannten und noch weiteren Personen dieser Fraktion – darunter Mathy, Strohmaier, Harro Haring, Funk, Bunsen und Knöbel – an dem Treffen im „Schützenhaus“ teilgenommen. Auf diesem Treffen waren allerdings mehrere Hundert Menschen anwesend. Weiterhin seien, dem Bericht

²³⁶ Akt. Darst. alt, S. 54. Zu dieser Vorgehensweise siehe DE LA HODDE, Geschichte der geheimen Gesellschaften, S. 41.

²³⁷ StAL E 319 Bü 34.

²³⁸ Aussage Mayers: StAL E 319 Bü 6. Diese Erwartung war unter vielen Republikanern in Deutschland verbreitet.

²³⁹ Friedrich Ludwig Weidig, der Lehrer und radikale Pfarrer aus Butzbach im Großherzogtum Hessen, war mit den württembergischen Verschwörern in engem Kontakt.

zufolge, Komitees von jeweils drei bis sieben Personen für verschiedene Regionen in Deutschland eingerichtet worden, die die Kontrolle über jede Gesellschaft, jeden Klub oder jeden Verein übernehmen sollten. In jedem Landstrich sei eine Zeitung beauftragt worden, für die Revolution zu wirken. Im Falle Württembergs sei diese Aufgabe an Franckh gefallen, der eben zu diesem Zwecke die *DNZ* erworben hätte. Man sei sich einig gewesen, auf verschiedene Weise gemäß der politischen Reife eines jeden deutschen Staates vorzugehen und entsprechende Zielsetzungen aufzustellen. In Frankfurt sei es um die Errichtung einer Republik gegangen, in Sachsen und Franken um die Einsetzung einer konstitutionellen Monarchie, insgesamt natürlich überall um die Mobilisierung der Massen²⁴⁰.

Franckh war tatsächlich in Hambach gewesen. Es war auch nicht auszuschließen, dass er an dem Treffen im „Schützenhaus“ teilgenommen hatte. Bei dem Treffen in kleinerem Kreise bei Schoppmann, bei dem konkrete Schritte besprochen werden sollten, war er allerdings nicht anwesend. In Haardt bei Neustadt wohnte Franckhs Jugendfreund, der Ökonom Johann Wilhelm Michel. Michel stammte aus Mannheim und Franckh hatte ihn während seiner Kaufmannsausbildung in Mannheim kennengelernt²⁴¹. Durch Michel und seinen Schwager Christoph Heckel, ebenfalls Ökonom und wie Michel als Mitglied im PVV einer der Initiatoren des Hambacher Festes²⁴², lernte Franckh Siebenpfeiffer, Wirth, Strohmaier und Schüler kennen²⁴³. Über Siebenpfeiffers Rede auf der Volksversammlung sagte Franckh: „Sie [die Rede] war übrigens gemäßigt und mehr poetisch als politisch“²⁴⁴. Und über die Wahl eines Nationalkomitees in Hambach meinte er: „Ich erklärte dies sogleich für einen Unsinn [...] das Ganze ekelte mich an“²⁴⁵. Groß berichtete aufgrund des von Franckh gewonnenen Eindrucks: „Er war nachher sehr unzufrieden damit. Er hielt es für etwas ganz Mißglücktes“²⁴⁶. Auf die Frage, ob Franckh in Hambach Kontakte geknüpft habe, antwortete Groß: „Ich glaube wohl, daß er solche gesucht hat. Aber ich weiß nicht, ob er solche Verbindungen angeknüpft hat“²⁴⁷. Franckhs Kritik an Siebenpfeiffers „Behutsamkeit“, die ablehnende Haltung bei der Frage der Gründung eines Nationalkomitees und die Ansicht, „Hambach“ sei eine Niederlage gewesen, weisen darauf hin, dass Franckh über den Mangel an Zielstrebigkeit und Entschlossenheit der Teilnehmer des Hambacher Festes unzufrieden war. Aus ähnlichen Gründen war Wirth bei Franckh in Ungnade gefallen, hatte er sich doch als inkonsequent erwiesen, als ein Mann, der aus seiner Lehre nicht die nötigen

²⁴⁰ Siehe den Bericht von Noë aus Mainz vom 19. August 1836, der sich auf Lizius' Memorandum stützt, das er von dem österreichischen Agenten in der Schweiz, von Engelhofen, erhalten hatte. HHStAW Informationsbüro = IB (Mainzer Zentral-Polizei).

²⁴¹ StAL E 319 Bü 6.

²⁴² FÖRSTER, Press- und Vaterlandsverein, S. 116.

²⁴³ StAL E 319 Bü 6.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Ebd.

Schlussfolgerungen ziehe, als er Franckh angeblich gesagt habe, er – Wirth – könne kein Todesurteil unterschreiben. Franckh nahm daher Verbindung zu Gärth und den Mitgliedern des Komitees des neuen Reformvereins auf, die in Frankfurt in den Untergrund gegangen waren. Mit dem neuen Komitee habe man nach Franckhs Meinung offen reden können.

Franckh gehörte, wenn man so will, zu den Unzufriedenen auf dem linken Flügel der Hambacher. Es ist durchaus denkbar, dass seine Aktivitäten nach Hambach im Sinne des Reformvereins darauf abzielten, ein länderübergreifendes revolutionäres Netzwerk zu errichten, beziehungsweise die Aktivitäten der Radikalen in verschiedenen Ländern aufeinander abzustimmen. Von einer Art „Befehlszentrale“ des Reformvereins auszugehen, die alle Fäden in der Hand hielt und die hierarchisch aufgebaut war, wie es Lizius unterstellt, ist zumindest im Falle der republikanischen Fraktion in Württemberg eine Mystifikation. Franckh und Hardegg folgten revolutionären Plänen, die sie aus Paris mitbrachten und nicht vermeintlichen Direktiven des Reformvereins. Der Kauf der *DNZ* entsprach eigenen geschäftlichen und politischen Motiven Franckhs, die dem Hambacher Fest lange vorausgingen und die bis in die 1820er Jahre zurückreichten. Die Absicht mit Maignan eine Zeitung in Paris zu gründen, war ein erneuter Beweis hierfür. Theoretisch hätte die Übernahme der *DNZ* auch in dem Zeitfenster zwischen Franckhs Rückkehr aus Paris im März 1832 und seiner Fahrt nach Hambach geschehen können. Das genaue Datum dieser Transaktion ist nicht nachweisbar.

Franckh ging es wie gesagt darum, „dem Wort die Tat folgen zu lassen“. Einwirkung auf die Öffentlichkeit sollte von revolutionärer Tätigkeit begleitet werden und in eine Revolution einmünden. Hierzu gehörte die konspirative Netzwerkbildung in Württemberg und die Bündelung aller revolutionären Kräfte im Umkreis Württembergs. Diesem Zweck dienten Franckhs zahlreiche Reisen beziehungsweise die in seinem Auftrag getätigten Reisen in deutsche Nachbarländer.

Dem Zweck, die Zusammenarbeit der radikalen Gruppen in verschiedenen Ländern zu fördern, dienten auch die Reisen Rauschenplats und später Obermüllers, angeblich im Auftrag des Reformvereins sowie die Reisen des Apothekers Johann Theodor Trapp als Vertreter Weidigs, die Fahrten Friedrich Breidensteins aus Homburg v. d. H. oder Dr. Peter Friedrich Neuhof(f)s und Gärths aus Frankfurt nach Württemberg²⁴⁸. Ähnlich häufig wurden Reisen zwischen anderen Staaten Süddeutschlands durchgeführt. Als im Winter 1832 in Stuttgart der Kongress der Burschenschaften im Geheimen tagte, bot sich ein direkter Kontakt mit den württembergischen Verschwörern an. Diese jedoch trafen sich just zu diesem Zeitpunkt in Löchgau und dann im Hause Dorns in Ludwigsburg. Es kam zur minimalen Absprache mittels eines Gesandten von außen – Wilhelm Obermüller, dem relegierten Freiburger Studenten. Während die Verschwörer in Frankfurt, die praktisch mit dem Untergrund des Reformvereins identifiziert werden müssen, Kontakte mit den Burschenschaften unterhielten und mit deren Zelle in Heidelberg

²⁴⁸ Siehe S. 371–397.

kooperierten, – Dr. Gustav Bunsen fuhr zum Beispiel am 19. Februar 1833 nach Heidelberg²⁴⁹ – distanzieren sich die Verschwörer in Württemberg von den Studenten²⁵⁰. Meinungsverschiedenheiten zwischen Württemberg und Frankfurt über den richtigen Zeitpunkt der Aktion verhinderten letztlich ein koordiniertes Vorgehen und trugen zum Scheitern des Aufstandes in Frankfurt am 3. April 1833 bei. Die Zersplitterung Deutschlands war ein ungünstiger Faktor für die Durchführung einer deutschen Revolution – in den 1830er Jahren genauso wie 1848 und 1849.

2. Rekrutierung der Bauern, Ausbau der Kontakte und Neubewertung der Methode

Wahrscheinlich hatte Franckh durch seine Verbindung zu republikanischen Revolutionären in Frankreich von den Plänen einer bevorstehenden Revolution gehört, die durch den Juniaufstand von 1832 in Paris ausgelöst werden sollte. Von daher mag er den Entschluss gefasst haben, so schnell wie möglich nach Hause zurückzukehren und den Aufbau einer revolutionären Gruppe für den Fall einzuleiten, dass in Frankreich die Revolution gelingen würde und den Impuls für einen Aufstand in Deutschland auslöste.

Das Scheitern des republikanischen Aufstandes vom 5. und 6. Juni 1832 ließ Franckhs und Hardeggs Hoffnung, die deutsche Revolution könnte sich auf eine republikanische Hilfe aus Frankreich stützen, dahinschwinden²⁵¹. Nach Ansicht von Groß meinte Hardegg: „[D]ie Republikaner haben durch das Leichenbegräbnis des Lamarque ihren Todesstoß erlitten“²⁵². Ähnlich äußerte sich Gustav Widenmann über Hardegg: „Überhaupt sprach er in neuester Zeit von der französischen Republik, als von einer erlöschenden Partei, die durch das Leichenbegräbnis von Lamarque ihren Todesstoß erhielt“²⁵³.

Die Unterdrückung des republikanischen Juniaufstandes bestärkte Franckh und Hardegg in der Ansicht, aus eigenen Stücken zu handeln, statt sich auf Frankreich zu verlassen. Eine Hilfe von außen – ob von Verbündeten in deutschen Nachbarländern oder etwa von der polnischen Exilarmee in Frankreich – blieb dennoch weiter essenziell²⁵⁴. Ähnlich erging es bekanntlich auch Koseritz. Franckh fühlte

²⁴⁹ Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 68–72. Eine ausführliche Erörterung der Frage aller Kontakte und Verbindungen zwischen den revolutionären Zellen in Süddeutschland überschreitet den Umfang der vorliegenden Darstellung. Nur direkte Kontakte zwischen Württemberg und den Verbündeten außerhalb Württembergs werden angesprochen.

²⁵⁰ Dies gilt im Wesentlichen für Hardegg und seine Anhänger.

²⁵¹ StaL E 319 Bü 6.

²⁵² Ebd. Das Begräbnis des napoleonischen Generals Lamarque hatte das Zeichen zum Juniaufstand von 1832 gegeben.

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ StaL E 319 Bü 33. Auf dem Treffen im Gasthaus „Zum Bären“ hatte Franckh trotz allem noch immer von der Möglichkeit gesprochen, aus Frankreich Hilfe zu erhalten. Es ist

sich nach einem erneuten Treffen mit Mathy und Strohmaier – vermutlich im September 1832 nach dem Treffen im „Zum Bären“ – in der Hoffnung auf einen revolutionären Alleingang in Süddeutschland bestärkt²⁵⁵. Franckh war zuversichtlich, die Proteste gegen die Juni/Juli-Ordonnanzen in Süddeutschland würden die Stimmung aufwühlen, die repressiven Gegenschritte der Regierung aber würden die Gärung bis zur Auflösung der Landtage und zur Aufhebung der Verfassungen steigern. Diese Gärung gelte es zunächst zu schüren. Die revolutionäre Situation sei dann nur eine Frage der Zeit. Wichtig sei es, die bürgerlichen Mittelschichten zu gewinnen und die Unterstützung von bewaffneten Truppen für den Anfang zu sichern. Wenn dies geschah, so reichte ein Funken aus, um die Revolution auszulösen. Die nötige Massenbasis, vor allem der bäuerlichen Unterschicht, würde dann fast von alleine erfolgen. Diese ließen sich leicht einspannen.

Hier tat sich seit dem Herbst 1832 ein Konflikt zwischen Hardegg und Franckh auf. Hardegg gelangte zu der Ansicht, die politischen Ereignisse in Deutschland würden das Volk nicht ausreichend aufrütteln. Die von den Juni/Juli-Ordonnanzen erwartete Entrüstung und Gärung hielt sich in Grenzen. Die bürgerlichen Mittelschichten zeigten sich nicht entschlossen genug, während die politischen Probleme das Bauernvolk wenig zu tangieren schienen. Aus seinen Kontakten zu Bauern schloss er, dass diesen ein revolutionäres Bewusstsein noch fehlte. Folglich wäre das von den Verschwörern als „französische Methode“ bezeichnete Konzept, das Volk aufzuwiegeln, wenig effektiv. Zudem zeigte er sich auch enttäuscht von den Schritten der Verbündeten in Frankfurt und Hessen. Über die sich anbahnende Diskussion um die revolutionäre Methode zwischen Franckh und Hardegg berichtete Mayer: „Hardegg war auch dieser Ansicht (man dürfe nur anzünden, so brenne es überall fort) bis zum Herbst. Seitdem überzeugte er sich, daß die Regierung das Volk tief verletzen müßte, bis es aufstünde. [...] Von da an kam Hardegg auf die Idee, man müßte das Volk vorher über die Vorzüge einer Republik aufklären und gründliche Ansichten ihm beibringen, daneben aber das alte System aufzureizen, beibehalten, weil sie, die Bauern, noch schlafen“²⁵⁶. So gelangte Hardegg zu der Einsicht, man sollte die Aufwiegelung – den alten Weg – mit einer ernsthaften, tiefgreifenden Aufklärung über die Vorteile der Republik verknüpfen. Die Vorgehensweise, die zunächst Franckh und Hardegg gemeinsam vertreten hatten, wurde von Hardegg eingeschränkt, als er erkannt hatte, dass das, was in Frankreich einleuchtend und nützlich erschien, nicht unbedingt auch auf Deutschland übertragbar war. Dabei war unklar, ob er die Julirevolution oder den gescheiterten Juniaufstand von 1832 als Vergleichsfolie heranzog. Die erste offene Revolution gelang, die zweite, geheim geplante misslang. Von Idealismus geprägt meinte er, dass man „mit einer

unklar, ob er auf einen erneuten republikanischen Aufstandsversuch in Frankreich gehofft hatte, oder ob er damit die polnischen Kontingente im französischen Exil gemeint hatte. StaL E 319 Bü 33.

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Ebd., Qu. 226; ganz ähnlich auch Mayers Aussage; ebd., Qu. 142.

gründlichen Belehrung und Überzeugung“²⁵⁷ in erster Linie der Bauern beginnen müsse²⁵⁸. Im Unterschied zu Hardegg blieb Franckh bei der „französischen Methode“, wie es Mayer formulierte: „Franckh war der französischen Art zu revolutionieren zugetan. Diese besteht darin, das Volk in einer beständigen Aufregung zu erhalten und einen Skandal nach dem anderen herbeizuführen. Dadurch solle alle Bande nach und nach locker werden und endlich soll man dann das in einen Schwindel versetzte Volk schnell zum Losschlagen benützen“²⁵⁹.

Hardegg entwickelte gegenüber dem deutschen Bürgertum eine kritische Haltung. Er zweifelte seine revolutionäre Entschlossenheit an und seine Fähigkeit, die Volksmassen in eine Revolution mitzureißen, wie dies in Frankreich geschehen war. Dafür meinte er, die Revolution viel stärker auf die unteren Schichten auszurichten und zu stützen. Während, laut Groß, Franckh an der Ansicht festhielt, das Volk – vor allem die Bauernschaft – sei ein „zweckmäßiges Mittel“, bildete sich Hardegg eine andere Ansicht. Statt es als leichtes Werkzeug des Bürgertums zu betrachten, das sowieso zu schwach und unentschlossen sei, müsste man das Volk aufklären und überzeugen. Er gab zu Protokoll: „Ich sprach mich gegen die französische Art zu revolutionieren aus, wo man das Volk in einen Schwindel versetzt und schnell als Masse gebraucht. Ich glaubte vielmehr, daß man durch Überzeugung auf das Volk wirken müsse. Franckh war mehr der anderen Ansicht angetan, was schon in seinem Charakter liegt“²⁶⁰. Widenmann hörte von Hardegg ähnliche Worte: „Hier teilte [er] uns auch seine Ansichten über den französischen Liberalismus, von dem er sich immer mehr entfernte, mit. Er sagte nämlich, dieser gehe von dem Grundsatz aus, man müßte den Pöbel in einen schnellen Schwindel versetzen und ihn als Masse gebrauchen, er Hardegg sah aber jetzt ein, daß man das Volk vor allem über die fraglichen Ideen aufklären und als Zweck nehmen müßte“²⁶¹. Über eine derartige Reaktion Hardeggs berichtete auch Groß²⁶².

Hardegg sah in der Landbevölkerung das entscheidende Element der Volksmassen. Er setzte seine Hoffnungen für die Revolution auf die Bauernschaft, nicht nur weil er selbst auf dem Lande aufgewachsen war und die Mentalität der Landbevölkerung kannte und schätzte, er „hatte von jeher eine Vorliebe für die Bauern“, wie Mayer es ausdrückte²⁶³, sondern weil er in den Bauern das Rückgrat der Wirtschaft jener Zeit erkannt hatte, die Bauern die Mehrheit der Bevölkerung stellten und er den Bauern eine Eigenschaft zuschrieb, die man heute Zivilcourage nennen würde: die Bereitschaft für ihre Anschauungen zu kämpfen. Er war überzeugt, „daß es [das Landvolk] – wenn es etwas einmal in seinen Willen aufgenommen hat,

²⁵⁷ StaL E 319 Bü 33.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

²⁶⁰ Ebd., Frage 198.

²⁶¹ Ebd.

²⁶² Ebd.

²⁶³ StaL E 319 Bü 31.

denselben durchführt“²⁶⁴. Für ihn war der Bauer nicht Objekt, sondern Subjekt. Mayer gab an, Hardegg wollte das Volk über die Vorteile der Republik aufklären, „damit das Volk aus eigener Überzeugung handle“²⁶⁵.

Er erkannte die Tatsache an, dass der durchschnittliche Städter im Hinblick auf das politische Denken dem einfachen Bauern überlegen sei. Doch dem politischen Denken allein maß er keine praktische Bedeutung und Auswirkung bei. Dem Bauern fehle zwar ein entwickeltes politisches Bewusstsein. Falls er sich aber ein solches erwerbe, werde er schon zur Tat schreiten. Und so konnte Mayer über Hardegg aussagen: „Er sagte immer, die Stadtleute wissen, was sie wollen, aber sie haben keine Kraft, die Bauern aber haben Kraft, dagegen noch keinen politischen Willen“²⁶⁶. Und Hardegg relativierte diese Einschätzung des politischen Vermögens der Städter: „[I]ch bekenne, daß ich auf die Städter gar nichts hielt, denen geht es zu gut. Ich verachtete immer diese Spießler, die ohne zu wissen warum, schimpfen, über Sachen raisonieren, die sie nicht im Mindesten verstehen, und wenn man sie auf die mindeste Konsequenz bringen will, feig die Achseln zucken. Diese Kerls sind furchtbar, wenn man sie hört; ich hätte mir es gar nicht so gedacht; da ist das Morden und Brennen voran. Sie schimpfen aus Geistesarmut, weil sie sonst nichts zu reden wissen und weil sie es für Modesachen halten, für liberal zu gelten. Bei vielen ist es der reine Übermut, sie wollen nichts als die letzten Schranken ihres Egoismus beseitigt wissen oder sie wissen gar nicht, was sie wollen. Sie denken gar nichts und werden auch nie etwas leisten oder ausführen. Ganz anders ist das Landvolk, dieses denkt und hat Willenskraft. Es schimpft nicht, ohne zu prüfen“²⁶⁷. Das Bürgertum setze sich mehrheitlich aus Menschen zusammen, die nicht bereit seien „dem Wort die Tat folgen zu lassen“. Hardegg bezeichnete sie im Gegensatz zu den Bauern als „Maulrepublikaner“²⁶⁸. Auch Groß sagte über Hardegg aus: „[S]einer Ansicht gemäß [war], daß sich mit den Spießlern, das heißt Städtern, die bei allem Übermut, nur hinter dem Bierglase verwegenseien, nichts anfangen lasse, daß dagegen dem gesunden Sinn und der Tatkraft des Landvolks vertraut werden dürfe“²⁶⁹. Hardegg, der von allen als starker Charakter beschrieben wurde, begriff sich selbst als jemanden, der die guten Eigenschaften von einem Bauer und einem gebildetem Städter in sich vereinte.

Interessant ist, dass Hardegg und Mayer in Württemberg schließlich, ebenso wie Büchner einen Schulterchluss zwischen Wirtschafts- und Bildungsbürgertum und der „großen Klasse“ des einfachen Volkes anzweifelten. Die trennende Kluft war immanent und in bestimmten Fällen auch real. Wie Büchner verhielt er sich auch misstrauisch gegenüber den bürgerlichen Studenten. Der Umstand, dass im Gegen-

²⁶⁴ StaL E 319 Bü 33.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ StaL E 319 Bü 40.

²⁶⁷ StaL E 319 Bü 33; Akt. Darst. alt, S.100; siehe auch Äußerungen im gleichen Sinne von Hardegg in StaL E 319 Bü 14 Frage 5828.

²⁶⁸ StaL E 319 Bü 6.

²⁶⁹ StaL E 319 Bü 40.

satz zu den Revolutionären in Württemberg, die nicht mit den Burschenschaften kooperierten, die Revolutionäre sich in Frankfurt und Hessen auf die Studenten als revolutionäre Speerspitze stützten, war nicht zufällig. Trotz der Tatsache, dass Hardegg zu jener Zeit in Tübingen studierte, lehnte er die Burschenschaften ab. Auch Widenmann und der Stuttgarter Architekturstudent Weihenmaier gehörten keiner Burschenschaft an. Und Mayer sagte von Widenmann und Hardegg: „Beiden mißfiel der Geist derselben [der Burschenschaften]. Es gefiel ihnen nicht, daß die Mitglieder der Burschenschaften mehr scheinen woll[t]en, als sie waren“²⁷⁰. Und Dorn berichtete: „Hardegg sprach namentlich von den Tübinger Studenten mit Verachtung. Er sagte, mit diesen sei nichts anzufangen, sie seien Lämmer und handeln nicht; sie saufen und rasonieren in den Wirtshäusern und haben einen schlechten Geist“²⁷¹. Diese Abneigung erinnert an Heines Kritik gegenüber den Burschenschaften in seiner Göttinger Studienzeit.

Hardegg nahm seine ersten gezielten Kontakte mit Bauern vermutlich auf dem Weg nach Frankfurt im Oktober 1832 auf. Er hatte den selbstständigen, wohl-etablierten Landwirt Wilhelm Herrlinger in Großgartach besucht²⁷². Hardegg und Herrlinger hatten sich im September 1832 im Gasthaus „Zum Adler“ in Stuttgart kennengelernt²⁷³ und sollten 1840 in familiäre Beziehungen treten, als Herrlinger Hardeggs Schwester Carolina Mathilda heiratete. Hardegg informierte sich zunächst bei Herrlinger über die „Klagen und Beschwerden des Volkes in dieser Gegend“²⁷⁴. Herrlinger erwiderte: „Das Volk beschwerte sich hauptsächlich nur über die Feudallasten, über zu hohe Salzpreise, über die Größe der Notariatsporteln, mitunter über die Größe der Abgaben überhaupt“²⁷⁵.

Hardegg hatte seine direkten Kontakte mit Angehörigen der Bauernschaft nach seiner Rückkehr aus Frankfurt im Oktober 1832 ausgebaut. Entsprechend berichtete der Bauer Johann Caspar Unz aus Egartenhof, der Weinbauer Christian Friedrich Hipp aus Gemmrigheim habe ihm von dem Besuch Hardeggs in Frankfurt erzählt, bei dem von einer Verschwörung zum Sturz der bestehenden Regierungen und der „deutschen hohen Häupter“ gesprochen worden sei²⁷⁶.

Die Bekanntschaft Hardeggs mit dem Weinbauern Hipp beruhte wie erwähnt wohl auf dem Umstand, dass Hipp aus Gemmrigheim im Bezirk Besigheim stammte, also aus dem Dorf, aus dem auch Hardeggs Großvater kam²⁷⁷. Auf seiner Rückreise aus Frankfurt im Oktober 1832 hatte Hardegg Hipp jedoch zum ersten Mal getroffen²⁷⁸. Hipp, ein pietistischer Winzer und politischer Radikaler, wurde

²⁷⁰ StaL E 319 Bü 11.

²⁷¹ Ebd., Frage 1903.

²⁷² StaL E 319 Bü 33. Herrlinger war auch Teilnehmer an der Häusler'schen Gesellschaft.

²⁷³ StaL E 319 Bü 12.

²⁷⁴ StaL E 319 Bü 33.

²⁷⁵ StaL E 319 Bü 12.

²⁷⁶ Akt. Darst. alt, S. 101.

²⁷⁷ StaL E 319 Bü 26.

²⁷⁸ Gemmrigheim liegt nördlich von Ludwigsburg, an der Hauptstraße nach Frankfurt.

von den Untersuchungsbehörden als „ganz revolutionär gestimmt“ eingeschätzt²⁷⁹. Er verkündete vor seinen Mitverschwörern, seine Geduld sei am Ende und wenn es bis zum März 1833 nicht zur Revolution komme, werde er in die Vereinigten Staaten emigrieren²⁸⁰. Als er erkannte, dass die Chancen für eine Revolution gering waren, zog er sogar vorzeitig im Februar 1833 tatsächlich nach Amerika²⁸¹. Hipp machte Hardegg mit dem Bauern Johann Caspar Unz aus Egartenhof bekannt. Unz war in Gemmrigheim gebürtig und kannte Hipp aus seinem Heimatdorf²⁸². Auch Unz war Pietist und für die revolutionären Ideen Hardeggs empfänglich. Hipp traf sich auch mit Franckh und war nach Löchgau, unweit von Gemmrigheim, eingeladen worden, wo auch Unz erscheinen sollte. Unz allerdings blieb dem Treffen fern. Der dritte Vertreter der Bauernschaft, der zu dem Treffen in Löchgau erscheinen sollte, war Herrlinger, der jedoch verhindert war²⁸³. Hipp war bereit, zu dem folgenden Treffen, welches für Anfang Februar bei Franckh geplant war, weitere Bauern mitzubringen²⁸⁴.

Nach der Begegnung mit diesen drei Bauern begann Hardegg zusammen mit Mayer und Widenmann in den Monaten November und Dezember 1832 Dorfbewohner im Tübinger Land aufzusuchen²⁸⁵. Am Anfang wandte sich Hardegg mit der Bitte an seinen Freund, den Apothekergehilfen Mayer, Kontakte zu den Bauern herzustellen, denn, so berichtete Mayer, „die Städter taugen nichts; nur durch die Bauern könne etwas ausgeführt werden. Er bat mich dann, weil viele Bauern zu mir kommen, ich sollte ihn mit einigen bekannt machen“²⁸⁶. Mayer, der in der Tübinger Apotheke Haller arbeitete, kam tatsächlich mit Bauern der Region in Kontakt, die er mit Medikamenten versorgte. Er versuchte sie in politische Gespräche über die Republik zu verwickeln und notierte sich einige Namen und Anschriften der Bauern, die er zusammen mit Hardegg und teilweise auch mit Widenmann besuchen wollte. Mit Mayers gesammelten Anschriften ausgerüstet, zogen sie zu zweit oder auch zu dritt zwischen November 1832 und Januar 1833 an Sonntagen in die Dörfer Wankheim, Mähringen, Kusterdingen und Kirchentellinsfurt in der Umgebung Tübingens. Es war eine arme Gegend, in der die Bauern ganz besonders unter schwerer körperlicher Arbeit litten²⁸⁷. Hardegg und seine Leute sprachen mit Kleinbauern, mit landwirtschaftlichen Tagelöhnern und Handwerkern. Außer den von Mayer namentlich erfassten Bauern trafen Hardegg und seine Freunde höchstwahrscheinlich zusätzlich Bauern in den Schenken und Wirtshäusern.

²⁷⁹ StaL E 319 Bü 40.

²⁸⁰ StaL E 319 Bü 40.

²⁸¹ LKA Familienregister Gemmrigheim.

²⁸² Caspar Unz * Gemmrigheim 18. oder 19. 1. 1809, † Egartenhof 1. 11. 1866; vgl. LKA Taufregister Familienregister Groß-Sachsenheim-Egartenhof.

²⁸³ Akt. Darst. alt, S. 95.

²⁸⁴ StaL E 319 Bü 13.

²⁸⁵ Akt. Darst. neu, S. 26.

²⁸⁶ StaL E 319 Bü 6.

²⁸⁷ Zum Gögenaufstand siehe S. 208.

Hardegg versuchte zu Beginn mit Gesprächen und durch die Verbreitung von Flugblättern – also nach der alten „französischen Methode“ – die Bauern aufzuwegen. Er wurde enttäuscht, denn es gelang ihm nicht, die Unterstützung der Bauern zu gewinnen. Auch die Erwartung, die er den Verbündeten in Frankfurt und Hessen gegenüber hegte, wurde, wie erwähnt, nicht erfüllt. So verschärfte sich kontinuierlich der Konflikt zwischen Hardegg und Franckh über die Methode zur Vorbereitung der Revolution, über die Beziehung zu den Bauern und über den Zeitpunkt einer möglichen Revolution²⁸⁸.

Zu ihrem Leid stießen Hardegg und seine Freunde bei den Treffen in den Bauernhäusern auf pietistische Versammlungen, denn ihre Besuche fanden ja in der Regel sonntags statt. Diese Bauern hingen der Lehre Bengels an, die eine kommende Apokalypse für das Jahr 1836 prophezeite. Die göttliche Fügung nicht die menschliche Tat versprach die Erlösung. Vorherrschende Meinung unter diesen Bauern war, der von Gott eingesetzten Obrigkeit, wie sie sagten, müsse man gehorchen²⁸⁹. Es sei „unsere Pflicht und Schuldigkeit [...] für den König und die Obrigkeit zu beten“²⁹⁰. Hierbei wurde jedoch zwischen dem gesalbten, barmherzigen König und seinen ungerechten Beamten unterschieden und man glaubte, die Aufmerksamkeit des Königs müsse nur auf diese Beamten gelenkt werden, um das Problem zu lösen, denn „gegen ungerechte Diener derselben [der Obrigkeit] könne man bei dem König Recht verlangen“²⁹¹. Andere Pietisten, wie der Bauer Kemmler und der Lohnarbeiter Conrad Lang, wiesen auf das Gewaltverbot hin, denn die Herrschaft liege allein bei Gott²⁹².

Hardegg war darüber aufgebracht, dass man es ausgerechnet mit einer derart hartnäckigen Bevölkerungsgruppe zu tun hatte, die seine Sendung noch zusätzlich erschwerte²⁹³. Einige Pietisten allerdings verknüpften die imminente Heilserwartung Bengels mit dem Gedanken an die Revolution. Ein Bauer aus Mähringen kam später in Mayers Apotheke und teilte laut Widenmanns Aussage mit, „er sei auch dabei“²⁹⁴. So dachten auch, wie erwähnt, die pietistischen Bauern Hipp und Unz. Doch weit mehr verbreitet war die Anschauung, man müsse der von Gott eingesetzten Obrigkeit, wie sie sagten, gehorchen²⁹⁵.

Er und seine Freunde versuchten die Bauern davon zu überzeugen, dass das von ihnen einmütig erwartete „Tausendjährige Reich“ nichts anderes als die Revolution sei. So sagte Hardegg: „[D]as 1000 jährige Reich sei ja gerade die kommende Revolution“²⁹⁶. Er fuhr fort und meinte, man dürfe die Rettung nicht von der

²⁸⁸ Aussage Mayer: StaL E 319 Bü 6.

²⁸⁹ StaL E 319 Bü 33 S. 470f.

²⁹⁰ Ebd., S. 471.

²⁹¹ Ebd., S. 479f.

²⁹² Ebd., S. 470.

²⁹³ Aussage Widenmann: StaL E 319 Bü 6 Frage 146.

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ StaL E 319 Bü 33, S. 470f.

²⁹⁶ Bauer Kemmler aus Wankheim war von dieser Haltung überzeugt: StaL E 319 Bü 6 (I).

kommenden Welt und den himmlischen Heerscharen erwarten²⁹⁷, sondern schon in dieser Welt. Daher müsse man hier und jetzt – unter Umständen – auch mit Gewalt vorgehen und nicht die Hände in den Schoß legen und auf den Messias warten.

Hardegg, Mayer und Widenmann bemühten sich, die Diskussion von der metaphysischen Ebene auf die materielle zu lenken, indem sie die Bauern nicht nur darauf aufmerksam machten, dass der König für die Situation verantwortlich sei, sondern dass auch der neue Landtag, der Anfang 1833 mit einer starken oppositionellen Fraktion zusammentreten sollte, nicht die Lösung für die wirtschaftlichen Probleme erbringen könne – also in erster Linie: Aufhebung der Feudalabgaben und Ablösung ohne Entschädigung und Verringerung der Steuerlast. Der Landstand werde nicht helfen, sagte Hardegg zu Unz, man müsse zur Gewalt greifen, und fuhr fort²⁹⁸: „[E]i was, es kommt am Ende darauf hinaus, daß man mit dem Prügel dreinschlagen muss“²⁹⁹. Und in Wankheim sagte er, „daß man mit Gewalt eine andere Obrigkeit einsetzen sollte“³⁰⁰.

Selbst die beste aller Monarchien, und auch die in Württemberg herrschende, so fügte Hardegg hinzu, könne nichts gegen die Ausnutzung und Armut ausrichten. Das Übel stecke im System und nicht in der Persönlichkeit dieses oder jenes Königs. Daher sei eine republikanische Revolution nötig³⁰¹. Republikanisch hieß nicht eine formelle Änderung der Verfassung, sondern eine substanzielle Veränderung von Staat und Gesellschaft dergestalt, dass beide die Belange des gesamten Volkes zu vertreten hätten. Täten sie es nicht, seien die Regierenden zur Verantwortung zu ziehen. Hardegg und seine beiden Freunde griffen die unterwürfige Haltung der Bauern an. Sie lehnten eine Fortsetzung der Zustände ab, wollten nicht die andere Wange für neue Schläge hinhalten³⁰² und zogen die Heilige Schrift heran, indem sie die Situation des Volkes mit der Lage der Israeliten in Ägypten verglichen. So wie die Israeliten von Moses aus der Knechtschaft in die Freiheit geführt worden waren, so vollziehe sich auch die Revolution³⁰³. Dagegen wandte der Schuhmacher Daniel Groß aus dem Dorf Mähringen ein, der Geist Gottes habe Moses dazu geführt, das Volk Israel in die Freiheit zu führen³⁰⁴. Hardegg und seine Männer gaben nicht auf und meinten, die Revolution sei auch im Sinne christlicher Ethik, den Unterdrückten zu helfen, eine notwendige Angelegenheit³⁰⁵.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ StaL E 319 Bü 12 Frage 3020; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁹⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

³⁰⁰ StaL E 319 Bü 33, S. 470.

³⁰¹ StaL E 319 Bü 6 (I).

³⁰² StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

³⁰³ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241, Frage 55. Auch Büchner benutzte das Gleichnis von Moses, dem Retter, der auch in den zeitgenössischen Verhältnissen notwendig sei, um das Volk aus der Knechtschaft in die Freiheit zu führen. Ein Beispiel, das dem christlich-pazifistischen Ethos widersprach; vgl. MAYER, Büchner und Weidig, S. 218.

³⁰⁴ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

³⁰⁵ StaL E 319 Bü 6 (I).

Zunächst dachten einige pietistische Bauern wie Häusel, Hardegg wolle die Lehre des pietistischen Theologen Bengel vom näherrückenden Jüngsten Gericht verbreiten, bis sie entdeckten, dass er für die Revolution eintrat: „Er [Hardegg] meinte Gleichheit und Freiheit und ich meinte die Offenbarung [Bengels]“³⁰⁶. Häusel änderte seine Ansicht über Hardegg und Mayer sehr schnell: „Sie wollten Gleichheit und Freiheit; bei mir verkaufen sie so etwas nicht. Ich dachte diese seien Abgesandte des Teufels“³⁰⁷.

Auch politische Fragen wurden von Hardegg und seinen Freunden auf ihren Reisen in die Dörfer angesprochen. Sie schlugen Gemeinderats- und Schultheißwahlen vor³⁰⁸, die alle zwei Jahre von allen Dorfbewohnern abgehalten werden sollten³⁰⁹. Hierdurch wollte Hardegg die Demokratie auf Ortsebene sichern. Er forderte dabei, die Wahlen dürften nicht eingeschränkt werden und die Gemeinderäte sollten als gewählte Körperschaften den Gemeinden und nicht den Oberamtsbehörden verantwortlich sein, die wiederum der Zentralregierung unterstanden. Die Regel, nach der eine Wiederwahl eines Magistratsmitglieds nach einer zweijährigen Amtsperiode ihm das Amt auf Lebensdauer verschaffte, wurde von ihm bekämpft. Er wollte verhindern, dass sich die Gemeinderäte in ihrer Position etablierten und sie zum eigenen Vorteil ausnutzten. Die regelmäßige Durchführung von Wahlen der Gemeinderäte, nicht nur wenn ein Mitglied starb, zurücktrat oder nach seiner zweijährigen Amtsperiode zur Wiederwahl stand, sollte eine größere Fluktuation in den gewählten Gremien gewähren. Bis 1830 hätten die traditionellen Führungsgruppen im Magistrat „ungeachtet ihrer geringen Zahl die große Mehrheit der Wahlberechtigten“ im Griff gehabt, berichtete rückblickend der *Beobachter*³¹⁰. In Hardeggs Augen herrschte dieses „Honoratiorensystem“³¹¹ im Kommunalbereich, zumindest in kleinen Ortschaften weiter fort. Ein anderes Argument für diese Veränderung zielte auf die Einsparung von Verwaltungskosten³¹².

Hardegg, Mayer und Widenmann mussten schließlich einsehen, dass sie mit den Bauern kaum eine gemeinsame Sprache fanden. Auch ihre Reden über ein Erfolg versprechendes, operatives Revolutionsprogramm erweckte unter den Bauern keine Begeisterung. Sie sagten den Bauern, man könne die Unterstützung von ungefähr 20.000 bewaffneten Männern aus dem Schwarzwald erwarten³¹³ – es bestand die Hoffnung, dass diese arme Region, deren Bevölkerung bekanntlich zur Unruhe neigte und sich nach Freiheit sehnte, sich der Revolution anschließen werde, wenn man genügend Polen und Franzosen dort einschleusen könnte. Auch Versuche, mit

³⁰⁶ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

³⁰⁷ Akt. Darst. alt, S. 104.

³⁰⁸ StaL E 319 Bü 12 Frage 3018.

³⁰⁹ StaL E 319 Bü 40. Hardegg wollte den Kreis der Wahlberechtigten nicht auf diejenigen beschränken, die das Bürgerrecht besaßen.

³¹⁰ HETTLING, Reform, S. 135.

³¹¹ Ebd.

³¹² StaL E 319 Bü 40.

³¹³ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241, Frage 88/89.

anderen Argumenten die Begeisterung anzufeuern, hatten keinen Erfolg. So äußerten Hardegg und Mayer gegenüber dem Tagelöhner Wolf aus Kusterdingen, der sich mit der Absicht trug, zur Armee zu gehen: „[E]r solle zur Artillerie gehen, diese könne recht schaden, er komme gerade recht, denn es gebe bald eine Revolution und sie [Hardegg, Mayer und andere] halten es mit den Bauern“³¹⁴.

Die drei verteilten auch Flugblätter, die Hardegg und Franckh aus Frankfurt mitgebracht hatten³¹⁵. Es waren die Gärth zugeschriebene Schrift „Deutschlands Wiedergeburt“ und „Der Widerhall deutscher Volksstimme“, der von dem radikalen politischen Schriftsteller Georg Herold aus Frankfurt im Straßburger Exil verfasst worden war sowie die Schrift von Karl Juch „Wahrheit, Tugend, Recht“. Diese stießen jedoch auf keine bemerkenswerte Zustimmung. Auch die gedruckte Hambacher Rede Siebenpfeifers, die von Mayer verteilt wurde, hinterließ keinen Eindruck³¹⁶. Einige Bauern machten aus Furcht, es handele sich um „demagogisches Material“, Meldung beim Ortspfarrer. Die Bauern aber, die versuchten, die Schriften zu lesen, verstanden ihre Bedeutung nicht. Die Schriften wurden den Bauern vor die Haustür und vor das Scheunentor geworfen, auf der Straße verteilt und in die Gartenhäuser gelegt, in denen sich Spaziergänger ausruhten. Sie wurden den Madonnenfiguren in den Kirchen in die Hände gesteckt, um die Aufmerksamkeit der Bauern zu erlangen und den Glauben zu erwecken, vielleicht habe Gott seine Hände mit im Spiel. Mayer legte dieser oder jener Flugschrift ein Medizinfläschchen bei. Hardegg kam bisweilen direkt mit den Flugschriften zu den Treffen im Hause der Bauern oder in den Schenken³¹⁷.

Hardegg nahm wahr, wie sehr sich das politische Bewusstsein des gebildeten Mittelstands von dem der Landbevölkerung unterschied. Bei den Republikanern handelte es sich um Akademiker, Kaufleute und aufstrebende Unternehmer, Handwerker und Landwirte, die alle irgendeinen Bildungshintergrund hatten, der sich bei den einfachen Bauern nicht voraussetzen ließ. Wie groß die „epistemologische Kluft“ zwischen beiden Gruppen war, zeigte sich auch auf dem Hambacher Fest, als Bauern aus der bayerischen Pfalz sich für die Pressefreiheit begeistert zeigten, nur glaubten sie, damit sei die Freiheit von Repression und Unterjochung gemeint. Was es mit der Meinungsfreiheit auf sich hatte, war ihnen fremd. Hardegg stellte daher fest, dass die Flugblätter und Broschüren, die er zusammen mit seinen Freunden verteilt hatte, nicht für die Bauern geeignet waren. Er trat für die Abfassung volkstümlicher Schriften ein und meinte: „Alles Revolutionäre heiße aber nichts, wenn man nicht das Volk über die Lage der Dinge aufzuklären und für eine Veränderung zu stimmen wisse, was nur durch Verbreitung populär abgefasster Schriften geschehen könne“³¹⁸.

³¹⁴ StaL E 319 Bü 33 S. 473; Akt. Darst. alt, S. 103.

³¹⁵ Akt. Darst. alt, S. 104f.

³¹⁶ E StaL 319 Bü 40.

³¹⁷ Akt. Darst. alt, S. 104f.; Akt. Darst. neu, S. 27.

³¹⁸ StaL E 319 Bü 40. Ausführlicher zu dieser Problematik der „epistemologischen Kluft“ der ideologischen Einflussnahme siehe ARNSBERG, Der dornige Pfad, S. 84–109.

Als Franckh Anfang Dezember von einer weiteren Reise nach Frankfurt zurückkehrte³¹⁹ und seine Berichte von dort äußerst allgemein und wenig konkret ausfielen, wuchs bei Hardegg immer mehr das Gefühl, weder lasse sich das Volk einfach „in Schwingung versetzen“ wie angeblich in Frankreich, noch sei es weit mit den Vorbereitungen der Verbündeten im Norden gediehen³²⁰.

Auf dem Treffen im Wirtshaus „Zur Krone“ in Löchgau im Oberamt Besigheim während der Weihnachtszeit 1832 sollte eine gegenseitige Verständigung der Verschwörer „über die Pläne und Mittel zur Verwirklichung der Republik“³²¹ erzielt werden. An der Zusammenkunft nahmen neben Hardegg, Dorn, Schreiber, Groß und Hipp teil. Trotz Einladung blieben dem Treffen, wie erwähnt, Herrlinger und Unz, aber auch Kauffmann fern. Franckh war wegen eines Versehens dem Treffen ferngeblieben. Koseritz, der ebenfalls teilzunehmen gedachte, wurde von Franckh abgeraten zu kommen, da sein Auftreten Aufsehen erregen würde. Hardegg trug auf diesem Treffen einige Vorschläge vor, die er zuvor privat geäußert hatte, wie man nämlich den Zugang zu den Bauern ändern sollte: Es sei notwendig, die Bauern umfassend aufzuklären, nicht nur ihre Begeisterung für die Revolution anzufeuern. Nach Worten Herrlingers hatte Hardegg erkannt, dass man behutsam, nicht hektisch und übereilt, zu Werke gehen müsse, um die Republik zu verwirklichen³²². Vor allem gelte es, die „Gesinnung des Volkes näher zu erfahren“³²³. Er schlug vor, die Beschwerden der Bauern schriftlich aufzuzeichnen, zu sammeln und systematisch niederzulegen, „damit durch Verlesen derselben dem Volke ein anschaulicher Begriff von dem Drucke, unter dem es seufzt, gegeben und ihm die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Veränderung der Regierungsform beigebracht werde“³²⁴. Hier mag Hardegg etwas von der Idee der *Cahiers des Doléances* am Vorabend der Französischen Revolution vorgeschwebt haben. So gedachte er den Bauern den Zusammenhang zwischen ihrer Situation und dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System, in dem sie lebten, deutlich zu machen. Und so glaubte er, ihnen die Idee der Republik, in der ihre materiellen Belange befriedigt werden würden, nahe zu bringen. Hardeggs Vorschlag wurde von den Teilnehmern einstimmig angenommen.

Nicht nur die Bauernschaft war eine Zielgruppe, auch wenn Hardegg als Kopf der Verschwörer sich gerade auf diese Gruppe konzentrierte, sondern auch andere Gruppen am unteren Ende der sozialen Leiter. Angesichts dieses Gefälles an gesellschaftlicher Stellung und Bildung stellte sich die Frage, in welcher Sprache und mit welchen Mitteln man sich an die so heterogenen Gruppen wenden sollte: „[W]ie man mit den Leuten verschiedener Stände und unterschiedlicher Bildung zu

³¹⁹ Franckh hielt sich zwischen dem 5. und 7. Dezember im Gasthaus „Zum Weißen Schwan“ auf, um die einheimischen revolutionären Republikaner zu treffen. HstaS E 285 Bü 79.

³²⁰ StaL E 319 Bü 6.

³²¹ Akt. Darst. neu, S.28.

³²² StaL E 319 Bü 12.

³²³ Ebd.

³²⁴ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; Akt. Darst. alt, S.96; Akt. Darst. neu, S.29.

sprechen hätte³²⁵. Der Beschluss, sich auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Argumenten an mehrere Zielgruppen zu wenden, lag auf der Linie des Konsenses, der zwischen Franckh und Hardegg auf dem Treffen im Gasthaus „Zum Bären“ erzielt worden war. Dieser Beschluss deutet darauf hin, dass Hardegg, trotz seiner Abneigung gegenüber dem Bürgertum, einlenkte. Der weitere Beschluss: „Jeder solle, so viel von ihm abhängt, revolutionäre Ansichten bei dem Volke in Schwung bringen, Gleichgesinnte zu schaffen und sich zu befreunden suchen“³²⁶, deutet darauf hin, dass man trotz der Annahme der vorsichtigen Position Hardeggs, von der „französischen Methode“ nicht ganz abgerückt ist. Der scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man Hardeggs vorsichtige Haltung für die Bauernschaft und die „französische Methode“ für die bürgerlichen Schichten gelten lässt.

Auf jeden Fall, um hastiges Vorgehen zu vermeiden, wurde beschlossen, sich fortan regelmäßig alle vier Wochen zu treffen, wobei Franckh die Kontakte zu möglichen Verbündeten außerhalb Württembergs pflegen sollte³²⁷. Gleich nach dem Treffen in Löchgau wurde Franckh von Hardegg über den Verlauf der Diskussion unterrichtet. Dorn und Groß leiteten Berichte an Koseritz weiter, Schreiber berichtete Herrlinger³²⁸.

Zu dem Treffen, das dann einen Tag nach der Versammlung in Löchgau bei Dorn in Ludwigsburg stattfand, erschienen auch Franckh und Koseritz. Die Entscheidungen in Löchgau wiesen darauf hin, dass man sich in dieser Phase von jeder übereilten Aktion distanzierte. Die Anwesenden bei Dorn kamen auch überein, „daß ein Volksaufstand ohne Militärunterstützung so wenig als eine bloße Militärrevolution, ohne daß das Volk in Masse sich ihr anschließt, das Gelingen erwarten lasse und dass die Stimmung des Volkes für eine Revolution zurzeit noch keineswegs günstig zu sein schiene. Koseritz aber erklärte, daß man sich auf ihn und das Militär bestimmt verlassen dürfe, sobald man auf die Teilnahme des Volkes rechnen könne“³²⁹.

Die *DNZ* war bereits zum politischen Organ geworden, das unter den Gebildeten sowie den Angehörigen des Mittel- und Kleinbürgertums um Unterstützung warb. Die Zeitung verschärfte ihre Angriffe gegen die Regierung und die von ihr protegierten Gruppen, die durch Geburt, Geld oder ihre Stellung in der Bürokratie zu den „Privilegierten“ zählten. Sie attackierte auch jene Mittelschichten („Juste Milieu“), die sich mit dem bestehenden System abgefunden haben, nicht weil sie es befürworteten, sondern weil sie in politischer oder gar gesellschaftlicher Hinsicht eine Volksrevolution, die sich womöglich unterschiedslos gegen Feudal- oder Patrizierbesitz und kapitalistisches Eigentum richtete, noch unerträglicher fanden. Die Zeitung griff die gesellschaftlichen und politischen Eliten an, die in ihrem

³²⁵ Stal. E 319 Bü 12.

³²⁶ Akt. Darst. alt., S. 96; Akt. Darst. neu, S. 29.

³²⁷ Akt. Darst. alt., S. 96; Akt. Darst. neu, S. 29 f.

³²⁸ Akt. Darst. neu, S. 30.

³²⁹ Akt. Darst. alt., S. 97.

„Egoismus“ das übrige Volk zwingen, das seine zu fordern und die daher allein für gewaltsame Ausschreitungen während der Revolution verantwortlich zu machen seien. Die Zeitung sah in den Mittelschichten und der Intelligenz die Zielgruppen, die der Revolution den Stempel aufdrücken müssten, ohne selbst von den Massen weggefegt zu werden. Für Franckh war die Revolution nicht zu verhindern – er verstand sich in diesem Zusammenhang als „Fatalist“³³⁰ und wies dafür die Verantwortung der Elite und jenem Bürgertum zu, das sich mit ihr verband. Das Verhalten des „Juste Milieu“, das die Vorteile unter dem Schutz des monarchischen Systems der Furcht vor einer Revolution vorzöge, treibe gerade dadurch die Revolution rascher herbei. Die *DNZ* griff aus Gründen der Zensur für ihre Beispiele auf Frankreich zurück. Die Zeitung unter Redaktion von Eduard Widenmann, Bruder des Mitverschworenen Gustav Widenmann, warnte: „Aber wie lange werden 28 Millionen Proletarier“³³¹, dieser Klasse [der reichen Fabrikanten, Monopolisten, Kaufleute, Kaffeewirte, Traiteurs und der wohlhabenden Gewerbeleute der Hauptstädte] gestatten, sich kostbar zu kleiden, Visiten zu machen, Gastmähler zu halten, wohlfeil einzukaufen und teuer wieder zu verkaufen“³³².

Das hier als „französische Methode“ verzeichnete Revolutionsverständnis mag die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich vertuscht haben. Die Spirale von Repression und Kritik, die sich bis hin zum „Losschlagen“ steigerte, nahm in Frankreich 1789 und 1830 kaum konspirative Züge an, wie dies vielleicht den Aussagen Franckhs und Hardeggs fälschlich zu entnehmen wäre. Es stimmt, dass in Frankreich eine ausgereifte öffentliche Meinung entstand, die das herrschende System anprangerte und delegitimierte. Sie schuf die Grundlage für eine Revolution und bot eine alternative Ordnung an. Hinter dieser Kritik standen bestimmte Antriebskräfte, vor allem ein starkes und selbstbewusstes Bürgertum, die das Ruder der Revolution in die Hand nahmen oder nehmen wollten. In Deutschland bildete sich nach der Julirevolution eine kritische öffentliche Mei-

³³⁰ StaL E 319 Bü 11.

³³¹ Gemeint sind hier nicht Proletarier im modernen Sinne, also Industriearbeiter, sondern, vor dem Hintergrund der Lyoner Unruhen 1831, Werktätige, aber auch kleine Unternehmer und Künstler und alle diejenigen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten mussten, nicht reich oder wohlhabend waren und keine Privilegien, wie zum Beispiel das Wahlrecht, besaßen. Der Artikel in der *DNZ* erinnert an Blanquis Rede von 1832 vor Gericht, in der es um 30 Millionen Proletarier ging, die er als politisch rechtlose, von ihrer Arbeit lebende Menschen definierte; siehe HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui I, S. 208. A. Laponneraye, ein anderer Angeklagter im Prozess gegen die „Société des Amis du Peuple“, schrieb im Gefängnis den „Brief an die Proletarier“, in dem er die Nation in Privilegierte und Proletarier aufteilte, die keine Privilegien besaßen. Zur ersten Gruppe zählten die Reichen, zu letzteren diejenigen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten mussten und über keinerlei politische Rechte verfügten. Infolgedessen verblieb die Regierungsgewalt bei den Reichen; siehe HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S. 272–276 sowie zum alten Begriff des Proletariats bei ROSENBERG, Demokratie und Sozialismus, S. 32.

³³² *DNZ* vom 4. Februar 1833. Der Artikel wurde fünf Tage vor der Verhaftung Francks publiziert.

nung, die durch die strenge Zensur jedoch stark eingeschränkt wurde. Zudem fehlte es an einem starken und selbstbewussten Bürgertum. Auch das Fehlen einer Metropole, einer Großstadt wie Paris und die Aufsplitterung Deutschlands in viele kleine Territorien bestärkten Hardegg in seiner Ansicht, das Modell einer französischen Revolution sei nicht auf Deutschland übertragbar. Der Großmetropole mit ihrem starken Bürgertum und der großen städtischen Unterschicht sowie der Ausstrahlungskraft von Paris auf die anderen Städte und auf die ländliche Bevölkerung der Provinz kam eine wesentliche Bedeutung zu. All dies fehlte in Deutschland. Es gab in Frankreich, wie auch bei spontanen Revolutionen in anderen Ländern Momente, die sich erst im historischen Rückblick als entscheidend erwiesen. Es bestand in Frankreich aber keine Revolutionszentrale, die „losschlug“, in der alle Fäden zusammenliefen und von der aus generalstabsmäßig all diese Züge geplant und verordnet worden wären³³³. In der Restaurationsära in Frankreich entstanden in der Tat Geheimverbindungen, deren Aufstandsversuche jedoch scheiterten. Auch der konspirative Ansatz des Juniaufstands von 1832 in Paris schlug fehl. Dahinter stand die „Gesellschaft der Volksfreunde“ und die diese unterwandernden Geheimgesellschaften Buonarottis. Es mag sein, dass Franckhs und Hardeggs Bekanntschaft mit diesen Zirkeln zur Zeit ihres Parisaufenthalts ihrer Sichtweise der „französischen Methode“ ein stärkeres konspiratives Antlitz verliehen hatte. Die „französische Methode“ auf Deutschland angewendet, bedurfte schlechterdings deren konspirativer Umdeutung.

Franckhs und Hardeggs Haltung gegenüber dem Bürgertum waren unterschiedlich. Franckh meinte – und dabei versteckte er sich hinter dem Argument, die Mehrheit der Republikaner sei dieser Ansicht – dass der „Republikanismus [...] sich nur in den gebildeten Klassen befindet“³³⁴. Allerdings seien sich diese Republikaner durchaus bewusst, dass „von dem Pöbel eine allgemeine Revolution ausgehen müsse“³³⁵. Dieser vermeintliche Widerspruch zwischen einem gebildeten Bürgertum, das allein die intellektuellen Fähigkeiten besitze, zu einem revolutionären Bewusstsein zu gelangen und der Notwendigkeit einer Volksrevolution findet seine Lösung bei Franckh und anderen Anhängern dieser Position in der Meinung, der Wunsch nach Freiheit sei dem Menschen als Mensch an sich eingegeben. „Primitive“ Völker erfreuten sich dieser Freiheit, während „hochzivilisierte und aufgeklärte“ Völker vor der Versklavung nicht gefeit seien. Franckhs Zeitung schrieb in diesem Zusammenhang: „Zur Behauptung und Erringung der Freiheit gehört weit eher Männlichkeit und Willenskraft, die sich mit allen Kulturstufen vertragen, als hohe Aufklärung und gründliches Wissen, gehört eine Art natürlichen Mutes, der oft der Verfeinerung mehr mangelt, als selbst der Rohheit“³³⁶. Die Zeitung schrieb darüber hinaus, zur Erlangung der Freiheit sei kein bestimmtes Maß an

³³³ Paradoxerweise war es die Reaktion in Europa, die von einer solchen Verschwörungstheorie ausging.

³³⁴ StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

³³⁵ Ebd.

³³⁶ DNZ, 11.10.1832.

Kultur notwendig, sondern die Verwirklichung des natürlichen Freiheitstriebes, der Einsatz der Willenskraft und des natürlichen Verlangens des Menschen³³⁷. Dieses eher „primordiale“ Freiheitsverständnis führte zur Schlussfolgerung, zu der Franckh und die *DNZ* gelangten: „Die Freiheit ist die Mutter der wahren Aufklärung und Zivilisation“³³⁸. Das heißt: Ideologische Erkenntnis allein vermag keine Revolution zu vollbringen. Dazu gehört der ursprüngliche Freiheitstrieb und die Kampfbereitschaft breiter Schichten. Nur die Koppelung von beiden ermöglicht die republikanische Revolution. Franckh berief sich auf einen jedem Menschen innewohnenden Freiheitsdrang, der natürlich zu gegebener Zeit – nach der Revolution – der Verfeinerung und der politischen Bildungsarbeit bedürfe, die den freiheitlichen Urtrieb in republikanische Gesinnung umzuformen vermag. Hardegg glaubte hingegen, den unteren Schichten ein republikanisches Bewusstsein vor der Revolution einimpfen zu können. Und hieraus ergab sich auch der Unterschied in den Positionen von Franckh und Hardegg laut Mayer: „Der Unterschied [zwischen Franckh und Hardegg] bestand darin: Franckh wollte eine Republik und dann erst das Schaffen einer republikanischen Gesinnung, Hardegg dagegen – vorher republikanische Gesinnung und dann erst eine Republik“³³⁹.

Die Auseinandersetzung zwischen Franckh und Hardegg drehte sich wiederum um die Kluft im politischen Bewusstsein zwischen gebildetem Bürgertum und unteren Schichten. „Der Republikanismus, der sich nur in den gebildeten Klassen befindet“, wie es Franckh formulierte, war ein ideologisches Konstrukt. Es konnte eher von Bürgern mit einer gewissen politischen Bildung nachvollzogen werden. Es sollte in den Augen der Radikalen den politischen Interessen des Bürgertums sowie den sozialen Interessen der unteren Schichten entsprechen. Die unteren Schichten waren von materiellen Problemen geplagt, die sie nicht politisch einordnen konnten. Die bürgerlichen, politisch bewussten Revolutionäre wie Hardegg glaubten, die unteren Schichten, vor allem die Landbevölkerung, davon überzeugen zu können, die Republik verbürge auch die Lösung ihrer existenziellen Sorgen. Im Gegensatz zu Franckh glaubte er noch vor der Revolution an einen gewissen Ideentransfer von der gebildeten revolutionären Führungsschicht, zu der er gehörte, auf die breiteren Bevölkerungsschichten, der diesen die Vorzüge der Republik plausibel mache. Franckh hingegen bezweifelte dies. Die Einimpfung eines republikanischen Bewusstseins war seiner Ansicht nach ein längerer Prozess der politischen Sozialisation. Heute würde man von politischer Kultur sprechen. Franckh, der in den unteren Schichten vorläufig nur ein Mittel der Revolution sah, fand Unterstützung in den Reihen der radikalen Verbündeten auch in den deutschen Nachbarländern. So berief sich Franckh mehrmals darauf: „[Sylvester] Jordan habe die Kurhessen wie am Schnürle“³⁴⁰. Demgegenüber schilderte der

³³⁷ Ebd.

³³⁸ Ebd.

³³⁹ *StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241*.

³⁴⁰ *StAL E 319 Bü 14*. Infolge der Aussage, Leute aus dem Kreise um Jordan hätten sich entsprechend vernehmen lassen, kam T.M. Mayer zu seinen Schlussfolgerungen über eine

radikale Apotheker Ernst Frölich³⁴¹ aus Ellwangen in Württemberg die Position des radikalen Pfarrers und Lehrers im Großherzogtum Hessen, Weidig, dahingehend: „Das Volk über seine Lage und Stellung der Regierung gegenüber zu belehren, daß es für die Revolution mit republikanischer Tendenz empfänglich werde und seiner Zeit zum Hauptschlag benutzt werden könne“³⁴². Wie Hardegg wollte er die Bauern aufklären, wie Franckh wollte er das Volk „benutzen“. Franckh und Weidig wollten als Ziel eine sozial gerechte Tugendrepublik, die den Bedürfnissen aller Volksschichten entsprach, während Sylvester Jordan nachgesagt wurde, er wolle das Volk hinter Licht führen, um eine bürgerlich liberale, sozial abgestumpfte Staatsordnung zu errichten³⁴³. Koseritz hatte, wie erwähnt, Rödinger und Tafel und ihren Leuten vorgeworfen, sie sähen im Volk nur ein Mittel, um die egoistischen Ziele ihres Standes durchzusetzen. Hardegg wollte wie Weidig das Volk über seine soziale Not aufklären, aber nicht „benutzen“, sondern eine auf frühkommunistischen Ideen beruhenden Republik ohne „Mein und Dein“³⁴⁴.

Die Führungsaufgabe des gebildeten Bürgertums, wie es Franckh ausdrückte, sei auch nötig, damit die Masse nicht die Intelligenz totschiße³⁴⁵. Diese Führungsrolle sollte die bürgerliche Angst vor einer Revolution entschärfen. Überhaupt sei die Angst kein Argument gegen die Überlegenheit der republikanischen Idee. Die in der Französischen Revolution begangenen Gräueltaten des einfachen Volkes lastete Franckh, wie auch andere Radikale, der Unterdrückung des *Ancien Regimes* an. In diesem Sinne lautete der Angriff in der *DNZ* auf die Liberalen, die sich von der Französischen Revolution wegen ihrer Gräueltaten distanzieren: „Dagegen werfen sie, sich bekreuzigend, desto freigebig mit Marat, Danton, Robespierre um sich, und malen mit großem Vergnügen alle Greuel einer baldigen Revolution aus, nicht bedenkend, daß das Wesen der Republik nicht zu verwechseln ist mit dem mehr oder minder glücklichen, mehr oder minder blutigen Versuchen zur Erringung der Republik, und daß die Grausamkeiten, welche ein kaum erst aus dem Zuchthause des Despotismus befreites, die Republik erstrebendes Volk begeht, schlechterdings nicht auf Rechnung der Republik selbst gesetzt werden können“³⁴⁶.

bürgerliche („girondistische“) Revolutionsauffassung bei Jordan, dem Vertreter des Bildungs- und Besitzbürgertums, der mit gewissen Einschränkungen für die Revolution eintrat und bereit war, die Revolution *ex post facto* zu akzeptieren, sobald nur die Kontrolle über die aufständischen Volksmassen, dem „Pöbel“ gesichert sei. MAYER, Büchner und Weidig, S. 180, 182 Anm. 74, 381.

³⁴¹ Frölich arbeitete im Hause des Apothekers Stein in Frankfurt von Oktober 1832 bis zum April 1833, anschließend bis Oktober 1833 bei Trapp in Freiburg. Er war an der Verteilung des Hessischen Landboten und des Leuchters und Beleuchters aus der Feder Weidigs und Büchners beteiligt und kannte Weidig gut.

³⁴² StaL. E 319 Bü 45 (Entscheidungs-Gründe in der Untersuchungssache gegen Apothekergehilfen Ernst Frölich aus Ellwangen 27. März 1831, S. 12).

³⁴³ MAYER, Büchner und Weidig, S. 381.

³⁴⁴ Zur Positionsvielfalt in Württemberg im Vergleich zu Hessen siehe ARNSBERG, *Der dor-nige Pfad*, passim.

³⁴⁵ Siehe S. 306 Anm. 231.

³⁴⁶ *DNZ*, 2.9.32

In einem anderen Artikel schrieb die Zeitung, es ginge nicht an, die „Reife“ des Volkes zur Freiheit mit den Grausamkeiten der Revolution zu verknüpfen. Im Vergleich zwischen der Revolution von 1789 und der Julirevolution von 1830 heißt es: „So hat man in letzterer Beziehung behauptet, die französische Revolution von 1789 sei ihrer Gräuel wegen zu brandmarken, und habe nur den traurigen Satz bewiesen, daß ein Volk zur Freiheit reif sein müsse; die französische Juliusrevolution dagegen habe durch ihre Kürze und ihren vergleichsweise milden Charakter den großen Fortschritt des französischen Volkes auf der Bahn der Aufklärung und Zivilisation und seine größere Reife und Empfänglichkeit zum Genusse der Freiheit bewiesen: Allein man hat vergessen zu bedenken, dass die Revolution von 1789 eine Radikalkur, die sie allein zu einer Wohlfahrt für das französische Volk und für die europäische Menschheit überhaupt gemacht hätte, beabsichtigte, und daß sie eine weit größere Gegengewalt, eine im französischen Boden noch fest wurzelnde Aristokratie und Hierarchie zu bekämpfen hatte; die Juliusrevolution dagegen ihren Weg durch die Revolution von 1789 schon geebnet fand, und sich mit einem „Juste Milieu“ begnügte, das ihr zwar einige Unordnungen und den Krieg ersparte, allein auch bewirkte, daß sie fast spurlos vorüberschwand“³⁴⁷.

Auch Hardegg war durch die Frage der Grausamkeit der Revolution nicht beunruhigt: „Statt sich nun zu bessern und den Ursachen solcher Revolutionen abzuhelfen, werfen sich die Heuchler und bezahlten Sklaven auf einige Gräuel der ersten französischen Revolution; bedenken aber nicht, daß wenn ein Volk zu Vieh wird, Regenten und Lehrer daran schuldig sind, wie man in Frankreich nachweisen kann“³⁴⁸.

Der Journalist und Redakteur der radikalen, auf Befehl des Bundestages später geschlossenen *Neckar Zeitung*, Heinrich Elsner, der dem Verschwörerkreis nahe stand, schrieb in beschlagnahmten Aufzeichnungen: „Danton, Marat, Robespierre haben Frankreich gerettet. Solche Charaktere erfordert eine furchtbare Zeit und sie dürfen nicht mit dem Maße gewöhnlicher Menschen gemessen werden; nur die Vereinigung der Massen kann das Volk retten, aber die Massen werden nur vereinigt durch Terrorismus“³⁴⁹. Elsner spricht hier als begeisterter „Jakobiner“ und rechtfertigt die Gewalt der Französischen Revolution gegenüber denjenigen, die die Amerikanische Revolution feierten³⁵⁰.

Die Position Hardeggs gegenüber den unteren Schichten darf jedoch nicht dahingehend interpretiert werden, eine Revolution müsse allein in den Händen der Bauern beziehungsweise des Volkes liegen. Hardegg gehörte bis zu seiner Verhaf-

³⁴⁷ DNZ, 11.10.1832.

³⁴⁸ Erklärung Hardeggs, Hohenasperg, 22. August 1838, StaL E 319 Bü 40.

³⁴⁹ StaL E 319 Bü 113. Elsner war vermutlich auch der Verfasser der Flugschrift „Gespräch eines Oberamtmanns und eines Wahlmanns über den Württembergischen Landtag von 1833“ und nachweislich der Flugschrift „Der vergebliche Landtag Würtembergs im Jahre 1833“, die er im Straßburger Exil schrieb. Zu anderen Publikationen Elsners, darunter auch Flugschriften, siehe das Quellen- und Literaturverzeichnis.

³⁵⁰ Ebd.

tung zum Kreis der Verschwörer, die sich als eine Art revolutionäre Vorhut betrachteten. Der Umstand, dass zusätzliche, regelmäßige Treffen zur Klärung weiterer Schritte geplant waren, an denen er teilzunehmen gedachte, zeigt, dass er keineswegs in Erwägung gezogen hatte, diese Gruppe zu verlassen. Dem Lager voranzuziehen, bedeutete für die Verschwörer einschließlich Hardeggs, einer Erhebung den Boden zu bereiten und ihr als Kompass zu dienen. Bauernaufstände verpufften in der Vergangenheit. Sie gingen über begrenzte Revolten nicht hinaus, die als temporäre Auslassventile für einen aufgestauten Unmut dienten, ohne eine neue Ordnung einzuleiten, die deren Probleme von Grund auf anzupacken vermochte. Aus diesem Grund war die Bauernschaft stets auf eine gebildete Führungsschicht angewiesen, die den Unmut in eine umfassende Revolution einfließen zu lassen vermochte. Laut Hardegg sei das Volk, im Wesentlichen die Bauernschaft, noch „verschlafen“ und müsse aufgerüttelt werden. Es müsse ihm gezeigt werden, „was ihm nottue“³⁵¹. Die revolutionäre Vorhut sollte dem Lager vorangehen, allerdings dafür sorgen, dass die Massen nachziehen und sie nicht außen vor lassen, im Stich lassen, wie dies im Frankfurter Wachensturm geschah. Andererseits, nur wenn das Lager ein eigenes revolutionäres Bewusstsein besitze, könne die Elite daran gehindert werden, die Revolution für sich zu usurpieren. Zusammengefasst verdeutlicht Hardegg diese Position in seiner schon zitierten Aussage: „Wir wollten die Revolution in republikanischer Richtung durch keine Verschwörung machen, sie aber auch nicht rein dem Zufall überlassen“³⁵². An anderer Stelle sagte er: „Wir wollten [...] eine Revolution eigentlich nicht machen, sondern ihr nur vorarbeiten und das Ereignis dann ergreifen, um die Republik herzustellen“³⁵³. In diesem Sinne drückt sich der zeitgenössische radikale Schriftsteller W. Schulz aus: „So werden allerdings von Einzelnen keine Revolutionen gemacht. Aber die Menschen machen auch keine Blitze, und doch sind es Menschen, sogar Einzelne, die mitunter die Blitze auf bestimmte Wege weisen“³⁵⁴.

In dieser Haltung wurde Hardegg zunehmend bestärkt, je mehr er von den Problemen der Mobilisierung der Bauernschaft für die Revolution erfuhr. Er hatte eine deutliche Vorstellung von der ihm erstrebenswert erscheinenden Regierungsform – ganz sicher aber wollte er das Schicksal der Revolution nicht in den Händen des Volkes allein belassen. Er ging davon aus, dass das Volk zu seinen – Hardeggs – Schlussfolgerungen kommen werde, sobald es nur die Problematik verstanden hatte. Hardegg glaubte wahrhaftig und vielleicht etwas naiv, seine Lösungen würden auch den Bauern sinnvoll erscheinen. Er war auch nicht so sehr um die „bürgerlichen Einrichtungen“ besorgt, die von revolutionären Massen dahingefegt

³⁵¹ StaL E 31 9 Bü 15; siehe auch StaL E 319 Bü 40. Dieser Terminus war gebräuchlich, seit Wilhelm Schulz das „Frag- und Antwortbüchlein an den deutschen Bürgers- und Bauersmann über allerlei was im deutschen Vaterland besonders Noth thut. Deutschland 1819“ verfasst und verbreitet hatte; vgl. BRANDT, Restauration und Frühliberalismus, S. 132–139.

³⁵² StaL E 319 Bü 6.

³⁵³ Akt. Darst. alt, S. 55.

³⁵⁴ GRAB, Büchner und die Revolution, S. 79.

werden könnten, sondern um die Linderung der materiellen Not der Bauern im Rahmen einer auf politischer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit beruhenden Republik. Er eignete sich allmählich frühsozialistische, ja frühkommunistische Ansichten an, die von Saint-Simon und Buonarroti beeinflusst waren. Hardegg zählte zu den Demokraten, die stärker auf die Bedürfnisse des Volkes schauten, insbesondere aber auf die Interessen der Bauernschaft, in der sie nicht nur ein Hilfsmittel oder einen Bundesgenossen sahen, sondern das gesellschaftliche Subjekt einer zukünftigen republikanischen Revolution, auch wenn dieses Subjekt zur Stunde noch auf Unterweisung angewiesen war. Die Tatsache, dass gebildete Bürger wie er selbst die Führungsgruppe stellten, die unter dem Volk ein revolutionäres Bewusstsein verbreiten und den Verlauf der Revolution in die gewünschte Richtung leiten sollte, wurde nicht als innerer Widerspruch gewertet. Ähnliche Positionen bezogen Babeuf und die „Verschwörung der Gleichen“, Buonarroti und dessen Geheimbünde und Blanqui bis hin zu Lenin. Auch hier nahm man nicht den Widerspruch wahr zwischen dem Umstand, dass die Revolution von einer gebildeten, als revolutionärer Avantgarde und Wegweiser agierenden Elite initiiert und geleitet werden sollte und der Ansicht, die Revolution solle von einem revolutionären Subjekt mit politischem Bewusstsein getragen werden und auf dessen Bedürfnisse ausgerichtet sein.

Hier unterschied sich Hardegg von den „Hochwächtern“ Rödinger und Tafel und auch von Franckh, denen es darauf ankam, „daß die Masse nicht die Intelligenz totschlage“. Sein Ausspruch, das Volk müsste man als Zweck nehmen und nicht als Mittel, wie es Franckh wünschte, deutete darauf hin³⁵⁵.

Franckh war der Meinung, die Bauern und das Volk seien durchaus ein notwendiges Hilfsmittel, jedoch darüber hinaus im jakobinischen Sinne auch wirkliche Verbündete³⁵⁶. Auch wenn das einfache Volk vorerst als Mittel betrachtet wurde, die zukünftige Republik sollte die Massen in sich integrieren, die den republikanischen Geist in sich aufsaugen werden. Diese Haltung war also nicht eine rein taktische und zynische Maßnahme, sondern entsprach der Auffassung des „Berges“ von einer Republik politischer Gleichheit und sozialer Ausgewogenheit. Daher hatten die französischen Jakobiner im Juni und Juli 1793 Agrargesetzen zugestimmt, die die Gemeindegüter an die Bauern verteilte und sie entschädigungslos von Feudallasten befreite. Die Macht in dieser Republik lag aber in den Händen des mittelständischen Bürgertums. Trotz unterschiedlicher Akzente wurde die Grundsatzposition des „Berges“ von Franckh und Hardegg akzeptiert, die Initiative dürfte nicht den Massen überlassen werden. Ebenso sahen beide in der Republik ein System, das die politische Gleichheit und die Aufhebung der sozialen Kluft zwischen Arm und Reich garantierte³⁵⁷.

³⁵⁵ Siehe ausführlich S.312 Anm.261. Franckh und die „Hochwächter“ Rödinger und Tafel waren jedoch nicht aus einem Holz geschnitzt. Franckh der „Jakobiner“ distanzierte sich, wie erwähnt, von den „Girondisten“ Rödinger und Tafel.

³⁵⁶ MARKOV, Grenzen des Jakobinerstaates, S.222.

³⁵⁷ Zum Republikverständnis von Franckh und Hardegg siehe S.334–357.

Gegen Franckhs Voluntarismus und der Meinung, der gute Wille einer kleinen Gruppe von Revolutionären sei ausreichend, um die Massen in Bewegung zu setzen, und Hardeggs idealistischer Position, nach der die Massen von der Notwendigkeit einer Revolution überzeugt werden müssten, damit sie sich mit Gewalt erheben, vertrat Gustav Widenmann eine materialistische und eher klassenbezogene Position, nach der es keinen Raum für einen Ideentransfer aus dem gebildeten Bürgertum zu den Massen gab, die in ihrer materiellen Not verfangen waren.

Diese Position, so behauptete Widenmann, habe er „von jeher“ bezogen; es ist jedoch möglich, dass diese Erkenntnis sich in Folge der mühseligen Werbeaktion unter den Bauern oder des gescheiterten Frankfurter Aufstandes einstellte: „Meine Ansicht war immer, daß wenn das Volk, worunter ich vorzüglich die arbeitenden Klassen verstehe, in seinen Bedürfnissen und in seiner Betriebsamkeit nicht gehindert werde, [...], sich die Hl. Liberalen die Kehle herausschreien könnten und doch keine Revolution zustande brächten, weil man mir hoffentlich zutrauen wird, daß ich auf das Geschrei des Spießbürger-Liberalismus in der Hauptstadt und in anderen Städten keinen Wert lege.“ Und mit aller Vorsicht fuhr Widenmann fort: „Ob aber jene Bedürfnisse des Volkes befriedigt und seine Betriebsamkeit ungestört ist, dies zu erörtern ist hier nicht der Ort. Ich muß aber gestehen, daß ich in dieser Beziehung die Zukunft nur schwarzsehe“³⁵⁸. Es war eine materialistische Position, die sich nicht eines intellektuellen Hilfskonstrukts in Form eines Naturrechts bediente, wie dies bei den restlichen Mitgliedern der revolutionären Gruppe in Württemberg der Fall war³⁵⁹. Nach dieser Theorie waren die materiellen Bedingungen der wesentliche Maßstab für die Revolutionsbereitschaft des werktätigen Volkes, während die Aufklärung und die Bewusstseinsbildung, wenn überhaupt, nur Begleitfaktoren waren. Hier ging man weiter als Hardegg, der glaubte, trotz materieller Not, bedürfe es der umfassenden Aufklärungsarbeit, um das Volk zu einem Aufstand zu bewegen. Ähnliche Differenzen, wie zwischen Hardegg und Widenmann, tauchten auch unter den revolutionären Gruppen in Hessen und Frankfurt nach dem Scheitern des Wachensturms auf³⁶⁰.

Büchner meinte nach dem Fehlschlag in Frankfurt, jede revolutionäre Aktion müsse zurzeit erfolglos bleiben³⁶¹, denn nur „das notwendige Bedürfnis der großen Masse [kann] Umänderungen herbeiführen“³⁶². Und er fuhr fort, dass „alles Bewegen und Schreien der Einzelnen vergebliches Torenwerk ist. Sie schreiben, man liest sie nicht; sie schreien, man hört sie nicht; sie handeln, man hilft ihnen nicht“³⁶³.

³⁵⁸ StAL E 319 Bü 12 Frage 3680.

³⁵⁹ Zu den verschiedenen Formen der „Naturrechtslehre“ siehe KOFLER, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, S. 356–370.

³⁶⁰ MAYER, Büchner und Weidig, S. 16–298. Gemeint ist die Aktivität des Männerbundes und die Herausgabe des „Bauern Conversations Lexikons“ sowie die Arbeit des Kreises um Büchner und Weidig, wie z. B. das Verfassen und Verbreiten des „Hessischen Landboten“; BÜCHNER, Werke, Anmerkungen S. 491.

³⁶¹ BÜCHNER, An die Familie, Straßburg, den 5. April 1833, in: DERS., Werke, S. 248.

³⁶² Ebd., S. 250.

³⁶³ Ebd.

Wie ähnlich Widenmanns Argumentation verlief, ist auffällig, doch diese Worte schrieb Büchner, bevor er den „Hessischen Landboten“ verfasste. Die politische Aufklärung und Bewusstseinsbildung war für ihn, wie das Unternehmen des „Hessischen Landboten“ zeigte, doch neben der wirtschaftlichen Entwicklung wichtig. Diese Aufklärung sollte sich um die wahren Sorgen des Volkes kümmern, nicht um die abstrakten politisch-revolutionären Theorien, die die Unterschichten ohnehin nicht verstünden. Nach seiner Flucht nach Frankreich, infolge der Verbreitung des „Hessischen Landboten“, schrieb Büchner, zur Stunde sei nichts zu machen³⁶⁴, solange die „liberale Partei“ derartig zersplittert sei³⁶⁵ und vor allem auch solange die materielle Situation der Bauern sich nicht verschlechtere. Denn, so schrieb Büchner in einem späteren Brief: „Das Verhältnis zwischen Armen und Reichen ist das einzige revolutionäre Element in der Welt, der Hunger allein kann die Freiheitsgöttin [...] werden“³⁶⁶.

Auch diese Schlussfolgerung entspricht der Ansicht Widenmanns, denn nicht die Bewusstseinsbildung, sondern die physische Not sei die notwendige Bedingung für einen Volksaufstand. Büchner verstärkte diesen Eindruck in einem weiteren Brief, wenn er behauptete: „Die Gesellschaft mittelst der Idee, von der gebildeten Klasse aus reformieren? Unmöglich! Unsere Zeit ist rein materiell [...] sie werden nie über den Riss zwischen der gebildeten und ungebildeten Gesellschaft hinauskommen“³⁶⁷.

Die unterschiedlichen Positionen Franckhs und Hardeggs in Bezug auf die Bauernschaft hatten Auswirkungen auf den Zeitpunkt der von ihnen angestrebten Revolution. Franckh war überzeugt, man brauche nicht zu warten, bis das Volk „reif“ zur Revolution sei. Dieses sei bei Anbruch der Revolution leicht zu „benützen“, wenn sich nur eine günstige Gelegenheit ergebe, die Gemüter zu erhitzen: „Er glaubte, man dürfte beim nächsten Skandal nur die Republik proklamieren und dann gehe es überall los, man dürfe nur anzünden, so brenne es überall fort“³⁶⁸. So sprach Mayer über Franckh. Franckh und seine Verbündeten in Frankfurt und Hessen wollten auch zur Tat schreiten, je länger die Gefahr einer Aufdeckung der Verschwörung wuchs und polnische Kontingente sich auf den Weg in Richtung Schwarzwald machten. Trotz seines Enthusiasmus für die „französische Methode“ war sich Franckh genau wie Hardegg des Unterschieds der deutschen Verhältnisse zu Frankreich bewusst. Viel mehr als in Frankreich bedurfte eine Revolution in Deutschland der militärischen Unterstützung daheim und von auswärts. Auch wenn die erhoffte Impulswirkung und Rückendeckung französischer Revolutions-truppen vorerst schwand, waren sich die württembergischen Verschwörer, wie auch ihre Verbündeten in den deutschen Nachbarländern klar darüber, dass außer

³⁶⁴ „Ich habe mich seit einem halben Jahre vollkommen überzeugt, daß nichts zu tun ist, und daß jeder, der im Augenblicke sich aufopfert, seine Haut wie ein Narr zu Markte trägt“; ebd., S. 269. (Hervorhebung im Originaltext).

³⁶⁵ Ebd.

³⁶⁶ Ebd., S. 269.

³⁶⁷ Ebd., S. 282.

³⁶⁸ StaL E 319 Bü 6 Frage 225.

württembergischen Truppen, eine ausländische Unterstützung etwa in Form von in Frankreich stationierten polnischen Exiltruppen notwendig war. Die polnische Exilführung erstrebte, an parallelen Aufstandsversuchen in Norditalien und in Anliegerstaaten des polnischen Kernlandes mitzuwirken. Sei erst mal durch eine geplante Erhebung ein Fanal gegeben, würde dem Schneeballprinzip gleich eine an Wucht zunehmende revolutionäre Lawine ins Rollen kommen. Die tatsächlichen Chancen für den Fall einer Revolutionsinitiative wurden jedoch von den Verbündeten in Frankfurt, in Hessen und von Franckh durch gegenseitiges Zureden überschätzt.

Im Sommer 1832 und dem darauffolgenden Winter setzte eine intensive Reisetätigkeit Franckhs ein. Im August hatte er dem Buchhändler Meidinger in Frankfurt und dem jungen Gärth einen Besuch abgestattet³⁶⁹. Gärth gehörte zum neuen Vorsitz des Reformvereins, der sein Zentrum nach Frankfurt verlegt hatte und in den Untergrund abgetaucht war. Von Gärth hatte er schon zuvor auf dem Hambacher Fest gehört³⁷⁰. Anderen Quellenangaben zufolge hatte Strohmaier Franckhs Aufmerksamkeit auf Gärth gelenkt, und zwar entweder bei einer Begegnung in Karlsruhe unmittelbar nach dem Hambacher Fest³⁷¹ oder im September, allerdings ein höchst unwahrscheinlicher Zeitpunkt³⁷². Bei dem Besuch in Frankfurt im August sprach man wohl über den aus dem Dienst entlassenen Lehrer Friedrich Wilhelm Knöbel aus Dürkheim. Knöbel hatte für die Abfassung einer Protestresolution in der bayerischen Pfalz gegen die Erlasse vom 28. Juni 1832³⁷³ mit seiner Amtsenthebung bezahlt. Er war zum Verbindungsmann des Reformvereins zu verschiedenen Kontaktpersonen im Untergrund geworden. Bei seiner Rückkehr aus Frankfurt nach Stuttgart besuchte Franckh Knöbel³⁷⁴ in der Pfalz und traf auch seinen persönlichen Freund Michel, bei dem er schon während des Hambacher Festes logiert hatte. Am 9. September³⁷⁵ nach dem Treffen im „Zum Bären“ beziehungsweise in dessen Folge³⁷⁶ besuchte er zusammen mit Dorn Karlsruhe. Ende Dezember oder Anfang Januar fuhr Franckh – es handelte sich wohl um zwei Reisen – nach Frankfurt und Hessen, wo er die Städte Marburg, Gießen, Butzbach und Friedberg besuchte³⁷⁷.

³⁶⁹ Akt. Darst. alt, S. 80; Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 51; StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

³⁷⁰ Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 51.

³⁷¹ Akt. Darst. alt, S. 81.

³⁷² Die Quelle (Akt. Darst. alt) widerspricht sich selbst, wenn sie angibt, auf dem Treffen im September sei Franckhs Aufmerksamkeit auf Gärth gelenkt worden (ebd., S. 66). Letztere Version ist nicht wahrscheinlich, da Franckh schon im August in Frankfurt war und spätestens dort Gärth kennengelernt haben dürfte.

³⁷³ Akt. Darst. neu, S. 18; StaL E 319 Bü 6; Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 51.

³⁷⁴ Ebd.

³⁷⁵ Eine von der Karlsruher Polizei bestätigte Information: StaL E 319 Bü 21 Qu. 1241.

³⁷⁶ Akt. Darst. alt, S. 66.

³⁷⁷ SCHÄFFER, Vortrag in Untersuchungs-Sachen, S. 294.

Im Herbst 1832 äußerte Franckh wiederholt, Unruhen und Aufstände stünden kurz bevor. Diese Erwartungshaltung einer unmittelbaren Revolution drückte sich darin aus, dass sich Franckh kurze Fristen von zwei Wochen bis zum Losschlagen in den Kopf setzte, die er dann immer wieder um zwei zusätzliche Wochen verlängerte. Franckh versuchte dennoch, revolutionäre Begeisterung unter seinen Freunden und Gesinnungsgenossen in Württemberg und unter den Verbündeten außerhalb zu schüren. Er verstieg sich in überzogenen Zweckoptimismus. So verzeichnete er ein übertrieben zuversichtliches Bild von dem Grad der Vorbereitungen und revolutionären Bereitschaft der anderen Partner. Durch diese Hoffnungsspirale glaubte er, alle Beteiligten anzuspornen, die praktischen Vorkehrungen für den Ausbruch der Revolution zu intensivieren. Tatsächlich jedoch rief er überspannte, gegenseitige Erwartungen hervor, die sich von der Wirklichkeit abhoben. Schließlich richteten alle Verbündeten in Süddeutschland ihren Blick gespannt auf Württemberg, von dessen Armee sie sich die kritische militärische Hilfe versprachen³⁷⁸. Hardegg löste sich aus diesem Kreis übersteigter Hoffnungen als Knöbel, vermutlich Anfang November, aus Frankfurt eintraf und enttäuschende Informationen mitbrachte, die nicht den von Franckh gehegten Erwartungen entsprachen³⁷⁹. Hardegg behauptete, er habe Franckh keinen Glauben mehr geschenkt, nachdem dieser Ende Dezember aus Frankfurt voller Optimismus zurückgekehrt war. Vielmehr äußerte er sich zusammen mit weiteren Verbündeten ironisch über Franckh: „Es war dies bei ihm nicht feste Überzeugung. Er schob deshalb das Losbrechen immer von 14 Tagen zu 14 Tagen hinaus, und ich glaubte, daß er über diesen Terminen gestorben wäre“³⁸⁰.

Außer Widenmann nahm auch F. Seybold eine Sonderposition ein. Der aus dem Elsass stammende Seybold war Offizier im Range eines Hauptmanns (Capitaines) im Ruhestand. Er trat 1803 in den Dienst der französischen Armee, zog mit ihr 1805 über den Rhein und nahm an der Schlacht von Elchingen und der Eroberung von Ulm teil. Er trat später in die württembergische Armee ein, die er im Jahre 1815 im Range eines Hauptmannes verließ. Von nun an wandte er sich fast gänzlich der Publizistik zu, die von einem kämpferischen freiheitlichen und republikanischen Geist gezeichnet war. 1819 wurde er von Stadt und Amt Brackenheim in die konstituierende Versammlung gewählt. Seine Haltung kostete ihm den Hauptmannstitel. Er zog sich aus der Politik verbittert zurück, widmete sich aber umso mehr der ätzenden Kritik an den politischen Verhältnissen. Als kompromissloser demokratischer Journalist und Schriftsteller hatte er für die Äußerung seiner Meinungen mit der persönlichen Freiheit bezahlt und sieben Monate in Haft verbracht³⁸¹. Er hatte Franckh nach Paris begleitet und sich in seinen „Erinnerungen aus Paris“ als „lin-

³⁷⁸ Bericht des Informanten Kuhl, der zum Kreis von Weidig im Großherzogtum Hessen gehörte, an den württembergischen König, HstaS E 11 Bü 59.

³⁷⁹ StaL E 319 Bü 6; Akt. Darst. neu, S. 21.

³⁸⁰ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241, Frage 198; siehe auch Groß' Aussage ebd., Frage 177, Frage 185.

³⁸¹ Neuer Nekrolog der Deutschen 21 (1843) 2, S. 674 f.; Conversations-Lexikon der Gegenwart 4, S. 1089. Zu Seybold siehe auch S. 279, 289, 332 ff., 427.

ker Jakobiner“ zu erkennen gegeben: „Der sogenannte Pöbel war es, der in den verhängnisvollen drei Tagen [Juli 1830] den Mut, die größte Hingebung und Uneigennützigkeit bewiesen hat“³⁸². Auch sah Seybold in dem einfachen Volk die „Gartenerde, aus welcher die jungen Bäume erwachsen, wenn die alten Stämme ausgehöhlt sind“³⁸³. Seybold wurde von Metternich als „reiner Jakobiner“ bezeichnet³⁸⁴. Franckh initiierte eine Begegnung mit Seybold, die im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Neckarrems kurz nach der Begegnung im „Zum Bären“ und der Fahrt von Franckh und Dorn vom 9. September nach Karlsruhe stattfand und an der auch Koseritz und Dorn teilnahmen³⁸⁵. Franckh wollte seinen alten Freund aus der Pariser Zeit in die Verschwörung einspannen. Auf diesem Treffen sprach sich Seybold gegen eine Geheimverschwörung aus und meinte, nur ein allgemeiner Krieg werde die großen politischen Probleme lösen³⁸⁶. Seybold widersprach Franckhs Position, man könne in Deutschland eine Revolution durchführen, ohne sich auf Frankreich zu stützen³⁸⁷. Seinen Konflikt mit Franckh beschrieb Seybold folgendermaßen: „Er [Franckh] sprach auch in Neckarrems wie überall tolle Ansichten aus, welche im Wesentlichen dahin gehen dürften, daß auch ohne Mitwirkung einer größeren Macht eine Revolution in Deutschland als möglich sich darstelle“³⁸⁸. Seybold dagegen glaubte angesichts der Macht Österreichs und Preußens nicht an den Erfolg einer Revolution in Deutschland ohne französische Mitwirkung³⁸⁹. Auch äußerte er Franckh gegenüber, man dürfe die Völker nicht durch künstlich initiierte Schritte ihrer Fähigkeit berauben, sich zu einem von ihnen für richtig gehaltenen Zeitpunkt zu erheben, denn „sie [die Völker] werden sich durch den Druck von oben herab schon selbst zum Widerstand ausbilden“³⁹⁰.

An diesen beiden Punkten gingen also die Meinungen auseinander. Zunächst waren die Verschwörer im Gegensatz zu Seybold davon überzeugt, eine Revolution in Deutschland könne erfolgreich selbstständig durchgeführt werden, auch wenn man auf die Hilfe der Polen im Exil zurückgreifen und gleichzeitig eine Revolution in Polen und vielleicht sogar in Norditalien einleiten könnte, um die konterrevolutionären Kräfte in Russland, Österreich und Preußen zu binden. Auch

³⁸² SEYBOLD, Erinnerungen, S. 143.

³⁸³ DNZ, 18.2.1833.

³⁸⁴ Für seinen Beitrag in den „Süddeutschen Politischen Blättern“, die von Franckh herausgegeben wurden; [HstaS E 50/01 Bü 415, Bü 978–992, Bü 1351].

³⁸⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; Akt. Darst. alt, S. 86.

³⁸⁶ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]; StaL E 319 Bü 11.

³⁸⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

³⁸⁸ Man sprach von einem Impuls aus Frankreich; StaL E 319 Bü 11; siehe auch Akt. Darst. alt, S. 86 (Hervorhebung Gad Arnsberg).

³⁸⁹ StaL E 319 Bü 11.

³⁹⁰ Ebd. Seybold war von der Rede Cavaignacs beim Prozess der „Fünfzehn“ in Paris beeinflusst, in der er das Ende der Epoche der Geheimbünde und den Anfang der offenen Revolutionen deklarierte, die das Zeitalter der Massen charakterisierten, aus dem heraus die Republik zwangsweise hervorgehen wird; siehe auch SEYBOLD, Erinnerungen, S. 280ff.; DERS., Olla Potrida, S. 13 f.

sei natürlich eine innerdeutsche Koordination revolutionärer Kräfte wichtig. Zweitens aber, so meinten die Verschwörer, könne eine Volksrevolution auch initiiert oder geschürt und beschleunigt werden.

Koseritz gab bei der Untersuchung zwar an, er habe Seybolds Position unterstützt, wonach eine Revolution in Deutschland sich französischer Hilfe bedienen müsse; die Tatsache jedoch, dass er mit der Franckh-Hardegg-Gruppe kooperierte, lässt dies zweifelhaft erscheinen³⁹¹. Richtig ist, dass Koseritz in einer früheren Phase eine ähnliche Position wie Seybold vertreten hatte. Vielleicht hat er es zu seiner Entlastung vorgezogen, seine ursprüngliche Position vorzutragen, die sich allerdings schon vor dem Treffen in Neckarrems geändert hatte.

D. Ziele

Revolutionsauffassung und Ziel der Revolution standen für Hardegg in direkter Verbindung. Er lehnte die Aus- oder Benutzung des Volkes beziehungsweise der Bauern als Instrument zum Sturz des bestehenden Systems ab, weil er praktisch an der Möglichkeit zweifelte, die Massen der Bauern als inhaltslose Werkzeuge zu mobilisieren, aber auch weil er eine emotional-ideologische Vorliebe für den Bauernstand hatte.

Seine Nähe zu den Bauern muss im Zusammenhang mit seiner positiven Haltung gegenüber einer Gesellschaft gesehen werden, die sich auf Landwirtschaft stützte, auf frugale und rigorose Moral und Redlichkeit. Die Hochschätzung des ländlichen, bäuerlichen Lebens und die Verachtung alles, die guten Eigenschaften verderbenden Städtischen, erinnern an Morelly, Mably sowie Babeuf und seine Vertrauten bei der „Verschwörung der Gleichen“, darunter der letzte Überlebende – Buonarroti³⁹², aber auch an die Anschauungen Robespierres³⁹³. Alle diese Männer hatten einen einseitig den Interessen des städtischen Mittelstandes dienenden Liberalismus verabscheut. Über die Städter schimpfte ja Hardegg: „Sie wollen nichts als die letzten Schranken ihres Egoismus beseitigt wissen“³⁹⁴. Und auch über das Hambacher Fest hatte er sich verächtlich geäußert, wobei er sich auf einen Bericht stützte, den er von dem an der Versammlung teilnehmenden Konditor Reichert aus Ludwigsburg erhalten hatte: „[W]as ganz bezeichnend ist: Es kam auch unter den Toasts Gleichheit und Freiheit vor, allein es durfte nicht jedermann dazu, man mußte Einlaßkarten haben“³⁹⁵. So hegte Hardegg große Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Parolen der revolutionären Bereitschaft der bürgerlichen Schichten.

³⁹¹ StaL E 319 Bü 11.

³⁹² BUONARROTI, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit, S. 196.

³⁹³ „Wenn auch Robespierre die agrarischen Vorurteile Jeffersons nicht teilte, so kreisten doch seine gesellschaftlichen Ideale gleichfalls um den rechtschaffenen, zufriedenen kleinen Landmann“; so in: ROSENBERG, Demokratie und Sozialismus, S. 23.

³⁹⁴ Siehe S. 313 Anm. 267.

³⁹⁵ StaL E 319 Bü 6.

Damit brachte er die Skepsis des linken Flügels des kleinbürgerlichen Lagers an den liberalen Ideen des freien Handels und Wandels zum Ausdruck, denen er sich verschrieben hatte und von denen er sich doch gleichzeitig distanzierte, denn auf dem Agrarsektor stimmte er einem freien Handel mit Grund und Boden prinzipiell nicht zu.

Hardegg repräsentierte zunächst also die Gruppe, die einerseits gegen die Überreste des Feudalismus wie die Grundherrschaft, gegen die Ablösungsregelungen und den reglementierenden Anstaltsstaat kämpfte, die allesamt durch zahlreiche Abgaben und Steuern die herrschende Verarmung noch förderten. Diese Abgaben drückten umso mehr angesichts der strukturellen Probleme der vorindustriellen Gesellschaft, wie der Bevölkerungssteigerung und der Transformation von der Subsistenz- zur Marktwirtschaft. Andererseits kämpfte diese Gruppe aber auch gegen das Prinzip unternehmerischer Freiheit im Agrarsektor, wie es die Physiokraten und Frühkapitalisten einführten; denn dieses Prinzip ermöglichte ein unzulässiges Ränkespiel zwischen den „Gläubigern“ des Feudalismus, die noch nicht alle Entschädigungen für den Verzicht auf ihre Rechte erhalten hatten und den Kapitalbesitzern, die den Bauern zu Wucherzinsen Kredite gaben und sie oft zwingen ihren Boden zu verpfänden. Die Gruppe gehörte, ebenso wie die Gesellschaft und der Staat, die von ihr bekämpft wurden, zur Übergangszeit von der Ständezur Leistungsgesellschaft. Der Agrarsektor war nur ein Bereich, in dem sich der Kampf abspielte. Diese Gruppe der Demokraten im Deutschland der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts entsprach in ihrer Skepsis gegen einen modernen Kapitalismus im Vorstadium der Industrialisierung den französischen Demokraten gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Sie kämpften „gegen die Übergriffe von Monarchie und Adel und zugleich gegen die Störung der gewohnten Lebensformen durch einen übermächtigen Kapitalismus. Die Demokraten mußten gegen die Gesellschaft schwimmen und unterlagen“³⁹⁶.

Hardegg stieß bald auf die dem Lager der Frühdemokraten inhärenten Spannungen. Sie bejahten den Privatbesitz, allerdings nur in kleinem Rahmen. Sie wandten sich nicht nur gegen den Feudalbesitz, sondern auch gegen einen ungebändigten Kapitalismus. Sie begrüßten den freien Handel, solange er nicht in gesellschaftliche Polarisierung mündete. Mit anderen Worten: Ausgleich von gesellschaftlichen Gegensätzen und Einschränkung des freien Marktes einerseits und Schutz der Freiheit von Besitz, Unternehmertum und Handel andererseits. Hardegg gelangte allmählich zu der Erkenntnis, dass ein wahrer Ausgleich dieser Gegensätze nicht möglich sei. Der einzige Ausweg sei die volle Gleichheit nicht nur im politischen, sondern auch im sozioökonomischen Bereich, vornehmlich im Agrarsektor.

Im Gespräch mit dem Bauern Caspar Unz schlug Hardegg eine gleiche Aufteilung des Bodens vor. Der scharfsinnige Bauer, der zwar nicht sehr gelehrt war, aber seine Bauernschlauheit unter Beweis stellte, beschrieb seine Reaktion wie folgt: „Er [Hardegg] wollte eine völlige Gleichheit. Das Ding habe ich nicht recht verstanden.

³⁹⁶ ROSENBERG, Demokratie und Sozialismus, S. 24 f.

Warum? Wenn einer heute seinen Batzen vertrinkt und der andere die seinigen behält; so sind sie morgen schon nicht mehr gleich“³⁹⁷.

Zu einer ähnlichen Einsicht war Babeuf auch 1787 beziehungsweise 1795 gekommen. „Man würde uns mit Recht sagen, daß das Agrargesetz [*Loi Agraire*, Gad Arnsberg] nicht länger als einen Tag Bestand hätte, daß am Tage nach seinem Inkrafttreten die Ungleichheit wieder auftauchen würde“³⁹⁸.

Babeuf unterstützte in bestimmten Phasen der Französischen Revolution die Neuverteilung des Bodens, jedoch nicht in dem von den Anhängern des *Loi Agraire* intendierten Sinne, einer gleichen Aufteilung des Bodenbesitzes. Dieses Agrargesetz war für ihn eine Torheit. Frankreich durch dieses Gesetz zum „Schachbrett“ zu machen, so meinte er, sei unmöglich³⁹⁹.

Während der Zeiten, in denen Babeuf eine Bodenverteilung unterstützte, ging es ihm um eine individuelle Zuteilung von Boden an Einzelne zur privaten Bearbeitung, während das Besitzrecht des Bodens und des Ertrages beim Kollektiv verbleiben sollte⁴⁰⁰. Dass Babeufs Meinung schwankte zwischen einer Bodenverteilung zur individuellen Bearbeitung einerseits und Gemeineigentum von Boden und Ertrag andererseits, lag in taktischen Fragen begründet. Denn solange der Bauer dem Herrn oder Kapitalbesitzer verhaftet war, konnte er nur auf einem Wege für die Revolution gewonnen werden – indem man ihm das Ziel der Enteignung dieser Herren vor Augen führte und von einer Bodenverteilung sprach, nicht jedoch von der Aufhebung des Privatbesitzes⁴⁰¹, denn dieser Schritt hätte eine Aufhebung jeglichen Bodenbesitzes – auch desjenigen des Bauern – bedeutet.

Die Anhänger Robespierres in Frankreich, ähnlich den revolutionären Republikanern Württembergs, standen vor einem ähnlichen Dilemma, das allerdings von ihnen noch nicht als solches begriffen wurde. Aus der Perspektive der Gegenwart allerdings muss man sagen, dass sie versuchten, „sozialdemokratische“ Elemente mit kapitalistischen Prinzipien zu verbinden. Sie wollten der Kluft zwischen Arm und Reich entgegenwirken: „[I]hr Ideal [war] jedenfalls eine Gesellschaft von Kleinproduzenten und unabhängigen Eigentümern [...], die allerdings eine unbegrenzte Freiheit im Anbau und Handel genießen sollten. Das war ein Versuch, die soziale Demokratie mit den Grundsätzen der liberalen und kapitalistischen Ökonomie zu versöhnen“⁴⁰².

³⁹⁷ Akt. Darst. alt, S. 101.

³⁹⁸ Zitiert nach DOMMANGET, Aufteilung, S. 230. Das Agrargesetz während der Französischen Revolution meinte die gleichmäßige Aufteilung des Bodens; ebd., S. 199–235; siehe auch HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S. 74.

³⁹⁹ Dies erwiderte Babeuf gegen die Vorwürfe eines Mitglieds des geheimen Direktoriums der „Verschwörung der Gleichen“, er unterstütze das Agrargesetz; vgl. DOMMANGET, Aufteilung, S. 230.

⁴⁰⁰ LEHNING, Buonarrotis Gedanken, S. 75–98, insbesondere S. 82; BERGMANN, Babeuf, S. 90f.

⁴⁰¹ Zur unterschiedlichen taktischen Position Babeufs und seinem Schwanken zwischen einer Befürwortung des Agrargesetzes, das er gewissermaßen als Zwischenschritt unterstützte, und einer Gütergemeinschaft siehe DOMMANGET, Aufteilung, S. 199–235.

⁴⁰² LEFEBVRE, Französische Revolution, S. 159.

Wie gezeigt wurde, musste die Sorge um die Existenzsicherung und die Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze irgendwann zu einer Einschränkung der wirtschaftlichen Freizügigkeit führen, wie es 1793 und 1794 in Frankreich geschehen war und wie es auch den radikalen Demokraten in Deutschland vorschwebte.

Kauffmann hatte aus der Zeit, in der Hardegg bei ihm private Lateinstunden zur Vorbereitung seines Universitätsstudiums genommen hatte, den Eindruck gewonnen, Hardegg „sei zur Bewirkung einer Revolution in Deutschland tätig gewesen und habe von einer Republik gesprochen, deren Hauptgrundlage gleichmäßige Verteilung des Grundeigentums sein müsse“⁴⁰³. Entsprechend äußerte sich Kauffmann gegenüber dem Untersuchungsrichter Bechter. Koseritz zitierte Kauffmann in seiner Aussage vor einem anderen Richter im gleichen Zusammenhang in ganz entsprechender Weise⁴⁰⁴, wodurch Kauffmanns Aussage nur bekräftigt wird. Die Republik sollte – so verstanden es Hardegg und seine Anhänger, wie Mayer oder Widenmann – in erster Linie eine soziale und wirtschaftliche, nicht nur eine formal-juristische politische Gleichstellung gewährleisten. In seinen Gesprächen mit Unz und Hipp auf dem Treffen in Löchgau Ende 1832 forderte Hardegg, die Republik solle „völlige Gleichheit“ gewähren⁴⁰⁵, wie Unz es dann später bezeugen sollte⁴⁰⁶. Dieser Begriff entsprach in der zeitgenössischen politischen Terminologie einer materiell-gesellschaftlichen Gleichheit. Bei Babeuf erschien diese Forderung als *égalité parfaite* bereits im Jahre 1791⁴⁰⁷. Und mit dem gleichen Schlüsselbegriff beginnt auch der Entwurf der „Gesetzgebung der Sansculotten oder die vollkommene Gleichheit“⁴⁰⁸. Die Forderung nach „vollkommener Gleichheit“⁴⁰⁹ oder nach „realer Gleichheit“ (*égalité de fait, égalité réelle*)⁴¹⁰ tauchte noch einmal 1795 im „Manifest der Plebejer“ auf. Sie wurde von dort durch die Frühkommunisten und später durch die Marxisten übernommen⁴¹¹. Babeuf war zu der Schlussfolgerung gelangt, der gemeinsame Grundbesitz stellte, angesichts der Schwierigkeit, die vollkommene Gleichheit durch das „Agrargesetz“ und die gleiche Verteilung der Böden zu gewährleisten, die alleinige Garantie für die Errichtung dieser Gleichheit

⁴⁰³ StaL E 319 Bü 33, S. 673/74. Diese Forderung wurde mehr als einmal in jener Zeit laut. So ließen radikale Gruppen aus dem Mittel- und Kleinbürgertum im Süden Deutschlands hier und dort diese Forderung laut werden, zum Beispiel bei dem Aufmarsch in Zweibrücken am 27. Mai 1832, als nach einer „gleichen Güterverteilung“ gerufen wurde; vgl. FREILINGER, Die Hambacher, S. 701–735.

⁴⁰⁴ HstaS E 285 Bü 81 Frage 4197.

⁴⁰⁵ StaL E 319 Bü 12 Frage 3019.

⁴⁰⁶ Aussage Unz: [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105], S. 342: „Er [Hardegg] wollte völlige Gleichheit.“ Zu ähnlichen Aussagen über Hardeggs Forderung siehe StaL E 319 Bü 32, S. 91.

⁴⁰⁷ In deutscher Übersetzung „vollkommene Gleichheit“; siehe DALIN, Robespierre und Babeuf, S. 63.

⁴⁰⁸ Ebd.

⁴⁰⁹ HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S. 71.

⁴¹⁰ Ebd., S. 74. Bei Buonarroti übersetzt als „wahre Gleichheit“; siehe BUONARROTI, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit, S. 205.

⁴¹¹ HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S. 549f. Anmerkung S. 72.

dar. Auch Hardegg gelangte schließlich zu der Einsicht, dass die Aufteilung des Grundbesitzes, selbst nach dem Prinzip der Gleichheit vollzogen, das Prinzip des Besitzrechtes und der Konkurrenz bewahrt und neuer Ungleichheit Tür und Tor öffnet. Um „wahre Gleichheit“ zu erreichen, so meinte Hardegg, müsse man das Privateigentum von Land überhaupt aufheben. Die Bodenverteilung unter diesem Gesichtspunkt war eine Verteilung zur Bearbeitung des Bodens, nicht zum Besitzen. Doch von der Aufhebung des Besitzes als endgültiges Ziel erzählte Hardegg den Bauern nichts. Sie musste er zunächst von der Notwendigkeit der Enteignung der im Besitz der „Reichen“ und des Staates befindlichen Böden überzeugen. Er durfte nicht erwarten, für mehr als diese Enteignung Verständnis und Zustimmung der Bauern zu finden. Wie Babeuf, so musste auch Hardegg zunächst sein wahres Ziel verschweigen. Nur von einer Enteignung der Grundbesitzer und einer Verteilung des Landbesitzes konnte er sprechen. Aber ihm fiel es bereits schwer, die Bauern von einem Vorgehen gegen die Grundbesitzer zu überzeugen, also in erster Linie gegen den Staat, der im alten Württemberg der größte Grundherr gewesen war. Mit den Bauern sprach er deswegen lieber über die Aufhebung der wirtschaftlichen Lasten, über die Freiheit von der Grundherrschaft als ersten Schritt und über die Verhängung der materiell-wirtschaftlichen Gleichheit als zweiten Schritt, ohne die Aufhebung des Eigentums überhaupt als endgültiges Ziel zu erwähnen.

Über diesen Punkt sprach Hardegg nur mit Hipp und Unz, den gläubigen Pietisten, die innerhalb dieser religiösen Gruppe zu den wenigen gehörten, die die Heilige Schrift revolutionär interpretierten. Unz war ein relativ etablierter Bauer von hoher, natürlicher Intelligenz. Bei ihren Begegnungen mit Unz, Hipp und anderen Bauern aus dem Tübinger Umland berichteten Hardegg und Mayer über verschiedene Schritte, die mehrheitlich die Reichen treffen und die Situation der Armen verbessern sollten, damit zunächst die sozialen Spannungen abgebaut und die wirtschaftliche Situation beider Gruppen einander angeglichen werde. Im Verlauf dieser Begegnungen, die in Bauern- oder Wirtshäusern stattfanden, machte man folgende Vorschläge: Einrichtung einer staatlichen Kasse nach der Revolution zur Unterstützung der Armen⁴¹², erhebliche Steuerabzüge von hohen Erbschaften⁴¹³, ein Schritt, den auch Babeuf⁴¹⁴ und Saint-Simon⁴¹⁵ als eine der ersten Maßnahmen zur Aufhebung sozialer Gegensätze vorgeschlagen hatten. Sie schlugen eine Steuerbefreiung für all diejenigen vor, die ein volles Einkommen zum Lebens-

⁴¹² „[M]an errichte dann eine Kasse, um die Armen zu unterstützen.“ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴¹³ StaL E 319 Bü 6.

⁴¹⁴ „Entwurf eines ökonomischen Dekrets (Fragment), Artikel 3“, in: HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S.102. Bei Babeuf und den „Gleichen“ handelte es sich um einen wesentlich drastischeren Schritt, nämlich die Aufhebung aller Erbschaften und deren Enteignung durch den Staat; ebd. sowie LEHNING, Buonarrotis Gedanken, S.91.

⁴¹⁵ Da die Aufhebung der Erbschaften ein zentraler Bestandteil der Lehre Saint-Simons war, erübrigen sich bibliografische Nachweise.

unterhalt benötigten⁴¹⁶. „Es braucht nur der Steuern zu zahlen, der etwas habe“⁴¹⁷, oder noch deutlicher: „[N]ur derjenige zahle Steuern, der Vermögen besitze“ oder: „[D]ie Abgaben [sollen] von den Reichen bezahlt werden“⁴¹⁸. Dies bedeutete unter Umständen, dass man an eine Aufhebung der Feudalabgaben ohne Entschädigung dachte, sodass die Reichen mit feudalen Gütern Verlust an Einkommen hätten hinnehmen müssen.

Die Debatten im württembergischen Landtag über die Höhe der Entschädigung für die Feudalherren waren langwierig und führten letztlich erst 1848 zur Aufhebung der Grundherrschaft⁴¹⁹. Ein großer Teil der Abgaben wurde in Renten auf 25 Jahre umgeformt, die die Bauern in hohe Schulden stürzten. In Altwürttemberg war der Staat, wie erwähnt, der größte Grundherr. Der Finanzminister stimmte daher nicht gerne einem Verzicht auf den Großen Zehnten zu, die größte und drückendste Feudalabgabe. Nimmt man die Dörfer, die von Hardegg zusammen mit Mayer und Widenmann besucht wurden, als Beispiel, so ergibt sich folgendes Bild: In Kirchentellinsfurt war es der König, der den Großen Zehnten erhob. Andere Zehntabgaben wurden von dem Hospital in Reutlingen, vom Staat und dem örtlichen Pfarrer erhoben. In Kusterdingen erhob das Hospital in Tübingen den Großen Zehnten, während der Pfarrer den Kleinen Zehnten erhielt. In Mähringen erhob der Staat den Großen Zehnten und den Heuzehnten, den Kleinen Zehnten erhielt der Ortpfarrer. In Wankheim erhob der Staat den Großen Zehnten, während die anderen Zehntabgaben an den Pfarrer und einen Adligen gingen. Die meisten dieser Dörfer zahlten ihre Feudalabgaben also nicht an einen Grundherrn, sondern an Institutionen⁴²⁰. Hardegg und seine Freunde forderten die Aufhebung des Zehnten und der zahlreichen restlichen Abgaben ohne Entschädigung nach der Revolution⁴²¹. In Wankheim gab es einen adligen Grundherrn – eine Ausnahme in der Region: Freiherr von St. André, der das „grundherrliche Gefälle“ erhielt. Hier reagierte der Bauer Kemmler auf die Forderung nach Aufhebung des Zehnten und anderer Feudalzahlungen sowie auf die Behauptung, das Joch sei schwer und der Staat betreibe eine Politik der sozialen Ungerechtigkeit mit den Worten: „Die Königs [Staats-] Steuer sei nicht groß, und die Lehensabgaben, unter denen wir hier leiden, wollte ja der König selbst mildern lassen“⁴²².

Diese Haltung war typisch für die meisten Bauern, auf die Hardegg und seine Freunde stießen. Gerade gegenüber dem König war man nachsichtiger als gegenüber den Grundherren und den grundbesitzenden Institutionen. Ein Zwischenfall während Hardeggs und Mayers Besuch in Kirchentellinsfurt im Januar 1833

⁴¹⁶ StaL E 319 Bü 12 Frage 3018.

⁴¹⁷ StaL E 319 Bü 40; StaL E 319 Bü 12 Frage 3018.

⁴¹⁸ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴¹⁹ Die Diskussion über die Entschädigungen war 1848/49 abgeschlossen, doch die Folgeerscheinungen waren bis in die 1850er Jahre hinein spürbar.

⁴²⁰ Siehe Beschreibung des Oberamts Tübingen, Stuttgart 1867, S. 166–170.

⁴²¹ StaL E 319 Bü 12 Frage 3029. Zu Hipp und Unz in: StaL E 319 Bü 40.

⁴²² StaL E 319 Bü 33, S. 470; Akt. Darst. alt, S. 102.

illustriert diese große Loyalität dem König gegenüber unter der Bauernschaft: Als Hardegg während des Besuchs den König angriff, der seiner Meinung nach den Müßiggang pflege, während sein Volk unter der Last von Abgaben, Steuern und Arbeit erdrückt werde, war es die Frau des Bauern Häusel, eine ehemalige Leibeigene, die von der Befreiung der dem König unterstellten Leibeigenen ohne Entschädigung 1817 betroffen war, die sich dem König gegenüber zu Dankbarkeit verpflichtet fühlte und nicht bereit war, aufrührerische Reden gegen den König zu dulden⁴²³.

In diesen Begegnungen unterschied man nicht deutlich zwischen reichen adligen und patrizischen Grundherren auf der einen und reichen Kapitalbesitzern oder Unternehmern, die ihr Vermögen eigenständig erworben hatten, auf der anderen Seite. Auch wenn die kleinbürgerlichen Demokraten an der Unternehmensfreiheit festhielten, wollten sie diese doch eingeschränkt wissen, denn sie gaben der wirtschaftlichen Existenzsicherung aller Bürger als notwendige Vorbedingung für die Schaffung einer Gemeinschaft souveräner Bürger den Vorrang. Jeder große soziale Gegensatz führte nicht nur zur Konfrontation zwischen Arm und Reich, sondern korrumpierte gleichermaßen Reiche und Arme. Letztere liefen Gefahr in die Abhängigkeit vom Geld der Reichen zu geraten und zum „Pöbel“ zu degradieren. Der Gegensatz zwischen Reichen und Armen war ein Produkt der vorindustriellen Gesellschaft und fand Einlass und theoretische Fundierung in der frühkommunistischen Lehre, insbesondere bei Babeuf. Der Ruf nach Besteuerung der Reichen allein war auch Teil des Programms der „Gleichen“, die ebenfalls in einer „progressiven Steuer“⁴²⁴ einen Zwischenschritt auf dem Wege zur „vollkommenen“ oder „wahren Gleichheit“ sahen⁴²⁵. Als Ergebnis dieses Schrittes, so erklärte Hardegg, sei eine „gleichere Verteilung des Eigentums“ möglich⁴²⁶. Und mit dem Bauern Kemmler aus Wankheim sprach Hardegg „von der Teilung zwischen Reichen und Armen und daß man den Unterdrückten helfen müsse“⁴²⁷.

Ein anonymer Bericht eines österreichischen Agenten in Württemberg an Metternich meldete über diese Agitation unter den Bauern: „Besonders zu der ärmeren

⁴²³ Akt. Darst. alt, S. 104.

⁴²⁴ „Progressive Verteilung der Gesamtheit der direkten vorher erwähnten Beiträge auf die Reichen.“ BUONARROTI, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit, S. 253.

⁴²⁵ HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S. 556–558; GARRONE, Filippo Buonarroti, S. 187–196; EISENSTEIN, Professional Revolutionist, S. 118; SAITTA, Filippo Buonarroti, S. 140f. In der „Déclaration des Principes fondamentaux de la Société“ aus Ch. A. Testes „Projet de Constitution républicaine et Déclaration des principes fondamentaux de la société; précédés d'un exposé des motifs“ stützte man sich auf das „Manifest der Gleichen“ und setzte in den Artikeln 15 und 16 fest, wie die Güter neu zu verteilen und wie man die wirtschaftliche Situation von Armen und Reichen durch progressive Besteuerung ausgleichen könnte; siehe TESTE, Projet, S. 27f. Saitta bezeichnet Teste als Buonarrotis Alter Ego; vgl. EISENSTEIN, Professional Revolutionist, S. 104.

⁴²⁶ StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241, Frage 547.

⁴²⁷ Ebd., Frage 55, Frage 514.

Volksschicht wurde von der Notwendigkeit gesprochen, daß die Reichen mit ihnen künftig teilen müßten⁴²⁸.

Hardegg und seine Freunde blickten nicht nur mit Mißgunst auf das Vermögen der Reichen, sondern verabscheuten auch deren Sitten und ihren luxuriösen Lebenswandel. Dieser wirtschaftlich-moralisierende Maßstab passte zum Zukunftsbild einer Republik von Eigentümern kleineren und mittleren Besitzes, der ihre Bedürfnisse zu befriedigen vermochte und ihnen wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährte, ohne sie moralisch zu beeinträchtigen. So sagte Hardegg aus: „Ich sprach davon, daß der Staat so eingerichtet werden sollte, daß jeder bei mäßiger Arbeit zu leben habe“⁴²⁹. Und Mayer fügte hinzu: „Nebenbei war der Hauptzweck, daß es keine Armen mehr geben und der Luxus ausgerottet werden solle“⁴³⁰. Dieses entsagungsvolle klein- und mittelbürgerliche Zukunftsbild entsprach der vorindustriellen, auf Mangel und Not eingestellten Gesellschaft.

Mayer sah in den „Reichen“ die Gegner, gegen die sich eine Revolution wenden müsse. Wenn man mithilfe administrativer Schritte nicht sogleich Besitz und Kapital der Reichen enteignen könne, so müssten die Reichen vertrieben werden: „Zur Vertilgung der Armut glaubten wir, wird die Revolution an und für sich schon beitragen, weil die Reichen doch meistens von der Gegenpartei seien und verjagt werden“⁴³¹.

Ein saint-simonistisches Element zeigte sich bei Hardegg, der sich offen zu Teilen dieser Lehre bekannte. Er berief sich auf diese Lehre, als er meinte, nicht nur gegen die Ungerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums, sondern auch gegen die Ungerechtigkeit in der Verteilung der Arbeit müsse man vorgehen. Außer dem zitierten Satz, „jeder solle bei mäßiger Arbeit zu leben haben“, sprach Hardegg anderenorts davon, „daß der Einzelne im Verhältnis seiner Arbeit Belohnung verdiene“⁴³².

Auch bei den Anhängern Babeufs spielte der Kampf gegen die „Schmarotzer“, jene nicht auf Arbeit angewiesenen „Reichen“ eine gewisse Rolle. Saint-Simon machte den Gegensatz zwischen dem *Industriel*, der zunächst als Produzent – egal ob Unternehmer oder Werkträger – begriffen wurde, und dem „Schmarotzer“, der von seinem ererbten Vermögen lebte, zum Fundament seiner Lehre. Erst gegen Ende seines Lebens setzte er den Akzent stärker auf die Verbesserung der Situation „der umfangreichsten und ärmsten Schicht“ unter der Bevölkerung, während sein Schüler Bazard den Begriff *Industriel* auf den Arbeiter allein bezogen wissen wollte. Hardeggs Vorschlag, der Einzelne möge im Verhältnis zu seiner Arbeit und nicht im Verhältnis zu seinen Bedürfnissen verdienen, zielte noch auf gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, noch nicht aber auf Egalitarismus.

⁴²⁸ HHStAW St. K. ältere Reihe 278 Inf. Büro, S. 60.

⁴²⁹ StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241; HstaS E 301 Bü 21.

⁴³⁰ StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴³¹ Ebd., Frage 224.

⁴³² Ebd., Frage 340.

Doch andere von Hardegg gemachte Äußerungen weisen darauf hin, dass dies nur eine Phase einer weitreichenden gesellschaftlichen Entwicklung sein sollte, die letztlich auf den kollektiven Besitz hinauslief. Die Monarchie, der größte Grundherr in Altwürttemberg, galt in Hardeggs Augen und für viele Radikale als wesentlicher „Schmarotzer“, da sie einen verschwenderischen, die wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten des Landes weit überschreitenden Haushalt führte. Die hohen Steuern und Abgaben, die hierfür aufkommen sollten, blieben ohne Gegenleistung für das Volk: „Der Haushalt sei zu kostspielig. Es müsste alles anders kommen“⁴³³.

In diesem Sinne verstanden und zitierten die Bauern die Worte, die sie von Hardegg und seinen Gefährten zu hören bekamen. Hardegg fragte zum Beispiel den Bauern Häusel, wie er sich einem Tagelöhner gegenüber verhalte, der dem Müßiggang ergeben sei und nicht entlassen werden könne. Dem Bauern, der nicht wusste, worauf Hardeggs Frage abzielte, sagte er dann: „Der König arbeite nichts und spiele nur“⁴³⁴. Mit dem König sei also wie mit einem müßiggängerischen Tagelöhner zu verfahren. Als Hardegg von Häusel hörte, das Dorf habe von dem Staat einen Wald gekauft, habe Hardegg ihn, Häusel, gewarnt: „[W]enn sie den Wald eine Zeitlang hätten, so könne ihn der König wieder an sich ziehen“⁴³⁵.

Auch die Kirche und die Geistlichen waren für Hardegg und seine Freunde Schmarotzer, die die Bauern ausbeuteten und ihre Unwissenheit zu verewigen trachteten, um sie weiterhin dominieren zu können. Hardegg agitierte gegen die Geistlichkeit⁴³⁶ und verteilte die Freiheitsrede des liberalen Pfarrers Karl Juch aus St. Wendel in Lichtenberg, die als Flugschrift gedruckt worden war⁴³⁷.

Die verschiedenen Grundherren verhinderten eine umfassende Agrarreform, die die Erträge der Landwirtschaft hätte anheben können. Hardegg und seine Anhänger hatten die Notwendigkeit erkannt, die rückständige Dreifelderwirtschaft aufzugeben und zur Fruchtwechselwirtschaft überzugehen. Mayer betonte: „[W]ir sprachen von der großen Bedrückung, namentlich von den dreiteiligen Gütern“⁴³⁸. Und in Kusterdingen fragte er, „wie denn der Bauer bestehen könne bei den dreiteiligen Gütern“⁴³⁹.

Der Kampf gegen die Grundherrschaft einerseits und gegen einen vollkommen freien Güterverkehr, insbesondere in der Landwirtschaft, andererseits, illustriert das Dilemma der Frühliberalen und vor allem der demokratisch Gesonnenen. Gerade diese Gruppe verlangte keine vollkommene Freiheit, sondern eine am Maßstab der Gleichheit orientierte Freiheit, wobei diese Gleichheit ihrer Auffassung

⁴³³ StaL E 319 Bü 33, S. 470.

⁴³⁴ Akt. Darst. alt, S. 103. Laut anderer Version soll Hardegg geäußert haben, der König schlafe nur. StaL E 319 Bü 33, S. 476.

⁴³⁵ Akt. Darst. alt, S. 103.

⁴³⁶ StaL E 319 Bü 33.

⁴³⁷ Ebd.; JUCH, Wahrheit, Tugend, Recht!.

⁴³⁸ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴³⁹ Ebd.

nach die wahre Freiheit garantiere, die nämlich eine neue Abhängigkeit der Armen von den Reichen verhindern könne.

Dieses Dilemma kam zum Beispiel auch in Hardeggs auf dem Treffen in Löchgau⁴⁴⁰ und im Gespräch mit Hipp und Unz⁴⁴¹ erhobener Forderung nach freiem Handel und Wandel, nach freiem Unternehmertum zum Ausdruck. Diese Forderung passte nicht zu seiner Vision von einer Gesellschaft ohne Arme und Reiche. In dem oben erwähnten Gespräch mit Unz über die vollkommene Gleichheit – im Sinne einer gleichen Bodenverteilung – wandte Unz gegen Hardegg ein, man könne diese Gleichheit unter den Bedingungen eines freien Wettbewerbs nicht aufrechterhalten. Babeuf und Buonarroti waren ebenfalls zu der Ansicht gelangt, das „System der Gleichheit schließt jede Teilung aus“⁴⁴². Und wie Unz hatte M. V. [Marc Vadier]⁴⁴³ Babeuf entgegeng gehalten: „Das Problem liegt nicht nur in der Aufteilung des Grund und Bodens, sondern darin, eine solche Teilung auf die Dauer aufrechtzuerhalten“⁴⁴⁴.

Dieses Dilemma brachte Hardegg zu dem Schluss, dass im Falle einer Konfrontation zwischen Freiheit und Gleichheit die Gleichheit wichtiger sei, insbesondere in der Landwirtschaft, die für ihn das ökonomische Rückgrat der Gesellschaft war. Einziger Bürge für die Gleichheit war ihm die Aufhebung des Privatbesitzes überhaupt – nicht die gleiche Besitzaufteilung. Hipp gegenüber brachte er seinen Wunsch nach diesem Bürgen zur Wahrung der Gleichheit mit den Worten zum Ausdruck: „Es wäre zu wünschen, es sei am besten, wenn das Mein und Dein aufhöre“⁴⁴⁵. Nach Meinung des Untersuchungsrichters hatte er gar gesagt, „daß das Mein und Dein ganz aufhöre“⁴⁴⁶.

Hardegg versuchte, das Gewicht dieser Position gegenüber den Untersuchungsrichtern herunterzuspielen, wenn er sagte, es habe sich um eine vorübergehende Idee gehandelt, da die ganze Position ja im Widerspruch zu seiner Forderung nach einer ausschließlichen Besteuerung der Reichen⁴⁴⁷ gestanden habe, während es in der Situation des Kollektivbesitzes doch keine Reichen mehr gegeben hätte. Hardegg wird sich hier wohl verstellt und versucht haben, seine Untersuchungsrichter darüber im Dunkeln zu lassen, was seine eigentlichen Endziele betraf.

Die Anhänger des Babouvismus⁴⁴⁸ sahen in einer progressiven Besteuerung und dem „Agrargesetz“ ebenfalls nicht mehr als einen ersten Schritt in Richtung

⁴⁴⁰ StaL E 319 Bü 12 Frage 3029.

⁴⁴¹ StaL E 319 Bü 40.

⁴⁴² „Response à une lettre signée M. V.“ von Buonarroti; siehe LEHNING, Buonarrotis Gedanken, S. 82.

⁴⁴³ Ebd.

⁴⁴⁴ Ebd.

⁴⁴⁵ StaL E 319 Bü 13.

⁴⁴⁶ StaL E 319 Bü 40; siehe auch StaL E 319 Bü 32. In ähnlichem Sinne wird der Begriff auch gebraucht in: Der prophetische Almanach, S. 28 f.

⁴⁴⁷ StaL E 319 Bü 13.

⁴⁴⁸ Als Babouvismus wird die Lehre Babeufs bezeichnet.

Kollektivbesitz⁴⁴⁹. Und nicht umsonst wandte sich Hardegg in der Frage der gleichen Bodenverteilung an den Pietisten Unz, denn: „Unz war uns deswegen besonders interessant, weil er auf die Verwirklichung des Gesetzes Moses drang, insbesondere auf den Heimfall der Güter“⁴⁵⁰.

Unz hatte seine Ideen von der Aufrechterhaltung sozialer Gleichheit, im Grunde also der gerechten Bodenverteilung, aus dem biblischen Konzept des Jubeljahres beziehungsweise des Erlassjahres abgeleitet. Dieses Konzept sollte unter anderem die Aneignung des Bodens verschuldeter Bauern durch Gläubiger verhindern, wobei man davon ausging, dass der Boden insgesamt dem Schöpfer des Himmels und der Erde gehört⁴⁵¹. Dass Sklaven freigelassen und verpfändete Böden nach fünfzig Jahren an ihren ursprünglichen Besitzer zurückgelangen, selbst wenn er seine Schulden nicht bezahlt hatte (Schuldenerlass), zielte darauf ab, die soziale Gleichheit als ein Grundprinzip zu bewahren, das über allen Interessen des Einzelnen stand. Der Umstand, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in der Antike unter fünfzig Jahren lag, zeigt, dass es bei diesem Konzept nicht um den Bauern als Individuum ging, – die Chancen, persönlich den Boden zurückzuerhalten waren gering – sondern um eine Gesellschaft ohne Polarisierung und gesellschaftliche Kluft⁴⁵².

Das biblische Konzept, das Unz verfolgte, erinnert an Babeuf. Bevor dieser sich dem Atheismus zuwandte, entwickelte auch er seine agrar-kommunistischen Ideen aufgrund des Gedankens vom göttlichen Ursprung des Bodens, der allen das gleiche Recht auf Boden garantierte⁴⁵³. Der Begriff der Aufhebung des „Mein und Dein“ war in der zeitgenössischen Sprache – und eben auch bei Babeuf⁴⁵⁴ – ein Synonym für den Kollektivbesitz. Hardegg konnte Kenntnisse über Babeuf und seinen Kreis aus dem Buch Buonarrotis über die „Verschwörung der Gleichen“ erlangen, das 1828 veröffentlicht worden war und eine enorme Wirkung auf die Entfaltung frühkommunistischer Ideen erzielte.

⁴⁴⁹ DOMMANGET, Aufteilung, S.229, 231 f.

⁴⁵⁰ StAL E 319 Bü 26.

⁴⁵¹ „Darum sollt ihr das Land nicht verkaufen für immer; denn das Land ist mein, und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir.“ Lev. 25,23. Zum Konzept des Jubeljahres (Erlassjahr) siehe Lev. 25.

⁴⁵² Siehe die Geschichte von Nabots Weinberg in 1. Könige 21.

⁴⁵³ Siehe DOMMANGET, Aufteilung, S.222.

⁴⁵⁴ Siehe BUONARROTI, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit, S.311, zur Analyse der Lehre Babeufs; vgl. hierzu auch HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S.97; PÜTTMANN, Deutsches Bürgerbuch, S.142. In Abschnitt 6 der Analyse heißt es: „Niemand konnte sich die Güter der Erde oder der menschlichen Hand unter Ausschluss der anderen aneignen, ohne ein Verbrechen zu begehen.“ In den Erläuterungen zu diesem Abschnitt wird der Unterschied zwischen Mein und Dein mit dem Prinzip der Aufteilung identifiziert, die der Artikel aufheben möchte: „Von dem Augenblick an, da die Ländereien verteilt wurden, tauchte das exklusive Eigentumsrecht auf.“ HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S.97. Die Beseitigung von Mein und Dein widersprach also dem Prinzip der Aufteilung, welches auf dem Besitz beruht.

Hardegg vertrat die Forderung des demokratischen Radikalismus nach Freiheit, die in wirtschaftlicher Hinsicht als Freiheit von den Feudallasten und der Bürokratie begriffen wurde. Später bestand er auf einer Einschränkung der kapitalistischen Unternehmensfreiheit bis hin zu Aufhebung des bürgerlichen Privatbesitzes im Agrarsektor. Hier ging Hardegg also gegen den in den Augen des Bürgertums geheiligten Privatbesitz vor. Die französischen Jakobiner stimmten der Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit zu, teilweise infolge äußeren Zwangs, teilweise – wie Robespierre – aus Prinzip. Jedoch einer so strikten Einschränkung wie einer gleichen Aufteilung des Bodens an alle (*Loi Agraire*), ganz zu schweigen von einer Aufhebung dieser Rechte durch einen Kollektivbesitz, konnten sie auf keinen Fall zustimmen. Vielmehr setzten sie dieser Idee so starken Widerstand entgegen, dass sie die Todesstrafe für diejenigen forderten, die die Idee einer gleichen Bodenverteilung vertraten. Die Jakobiner waren für eine Aufhebung und Enteignung von Feudalbesitz, aber nicht für eine Enteignung des bürgerlichen Besitzes. Nur die Anhänger Buonarrotis traten für eine Beseitigung des Privatbesitzes insgesamt ein – des Feudal- ebenso wie des kapitalistischen Privatbesitzes. Wie ähnlich Hardegg dachte, ist also ganz deutlich, auch wenn Hardegg sich allein auf den Agrarsektor beschränkte⁴⁵⁵.

Hardeggs agrar-kommunistische Position hat später die von ihm gegründete pietistische Gruppe der „Jerusalemfreunde“ stark geprägt, die eine kommunistische, von Ideen der Hebräischen Bibel und des Neuen Testaments beeinflusste Haltung vertrat, wie die Behörden meinten⁴⁵⁶.

Franckh teilte die authentischen Anschauungen des „Berges“. Er und seine Zeitung wollten eine Gesellschaft der mittleren Unternehmer, Produzenten und Bauern ohne unermesslich Reiche auf der einen und eine umfangreiche pauperisierte, „pöbelhafte“ Masse auf der anderen Seite der Gesellschaft. Die *DNZ* griff die neuen bürgerlichen Republikaner in Frankreich an – die modernen „Girondisten“ von der Art eines Lamartine, die zu Unrecht behaupteten, die republikanische Idee zu repräsentieren. Das Blatt rühmte hingegen die alten Republikaner, die wirklichen Demokraten, die noch immer über die französischen Dörfer verstreut lebten⁴⁵⁷. „Da sehet ihr des Sonntags mehr, wie einer der eisgrauen Ser-

⁴⁵⁵ Zur Affinität zwischen diesem Ansatz und dem plebejischen Egalitarismus zur Zeit der Französischen Revolution siehe HÖPPNER-SEIDEL-HÖPPNER, Von Babeuf bis Blanqui II, S. 74; LEFEBVRE, Französische Revolution, S. 159.

⁴⁵⁶ „Hierauf verlas Hardegg zwei Schreiben an den Ausschuss [der Jerusalemfreunde], das eine von Rechtskonsulenten Orblich in Öhringen, der seiner Einstimmung eine kommunistische Färbung gab.“ Aus dem Bericht der Versammlung der Jerusalemfreunde in Ludwigsburg am 24. August 1854; LKA Stuttgart, A 26 Generalia 497 Jerusalemfreunde H. A. 1854–1918. Agrarkommunistische Elemente in pietistisch-religiösem Gewand existierten auch in der Nachfolgeorganisation der Jerusalemfreunde der Tempelgesellschaft; siehe ARNSBERG, Von der Revolution zur Erlösung, S. 70–80.

⁴⁵⁷ *DNZ*, 4. Februar 1833. In Victor Hugos Roman *Die Elenden* erscheinen zwei alte Konventsmitglieder, um die sich Sagen ranken. Sie tauchten in die Anonymität unter. Der eine lebte als Einsiedler zurückgezogen in einer abgelegenen rauen Berglandschaft, der andere,

geanten von 1793 im Kreise der männlichen Bevölkerung des Dorfes Mably's *Phocion*⁴⁵⁸ oder Rousseaus *Contrat Social* vor sich liest, wie er die Stellen erklärt; von Robespierre, Marat, dem mutigen Babeuf und anderem erzählt⁴⁵⁹.

Trotz dieses nostalgischen Tons kann Franckh nicht als Sympathisant der kommunistischen Ideen Mablys oder Babeufs, vermutlich auch nicht der Ideen Marats angesehen werden. Der Artikel verfolgte eher die Tendenz, den alten Republikanismus in Erinnerung zu rufen, der sich um den politisch und wirtschaftlich selbstständigen Bürger drehte, den *Citoyen*, der von der Tugend, der *Vertu*, des Allgemeinwohls und einer Gesellschaft ohne wesentliche soziale Gegensätze angetrieben wurde. Zwischen Robespierre und Babeuf gab es erhebliche Unterschiede im Hinblick auf ihr Gesellschaftsverständnis. Und dennoch sah Babeuf in Robespierre das erhabene Bild des alten, moralisierenden Republikanismus „ohne Reiche und Arme“, ohne Privilegierte und Unterprivilegierte⁴⁶⁰. Franckh hielt an der Mehrheitsposition der französischen Jakobiner fest, wonach das Bildungsbürgertum und das Mittel- und Kleinbürgertum die Zügel der Regierung auch nach der Revolution nicht aus der Hand geben sollten. „Die Jakobiner mochten darauf pochen, für das Volk und mit dem Volk zu leben und zu sterben – sie haben es durch Taten bewiesen. Sie liehen dem Volke Gehör, sie achteten seine Mitarbeit, aber sie dachten nicht daran, es aus ihrer Vormundschaft zu entlassen“⁴⁶¹. Aus diesem Grund hielt er es auch für notwendig dem Bürgertum die revolutionäre Führungsrolle zu überlassen.

Franckh war überzeugt, in der Republik würden die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Ständen und Schichten verschwinden. An anderer Stelle

unter dem Pseudonym „Mabeuf“, womöglich in Anspielung auf Babeuf, der nicht mehr lebte, oder dessen noch lebenden Mitstreiter Buonarroti, taucht in Paris mit gefälschter Identität in dem Juniaufstand von 1832 auf. HUGO, *Die Elenden*, S. 560.

⁴⁵⁸ Gabriel Bonnot de Mably * Grenoble 14. 3. 1709, † Paris 2. 4. 1785, französischer Philosoph. Sein bekanntestes Werk war *Entretiens de Phocion*. Mably hatte großen Einfluss auf Rousseau und galt als einer der geistigen Wegbereiter des Republikanismus und des Frühkommunismus.

⁴⁵⁹ *DNZ*, 4. Februar 1833.

⁴⁶⁰ Siehe ROSENBERG, *Demokratie und Sozialismus*, S. 9. Robespierre wollte die Einschränkungen der wirtschaftlichen Freiheit in den Artikeln 9 und 10 der von ihm 1793 vorgeschlagenen Menschen- und Bürgerrechtserklärung verankern, ein Vorschlag, der jedoch nicht angenommen wurde. Die Einschränkung wurde schließlich von seinen neo-jakobinischen Nachfolgern in das *Exposé des Principes* der „Gesellschaft der Menschen- und Bürgerrechte“ im Oktober 1833 übernommen, nachdem Buonarroti und Teste wesentliche, schwerwiegende Einschränkungen in ihrem *Projet de Constitution* vorgenommen hatten. Im politischen Bereich waren die „linken“ Jakobiner, „der Berg“, stärker den Forderungen der Sansculotten entgegengekommen, als sie der Verleihung des gleichen Wahlrechts zugestimmt hatten. Trotz des Verzichts des mittel- und kleinbürgerlichen „Berges“ gegenüber den urbanen und städtischen Sansculotten, die sich mit den Menschen identifizierten, welche sich von ihrer Hände Arbeit ernährten, mochten sie „die Masseninitiative außerhalb ihrer Regie wenig schätzen.“ HÖPPNER/SEIDEL-HÖPPNER, *Von Babeuf bis Blanqui II*, S. 46.

⁴⁶¹ MARKOV, *Grenzen des Jakobinerstaates*, S. 209–242, hier S. 228.

fügte er dieser Ansicht ergänzend hinzu: „Meiner Idee nach sollte deshalb in einer Republik kein Stand und kein lebenslängliches Amt, kein Amt ohne Volkswahl, keine Privilegien, kein stehendes Heer bestehen, weil es dadurch allen möglich würde, diejenigen, die von dem Ihrigen kaum zu leben vermögen, von Abgaben freizulassen und so die Armut nach und nach auszurotten. Dieser Ansicht huldigten auch die französischen Republikaner, die ich kenne“⁴⁶². Und seine Zeitung, die *DNZ*, zitierte Cavaignac: „Es soll kein großes Vermögen, keine überschwängliche Armut mehr geben“⁴⁶³. Franckh erklärte ergänzend, auch Hardegg und die Göttinger Flüchtlinge in Paris, Gärth aus Frankfurt und Knöbel dächten so⁴⁶⁴. Auf jeden Fall war dies wohl der Minimalkonsens, dem auch Hardegg zustimmen konnte. In der Gärth zugeschriebenen Schrift „Deutschlands Wiedergeburt“, die mehr als jede andere Schrift die Anschauungen der Gruppe zum Ausdruck brachte⁴⁶⁵, hieß es: „Die materielle Basis des Bundes [die angestrebte Republik] bildet eine Art Gütergemeinschaft, doch nur so weit, daß das Bundesglied verbunden ist, den entbehrlichen Teil seines Vermögens dem allgemeinen Besten zu opfern. Eine völlige Aufhebung alles Eigentums ist mit der Freiheit des Individuums unvereinbar“⁴⁶⁶. Die *DNZ* aber schrieb in der Fortsetzung des Cavaignac-Zitates aus dem „Prozeß der Fünfzehn“ von 1832: „Wir bestreiten das Eigentumsrecht nicht, wir stellen nur den Grundsatz auf, daß es nach dem größten Gemeindevorteil geordnet werden soll“⁴⁶⁷. Was Franckh wiederum weiter ausführen konnte: „Wir nahmen als gegeben an, daß der naturwidrige Zustand des Volkslebens in Europa, namentlich die ungleiche Verteilung des Eigentums, der Rechte und Verbindlichkeiten unabwendbar eine Revolution über ganz Europa bringen müßte“⁴⁶⁸. Vom Naturgesetz ausgehend, gelangte er zu der Schlussfolgerung: „Alle unsere Institutionen widersprechen [...] dem Naturgesetze, wonach jeder Mensch bei seinem Eintritt in die Welt gleiche Ansprüche stellt. Der jetzige abnorme Zustand habe sich nur durch Gewalt gebildet, wodurch einzelne Familien in den Besitz der Macht über die Masse gelangt seien“⁴⁶⁹. Franckh meinte weiter: „Aufgabe der Massen sei es nun, ihre ursprünglichen Rechte mit Gewalt zurückzufordern“⁴⁷⁰. Franckh gab sich als Demokrat und „Mann des Berges“ – ein Hinweis auf die französischen Montagnards der radikalen „Bergpartei“ – zu erkennen und trieb Wortspiele mit vermeintlich der Geologie entnommenen Begriffen, die allerdings mit ausdrücklich politischem Gehalt durchsetzt waren. So wandte er sich an die Behörden und

⁴⁶² StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴⁶³ *DNZ*, 29.12.1832 (Zitat aus Cavaignacs Rede im „Prozeß der Fünfzehn“).

⁴⁶⁴ StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴⁶⁵ Dies meinte jedenfalls Hardegg, obwohl sein persönliches Ideal wesentlich extremer war. StAL E 319 Bü 6.

⁴⁶⁶ *Deutschlands Wiedergeburt*, S. 59.

⁴⁶⁷ *DNZ*, 29.12.1832.

⁴⁶⁸ StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴⁶⁹ Ebd.

⁴⁷⁰ Ebd. (Hervorhebung Gad Arnsberg).

erklärte: „Sie sehen [...], daß der Demokrat Institutionen haßen, aber die Personen von den Institutionen trennen, ja sie auch achten wird, wenn sie es verdienen; der Demokrat wird von seinen Gegnern nicht nur gehaßt – er wird mißhandelt. Übrigens bekenne ich unumwunden, wäre ich nicht Demokrat, so wäre ich Legitimist, Berg oder Ebene⁴⁷¹; die Hügel in der Erdformation waren mir von jeher das Verächtlichste!!!“⁴⁷² Franckh brachte in dieses Wortspiel also auch geschickt den württembergischen Kriegsminister von Hügel ein.

Die vertretenen unterschiedlichen Auffassungen führten auch zu unterschiedlichen Ansichten über die Ziele und Ergebnisse einer Revolution. Für Hardegg und Mayer konnte nur eine von Bauern getragene Revolution einen umfassenden Wandel gewährleisten, der sich nicht nur auf äußere Veränderungen zugunsten einer geringen Anzahl von Personen in der neuen Regierung beschränken würde⁴⁷³. Sie glaubten, die Bauern, die in Deutschland die Mehrheit des Volkes ausmachten, würden sich nicht dafür hergeben, für das Bürgertum die revolutionären Kastanien aus dem Feuer zu holen und falls dies geschehe, erachteten sie es als unmoralisch. Das Beispiel der Julirevolution von 1830, die das einfache Volk hinters Licht geführt hätte, war ihnen gegenwärtig. Trotz seiner Ansicht, das Volk müsse zur Revolution benutzt werden, strebte Franckh schließlich eine Republik an, in der alle Standesunterschiede und sozioökonomischen Gegensätze ausgeglichen würden. Von daher lehnte er die Julimonarchie ebenfalls ab. Franckh griff die Julimonarchie wegen der großen Ständeunterschiede an und äußerte die Ansicht: „Der Republikaner ist überzeugt, daß der allgemeinen Volksnot nur im Wege der Republik abgeholfen, daß der jetzige gesellschaftliche Zustand mit seinem Kampf der verschiedenartigsten Interessen nur auf diesem Wege entwirrt werden kann“⁴⁷⁴. In diesem Sinne griff Seybold in der *DNZ* den ehemaligen Mittelstand in Frankreich an, der sich seiner Ansicht nach inzwischen auf die Seite der Aristokratie geschlagen hätte und das Volk behandle, wie er selbst 1789 von der Aristokratie behandelt worden war⁴⁷⁵. Während Franckh stets die Notwendigkeit einer Aufhebung der Privilegien betonte, schob Hardegg die Dringlichkeit der Existenzsicherung und der materiellen Gleichstellung in den Vordergrund. Während Hardegg frühkommunistische Ideen eines Babeufs hegte, hielt sich Franckh an das jakobinische Bündnis von Bürgertum und einfachem Volk, das von bürgerlicher Hegemonie geprägt ist, sich jedoch dem allgemeinen Wohl widmet. Die erstrebte Republik sollte zwar bürgerlich sein, aber, wie gesagt, den materiellen und sonstigen Bedürfnissen des einfachen Volkes Rechnung tragen, bis schließlich die Antagonismen zwischen Reichen und Armen aufgehoben wären. Dies wäre die Republik der bürgerlichen „mittleren Existenzen“.

⁴⁷¹ „La Plaine“ war die Bezeichnung für die gemäßigte Mehrheit im französischen Konvent und die späteren Thermidorianer, Vertreter des wohlhabenden Bürgertums.

⁴⁷² StaL E 319 Bü 37 (Ausrufezeichen im Originaltext).

⁴⁷³ StaL E 319 Bü 31.

⁴⁷⁴ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁴⁷⁵ *DNZ*, 18.2.1833.

Das Treffen in Löchgau im Dezember 1832, so wollte es Hardegg, diene neben der Frage der Rekrutierung auch der Klärung und Formulierung der Ziele der Revolution. Vor allem ging es um die Frage, wie das politische System nach der Revolution auszusehen habe. Die Mehrheit war der Ansicht, es müsse ein geeinigtes republikanisches Deutschland aus der Revolution hervorgehen. Der Gedanke, einen König an die Spitze des Staates zu stellen – in diesem Falle den württembergischen König, der den Ruf eines „liberalen“ und „gemäßigten“ Herrschers hatte, war eine flüchtige Idee der Minderheit: „Alle wollten die staatsrechtlichen Einrichtungen Deutschlands über den Haufen werfen und auf den Trümmern des Bestehenden eine deutsche Republik errichten. Nur der flüchtige Gedanke Einzelner soll es gewesen sein, den Monarchen Württembergs zum Herrscher über das konstitutionelle Deutschland zu berufen“, so fasste der Referent des Gerichts seine Untersuchung zusammen⁴⁷⁶.

Hardegg eröffnete die Zusammenkunft in Löchgau mit der Erklärung, die Republik sei die einzige Staatsform, die sich um das geistige und materielle Wohl des Volkes sorge⁴⁷⁷. Mit diesem Argument begründete er auch seine Distanzierung von dem nicht-republikanischen Saint-Simonismus, obwohl er dessen sozioökonomische Auffassung teilweise adäquat fand⁴⁷⁸. Alle Anwesenden unterstützten Hardeggs Erklärung⁴⁷⁹. Nach dieser Eröffnung bat Hardegg die Anwesenden, sich dazu zu äußern, wie diese Republik ihrer Meinung nach auszusehen habe. Hardegg als „Demokrat reinsten Wassers“⁴⁸⁰ versuchte die Diskussion mit der Stellungnahme zu lenken, eine zukünftige Republik müsse die französische Verfassung von 1793 als Vergleichsfolie heranziehen. Diese Verfassung allein garantiere das allgemeine Wahlrecht⁴⁸¹. Wesentliches Ziel sei es, die Souveränität des Repräsentantenhauses über die Exekutive zu sichern. Die exekutive Gewalt werde von der gesetzgebenden Versammlung gewählt, sodass die Exekutive völlig vom Parlament abhängig sei. Die „Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte“ zu Beginn der Verfassung sichere das Recht nicht nur auf Widerstand gegen Unterdrückung,

⁴⁷⁶ Franckh soll angeblich bereits bei seinem Besuch in Frankreich im Herbst 1831 auch mit dieser Idee geliebäugelt haben. Der Vorschlag, den württembergischen König an die Spitze eines geeinten, konstitutionellen Deutschlands zu stellen, ja sogar ein entsprechender Verfassungsentwurf, sollen mutmaßlich von Franckh formuliert und im Oktober/November 1831 dem Vertreter Odilon Barrots, Capitan Feline, überreicht worden sein; StAL E 319 Bü 6 Qu. 1241. Wenn diese Behauptung stimmt, so dürften hier vielleicht taktische Gründe mitgespielt haben. Diese Position war jedenfalls nicht mit den nachweislich bekannten Positionen Franckhs in Paris vereinbar.

⁴⁷⁷ „[D]em geistigen und materiellen Wohl des Staates entsprechende Staatsverfassung“; Akt. Darst. alt, S. 95.

⁴⁷⁸ „Ich lobte die ausgezeichneten Kenntnisse der Saint-Simonisten in materieller Beziehung, tadelte ihr System aber in Absicht auf die geistigen Interessen des Volkes“; StAL E 319 Bü 12.

⁴⁷⁹ Ebd.

⁴⁸⁰ Ebd.; PALMER, Die Gemeinschaften, S. 52, 139.

⁴⁸¹ Sie gewährte das gleiche und direkte Wahlrecht allen Männern ab 21 Jahre.

sondern betrachtete den Aufstand gegen etwaige Verletzungen der Rechte des Volkes durch die Regierung als „das heiligste seiner Rechte und die unerlässlichste seiner Pflichten.“ (Artikel 33 und 35 der Deklaration). Gesichert sei auch das Recht auf Arbeit und Existenz (Artikel 21). Der erste Artikel in der Deklaration setzte das Gemeinwohl als Ziel der Gesellschaft fest. Die von Robespierre vorgeschlagene Menschenrechtserklärung, die jedoch nicht angenommen worden war, ging in der Beschränkung der Besitzfreiheit weiter. Aber insgesamt war die Verfassung von 1793 die erste wirklich demokratische Verfassung eines modernen Staates gewesen⁴⁸², die auf politischer Gleichheit und Regierungsverantwortung basierte. Auch wenn diese Verfassung in Frankreich letztlich nicht in Kraft trat, so blieb sie doch ein Symbol für den Kampf demokratischer Kräfte.

Gegen Schreiber, für den die Republik eine *res publica* im Sinne des „gemeinen Wohls“ war⁴⁸³, wandte Hardegg ein, diese Beschreibung sei zu allgemein⁴⁸⁴. Dem sollen angeblich Schreiber oder Groß, nach Hardeggs Aussage, erwidert haben, gemeint sei „die Republik, die Konstitution von 1789 [sic!]“⁴⁸⁵. Über diese Antwort war Hardegg berechtigterweise erstaunt und fragte: „Was ’89?“⁴⁸⁶ Denn eine Republik hatte 1789 noch nicht existiert, und auch eine Verfassung war in diesem Jahr nicht angenommen worden, sondern nur die „Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte“. Hardegg verstand Groß’ Äußerung absolut nicht, denn seiner Meinung nach habe in der Vergangenheit unter ihnen Einstimmigkeit geherrscht: „[H]at er seine Ansicht geändert oder hat er die Epochen verwechselt?“⁴⁸⁷ Groß meinte, Hardegg habe sich seiner Worte über „1789“ widersetzt und an der Verfassung von 1793 festgehalten: „Damit war Hardegg nicht einverstanden, weil er die französische Konstitution von 1793 eingeführt wissen wollte“⁴⁸⁸. Schreiber und er, so gab Groß an, wollten mit ihrem Hinweis auf die „Konstitution von 1789“ die Tendenz aufzeigen, die der Revolution von 1789 zugrunde gelegen hatte – nämlich letztlich die Errichtung der Republik: „Diese Ansicht hatte auch Schreiber und er hat wahrscheinlich mit dem Antrag auf die Konstitution von 1789 [sic!] nichts sagen wollen, als was ich sagen wollte, nämlich, daß wir davon ausgehen müssen, wovon die Männer von 1789 in Frankreich ausgingen, von der Einführung der Republik nämlich“⁴⁸⁹. Groß schloss seine Ausführungen, indem er Hardeggs Meinung, unter ihnen habe Einstimmigkeit in der politischen Auffassung geherrscht, bestätigte: „Ich wollte so wenig als Hardegg die Verfassung von 1789, weil ich wie dieser die Ansicht hatte, daß sich das Königtum mit der Republik nicht vereinigen lasse, wie sehr man

⁴⁸² HOBBSBAWM, Europäische Revolutionen, S. 144.

⁴⁸³ StaL E 319 Bü 12: „Wir wollen, was das Wort *res publica* besagt, das gemeine Wohl.“

⁴⁸⁴ Ebd., Frage 2715. Dieser Ansicht war auch Dorn. StaL E 319 Bü 15 Frage 8187.

⁴⁸⁵ E 319 Bü 12 Frage 2715.

⁴⁸⁶ Ebd.

⁴⁸⁷ Ebd.; StaL E 319 Bü 12.

⁴⁸⁸ StaL E 319 Bü 12.

⁴⁸⁹ Ebd.

auch die Prärogative desselben einschränken möchte⁴⁹⁰. Dass Dorn und Schwarz für das amerikanische System Sympathien zeigten und Herrlinger, der als unbeständiger Charakter galt, für die Republik eintrat und dann wieder für die konstitutionelle Monarchie, zeigt, dass es an weiterer theoretischer Klärung über die Form des zukünftigen Systems unter den Verschwörern bedurfte. Dies wollte Hardegg, der die Diskussion bestimmte, in zusätzlichen Treffen erörtern. Die bereits erwähnte Behauptung von Groß, er und Schreiber hätten sich auf dem Treffen in Löchgau sehr wohl mit Hardeggs Systembegriff identifiziert, bestärkt diese Vermutung. Hardegg, der in intellektueller Hinsicht und in Bezug auf seine Persönlichkeit die meisten seiner Gefährten überragte, betonte, in Löchgau habe er infolge der Verständigungsschwierigkeiten über die Gestalt der gewünschten Republik versucht, den Anwesenden auch die Unterschiede zwischen alten Republiken (die nicht mehr als brauchbares Modell herangezogen werden könnten) und den neuen Republiken klarzumachen: „Dann machte ich darauf aufmerksam, wie man den Abstand zwischen dem Altertum und den jetzigen Verhältnissen machen und dann zwischen den neuen Republiken wieder unterscheiden müsste“⁴⁹¹.

Franckh war in Löchgau nicht anwesend. Dessen *DNZ* vertrat die Ansicht, eine Mischung von monarchischem und parlamentarischem Prinzip sei ausgeschlossen. Eine solche Monarchie sei das „Produkt des unnatürlichen Beischlafs der Republik mit der Monarchie“⁴⁹². In der Konfrontation dieser beiden gegensätzlichen Prinzipien werde die Republik die Oberhand gewinnen. Der König werde dann sein Prärogativ verlieren oder aufhören, „Monarch im eigentlichen Sinne“ zu sein⁴⁹³. Er könnte einer der obersten Beamten werden, wie Rousseau meinte, oder er werde ein „Schattenfürst“ und „kostspieliger Figurant“⁴⁹⁴. Der Staat aber werde dann keine Monarchie mehr sein, sondern sich zur Republik wandeln⁴⁹⁵. Die Zeitung widersprach der Ansicht Benjamin Constants, der dem König eine über allen Körperschaften stehende, neutrale Schlichtungs- und Schiedsrichterfunktion (*pouvoir neutre*) zuweisen wollte. Vielmehr hob die Zeitung hervor, der König müsse, wenn überhaupt, an der Spitze der Exekutive stehen und für seine Handlungen dem Volk gegenüber verantwortlich sein⁴⁹⁶. Die Zeitung sprach sich auch gegen den Begriff

⁴⁹⁰ Ebd.

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² *DNZ*, 23.2.1832. Für diesen Zeitpunkt ist nicht klar, ob die Zeitung schon von Franckh aufgekauft worden war. Der Redakteur jedenfalls war F. Seybold, der der republikanischen Fraktion um Franckh und Hardegg nahestand und deren Zukunftsbild teilte. Die zitierte Sentenz war in der republikanischen Bewegung in Deutschland verbreitet. Sie entsprach auch der Position Siebenpfeiffers und Lohbauers.

⁴⁹³ Ebd.

⁴⁹⁴ Ebd.

⁴⁹⁵ Ebd.

⁴⁹⁶ *DNZ*, 15. November 1832; Constant, der geachtete liberal-konstitutionelle Denker der Restaurationszeit, vertrat die Ansicht, man müsse dem König das Recht zur Ministerberufung und -entlassung zugestehen und ihm ein absolutes Vetorecht über Entscheidungen des Parlaments einräumen sowie das Recht zur Parlamentsauflösung, zur Ansetzung von

einer „republikanischen Monarchie“ von Lafayette aus, an deren Spitze ein „Präsident“ steht, dessen Amtsgewalt dynastisch vererbt wird und der sich keiner anderen Gewalt gegenüber zu verantworten hat⁴⁹⁷. Die Amtsbezeichnungen „König“ oder „Präsident“, so stellte sich heraus, waren also weniger entscheidend als die praktische Funktion und Stellung des Staatsoberhauptes. Auch für Rousseau spielte die Bezeichnung dieses Staatsoberhauptes letztlich keine Rolle.

Die *DNZ* fuhr in ihrer Argumentation fort, es könne keine Mischung zwischen der Fürstensouveränität und der Volkssouveränität geben. Der Fürst werde niemals freiwillig auf die Privilegien verzichten, die er in der Vergangenheit genossen hatte. Die Volkssouveränität, die von der Zeitung mit dem demokratischen Prinzip identifiziert wurde, werde sich erst verwirklichen, wenn alle Beamten bis hinauf zu den höchsten nur „Mandative des Volkes“ sind, die in freien Wahlen vom Volk gewählt werden und ihm gegenüber verantwortlich sind. Diese Position klang nach Verleihung eines imperativen Mandats nicht nur an die politischen Entscheidungsträger, sondern auch an die Verwaltungsbeamten, zweifelsohne eine strenge, extrem demokratische Haltung, die sich wohl an der Verfassung von 1793 orientierte⁴⁹⁸. Die Schrift „Deutschlands Wiedergeburt“, die Hardegg für das Glaubensbekenntnis der deutschen Republikaner hielt, auch wenn er sich gegen die detaillierte Darstellung der Institutionen der post-revolutionären Republik wehrte⁴⁹⁹, trat ebenfalls für eine Wahl der Beamtenschaft ein, um eine Beamtenaristokratie zu verhindern⁵⁰⁰. Die Schrift ging letztlich davon aus, dass man monarchische und demokratische Prinzipien nicht verknüpfen dürfe⁵⁰¹. Ja, der Verfasser der Schrift ging noch weiter und meinte, dem König solle jegliche Prerogative genommen werden, denn selbst als Schattenkönig stelle er immer noch eine Gefahr für die Republik dar: „Ich sage euch aber, ein konstitutioneller Schattenkönig ist auch ein König, und wahrlich, der Teufel fährt in den Menschen, sobald er König wird. Denn hat er keine Macht, so will er sie erlangen, und hat er Macht, so will er sie mißbrauchen“⁵⁰². Diese Angst vor der Wucherung königlicher Macht stand im Gegensatz zur Zuversicht der *DNZ*, im Falle einer gemischten Verfassung von Monarchie und Republik werde letztere die Oberhand gewinnen.

Neuwahlen und das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Titel und Orden zu verleihen sowie das Recht zur Begnadigung von Gefangenen; siehe GALL, Benjamin Constant, S. 200.

⁴⁹⁷ *DNZ*, 15. 9. 1832.

⁴⁹⁸ *DNZ*, 8. 9. 1832; 15. 9. 1832. Wie oben erwähnt beruhte die Verfassung auf dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie. Allerdings sah die Verfassung auch die Wahl der Beamten der Gemeinden und Departements durch die Wähler vor, was ein Element der direkten Demokratie beinhaltet. Diese Beamten wiederum sollten vom Vollzugsrat kontrolliert werden. Mehr noch: Auch die Richter sollten durch das Wahlvolk gewählt werden.

⁴⁹⁹ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁵⁰⁰ *Deutschlands Wiedergeburt*, S. 69.

⁵⁰¹ Ebd., S. 19.

⁵⁰² Ebd., S. 23.

Für die ausdrücklichen Republikaner war klar, dass der König nicht freiwillig auf seine Macht verzichten werde und man ihn nach dem Ausbruch einer Revolution nicht wieder auf den Thron setzen dürfe, auch nicht mit beschnittenen Machtbefugnissen⁵⁰³. Das „monarchische Prinzip“ war mit den Prärogativen des Herrschers identisch.

Im Gegensatz zur frühliberalen Auffassung, die von Montesquieu beeinflusst wurde, die ein Gleichgewicht zwischen Herrscher und legislativer Gewalt forderte, befürworteten die demokratischen Republikaner ein parlamentarisches System, in dem die Exekutive ihre Autorität von der Volksvertretung, der Legislativen her bezog. Sie befürworteten eine bedingte Gewaltenteilung als Riegel vor der Tyrannei, auch einer Mehrheit. Montesquieu wollte eine Art „Polyarchie“, in der eine Konzentration der Macht eines absoluten Herrschers oder eines souveränen Volkes verhindert wird. Der Freiheit der Gesellschaft und des Einzelnen von der Allgewalt des Staates galt sein Augenmerk. Er wollte die Frage der Souveränität umgehen, durch die Verankerung des Rechtsstaates. Rousseau meinte hingegen, die Souveränität, als „Gemeinwille“ definiert, dürfe nicht beschnitten werden. Der Staat soll in diesem gesellschaftlichen „Gemeinwillen“ aufgehen⁵⁰⁴. Während die Liberalen Staat und Gesellschaft auseinanderhielten, wollten die Demokraten diese ineinander verschmelzen. Die Demokraten teilten grundsätzlich Rousseaus Ansicht, je radikaler sie waren, um so deutlicher, während die gemäßigeren unter ihnen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung als Gewähr vor staatlicher Willkür nicht aus den Augen ließen. Für die radikale Position mag der Artikel Seybolds in der *DNZ* sprechen. Dort heißt es u. a.: „Obschon die Freiheit sich auf Gesetze stützt, so ist sie wohl doch nicht die Herrschaft des Gesetzes, wie Montesquieu meint, sondern vielmehr die Herrschaft des Gesamtwillens und der Gesamtvernunft, welche das Gesetz geben, abändern oder abschaffen“⁵⁰⁵.

Der liberale Rotteck wiederum sah in dem „demokratischen Prinzip“ im Gegensatz zum „monarchischen Prinzip“, das konstitutionelle Prinzip, das von der Herrschaft des Gesetzes garantiert werde⁵⁰⁶. Im Gegensatz zu den Radikalen wollte er das allgemeine Wahlrecht einschränken und manche königliche Prärogative beibehalten. Er plädierte auch dafür, dass Landtag und König bei der Gesetzgebung und Staatsführung gemeinsam arbeiteten und der „Gesamtwille“ auf die Volksvertretung übertragen werde, die sich aus dem wohlhabenden, etablierten und gebildeten Bürgertum zusammensetzen sollte.

⁵⁰³ Ebd.

⁵⁰⁴ Rousseau unterscheidet bekanntlich zwischen dem „Gesamtwillen“ (*volonté des tous*) und dem „Gemeinwillen“ (*volonté générale*). Der erstere ist die Summe der Privatinteressen in der Gesellschaft, während der letztere auf das allgemeine Interesse der Gesellschaft gerichtet ist.

⁵⁰⁵ Seybold brachte diese Position nach seiner Rückkehr aus Paris in der *DNZ* vom 23. Februar 1832 zum Ausdruck. Er wendet aus Versehen den Terminus „Gesamtwillen“ an, meint dabei offensichtlich aber Rousseaus „Gemeinwillen“.

⁵⁰⁶ Karl von ROTTECK, Artikel „Demokratisches Prinzip“, in: Staats-Lexikon, Bd. 4, Altona 1837, S. 261.

Es war kein Zufall, dass die in der Festung Hohenasperg inhaftierten Mitglieder des Jünglingsbundes Montesquieu's „Vom Geist der Gesetze“ ins Deutsche übersetzten, während Hardegg, Groß und Mayer Geld sammelten, um Rousseau's „Gesellschaftsvertrag“ zu kaufen⁵⁰⁷ und Franckh im Gefängnis Gotteszell dieses Buch zum Ärger der Gefängnisbehörden ins Deutsche übertrug⁵⁰⁸.

Nach Meinung der *DNZ* zählten zu den erfreulichen Früchten des Republikanismus die Erneuerung des Patriotismus sowie „die Auffrischung der Menschenwürde und die Wiedereinführung der Tugend in das Gebiet der Politik [...], aus dem sie ein schnöder Machiavellismus verbannt hat“⁵⁰⁹. In einem anderen Artikel hieß es: „Man muß das Regierungsgeschäft nicht als eine traurige Notwendigkeit betrachten [...], sondern [...] als die Schule der Tugend und [der] Aufopferung für die heiligen Interessen der Menschheit“⁵¹⁰.

Neben der Forderung nach der Bildung eines patriotischen, ethischen, auf das Gemeinwohl und nicht auf sich selbst bezogenen Bewusstseins erhoben die Radikalen die Forderung, dem Bürger ungeachtet von Stand, Klasse, Schicht oder Einkommen das Wahlrecht zu verleihen⁵¹¹, und zwar nicht nur bei Wahlen zur Zentralregierung, sondern auch bei Wahlen zu den Lokalbehörden⁵¹². Die bürgerliche Tugend in Verbindung mit dem allgemeinen Wahlrecht wurde also als notwendiges Element für die Umwandlung der Republik in eine Demokratie erachtet⁵¹³. Im Sinne der Forderung nach allgemeinem Wahl- und Entscheidungsrecht des Volkes erhob sich auch die Forderung nach einer Bewaffnung des Volkes und nach Umwandlung der stehenden Heere zu Volksarmeen⁵¹⁴. Während die weniger radikalen liberalen Bürger für die Errichtung von selbstständigen Bürgerwehren eintraten, forderten die Demokraten die Bildung von Volksmilizen. Eine weitere Forderung der Demokraten zielte auf ein einziges, das Volk repräsentierendes Abgeordnetenhaus⁵¹⁵ ohne weitere Parlamentskammern, die ein aristokratisches Überbleibsel aus der Ständegesellschaft gewesen wären, auch wenn sie, so jedenfalls bei Montesquieu, im Dienste der Gewaltenteilung gestanden und die absolute Konzentration der Macht in den Händen des Souveräns zu verhindern hätten. Infolge der Zersplitterung Deutschlands war die Forderung nach der deutschen

⁵⁰⁷ HstaS E 285 Bü 81; StaL E 319 Bü 6.

⁵⁰⁸ HstaS E 310 Bü 40.

⁵⁰⁹ *DNZ*, 2. 9. 1832.

⁵¹⁰ Ebd., 29. 11. 1834; siehe auch *DNZ*, 30. 8. 1832.

⁵¹¹ Siehe *DNZ*, 1. 1. 1832; 17. 1. 1832; 19. 3. 1833; so auch WIRTH, Die politische Reform Deutschlands, S. 24 sowie Deutschlands Wiedergeburt, S. 26 f., 35, 67.

⁵¹² WIRTH, Die politische Reform Deutschlands, S. 24.

⁵¹³ Die grundsätzliche Frage, in welchem Maß der in Wahlen zu erhebende Wille aller (der Mehrheit zumindest) auch den „Gemeinwillen“ reflektiere, der ja nicht die Summe aller privaten Wünsche war, sondern bei Rousseau nach dem Maß von bürgerlicher Tugend (*vertu*) und Vernunft gemessen wurde, konnte zu diesem Zeitpunkt ebensowenig beantwortet werden wie 1793.

⁵¹⁴ *DNZ*, 2. 9. 1832.

⁵¹⁵ Deutschlands Wiedergeburt, S. 32.

Einheit der Eckstein jedes liberalen oder radikalen Programms. Die Radikalen, die die Monarchie prinzipiell ablehnten, widersetzten sich natürlich auch den über 30 Fürstentümern und den vier Freien Städten unter altbürgerlicher Patrizierherrschaft. Gegen die Zersplitterung des Landes brachte man das Argument vor, die Vielzahl der Königshäuser stelle eine unerträgliche finanzielle Belastung dar⁵¹⁶, die Aufsplitterung schwäche Deutschland, mache es zur Beute der – in erster Linie reaktionären – Großmächte und verhindere die wirtschaftliche Entwicklung. Mit Blick auf die Wirtschaft verglich man Deutschland infolge der Zölle zwischen und innerhalb der unterschiedlichen deutschen Länder mit einem zerstückelten Körper, durch dessen Adern das Blut nicht fließen kann. Die Vielzahl der Zölle, insbesondere der Mautsteuer, behinderte den freien Handel und Verkehr und das freie Unternehmertum⁵¹⁷. Die Forderung nach nationaler Einheit im demokratischen Lager war auch eine Folge der Auffassung von der Volkssouveränität, im Gegensatz zum autoritären Partikularismus.

Die Diskussion um die Gestalt der zukünftigen Republik wurde in Löchgau abgebrochen und fand keinerlei Fortsetzung, weil die Verhaftungswelle in Württemberg Ende Januar, Anfang Februar 1833 weitere regelmäßige Treffen, die alle vier Wochen hätten stattfinden sollen, verhinderte. Die Verschwörer in Württemberg waren noch weit davon entfernt, eine klare Position über die Gestalt der zukünftigen Republik herausgebildet zu haben⁵¹⁸. Hardegg widersetzte sich, wie bereits erwähnt, dem detaillierten Entwurf der Institutionen der Republik, wie er in der Schrift „Deutschlands Wiedergeburt“ zu finden war, da er diesen Institutionen angeblich eine selbstständige Entwicklung ermöglichen wollte⁵¹⁹. Wahrscheinlich wollte Hardegg nicht auf Einzelheiten eingehen, bevor man sich nicht über die Grundsätze dieser Republik einig geworden war. Auf jeden Fall war er es, der die Diskussion über die Gestalt der Republik in Löchgau entfacht hatte und der kategorisch forderte, diese Republik nach dem Modell der Verfassung von 1793 zu gestalten. Er gab sich zuversichtlich, in weiteren Diskussionen alle auf seine Position einzustimmen. Es ist bedauerlich, dass diese Diskussion nicht ermöglicht wurde, hätte sie uns doch einen hervorragenden Einblick in den Prozess gewährt, in dem sich eine frühdemokratisch-republikanische Position herauskristallisierte.

Eine Frage, die bis zu diesem Zeitpunkt in Württemberg noch gar nicht erörtert worden war, weil sie verfrüht erschien, die aber vor allem die Verschwörer in Frankfurt bewegte, war die nach der personellen Besetzung der Revolutionsregierung und der Einrichtung zukünftiger Regierungsinstitutionen. Die Verschwörer in Frankfurt, Hessen und Baden sowie die mit ihnen in Verbindung stehenden Burschenschaften sprachen über die Möglichkeit, eine Nationalversammlung in

⁵¹⁶ So zum Beispiel Hardegg in StaL E 319 Bü 6, ein weitverbreitetes Argument innerhalb der radikalen Opposition.

⁵¹⁷ Ebd.

⁵¹⁸ Hardegg: „Über eine republikanische Verfassung, die wir Deutschland geben wollten, hatten wir uns noch nicht vereinigt.“ StaL E 319 Bü 40.

⁵¹⁹ HstaS E 319 Bü 6.

Frankfurt oder Stuttgart einzuberufen, eine Versammlung, die sich vielleicht aus allen Vertretern der Oppositionen in den deutschen Landtagen zusammensetzen und allgemeine Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung einberufen sollte⁵²⁰. Alle diese Pläne entsprachen verblüffend den Ereignissen von 1848⁵²¹. Während in Löchgau die Erwähnung Rottecks als Mitglied der Übergangsregierung bei Hardegg auf heftigsten Widerstand stieß – er hielt ihn für einen weltfremden „Doktrinär“⁵²², einen Mann des „Juste Milieu“, „dessen Liberalismus verdächtig ist“⁵²³, für einen „Lafayette“, der das Volk unter der Maske des Liberalismus in die Irre führte⁵²⁴ – nannten die Verschwörer in Frankfurt und Hessen Männer wie Rotteck, Bentzel-Sternau, von Itzstein, Jordan, von Closen und Schüler, der in Metz im Exil lebte, als mögliche Mitglieder einer Übergangsregierung⁵²⁵.

Hardegg sagte, Franckh habe sich bei ihm häufig beschwert, „daß man keinen tüchtigen Mann habe, den man an die Spitze stellen könnte“⁵²⁶. Auch Koseritz führte ähnliche Klagen⁵²⁷. Auf einem Treffen der württembergischen Verschwörer mit ihren Verbündeten aus Hessen, Frankfurt und Nassau in Großgartach im Norden Württembergs am 3. März 1833 sollten einem Gerücht zufolge, das Friedrich Breidenstein aus Hessen-Homburg und Franckh in Umlauf gesetzt hatten, auch Rotteck, von Itzstein, Schüler und Jordan erscheinen. Diese trafen natürlich nicht ein. Im Falle einer geglückten Revolution hätten diese sich vielleicht hergegeben in einer Übergangsregierung mitzuwirken. Doch sich vorzeitig derart zu kompromittieren schien eher unwahrscheinlich. Noch unwahrscheinlicher ist die Annahme, dass Rotteck, der die Teilnahme am Hambacher Fest abgelehnt hatte, sich vom Republikanismus distanzierte, sich an einer initiierten Revolution beteiligt hätte oder gar an einem konspirativen Treffen. Auch ist die Meinung Franckhs und Hardeggs über Rotteck bekannt. Die oben erwähnten Personen, die wegen ihrer oppositionellen Tätigkeiten in den Landtagen sich einen Namen gemacht haben, sollten anziehend auf das Volk wirken, wenn die Revolution in Gang kam. Ob die Benennung solcher Persönlichkeiten einem Wunschenken Breidensteins und Franckhs entsprach oder ob sie dadurch die geladenen Mitverschwörer motivieren wollten nach Großgartach zu kommen, mag dahingestellt bleiben. Eine Verwicklung von Rotteck in die Verschwörung ist so gut wie ausgeschlossen. Womöglich hätte er eine anvisierte Übergangsregierung mit seinem Namen schmücken sollen. In Bezug auf Schüler wissen wir jedoch, dass sich nach der Rückkehr der hessischen Vertreter aus Großgartach, Dr. Gustav Körner aus Frankfurt auf den Weg nach Metz

⁵²⁰ HstaD Abt. 62 A. Konv. 52 Fasz. 5, 735; KÖRNER, Memoirs, I, S. 217.

⁵²¹ „Our plan was in outline what happened in Germany in 1848“; KÖRNER, Memoirs, I, S. 216.

⁵²² [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁵²³ Ebd.

⁵²⁴ StaL E 319 Bü 11.

⁵²⁵ HEER, Geschichte der deutschen Burschenschaft, S. 294.

⁵²⁶ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241.

⁵²⁷ HstaS E 285 Bü 81 Frage 3068.

gemacht hat, um dort Schüler zu treffen und mit ihm über seine Mitarbeit in einer Übergangsregierung zu sprechen⁵²⁸. Und über Sylvester Jordan berichtete Körner in seinen späteren Memoiren aus dem amerikanischen Exil, Jordan „had a general idea of our plans in Frankfort“⁵²⁹. Jordan, so Körner, brächte seine Unterstützung für die Revolution zum Ausdruck, wenn sie infolge der von ihm befürchteten Auflösung des kurfürstlich-hessischen Landtags ausbrechen sollte⁵³⁰.

⁵²⁸ KÖRNER, *Memoirs*, I, S. 217.

⁵²⁹ Ebd., S. 206.

⁵³⁰ Ebd.

V. Das Umfeld der Verschwörung. Ein Fall der „geistigen Revolution“

Parallel zur republikanischen Formierung von Franckh, Hardegg und Koseritz und deren Anhang, agierte die aktivistische Gruppe der „Hochwächter“ um Lohbauer weiter. Sie handelte teils auf Geheiß, teils mit stillschweigender Zustimmung von Rödinger und Tafel. Ihre revolutionäre Agitation bemäntelte sie als politische Bildungsarbeit, die auf eine „geistige Revolution“ hinauslaufe. Sie stritt ab, durch aktives Zutun an der Verschwörung mitgewirkt zu haben. Ende September 1832, also kurze Zeit nach der Flucht Lohbauers nach Straßburg, übernahm Malté Lohbauers Rolle als Koordinator der entschlosseneren Parteigänger der „Hochwächterfraktion“. „Er stellte in gewisser Art den Vereinigungspunkt [dar], um den sich die Gleichgesinnten bisher versammelt hatten“¹.

Dabei kam es zu direkten Kontakten mit der entschieden republikanischen Gruppierung in dem erwähnten Treffen in Zuffenhausen Ende September. Malté, E. Schmidlin und der Schreiber Friedrich Roscher waren vor dem Treffen in Zuffenhausen von Stuttgart nach Ludwigsburg gereist, um Koseritz zu treffen. Von dort fuhr man in das Dorf Asperg zu Füßen der berühmtesten Festung. Die Begegnung in Zuffenhausen galt dem Versuch, einen breiteren Aktionsrahmen zu schaffen, der in sich die verschiedenen radikalen Elemente aufnehmen konnte. Malté war entschlossen, die Verbindung zu Männern zu entwickeln, die seine Anschauungen teilten oder ihnen nahe standen. Angesichts der Bundesbeschlüsse vom 28. Juni wollte er auch die Reihen der Gleichgesinnten enger schließen². Malté sagte, „es [sei] heilige Pflicht des Volkes [...], die Konstitution, wenn sie ihm entrisen werden wolle, im Notfalle selbst mit Gewalt und mit Opferung aller anderen Güter zu erhalten“³. Der Untersuchungsrichter fügte später jedoch hinzu, dass fast alle Anwesenden dies als Anlass empfanden, „die bestehende Verfassung umzustürzen und zu Herbeiführung einer allgemeinen deutschen Republik mitzuwirken“⁴. Das war der typische Ansatz des Konzeptes der „gesetzmäßigen Revolution“, welches die Absicht der Errichtung der Republik verschleiern sollte. Malté kannte Koseritz noch vom Gymnasium⁵. Er war über Koseritz' konspirative Tätigkeit innerhalb der Armee zum Teil unterrichtet. Allerdings ist nicht bekannt, in welchem Maße er selbst in Einzelheiten involviert war. Malté und sein Anhang wollten auch die Offiziere um Koseritz persönlich kennenlernen. Der Versuch die

¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

² Ebd.

³ Akt. Darst. alt, S. 88.

⁴ Ebd.

⁵ HstaS E 285 Bü 81.

Reihen der Radikalen enger zu schließen, scheiterte vorläufig. Koseritz, wie auch Franckh und Hardegg, hegten Sympathien für Malté, waren aber abgeneigt mit Rödinger und Tafel zusammenzuarbeiten. Koseritz griff die Herausgeber des *Hochwächters*, mit denen er in Konflikt geraten war und von denen er sich ja losgelöst hatte, heftig an. Er schloss sich im August der Gruppe um Franckh und Hardegg während des Treffens im „Zum Bären“ an. Malté hingegen weigerte sich in der Verschwörung direkt operativ tätig zu werden⁶.

Malté setzte den Versuch fort, der mit Lohbauer begann, die „geistige Revolution“ in die Praxis umzusetzen. Lohbauer unternahm einen ersten Vorstoß mit Stuttgarter Winzern aus dem Bohnenviertel im Dezember 1831. Unklar ist, ob er noch kurz vor seiner Flucht Kontakt mit Schuhmachergesellen und deren Verein zur gegenseitigen Hilfe, genannt „Pechkranz“, aufnahm und inwieweit er es noch schaffte, mit Rödinger und Tafel an der Gründung eines politischen Bildungsvereins – die „Mittwochsgesellschaft“ – mitzuwirken. Maltés Aktivität unter den Gesellen in Stuttgart entsprach seiner Auffassung vom Ideentransfer und der „geistigen Revolution“, „weil ich förmliche Verbindungen befürchtete und solche schon deshalb nie gebilligt hätte, weil ich das Volk durchaus für nicht so gebildet hielt, daß eine gänzliche Änderung des Bestehenden als Bedürfnis der Zeit mir notwendig erschienen wäre“⁷.

In den Verein der Schuhmachergesellen – dem „Pechkranz“ – in Stuttgart drang als erster Außenstehender Weihenmaier ein⁸, von dem ungesicherten, vorherigen einmaligen Besuch Lohbauers abgesehen⁹. Danach führte er Malté ein, dem Johannes Schertlen aus Ulm, ebenfalls Lithograf wie Malté, und E. Schmidlin folgten. Der Gesellenverein war im Laufe des Sommers oder im Frühherbst 1832 gegründet worden¹⁰. Er sollte kranke und wandernde Mitglieder unterstützen. Der Umstand, dass man auch als gesellschaftlicher Klub aufzutreten gedachte, brachte dessen neuartigen Charakter über die rein professionelle Aktivität hinaus zum Ausdruck. So öffnete der Verein seine Tore für außenstehende Radikale, die dessen korporativen Charakter auch statutenmäßig verändern sollten und ihn zur politischen Bildungsarbeit nutzten. Malté und E. Schmidlin wurden sogar vollwertige Mitglieder des Vereins¹¹. Ein allerdings unbegründetes Gerücht war im Umlauf, Rödinger hätte von Zeit zu Zeit in der Verkleidung eines Hutmachergesellen den Verein ebenfalls besucht¹².

⁶ Angeblich sollen Malté und die Gebrüder Schmidlin Koseritz zu einem zusätzlichen Treffen in Stammheim eingeladen haben, um ihn mit Rödinger und Tafel zu versöhnen und von Franckh abspenstig zu machen. Akt. Darst. alt, S. 88.

⁷ StaL E 319 Bü 21.

⁸ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁰ HstaS E 301 Bü 38; StaL E 319 Bü 11. Falls Lohbauer wirklich als Erster den Verein aufgesucht haben sollte, muss der Verein schon im September, dem Fluchtdatum Lohbauers, entstanden sein.

¹¹ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹² [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

Die Gesellen trafen sich einmal wöchentlich bei dem Schankwirt Maier in Stuttgart¹³. Letzterer war auch Kassenwart des Vereins¹⁴. Insgesamt gab es in Deutschland zwischen 1831 und 1840 26 derartige Vereine. Ein Jahrzehnt zuvor waren es nur zwölf gewesen¹⁵. Alles in allem waren derartige Vereine in Deutschland zu jener Zeit also nicht besonders verbreitet.

Die Schuhmacher gehörten zu der Gruppe von Handwerkern, die sich in einer besonders tiefen Krise befanden. Sie waren, so schien es Malté und seinen Kameraden, ein vielversprechender Boden für Propagandaaktivitäten. Malté bemerkte, dass die Gesellen schon vor seiner aufklärerischen Aktion revolutionäre Töne angeschlagen hätten¹⁶. Die Untersuchungsbehörden notierten dazu: „In Stuttgart waren bereits starke Versuche gemacht worden, auf die niederen Volksklassen demagogisch einzuwirken, um sie für die Revolution empfänglich zu machen“¹⁷.

Malté stattete dem Gesellenverein im Laufe von vier oder fünf Monaten regelmäßige Besuche ab, manchmal mit einer Unterbrechung von vier bis sechs Wochen¹⁸. Er gab in seiner Aussage zu Protokoll, dass es E. Schmidlin gewesen war, der sich wohl in seinem Gefolge den Gesellenzusammenkünften angeschlossen und die neue Satzung des Gesellenvereins formuliert habe¹⁹. Während nach der alten Satzung der Vereinsvorstand von den regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen befreit war, sah die neue Satzung vor, dass auch der Vereinsvorstand die gleichen Beiträge, wie die übrigen Mitglieder zu zahlen hatte. Der Mitgliedsbeitrag stieg auch von 30 auf 40 Kreuzer an, um so die zur sozialen Hilfe zur Verfügung stehende Summe aufzustocken²⁰.

Das Argument, das Malté, E. Schmidlin und Weihenmaier für eine Satzungsänderung vorgebracht hatten, war der Hinweis darauf, dass die Privilegien des Vereinsvorstandes dem gesetzlichen Grundsatz der Freiheit und Gleichheit widersprachen²¹. Der Geselle Moll aus dem hessischen Fulda sagte darüber aus: „Er [E. Schmidlin] stellte uns vor, dass die Bestimmung, wonach der Vorstand der Gesellschaft von der Einlage frei sei, gegen die Freiheit und Gleichheit der Mitglieder der Gesellschaft anstoße, welche alle gleiche Rechte haben“²². Um ihr Argument von der Freiheit und Gleichheit vor den Gesellen zu veranschaulichen, zahlten auch Malté, E. Schmidlin und Weihenmaier Mitgliedsbeiträge. Letzterer begründete dies mit den Worten: „Alle Leute, die in der Sklaverei leben, achten sich nicht selbst genug – sie haben Mangel an Vertrauen auf ihre Kräfte – die Schuh-

¹³ StaL E 319 Bü 11.

¹⁴ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

¹⁵ KUCZYNSKI, Lage der Arbeiter, I, S. 140.

¹⁶ „Übrigens muß ich bemerken, daß sich jene Gesellen schon revolutionär gegen mich äußerten, ehe ich angefangen hatte, sie nach meiner Manier aufzuklären.“ StaL E 319 Bü 11.

¹⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105]

¹⁸ StaL E 319 Bü 11.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

²² Ebd.

knechte stehen bekanntlich tief“²³. Wir, ich, Malté und Schmidlin legten auch in die Kasse der Schuhmacher ein, weil wir ihnen zeigen wollten, was wir sie lehrten, daß wir sie gleich achten, daß wir uns nicht für mehr halten, als sie sind“²⁴.

In seiner Abschlussrede bemerkte der Referent, E. Schmidlin habe die Satzung geändert, „um jeden aristokratischen Schleier zu verlassen und auf völlige Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft zu kommen“²⁵.

E. Schmidlin und seine Kameraden richteten sich im Prinzip gegen den Missbrauch des sozialen Standes zu privaten und/oder öffentlichen Zwecken, das heißt gegen eine Regierungsform, die sich wie die ständische und korporative Gesellschaft auf Privilegien und Herkunft stützte. Diese Haltung zeugt davon, dass Gleichheit nicht nur formal als Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch materiell als soziale Kategorie empfunden wurde. Es lässt sich hier nachvollziehen, wie sich – gewissermaßen in Ansätzen – Strukturen eines elementar demokratischen Denkens und Handelns entwickelten. Bei dieser Gruppe der Radikalen aus den Leuten um den *Hochwächter* stößt man also im Grunde auf werdende Demokraten. Vor unseren Augen entfaltet sich ein Transmissionsprozess liberal-demokratischer Gedanken *in nuce*.

Malté und seine Freunde versuchten, auch unter den Gesellen ein politisches Bewusstsein mit republikanischen Tendenzen herauszubilden. Der Untersuchungsbehörde gegenüber äußerte sich Malté über die Gesellen mit den Worten: „Mich freute es dann, doch solche Leute zu finden, bei welchen republikanische Ansichten Anklang finden“²⁶.

Malté und seine Freunde, darunter der zweite Lithograf neben ihm selbst, Johannes Schertlen, druckten revolutionäre französische Lieder, wie die *Marseillaise* und die *Parisienne* in deutscher Übersetzung²⁷. Heinrich Elsner schlug Malté seine eigene deutsche Übersetzung der *Marseillaise* vor²⁸. Darüber hinaus verbreitete man deutsche Freiheitslieder aus dem Liedschatz des Hambacher Festes, darunter *Hinauf Patrioten aufs Schloß*²⁹. Weihenmaier, der wie gesagt, eifriger und militanter als Malté war, wollte die Gesellen auf einen nahen Aufstand vorbereiten. Er meinte: „[D]ie Schustergesellen sollen solche Ansichten bekommen, wie es nötig war, um sich in dem Sinn auf sie verlassen zu können, wie Koseritz auf sie baute“³⁰.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

²⁵ StaL E 319 Bü 32.

²⁶ StaL E 319 Bü 11.

²⁷ Akt. Darst. alt, S.91; [HstaS E 146 Bü 8434–8438]. Zum politischen Lied als Mobilisierungs- und Propagandamittel der radikalen Opposition siehe SCHIEDER, Anfänge, S.142f.; WERNER, Geschichte des politischen Gedichts.

²⁸ StaL E 319 Bü 11; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

²⁹ StaL E 319 Bü 11.

³⁰ [HstaS E 271 k Bü 103, Bü 105].

Es ist allerdings nicht erkennbar, ob Koseritz wirklich auf die Aufklärungsarbeit unter den Gesellen „baute“. Sicherlich wusste er davon. Weißenmaier stand über A. Krauß mit Koseritz in Verbindung und unterstützte begeistert dessen Sache. Malté gab offen zu, er agiere für eine Republik und die Einheit Deutschlands und meinte, es sei die Pflicht eines jeden Bürgers, sich beim Ausbruch einer Revolution dieser anzuschließen³¹. Malté wollte im Gegensatz zu Weißenmaier keine Hetze, sondern die Vermittlung eines politischen Bewusstseins, das die unteren, politisch und allgemein ungebildeten Schichten auch nach der Revolution zu verantwortlichen Bürgern machen sollte.

Es sieht so aus, als ob einige Gesellen diesen Ideentransfer Maltés als Aufruf zu einem möglichst bald durchzuführenden Aufstand verstanden. Einer der energischeren Gesellen, Friedrich Dehm aus Unterweissach im Bezirk Backnang nördlich von Ludwigsburg, gab an, er habe in dem Verein revolutionäre Reden gehört, die seiner Ansicht nach dazu bestimmt waren, „daß auch andere Lust an der Revolution bekommen sollten“³². Es gab weitere Gesellen, die ihren Unwillen über die herrschenden Zustände zum Ausdruck brachten und für eine Revolution votierten³³. Malté wurde durch den Eifer dieser Gesellen und ihren Ruf nach schnellem Handeln in Verlegenheit gebracht. Er gab in seiner Aussage über die Gesellen an: „Es hieß gleich, ja, Sie haben recht, auf uns dürfen Sie sich ganz verlassen, wenn es losgeht, wir schaffen in der und der Boutique [...]. Ich sagte ihnen dann, so hitzig gehe es nicht, Sie sollen nur zuerst in die Montagsgesellschaft³⁴ kommen und lernen, was die Verfassung ausweise“³⁵. Dehm, der einzige unter den Gesellen, der des „Versuchs zum Aufruhr“ für schuldig befunden wurde, war einer der Pietisten, die aufgrund ihres Glaubens Revolutionäre geworden und dann vor Gericht gestellt worden waren. Dehm formulierte es mit den Worten: „Ich hatte so ein Weissagungsbüchle, worin gestanden ist, daß die Revolution über die Völker komme. Es war dies aus Bibelstellen nachgewiesen“³⁶.

Wie schon erwähnt, gab es im schwäbischen Pietismus, eine durch Bengel geprägte mystische Bewegung. Bengel glaubte der Bibel und anderen religiösen Texten entnommen zu haben, dass am 18. Juni 1836 ein neues Millennium beginne. Dehm und andere, wie Schwarz, Unz und Hipp interpretierten diesen Chiliasmus politisch und sahen in einer bevorstehenden Revolution das Zeichen zum Kampf, der schließlich das neue Millennium herbeiführen werde³⁷. Dehm war als Jugendlicher zur Ausbildung in der Schweiz gewesen und von der dort herrschenden Freiheit stark beeindruckt worden: „Ich erzählte von der Freiheit der Gesellen in

³¹ Ebd. Zu Maltés republikanischer und revolutionärer Gesinnung siehe S. 177 ff.

³² HstaS E 301 Bü 40.

³³ StaL E 319 Bü 12.

³⁴ Gemeint ist hier die Mittwochsgesellschaft, die erst später zur Montagsgesellschaft wurde; siehe S. 365–369.

³⁵ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

³⁶ StaL E 319 Bü 11.

³⁷ Vgl. S. 316.

der französischen Schweiz³⁸. Er sah das wesentliche Ziel einer Revolution in der Errichtung einer Regierung, die die Abgabenlasten erleichtern und den Schuldzins aufheben werde³⁹. Hierin war er wiederum von den Schweizer Verhältnissen inspiriert worden: „So machten es, da ich in der Schweiz im Kanton Aarau war, die Aarauer. Das Volk stand auf und erreichte dadurch Erleichterung der Abgaben“⁴⁰. Ebenso sei infolge der Revolution eine Staatsform zu erwarten, die die persönlichen Freiheiten, wie das Recht auf Bewegung, die Handels- und Pressefreiheit garantieren werde⁴¹. Der Meister, bei dem Dehm arbeitete, gab an, er habe aus Dehms Munde gehört, „es werde bald losbrechen; wenn es losgehe, dann wolle er tätig zuschlagen; er nehme hierzu sein Keileisen und fange dann bei den höchsten an“⁴². Dehms Arbeitskollege, der Geselle Hoppe, sagte über Dehm: „Schimpfen über König, Minister und alle Obrigkeit war sein [Dehms] Lieblingsgespräch. Auch sagte er öfters, wenn die Revolution ausbreche, dann gehe man halt zu den Bürgern in die Häuser und drohe ihnen mit Erschießen, wenn sie nicht mitmachen wollen, dann werden sie schon auch mitmachen“⁴³.

Um die Kluft zwischen den Interessen von Mittel- beziehungsweise Kleinbürgertum einerseits und den frühproletarischen Gesellen und den Bauern andererseits zu überbrücken, gründeten Malté und die Gebrüder Schmidlin einen rechtlich eingetragenen Verein, der ausdrücklich die Verfassung und die Gesetze in Württemberg und im Deutschen Bund „erklären“ sollte⁴⁴. Den Antrag auf behördliche Genehmigung des Vereins stellte der Schulpfarrer Hermann Schmidlin, Eduards Bruder, bei den Stuttgarter Stadtbehörden⁴⁵.

Die behördliche Genehmigung trägt das Datum vom 30. August 1832⁴⁶. Will man aufgrund des Berichts der Stuttgarter Stadtbehörden an den Leiter der königlichen Kanzlei, Vellnagel, vom 16. Oktober 1832 urteilen, so nahm dieser Verein seine Versammlungen bereits vor der Erteilung einer behördlichen Genehmigung auf⁴⁷. Hinter der Initiative standen die „Hochwächter“ Rödinger und Tafel, wahrscheinlich auch Lohbauer⁴⁸.

Die Behörden genehmigten die Arbeit des Vereins, beschatteten diesen jedoch, damit die zugelassenen Grenzen nicht überschritten wurden. Börne überzog die württembergischen Liberalen, die sich um eine behördliche Genehmigung des Vereins bemüht hatten, mit Ironie und Spott. Sie hätten untertänigst die behördliche Vorschrift akzeptiert, sich nur einmal wöchentlich an einem zuvor festgelegten Tag

³⁸ Ebd.

³⁹ StaL E 319 Bü 13; StaL E 319 Bü 11.

⁴⁰ StaL E 319 Bü 13.

⁴¹ Ebd.; StaL E 319 Bü 11.

⁴² Akt. Darst. alt, S. 41.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Akt. Darst. alt, S. 92; HstaS E 301 Bü 37.

⁴⁵ HstaS E 301 Bü 37.

⁴⁶ Akt. Darst. alt, S. 94.

⁴⁷ HstaS E 301 Bü 37.

⁴⁸ Akt. Darst. alt, S. 94.

und an einem Orte außerhalb der Stadt zu treffen, um Verfassungs- und Gesetzesfragen allein unter juristischen, nicht jedoch unter politischen Gesichtspunkten zu erörtern⁴⁹. Insbesondere der Umstand, dass der Verein nur außerhalb der Stadt tätig sein durfte, veranlasste Börne zu der sarkastischen Bemerkung: „So verfährt eine gute Polizei auch mit dem Schießpulver und allen stinkenden Gewerben. Zur Stadt hinaus [...] Aber daß die Deputierten [Rödinger, Tafel, Duvernoy und andere] um solche Bewilligung alleruntertänigst nachgesucht, das empört mich“⁵⁰.

Für den württembergischen König sprach allerdings, so meinte Börne, der Umstand, dass er der Genehmigung dieses Vereins überhaupt zugestimmt habe. Und dass die Liberalen diese neue Initiative ergriffen hätten, sei ebenfalls rühmendwert. Gleichzeitig jedoch bedauerte Börne, dass die Liberalen nicht den Mut gehabt hätten, auf ihren Forderungen zu bestehen, sondern den behördlichen Anweisungen nachgegeben hätten.

Was Börne nicht wusste, war, dass sich hinter der gesetzlichen und harmlosen Fassade dieses Vereins, der zunächst jeden Mittwoch zusammentraf und deshalb als „Mittwochsgesellschaft“ bezeichnet wurde, Dinge abspielten, die den gesetzlich erlaubten Rahmen überschritten und in absolutem Widerspruch zur behördlichen Genehmigung standen. Malté gab während der Untersuchung zu Protokoll, der Verein habe nicht nur Verfassung und Gesetze in Württemberg erörtern wollen, sondern weitreichendere Ziele verfolgt: „Der konstitutionelle Bürger wird, je mehr er durch konstitutionelle Institutionen seine Rechte und seine Stellung der Regierung gegenüber kennenlernte, um so eher die Überzeugung erhalten, daß die Republik die beste Regierungsform sei. Ist dann einmal diese Erkenntnis allgemein, so gibt sich das Verlangen nach der Republik von selbst und das Gelingen der Revolution zur Einführung der Republik mittelst gewaltsamen Umsturzes der monarchischen Regierungsform ist dann ziemlich sicher, weil sich eine solche Revolution als Mittel der Nation kundtut. In diesem Sinne erkannte ich in der Mittwochsgesellschaft ein Mittel zur Beförderung der Revolution“⁵¹. Malté erklärte rundheraus, was schon oben erwähnt worden ist, dass das konstitutionelle System nur ein Sprungbrett auf dem Weg zur Republik sei⁵².

Infolge dieser Erkenntnis, so sagte Malté, „suchte ich nach Kräften auf liberale Wahlen zu der Ständekammer hinzuwirken, daß dort die konstitutionelle Freiheit, der Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik, immer mehr erweitert und befestigt werde“⁵³. Deshalb, so Malté, trachtete er danach, dass Gesellen sich der Mittwochsgesellschaft anschlossen, und deshalb pflegte er seine Kontakte zu Koseritz und dem PVV⁵⁴. Es sieht so aus, als ob die „politische

⁴⁹ BÖRNE, Briefe aus Paris, 25. November [1832], in: DERS., Sämtliche Schriften 3, S. 614 f.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ StaL E 319 Bü 12.

⁵² Siehe S. 178 ff.

⁵³ Akt. Darst. alt, S. 93.

⁵⁴ Ebd.; [HstaS E 146 Bü 8434–8438]. Die Erwähnung des PVVs zu dieser Zeit ist merkwürdig, es sei denn es handelt sich um eine retrospektive Stellungnahme zu den Aktivitäten im

Erziehung“ relativ schnell bei einigen Teilnehmern der Mittwochsgesellschaft Früchte getragen hätte. So berichtete der Lithograf Schertlen, dass Lohbauer⁵⁵ und andere, nachdem die formalen Vorträge beendet und die Referenten gegangen waren, aufgestanden seien und gesagt hätten: „Der Respondent [welcher die Verfassung, Bundesbeschlüsse und so weiter vorlas und erläuterte] möge immer auf Hebung der Beschwerden im gesetzlichen Wege vertrösten, die Erfahrung zeige, daß auf diesem Wege das Ziel nicht zu erreichen sei, daß man also keine andere Wahl habe, als den anderen Weg, den der Gewalt einzuschlagen“⁵⁶.

In später Nacht und nach Beendigung des formalen Teils der Versammlung haben die Anwesenden also eine eindeutig aggressiv-revolutionäre Sprache geführt: „[S]o setzte man sich hinter das Bierglas, und dann erst soll die Unterhaltung zuweilen eine revolutionäre Wendung gewonnen haben“⁵⁷. Die Untersuchungsbehörden, die sich mit der Aufklärung der Verschwörung beschäftigten, meinten, „daß mit der fraglichen Gesellschaft Mißbrauch getrieben worden“⁵⁸ sei.

Aktivitäten im Rahmen von Lesegesellschaften als Tarnung politischer Aktivitäten waren während der Restaurationszeit nur allzu bekannt und wurden von den Behörden peinlich genau kontrolliert⁵⁹. Die Arbeit des Vereins schlug daher auch bei der Bundesversammlung in Frankfurt hohe Wellen. Eine Petition wurde der Kanzlei des württembergischen Königs vorgelegt, in der man weitere Informationen forderte. Der Kanzleichef des Königs, Vellnagel, wandte sich an den Innenminister, von Schlayer, und bemerkte voller Sorge: „[D]er Gegenstand [Mittwochsgesellschaft] [hat] bereits in Frankfurt Aufmerksamkeit erregt, auch kaum angenommen werden kann, daß dergleichen Versammlungen nicht in Vereine zu politischen Zwecken oder doch wenigstens [in] politische Beratungen übergehen und ausarten sollten“⁶⁰. Vellnagel forderte das Innenministerium auf, Informanten in die Gesellschaft einzuschleusen, die über den Verlauf der dort geführten Gespräche berichten sollten⁶¹. Nach einem Bericht vom 16. Oktober 1832 hatte die Gesellschaft insgesamt 134 Mitglieder. Die Treffen fanden zu Beginn – während der Sommersaison – im Rieker’schen Biergarten statt. Wenn es das Wetter erlaubte,

Frühling mit den „Hochwächtern“ in Absprache mit dem PVV. Ist jedoch von Aktivitäten im Sommer 1832 die Rede, dann handelt es sich um die Zeit, in der die Nachfolgeorganisation, der Reformverein, vom Untergrund in Frankfurt aus revolutionär tätig geworden war, während er Aktionen mit Franckh koordinierte. Ist dies der Fall, dann handelt es sich um einen möglichen Hinweis zu Kontakten mit der Gruppe um Franckh.

⁵⁵ Wenn Lohbauer wirklich zugegen war, die Mittwochsgesellschaft am 30. August 1832 eingetragen wurde und Lohbauer im September geflohen ist, konnte er nur kurze Zeit in der Gesellschaft tätig gewesen sein.

⁵⁶ Akt. Darst. alt, S. 93; StaL E 319 Bü 12.

⁵⁷ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

⁵⁸ So in einem Brief des Justizministeriums an das Innenministerium. [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁵⁹ FOLLENBERG, Acten-Stücke, S. 127.

⁶⁰ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁶¹ HstaS E 301 Bü 38.

wurden die Vorträge wohl unter freiem Himmel gehalten, sodass jeder Interessierte den formalen Referaten zuhören konnte⁶². Während des Winters wurden die Versammlungen in das Werner'sche Wirtshaus verlegt. Im darauf folgenden Frühling trafen sich die Mitglieder des Vereins dann wieder im oben genannten Biergarten⁶³. Die Gesellschaft kam einmal in der Woche, anfangs jeden Mittwoch, zusammen. Später fanden die Versammlungen montags zwischen sieben und neun Uhr abends statt⁶⁴. Die überständische Gesellschaftsauffassung – ein Klassenbewusstsein im modernen Sinne, als neues Kriterium für die gesellschaftlich-soziale Zusammensetzung hatte sich noch nicht entwickelt – spiegelte die Grundidee dieses Vereins wider, die von Tafel mit den Worten zusammengefasst wurde: „Es waren Leute aus allen Klassen, Bürger, Kaufleute, Handwerksburschen, Kanzlisten und dergleichen“⁶⁵.

Trotz des antiständischen Ideals einer Solidarität des „Volkes“ gegen den „Staat“, waren sich die Gebildeten und Wohlhabenden in der Gruppe natürlich ihrer privilegierten Position gegenüber den unteren Schichten bewusst, die man „erziehen“ und die man den bürgerlichen Gruppen näher bringen wollte. Ausdruck für diese Auffassung war die Initiative Maltés, Weihenmaiers und E. Schmidlins, die Schuhmachergesellen zu der Mittwochsgesellschaft heranzuziehen. Malté begründete dies mit den Worten: „Diese Leute zeigten Sinn fürs öffentliche Leben. Ich wollte sie demnach in die Mittwochsgesellschaft bringen, damit sie bürgerlich gebildet werden“⁶⁶. Und Weihenmaier bemerkte: „Mein Zweck war, die Schustergesellen zu einer politischen Gesellschaft zu bringen“⁶⁷. Man muss beachten, dass politische Vereine ein verdächtiges und verbotenes Organisationsformat waren. Dies traf jedoch nicht auf Bildungsvereine und Lesegesellschaften zu.

Aus einer unvollständigen Mitgliederliste geht hervor, dass sich ungefähr zwanzig Schuhmachergesellen, also etwa die Hälfte des Gesellenvereins, der Mittwochsgesellschaft einige Zeit nach der Gründung angeschlossen hatten⁶⁸. Doch nicht nur Schuhmachergesellen fanden Zugang, sondern auch Lederarbeiter- und Schneidergesellen. Demnach stellten die Gesellen die Mehrheit der Gesellschaft!⁶⁹ Ebenso zählten junge Meister und Kaufleute, akademische Freiberufler – darunter Architekten und Privatlehrer – sowie Wirtsleute und Ladenbesitzer zu den Mitgliedern. Im Vorstand der Gesellschaft saßen Rechtsanwälte, ein Architekt, ein Lehrer und Pfarrer sowie Lithografen. Kassenwart der Gesellschaft und ebenfalls im Vorstand war der Botaniker und Privatlehrer Alois Schmitt aus Stuttgart⁷⁰. Aus einem

⁶² Ebd.

⁶³ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁶⁴ HstaS E 301 Bü 37.

⁶⁵ StaL E 319 Bü 11.

⁶⁶ StaL E 319 Bü 16.

⁶⁷ StaL E 319 Bü 11.

⁶⁸ Ebd. Weihenmaier gab an, sie hätten sich 1832 angeschlossen.

⁶⁹ HstaS E 301 Bü 38; [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁷⁰ Ebd.; Akt. Darst. alt, S. 94.

Bericht, der die Diskussion um das „Judengesetz“ von 1828 wiedergibt, geht hervor, dass auch Winzer zu der Gesellschaft gehörten. Somit dürfte die Mittwochsgesellschaft wohl in ihrer Zusammensetzung ein breites Spektrum der urbanen Mittelschichten einschließlich proletaroider Schichten repräsentiert haben. Es gehörten aber weder ungelernete Tagelöhner, Arbeiter, Bedienstete, Trödler oder arbeitslose Arme dazu, die sozial noch tiefer eingestuft waren. Auch waren Angehörige der obersten Schichten nicht in der Gesellschaft vertreten: Adel, gehobene Bürokratie, die obersten und mittleren Offiziersränge, wohlhabende und etablierte Kaufleute und Unternehmer, Besitzer von Manufakturen oder großen „Fabriken“ und Banken. Sie gehörten zur Schicht der Privilegierten und galten daher als gesellschaftliche Widersacher der in der Mittwochsgesellschaft repräsentierten bürgerlichen und subbürgerlichen Schichten, die sich als Rückgrat einer besseren zukünftigen und nachständischen Gesellschaft verstanden.

Diese Gruppierung mit gebildeten, freiberuflichen und bedingt wohlhabenden Mittelständlern an der Spitze, Handwerksmeistern, kleinen Kaufleuten und Ladenbesitzern in der Mitte und Handwerksgehilfen und Bauern am unteren Ende des Spektrums war in ihrer Zusammensetzung repräsentativ für den südwestdeutschen Radikalismus der 1830er Jahre⁷¹.

Die Vorträge zu Verfassung und Gesetzeslage in Württemberg und im Deutschen Bund waren nicht ausschließlich akademisch. So provozierte Dr. Schäuffelens Vortrag über das vom Toleranzbrief Josephs II. beeinflusste „Judengesetz“ von 1828 heftige Reaktionen. Kammerer meinte: „[S]o kann ich aus eigener Erfahrung nur das sagen, daß damals in zahlreicher Versammlung, an welcher auch Weingärtner und allerlei Leute teilnahmen, tüchtig über die Juden und das Judengesetz geschimpft worden ist“⁷². Dieser Antijudaismus, der in den mittelständischen und unteren Schichten grassierte, wirft einen Schatten auf die emanzipatorische Qualität der frühen Demokratie, in dieser Umbruchsphase von Subsistenzwirtschaft und Ständegesellschaft zur Industrialisierung und Liberalisierung. Die vom Pauperismus bedrohten Gewerbetreibenden waren oft noch traditionellen Denkmustern einer „moralischen Ökonomie“ verhaftet, die christliche Ethik und korporativen Zunftgeist miteinander koppelten. Im religiösen Obskurantismus und Moralismus verfangen waren sie sich der in der starren Ständegesellschaft den ausgegrenzten Juden zwangsweise zugeteilte Funktion nicht bewusst. Sie sahen der sich abzeichnenden Industrialisierung und Wettbewerbsgesellschaft mit gemischten Gefühlen entgegen und lasteten teilweise Juden diese Wandlungsprozesse an.

Die akademisch gebildete und den freien Berufen zugehörige Intelligenz wie Tafel, Rödinger oder Schäuffelen und Duvernoy repräsentierte jenes Element der Bewegungspartei, das oberhalb volkstümlicher Schichten angesiedelt war, sich von deren Denk- und Verhaltensmustern unterschied und sich stärker den humanistischen Werten der Aufklärung und dem universalistischen Zeitgeist des Liberalis-

⁷¹ SCHIEDER, *Der rheinpfälzische Liberalismus*, S. 193.

⁷² StaL E 319 Bü 12.

mus verpflichtet fühlte. Sie hatten oft erkannt, dass die Juden Opfer der christlichen Ständegesellschaft und der korporativen und restfeudalen Wirtschaftsstruktur waren. Auch kamen sie nicht, wie die Bauern mit jüdischen Gläubigern oder Hausierern in Kontakt oder standen, wie christliche Ladenbesitzer mit jüdischen Kaufleuten im Konkurrenzkampf. Diese Gebildeten traten für das Judengesetz von 1828 ein, wie es ja auch ihre Zeitung, der *Hochwächter*, tat. Mehr als einmal hatte die Zeitung Juden vor Angriffen in den von Bauern verfassten Leserbriefen verteidigt. Im Hinblick auf die Judenfrage wird das Dilemma der Liberalen deutlich, die sich allmählich republikanisch-revolutionäre und demokratische Positionen angeeignet hatten und gleichzeitig doch den Zorn der ungezügelten, nicht einschätzbaren und ungebildeten Menge fürchteten⁷³.

Infolge ihrer bildungspolitischen Aspirationen, die breite, ungebildete Öffentlichkeit zu erziehen und sie von der Notwendigkeit einer Revolution zu überzeugen, erwarb die Mittwochsgesellschaft verschiedene, Theorie bezogene Bücher, darunter Robert Mohls „Staatsrecht“. Friedrich Wilhelm Schulzes Buch „Deutschlands Einheit durch National-Repräsentation“ wurde auf allgemeinen Beschluss nicht angeschafft, um nicht bei den Behörden den Verdacht republikanischer Tendenzen zu erwecken⁷⁴.

Mit Rücksicht auf die Schuhmachersgesellen wurden die wöchentlichen Treffen von Mittwoch auf Montag verlegt, der für die Gesellen ein freier Tag war – der „Blaue Montag“. Die Gesellschaft wurde fortan als „Montagsgesellschaft“ bezeichnet. Eine der Quellen merkt an, dass man allerdings auch an Sonnabenden zusammenkam⁷⁵.

Nach dem Eintritt Rödigers und Tafels in den Landtag Mitte Januar 1833 übernahm der Rechtskandidat Duvernoy die Leitung der Vorträge. Er selbst referierte über die Situation des Produktions- und Handwerkszweiges⁷⁶. Nachdem Rödinger und Tafel mit zwei weiteren Abgeordneten aufgrund ihrer Verwicklung in die Affäre um den Jünglingsbund aus dem Landtag ausgeschlossen worden waren, nahmen sie in den Monaten Mai und Juni ihre Vorträge wieder auf. Zum juristischen Repertoire der Vorträge traten historische Vorträge über die Zeit von 1788 bis 1815 hinzu⁷⁷.

Die Verhaftung von Rödinger und Tafel infolge der Aufdeckung der Verschwörung in Württemberg im Juli 1833 brachte die Auflösung der Gesellschaft mit

⁷³ Zum Gegensatz von Ziel und Mittel bei den deutschen Liberalen siehe NEUMÜLLER, Liberalismus und Revolution, S. 18.

⁷⁴ StaL E 319 Bü 11.

⁷⁵ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁷⁶ HstaS E 301 Bü 38. Gustav Duvernoy * Stuttgart 9.7.1802, † Stuttgart 24.12.1890. Er war Mitglied der Jenaer „Burschenschaft“, Landtagsabgeordneter u. a. 1848/49, Minister in Württemberg während der Revolutionszeit 1848/49, Präsident der ersten Evangelischen Synode in Württemberg; siehe SCHNEIDER, E., in: ADB 48 (1904), S. 217–219.

⁷⁷ StaL E 319 B 12.

sich⁷⁸. Für den Fall der Wiederaufnahme der Aktivitäten, wurde ein vorübergehender Exekutivrat ins Leben gerufen, der jedoch in Untätigkeit verharrte⁷⁹.

Der Verein der Schuhmachergesellen – der „Pechkranz“ – bestand parallel zur Montagsgesellschaft bis zum 24. Mai 1833. Im Juni 1833 wurde er neu gegründet⁸⁰. Es ist nicht erkennbar, ob der neue Gesellenverein, die neue Satzung oder die alte übernahm. Die Mitglieder diskutierten über diese Frage, das Ergebnis ist jedoch nicht eindeutig. Sollte der Verein wieder zur alten Satzung zurückgefunden haben, so wären die praktischen Ansätze der Radikalen wie Malté und E. Schmidlin, die „geistige Revolution“ herbeizuführen, im Sande verlaufen.

⁷⁸ HstaS E 301 Bü 38.

⁷⁹ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

⁸⁰ StaL E 319 Bü 11.

VI. Schlussphase

A. Vorbereitung und erste Verhaftungen

Bis zum Treffen im nordwürttembergischen Großgartach am 3. März 1833 hatte es keinen operativen, koordinierten Plan zur Durchführung einer Revolution zwischen den Verschwörergruppen in Württemberg, Frankfurt und Hessen gegeben¹. Allerdings gab es bis dahin rege gegenseitige Kontakte. Am 2. November 1832 kam Zakrzewsky ein zweites Mal nach Württemberg und traf sich erneut mit Koseritz, nun in Eglosheim bei Ludwigsburg. Er hatte vorher Zwischenstation in Nürnberg gemacht und aus seinem Bericht, dass in Ungarn und Galizien die Chancen für eine Revolution besser als in Deutschland stünden und dort der Adel revolutionärer als das Volk sei, ist zu schließen, dass er auf der Rückreise von Osteuropa nach Frankreich war. Der Pole bat Koseritz, die Fäden zu den verstreut und isoliert agierenden Revolutionären in Württemberg doch enger zu knüpfen. Koseritz meinte, dazu benötige er finanzielle Hilfe. Zakrzewsky versprach, nach seiner Rückkehr nach Frankreich diesbezüglich auch mit Lelewel und Cavaignac zu sprechen².

Bei dieser Begegnung meinte Zakrzewsky, man könne nicht mehr auf eine bevorstehende Revolution in Frankreich hoffen. Daher sei Frankreich auch nicht mehr der Schlüssel für eine europäische Revolution. Als Alternative sprach er von gleichzeitigen Erhebungen mithilfe der in Frankreich lebenden Exilpolen in Süddeutschland, – mit zentralem Brennpunkt in Frankfurt – in Ungarn, Galizien und Litauen³. Sechs Wochen bevor die Exilpolen das Lager in Besançon auf dem Weg über das Elsass und die bayerische Pfalz in Richtung rechtsrheinisches Deutschland verlassen sollten, wurden Gesandte nach Galizien, Warschau und Litauen geschickt, ein Umstand, der den überlieferten Inhalt des Gesprächs zwischen Koseritz und Zakrzewsky stützt⁴.

Hardegg und Koseritz standen an der Spitze der revolutionären Gruppe in Württemberg, die fürchtete, durch voreiliges, unverantwortliches Handeln fortgerissen zu werden. Es wird berichtet, dass Hardegg über Knöbel, den Gesandten der konspirativen Nachfolgeorganisation des PVVs und der Verschwörergruppe in Frankfurt erzürnt war, als dieser vermutlich Anfang November nach Württemberg kam und nur mit einer gemeinsamen Parole für die Eingeweihten aus Württemberg und dem Ausland aufwartete: Auf das von einer Bewegung der Hand über die Stirn begleitete Schlagwort: „der Bundestag“ sollte die Antwort folgen: „Wird gehandelt“⁵. Auf die Frage, wie es um die Verbindungen der Frankfurter mit

¹ Zu diesem Treffen ausführlicher siehe S. 381–388.

² Akt. Darst. alt, S. 85.

³ HstaS E 285 Bü 88 (Reat Nachtrag 17).

⁴ Ebd.

⁵ Akt. Darst. alt, S. 82; Akt. Darst. neu, S. 21.

Hessen stünde, gab Knöbel an, diese werden jetzt erst eingeleitet⁶. Doch schon im Oktober hatte Hardegg während eines Aufenthaltes in Frankfurt von Gärth gehört, dass derartige Kontakte bereits existierten. Jetzt fühlte er sich hintergangen⁷.

Knöbel kam von Frankfurt über Ludwigsburg, um sich zuerst mit Dorn auszutauschen. Dann fuhr er weiter nach Stuttgart, wo er sich mit Franckh und Hardegg traf. Letzterer wurde deswegen aus Tübingen gerufen, wo er sein Medizinstudium aufgenommen hatte. Dort soll sich Hardegg unzufrieden über Knöbels Auskunft ausgedrückt haben. Nach diesem Treffen fuhr Knöbel wieder nach Ludwigsburg. Auf dem Treffen in Frechs Gasthaus in Ludwigsburg in Anwesenheit von Franckh, Koseritz und Dorn gab dann Knöbel die Geheimzeichen weiter. Knöbel glaubte, man müsse im Falle einer Revolution auf die Beteiligung des Elsass hoffen. Insbesondere aber müsse man die Hoffnungen dort auf die Nationalgarden setzen, die sich gegen Louis-Philippe erhoben hatten. Eine Gruppe deutscher Flüchtlinge säße in Straßburg und stünde mit den Revolutionären in Deutschland in Verbindung. Besonders Rechtsanwalt Lichtenberg aus Straßburg, nach Worten G. Körners in dessen Memoiren: „[O]ne of the most prominent leaders of the republicans“⁸, pflegte den Kontakt mit den Revolutionären in Deutschland⁹. Hardegg war zu kritisch, um sich von einer nicht fundierten Begeisterung mitreißen zu lassen. Die einzige solidarische Hilfe, die die Revolutionäre in Deutschland erwarten könnten, sei die Hilfe der polnischen Exiltruppen in Frankreich. Knöbel wurde, so lauteten die Aussagen, von Franckh weiter nach Paris geschickt, um dort angeblich als Korrespondent für die *DNZ* tätig zu werden. In Wirklichkeit sollte er mit Republikanern in Paris Verbindung aufnehmen. In diesem Zusammenhang muss auf den Brief hingewiesen werden, den Cavaignac im Januar 1833 an Franckh geschickt hatte. Franckh wurde darin zu einem Gespräch nach Paris eingeladen. Infolge einer Erkrankung konnte er jedoch diese Reise nicht antreten. Er bat daher Hardegg, nach Paris zu fahren. Hardegg jedoch weigerte sich mit dem Argument, er sei mit seinem gerade aufgenommenen Medizinstudium vollauf beschäftigt¹⁰. Franckh teilte Koseritz mit, dass er über Knöbel auch einen Brief an Lelewel senden würde, um sich dessen Unterstützung noch einmal zu vergewissern¹¹. Knöbel diene also auch als Verbindungsmann zur polnischen Exilführung. Man darf annehmen, dass er mit den polnischen Exilrepublikanern in Kontakt trat, um ihre Unterstützung für ein selbstständiges Vorgehen in Deutschland zu garantieren, eine Hilfe, die tatsächlich während des Wachensturms in Frankfurt folgte.

⁶ Akt. Darst. neu, S.21.

⁷ Ebd.

⁸ KÖRNER, Memoirs, I, S.243.

⁹ Zum Beispiel mit Koseritz durch Vermittlung der Polen.

¹⁰ HstaS E 285 Bü 82; Akt. Darst. alt, S.62. Die Annahme, Knöbel sei als Franckhs Stellvertreter nach Paris gefahren; siehe HEINE, Sämtliche Schriften (Briegleb) 4, S.831. Dies fügt sich nicht in die Datierung von Knöbels Reisen (November 1832) und dem Brief Cavaignacs (Januar 1833).

¹¹ Ebd.

Ende November oder Anfang Dezember kam W. Obermüller als Gesandter der konspirativen PVV-Nachfolgeorganisation Frankfurts nach Straßburg und Württemberg. Er brachte einen an Franckh adressierten Brief Knöbels aus Paris sowie ein Empfehlungsschreiben für Hardegg von Lohbauer aus dem Straßburger Exil mit, anscheinend um Hardegg zu einer möglichen Kooperation mit Obermüller zu bewegen. Darüber hinaus übergab Obermüller einen Brief von Lohbauer an den liberalen Oppositionsabgeordneten im Landtag, Ludwig Uhland mit der an Uhland gerichteten Bitte, er möge Kontakt mit Lohbauer selbst und den radikalen Kreisen aufnehmen. Der Brief wurde schließlich von Hardegg an Uhland weitergereicht, da Obermüller verhindert war. Diese Episode endete mit einer zu erwartenden negativen Antwort Uhlands, der sich von jeder nicht-öffentlichen, illegalen Aktivität distanzierte. Von Württemberg aus fuhr Obermüller mit Franckh nach Frankfurt zu einem Treffen der Republikaner aus der Region Frankfurt und Hessen. Von dieser Fahrt kehrte Franckh begeistert über das Ausmaß an Unterstützung, das die Sache der Revolution gewonnen habe, zurück. Die Bereitschaft sei dort so groß, dass die Revolution jeden Tag ausbrechen könnte¹². Diese Annahme wiederum veranlasste ihn, wie schon erwähnt, von einem Zeitraum von „14 Tagen“ bis zum Ausbruch der Revolution zu sprechen.

Unter anderem bemerkte Franckh, dass in Hessen mehrere talentierte Leute an der Verschwörung beteiligt seien, insbesondere Schüler Professor W. Snells¹³. Gemeint waren wohl auch der Lehrer und radikale Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig aus Butzbach und Pfarrer Heinrich Christian Flick aus Petterweil, die schon zusammen mit Snell an den Aktivitäten der „Deutschen Gesellschaften“ beteiligt gewesen waren. Letzterer stand mit Karl Follen in Verbindung und pflegte gemeinsam mit ihm Kontakte in die Schweiz zu Buonarroti, de Prati und anderen revolutionären Männern. Franckh verstand sich vielleicht selbst als Glied dieser revolutionären Traditionskette. Er kehrte jedenfalls aus Frankfurt mit der Ansicht zurück, man könne mit der Hilfe der Polen aus Frankreich rechnen.

Auf dem Treffen in Löchgau hatten die Anwesenden ihre Unzufriedenheit über die Informationen zum Ausdruck gebracht, die Franckh über den Umfang der Unterstützung für die Revolution außerhalb der Grenzen Württembergs liefern konnte. Das ihm übertragene Mandat, weiterhin die Kontakte zu möglichen Alliierten zu pflegen, war mit der Forderung verknüpft, von seinen künftigen Reisen nach Frankfurt und Hessen genauere Informationen einzuholen¹⁴. Dieser Beschluss wurde Franckh einen Tag nach dem Treffen in Löchgau im Hause Dorns übermittelt. Bei dieser Begegnung waren außer Franckh und der Gastgeber auch Hardegg, Groß und Koseritz zugegen. Groß zitierte Hardeggs Worte, die sich auf Gespräche zwischen Franckh und möglichen Bundesgenossen in Frankfurt und Hessen bezogen: „Er [Hardegg] würde sich nicht genieren, mit diesen Leuten deutlich zu

¹² Akt. Darst. alt, S. 84.

¹³ Ebd.

¹⁴ Akt. Darst. neu, S. 30.

reden¹⁵. Die Anwesenden forderten Franckh dementsprechend auf, den Verbündeten die Erwartungen der Württemberger klarzumachen.

Die Idee einer revolutionären Initiative, die allerdings in einen Volksaufstand übergelitten sollte bzw. die Idee, einer revolutionären Gärung durch einen Anstoß die entscheidende Wirkkraft zu verleihen, oder mit Koseritz' Worten: „dem Volke unter die Arme zu greifen“, war als Konzept allen württembergischen Verschwörern gemeinsam. Allein Franckh war jedoch überzeugt, die Stunde sei hierfür bereits günstig, während Hardegg und übrigens auch Koseritz zu jener Zeit – Ende 1832 – noch der Ansicht waren, man müsse zunächst abwarten. Die Erkenntnis, die Revolution solle in bestimmtem Maße auf „deutschen Füßen“ stehen, zeigte sich schon im August 1832 im „Zum Bären“. Auf dem Treffen bei Dorn im Dezember war man sich einig, dass ein Volksaufstand ohne militärische Hilfe ebenso wenig eine Chance hätte, wie ein militärischer Aufstand ohne massive Deckung durch das Volk¹⁶. Koseritz meinte darüber hinaus, die Unterstützung einer kleinen Gruppe von bewaffneten Bauern sei dabei keineswegs ausreichend. Dem stimmten alle Anwesenden zu¹⁷. Und eine weitere Vorbedingung für den Erfolg einer Verschwörung von Zivil und Militär wurde aufgestellt: der Schulterschluss mit Verbündeten von außen. Diese Hilfe konnte von anderen deutschen Staaten kommen oder auch von Kräften außerhalb des Deutschen Bundes, wie etwa der polnischen Kontingente in Frankreich. Der weitere Verlauf der Dinge wird deutlich machen, dass man letztlich beides meinte. Dabei verstand man unter der Hilfe von außen nicht die Abhängigkeit von einer Revolution in Frankreich und einem Vordringen revolutionärer Truppen nach Osten über den Rhein hinweg, wie Koseritz und andere Ultraliberale bis Mitte 1832 gehofft hatten, sondern im Wesentlichen die Mobilisierung der polnischen Exiltruppen, die ihre Lager in Frankreich aufgeschlagen hatten¹⁸.

Parallel zu der Begegnung in Löchgau fand in Stuttgart eine geheime Tagung der Burschenschaften statt, auf der man anscheinend mehrheitlich beschloss, sich der in den Untergrund abgetauchten Nachfolgeorganisation des PVVs anzuschließen, die Auslösung einer Revolution zu unterstützen und der Heidelberger Burschenschaft die Koordinierung der Angelegenheit zu überlassen¹⁹. Dieser Verband unter der Leitung Brüggemanns hatte noch 1832 durch seine militante und revolutionär-aktivistische Haltung auf sich aufmerksam gemacht. Aus ihm war ein enger Zirkel hervorgegangen, der eng mit den Frankfurter Verschwörern zusammenarbeitete²⁰.

¹⁵ StaL E 319 Bü 14 Frage 5832.

¹⁶ Akt. Darst. alt, S. 97.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Zu dieser Akzentverschiebung siehe das Gespräch zwischen Koseritz und Zakrzewsky bei einer zweiten Begegnung in Eglosheim am 2. 11. 1832; vgl. S. 371.

¹⁹ Die Tagung der Burschenschaften soll zu Weihnachten 1832 stattgefunden haben. Akt. Darst. alt, S. 105.

²⁰ Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 65–72.

Interessanterweise wurde die Tagung der Burschenschaften in Stuttgart nicht mit den Ereignissen in Löchgau koordiniert, obwohl beide Begegnungen gleichzeitig stattfanden, örtlich nahe beieinanderlagen und mit ihnen ähnliche Ziele verfolgt wurden. Das einzige Bindeglied war Obermüller, der Abgesandte aus Frankfurt, der auf der Stuttgarter Studentenversammlung mit dem Ziel erschienen war, sie für die zukünftigen Pläne einer Revolution in Frankfurt zu gewinnen. Obermüller verbreitete auf der Tagung die Information, die Nachfolgeorganisation des PVVs habe bereits in Hessen die breite Unterstützung der Bürger und der Angehörigen des Militärs gewinnen können und auch in Württemberg unterstütze ein großer Teil des Militärs die Revolution²¹. Ebenfalls auf der Tagung anwesend war der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Peter Friedrich Neuhof(f), der später den Verschwörerkreis in Frankfurt bei den Württembergern vertreten sollte²². Obermüller kam auf jeden Fall acht Tage nach dem Stuttgarter Treffen erneut nach Tübingen. Nach der Aussage Adam Helfferichs, eines der Burschenschaftsführer in Tübingen, der auf dem Treffen in Stuttgart an den Diskussionen im engeren Kreis teilgenommen hatte, habe Obermüller ihm schon damals berichtet, „daß es in Frankfurt losgehen werde“²³. Nach der Aussage von Groß, der wohl Obermüller nach Tübingen begleitet hatte, war dieser dort mit Hardegg, Widenmann und Mayer zusammengetroffen²⁴. Überraschend ist der Umstand, dass Obermüller Anfang Januar an Helfferich konkrete Einzelheiten über den Verlauf der revolutionären Initiative in Frankfurt weiterleiten konnte, also noch bevor überhaupt irgendetwas mit den Revolutionären in Württemberg abgesprochen und vereinbart worden war²⁵.

Franckh fuhr gemäß den Beschlüssen in Löchgau und bei Dorn nach Frankfurt und Hessen. Anfang Januar 1833 traf er sich bei Gärth mit den Frankfurtern. Schenkt man den Berichten aus Frankfurt Glauben, so wird dort Franckh den Umfang der Unterstützung unter den Angehörigen von Zivil und Militär in Württemberg für die Revolution stark übertrieben haben²⁶. Franckh verzerrte die Botschaft, die er den Leuten in Frankfurt und Hessen hätte übermitteln müssen.

²¹ Ebd., S. 67; Darlegung der Hauptresultate, S. 38; siehe auch die Aussage des Rechtsanwalts Wilhelm Wagner, Mitglied des ehemaligen Jünglingsbundes, einer der aus dem ersten Landtag von 1833 ausgeschlossenen „Demagogen“, der Koseritz wohl vor den von Obermüller während seines Besuchs auf dem Studententreffen in Stuttgart verbreiteten Gerüchten gewarnt hatte. HstaS E 285 Bü 82.

²² Akt. Darst. alt, S. 105.

²³ GlaK Abt. 233 Nr. 34905, Darstellung des Wesens und Treibens der Burschenschaft, S. 19.

²⁴ Ebd., S. 17f.

²⁵ Es sei denn, auch Franckh hatte Anfang Januar Informationen erhalten, die er seinen Gefährten nach seiner Rückkehr nicht mitteilte, vielleicht wegen der Halsgeschwulst, die ihn befallen hatte. Doch auch nach der notwendig gewordenen Operation und Franckhs Genesung hatte er es dann nicht für angebracht gehalten, eine derartig wichtige Information weiterzugeben. Auch beim Treffen mit Koseritz sprach man nicht darüber.

²⁶ Siehe zum Beispiel Akt. Darst. alt, S. 99; Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 59.

Dadurch hatte er seine Partner in Frankfurt und Hessen ermuntert, ihre Schritte zu beschleunigen²⁷. Die Quellen geben keine klare Auskunft, ob während Franckhs Reise im Januar ein Treffen der Republikaner aus Frankfurt und Hessen stattgefunden hat; eine solche Begegnung wird im Zusammenhang mit Franckhs Reisen Anfang Dezember, als auch im frühen Januar erwähnt. Die Begegnung wird aller Wahrscheinlichkeit nach während der ersten Reise, wie berichtet, unter Teilnahme der Schüler Professor Snells, stattgefunden haben.

Von Frankfurt aus setzte Franckh seine Reise nach Oberhessen fort. Er sollte den direkten Kontakt der Württemberger mit den Hessen herstellen und sich nicht auf die Vermittlung der Frankfurter verlassen. Er übernachtete in Friedberg in der Wetterau, im Großherzogtum Hessen. Er mag sich dort mit dem Apotheker Trapp getroffen haben, worüber es jedoch keine bestätigenden Informationen gibt. Von dort fuhr er nach Butzbach, wo er sich mit Ludwig Weidig traf. Der Spritzenmachergeselle Karl Zeuner, ein ehemaliger Schüler Weidigs und später einer seiner Getreuen, hatte an dem Treffen mit Weidig und Franckh teilgenommen und wusste zu berichten²⁸: „[N]ach dem Franckh'schen Besuche [habe sich] Weidig entschieden für eine gewaltsame Revolution ausgesprochen“²⁹. Auch Johann Konrad Kuhl, ein Jugendfreund Weidigs und Mitglied des Gemeinderates von Butzbach – später Zuträger und Kollaborateur der Behörden – war bei der Begegnung anwesend, die der Untersuchungsrichter mit den Worten zusammenfasste: „Von jetzt an ließ sich besonders Weidig angelegen sein, im Einverständnis mit den Frankfurtern für das Revolution[s]-Projekt in seinem Kreise zu wirken“³⁰. Zeuners Meinung zufolge ließ sich Franckh auf dem Treffen mit ungefähr folgenden Worten vernehmen: „Schüler, Savoye und Geib hätten zwar recht gut verstanden die freisinnige Stimmung in Deutschland zu erhöhen, aber es versäumt, einen für sie nützlichen Gebrauch von dieser Stimmung zu machen; man müsse dieselbe benutzen und die Freiheit des Volkes dauernd sicherstellen“³¹. Ob Weidig sich wirklich so überzeugt gab, ist angesichts anderer Indizien, die später noch erörtert werden, fraglich, oder es kamen bei ihm später Zweifel auf. Nach dem Treffen in Butzbach fuhr Franckh auch nach Gießen. Dort kam er mit Carl Bernhard Hundeshagen zusammen, einem Dozenten der Gießener Universität aus dem Kreise der Revolutionäre um Weidig im Großherzogtum Hessen, der gemeinsam mit dem Studenten Ernst Schüler aus Darmstadt an der Spitze einer revolutionären Gruppe von Zivilisten und Studenten in Gießen stand. Von Gießen setzte Franckh seine Reise weiter nach Norden, nach Marburg in Kurhessen fort. Dort traf er sich mit dem kämpferischen oppositionellen Landtagsabgeordneten Syl-

²⁷ Akt. Darst. alt, S.84, 98; Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate (Anm. 18), S.57f.

²⁸ HstaD Abt. 72 A Konv. 62 Fasz. 5.

²⁹ SCHÄFFER, Vortrag in Untersuchungs-Sachen, S.295.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd.

vester Jordan, der von den Verschwörern als möglicher Kandidat in einer zukünftigen Oppositionsregierung im Gespräch war³².

Im Anschluss an seine Rückkehr nach Stuttgart sagte Franckh ein geplantes Treffen mit Hardegg, Groß und Dorn wegen eines Halsgeschwürs ab, das kurzfristig operiert werden musste. In seiner Genesungszeit besuchte ihn Koseritz, dem er mitteilte, dass bald eine weitere Begegnung mit den ausländischen Bundesgenossen an der Grenze Württembergs geplant sei. Er kündigte auch Gärrh an, der, wie auch andere Gesandte aus Frankfurt und Hessen, Koseritz persönlich kennenlernen wollte³³. Interessanterweise sprach Franckh nach seiner Rückkehr mit Koseritz nicht über konkrete Einzelheiten wie Ort, Zeit und operativem Plan einer Revolutionsinitiative³⁴. Die Württemberger sollten sich am 2. Februar in Franckhs Wohnung treffen, um Francks Bericht von seiner Reise zu hören. Dieses Treffen sollte auch als Fortsetzung der Löchgauer Versammlung dienen. Bis dahin hatte Franckhs Besuch bei den nördlichen Nachbarn keine konkreten Folgen für die württembergischen Republikaner.

Bei einem Treffen der Hessen mit den Frankfurtern am 10. Februar 1833 gab sich Weidig reserviert. Trotz seiner prinzipiellen Zustimmung zu einer Revolution war er nicht mit dem konkreten Plan einverstanden, der zur Sprache kam. Zum ersten Mal ging es um den Sturm auf die Frankfurter Wachen, um die gewaltsame Auflösung des Bundestages in Frankfurt sowie um die Ausrufung Deutschlands – oder wenigstens bestimmter Teile Deutschlands – zur föderativen Republik³⁵. Dieses Treffen fand bei dem radikalen Pfarrer Flick in Petterweil in der großherzoglich-hessischen Wetterau statt. Anwesend waren Gärrh, Neuhof(f) und Weidig. Im Verlaufe des Gesprächs erfuhr man, inzwischen seien „weniger günstige“ Nachrichten aus Württemberg eingetroffen³⁶. Dort kam es zu Verhaftungen von Gottlieb Mayer am 30. Januar und Hardeggs am 1. Februar 1833³⁷. Diese Nachrichten erreichten wahrscheinlich die Teilnehmer des Gesprächs in Petterweil³⁸. Franckh wurde einen Tag vor dem Treffen, also am 9. Februar, nach einem Besuch im Stuttgarter Staatstheater verhaftet. Diese Tatsache wird jedoch den Versammelten in Petterweil noch nicht zu Ohren gekommen sein. Am 11. Februar wurde Groß festgenommen.

Weidigs Zweifel an den seiner Ansicht nach nicht durchdachten Schritten in Frankfurt – trotz der Aufdringlichkeit der Gesandten aus Frankfurt – und seine Zweifel an dem Stand der Dinge in Württemberg, ließen ihn den Apotheker Trapp aus Friedberg nach Württemberg zu einem Gespräch mit Koseritz schicken, das

³² StaL E 319 Bü 40.

³³ Akt. Darst. neu, S. 35.

³⁴ Der Darstellung in den Quellen zufolge hatte sich auf diesem Treffen kein konkreter Plan ergeben; siehe Akt. Darst. alt, S. 99; Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungsergebnisse, S. 59.

³⁵ SCHÄFFER, Vortrag in Untersuchungs-Sachen, S. 297.

³⁶ Ebd.

³⁷ StaL E 319 Bü 40; Akt. Darst. alt, S. 100.

³⁸ StaL E 319 Bü 6 Qu. 1241, Frage 9, Frage 2; Akt. Darst. alt, S. 100.

mit weiteren Teilnehmern dann am 3. März 1833 in Großgartach und in der benachbarten badischen Enklave Schluchtern stattfand. In Frankfurt dagegen unterstützte man eine eilige, umfangreichere Aktion, insbesondere angesichts der ständig wachsenden Gefahr einer Aufdeckung der Verschwörung bei weiteren Begegnungen und Planungen sowie angesichts der Verhaftungen in Württemberg.

Am 19. Februar brach ein anderer Gesandter aus Frankfurt, der Arzt Dr. Gustav Bunsen, zu einem Treffen mit dem engeren Kreis der Burschenschaften in Heidelberg auf. Bei dieser Begegnung sprach man bereits von einer zwischen dem 1. und 6. April 1833 ausbrechenden Revolution in Frankfurt und selbst über die Mobilisierung der Studenten für diese Aktion³⁹. Am 25. Februar begab sich ein weiterer Vertreter der Frankfurter Gruppe auf eine Deutschlandreise, um in Kassel, Göttingen, Leipzig, Altenburg, Jena, Coburg, Bamberg und Würzburg für Unterstützung zu werben. Später fuhr er auch nach Darmstadt und Heidelberg⁴⁰. Im Rahmen dieser Darstellung können nicht alle Reisen der Frankfurter Gruppe detailliert angeführt werden, auf denen wohl für konkrete Pläne einer Revolution die Werbetrommel gerührt wurde. Es geht ja in erster Linie um die Revolutionäre in Württemberg.

Franckh, der bis zur Stunde seiner Verhaftung an den Erfolg einer bevorstehenden Revolution geglaubt hatte, stand mit seiner Anschauung in Württemberg ziemlich isoliert da. Sympathie und Unterstützung fand er bei Gärth und anderen Revolutionären in Frankfurt, und zwar noch bevor die Furcht vor einer Aufdeckung zum Handeln um jeden Preis drängte. G. Körner schrieb in seinen Erinnerungen, was die Aufständischen ebenfalls zum Handeln bewogen hatte, trotz nüchterner Einschätzung der Erfolgchancen: „While many promises had been made, I did not fail to observe that they could not all be solid upon. Yet we had to act, and even if we failed (as I always believed we should), and even if we should perish, it could not be in vain“⁴¹. Diese Ansicht war ehrlich und entbehrte auch nicht jeder Vernunft. Es sollte nämlich ein Exempel statuiert werden.

In diesem Zusammenhang sollte man wieder auf die Äußerungen hinweisen, die, so meinte Koseritz, Franckh ihm gegenüber nach seiner Rückkehr aus Marburg gemacht hatte, nämlich: „Jordan habe die Kurhessen wie am Schnürle“⁴². Franckh stritt jedoch ab, diesen Ausspruch nach seiner Rückkehr aus Marburg getan zu haben, bestätigte allerdings, dass dieser Satz auf dem Treffen mit Knöbel im November 1832 gefallen sei⁴³.

Die Mitglieder der Tübinger Burschenschaften, die weniger aktivistisch waren als die Burschenschaften anderer Universitäten, insbesondere der Heidelberger, waren dem in Tübingen studierenden Hardegg bekannt. Einem nicht bestätigten Bericht zufolge habe Hardegg Anfang Sommer 1832 versucht, mit Professoren und

³⁹ Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 68 f.

⁴⁰ HEER, Geschichte der deutschen Burschenschaft 2, S. 293.

⁴¹ KÖRNER, Memoirs, I, S. 216.

⁴² Siehe S. 324 f. Anm. 340.

⁴³ StaL E 319 Bü 14.

Studenten dort ins Gespräch zu kommen, aber Widenmann habe gemeint: „Wir [Widenmann, Mayer] sagten ihm aber, er solle sich mit diesen keine Mühe geben, dies sei eitles Unternehmen“⁴⁴. Widenmann war ebenfalls, wie Hardegg, Student der Medizin. In diesem Zusammenhang zu erwähnen wäre auch Weißenmaier, der den Verschwörern angehört hatte, der selbst Student der Architektur in Stuttgart war und der sich von den Burschenschaften ebenfalls distanzierte.

Auch während Obermüllers Besuch in Tübingen, acht Tage nach der geheimen Tagung der Burschenschaften in Stuttgart, um Weihnachten 1832, kam es zu keinem direkten Kontakt zwischen Hardeggs Gruppe und der Tübinger Burschenschaft. Wohl bestand ein indirekter Kontakt über Obermüller, der den Anweisungen aus Frankfurt folgte. Die Verschwörer in Württemberg mieden die Studenten, nicht weil in dieser Hinsicht eine Arbeitsteilung mit den Frankfurtern bestand, sondern weil Hardeggs und Koseritz' Einwände gegen diese Kontakte es nicht zuließen.

Abgesehen davon, dass die Studenten als nicht stabiles, revolutionäres Element galten und daher abgelehnt wurden, fühlte man sich unter den republikanischen Verschwörern auch von dem Chauvinismus eines Teils der Burschenschaften abgestoßen. Mayer sagte: „Ich hörte nur sagen, dass Teutschtümelei auch Zweck dieser Verbindung [der Burschenschaft] sei“⁴⁵. Theodor Mögling, zu jener Zeit einer der Anführer der Tübinger Burschenschaft, meinte ebenfalls: „An Hardegg dachte aber hier niemand. Er lebte ganz obskur. Meines Wissens kannte ihn keiner von uns“⁴⁶. Auch Koseritz hielt sich von den Mitgliedern der Tübinger Burschenschaft fern, was sich auch unter anderem daraus ergibt, wie er sich der Begegnung mit dem Studenten Karl Friedrich Jäger entzogen hatte⁴⁷. Jäger, einer der Anführer der Tübinger Burschenschaft, bekundete seine Sympathien für die französischen Republikaner. Über Malté und Dorn gelangte er an Koseritz in Ludwigsburg während der Osterwoche, Anfang März 1833. Koseritz zeigte sich jedoch reserviert und begründete sein Verhalten damit, dass er beschattet werde⁴⁸.

Als Ergebnis der langwierigen Untersuchung durch die Militärbehörden und die Kriminaljustiz in Tübingen und Stuttgart und dann auf dem Hohenasperg, – gegen die Studenten fand ein getrenntes Verfahren statt – wurde dann auch festgehalten: „Dass Koseritz, Franckh und Genossen mit irgendeiner Burschenschaft und namentlich mit der Tübinger in Verbindung gestanden sind, ließ sich durchaus nicht erheben“⁴⁹.

⁴⁴ StaL E 319 Bü 6.

⁴⁵ StaL E 319 Bü 11.

⁴⁶ HstaS E 301 Bü 31.

⁴⁷ Siehe zu dieser erstaunlichen Affäre: Akt. Darst. alt, S. 113.

⁴⁸ Ebd. Koseritz war zur besonderen Vorsicht gezwungen, da die Verhaftungen schon begonnen hatten. Jäger kam in Begleitung des Vikars Fiesinger und des Studenten Kapf aus Ludwigsburg.

⁴⁹ StaL E 319 Bü 31 84.

Diese Abneigung gegen die Studenten als eigener Stand oder als Vertreter des Bildungsbürgertums, die eine revolutionäre Pose einnahmen, die sich nach ihrem Studienabschluss sofort in den Regierungsapparat einfügen wollten und ihre Geisteshaltung entsprechend änderten, findet sich auch bei Büchner⁵⁰. Ihnen wurde eine gewisse „Narrenfreiheit“ zugesprochen, in deren Rahmen das Gerede über die Revolution in den Wirtshäusern mehr wog, als die wirkliche Revolution. Manches spricht dafür, dass die Tübinger Burschenschaft über den bevorstehenden Aufstand von ihren Heidelberger Gefährten unterrichtet worden war. Man hatte einen Brief erhalten, „an der Hochzeit teilzunehmen“⁵¹ – ein Codewort für den Frankfurter Wachensturm. Der Grad der Mitwirkung der Tübinger Studenten an dem geplanten Aufstand dürfte wesentlich geringer gewesen sein, als der der Heidelberger⁵². Da Tübingen relativ weit von Frankfurt entfernt ist und näher an dem revolutionären Brennpunkt in Württemberg lag, wäre eine Beteiligung der Tübinger an den revolutionären Ereignissen in Württemberg naheliegender gewesen. Diese Zusammenarbeit fand jedoch nachweislich nicht statt. Die Verbindung zu Tübingen wurde, wie das Beispiel von Obermüller zeigt, von Frankfurt aus geführt. Darauf weist auch der Besuch von G. Körner aus Frankfurt in Tübingen am 23. März 1833 hin⁵³.

Im Unterschied zur Abneigung, die Hardegg, Koseritz, Widenmann, Mayer, Dorn, Weißenmaier und andere aus der Verschwörergruppe in Württemberg gegenüber Kontakten mit der Burschenschaft zeigten, bestand der Wunsch, dass man im Zuge des Treffens in Zuffenhausen Ende September 1832 noch einmal versuchen wollte, die Reihen zu erweitern und Malté und E. Schmidlin für die Führungsgruppe zu gewinnen, um durch diese Personen Zugang zu urbanen frühproletarischen Schichten zu erhalten: den Gesellen. Zu diesem Zweck wurden beide Männer dann auch zu dem für den 2. Februar bei Franckh geplanten Treffen eingeladen⁵⁴. Hierzu sollten auch die Teilnehmer der Begegnung von Löchgau und bei Dorn sowie Mayer und Unz erscheinen, mit denen die Organisatoren auch weitere Bauern einladen wollten⁵⁵. Schreiber wollte den Stabsfourier Ritter mitbringen⁵⁶. Auf dem Treffen am 2. Februar sollte man zudem einen aktuellen Bericht von Franckh über seine Fahrten nach Frankfurt und Hessen erhalten. Angesichts der erwähnten Verhaftungen von Mayer und Hardegg kam dieses Treffen nicht mehr zustande. Die Verhaftungswelle setzte infolge der behördlichen Untersuchung der Flugblattaktionen Hardeggs, Mayers und Widenmanns ein. Die Behör-

⁵⁰ Siehe MAYER, Büchner und Weidig, S. 399.

⁵¹ MÜTH, *Studentische Emanzipation*, S. 150.

⁵² LANG, *Tübinger Feuerreiter*, S. 84–187.

⁵³ MÜTH, *Studentische Emanzipation*, S. 149.

⁵⁴ „Eine nähere Rücksprache mit denselben würde stattgefunden haben, wenn die Versammlung vom 2. Februar zustande gekommen wäre.“ StAL E 319 Bü 33; siehe auch StAL 319 Bü 40.

⁵⁵ StAL E 319 Bü 40; Akt. Darst. neu, S. 35.

⁵⁶ Akt. Darst. neu, S. 35.

den hatten anfangs den Verdacht, es handle sich um die Verbreitung saint-simonistischer Lehren⁵⁷. Nach Mayers Verhaftung und noch vor seiner eigenen Ergreifung konnte Hardegg am 31. Januar nach Stuttgart fahren, um Franckh von der Festnahme zu informieren und ihn vor der Gefahr zu warnen. Franckh begab sich darauf eiligst nach Mannheim, um Knöbel, der aus Paris zurückgekehrt war, von den Ereignissen in Kenntnis zu setzen, damit dieser die Informationen nach Frankfurt weiterleite. Auf dem Rückweg von Mannheim rastete Franckh in Heilbronn und warnte Schreiber vor der bevorstehenden Verhaftungsgefahr.

Aufgeschreckt durch die Nachrichten über die Verhaftungen in Württemberg, und vor allem nach der Festnahme Franckhs, eilte Gärth nach Ludwigsburg. Er wollte Koseritz treffen und musste sich mit einer Begegnung mit Dorn begnügen. Koseritz hielt sich bedeckt. Von Ludwigsburg reiste er weiter nach Stuttgart, um erstaunlicherweise Tafel und Rödinger zu treffen⁵⁸. Wie es der Zufall wollte, wurden die beiden zusammen mit Kübel und Wagner, allesamt ehemalige Insassen des Hohenaspergs wegen ihrer vormaligen Mitgliedschaft im Jünglingsbund, just an demselben Tag vom Landtag ausgeschlossen, an dem Franckh verhaftet wurde, dem 9. Februar 1833. Möglicherweise wollte Gärth versuchen, Tafel und Rödinger vor den revolutionären Wagen zu spannen, nachdem ihnen von den Behörden und der Landtagsmehrheit so übel mitgespielt worden war. Dies geschah eventuell auf indirektem Rat von Koseritz über Dorn. Es muss an die Äußerung von Koseritz nach dem Ausschluss von Tafel und Rödinger aus dem Landtag erinnert werden: „[J]etzt beißen diese wieder besser an.“ Nun stand aber das von Franckh mit den Revolutionären in Frankfurt und Hessen ausgemachte Treffen mit den Württembergern aus, das für den 3. März in dem Haus Herrlingers in Großgartach geplant war⁵⁹. Ort und andere Einzelheiten der Begegnung wurden nach Hardeggs und Franckhs Verhaftung von Koseritz und Gärth vereinbart. Am 1. März 1833 traf ein Bote von Gärth in Ludwigsburg ein – der schon erwähnte Jurastudent Friedrich Breidenstein aus der Grafschaft Homburg bei Frankfurt. Er traf sich mit Dorn, der als Verbindungsmann zu Koseritz auftrat, zog einen Zettel für Koseritz aus seiner Manteltasche und überreichte ihn Dorn. Auf dem Zettel informierte Gärth Koseritz, dass vereinbarungsgemäß am 3. März Mitverschwörer von außerhalb Württembergs in Heilbronn, also nicht so weit von der Grenze zu Hessen-Darmstadt erscheinen würden. Koseritz wurde gebeten einen genauen Treffpunkt anzugeben. Er schlug Herrlingers Haus in Großgartach als Treffpunkt vor. Großgartach lag nicht nur nahe an Hessen-Darmstadt, sondern wie erwähnt noch näher zur badischen Exklave Schluchtern, was ein Ausweichen vor einer Beschattung der württembergischen Polizei ermöglichte⁶⁰. Dorn wurde zu Herrlinger geschickt,

⁵⁷ So im Bericht des Untersuchungsrichters in Tübingen, Habermas, an Justizminister von Schwab vom 10. Februar 1833. StaL E 301 Bü 42.

⁵⁸ Zu dieser vermuteten Fahrt siehe StaL E 319 Bü 40.

⁵⁹ StaL E 319 Bü 20.

⁶⁰ Nahegelegen war auch die hessische Exklave Wimpfen. Ob dies eine Rolle bei der Wahl des Treffpunktes gespielt hatte, ist nicht klar.

um ihn von den Vorbereitungen zu unterrichten⁶¹. Er wurde auch gebeten, weitere Offiziere mitzubringen, um die Anwesenden von der Ernsthaftigkeit der Informationen zu überzeugen, die Franckh hinsichtlich der Revolutionsbereitschaft in der württembergischen Armee übermittelt hatte. Koseritz weigerte sich, weitere Offiziere mitzubringen, um sie nicht zu kompromittieren. Und so nahmen neben Koseritz und Dorn nur Gärth aus Frankfurt, der Jurastudent Friedrich Breidenstein sowie sein Bruder der Militärarzt Dr. August Breidenstein⁶² aus Hessen-Homburg und der schon erwähnte Apotheker Trapp aus Friedberg im Großherzogtum Hessen, Gefährte und Gesandter Weidigs teil.

B. Im Zugzwang der Verhaftungen

Seit den Verhaftungen in Württemberg stieg die Furcht vor einer Aufdeckung der Verschwörungsnetze in allen betroffenen Staaten. Für Gärth und die Frankfurter ergab sich daraus die Schlussfolgerung, schneller zu handeln.

Grundlegend für die Überlegungen von Aktionisten, wie Gärth und Franckh, war erstens die Annahme, die Bedingungen für eine vom Militär mitgetragene Revolution seien reif. Es bedürfe nur einer Initialzündung, um einen Flächenbrand zu entfachen. Und wie in solchen Naturereignissen verursachen die Flammen Feuerstürme, die wiederum das Feuer schneller forttragen. So ähnlich würde es sich mit einer in Gang gesetzten Revolution abspielen. Sei sie erst einmal ausgebrochen, so würde sie aus sich selbst heraus zunehmend an Wucht gewinnen.

Denn in fast allen Revolutionen war die Positionierung der Armee, die das Gewaltmonopol des Staates – mehr als die Polizei oder eventuelle Prätorianergarden – repräsentierte, schicksalhaft. Gärth, der sich nach der Niederschlagung des Frankfurter Wachenturms in die Schweiz abgesetzt hatte, ließ dem inzwischen am 7. Juni verhafteten Koseritz insgeheim einen Brief zukommen. Koseritz rekonstruierte später den Inhalt des Schreibens. Demnach habe Gärth ungefähr folgendes geschrieben: „Von Frankreich ist keine Hilfe zu erwarten, noch weniger von der Schweiz, und die Zivilen in Deutschland haben keine Kraft, somit bleibt das große Vollbringen allein Ihrem Stande überlassen“⁶³. Das Fazit war also, dass im Gegensatz zu Frankreich oder Belgien und trotz der revolutionären Aufbruchsstimmung in manchen Staaten des Deutschen Bundes nach der französischen Julirevolution, für eine ganz Deutschland erfassende Erhebung der breiten Masse unter Führung eines kämpferischen Bürgertums die Umstände noch nicht günstig waren. Dies entsprach eher der Konstellation in Ländern Süd- oder Osteuropas. Unter solchen

⁶¹ Akt. Darst. neu, S.36.

⁶² Dieser versuchte, Einheiten der Armee in seinem Kleinstaat auf die Seite der Revolution zu ziehen.

⁶³ HstaS E 65 Bü 211. Bei diesem Brief handelte es sich um eines der Schreiben, die der arre-
tierre Koseritz mit Gärth im Exil mittels ihm vertrauten Kaufleuten wechselte.

Umständen stieg die Bedeutung der Armee im politischen Leben dieser Staaten. So verhielt es sich bekanntlich auch in Ländern der Dritten Welt im 20. Jahrhundert.

Je näher der Termin für den Frankfurter Wachensturm rückte, desto mehr Zweifel kamen bei den Frankfurtern und Hessen auf, was den Anschluss des Mittelstandes und der unteren Schichten an einen Aufstandsakt betraf. Umso mehr klammerten sie sich an Koseritz und dessen rebellierende Armeeeinheiten. Trotz der Ernüchterung Gärths nach dem Scheitern in Frankfurt gab er seine revolutionäre Haltung nicht auf und wirkte in diesem Sinne weiter vom Exil aus. Sein geheimes Schreiben an Koseritz schloss er auch mit dem Satz: „Ich bin noch ganz der Alte, nur vorsichtiger und besonnener“⁶⁴. Der Verräter unter den Verschwörern in Hessen, Johann Conrad Kuhl, berichtete dem König von Württemberg am 1. September 1836: „Ich habe [...] bemerkt, wie die Revolutionäre hier [in Württemberg] ihre Hauptstütze glaubten“⁶⁵. Alle Augen waren auf Koseritz gerichtet, der zunächst als Einziger aus der Führungsriege der Verschwörer in Württemberg frei geblieben war.

Franckhs überzogene Darstellung der Bereitschaft und Unterstützung, die man für eine Revolution in Württemberg erwarten könne, nährten die Hoffnungen der Verschwörer in Frankfurt und Hessen. Und andererseits war es das rosige Bild gewesen, das Gärth und seine Freunde von der revolutionären Bereitschaft und Vorbereitung in Frankfurt gezeichnet hatten, das die Hoffnungen und Erwartungen Franckhs geweckt hatte. Doch Franckh stieß in Württemberg auf vorsichtige Mitstreiter, die ihn im Januar nach Frankfurt schickten, damit er die von dort eintreffenden optimistischen Berichte auf ihren Wahrheitsgehalt hin prüfe und die ihm in Löchgau vorwarfen, er stelle „die Stimmung des Inlandes revolutionärer als die anderen“ dar⁶⁶. Die Eskalation, die zum Frankfurter Wachensturm führte, nahm somit ihren Anfang in Gärths und Franckhs Auffassung, eine initiierte Maßnahme würde schon zur Revolution führen, wenn sie eine militärische Rückenbedeckung hätte. Diese gegenseitige Selbsttäuschung verhinderte realistische Einschätzungen. Es sah so aus, als ob Gärth und seine Leute von ihrem Eifer in einem Maß ergriffen worden waren, das keine Neueinschätzung der Situation ermöglichte. Der Wunsch überschattete die Realität und die Furcht vor einer Aufdeckung der Verschwörung trieb sie „in die Flucht nach vorn“. Als Gärth mit Koseritz in Großgartach zusammentraf, gestand man „sich wechselseitig zu, daß man sich früher durch übertriebene Angaben getäuscht habe“⁶⁷. Doch es scheint, dass man nach Gärths Einschätzung an einem Punkt angelangt war, von dem es kein Zurück mehr gab: „Dem ungeachtet bestand Gärth unter Zustimmung des Breidenstein und des Apothekers [Trapp] auf dem Losschlagen zu der angegebenen Zeit“⁶⁸. Die Furcht

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ HstaS E 11 Bü 59.

⁶⁶ Zur Aussage von Koseritz: HstaS E 285 Bü 86.

⁶⁷ WAGNER, Zusammenstellung des Resultats, S. 142.

⁶⁸ Ebd.

vor einer Aufdeckung der Verschwörung bestimmte nun immer stärker die einzelnen Schritte. In der Folge ihrer Begegnungen setzte Gärth Koseritz schließlich davon in Kenntnis, dass sowohl im Hinblick auf die Vorbereitungen als auch mit Blick auf die Gefahr einer Aufdeckung der Punkt zum Handeln gekommen sei. „In Frankfurt sei alles verraten, aber auch alles so parat, daß man schlechterdings nicht mehr zurück könne; es müsse losgeschlagen werden“⁶⁹.

Auf Koseritz war von den Gesandten aus dem Norden erheblicher Druck ausgeübt worden, zu handeln und damit das Versprechen einzulösen, von dem Franckh den Frankfurtern und Hessen erzählt hatte. Koseritz versuchte bei den Gästen den irrtümlichen Eindruck zu korrigieren, den Franckh hinterlassen hatte und erklärte, dass die Atmosphäre in Württemberg für eine Revolution zu jenem Zeitpunkt nicht günstig sei. Dennoch drängten die Gäste, allen voran Gärth, auf Koseritz ein, innerhalb von vier Wochen etwas zu unternehmen, da nach der Verhaftung von Franckh die Arretierung aller anderen täglich zu erwarten sei und die gemachten Vorbereitungen zum Handeln ausreichten⁷⁰. Gärth schilderte den Stand der Vorbereitungen und der Bereitschaft der Revolutionäre in Frankfurt und Hessen wohl in rosigen Farben. Er erzählte, bei Gustav Bunsen in Frankfurt sei ein Waffenlager für einige Hundert Männer errichtet worden; die Artillerie der Frankfurter Bürgerwehr und zwei preußische Regimenter in Mainz, die von Polen aus Posen durchgesetzt seien, stünden auf der Seite der Revolution, die Atmosphäre in der nassauischen Armee sei für die Revolution günstig, parallel zu dem Aufstand in Frankfurt werde es zu einer Erhebung in Lyon kommen⁷¹ und etliche polnische Offiziere seien insgeheim nach Warschau geschickt worden, um dort das Feuer zum Aufstand zu schüren. Gleichzeitig bewegten sich zwei Kolonnen der polnischen Exilarmee aus ihren Depots in Besançon und Dijon in Richtung Frankfurt und schließlich, so Gärth, sei er bereit, nach dem Treffen in Großgartach nach Straßburg zu fahren und die Entsendung von zwanzig polnischen Offizieren aus Frankreich nach Württemberg oder Frankfurt über Rorschach und Rheineck am Schweizer Ufer des Bodensees zu organisieren⁷². Gärth fuhr nach dem Treffen in Großgartach tatsächlich nach Straßburg und polnische Brigaden begannen, wirklich parallel zum Aufstand in Frankfurt in die Schweiz zu ziehen. Doch Koseritz ließ sich – mit Recht – von Gärths Optimismus nicht anstecken. Er gab seine Zustimmung, gleichzeitig mit dem Aufstand in Frankfurt zu handeln, halbherzig und unter dem Druck der Gesandten aus Frankfurt und Hessen. Auf Gärths Vorschlag, gleichzeitig loszuschlagen, antwortete Koseritz mit einer gewissen Zurückhaltung, vielleicht könne er einen Tag später handeln. Sogleich nach dem Treffen

⁶⁹ Diese Botschaft überbrachte Dorn nach seinem Aufenthalt in Frankfurt am 29. März 1833. Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate S. 81.

⁷⁰ Akt. Darst. alt, S. 107; Akt. Darst. neu, S. 39.

⁷¹ Grund für diese Annahme war die Gärung unter den Seidenwebern von Lyon, die im November 1831 gestreikt und teilweise zum Aufstand aufgerufen hatten.

⁷² Akt. Darst. alt, S. 107.

bereute er diese Zusagen, denn „mir [schienen] eben die Mittel und Stimmung ganz unzulänglich“⁷³.

Gärth soll angeblich noch vor dem Treffen in Großgartach Koseritz mitgeteilt haben, auch Rotteck, von Itzstein und Jordan würden dorthin kommen. Koseritz sei vermeintlich enttäuscht gewesen, als diese fernblieben und den Schluss gezogen haben, dass die Bedingungen für einen revolutionären Gewaltakt noch nicht gegeben seien⁷⁴. Wer die genannten Männer kannte, wusste allerdings, dass sie sich nicht in eine Verschwörung verwickeln würden und, wie im Falle von Rotteck, einer Revolution überhaupt nicht zustimmten. Koseritz war sich wohl darüber klar, und von daher ist es verwunderlich, dass er sich enttäuscht gezeigt haben sollte. Rotteck wurde, wie oben erwähnt, von den Radikalen abgelehnt, jedoch aufgrund des Mangels an Führungskräften unter den Demokraten nannte man hier und dort Namen von bekannten Oppositionellen, die populär waren und die nach einer erfolgreichen Revolution vermutlich auf ihre Seite getreten wären. So schlug Gärth in Großgartach vor Jordan an die Spitze der provisorischen Revolutionsregierung zu stellen, die ihren Sitz in Württemberg vorläufig einnehmen sollte. Er pries ihn wegen seines hohen Ansehens im eigenen kurhessischen Lande und angesichts dessen, „daß er die Kurhessen so habe, daß er ihnen nur winken dürfe“⁷⁵. Koseritz erteilte seine halbherzige Zustimmung wohl auf dem Fußgang von Großgartach ins badische Nachbardorf Schluchtern in ein dortiges, von radikalen Liberalen frequentiertes Gasthaus. Die Verlagerung des Treffens dorthin geschah in Folge der Weigerung Herrlingers, das Treffen bei sich abzuhalten. Ihm schien das Risiko zu hoch⁷⁶. Koseritz' Einwände gegen eine übereilte Aktion fanden wenig Resonanz. Auch sein Argument, für eine weitere Werbungsarbeit innerhalb der Armee benötige er mehr Geld, entmutigten Gärth nicht: Er gab ihm auf der Stelle 150 oder 160 Gulden als Vorschuss. Koseritz, der nun meinte, diese Summe reiche nicht aus, erhielt von Gärth die Zusage für eine weitere Zuweisung. Diese erfolgte tatsächlich innerhalb von zwei Wochen in Höhe von über 313 Gulden, begleitet von der schriftlichen Bitte Gärths, doch unbedingt das Bündnis aufrechtzuerhalten⁷⁷.

Nach dem Treffen vom 3. März kehrte Trapp nach Hause zurück, um Weidig zu berichten. Breidenstein fuhr Mitte März nach Gießen und Marburg, um dort

⁷³ HstaS E 285 Bü 81 Frage 4373; Akt. Darst. neu, S. 42.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Akt. Darst. alt, S. 107; siehe die Behauptung Franckhs, Jordan hielt das Volk „wie am Schnürle“ sowie die Aussage Körners, Jordan habe der Revolution und dem Verschwörerkreis nicht so ferngestanden wie Rotteck.

⁷⁶ Herrlinger wollte das Treffen nicht in seinem Hause abhalten und zog es vor, sich beim Wandern zu unterhalten. Man fürchtete sich auch vor den kontrollierenden Blicken der Württemberger Polizei. Im benachbarten Baden fühlte man sich freier. Das Gasthaus zu Schluchtern gehörte einem Mann namens Hessert, der sich lange in Frankreich aufgehalten hatte. Er und seine Gäste galten den Behörden in Baden als vom „bösen Zeitgeist“ Besessene. Zu diesen Gästen zählte in der Regel auch Herrlinger aus Großgartach, so der Bericht des Oberamtmanns Eppinger: GlaK Abt. 236 Nr. 8792.

⁷⁷ Akt. Darst. alt, S. 108; Akt. Darst. neu, S. 40.

Bericht über das Treffen zu erstatten⁷⁸, während Gärth nach Straßburg reiste und vielleicht bis nach Besançon kam, um die Unterstützung der Exilpolen zu sichern⁷⁹. Nachdem Körner den Bericht über das Treffen in Großgartach erhalten hatte, fuhr er zu F. Schüler nach Metz, um mit ihm die mögliche Besetzung einer Revolutionsregierung zu besprechen⁸⁰. In Hessen und Frankfurt, unter den Burschenschaften in Heidelberg, Würzburg und Erlangen erreichten die Vorbereitungen für eine gewaltsame Revolution ihren Höhepunkt. Dies kann leider in diesem Rahmen nicht ausführlich dargestellt werden. Gärth jedoch kehrte nach Frankfurt mit der Zustimmung der in Frankreich befindlichen Exilpolen zurück, sie würden sich einem Aufstand in Deutschland anschließen.

Als ein Bote der Verbündeten in Frankfurt und Hessen – der Frankfurter Peter Neuhof(f) – vierzehn Tage nach dem Treffen in Großgartach, also um den 17. März, nach Ludwigsburg kam, so geschah dies, um Koseritz zum Handeln innerhalb von zwei Wochen zu veranlassen. Insbesondere sollte er zunächst das Waffenarsenal in Ludwigsburg unter seine Kontrolle bringen und mit seinen Truppen gen Frankfurt vorrücken. Dort würden sich ihm revolutionstreue Truppen anschließen. Koseritz lehnte das Angebot ab, den Anfang zu machen. Er nahm Bezug auf Großgartach, wo von einem gleichzeitigen Vorgehen die Rede war. Neuhof(f) meinte, um sein Argument zu bekräftigen, dieser Plan dürfte kaum auf Hindernisse stoßen, abgesehen von einem möglichen Widerstand eines Infanterieregiments in Heilbronn. Koseritz meinte hingegen, er könne selbst in der Annahme, die Bereitschaft und Vorbereitungen zur Revolution entsprächen seinen Erwartungen, keine revolutionären Truppen nach Frankfurt schicken, denn: „Wenn er [Koseritz] zur Befreiung des Volkes losschlage, so müsse er bei diesem bleiben und könne es nicht verlassen“⁸¹. Neuhof(f) brachte bei eben jener Gelegenheit den Zorn gegen Franckh zum Ausdruck, der bei seinem Besuch in Frankfurt behauptet hätte, alle Kasernen in Ludwigsburg – ungefähr 7.000 Männer – stünden der Revolution zur Verfügung. Dadurch seien seine Gesprächspartner in die Irre geführt worden⁸². Dorn zufolge habe Neuhof(f) hinzugefügt: „[W]enn Franckh sie [die Frankfurter] nicht so angelegen hätte, so hätten sie ganz andere Maßregeln getroffen“⁸³. Koseritz soll jedoch auf dem Treffen in Großgartach Gärth mitgeteilt haben, in Ludwigsburg sei die Beteiligung einer Infanteriebrigade aus zwei Regimentern mit jeweils 200 Soldaten gesichert⁸⁴. Trotz dieser Modifikation stützten sich die Verbündeten in Frankfurt

⁷⁸ Mitte März fand in Gießen in der Wohnung des Studenten Gladbach eine Begegnung statt, an der E. Schüler aus Darmstadt, F. Breidenstein und zehn weitere Männer teilnahmen; HstaS E 285 Bü 77; Zusammenstellung der Ergebnisse, S. 210 ff.

⁷⁹ StaL E 319 Bü 40.

⁸⁰ KÖRNER, *Memoirs*, I, S. 217.

⁸¹ HstaS E 238 a Bü 28.

⁸² StaL E 319 Bü 13.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Akt. Darst. neu, S. 38.

und Hessen weiterhin auf Koseritz und trieben ihn zum Handeln an. Sie änderten ihre Pläne nicht.

Die von Koseritz gehegten Befürchtungen, die Frankfurter und Hessen würden einer Fehleinschätzung der Realität unterliegen und übertriebene Hoffnungen mit dem Einsatz der meuternden württembergischen Einheiten verknüpfen, verstärkten sich immer mehr. Gärth bestätigte in seinem erwähnten Brief nach dem Scheitern in Frankfurt diese Befürchtungen Koseritz'. Gärth schlussfolgerte, dass angesichts der apathischen bürgerlichen Schichten des Mittelstandes generell und der hörigen niederen Stände einem militärischen Coup sogar eine größere Rolle für eine eventuelle zukünftige Revolution zukäme. Koseritz, der das Gefühl hatte, ihm sei die Hauptbürde aufgelastet worden, entschied sich nach der Begegnung mit Neuhof(f) gegen die Aktion⁸⁵. Je näher der Termin zum Handeln rückte, desto größer wurde allerdings der Druck auf Koseritz. Gleichzeitig wuchs aber auch seine Abneigung gegen diese, seiner Meinung nach, unausgereifte Aktion.

Acht Tage nach Neuhof(f)s Abreise, also um den 25. März, erhielt Koseritz von Neuhof(f) einen mit unsichtbarer Tinte geschriebenen Brief. Ein dazu bestimmtes Pulver, das Neuhof(f) bei Koseritz zurückgelassen hatte, brachte die Schrift zum Vorschein. Es handelte sich um einen weiteren Überredungsversuch Gärths. Der Text lautete nämlich: „Lieber Koseritz! Nur losgeschlagen; kein Blut gescheut! Die Polen brechen aus Besançon auf; ich habe sie bestellt; sie werden durch die Schweiz in Deutschland einfallen“⁸⁶.

Einige Zeit später erhielt Koseritz einen weiteren Brief von Gärth, in dem er ihn nochmals an die Einhaltung seiner Versprechen mahnte. Gärth versuchte, Koseritz mit einer optimistischen Beschreibung aller Vorbereitungen und der Atmosphäre in Frankfurt und Hessen zum Handeln zu bringen. Aus diesem Grunde schickte Koseritz seinen Freund und Vertrauten Dorn am 29. März nach Frankfurt⁸⁷. Dorn hatte die Aufgabe erhalten, Gärth klarzumachen, dass es zu jener Stunde keine Erfolgchancen für eine Revolution in Württemberg gäbe und ihm davon abzuraten, eine Revolution in Frankfurt auch nur zu versuchen⁸⁸. Gärth ließ sich jedoch nicht von Dorn überzeugen, vielmehr griff er zornig Koseritz' „Drückebergerei“ an, ja er drohte, wenn Koseritz nicht bei seinem Wort bleibe, „so werde er ihn vor der ganzen Welt, als den schändlichen Verräter der heiligen Sache des deutschen Volkes anklagen“⁸⁹. In Frankfurt rückte man von den Vorschlägen ab, die seinerzeit Neuhof(f) mitgebracht hatte, dass nämlich Koseritz beginnen möge. Zu Koseritz'

⁸⁵ HstaS E 285 Bü 81 Frage 4373.

⁸⁶ Akt. Darst. alt, S. 109.

⁸⁷ Akt. Darst. alt, S. 109; Akt. Darst. neu, S. 42; vom 20. März ist die Rede in: Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 81. Dieser Termin ist unwahrscheinlich, da Dorn nach dem ersten Brief Gärths vom 25. März nach Frankfurt geschickt wurde; siehe auch Darlegung der Hauptresultate, S. 45, wo sogar vom 30. März die Rede ist.

⁸⁸ Zusammenstellung der gerichtlichen Untersuchungs-Resultate, S. 81.

⁸⁹ Siehe zum Beispiel: Akt. Darst. alt, S. 110.

weiterer Befriedigung konnte Dorn dann auch die Nachricht überbringen, die Frankfurter seien damit einverstanden, wenn Koseritz sofort losschlage, nachdem ihm durch einen Boten vom Beginn der Aktion in Frankfurt berichtet worden sei⁹⁰. Dies widersprach der in Großgartach getroffenen Übereinkunft, beide Seiten würden gleichzeitig handeln. Gärth informierte Koseritz auch darüber, dass die Frankfurter und die Hessen keine „Tropfen“ seien, die vor der Furcht einer Niederlage zurückschreckten⁹¹. Diese Information wurde von Koseritz jedoch als eine beißende Beleidigung verstanden. Dennoch setzte Gärth seine Überredungsversuche durch optimistische Beschreibungen der Situation fort: Man warte im Kurfürstentum Hessen und im Elsaß auf ein Fanal zum Aufstand, das durch Leuchtzeichen von den Höhen des Taunus vermittelt werden sollte. Auch seien 16 Bezirke in Frankreich zum Aufstand bereit⁹². Zum ersten Mal wurde ein endgültiger Termin für den Aufstand festgelegt: der 3. April zwischen 21.00 und 22.00 Uhr⁹³. Ziel war es, nach der Bewältigung der Haupt- und Konstablerwache den Sitz der Bundesversammlung in der Stadt zu überfallen, alle Dokumente zu vernichten und die Abgeordneten der Bundesversammlung „wegzuschaffen“⁹⁴. In Großgartach hatte man immer noch von der Möglichkeit gesprochen, an dem Tag zu handeln, an dem der württembergische König seinen Hof von Stuttgart nach Ludwigsburg verlegte, also am 3^{ten} oder 6. April⁹⁵, nachdem man von Koseritz eine frühe Bestätigung erhalten hatte. Sollte der König seinen Hof nicht verlegen, so hatte man nach Ansicht von Trapp beschlossen, dass der Termin zum Losschlagen in Frankfurt festgelegt werde⁹⁷. Dorn kehrte auf dem Weg über Heilbronn nach Ludwigsburg zurück. In Heilbronn traf er Leutnant Becher und berichtete ihm auf Anweisung von Koseritz über den Zweck der Reise nach Frankfurt und deren Ergebnisse. Becher glaubte nicht, dass ein revolutionärer Aufstand demnächst in Frankfurt zu erwarten sei⁹⁸. Einen Tag nach der Rückkehr Dorns nach Ludwigsburg trafen zwei Briefe von Polen aus Besançon ein, der eine an Koseritz und der andere an Dorn gerichtet. Die Briefe waren in unsichtbarer Tinte geschrieben. Da Koseritz nicht mehr genügend Pulver besaß, um die Schrift lesbar zu machen – er hatte dieses Pulver ja, wie erwähnt, von Neuhof(f) erhalten – konnten die beiden die Briefe nicht gänzlich entziffern. Nur die Briefanfänge wurden lesbar. Dort hieß es, dass 100 Polen Besançon verlassen hätten. Diese machten sich jedoch erst am

⁹⁰ Nach der Zusammenfassung des militärischen Untersuchungsrichters Bleibel (Rechtsgutachten): [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

⁹¹ Ebd.

⁹² Akt. Darst. neu, S. 43.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Akt. Darst. alt, S. 107.

⁹⁷ NÖLLNER, Aktenmäßige Darlegung, S. 306.

⁹⁸ Akt. Darst. alt, S. 111.

7. April auf den Weg. Ihre Zahl habe inzwischen 428 erreicht⁹⁹. Kleinere Einheiten würden von Dijon, Vesoul und Luxueil zwischen dem 11. und 17. April ausziehen. Sie stünden mehrheitlich an der Schweizer Grenze. Einen weiteren Brief ähnlichen Inhalts erhielt Koseritz aus Avignon. In dem Schreiben an Dorn wurde die Frage erhoben, warum keine Nachrichten aus Frankfurt und Ludwigsburg erfolgten¹⁰⁰. Um den 1. April herum traf ein polnischer Offizier, Oberleutnant Poninsky, unter falscher Identität eines Kaufmanns – „Perrot, négociant de Renau“ – in Ludwigsburg ein, um Koseritz zu treffen. Er unterrichtete Koseritz und Dorn, dass auf Anweisung Lelewels zwanzig Offiziere nach Rorschach und Rheineck an der schweizerischen Grenze zu Deutschland gezogen seien, die auf weitere Anweisungen aus Deutschland warteten, sich einem erwarteten Aufstand im Schwarzwald anzuschließen oder dessen Führung zu übernehmen. Auch berichtete er von einer anstehenden Bewegung weiterer großer Truppenverbände der Polen in Richtung Schweiz. Der Pole war erstaunt von Koseritz zu hören, dass die Zeit zum Handeln noch nicht gekommen sei. Er hatte sich durch seine Papiere als einer der Aktivisten bei der Entfaltung des polnischen Aufstandes von 1830 ausgewiesen und hinterließ nun als Korrespondenzanschrift die Adresse eines von zwei Offizieren des polnischen Expeditionskorps in Besançon, des Oberst Jacques Antonini, unter dem Pseudonym „Mr. Reydan“¹⁰¹. Koseritz forderte Dorn auf, diesem Polen sogleich ein Schreiben zukommen zu lassen mit dem Rat, den Abzug der Einheiten aus Besançon zu verhindern¹⁰². Die Nachricht wurde verschlüsselt und lautete wohl – nach einer Rekonstruktion: „Die Arbeit, die der Reisende bestellt habe, sei nicht fertig“¹⁰³.

Damit unterstützte Koseritz die Position der „Haute Vente Suprême“¹⁰⁴, die unter dem Deckmantel der Freimaurerloge „La Trinité Indivisible“ arbeitete und die wohl auch mit den Vereinen Buonarrotis in Verbindung stand. Diese Vereine widersetzten sich einem übereilten Handeln in Frankfurt und einem damit verbundenen Guerillakrieg in Polen, der unter der Führung von Zalesky über Galizien ins Kernland getragen und von Freischärlern innerhalb Kongresspolens und Litauens gestützt werden sollte¹⁰⁵. Das polnische Expeditionskorps verließ tatsäch-

⁹⁹ État nominatif des militaires polonais réfugiés, qui ont quittés le dépôt de Besançon 17. Avril 1833; StaL E 319 Bü 18; siehe auch ROOS, Tübinger Romantik, insbesondere S. 52. Die Nachricht vom Aufbruch der Polen aus dem Lager in Besançon am 7. April und dem Lager in Dijon am 11. April findet sich zum Beispiel auch in der *DNZ*, 18. 4. 1833.

¹⁰⁰ Akt. Darst. alt, S. 111.

¹⁰¹ [HstaS E 271 k Bü 103, Bü 105].

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Siehe S. 236.

¹⁰⁵ Zu diesen Differenzen siehe u. a.: HAHN, Große Emigration, S. 131–273, hier insbesondere S. 181; KUKIEL, Lelewel, S. 59–76, insbesondere S. 75; ROOS, Tübinger Romantik, S. 50ff.; SKURNOWICZ, Romantic Nationalism, S. 82f.

lich Besançon und saß lange Zeit in der Schweiz fest¹⁰⁶. Ein Teil des Korps nahm später an dem von Mazzini initiierten „Feldzug von Savoyen“ im Februar 1834 unter Beteiligung Antoninis teil. Antonini stammte aus Piemont und hatte seinerzeit an dem Aufstand in Warschau teilgenommen¹⁰⁷.

Die Gruppe in Besançon gehörte zur Fraktion der polnisch-nationalen Revolutionäre, die in einer Revolution in Deutschland das Instrument zur Befreiung Polens sahen. Die Anhänger Buonarrotis dagegen wollten eine umfassende europäische Revolution, in der Deutschland wohl eine Schlüsselrolle spielen sollte. Die enttäuschenden Nachrichten, die Poninsky nach Besançon brachte, schreckten die dortige Gruppe nicht davon ab, Zalewskys Aktion mittels einer Revolution in Deutschland zu unterstützen¹⁰⁸. Zu dieser Gruppe gehörten auch Lelewel und Mickiewicz. Der Zeitpunkt war aus polnischer Sicht keineswegs ungünstig, denn in jenen Tagen mobilisierte Zar Nikolaus I. die russische Armee gegen die Türkei. In Polen waren demnach nicht mehr als 25.000 russische Soldaten stationiert. Und Österreich stand auf der Seite der Türkei gegen Russland, sodass Zalewsky und Lelewel hoffen konnten, im österreichischen Galizien eine Basis für ihre Absichten zu finden¹⁰⁹. Trotz seiner Zuneigung zu den Polen und der Erkenntnis, dass eine polnische Unterstützung unbedingt notwendig war, wollte Koseritz nicht zu einem dienstbaren Instrument in der Hand der Polen werden, wenn Deutschland noch nicht reif für die Revolution war. Es war nicht utopisch, sich auf eine polnische Militärexpedition zur Führung des Aufstandes im Schwarzwald zu stützen. Die „Reichsverfassungskampagne“ von 1849 setzte diese Pläne dann ja wirklich in die Praxis um. Auch die Absicht der Revolution von 1849 mit den Revolutionären auf Frankfurt zu marschieren, war praktisch eine Verwirklichung des seit 1833 verborgenen operativen Plans. Engels war der Ansicht, die revolutionäre Armee in Süddeutschland müsse gen Frankfurt ziehen und Bevölkerung und Armeen der Staaten mitreißen und ihre Sympathien gewinnen¹¹⁰. Engels machte den Erfolg eines revolutionären Krieges in Deutschland aber auch von dem Erfolg eines Aufstands am 13. Juni 1849 in Paris abhängig. Die Niederlage dieses Aufstandes ließ den bewaffneten Kampf in Deutschland für ihn zu einer „blutigen Posse“ werden¹¹¹.

¹⁰⁶ Zur Frage der Polen in der Schweiz und ihrer dortigen politischen und militärischen Aktivität erschien umfangreiche Literatur. Im vorliegenden Rahmen ist es jedoch nicht möglich, dieses interessante Thema ausführlich zu behandeln.

¹⁰⁷ Es gibt Hinweise darauf, dass Antonini mit dem ehemaligen preußischen Oberleutnant Übel in Verbindung stand, der sich ins Schweizer Exil begeben hatte. Übel war ein begabter Stratege und Freund Lohbauers während des Schweizer Exils. Man verknüpft Lohbauer, der in der Schweiz zum Militärhistoriker und -theoretiker geworden war, indirekt mit der erfolglosen Verschwörung in Savoyen. HHStaW St. K. Deutsche Akten, ältere Reihe, K. 291 Index MCP 1833, Index MCP 1834, 42, 73.

¹⁰⁸ Roos, Tübinger Romantik, S. 51.

¹⁰⁹ Ebd., S. 50.

¹¹⁰ ENGELS, Die deutsche Reichsverfassungskampagne, in: DERS., Ausgewählte Militärische Schriften, I, S. 383–389.

¹¹¹ Ebd., S. 140.

Die katastrophalen Folgen eines fehlenden französischen Rückhalts, als die Revolutionsarmeen 1849 von den Preußen zerschlagen wurden, illustriert anschaulich die Ernsthaftigkeit dieses Dilemmas. Auch der letzte von Gärth unternommene Überredungsversuch gegenüber Koseritz in der Nacht des 3. April 1833, als die Aktion in Frankfurt begann, bewog Koseritz nicht zum Handeln. Am 3. April um 21.30 Uhr kam der Kaufmannsgeselle Adolph Wentz aus Lahr in Baden¹¹² nach Ludwigsburg mit einer Botschaft Gärths aus Frankfurt. Darin hieß es: „Lieber Koseritz! Wort gehalten! Losgeschlagen unter jeder Bedingung!“¹¹³

Der Bote erklärte, die Verschwörer hätten bereits in den Häusern, die die Tore Frankfurts kontrollierten, Posten bezogen. Fünf Minuten nach zehn werde man losschlagen¹¹⁴. Wentz behauptete darüber hinaus, er werde nach Straßburg weiterreisen und dort die frohe Botschaft verbreiten, dass das Zeichen zum Aufstand gegeben wurde. In den Protokollen der Bundeszentralbehörde heißt es, Wentz sei jedoch nach Lahr und von dort weiter nach Paris gefahren¹¹⁵. Bei dieser Begegnung mit Wentz waren auch Koseritz' Gefährten Dorn und Schwarz anwesend. Der Verabredung zufolge, die Dorn bei seinem letzten Besuch in Frankfurt getroffen hatte, sollte Koseritz „losschlagen“, sobald ihn die Nachricht vom Beginn des Aufstandes in Frankfurt erreicht hatte. Wentz war nun allerdings vor Beginn der Aktion aus Frankfurt aufgebrochen, sodass Koseritz allen Grund hatte, die Ausführung seines Anteils an der Verabredung hinauszuschieben. Er erwiderte Wentz und seinen Männern, es sei besser, Informationen über das Schicksal der Aufständischen in Frankfurt abzuwarten¹¹⁶. Am 5. April versammelte Koseritz die ihm am nächsten stehenden Unteroffiziere auf der „Belle Remise“. Dem Treffen schauten aus einiger Entfernung auch Groß, der am 14. März gegen Kautionsvorübergehend aus der Haft entlassen worden war, und Gustav Widenmann zu. Hier verkündete Koseritz den Anwesenden, dass der Aufstand in Frankfurt losbreche oder losgebrochen sei und sich nach Ludwigsburg ausbreiten werde. Die Unteroffiziere brachten ihre Unterstützung für Koseritz zum Ausdruck und bejahten absolut seine Frage, „ob sie noch die Alten seien“¹¹⁷. Sie wurden gebeten, Kontakt zu weiteren Unteroffizieren aufzunehmen und sie zu überzeugen, sich der Verschwörung anzuschließen¹¹⁸. Auf der Belle Remise distanzierte sich Koseritz endgültig von seinem Versprechen, sich dem Aufstand in Frankfurt umgehend zuzugesellen, wenn dort der Anfang gemacht worden sei. Vielmehr knüpfte er seine Zustimmung an dessen Erfolg, das heißt in erster Linie an die Beteiligung des Volkes und daran, dass sich der Aufstand in Richtung Ludwigsburg ausbreite. In der Aussage Dorns hieß es:

¹¹² Zur Person: HstaS E 309 Bü 46. Wentz arbeitete in Frankfurt; siehe Bericht Wagemann vom 25. Juni und 14. Juli 1835: HstaS E 301 Bü 38.

¹¹³ HstaS E 301 Bü 38.

¹¹⁴ Akt. Darst. alt, S. 112; Akt. Darst. neu, S. 44.

¹¹⁵ Bericht Wagemann: HstaS E 301 Bü 38.

¹¹⁶ Akt. Darst. neu, S. 44.

¹¹⁷ Akt. Darst. alt, S. 25.

¹¹⁸ Ebd.

„Nur dann, wenn gegen alles Erwarten, der Ausbruch zu Frankfurt bei unserem Volke solchen Anklang gefunden hätte, dass es eine Bewegung gegeben, nur dann wollte er [Koseritz] doch mit der Militärrevolution auch losbrechen“¹¹⁹.

Diese Worte entsprachen Koseritz' Revolutionsauffassung, wie sie oben dargestellt und jetzt von ihm erneut bestätigt wurde: „Wenn die Stimmung des Volkes sich so gezeigt hätte, daß an ein Anschließen desselben zu denken gewesen wäre, hätte dies für mich den Impuls gegeben, und unser Losschlagen beim Militär hätte dann das Volk zu wirklichem Aufstand bringen sollen“¹²⁰. Die Atmosphäre, die im April 1833 herrschte, passte nun allerdings nicht zu der von ihm postulierten Situation. Formal hatte sich Koseritz darauf berufen können, dass der Gesandte aus Frankfurt eigentlich nicht den Beginn der Aktion gemeldet hatte, sondern noch vor der Aktion aus Frankfurt aufgebrochen war. Dorn sagte, dass Koseritz zur Zeit der Versammlung auf der Belle Remise „das Losschlagen in Frankfurt für unzeitig und unsinnig“ hielt¹²¹.

Am Nachmittag des Tages dieser Zusammenkunft mit den Unteroffizieren wurde Koseritz von dem Scheitern der Aktion in Frankfurt unterrichtet. Er brachte nun den Unteroffizieren zur Kenntnis, dass die Geheimverschwörung aufs Erste eingestellt sei¹²². Auch fügte er hinzu, dass man bei einer günstigen Konstellation die Vorbereitungen wieder aufnehmen werde¹²³.

Im Gegensatz zur Gruppe in Frankfurt und Hessen unter Führung Gärths, deren Meinung auch Franckh teilte, ließ sich Koseritz nicht in einen revolutionären Rausch versetzen, losgelöst von der eigentlichen Stimmung im Volke. Er warf seinen Bundesgenossen in Frankfurt und Hessen sowie Franckh eine Selbsttäuschung bei der Einschätzung der revolutionären Bereitschaft im Volke, aber auch bei der Darstellung des operativen Plans vor. Auch ließ er sich nicht für eine „Flucht nach vorn“ verleiten, nur aus Furcht vor einer Aufdeckung. Er zog es vor, seinen operativen Plan vorläufig in der Schublade zu belassen.

Auf die Vorwürfe, die drei deutsche Emigranten in Baltimore, USA, gegen ihn erhoben haben, er hätte die Revolutionäre in Frankfurt gewissermaßen im Stich gelassen, antwortete Koseritz in der Beilage zur 25. Ausgabe der *Alten und Neuen Welt*, der Zeitung deutscher Einwanderer in den USA, am 18. Juni 1836: „Besser, es schmachten hundert Männer im Kerker, als daß das Schicksal von Millionen Menschen durch eine sinnlose Übereilung aufs Spiel gesetzt werde“¹²⁴. Obwohl er glaubte, die Aktion in Frankfurt sei übereilt, wusste er doch ihre historische Bedeutung als Präzedenzfall einzuschätzen. Nach Meinung Widenmanns bemerkte Koseritz, dass trotz der Niederlage ein Zeichen gesetzt worden war, mag der erste

¹¹⁹ StaL E 319 Bü 14 Frage 5534; Akt. Darst. neu, S. 44.

¹²⁰ StaL E 319 Bü 13.

¹²¹ StaL E 319 Bü 14 Frage 5534.

¹²² Akt. Darst. neu, S. 46.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Die Ausgabe befindet sich in: [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

Ansturm auch gescheitert sein. Beim Zweiten werden die gerammten Mauern nicht standhalten: „[K]omme es doch nächstens zu einem Hauptschlage, das Volk werde nun schon aufstehen“¹²⁵. Und Widenmann wollte ihn bestärken: „Jetzt sei einmal unter dem deutschen Panier Blut geflossen“¹²⁶. Darauf erwiderte Koseritz: „Aber blutwenig“¹²⁷. Koseritz fand keinen Sinn in vergeblich vergossenem Blut, wie bereits gezeigt wurde. Andererseits akzeptierte er die Tatsache, dass bei einer wirklichen Revolution wesentlich mehr Blut vergossen werden müsste, als es in Frankfurt geschehen ist. Lohbauer, der in Straßburg saß und dessen Beteiligung an den Ereignissen nicht ganz deutlich ist, drückte sich unverblümt aus: „Glaubt man denn, [...] wir lassen uns durch das Malheur in Frankfurt von Metternichs Hunden zertreten? Man weiß jetzt, daß wir Mut genug hatten, die Ratten in ihrem Nest selbst aufzusuchen. Das erste Mal waren es 80, das zweite Mal können es 800 werden und wenn dies nicht genug ist, 8.000“¹²⁸. Doch auch er distanzierte sich von der Übereiltheit dieser Aktion, bedauerte die Opfer und sah in der Rechtfertigung des Handelns an sich, mit dem Argument, jeder Anfang sei schwer, einen kleinen Trost¹²⁹. Maßgebend war jedoch auch für ihn die Tatsache, dass ein wichtiger Präzedenzfall in Deutschland geschaffen worden war. Lohbauer tröstete sich trotz seines Bedauerns über den übereilten Aufstand, die vergeblichen Opfer und den Schaden für die Sache der Revolution: „Eine solche Tat, eben in ihrer Blutigkeit und in ihrem wenn auch nur halben Wege des Gelingens, wendet ein Blatt der Geschichte um, auf dem ein neues anfängt. ‚Es will ernst machen‘, das wird ganz T[Deutschland] fühlen und dieses Gefühl macht ernst“¹³⁰. Büchner, der wie Lohbauer zur Zeit des Aufstandes in Frankfurt den Kreis der Gebrüder Stöber in Straßburg besuchte¹³¹, distanzierte sich ebenfalls von der Aktion, da die Zeit noch nicht reif sei für die Revolution. Es sei ein Fehler gewesen, den man teuer bezahlt habe. Doch er fügte hinzu: „Irren ist übrigens keine Sünde, und die deutsche Indifferenz ist wirklich von der Art, daß sie alle Berechnung zu Schanden macht“¹³². Mit

¹²⁵ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Nach dem Bericht des Agenten „Narding“ an Metternich vom 5. bis 11. April 1833. HHStaW St. K. Dt. Akten, ältere Reihe, K 278.

¹²⁹ Natürlich kann man die Worte des Agenten anzweifeln. Lohbauers Tagebucheintragungen weisen darauf hin, dass er weder an der Aktion beteiligt war, noch überhaupt davon wusste: „Wie leicht ist mir’s ums Herz, dass ich unwissend über alle diese Illusionen herging [...] wie muss es dem zumute sein, der Mitwisser, Mittreiber, ja Veranlasser dieser in der Luft gebauten für sich vergeblichen Opfertat war“. Lohbauers Tagebuch vom 6. April 1833, in: DLAM Sammlung Kauffmann; zitiert auch in: LANG, Rudolf Lohbauer, S. 168.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Zur Zeit des Aufstandes in Frankfurt war „Narding“, seinem Bericht zufolge, auf einem Treffen von 35, mehrheitlich deutschen Radikalen in Straßburg gewesen, die alle rote Mützen getragen hätten. Unter ihnen befand sich auch der Notar Stöber. HHStaW St. K. Dt. Akten, ältere Reihe, K. 278, 75.

¹³² Brief an die Familie, 5. April 1833, in: BÜCHNER, Werke, S. 248.

diesen Worten weist Büchner generell auf eine Ursache des Scheiterns einer Revolution in Deutschland hin. Gustav Körner, der zu den Anführern der Verschwörer in Frankfurt gehörte, hatte sich ja ähnlich geäußert.

Koseritz und die meisten Männer im Lager der Verschwörer in Württemberg waren überzeugt, dass eine Revolution notwendig sei und auch Erfolg haben könnte, jedoch nur zum richtigen Zeitpunkt. Die *Qualità di Tempi*, die notwendige Eigenschaft eines jeden Staatsmannes nach Machiavelli, war auch für die Führung einer revolutionären Verschwörung erforderlich. In einem der beiden Briefe, die Koseritz aus der Haft schmuggeln und nach Besançon schicken konnte, hieß es, der Sache der Revolution sei Schaden zugefügt worden. Gleichzeitig jedoch verlieh er der Hoffnung Ausdruck, dass zu erwartende repressive Maßnahmen – die ja eben infolge des gescheiterten Aufstands ergriffen würden – die Atmosphäre verschärfen und zu einer erneuten Gärung und vielleicht revolutionären Stimmung führen werden. „Gut Ding bracht Zeit“ schrieb Koseritz in dem Brief, dessen Inhalt rekonstruiert werden konnte¹³³.

Demnach konzentrierte sich die Diskussion innerhalb des republikanischen Lagers vorrangig auf die Frage des Zeitpunktes und nicht die Frage nach der Notwendigkeit einer Revolution. Wie erwähnt, hatte man in Löchgau beschlossen, monatlich zur Klärung und Absprache der Ziele zusammenzutreffen und weiterhin um Unterstützung zu werben. Der Referent selbst, der sicherlich kein Interesse daran hatte, das Ausmaß der Übertretungen, die den Geheimverschwörern in Württemberg zur Last gelegt wurden, zu mildern, schrieb in seinem für das Richterkollegium bestimmten Bericht: „Selbst zu der Vermutung, daß diese die letzte vorbereitende Versammlung gewesen sein würde, ist man entfernt nicht berechtigt“¹³⁴. Und er fährt fort: „Der glaubhaften Versicherung der Angeschuldigten zufolge, verhehlten sie sich nicht, dass das Volk noch keineswegs so günstig für die Revolution gestimmt sei, daß bei einem Angriff auf die bestehende Ordnung auf seine Teilnahme gerechnet werden könne, und doch wollten sie erst dann das endliche Handeln beschließen, wenn sie dieser Teilnahme versichert sein würden. Ihrem glaubhaften Vorbringen zufolge wußten sie durchaus noch nichts Zuverlässiges über die Stimmung und die Mittel des Auslandes für die Revolution und ob man dort geneigt sei, mit ihnen zu handeln und doch wollten sie nur dann über die Ausführung einen letzten Beschluß fassen, wenn sie in allen diesen Beziehungen befriedigende Aufschlüsse erhalten haben würden“¹³⁵. Und so konnte der Referent zu guter Letzt bemerken: „Wende man nicht ein, daß sich die Sache nach Umständen vielleicht schneller gemacht hätte, daß vielleicht Koseritz durch gelungene Bewegung im In- oder Auslande bestimmt worden wäre, ohne weitere Beratung mit seinen Genossen, im Vertrauen auf den Beistand derselben, loszuschlagen und daß sich dann vielleicht auch die Mitschuldigen angeschlossen haben würden. Ein

¹³³ HstaS E 285 Bü 70.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd.

solches übereiltes Handeln lag nicht in dem Plan der Angeschuldigten, sie dachten nicht daran, daß sie vielleicht ohne vorgängige weitere Beratung über das Vorhandensein der Voraussetzungen für den Entschluss zum Handeln zu diesem Entschlusse kommen würden und daß daher die Beratung im Dorn'schen Hause oder bei Franckh die letzte vor der Ausführung sein könne“¹³⁶.

Die Mehrheit der revolutionären Fraktion in Württemberg distanzierte sich von einem blinden Aktionismus, wie er Gärth und Franckh nachgesagt wurde. Doch selbst Franckh meinte während seiner Haft, wenn er frei gewesen wäre, hätte er versucht, diese Aktion zu verhindern¹³⁷. Franckh war wohl überzeugt, es sei, gerade weil Informationen zu den Behörden durchgesickert waren, töricht, in die Falle zu laufen, die die Behörden den Aufständischen bereitet hätten¹³⁸. Die revolutionäre Fraktion in Württemberg distanzierte sich von der übereilten Aktion in Frankfurt, so stellte es der Referent dar, weil sie weder mit der Stimmung noch mit den Mitteln zufrieden war¹³⁹. Interessant ist in diesem Kontext der Umstand, dass je günstiger das eine Element ausfällt, desto weniger fällt das zweite Element ins Gewicht. Mit anderen Worten: Je günstiger die Stimmung für eine Revolution, desto weniger braucht man sich um die Mittel zu kümmern. Andererseits wächst die Bedeutung der Mittel, je ungünstiger und zweifelhafter die Stimmung für eine Revolution wird. So konnte es geschehen, dass die Verschwörer in Frankfurt und Hessen alle ihre Hoffnung im Wesentlichen auf die militärischen Mittel setzten – also auf Koseritz –, während es an Gärung und revolutionärer Stimmung mangelte. Koseritz dagegen setzte beide Elemente in ihrer Bedeutung gleich. Dieser Position schlossen sich die meisten Verschwörer in Württemberg an. Die Furcht vor einer Aufdeckung, die die Verschwörer in Frankfurt über jede rationale Überlegung hinaus anspornte, beeinflusste die Württemberger nicht, vielleicht weil man hier, anders als in Frankfurt, noch nicht von der frühen Phase der Vorbereitung in die endgültige operative Phase eingetreten war¹⁴⁰.

Natürlich gab es auch in Württemberg ein operatives Programm, nämlich Koseritz' erwähnter Eventualplan, der einstweilen noch in der Schublade lag. Und natürlich bestanden Kontakte – in erster Linie zwischen Koseritz und den Unteroffizieren –, die ihn schwer belasten konnten. Doch er verlor nicht die Fassung, auch nicht, als Wagner, der ehemalige Jugendbündler und Landtagsabgeordnete, ihm berichtete, dass etwas von der Militärverschwörung in Württemberg bei den

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Dies sagte Franckh wohl zum Gefängniswärter in Tübingen, nach der Verteidigungsschrift von Franckhs Rechtsanwalt Römer. StaL E 319 Bü 38.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Siehe S. 394 f.

¹⁴⁰ Aus diesem Grunde milderte das Gericht in zweiter und letzter Instanz die Strafen der Angeklagten im Kriminalprozess in Württemberg: „Die Abänderung hatte einzig darin ihren Grund, daß [...] die oberste Gerichtsstelle davon ausging, daß die Recurrenten noch keineswegs alle Vorbereitungs-handlungen erschöpft gehabt haben, daß es vielmehr noch weiterer vorbereitender Schritte bedurft hätte“; Akt. Darst. neu, S. 49.

Behörden durchgesickert sei. Koseritz war sich wohl des Dilemmas bewusst, das mit einer revolutionären Geheimverschwörung einherging, nämlich, dass die Gefahr einer Aufdeckung immer größer wurde, je länger man das Handeln herauszögerte¹⁴¹. Andererseits aber wusste er, dass man auf die rechte Stunde zu warten hatte, wie es sein Verhalten und seine Äußerungen vor und nach dem Frankfurter Aufstand ja zeigten.

Die rechte Stunde, die nach entsprechender Stimmung und gebührenden vorbereiteten Mitteln gemessen wurde, konnte sich nach weiteren politisch repressiven Schritten der Bundesversammlung ergeben. Nach der Auflösung der liberalen Landtage im Kurfürstentum Hessen am 18. und in Württemberg am 22. März 1833 infolge des Drucks der „Heiligen Allianz“ fingen die Gemüter Feuer. Unter den Verschwörern kursierten Gerüchte, in der Folge der Landtagsauflösungen seien weitere Schritte zu erwarten, wie zum Beispiel die Aufhebung der Verfassungen und/oder die Stilllegung der Landtage im Kurfürstentum Hessen und in Württemberg für die kommenden fünf Jahre – dies zusätzlich zu den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni 1832. Die österreichische Geheimpolizei, die zu dieser Zeit durch Spitzel Hinweise auf die Verschwörung bekommen hatte, zeigte sich besorgt, Informationen über die restriktiven Schritte des Bundestags könnten an die Verschwörer durchsickern¹⁴². Auf zusätzliche Repressionen und Einschränkungen der Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten stützte sich auch Koseritz in einem rekonstruierten Schreiben, das er an den Führer der Exilpolen in Besançon geschickt hatte: „Leider ist bei uns die Sache noch nicht so weit, daß wir an eine Auferstehung unserer süddeutschen Staaten denken könnten. Hoffentlich wird der Bundestag sein Scherflein dazu beitragen, die Universitäten einschränken und die Verfassung so umändern, daß von der guten alten Verfassung nichts mehr als eine Blanca Charta übrig bleibt. Dies alles abzuwarten, ist durchaus notwendig. Denn der deutsche Bauer ist in seinen Handlungen gerecht und will vorher hinlängliche Beweise haben, bis man ihn dahin bringt, daß er zur Sense greift“¹⁴³. Diese Maßnahmen vonseiten des Bundes erfolgten in der Tat mit der Verabschiedung der Geheimen Sechzig Artikel am 12. Juni 1834. Diese beschnitten nicht nur die Befugnisse der Landstände, die Autonomie der Universitäten und die Freiheit der Presse, sondern richteten zudem eine vom Bundestag geregelte, überstaatliche Schiedsgerichtsbarkeit ein.

¹⁴¹ Nach Maltés Aussage; siehe StaL E 319 Bü 11 Frage 2131.

¹⁴² Bericht von Lizius, einem Teilnehmer am Frankfurter Wachensturm, der später zum österreichischen Agenten wurde; siehe HHStaW St. K. Dt. Akten, ältere Reihe, K 290 Fasz. 207. In diesem Zusammenhang muss auf die geheimen Informationen hingewiesen werden, die aus der Bundesversammlung durchsickerten und die diese Befürchtungen nur bestärkten. Später wurden sie von G. Kombst, einem ehemaligen hohen Beamten des Bundestages in Frankfurt in seinem Buch veröffentlicht: KOMBST, Der deutsche Bundestag, S. 93.

¹⁴³ HstaS E 285 Bü 70.

Die Erwartung eines derartigen Schrittes brachte Weidig dazu, an den Vorbereitungen für den geplanten Aufstand teilzunehmen. Als ihm bekannt wurde, dass die Verschwörer angesichts einer Aufdeckung möglichst bald losschlagen wollten, ohne auf die weiteren repressiven und herausfordernden Schritte vonseiten der Regierungen zu warten, löste er sich von der Verschwörung los¹⁴⁴. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Stimmung wirklich ausreichend aufgeheizt hätte infolge derartiger repressiver Schritte. Der Gürtler Dorn, Koseritz' Vertrauter und – „einer der würdigsten Bürger Ludwigsburgs“¹⁴⁵ –, verließ sich auch auf repressive Schritte, die vonseiten des Bundestages zu erwarten waren und die eine Gärung im Volk bewirkt hätten¹⁴⁶. Er hob hervor, dass diese Schritte neben der Pflege der Kontakte mit Elementen außerhalb Württembergs Vorbedingungen für eine Revolution in Württemberg waren. „Die Sache war eigentlich erst im Werden“, wie er sagte¹⁴⁷.

Koseritz schrieb in seinem erwähnten Artikel in der Zeitung der deutschen Emigranten in Amerika, er hätte bis zu 4.000 Soldaten am 3. April 1833 auf die Beine bringen können¹⁴⁸. Ob er auch die Unterstützung der zivilen Teilnehmer hätte gewinnen können, zweifelte er an. Und so kam er zu der Schlussfolgerung: „So wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, war Zurückgezogenheit, täuschende Gleichgültigkeit, Abwartung eines günstigeren Zeitpunktes, um unser Leben mit Würde und glücklichem Erfolge dem Wohl der Menschheit zu opfern, die einzige Aufgabe, die ich und meine Freunde noch zu lösen hatten. Denn wie ein Don Quixote gegen Windmühlen zu kämpfen, konnte wohl mit Recht niemand von uns erwarten“¹⁴⁹. Koseritz verzichtete nicht auf die Idee an sich, nur deren Verwirklichung wollte er auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wissen¹⁵⁰.

¹⁴⁴ GÖRISCH/MAYER, Untersuchungsberichte, S.22, 367.

¹⁴⁵ So schrieb Koseritz in einem Artikel im amerikanischen Exil in der Beilage Nr. 25 der *Alten und Neuen Welt*, Philadelphia, 18. Juni 1836.

¹⁴⁶ StaL E 319 Bü 14.

¹⁴⁷ Ebd.

¹⁴⁸ Beilage Nr. 25 der *Alten und Neuen Welt*, Philadelphia, 18. Juni 1836.

¹⁴⁹ StaL E 319 Bü 14.

¹⁵⁰ Anzumerken wäre hier noch, dass Kauffmann von Koseritz nach dem Treffen in Großgartach zu Rödinger und Tafel geschickt wurde. Beide waren damals bereits zusammen mit zwei weiteren ehemaligen Mitgliedern des Jünglingsbundes aus dem württembergischen Landtag ausgeschlossen worden. Koseritz war der Überzeugung, dieser Ausschluss würde ihre Haltung extremer werden lassen. Auch war er neben Dorn der Einzige von den Verschwörern in Württemberg, der nicht verhaftet worden war. Er suchte Rückendeckung, erhielt aber von Rödinger und Tafel im Hinblick auf eine gewaltsame Revolution eine negative Antwort. Dies bestärkte seine Abneigung, zu diesem Zeitpunkt loszuschlagen; siehe Akt. Darst. alt, S. 108.

C. Aufdeckung und Ahndung

Die Verschwörung wurde frühzeitig aufgedeckt. Was die Behörden zunächst auf den Plan rief, war die Verbreitung „auführerischer“ Flugblätter im Tübinger Land. Die Untersuchungen drehten sich zunächst nur um diesen begrenzten Tatbestand. Sie dehnten sich allmählich aus, wobei auch Spuren des Verrats in Frankfurt den Behörden in Württemberg die Augen öffneten. Die Flugblattaktion erwies sich nur als Spitze des Eisbergs.

Den Ende Januar 1833 einsetzenden Recherchen der Tübinger Polizei folgte die Aufnahme der Untersuchungen in Stuttgart. Erste Verhaftungen erfolgten bald: Nach Mayer, Hardegg und Franckh wurde Groß am 11. Februar festgenommen. Diese kamen vorerst alle ins Tübinger Gefängnis. Neue Fahndungen infolge des gescheiterten Wachensturms vom 3. April 1833 in Frankfurt am Main führten zu einer Verhaftungswelle in Württemberg, die sich auf verschiedene Regionen des Landes ausdehnte. Angeblich infolge der Aussagen Franckhs vom 28. Mai wurden am 30. Mai Widenmann, am 1. Juni Dorn und Groß (zum zweiten Mal) verhaftet. Während Widenmann und Groß nach Tübingen ins Gefängnis kamen, blieb Dorn vorerst in Ludwigsburg eingesperrt. Bereits zuvor, am 8. Mai, kamen in Stuttgart Malté und Elsner in Haft wegen mutmaßlicher Verbreitung der revolutionären Schrift „Eins ist Noth“, ihnen folgten E. Schmidlin und der Bierwirt Frank¹⁵¹ am 17. Mai wegen der gleichen Anschuldigung. Kurz darauf ereilte dieses Schicksal die anderen zivilen Verdächtigten.

Koseritz kam durch die zunehmenden Verhaftungen in Bedrängnis. So stellte er sich bereits am 10. Mai 1833 dem Militärgouverneur von Ludwigsburg, August Ferdinand von Hügel, um der befürchteten Aufdeckung der Verschwörung zuvorzukommen und durch Teilinformationen den Schaden zu begrenzen. Am 14. Mai traf sich Koseritz mit dem Kriegsminister Ernst Eugen von Hügel und am 22. Mai mit dem König höchstpersönlich, die ihm beide die Freiheit zusicherten, falls er freimütig alles aussage. Der König verbürgte in diesem Fall auch dessen zukünftige bürgerliche Existenz¹⁵². Die Voruntersuchung wurde durch das Auditoriat des Militärgouvernements Ludwigsburg durchgeführt. Sie begann am 25. Mai. Hierbei deckte Koseritz im Wesentlichen die Unteroffiziere, die Mitoffiziere, die „Hochwächter“ und andere der zivilen Mitverschwörer, aber natürlich in erster Linie sich selbst. Dahingegen belastete er vor allem Franckh, den er verdächtigte, ihn selbst zu inkriminieren. Koseritz soll laut den Untersuchungsbehörden viele Informationen preisgegeben haben, auch über die ausländischen Verbündeten. Gerüchte hierüber machten sich auch in der Öffentlichkeit breit.¹⁵³ Er gab zu, dass er in der außergerichtlichen Aussage, dank der versicherten Immunität, freimütiger war, als wenn er in Untersuchungshaft gesessen hätte. Er musste sich später gegen den Vorwurf

¹⁵¹ Der Bierwirt Frank aus Stuttgart hatte an der Echterdinger Versammlung teilgenommen.

¹⁵² Rechtsgutachten [HstaS E 271k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

¹⁵³ Ebd.

des Verrats vonseiten mancher deutscher Emigrantenkreise in Amerika wehren¹⁵⁴. Der Untersuchungsrichter Bleibel hat kein gutes Haar an Koseritz gelassen. Er schilderte ihn u. a. als leichtsinnig, selbstsüchtig und intrigenhaft, ohne intellektuelle Vorbildung, aber als nicht unbegabt¹⁵⁵. Dahingegen pries ihn der *Nieder-rheinische Merkur* als außerordentlich begabten Offizier von patriotischer Gesinnung¹⁵⁶. Anschuldigungen vonseiten einiger Verhafteter (Franckh, Groß, Mayer und Widenmann), die u. a. die Verbindung zwischen Koseritz und den Unteroffizieren aufdeckten, gaben den Behörden schließlich Anlass Koseritz am 7. Juni 1833 zu verhaften. Ihm wurde vorgeworfen, sein Versprechen an den König und seinen Schwur, die gesamte Affäre aufzudecken, gebrochen zu haben. Er wurde auch der Kontaktaufnahme mit einigen der Beteiligten (Dorn, Kauffmann, Schwarz) nach der Begegnung mit dem König bezichtigt, entgegen seiner Zusage, diese Kontakte zu meiden¹⁵⁷. Am 7. Juni wurden auch Feldwebel Lehr, sein engster Vertrauter und Feldwebel Jung festgenommen. Am 10. Juni erreichte man die Unteroffiziere Pallmer, Johann und Christoph Kraft sowie Breckle, am 12. Juni Essich, am 15. Juni Zucker und Vögele. Diese blieben in Untersuchungshaft bis zum Prozess. Vögele nahm sich am 26. Juli 1833 im Gefängnis durch Erhängen das Leben. Die Unteroffiziere Keller, Laible, Koch, Feuchter, Knoos, Dippon und Hofsäß wurden nach kürzerer Untersuchungshaft freigesetzt. Stabsfourier Ritter wurde am 17. Juni verhaftet. Ab diesem Datum begann auch die Verhaftung der Offiziere. Zuerst kamen einige Offiziere aus dem äußeren Kreis der Verschwörung in Haft. Es folgten Becher, Venninger und Reitter am 2. Juli, Raht und Müldenstein am 3. Juli. Der angeklagte Oberleutnant Zeller saß nicht in Untersuchungshaft.

Als der Nebel der Ungewissheit sich langsam verzog und der Zusammenhang zwischen den untersuchten Fällen den Behörden allmählich deutlich wurde, ordnete der König am 29. Mai 1833 vertraulich die Errichtung einer besonderen Ministerialkommission an, die die Untersuchungen koordinieren sollte. Die Kommission bestand aus den Departementschefs des Auswärtigen, des Kriegs- und Justizministeriums unter der Leitung des Geheimratspräsidenten von Maucler. Oberjustizrat von Prieser wurde zum Sekretär (Aktuar) der Kommission ernannt¹⁵⁸. Diese Koordinationsinstanz mischte sich, entgegen dem Gewaltenteilungsprinzip, recht bald in die Untersuchungen ein. In der Abgeordnetenversammlung sprach der Geislinger Abgeordnete gar von einer „Untersuchungsjunta“¹⁵⁹. Am 6. Juni erging der Beschluss, die Tübinger Untersuchung mit dem Stuttgarter

¹⁵⁴ Siehe S. 419 Anm. 20.

¹⁵⁵ HstaS E 285 Bü 86.

¹⁵⁶ HstaS E 65 Bü 211.

¹⁵⁷ Zu dieser Entwicklung bis zur Verhaftung von Koseritz siehe HstaS E 285 Bü 81; [HstaS E 271 k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94]; [HstaS E 271 k Bü 103, Bü 105].

¹⁵⁸ StaL E 319 Bü 40 Qu. 279; HstaS E 301 Bü 18.

¹⁵⁹ So in dessen Motion vom 14. August 1833. *Schwäbische Kronik* 19. August 1833, HstaS E 301 Bü 18; siehe auch Artikel „Jury“ in: Staats-Lexikon, Bd. 9, Altona 1840, S. 84.

Verfahren zu vereinigen und die Untersuchung aller verdächtigen Zivilpersonen einem neu errichteten Zentraluntersuchungsgericht auf dem Hohenasperg zu übertragen. Zum zuständigen Untersuchungsrichter wurde Oberjustizrat Bechter ernannt. Ab dem 9. Juni wurden sukzessiv die Häftlinge aus Tübingen, Ludwigsburg und Stuttgart auf den Hohenasperg gebracht. Dieses Gericht arbeitete eng mit dem militärischen Gouvernements-Auditoriat in Ludwigsburg zusammen. Am 11. Juni wurde auf Anordnung des Kriegsministers ein militärisches Zentraluntersuchungsgericht errichtet.

Die Koordinierung der Untersuchungen erleichterte den gegenseitigen Informationsaustausch und ermöglichte es den Behörden die Inhaftierten gegeneinander auszuspielen. Informationen wurden z.T. durch physischen und psychischen Druck herausgelockt.

Die Untersuchungen im Zivilstrafverfahren begannen am 31. Januar 1833 und dauerten insgesamt zwei Jahre und fünf Monate. Bis zum Urteilsspruch im Revisionsverfahren vergingen noch einmal dreieinhalb Jahre, insgesamt also fast sechs Jahre. Die lange Untersuchungshaft galt als eine der schlimmsten Auswüchse des deutschen, geheimen, schriftlichen und tendenziösen Strafverfahrens. Dieses Strafverfahren galt für Liberale und Demokraten im Vormärz als ein Stein des Anstoßes, als Indiz für das überholte Unrechtssystem, als ein „Krebsschaden der Zeit“, um sich auf Hardeggs Worte zu berufen¹⁶⁰. Zu den liberalen Standardforderungen gehörte das öffentliche, mündliche Schwurgericht. Das bestehende Inquisitionsverfahren, das den Angeklagten manchmal über Jahre ohne Rechtsbeihilfe eines Verteidigers der Willkür eines Untersuchungsrichters aussetzte, war im Vormärz üblich. Dabei waren die Arrestbedingungen der Untersuchungshaft meist viel schlechter als die der Zuchthäuser selbst¹⁶¹.

Hardegg war einer der Häftlinge, die sich, wie auch Franckh, Groß und Malté, im Arrest gegen dieses System zur Wehr gesetzt hatten. Er konstatierte: „Wir verlangten Öffentlichkeit und Geschworene. Wer den geraden Weg geht, braucht das Licht nicht zu scheuen“¹⁶². Trotz der Verschleierung des ganzen Verfahrens sickerten Informationen an die Öffentlichkeit durch. Am 3. Oktober 1833 übte die *Neckar-Zeitung* Kritik an den Verdunkelungstaktiken und veröffentlichte zum ersten Mal Einzelheiten. Danach verschwand der Fall aber bis zur Urteilsverkündung wieder in der Versenkung.

Die krassesten Vergehen der Geheimjustiz in Deutschland gegen politische Gegner in dieser Zeit waren die gegen Ludwig Weidig und Sylvester Jordan in den hessischen Nachbarstaaten. Den politischen Häftlingen im Zivilstrafverfahren wurde der Kontakt zu ihren Verteidigern verwehrt, worüber sie sich beschwerten. Die Funktion der Verteidiger war ohnehin sehr eingeschränkt¹⁶³. Der Referent

¹⁶⁰ Landesbibliothek Stuttgart Handschr. Abt. Cod. Hist. 4^o 372.

¹⁶¹ HstaS E 301 Bü 18. ARNSBERG, Demokraten, S.74–100.

¹⁶² StaL E 319 Bü 40.

¹⁶³ Ebd., S.79. Zur Vormärzkritik am geheimen Justizwesen und der politischen Verfolgung siehe neben dem erwähnten Stichwort „Jury“ in: Staats-Lexikon, Bd.9, Altona 1840,

sollte in Personalunion Verteidiger und Ankläger sein. In der Praxis trat er als Ankläger auf. Dem Korreferenten kam unter Umständen eine ausgleichende Funktion zu. Erst nach Abschluss der Verhöre ist dem Angeklagten Rechtsbeistand gestattet worden. Aber auch die Verteidigung diente nur dazu, den Angeklagten bei seiner Verteidigungsschrift zu beraten. Es blieb sodann dem Referenten überlassen, was er davon in seinen Vortrag aufnehmen wollte¹⁶⁴. Im Militärstrafverfahren gab es von Beginn an keinen Platz für einen Verteidiger¹⁶⁵. Aus diesem Grund wurde der Urteilsspruch der ersten Instanz vom 12. bis zum 31. Dezember 1834 automatisch der Überprüfung des Revisionsgerichts weitergeleitet. Um den Anschein einer Willkürjustiz zu vermeiden, nahm das „Prinzip der erschöpfenden Langsamkeit“ im Zivilstrafverfahren überhand¹⁶⁶. Franckh und Hardegg nahmen dadurch schlimmen gesundheitlichen Schaden. Franckh, der sich in der Haft tapfer schlug und seinen Standpunkt nicht verhehlte, büßte hierfür mit Prügelstrafen und Hungerkost. Hinzu kamen ständige Schikanen und eine lange Isolationshaft. Dem Untersuchungsrichter warf er entgegen: „Sie haben nicht das Recht, mich in den Tod zu ärgern“¹⁶⁷. Sein Gesundheits- und Gemütszustand verschlechterte sich ständig. Der Arzt, der ihn aufsuchte, bekam einen Schrecken, als er ihn sah¹⁶⁸. Franckh meinte sarkastisch, dieses Verfahren würde einem Richter des portugiesischen reaktionären Potentaten Dom Miguel der 1820er und 1830er Jahre oder der spanischen Inquisition unter König Ferdinand anstehen, jedoch dem Geist der neuen Zeit widersprechen¹⁶⁹. Trotz der Schikanen machte sich Franckh nach der Verurteilung und Inhaftierung in Gotteszell an eine Übersetzung von Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ ins Deutsche, obwohl seine Französischkenntnisse bescheiden waren. Die Gefängnisleitung reagierte verschreckt und „legte ihm das Handwerk.“ Das Verbot wurde damit begründet, dass offensichtlich ein Zusammenhang bestünde zwischen Rousseaus Werk und „Theorien, deren einseitige Auffassung ohne Zweifel den Verirrungen dieses Gefangenen zu Grunde liege“¹⁷⁰. Hardegg wurde zum Beispiel zu 40 Stockprügeln verurteilt, als er die im Hohenasperg stationierten Soldaten aufrief, sich als freie Männer gegen die obrigkeitshörigen „Königsknechte“ zu verhalten¹⁷¹. Auch ihm ist ständig zugesetzt worden. Dem Untersuchungsrichter warf er vor: „Ihr Verfahren mir gegenüber ist und bleibt

S. 28–160 auch das Stichwort „Strafverfahren, Criminalproceß“ in: Staats-Lexikon, Bd. 15, Altona 1843, S. 274–298.

¹⁶⁴ StaL E 319 Bü 40.

¹⁶⁵ Die angeklagten Offiziere, Koseritz ausgenommen, erbaten um den Rechtsbeistand von Friedrich Römer, Rechtsanwalt und führender liberaler Oppositioneller im Landtag. Reiter erbat auch als Alternative den Rechtsbeistand von Gustav Duvernoy, ebenfalls führender liberaler Landtagsabgeordneter. Ihnen ist diese Bitte verwehrt worden.

¹⁶⁶ StaL E 319 Bü 121.

¹⁶⁷ StaL E 319 Bü 15.

¹⁶⁸ Ebd.; StaL E 319 Bü 14.

¹⁶⁹ StaL E 319 Bü 21.

¹⁷⁰ HstaS E 301 Bü 40.

¹⁷¹ GlaK Abt. 49 Nr. 2721.

hinterlistig und lügenhaft. Sie sind ein infamer Lügner; ein elender“¹⁷². Er gab zu, durch das „hündische Gerichtsverfahren“ sich verstrickt zu haben¹⁷³. Wie Franckh wurde auch Hardegg langsam in den Wahnsinn getrieben¹⁷⁴. In seinem Einspruch gegen sein Urteil in der ersten Instanz, schrieb er am 22. August 1838: „[W]enn ein Volk zu Vieh wird, [sind] Regenten und Lehrer daran schuldig [...], wie man in Frankreich nachweisen kann.“ Und er fügte hinzu: „Mein Kopf ist ein anderer Kopf als ein Schreibers- oder Büro-Kopf. Mein Trachten geht dahin, ein unabhängiger prüfender Geist zu werden, mit einem Wort ein Mensch“¹⁷⁵. Malté wiederum bekannte: „Diese Untersuchung hat mich in der Blüte meines Lebens zum alten Mann gemacht, Körper und Geist sind zerrüttet, jede Lust am Leben dahin“¹⁷⁶.

Selbst der Untersuchungsrichter im Militärstrafprozess, Auditor Ernst Bleibel, bekannte, sich selbst durch die Last der Verhöre einen Lungenschaden zugezogen zu haben. Er starb jung, kurz nach Beendigung des Prozesses im Jahre 1838¹⁷⁷. Sogar der „erkennende Richter“ griff die zermürbende Untersuchung an und bemängelte die überhandnehmende „deutsche Gründlichkeit“, die von dem übereifrigen Untersuchungsrichter an den Tag gelegt worden war¹⁷⁸. Im Zivilstrafverfahren wurden 8.930 Fragen gestellt und im Militärstrafverfahren waren es 8.036.

Koseritz, dem nachgesagt wurde, in der Gunst des Königs gestanden zu haben, schrieb retrospektiv im amerikanischen Exil über seine und Lehrs Untersuchungshaft: „Ist es Gnade, wenn man zwei Jahre lang einsam in einem schlechten Kerker seine Lebenstage zubringen muß?“¹⁷⁹

Zum Abschluss sei nun der liberale württembergische Landtagsabgeordnete Albert Schott zitiert, der bemerkte: „Man regiere gut, dann fallen politische Prozesse weg“¹⁸⁰. Offensichtlich regierte man seiner Ansicht nach nicht gut. Die verfolgten Demokraten, „Ultraliberalen“ und Republikaner wollten einen radikalen Wandel, weil sie nicht mehr an Reformen glaubten. Aber nur wenige von ihnen haben sich durchgerungen, auf eine Revolution hinzuarbeiten. Und unter denen, die dies taten, gingen die Meinungen auseinander, wie dies zu geschehen habe und wann der rechte Zeitpunkt gekommen sei.

Im Militärstrafverfahren wurden von den 27 angeklagten Offizieren und Unteroffizieren 17 in dem Hauptprozess und zwei in einem Nebenprozess verurteilt. Während der Untersuchung erhängte sich, wie gesagt, der Unteroffizier Vögele am 26. Juli 1833 mit 26 Jahren. Der Urteilsspruch in erster Instanz erfolgte am 31. Dezember 1834 nach nur 19-tägiger Verhandlung. Im Hauptrevisionsverfahren

¹⁷² HstaS E 301 Bü 24.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ StaL E 319 Bü 40.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ HstaS E 285 Bü 74.

¹⁷⁸ [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁷⁹ *Alte und Neue Welt*, Beilage zu Nr.25, Philadelphia, 18, Juni 1836.

¹⁸⁰ StaL E 319 Bü 40.

in Stuttgart zwischen dem 23. und 31. März 1835 wurden Koseritz „wegen Hochverrats und einer zu diesem Zwecke unter dem Militär angezettelten, auf einen Militäraufbruch gerichteten Meuterei“, Lehr wegen der besonders tätigen Teilnahme an der Meuterei und deren Ausbreitung zum Tode durch Erschießung verurteilt¹⁸¹. Vier Offiziere (Raht, Reitter, Becher und Müldenstein) wurden wegen Teilnahme an der Meuterei und anderer „staatsgefährlicher Umtriebe“ bzw. wegen Teilnahme unter milderer Umständen (Venninger) zu strengem Festungsarrest verurteilt. Das Höchstmaß betrug 4 Jahre¹⁸². Im Falle Koseritz' sowie fünf anderer Offiziere kam die „ehrlose Kassation“ (unehrenhafte Entlassung aus dem Militärdienst) bzw. die Entlassung ohne Abschied (Venninger) hinzu. Acht Unteroffiziere wurden der Teilnahme an der Meuterei und der Beihilfe zum Aufbruch (Essich, Pallmer, J. Kraft, Chr. Kraft, Breckle, Jung, Bellon, Zucker), zwei wurden der vorsätzlichen (Ritter) bzw. der nichtvorsätzlichen (Keller) „unterlassenen Anzeige“ beschuldigt. Das Höchstmaß betrug 5 Jahre Festungsarbeitsstrafe¹⁸³. Im Falle Lehrs sowie elf anderer Unteroffiziere kam die Degradierung zum einfachen Soldaten, die schimpfliche Ausstoßung aus dem Militär und der Verlust der Einstandskautions hinzu. Koseritz musste zwei Fünftel, Lehr ein Fünftel und die anderen Schuldigen den dreißigsten Teil der Untersuchungskosten tragen. Der König bestätigte das Urteil am 20. April. Koseritz und Lehr wurde am 24. April in früher Morgenstunde nach „erstandener Todesangst“ auf dem Richtplatz, nachdem bereits das Fertigmachen zur Exekution kommandiert war, die Todesstrafe erlassen¹⁸⁴. Sie wurde in lebenslange Verbannung in einen anderen Erdteil umgewandelt. Koseritz verpflichtete sich, unter dem Familiennamen seiner Mutter (Erbe) in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und nicht mehr nach Württemberg zurückzukehren. Dies war die Bedingung für den Straferlass. Das Urteil schlug Wellen außerhalb Württembergs. Der österreichische Staatskanzler Metternich begrüßte die Vertreibung Koseritz' ins Exil und drückte die Hoffnung aus, auch andere Staaten würden so mit „Unruhestiftern“ umgehen¹⁸⁵. Der Prozess gegen die Offiziere Schnitzer und Zeller fand gesondert statt.

Die Milderung der gegen Koseritz und Lehr ausgesprochenen Todesstrafe gab zu allerlei Spekulationen Anlass, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden kann. Allgemein darf man sagen, dass viele hierin eine Bestätigung des nirgends begründeten Gerüchts sahen, Koseritz sei ein illegitimer Sohn des Königs. Andere

¹⁸¹ HstaS E 283 a Bü1.

¹⁸² Die Haftstrafe der Offiziere im Einzelnen: Raht – 4 Jahre; Reitter und Becher – 2,5 Jahre; Müldenstein – 2 Jahre; Venninger – 6 Monate. Schnitzer und Zeller wurden in einem gesonderten Strafverfahren zu 4 Wochen Arrest 2. Grades verurteilt und vom König in einem Ehrengericht verwarnt. [HstaS E 271 k Bü 87, Bü 93–101, Bü 109, Bü 218].

¹⁸³ Die Haftstrafe der Unteroffiziere im Einzelnen: Essich und Pallmer – 5 Jahre; J. Kraft – 4 Jahre; Breckle – 3,5 Jahre; Jung, Bellon und Zucker – 3 Jahre; Chr. Kraft – 2,5 Jahre; Ritter – 6 Monate. Keller kam mit der Degradierung zum einfachen Soldaten davon. Seine Haftstrafe betrug vierwöchigen Arrest, unter Anrechnung des strengen Sicherheitsarrests.

¹⁸⁴ [HstaS E 271 k Bü 93, Bü 110; E 280 Bü 76; E 285 Bü 83, Bü 93–94].

¹⁸⁵ Schreiben des württembergischen Gesandten in Wien von Blomberg an den württembergischen Außenminister von Beroldingen vom 5. Mai 1835. HstaS E 65 Bü 211.

schrieben die Strafmilderung dem ursprünglich an Koseritz ergangenen königlichen Versprechen zu, im Gegenzug zur Aufdeckung der Affäre sein Leben zu schonen und seine Zukunft zu sichern. Um die Interpretationen, die sich allein auf Koseritz und seine angeblich königliche Herkunft bezogen, infrage zu stellen, mag ein Hinweis darauf ausreichen, dass auch Lehr von der Begnadigung des Königs betroffen war.

Die Untersuchungen im Vorfeld des zivilen Strafverfahrens umfassten 50 Personen. Einige von ihnen gerieten allein wegen mutmaßlicher Sympathien für die Verdächtigen in die Affäre. Zwei hingegen sind vorzeitig geflohen beziehungsweise ausgewandert und fielen somit nicht unter diese Zahl. Gegen einige von ihnen wurde das Verfahren vorzeitig eingestellt. Andere wiederum wurden in einem gesonderten Verfahren untersucht und gerichtlich geahndet. Insgesamt 23 Personen wurden schließlich in erster Instanz vom Kriminalsenaat des Gerichtshofs des Neckarkreises in Esslingen zwischen dem 23. Januar und dem 17. Februar 1838 im Prozess gegen „Franckh und Genossen wegen Hochverrat“ abgeurteilt.

Franckh und Hardegg wurden wegen „im Komplote versuchten Hochverrats“ sowie anderer Vergehen, wie Franckhs Fluchtversuch aus dem Tübinger Gefängnis und „Injurien“ gegen Amtsträger zu je 14 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung eines Teils der fünfjährigen Untersuchungshaft verurteilt. Die höchste Strafe erhielt jedoch Dorn, nämlich 15 Jahre Zuchthaus. Die restlichen Strafen erstreckten sich von 9 Jahren abwärts unter verschiedenen Haftbedingungen. Im Revisionsverfahren vor dem Obertribunal des Kriminalsenaats in Stuttgart am 29. Januar 1839 wurde das Strafmaß einiger Verurteilter gemildert, so im Falle Franckhs und Hardeggs auf 9 Jahre unter Anrechnung eines Teils der Untersuchungshaft¹⁸⁶. Die Verurteilten mussten zu verschiedenen Anteilen für die Untersuchungs-, Haft- und Prozesskosten aufkommen.

Sonderverfahren liefen gegen Heinrich Elsner, den radikalen Publizisten, den „Bergkandidaten“ Kower und „Genossen“ „wegen Verbreitung aufrührerischer Schriften“ sowie den „Rechtsamtskandidaten“ Heinrich Nast aus Schwäbisch Gmünd „wegen Teilnahme an einer hochverräterischen Verbindung“. Letzterer gehörte nicht zur Verschwörung¹⁸⁷. Die Ermittlungen in diesen drei Fällen wurden

¹⁸⁶ Die Haftstrafe der anderen im Einzelnen: Groß – 8 Jahre Zuchthaus im ersten, 5 Jahre im zweiten Verfahren; Schreiber – 9 beziehungsweise 6 Jahre Zuchthaus; Mayer – 6 Jahre Zuchthaus beziehungsweise 4,5 Jahre Festungsstrafe; A. Krauß – 6,5 Jahre Zuchthaus beziehungsweise 4,5 Jahre Festungsstrafe; Malté – 9 beziehungsweise 6 Jahre Zuchthaus; Widenmann 4 Monate Festungsstrafe; Kauffmann – 4,5 Jahre Festungsstrafe; Weihenmaier – 4,5 Jahre Festungsstrafe; Schwarz – 3 Jahre Festungsstrafe; F. Krauß – 1 Jahr Festungsstrafe; Schertlen – 2,25 Jahre Festungsstrafe; E. Schmidlin – 10 Monate Festungsstrafe; Dehm – 6 Monate Festungsstrafe; Kammerer – 2 Jahre Festungsstrafe; Himmelreich – 1 Jahr Festungsstrafe; Fieß – 6 Monate Festungsstrafe; Unz – 1,5 Jahre Festungsstrafe; Herrlinger – 2 Monate Festungsarrest; Tafel – 6 Monate Festungsstrafe; Rödinger – Freispruch.

¹⁸⁷ Nast wurde angelastet, mit radikalen politischen Flüchtlingen in der Schweiz 1834 revolutionäre Pläne geschmiedet zu haben. HstaS E 50/01 Bü 608. Das Urteil gegen Nast, das von

ebenfalls Bechter anvertraut. Als letztes wurde im Juni 1833 eine zusätzliche Untersuchung gegen 74 Mitglieder der Burschenschaften in Tübingen eingeleitet, die nur das äußere Umfeld der Verschwörung berührte.

Elsner wurde wegen seiner radikalen publizistischen Tätigkeit, darunter die Abfassung der Flugschrift „Gespräch eines Oberamtmanns und eines Wahlmanns“ und die Redaktion der *Neckar Zeitung* im Revisionsverfahren am 17. Februar 1837 in Stuttgart zu zehn Monaten Festungshaft ersten Grades verurteilt¹⁸⁸. Die Zeitung, die von September 1833 bis zu ihrer vom Bundestag in Frankfurt am 14. November 1833 angeordneten Schließung erschien, galt als eine der kaum noch verbliebenen radikalen Zeitungen in Württemberg und in ganz Deutschland¹⁸⁹. Das Urteil des Kriminalsenats Esslingen gegen Kower und 13 andere Angeklagte, wovon außer Kower selbst, nur Alois Schmitt und Johannes Mährlen aus Stuttgart die Verschwörung tangierten, erging am 23. Dezember 1834, gegen das die meisten Berufung einlegten¹⁹⁰. Kower verbüßte ab dem 4. Februar 1835 außer der Untersuchungshaft zwei Jahre auf dem Hohenasperg¹⁹¹.

Die Verhaftungen unter den Armeeangehörigen, den Bürgern und Studenten, die Einsetzung einer zentralen Untersuchungskommission in Württemberg und die Überführung der Verschwörung verdächtigter Bürger auf die Festung Hohenasperg erfolgte geheim. Dennoch konnten Informationen nach außen dringen, sodass Sympathisanten zusammenkamen, die versuchten, die Verhafteten zu befreien¹⁹². Aus einem Polizeibericht wird deutlich, dass sich im November 1833 Bürger vor den Häusern von Rödinger und Tafel versammelten und dort Freiheitslieder wie „Freiheit, die ich meine“ anstimmten oder sich mit lauten Parolen an die Seite der Verteidiger der Pressefreiheit und der politisch Verfolgten stellten. Der Bericht wurde zur Kenntnisnahme an den König weitergeleitet¹⁹³. Es kam zu Drohungen gegen die Behörden: „Die Demagogen frei oder den Asperg in Brand“ stand auf einem Blatt, das im Arbeitshaus arretierte Personen in Markgröningen nach einem

dem Revisionsgericht des Obertribunals in Stuttgart am 17. Juli bestätigt wurde, lautete auf 4,5 Jahre Festungshaft.

¹⁸⁸ HstaS E 301 Bü 40/556. Es handelte sich um das endgültige Urteil, nachdem Elsner gegen Urteile der Verfahren vom 5./8. Juli 1834 und 28./30. Januar 1836 Berufung eingelegt hatte. StaL E 319 Bü 21. Zuletzt wurde er wegen der Veröffentlichung des Buches „Wichtige Tage aus dem Leben Napoleons und der Geschichte unserer Zeit“, Stuttgart/Leipzig 1837, behördlich verfolgt. Er hielt sich zu jener Zeit in der Schweiz auf. HstaS E 301 Bü 55.

¹⁸⁹ Nach MUCKE, Die politischen Bewegungen 1, S. 306f. war die Zeitung: „[D]as eigentliche Organ der demokratischen Partei“.

¹⁹⁰ StaL E 319 Bü 40, Bü 41. Das Urteil im Revisionsverfahren wurde am 11. Oktober 1836 verkündet.

¹⁹¹ Er entfloh dem Gefängnis am 6. April 1835, wurde gefasst und kehrte dorthin 10. April zurück. StaL E 356 C Bü 3.

¹⁹² So kam es zum Beispiel zu einem Versuch Franckh aus dem Gefängnis in Tübingen zu schmuggeln. Es war dies die Initiative des Redakteurs Zoller der *DNZ*; siehe HstaS E 319 Bü 6 Qu. 1242. Ebenso gab es Versuche Hardegg, Groß und Mayer aus dem Gefängnis zu befreien; siehe GAESE, Ludwigsburger Affären, S. 70.

¹⁹³ HstaS E 14 Bü 1044.

Gebet am 27. September 1834 hinterlassen hatten¹⁹⁴. Nach der Urteilsverkündung im Kriminalprozess gegen die Zivilisten wurden Flugblätter an die Mauern des Rathauses und anderer Gebäude in Esslingen – dem Sitz des Kriminalsenats des Königlichen Gerichtshofes für den Neckarkreis – geheftet, auf denen es zu Drohungen gegen öffentliche Personen kam, die sich mit der Regierung identifizierten¹⁹⁵. Die Militärverschwörung und das Schicksal von Koseritz und Lehr wurden auch zum Gegenstand einer Moritat, die von Bänkelsängern mit musikalischer Begleitung und mit einer Bildertafel auf Wachleinwand nach der Verkündung des Gerichtsurteils 1835 vorgetragen wurde¹⁹⁶.

¹⁹⁴ StaL E 319 Bü 21.

¹⁹⁵ HHStaW CIP Nr. 29, 21.3.1838.

¹⁹⁶ Es gibt verschiedene Versionen dieser Moritat. Zwei von ihnen erscheinen im Anhang; siehe S. 429–432. Das Lied, das als „schauriges Exempel“ dargestellt wurde, ist der Regierung wohlgesonnen, lobt die Barmherzigkeit des Königs, zieht die Verurteilten ins Lächerliche. Es mahnt die Zuhörer vor Ungehorsam und Hochverrat, entbehrt aber nicht der Stichelei gegen die Polizei. Das Lied wurde auf Jahrmärkten in Schwaben und Franken viel gesungen sowie auch in militärischen Kreisen in Ludwigsburg. STEIFF/MEHRING, *Geschichtliche Lieder*, S. 919f.

VII. Resümee

Die Schlussfolgerung aus dem Entwicklungsverlauf vom letzten Treffen in Großgartach bis zum Frankfurter Wachensturm lautet, dass zwischen den Verschwörern in Württemberg – von Franckh abgesehen – und den Revolutionären in Frankfurt im Hinblick auf den Aufstandsversuch vom 3. April 1833 unterschieden werden muss. Unter den wenigen Historikern, die sich mit der Verschwörung in Württemberg beschäftigten, neigen die meisten dazu, diese Verschwörung in einem Atemzug mit der Verschwörung in Frankfurt/Hessen als töricht und kindisch abzutun¹. In dem Maße, in dem Koseritz' Distanzierung vom Frankfurter Wachensturm Beachtung findet, wird dies in der Regel seinem angeblich verräterischen Verhalten mit allen dazugehörigen negativen Charaktereigenschaften angelastet. Auch wenn man seine Zurückhaltung von seiner sachlichen und kritischen Sicht herleitet, bleibt in der Regel die pauschale Verurteilung der württembergischen Verschwörung und des Frankfurter Wachensturms nicht aus². Dieser Umstand überrascht umso mehr, als selbst die Untersuchungsbehörden in Württemberg den Unterschied zwischen der dortigen Verschwörergruppe, die ein übereiltes Handeln ablehnte – wieder einmal von Franckh abgesehen – und dem Rest erkannt hatten.

Es ist an der Zeit, Koseritz und seine Verschwörung in einem neuen Licht zu betrachten. Mit einem moralisierenden Herumstochern in einigen Charakter Schwächen und der Fixierung auf persönliche Wesenszüge überhaupt – und den negativen insbesondere – kann diese Verschwörung nicht erklärt werden. Dies kann auch nicht den Umstand verschleiern, dass Koseritz und seine Weggefährten, trotz aller Schwächen, Pläne und Ideale verfolgten, die ihrer Zeit entsprangen und für die sie ihr Leben aufs Spiel setzten. Die Zukunft bestätigte letztlich ihr Ziel eine demokratische Republik errichten zu wollen. Koseritz war Vertreter einer Kategorie patriotischer Offiziere, die während der Restauration in Teilen Europas und auch in Lateinamerika entstand. So in Spanien und Portugal, Italien, Griechenland, Russland und Polen, also in Staaten, in denen sich eine bürgerliche Gesellschaft noch nicht entfaltet hatte, die selbstbewusst gegen autoritäre Monarchien und aristokratischen Eigendünkel aufzutreten wusste. Diese Gattung von Offizieren ging aus den Heeren der Französischen Revolution hervor. Napoleon verkörperte an hervorragender Stelle das Ideal dieses neuen Offiziers, der im Anlitz der Revolution emporstieg und deren Ideen über Frankreichs Grenzen zu verbreiten suchte. Es wurde bereits erwähnt, dass Koseritz von seinen Anhängern die Bezeichnung

¹ Zu den verschiedenen Positionen siehe S. 15 f., 18 f.

² Der einzige, der zwischen Koseritz, den württembergischen Verschwörern und den Frankfurtern ansatzweise einen Unterschied erkennt und daraus die notwendigen Konsequenzen zieht, ist wie schon erwähnt, HAGEN, Geschichte der neuesten Zeit 1, S. 466; siehe S. 18.

„württembergischer Riego“ erhalten hatte³, nach dem spanischen Brigademajor, der das *Pronunciamiento* 1820 in seinem Land entfacht hatte und zum Symbol eines fortschrittsgesinnten Offiziers der Restaurationsära geworden ist. In den Vereinigten Staaten, in die Koseritz nach der Aufhebung der gegen ihn ausgesprochenen Todesstrafe ausgewiesen worden war, wurde er mit patriotischen, revolutionären Offizieren wie Kosciuszko und Potocki verglichen⁴. Mag dies vielleicht überzogen erscheinen, die Geisteshaltung war allen gemeinsam. Die Armee galt fortan nicht mehr ausschließlich als dienstbares Instrument autokratischer Regime, sondern auch als Speerspitze der Kräfte zur gesellschaftlichen und politischen Erneuerung.

Das Schicksal von Koseritz und seinen politischen Weggefährten steht in einer Reihe mit den Schicksalen aller Gescheiterten in der Geschichte. Und was für die Frankfurter Wachenstürmer gilt, gilt auch für die Verschwörer in Württemberg: „Über derartige Unternehmen entscheidet der Erfolg. Hätten die Frankfurter das Feld behauptet und wäre von hier aus die Sache der Revolution siegreich vorgezogen [...], so würde man die Namen der Sieger als Helden, die sich um das Vaterland unsterbliche Verdienste erworben, in Erz und Marmor verewigen; den Überwundenen bleibt nichts als der Name Tollhäusler, wahnwitzige Schwärmer und, gelind gesagt, waghalsige Rebellen, deren Tapferkeit verdient hätte, für eine edlere Sache verwendet zu werden“⁵.

Der Frankfurter Wachensturm mit 150 bis 170 Teilnehmern wurde vom städtischen Linienmilitär niedergeschlagen, das infolge vorzeitiger Informationen über die bevorstehenden Ereignisse in Bereitschaft gesetzt worden war. Trotzdem gelang den Insurgenten im ersten Anlauf, die Mannschaften der Haupt- und Konstablerwache zu überrumpeln. Diese waren zwar verstärkt worden, waren aber nicht genau über den bevorstehenden Angriff informiert und angeblich auch nicht mit schussbereiten Gewehren ausgestattet. Das vorzeitig alarmierte Liniennmilitär rückte jedoch schnell heran und ging zum Gegenangriff über. Die Aufständischen konnten sich somit weder halten, bis sich die erwarteten Bauern vom Umland hätten anschließen können, noch vermochten sie der Gewehre und Kanonen in dem Zeughaus gegenüber der Konstablerwache habhaft zu werden, mit denen sie die Bauern ausstatten wollten. Der offizielle Abschlussbericht der Untersuchung der Bundeszentralbehörde in Frankfurt, die nach der dortigen Verschwörung eingerichtet worden war, weist ausdrücklich darauf hin, dass es von der Niederlage zum Erfolg der Aktion nur ein kleiner Schritt gewesen wäre. So heißt es dort: „Das aber ist nur dem zufälligen Umstände zu danken, dass die Behörde kurz zuvor gewarnt, und deshalb das Linienmilitär konsigniert worden war. Hätte eine Zögerung den

³ Siehe S. 29 Anm. 120, 205 Anm. 333.

⁴ „Kosciuszko, Potocki und Koseritz – die standhaften Verteidiger der bürgerlichen Freiheit“, so lautete ein Toast auf ihn während einer festlichen Veranstaltung. Diese Nachricht erreichte auch Deutschland; siehe *Beobachter*, 23.8.1836.

⁵ BURCKHARDT, Allgemeine Geschichte 4, S. 514.

Meuterern gestattet, sich einige Stunden zu halten, so würde, wie dies in größeren Städten nicht ausbleibt, eine Pöbelmasse ihnen zugefallen sein, die vom Lande herangerückten Aufrührer hätten sich mit ihnen verbunden, sie hätten nicht allein die Kanonen, sondern, worauf es nicht minder abgesehen war, des wirksamsten Revolutionsmittels, überaus beträchtlicher Geldsummen, sich bemächtigt, und sie konnten sich dann mindestens lange genug behaupten, um durch das von ihnen gegebene Signal und den darin liegenden verführerisch fortreisenden Eindruck den Aufstand in den für das Komplott bearbeiteten Gegenden gleichzeitig ausbrechen zu lassen, wo man vorbereitet in großer Spannung darauf wartete, namentlich in Hessen, Rheinbayern, Württemberg, Baden. Dann hätten sich die im ersten Augenblick entgegensetzenden Kräfte zersplittern müssen“⁶. Ähnlich sah es auch Gustav Kombst, ein Beamter der Bundesversammlung in Frankfurt, der später auf die andere Seite des politischen Spektrums übertreten sollte⁷.

Es stellt sich die Frage, ob die Verschwörer ihr Ziel hätten erreichen können, wenn die Unternehmungen in Frankfurt und Württemberg nicht durch Kuhl⁸ oder infolge der Affäre Lerchenfeld-Quant-Seuffert⁹ und möglicherweise aufgrund mutmaßlicher Gerüchte über Enthüllungen während der Untersuchung von Franckh und Hardegg¹⁰ sowie durch Informationen aus anderen Quellen¹¹ aufgedeckt worden wäre?

⁶ Darlegung der Hauptresultate, S. 53 f.

⁷ KOMBST, Erinnerungen, S. 141.

⁸ Er gab drei Meldungen an die Behörden des Großherzogtums Hessen am 25. März, 1. April und 2. April 1833; BAUER, Geschichte 3, S. 247 f. Zu den Verbindungen zwischen Kuhl und dem württembergischen König, u. a. im April (ohne Tagesangabe), bzgl. der weitergeleiteten Informationen über die Beteiligung von Koseritz an der Affäre siehe [HstaS E 50/01 Bü 589, 591, 1344]. Der württembergische König schlug Kuhl für seine Dienste für das „Großkreuz der württembergischen Krone“ vor, eine der wichtigsten württembergischen Auszeichnungen HstaD Abt. o 30 Nachlass du Thil. Zu den Informationen von Kuhl siehe KRÜGER, Hochverräterische Unternehmungen, S. 115 f.

⁹ Zur Affäre Quanté u. a. und den durchsickernden Informationen siehe LEININGER/HAUPT, Frankfurter Wachensturm, S. 134–148.

¹⁰ Zu den ersten Informationen von der Untersuchung gegen Franckh-Hardegg-Mayer, die auf eine Verbindung zu Geheimzellen in Frankfurt hinwies siehe den ersten Bericht des Untersuchungsrichters Habermas in Tübingen am 8. Februar 1833. Möglicherweise wurden den Untersuchten Informationen aufgrund von Hinweisen entlockt, die auf den verräterischen Informationen von Kuhl basierten; siehe StAL E 319 Bü 6 Qu. 1242. Habermas' Bericht vom 6. März 1833 spricht von einem Verein in Frankfurt, der eine republikanische Vereinigung anstrebte. Da die Tübinger vor den operativen Absprachen in Großgartach verhaftet wurden, hatten sie keine Informationen über Einzelheiten der Aktionen weitergeben können; siehe HstaS E 301 Bü 37. Die Bayern beschwerten sich bei den Österreichern, dass Württemberg keine Informationen an die Behörden in Frankfurt weiterleitete, die die Aktion hätten verhindern können; siehe HHStaW St. K. Dt. Akten der alten Reihe K. 279. Allgemein zur Preisgabe von Informationen durch Kuhl, Franckh und Seuffert siehe HEER, Geschichte der deutschen Burschenschaft, S. 298 f.

¹¹ Bei der Information aus einer anonymen Quelle an den württembergischen Außenminister von Beroldingen am 1. April 1833 handelte es sich wahrscheinlich um die Informationen von Kuhl; siehe [HstaS E 50/01 Bü 611 f.].

Die Behörden maßten dem Verschwörungsplan in Süddeutschland weit mehr Gefährlichkeit und Erfolgchancen bei als manche Historiker späterer Generationen. Die Behörden erkannten das Potenzial einer revolutionären Kettenreaktion, die im Falle eines gelungenen „Erstschlags“ hätte einsetzen können. Hätten die Revolutionäre nicht unter dem Zugzwang der Entdeckung vorzeitig gehandelt und die örtlichen Sicherheitskräfte unvorbereitet ertappt, wäre möglicherweise ein kritisches Zeitfenster entstanden, das die geplante Zündwirkung hätte erzielen können.

Im Unterschied zum Schlussbericht scheint jedoch nicht das Geld, das den Aufständischen bei einem Erfolg in die Hände gefallen wäre, entscheidend gewesen zu sein. Es dürften finanzkräftige Männer von Anbeginn hinter den Verschwörern gestanden haben¹².

Der Plan zum Aufstand an verschiedenen Orten und somit die Aufsplitterung der reaktionären Armeen breitete sich über die Grenzen Deutschlands aus: Die Anlehnung an eine reguläre Revolutionsarmee in Württemberg zusätzlich zu den 500 polnischen Soldaten, die sich anschickten von Frankreich nach Deutschland zu kommen und die Mobilisierung der polnischen Legionen in den preußischen Truppen der Bundesgarnison in Mainz sollten einen Aufstand in Galizien unter der Führung Zalewskys auslösen. Dieser brach auch tatsächlich aus. Sodann sollten auch Aufstände, deren Planungsrealität allerdings nicht gesichert ist, in Transsilvanien, Litauen, Ungarn und Elsass-Lothringen (hier kam es zu einem republikanischen Aufstand gegen das Regime des „Juste Milieu“ Louis-Philippes) folgen. Auch andere Umstände weisen auf den Gedanken hin, wie man die Armeen Preußens, Österreichs und Russlands – das auch mit der Türkei in einem gespannten Verhältnis lag – an verschiedenen Fronten fesseln wollte: Im April wurde eine ähnliche Verschwörung in Piemont-Sardinien aufgedeckt, die Soldaten in Genua, Turin, Chambéry oder Ciampéri, wie der italienische Name der historischen Hauptstadt von Savoyen lautete, und Alessandria umfasste. Die Nachricht vom Frankfurter Wachensturm erreichte Genua einen Tag nach dessen Ausbruch¹³ – eine erstaunliche Geschwindigkeit möglicherweise infolge der engen Kontakte mit Mazzini, vielleicht auch durch Heinrich Garnier¹⁴.

Offen bleibt die Frage, ob die Chancen auf Erfolg größer gewesen wären, wenn man neue politische Repressalien abgewartet hätte, die einen Entrüstungssturm hätten hervorrufen können, wodurch einem passenden revolutionären Zündeffekt eine größere, mitreißendere Wirkung beschieden gewesen wäre? Dies entsprach eher der abwartenden Haltung der meisten württembergischen Verschwörer. Und wäre der

¹² HROCH, Frankfurter Wachensturm, S. 149–169. Hroch behauptet, Männer von Wohlstand und Einfluss hätten in Frankfurt hinter den Aufständischen gestanden.

¹³ Siehe auch den Bericht des württembergischen Vertreters bei der Bundeszentralbehörde von Priester, StaL E 319 Bü 20 sowie HstaS E 282a Bü 22; [HstaS E 271k Bü 103, Bü 105].

¹⁴ Garnier war mit Franckh in Paris gewesen und zerstritt sich später mit ihm. Ein Briefwechsel zwischen Garnier und Mazzini nach dem Frankfurter Wachensturm über die Gründung einer Geheimorganisation ist bekannt.

Aufstand gelungen, wäre die Hilfe der Exilpolen, beziehungsweise wären die Parallelaufstände im Ausland ausreichend gegenüber einer preußischen oder österreichischen Intervention gewesen? Wie stand es mit der Unterstützung der Bauern, die die Masse der Bevölkerung ausmachten? Wäre diese vorhanden gewesen, dann hätten die Insurgenten vielleicht eine fremde Einmischung wettmachen können. Die deutsche Zerrissenheit stellte für eine Revolution ein zusätzliches Hindernis im Vergleich zu anderen Ländern dar. Es gab keine Metropole und Schaltzentrale, die es zu erobern galt, wie etwa Paris, um zumindest vorerst die Oberhand zu gewinnen. Andererseits, wie auch 1848 deutlich werden sollte, musste sich eine Revolution Berlin und Wien bemächtigen oder diese beiden Hauptstädte durch fremde Mächte, z. B. Frankreich, die einer Revolution in Westdeutschland freundlich gesinnt gewesen wären, in Schach halten lassen. Ähnlich verhielt es sich mit der belgischen Revolution, die den Holländern ohne französische Hilfe keinen Widerstand hätte leisten können. Die Vielfaltigkeit der deutschen Konföderation und die geknebelte Öffentlichkeit machten es auch schwer, republikanische Gedanken zu verbreiten und eine politische Plattform zu schaffen, wie dies am Vorabend der 1848er Revolution die badischen Demokraten in der Offenburger Versammlung taten. Die Französische Revolution und die Julirevolution brachen aus, nachdem die öffentliche Meinung lange vorher an der Legitimität der herrschenden Machtverhältnisse gerüttelt und eine gangbare Alternative sich abgezeichnet hatte. Die Bedingungen für eine solche spontane Massenerhebung fehlten in Deutschland in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Ein erster Anlauf waren die revolutionären Erschütterungen von 1830 in Deutschland. Auch Hambach war eine Etappe auf dem Weg zu einer Massenerhebung. Die Organisatoren schreckten aber vor einer offenen Revolution noch zurück, da sie sich nicht dazu „berufen“ fühlten. Die revolutionären Triebkräfte von unten waren noch zu schwach und die reaktionären Daumenschrauben von oben zu stark. Das war der Grund für die konspirative Alternative einer Revolution. Alle diejenigen, die eine Revolution „machen“ wollten, waren in den Untergrund gedrängt. Sie blieben jedoch vollkommen im Ungewissen, was die benötigte Gefolgschaft der Massen anbelangte: Sie waren unsicher über den Anschluss des Mittel- und Kleinbürgertums; sie tappten aber auch im Dunkeln in Bezug auf den Anschluss der ländlichen und städtischen Unterschichten. Diese verharren, trotz ihres Elends, größtenteils noch in traditionellen Normen. In den überschaubaren Klein- und Mittelstaaten blieben sie dem fast greifbar nahen, aber unantastbaren „Landesvater“, der sie angeblich gar vor der exzessiven Beamtenschaft schützen wollte, treu. Noch war die entwurzelte und freigesetzte Masse nicht so groß wie 1848. Auch war die zunehmende Auswanderung im Vormärz ein gegenrevolutionäres Auslassventil, das diesen Prozess hinauszögerte.

Viele der hier vorgebrachten Bedenken gegenüber den Erfolgchancen einer planmäßigen revolutionären Initiative trafen zum Beispiel nicht minder auf das Spanien von 1820 zu¹⁵. Auch dort waren die bürgerlichen Schichten schwach und

¹⁵ CARR, Spain, S. 120–146.

in sich gespalten. Auch dort gab es noch keine moderne selbstbewusste Bourgeoisie und die Angst vor dem einfachen Volk lähmte die besitz- und bildungsbürgerlichen Schichten, denn auch in deren Köpfen geisterte noch die „Terrorherrschaft“ der Französischen Revolution herum. Auch dort blieb die Masse der Bevölkerung, hauptsächlich Bauern, politisch indifferent und weitgehend traditionell, obwohl es auch in ihr gäerte und die alte Welt nicht mehr ganz heil war. Die Vielstaaterei fehlte, aber der Partikularismus war auch dort ausgeprägt, und Madrid war zwar die Metropole Spaniens, aber nicht so dominierend wie Paris in Frankreich. Mehr noch: Der Aufstand ging von der Peripherie aus und griff erst später auf Madrid über. Man mag auch einwenden, die erfolglose Unterdrückungskampagne gegen die Lateinamerikaner hätte eine Kriegsmüdigkeit unter den spanischen Truppen erzeugt und folglich die Rebellion in der Armee begünstigt. Mag sein, dass dies die entscheidende Voraussetzung war, die in Deutschland fehlte. So ähnlich verhielt es sich auch mit den polnischen Truppen, die sich weigerten, auf russischem Befehl gegen die Belgier vorzugehen. Im Königreich Neapel wurde allerdings das spanische Beispiel von 1820 nachgeahmt. Hier bedurften die rebellierenden Truppen keines äußeren Anlasses wie in Spanien und später in Polen. Und all das in einem Teilstaat des, wie Deutschland geteilten und „restaurierten“ Italien. Das spanische Szenario auch in Deutschland zu kopieren, war wohl letztlich ein Wunschdenken vor allem weil die Armee in den deutschen Staaten nicht die politische Rolle spielte, wie in Spanien, und auch weil selbige sich nicht für einen Aufstand gegen die Obrigkeit hergegeben hätte. Aber auch in Spanien riskierten die Revolutionäre in Uniform Kopf und Kragen. Ihr Erfolg überraschte sie, und zwar die *Exaltados* im Allgemeinen genauso, wie es die Gegner und die „gerechte Mitte“ der *Moderates* verblüffte. Im Vergleich zu einer Reihe vorher gescheiterter Verschwörungen war die von 1820 gerade die aussichtsloseste.

Das *Pronunciamento* war das Instrument der liberalen Revolution des 19. Jahrhunderts in Ländern wie Spanien¹⁶. Genauer wäre vielleicht die Aussage, der von einem entschlossenen radikalen Vortrupp „induzierte“ Aufstand sei die revolutionäre Antwort auf den Überwachungsstaat der Restauration gewesen, und zwar vornehmlich in vor- und frühmodernen Staaten mit einer wenig ausgebildeten, am politischen Leben partizipierenden „Öffentlichkeit“, einer selbstbewußten und starken Bourgeoisie und vor der Entstehung der Massengesellschaft.

Die spanische Erhebung von 1820 wurde letztlich durch die Intervention des restaurierten französischen Bourbonenregimes unterdrückt, wie die Erhebung in Neapel von österreichischen Truppen. Ähnliches hätte, wie erwähnt, auch einer Erhebung im deutschen Westen und Süden „blühen“ können, wenn Österreich, Preußen und gar Russland gegen eine solche zu Felde gezogen wären. So erging es bekanntlich der Reichverfassungskampagne 1849. Kurzum, die Chancen waren in

¹⁶ Ebd., S.124. Allerdings gab es in der spanischen Geschichte auch Fälle, in denen die restaurativen Kräfte von diesem Instrument Gebrauch machten.

Württemberg und Süddeutschland gering, aber, zumindest was einen temporären Erfolg anbelangt, nicht ganz aussichtslos. Wäre wenigstens ein Teilerfolg zu verzeichnen gewesen, dann wäre dieses Ereignis wohl dem zweifelhaften Rang eines irgendwo zwischen geschichtlichem Schattendasein, Kuriosum oder gar einem in ruchloser historischer Verirrung angesiedelten Geschehen enthoben worden und hätte Objekt einer ausgewogeneren Einschätzung werden können. Es mag verständlich sein, dass die damaligen, unmittelbaren Sieger, die autoritären Kräfte der Geschichte und ihrer Auslegung den Stempel aufdrückten. Der französische Revolutionär und *Carbonaro* Paul Dubois schilderte in bewegten und treffenden Worten das Schicksal all jener, die oft ihrer Zeit voraus, revolutionär, aber letztlich oft erfolglos wirkten, wie etwa die Geheimbünde der 1820er und 1830er Jahre in Europa: „Geschichte wird die Wahrheit nicht bewahren; die zwei oder drei Seiten, die sie diesen vergessenen Heißspornen widmet, werden weder ihre Tugenden, noch ihre Leidenschaften, ihre Illusionen oder ihre Fehler [...] aufzeichnen“¹⁷.

Die württembergische Verschwörung allein vom operativen Standpunkt der Erfolgswahrscheinlichkeit zu beurteilen, ist zu eindimensional. Sie ist nicht zuletzt wegen ihrer ideologischen Ausrichtung von demokratiefeindlichen Historikern entweder übergangen, verschrien oder verspottet worden. Neben den operativen Fragen stellt sich die Frage nach dem politischen Selbstverständnis der Verschwörer, nach ihrem ideologischen Zukunftsbild.

Die Radikalen, die vornehmlich aus den mittleren und unteren Schichten des Bürgertums hervorgingen, machten sich zu Sprechern dieses gesellschaftlichen Spektrums, das sich politisch viel stärker ausgegrenzt fühlte, als das etablierte Bürgertum. Politische Einflussnahme ging einher mit sozialer Stellung. Ihre Haltung reflektierte von daher auch das Empfinden sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung dieser mittleren und unteren Schichten des Bürgertums. Soziales und ökonomisches Kennzeichen dieser Periode war die Massenarmut im Gefolge des Übergangs von tradierter Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur zur modernen Industriegesellschaft auf der einen und mangelnde soziale Mobilität auf der anderen Seite. Das Kleinbürgertum oder genauer die unteren Mittelschichten kamen mit den pauperisierten Massen mehr als andere bürgerliche Schichten in Berührung. Sie waren selbst dem sozialen Abstieg ausgesetzt. Sie waren von der sozialen Not direkter als der Rest des Bürgertums betroffen. Neben dem kleinbürgerlichen „Biedermeier“, der aus Berührungsangst zu den Unterschichten, die politische und soziale Ruhe gewahrt wissen wollte, gab es die engagierten, politisch gebildeten und sozial verunsicherten Radikalen. Sie warben um die Gunst der Mehrheit ihrer sozialen „Peergroup“, aber auch der unteren Schichten. Sie betrachteten sich aber auch, wenn auch zurückhaltender, als Verbindungsglied zu den höheren Schichten

¹⁷ SPITZER, *Old Hatreds*, S. 300.

des Mittelbürgertums, etwa zu den Rottecks und Jordans oder zum Frankfurter „Besitzbürger“ Henkel¹⁸.

Die Radikalen rückten vom herkömmlichen liberalen Konzept des Dualismus von Staat und Gesellschaft ab, welches den Umgang mit der Macht den Fürsten und Beamten überließ. Diese Haltung hielt die Liberalen fern von politischer Verantwortung, was sich später auch lähmend auf die Nationalversammlung von 1848 auswirkte. Das Bürgertum, die vermeintliche Führungsschicht einer damals anvisierten Revolution, war zum Teil apolitisch und falls politisch, in seiner großen Mehrheit nicht revolutionär. Es strebte Reformen an, agierte in den Landtagen, schreckte aber vor der „Kanaille“ zurück. Große Teile des Bildungs- und Besitzbürgertums waren zudem vom Staat abhängig. Die zwischen Herrschaft und Volk lavierende Haltung dieses Bürgertums zeigte sich während der Unruhen und Aufstände in den verschiedenen deutschen Ländern in den Jahren 1830 und 1831. Sie ging am Anfang ein Teilbündnis mit den unteren Schichten ein, das sehr befristet war. Auch in sich war das Bürgertum gespalten. So hielten sich die Sprecher der etablierten, reformbejahenden aber revolutionsfeindlichen bürgerlichen Kammeropposition wie Rotteck, Welcker, Uhland, Pfizer, Jordan oder Gagern fern von der radikalen Kundgebung in Hambach.

Hambach stand für ein neues Schema einer politisierten Gesellschaft, die die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft überbrücken wollte. Dieser neue Radikalismus ging über die liberale Oppositionshaltung des herkömmlichen Kammerliberalismus hinaus. Er agierte außerhalb der Landtage, die zu systemkonform waren. Sein politisches Zukunftsbild war die Republik, also ein Amalgam von Staat und Gesellschaft. Der neue Radikalismus schreckte auch nicht vor einer Revolution zurück und er hatte weniger Berührungsangst mit dem „einfachen“ Volk.

Die Radikalen waren sich, mehr als das Gros der „Bewegungspartei“, über die Kluft zwischen den sozialen Belangen der unteren Schichten und den stärker politisch akzentuierten Belangen des Bürgertums bewusst. Die Republik als „res publica“, als Gemeinwohl verstanden, sollte über die rechtliche Gleichheit hinaus auch politische Gleichheit und mehr soziale Gerechtigkeit, als Voraussetzung für die wahre Freiheit, gewähren. Die Radikalen dachten durch die politische Mitsprache des ganzen Volkes, dessen gesellschaftlichen Belangen besser zu genügen und konsequenter ein ausgewogenes Gemeinwesen von „mittleren Existenzen“ zu erwirken, als es die gemäßigten Liberalen wollten.

Die Republik „mittlerer Existenzen“ entsprach dem Wunsch, in der damaligen Übergangsgesellschaft der Polarisierung zwischen Arm und Reich einen Riegel vorzuschieben. Angesichts der neuen Polarisierung eines sich ankündigenden Industriezeitalters, wie es in Großbritannien zum Vorschein kam, schien dieses Republikverständnis utopisch, beziehungsweise idyllisch zu sein und ebenso als

¹⁸ Typischer Vertreter dieses Strebens nach einer breiten bürgerlichen Front war in Hessen Ludwig Weidig, politischer Weggefährte Büchners, den T.M. Mayer einen „Integrationsriesen“ nennt. GÖRISCH/MAYER, Untersuchungsberichte, S.25.

inadäquat auf der Strecke zu bleiben, wie die jakobinische „Tugendrepublik“. Im Gegensatz zu den strukturellen Schwachstellen im sozialen und ökonomischen Bereich, war deren politisches und soziales Profil vom Inhalt her zukunftssträchtig, galt es doch letzten Endes eine liberal-demokratische Staatsform und eine sozial ausgewogene Gesellschaft mit wohlfahrtsstaatlichem Einschlag und europäischer Ausrichtung zu errichten.

Friedrich Meinecke widmete seine Dissertation den Radikalen mit ihren „Deutschen Gesellschaften“ in einer Zeit, als man sich auf die Suche nach den Vorböten von „Deutschtum“ und preußischem Sendungsbewusstsein machte¹⁹. Es gehört sicherlich zum Selbstverständnis einer Gesellschaft, welche geschichtlichen Vorbilder sie sich auswählt, gleichgültig ob diese zu ihrer Zeit unmittelbar erfolgreich waren oder nicht. So etwa hält Russland den aufgedeckten Dekabristen Aufstand von 1825 und das demokratische Spanien den letztlich unterdrückten Aufstand Riegos hoch.

Wer sich mit Recht des Hambacher Festes als geschichtlichem Meilenstein auf dem Weg zur bürgerlichen Demokratie erinnert, kommt auch an der württembergischen Militär- und Zivilverschwörung nicht vorbei.

¹⁹ MEINECKE, Die deutschen Gesellschaften.

VIII. Schicksale und Kontinuität

Die nun in Deutschland eingekehrte, erzwungene politische Ruhe, die lange Untersuchungshaft und deren Folgen für den physischen und psychischen Befund der Verfolgten mögen insgesamt dazu beigetragen haben, sie nach dem Revisionsverfahren vorzeitig zu entlassen. So amnestierte der König mehrere der zivilen Verurteilten und die Unteroffiziere schon im Laufe des Jahres 1839. Groß und Mayer wurden am 12. Februar 1839 begnadigt. Dabei erhielt Groß die Auflage, die von der Strafe noch verbliebene Zeit außerhalb Württembergs zu verbringen¹. Schwarz und Schertlen wurden am 7. März 1839, Kauffmann wurde am 14. März 1839 begnadigt². Die Haftstrafe von Fieß wurde am 22. März 1839 von sechs Monaten auf drei verkürzt³. Er siedelte 1841 nach Leonberg über⁴. Albert Krauß und Weihenmaier wurden am 22. März 1839 begnadigt⁵. Die Unteroffiziere sind am 6. Juli 1839 begnadigt worden⁶, Hardegg, Malté und Schreiber am 24. August 1839. Hardegg wurde angewiesen, das Gebiet Württembergs zu verlassen, sobald seine angeschlagene psychische Verfassung dies zulasse⁷. An Schreiber erging zunächst die Auflage, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren. Dorn wurde kurz nach dem zweiten Urteilsspruch unter der Bedingung begnadigt, dass er in die Vereinigten Staaten auswandere. Kower, der in einem gesonderten Verfahren verurteilt worden war, kam am 4. Februar 1837 auf freien Fuß⁸. Nur Franckh – mit Heines Worten – „der edle Narr“⁹, weigerte sich beharrlich um Straferlass zu bitten oder von der Generalamnestie vom 25. September 1841, anlässlich des Regierungsjubiläums Wilhelm I., Gebrauch zu machen. Er sah nämlich darin ein Zeichen der Unterwürfigkeit und eine Anerkennung der von ihm verworfenen Legitimität des Herrschaftsystems. Es bedurfte letztlich der List seiner Freunde, die ihn mit Duldung der Behörden unter einem falschen Vorwand aus dem Gefängnis lockten. Als er später wieder ins Gefängnis in Gotteszell zurück wollte, stand er vor verschlossenen Toren.

Die Wege der Revolutionäre, die sich für einen kurzen historischen Abschnitt kreuzten, trennten sich nach der Aufdeckung der Verschwörung wieder. Einem Teil der Männer gelang es, ohne Schaden an Leib und Seele aus der Haft entlassen zu werden. Manche von ihnen hielten weiterhin an ihren Ideen fest und versuchten,

¹ [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

² HstaS E 301 Bü 40 812; HstaS E 301 Bü 40 826.

³ HstaS E 301 Bü 40.

⁴ LKA, Familienregister Hemmingen.

⁵ Ebd.

⁶ Bundesarchiv Frankfurt a.M. DB 8/6, Bericht der Bundes Central Behörde.

⁷ StaL E 319 Bü 40.

⁸ StaL E 356 C Bü 3

⁹ Siehe S. 277 Anm. 33.

sich in der einen oder anderen Form an der Revolution von 1848/49 zu beteiligen. Etliche von ihnen aber inspirierten eine neue Generation von Demokraten Mitte des 19. Jahrhunderts. Andere wiederum wandten sich neuen politischen beziehungsweise geistigen Richtungen zu oder gingen ihren Privatangelegenheiten nach, ohne weitere Spuren zu hinterlassen¹⁰. Einige verstarben kurz nach ihrer Haftentlassung.

Im Anschluss an die Begnadigung am 24. April 1835 wurde Koseritz in Begleitung eines Gendarmen nach Bremerhaven geschickt, wo er sich am 19. Mai 1835 auf dem Segler „Weser“ mit dem Fahrtziel Baltimore einschiffte¹¹. Der Staat übernahm die Überfahrt und versah Koseritz mit Taschengeld in Höhe von 70 Gulden, nachdem er durch die Bezahlung seines Anteils an den Untersuchungskosten Bankrott gegangen war¹². Der König bot Koseritz zusätzliche 600 Gulden an, wenn dieser in Amerika ein „Etablisement“ fände oder ein Grundstück erwerbe¹³. Der württembergische Generalkonsul, an den diese Anweisung über den Außenminister Beroldingen erging, schrieb, der Betrag reiche in einem so teuren Land nicht aus¹⁴. Koseritz, der unter dem Namen „Erbe“ auswanderte, nahm in Amerika wieder seinen ursprünglichen Namen an und ließ sich in Philadelphia nieder¹⁵. Dort eröffnete er ein Weinlokal, das offensichtlich schlecht ging¹⁶. Bald darauf befahl er eine leichte Infanteriekompanie deutscher Freiwilliger, die „Washington Guards“¹⁷, die der „Stolz der Bürger Philadelphias war“¹⁸. Am 8. März 1836 heiratete er in Philadelphia Anna Maria Seltzer, mit der er noch in Württemberg verlobt war und die ihm nach Amerika folgte. Er verkehrte in den Kreisen der deutschen Emigranten. Dort genoss er große Sympathie und wurde wie erwähnt als Held, als deutscher Kosciuszko und Potocki gerühmt¹⁹. Dahingegen musste er im demokratischen

¹⁰ Biografische Daten der Betroffenen bis zur Verschwörung sowie deren Geburts- und Sterbedaten sind in der Arbeit verstreut und werden angegeben, sobald die Personen vorgestellt werden. In diesem Kapitel sind die Sterbedaten der Betroffenen wiederholt, soweit die Umstände ihres Lebensabends erwähnenswert erscheinen.

¹¹ [HstaS E 271 c Bü 1532, Bü 2440–2442; E 271 k Bü 101].

¹² [HstaS E 271 k Bü 87, Bü 93–101, Bü 109, Bü 218].

¹³ Anweisung vom 2. Mai 1835. HstaS E 65 Bü 211.

¹⁴ Schreiben des württembergischen Generalkonsuls in Baltimore vom 22. Juli 1835. HstaS E 65 Bü 211.

¹⁵ Schreiben des württembergischen Generalkonsuls in Baltimore vom 24. August 1835. HstaS E 65 Bü 211.

¹⁶ Schreiben des württembergischen Generalkonsuls in Baltimore vom 16. Oktober 1835. HstaS E 65 Bü 211. Angeblich versuchte er sein Glück als Hersteller von Essig oder Weinbrand. Diese Behauptung ist ebensowenig erwiesen, wie die, wonach er sich in Washington niedergelassen hätte.

¹⁷ Schreiben des württembergischen Generalkonsuls in Baltimore vom 17. Dezember 1835. HstaS E 65 Bü 211.

¹⁸ KAPFF, Schwaben in Amerika, S. 47.

¹⁹ Siehe S. 408 Anm. 4. Der württembergische Generalkonsul in Baltimore beschwerte sich am 30. Juli 1835 über den „bösen Geist der Zeit“, der sich darin zeige, „daß viele unserer ausgewanderten Landsleute diesen Verbrecher bemitleiden.“ HstaS E 65 Bü 211.

Emigrantenblatt *Alte und Neue Welt* mehrmals Gerüchten entgegnet, er hätte seine Mitverschworenen verraten, um seine eigene Haut zu retten²⁰. Am 27. Oktober 1837 zog er mit seiner Freiwilligenmiliz in den amerikanischen Kampf gegen aufständische Indianer und entflohene Sklaven in Florida. Die Amerikaner wollten mit dieser Aktion den Indianerstamm der Seminolen westlich des Mississippi vertreiben. Die Truppe wurde der 1. Artilleriebrigade der 1. Milizdivision angegliedert. Am 21. Mai 1838 schloss er sich dem Freiwilligen Philadelphia „D“ Bataillon an. Auf dem Zug nach Westen erkrankte er an Dysenterie. Er wurde in das Franklin Hospital in New Orleans eingeliefert, wo er am 19. Juni 1838 verstarb²¹.

Adolf Becher wandte sich dem Buchhandel zu. Er hatte ja zunächst in Franckhs Buchverlag gearbeitet. Er war der Bruder von August Becher, der zu den Mitgliedern der vorübergehenden revolutionären Reichsregentschaft von 1849 gehörte. Adolf war Mitglied des Stuttgarter Rumpfparlaments von 1849. Er wurde wohl im Juni 1849 als ziviler Kommissar dem revolutionären Reichsheer an Rhein, Neckar und Main zugeordnet²². Er stand an der Spitze der Invasion der „Schwäbischen Legion“ mit zirka 1.000 Mann, die im Juni 1849 von Baden nach Württemberg vordrang. Nach dem Scheitern der Invasion kehrte er nach Baden zurück und nahm dort am Revolutionskrieg bis zu dessen Ende teil. Schließlich überschritt er mit den Resten des Revolutionsheeres die Schweizer Grenze²³. Zuvor hatte er 1848 an den Aufstandsversuchen von Heeresregimentern in Württemberg teilgenommen, wobei er sich nach dem Programm von 1833 mit Unteroffizieren, Handwerkern und Arbeitern in Stuttgarter Wirtshäusern traf²⁴. Als Buchhändler hatte er die Bedeutung der Publikation von Börnes Schriften erkannt, den er überhaupt hochschätzte²⁵. Becher verstarb als Buchhändler in Stuttgart²⁶.

²⁰ Siehe S. 184 Anm. 236.

²¹ Siehe Veteran Records, Compiled Service Record: Ernst L. Koseritz, Co. D. Smiths Pa. Vols. Florida War, Old War Widow Pension File 13599, Anna Maria Koseritz, National Archives USA, Washington, D. C. Im Neuen Nekrolog der Deutschen, 16 (1838) 2, S. 1139 wird fälschlich der Monat August (1838) als Sterbemonat Koseritz' festgelegt. Zum Schicksal von Koseritz mit z. T. ungenauen Angaben siehe auch „Koseritz“, in: Conversationslexikon der Gegenwart 3, 1840, S. 127–129; *Beobachter*, 12. 6. 1836 und 23. 8. 2836; *Schwäbischer Merkur*, 6. 9. 1838; GAESE, Affäre Koseritz, S. 6f., 9f.; DERS., Ludwigsburger Affären, S. 68–83; KÖRNER, Das deutsche Element, S. 63ff.; KAPFF, Schwaben in Amerika, S. 47; SCHÖN, Zur Koseritzschen Verschwörung, S. 40.

²² Nur in: RANG, Anzeiger, S. 198. Die Angaben dieses Polizeiagenten sind nicht immer zuverlässig.

²³ Siehe „Anklageakt gegen den vormaligen Rechts-Consulenten August Becher, von Ravensburg, und Genossen, wegen Hochverraths etc.“ StaL E 175 Bü 1060; SAUER, Revolution und Volksbewaffnung, S. 143, 162–165, 172f.; SCHÖNINGER, Vom Elend, S. 50.

²⁴ HstaS E 282 Bü 29.

²⁵ Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M. Handschriftenabteilung, Nachlass Börne, Verhandlungen mit Baecher (Becher) C XVI, Nr. 157, F. 4.

²⁶ Sein Todesjahr konnte nicht ermittelt werden; siehe SCHÖN, Zur Koseritzschen Verschwörung, S. 41.

Müldenstein war der zweite Offizier unter den Verurteilten von 1835, der an der Revolution von 1848/49 teilnehmen sollte. Er wurde später ein hoch angesehener Bürger in Stuttgart, heiratete eine Frau aus dem Adel und wurde 1849 stellvertretender Kommandant der Bürgerwehr der Stadt²⁷. Diese Bürgerwehren zeigten viel Sympathie für die demokratischen Revolutionäre, die die Aufstände aus Baden nach Württemberg tragen sollten. Er starb in Stuttgart am 18. April 1877.

Raht rief am 27. und 28. Mai 1849 in einer Volksversammlung in Reutlingen zur Volksbewaffnung und zum Kampf gegen Preußen auf, das die Demokraten in Baden, in der Pfalz und in Sachsen niederkämpfte. Infolge dieser Teilnahme wurde er für kurze Zeit auf dem Hohenasperg inhaftiert. Später war er Pächter eines Landstreifens in der Nähe von Böhringen²⁸ und wurde 1856 als Abgeordneter des Oberamtsbezirkes Urach in den Landtag gewählt. Wegen seiner Beteiligung an der württembergischen Verschwörung wurde die Wahl annulliert²⁹. Er starb in Stuttgart am 27. Oktober 1860.

Venninger war nach seiner Entlassung aus dem „strengen Festungsarrest“ für kurze Zeit Gehilfe eines Indigohändlers, starb aber bald am 4. Juli 1836³⁰. Friedrich Römer, liberaler Politiker und Rechtsanwalt und späterer Ministerpräsident meinte, der frühe Tod Venningers war die „Folge polizeilicher Strenge“, die ihm während der Haft zur Zeit der Untersuchung und nach der Verurteilung widerfahren war³¹. Ausdruck fanden seine liberalen und nonkonformistischen Anschauungen in seinem Protest gegen das Einreiseverbot nach Ludwigsburg, das gegen ihn und seine Gefährten wegen der Befürchtung verhängt worden war, sie könnten mit Offizieren in Kontakt kommen: „Allein ich kann nicht glauben, daß in einem konstitutionellen Staate die polizeiliche Befugnis so weit gehen darf“³².

Lehr bestieg am 16. Juni 1835 in Amsterdam das Schiff „Comet“, das nach New York segelte³³. Er lebte in den USA 14 Jahre lang in größter Not. Am 1. Oktober 1840 erhielt er in Philadelphia die amerikanische Staatsbürgerschaft und am 22. Juni 1848 erhielt er einen amerikanischen Pass. Kurz danach reiste er zurück nach Württemberg. Er hielt sich zuerst in Tübingen auf. Lehr hoffte wohl nach der

²⁷ Offiziersstammliste, HstaS E 285 Bü 76; Standesamt Stuttgart, Familienbücher; HstaS E 146 Bü 4147.

²⁸ Standesamt Stuttgart, Familienbücher, Familienregister (1859); Stammliste HstaS E 285 Bü 76.

²⁹ Der Landtag hob die Wahl mit der Begründung auf, Raht habe infolge seiner Schuldigsprechung für die Beteiligung an der Militärverschwörung 1835 das aktive und passive Wahlrecht verloren. Das Sonderkomitee des Landtags war der Ansicht, auch seine Begnadigung durch den König im Jahre 1841 habe ihm dieses Recht nicht zurückgegeben; siehe Zweiter Bericht der Legitimations Commission der Kammer der Abgeordneten, betreffend die Abgeordnetenwahl im Oberamtsbezirk Urach. Ausgegeben am 8. März 1856. [HstaS E 271k Bü 87, Bü 93–101, Bü 109, Bü 218].

³⁰ HstaS E 11 Bü 59; E 285 Bü 76.

³¹ StaL E 319 Bü 27.

³² [HstaS E 146 Bü 8434–8438].

³³ [HstaS E 271 k Bü 87, Bü 93–101, Bü 109, Bü 218].

Revolution von 1848 auf ein entgegenkommendes Verhalten der württembergischen Behörden, verstieß er doch gegen das gegen ihn mit der Begnadigung verhängte Rückkehrverbot. Er verließ sich auch auf seinen amerikanischen Pass. Das württembergische Kriegsministerium teilte am 25. August 1848 mit, dass es keine Einwände gegen die Rückwanderung Lehrs hätte. Lehr nahm mehrere Arbeiten in und um Reutlingen an, darunter auch als Fabrikarbeiter in einer Samtbandfabrik in der Stadt³⁴. 1855 ging er noch einmal in die Vereinigten Staaten, eine Reise, die ihm nur durch öffentliche und von Freunden gesammelte Gelder ermöglicht wurde. Erst 1859 wurde ihm seine Wiedereinbürgerung in Württemberg zugestimmt, von der er jedoch keinen Gebrauch machte³⁵. Vollkommen erblindet und verarmt starb er in den USA.

Breckle zog 1842 nach Stuttgart und war als Magazinarbeiter der Privatfirma „Schill & W.“, also als ungelernter Arbeiter tätig. Essich wurde später Besitzer einer Gerstenmühle in Tübingen. Wie einige der Verschwörer nahm auch er an der Revolution von 1848 teil. Er war Mitglied der Bürgerwehr, die im April 1849 mit einer Einheit nach Stuttgart marschierte, um dort mögliche Hilfe im Kampf um die Annahme der Verfassung zu leisten. Jung verstarb völlig mittellos im Armenhaus, ohne die für seine Bestattung notwendige Summe zu hinterlassen³⁶. Keller, gelernter Schuhmacher, führte nach seiner Entlassung aus der Haft ein Wirtshaus in Ulm. Johann Kraft wollte das Webehandwerk erlernen, was ihm jedoch vom Gemeinderat verweigert wurde³⁷. So wandte er sich, wie sein Bruder Christoph, der Winzerei zu³⁸. Die Gebrüder mussten ihren verarmten Vater – Tagelöhner im Winzergewerbe – schließlich unterstützen³⁹. Pallmer war Metzger und in späteren Jahren nach seiner Umsiedlung nach Stuttgart als Kupferstecher tätig⁴⁰. Der Unteroffizier Johann Jakob Vögele erhängte sich wie erwähnt am 26. Juli 1833 in seiner Haftzelle. Zucker war in späteren Jahren als Fabrikarbeiter tätig⁴¹. Ritter war nach seiner Haftentlassung als Commis in der Firma Schill & Löbell in Ludwigsburg tätig. Er heiratete dort am 23. Juli 1837 Dorothea Caroline Wilhelmine Zimmermann. Die Ehe blieb kinderlos, Ritter hinterließ jedoch eine uneheliche Tochter, deren

³⁴ HstaS E 146 Bü 8486.

³⁵ In einem Brief vom 6. 8. 1859 aus Philadelphia wies er auf seine Blindheit und seine erlittene Hungersnot hin und bat den König untertänigst, seine Rückkehr nach Ludwigsburg zu gestatten. Der König gab dieser Bitte am 8. 9. 1859 statt, Lehr konnte jedoch wohl die Rückreise nicht finanzieren. [HstaS E 271k Bü 87, Bü 93–101, Bü 109, Bü 218].

³⁶ Städtisches Museum Vaihingen/Enz, Stadtschultheissen-Amtsprotokolle 1839–1843; Verzeichnis der aktiven Gemeinde-Bürger.

³⁷ Ebd.

³⁸ LKA Familienregister Kb. 33, Evangelische Kirchengemeinde Lauffen a. N., Mikrofilmarchiv.

³⁹ Gemeinderatsprotokolle SAL B91, B95, Archiv der Stadt Lauffen a. N.

⁴⁰ Stadtarchiv Schorndorf, Bürgerliste der ortsabwesenden Gemeindebürger 1828, H.

⁴¹ Er heiratete am 8. 9. 1839 in Neckarweihingen. LKA Familienregister; Evangelisches Kirchenregisteramt Metterzimmern, Mikrofilmarchiv.

Mutter, Christiane Schedtler in Heilbronn lebte. 1840 siedelte Ritter nach Stuttgart über, wo er in hohem Alter am 13. Januar 1890 verstarb⁴².

Franckh gründete 1836, also noch in der Haft, ein neues Unternehmen und kehrte nach seiner Freilassung in das Verlagswesen zurück. Er fasste den Plan, in stärkerem Maße fremdes Kapital für den Buchhandel zu interessieren. Seine Absicht, eine „Weltgeschichte für Jedermann“ des Historikers F.G.Schlosser herauszugeben, die für jeden erschwinglich sein sollte, konnte er wegen eines Streites mit Schlosser um die Urheberrechte nicht verwirklichen⁴³. Er veröffentlichte klassische Romane der Weltliteratur in Heften, die nur 20 Kreuzer kosteten. Franckh erfreute sich nicht lange seiner wieder erlangten Freiheit. Kurze Zeit nachdem er im Sommer 1844 aufgefordert worden war, einen hohen Betrag der Haft- und Untersuchungskosten zurückzuerstatten, befiel ihn ein seelisches Leiden⁴⁴. Ihm wurde nachgesagt, an „Wahnsinn“ zu leiden. Seine letzten Tage im September 1845 verbrachte er in geistiger Umnachtung und bat sogar die österreichischen Behörden um Einwanderungserlaubnis nach Österreich. In seiner Bittschrift verhöhnte er den Pseudokonstitutionalismus Württembergs, dessen Behörden ihn in eine psychiatrische Klinik einlieferten, um ihn seiner bürgerlichen Rechte zu entheben⁴⁵. Franckh verstarb am 23. September 1845 im Alter von 43 Jahren in der Geistesheilanstalt Winnental an einer Lungenkrankheit⁴⁶. Eine neue Generation von Demokraten würdigte das Andenken an diesen demokratischen Pionier, indem sie in Stuttgart 1850 einen demokratischen Klub unter dem Namen „Bürger Franckh“ gründete.⁴⁷

Franckhs Schicksal ereilte viele seiner Mitstreiter, die die politische Strafverfolgung geistig und physisch zerrüttet hatte. Sie mussten sich der Gewalt des Herrschaftssystems beugen und ohnmächtig zusehen, wie ihr Traum von einer gerechteren Ordnung zerrann.

Hardegg verließ nach seiner Amnestie vom August 1839 erst 1840 nach wiederholtem Drängen seiner Freunde das Gefängnis. Er sollte sobald es seine angeschlagene psychische Gesundheit erlaube, unverzüglich in die Verbannung gehen. Unmittelbar nach der Entlassung am 10. Mai 1840 heiratete er und fünf Tage darauf ging das Ehepaar in die Schweiz. In Schaffhausen machte er Karriere als Buchhalter eines Handelskontors. Infolge der Generalamnestie im Jahre 1841 durfte Hardegg wieder in seine Heimat zurückkehren. In Ludwigsburg eröffnete er eine Lederhandlung. Noch in der Haft hatte er sich einem mystischen Pietismus zugewandt. 1848 unterstützte er die Kandidatur des konservativen Protestanten Christoph

⁴² Katholisches Kirchenregisteramt Ludwigsburg, Pfarrbücher; Standesamt Stuttgart, Familienregister.

⁴³ FRANCKH, Schlosser, Geheimrath und Professor.

⁴⁴ StaL E 319 Bü 40. – Franckh war lange Zeit in Isolierhaft gesperrt worden. Seinem Antrag auf Änderung der Haftbedingungen wurde erst nach längerer Zeit stattgegeben.

⁴⁵ HHStaW St. K. Württ. K. 37.

⁴⁶ Siehe oben weitere biografische Einzelheiten zu Franckh.

⁴⁷ HUNDT, Zur Frühgeschichte, S. 315.

Hoffmann gegen David Friedrich Strauß für die Frankfurter Nationalversammlung. Es entstand eine Freundschaft zwischen Hardegg und Hoffmann, die schließlich zur Gründung der Tempelgesellschaft führte, die sich in Erwartung des Dritten Tempels in Palästina durch eine Reihe eigener Siedlungen hervortat. Hardegg reiste am 6. August 1868 ins Heilige Land. Trotz der radikalen Veränderung seiner Lebensrichtung hielt er an einigen seiner ursprünglichen Positionen fest, darunter die Prinzipien der sozialen Gleichheit und des gemeinnützigen Bodens. Auch sein Wesen, das sich durch Hartnäckigkeit, Pioniergeist und Führungsqualität auszeichnete, blieb unverändert. Er verstarb am 10. Juli 1879 in Haifa und wurde dort bestattet.

Dorn wurde 1839 unter der Bedingung begnadigt, dass er in die Vereinigten Staaten auswandere. Anfang August 1839 schiffte er sich in Bremen ein. So verließ einer der aktivsten unter den zivilen Verschwörern die politische Bühne. Die österreichische Militärpolizei berichtete, dass „Bruder Dorn“ als Verbindungsmann in Baltimore für den radikalen Verein „Germania“ aufgetreten sei. Es ist nicht eindeutig festzustellen, ob es sich dabei um „unseren“ Dorn handelte, ja ob sich dieser überhaupt zu einer bestimmten Zeit in Baltimore aufgehalten hatte⁴⁸. Fest steht, dass er am 13. Januar 1852 in Philadelphia verstarb⁴⁹.

Kammerer flüchtete im Mai 1838 in die Schweiz, nachdem er vom Strafgericht in Esslingen zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt worden war. Zunächst kam er in Zürich unter, wo ihm Asyl als politisch Verfolgter gewährt wurde. 1840 siedelte er mit seiner Familie nach Riesbach bei Zürich um. Dort gründete er in demselben Jahr eine Zündholzfabrik, nachdem er schon vorher in Ludwigsburg einen ähnlichen Betrieb ins Leben gerufen hatte. Aufgrund der Generalamnestie in Württemberg 1841 wurde ihm seine Strafe erlassen. Er nahm dennoch die Gelegenheit zurückzukehren nicht wahr. Im Jahr 1848 meldete er dennoch von seinem Schweizer Wohnsitz aus seine letztendlich erfolglose Kandidatur für den württembergischen Landtag an⁵⁰. Sein Credo verkündete er in einer Wahlanzeige in der Zeitung: „Das Monument meines Glaubensbekenntnis [nur ein einziges Deutschland] ist an den Kerkern Asbergs [sic!] noch wohl erhalten zu schauen“⁵¹. Kammerer hatte die radikale Linie vertreten⁵² und selbst unter jenen Kreisen Widerstand erweckt, die ihren Worten nach, liberale Vertreter wollten, jedoch keine radikalen⁵³. In den Jahren 1849/50 verhalf er deutschen politischen Flüchtlingen zur Flucht in die Schweiz. Wie Franckh befahl auch Kammerer eine psychische Krankheit. Er

⁴⁸ HHStaW Dt. Akten alte Reihe K 290 Fasz. 207, S. 147 f. 2.

⁴⁹ StaL. E 319 Bü 30; Kirchenregisteramt Ludwigsburg, Familienregister.

⁵⁰ *Schwäbische Kronik*, 1. April 1848.

⁵¹ Ebd.

⁵² „[I]n Absicht auf die Politik (soll Kammerer) der extremen radikalen Richtung huldigen“; HstaS E 146 Bü 3725/1.

⁵³ So in einer Anzeige gegen Kammerer in der Beilage zum Ludwigsburger Tagblatt am 4. April 1848.

wurde zunächst in der Nervenheilanstalt Winnenden und später in einem Ludwigsburger Hospital untergebracht, wo er am 4. Dezember 1857 starb⁵⁴.

Herrlinger heiratete Carolina Mathilda Hardegg, eine Schwester Hardeggs, in Eglosheim am 28. Mai 1840⁵⁵. Im Mai 1848 wurde er als Kandidat der demokratischen Kräfte für Heilbronn Land in den württembergischen Landtag gewählt⁵⁶. Er verstarb am 17. Juli 1849 in Großgartach⁵⁷.

Hipp emigrierte im Februar 1833 in die Vereinigten Staaten. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Kauffmann zog sich nach seiner Freilassung aus der Politik zurück, blieb jedoch von den Ereignissen von 1848/49 nicht unberührt. Als alter Freund David Friedrich Strauss' überlieferte er eine Beschreibung einer von Strauß abgehaltenen Wahlversammlung zum Frankfurter Parlament. Seine Zuneigung und Sympathie galten natürlich Strauß und nicht dessen konservativ-pietistischem Gegner Christoph Hoffmann, der sich jedoch letztlich erfolgreich durchsetzen konnte. Kauffmann erwarb sich einen gewissen Ruf als Komponist und Mathematiker, verbarg jedoch seine Vergangenheit als Freiheitskämpfer. Er verstarb am 11. Februar 1856 in Stuttgart an einer langwierigen Lungenerkrankung, die er sich vermutlich während der Haft zugezogen hatte⁵⁸.

Mayer ließ sich nach seiner Freilassung in Nagold nieder, um dort die im Besitz seines Bruders befindliche Wollspinnerei zu leiten. Mayer stand, wie alle freigelassenen Verschwörer, unter Polizeiaufsicht. Er erregte behördliches Erstaunen, als er meldete, er habe bei einem Handwerker 230 „Jakobinermützen“ in den verbotenen Farben Schwarzrotgold bestellt. Der „rote Mayer“ geriet in den Verdacht, in „alte Gewohnheiten“ zu verfallen. Der Vorfall wurde selbst dem König zur Kenntnis gebracht. Die bestellten Mützen wollte er in Tübingen vertreiben. Eine Untersuchung ergab jedoch, dass nur geschäftliche Erwägungen, nicht aber politische Absichten Mayer zu dieser Bestellung veranlasst hatten⁵⁹! Später ent schlüpfte er der Polizeiaufsicht und zog trotz behördlichen Protestes ins badische Mannheim. Dort nahm er seinen früheren Beruf wieder auf und arbeitete als Apothekergehilfe in Mannheim und Heidelberg, ja kehrte sogar nach Württemberg zurück, um mit Erfolg die Apothekerprüfung abzulegen (16.–19. März 1842). Sein späteres Schicksal ist unbekannt. Mutmaßlich ist er in die Vereinigten Staaten ausgewandert⁶⁰.

⁵⁴ Bibliografie: KRÄTZ, O., in: NDB 11 (1977), S. 84 f. Darüber hinaus auch SCHANZENBACH, Jakob Friedrich Kammerer, S. 206–221; schriftliche Auskunft des Staatsarchivs des Kantons Zürich und des Schweizer Fernsehens, Ressort Unterhaltung; Kirchenregisteramt Ludwigsburg, Familienregister.

⁵⁵ Kirchenregisteramt Heilbronn.

⁵⁶ Information über Herrlinger verdankt der Verfasser Prof. Helmut Riegraf aus Heilbronn.

⁵⁷ *Beobachter*, 21. 7. 1849; *Heilbronner Stimme*, 3. 3. 1983.

⁵⁸ Nekrolog, in: *Schwäbische Kronik*, 11. 5. 1856, S. 771 f.; WALTER, Ernst Friedrich Kauffmann, S. 406–445; KAUFFMANN, Ernst Friedrich Kauffmann, S. 211–229; sowie der Artikel: MANKE, Volksversammlung, S. 50 f.

⁵⁹ HstaS E 9 Bü 116 (1839) Qu. 45, Qu. 48, Qu. 51.

⁶⁰ Nach einer Information von Dr. Armin Wankmüller aus Tübingen.

Die Gebrüder Krauß emigrierten 1851 in die Vereinigten Staaten, nachdem sie zunächst Ackerland auf einem Landgut im württembergischen Lichtenberg/Oberstenfeld gepachtet hatten. Albert verstarb als Militärfarrer in der Armee der Nordstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg⁶¹. Friedrich starb ebenfalls in Amerika. Die näheren Umstände seines Todes sind unbekannt⁶².

H. Schmidlin war mindestens bis 1835 als Redakteur des *Beobachters*, dem Nachfolgeblatt des *Hochwächters* tätig. Anschließend übernahm Seybold diese Aufgabe. Schmidlin verstarb noch vor der Revolution von 1848 am 13. Dezember 1840 in Stuttgart. Sein Bruder E. Schmidlin emigrierte in die Schweiz. Die Vermutung von Doblinger/Schmidgall, dass Schmidlin an dem Frankfurter Wachensturm teilgenommen habe, ist nicht belegt⁶³. Er verließ den Gartenbau und verfasste zahlreiche botanische Bücher. Ein häufiger Ortswechsel kennzeichnete seine Existenz. 1854 zog er nach Teinach, 1856 kehrte er nach Stuttgart zurück. Darüber hinaus war er zweimal verheiratet. Seine zweite Frau, Anna Wallraff, war katholisch. Er heiratete sie am 22. November 1847. Gegen Lebensende leitete er ein Hotel im schweizerischen Thun. Er verstarb 1890 als Geschäftsmann wohl während eines Besuches in Dresden⁶⁴.

Widenmann war 1848 neben seiner Hingabe an spiritualistisch-wissenschaftliche Themen in liberalen Vereinen tätig, redigierte 1848 die *Süddeutsche Politische Zeitung*, 1849 die *Augsburger Abendzeitung* und später die *Ulmer Zeitung*. Er gehörte zum Kreis um Friedrich Rohmer und schloss sich nach deren Gründung der Nationalliberalen Partei an. Er veröffentlichte eine lange Reihe von Büchern zu anthroposophischen und politischen Themen und verstarb als Arzt am 28. Januar 1876 in Ulm⁶⁵.

Weihenmaier wurde Stadtbaumeister in Heilbronn. Schreiber kehrte nach seiner Begnadigung 1839 nach Heilbronn zurück, wo er wieder seine Tätigkeit als Rechtsanwalt aufnahm.

Rödinger gehörte 1848 dem Vorparlament und der linken Fraktion des „Deutschen Hofes“ an. Auch war er Mitglied des Rumpfparlaments. Rödinger war bis zu seinem Tod Mitglied im württembergischen Landtag als Vertreter des Wahlkreises Öhringen. Er galt als der „Philosoph der Kammer“ und veröffentlichte mehrere Bücher zu philosophisch-politischen Themen. Er war der Schwager des Demokraten Carl Mayer⁶⁶ aus der späteren „Süddeutschen Volkspartei“. In der National-

⁶¹ Alte Liste über die ortsabwesenden Bürger und Beisitzer 1841/87, Stadtarchiv Ludwigsburg; Kirchenregisteramt Ludwigsburg, Familienregister; SCHÖN, Die Staatsgefängenen, S.72.

⁶² Alte Liste über die ortsabwesenden Bürger und Beisitzer 1841/87, Stadtarchiv Ludwigsburg; Kirchenregisteramt Ludwigsburg, Familienregister.

⁶³ DOBLINGER/SCHMIDGALL, Geschichte und Mitgliederverzeichnisse, S. 82.

⁶⁴ Ebd., S.82, Nr. 814.

⁶⁵ Vgl. das Literaturverzeichnis, dort insbesondere die Teilbiografie von PICTH, Reinkarnationsidee; siehe auch LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S.77, 228f., 305, 333, 365, 388, 392; MANN, Württemberger, S.270f., 390.

⁶⁶ Vgl. zu ihm MÜLLER, Carl Mayer.

versammlung widersetzte er sich einem preußischen Kaisertum in Deutschland. Zur großen Verwunderung vieler Zeitgenossen unterstützte er später die deutsche Einheit unter preußischer Führung. Rödingers Schwester war die Großmutter des bekannten Stuttgarter Bürgermeisters Lautenschlager⁶⁷.

Tafel wurde am 26. August 1833 verhaftet⁶⁸. Nach Vollzug seiner Strafe (ein halbes Jahr Festungshaft) nahm er die Leitung des *Beobachters* wieder auf. Tafel war 1848/1849 sowohl Mitglied des Vorparlaments als auch der Frankfurter Nationalversammlung in der demokratisch-republikanischen Fraktion des „Deutschen Hofes“. Tafel, Rödinger und andere gehörten im April 1848 zu den Begründern eines Volksklubs und zu den Rednern auf der revolutionär-demokratischen Volksversammlung in Göppingen⁶⁹, die am 26. März 1848 stattgefunden hatte. Tafel brachte seinen Sohn dazu, sich dem Freikorps in Tübingen anzuschließen, das sich zur Unterstützung der Revolution in Baden 1849 organisiert hatte⁷⁰. Auch nach der Revolution wird über demokratische Aktivitäten in Stuttgart unter der Leitung von Tafel, Rödinger, Hölder und anderen im Rahmen der Donnerstags-Gesellschaft berichtet⁷¹. Von 1849 bis 1856 und von 1864 bis 1868 war Tafel Mitglied der Zweiten Kammer der Württembergischen Landstände für den Wahlbezirk Welzheim und die württembergische Demokratische Volkspartei. Von 1868 bis 1870 gehörte er außerdem als Abgeordneter des Wahlkreises Württemberg 9 (Öhringen, Weinsberg, Künzelsau) dem Zollparlament an, wo er sich der Hegemonie Preußens in Deutschland widersetzte. Im Jahr 1871 ließ sich Tafel zudem zum Kandidaten für die Reichstagswahlen aufstellen, war dabei jedoch nicht erfolgreich. Eine erneute Kandidatur im Jahr 1874 verhinderte schließlich sein angeschlagener Gesundheitszustand. Bis 1864 blieb der demokratische *Beobachter* (der unter anderem von Pfau, Weisser und Kurz redigiert wurde) in seinem Besitz. Dieses Blatt setzte sich in der Tradition seines Vorgängers, des *Hochwächters*, für die Wahl oppositioneller Abgeordneter in den Landtag ein und wurde zum Organ der Süddeutschen Demokratischen Volkspartei. Als Rechtsanwalt galt er als „Berater aller Unterdrückten, des ganzen Volkes, Rechtsanwalt nicht aus Broterwerb, sondern von seinem Gerechtigkeitssinn, seinem warmen Herzen getrieben“⁷². Tafel verstarb in Stuttgart am 8. Dezember 1874 an einer schweren Magenkrankheit.

⁶⁷ SCHNURRE, Die württembergischen Abgeordneten, S. 119f.; MANN, Württemberger, S. 393; DOBLINGER/SCHMIDGALL, Geschichte und Mitgliederverzeichnisse, S. 67; *Schwäbische Kronik* 9. Juli 1865; KUTTER, Nekrolog, *Schwäbische Kronik* 23. 6. 1868; Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde, Jg. 1/H. 1, Stuttgart 1949, S. 37.

⁶⁸ StaL E 319 Bü 21.

⁶⁹ Ein Volksmann, S. 45–50; MANN, Württemberger, S. 389; RANG, Anzeiger, S. 125, 233, 242; SCHMIDGALL, Tübinger Burschenschaft, S. 64, Nr. 153; SCHNURRE, Abgeordnete, S. 122f.; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 918f.

⁷⁰ SIEBER, Stadt und Universität Tübingen, S. 227.

⁷¹ HstaS E 14 Bü 1045.

⁷² Ein Volksmann, S. 45–50.

Lohbauer durchlief verschiedene politische, persönliche und religiöse Phasen und Krisen seit seiner Flucht nach Straßburg im Jahre 1832⁷³. In Straßburg war er noch verstärkt politisch in der deutschen Exilkolonie tätig. Er unterhielt von dort aus auch Kontakt zur württembergischen Verschwörergruppe. Da er sich in Straßburg nicht mehr sicher fühlte ging er im Frühjahr 1833 in die Schweiz. Er ließ sich in Burgdorf im Kanton Bern nieder. Er betätigte sich als Publizist und dann als Hochschullehrer an der Universität Bern im militärtheoretischen Bereich und trug zum Ausbau des Schweizer Militärsystems bei. Im Laufe seines stürmischen Lebens verließ er bisweilen seine demokratische Position, allerdings nur, um sie später wieder aufzunehmen. 1845 siedelte er nach Berlin über, um im Auftrag der preußischen Regierung eine Zeitung zu gründen. Dieses Projekt scheiterte aufgrund der liberal-demokratischen Positionen Lohbauers. Nach dem Ausbruch der Revolution schloss er sich ihr in Berlin mit Begeisterung an und wurde Hauptmann einer demokratisch gesinnten Bürgerwehrkompanie. Er kandidierte bei den Wahlen für den preußischen Landtag und die Frankfurter Nationalversammlung, konnte jedoch keine Erfolge erringen. Lohbauer kehrte 1849 in die Schweiz zurück und widersetzte sich dem deutsch-preußischen Militarismus von 1871. Er blieb jedoch seinen alten Freunden Rödinger, Tafel und Malté bis zu seinem Lebensende verbunden⁷⁴. Er verstarb als Professor für Militärgeschichte in Hermesbühl bei Solothurn am 15. Mai 1873.

Malté diente, einer Aufzeichnung aus dem Jahre 1850 nach, als Leutnant im zweiten Musketierbataillon der Bürgerwehr in Stuttgart⁷⁵. Es ist nicht eindeutig zu klären, ob er während der Revolution von 1848/49 auch noch dort tätig war. Er blieb bis zu seinem Lebensende mit Tafel und Rödinger in Kontakt, die als gemäßigte demokratische Vertreter der Fraktion des „Deutschen Hofes“ im Frankfurter Parlament von 1848/49 saßen. Dabei handelte es sich nicht nur um eine persönliche, sondern auch um eine politische Verbindung. Er geriet gegen Lebensende in große finanzielle Schwierigkeiten. Lohbauer und die anderen Freunde aus der Zeit des *Hochwächters* – Rödinger und Tafel – vergaßen ihn nicht und unterstützten ihn finanziell bis zu seinem Tod. Er starb unverheiratet am 15. März 1868 an einer Gehirnblutung⁷⁶.

Seybold, der dem Verschwörerkreis nahe stand und revolutionäre Ansichten vertrat, verstarb vor der Revolution von 1848. In seinen teilweise satirischen Beiträgen als Redakteur des *Beobachters* in Stuttgart (seit 1836 bis zu seinem Tod am 23. Juli 1843) blieb er den demokratischen Prinzipien treu⁷⁷.

⁷³ LANG, Rudolf Lohbauer, S. 149–188; WALTER, Rudolf Lohbauer, S. 188–217.

⁷⁴ Siehe WALTER, Lohbauer, S. 207–217; DERS., Rudolf Lohbauer in seinen Schweizer und Berliner Jahren, S. 290–343, insbesondere S. 319–340.

⁷⁵ HstaS E 146 Bü 4147 – nach der Liste vom 18. Oktober 1850.

⁷⁶ Standesamt Stuttgart, Familienregister Stuttgart.

⁷⁷ Siehe auch Conversations-Lexikon der Gegenwart, 4, Abt. 1, S. 1088f.; SCHÖN, Seybold, F., in: ADB 34 (1892), S. 80; HOLDER, Die Brackheimer Familie Seybold, S. 5–13, 17–21.

Elsner wechselte Anfang der 1840er Jahre ins monarchistisch-konservative, ja sogar ins ultramontane Lager über. Er wurde Redakteur einer konservativen Zeitung, die gegen die Demokraten agierte. Sein letzter journalistischer Beitrag für das Lager der Demokraten erfolgte im *Leuchtturm*, der 1838 von dem Rechtsanwalt Vanotti gegründet worden war. Elsner war der erste Redakteur dieser Zeitung, die im badischen Konstanz erschien. Nachfolger Elsners war J. G. A. Wirth, der den Namen des Blattes in *Deutsche Volkshalle* änderte⁷⁸. Elsner wurde zum Sympathisanten Louis Bonapartes und von diesem bis zur Verschwörung von Boulogne unterstützt⁷⁹. Es ist hier kein Raum, um auf die Frage einzugehen, in welchem Maße Elsner seine Anschauungen wirklich geändert oder ob er sich nur wie ein opportunistischer Schreiberling verhalten hatte⁸⁰. Elsner verstarb am 30. Juni 1858 in Wangen, Oberamt Cannstatt, wohin er sich gegen Ende seines Lebens zurückgezogen hatte⁸¹.

⁷⁸ Siehe HAUBER, Gegen Wilhelm Binder, S. 75; KRAUSS, Schwäbische Literaturgeschichte 2, S. 175 f.; BUCK, Schwäbische Dichter, S. 261–265; sowie GLOSSY, Literarische Geheimberichte 1, Anmerkung S. 63. Die Zuverlässigkeit der Angaben bei Glossy, der sich auf Berichte von Geheimagenten stützt, ist zweifelhaft.

⁷⁹ GLOSSY, Literarische Geheimberichte, Anm. S. 63.

⁸⁰ Siehe BUCK, Schwäbische Dichter, S. 261–265.

⁸¹ KRAUSS, Schwäbische Literaturgeschichte, S. 176. Laut KOSCH, Biographisches Staatshandbuch, S. 195 ist Elsner in Wangen/Allgäu gestorben.

Anhang

Moritat über Koseritz und Lehr

Erste Version:

Hört, Leute, hört vom Schwabenland,
Was kürzlich ist geschehen
Vom Koseritz, dem Leutenant!
Hier könnet ihr ihn sehen,
Hier seht ihr Undank , Hochverrat
Und Meuterei und große Gnad.

Zu Ludwigsburg, da war der Sitz
Von dieser Meuterei;
Ihr Hauptmann, der war Koseritz,
Und hier die Polizei,
Die lang im Stillen hat gewacht,
Bis sie es hat herausgebracht.

Doch von dem königlichen Thron
Der gute Wilhelm sprach:
„Gesteh, gesteh, verirrter Sohn!
Ich lass die Straf dir nach.“
Doch er belügt ihn freventlich
O Koseritz, wie liederlich!

Drauf sperrt man ihn in Kerker ein
Und hält ein Kriegsgericht.
Hier sieht man ihn nun ganz allein,
Betrübt ob der Geschicht.
Nach einem und dreiviertel Jahr
Die Untersuchung fertig war.

Hier sieht man, wie der Auditor
Das Urteil proklamiert;
Man liest ihm das Erkenntnis vor,
Die Trommel wird geführt:
Den Koseritz und Lehr, ach Gott,
Die beiden schießt man mausetot.

Wie frech steht hier der Koseritz
 Zwei Schritt vor seinem Grab,
 Als wär es nur ein schlechter Witz,
 Den man mit ihm vorhab!
 Doch dort, der Ex-Feldwebel Lehr
 Ist stark zerknirscht und weinet sehr.

Bereits ruft laut der Kommandant:
 „Ihr Schützen macht euch fertig!“
 Wie nah sind sie am Grabesrand,
 Des herben Tods gewärtig!
 Doch sprach der Kommandant:
 „Gebt acht, dass ihr mir nicht zu früh loskracht!“

Drauf sprengt ein Adjutant herbei.
 Und ruft: „Wilhelm gibt Gnad,
 Er gibt sie los, er gibt sie frei!“
 Das Publikum ruft: „Schad!
 Wie lange freuten wir uns schon?
 Auf die Exekution.“

Der gute Wilhelm nicht allein
 Schenkt ihnen Leib und Leben,
 Großmütiger will er noch sein,
 Tut ihnen Geld noch geben,
 Fünfhundert Gulden baria,
 Und spricht: „Geht mit nach Amerika!“

Er schickt auch einen Gendarm mit
 Bis in die Seestadt Bremen,
 Der sie geleitet Schritt für Schritt
 Und auf das Schiff ließ nehmen.
 Als Erbe, nicht als Koseritz
 Nimmt auf dem Schiff seinen Sitz.

Dem Koseritz geht's gut; doch denkt!
 Der Ex-Feldwebel Lehr
 Wurd' wegen Notzucht schnell gehenkt
 Und jammert jetzt nicht mehr.
 Bei uns erhielt er zwar Pardon,
 Doch drüben den verdienten Lohn.

Drum hütet euch vor Hochverrat,
 Ihr guten Württemberger!
 Denn solche Missetat
 Wird oft bestraft noch ärger!
 Er büßt in einem fremden Land
 Die Schuld als Essigfabrikant¹.

Zweite Version:

Hört Leut vom Schwabenland,
 Was kürzlich ist geschehen
 Mit Koseritz, dem Leutenant,
 Hier könnt ihr ihn sehen.
 Hier seht ihr Undank, Hochverrat
 Und Meuterei und hohe Gnad'!

Zu Ludwigsburg, da war der Sitz
 Von der Meuterei;
 Ihr Häuptling, das war der Koseritz,
 Doch hier die Polizei,
 Die hat im Stillen lang gewacht,
 Bis sie die Sach' ans Licht gebracht.

Man schließt sie in den Kerker ein
 Und hält ein Kriegsgerichte;
 Da sitzen sie nun ganz allein,
 Betrübt ob der Geschichte.
 Nach einem und dreiviertel Jahr
 Die Untersuchung fertig war.

Da hat ihn'n nun der Auditor
 Das Urteil publiziert,
 Man liest ihn'n das Erkenntnis vor,
 Die Trommel ward gerühret:
 Den Koseritz, den Lehr, ach Gott! –
 Sie beide schießt man zu Tod.

¹ STEIFF/MEHRING, Geschichtliche Lieder, S. 919 f.

Da stehn sie vor des Grabes Rand,
 Des bittren Tod's gewärtig;
 Schon kommandiert der Leutenant:
 „Ihr Schützen, macht euch fertig!
 Ach Lehr, du armer Sünder,
 Denk an dein Weib und Kinder!“

Kühn steht hier der Koseritz
 Zwei Schritt von seinem Grabe,
 Als wär' es nur ein schlechter Witz,
 Den man mit ihm vorhabe,
 Dagegen, ach, der arme Lehr,
 Ist ganz zerknirscht und jammert sehr.

Da fliegt der Adjutant herbei
 Und ruft: „Wilhelm gibt Gnade!
 Er gibt sie los, er gibt sie frei!“
 Das Publikum rief: „Schade,
 Wie lange freuten wir uns schon
 Auf diese Exekution!“

Der gute König nicht allein
 Schenkt ihnen Leib und Leben,
 Er will an Gnade reicher sein,
 Will ihnen mehr noch geben:
 Fünfhundert Gulden baria
 Und sagt: „Geht nach Amerika!“

Er gibt ihn'n ein' Gendarmen mit
 Bis in die Seestadt Bremen,
 Der sie begleitet Schritt für Schritt,
 Bis sie das Schiff dort nehmen.
 Als Erbe, nicht als Koseritz,
 Nimmt er im Schiffe seinen Sitz.

Drum Leute, flieht den Hochverrat
 Als brave Württemberger!
 Denn eine solche schlimme Tat
 Bringt nur Verdruss und Ärger!
 Er büßet nun im fremden Land
 Die Schuld als Essigfabrikant².

² RICHTER, Die schreckliche Pulver-Explosion, S. 28f.

Beide Lieder zeichnen sich durch eine königstreue Haltung aus, die die militärische Verschwörung verdammt. Koseritz und Lehr werden verunglimpft. Der Text erhebt keinen Anspruch auf historische Genauigkeit, sondern soll als abschreckendes Lehrstück gelten. Koseritz' Haltung auf dem Exekutionsplatz wird immerhin als kühn bezeichnet und ohne jegliche Reue. Womöglich wird auf die Spekulationen angespielt, die damals im Umlauf waren, Koseritz sei ein uneheliches Kind des Königs, der schon im Voraus von seiner anstehenden Begnadigung unterrichtet war. Von daher seine angebliche Gleichgültigkeit. Im Gegensatz dazu, wird Lehr, der der Todesangst voll ausgesetzt war, als armer Tropf karikiert, der aber, wohl notbedingt, Reue zeigte. Die angebliche Verurteilung und Hinrichtung Lehrs in Amerika ist unwahr. Der Hinweis auf Lehrs und Koseritz' Schicksal (Essigfabrikant), deutet darauf hin, dass die Lieder viele Jahre nach der Verschwörung selbst gedichtet worden sind.

Register

Ortsregister

- Aargau, *Kanton der Schweiz* 364
Ägypten 317
Alaska 68
Alessandria 410
Alfeld (Leine) 152
Allgäu, *württembergischer Teil* 221, 428
Altenburg 378
Altwürttemberg 6, 99–102, 105, 107, 119f.,
123f., 200, 339, 342
Amerika, Vereinigte Staaten von 2, 12, 16,
19, 21f., 27, 37, 39–41, 44f., 47–49, 57,
66, 68, 76, 78f., 82, 112, 132, 166,
174–176, 183, 192, 210, 222, 251, 265,
286, 291, 296, 300, 315, 326, 351, 357,
392, 397, 399, 403, 408, 417–419, 420f.,
423–425, 430, 432f.
Amsterdam 280, 420
Anhalt-Köthen, *Herzogtum* 51
Antwerpen 280, 282
Arenberg-Meppen, *Herzogtum* 51
Arkansas, *Bundesstaat der USA* 231
Asperg 155, 359, 405, 423
Athen 141
Auenstein 239, 244f.
Avignon 389
- Babenhausen 99
Backnang 162f.
Baden-Baden 283
Bad Boll 146
Bad Cannstatt, *Stadt Stuttgart* 160, 249,
428
Bad Dürkheim 331
Bad Teinach, *Stadt Bad Teinach-Zavelstein*
158, 425
Bad Urach 258, 420
Bad Wimpfen 381
Baden, *Großherzogtum* 11, 50f., 63, 84, 88,
90, 104, 106, 131, 145, 154, 202, 216, 249,
253, 260, 278, 355, 378, 381, 385, 391,
409, 411, 419f., 424, 426, 428
Badenweiler 62
Balingen 145, 160
Baltimore 392, 418, 423
- Bamberg 378
Bayern, *Königreich* 50, 54, 58, 90–92, 96,
104, 106, 128, 145, 150, 240f., 248, 276,
409
Belgien, *Königreich* 2, 24f., 28f., 31, 80,
84f., 88, 96, 98, 142f., 183, 186–188, 194,
197f., 214f., 219, 226, 256, 280–283, 291,
300, 382, 411f.
Berg, *Großherzogtum* 51
Berlin 17, 58, 61, 88, 411, 427
Besançon 226, 371, 384, 386–390, 394, 396
Besigheim 239, 304, 314, 320
Böblingen 223
Böhringen, *Gemeinde Römerstein* 420
Boulogne 428
Brackenheim 332
Braunschweig 87, 146, 152
Braunschweig-Lüneburg, *Herzogtum* 1
Bremen 423, 430, 432
Bremerhaven 418
Burgdorf, *Kanton Bern, Schweiz* 427
Buchweiler, *Elsass* 279
Butzbach 307, 331, 373, 376
- Cádiz 67
Cannstatt → Bad Cannstatt
Chambéry / Ciamberi 410
Chur, *Stadt, Schweiz* 133
Coburg 378
- Dänemark 61, 101
Darmstadt 142, 376, 378, 386
Deutscher Bund, *Staatenbund* 3, 8, 11f.,
22f., 64f., 69, 90f., 106, 108–110,
112–115, 117f., 139, 169, 175, 178, 186,
212–214, 249, 261, 278, 364, 368, 374,
382
Deutschland, *geografisch* 1–3, 8f., 13, 15–17,
19–25, 27, 29–33, 35, 39–43, 47–59, 61f.,
65–73, 75, 78, 84–88, 90–95, 97f., 103,
105, 108, 110–112, 115, 122–125, 127f.,
133, 136, 138, 140–144, 146, 149–154, 159,
163f., 167, 170, 173, 176, 179–183,
186–189, 192f., 197, 200–202, 207, 209,

- 212f., 215, 219, 225–227, 231f., 240, 246,
250, 253, 263, 266, 276, 278, 283–285, 288,
290, 295f., 300f., 307f., 310f., 322f., 327,
330, 333–335, 337, 347–349, 351f.,
354–356, 361, 363, 369, 371f., 376–378,
382, 386f., 389f., 393f., 400, 405, 408,
410–412, 417, 423, 426
- Deutsch-Wagram 58
- Dijon 384, 389
- Dreifaltigkeitsberg, *Berg, Stadt Spaichingen*
161
- Dresden 70, 158, 425
- Dürkheim → Bad Dürkheim
- Eberstadt, *Landkreis Heilbronn* 162
- Echterdingen, *Stadt Leinfelden-Echterdingen*
149, 153, 155f., 158, 161, 177, 239,
298, 398
- Egartenhof, *Stadt Sachsenheim* 314f.
- Eglosheim 222, 279, 281, 290, 371, 374, 424
- Ehingen (Donau) 223
- Eichstätt 248
- Elchingen 332
- Ellhofen, *Landkreis Heilbronn* 162
- Elsass 92, 332, 371f., 388, 410
- Ellwangen 325
- England → Großbritannien
- Engelhofen, *Schweiz* 308
- Erlangen 386
- Esslingen am Neckar 134, 149, 153, 212,
242–244, 249, 404–406, 423
- Europa, *geografisch* 1–5, 7–9, 20–22,
24–31, 35, 37f., 42f., 45, 47–50, 56–58,
61, 63, 66–70, 72–76, 79f., 82–85, 88,
91–93, 95, 97, 102, 116f., 123, 125, 137,
140–142, 163f., 168, 175, 186–188, 193,
200, 205, 212, 214–216, 232, 236, 263,
282, 291, 293, 299, 306f., 323, 326, 347,
371, 390, 407, 413, 415
- Florida 419
- Franken 308, 406
- Frankfurt am Main, *Stadt* 3, 13–20, 26, 43,
96, 99, 139, 157f., 170f., 180, 237, 254,
260f., 289f., 293, 297, 307–311, 314, 316,
319f., 325, 327, 329–332, 347, 355f., 366,
371–384, 386–396, 398, 405, 407–410,
414, 423–427
- Frankfurt, *Großherzogtum* 51
- Frankreich 1f., 4, 9, 13f., 21–32, 34, 37–61,
63–70, 74–84, 86, 88, 91–94, 97f., 102f.,
106, 109, 111f., 114, 116f., 128f., 132–138,
140–143, 151, 153, 155, 157, 161, 164f.,
167f., 175–177, 179, 183–188, 193, 198f.,
209f., 213–220, 224–226, 227, 231–238,
240f., 245–247, 256, 268, 276–278, 281f.,
285f., 288f., 290, 292, 297, 299–301, 305,
307, 310–312, 314, 320, 322f., 325f., 328,
330f., 332–336, 336f., 345–348, 349f.,
362, 371–374, 379, 382, 384, 386, 388,
391, 402, 407, 410–413
- Freiburg i.Br. 201, 241, 309, 325
- Friedberg 331, 376f., 382
- Friesland 227
- Fulda 361
- Galizien 187, 226, 231f., 237, 240, 371,
389f., 410
- Gaibach, *Stadt Volkach* 241
- Gaisburg, *Stadt Stuttgart* 135
- Geislingen 399
- Gemrigheim 296, 314f.
- Genua 85, 216, 410
- Gerlingen, *Landkreis Ludwigsburg* 266
- Gießen 64, 137, 293, 331, 376, 385f.
- Göppingen 426
- Gotteszell, *Kloster/Gefängnis, Stadt Schwäbisch Gmünd* 354, 401, 417
- Göttingen 152, 283f., 288f., 291, 314, 347,
378
- Grenoble 346
- Griechenland 26, 28, 56, 67–69, 75, 79, 85,
114, 116, 165, 183, 213, 216, 407
- Großbritannien und Irland, *Vereinigtes Königreich* 2, 4, 24f., 28, 31, 38f., 47, 66,
68, 72, 82, 85f., 101f., 107, 109, 112f.,
114, 116, 119, 126, 129, 137, 143, 153, 159,
161, 165, 183, 187, 197, 209, 215, 258,
286f., 302, 414
- Großgartach, *Gemeinde Leingarten* 222,
244, 314, 356, 371, 378, 381, 383–386,
388, 397, 407, 409, 424
- Güstrow 216
- Haardt, *Stadt Neustadt an der Weinstraße*
308
- Haifa 279, 423
- Hambach an der Weinstraße 3, 14f., 17,
92–96, 141, 146f., 149–153, 158, 161,
165, 190, 203, 222, 234, 241, 246, 248,
265, 283, 285, 289f., 297, 307–309, 319,
331, 334, 356, 362, 411, 414f.

- Hanau 159
Hannover 63, 152
Hedelfingen, *Stadt Stuttgart* 160
Heidelberg 152, 289, 309f., 374, 378, 380, 386, 424
Heidenheim 121
Heilbronn 160, 214, 220, 222, 239, 243–249, 266, 269, 296, 304, 381, 386, 388, 422, 424f.
Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 101
Helvetische Republik → Schweiz
Hemmingen, *Landkreis Ludwigsburg* 160
Hermesbühl, *Stadt Solothurn, Schweiz* 427
Hessen 16, 87, 96, 98f., 145, 156, 195, 253, 293, 307, 311, 314, 316, 324f., 329–332, 355–357, 361, 371–373, 375–378, 380–388, 392, 395f., 400, 407, 409, 414
Hessen(-Darmstadt), *Großherzogtum* 98, 195, 325, 376, 381f.
Hessen-Homburg, *Landgrafschaft* 356, 381f.
Hessen(-Kassel), *Kurfürstentum* 87, 388, 396
Hof 283
Hohenasperg, *Festung* 134, 136f., 243, 250, 254, 277, 284, 304, 354, 379, 381, 400f., 405, 420, 423
Hohenlohe 212
Holland 84, 168, 187f., 280, 283, 411
Homburg v. d. H. 309
- Iberische Halbinsel, *geografisch* 24
Isny 221
Israel 317
Italien 25, 28, 32, 56, 67, 70, 74f., 79, 85, 96, 114, 187, 213, 216, 233, 256, 288, 331, 333, 407, 412
- Jena 57, 65, 133f., 378
- Kalifornien 68
Kalisch/ Kalisz, *Polen* 58
Karlsbad 9, 32, 65, 69, 106, 113, 146, 170, 200
Karlsruhe 142, 283, 290, 331, 333
Kassel 378
Kirchentellinsfurt 315, 339
Kirchheim unter Teck 220
Koblenz 138
Konstanz 428
- Kulm, *Böhmen* 279
Künzelsau 426
Kurhessen → Hessen(-Kassel), *Kurfürstentum*
Kurpfalz → Pfalz, *Kurfürstentum*
Kusterdingen 315, 319, 339, 342
- Lahr 391
Landau 95, 147, 151, 176, 193, 300
Lateinamerika 24, 67f., 75, 78, 80, 407, 412
Lauffen am Neckar 266
Le Havre 1, 124
Leipzig 59, 164, 378
Leonberg 160, 266, 417
Leutkirch 162
Lichtenberg, *Fürstentum* 342
Lichtenberg, *Gemeinde Oberstenfeld* 425
Litauen 187, 232, 234, 240, 371, 389, 410
Löchgau 293, 309, 315, 320f., 337, 343, 349, 351, 355f., 373–375, 377, 380, 383, 394
Ludwigsburg 8, 15, 124, 140f., 145, 147, 149, 154, 162, 181f., 185, 187, 190, 196, 200f., 203, 217–223, 227, 229–232, 239, 241–246, 248–251, 254f., 257, 259–261, 267–270, 279–282, 289–291, 293, 295f., 303f., 309, 314, 321, 334, 345, 359, 363, 371f., 379, 381, 386, 388f., 391, 397f., 400, 406, 420–424, 429, 431
Luxueil-les-Bains 389
Lyon 97, 208, 307, 322, 384
- Madrid 412
Mähringen, *Gemeinde Kusterdingen* 315–317, 339
Mainkreis 419
Mainz 13, 43, 70f., 308, 384, 410
Mannheim 135, 275, 290, 297, 308, 381, 424
Marburg 331, 376, 378, 385
Markgröningen 405
Mecklenburg, *Herzogtümer* 88
Meißen 135
Metterzimmern, *Stadt Bieitigheim-Bissingen* 266, 421
Metz 356, 386
Mississippi, *Fluss* 419
Modena 79, 85
Mühlhausen, *Stadt Stuttgart* 145, 180, 189, 191, 230, 260, 295
München 142, 150, 261, 263, 276, 281, 295
Murrhardt 124, 140

- Nagold 424
 Nassau 356, 384
 Neapel, *Königreich beider Sizilien* 28, 67, 69f., 79, 412
 Neckarkreis 123, 134, 404, 406, 419
 Neckarremms, *Gemeinde Remseck am Neckar* 303, 333f.
 Neckarsulm 304
 Neckarweihingen, *Stadt Ludwigsburg* 421
 Neustadt an der Weinstraße 93f., 149, 308
 New Orleans 419
 New York 420
 Novara 216
 Nürnberg 371
- Oberkessach, *Gemeinde Schöntal* 244, 248
 Oberschwaben 102, 120
 Offenburg 411
 Öhringen 160, 220, 345, 425f.
 Oldenburg, *Großherzogtum* 88
 Osmanisches Reich 68, 79,
 Österreich 2, 23, 25, 32, 41f., 49, 55, 57–59, 60–65, 67, 69f., 85, 88, 91, 98, 106, 108, 112–115, 142, 144, 150, 159, 167–169, 187, 194, 213f., 216, 224, 229, 232, 240, 256, 261, 263, 268, 278, 283, 306–308, 333, 340, 390, 396, 403, 409f., 412, 422f.
 Osteuropa, *geografisch* 8, 84, 187, 240, 371, 382
 Ostrołka, Polen 215
- Palästina 280, 423
 Paris 9, 15, 27f., 46f., 80–83, 92–94, 97, 141, 147, 155, 176f., 187, 189, 208, 216, 224, 226f., 232f., 234, 236–238, 240f., 277–279, 282–292, 296, 305–307, 309f., 323, 332f., 346f., 353, 365, 372f., 381, 390f., 410–412
 Parma 85
 Petterweil, *Stadt Karben* 373, 377
 Pfalz, *bayerische* 17, 63, 90f., 93, 95, 131, 151f., 319, 331, 371, 409
 Pfalz, *Kurfürstentum* 14, 85, 90–92, 94–96, 150, 156, 211, 216, 285, 297, 331, 420
 Pforzheim 154, 157
 Philadelphia, *Pennsylvania, USA* 184, 223, 418–421, 423
 Piemont → Sardinien-Piemont, *Königreich*
 Pillnitz, *Stadt Dresden* 42
- Polen, *Königreich* 3, 9, 25, 28, 59, 70, 74f., 77, 80, 85, 89, 91, 93, 96–98, 122, 136, 142, 151, 154, 162, 164, 168, 173, 181, 185–189, 191, 194, 197f., 201, 213, 215–222, 225–227, 229, 231–235, 237–241, 244–248, 253f., 256, 258, 260, 263, 286, 311, 318, 331, 333, 371–374, 384, 388–390, 407, 410, 412
 Porto 79
 Portugal, *Königreich* 25, 28, 32, 56, 58, 67, 75, 79, 85f., 401, 407
 Posen, *preussische Provinz* 187
 Preußen, *Königreich* 2, 13–15, 23, 25, 32, 41f., 49, 52f., 55, 57–65, 69–71, 74, 84f., 88, 91, 95, 98, 101, 104, 106, 108, 112–115, 117, 134f., 138, 142, 159, 167–169, 187, 194, 201, 212f., 256, 333, 390f., 410–412, 420, 426f.
- Ravensburg 162, 221, 419
 Reichenbach 162
 Reutlingen 339, 420f.
 Rheinbund 49, 51–54, 61, 84, 100, 117, 214
 Rheineck, *Kanton St. Gallen, Schweiz* 384, 38
 Rheinland 43, 68, 88, 138, 151f., 419
 Rheinpfalz → Pfalz, *bayerische*
 Riesbach, *Stadt Zürich* 223, 423
 Rom 131, 141
 Rommelshausen, *Gemeinde Kernen* 265
 Rorschach 384, 389
 Rottenburg a.N. 158
 Rottweil 161
 Russland, *Kaiserreich* 9, 25, 28, 58–60, 65, 67–69, 74–77, 79f., 85, 91, 97, 113f., 142, 157, 159, 164, 186–188, 194, 201, 205, 215f., 223, 232, 237f., 293, 333, 390, 407, 410, 412, 415
- Sachsen, *Königreich* 59, 87f., 135, 308, 420
 Sardinien-Piemont, *Königreich* 28, 67, 69f., 79, 216, 390, 410
 Savoyen 216, 390, 410
 Schaffhausen 422
 Schluchtern, *Gemeinde Leingarten* 378, 381, 385
 Schönenberg, *Gemeinde Ötisheim* 265
 Schorndorf 266
 Schwäbisch Gmünd 404
 Schwarzwald, *geografisch* 10, 255f., 318, 330, 389f.

- Schweden 75
 Schweiz 18, 44, 70, 86, 133, 226, 307f.,
 363f., 268, 373, 382, 384, 387, 389f.,
 404f., 419, 422–425, 427
 Sembach 297
 Siebenbürgen 240
 Spaichingen 161
 Spanien, 25, 28f., 32, 56, 58, 67, 69, 75f.,
 78–81, 85f., 109, 112, 114, 137, 194, 196,
 199, 224f., 274, 286, 401, 407f., 411f., 415
 St. Petersburg, *Russland* 222
 St. Wendel 342
 Stammheim, *Stadt Stuttgart* 257, 304, 360
 Straßburg 99, 154, 157, 159–161, 177, 182,
 202, 214, 227, 240f., 261, 289, 319, 326,
 359, 372f., 384, 386, 391, 427
 Stuttgart 7, 15f., 71, 88, 128, 133–135, 138,
 140, 142–145, 147, 149–153, 155, 157f.,
 160, 162f., 165, 180f., 185, 189, 198, 201,
 206f., 209, 213–216, 218–221, 229–232,
 239, 243f., 248, 254f., 257, 261, 263,
 265–270, 273–276, 278, 281, 289, 393,
 295f., 302–305, 309, 314, 331, 356,
 359–361, 364, 367, 369, 372, 374f., 377,
 379, 381, 388, 398–400, 403–405,
 419–422, 424–427
 Sülzbach, *Gemeinde Obersulm* 162
- Teinach → Bad Teinach
 Texas 231
 Thun, *Schweiz* 158, 425
 Thüringen 63
 Tirol 56, 58
 Transsilvanien 232, 410
 Tübingen 6, 12, 41, 70, 101, 110, 112f., 133,
 137–139, 141, 145, 147, 157f., 160, 164,
 208, 216, 239, 251, 259, 264–267, 277,
 280, 282, 286, 290, 296, 299, 303, 314f.,
 338f., 372, 375, 378–380, 395, 398–400,
 404f., 409, 420f., 424, 426
 Turin 410
 Türkei 79, 216, 390, 410
- Ulm 162, 189, 214, 220, 222, 243–245, 249,
 259, 304, 332, 360, 421, 425
 Ungarn 232f., 240, 371, 410
 Unterweissach, *Gemeinde Weissach im
 Tal* 363
 Urach → Bad Urach
 USA → Amerika, Vereinigte Staaten von
- Vaihingen an der Enz 251, 265
 Verona 114
 Versailles 38
 Vesoul 389
- Wagram, → Deutsch-Wagram
 Wangen im Allgäu 428
 Wangen, *Stadt Stuttgart* 160
 Wankheim, *Gemeinde Kusterdingen* 314f.,
 317, 339f.
 Warschau 3, 10, 59, 164, 186, 188, 194,
 197f., 216–218, 223, 232, 240, 250f., 254,
 260, 303, 371, 384, 390
 Wartburg, *Burg bei Eisenach* 64, 93
 Washington, D.C. 418
 Weiler an der Rems, *Stadt Schorndorf* 266
 Weingarten, *Württemberg* 221
 Weinsberg, *Oberamt* 162, 426
 Welzheim 426
 Westfalen, *Königreich* 51, 54
 Wetterau 376f.
 Wien 17, 24, 84f., 88, 99, 110, 144, 167, 275,
 403, 411
 Wiesbaden 142
 Wilna 136, 226
 Winnenden 424
 Winnental 273, 422
 Württemberg, *Königreich* 3–22, 24–27,
 29–33, 35, 50, 52, 54, 62f., 74f., 77, 80,
 84–86, 88–90, 95–97, 99–117, 119–129,
 133–135, 137–147, 149f., 153, 155–160,
 163–166, 169–171, 173–176, 178, 180f.,
 183f., 187, 190f., 193, 197–201, 205–209,
 211f., 214–219, 221f., 224, 227, 229,
 236–240, 244, 246–248, 254, 256, 260f.,
 263f., 268, 271, 273, 275f., 278–280, 285,
 288, 290–295, 305, 308–310, 313f., 317,
 321, 325f., 329, 332, 336, 338–340, 342,
 348f., 355f., 364–366, 368f., 371,
 373–385, 387f., 394–398, 402f., 405f.,
 407–410, 413, 415, 417–427, 431f.
 → auch Alt-Württemberg
 Würzburg 240f., 378, 386
- Zuffenhausen, *Stadt Stuttgart* 218, 303f.,
 359, 380
 Zürich 99, 178, 223, 423f.
 Zweibrücken 91f., 94, 149, 337

Personenregister

- Ahrens, Heinrich 283
 Alexander I., *Zar von Russland* 58, 114
 Amphour 282
 Antonini, Jaques 389f.
 d'Argenson, Voyer 70, 235, 242, 287, 292
 Arndt, Ernst Moritz 92
 Autenrieth, Ludwig von 157
- B**
 Babeuf, François Noël („Gracchus“) 27, 47, 234–236, 282, 328, 334, 336–338, 340f., 343f., 346, 348
 Bangold, von, *Oberst* 200, 202
 Banzhof, *Goldarbeiter* 223
 Bardili, Eugen 133
 Barrot, Odilon 349
 Bauer, *Leutnant* 225
 Baumann, Kurt 19
 Baur, Joachim 12
 Bausinger, Hermann 6, 12
 Bazard, Saint-Armand 341
 Becher, August 419
 Becher, Carl Adolph *Leutnant der Infanterie* 220f., 225, 229, 231, 243–249, 256, 269, 281, 304, 388, 399, 403, 419
 Becher, Gottlob/Gottlieb Benjamin 220
 Bechter, *Untersuchungsrichter* 295, 301f., 306, 337, 400, 405
 Becker, August 14, 94, 195
 Behr, Wilhelm Josef 241
 Bellon, Johann Stephan 252, 264–266, 403
 Below, Georg von 13
 Bengel, Johann Albrecht 128, 223, 228, 316, 318, 363
 Bentzel, *Diplomat* 214
 Bentzel-Sternau 293, 356
 Beroldingen, Joseph Ignaz Graf von 261, 263, 276, 403, 418
 Bertrand 147
 Bertsch, A. 7f.
 Biffart, Max 10
 Birowsky, *Sänger* 227
 Blanqui, Auguste 28, 78, 233, 286, 307, 322, 328
 Bleibel, Ernst 195, 294, 388, 399, 402
 Blomberg, August von 403
 Blumhard, *Installateur* 147
 Bluntschli, Johann Caspar 259
- Bock, Helmut 20
 Bolivar, Simon 79
 Borchardt, Knut 127
 Börne, Ludwig 27, 69, 93, 150, 208f., 277f., 283f., 286, 288, 290, 298, 306, 364f., 419
 Borst, Otto 6, 11, 84, 101, 105
 Brandstätter, Horst 12
 Breidenstein, Dr. August 382
 Breidenstein, Friedrich 309, 356, 381–383, 385f.
 Bruckmann, Alexander 259
 Brüggemann 94, 150, 289f., 374
 Breckle, Georg Friedrich 257f., 265, 399, 403, 421
 Bonaparte, Louis → Napoleon III.
 Büchle, Johann Heinrich 223, 242
 Büchner, Georg 8, 16f., 35, 69, 98, 156, 195f., 313, 317, 325, 329f., 380, 393f., 414
 Büнау, *Oberleutnant* 225
 Bunsen, Dr. Gustav 307, 310, 378, 384
 Buonarroti, Filippo (später auch Philippe) Michele 9, 27f., 66, 71, 82, 133, 155f., 184, 233–238, 242, 282, 287–289, 292f., 323, 328, 334, 337, 340, 343–346, 373, 389f.
 Burckhardt, Eduard 18f.
 Burckhardt, Jacob 25, 83, 125
 Burke, Edmund 49
 Byron, George Gordon Lord 68, 216
- Carlos de Borbón 286
 Carové, Friedrich Wilhelm 57
 Cavaignac, Louis-Eugène 82, 288, 290, 292, 307, 333, 347, 371f.
 Chezy, Wilhelm von 273
 Chodzko, Leonard 238
 Clauzel, Bertrand 286
 Closen, Karl von 356
 Colb, Carlo Nast 279
 Constant, Benjamin 70, 115, 351
 Cornelius, *Tischler* 94, 147, 150
 Cotta, Johann Friedrich 101, 210, 268, 275, 277–279, 284, 301
 Cousin 70
 Czartoryski, Adam 226

- Danton, Georges 325 f.
 Danzer, *Konditor* 223
 Dehm, Friedrich 363 f., 404
 Dieterich, *Zeugschmied* 223
 Dietler, Johann Friedrich 147
 Diez, *politischer Flüchtling* 283
 Dippon, Jakob Friedrich 257, 399
 Dittmar, Wilhelm von 70, 133
 Doblinger, Max 425
 Dom Miguel → Michael I.
 Don Carlos → Carlos de Borbón
 Dorn, Christian Wilhelm 145, 162, 222 f.,
 228, 230 f., 240, 242, 244, 264, 269, 288,
 290 f., 295 f., 303, 314, 321 f., 331, 333,
 350 f., 372, 374 f., 377, 379, 380 f., 384,
 386–389, 391 f., 395, 397–399, 404, 417,
 423
 Dubois, Paul 413
 Duvernoy, Gustav 365, 368 f., 401
- Eberbach, Karl Friedrich 222 f.
 Elbing, *Student* 241
 Elsässer, Karl August 126
 Elsner, Heinrich 149, 160 f., 206 f., 326, 362,
 398, 404 f., 428
 Emminger, *Stuttgart* 149
 Engels, Friedrich 17, 54, 75, 215, 226, 390,
 Eppinger, *Oberamtman* 385
 Erbe, Carolina Antonia 135
 Essich, Christian Friedrich 257–259, 263,
 265, 403, 421
- Fabre, Auguste 82
 Fakel, Anna Maria 248
 Falkenstein, von, *Offizier* 244
 Feline, *Capitan* 349
 Ferdinand VII., *König von Spanien* 67, 286,
 401
 Fetzner, *Rechtsanwalt* 306
 Feuchter, Johann Michael 257, 399
 Feuerbach 133
 Fichte, Johann Gottlieb 92
 Fiesinger, *Vikar* 379
 Fieß, Friedrich 160, 404, 417
 Fink, *Leutnant* 225, 295
 Fischer, Wolfram 126
 Flathe, Theodor 15
 Flick, Heinrich Christian 373, 377
 Follen, Karl 64 f., 70 f., 133, 373
 Follenberg, Carl 71
 Förster, Cornelia 17, 19
- Forstner 145
 Forster, Georg 44
 Fourier, Charles 234
 Fox, James 102
 Franckh, Friedrich Gottlob 15, 134 f.,
 137 f., 142, 147, 149, 179 f., 191, 195, 197,
 241 f., 246, 249, 256, 267, 273–288,
 291–312, 315 f., 319–321, 323–325,
 328–334, 345–348 f., 351, 354, 356, 359 f.,
 366, 372–378, 380–385, 386, 392, 395,
 398–402, 404 f., 407, 409 f., 417, 419, 422
 Franckh, Johann Friedrich 273
 Frank, *Bierwirt* 217, 398
 Frech, Johann Christoph 223, 242, 372
 Fribolin, *Leutnant* 203
 Friedrich I., *König von Württemberg* 54,
 102–106, 114, 201
 Friedrich II., *König von Preußen, Kurfürst
 von Brandenburg* 38, 60
 Friedrich Wilhelm I., *König in Preußen,
 Kurfürst von Brandenburg* 60, 114
 Friedrich Wilhelm III., *König von Preußen,
 Kurfürst von Brandenburg* 58 f.
 Fries, Eduard 137
 Frölich, Ernst 325
 Funk 307
- Gaese, Heinrich 7 f.
 Gagern, Heinrich von 414
 Gall, Lothar 131
 Garnier, Heinrich 278, 283, 287, 410
 Gärth, Dr. Franz Karl 18, 180, 259, 291,
 293, 297, 307, 309, 319, 331, 347, 372, 375,
 377 f., 381–388, 391 f., 395
 Geib, Ferdinand 90–92, 152, 376
 Geissheimer, *Bierwirt* 257–260
 Gentz, Friedrich 41, 142
 Gladbach, *Student* 386
 Glück, Otto 13
 Goethe, Johann Wolfgang von 59 f.
 Gollwitzer, Heinz 84
 George III., *König von England* 38
 Görres, Johann Joseph von 138
 Gräter, Johannes 133 f.
 Grauer, Karl-Johannes 11
 Groß, Daniel 317
 Groß, Friedrich 154, 196–198, 281 f., 285 f.,
 289–291, 299, 301, 308, 310–313, 320 f.,
 350 f., 354, 373, 375, 377, 391, 398–400,
 404 f., 417
 Gutzkow, Karl 84, 107, 159, 163

- Habermas, *Untersuchungsrichter* 286, 381, 409
- Haering, Johannes 10, 149
- Hagen, Karl 18, 164
- Hardegg, Georg David 4, 8, 12, 147, 149, 151, 179–181, 191, 195, 241 f., 249, 256, 264, 267, 273, 279–283, 285–291, 294–296, 298 f., 303–307, 309–330, 332, 334 f., 337–345, 347–352, 354–356, 359 f., 371–375, 377–381, 398, 400–402, 404 f., 409, 417, 422–424
- Hardegg, Hermann 147 f.
- Hardenberg, Carl August von 54, 104
- Hardenberg, Georg Philipp Friedrich von → Novalis
- Harring, Harro 161, 227, 231, 269, 307
- Hase, Karl August von 134
- Hauff, Wilhelm 138, 273, 274 f.
- Häusel, *Bauer* 318, 340, 342
- Häusler, *Gastwirt und Metzger* 221, 260
- Hébert, Jacques-René 183
- Heckel, Christoph 308
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 41, 101, 212
- Heine, Heinrich 1, 5, 24, 26 f., 33, 66–69, 73, 85, 93–95, 97, 124, 176, 207, 213, 237, 277 f., 283–285, 287, 314, 417
- Heinzmann, *Oberleutnant* 220
- Helfferrich, Adam 375
- Henkel 414
- Herdegen, Georg 279
- Hermes, Karl Heinrich 15
- Herold, Georg 319
- Herrlinger (geb. Hardegg), Carolina Mathilda 222, 314, 424
- Herrlinger, Wilhelm Heinrich 222 f., 244, 314 f., 320 f., 351, 381, 385, 404, 424
- Herrmann, *Regimentstambour* 260
- Herzberg, Wilhelm 17
- Hessert, *Wirt* 385
- Hettling, Manfred 12
- Hildebrand, *Uhrmacher* 147
- Himmelreich, Friedrich 223, 227, 269, 404
- Hipp, Christian Friedrich 296, 314–316, 320, 337 f., 343, 363, 424
- Hitler, Adolf 14
- Hochdörfer, Johann Heinrich 297
- Hofacker, *Kommissar* 139
- Hoffmann, Christoph 137, 422–424
- Hofsäß, Andreas 257, 399
- Hölder, Julius 426
- Hölderlin, Friedrich 41, 116
- Holland, Lord Henry Richard 286
- Hölzle, Erwin 13
- Holtz, von *Leutnant* 241
- Hoppe, *Geselle* 364
- Hroch, Miroslav 20, 410
- Hude, Hermann von der 94
- Hügel, August Ferdinand von, *Generalleutnant und Militärgouverneur* 162, 203, 229, 255, 398
- Hügel, Ernst Eugen von, *Kriegsminister* 198, 214, 247, 348, 398
- Hugo, Victor 30, 345
- Humboldt, Wilhelm von 104
- Hundeshagen, Carl Bernhard 376
- Hüpeden, Christian Friedrich von 251
- Itzstein, Johann Adam von 356, 385
- Jackson, Andrew 132, 175, 210
- Jäger, Karl Friedrich 290, 379
- Jahn, Ludwig 60, 65, 92
- Jefferson, Thomas 334
- Jordan, Sylvester 324 f., 356 f., 376 f., 385, 400, 414
- Joseph II., *Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation* 38, 368
- Juch, Karl 319, 342
- Jung, Christoph Friedrich 251 f., 265 f., 399, 402 f., 421
- Kammerer, Jakob Friedrich 145, 155, 223 f., 227 f., 230, 242, 296, 303, 404, 423
- Kant, Immanuel 40, 60
- Kapf, *Student* 379
- Karl II., *Herzog zu Braunschweig und Lüneburg* 1, 87
- Karl X., *König von Frankreich und Navarra* 32, 80–82, 153, 175, 307
- Kaschuba, Wolfgang 12
- Katz, K. F., *Verleger* 154, 157
- Kauffmann, Ernst Friedrich 145, 147 f., 181 f., 190, 223, 228, 230–232, 239–241, 249, 296, 320, 337, 397, 399, 404, 417, 424
- Keller, Christoph 258, 266, 399, 403, 421
- Kemmler, *Bauer* 316, 339 f.
- Kerner, Justinus 280
- Kerner, Karl Friedrich von 108
- Kiessler (auch Kiehler), *Wirt* 295
- Kleinmann, Karl 145, 239

- Klett, August, *Rechtsanwalt* 220
 Knoos, Andreas 257, 399
 Knöbel, Friedrich Wilhelm 285, 307, 331 f.,
 347, 371–373, 378, 381
 Koch, *Unteroffizier* 399
 Kolokrones, Teodoros 56
 Kolb, Gustav Eduard 133, 284
 Kombst, Gustav 18 f., 396, 409
 Körner, Gottlieb, *Bierschenk* 217, 219, 223,
 230, 244, 260
 Körner, Dr. Gustav 145, 356 f., 372, 378,
 380, 385 f., 394
 Körner, Theodor 138
 Koselleck, Reinhart 117
 Kosciuszko, Tadeusz 85, 408, 418
 Koseritz, Ernst (Christian) Ludwig 7 f.,
 14 f., 18 f., 29, 33 f., 124, 134–137,
 140–142, 145, 150–152, 154, 162–165,
 178–191, 194–198, 200–205, 213,
 218–225, 227–233, 236 f., 239–267,
 269–271, 273, 288, 290 f., 294–304, 310,
 320 f., 325, 333 f., 337, 356, 359 f., 362 f.,
 365, 371–374, 377–399, 401–405,
 407–409, 418 f., 429–433
 Koseritz, Friedrich Ludwig August 135
 Koseritz, Ludwig Wilhelm (von) 135
 Kotzebue, August von 65
 Kower (irrtümlich auch Kober), Karl 147,
 158 f., 162, 404 f., 417
 Kraft, Christoph Jakob, *Schütze, Ober-*
mann 252, 257, 266, 399, 403, 421
 Kraft, Johann Andreas, *Feldwebel* 252,
 266, 399, 403, 421
 Kraft, Johannes, *Berufssoldat* 266
 Kraus (auch Krauß), *Wirt* 295
 Krauß, Albert, *Goldarbeiter* 140 f., 162,
 181, 198, 222–224, 230, 243, 248, 252,
 264, 266, 269, 363, 404, 417, 425
 Krauß, Friedrich Wilhelm („Fritz“) *Gold-*
arbeiter 222 f., 242, 404, 425
 Krepowiecki, Tadeusz 235
 Krug, Wilhelm 164 f.
 Kübel, Heinrich August 381
 Kuhl, Johann Konrad 332, 376, 383, 409
 Kurz, Hermann 83, 125, 426
 Kyros 183
 Lafayette, Marie-Joseph Motier, Marquis de
 70, 82, 226, 238, 286, 299 f., 352
 Laible, *Unteroffizier* 399
 Lamarque, Jean Maximilien 236, 310
 Lamartine, Alphonse de 345
 Lamennais, Hugues Félicité (François)
 Robert de 66, 205
 Landauer, *Artillerieleutnant* 241, 249, 304
 Landsee, von, *Stallmeister* 304
 Lang, Conrad 316
 Langer, William 19
 Langermann, Daniel Gottfried Georges
 216, 218
 Laponneraye, Albert 322
 Lautenschlager, Karl 426
 Ledochowsky, Jan Graf 218 f., 231
 Lehning, Arthur 71, 287
 Lehr, Samuel 197, 219, 222, 251–254,
 257–262, 265, 267, 270, 399, 402–404,
 406, 420, 421, 429–433
 Lelewel, Joachim 188, 226, 232–235,
 236–239, 241, 371 f., 389 f.
 Lenau, Nikolaus 258
 Lenin, Wladimir Iljitsch 328
 Leopold I., *König von Belgien* 84
 Leopold II., *Kaiser des Heiligen Römischen*
Reiches Deutscher Nation 42
 Lerchenfeld 409
 Lessing, Gotthold Ephraim 60
 Li(e)chtenberg(er), Louis 241, 372
 Liesching, Samuel Gottlob 71, 133 f.
 Lindauer, *Oberleutnant der Infanterie* 225,
 241, 249, 304
 Lipp, Carola 12
 List, Friedrich 11, 73, 101, 104, 112, 116,
 126 f., 140, 287
 Lizius, Bernhard 307 f., 309, 396
 Locke, John 137
 Lohbauer, Rudolf 145, 147–162, 165,
 173–175, 177–182, 188–191, 193, 196,
 198, 200–203, 209, 212 f., 215–219, 220,
 230–232, 239, 241, 245, 267, 270, 290,
 295 f., 301, 303, 351, 359 f., 364, 366, 373,
 390, 393, 427
 Loewenstein, Berdřich 150
 Louis-Phillippe I., *König der Franzosen*
 214, 234, 278, 286, 300, 372, 410
 Luden, Heinrich 59, 134, 136–138
 Ludwig I., *König von Bayern* 90
 Ludwig XVI., *König von Frankreich und*
Navarra 38, 42
 Mably, Gabriel Bonnot de 334, 346
 Machiavelli, Niccolò 394
 Mährlen, Johannes 16, 156, 189, 193, 405

- Maier, *Kaufmann* 147, 223
 Maier, *Schwankwirt in Stuttgart* 361
 Malté, Franz 145, 157f., 160–162,
 175–180, 189, 191–193, 289, 303f.,
 359–365, 367, 369, 379f., 396, 398, 400,
 402, 404, 417, 427
 Marat, Jean–Paul 45, 234f., 325f., 346
 Marx, Karl 17, 78, 226, 303
 Mathy, Karl 307, 311
 Maucler, Eugen von 399
 Mauguin, François 278, 286, 309
 Mayer, Carl 425
 Mayer, Gottlieb Heinrich 264, 280, 290f.,
 294, 299, 305, 307, 311–313, 315–319,
 324, 330, 337–339, 341f., 348, 354, 375,
 377, 379–381, 398f., 404f., 417, 424
 Mayer, Thomas Michael 19, 324, 414
 Mazzini, Giuseppe 85, 226, 287, 390, 410
 Mebold, Karl August 134, 189, 213, 240
 Meidinger, *Buchhändler* 331
 Meinecke, Friedrich 415
 Menzel, Wolfgang 13, 165, 213
 Metternich, Clemens Wenzel Lothar
 von 15, 24, 83f., 99, 115, 144, 150, 213f.,
 229, 233, 236, 263, 268, 288, 307, 333,
 340, 393, 403
 Michael I., *König von Portugal* 401
 Michel, Johann Wilhelm 308, 331
 Mickiewicz, Adam 390
 Mignet, François–Auguste 66
 Miltiades der Jüngere 183
 Mögling, Theodor 145, 379
 Mohl, Moriz 126f.
 Mohl, Robert von 153, 369
 Moll, *Geselle* 361
 Moltke, von, *Kommandant Kavallerieregi-
 ment* 262
 Monroe, James 68
 Montesquieu, Charles–Louis de 48, 70, 137,
 353f.
 Montgelas, Maximilian von 104
 Morelly, Étienne–Gabriel 334
 Mörke, Eduard 147f., 182, 216
 Moser, Johann Jacob 101
 Mucke, Johann Richard 16
 Müldenstein, Robert von 220, 229, 231,
 242–247, 249, 269, 304, 399, 403, 420
 Müller, *Leutnant* 241
 Müller, *Seifensieder und Weinwirt* 217,
 219f.
 Müller, Adam 57
 Münch, Ernst 35, 207, 275
 Murschel 189, 239
 Napoleon I., *Kaiser der Franzosen* 21–23,
 26f., 29, 42, 44, 49f., 53–63, 66, 74, 76f.,
 80, 82, 85, 87, 100, 102, 104–106, 109,
 117, 138, 177, 183, 200f., 236, 278, 284,
 286, 405, 407
 Napoleon III., *Kaiser der Franzosen* 428
 Nast, Heinrich 404
 Navarro, *spanischer General* 286
 Neuhof(f), Dr. Peter Friedrich 309, 375,
 377, 386–388
 Nicolai, Friedrich 60
 Nikolaus I., *Zar von Russland* 390
 Nipperdey, Thomas 55
 Noë, Karl Gustav Adolf 306, 308
 Novalis 57
 Nöllner, *Richter* 195
 Obermann, Karl 20
 Obermüller, Wilhelm 309, 373, 375, 379f.
 Oken, Lorenz 137
 Orthwein, *Metzger und Gastwirt* 239, 260
 Orbllich, *Rechtskonsulent* 345
 Pallmer, Johann Gottlieb 252, 266, 399,
 403, 421
 Pepe, Guglielmo 79
 Pfau, Ludwig 426
 Pfizer, Paul Achatius 102, 153, 212, 414
 Phull–Rieppur, Ernst von 221
 Pistor, Daniel 92, 150
 Poninsky, *Oberleutnant* 389f.
 Potocki, *Offizier* 408, 418
 Prangins, *Artillerieleutnant* 241
 Prati, Joachim de 75, 184, 235, 287, 373
 Prieser, Sebastian Heinrich von 399
 Priester, von, *Württ. Vertreter bei der
 Bundeszentralbehörde* 410
 Pölitz, Karl Heinrich Ludwig 165
 Quanté, Andreas Bernhard 409
 Raht, Eduard Daniel Friedrich 221
 Raht, Wilhelm 145, 219, 221f., 225, 227,
 229–231, 243, 249, 269f., 304, 399, 403,
 420
 Raimond, Jean Jaques → Buonarotti
 Ramorino, Girolamo 216, 218, 237, 253,
 256

- Ran, von, *Rittmeister* 258, 265
 Raspail, François-Vincent 82
 Rauschenplat, Hermann von 94, 152,
 289–291, 309
 Reichenbach, *Artillerieleutnant* 225, 241
 Reichert, *Konditor* 149, 334
 Reinhard, Ludwig von 150
 Reitter, Friedrich 203, 219–221, 223, 225,
 227, 229, 231, 242–244, 249, 269–271,
 304, 399, 401, 403
 Reitzenstein, Sigismund von 104
 Rey, Luçien 133,
 Rheinwald, Karl Friedrich 161
 Riego, Rafael del 29, 67, 78, 274
 Riekert, *Wirt* 366
 Ritter, Jakob 248
 Ritter, Philipp Jacob 244, 248, 304, 380,
 399, 403, 421 f.
 Robespierre, Maximilien de 47, 64, 132,
 155 f., 235, 292, 325 f., 334, 336 f., 345 f.,
 350
 Rödinger, Friedrich 134, 139, 145, 149,
 151 f., 157–159, 160, 162, 177 f., 181 f.,
 184 f., 189–191, 194, 196, 205, 213, 219 f.,
 230, 239 f., 249, 254, 260, 262, 271, 295,
 298, 300–302, 325, 328, 359 f., 364 f.,
 368 f., 381, 397, 404 f., 425–427
 Rohmer, Friedrich 425
 Römer, Friedrich 143, 189, 239, 395, 401,
 420
 Roos, Hans 9
 Rosetzky, *Major* 232, 241 f., 245, 260
 Roscher, Friedrich 359
 Rotteck, Karl von 10, 62, 68, 90, 200 f.,
 212, 353, 356, 385, 414
 Rousseau, Jean-Jaques 47, 66, 70, 181, 291,
 293, 346, 351–354, 401
 Ruge, Arnold 138
 Rust, Clemens 283
- Sahrmann, Adam 14
 Saint-Just, Louis Antoine de 235
 Saint-Simon, Claude-Henri de 234, 328,
 338, 341, 349
 Sand, Karl 275 f.
 Sand, Ludwig 65
 Sauer, Paul 10
 Savoye, Joseph 90–92, 94, 152, 376
 Schäfer, August 115
 Schäuffelen, Wilhelm Friedrich 134, 147,
 162, 216, 368
- Schedtler, Christiane 248, 422
 Scheel, Heinrich 6
 Scherr, Johannes 16
 Schertlen, Johannes 360, 362, 366, 404, 417
 Scheurer, August 133
 Schiller, Friedrich 48, 57, 101, 116, 135, 138
 Schlayer, Johannes von 366
 Schlegel, Friedrich 57
 Schleiermacher, Friedrich 83
 Schlittenberg, *Kaufmann* → Zalewsky,
 Michael
 Schlitz, *Stadtdirektor* 142, 276
 Schlosser, Friedrich Christoph 422
 Schmidgall, Georg 425
 Schmidlin, Eduard 145, 157 f., 160, 162, 175,
 177–180, 189, 192, 264, 280, 289, 303 f.,
 359–362, 364, 370, 380, 398, 404, 425
 Schmidlin, Hermann 177, 189, 303, 364,
 425
 Schmitt, Alois 367, 405
 Schmitz–Grollenburg, Philipp Moritz
 von 261, 263, 276
 Schneider, Eugen 10
 Schneider, Franz 216, 218
 Schneider, Gustav Heinrich 19
 Schnitzer, von, *Oberleutnant der Artillerie*
 220, 225, 249, 403
 Schoch, Siegfried 14
 Schön, Theodor 7 f.
 Schönburg-Stein-Hartenstein, Alfred von,
österreichischer Botschafter 144, 150,
 213 f., 229, 263, 268
 Schoppmann, Johann Jakob 93 f., 150, 152,
 285, 289, 308
 Schott, Albert 116, 133, 140, 165, 189, 213,
 216, 218, 221, 239, 402
 Schreiber, August 247 f.
 Schreiber, Christoph Ludwig, *Hofrat*
 247 f.
 Schreiber, Ernst, *Rechtsanwalt* 244 f.,
 247 f., 250, 269, 320 f., 350 f., 380 f., 404,
 417, 425
 Schubart, Christian Friedrich 101, 116
 Schüler, Ernst, *Student* 376, 386
 Schüler, Friedrich 90–94, 149, 152, 308,
 356, 376, 386
 Schulz, Wilhelm 11, 35, 98 f., 194, 196, 327,
 369
 Schuster, Theodor 283, 285, 288
 Schütz, Wilhelm von 57
 Schwab, Karl Heinrich von 381

- Schwarz, Gottlieb Friedrich *Bäcker* 145,
223, 228, 230, 242, 244, 296, 303, 351,
363, 391, 399, 404, 417
- Seeger, Karl 165 f.
- Seltzer, Anna Maria 418
- Sepulveda, *Oberst* 79
- Seuffert 409
- Seybold, Friedrich 115, 143, 197, 209, 211,
214, 278 f., 283, 286, 289, 299, 332–334,
348, 351, 353, 425, 427
- Siebenpfeiffer, Philipp Jakob 17, 90–93, 95,
147, 150, 152, 176, 180, 193, 291, 300,
303, 308, 319, 351
- Siegel, Edmund 148
- Silbermann, Witwe, *Druckereibesitzerin* 159
- Smith, Adam 53
- Snell, Wilhelm 70 f., 373, 376
- Sonntag, *Oberleutnant* 264, 297
- Soult, Nicolas Jean-de-Dieu 278
- Sprewitz, Adolph von 133
- Stabauer → Lohbauer
- Staëls, Germaine de 66
- Stapf, *Hauptmann* 220
- Starkloff, von *Oberleutnant* 220, 231, 304
- Stein, *Apotheker* 325
- Stein, Heinrich Friedrich Karl vom und
zum 58, 104
- Stein, Lorenz von 83
- Stöber, Gebrüder 393
- Stöber, *Notar* 393
- Strauß, David Friedrich 160, 182, 423 f.
- Strohmaier, Franz 297, 307 f., 311, 331
- Stuhlfeyer, Christian Friedrich 257
- Tafel, Gottlob 134, 136, 139, 145, 149,
151 f., 157–160, 162, 165, 177 f., 181,
184 f., 189–191, 194, 196, 205, 213, 218 f.,
230 f., 239 f., 249, 254, 260, 295, 298,
300–302, 325, 328, 359 f., 364 f.,
367–369, 381, 397, 404 f., 426 f.
- Talleyrand, Claude-Maurice de 80
- Teste, Charles A. 155 f., 184, 235, 292, 340,
346
- Themistokles 183
- Theobald, Joseph von 200
- Thiers, Adolphe 66, 81
- Tieck, Ludwig 57
- Tocqueville, Alexis de 23, 38
- Trapp, Johann Theodor 309, 325, 376 f.,
382 f., 385, 388
- Treitschke, Heinrich von 14 f.
- Trélat 82
- Trotzki, Leo 75
- Übel, *Oberleutnant* 390
- Uhland, Ludwig 106 f., 163, 373, 414
- Unruh, Hans Victor von 32
- Unz, Johann Caspar 314–317, 335, 337 f.,
343 f., 363, 380, 404
- Valentin, Veit 19
- Vanotti, *Rechtsanwalt* 428
- Varnbüler von und zu Hemmingen,
Ferdinand von 199
- Vellnagel, Christian Ludwig August
von 364, 366
- Venedey, Jakob 152
- Venninger, Johann Rudolf 220 f., 244–247,
249, 269, 304, 399, 403, 420
- Vetter, *Artillerieleutnant* 225, 241
- Vidocq, Eugène François 202
- Vischer, Friedrich Theodor 182
- Vögele, Johann Jakob 257, 266, 399, 402,
421
- Völker, Karl 70, 133
- Wagemann 391
- Wagner, Wilhelm 375, 381, 395
- Wallbrunn, von, *Oberleutnant der Artillerie*
225, 241
- Wallraff, Anna 158, 425
- Walter, Karl 157
- Walz, Friedrich 162, 189, 239
- Wangenheim, Karl August von 33, 105,
108, 114 f., 208, 124, 268
- Washington, George 79
- Weber, von 164
- Wehler, Hans-Ulrich 117
- Weidig, Friedrich Ludwig 16, 307, 309, 325,
332, 373, 376 f., 382, 385, 400, 414
- Weihenmaier, Christian Andreas 203
- Weihenmaier, Ferdinand 162 f., 177, 189,
192, 198, 203, 303, 314, 360–363, 367,
379 f., 404, 417, 425
- Weishaupt, Adam 293
- Weisser, Adolf 426
- Weiß, B. 274
- Welcker, Carl Theodor 90, 414
- Wentz, Adolph 391
- Werner, *Bierschenk* 217, 367
- Werner, Zacharias 57
- Wesselhöft, Johann Georg 184

- Wesselhöft, Wilhelm 184
 Widmann, Gottfried 141
 Widenmann, Eduard 120, 124, 140, 204,
 259, 322
 Widenmann, Gustav, *Medizinstudent* 259,
 280–282, 289, 310f., 314–318, 322, 329f.,
 332, 337, 339, 375, 379f., 391–393, 398f.,
 404, 425
 Widenmann, Johann 259
 Widenmann, Wilhelm 259
 Wilhelm I., *König von Württemberg* 8, 13,
 15, 33, 62, 106–108, 112–114, 118, 133,
 142, 146, 153, 157f., 173, 183, 186,
 198–201, 204, 211, 214, 229, 249, 266f.,
 276, 317, 332, 339f., 349, 365f., 383, 388,
 398f., 402–404f., 409, 417f., 420f., 424,
 429f., 432f.
 Wilhelm II., *Landgraf und Kurfürst von*
Hessen 87
 Winker, *Arzt* 161
 Winterhalter, J. H. 274
 Wirth, Johann Georg August 17, 90–94,
 149f., 152, 246, 291, 308f., 428
 Wissotzky, *Kolonel (Oberst)* 218f., 231, 251
 Wohl, Jeanette 277, 290
 Wolf, *Tagelöhner* 319
 Wolfrum (auch Wolfram), Hermann 283
 Wöllwarth, *Leutnant des Kavallerieregi-*
ments 225
 Wrede, Carl Philipp von, *Feldmarschall* 90
 Ypsilanti, Alexander 79
 Zakrzewsky, Joseph 231, 233, 235–242,
 245–248, 371, 374
 Zalewsky, Joseph, *Oberleutnant* 237f.
 Zalewsky, Michael, *Leutnant* 226f.,
 231–233, 235–237, 240, 389f.
 Zeller, *Oberleutnant der Infanterie* 241,
 249, 399, 403
 Zeuner, Karl 376
 Zimmermann, Dorothea Caroline Wilhel-
 mine 248, 421
 Zimmermann, Wilhelm 19, 211
 Zoller, *Redakteur* 405
 Zucker, Jakob Friedrich 197, 252, 266, 399,
 403, 421

Nicht Reform, sondern Revolte. Im Dunstkreis von Julirevolution und Hambacher Fest war dies das Motto württembergischer Demokraten, die Anfang der 1830er Jahre einen Zivil- und Militärputsch planten. Ziel war es, den König mit Hilfe regulärer Truppen zu stürzen und eine demokratische Ordnung in Württemberg zu errichten. Flankiert werden sollte das waghalsige Unternehmen von zivilen Aufständen und unterstützt werden sollte es durch auswärtige Mächte wie Frankreich oder die polnische Exilarmee. Die Pläne wurden jedoch noch vor ihrer Ausführung aufgedeckt, die Revolte verhindert und zahlreiche Verschwörer verhaftet und vor Gericht gestellt. Dennoch verdeutlichen gerade die von den Verschwörern entworfenen Zielvorstellungen zukunftsweisende gesellschaftliche und politische Konzepte. Die Arbeit von Gad Arnsberg bettet die württembergischen Ereignisse gekonnt in einen gesamteuropäischen Zusammenhang ein.

Eine Veröffentlichung
der Kommission
für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg

ISBN 978-3-17-032444-2